

# Neuanfang auf Trümmern

---

# Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945

---

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte  
und in Verbindung mit dem Bundesarchiv  
von Wolfgang Benz

Band 13

R. Oldenbourg Verlag München 1992

# Neuanfang auf Trümmern

Die Tagebücher des Bremer  
Bürgermeisters Theodor Spitta  
1945 – 1947

Herausgegeben von  
Ursula Büttner und Angelika Voß-Louis

Mit einer Einleitung  
von Werner Jochmann

R. Oldenbourg Verlag München 1992

Dieser Band ist zugleich eine Veröffentlichung der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Spitta, Theodor:**

Neuanfang auf Trümmern: die Tagebücher des Bremer  
Bürgermeisters Theodor Spitta 1945–1947 / hrsg.  
von Ursula Büttner und Angelika Voß-Louis. –

München : Oldenbourg, 1992

(Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945 ; Bd. 13)

ISBN 3-486-55938-9

NE: GT

© 1992 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Satz: Falkner GmbH, Inning/A.

Druck und Bindung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-55938-9



# Inhalt

|                                                                                                                                   |     |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Einleitung . . . . .                                                                                                              | 7   |
| Zur Edition . . . . .                                                                                                             | 24  |
| 1. Privater Beobachter der Kriegsnot<br>Weihnachten 1944 bis 7. Mai 1945 . . . . .                                                | 27  |
| 2. Von den Amerikanern ernannter Senator<br>unter Bürgermeister Vagts<br>8. Mai bis 31. Juli 1945 . . . . .                       | 113 |
| 3. Zweiter Bürgermeister im ernannten Senat unter Kaisen<br>1. August 1945 bis 29. Oktober 1946 . . . . .                         | 200 |
| 4. Zweiter Bürgermeister im ersten demokratisch gewählten<br>Senat der Nachkriegszeit<br>30. Oktober 1946 bis Ende 1947 . . . . . | 410 |
| Karte: Die Enklave Bremen vor dem 10.12.1945 . . . . .                                                                            | 528 |
| Veröffentlichungen Theodor Spittas . . . . .                                                                                      | 529 |
| Lektüreliste Theodor Spittas<br>24. Dezember 1944 bis 31. Dezember 1947 . . . . .                                                 | 530 |
| Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .                                                                                       | 538 |
| Abkürzungsverzeichnis . . . . .                                                                                                   | 549 |
| Personenregister . . . . .                                                                                                        | 554 |



# Einleitung

Die Tagebücher des Bremer Bürgermeisters Theodor Spitta aus den Jahren 1945–1947 verdienen gerade in unserer Gegenwart besondere Beachtung. Bei der Lektüre dieses persönlichen Zeugnisses werden die Schwierigkeiten und Nöte sichtbar, die allen Bürgern beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie, von der Unfreiheit zur Freiheit, zu schaffen machten. Spitta war – soweit wir wissen – der einzige Landespolitiker, der, unmittelbar nach der „deutschen Katastrophe“ von den Besatzungsmächten in die Verantwortung berufen, detailliert über die Mühen des Neubeginns im besiegten und verwüsteten Deutschland berichtete.

Die Frauen und Männer, die 1945 in den Trümmern der Städte und nach der weitgehenden Zerstörung der wirtschaftlichen und staatlichen Infrastruktur des Landes zunächst das Überleben und auf längere Frist die Zukunft der Bevölkerung sichern sollten, brauchten an erster Stelle Sachverstand und einen ausgeprägten Sinn für das Machbare. Sie konnten überhaupt nicht daran denken, die Welt nach ihren Theorien zu formen, sondern mußten umgekehrt ihre politischen Ziele den realen Gegebenheiten anpassen. Zudem hatten sie ihre Leitgedanken und Erkenntnisse auch noch mit den Besatzungsmächten abzustimmen, die ohne hinreichende Kenntnis der innerdeutschen Verhältnisse das Land regieren wollten.

Der besondere Rang der vorliegenden Tagebücher ergibt sich auch daraus, daß sie von einem hervorragenden Repräsentanten des alten deutschen Bildungsbürgertums geführt wurden, der seit seiner Konfirmation im Jahr 1889 seine Erlebnisse, Erfahrungen und Überlegungen schriftlich festgehalten und damit intensiver als andere Zeitgenossen über Kontinuität und Wandel im Leben des Volkes nachgedacht hatte. Spitta, der 1905 in die Bürgerschaft seiner Heimatstadt und bereits 1911 in deren Senat gewählt worden war, in den er 1945 nach einer Unterbrechung in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft wieder zurückkehrte, war mithin ein überaus kenntnisreicher und aufmerksamer Beobachter der politischen und gesellschaftlichen Prozesse. Er hatte an der Überleitung Bremens vom Ständestaat zur modernen Demokratie mitgewirkt, die es nun erneut zu etablieren galt. Als Angehöriger der Bremer Oberschicht fühlte er sich als über 72jähriger Mann noch einmal in die Verantwortung gerufen, legte aber nach Herkunft und Erziehung keinen besonderen Wert darauf, die eigenen Pläne und Leistungen in den Mittelpunkt der Betrachtung zu rücken, sondern ihn interessierten der Zustand der Stadt, das Leben der Bewohner, deren Vorstellungen, Hoffnungen und Ängste.

Eindringlicher als andere Zeugnisse führen uns diese Tagebücher vor Augen, wie schwer es der Bevölkerung nach langen Jahren gesellschaftli-

chen Zwanges und intensiver propagandistischer Beeinflussung fiel, wieder zu einem unabhängigen und unbefangenen Urteil zu kommen. Die meisten verallgemeinerten die persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen und neigten deshalb dazu, die Inhumanität des NS-Regimes zu verharmlosen. Die Veränderungen in den Köpfen der Menschen – das zeigen auch die Erfahrungen der Gegenwart wieder besonders eindringlich – vollziehen sich sehr viel langsamer und fordern mehr Geduld und Ausdauer als die Neugestaltung der Verwaltung und der gesellschaftlichen Institutionen. Das ist in der sozialen Einbindung des Individuums begründet. Wer nicht verfolgt oder benachteiligt worden war und Menschen nahestand, die dem Regime gedient und zur Effizienz verholfen hatten, der mußte sich anstrengen, um mit wachsender Distanz zum Geschehen die negativen Erscheinungen und Verbrechen in ihrer Bedeutung zu erkennen.

Schließlich vermitteln die Tagebücher Spittas auch noch Einsichten, über die es in unserer schnellebigen und der Tradition abgeneigten Zeit nachzudenken lohnt. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsideologie und dem Fiasko der völkischen Herrschafts- und Machtvorstellungen, die von großen Teilen der Bevölkerung partiell akzeptiert oder mitgetragen worden waren, drohten Lähmung und geistige Leere. Dieser Gefahr konnte nur durch eine Rückbesinnung auf das geschichtliche und kulturelle Erbe der Nation begegnet werden. Das Wissen um diese Überlieferung – mochte es in manchen Schichten noch so rudimentär sein – hielt die Menschen zusammen, gab ihnen Halt und vielen auch die Kraft für den Neubeginn. Zweifellos waren es zunächst oft auch recht fragwürdige Traditionsbestände, an die sich Bürger aus den unterschiedlichsten sozialen Gruppen und politischen Lagern des Volkes klammerten. Sie kamen auf diese Weise aber erst einmal über das Elend der ersten Nachkriegszeit und die tiefen politischen Enttäuschungen hinweg. Nicht zuletzt deshalb wurden die zwölf Jahre des Dritten Reichs so beflissen aus dem geschichtlichen Zusammenhang gelöst und die geistigen Wurzeln nicht gesehen. Indem man ganz unreflektiert an die Zeit vor Hitler anknüpfte, fiel es leichter, den Fragen nach der eigenen Verantwortung für das Geschehen zu entgehen und mit den Folgen des Krieges und der Verwüstung fertig zu werden.

Der Tagebuchschreiber hat diese Neigungen sehr sorgfältig registriert und bewertet. Er selbst wurzelte so tief im christlichen und humanen Erbe der Nation, daß er dem Nationalsozialismus nicht erlegen war und sich auch nicht geistig neu orientieren mußte. Er hatte sich aber auch so intensiv mit den geistigen und sozialen Strömungen des 19. und 20. Jahrhunderts auseinandergesetzt, daß er jeden Gedanken an eine Wiederherstellung alter Ordnungen und vergangener politischer Zustände verwarf. Er hatte während der NS-Zeit seine Position immer wieder überprüft, so daß er nach deren Ende nicht resignierte. Er verwarf den Pessimismus ebenso wie die weit verbreitete Ohne-Mich-Haltung vieler seiner Mitbürger. Weil er

um die Prozesse des Aufstiegs und Verfalls politischer und gesellschaftlicher Systeme wußte, vertraute er den Kraftreserven der Bevölkerung. Er kehrte in den Senat zurück, weil er die aufbauenden Kräfte freilegen und die humanen Traditionen wieder zum Leben erwecken wollte. Sein Ziel war die geistige Erneuerung der Nation. Er glaubte daran, daß aus den „Leiden und Opfern eine neue Welt“ entstehen könne.

Theodor Spitta wurde am 5. Januar 1873 als Sohn eines Überseehandelsmanns in Bremen geboren und wuchs in einer Zeit auf, die nach seinem eigenen Zeugnis atmosphärisch „von den großen militärischen und politischen Erfolgen der Bismarckschen Reichsgründung bestimmt war“.<sup>1</sup> Daß er aber nicht in den Sog der wachsenden nationalen Begeisterung geriet und vom Zeitgeist auch nicht maßgeblich geprägt wurde, ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Einmal hat ihn die liberale reformiert-kirchliche Tradition der Familie vor jeder religiösen Überhöhung des Staates und später auch vor einem Zugang zur Theologie der Schöpfungsordnungen bewahrt. Noch mehr dämpfte das Herkommen aus der exklusiven Oberschicht der Hansestadt jeden übertriebenen Patriotismus. Diese Familien, erfolgreich und selbstbewußt, hatten sich stets für ihr Gemeinwesen und seine Bürger verantwortlich gefühlt und in Bürgerschaft und Senat die Politik des Landes mitgestaltet. Das traf für Bürgermeister Dr. Arnold Duckwitz, Spittas Großvater mütterlicherseits, im besonderen Maße zu. Er hatte als Reichshandelsminister von 1848/49 Perspektiven der nationalen Einigung entwickeln helfen und als Mitglied des bremischen Senats von 1841 bis 1875 Anteil an der Errichtung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches gehabt. So betrachteten die Führungsschichten der Weserstadt das neue Reich eher als einen Interessenverband auf Gegenseitigkeit denn als Schöpfung eines höheren Willens. Schließlich hat auch die Schule zur Immunisierung Spittas gegen nationalen Überschwang beigetragen. Der geistige Wandel vollzog sich auch im 19. Jahrhundert mit Verzögerung gegenüber den institutionellen und politischen Veränderungen. Im humanistischen Alten Gymnasium, das Spitta besuchte, dominierte noch immer die altliberale geistige Tradition. Der Schulleiter, ein Anhänger der Deutsch-Freisinnigen Partei Eugen Richters, verbannte das kleindeutsch-nationale Gedankengut aus seiner Anstalt. In ihr wurden junge Weltbürger und keine begeisterten jungen Deutschen erzogen. Im Mittelpunkt des Unterrichts standen das Erbe der Antike und seine Adaptation durch die führenden Geister Europas und namentlich durch die Repräsentanten der deutschen Klassik.

Spitta ist dann in die geistige Welt, in die er während der Schulzeit eingeführt wurde, in der Folgezeit immer weiter eingedrungen, hat sein Wissen und den Kreis seiner Interessen im Austausch mit Freunden und Gleichge-

<sup>1</sup> Theodor Spitta, *Aus meinem Leben. Bürger und Bürgermeister in Bremen*, München 1969, S. 33.

sinnten ständig erweitert. Aus eigenem Antrieb und verstärkt durch die Freundschaft mit Heinrich Kippenberg und dessen Bruder Anton, den Inhaber des Insel-Verlages, angeregt, erschloß er sich das Werk Goethes, aus dem er bis an sein Lebensende immer wieder Gewinn zog. Im Primaverein seines Gymnasiums, in dem er lange und aktiv mitarbeitete, wurden neben literarischen bald auch geschichtliche und philosophische Themen erörtert, nach der Jahrhundertwende dominierten politische und soziale Fragen. Dabei begannen die leidenschaftlich Diskutierenden gelegentlich auch schon zu ahnen, daß „die Zeit der Selbstsicherheit des Bürgertums“ vorbei war und das Vertrauen in die Politik der Reichsleitung – des Kaisers wie der Regierung – zu schwinden begann.

Trotz des Interesses, das Spitta und sein Freundeskreis der sozialen Frage entgegenbrachten, suchten sie das Heil nicht in der Gemeinschaft oder gar in der Solidarität mit den Benachteiligten und Unterprivilegierten. Sie blieben gestandene Liberale, die Wohlfahrt und Zukunft der Nation auf der freien Entfaltung des Individuums, der Entwicklung seiner geistigen Fähigkeiten und Interessen begründen wollten. Dies war das Credo, mit dem Spitta in die Politik eintrat. Bei seiner Wahl in den Senat im Dezember 1911 erklärte er: „Der wahre Zweck bleibt immer der Mensch selbst, die materielle und geistige Wohlfahrt jedes einzelnen Gliedes unseres Volkes. So erwächst uns die große und schwierige Aufgabe, das staatliche und kommunale Leben, ja, unser ganzes kulturelles Dasein so zu gestalten, daß dem einzelnen Menschen – und sei er in noch so abhängiger Stellung – doch seine Würde als Mensch und Persönlichkeit gewahrt bleibt“.<sup>2</sup> Diese positive und optimistische Auffassung vertraten in Deutschland viele junge Akademiker, die die soziale Botschaft Kaiser Wilhelms II. ernst genommen und freudig begrüßt hatten. An den Universitäten waren sie von den Kathedersozialisten beeinflusst worden, und diese Prägung wirkte lange nach. Spitta, der gerade in den in dieser Beziehung besonders fruchtbaren Jahren von 1892 bis 1895 in Freiburg, München und Berlin Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft studiert hatte, setzte sich besonders intensiv mit der Lehre Lujo Brentanos auseinander.

Der nachdrückliche Appell an das soziale Verantwortungsbewußtsein der Führungsschichten fand bei dem jungen Patrizier aus Bremen nicht zuletzt deshalb so große Resonanz, weil es zur Tradition der eigenen Familie und der maßgebenden Kreise der Oberschicht Bremens gehörte, für das Wohl der Stadt und ihrer Bewohner tätig zu sein. Weiterführende Erwägungen darüber, ob die tiefen sozialen Gegensätze im Volke nicht durch eine Beschränkung der individuellen Freiheitsrechte überwunden werden müßten, spielten für Spitta bis zu seiner Wahl in den Senat 1911 und bis in den Ersten Weltkrieg hinein noch keine Rolle. Die Kathedersozialisten und die ganze Generation der Politiker und Beamten, die sie prägten, ha-

<sup>2</sup> Ebenda, S. 59, bes. S. 60.

ben die Freiheit des einzelnen durch eine grundlegende Sozialreform in keiner Weise einschränken wollen. Sie hofften, den Arbeitern und Unterschichten im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstums durch Verbesserung ihrer Bildungschancen und der Arbeitsbedingungen schrittweise ihre Menschenwürde geben und sichern zu können.

Die Einsicht in die soziale Problematik und in manche Schwächen des politischen Systems verhalf dem neuen Senator der Weserstadt zu einer bemerkenswerten und in seiner sozialen Schicht recht seltenen geistigen Flexibilität. So erkannte Spitta während des Ersten Weltkrieges sehr bald, wie nachhaltig sich unter dem Zwang der Verhältnisse die Strukturen der Gesellschaft veränderten. Die unteren Gesellschaftsschichten, die angesichts der ihnen aufgebürdeten Lasten und Opfer ein neues Selbstbewußtsein entwickelten, konnten nicht länger von der vollen politischen Mitbestimmung ausgeschlossen werden. Die Abschaffung des Klassenwahlrechts in der Hansestadt war mithin geboten. Spitta sorgte dafür, daß die Entwicklung unter dem Druck der Ereignisse in Gang kam. Im April 1917 setzte der Senat eine Verfassungsdeputation ein, deren Mitglied er wurde. Die Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft gibt Auskunft über die Intention des reformwilligen Senators. Für ihn gab es keinen Zweifel, daß alle Bürger bereitwillig und ohne Zwang den Staat schützten, weil sie sich bewußt waren, daß die Wohlfahrt aller von der Sicherung der Grenzen abhing. „Das Erlebnis dieser im Kriege offenbarten Gemeinschaft und das dadurch hervorgerufene gegenseitige Vertrauen werden, wie der Senat zuversichtlich hofft, auch in der kommenden Friedenszeit lebendig bleiben und unser öffentliches Leben erhöhen und befruchten.“<sup>3</sup>

Im vierten Kriegsjahr waren aber die politischen Spannungen mit einer Wahlrechtsreform nicht mehr aufzufangen. Die Bevölkerung war erschöpft, ja vielfach physisch und psychisch so überfordert, daß sie den Frieden herbeisehnte und mehrheitlich auch das Vertrauen in die bestehende Ordnung verlor. Spitta wurde durch das Kriegsende und die Revolution nicht völlig überrascht, aber es kostete ihn Mühe, sich auf die neuen Gegebenheiten einzustellen. Gleichwohl stand er nicht abseits, sondern war zur Mitarbeit an der Neugestaltung des staatlichen Lebens bereit. Ehedem parteilos, aber mit dem national-sozialen Programm Friedrich Naumanns sympathisierend, schloß er sich in der Revolutionszeit der Deutschen Demokratischen Partei an. Er bejahte das Bündnis des Bürgertums mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, weil es ihm nur auf diese Weise möglich erschien, die Erfahrungen und insbesondere die geistigen Werte der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft zu erhalten. Bewahrung und Erhaltung hatten bei allen bürgerlichen Politikern der Republik Vorrang vor der Neugestaltung und Modernisierung.

<sup>3</sup> Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom 24.4.1917, S. 256; vgl. auch Spitta, *Aus meinem Leben*, S. 100f.

In dem engagierten Bemühen, rasch wieder stabile Verhältnisse zu schaffen und den Fortbestand einer funktionierenden und bewährten Verwaltung sicherzustellen, ließ sich Spitta in das neue verfassunggebende Landesparlament wählen. Im neugebildeten Übergangssenat aus Sozialdemokraten und Demokraten wurde ihm die Zuständigkeit für die Verfassungsfrage übertragen. Spitta bejahte die „Idee echter Demokratie“, konnte sich aber mit der demokratischen Praxis – wie die meisten seiner Zeitgenossen in Reich und Ländern – nur langsam anfreunden. Besonders mißfielen ihm zunächst die Abhängigkeit des Senats vom Parlament und die Mitsprache der Bürger in den Deputationen der Behörden. Das führte auch im Senat zu Spannungen zwischen den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Mitgliedern, die 1920 als Folge des Kapp-Putsches eskalierten. Die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten minderten die Kompromißbereitschaft und führten dazu, daß die Sozialdemokraten nach der Annahme der neuen Bremischen Verfassung jede weitere Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien ablehnten. In dem „bürgerlichen“ Senat, der daraufhin im Sommer 1920 gebildet wurde, erhielt Spitta das Amt des Zweiten Bürgermeisters. Er wurde als Mann der Vermittlung und des Ausgleichs für das Gespräch mit der Opposition gebraucht. Ihm lag an einer Annäherung der ehemals bestimmenden bürgerlichen Oberschicht und der vitalen, auf Fortentwicklung drängenden Kräfte der Arbeiterschaft. Nur wenn das gelang, war nach seiner Ansicht der Bestand der neuen demokratischen Ordnung zu sichern.

Wie viele der Besten im Lande setzte Spitta in den zwanziger Jahren seine ganze Hoffnung auf die Vernunft und Bildungsfähigkeit der Menschen und besonders der Jugend. In diesem Sinne hat er die Schul- und Bildungspolitik geprägt. Er förderte die Bestrebungen der Reformpädagogik, setzte die Einführung von Versuchsschulen durch, leitete den Aufbau des Berufs- und Fortbildungsschulwesens ein und sorgte besonders stark für die Mädchenbildung. Im Rahmen der politischen und finanziellen Möglichkeiten, die in einem Senat ohne Sozialdemokraten gegeben waren, hat Spitta viel zur Verbesserung der Chancengleichheit in der Gesellschaft beigetragen.

Der Kulturpolitik galt das besondere Engagement dieses bremischen Kommunal- und Landespolitikers. Er wollte die Enttäuschung über den Verlust des Volkswohlstandes durch den Krieg und seine Folgen, den Schock über die Niederlage von 1918 und den damit verbundenen Zusammenbruch so vieler politischer und persönlicher Hoffnungen durch eine Wiederentdeckung der kulturellen Tradition des Landes und eine geistige Erneuerung des Volkes auffangen und überwinden. So wurde er zum Initiator der Bremischen Hochschulwochen, die er dank der Unterstützung durch die Universität Göttingen 1921 erstmalig durchführen konnte. Sein erklärtes Ziel war dabei, Interessierte aus allen sozialen Schichten der Stadt im gemeinsamen Streben zusammenzuführen.



Noch nachhaltiger versuchte Spitta, die geistigen Interessen der Bevölkerung durch ein anderes Projekt zu aktivieren. Im Februar 1924 beteiligte er sich maßgeblich an der Gründung der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft, der Witttheit. Über die Intentionen, die ihn als aktiven Landespolitiker dabei leiteten, hat er in der ersten großen Veranstaltung der Witttheit im November 1925 Aufschluß gegeben. In der Vergangenheit, so sagte er in dieser Grundsatzrede, hätten Akademien und wissenschaftliche Gesellschaften in Zeiten des Wandels Orientierungshilfen für Gegenwart und Zukunft geboten. Die Bevölkerung müsse erkennen, daß auch frühere Generationen mit Niederlagen und politischen Abstürzen fertig werden mußten, daß es in der Geschichte nicht nur Aufschwungs-, sondern auch Abstiegsphasen gebe. Gerade in diesen hätten sich die Menschen zu bewähren, die Zukunft hänge allein davon ab, wie man in Krisen auf Herausforderungen reagiere. Es komme in kritischen Zeiten, so meinte Spitta, ganz wesentlich darauf an, daß man sich an Personen ein Beispiel nehme, die vordem in schwierigen Zeiten Maßstäbe gesetzt hätten. „Diesem Brauche folgend“, so erklärte der Bürgermeister, „hat die Bremer Wissenschaftliche Gesellschaft als ihr Wahrzeichen unseren großen Bürgermeister Smidt genommen, den Erhalter und Neuschöpfer des bremischen Staates [in und nach den Napoleonischen Kriegen] und durch seine geistige und sittliche Persönlichkeit auch Symbol für alles echte geistige Schaffen und alle wahre Hingabe an ein Überpersönliches.“<sup>4</sup>

Mit dieser Rede sollte ein Anstoß zur Sinnstiftung gegeben werden. Die durch Krieg, Niederlage, Revolution und Inflation enttäuschten Bürger sollten nicht resignieren und meinen, sie seien besonders leidgeprüft und existentiell gefährdet. Andere vor ihnen hätten nicht minder schwere Prüfungen zu bestehen gehabt. Nichts führe an der Erkenntnis vorbei, daß „jede Generation ihre eigenen Aufgaben“ lösen müsse, und gefordert sei, „ihre Welt aufs neue zu schaffen“.<sup>5</sup> Smidt habe in den 57 Jahren seiner Tätigkeit im Senat, von 1800 bis 1857, Kriege und beispiellose Katastrophen erlebt, mit den fundamentalen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in der Folge der Französischen Revolution fertig werden müssen. Dabei habe er zu keiner Zeit resigniert, sondern mit großer Willenskraft gehandelt und die Politik seiner Stadt und des Landes nach den zeitlichen Erfordernissen gestaltet. Smidt wußte als Theologe um die Befangenheit des handelnden Menschen, um seine Irrtümer und Vorlieben, aber das habe ihn nie schwankend gemacht. Durchaus traditionsbewußt, leitete er in vielen Bereichen Reformen ein, modernisierte die Verfassung und Verwaltung der Stadt und sicherte, weil er die politischen Realitäten erkannte, die staatliche Selbständigkeit Bremens. Seinem Weitblick, so Spitta, verdankte Bremen schließlich seine Zukunft. Der Erwerb und die

<sup>4</sup> Theodor Spitta, Bürgermeister Smidt. Schriften der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft. Reihe D: Abhandlungen und Vorträge, Jahrgang 1, 1926, S. 27.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 34.

Gründung Bremerhavens sicherten der Stadt bis in die Gegenwart die Seegeltung. Nur weil Smidt immer wieder dem Wandel Rechnung trug, vermochte er auch Wertbeständiges zu erhalten. Spitta wollte mit dieser Rede, die Auskunft über sein politisches Streben gibt, das Bürgertum zur Mitarbeit im demokratischen Staat aufrufen. Es gelte, das Erreichte anzuerkennen und weiter auszubauen. Es ging ihm um die Überwindung der politischen Gegensätze, um eine Annäherung der Vertreter des alten Deutschlands an die Repräsentanten der neuen sozialen Ordnung. Der demokratische Rechtsstaat sollte auf dem gemeinsamen kulturellen Fundament gesichert werden. Spitta hoffte, die geistige Unruhe der zwanziger Jahre eindämmen, für demokratische Reformen nutzen und so die politische und wirtschaftliche Not meistern zu können.<sup>6</sup>

Mit dem Ziel der Überleitung in eine neue Zeit wirkte Spitta auch an der Gestaltung der Kirchenverfassung seines Stadtstaates mit. Der Rückhalt, den die Kirche dank des Patronats bisher beim Staat und seinen Organen gefunden hatte, war seit der Revolution verloren. Die christlichen Gemeinden mußten sich aus eigener Kraft im Wettstreit mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen behaupten und auf Herausforderungen reagieren. Spitta hat die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen helfen, darüber hinaus auch am innerkirchlichen Leben aktiv teilgenommen. Besonders engagiert verfolgte er die Entwicklung der Nachkriegstheologie, ein Interesse, das später noch wuchs, als sein Sohn Walter Theologie studierte.

Die Hoffnung auf eine Konsolidierung der demokratischen Ordnung und eine Verringerung der sozialen Gegensätze brach sich noch einmal Bahn, als 1928 die Bremer Sozialdemokraten nach über siebenjähriger Opposition wieder in den Senat zurückkehrten. Zu dieser Zeit gab es aber kaum noch Chancen für die Fortentwicklung des Sozialstaates. In der Phase beginnender wirtschaftlicher Stagnation und dann besonders während der Weltwirtschaftskrise, von der Bremen infolge des Zusammenbruchs des Nordwollekonzerns und der Schröderbank besonders hart betroffen wurde, verfiel die politische Kultur des Landes sehr rasch. Der Leidenschaft, mit der nun politische und weltanschauliche Programme propagiert oder bekämpft wurden, hatten Spitta und andere Repräsentanten des liberalen Bildungsbürgertums nichts mehr entgegenzusetzen. Mit Befremden stellt der Mitbegründer der Wittheit fest, daß auch ein hoher Bildungsstand vor politischem Irrtum nicht bewahrt. Selbst gute und hochgeschätzte Gesinnungsfreunde wandten sich unter dem Eindruck der schweren Staats- und Wirtschaftskrise dem Nationalsozialismus zu. Spitta, der der Ausbildung und fortschreitenden Entfaltung der Individualität stets einen hohen Rang eingeräumt hatte, ist allen Gemeinschaftsideologien gegenüber auf Distanz gegangen. Er verstand den Sozialismus, fand aber nie einen tiefe-

<sup>6</sup> Spitta, *Aus meinem Leben*, S. 335.

ren Zugang zu ihm.<sup>7</sup> Diese Grundhaltung bewahrte ihn vor allen Zugeständnissen an den Nationalsozialismus. Der Gedanke, daß der einzelne nichts, das Volk – die Gemeinschaft – aber alles sei, war ihm wesensfremd. Die geistige Welt, in der er lebte, machte ihn immun gegen Massenleidenschaften und jeden Trend zum Kollektivismus.

Als Individualist und liberaler Demokrat alter Prägung hat Spitta die NSDAP weder vor 1933 noch danach aktiv bekämpft, er fand sich aber auch zu keiner Zeit zu Kompromissen mit dem NS-Regime oder seinen Repräsentanten bereit. Auch im Frühjahr 1933, als Hitler seine politischen Ziele zunächst hinter einer scheinbar gemäßigten Fassade verbarg, mit Repräsentanten der alten Führungsschichten Bündnisse einging und bewußt die Traditionen herausstellte, blieb er zurückhaltend. Am 6. März 1933, als in Bremen die Nationalsozialisten nach dem Wahlerfolg vom Vortag ihre Anhänger auf die Straße schickten, um den Senat unter Druck zu setzen, trat er mit allen anderen Senatskollegen zurück. Eine weitere Tätigkeit unter so veränderten Bedingungen zog er zu keiner Zeit in Erwägung.

Das rege geistige Interesse bewahrte den aktiven Zweiten Bürgermeister der Handelsmetropole nach über zwanzigjähriger Senatsarbeit vor einer nennenswerten Krise. Er pflegte die in Jahrzehnten aufgebauten gesellschaftlichen Kontakte, brach auch nicht die Verbindungen zu Menschen ab, die in das Lager der Hitler-Partei übergewechselt waren. Vor einem Rückzug in geistige Reservate bewahrten ihn aber besonders die Töchter und Söhne, an deren Entwicklung und wissenschaftlichen Interessen er lebhaft Anteil nahm. Auch im Kirchenkampf stand er nicht abseits. Dabei versuchte er – wie es seiner Natur entsprach – zwischen den sich bekämpfenden Lagern zu vermitteln.

Als Bürgermeister Donandt starb, schrieb er auf Bitten der Familie dessen Biographie, die er partiell zu einem Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Senats in den Jahren 1918 bis 1933 ausweitete.<sup>8</sup> Unaufdringlich, aber sehr bewußt trat er der Auffassung des herrschenden Regimes entgegen, wonach die Zeit der Republik nur eine solche des Niedergangs und Verfalls gewesen sei. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde der ehemalige Bürgermeister dienstverpflichtet, als ehemaliger demokratischer Politiker aber nur in untergeordneter Stellung beschäftigt, zunächst in einer Bezugsscheinstelle, später als juristische Hilfskraft im Rathaus.

In den zwölf Jahren erzwungener Untätigkeit hat Spitta immer wieder über die Ursachen des Verfalls der parlamentarischen Demokratie in Deutschland und anderen Staaten und über die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in der Welt, besonders auch in den USA, nachgedacht. Für ihn kündigten sich darin das Ende des bürgerlichen Zeitalters und eine

<sup>7</sup> Wilhelm Kaisen im Geleitwort zu Spitta, *Aus meinem Leben*, S. 14.

<sup>8</sup> Theodor Spitta, Dr. Martin Donandt. Bürgermeister in Bremen. Ein bremisches Lebens- und Zeitbild, Bremen 1938 (Privatdruck). Die Buchausgabe erschien unter dem gleichen Titel, Bremen 1948.

„Weltwende“ an. Er hat sich diese quälenden Überlegungen nach der Zerstörung seines Hauses bei einem Luftangriff in der Nacht zum 5. September 1942 von der Seele geschrieben. Der im 70. Lebensjahr stehende Mann sah mit seinem Haus eine Welt in Trümmer sinken, der er materiell und ideell alles zu danken hatte. Nachdrücklich beklagte er den Traditionsverlust, der – für alle sichtbar – fortschritt. Spitta sah sich durch den Krieg mit all seinen Zerstörungen von dem Leben davor unwiderruflich getrennt. Anders als die meisten Deutschen aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum maß er die Verantwortung für diese Entwicklung aber nicht den Siegermächten des Ersten Weltkrieges und dem Frieden von Versailles bei, auch nicht den ungebildeten Massen, die in ihrer blinden Leidenschaft den Radikalen und besonders Hitler gefolgt seien, sondern den „führenden Schichten in Wirtschaft und Staat“, die sich als unfähig erwiesen hätten, mit den sich immer „wiederholenden Wirtschaftskrisen“ fertig zu werden. Der Nachkomme angesehener Familien pries die Leistungen des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert, attestierte ihm aber auch, daß es zu einer „Reform an Haupt und Gliedern“, und das hieß zur Lösung der sozialen Frage, nicht in der Lage gewesen sei. Es ist bemerkenswert, daß ein so überzeugter Vertreter der Idee der Kulturnation wie Spitta klarer als die meisten seiner Zeitgenossen den Erfolg der autoritären und faschistischen Systeme in Europa wie auch der kommunistischen Regime auf das wirtschaftspolitische Versagen und das mangelnde soziale Verantwortungsbewußtsein der liberalen Führungsschichten zurückführte. Dies erkennend, sah er trotz aller Nöte und Heimsuchungen des Krieges einen Ansatz für einen künftigen Wiederaufbau. Voraussetzung für einen solchen sei aber nicht mehr nur wie vordem „eine religiöse und sittliche Erneuerung“ des Volkes, sondern „eine schöpferische Gestaltungskraft auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, dazu die Bereitschaft, liebgewordenes Altes zugunsten eines wertvollen Neuen und Werdenen zu opfern.“<sup>9</sup>

Spitta verlor im Zweiten Weltkrieg nicht nur sein Haus und mit den dort verwahrten Überlieferungen einen guten Teil seiner Familientradition, sondern durch den Tod von drei Söhnen und zwei Schwiegersöhnen auch einen Teil seiner Zukunftshoffnungen. Angesichts der engen Familienbindungen trafen ihn diese Verluste besonders schwer. Trotzdem kehrte er, 72jährig, wieder in die Verantwortung für seine durch den Krieg schwer verwüstete Heimatstadt als Senator und kurz darauf als Zweiter Bürgermeister zurück. Er hatte das Vertrauen in die Zukunft trotz der Niederlage des demokratischen Staates 1933 und der dann folgenden geistigen und materiellen Zerstörungen nicht verloren.

Als der bremische Patrizier 1911 in den Senat gewählt wurde, brauchte er Augenmaß, um den teilweise überbordenden Optimismus und Fort-

<sup>9</sup> Theodor Spitta, Ende des Bürgertums. Tagebuchbetrachtungen 1942. Manuskript aus Anlaß des 100. Geburtstages am 5.1.1973, vervielfältigt von Eva Bücking, S. 13.

schrittsglauben zu zügeln. Bei der Rückkehr 1945 brauchte er alle Kraft, um die Enttäuschten und Verzweifelten wieder aufzurichten. Er hat dies aus Überzeugung getan und seiner Stadt noch einmal zehn Jahre – bis 1955 – gedient. Wiederum fiel Spitta die Verantwortung für die verfassungsmäßige Neuordnung des Stadtstaates zu. Diese Arbeit hat ihn bis 1947 unter den Bedingungen der Militärregierung in Anspruch genommen. Auch bei der Wiederaufrichtung der zerstörten Ordnung seiner Heimatkirche brachte er seine großen Erfahrungen wieder ein. Als Vertreter Bremens hat er schließlich im „Expertenausschuß für Verfassungsfragen“ im August 1948 in Herrenchiemsee auch an der Gestaltung des Grundgesetzes der Bundesrepublik mitgewirkt. Dieses Expertengremium hatte im Auftrage der Ministerpräsidenten der drei westlichen Besatzungszonen das Gutachten zu erstellen, das dann dem Parlamentarischen Rat als Grundlage für seine Beratungen diente. Spitta, der Senior des Konvents von Herrenchiemsee, leitete den Unterausschuß, dem die Festlegung der Zuständigkeiten des Bundesstaats im Bereich der Rechtsprechung und Verwaltung oblag.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Senat, in dem er sich bis zuletzt besonders als Vermittler im Parteienstreit betätigte, setzte sich Spitta noch immer nicht zur Ruhe. Der 82jährige begann sofort mit der Arbeit für einen Kommentar zur Bremischen Verfassung,<sup>10</sup> dann setzte er seinem langjährigen Freund und Senatskollegen Apelt mit der Herausgabe seiner Reden ein Denkmal.<sup>11</sup> Danach begann er, gestützt auf die ihm verbliebenen privaten Dokumente und die reichhaltigen staatlichen Archivalien, mit der Niederschrift seiner eigenen Erinnerungen. Er hat sie unvollendet hinterlassen, als er am 24. Januar 1969 im Alter von 96 Jahren starb. Er nahm bis zum Ende seines Lebens Anteil am Geschehen in seiner Stadt. Bürgermeister Koschnick bezeichnete es in seiner Gedenkrede als besonders bemerkenswert, daß der weit über 90jährige noch kurz vor seinem Tode mehr Verständnis für die seit 1968 aufbegehrende Jugend aufbrachte als viele um eine Generation jüngere aktive Politiker. Seiner Auffassung nach mußte sich jede politische Ordnung veränderten Gegebenheiten anpassen.<sup>12</sup> Spitta blieb sich treu, er wollte die nach seiner Überzeugung bedeutsamen Traditionen der bürgerlichen Welt durch Flexibilität und Fortentwicklung im Wandel der Zeiten bewahren.

Das hier veröffentlichte Tagebuch Spittas beginnt mit der Jahreswende 1944/45 und endet drei Jahre später, Ende Dezember 1947. Es vermittelt also Kenntnisse von einem ungewöhnlichen Zeitabschnitt sowie Einsichten in das Denken und Handeln der Menschen unter extremen Bedingungen.

<sup>10</sup> Theodor Spitta, Kommentar zur Bremischen Verfassung von 1947, Bremen 1960.

<sup>11</sup> Hermann Apelt, Reden und Schriften, hrsg. von Theodor Spitta, Bremen 1962.

<sup>12</sup> Die Gedenkrede Koschnicks ist veröffentlicht im Anhang zu den Erinnerungen Spittas, Aus meinem Leben, S. 387ff.

Besonders dicht sind die Eintragungen im Jahr 1945, für das es sonst meistens nur spärliche Überlieferungen gibt. Der Tagebuchschreiber, der zu keiner Zeit an eine Veröffentlichung seiner Aufzeichnungen dachte, gibt einen unmittelbaren und ungeschönten Einblick in die Mentalität der Bevölkerung seiner Vaterstadt am Ende und besonders nach dem Untergang des Dritten Reiches. Mit Spittas Wiedereintritt in den Senat und namentlich mit den wachsenden politischen und administrativen Belastungen in den Jahren 1946 und 1947 werden die Eintragungen kürzer. Gleichwohl vermitteln auch sie noch immer einen Eindruck von den Lebensbedingungen und Existenzsorgen der Bevölkerung und insbesondere von den Möglichkeiten und Grenzen deutscher Politik in der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Der erste Teil der Aufzeichnungen – von Dezember 1944 bis Ende April 1945 – erlaubt bemerkenswerte Einsichten in die Endphase der NS-Herrschaft in Bremen. Eindrucksvoll tritt der Widerspruch zwischen den noch funktionierenden Organisationsstrukturen der Partei und des Staates, besonders im Bereich der „Landesverteidigung“, und der totalen Überforderung und Kampfunwilligkeit der Bevölkerung in Erscheinung. Obwohl alle Voraussetzungen für eine Verteidigung Bremens fehlten, befahl der zuständige Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar gegen den Rat seiner verantwortlichen Untergebenen den Kampf. Er wurde von schwachen und demoralisierten Kräften geführt und endete mit einer fast völligen Zerstörung der Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Die Menschen lebten in diesen letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges in einem Wechselbad der Gefühle. Auf der einen Seite sehnten alle das Ende des Krieges und eines Regimes herbei, das sie nun in den Untergang trieb. Auf der anderen Seite konnten sich viele ein Weiterleben nach dem Ende jeder deutschen Staatlichkeit und der bedingungslosen Kapitulation nicht vorstellen. Die meisten – auch Spitta – setzten in dieser Situation auf die rettende Kraft des deutschen Geistes. Sie klammerten sich an die Werte einer großen Tradition, weil dies die einzige Möglichkeit zu sein schien, die Niederlage und das folgende Vakuum zu überwinden.

Bemerkenswert ist, daß Spitta, der zum Staat Hitlers immer auf Distanz gegangen war, am 2. Mai 1945, als die Nachricht vom Tode des Diktators eintraf, dessen Erscheinung zu beurteilen versuchte. Er vermied – noch in weitgehender Unkenntnis der Verbrechen des Regimes – als echter Liberaler eine völlige Verurteilung, sondern wog die ihm bekannten Fakten. Beachtung verdient die Feststellung, daß Hitler die Wünsche, Hoffnungen und Ängste des Volkes zu artikulieren verstand und es mithin auch weithin repräsentierte. Spitta registrierte sehr treffend, daß dem Diktator nun die vielen, die ihm jubelnd gefolgt waren, die alleinige Verantwortung für alles Geschehene zuschrieben und sich selbst damit zu entlasten versuchten.

Nach dem Mai 1945 vermittelt das Tagebuch Einblicke in die Lebensbedingungen der Bevölkerung nach den Verwüstungen des Krieges, die nicht

zuletzt durch die sinnlose Verteidigung der Handels- und Hafenstadt entstanden waren. Die Menschen lebten wie im Urzustand. Nach der Zerstörung der Hälfte aller Wohnungen vegetierten sie in halb verfallenen Häusern, in Kellern und vielfach auf engstem Raum zusammengedrängt monatelang ohne Wasser, Strom und andere Energiequellen. Die Verkehrsverbindungen, selbst innerhalb der Stadt, waren zerstört, Post und andere Nachrichtenverbindungen unterbrochen, die Lieferungen von Nahrungsmitteln und den notwendigsten Gütern des täglichen Bedarfs sehr erschwert oder unmöglich geworden. Die Folge waren Unterernährung und Mangelkrankheiten, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Es fehlte an Material und Werkzeug, um schwere Schäden an Häusern und Wohnungen zu beseitigen. Es blieb nicht aus, daß die von diesen Nöten Betroffenen den Wert der Befreiung vom Nationalsozialismus noch kaum zu erkennen vermochten.

Besonders eindringlich und detailliert beschreibt Spitta in seinem Tagebuch die Möglichkeiten und Grenzen deutscher Nachkriegspolitik. Schon die Suche nach Persönlichkeiten, die durch eine Mitarbeit im Hitler-Regime nicht belastet waren und daher die Möglichkeiten für einen Neubeginn boten, erwies sich als äußerst schwierig. Selbst bei der Ernennung des ersten Senats gab es Fehlentscheidungen und Verwicklungen. Zwangsläufig mußte daher auf Politiker zurückgegriffen werden, die 1933 in einem Alter gewesen waren, in dem sie keine Karriere mehr hatten machen können und wollen, und die deshalb Distanz zum Unrechtsregime gehalten hatten.

Auf die Schwierigkeiten, auf die diese nicht mehr jungen, dafür aber sehr erfahrenen Männer dann stießen, waren sie in keiner Weise vorbereitet. Der am 6. Juni 1945 gebildete Senat sollte eine Verwaltung aufbauen, hatte dafür aber kaum politisch unbelastete und qualifizierte Frauen und Männer zur Verfügung. Dabei waren die Anforderungen, die an die Administration gestellt wurden, extrem hoch. Da mußten Flüchtlinge und die Überlebenden des nationalsozialistischen Terrors untergebracht werden, und das, obwohl immer wieder Häuser und Wohnungen für Zwecke der Besatzungsmacht und später der Militärregierung beschlagnahmt wurden. Da sollte die Versorgung der Bevölkerung trotz der zerstörten Infrastruktur gewährleistet, der Schutz der noch vorhandenen Werte sichergestellt werden. Ein Beispiel mag hier für viele andere genannt werden. Bei Wiederbeginn des Unterrichts in den Bremer Schulen stellte sich heraus, daß von 97 Volksschulgebäuden nur noch 22, von den höheren Schulen nur noch zwei brauchbar waren. Es waren Improvisation und Erfindungsgabe gefragt, um der Bevölkerung nicht jede Hoffnung zu nehmen.

In die größte Bedrängnis geriet der Senat in den Jahren 1945 bis 1947 immer wieder durch die Entnazifizierung. Über die Notwendigkeit, prominente und exponierte Repräsentanten der Hitler-Partei aus den verantwortlichen Stellungen zu entfernen, bestand Einverständnis. Leidenschaft-

lich umstritten war aber die Frage, wie mit einfachen Mitgliedern der NSDAP und ihrer Gliederungen zu verfahren sei. Die Deutschen wollten manche behalten, die Militärregierung bestand auf ihrer Entlassung. Da gerade unter den Beamten und Angestellten des Staates, den Funktionsträgern in Wirtschaft und Gesellschaft die meisten, aus welchen Gründen auch immer, der nationalsozialistischen Partei beigetreten waren, fühlte sich der Senat handlungsunfähig. Immer wieder wurden Beamte von heute auf morgen ohne Angabe von Gründen entlassen, Mitarbeiter verhaftet und damit ganze Verwaltungszweige oder Wirtschaftsbetriebe lahmgelegt. Spitta trug die Verantwortung für den Wiederbeginn der Rechtsprechung an den Gerichten der Stadt, konnte sich aber nur auf zwei Richter stützen, die politisch unbelastet waren. Senator Apelt hatte in seinem Wirtschaftsressort Anfang November 1945 keinen einzigen verantwortlichen Beamten mehr, auf den er sich stützen konnte. Von den 2400 Polizeibeamten taten Ende 1945 nur noch 800 Dienst.

Die Entnazifizierung lähmte aber nicht nur die Arbeit des Senats, sondern führte auch zu mancherlei Fehlsteuerungen, die durch nicht eingearbeitete Beamte oder Angestellte verursacht wurden. Politische Sorgen bereitete dem Senat insbesondere, daß die Amerikaner mit ihrer Entnazifizierungspraxis eine Solidarisierung der kleinen mit den großen, prominenten NSDAP-Mitgliedern bewirkten und so die anfänglich vorhandene Bereitschaft zur Einkehr und Umkehr wieder zerstörten. Schon im August 1945 notierte Spitta besorgt, daß viele Bürger Bremens die Entnazifizierungspraxis der Besatzungsmächte mit den Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten verglichen. Zutreffend konstatierte Bürgermeister Kaisen, daß zur „Ausbreitung demokratischen Gedankengutes“ im verwüsteten Deutschland „etwas anderes notwendig“ sei als die Entnazifizierung. Bei der Beurteilung dieses Fragenkomplexes ging es den verantwortlichen deutschen Politikern – das zeigen die Tagebücher Spittas sehr eindrucksvoll – zentral um Vertrauenswerbung für ihre Politik. Die Parteien brauchten Wähler und ein Mandat, damit sie eine demokratische Ordnung aufrichten und stabilisieren konnten. Die meisten deutschen Politiker, namentlich diejenigen aus dem bürgerlichen Lager, haben Können und Leistung der Experten in Verwaltung, Wirtschaft und Kultur aber auch viel zu hoch, das politische und charakterliche Verhalten dagegen zu gering bewertet, so daß sie die Notwendigkeit einschneidender personeller Veränderungen in Staat und Gesellschaft nicht erkannten. Das hat die Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen in den Ländern und in der Bundesrepublik längere Zeit gemindert und zu erheblichen politischen Krisen geführt.

Die deutschen Politiker hatten zudem erhebliche Schwierigkeiten, die Intentionen der Amerikaner und Briten zu verstehen. Diese waren im Verlauf des Krieges und auch schon vorher über Gewalttaten und Rechtsbrüche des NS-Regimes unterrichtet worden. Sofern sie dies für Propaganda gehalten hatten, waren sie nach der Besetzung Deutschland mit der



schrecklichen Realität konfrontiert worden. Sie hatten mithin ein ganz anderes, in vielen Bereichen vollständigeres Bild vom Staat Hitlers als alle – selbst die kritischsten – Deutschen. Ihnen standen die Greuel der Konzentrationslager und die Ermordung der europäischen Juden viel bewußter vor Augen als den deutschen Nachkriegspolitikern, die sich erst langsam mit der Dimension des Verbrechens vertraut machen mußten. So sahen die Repräsentanten der Militärregierung in der Ausschaltung aller Aktivisten des Dritten Reichs und ihrer Erfüllungsgehilfen, ganz gleich, in welcher Funktion sie gewesen waren, die erste und unerläßliche Voraussetzung für den Aufbau einer rechtsstaatlichen und demokratischen Ordnung in Deutschland. Erst mit fortschreitender Zeit, als auch den Deutschen das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Gewalttaten und namentlich der Verstrickung großer Bevölkerungsgruppen in sie bewußt wurde, haben viele die Zurückhaltung der deutschen Stellen im Entnazifizierungsprozeß kritisiert.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dafür ist das vorliegende Tagebuch ein hervorragendes Dokument, daß die deutschen Politiker der ersten Nachkriegsphase ihren Handlungsspielraum voll ausgenutzt und getan haben, was im Interesse der Menschen möglich war. Bemerkenswert ist ferner, wie intensiv sich gerade die ältere Generation der Nachkriegspolitikern mit der Vergangenheit auseinandergesetzt hat. Bei Spitta gab es keinerlei Tendenz zur „Verdrängung“. Er beschäftigte sich sehr gründlich mit den Reden und Schriften Karl Barths und anderer Theologen, studierte die Denkschrift von General Thomas über den 20. Juli 1944 und verfolgte den Verlauf des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses. Daher wurde ihm mehr als anderen Zeitgenossen bewußt, wie weit neben den Repräsentanten des Dritten Reichs auch die alten Führungsschichten und namentlich die Generalität in das Geschehen verstrickt gewesen und schuldig geworden waren.

Sehr viel schwerer fiel die kritische Überprüfung der älteren geistigen und politischen Tradition, die die Nationalsozialisten so erfolgreich in ihren Dienst gestellt und für ihre Zwecke ausgebeutet hatten. Spitta wurzelte noch so fest in der nationalstaatlichen Überlieferung, daß er nur mit Mühe Zugang zu Vertretern der politischen Emigration fand. Bezeichnend ist ferner die Distanz gegenüber den Juden, die auf einen jahrhundertealten christlichen Antijudaismus zurückzuführen ist und selbst bei Spitta – trotz einer jüdischen Urgroßmutter – immer wieder deutlich wird. Älter, von der NS-Propaganda besonders erfolgreich aktualisiert, war auch die Furcht vor revolutionären Veränderungen und besonders vor dem Kommunismus. Die Sorge, die Besatzungsmächte könnten mit ihrer Politik den Kommunisten Vorteile verschaffen und ein weiteres Vordringen der Sowjetunion erleichtern, beherrschte das Denken und Handeln der meisten Nachkriegspolitikern.

Gleichwohl hat dieser Antibolschewismus nicht zur Bejahung britischer und amerikanischer Ordnungsvorstellungen geführt. Auch die Bereit-

schaft zur bewußten Restauration älterer Gesellschaftsstrukturen war zunächst keineswegs vorhanden. Spitta wollte, wie er immer wieder bezeugt, keine Wiederherstellung des Alten, keine Anknüpfung an die Entwicklung in der Weimarer Zeit. Ihm mißfiel insbesondere der Gedanke an den Wiederaufbau der alten Parteien, und daher machte er sich auch zum Fürsprecher der Jugend, die von ihnen zunächst nichts wissen wollte. Bei der jungen Generation spielte dabei zweifellos die Tatsache eine Rolle, daß die nationalsozialistische Propaganda den Parteienstaat in Mißkredit gebracht hatte. Noch bemerkenswerter ist Spittas Reserve gegenüber den Repräsentanten des Neo-Liberalismus, die schon 1946 für ihre Ideen warben. Spitta suchte – wie viele andere in den ersten Nachkriegsjahren – einen „Dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Planwirtschaft und konsequenter Dirigismus stießen ebenso auf Ablehnung wie der von allen Kontrollen befreite Kapitalismus. Hier wirkte der Schrecken der Weltwirtschaftskrise von 1930 bis 1933 nach, die die demokratischen Staaten der ganzen Welt erschüttert und dem nationalsozialistischen Regime gegenüber so wehrlos gemacht hatte. Dem Kapitalismus traute Spitta nicht zu, daß er ökonomische Krisen meistern könne.

Trotz aller Nöte und Schwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahre blieb aber, wie die Wahlen zeigten, die von manchen befürchtete Radikalisierung der Bevölkerung aus. Nach zwölf Jahren tiefgreifender Wandlungen, die während des Krieges nach dem Empfinden der Menschen revolutionären Charakter angenommen hatten, wünschten die meisten keine weiteren Veränderungen, sondern Stabilität und etwas Sicherheit. So überwog trotz aller Nöte doch die Hoffnung. Spitta hält in seinen Tagebüchern fest, wie die neu gewonnene geistige Freiheit viele Menschen über die Mühsal des Alltags erhob, mit welcher Aufgeschlossenheit sie wieder am kirchlichen und religiösen Leben teilnahmen, welche Kraft ihnen Musik und Kunst, Literatur und die Erkenntnisse der unabhängigen Wissenschaft gaben. Und das ermöglichte vielen Vertrauen in die Zukunft.

Werner Jochmann



## Zur Edition

Von seiner Konfirmation im Jahre 1889 bis zu seinem Tod 1969 hat Theodor Spitta achtzig Jahre lang Tagebuch geschrieben. Die Bände aus der ersten Lebenshälfte wurden bei der Zerstörung seines Hauses durch einen Bombenangriff im September 1942 vernichtet. Die übrigen sind erhalten und befinden sich heute im Staatsarchiv Bremen. Hier werden die Aufzeichnungen aus der letzten Phase des Krieges und aus der Zeit des politischen Neuaufbaus unter Besatzungsherrschaft, von Weihnachten 1944 bis Ende 1947, veröffentlicht. Durch die Einbeziehung der letzten Kriegsmomente wollen wir einen Eindruck von der damaligen Bedrängnis und zwiespältigen Stimmung der Bremer Bevölkerung wie auch der Einstellung Spittas zum nationalsozialistischen Regime geben. Dem Zusammenbruch des Dritten Reichs folgten verwirrende Versuche, die Beschlüsse der Alliierten über die Zukunft der Hansestadt als amerikanische Enklave im britischen Besatzungsgebiet zu realisieren. Mit der Konstituierung Bremens als viertes Land der Amerikanischen Zone am 1. Januar 1947, der Neuwahl der Bürgerschaft am 12. Oktober 1947 und der gleichzeitigen Annahme der neuen demokratischen Verfassung in einer Volksabstimmung fanden die Bemühungen und Auseinandersetzungen um die politische Neuordnung einen Abschluß. Der 12. Oktober 1947 markiert daher für Bremen das Ende der ersten Nachkriegsphase. In Spittas Tagebuch erscheint das Datum aber nicht als Zäsur. Die politischen Alltagssorgen gingen, insbesondere mit den Schwierigkeiten der Senatsbildung, sofort weiter. Wir haben uns daher entschlossen, auch die Dokumentation bis zur Jahreswende 1947/48 fortzusetzen, an der Spitta in einem kurzen Rück- und Ausblick die politische Situation bilanzierend zu bestimmen suchte.

Spitta notierte seine Beobachtungen und Gedanken täglich. Die hier veröffentlichten Aufzeichnungen trug er fast durchgehend mit Tinte, selten mit Kopier- oder Bleistift, in zwei kleine Notizbücher mit stark holzhaltigem Papier im Format von ca. 10×16 cm und eine Wachstuchkladde von ca. 15×20 cm ein. Wegen des Papiermangels schrieb er in winziger „deutscher“ Schrift, so daß Buchstaben gelegentlich verlaufen oder Unterlängen in die nächste Zeile hineinreichen und die Wörter oft schwer zu entziffern sind. Es besteht kein Zweifel, daß er seine Eintragungen laufend Tag für Tag machte. An eine Publikation dachte er dabei nicht. Die Aufzeichnungen hatten den Zweck, für sich selbst Erinnerungswertes festzuhalten und die eigenen Gedanken zu klären, später, nach der Rückkehr ins Senatorenamt, auch Gesprächstermine und -ergebnisse festzuhalten. Da die Notizen lediglich als Gedächtnisstütze für Spitta selbst dienen sollten, wurden sie, insbesondere in der Zeit starker Arbeitsbelastung, oft stichwortartig ver-

kürzt, so daß die Entschlüsselung durch umfangreiche Kommentierung nötig gewesen ist. Unser Ziel dabei war es, dem Leser so viel Hilfe zu geben, daß er die Eintragungen ohne weitere Recherchen und ohne detaillierte Spezialkenntnisse über die Zeit der Besatzungsherrschaft in Deutschland verstehen kann.

Bei dem Umfang des Tagebuchs waren Kürzungen unvermeidlich. Dabei sind wir nach folgenden Kriterien vorgegangen: Gestrichen wurden alle Eintragungen über rein persönliche und familiäre Angelegenheiten, soweit sie nicht als besonders aufschlußreich für Spittas Denken und Fühlen erscheinen (wie z.B. die Eintragungen beim Tod des Sohnes Walter). Gestrichen wurden ferner Wiederholungen, soweit sie inhaltlich auch in Nuancen nichts Neues bieten. Dabei handelt es sich hauptsächlich um wiederkehrende Stichworte zu Besprechungen der gleichen Themen mit verschiedenen Personen. Ausgelassen wurden außerdem die regelmäßigen Vermerke über die gerade gelesenen Bücher, es sei denn, daß Spitta kommentierend zu ihnen Stellung nahm. Die Angaben der Bücher sind im Anhang in einer Lektüreliste Spittas zusammengefaßt. In einigen wenigen Fällen haben wir uns entschlossen, Spittas Wiedergabe der Äußerungen von Gesprächspartnern nicht abzdrukken, um deren Persönlichkeitssphäre zu schützen. Alle diese Auslassungen sind durch [...] gekennzeichnet. Spitta hat jeden Tag zu Beginn seiner Eintragungen über das Wetter berichtet. Diese Vermerke wurden bis auf wenige Ausnahmen ohne besondere Kennzeichnung gestrichen.

Gelegentliche Irrtümer bei der Schreibung von Namen wurden stillschweigend korrigiert. Ebenso haben wir die Rechtschreibung ohne weiteres der heute üblichen angepaßt. Einige die Sätze ergänzende Hinzufügungen der Herausgeberinnen stehen in eckigen Klammern.

Die schwierige Übertragung der handschriftlichen Originale in eine maschinenschriftliche Fassung wurde im Institut für Zeitgeschichte durchgeführt. Den beteiligten Kollegen und Kolleginnen sei für diese mühevollen Arbeit herzlich gedankt. Unser besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. Wolfgang Jacobmeyer, der seinerzeit als Mitarbeiter der Instituts das „Spitta-Tagebuch“ entdeckte und die Übertragungsarbeiten mit kompetentem Rat und großer Ausdauer begleitete. Wir selbst haben den maschinenschriftlichen Text dann noch einmal mit dem Original verglichen. Für vielfältige Unterstützung haben wir ferner den Kollegen und Kolleginnen im Staatsarchiv Bremen zu danken, ohne deren unermüdliche, sachkundige Hilfsbereitschaft wir die Kommentierung der Tagebücher nicht hätten leisten können. Mit viel Verständnis und großer Geduld haben die Töchter Theodor Spittas, Eva und Dr. Paula Bücking, auf den Abschluß der langwierigen Editionsarbeit gewartet, in vielen Jahren mit ihrer Anteilnahme nie nachgelassen und uns zahlreiche wichtige Hinweise gegeben. Dafür und für die Zustimmung zur Edition der Tagebücher möchten wir uns von Herzen bedanken. Nicht vergessen seien schließlich in der Forschungsstel-

le für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg Frau Lieselotte Trappe, die das oft korrigierte handschriftliche Manuskript der Einleitung und des Kommentars mit der ihr eigenen Sorgfalt abschrieb, Frau Irene Roch, die in mühseliger Arbeit das umfangreiche Personenregister erstellte, sowie Frau Oda Voß-Irmak, die uns beim Korrekturlesen unterstützte.

Ursula Büttner

Angelika Voß-Louis

# 1. Privater Beobachter der Kriegsnot Weihnachten 1944 bis 7. Mai 1945

*Sonntag, 24. Dezember 1944*

[...] Die Weihnachtsfeier in unserer Wohnung nach altem Brauch der Kirchbachstraße.<sup>1</sup> [...] Als die Weihnachtsvorbereitungen vor Wochen begannen, schien es unmöglich, irgendwelche Geschenke aufzutreiben, zumal da die Buchhandlungen, für uns sonst die ergiebigsten Quellen für Geschenke, so gut wie leer waren. Nun gab es doch noch eine Gabenfülle. Wir alle vier konnten die Sachen auf den beiden Tischen kaum unterbringen. Das meiste waren doch Bücher und Kunstsachen. [...] Briefpapier, Hefte und überhaupt Papier waren höchstwillkommene Gaben. [...] Das Abendessen (gegen 10 Uhr abends) erstaunlich friedensmäßig. Es begann mit Kaviar und setzte sich in Lottes<sup>2</sup> Schinken und anderen Genüssen fort. [...]

Ein nicht erwartetes Geschenk war, daß es den ganzen Tag – im Gegensatz zum vorigen Jahre – trotz der Klarheit keinen Vollalarm gab, nur vormittags und abends je einen kurzen „kleinen Alarm“.<sup>3</sup>

Fehlen tut uns das seit Jahren selbstverständliche Weihnachts-Telephongespräch mit Jade.<sup>4</sup> Das dringende Gespräch wurde vom Amt abgelehnt. So wirkte der Krieg ins Kleine der Feier, aber wie dankbar müssen wir sein, daß wir so in unserer Wohnung unversehrt und ungestört zusammensein konnten, vereinigt im Gedenken an unsere Nächsten, die Lebenden und die Abgeschiedenen, im Gedenken auch an das ungeheure Geschehen in der Welt und an Not, Leid und Opfer in der Wehrmacht und in der Heimat, an das Elend derer, die kürzlich ihr Heim verloren haben und irgendwo heimlos notdürftig untergebracht sind, an die vielen, die ohne genügende Heizmittel in der hereingebrochenen Winterkälte frieren, im Gedenken schließlich an das Verhängnis, das unserem Volke droht.

*Montag/Dienstag, 25./26. Dezember 1944*

[...]

<sup>1</sup> Von 1911 bis zur Zerstörung des Hauses durch einen Bombenangriff in der Nacht vom 4. zum 5. 9. 1942 lebte Spitta mit seiner Familie in der Kirchbachstraße 107.

<sup>2</sup> Lotte Spitta, geb. Schüle, Ehefrau von Spittas Sohn Walter.

<sup>3</sup> „Kleinalarm“ wurde gegeben, wenn einzelne oder wenige Feindflugzeuge das Warngbiet überflogen, Bombenabwürfe, Tieffliegerangriffe und Flakaktionen möglich waren – im Gegensatz zum „Fliegeralarm“ beim Anflug vieler Flugzeuge und Verbände.

*Mittwoch, 27. Dezember 1944*

Vormittags kurzer Aufenthalt im Rathaus.<sup>5</sup> Kälte und keine Akten; anscheinend allgemeine Ferienruhe bis Neujahr. [...]

Nachmittags Apelts<sup>6</sup> und Knittermeyers<sup>7</sup> zum Tee. Persönliches und Allgemeines durchgesprochen. [...] Auch die oft erörterten politischen Fragen, Nationalsozialismus und Bolschewismus, die Ratio und das Maß der Rationalisierung, die Persönlichkeit Hitlers, Lenins und Stalins, auch Himmlers, der Anteil des Irrationalen bei ihnen (Sendungsbewußtsein usw.) die Wandlung des russischen Menschen von Passivität zur Aktivität, von der Mystik zum Rationalismus, usw. wurden erörtert und erhielten durch Apelt und Knittermeyer manches neue Licht. Nachher Philosophisches, Nicolai Hartmann usw.<sup>8</sup> Nietzsche als Gegner des Antisemitismus.<sup>9</sup> Ist R[ichard] Wagners Musik rationalistisch und insofern undeutsch oder gar jüdisch? [...]

<sup>4</sup> Jade südöstlich von Varel, Oldenburg. Wohnort der Familie des Sohnes Walter.

<sup>5</sup> Nach Kriegsausbruch wurde Spitta dienstverpflichtet. Seit Anfang 1940 war er „juristischer Hilfsarbeiter“ in der Baubehörde und beim Senator für Innere Verwaltung, StAB: 3–S. 1. d. Nr. 27 [13].

<sup>6</sup> Dr. Hermann Apelt, 1876–1960. Rechtsanwalt, 1906–1917 Syndikus der HK Bremen, 1908–1917, 1946/47 MdBü (DVP, BDV), 1917–1933, 1945–1955 Senator (BDV, FDP). Vgl. Brem. Biogr., S. 16–19.

<sup>7</sup> Dr. Hinrich Knittermeyer, 1891–1958. 1923–1945 Direktor der Staatsbibliothek Bremen, 1924 Schriftführer, 1936 Präs. der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft, 1941 Vorsteher der „Wittheit“, 1939 Professor. – Seit Mai 1933 Md. der NSDAP, 1933–1936 der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“. – Über sein philosophisches und literaturwissenschaftliches Werk vgl. Brem. Biogr., S. 277–279.

<sup>8</sup> Dr. Nicolai Hartmann, 1882–1950. 1909–1925 Privatdozent und Professor für Philosophie in Marburg, wo auch Knittermeyer von 1910 bis 1914 studierte und mit einer philosophischen Dissertation promovierte. H. gehörte anfangs zur Marburger Schule des Neukantianismus, entwickelte dann ein eigenes System einer realistischen Ontologie.

<sup>9</sup> Friedrich Nietzsche erteilte den Antisemiten in zwei Briefen, die erstmalig 1926 veröffentlicht wurden, eine klare Absage. In einem Brief vom 23.3.1887 an Theodor Fritsch schrieb er: „Die Juden sind mir, objektiv geredet, interessanter als die Deutschen: ihre Geschichte gibt viel grundsätzlichere Probleme auf. [...] Ich gestehe übrigens, daß ich mich dem jetzigen ‚deutschen Geiste‘ so fremd fühle, um seinen einzelnen Idiosynkrasien ohne viel Ungeduld zusehen zu können. Zu diesen rechne ich in Sonderheit den Antisemitismus“. Am 29.3.1887 schrieb er: „Glauben Sie mir: dieses abscheuliche Mitredenwollen naiver Dilettanten über den Wert von Menschen und Rassen, diese Unterwerfung unter ‚Autoritäten‘, welche von jedem besonneneren Geiste mit kalter Verachtung abgelehnt werden [...], diese beständigen absurden Fälschungen und Zurechtmachungen der vagen Begriffe ‚germanisch‘, ‚semitisch‘, ‚arisch‘, ‚christlich‘, ‚deutsch‘ – das Alles könnte mich auf die Dauer ernsthaft erzürnen und aus dem ironischen Wohlwollen herausbringen, mit dem ich bisher den tugendhaften Velleitäten und Pharisäismen der jetzigen Deutschen zugesehen habe.“ Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Hammer. Leipzig 1926, S. 77–79; grundsätzlich dazu: Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland. Bern, Stuttgart, Wien 1963, S. 337.



Nur ein „kleiner Alarm“, sonst weiter anhaltende Luftruhe. So lange Zeit haben wir wohl seit 1½ Jahren nicht so ungestörte Tage und Nächte gehabt. Zuerst waren sie wohl eine Folge des schlechten Wetters, besonders des Nebels; als nach Beginn der Offensive an der Westfront das Wetter umschlug und klar und kalt wurde, hat unser Großangriff wahrscheinlich die Feinde gezwungen, einen erheblichen Teil ihrer Luftwaffe an der Westfront einzusetzen.<sup>10</sup> Zum ersten Mal seit langer Zeit hat sich auch unsere Luftwaffe wieder betätigt, vor allem durch Jäger und Jagdbomber. Welche Rolle auch „Ein-Mann-Bomber“ spielen, ist noch unklar; einstweilen schwirren darüber mehr oder weniger phantastische Gerüchte. Leider entstehen überhaupt auf allen Gebieten – neue Waffen, U-Bootfahrten, Bekämpfung der feindlichen Flieger (Unbrauchbarmachung der Motore[n] durch Strahlen oder Nebel?), Vordringen unserer Truppen im Westen (bis Namur, ja bis Brüssel),<sup>11</sup> Einkesselung ganzer Armeen und so weiter, und so weiter – die übertriebensten Gerede. Man sollte sich mit den großen Leistungen, die verbürgt sind, begnügen; sonst kommen nur Rückschläge der Stimmung. Überdies: Auch bei noch so großen Erfolgen im Westen bleibt Deutschlands Lage sehr ernst, zur Zeit in Ungarn,<sup>12</sup> im Frühling und Sommer an allen Fronten; denn die Angelsachsen werden im Frühling neue gewaltige Anstrengungen machen, uns niederzuzwingen.

Darum verläßt uns auch bei allem Festlichen, bei allem Zusammensein in Ernst und Scherz nie der Gedanke an den Kampf auf Leben und Tod, in dem unser Volk steht. Wir sind und bleiben in ständiger Spannung, ob es unserer Wehrmacht, der Energie unserer Führung und den Leistungen der Wissenschaft, Technik und Kriegswirtschaft – getragen von den sittlichen Kräften des Einsatzes und Opfermuts, die Friedel<sup>13</sup> als Voraussetzung des Bestehens so stark betont – gelingen wird, das von allen Seiten aufziehende Verhängnis abzuwenden, und ob nach militärischen Erfolgen – vielleicht im Laufe des nächsten Jahres – eine Möglichkeit gegeben ist, durch eine kluge, maßvolle Politik unter Benutzung der Gegensätze zwischen Angelsachsen und Bolschewisten, besonders zwischen England und Rußland, zu einem Frieden zu kommen.

<sup>10</sup> Die Ardennen-Offensive begann am 16.12.1944, kam zwei Tage später in den meisten Abschnitten zum Stehen und lief sich am 24.12. endgültig fest. Vgl. Hermann Jung, *Die Ardennen-Offensive 1944/45. Ein Beispiel für die Kriegführung Hitlers*. Göttingen, Zürich, Frankfurt 1971. Über die Rolle der alliierten Luftwaffe bei diesen Kämpfen S. 169ff.

<sup>11</sup> Der westlichste Punkt, den deutsche Truppen während der Ardennen-Offensive erreichten, lag 5 km östlich von Dinant.

<sup>12</sup> Die Ende Nov. begonnene sowjetische Großoffensive in Ungarn führte am 26.12. zur Einschließung Budapests. Vgl. Peter Gosztony, *Endkampf an der Donau 1944/45*. 2. Aufl., Wien, München, Zürich 1969.

<sup>13</sup> Friedrich (Friedel) Spitta, 1915–1944. Zweitjüngster Sohn Spittas, Buchhändler; in der Normandie vermißt.

*Donnerstag, 28. Dezember 1944*

[...]

*Freitag, 29. Dezember 1944*

[...] Nachmittags Senatorentee bei Nebelthau.<sup>14</sup> Gegen 6 Uhr eine halbe Stunde Vollalarm. [...]

*Samstag, 30. Dezember 1944*

[...]

*Sonntag, 31. Dezember 1944*

Um 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr mehrstündiger Vollalarm, im Bunker kleinere Sachen von Goethe (Theatervorspiele usw.). Nachmittags bei Frau Rassow.<sup>15</sup> Von dort um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr durch Vollalarm vertrieben. Nach 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden Bunkersitzung wieder zu Hause. Daher erst verspätet zu Abend gegessen. [...] Meine Aufzeichnungen über die symbolhafte Bedeutung unserer Hauszerstörung und die Weltwende, in der wir stehen, vorgelesen.<sup>16</sup> Leider wurde es zu spät, noch Goethes „Märchen“, wie bei uns üblich, vorzulesen.

[...]

*Montag, 1. Januar 1945*

[...] Im Bunker Westphal, „Das Reich. Aufgang und Vollendung“, die salischen Kaiser (einseitige, rassistisch eingestellte Darstellung; Verurteilung Heinrichs III. usw.)

Um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr nachm[ittags] dritter Vollalarm; mehrstündige Bunkersitzung. Westphal mit vielem Kopfschütteln weitergelesen (Heinrich IV. „der größte innere König Deutschlands“; der erste Nationalsozialist, usw.).<sup>17</sup>

<sup>14</sup> Dr. Friedrich Nebelthau, 1863–1947. 1890–1900 Syndikus der HK Bremen, 1891–1900 MdBü, 1900–1919 Senator (DDP, DStP), 1919–1933 Gesandter Bremens in Berlin. Vgl.: Brem. Biogr., S. 344–346. Die ehemaligen Senatoren Apelt, Nebelthau und Spitta kamen seit ihrem Ausscheiden aus dem Amt regelmäßig am Tag der Senatssitzung zusammen.

<sup>15</sup> Ida Emma Martha Rassow, geb. Baumgarten, geb. 1887, 3. Ehefrau von Senator Gustav Rassow (1855–1944), dem Onkel Hermann Apelts.

<sup>16</sup> Ende des Bürgertums. Tagebuchbetrachtungen 1942. Zum 100. Geburtstag Dr. Theodor Spittas am 5.1.1973 vervielfältigt. Privatbesitz.

<sup>17</sup> Dr. Otto Westphal, 1891–1950. Professor für mittlere und neuere Geschichte, zuletzt – 1933 bis 1936 – in Hamburg, war „eine der eigenwilligsten, um nicht zu sagen problematischsten Erscheinungen unter den deutschen Historikern unserer Epoche“ (Nachruf von G. A. Rein). Das hier zur Diskussion stehende Werk „Das Reich. Aufgang und Vollendung, Bd. 1: Germanentum und Kaisertum“ erschien in Stuttgart 1943.

Die Luftangriffe der letzten Tage zeigen, daß zwar unsere Luftwaffe wieder tätig ist<sup>18</sup> – (seit langer Zeit wieder!); auch über Bremen am Silvestertage Luftkämpfe und Abschluß eines feindlichen Fliegers<sup>19</sup> –, daß aber von irgendeinem entscheidenden Abwehrmittel, seien es Jagdflieger, Einmann-Flugzeuge und dergleichen, seien es neuartige Strahlen- oder Nebelabwehrmittel, nicht die Rede sein kann. Die Feinde flogen in vielen Verbänden mit zahlreichen Flugzeugen ein, griffen Hamburg, Berlin, Hannover, Kassel und die rheinischen Städte an; das Wetter war klar und zum Einsatz der Jäger Deutschlands wie geschaffen; nichts von kriegswendender Bedeutung ist geschehen; vielleicht haben wir noch nicht genug Jäger, so daß die Mehrzahl in der Winterschlacht gebraucht werden muß, vielleicht mangelt es an Benzin. – [...]

*Dienstag, 2. Januar 1945*

[...] Besprechung mit Rich[ard] Duckwitz<sup>20</sup> im Rathause; militärische Lage; Luftabwehr; unsere Abschüsse sollen zahlreicher sein, als die Wehrmachtberichte angeben (?). Die Winterschlacht wird von den Militärs als eine Entscheidungsschlacht gewertet oder doch als eine Schlacht, die entscheidend werden kann, zum mindesten dadurch, daß wir in besserer Stellung (Vogesen, Maas usw.) die Frühling- und Sommeroffensiven der Feinde bestehen können. [...]

*Mittwoch, 3. Januar 1945*

Das Tauwetter erfreulich wegen des Kohlenmangels, der in den Beförderungsschwierigkeiten (Zerstörung der Bahnlinien, Kanäle und Lokomotiven) seine Ursache hat. Könnte man der feindlichen Luftwaffe Herr werden, wäre die Kohlennot vorbei. Auch in unseren Kohlenvorrat hat das Frostwetter der Weihnachtswoche ein tiefes Loch gerissen, zumal da wir uns in unserer besetzten Wohnung etwas mehr Wärme gönnten (sonst nur

<sup>18</sup> Unternehmen „Bodenplatte“. Am 1.1.1945 griffen 1035 deutsche Jäger und Bomber alliierte Flugplätze in Südholland, Belgien und Nordfrankreich an. Infolge der hohen Verluste – zum Teil durch eigene Abwehr – und wegen Treibstoffmangels konnte die Luftwaffe danach keine weiteren Großeinsätze mehr durchführen. Vgl. Mason, *Die Luftwaffe*, S. 363f.

<sup>19</sup> Zum Luftkrieg im Bremer Raum Anfang 1945 vgl. Schwarzwälder, *Bremen am Kriegsende I*, S. 151f.

<sup>20</sup> Dr. Richard Duckwitz, 1886-1972. Rechtsanwalt, 1919 Senatssyndikus, 1931 Staatsrat, 1943 Finanzsenator, 1944 kommissarischer Reg. Bgm. Im Ersten Weltkrieg Offizier, Angehöriger des Freikorps Caspari, 1919–1920 Md. der DDP, rückwirkend seit Mai 1933 der NSDAP (einem Antrag auf Ablehnung seiner Mitgliedschaft wurde im Juli 1935 nicht stattgegeben), seit Herbst 1933 eines SA-Reitersturms, 1951–1963 MdBü (zunächst DP bzw. Gesamtdeutsche Partei, ab 1962 CDU). – Vetter Th. Spittas.

das Eßzimmer erwärmt). Im Rathause ist es immer noch so kalt, daß ich es dort ohne Mantel nicht aushalten kann.

Wenn doch der Schlag unserer Luftwaffe gegen die belgisch-holländischen Flugplätze am Neujahrstage<sup>21</sup> der Auftakt zu großen weiteren Erfolgen wäre!

Unsere Ernährung ist immer noch ausreichend; in der Weihnachtswoche hatten wir es infolge mancher Gaben unserer Kinder und so weiter recht reichlich. Eine Verknappung wird erst im Laufe des Jahres noch kommen; auch das Brot wird gewiß gestreckt werden müssen. Aber ausgehungert können wir nicht werden. – Schlimmer sieht es bei vielen sog[enannten] „Mangelwaren“ aus, besonders bei allen Textilwaren, und die Städtezerstörungen sind menschlich und wirtschaftlich eine wachsende Gefahr. Wieder kommt alles darauf an, die so unbegreiflich vernachlässigte deutsche Luftwaffe stark zu machen<sup>22</sup> und den *circulus vitiosus* zu überwinden, daß ein Einsetzen großer Massen unserer Flugzeuge genügend Benzin voraussetzt und die Herstellung des Benzins durch große Massen deutscher Flugzeuge geschützt werden muß. – Daß wir auch die U-Bootwaffe mit einem neuen Typ wieder aufbauen, ist sicher; die bombenfeste Beton-Werft bei Farge beweist das.<sup>23</sup> – Überall wird viel Neues und Kriegswichtiges unternommen. – Es bleibt trotz allem, auch trotz der Erfolge an der Westfront,<sup>24</sup> eine militärisch und wirtschaftlich äußerst ernste und gespannte Lage. Wenn wir, wie ich annehme, trotz der kritischen Verhältnisse in Ungarn den Winter überstehen, kommen die neuen Anstürme von allen Seiten im Frühjahr und Sommer; doch bin ich nicht hoffnungslos. [...]

<sup>21</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 18.

<sup>22</sup> Vgl. Karl-Heinz Völker, *Die deutsche Luftwaffe 1933–1939. Aufbau, Führung und Rüstung der Luftwaffe sowie die Entwicklung der deutschen Luftkriegstheorie.* Stuttgart 1967; Mason, *Die Luftwaffe.*

<sup>23</sup> Der als bombensichere U-Boot-Werft geplante, riesige Bunker „Valentin“ bei Farge befand sich noch im Bau; er wurde vor der Fertigstellung am 27.3.1945 bei einem Bombenangriff stark beschädigt. Schwarzwälder, *Bremen am Kriegsende I*, S. 173–175. Der Aufbau einer neuen U-Boot-Waffe verzögerte sich u.a. dadurch, daß die Fertigungsanlagen an wenigen Stellen konzentriert und fast ungeschützt waren. Da man, um die Produktion zu beschleunigen, zum Sektions- und Montagebau übergegangen war, konnten bei einem Angriff 30–40 in Bau befindliche Boote zerstört werden. Der Versuch, die Atlantik-Basen und Werftanlagen durch Betondecken zu schützen, schlug überall fehl. Vgl. Michael Salewski, *Die deutsche Seekriegsleitung 1935–1945. Bd. 2: 1942–1945.* München 1972, S. 496–528, insbes. S. 512–518, 527. Jöhr/Roder, *Der Bunker.*

<sup>24</sup> Im Wehrmachtbericht vom 2.1. wurden bedeutende Erfolge beim Unternehmen „Bodenplatte“ (Zerstörung 579 feindlicher Flugzeuge) und an der Westfront überhaupt (Geländegewinne in Lothringen und schwere Verluste der Amerikaner bei Bastogne) gemeldet. Murawski, *Wehrmachtbericht*, S. 419. Die Bremer Zeitung gab täglich auf der ersten Seite den Wehrmachtbericht wieder und berichtete im Jan. 1945 laufend in großer Aufmachung über die Erfolge im Westen. Über die tatsächliche Lage vgl. Kap. 1, Anm. 10, 11, 18.

*Donnerstag, 4. Januar 1945*

In Stimmung und Beurteilung der Kriegsaussichten eigentlich nur zwei Gruppen von Menschen: diejenigen, die von der Sicherheit eines vollständigen Sieges überzeugt sind oder sich davon überzeugt geben und alles in rosigem Lichte sehen und darstellen, und diejenigen, die den Krieg für verloren halten und einen mehr oder weniger nahen Termin des Zusammenbruchs vor sich sehen. Ich kann weder mit den einen noch mit den anderen mitgehen. Die materielle Übermacht der Feinde ist furchtbar; Amerika leidet kaum unter dem Kriege; seine Wirtschaft blüht, seine Macht wächst; die Störungen des Heimatlebens sind gering; die Menschenverluste werden bei größerer Einwohnerzahl nicht ein Zehntel der Verluste Deutschlands betragen; das Land ist reich an allen Hilfsmitteln und kann den Krieg noch Jahre fortsetzen. Auch die russische Macht ist militärisch und wirtschaftlich gewaltig und ungebrochen. Nur England steht militärisch, wirtschaftlich und politisch schlecht da. Nach verstandesmäßigen Erwägungen muß Deutschland nach seinen entsetzlichen Menschenverlusten (sicher weit über zwei Millionen), der Preisgabe der großen Gebiete im Osten und Westen und der immer schmäler werdenden wirtschaftlichen Grundlage schließlich unterliegen. Aber die Geschichte und der Krieg sind kein Rechenexempel, sondern völlig irrational.

Was die Zukunft bringen wird, ist verhüllt. Es gilt auszuhalten, damit jede Möglichkeit einer günstigen Wendung benutzt werden kann. Daß wir noch lange Widerstand leisten können, davon bin ich überzeugt. Die Energie der führenden Männer, vor allem Hitlers und Himmlers, ist gewaltig; das Maß dessen, was ein Volk an Leiden, Verwüstungen und Entbehrungen ertragen kann, ist unabsehbar, wenn eine starke Hand alles zusammenhält und die Widerstrebenden mittelbar oder unmittelbar zwingt. „Volentem ducunt, nolentem trahunt!“<sup>25</sup> – Ich habe mehr Sorge, ob *politisch* das Richtige und Mögliche geschehen wird, zu einem erträglichen Frieden zu kommen, als ob wir *militärisch* und *wirtschaftlich* noch ein Jahr, oder wenn nötig, auch noch länger durchhalten können.

Mit R[ichard] Duckwitz über Bremens staatsrechtl[iche] Organisation; Frage der Beigeordneten. – Desgleichen mit Behrens über Fassung der Verordnung.<sup>26</sup> [...]

<sup>25</sup> Den Willigen führen, den Widerstrebenden ziehen sie.

<sup>26</sup> Philipp Behrens, 1892–1946. ORR, seit 1945 kommissarischer Landherr. 1924–1925 MdBü, bis 20.4.1933 Md. der DVP, seit 1.5.1933 der NSDAP, am 9.10.1945 auf Anordnung der Militärregierung aus dem Amt entlassen, aufgrund des Einsatzes vom Bgm. Kaisen für ihn mit Duldung der Amerikaner weiter „hinter den Kulissen“ für den Senat tätig, am 26.10. nach Behandlung seines Falls durch den Berufungsausschuß offiziell zur Beschäftigung beim Senat wieder zugelassen. Spitta würdigte Leben und Schaffen Behrens' im Bremischen Jahrbuch 42 (1947), S. 218–222. Vgl. Brem. Biogr., S. 31f.

*Freitag, 5. Januar 1945*

[...] Mein Geburtstagstisch erstaunlich reich [...] Nur kurz vormittags im Rathause. Um 11<sup>1/2</sup> Uhr einstündiger Vollalarm. [...] Mittags Gansessen. [...] Knittermeyer begrüßt mich mit besonders herzlichen Worten; Bultmann<sup>27</sup> habe ihm am 1.1.[19]45 gesagt: „Das Jahr 1944 war für mich ein glückliches; es hat mir nichts genommen“. So wünsche K[nittermeyer] mir für 1945, daß das Jahr mir und uns allen nichts nehme. [...]

Nach dem Abendessen um 9 Uhr nochmals einstündiger Vollalarm. Dadurch der Abend gestört. – Sonst ein Tag, der durch das Zusammensein mit den Nächsten und die vielen Beweise der Liebe und Freundschaft eine rechte Stärkung bedeutete. Auch viele Briefe. [...]

*Samstag – Dienstag, 6. – 9. Januar 1945*

[...]

*Mittwoch, 10. Januar 1945*

Vormittags 10.50 Uhr kurzer Vollalarm, Frau Bücking<sup>28</sup> besucht. Ihr Haus in Trümmern; es stehen nur noch die vier Wände, ohne Dach und Fenster. [...] Nachmittags Wittheit: Professor Beenken (Leipzig)<sup>29</sup> über die Begegnung der Deutschen mit der griechischen Baukunst (im Wesentlichen 18. und 19. Jahrhundert; viele Entwürfe, so vom Ehrenmal für Friedrich den Großen, so von der Walhalla). Abends 7 Uhr halbstündiger Vollalarm. [...]

*Donnerstag, 11. Januar 1945*

[...]

*Freitag, 12. Januar 1945*

Sehr lästige Einschränkung des elektr[ischen] Lichtes, wenn auch nur vorübergehend „für einige Tage“: morgens von 6<sup>1/2</sup> Uhr bis 9 Uhr kein Licht, nachmittags von 16 bis 20 Uhr. [...]

<sup>27</sup> Friedrich Bultmann, 1882–1971. Evangelischer Geistlicher, 1908–1933 Pastor in Ganderkesee (Bez. Delmenhorst); Vetter von Rudolf Bultmann, der in Ganderkesee viermal vertretungsweise für ihn predigte. (Martin Evang, *Rudolf Bultmann in seiner Frühzeit*. Tübingen 1988, S. 149–150). Fünf Söhne Fr. Bultmanns fielen im Krieg, von dreien hatte er zu diesem Zeitpunkt die Todesnachricht erhalten.

<sup>28</sup> Marie Bücking, Ehefrau von Dr. Kurt B., Mutter von Hans, Klaus und Lutz B.

<sup>29</sup> Dr. Hermann Beenken, 1896–1952. Professor für Kunstgeschichte. Beenken hatte gerade ein Buch veröffentlicht: *Das 19. Jahrhundert in der deutschen Kunst. Aufgaben und Gehalte. Versuch einer Rechenschaft*. München 1944.

*Samstag, 13. Januar 1945*

Vormittags mit Eva<sup>30</sup> und Frau Bücking im Ratskeller Hochzeitessen mit Prokurist Dietrich beredet (27. Januar). [...]

*Sonntag, 14. Januar 1945*

[...]

Drei Vollalarne: Vormittags von 10<sup>3/4</sup> bis 2.40 Uhr (viele Verbände) – abends 8<sup>1/2</sup> Uhr etwa eine Stunde – nachts von 12 bis 1 Uhr. Nachmittags Goethe-Gesellschaft. Feinsinniger Vortrag von Dr. Droß über „Euphrosyne und Unsterblichkeit“.<sup>31</sup>

*Montag, 15. Januar 1945*

Wie von mir befürchtet, ist die beamtenrechtliche Seite der Ehe Evas mit Klaus<sup>32</sup> jetzt ins Rollen gekommen. Besprechung mit R[ichard] Duckwitz und Jüdefeind.<sup>33</sup> Günstige Gutachten in den Akten von Klaus. Eva als „Elite“ an die Lehrerinnenbild[ungs]anst[alt] versetzt, nach politischer Begutachtung und Genehmigung des Reichserziehungsministers.<sup>34</sup> Politische Seite der Sache. Notwendigkeit, mit Kreisleiter zu sprechen. Vorschlag, die Ehe aufzuschieben, bis „Wehrwürdigkeit“ erklärt ist. Anderenfalls Widerruf des Beamtenverhältnisses, im besten Falle Beurlaubung ohne Gehalt. Mittags Angelegenheit mit Mutter und Eva besprochen. Wie zu er-

<sup>30</sup> Eva Spitta, geb. 1913, Tochter Spittas, Studienrätin, heiratete am 27.1.1945 Klaus Bücking.

<sup>31</sup> Dr. Friedrich Droß, 1886–1972. Regierungsdirektor, Leiter des Finanzamts Bremen-West, 1946 Mitbegründer der Barlach-Gesellschaft, seit 1954 Vors. der Bremer Ortsvereinigung der Goethe-Gesellschaft.

<sup>32</sup> Klaus Bücking, 1908–1980. Bildhauer, zweitältester Sohn von Dr. Kurt B. Er hatte sich während seines Jurastudiums 1929 den Kommunistischen „Roten Studenten“ und der „Roten Hilfe“ angeschlossen. Seit April 1933 war er im KL Bremen-Mißler in „Schutzhaft“. Im Sommer 1933 wurde er aufgrund des Heimtücke-Gesetzes zu einer zehnmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt, die er vom Jan. bis Nov. 1934 in Vechta verbüßte. Im Sept. 1936 wurde er erneut verhaftet und von einem Sondergericht wegen angeblicher Vorbereitung zum Hochverrat zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem er sich schon im Herbst 1936 vom Kommunismus abgewandt hatte, wurde er nach Verbüßung der Strafe am 3.10.1944 entlassen. 1957–1973 als Bewährungshelfer tätig.

<sup>33</sup> Arno Jüdefeind, 1884–1957. Jurist, ORR, zuletzt Leiter der Regierungskanzlei, am 6.5.1945 beurlaubt, am 25.6.1945 aus dem Amt entlassen. Bis April 1931 Md. der DVP, seit 1.5.1933 der NSDAP, seit 4.11.1933 der SA, seit 30.1.1942 als Sturmführer.

<sup>34</sup> Durch Erlaß vom 11.12.1936 hatte sich der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Ernennung aller Lehrkräfte an den Hochschulen für Lehrerbildung vorbehalten. Zuvor mußte ein politisches Gutachten des Stellvertreters des Führers eingeholt werden. Vgl. Rolf Eilers, Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat. Köln, Opladen 1963, S. 62.

warten war, lehnt Eva den Vorschlag von R[ichard] Duckwitz, die Ehe bis zur „Wehrwürdigkeit“ aufzuschieben, ab. Die Folgen für Amt und Schule will sie tragen. Klaus, mit dem Eva abends die Angelegenheit durchgesprochen, ist ebenfalls gegen einen Aufschub der Ehe.

Diese Frage mit allen Folgen und der Gedanke, wie sich die Sache in Besprechungen mit Duckwitz und Jüdefeind, vielleicht auch mit Dr. Kurz,<sup>35</sup> zu Evas Gunsten wenden läßt, beschäftigt mich sehr; daneben lastet die allgemeine Sorge um unser Volk [auf mir]; von allen Seiten – im Westen wie im Osten – hat der Großangriff gegen unsere Fronten eingesetzt; die Russen führen überall überlegene Kräfte heran. Gleichzeitig Amerikas Angriff auf die Philippinen.<sup>36</sup> Werden wir deren furchtbaren Sturm bestehen und noch einmal das Unheil abwenden? [...]

*Dienstag, 16. Januar 1945*

Über Evas Ehe erst mit Jüdefeind, dann mit R[ichard] Duckwitz. Zustimmende Äußerungen von Landesschulrat Kurz, Frau Direktorin Plate und Frau Direktorin Menzel angeführt.<sup>37</sup> R[ichard] D[uckwitz] will nach Eingang des besonderen Gutachtens der G[eheimen] St[aats] P[olizei] (Herrlein)<sup>38</sup> mit dem Kreisleiter sprechen und ihm vorschlagen, der Weiterbeschäftigung unter Vorbehalt endgültiger Entscheidung zuzustimmen; bei Widerspruch des Kreisleiters Beurlaubung ohne Gehalt! Von Hoff<sup>39</sup> soll zugezogen werden und vorher die Direktorin Menzel hören. [...]

<sup>35</sup> Dr. phil. habil. Karl Kurz, 1881–1960. Volksschullehrer, Privatdozent für Physik an der TH München, seit 1912 Oberlehrer am staatl. Volksschullehrerinnenseminar in Bremen, 1919 Inspektor der höheren Schulen, 1922 Oberschulrat, 1932 Landesschulrat, seit 1.5.1937 Md. der NSDAP, am 8.8.1945 aus dem Amt entlassen, Anfang März 1949 als „entlastet“ eingestuft, rückwirkend ab Febr. 1948 in den Ruhestand versetzt. Vgl. Brem. Biogr., S. 300f.

<sup>36</sup> Am 12.1. hatte die große sowjetische Winteroffensive an der Weichsel begonnen, die binnen weniger Tage zum Zusammenbruch der deutschen Ostfront führte. (Vgl. Erich Murawski, Die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee. Boppard 1969). Die amerikanischen Operationen zur Rückeroberung der Philippinen hatten am 19.10.1944 begonnen; mit der Landung von US-Truppen auf der Insel Luzon am 9.1. traten die Kämpfe in ihre entscheidende Phase ein. Die Bremer Zeitung berichtete am 15.1. darüber unter der Hauptüberschrift: „Höchste deutsche Bewährungsprobe. Gegen feindlichen Generalangriff – Sowjetische Winteroffensive entfesselt.“

<sup>37</sup> Mathilde Plate, 1878–1963. Oberstudiendirektorin, 1916–1949 Leiterin der Mädchenoberschule an der Kleinen Helle.

<sup>38</sup> Heinrich Herrlein, geb. 1894. Polizeibeamter in Bremen, im Sept. 1932 zur Politischen Polizei kommandiert, seit April 1944 Kriminalinspektor und Leiter des Referats IV B (Links- und Rechtsopposition), seit Ende 1944 stellvertretender Leiter der Stapo-Stelle Bremen, SS-Obersturmführer. 1919 Md. der Brigade Ehrhardt, seit 1.5.1933 Md. der NSDAP.

<sup>39</sup> Dr. phil. Richard von Hoff, 1880–1945. Oberlehrer in Bremen, März 1933–1945 Senator für das Bildungswesen, SS-Oberführer. Vgl. Brem. Biogr., S. 239f.



Die nach Bezirken einsetzende, zeitlich etwas gemilderte Sperre des elektrischen Stromes (morgens 7 bis 9 Uhr, nachmittags 4 bis 7 Uhr), die heute den Ostbezirk der Stadt, zu dem unser Haus gehört, trifft, geht an uns glücklich vorüber, weil unsere Straße und einige andere am selben Lichtkabel hängen wie das Joseph-Stift und Krankenhäuser das Licht behalten sollen.

Mommsens „Julius Cäsar“ weitergelesen. In der großartigen Charakterisierung Cäsars hebt Mommsen vor allem hervor, Cäsar sei nicht gescheitert an der Aufgabe, die für großartig angelegte Naturen von allen die schwerste sei, an der Aufgabe, auf der Zinne des Erfolges dessen natürliche Schranken zu erkennen. Abends 8<sup>1/4</sup> Uhr etwa zweistündiger Vollalarm.

*Mittwoch, 17. Januar 1945*

[...]

Vormittags zwei Vollalarne, ein kurzer 10<sup>3/4</sup> Uhr, gleich danach ein längerer, bis gegen 1 Uhr (Vorentwarnung). Ich arbeite weiter im Rathaus.

Nachmittags Wittheit; Professor Weber (Berlin), von Berlin mit elf Stunden Verspätung angekommen, über Julius Cäsar.<sup>40</sup> [...] Nach dem Vortrage von 5<sup>1/2</sup> bis 10 Uhr Zusammensein mit Weber; einiges über Cäsar gesprochen, aber auch vieles andere, insbesondere Politisches; einzelne Persönlichkeiten, z.B. Heinr[ich] Himmler, auch im Vergleich mit Cäsar; Ostpolitik. Fehler der ersten Einstellung zu den verschiedenen Völkern Rußlands; Freiheitsbewegung des russisch[en] Generals W[lassow],<sup>41</sup> jetzt 700 000 Mann und mehr unter ihm. Frage der Bewaffnung und Zuverlässigkeit. – Zukunft der deutschen Kultur in der Gefahr der Vermassung; Weber optimistisch.

<sup>40</sup> Dr. Wilhelm Weber, 1882–1948. Professor für alte Geschichte.

<sup>41</sup> Andrej Andrejewitsch Wlassow, 1900–1946. Befehlshaber der 20. sowjetischen Armee in der Winterschlacht vor Moskau, nach der Gefangennahme am 12.7.1942 Hauptorganisator und seit dem 28.1.1945 Oberbefehlshaber der Russischen Befreiungsarmee in Deutschland, die wegen des Mißtrauens Hitlers und führender Nationalsozialisten gegen ihre nationalen Bestrebungen aber erst im April 1945 zum Einsatz kam. Um die Einheiten angesichts des deutschen Zusammenbruchs vor der Vergeltung der Roten Armee zu retten, entschloß sich ein Teil der Wlassow-Armee, den Prager Aufstand am 6.5.1945 zu unterstützen. Nach der Gefangennahme bzw. Auslieferung durch die westlichen Alliierten wurden Wlassow und andere hohe Offiziere der Befreiungsarmee am 2.8.1946 in Moskau hingerichtet. Nach amtlichen Feststellungen umfaßten die russischen Freiwilligenverbände mindesten 700 000 bis 800 000 Mann. Soweit sie nicht fliehen oder untertauchen konnten, wurden sie ermordet, hingerichtet oder zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, die nur wenige überlebten. Vgl. Sven Steenberg, Wlassow. Verräter oder Patriot? Köln 1968; Jürgen Thorwald, Die Illusion. Rotarmisten in Hitlers Heeren. Zürich 1974; Wilfried Strik-Strikfeldt, Gegen Stalin und Hitler. General Wlassow und die russische Freiheitsbewegung. 2. Aufl., Mainz 1970; Joachim Hoffmann, Die Geschichte der Wlassow-Armee, Freiburg 1984.

*Donnerstag/Freitag, 18./19. Januar 1945*

[...]

*Samstag, 20. Januar 1945*

[...] Denkschrift des Reichskommissars für Rotterdam Dr. Völckers (Bremen) über die chaotischen Zustände, die durch die Abführung der 21- bis 40/50jährigen Holländer in Arbeitslager und durch die Art der Durchführung in Rotterdam entstanden sind. Grund der Maßnahme die Aufforderung der Emigranten-Regierung zur Sabotage und zum Bandenkrieg. Folge der Abführung der Zusammenbruch der Lebensmittelversorgung Rotterdams und der wehrwichtigen Betriebe. Hin und Her der Maßnahmen usw. (November 1944).<sup>42</sup>

In Bremen zur Zeit beim Stadttamt 260000 unerledigte Akten von Bombenschäden; ausgezahlt bisher etwa 500 Millionen Reichsmark.

[...] Ab nächsten Montag *Wegfall aller D- und Eilzüge*; jeder versteht diese Maßnahme; die an der Weichsel durchbrochene deutsche Front und die unmittelbare tödliche Bedrohung Schlesiens werden alle Verkehrsmittel für den Krieg erfordern.<sup>43</sup> [...]

*Sonntag, 21. Januar 1945*

[...]

*Montag, 22. Januar 1945*

[...] Ankündigung einer *vollständigen Paket- und Briefsperr*e, nur Postkarten für den Privatverkehr erlaubt.<sup>44</sup> [...]

<sup>42</sup> Dr. jur. Carl Völckers, 1886–1970. Seit 1919 im bremischen Staatsdienst, seit 1931 Staatsrat in der Behörde für Schifffahrt, Handel und Gewerbe, 1933–1940 deren Präs., 1.8.1940–1945 Beauftragter des Reichskommissars für die besetzten niederländischen Gebiete in Rotterdam. Seit 1.5.1933 Md. d. NSDAP. Da holländische Widerstandskräfte in die Kämpfe um die untere Maas eingegriffen hatten, befahl Hitler am 2.11.1944 die Evakuierung der gesamten männlichen Zivilbevölkerung im wehrfähigen Alter aus den militärischen Operationsgebieten. V.wehrte sich u.a.in mehreren Besprechungen bei Seyss-Inquart und dem Kampfkommandanten von Rotterdam gegen diese Maßnahme und die geplanten Hafensprengungen. Trotzdem wurden bei einer Massenrazzia am 10./11.11.1944 in Rotterdam und Schiedam 54000 Männer erfaßt, 40000 von ihnen nach Deutschland deportiert und die übrigen in den östlichen Gebieten der Niederlande zur Arbeit eingesetzt. B. A. Sijes, *De Razzia van Rotterdam*. 10.–11. Nov. 1944. 's-Gravenhage 1951; Konrad Kwiet, *Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung*. Stuttgart 1968, S. 151; *Auskunft des Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie* v. 9.9.1976. Die Denkschrift ließ sich nicht ermitteln.

<sup>43</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 36. Die Sperrung aller D- und Eilzüge für den zivilen Verkehr galt für das ganze Reich.

<sup>44</sup> Die Einschränkung galt nicht für den Ortsverkehr und Postsendungen in verkehrsmäßig günstig gelegene Nachbarorte.

*Dienstag, 23. Januar 1945*

An der Post werden nur 20 Postkarten an jeden abgegeben. Gestern auf das Gerücht der Sperre an der kl[ainen] Nebenstelle 2000 Postkarten verkauft; heute früh 1000 Stück angefordert. Was ist der Sinn der Maßnahme? Der Wegfall der Postpakete Entlastung von Post und Eisenbahn; aber werden nicht statt der Briefe ebensoviele Postkarten geschrieben? Dagegen bei Postkarten leichter Kontrolle und Zensur militärischer und politischer Natur möglich. – Reichsarbeitsminister Seldte schreibt im Reichsarbeitsblatt vom 15.1.[19]45, „daß für jedes Jahr der Zerstörung zwei Aufbaujahre mit gleicher Anstrengung und Opferwilligkeit notwendig sein werden, um das Größte wieder in Ordnung zu bringen ...“<sup>45</sup> [...]

Ein schöner, fast windstiller Wintertag und eine ebenso klare Mondnacht. Trotzdem in Bremen völlige Luftruhe. Vermutlich haben die Anglo-Amerikaner in den Kämpfen im Westen auch ihre gesamte Luftwaffe eingesetzt, um angesichts der großen russischen Erfolge im Osten auch im Westen einiges zu erreichen und politisch gegenüber Stalin nicht mit leeren Händen dazustehen. Die Fortschritte der Russen im Osten sind groß, Ostpreußen und Schlesien in tödlicher Gefahr, aber auch im Warthegau rasches Vorwärtsdringen. [...] Allgemein scheint die Flucht aus dem Osten einzusetzen, wie vorher aus dem Westen.<sup>46</sup> Immer mehr Menschen werden im mittleren Deutschland zusammengedrängt. Immer größer auch die Gefahr, daß die Lebensmittelfuhr nach den großen Städten in Unordnung gerät.

*Mittwoch, 24. Januar 1945*

[...]

Rathausarbeit in üblicher Weise; kein großer Andrang von juristischen Akten für mich. – Hochzeitsvorbereitungen. – Nachmittags Vortrag des Senators von Hoff in der Wittheit: „Der zweitausendjährige Kampf des nordischen Geistes mit dem vorderasiatischen“. Von Geist spürte man aber in dem ganzen Vortrag wenig; geistige Bewegungen und geistige Haltung der beiden Welten wurden nicht geschildert und einander gegenüber-

<sup>45</sup> Franz Seldte, Zum Jahreswechsel 1944/45; in: Reichsarbeitsblatt 25 (1945), Nr. 1, Teil V (Soziales Deutschland), S. 1. Seldte (1882–1947) war Fabrikant, 1918–1933 Bundesführer des „Stahlhelm“, 1933–1945 Reichsarbeitsminister.

<sup>46</sup> Nach der Zurücknahme der 4. Armee bis zu den Masurischen Seen bei Lötzen am 21.1.1945 hatten russische Truppen am folgenden Tag Insterburg und Allenstein erobert. Ebenfalls am 22.1. erreichten Einheiten der Roten Armee nördlich und südlich von Breslau die Oder, am 24.1. wurden Oppeln und Gleiwitz besetzt. Posen wurde am 27.1. eingeschlossen. Am 23.1. begann die Flucht der Zivilbevölkerung aus Ostpreußen über das zugefrorene Frische Haff und über die Ostsee aus den Häfen der Danziger Bucht. Bis zum 8.5. wurden insgesamt 2 Mio. Flüchtlinge, Soldaten und Verwundete abtransportiert.

gestellt; nur ethische Schwarzweißmalerei und eine primitive Darstellung der HaßEinstellung und Zersetzungsmacht der Juden mit der entsprechenden, tausendmal gelesenen und gehörten Herabsetzung der Freimaurer jeder Art.<sup>47</sup>

Die Sperre aller D- und Eilzüge soll nicht nur mit der nötigen Verschiebung von Truppen und der Beförderung von Massengütern aus dem Osten sowie dem Abtransport der Lazarette und militärischen Materialien zusammenhängen, sondern auch mit der Notwendigkeit, eine Millionen-Bevölkerung aus den bedrohten östlichen Gebieten wegzubringen. Für diesen Zweck allein sollen rund 500 bis 600 D- und Eilzüge erforderlich sein. [...]

*Donnerstag, 25. Januar 1945*

[...]

*Freitag, 26. Januar 1945*

Der *Einbruch der Kälte* eine furchtbare Belastung für Wehrmacht und Heimat; Flüchtlingseleid, geringe Heizstoffvorräte der Bevölkerung; die oberschlesische Kohle steht nicht einmal für die Eisenbahn im Osten mehr zur Verfügung; Ruhrkohle nach dem Osten (bei den zerstörten Verkehrsverhältnissen und den zugefrorenen Kanälen und Flüssen!); Wasserbrüche in den Leitungen; Einfrieren der Pumpen und Schläuche (bei Luftangriffen keine Löschmöglichkeit).

Die Zufuhr der Lebensmittel in die großen Städte gefährdet; die Bremer Rolandmühle erhält nicht die ihr aus Halle und den sächsischen Gebieten zugewiesenen Getreidemengen, da die Beförderung der dort lagernden Mengen nach Bremen unmöglich, – nicht zu reden von dem Verlust der großen, ernährungswichtigen Räume im Osten oder gar von der militärischen Lage im Osten. [...]

<sup>47</sup> Nach dem Bericht in der Bremer Zeitung vom 30.1.1945 ging Hoff „zunächst auf die Ausdehnung der nordischen Rasse nach Italien und Griechenland ein, dann wandte er sich vor allem den Juden zu. Hoff behauptet[e] unter anderem, das Alte Testament verkünde den Haß, das Christentum dagegen die Liebe. ‚Die Weiterentwicklung des Christentums im nordischen Geiste, die möglich gewesen wäre, wurde von der Kirche verhindert, die den Weltherrschaftsgedanken im Sinne der Priesterherrschaft übernahm und sich die jüdische Unduldsamkeit in Glaubenssachen zu eigen machte.‘ Die Germanen hätten für die Religion der Liebe Verständnis gehabt und sich von der Unduldsamkeit abgestoßen gefühlt. ‚Nachdem dann die Juden die bürgerliche Gleichberechtigung erlangt hatten, vor der unter anderem Schopenhauer warnte, bemächtigten sie sich führender Stellen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, und durch ihre Übertritte zum Christentum drangen sie in deutsche Familien ein und bedrohten die Reinheit der germanischen Rasse. Das Gerede vom auserwählten Volk blieb selbst auf Nichtjuden nicht ohne Eindruck.‘“

*Samstag, 27. Januar 1945*

*Evas Hochzeit.* Eva im Hochzeitskleid von Großmutter Bücking. Um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr mit Sonderwagen der Straßenbahn nach der Liebfrauenkirche gefahren. Der Altar im „Brautsaal“ von Klaus mit Kerzen und Blumen geschmückt. Fast der ganze Raum mit Schülerinnen Evas angefüllt (etwa siebzig Mädchen), die Musiklehrerin der Lehrerinnenbildungsanstalt spielte zu Harmoniumbegleitung Bach und Händel. [...] Als das Paar aus der Kirche auf den Kaiser-Wilhelm-Platz trat, sangen die siebzig Schülerinnen zum Staunen der Vorübergehenden ein altes Volkslied. Schöner konnte Eva für ihre aufopfernde und verständnisvolle Lehrerinnentätigkeit nicht gedankt werden. [...] Um 4 $\frac{1}{4}$  Uhr mit Sonderwagen der Straßenbahn nach Hause. [...]

Um 7 Uhr gingen die Gäste. Um 7 $\frac{1}{2}$  Uhr reisten *Eva und Klaus nach Kirchlinteln* ab, wo Frau Cordes ihnen ein Zimmer im „Krug“ besorgt hatte. Der Rest der Hochzeitsgesellschaft blieb bis gegen 9 Uhr zusammen, dann fuhren Bückings mit der letzten Straßenbahn. Begünstigt war dieser Tag, wie die vorhergehenden, durch wunderbare Luftruhe, nur abends gegen 7 Uhr kam ein „kleiner Alarm“, der niemand störte.

*Sonntag, 28. Januar 1945*

Vormittags seit langem wieder ein Vollalarm, aber nur kurze Zeit. [...] Abend mit Arnold und Trixi:<sup>48</sup> Frage erörtert, wie Trixi sich bei weiterem ungünstigen Verlauf des Krieges verhalten soll; in Großweeden bleiben, wo sie voraussichtlich außerhalb der Kampfzone sein wird und ihre Ernährung einigermaßen gesichert ist? Gefahr einer längeren Trennung von Arnold; Demarkationslinie zwischen Angelsachsen und Russen? [...]

Frage der Unterrichtsverwaltung, ob sie die Schulkinder in Sachsen, Hessen usw. lassen soll;<sup>49</sup> die Eltern haben den berechtigten Wunsch, in

<sup>48</sup> Arnold Spitta (1907–1964). Sohn Spittas, 1927 Kaufmann in Kolumbien, verheiratet mit Beatrice Schütte; sie wohnte in Großweeden, einem Gutsbezirk im Kreis Herzogtum Lauenburg, Arnold arbeitete seit 1944 als Prokurist der Rolandmühle in Bremen.

<sup>49</sup> Aufgrund einer Verordnung Hitlers vom 28.9.1940 kam die „Kinderlandverschickung“ seit Anfang 1941 allmählich in Gang. Schulkinder aus bombardierten oder besonders luftkriegsgefährdeten Städten wurden klassenweise in weniger bedrohte ländliche Gebiete verschickt, wo die jüngeren in Familienpflegestellen, die älteren in besonderen von NSV und HJ betriebenen Lagern untergebracht wurden und alle möglichst von Lehrern ihrer bisherigen Schule Unterricht erhielten. Die Teilnahme war freiwillig; viele Eltern zögerten zunächst, der Verschickung ihrer Kinder zuzustimmen. Die erste Gruppe verließ Bremen am 29.1.1941 in Richtung Oberbayern und Salzburger Land. Bis zum Sommer 1943 nahmen ca. 4500 Bremer Kinder für ein halbes Jahr an der KLV teil. Infolge der Verschärfung des Luftkriegs erlangte sie dann stärkere Bedeutung. Bis zum Herbst 1944 wurden mehr als 12000 Bremer Kinder u. a. nach Österreich, Bayern, Hessen, Sachsen und in den Gau War-

solcher Zeit höchster Gefährdung ihre Kinder bei sich zu haben; dazu in Bremen die vielen guten Bunker,<sup>50</sup> die anderswo fehlen, und die Möglichkeit, daß bisher „sichere“ Orte Luftangriffe erleiden werden; Gefahr, daß der Eisenbahnverkehr längere Zeit unterbrochen werden wird. – Von allen Seiten hört man von dem Flüchtlingselend bei Kälte, geringer Verpflegung und tagelanger Eisenbahnfahrt in überfüllten Zügen. Dabei noch kein Stillstand des russischen Vormarsches.<sup>51</sup> Abends neuer kurzer Vollalarm.

*Montag, 29. Januar 1945*

*Besprechung mit R[ichard] Duckwitz und Jüdefeind über Eva.* Duckwitz hat zuerst mit dem Kreisleiter, dann in Ahlhorn auch mit dem Gauleiter gesprochen; *Entscheidung:* Evas Berufung in das Beamtenverhältnis ist nicht zu widerrufen, doch ist sie *bis zur Entscheidung über die Wehrwürdigkeit von Klaus zu beurlauben.* – R[ichard] Duckwitz will, wenn von Hoff einverstanden, amtlich an den Leiter der Justizabteilung des Oberkommandos [der Wehrmacht] schreiben und ihn um Beschleunigung [der Entscheidung über Klaus Bückings Wehrwürdigkeit] bitten, da Bremen amtliches Interesse habe, eine Elitelehrkraft wieder zu erhalten. – Jüdefeind soll noch einmal mit Herrlein, G.St.P., sprechen, ihn um Nachricht bitten, wann Bericht der G[eheimen] St[aats-] Po[lizei] an das Militär abgegangen sei, und ihn bitten, in dem schrift[lichen] Bericht das hervorzuheben, was er mündlich betont: das Motiv s[einer]zeit, der sozial schlecht gestellten Arbeiterschicht zu helfen (Idealismus und sozialer Sinn). – R[ichard] Duckwitz

theland (130 Lager) verschickt. Nach dem Vorstoß der Roten Armee in dieses Gebiet und der Einschließung Posens entstanden Gerüchte über die Eroberung von 70 dortigen KLV-Lagern; sie waren aber rechtzeitig geräumt worden, die Eltern jedoch offenbar eine Zeitlang ohne Nachricht über den Verbleib ihrer Kinder geblieben. Am 13.2.1945 wurde die Rückführung der Kinder aus Sachsen (Meißen und Umgebung) in der Zeitung angekündigt, sie erfolgte am 21.2.1945 mit dem letzten Zug, der Meißen vor der Besetzung durch die Rote Armee verließ. Im Juni 1945 waren rund 1200 Kinder noch nicht nach Bremen heimgekehrt, im Okt. 1945 noch 550 in der russisch besetzten Zone. (Bremer Zeitung Nr. 279 v. 17.10.1944, Nr. 35 v. 10./11.2.1945 und Nr. 37 v. 13.2.1945; Schwarzwälder, Bremen IV, S. 539f.; 450 Jahre Altes Gymnasium, S. 18; Mitteilungen in den Senatssitzungen am 13.6. und 9.10.1945, StAB: 3/3).

<sup>50</sup> Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 90–93.

<sup>51</sup> Vgl. die Einleitung zu: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse. Bearbeitet von Theodor Schieder. Wolfenbüttel o.J. Bd., I, 1, S. 1E–69E sowie die Dokumente Nr. 6–15; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen: 1945–1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28.5.1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989; ferner die informativen Literaturübersichten von Hellmuth Auerbach, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursache, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/M. 1985, S. 219–231 und Doris von der Brelie-Lewien, in: Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Hrsg. v. Rainer Schulze, Doris von der Brelie-Lewien und Helga Grebing. Hildesheim 1987, S. 24–45.

sagt, nach der Lehrerinnenbildungsanstalt werde Eva wohl nicht wieder kommen. Frau Direktorin Plate wolle sie gern wieder an die Kl[eine] Helle nehmen. R. Duckwitz bedauert die hier vorliegende Spannung zwischen dem äußerlich formalen und dem menschlichen Gehalt. – Auch Abordnung zu anderer staatl[icher] Tätigkeit abgelehnt. Ich erwähnte den Eindruck, den die Beurlaubung Evas auf die Schülerinnen der Lehrerinnenbildungs[ungs]anstalt machen würde.

Vormittags zwei Vollalarne. Ich bleibe in meinem Arbeitszimmer im Rathause. – 20-Gramm-Briefe heute wieder zugelassen. [...]

*Dienstag, 30. Januar 1945*

[...]

*Mittwoch, 31. Januar 1945*

Auf den Straßen unergründlicher Sumpf und Dreck, da die Schneemassen natürlich nicht, wie im Frieden, fortgeschafft sind. Längeres Tauwetter wirtschaftlich und militärisch erwünscht, damit die Kohlennot sich nicht noch verhängnisvoller auswirkt, die Flüsse und Kanäle für den Verkehr wieder offen werden und alle Seen und Wasserzüge im Kampf als Verteidigungsschutz dienen können, während bisher die russischen Panzer hinüberrollen konnten. [...] Vormittags kurzer Vollalarm.

Die gestrige Rede Hitlers niederdrückend, denn in der gegenwärtigen militärischen Lage hätte man, wenn überhaupt eine Rede gehalten wurde, ein Wort über das, was alle bewegt und mit tiefster Sorge erfüllt, erwartet. Gegeben ist uns aber nur, daß Hitler auch außenpolitisch in diesem Kriege gegen eine Welt von Feinden siegen werde, weil er am 30.1.1933 innenpolitisch gesiegt habe und weil ihn Gott sonst nicht am 20. Juli 1944 bei dem Attentat bewahrt hätte.<sup>52</sup> Dabei hält der russische Andrang weiter an. Das oberschlesische Industriegebiet ist verloren, Ostpreußen ebenso wie Kurland eingekesselt und abgeschnitten, die Oder im oberen Laufe an mehre-

<sup>52</sup> In seiner letzten Rundfunkansprache am 30.1.1945 erklärte Hitler u.a.: „Als mich als Führer der stärksten Partei vor 12 Jahren der verewigte Reichspräsident von Hindenburg mit der Kanzlerschaft betraute, stand Deutschland im Innern vor der gleichen Situation wie heute in weltpolitischer Hinsicht nach außen. [...] Beschreibung der Zerstörungen durch die Weltwirtschaftskrise.] Das Entscheidende aber war folgendes: Hinter dieser wirtschaftlichen methodischen Zerstörung Deutschlands stand das Gespenst des asiatischen Bolschewismus damals genau so wie heute. Und so wie jetzt im Großen war in den Jahren vor der Machtübernahme im kleinen Innern die bürgerliche Welt völlig unfähig, dieser Entwicklung einen wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. [...] Das grauenhafte Schicksal, das sich heute im Osten abspielt und das in Dorf und Mark, auf dem Lande und in den Städten die Menschen zu Zehn- und Hunderttausenden ausrottet, wird mit äußersten Anstrengungen von uns am Ende trotz aller Rückschläge und harten Prüfungen abgewehrt und gemeistert werden. Wenn das aber überhaupt möglich ist, dann nur, weil sich seit dem Jahre 1933 eine innere Wende im deutschen Volke vollzogen hat. Heute noch ein Deutschland des Versailler Vertrages – und Europa wäre schon längst von der inner-

ren Stellen überschritten, im unteren Laufe äußerst bedroht; Berlin ist kaum noch 200 km von den Spitzen der russischen Panzer entfernt. Wird es gelingen, die Oderlinie zu halten oder wiederherzustellen? Werden sich die „Festungen“ Kurland und Ostpreußen behaupten?<sup>53</sup>

Und wie werden wir das Wirtschaftsleben im Gang erhalten? Kohlen nur noch aus dem Ruhrgebiet; Lebensmittelfuhr nach den großen Städten? Schon versagt die Getreidezufuhr nach der Bremer Rolandmühle. Maßloses Elend der vom Osten Flüchtenden.

Hitler kann mit Recht geltend machen, daß er innerhalb Deutschlands wie gegenüber der Welt – urbi et orbi – immer wieder auf die russisch-bolschewistische Gefahr hingewiesen habe; sein außenpolitisches Programm („Mein Kampf“): Bündnis mit England, Krieg gegen Rußland, Bodengewinn im Osten – hatte einen großen Zug und war geeignet, dem deutschen Volke und Europa eine gedeihliche Zukunft zu sichern. Aber es ist ihm nicht gelungen, dies theoretische Programm in die Wirklichkeit umzusetzen. Statt dessen sind wir mit England und Frankreich in Krieg geraten, zuerst unter Rückendeckung Rußlands, dann unter Hineinziehung Rußlands und Amerikas in den Krieg gegen uns. Die staatsmännische Aufgabe, den Zweifrontenkrieg und eine Weltkoalition gegen Deutschland zu verhindern, ist nicht gelöst. [...]

*Donnerstag, 1. Februar 1945*

Weiterer Ansturm der Russen; ihre Spitzen sind *keine 100 km von Berlin entfernt*.<sup>54</sup> Zwar ist wohl sicher, daß wir an der Oder bei Küstrin zur Vertei-

asiatischen Sturmflut weggefeht worden. [...] Einer ganzen feindlichen Umwelt zum Trotz habe ich einst im Innern meinen Weg gewählt und bin ihn als Unbekannter, Namenloser gewandert bis zum endgültigen Erfolg. Oftmals totgesagt und jederzeit tot gewünscht, abschließend doch als Sieger! Mein heutiges Leben wird aber ebenso ausschließlich bestimmt durch die mir obliegenden Pflichten. Sie ergeben zusammengefaßt nur eine einzige, nämlich für mein Volk zu arbeiten und dafür zu kämpfen. Von dieser Pflicht kann mich nur der entbinden, der mich dazu berufen hat. Es lag in der Hand der Vorsehung, am 20. Juli durch die Bombe, die anderthalb Meter neben mir kreperte, mich auszulöschen und damit mein Lebenswerk zu beenden. Daß mich der Allmächtige an diesem Tag beschützte, sehe ich als eine Bekräftigung des mir erteilten Auftrages an.“ Abgedruckt bei: Domarus, Hitler. Reden, Bd. 2 (2. Halbbd.), S. 2195–2198.

<sup>53</sup> Am 26.1.1945 waren die Landverbindungen Ostpreußens abgeschnitten worden, einen Tag später wurde die Räumung des oberschlesischen Industriegebiets genehmigt. Am 30.1. bildeten sowjetische Truppen bei Küstrin (ca. 100 km von Berlin) Brückenköpfe westlich der Oder. In Murawski, Wehrmachtbericht, S. 458, wurde das Vordringen der Russen bis Küstrin erst am 1.2. erwähnt.

<sup>54</sup> Da am 1.2. erstmals über die Kämpfe bei Küstrin berichtet wurde, nahm Spitta offenbar an, daß die sowjetischen Truppen innerhalb eines Tages weitere 100 km vorgedrungen seien (vgl. Kap. 1, Anm. 53). Auch seine folgende Bemerkung basiert auf dem Wehrmachtbericht (S. 458): „Nördlich der Warthe drangen Kräfte des Gegners bis an die Oder nordwestlich Küstrin vor und trafen dort auf unsere neu herangeführten Reserven.“



digung Berlins eine feste Linie aufbauen und die Russen dort zum Stehen bringen werden; aber für wie lange? Und wo sind die Reserven für einen „operativen Einsatz“ und einen strategisch bedeutsamen Schlag, von dem unsere Zeitungen reden? Zu wünschen wäre, daß wir wenigstens für die Wintermonate, in denen der Kohlen- und Lichtbedarf noch groß ist, die Fronten an der Oder und links des Rheins behaupteten und den Zusammenbruch der Lebensmittel- und Heizstoffversorgung in den großen Städten abwendeten. Die Lage ist furchtbar, und der einzelne kann nur an seiner Stelle in Beruf, Familie, Freundes- und Bekanntenkreis tun, was in seinen Kräften steht, um das Schlimmste zu bannen und die inneren Werte des deutschen Volkes zu retten. Bei allem Ernst der Lage gilt es, Ruhe und Haltung zu bewahren und aufgeregtes Wesen, Übertreibungen und Alarmierungen zu vermeiden. [...]

*Freitag, 2. Februar 1945*

[...] Um 1 Uhr bei Dr. Kurz; er teilt mir den Wortlaut der Entscheidung über Eva mit: „1. Nach Besprechung mit dem Kreisleiter und dem Herrn Gauleiter hat Herr Stellvertr[etender] Regierender Bürgermeister Senator Dr. Duckwitz verfügt, daß Studienrätin Spitta (Beamtin auf Widerruf, zur Zeit an der bremischen Lehrerinnenbildungsanstalt) nach Ablauf des ihr bis 3. Februar erteilten Heiratsurlaubs bis auf weiteres vom Dienst ohne Dienstbezüge zu beurlauben ist, bis über die Bewertung der Persönlichkeit ihres Ehemanns, insbesondere durch Entscheidung über die Frage seiner Wehrwürdigkeit, Klarheit geschaffen ist. Alsdann stehen der Wiederberufung der Studienrätin Spitta in den Schuldienst (vorbehaltlich der Entscheidung über einen erneuten Einsatz in der Lehrerinnenbildungsanstalt) politische Bedenken nicht entgegen. 2. Persönlich. Geheim! Herrn Senator von Hoff mit der Bitte übersandt, Studienrätin Spitta unter Hinweis auf die mit ihr geführten Vorbesprechungen vorstehende Beurlaubung eröffnen zu lassen. Den Vorgang bitte ich unter Verschluß ihrer Personalakte beizufügen und zu gegebener Zeit erneut berichten zu lassen.“ [...]

*Samstag, 3. Februar 1945*

*Die erste Rückwirkung der Russenoffensive auf dem Gebiete der Ernährung* wird heute veröffentlicht: Die Bevölkerung soll mit den Rationen von acht Wochen neun Wochen auskommen.<sup>55</sup> Dabei wird es nicht bleiben. Weitere Einschränkungen werden nach dem Verlust der Ostgebiete und großer Vorräte im Osten notwendig sein. Das wird schwer getragen werden.

Unabhängig davon sprach ich mit R[ichard] Duckwitz über städtische Reserven, besonders in Mehl, Kartoffeln und Öl. Eine kleine Mehlereserve von 5000 Sack ist gesichert.

<sup>55</sup> Vgl. Bremer Zeitung Nr. 29 v. 3./4.2.1945, S. 2 und 4.

Auch R[ichard] D[uckwitz] jetzt über die militärische Lage pessimistisch. Seine Tochter Magdalene hat Fahrkarte Berlin-Bremen erhalten, aber am Bahnhof nicht durch die Menschenmassen bis zur Sperre kommen können. Die Kämpfe bei Küstrin werden Berlin in Erregung gebracht haben. Dazu der Flüchtlingsstrom aus dem Osten nach Berlin.

Bei solcher Lage heißt es in einer Veröffentlichung in den Zeitungen über den beabsichtigten neuen „Wilson-Betrug“, der Plan der Feinde sei ersonnen „angesichts ihres immer deutlicher zutage tretenden Unvermögens, Deutschland von Westen oder von Osten militärisch in die Knie zu zwingen!“<sup>56</sup> [...]

Schon vor 10 Uhr vorm[ittags] fast einstündiger Vollalarm; ein Angriff mit vielen Verbänden auf Berlin. Offenbar unterstützen die Anglo-Amerikaner die Großoffensive der Russen auf die Reichshauptstadt.<sup>57</sup> Nachher noch kleine Alarme. [...]

*Sonntag, 4. Februar 1945*

[...]

Adolf Spitta,<sup>58</sup> der Freitag abend aus Berlin zurückgekommen ist, telephoniert, daß in Berlin der Verkehr noch funktioniere und die Stadt im Ganzen ruhig sei; Truppentransporte und Panzer usw. durchfahren die Stadt. An den Bahnhöfen furchtbarer Andrang. – Nach Gerüchten sollen die Russen mit mehreren Spitzen bis Fürstenwalde? und Strausberg? vorgestoßen sein. Anscheinend diesseits der Oder bei Berlin schwere Kämpfe. Im allgemeinen scheint die Oderlinie gehalten zu werden.<sup>59</sup> [...]

*Montag, 5. Februar 1945*

Kürzung der Kartoffelration wöchentlich um ein halbes Kilogramm, der eingelagerten für je 150 kg um 25 kg. Durchführung?<sup>60</sup> Die schon knappe Bemessung der Kartoffeln wird damit noch knapper und zusammen mit der Kürzung der Brotration und mit den sonst noch kommenden Kürzungen

<sup>56</sup> Es handelt sich um die Berichterstattung z.B. in der Bremer Zeitung vom 3./4.2. über die Konferenz in Jalta, die an diesem Wochenende begann. Sie war nach offizieller Lesart ein „großangelegter Propagandatrick“, um „zum Generalangriff auf die Kriegsmoral des deutschen Volkes anzutreten“.

<sup>57</sup> Die Amerikaner flogen am 3.2. mit 937 Bombern und 613 Jägern einen großen Luftangriff gegen Berlin, bei dem ca. 22000 Zivilisten ums Leben kamen.

<sup>58</sup> Adolf Spitta, 1896–1964. Kaufmann, ein Neffe Spittas.

<sup>59</sup> Diese Mitteilungen waren stark übertrieben, für die allgemeine Nervosität aber bezeichnend. Strausberg und Fürstenwalde liegen ca. 25 bzw. 35 km östlich von Berlin. Nach dem Kriegstagebuch des OKW, Bd. 4 (2. Halbbd.), S. 1069, gelang es den Russen am 4.2., nördlich von Küstrin drei Brückenköpfe zu vereinigen und zu verstärken und auch bei Aurith, südlich Frankfurt, die Oder zu überschreiten.

<sup>60</sup> Spittas skeptische Frage bezieht sich auf die Verpflichtung, von den bereits eingelagerten Kartoffeln, 25 kg wieder abzuliefern; vgl. Bremer Zeitung Nr. 30 v. 5.2.1945, S. 2.

sehr fühlbar werden. Die Notwendigkeit ist sicher da, aber wie wird und kann das Volk das auf die Dauer tragen, zumal wenn sich die militärische Lage – etwa bei einer neuen Großoffensive im Westen und beim Falle Berlins – weiter verschlechtert.

Erneute Einschränkung des Straßenbahnverkehrs. Die Schaffnerin bezeichnet heute morgen die Veröffentlichung darüber in den Zeitungen als unrichtig und fügt unter allgemeinem Gelächter der Mitfahrenden hinzu: „Wer glaubt denn noch das, was in den Zeitungen steht!“<sup>61</sup>

[...] Abends diesig und Regen, so daß wir zunächst Luftruhe hatten. Dafür nachts um 3 Uhr Vollalarm, etwa eine Stunde Bunkersitzung, bald nach 5 Uhr Entwarnung. Augenscheinlich wieder Angriff auf Berlin und Umgehend zur Unterstützung der Russen.<sup>62</sup>

*Dienstag/Mittwoch, 6./7. Februar 1945*

[...]

*Donnerstag, 8. Februar 1945*

[...]

Nachmittags und abends Hans Bücking,<sup>63</sup> der nach der Behandlung seiner Füße im Lazarett von Marburg zwei Wochen Genesungsurlaub erhalten hat und für zwei Tage nach Bremen gefahren ist. Er erzählt viel von Griechenland, von den dortigen „Banden“, die ein regelrechtes Heer sind, von der „Elas“, die etwa einer „Volksfront“ entspricht, aber mit kommunistischem Übergewicht, von dem von den Engländern geduldeten, unbelästigten Rückmarsch aus Griechenland (vorbei am Parnas, an den Thermopylen, am Löwen von Chaironeia, am Olymp usw.), von dem Marsch durch die serbischen Berge über Sarajewo und durch Montenegro, von den Kämpfen mit Banden, von der Bevölkerung.<sup>64</sup> [...]

<sup>61</sup> Vgl. Bremer Zeitung Nr. 29 v. 3./4.2.1945, S. 4.

<sup>62</sup> Vermerke über die oft mehrmaligen Luftwarnungen an einem Tag, die sich infolge der Aktionen gegen Berlin und Ziele in Mitteldeutschland in der nächsten Zeit häuften, werden künftig im allgemeinen fortgelassen.

<sup>63</sup> Hans Bücking, 1910–1945, jüngerer Bruder von Klaus B., verheiratet mit Margarete, einer Tochter Spittas. Er starb in sowjetischer Gefangenschaft.

<sup>64</sup> Im Lauf des Okt. 1944 räumten die deutschen Truppen das griechische Festland; die dort operierenden britischen Einheiten waren zu schwach, um die Absatzbewegung in erheblicher Weise zu stören. Auch griechische Partisanenverbände griffen wenig an, da sie ihre Kräfte für den bevorstehenden Bürgerkrieg schonen wollten. Erst in Serbien kam es zu häufigen und heftigen Kämpfen mit Titos Partisanen. – Im Sept. 1941 gründeten mehrere demokratische und sozialistische Parteien zusammen mit den Kommunisten die „Nationale Befreiungsfront“ (EAM), die im April 1942 als militärische Organisation die „Volksbefreiungsarmee“ (ELAS) aufstellte. Die ELAS soll 1944 75000 Soldaten und Offiziere sowie eine Reserve von 47000 Mann vor allem in den Städten umfaßt, die gesamte Partisanenbewegung etwa 140000 Kämpfer gestellt haben. Mit der stark von Kommunisten beeinflussten ELAS kon-

*Freitag, 9. Februar 1945*

Im Rathause seit letztem Montag überhaupt nicht mehr geheizt, die Räume kühlen mehr und mehr ab, selbst in Mantel und Decke ist es im Stillsitzen kaum zu ertragen. [...] R[ichard] Duckwitz kommt auf meine Anregung zurück, daß die Stadt Bremen sich um die Lebensmittelversorgung, die Sache des Reiches und des Reichsapparates ist, in dieser Not- und Gefahrenzeit ebenfalls kümmern und möglichst für Reserven sorgen müsse. Er hat mit den zuständigen Stellen (Reichsnährstand usw., Dr. Schultz<sup>65</sup> und ... [unleserlich] ) gesprochen und sieht Bremens Lage *verhältnismäßig* als günstig an. Bremen liege in einem guten bäuerlichen Versorgungsgebiete; Vieh sei reichlich da; die Kartoffeln könnten aus der Umgegend einsch[ließ]lich der anstoßenden hannoverschen Kreise beschafft werden; es fehle an Weizen, auch Gemüse sei knapp. Dagegen seien jetzt an Roggen Reserven da; auch Kähne mit Kartoffeln seien eingetroffen. Ich riet ihm, daß er sich fortlaufend eine Übersicht über die in und bei Bremen vorhandenen Vorräte und über den Ort ihrer Einlagerung verschaffen möchte, damit er im Notfalle in der Lage sei, zuzugreifen.

Schon um 9<sup>1/2</sup> Uhr mehrstündiger Vollalarm; nach kurzer Pause um 12<sup>1/2</sup> Uhr nochmals Vollalarm; Entwarnung nach 2 Uhr. Weitere „kleine Alar-me.“

[...] Überall Opfersinn und Hilfsbereitschaft von Mensch zu Mensch bei denen, die das Herz auf dem rechten Fleck haben. Und das meiste geschieht ganz in der Stille – fern von den großen Worten der Aufrufe und Zeitungen. Dr. Stoevesandt<sup>66</sup> führt mir aus seiner Herodot-Lektüre das

kurrierten die ursprünglich republikanisch gesonnene, später vor allem antikommunistische EDES des Obersten Zervas sowie zahlreiche kleinere Organisationen. Nach Unruhen infolge der Machtkämpfe zwischen den rivalisierenden Gruppen erreichten die Briten am 24.5.1944 die Bildung einer Allparteien-Exilregierung unter dem Sozialdemokraten Georgios Papandreou, die nach dem deutschen Rückzug am 16.10. nach Athen zurückkehren konnte. Der Austritt der Kommunisten aus der Regierung am 1.12.1944 war der Auftakt für schwere Kämpfe zwischen der ELAS und britischen sowie regierungstreuen griechischen Einheiten. Vgl. Churchill, *Der zweite Weltkrieg*, Bd. 5/2, S. 250–274 und Bd. 6/1, S. 331–376; C. M. Woodhouse, *Zur Geschichte der Resistance in Griechenland*, in: VfZ 6(1958), S. 138–150; Heinz Kühnrich, *Der Partisanenkrieg in Europa 1939–1945*. Berlin/DDR 1965, S. 121, 170f., 249–254.

<sup>65</sup> Dr. jur. Friedrich Schultz, 1887–1951. 1921–1933 Staatsrat, 1919–Juli 1930 Md. der DDP, Freimaurer, Ende 1933 in den Ruhestand versetzt, ehrenamtl. Tätigkeit in der NSV, im Winterhilfswerk, Roten Kreuz und Reichsluftschutzbund, Rechnungsführer der Zentrale für private Fürsorge, seit 1.5.1933 Md. der NSDAP. Nach Kriegsbeginn Beamter auf Widerruf, seit 1941 Leiter des Wohlfahrtsamts, des Amtes für Familienunterhalt und des Jugendamts, seit Aug. 1944 des Ernährungsamts, im Sept. 1945 entlassen, seit 1.1.1949 Justitiar beim Wohnungsamt. Vgl. Brem. Biogr., S. 472f.

<sup>66</sup> Dr. med. Karl Stoevesandt, 1882–1977. Chefarzt, Professor. 1933–1967 Verwaltender Bauherr der Gemeinde Unser-Lieben-Frauen, 1934–1945 Vors. des Landesbruderrats, 1945–1961 Md. der Synode der EKD.

Wort an, das Thyrs dem besiegten Krösus gesagt hat: „Niemand wird den Krieg dem Frieden vorziehen. Im Frieden begraben die Söhne ihre Väter, im Kriege die Väter ihre Söhne. Aber ein Dämon hat es so gemacht.“ [...]

*Samstag, 10. Februar 1945*

Mit R[ichard] Duckwitz über Rückführung der Schulkinder nach Bremen.<sup>67</sup> Gauleiter schon vor einer Woche einverstanden; die H[itler] J[u-  
gend] sabotiert die Durchführung; heute Eisenbahnsachverständiger Platz<sup>68</sup> nach Dresden gefahren. Etwa 6000 Schulkinder kommen in Frage. [...]

Überall Bangen um Verwandte und Freunde im Osten. [...] Die meisten eingetroffenen Flüchtlinge haben Entsetzliches hinter sich. [...]

*Sonntag, 11. Februar 1945*

[...] Heute aß ich die letzten Äpfel aus unserem Garten in der Kirchbachstraße. Die große Obsternte war uns (und vielen Bremern) eine erhebliche Hilfe in der Ernährung. Für dies Jahr werden die eigenen Obst- und Gemüsegärten noch wichtiger. Die Versorgung der großen Städte kann unterbrochen werden, ja ganz aufhören. Nur was im eigenen Garten wächst und aus der Nähe sich heranbringen läßt, kann uns vor dem Verhungern retten. Daher meine Gespräche mit Duckwitz über Autarkie der Stadt und Schaffung von Reserven. Jede Stadt und jeder Haushalt muß nach Möglichkeit für sich selbst sorgen. Daher wollen wir unseren Garten an der Kirchbachstraße nach Kräften ausnützen. [...]

*Montag, 12. Februar 1945*

Wolkenloser, schöner Frosttag. Doch ist die neue Kälte für die kohlenlosen Menschen und für die Benutzung der Kanäle und Flüsse verhängnisvoll. Dazu die volle Auswirkung der überlegenen feindl[ichen] Luftwaffe. Im Osten und Westen Vordringen der Feinde, und das, ehe die neue Großoffensive der Russen und Anglo-Amerikaner voll eingesetzt hat.<sup>69</sup> Die Zeitungen aber reden nach wie vor von der „Gewißheit des Sieges“<sup>70</sup> und Jo-

<sup>67</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 49.

<sup>68</sup> Dr. Bernhard Platz, 1898–1983. Oberreichsbahnrat in Hamburg, seit Juni 1942 Präs. der Behörde für Verkehr in Bremen, am 28.9.1945 auf Befehl der Militärregierung aus dem Amt entlassen, 1946 wieder eingestellt, bis 1961 Senatsdirektor beim Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr.

<sup>69</sup> Am 10.2. war Liegnitz, einen Tag später Budapest gefallen; die englisch-kanadische Offensive zwischen Rhein und Maas führte am 12.2. zur teilweisen Einnahme Kleves.

<sup>70</sup> Die Bremer Zeitung brachte am 12.2.1945 als Hauptschlagzeile: „Im Halten liegt die Rettung des Reiches – und die Gewißheit des Sieges“.

chen Delhaes<sup>71</sup> schrieb mir: Der Führer habe gesagt, daß das Jahr 1945 die Wende bringen werde. Man wird an den Spruch des Delphischen Orakels an Krösus erinnert.<sup>72</sup>

*Dienstag – Donnerstag, 13. – 15. Februar 1945*

[...]

*Freitag, 16. Februar 1945*

[...] Gegen 1 Uhr mehrstündiger Vollalarm, kein Angriff auf Bremen, aber Tiefflieger, die in der Nähe der Stadt auf Züge und auf Leute auf den Straßen und Feldern schießen.

Nachmittags Senatorentee bei Nebelthau; unsere Sorgen um Deutschland und Bremen besprochen, nachher auch mit Apelt allein.

Tita Apelt<sup>73</sup> als Rot-Kreuz-Gehilfin ausgetauscht; Fahrt nach Chartres, Marseille, Cherbourg, dann wieder Chartres, schließlich über Lyon nach Genf. Unterbringung in Frankreich bei Bürgern. Behandlung und Verpflegung angemessen. Tita sah gestern im Schubert-Abend sehr wohl und frisch aus. Näheres über Art der Behandlung und Verpflegung darf Tita infolge deutscher Anweisung nicht erzählen. [...]

*Samstag, 17. Februar 1945*

[...] Abends gegen 8 Uhr Vollalarm, aber nur wenige Flugzeuge über Bremen; Bombenabwurf in der Neustadt und im Hafengebiet: 14 Tote, 140 Verw[undete], 30 Verschüttete.<sup>74</sup> [...]

*Sonntag, 18. Februar 1945*

[...] Jüngers „Arbeiter“ (die ausgezeichneten Abschnitte über die Technik als Mobilisierung der Welt durch die Gestalt des Arbeiters).<sup>75</sup> – 6<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr abends Vollalarm von 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden. Wiederholt Flugzeuge über Bremen und Flakschießen. Bombenabwurf. Im Bunker den gegenwartsnahen Thukydides gelesen.

<sup>71</sup> Jochen Delhaes, 1912–1945, ein Neffe Spittas.

<sup>72</sup> Die Weissagung, er werde, wenn er den Fluß Halys überschreite, ein großes Reich zerstören, ging an seinem eigenen in Erfüllung.

<sup>73</sup> Tochter Apelts, vgl. Kap. 1, Anm. 6.

<sup>74</sup> Mit diesen Abwürfen begann eine Serie von Angriffen der Royal Air Force gegen die Werft „AG Weser“. Am 17.2. traf nur eine der sechs Bomben die Werft, die anderen richteten schwere Zerstörungen im Gebiet des Industrie- und Überseehafens an. Spittas Zahlen entsprechen dem Bericht in der Bremer Zeitung vom 19.2. Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 155f.

<sup>75</sup> Ernst Jünger, *Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt*. Hamburg 1932.

*Montag, 19. Februar 1945*

[...]

*Dienstag, 20. Februar 1945*

[...] Nachmittags Geburtstagsbesuch bei Knittermeyer; Politisches; die Zukunft Deutschlands. – Wieder wird ein Gerücht verbreitet, daß wir ein furchtbares Geheimmittel hätten und in den nächsten Wochen gegen England anwenden würden. Der Glaube an derartiges ist wohl fast allgemein geschwunden. Gefährdung der Bücher durch den Regen.<sup>76</sup> – Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr mehr als dreistündiger Vollalarm. Größte bisher erlebte Überfüllung des Bunkers; offenbar viele Flüchtlinge aus dem Osten. Verbrauchte Luft. Als ich gerade übermüdet eingeschlafen war, um 11<sup>3/4</sup> Uhr neuer Vollalarm bis 1<sup>3/4</sup> Uhr. Kein Angriff größerer Kräfte auf Bremen, aber immer aufs neue einzelne Flugzeuge aus größeren Verbänden über Bremen, diese Taktik gilt augenscheinlich den Nerven der Bevölkerung. Um 2 Uhr nachts wieder ins Bett. Bedrückend ist, daß gegen diese Terrorangriffe auf deutsche Städte keine Abwehr vorhanden ist; Jäger werden nicht oder selten eingesetzt; die schwache Flak gibt selten einige Schüsse ab; was wir an Flugzeugen und Treibstoff haben, muß fast restlos an den Fronten verwendet werden. Die Angriffe auf unsere Städte und Verkehrswege sind für die Feinde völlig gefahrlos! Diese Schwäche Deutschlands in der Luft, nachdem wir einmal die Überlegenheit gegenüber unseren Feinden hatten.

[...]

*Mittwoch, 21. Februar 1945*

[...]

*Donnerstag, 22. Februar 1945*

[...] Besprechung mit Dr. Hagens<sup>77</sup> über Lebensmittelversorgung Bremens und Wahrung der öffentl[ichen] Sicherheit.

Zwischen 10 und 11 Uhr Vollalarm bis etwa 1 Uhr, dann nach wenigen Minuten neuer Vollalarm und Werksalarm im Rathause; im Staatsbunker. Etwa 2 Uhr Vorentwarnung, 3 Uhr Vollentwarnung, 3<sup>1/2</sup> Uhr dritter Vollalarm bis etwa 4<sup>1/2</sup> Uhr. Abends 7 Uhr vierter Vollalarm; nach etwa drei

<sup>76</sup> Die Bibliothek war am 7.10.1944 bei einem Bombenangriff schwer getroffen worden, so daß erst Anfang Dez. wieder ein stark eingeschränkter, provisorischer Leihverkehr aufgenommen werden konnte. Da das Dach fehlte, waren die Buchbestände durch Regen gefährdet, wie Landesschulrat Kurz am 13.7.1945 im Senat berichtete (StAB: 3/3).

<sup>77</sup> Dr. Heinrich Hagens, 1887–1950. Regierungsdirektor, am 2.10.1945 auf Weisung der Militärregierung aus seinem Amt als Präs. der Bremer Finanzverwaltung entlassen.

Stunden Vorentwarnung, Vollentwarnung erst gegen Mitternacht. Von da an ungestörte Nacht, auf die wir nicht gehofft hatten. Ein solcher Tag und solcher Abend für alle Arbeit und für die Nerven der Bevölkerung eine schwere Belastung.

[...]

*Freitag, 23. Februar 1945*

[...] Um 9<sup>1/2</sup> Uhr Vollalarm; 11 Uhr Vorentwarnung. Weiter mehrere „kleine Alarme“. Erstaunlich wieviel Unheil durch wenige Flugzeuge angerichtet werden kann. Am 21.2. nur fünf Flugzeuge, nur zwei Bomben abgeworfen: eine Minenbombe, eine Sprengbombe. Ergebnis: 39 Verwundete, 2 Tote; 8 Wohnhäuser total zerstört, 22 schwer beschädigt, 139 leicht, 910 Häuser Glasschaden. Schwerer Dach- und Glasschaden bei der Werft. – Vor einigen Tagen ebenfalls die Werft getroffen, desgl[eichen] die Vakuum-Öl-Werke; nur wenige Bomben abgeworfen. Große Treffsicherheit.<sup>78</sup>

[...]

Abends um 7<sup>1/4</sup> Uhr mehrstündiger Vollalarm. Im Bunker: Buchwalds „Vermächtnis der deutschen Klassiker“<sup>79</sup>, außerdem Stieves „Deutsche Tat für Europa“,<sup>80</sup> Abschnitt über Hitler (schwach und oberflächlich; die weittragende Idee der gelenkten Wirtschaft und der Autarkie nicht berührt; nur einige Zitate aus „Mein Kampf“, im übrigen Hitler als Vollender des Werkes Karls des Großen in der Einigung Europas; es ist immer gefährlich, die Geschichte der Gegenwart zu schreiben und geschichtliche Persönlichkeiten zu schildern, deren Wirken und Leben noch nicht abgeschlossen vor uns liegen).

*Samstag, 24. Februar 1945*

Besprechung mit Behrens über Lebensmittelversorgung und Ordnungsschutz in Bremen.

11<sup>1/2</sup> Uhr Vollalarm. Zwischen 12 und 1 Uhr mittags *schwerer Angriff auf Bremen*. [...] Starke Einschläge in der Innenstadt (Gerichtsgebäude, Hauptpost usw.; ein Teil der Fenster des Rathauses), Hafengebiet, Neustadt, Bahnhofsviertel, Westen, Gleisanlagen. Unsere Wohnung unver-

<sup>78</sup> Zu der Serie von Luftangriffen zwischen dem 17. und 22.2. vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 156–158, der leicht abweichende Zahlen bietet. Die Angriffe richteten sich primär nicht gegen Wohngebiete, sondern galten der Werft der AG Weser.

<sup>79</sup> Reinhard Buchwald, Das Vermächtnis der deutschen Klassiker, Leipzig (Insel) 1944. – Dr. phil. Reinhard Buchwald, 1884–1983, seit 1943 Honorarprofessor in Heidelberg, Lektor beim Verlag Eugen Diederichs und Insel-Verlag.

<sup>80</sup> Friedrich Stieve, Deutsche Tat für Europa. Von Armin bis Hitler, Potsdam 1943. – Dr. phil. Friedrich Stieve, 1884–1966, war seit 1932 Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt.



sehr, nur kein Gas, kein Wasser, Wasserwerk zerstört, kein elektr[isches] Licht.<sup>81</sup> Abends kam das Licht wieder. Dr. Bückings<sup>82</sup> gerade hergerichtete Noträume in ihrer Ruine schwer beschädigt (Bomben in der Schule an der Kl[ainen] Helle). Unser Garten in der Kirchbachstr[aae] von mehreren Sprengbomben getroffen.; „Mondlandschaft“; Bäume, auch Obstbäume zerschmettert. [...]

4 $\frac{1}{2}$  bis 5 $\frac{1}{4}$  zweiter Vollalarm; 7 $\frac{1}{2}$  bis 8 $\frac{1}{2}$  dritter Vollalarm; 9 $\frac{1}{4}$  bis 9 $\frac{3}{4}$  vierter Vollalarm; gegen Mitternacht Vollentwarnung. Die Bunkersitzungen durch Überfüllung und Lichtlosigkeit belastend; sonst war die Zeit mit Lesen hinzubringen, jetzt Dunkelheit und drangvolle Enge. – Trotz allem: Dankbarkeit, daß wir noch eine Bleibe haben, aber auch das Bewußtsein, wie alle diese Behaglichkeit ein unsicheres, widerrufliches Lehen ist.

[...]

*Sonntag, 25. Februar 1945*

[...]

Nachmittags erhebender Vortrag Apelts in der Goethegesellschaft: G[oe]the, der Dichter und Forscher. – Morgens hatte Apelt noch in seinem Anwaltsbüro löschen und retten müssen. Abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Vollalarm von 2 $\frac{1}{2}$  Stunden. Im Bunker wieder Licht. [...]

*Montag, 26. Februar 1945*

Verwüstungen in der Stadt. 52 Tote, 35 Verwundete.<sup>83</sup> Unter den Toten zwei unserer besten Richter, wenn nicht die besten: Landgerichtsdirektor Carstens und Richter Schmincke.<sup>84</sup> [...] Im Rathause nicht geheizt; Koks ist da, es fehlt an Treibstoff zur Beförderung! Handwerkerbetrieb und Schmutz im Rathause. Die Straßenbahn fährt teilweise wieder, aber noch kein Wasser und kein Gas.

<sup>81</sup> Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 158–160. 195 amerikanische Bomber warfen 1907 Spreng- und 394 Brandbomben auf das Werft- und Hafengebiet, Versorgungs- und Verkehrseinrichtungen sowie verschiedene Wohnviertel. 56 Menschen wurden getötet – 13 im Schutzraum des Gerichts, 14 im Wasserwerk –, 1400 obdachlos. Außer dem Wasserwerk wurde u.a. die Große Weserbrücke schwer beschädigt.

<sup>82</sup> Dr. med. Kurt Bücking, 1878–1945. Arzt; Reserveoffizier, 1914–1918 Stabsarzt in Belgien; Gründer der ersten kostenlosen Säuglingsberatungsstelle in Bremen. Als Naumann- und Damaschke-Anhänger Md. der DDP; Vater von Spittas Schwiegersohn Klaus Bücking, am 22.3.1945 in Bremen durch eine Zeitzunderbombe umgekommen.

<sup>83</sup> Die Zahlen stammen aus dem Bericht der Bremer Zeitung Nr. 48 v. 26.2.1945.

<sup>84</sup> Dr. jur. Wilhelm Carstens, 1884–1945. 1913 Rechtsanwalt, 1923 Richter, 1937 Landgerichtsdirektor; ehrenamtliche Tätigkeit in der Inneren Mission und der Seemannsmmission. – Dr. jur. Henri Schmincke, 1880–1945. Zunächst Staatsanwalt, seit 1910 Richter, 1927 Direktor des Arbeitsgerichts, 1937 Amtsgerichtsdirektor. Vors. des Seeamts und der Seedisziplinarkammer Bremerhaven, zahlreiche Ehrenämter.

In der in München verlesenen Ansprache des Führers zum 25jährigen Jubiläum des Parteiprogramms heißt es: „Es soll kein Zweifel darüber herrschen, daß das nationalsoz[ialistische] Deutschland diesen Kampf so lange weiterführen wird, bis am Ende auch hier, und zwar *noch in diesem Jahre*, die geschichtliche Wende eintritt. [...] Vor 25 Jahren verkündete ich den Sieg der Bewegung. Heute prophezeie ich, wie immer durchdrungen von dem Glauben an unser Volk, *am Ende den Sieg des deutschen Reichs*.“<sup>85</sup>

[...]

*Dienstag, 27. Februar 1945*

[...]

Vormittags Bürgermeister Kümmel<sup>86</sup> bei mir, erzählt erschütternde Einzelheiten von der Räumung der Umgegend Posens („Posen-Land“) und dem Versagen mancher Dienststellen.

[...]

*Mittwoch, 28. Februar 1945*

Noch kein Wasser und kein Gas. Beschränkter Straßenbahnbetrieb, im Bunker nur schwache Beleuchtung, so daß man nicht lesen kann. [...] Im Laufe des Tages kommt das Gas wieder, aber nicht das dringend nötige Wasser. Die Kohlen unseres Hauses gehen zu Ende; letzter Tag, an dem wir heizen. – Mehrere „kleine“ Alarme. Abends 7½ Uhr der übliche Vollalarm (Angriff auf Berlin); 10½ Uhr Entwarnung.

[...]

*Donnerstag, 1. März 1945*

Die erwarteten Kürzungen der Lebensmittellationen veröffentlicht: in vier Wochen 1000 g Brot, 250 g Nahrungsmittel, 125 g Fett weniger.<sup>87</sup> Es wird bekanntgemacht, daß diese Kürzungen „vorübergehend“ seien. Es gibt wohl kaum Optimisten, die annehmen, daß in diesem Jahre eine Erhöhung kommen könne. Das „vorübergehend“ wird, wie ich fürchte, die Bedeutung haben, daß *größere* Kürzungen vorgenommen werden müssen, um nicht zu reden von der Gefahr, daß feindliche Eingriffe, besonders Verkehrsstörungen, auch die Zuteilung der vorgeschriebenen Mengen im vollen Umfange verhindern.

[...]

<sup>85</sup> Vgl. Domarus, Hitler. Reden, Bd. 2 (2. Halbbd.), S. 2205f.

<sup>86</sup> Carl Kümmel, geb. 1901. 1923–1939 Büroleiter in der Stadtverwaltung Vege-sack, 1943–1945 Kommissarischer Bgm. in Schwersenz, Kreis Posen-Land. Die „Festung“ Posen war am 23.2. nach vierwöchiger Verteidigung gefallen.

<sup>87</sup> Bremer Zeitung Nr. 51 v. 1.3.1945.

*Freitag, 2. März 1945*

Die Zeitungen veröffentlichen rühmend einen Aufruf des Königsberger Kreisleiters Wagner, in dem es heißt: „Die bolschewistische Infanterie ist Ausschuß und zusammengerafftes Pack. Wenn sie Feuer in die Schnauze bekommen, ist die Sache schon halb gewonnen“!<sup>88</sup> Werden damit nicht die Leistungen unseres Heeres tief herabgesetzt? Von solchem „Pack“ sind wir besiegt! Aber solche Erwägung kommt wohl von einem „Klugscheißer“, wie es in dem Aufruf heißt.

Von 9 bis 10.40 Uhr Vollalarm. Bald darauf neuer Vollalarm bis gegen 12 Uhr (Angriff auf Dresden usw.).<sup>89</sup> Nachmittags Senatorentee bei Apelt. Abends 7½ Uhr mehrstündiger Vollalarm (Angriff auf Berlin); wie jetzt immer, Einzelflugzeuge über Bremen. [...]

*Samstag, 3. März 1945*

Schon vor 8 Uhr Wasserholen mit Eva an der Dietrich-Schäfer-Straße, wo trinkbares Brunnenwasser ist. Um 8½ Uhr – auf meinem Wege nach dem Rathause – Vollalarm, gegen 10 Uhr Werkalarm im Rathause, gegen 11 Uhr Widerruf des Werkalarms, kurz nach 11 Uhr Vorentwarnung, 11¼ Uhr wieder Vollalarm.

[...]

Bei Edm[und] Duckwitz Sitzung der Duckwitzschen Familienstiftung.<sup>90</sup> R[ichard] Duckwitz erzählt, der Führer und Himmler seien bei der Zusammenkunft der Gauleiter am 24. Febr[uar]<sup>91</sup> sehr zuversichtlich gewesen und

<sup>88</sup> Unter der Überschrift: „Ein Beispiel für alle. Kolberg-Stimmung in der Festung Königsberg“, gab die Bremer Zeitung Nr. 52 v. 2.3.1945 den Aufruf in vollem Wortlaut wieder. Die wichtigsten Passagen lauteten: „Mit jedem Tag kommen wir der Stunde näher, in der unsere Armeen antreten und die bolschewistischen Horden aus Deutschland herausgefeigt werden. [...] Jedes Mittel, mit dem Ihr die Stellung haltet und die Bolschewisten vernichtet, ist recht und heilig. Zurückgegangen wird nicht! Wer nicht kämpfen will und abhaut, wird umgelegt! Schlagt jeden Feigling, Klugscheißer und Pessimisten! Wenn ein Führer oder Unterführer schwach wird, dann reißt der Tapferste die Führung an sich. Weder Alter noch Dienststellung, sondern Mut und Entschlossenheit sind dabei allein ausschlaggebend. Die bolschewistische Infanterie ist Ausschuß und zusammengerafftes Pack. Wenn sie Feuer in die Schnauze bekommt, ist die Sache schon halb gewonnen.“

<sup>89</sup> Der berüchtigte große Angriff auf Dresden, der in der mit Flüchtlingen überfüllten Stadt ca. 35000 Tote forderte, hatte vom 13. bis 15.2.1945 stattgefunden. Am 2.3. flogen 406 amerikanische Bomber einen weiteren Angriff. Vgl. Götz Bergander, Dresden im Luftkrieg. Köln, Wien 1977, S. 85–115, 152–183; David Irving, Der Untergang Dresdens. Gütersloh 1964.

<sup>90</sup> Edmund Duckwitz, 1874–1959. Bis 1920 Berufsoffizier, dann Kaufmann (Baumwollhandel), Vors. des Landesverbands Weser-Ems des Kyffhäuserbundes.

<sup>91</sup> Ansprache Hitlers vor den Reichs- und Gauleitern in der Reichskanzlei in Berlin aus Anlaß des Parteigründungstages am 24.2.1945.

hätten – nach Mitteilung Wegeners<sup>92</sup> – gesagt, der deutsche Gegenschlag im Osten, der die Wendung bringen werde, stünde bevor. Ich kann mir allenfalls denken, daß im Osten eine „defensive Offensive“ geplant ist, wie wir sie im Westen Mitte Dezember gemacht haben,<sup>93</sup> daß wir aber für eine Offensive, die die russische Front zerbricht, Mannschaften, Munition, Waffen und vor allem Treibstoff genug hätten, ist kaum zu glauben. – Über Bremen sagte Richard D[uckwitz], das Wasserwerk sei sehr schwer getroffen; es sei zu hoffen, daß im Laufe der kommenden Woche einzelne Bezirke mit Wasser im Keller versehen werden könnten.

Lotte telefonierte, daß Walter<sup>94</sup> am 26. Januar gefallen sei: Näheres noch unbekannt. Es ist nicht zu sagen, was damit zerstört ist und was wir alle verlieren. [...]

#### *Sonntag 4. März 1945*

[...] Abends kommen Eva und Klaus aus Jade zurück. Nach der amtlichen Mitteilung scheint es, daß Walter nach dem Abtransport der Verwundeten aus Gnesen am 21.1. oder 22.1. als Infantrist nach Schlesien gebracht und sofort nach Ankunft im Kampf eingesetzt ist; er ist in Nakel bei Oppeln am rechten Oderufer – richtiger Nakel westlich Bromberg – gefallen, offenbar in seinem ersten Gefecht. Er war ja kein Soldat und war nach seiner Rekrutenausbildung in Neumünster nur als Hilfskraft in Lazaretten tätig gewesen. – Die Kinder in Jade waren nach der Nachricht von sich aus in den Garten gelaufen und hatten die Bilder Walters im Hause mit Schneeglöckchen geschmückt. – Lotte hatte sich trotz des langen Ausbleibens von Nachrichten noch keine Sorgen gemacht. [...] Abends gegen 8 Uhr einstündiger Vollalarm; in der Nacht um 2 Uhr nochmals bis 4.40 Uhr. Wir gingen um 4 Uhr zu Bett. Bombenabwurf unmittelbar nach Vollalarm (Weserwerft).

#### *Montag–Mittwoch, 5.–7. März 1945*

[...]

<sup>92</sup> Paul Wegener, geb. 1908. Gymnasium, Kolonialschule Witzenhausen, Abschluß als Kolonialwirt, Im- und Exportkaufmann in Bremen. 1929 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Varel/Oldenbg., 1932 Kreisleiter des Kreises Bremen, MdBü, Nov. 1933 MdR, 1934 Gauinspekteur, Berufung in den Stab des Stellvertreters des Führers, Amtsleiter, zeitweise Adjutant von Bormann, 1936 stellv. Gauleiter des Gaues Kurmark, 1940 zum Stab des Reichskommissars für Norwegen Josef Terboven kommandiert, Übertritt von der SA zur SS (1944 Obergruppenführer), 1942 Gauleiter des Gaues Weser-Ems und Reichsstatthalter in Oldenburg-Bremen, 3.5.1945 Staatssekretär und Leiter der Präsidialkanzlei unter Dönitz.

<sup>93</sup> Gemeint ist die Ardennen-Offensive, vgl. Kap. 1, Anm. 10.

<sup>94</sup> Walter Spitta, 1903–1945, zweitältester Sohn Spittas, seit 1931 Pfarrer in Jade/Oldenbg., theologischer Leiter der Rasteder Pfarrkonferenz, 1942 als Militärpfarrer eingezogen.

*Donnerstag, 8. März 1945*

[...]

In dem Rundbrief des Pastors Kloppenburg<sup>95</sup> über Walter heißt es: „Seine Briefe sind Dokumente aus einem begnadeten Leben, dem es gegeben war, mehr zu sehen und mehr zu wissen von den Verborgenenheiten, die uns umgeben, als den meisten von uns. Er war in den sogenannten praktischen Dingen des Lebens oft genug ungeschickt und unbeholfen; aber es war etwas in ihm, das man seraphisch nennen möchte, seine geistige Gestalt war durchstrahlt von dem Lichte einer höheren Welt, und wenn je bei einem Dahingeshiedenen, so ist es mir bei ihm deutlich, daß sein Wirken, das aus dem heiligen Geist kam, auf einer anderen Ebene sich fortsetzt. Wir werden es spüren, auch in unserer Arbeit, wie seine liebe Frau weiß, daß sie es spüren wird, sie und ihre fünf Kinder.“

*Freitag, 9. März 1945*

[...]

*Samstag, 10. März 1945*

[...] Um 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Vollalarm, 1 Uhr Übergang zum „kleinen“ Alarm.

Nachmittags Walters Briefe aus dem Felde gelesen. Abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr der übliche zwei- bis dreistündige Vollalarm. [...]

Im Keller läuft jetzt abends und nachts das Leitungswasser wieder. Früher hätte man es für undenkbar gehalten, daß eine große Stadt von 400 000 Einwohnern zwei Wochen ohne Leitungswasser leben könnte; jetzt haben wir es durchgemacht.

[...]

*Sonntag, 11. März 1945*

[...]

Um 11<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr Vollalarm. Zunächst Angriff auf Hamburg, dann etwa 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Angriff auf Bremen: 300 Flugzeuge, über 4000 Sprengbomben und 2000 Brandbomben.<sup>96</sup> Wiederholter Anflug von Osten mit Bombenwür-

<sup>95</sup> Dr. hc. Heinz Kloppenburg, 1903–1986. Evangelischer Geistlicher, 1932–1937 Pfarrer in Wilhelmshaven, 1937 in den einstweiligen Ruhestand versetzt, seit 1934 in leitenden Ämtern der Bekenntenden Kirche, seit Juni 1945 Oberkirchenrat in Oldenburg, 1947–1950 Sekretär der Flüchtlingsabteilung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, seit 1953 Religionslehrer in Dortmund, 1957 und 1963 Verleihung der Ehrendoktorwürde durch eine amerikanische Universität und die Universität Prag.

<sup>96</sup> Zum Angriff auf Hamburg: Brunswig, Feuersturm, S. 363–365; über Bremen: Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 161–163. Danach sind Spittas auf damaligen deutschen Schätzungen beruhenden Zahlen noch zu niedrig: 403 Flugzeuge warfen insgesamt 6023 Spreng- und 3086 Brandbomben ab.

fen. Schwanken des Bunkers. Gegen 2 Uhr Vorentwarnung. In unserer Gegend verschiedene Brände und Sprengschäden. Unsere Wohnung: in Evas Zimmer eine Scheibe. [...]

*Montag, 12. März 1945*

Die Weser-Werft gestern so schwer getroffen wie bei keinem der vorhergehenden Angriffe auf die Werft; doch sind die U-Boote auf den Helgen nicht beschädigt.<sup>97</sup> Lästig, daß das gerade im Keller wiedergekommene Leitungswasser nun auch nachts nicht mehr da ist. Doch darf man nicht klagen, wenn man noch eine Wohnung und in der Wohnung Licht und zeitweise Gas hat. Alle Bahnlinien, außer Oldenburg, zerstört.

Von 10 bis nach 1 Uhr Vollalarm, zeitweise auch Werkalarm im Rathaus. Nach 2 Uhr zu Hause. (Keine Straßenbahn in der ersten Stunde nach Vorentwarnung). Kein Gas; auf elektrischer Platte Mittagessen gekocht. Um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Vollentwarnung, um 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr neuer „kleiner“ Alarm.

[...]

Abends zwischen 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 8 Uhr Vollalarm und die bekannte Fahrt der Engländer nach Berlin, nach 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden Bunkersitzung wieder zu Hause.

*Dienstag, 13. März 1945*

[...]

*Mittwoch, 14. März 1945*

Morgens 4<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr aufgestanden. Elektr[isches] Licht wieder da. *Mit Eva und Klaus um 6.10 Uhr nach Oldenburg.* [...] Um 9 Uhr *Trauerfeier* der Pfarrbruderschaft in der *Osternburger Kirche*. Requiem und Liturgie von Stählin<sup>98</sup> und neun oldenb[urgischen] Pfarrern. Trauerrede, Predigt durch

<sup>97</sup> Nach Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 162, wurde ein U-Boot beschädigt.

<sup>98</sup> Dr. phil. Wilhelm Stählin, 1883–1975. Zunächst Gemeindepfarrer, 1926–1945 ord. Prof. der Prakt. Theologie in Münster, 1945–1952 Bischof der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg, 1934–1941 Md. der Bekennenden Kirche. Stählin war im Sept. 1944 die Leitung der Oldenburger Pfarrerschaft und als rechtliche Basis dafür die Vertretung einer Pfarrstelle in Osternburg, einem Vorort Oldenburgs, übertragen worden, da die Ernennung zum Bischof die Zustimmung der Partei-Dienststellen erfordert hätte. Als Bundesleiter des Bundes Deutscher Jugendvereine, der Dachorganisation der evangelischen Verbände, war Stählin 1923 an der Gründung des Berneuchener Kreises beteiligt, der nach den Möglichkeiten religiöser Erneuerung durch die Verbindung von Kirche und Jugendbewegung suchte. Die aktivsten Mitglieder schlossen sich 1931 zur Evangelischen Michaelsbruderschaft zusammen. Stählin hatte seit 1942 das Amt des Ältesten inne. Vgl. *Via Vitae. Lebenserinnerungen von Wilhelm Stählin*, Kassel 1968, S. 405f. und für die Michaelsbruderschaft bes. S. 313–344, 568–578.

Walters Schüler Höpken,<sup>99</sup> Pfarrer in Goldenstedt: „Selig sind die reinen Herzens sind, denn sie werden Gott schauen.“ Walters Worte vor jeder Predigt: „Herr gib uns blöde Augen für Dinge, die nicht taugen, doch Augen voller Klarheit für alle deine Wahrheit“ (Zinzendorf). Sehr warme Worte Höpkens. Abendmahlfeier mit Stählin. – Anschließend im Gemeindehaus Gedenkstunde, Ansprache Stählins; er meinte, Walter werde sich der Michaelsbruderschaft Stählins angeschlossen haben (?); Walters wissenschaftl[iche] Arbeiten; seine Kritik von Bultmanns „Entmythologisierung der Bibel“, das Beste in der ganzen Literatur darüber.<sup>100</sup> [...]

Der Oberkirchenrat Müller-Jürgens<sup>101</sup> nahm an Trauerfeier und Abendmahl teil. Zum ersten Male, wie Kloppenburg sagte; Kloppenburg sah darin eine Wendung im Leben der Oldenburgischen Kirche und sagte: „Das ist Walters Wirken!“ [...]

*Donnerstag–Samstag, 15.–17. März 1945*

[...]

*Sonntag, 18. März 1945*

In der Jader Kirche Konfirmation und Trauergottesdienst durch Pastor Kunstreich<sup>102</sup> von 10 bis 12¼ Uhr. Predigt: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“ [...] Das Schwert bedeutet: letzte Entscheidung. Am Altar Gedächtnisrede für Walter. Dann Konfirmation von 42 Konfirmanden, früher nur etwa 20, und Abendmahl mit Lotte; Kunstreich nimmt mit uns das Abendmahl. Die Kirche bis zum letzten Platz besetzt. [...]

Mit Paula<sup>103</sup> nach Bremen zurück. Kaum Verspätung. Bahnfahrt während des abendlichen Vollalarms. Um 9¾ Uhr in Bremen; in den Bahnhofsbunker; 10½ Uhr Entwarnung; 11 Uhr zu Hause. In Bremen waren in den Tagen unserer Abwesenheit regelmäßig vormittags und abends die üb-

<sup>99</sup> Heinrich Höpken, geb. 1911. 1941–1945 Pfarrer in Goldenstedt, 1945–1955 Kreispfarrer in Wildeshausen, 1947–1950 nebenamtlicher Oberkirchenrat, seit 1950 Kirchenrat, seit 1955 Oberkirchenrat.

<sup>100</sup> Der führende Vertreter der dialektischen Theologie D. Rudolf Bultmann, 1884–1976, hat sein Konzept der Entmythologisierung der Bibel in zahlreichen Arbeiten vertreten, zuerst ausdrücklich und programmatisch in dem Aufsatz: Neues Testament und Mythologie, in: Beiträge zur Evangelischen Theologie 7 (1941), S. 27–69.

<sup>101</sup> Dr. Georg Müller-Jürgens, 1883–1971. Jurist, Bgm. in Jever, Oberkirchenrat in Oldenburg.

<sup>102</sup> Sibo Kunstreich, 1900–1979, seit 1937 evangelischer Pfarrer in Varel, 1950–1956 verschiedene Vertretungen, 1956–1971 Pfarrer in Schönmoor.

<sup>103</sup> Dr. Paula Bücking, geb. 1921, jüngstes Kind Spittas, damals Studentin, heiratete 1950 Lutz Bücking, 1957–1985 am Studienseminar Bremen, seit 1968 Abteilungsleiterin.

lichen Vollalarne gewesen, aber ohne Bombenabwurf. Noch immer kein Wasser.

[...]

Walters Briefe und sonstige Aufzeichnungen sind ein köstlicher Besitz für Lotte und die Kinder. In einer Legende Walters sagt der König: „Ich will mich nun zum Schmerz des Tages rüsten.“ – In Walters Taufrede für den kleinen Hermann und [einem] seiner Gedenkworte für unseren Hermann<sup>104</sup> heißt es (Ostermontag 1942): „Ich glaube, daß dieser Tod auch stellvertretend für uns war, damit in uns die Kräfte der Liebe geweckt werden und uns in Leid und Schmerz das innere Auge aufgetan wird für die göttliche Welt und das himmlische Licht, das heute am Ostertage über den Stätten des Todes leuchtet. Hermann ist uns vorangegangen. Es ist über ein Kleines, und wir werden ihm folgen. Wir werden verwandelt werden und ungetrennt von ihm in jenen anderen Welten wandeln.“ – Als Friedel vermißt war, schrieb W[alter] an Lotte am 10. Oktober 1944: „Ich wage mich gar nicht an diese irdische Hoffnung zu klammern. Ich war so niedergeschlagen, daß mir immer die Worte aus dem alten Kirchenlied durch den Kopf gingen: ‚Ich weiß vor großer Traurigkeit nicht, wo ich mich hinwende.‘ Ganz besonders denke ich an Vater und sein tiefes Leid. Heute habe ich wieder die alte religiöse Erfahrung gemacht, daß die Gewißheit der Ruhe und der Tröstung durch Gott zurückkehrt, wenn wir uns in der Liebe dem leidenden Nächsten zuwenden. Und wenn wir stille werden vor Gott und die menschlichen Gefühle schweigen, dann erkennen wir, daß der Tod ja nicht das schlimmste Schicksal ist, das einen Menschen auf Erden treffen kann; Friedel ist in den furchtbaren Erfahrungen des Krieges so reif geworden in der Liebe und der Erkenntnis. Was könnte der Tod da anderes sein als Stufe zur Vollendung? Und braucht Gott nicht die Heere der Vollendeten, um durch sie hineinzuwirken in diese dunkle Welt, die heute wie nie zuvor der Liebe und der Erkenntnis entbehrt? Durch die Toten fällt der Same, der aufgehen wird.“ August 1944 an Lotte: „Umsonst ist ja das Jahr, das ich in Rußland und Polen verlebt habe, nicht gewesen. Es hat mir nicht nur die Welt des Ostens aufgetan. Es hat mich tief erkennen lassen, was Du mir in meinem Leben bedeutest. [...]“

19.12.[19]44: „Vielleicht ist es das Wertvollste, was man als Soldat lernt, auf die eigenen Wünsche zu verzichten.“ 16.12.[19]44: „Du weißt es gar nicht, was es für mich bedeutet, in der Fremde um eine Heimat zu wissen, zu der Du und unsere Kinder gehören. Niemals kann ich auf Erden ganz traurig werden, solange ich Euch besitze.“

Januar 1945: „Du bist der einzige Mensch auf Erden, dem ich *alles, alles* sagen kann. Wie danke ich Gott, daß Du meine Frau bist.“ D[en] 21. Januar 1945 (letzter Brief an Lotte): „Wir haben alle das Gefühl, daß es nun

<sup>104</sup> Hermann Spitta, 1918–1942. Jüngster Sohn Spittas, Tischler, 1942 bei Lenin-grad gefallen.



um die letzten Entscheidungen in diesem Kriege geht. Ich bin gesund und innerlich getrost.“ In Walters Abendmahlsrede 17.1.1940 heißt es: „Wir sind Menschen nur durch unsere Mitmenschen. – Christus sei die Tür zu Gott. Nicht in einem Stern, sondern in dem Menschen Jesus Christus ist Gott uns offenbar geworden. Gott hat nicht in der Höhe, sondern in der Tiefe des Erdenleids die Tür zum Himmel aufgeschlossen.“ Ich habe Lotte sehr zugeredet, Walters Schriften, Reden und Briefe zusammenzustellen, die Briefe zu sondern, wertvolle Stellen auszuziehen und das Ganze luftschuttsicher und griffbereit zu bewahren. Für ihre Kinder, aber auch für viele, viele andere (auszugsweise). – Rilke sagt: „Nicht so ausschließlich, wie man oft meint, ist ‚Nachtrauer‘ ein rein gefühlsmäßiges Besetztsein; es ist mehr noch eine Unablässigkeit des Verkehrs mit dem Entschwundenen, als nähere er sich. Denn durch den Tod geschieht nicht nur ein Unsichtbarwerden, sondern auch ein neues zu Sichtbarkeittreten, nicht nur wird hinweggeraubt, es wird auf eine nie erfahrene Weise hinzugegeben.“

*Montag, 19. März 1945*

[...]

Der Angriff auf Berlin, der seit etwa vier Wochen jeden Abend zwischen 8 und 9 Uhr kam, erfolgte erst 3¼ Uhr nachts. Bis 5½ Uhr im Bunker. Alle diese Luftangriffe fast ohne Risiko für die Feinde. Wehrlos – besonders treibstofflos – müssen wir zusehen, wie unsere Städte völlig zerstört und die Menschen zu Tausenden dahingemordet werden. Dresden – und letzten Sonntag Berlin<sup>105</sup> – sind Beispiele solcher satanischen Zerstörung und solcher Hinschlachtung von Frauen und Kindern. Die militärische Lage wird immer trauriger. Es ist offenbar nicht so sehr der Mangel an Mannschaften, als der Mangel an Waffen, Munition und Treibstoff, der unsere Führung lahmlegt. Wenn wir nicht einmal soviel Reserven im Westen hatten, daß wir die Amerikaner gegenüber von Remagen wieder auf das linke Rheinufer zurückwerfen konnten, als es noch nicht große Massen amerikanischer Truppen waren, was ist dann noch zu hoffen!<sup>106</sup> Früher oder später werden die Angloamerikaner den Rheinübergang auf breiten Fronten erzwingen, wie sie den Kanalübergang nach der Normandie erzwungen haben. Und wenn wir noch die Kraft zu einzelnen offensiven Vorstößen im Osten haben sollten, wie sollten wir es – selbst mit neuartigen Waffen – fertigbringen, die ungeheure Masse der anflutenden russischen Heere aufs Haupt zu

<sup>105</sup> Am 18.3.1945 erlebte Berlin den bis dahin schwersten Bombenangriff. Von Mitte Febr. bis Mitte März 1945 wurde die Stadt an 30 aufeinanderfolgenden Tagen bombardiert. Hans Rumpf, *Das war der Bombenkrieg. Deutsche Städte im Feuersturm*. Oldenburg, Hamburg 1961, S. 85–88.

<sup>106</sup> Am 7.3. hatten amerikanische Verbände bei Remagen den Rhein überschritten und einen Brückenkopf auf dem Ostufer gebildet. Der Wehrmachtbericht vom 8., 11., –19.3. läßt den Ausbau des Brückenkopfes erkennen. Am 17.3. wurde die Einnahme von Königswinter gemeldet. Murawski, *Wehrmachtbericht*, S. 507–526.

schlagen und aus Deutschland wieder zu vertreiben? Ich sehe keine Hoffnung mehr und habe auch die Knappheit an Lebensmitteln, ja die drohende Hungersnot in den großen Städten vor Augen. Der Krieg kann noch monatelang dauern, wird aber wohl in diesem Jahre sein furchtbares Ende haben, d[as] h[eißt] ein Ende der Kämpfe und Verluste unserer Feinde, aber nicht ein Ende der deutschen Not, die das Elend des Krieges noch übersteigen kann.

*Dienstag, 20. März 1945*

Der übliche Vormittagsangriff der Amerikaner kam erst nachmittags 3.20 Uhr; Vorentwarnung nach etwa 1½ Stunden, Vollentwarnung nach 6 Uhr. Es war ein Angriff auf Hamburg.<sup>107</sup> Um 8.20 Uhr abends der übliche Vollalarm mit Angriff auf Berlin. Über zwei Stunden im Bunker. Nachts etwa 2 Uhr kleiner Alarm, Mutter<sup>108</sup> zog sich an, ging dann aber, als zwischen 3 und 4 Uhr Vollentwarnung kam, wieder zu Bett. Als sie gerade eingeschlafen war, kurz nach 4 Uhr Vollalarm und *Angriff* eines über See einfliegenden Bomberverbandes *auf Bremen*. Bei Alarmgebung nur noch 12 Flugminuten Entfernung. Ich ging zum Bunker voran, um einen Platz zu sichern. Als ich im Bunker ankam, noch 3 Flugminuten. Lange Schlange auf der Straße; Erregung der drängenden Menschen.<sup>109</sup> Als Mutter und Paula bei der Bunkerschlange ankamen, „Tannenbaum“ am Himmel; darauf liefen beide nach unserem Haus zurück und in den Nachbarkeller von Jure. Bombenabwurf und Flakschießen. Verschiedene Wohnviertel getroffen. Um 5¼ Uhr wieder zu Hause.

*Mittwoch, 21. März 1945*

In der Natur schöner Frühlingsanfang. Anders im dämonisierten Leben der Menschen, kurz nach 8 Uhr morgens kleiner Alarm, bald darauf Vollalarm. Als ich im Rathause meine Arbeit beginnen will, schon vor 8½ Uhr Werkalarm. Etwa 10 Uhr Beginn des *Angriffs auf Bremen*.<sup>110</sup> Stark mitgenommen die Häfen. Vacuum Oil brennt, ungeheure Rauchwolken ziehen über Stadt, Bürgerpark und Blockland. Um 10½ Uhr Vorentwarnung. Mittags gehe ich durch den Bürgerpark nach Hause. Alles keimt und treibt; manche Büsche ganz grün; die Weiden im hellsten Grün; Kätzchen und

<sup>107</sup> Durch den Abwurf von etwa 2800 Spreng- und 500 Brandbomben wurden in der bereits stark zerstörten Innenstadt weitere Verwüstungen angerichtet; vgl. Bruns-  
wig, Feuersturm, S. 365.

<sup>108</sup> Paula Spitta, geb. Lisco (1881–1964), seit 1900 mit Spitta verheiratet, taucht im  
Tagebuch als „Mutter“ auf.

<sup>109</sup> Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 164. Es gab nur zwei Todes-  
opfer, darunter ein Kind, das in der Panik, die wegen der späten Warnung vor den  
Bunkern entstand, erdrückt wurde.

<sup>110</sup> Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 164f.

Osterblumen. Dazwischen die Bombentrichter und Kriegsverwüstungen!

[...] Nachmittags kleiner Alarm. Abends kommt das Gas, das seit gestern Nacht versagte, wieder. Wasser, wie in den letzten Tagen, nachts im Keller. [...]

Um 8 $\frac{1}{4}$  Uhr abends Vollalarm in Bremen, Angriff auf Berlin. Gegen 10 Uhr aus dem Bunker zurück. Nachts 2 $\frac{1}{2}$  Uhr kleiner Alarm; die meisten Leute gehen in den Bunker; wir bleiben, bis um 3 $\frac{1}{2}$  Uhr Vollalarm gegeben wird, zu Hause. Gegen 5 Uhr Vorentwarnung; bald darauf Vollentwarnung. Es war ein Verband, über See einfliegend, über Bremen und kehrte dann nach Westen um. Flakschießen, doch anscheinend nur geringer Bombenabwurf; Schaden: nur ein brennender Schuppen in Woltmershausen. Aber Kräfteverbrauch und Nervenanspannung der Bevölkerung bei diesen häufigen Alarmen und nächtlichen Störungen. Doch was ist das, wenn man an die Städte im Rheinland und in Westfalen denkt, und wie gering sind diese Belastungen, verglichen mit dem, was in den nächsten Wochen kommen wird, oder gar verglichen mit dem, was nach der völligen Niederlage unser Los sein wird!

#### *Donnerstag, 22. März 1945*

Um 9 $\frac{1}{2}$  Uhr kleiner Alarm; 10 $\frac{3}{4}$  Uhr Vollalarm; 11 $\frac{3}{4}$  Uhr Werkalarm im Rathause für eine halbe Stunde; dann bald Vorentwarnung; aber vor einer Vollentwarnung um 1 $\frac{1}{2}$  Uhr neuer Vollalarm. Wir aßen rasch zu Mittag und gingen um 2 Uhr in den Bunker, unmittelbar darauf *Angriff auf Bremen*. Bombenabwurf und Flakschießen. Am linken Weserufer die Südvorstadt, am rechten der Westen und das Findorff-Viertel besonders getroffen.<sup>111</sup> Viele Bomben gingen in die alten Ruinen. Bückings Wohnung in der Ellhornstraße aufs neue beschädigt. Klaus und Eva helfen dort. Um 3 Uhr war Entwarnung, also 5 $\frac{1}{2}$  Stunden Alarm, kleiner und großer. Nach der Entwarnung gingen in den Nachmittagsstunden Bomben und Minen mit Zeitzündern hoch. Diese Waffe ist wohl die gemeinste des Luftkrieges, denn um militärisch wichtige Anlagen oder auch darüber hinaus Wohnungen zu zerstören, sind sie nicht nötig; sie können nur den Zweck haben, die Bevölkerung heimtückisch zu morden. Diesen Erfolg haben die Feinde auch diesmal erreicht, da durch die Sprengungen mit Zeitzündern am Nachmittag viele getötet, verletzt oder verschüttet sind. [...]

Abends zwischen 7 $\frac{1}{2}$  und 8 Uhr gehen Mutter und ich vorsorglich in den Bunker, um Platz zu bekommen. Der Bunker schon gut besetzt, fast alle Sitzplätze. Um 8 $\frac{1}{4}$  Uhr Vollalarm; gegen 10 Uhr Vorentwarnung. Mutter und ich nach Hause. Dann nochmals Vollalarm und Bunker. Erst um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr Vollentwarnung. Dies war wohl der alarmreichste Tag, den wir in Bremen erlebten. Diese Kriegsnot wird sich aber sicher noch steigern.

<sup>111</sup> Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 168f.

*Freitag, 23. März 1945*

*Dr. Bücking* ist gestern nachmittag um 3 Uhr auf ärztliche Praxis geradelt und seitdem nicht zurückgekehrt. Er muß einem Zeitzünder zum Opfer gefallen sein. Vielleicht ist er irgendwo verschüttet.

Um 9 Uhr Vollalarm, bald nach 9<sup>1/2</sup> Uhr im Rathause Werkalarm. Kurzer, aber verhängnisvoller *Angriff auf Bremen*: im Wesentlichen das Stadtinnere getroffen; Bomben rings in der Nähe des Rathauses und Doms. Ratscafé an der Ecke des Marktplatzes zerstört; am Wilhadibrunnen Einschlag, ebenso nahe der Liebfrauenkirche. Im Regierungsbunker unter dem L[ieb]fr[auen]kirchhofe starke Erschütterungen und ein empfindlicher Luftdruck in den Ohren, daß man etwas benommen war; Frauen schrieen auf und weinten. Im Rathause die Fenster und manche Türen zertrümmert, sonst keine Schäden. Der Dom leicht am Dach und an den Fenstern beschädigt. Das Haus des Reichs und das Tivoli, auch [Weingroßhandlung] Reidemeister & Ulrichs stark getroffen.<sup>112</sup> Und wie gestern ein Bunker im Westen mit sieben Zeitzündern umgeben war, die die Bevölkerung beim Verlassen des Bunkers in die Luft sprengen sollten, so sind heute in der inneren Stadt Zeitzünder [entdeckt worden]: Bischofsnadel, Schlüsselkorb, Sögestraße abgesperrt, Obernstraße und Hutfilterstraße nur „auf eigene Gefahr“ betretbar. Die Tausende im Domshofbunker wurden noch lange Zeit nach der Vorentwarnung im Bunker zurückgehalten.

Nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr neuer Vollalarm von einstündiger Dauer, um 5 Uhr Vollentwarnung. [...] Beim Abendbummel mit Arnold mehrfach durch Zeitzünder-Absperrungen gehindert (Parkallee, Bürgerpark). Ernährungs- und Zufuhrfragen für Bremen besprochen. Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr einstündiger Vollalarm. Später nochmals, gegen Mitternacht im Bett. Um 1 Uhr Vollentwarnung. Kein Gas, kein Wasser, auch nicht nachts im Keller, kein Telefon.

*Samstag, 24. März 1945*

Um 8<sup>1/2</sup> Uhr morgens ein- bis zweistündiger Vollalarm, anscheinend Großangriff auf Oldenburg und Varel. [...] Mein und Sanders<sup>113</sup> Zimmer im Rathause zwar von den Glasscherben gesäubert, sonst aber noch unbenutzbar, da die Fenster offen [sind] und der Dreck und Staub überall noch dick lie-

<sup>112</sup> Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 169–172. Danach und nach der Bremer Zeitung Nr. 72 v. 26.3.1945 wurde das Gewölbe des nördl. Seitenschiffs des Doms von einer Bombe durchschlagen.

<sup>113</sup> Dr. jur. Georg Sander, 1877–1957. ORR und Leiter des Baupolizeiamtes, Md. der DVP, aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zum 31.7.1933 in den Ruhestand versetzt, aufgrund der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete des Beamtenrechts vom 1.9.1939 (RGBl. I, S. 1603) zum 1.12.1939 als ORR (Beamter auf Widerruf) beim Senator für das Bauwesen wieder eingestellt bis Ende 1947 in diesem Amt, dann auf eigenen Wunsch pensioniert. S. war ein enger Freund Spittas.

gen. Das ganze Rathaus voller Handwerker. Mittags 2¼ Uhr, ehe wir zu Mittag gegessen hatten (da kein Gas vorhanden, wollten die Kartoffeln nicht gar werden), neuer Vollalarm, wir gingen nach dem Essen in den Bunker. Schon bald Vorentwarnung. Dann um 4¾ Uhr neuer, aber nur kurzer Vollalarm.

Besprechung mit Apelt über Ernährungs- und Sicherheitsfragen Bremens. Diese Fragen um so dringender, als die militärischen Verhältnisse dem Unheil einer Niederlage entgegentreiben. Rhein und Oder waren die letzten Verteidigungslinien; der Rhein ist nun schon an mehreren Stellen (Remagen, Wesel usw.) überschritten.<sup>114</sup> Die große russische Oderoffensive steht nahe bevor. Das herrliche, klare Wetter ermöglicht dem Feinde den vollen Einsatz der Luftwaffe an der Front und bei der Zerstörung der Verkehrswege und Städte, sämtliche Eisenbahnbrücken am ganzen Lauf der Weser sind zerstört, infolgedessen Ausbleiben der nötigsten Waren.<sup>115</sup> Unser Gaswerk in Bremen nicht durch Bomben getroffen, sondern lieferungsunfähig aus Mangel an Kohlen,<sup>116</sup> die Getreide- und Mehilverhältnisse in Bremen bedrohlich.

Jetzt im Gau Weser-Ems Alarmbereitschaft. Heute nachmittag ist der Volkssturm zusammengerufen und mit Weisungen versehen [worden].<sup>117</sup> Natürlich entstehen gleich Gerüchte. So z[um] B[ei]spiel, daß Lufttruppen der Feinde bei Diepholz gelandet wären – was völlig unwahr ist. Die Lage ist schon schlimm genug und braucht nicht durch Redereien schlimmer dargestellt zu werden. Abends 8 Uhr bis gegen 10½ Uhr Vollalarm (Angriff auf Berlin).

### *Palmsonntag, 25. März 1945*

[...] Unser Garten hat jetzt sechs Bombentrichter. Die geschlagenen Baumstämme und das Holz des Vorgartens restlos von Unbefugten abgeholt und abgefahren. In unserem Garten am Schwachhauser Ring hat

<sup>114</sup> Wesel war am 23.3. besetzt worden. Am selben Tag hatte der alliierte Großangriff zur Überquerung des Rheins auf breiter Front begonnen.

<sup>115</sup> Die Bremer Eisenbahnbrücke erlitt bei dem Bombenangriff am 23.3. irreparable Schäden. Bevor Reichsbahnverwaltung und Organisation Todt in Tag- und Nacharbeiten mit 3000 Gefangenen die 110 m oberhalb gelegene „Adolf-Hitler-Brücke“ als Eisenbahn-Notbrücke herrichten konnten, wurde sie am 30.3. ebenfalls total zerstört. Vgl. Schwarzwälder, Weserbrücken, S. 24f.

<sup>116</sup> Nach Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 170, wurde das Gaswerk so schwer beschädigt, daß es einige Tage nicht arbeiten konnte.

<sup>117</sup> Der „Volkssturm“ wurde als letztes Aufgebot aller noch nicht zur Wehrmacht eingezogenen Männer zwischen 16 und 60 Jahren durch Erlaß Hitlers vom 25.9.1944 ins Leben gerufen. Er umfaßte vom Wehrdienst befreite Facharbeiter, Spezialisten und Bauern, überwiegend aber Wehruntaugliche, später auch Greise und Gebrechliche, und unterstand dem Befehl der Gauleiter als Reichsverteidigungskommissare. Über die Aufstellung, Organisation, Stärke und geringe militärische Bedeutung des Bremer „Volkssturms“ siehe: Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 47–66. Klaus Mammach, Der Volkssturm. Das letzte Aufgebot 1944/45, Köln 1981.

Fräulein Grete<sup>118</sup> mit Hilfe unserer Nachbarn Jure einen kleinen Steinherd gemacht; darauf sind heute Kohl und Kartoffeln gekocht [worden] (mit Torfheizung). [...]

Die Trauer aller, die Dr. B[ücking] gekannt haben, besonders seiner Patienten, ist allgemein. Sie sagen, einen Arzt mit solcher Aufopferungsfähigkeit und Güte werde man nicht wiederfinden.

[...]

*Montag, 26. März 1945*

[...]

Im Rathause alles noch schmutzig; in meinem Arbeitszimmer Fenster noch entzwei. Handwerkerbetrieb. Mit Apelt allgemeine Lage und Bremen besprochen.

[...] Im Hause noch kein Wasser und kein Gas. Die bisher schon so langsame Postverbindung wird durch den Vorstoß der Amerikaner bis Hanau und Aschaffenburg,<sup>119</sup> soweit Süddeutschland in Betracht kommt, noch schwieriger und ist, wenn überhaupt nur mit großen Umleitungen aufrechterhalten. Und wie lange noch? [...] Abends bald nach 8 Uhr der übliche Vollalarm für die Berliner Fahrt der feindl[ichen] Flugzeuge. Seit etwa 24 Stunden sieht man wieder einzelne deutsche Flugzeuge in der Luft, sogar ganze Geschwader; seit Monaten gab es dergleichen nicht in Bremen. Ob sie vom Osten nach dem Westen hinübergeworfen werden? Oder die zerstörten Flugplätze bei Varel usw. aufgeben mußten?<sup>120</sup>

*Dienstag, 27. März 1945*

[...]

*Mittwoch, 28. März 1945*

Der Kreisleiter Max Schumann schreibt heute ind der B[remer] Z[eitung] in einem Leitartikel: „Jeder Tag, an dem Deutschland arbeitet, [...] jeder dieser Tage bringt uns dem endgültigen Siege näher.“ Im übrigen Worte gegen die Juden; die erste Forderung nach unserem Siege sei, daß Judenbataillone nach Deutschland marschierten, um Deutschland wieder aufzubauen. – Also das, was wir als verbrecherisches Vorgehen unserer Feinde

<sup>118</sup> Haushälterin bei Spittas.

<sup>119</sup> Vgl. Murawski, Wehrmachtbericht, S. 538.

<sup>120</sup> Infolge des Vormarsches der Alliierten mußten zahlreiche Flugplätze geräumt und die Maschinen auf den noch verfügbaren zusammengezogen werden. Dadurch mag der Eindruck stärkerer Präsenz der deutschen Luftwaffe entstanden sein. Von vermehrter Kampftätigkeit kann nicht die Rede sein. Vgl. Feuchter, Der Luftkrieg, S. 245–249.

ansehen – Sklavenarbeit von Millionen Deutscher – wird hier für den umgekehrten Fall den Juden angekündigt!<sup>121</sup>

Gegen 11 Uhr etwa einstündiger Vollalarm. Vormittags Bremensia besprochen; nachmittags auch mit Jüdefeind. Er sagt, die deutsche Ostoffensive solle um Ostern herum beginnen; zwei Wochen später U-Boot-Krieg und Flugwaffe (Andeutung des Gauleiters bei der gestrigen Besprechung der Bürgermeister, Landräte usw. in Cloppenburg). Aber könnte eine solche Ostoffensive den Krieg wenden? Daran glauben wohl nur wenige noch. Im übrigen steigende Kohlennot, Gefahr, daß die Bahn aus Kohlenmangel zum Erliegen kommt und daß die Bäcker nicht mehr backen können. Anweisung über Räumung der 15 km-Zone hinter der Kampffront und über Zerstörung der Betriebe, Hafenanlagen usw. (nicht nur „Lähmung“).<sup>122</sup> Als die Russen 1812 ihre Städte und ihr eigenes Land verwüsteten, geschah es, um dadurch den Feind zur Räumung des Landes zu zwingen und zu siegen; bei uns sehe ich in unserer Lage keinen Sinn in solchen Zerstörungen, etwa in der Zerstörung unserer bremischen Versorgungsbetriebe, der Rolandmühle und der Hafenanlagen; dem siegreichen Feinde würde es wenig schaden, unsere Bevölkerung aber in maßloses Elend stürzen und Bremen auch für die Zukunft auslöschen. Wollen wir das, was der Feind noch von unseren Städten übrig gelassen hat, selbst zerstören? Und dadurch unsere Bevölkerung selbst durch Hunger und Krankheiten umbringen helfen? Die

<sup>121</sup> Max Schümann, 1909–1945 (Selbstmord). Schlosser, Reichsbahnbeamter, seit 1.7.1943 Kreisleiter der NSDAP in Bremen. Über die Juden hieß es in dem Artikel in der Bremer Zeitung Nr. 74 v. 28.3.: „Die Juden der ganzen Welt haben die Ausrottung unseres Volkes beschlossen. Die Männer nach Sibirien, was übrig bleibt sterilisieren und das dann dem Hungertode preisgeben, sind ihre Methoden. [...] Wir haben heute den Juden und Judengenossen zu erklären: ‚Wenn Ihr uns deportieren wollt, dann ist unsere erste Forderung nach unserem Siege, daß Eure Bataillone nach Deutschland marschieren, um unter *unserer* Führung, und mit deutschem Tempo das wiederaufzubauen, was sie zerstörten.“

<sup>122</sup> Da sich die von der Parteikanzlei befohlene „totale Räumung“ der Gebiete, denen die Besetzung drohte, angesichts der prekären Verkehrsverhältnisse nicht durchführen ließ, begnügte sich Gauleiter Wegener bei der Dienstversammlung der Landräte und Bürgermeister des Gaues Weser-Ems in Cloppenburg mit der Anweisung, die Bevölkerung aus der unmittelbaren Kampfzone zu evakuieren. Gegen Pläne, den Vormarsch der Alliierten durch systematische Zerstörung aller kriegswichtigen Anlagen und Materialien, ja aller den feindlichen Soldaten möglicherweise nützlichen Einrichtungen und Hilfsquellen zu erschweren (Prinzip: „Verbrannte Erde“), propagierte vor allem Rüstungsminister Albert Speer als Alternative, die Industrie durch Entfernung entscheidender Maschinenteile lediglich zu „lähmen“. Am 19.3. entschied sich Hitler endgültig für die radikale Lösung, am 26.3. erließen das Oberkommando der Wehrmacht und der Marine für die Seehäfen und Seewasserstraßen grundsätzliche Ausführungsverfügungen zu diesem „Führerbefehl“, der u.a. abgedruckt ist in: Kriegstagebuch des OKW IV (2), S. 1580f. Zu den Vorbereitungen und Maßnahmen in Bremen – auch nach der Modifikation des Befehls am 30.3.: Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 101–131; zum Evakuierungsproblem: S. 136f.

Weltgeschichte – auch die deutsche Geschichte – hört doch nicht mit dem Untergang des nationalsozialistischen Reiches auf!

Abends zum ersten Mal seit vielen Wochen kein Vollalarm; auch ruhige Nacht.

*Gründonnerstag, 29. März 1945*

Besprechung mit R[ichard] Duckwitz. Bremen ist und wird nicht zur „Festung“ erklärt. Gegen die Zerstörung der eigenen Städte (Versorgungsbetriebe, Fabriken, Häfen) in Cloppenburg von allen Oberbürgermeistern Stellung genommen. Im Küstengebiet Feldmarschall Busch mit elf Divisionen, hauptsächlich im Süden des Gaus. Die englische Niederrheinarmee soll nur noch vier Divisionen als Reserve haben.<sup>123</sup> Im April soll die neue verheerende Waffe zur Anwendung kommen, die angeblich die Wende im Osten und Westen herbeiführen soll. 1500 Jäger sollen bereit sein, dann die Luftwaffe der Feinde abzuwehren (Gasangriff der Feinde?). Gleichzeitig U-Boot-Krieg in großem Maße. Die Wehrmacht für zwei bis drei Monate noch mit Waffen, Munition und Treibstoff ausgerüstet. Bis dahin muß die Entscheidung zu unseren Gunsten gefallen sein. Kohlen- und Lebensmittellage äußerst bedrohlich. So ungefähr die Mitteilungen von R[ichard] Duckwitz. Die Zweifel an dieser kriegswendenden neuen Waffe bleiben bestehen; und auch wenn die Wirkung so, wie gehofft wird, wäre, würde damit der Krieg zu unseren Gunsten endgültig entschieden? Würde sich nicht die Welt im nächsten Jahre unter amerikanischer Führung zu neuen gewaltigen Anstrengungen aufraffen, um uns niederzuwerfen? Da unsere Politik es nicht verstanden hat, eine Weltkoalition gegen uns zu verhindern, wird sie es auch nach neuen Waffenerfolgen schwerlich fertigbringen, die Weltkoalition zu sprengen, trotz all der vorhandenen Spannungen zwischen den Russen einerseits und den Angloamerikanern andererseits. Die Anordnung der 15 km-Zone bringt Duckwitz mit der furchtbaren Wirkung der neuen Waffe in Verbindung, durch die die eigene Bevölkerung nicht getroffen werden soll. Infolge unserer Besprechung hat R[ichard] Duckwitz Geheimschreiben an Wegener als Reichsverteidigungskommissar entworfen, in dem er unter Bezugnahme auf die Verhandlung in Cloppenburg Vorstellung gegen eine Zerstörung der geplanten Art erhebt.<sup>124</sup>

<sup>123</sup> Generalfeldmarschall Ernst Busch, 1885–1945. B. übernahm am 14.3.1945 an Stelle Himmlers den Befehl über den Führungsstab Nordküste, am 5.4. wurde er Oberbefehlshaber der neu gebildeten Heeresgruppe Nordwest. In Nordwestdeutschland und Holstein lagen um den 20.3. zwei Divisionen, eine Reservedivision wurde aus Dänemark herangezogen. Drei weitere Divisionen erreichten in der letzten Märzwoche den Raum zwischen Ems-Mündung und Unterweser. Kriegstagebuch des OKW IV (2), S. 1299.

<sup>124</sup> R. Duckwitz bezog sich in der Senatssitzung am 4.4.1945 auf das Schreiben (StAB: 3/3). Wie er ausführte, hatte er Wegener insbesondere um „möglichste Schonung der Versorgungsanlagen“ gebeten, „sofern dadurch die militärische Lage nicht



Besprechung mit Apelt über Bremensia. [...]

Abends Luftruhe. Der Vollalarm und die Berliner Angriffsfahrt kommen erst nachts 23<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr; Dauer zwei Stunden. [...]

*Karfreitag, 30. März 1945*

Besuch von August Kippenberg,<sup>125</sup> der über die allgemeine Lage ganz verzweifelt ist. Ich versuche, ihm einige Hoffnung auf ein Überleben und Neuerstehen deutschen Geistes und deutschen Wesens, wenn auch in einem verkleinerten deutschen Volke und in Armut und politischer Bedeutungslosigkeit, zu machen. Anton Kippenbergs Privathaus mit den Räumen für die Goethesammlung jetzt auch zerstört.<sup>126</sup>

Besuch von Edm[und] Duckwitz. Er war lange Zeit noch optimistisch über die militärische Lage, hatte auf eine Wendung durch eine deutsche Ostoffensive gehofft: Heute meinte er, die Voraussetzung dafür sei gewesen, daß die Rheinlinie gehalten werde. Senator Bernhard,<sup>127</sup> der frühere Führer der Nationalsozialisten in der bremischen Bürgerschaft, sagte mir gestern, es fehlten jetzt alle Voraussetzungen wirtschaftlicher Art für die Kriegführung; im zivilen Leben würde man das einen betrügerischen Bankrott nennen.

beeinflußt würde“. Auch später setzte sich Duckwitz nach eigenen Angaben und dem Zeugnis von Beteiligten wiederholt gegen radikale Zerstörungsaktionen ein. Niederschrift Duckwitz' aus Anlaß der Entlassung aus dem Amt des kommissarischen Reg. Bgm. (StAB: NL Duckwitz, 7, 7–A 2) und Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 105, 114ff.

<sup>125</sup> Dr. phil. August Kippenberg, 1869–1952. Pädagoge, Leiter des vom Vater begründeten Lehrerinnenseminars, seit 1912 (Gründung des Staatlichen Lehrerinnenseminars) der damit verbundenen Höheren Mädchenschule (1922 verstaatlicht). 1942 Gründer der Bremer Ortsvereinigung der Goethe-Gesellschaft (Brem. Biogr., S. 270).

<sup>126</sup> Dr. phil. Anton Kippenberg, 1874–1950. Buchhändler, 1905 Mitinhaber, 1906 Alleininhaber des Insel-Verlags. 1938–1950 Präs. der Goethe-Gesellschaft, Mitbegründer der Münchener Deutschen Akademie der Wissenschaften, Vors. des Gewandhaus-Direktoriums, Md. des Aufsichtsrats des Bibliographischen Instituts in Leipzig. K. besaß die wohl größte private Goethe-Sammlung; sie befindet sich heute in Düsseldorf, Brem. Biogr., S. 268f.

<sup>127</sup> Otto Bernhard, 1880–1952. Studium der Elektrotechnik und Chemie, ltd. Angestellter in in- und ausländ. Firmen der Elektroindustrie, seit 1913 Generaldirektor eines seiner Familie gehörenden Tabakunternehmens in den USA, 1921 Übernahme der Bremer Abteilung der Firma, Beteiligungen an anderen Bremer Tabakunternehmen, Mitbegründer der Focke-Wulf-Flugzeugbau-AG, 1926 Konsul von Siam. Bis 1927 Freimaurer, 1933–35 Md. des Rotary-Clubs. 1930 Eintritt in die NSDAP, MdBü, 16.1.–20.3.1931 Präs. der Bürgerschaft, seit Aug. 1932 Fraktionsführer der NSDAP, seit 2.5.1932 Ortsgruppenleiter, 1.7.1932–13.3.1933 Kreisleiter, 1933–1945 Wirtschaftssenator, 1941 Wehrwirtschaftsführer. 7.5.1945–31.3.1947 interniert, 1948 im Spruchkammerverfahren als „Mitläufer“ eingestuft, 1951 für die Sozialistische Reichspartei in die Bürgerschaft gewählt, konnte das Amt aber aus gesundheitlichen Gründen nicht antreten. Vgl. Brem. Biogr., S. 35ff.

[...] Um 12<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr Vollalarm; nach einer Stunde *Angriff auf Bremen*, Stadtmitte, Werften und Hafen getroffen. Ad[olf]-Hitler-Brücke, die gerade als Ersatz der zerstörten Eisenbahnbrücke eingerichtet war, völlig zerstört.<sup>128</sup> Nachmittags Senatorentee bei mir.

[...]

### *Samstag, 31. März 1945*

Von 8 bis 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Vollalarm, dann sofort nach Vorentwarnung neuer Vollalarm bis nach 11 Uhr. [...]

Über die noch befahrbare Kaiserbrücke rücken bei hellem Tage Truppen nach dem Westen, zu Fuß, da es offenbar an Lastwagen und Treibstoff fehlt. Arnold hat auch mächtige Panzerwagen gesehen, „so groß wie ein Haus“, sagte er. Aber nirgends ist mehr ein Glaube, daß dadurch das Schicksal gewendet werden könnte. Die meisten glauben auch wohl nicht, daß eine neue wirksame Waffe vorbereitet werde; ich halte das durchaus für möglich, ebenso, wie ich früher zu den Wenigen gehört habe, die noch an die Herstellung und Anwendung von V 1 und V 2 glaubten.<sup>129</sup> Wie aber schon die Anwendung von V 1 und V 2 zu spät war und in viel zu geringem Umfange erfolgte (*vor der Invasion und in großem Maße angewendet*, hätten V 1 und V 2 sehr wirksam werden und die Invasion verhindern können), so bin ich jetzt überzeugt, daß die neue Waffe, wenn sie überhaupt jetzt noch hergestellt werden kann, zu spät kommt und keine Wendung mehr herbeiführen kann. Das Verhängnis kommt über unser Volk; ich mache mir keinerlei Illusionen. Es kommt jetzt alles darauf an, daß unser Volk biologisch nicht ganz zugrunde geht, sondern zu einem Teil am Leben

<sup>128</sup> Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 176f.; außerdem Kap. 1, Anm. 115.

<sup>129</sup> Ferngelenkter, mit Strahlenantrieb ausgestatteter Flugkörper, sog. „fliegende Bombe“ (V1) bzw. Rakete (V2). Die V1 wurde erstmals am 13.6.1944, die V2 am 8.10.1944 gegen England eingesetzt. Dadurch, daß es der anglo-amerikanischen Luftwaffe gelungen war, die Abschuß-Basen der V1 zu entdecken und größtenteils zu zerstören, hatte sich der ursprünglich für Dez. 1943 vorgesehene Angriffstermin um ein halbes Jahr verschoben. In dieser Zeit konnten die Engländer geeignete Abwehrmaßnahmen entwickeln. Der Erfolg der V1 blieb daher hinter den Erwartungen zurück: Wegen der Zerstörung oder – nach der Invasion der Alliierten in Frankreich – des Verlusts der meisten Abschußanlagen konnten erheblich weniger „fliegende Bomben“ eingesetzt werden, als geplant war. Von 8000 V1, die innerhalb eines Zeitraums von 80 Tagen gegen England abgeschossen wurden, erreichten nur 29% das Zielgebiet, 46% fielen der britischen Abwehr zum Opfer und 25% gingen durch Versagen des Selbststeuergeräts verloren. Immerhin mußten zur Verteidigung gegen die V1 beachtliche Kräfte, vor allem starke Jagdfliegerverbände, den Invasionstruppen entzogen werden. – V2-Raketen konnten bis zum 5.4.1945 eingesetzt werden, zuletzt vor allem gegen Brüssel, Antwerpen und Lüttich; insgesamt wurden 2050 gegen diese Städte und 1115 gegen England abgeschossen. Vgl. Feuchter, Der Luftkrieg, S. 207, 233, 251; David Irving, Die Geheimwaffen des Dritten Reiches, Gütersloh 1965.

erhalten wird, und weiter, daß deutsches Wesen und deutscher Geist die Jahre und Jahrzehnte furchtbarster äußerer und innerer Not überstehen; denn unser Volk hat der Welt noch etwas zu sagen, vielleicht besonders nach und in diesem Leid und aus diesem Leid heraus.

[...]

### *Ostersonntag, 1. April 1945*

Osterfrühstück mit Arnold: auch Ostereier fehlten nicht. Die drei Aussprüche Goethes über die Deutschen im Vergleich mit den Juden, die Apelt mir gestern nachmittag vorlas, gehen mir noch nach. Alle aus 1807 und den folgenden Jahren.

1.) Frau [von] Reinhard: Das deutsche Volk und die deutsche Sprache würden nicht untergehen; die Deutschen seien zäh und ausdauernd wie die Juden. 2.) Kanzler von Müller: Die Deutschen würden vielleicht zerstreut wie die Juden und sich in der Zerstreuung behaupten. Ähnlich 3.) gegenüber Wilh[elm] von Humboldt: Die Deutschen als Einzelne oder Einzelne von ihnen wertvoll, wie die Juden; wirkend in der Zerstreuung (oder so ähnlich).<sup>130</sup>

[...] Abends und nachts völlige Luftruhe. Mit dem Osterfeste hängt das leider nicht zusammen. Die Feinde werden wohl anderswo Unheil ange richtet oder alle ihre Luftkräfte bei ihrem unaufhaltsamen Vordringen im Westen eingesetzt haben. Überdies böiges Wetter und fallendes Barometer.

<sup>130</sup> Die Äußerungen Goethes wurden folgendermaßen überliefert:

1. „Vorgestern ward auf meinem Zimmer über die Begebenheiten der Zeit geschwätzt, gefragt, ob wohl Deutschland und deutsche Sprache ganz verschwinden würden? Nein, das glaube ich nicht, sagte jemand, die Deutschen würden *wie die Juden* sich überall unterdrücken lassen, aber *unvertilgbar* sein, wie *diese*, und wenn sie kein Vaterland mehr haben, erst recht zusammenhalten. – Dieser Jemand war Goethe.“ (Christine v. Reinhard an ihre Mutter, 1.6.1807).

2. „Deutschland ist nichts, aber jeder einzelne Deutsche ist viel [...] Verpflanzt, zerstreut wie die Juden in alle Welt müßten die Deutschen werden, um die Masse des Guten ganz und zum Heile aller Nationen zu entwickeln, die in ihnen liegt“. (Gespräch mit dem Weimarischen Kanzler Friedrich Theodor Adam Heinrich v. Müller, 14.12.1808).

3. Nach unwilligen Bemerkungen über die mangelhafte Bereitschaft der jungen Dichtergeneration in Deutschland, sich an bestimmte Formen und Techniken zu halten, erklärte Goethe, „daß er sich nicht mehr um andere bekümmern, sondern nur seinen Gang gehen wolle, und treibt es so weit, daß er versichert, der beste Rat, der zu geben sei, sei die Deutschen, wie die Juden, in alle Welt zu zerstreuen, nur auswärts seien sie noch erträglich.“ (Wilhelm v. Humboldt an seine Frau, 19.11.1808).

Goethes Gespräche. Eine Sammlung zeitgenössischer Berichte aus seinem Umgang. Aufgrund der Ausgabe und des Nachlasses von Flodoard Freiherrn von Biedermann ergänzt und hrsg. von Wolfgang Herwig. Bd. 2: 1805–1817. Zürich, Stuttgart, 1969, S. 229, 383, 393.

Als kleine Osterfreude lieferten uns die Stadtwerke seit langer Zeit zum ersten Male wieder morgens und abends in unserer Wohnung Leitungswasser. Dagegen noch kein Gas und daher mühsames Kochen.

### *Ostermontag, 2. April 1945*

#### *Beginn der Sommerzeit.*

Wieder österliches Frühstück mit Eiern und von Arnold gestiftetem echten Tee. Durch den Bürgerpark gegangen; Wärme und Feuchtigkeit bringen alles zum Grünen und Blühen. Die Birken in ihrem hellen Laub. Osterblumen. Das ganze Unterholz in Blättern. Weiche Luft und Frühlingssturm.

[...] Abends Irmgard Sander,<sup>131</sup> die aus Göttingen heimgekehrt ist. Was sie von ihrer Reise erzählt, zeigt das Versagen der Verkehrseinrichtungen und der Ordnung auf der Eisenbahn. Keine Fahrkartenkontrolle, Überschreiten der Gleise, lange Fahrt mit Pendelverkehr bei Hannover, Liegenbleiben des Zuges aus Kohlenmangel (Lokomotive holt Kohlen von Nienburg); Dauer der Fahrt etwa 22 Stunden.

[...] Arnold drängt, daß Mutter und ich wegen der Gefahr, daß Bremen Kampfgebiet wird, und wegen der drohenden Hungersnot Bremen verlassen und nach Jade gehen sollten, solange noch eine Bahnverbindung bestehe. Ein solcher Entschluß, der bedeutet, Bremen auf lange Zeit, vielleicht auf Jahre, zu verlassen, ist schwer zu fassen, zumal da man dann nicht nur alles Äußere (Wohnung, Bücher und Sachen) aufgibt (das verliert man wohl ohnehin, wenn um und in Bremen gekämpft wird), sondern für meine Lebzeiten auch die nächste Verwandtschaft und Freundschaft.

[...]

### *Dienstag, 3. April 1945*

Besprechung mit R[ichard] Duckwitz. Auch er hat jetzt keine Hoffnung mehr. Er sieht in dem Aufruf Bormanns an die Partei einen Verzweiflungsschrei; so könne man sich nicht äußern, wenn man noch Hoffnung auf den Einsatz einer neuen Waffe habe.<sup>132</sup> Schlimmer der Aufruf des „Wer-

<sup>131</sup> Tochter von Georg Sander, vgl. Kap. 1, Anm. 113.

<sup>132</sup> Der Aufruf, der in der Bremer Zeitung Nr. 77 v. 3.4. abgedruckt wurde, lautete: „Nationalsozialisten! Parteigenossen! Nach dem Zusammenbruch von 1918 verschrieben wir uns mit Leib und Leben dem Kampfe um die Daseinsberechtigung unseres Volkes. Jetzt ist die höchste Stunde der Bewährung gekommen: Die Gefahr erneuter Versklavung, vor der unser Volk steht, erfordert unseren letzten höchsten Einsatz. Von jetzt ab gilt: Der Kampf gegen den ins Reich eingedrungenen Gegner ist überall mit aller Unnachgiebigkeit und Unerbittlichkeit zu führen. Gauleiter und Kreisleiter, sonstige politische Leiter und Gliederungsführer kämpfen in ihrem Gau und Kreis, siegen oder fallen. Ein Hundsfott, wer seinen vom Feind angegriffenen Gau ohne ausdrücklichen Befehl des Führers verläßt, wer nicht bis zum letzten Atemzuge kämpft; er wird als Fahnenflüchtiger geächtet und behandelt. Reißt hoch

wolfs“,<sup>133</sup> der Sabotage und Mord proklamiert und ein unsagbares Elend auf unsere Bevölkerung heraufbeschwört, überdies dem Feinde in dem besetzten Gebiete die Berechtigung gibt, unsere Jugend und unsere Frauen zu deportieren oder in Konzentrationslager zu bringen, schließlich auch uns das Letzte nimmt, Ehre und Ruf der Anständigkeit. Auch R[ichard] Duckwitz mißbilligt den Werwolf-Aufruf entschieden. Er ruft allgemeine Empörung hervor.

[...] Der Zugverkehr nach Oldenburg-Wilhelmshaven hat aufgehört, ob nur vorübergehend, steht dahin. Unbekannt, ob die Strecke zerstört oder die Kohlen ausgegangen sind. [...]

Nachmittags 3<sup>3/4</sup> Uhr Gewitter. Noch während des Gewitters Vollalarm bis etwa 5<sup>1/2</sup> Uhr. [...] Gegen 10<sup>1/2</sup> Uhr Vollalarm; er zog sich, nach ganz kurzer Kleinalarmpause, bis gegen 2 Uhr nachts hin.

*Mittwoch, 4. April 1945*

Um 8<sup>1/2</sup> Uhr Vollalarm; Entwarnung erst 1 Uhr; Kleinalarm nach drei Stunden. [...]

die Herzen und überwindet alle Schwächen! Jetzt gilt nur noch eine Parole: Siegen oder fallen! Es lebe Deutschland! Es lebe Adolf Hitler!“

<sup>133</sup> Von der SS ins Leben gerufene Partisanenorganisation unter Leitung von Obergruppenführer Hans Prützmann, die nach dem Einmarsch der Alliierten ins Reichsgebiet durch Sabotageaktionen und Attentate den Kampf fortsetzen sollte, militärisch aber kaum Bedeutung erlangte. In dem ebenfalls in der Bremer Zeitung Nr. 77 abgedruckten Rundfunkaufruf hieß es u.a.: „Das Hauptquartier dieser Bewegung wandte sich über den Sender mit einer Proklamation an das Deutsche Volk, die den fanatischen Willen deutscher Männer und Frauen, deutscher Jungen und Mädel in den besetzten Gebieten betont, hinter dem Rücken des Feindes den Kampf für Freiheit und Ehre unseres Volkes fortzusetzen und dem Feinde blutig heimzuzahlen, was er dem deutschen Volke angetan hat. [...] Jedes Mittel ist ihm recht, um dem Feinde Schaden zuzufügen. Er hat seine eigene Gerichtsbarkeit, die über Leben und Tod des Feindes wie der Verräter an unserem Volke entscheidet. ‚Unser Auftrag‘, so heißt es wörtlich weiter in der Proklamation, ‚stammt aus dem Freiheitswillen unseres Volkes und aus der unveräußerlichen Ehre der deutschen Nation, als deren Hüter wir uns berufen fühlen. Wenn der Feind glaubt, daß er mit uns leichtes Spiel haben werde und das deutsche Volk genau so wie das rumänische oder bulgarische oder finnische zu Sklavenherden zusammentreiben könne, um es in die sibirischen Tundren oder in die englischen oder französischen Bergwerke zu deportieren, so soll er wissen, daß ihm auch da, wo die Deutsche Wehrmacht nach hartem und schwerem Kampfe deutsche Gebiete hat preisgeben müssen, ein Gegner erwächst, mit dessen Vorhandensein er nicht mehr gerechnet hat, der ihm aber um so gefährlicher werden wird, je weniger er Rücksicht zu nehmen braucht auf veraltete Vorstellungen einer sogenannten bürgerlichen Kampfführung, die der Landesfeind nur da anwendet, wo sie ihm zum Vorteil gereicht, aber zynisch außer Geltung setzt, wo sie ihm Nachteil bringen könnte. Haß ist unser Gebet und Rache unser Feldgeschrei!“ – In dem Bericht über seine Amtstätigkeit (vgl. Kap. 1, Anm. 124) gab Richard Duckwitz an, er habe den Redakteuren der Bremer Zeitung nach der Veröffentlichung des Werwolf-Aufrufs mit Verhaftung drohen lassen für den Fall, daß sie diese Organisation noch einmal propagierten (S. 4f.).

Erstaunlich zu sehen, wie das städtische Leben in Wirtschaft, Verwaltung, häuslichem Dasein scheinbar unverändert weitergeht, und zu hören, wie sich die Menschen im Bunker oder Straßenbahnwagen unterhalten, zum Teil lachen, und wie die Kinder toben und fröhlich sind. Und zu wissen, daß das jeden Tag völlig ausgelöscht werden kann, sei es durch die Luftwaffe nach Dresdner Muster, sei es durch militärische Kämpfe um die Stadt und in der Stadt, sei es durch Besetzung und Aufhören der Lebensmittelversorgung. Immer wieder stößt man auch auf Menschen, die sich um Dinge sorgen oder mit Dingen beschäftigen, die durch die deutsche Niederlage sinnlos werden. So erörterte Dr. Eb[erhard] Noltenius<sup>134</sup> die Frage der Nachfolge Waldmanns<sup>135</sup> in der Kunsthalle und war erstaunt, als ich die Frage aufwarf, ob die Kunsthalle ihre weggebrachten Kunstschatze jemals wiedersehen würde.<sup>136</sup> Er war davon überzeugt! – Schließlich ist aber auch das Wenige, was ich noch im Rathause arbeite, schattenhaft und im Falle der Besetzung Bremens durch die Feinde gegenstandslos.

Wie entsetzlich das städtische Leben unter feindlicher Besetzung werden wird – ohne Lebensmittel, vor allem ohne Brot –, ist kaum vorzustellen, vollends, wenn deutsche Kommandos selbst die Versorgungsbetriebe und Fabriken, wie die Rolandmühle, zerstören sollten, ebenso die Brücken und Hafenanlagen. Möge Bremen davor bewahrt werden! [...]

<sup>134</sup> Dr. jur. Jules Eberhard Noltenius, 1908–1976, Rechtsanwalt, 1937 Syndikus der HK Bremen, 1952–1973 Erster Syndikus. Trotz der Mitgliedschaft bei der NSDAP u. SA erhob die Militärreg. 1945 gegen die Weiterbeschäftigung als Handelskammersyndikus keine Bedenken; sie berücksichtigte, daß N. durch seinen Beruf besonderem politischem Druck ausgesetzt gewesen war. 1941–1944 Senior der Domdiakonie, 1943–1945 Md. der ev. Kirchenregierung Bremens. 1959–1971 MdBü (CDU), 1955–1959 in einer Koalition von SPD, CDU u. FDP Zweiter Bgm. u. Senator für Häfen, Schifffahrt u. Verkehr, 1954–1968 Landesvors. der Bremer CDU.

<sup>135</sup> Dr. phil. Emil Waldmann, 1880–1945. Seit 1914 Direktor der Kunsthalle Bremen, 1930 Professor. Über seine Leistungen: Brem. Biogr., S. 545–547.

<sup>136</sup> Die wertvollsten Sammlungen der Kunsthalle Bremen wurden bei Ausbruch des Krieges zunächst im Keller des Gebäudes und im Safe der Landesbank in Sicherheit gebracht, 1943 aber wegen der zunehmenden Luftangriffe in das Schloß Neumühlen, in die Fürstengruft Bückeburg, in das Schloß Karnzow (Mark Brandenburg) und an verschiedene andere Orte ausgelagert. Der Großteil der Bestände, hauptsächlich die nach Neumühlen und Bückeburg ausgelagerten Gemälde und Plastiken, konnten bald nach Kriegsende zurückgeführt werden. Verschollen sind die in Karnzow und Goray (Kreis Scharnikau/Wartheland) untergebrachten Kunstwerke und einige andere. Auch von den als „entartete“ Kunst ausgesonderten Bildern ging eine Anzahl verloren. Unter den verschollenen Gemälden sind solche von Lovis Corinth, Albrecht Dürer, Paul Gauguin, Jacob van Ruisdael, Jacopo Tintoretto u. a. (Auskunft von Dr. Corinna Höper, Kunsthalle Bremen; Schwarzwälder, Bremen IV, S. 560).

In Bremen „Notverwaltung“ und „Restverwaltung“ vorgesehen. Sander und die vor 1883 geborenen Beamten gehören dazu;<sup>137</sup> also nicht Absicht, ein Chaos zu hinterlassen. Damit im Widerspruch die Zerstörungskommandos (Versorgungswerke, vor allem Elektrizitätswerk, Rolandmühle, Hafenanlagen, Brücken usw.).

[...]

Am Bremer Bahnhof Abtransport von Tausend[en] von Soldaten, aber auch von vorwiegend jungen Männern in Zivil (Volkssturm?). – Gott bewahre uns davor, daß Bremen Kampfgebiet wird und straßen- und häuserweise verteidigt wird! In der Stadt zahlreiche Gerüchte darüber, wie weit die Angelsachsen vom Westen her schon vorgestoßen seien. Besprechung mit Apelts.

[...]

*Donnerstag, 5. April 1945*

Nachts sind Sanders im Blockländer Deich alarmiert, daß der Deich geräumt werden müsse. Bootfahrt und Zelten vorbereitet. Dann Widerruf.

Mit Duckwitz und Jüdefeind gesprochen, desgl[eichen] mit Behrens. Duckwitz bleibt in Restverwaltung in Bremen, ebenso Jüdefeind. Adlatus und Dolmetscher Dr. Janssen.<sup>138</sup> Hin und Her der Verfügungen. Gaswerke ohne Befehl voreilig durch Hopf<sup>139</sup> unbrauchbar gemacht. Elektr[izitäts]-

<sup>137</sup> Pläne zur Bildung von „Not-“ und „Restverwaltungen“ wurden seit dem Zusammenbruch der deutschen Abwehr in Frankreich entwickelt. „Notverwaltungen“ mit erheblich verringertem, älterem oder nicht kriegsverwendungsfähigem Personal sollten im Operationsgebiet bis zur Besetzung vor allem die Versorgung der zurückgebliebenen Bevölkerung sicherstellen, anschließend sollten abermals verkleinerte „Restverwaltungen“ diese Aufgabe übernehmen. In Frage kamen nach den einschlägigen Bestimmungen Männer, die 1883 oder früher geboren, wehruntauglich, keine Offiziere, nicht zum „Volkssturm“ eingezogen und parteipolitisch nicht hervorgetreten waren. Für Bremen traf Wegener als Reichsverteidigungskommissar am 9. und 19.3. die notwendigen Anordnungen und erläuterte sie bei der Konferenz in Cloppenburg am 26.3. Die meisten für die Bremer „Not-“ und „Restverwaltung“ vorgesehenen Beamten wurden am nächsten Tag von R. Duckwitz verpflichtet, ohne seine ausdrückliche Weisung ihren Posten nicht zu verlassen. Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 144–146.

<sup>138</sup> Dr. jur. Hermann Janssen, 1897–1972. 1924 Rechtsanwalt in Bremen, 1925–1928 Referent des deutschen Staatsvertreters bei der Mixed Claims Commission, Washington, 1928 Eintritt in die Bremer Anwaltssozietät Dr. Eberhard Noltenius und Dr. Arnold Rutenberg, Spezialist für internationales Recht, Handels- und Bankrecht. 1940 Md. der NSDAP, in der Bremer Restverwaltung und nach Kriegsende als Dolmetscher für den Senat tätig.

<sup>139</sup> Dr. Friedrich Hopf, geb. 1900. 1933–1945 Direktor der Gas- und Wasserwerke, Rüstungsbeauftragter für den Gau Weser-Ems, in dieser Funktion für Lähmungs- und Zerstörungsmaßnahmen im lokalen zivilen Bereich zuständig. Hopf wurde wegen der überstürzten, den generellen Weisungen nicht entsprechenden Lahmlegung des Gaswerks von Duckwitz mit Zustimmung Wegeners fristlos seines

werk zur Zerstörung vorgesehen; angeblich nicht Wasserwerk und nicht Rolandmühle.

Beschlagnahme von Rädern. – Paula versucht vergebens, Brot und Fleisch zu bekommen; die Läden ausverkauft. Lange Schlangen.

[...]

Tags und abends mehrere kleine Alarme, kein Vollalarm.

*Freitag, 6. April 1945*

9½ Uhr Trauerfeier für Dr. Bücking (Fraedrich).<sup>140</sup> – Paula hat zwei Stunden gebraucht, um mit Schlangestehen unser Fleisch zu bekommen. Ich stand 1½ Stunden an der Sparkasse, um 1 000 Reichsmark abzuheben.

Sonderverteilung von Lebensmitteln angekündigt. Die Vorratsläger werden geräumt und in die Einzelhaushalte gegeben. Eine verständige Maßnahme.<sup>141</sup>

16jährige Jungens kommen aus dem Reichsarbeitsdienst an die „Front“. Hitlerjungens von 15 Jahren zu besonderen Zwecken zusammengefaßt.<sup>142</sup>

Schwierigkeit, die anfallenden Leichen zu bestatten, besonders, sie zu verbrennen. Mangel an Kohlen und Särgen. [...]

Unbegründete Gerüchte über R[ichard] Duckwitz, seine Amtsstellung, sogar sein Leben.<sup>143</sup> – Abends Ansprache des Kreisleiters [Schumann] über den Drahtfunk;<sup>144</sup> Frontlage; Bremen wird durch Militär und SS verteidigt

Amts enthoben und zur Wehrmacht eingezogen. In einem Prozeß wegen Sachbeschädigung wurde er 1948 freigesprochen. Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende II, S. 89f.

<sup>140</sup> Gustav Fraedrich, 1879–1966. 1918–1948 Pastor in Horn, lebte nach Eintritt in den Ruhestand in Stein bei Immenstadt, Vater von Maria Krüger, der ersten Frau Klaus Bückings.

<sup>141</sup> Da die Gefahr bestand, daß die außerhalb der Stadt gelagerten Lebensmittelvorräte bei den bevorstehenden Kämpfen um Bremen vernichtet oder unerreichbar würden, beschloß der Senat, diese Bestände an die Einzelhaushalte zu verteilen. Durch eine solche dezentralisierte „Bevorratung“ sollte das Risiko vermindert werden, bei Luftangriffen oder Artilleriebeschuß große Lebensmittelmengen zu verlieren. Vom 7. bis 21.4. fanden acht Verteilungsaktionen statt, vgl. Kap. 1, Anm. 147. Dazu: Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende II, S. 114–116; Peters, Bremen 1933–1945, S. 277ff.

<sup>142</sup> In ihrem Erlaß vom 17.10.1944 über die Organisation des „Volkssturms“ hatte die Bremer Kreisleitung der NSDAP u.a. die Erfassung der Sechzehn- bis Neunzehnjährigen der Hitlerjugend angeordnet. Tatsächlich wurden bei dem starken Personalmangel vor allem in den letzten Monaten des Krieges auch Jüngere bei der Flak, im „Volkssturm“ und an verschiedenen anderen Stellen eingesetzt.

<sup>143</sup> Die Bemerkung bezieht sich wahrscheinlich auf Duckwitz' Bereitschaft, die Verteidigung Bremens zu vermeiden, die ihm die Feindschaft fanatischer Nationalsozialisten eintrug.

<sup>144</sup> Der Drahtfunk war in Bremen im Okt. 1943 eingerichtet worden. Die Sendungen wurden durch Leitungen in die Bunker übertragen oder konnten mit Hilfe des Radios über das Telefonnetz abgehört werden. Da die Wellen des Rundfunksenders



werden. Anscheinend bleibt es dabei, daß Bremen keine Festung wird, aber „Stützpunkt“ (Entscheidung des Feldmarschalls Busch).<sup>145</sup> Für Stadt und Bevölkerung gleich schlimm.

[...]

### *Samstag, 7. April 1945*

Gegen 11½ Uhr Vollalarm; etwa 12 Uhr Werkalarm; 2 Uhr Vorentwarnung; gleich darauf neuer Vollalarm bis nach 4 Uhr. Lange Schlangen bei allen Behörden (Paula beim Quartieramt und Wirtschaftsamt) und vor allen Läden. Brot nur in kleinen Mengen oder gar nicht zu haben. Sorge, daß die Verteilung der Vorräte an die Bevölkerung nicht mehr durchgeführt werden kann. Beginnende Unordnung und Durchbrechung der Marken- und Bezugsschein-Vorschriften. Ausverkauf des Weinlagers von Reide- meister & Ulrichs zu je zehn Flaschen. Verteilung der Schnapsvorräte des Senats usw. – Die feindlichen Panzer sollen bei Bassum stehen.

[...]

### *Sonntag, 8. April 1945*

Paula schon früh unterwegs, um einzukaufen; kein Brot bekommen. Angeblich viele Leute im Bunker, obgleich kein Fliegeralarm. Man hört aber keinen Kanonendonner, überhaupt kein Schießen. Wenn bei Bassum oder noch näher bei Bremen gekämpft wird, dann nur mit Panzern und leichten Waffen. Später vereinzelt fernes Schießen.

Alle Leute unterwegs, um die Lebensmittel zu erhalten. [...]

Mehrere kleine Alarme, aber keine Störung der Laufereien und des Schlangestehens durch Vollalarm. Erst abends gegen 7 Uhr kurzer Vollalarm, dann von 9 bis gegen 12 Uhr. – Der Kreisleiter sagt [über Drahtfunk], die Feinde stünden bei Thedinghausen und Syke und beschossen Verden und Achim mit Artillerie.<sup>146</sup>

feindlichen Flugzeugen Orientierungshilfe geben konnten, wurde er vor Angriffen abgeschaltet und der Lagebericht mittels des Drahtfunks verbreitet. Seit dem 6.4. gab der Kreisleiter allabendlich Informationen über die militärische Lage im Bremer Raum. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende I, S. 96 und II, S. 117; Bremer Zeitung Nr. 80 v. 6.4.1945.

<sup>145</sup> Am 4.4. hatte das OKW die Hauptkampflinie endgültig festgelegt: von der Ems entlang des Küstenkanals und der Hunte über Oldenburg bis zur Weser und westerwärts bis Nienburg, so daß sie durch Bremen verlief. Am selben Tag waren die Reichsverteidigungskommissare und Gauleiter von Hamburg, Weser-Ems, Schleswig-Holstein und Ost-Hannover durch Generalfeldmarschall Busch in seinem Hauptquartier in Hamburg-Reinbek darüber informiert worden. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende II, S. 90.

<sup>146</sup> Die Kämpfe im Bremer Raum und die Bewegungen der britischen Truppen werden ausführlich bei Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende II, S. 127ff., dargestellt.

*Montag, 9. April 1945*

Mittags Alarm. Weiteres Herumlaufen und Schlangestehen von Paula, teils auch von Mutter. Etwas Brot auf diese Weise erhalten. Durch Arnolds Mühlenvermittlung weiteres Brot. Vormittags Luftruhe. Nur vereinzelt Schießen in der Ferne. In Bremen selbst Truppenbewegungen von kleineren Einheiten. Verwundete, die nach dem Joseph-Stift gebracht werden.

Nur kurze Zeit im Rathause. Sander hat sinnvolle Tätigkeit im Bestattungswesen, das jetzt ohne Särge und fast ohne Fuhrwerk vor sich gehen muß. Sanders praktische Begabung und sein Geschick, mit Menschen umzugehen, kommen dabei zum Zuge. Meine Arbeit sinnlos, wenn mir Beschwerden vorliegen, wie die eines Mannes, der die Erlaubnis zum Waffenhandel haben will.

[...] Für die Bevölkerung eine große Erleichterung, daß bis zum Nachmittag Luftruhe. Erst 4½ Uhr nachmittags 1½ Stunden Vollalarm, dann abends von 9¼ bis gegen 11 Uhr. [...] Dies ständige „Hannibal ante portas“ eine merkwürdig gespannte Lage. Der Feind hat Verden und Achim offenbar nicht vom rechten, sondern vom linken Weserufer aus beschossen. Am linken Weserufer, bei Kirchweyhe, Wildeshausen, Delmenhorst, Brinkum usw. steht der Feind dicht vor Bremen; am rechten Weserufer erst bei Stolzenau in einem Brückenkopf. Zeitweise Schießen und Fliegerbrummen, aber noch kein Beschuß durch schwere Artillerie.

*Dienstag, 10. April 1945*

[...]

Morgens gegen 8 Uhr ist die Weserbrücke beschossen, wohl nur mit kleinen Granaten. Ob aus der Luft oder aus der feindlichen Landstellung, ungewiß; einige Tote und Verwundete. Daher Aufregung in der Bevölkerung. Es blieb dann aber ruhig. In den Vormittagsstunden, in denen ich im Rathause war, fiel kein Schuß.

[...] Bezeichnend gestern die Schlangen und Kämpfe bei Reidemeister & Ulrichs, die jedem zehn Flaschen Wein verkauften; die Leute mußten dafür fünf bis sechs Stunden anstehen und taten es auch. So erkämpft und ersteht sich die Bevölkerung in diesen Tagen Brot, Fleisch, Fett, Nahrungsmittel, Zucker, Marmelade, Käse, Eier, echten Kaffee, Kartoffeln, Roggen, Fleischkonserven, Fischkonserven, Kartoffelflocken, Gemüsekonserven, ferner Rasierseife und Schwimmseife, schließlich Spinnstoffe und Schuhe.<sup>147</sup> [...]

<sup>147</sup> Am 6.4. teilte der Reg. Bgm. den Beginn der Lebensmittel-„Bevorratung“ mit „für den Fall, daß die normale Versorgung vorübergehend nicht möglich sei“. Wiederholt wurde betont, daß es sich nicht um Sonderzuteilungen handelte und die entsprechenden Abschnitte der Bezugsscheine eingetauscht werden mußten. Die erhältlichen Waren wurden zweimal täglich im Anschluß an die Nachrichten im Draht-

Mittags 1 1/2 Uhr, als wir gerade mit Mittagessen beginnen, dreistündiger Vollalarm. In der letzten Stunde, als wir schon aus dem Bunker wegen der anscheinend harmlosen Meldungen nach Hause zurückgekehrt waren, wiederholter Bombenabwurf über oder bei Bremen und Flakschießen. Während des Vollalarms Paula in der Küche tätig, sofort nach Vorentwarnung radelt sie wieder los, um einzukaufen und die etwa 40 Pfund Fleisch mit Eva und Frau Bücking einzuwecken. Auch Mutter unterwegs nach Saatkartoffeln. [...]

Gegen Abend vereinzeltes Artilleriefeuer, anscheinend wieder auf die Weserbrücken gerichtet; wieder Tote und Verwundete.

Verbot der Bestattung in Särgen und der Verbrennung. Räderbeschlagnahmen auf den Straßen, wo die Radler, von der Arbeit kommend, an Kreuzungsstellen abgefangen werden; die Radler warnen sich gegenseitig und suchen zu entkommen. Direktor Schaal,<sup>148</sup> der seinen Sohn im Felde verloren hat, schildert mit innerer Bewegung die Einziehung seiner Schüler zum Militär, Jahrgang 1929!

Der Kreisleiter gibt abends über die Lage an: Bei Brinkum sehe man Brände; der Vorstoß der Feinde von Kirchweyhe auf Dreye sei abgewiesen; dagegen hätten die Engländer bei Hoya die Weser überschritten. [...]

### *Mittwoch, 11. April 1945*

Merkwürdig, wie in der Stadt der normale Geschäfts- und Einkaufsbetrieb scheinbar unverändert weitergeht, obgleich heute vormittag anhaltender feindlicher Artilleriebeschuß war; im Rathause sehr deutlich hörbar. Nur der Verkehr über die Weserbrücken beeinträchtigt; die Fahrer der Bestattungsinstitute wollten die Leichen nicht mehr über die Brücken fahren.

Ein Herr, der auf dem Lande wohnt und an Sanders Sitzung über das Bestattungswesen teilnahm, erzählte, gestern sei eine Schweinemastanstalt aufgelöst. Er habe sich ein Schwein von 300 Pfund gekauft und geschlachtet. Auch dies ein Zeichen der Auflösung aller Ordnung im Versorgungswesen, wie schon in den letzten Tagen Spinnstoffe, Grief und andere Waren marken- und bezugsscheinlos ab Lager abgegeben sind.

[...] Durch den Bürgerpark mittags nach Hause gegangen. Alles grün, nicht nur das Unterholz, sondern auch Buchen, Birken, Weiden. Die Natur ist erstaunlich weit vorgeschritten. In den Gärten blühen neben Apriko-

funk bekanntgegeben. Die Geschäfte blieben auch am Sonntag, dem 8.4., geöffnet. Je Karte gab es an diesem Tag 50 g Kaffee, 50 g Tabak und 40 bzw. 60 Zigaretten zusätzlich, vom 10.4. an 500 g Fleisch, 1 kg Reis, 10 kg Roggen, 125 g Nahrungsmittel, 1 Stück Seife, Spinnstoffe und Schuhe für 25 bzw. 20 Punkte, d.h. es mußten mehrere Karten zusammengefaßt werden, um diese Artikel zu erhalten. Am 11.4. wurden ferner 1 1/2 kg Fett, 150 g Käse, 125 g Marmelade oder Kunsthonig und abermals 40 bzw. 60 Zigaretten je Karte verteilt. Bremer Zeitung Nr. 80–84 v. 6.–11.4.1945.

<sup>148</sup> Dr. phil. Hans Schaal, 1888–1963, 1926–1946 Direktor des Alten Gymnasiums, 1947–1953 Studienrat an dieser Schule.

sen und Kirschen Magnolien und Rhododendron, in unserem Vorgarten die Steingartengewächse. Nachmittags nur geringes Artilleriefeuer. Unter dem Kanonendonner spielen die Kinder in der Wärme auf der Straße. [...]

Nach dem Abendessen schießt ein Tiefflieger in der Nähe unseres Hauses; Alarm kann in solchen Fällen nicht mehr gegeben werden, da der Flieger wohl von der Front vor der Stadt aufliegt. Später dasselbe nochmals. Außerdem vielfach Aufklärer über Bremen. Abends 11 bis 12 Uhr Vollalarm.

### *Donnerstag, 12. April 1945*

Etwas Rathausarbeit.

[...] Dann bei Knittermeyer, der jetzt ganz in der Staatsbibliothek wohnt, ißt und schläft (Befreiung der angestellten weiblichen Kräfte vom Nachtdienst). Wertvolle Aussprache mit *Knittermeyer*, völlige Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und in der Haltung gegenüber dem Schicksal unseres Volkes und dem eigenen Schicksal. Unter anderem sagte Knittermeyer dem Sinne nach: Er habe nie die optimistische Geschichtsauffassung gehabt, daß sich alles immer mehr zum Guten und Harmonischen entwickeln werde; die Geschichte sei immer voll von furchtbaren Härten, Leiden und Grausamkeiten gewesen; in Unteritalien seien eines Tages alle Pythagoraeer ermordet worden. Böses und Gutes sei in der Geschichte verflochten. So sei es auch im Leben der Völker und im Leben der Einzelnen. Niemand habe Anspruch darauf, daß er vom Unrecht, vom Bösen und von schweren Schicksalsschlägen verschont bleibe. Menschliche Aufgabe sei es, dies Leben, so, wie es sei – mit seinem Heil und seinem Unheil –, zu tragen und zu bestehen. Was in der uns bevorstehenden Zukunft leichter sein werde – der Tod oder das Leben –, stehe dahin. Er sehe dem Kommenden mit Ruhe entgegen. Ich betonte, daß ich diese Einstellung teile; sie sei etwas anderes als Schicksalsglaube. Ich hätte auch die Hoffnung, daß aus diesem Leid der Welt und vor allem unseres Volkes ein Dichter und Seher erstehen werde, der der Menschheit neue und tiefe Wahrheiten zu sagen vermöchte und sagen werde und daß so bei der aufgepflügten Empfänglichkeit eine geistige und religiöse Erneuerung der Menschheit oder unserem Volke beschieden sein werde. Das sei nicht ein aus der Verzweiflung geborener letzter Trost, an den ich mich klammere, sondern eine aus religiösen und geistigen Tiefen erwachsene Überzeugung. [...]

Beim Mittagessen der erste Rhabarber aus unserem Garten. Erstaunlich ruhiger Tag; kein Fliegeralarm; nur einige Aufklärer; vereinzelter Kanonendonner. Offenbar zielt der Hauptstoß der Feindtruppen zur Zeit nicht auf Bremen, sondern am rechten Weserufer und an der Aller nach Osten, auf Braunschweig, Magdeburg und [die] Elbe, die bei Schönebeck erreicht ist. Am linken Weserufer ist der Feind bei Kirchweyhe nicht vorwärts gekommen; bei Dreye stehen das bremische Polizeibataillon und SS. Wildes-

hausen und Harpstedt in feindlicher Hand, aber anscheinend dort keine schnellen Fortschritte.

So hat unsere Bevölkerung Zeit und Ruhe gehabt, ihre Einkäufe zu besorgen und ihre Geldverhältnisse zu ordnen (den Beamten ist das Gehalt für drei Monate bis Ende Juni ausbezahlt). Das anhaltende Sonnenwetter erleichtert das lange Anstehen an den Läden und Ämtern. Dazu für die Empfänglichen der wunderbare Frühling, der in überwältigender Schönheit hervorbricht. Bummel durch die Kleingärten, die in voller Obstblüte stehen.

[...] Der Wehrmachtbericht enthält Erschütterndes; der Kommandant von *Königsberg*, General *Lasch*, der jetzt die Festung übergeben hat (nach langer, tapferer Verteidigung), ist in Abwesenheit zum Tode durch [den] Strang verurteilt; *seine Familie soll hinfällig gemacht werden*.<sup>149</sup> Entsprechende allgemeine Verordnung Keitels, Himmlers und Bormanns: alle Städte zu verteidigen; Kampfkommandant verantwortlich; gegebenenfalls Todesstrafe. Und das ohne Hitlers Unterschrift!<sup>150</sup>

Der Kreisleiter erklärte in seiner Abendansprache im Drahtfunk, die drei Versorgungswerke sollten alle zugunsten der Bevölkerung erhalten bleiben; das beschädigte Gaswerk werde wiederhergestellt. Dies beruhigend, gibt aber keine Sicherheit; einmal können die Werke bei einer Verteidigung Bremens durch Feindeinwirkung vernichtet werden; sodann weiß man nicht, ob nicht irgendeine fanatische Gruppe doch die Sprengung vornimmt oder ein „Königsberger“ Befehl dazu zwingt.<sup>151</sup>

[...]

<sup>149</sup> Vgl. Murawski, Wehrmachtbericht, S. 563f. – Otto Lasch, 1893–1971, seit Nov. 1944 Befehlshaber im Wehrkreis I (Königsberg), hatte am 10.4.1945 im Einverständnis mit seinem Divisionskommandeur kapituliert, nachdem russischen Truppen am 7./8.4. der Einbruch in die brennende Stadt gelungen und die Munition erschöpft war. Unter dem Eindruck einer dramatischen Vorstellung des Gauleiters Erich Koch, der von seinem eigenen Versagen ablenken mußte, veranlaßte Hitler persönlich das rigorose Vorgehen gegen Lasch und seine Familie. Die Frau und die Tochter des Generals wurden verhaftet, er selbst kehrte 1955 aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück. Otto Lasch, So fiel Königsberg. München 1958, S. 117ff. Wilfred von Oven, Finale Furioso. Mit Goebbels bis zum Ende. Tübingen 1974, S. 635–637; Jürgen Thorwald, Es begann an der Weichsel. Stuttgart 1950, S. 185ff. Murawski, Einleitung zu den Wehrmachtberichten, S. 64f.

<sup>150</sup> Die gemeinsame Bekanntmachung des Chefs des OKW, des Reichsführers SS und des Leiters der Parteikanzlei vom 12.4.1945 wurde ebenso wie ein in die gleiche Richtung zielender, gesonderter Erlaß Himmlers vom selben Tag am 13.4. in der Bremer Zeitung Nr. 86 veröffentlicht.

<sup>151</sup> Gemeint ist die Forderung nach bedingungsloser Verteidigung der Städte ohne Rücksicht auf die Leiden der Zivilbevölkerung, wie sie in den Bekanntmachungen aus Anlaß der Aufgabe der „Festung“ Königsberg enthalten ist.

*Freitag, 13. April 1945*

Vormittags: Rathaus; Knittermeyer; Bürgerpark. – Bei Knittermeyer „Königsberg“ besprochen. Ebenso im Senatorentee nachmittags bei Nebelthau. Wie ist die Wirkung dieses Todesurteils und der Verordnung in der Generalität, Wehrmacht und Bevölkerung?<sup>152</sup> Wird man nicht auf Verzweiflung schließen, da man sich sagen wird, daß die leitenden Männer solche Maßnahmen für nötig halten, um ihre Befehle durchzusetzen? Und wie werden Generalität, Wehrmacht und Volk die Haftbarmachung der Familie vom Ethischen aus beurteilen?

[...]

Der Rundfunk bringt die Nachricht, daß *Roosevelt gestern einem Gehirnschlag erlegen sei*; Vizepräsident Truman sein Nachfolger. Die Lage Deutschlands und des deutschen Volkes wird dadurch in keiner Weise gebessert.

Leutnant Jansen für einige Stunden in Bremen; von Kurland oder Ostpreußen (Frischem Haff) mit 75 Mann an die „Westfront“ abkommandiert; er soll in Donauwörth antreten. Kommt er noch dahin, nachdem die Amerikaner bis Wittenberge und Magdeburg an die Elbe vorgedrungen sind und in Thüringen bei Jena stehen? In der Nähe Bremens (bei Kirchweyhe, Wildeshausen, Harpstedt, Cloppenburg usw. und bei Verden und an der Aller) hat der Feind keine Fortschritte gemacht. Tags nur vereinzelt Kanonendonner, nachts mehr. Abends 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> [Uhr] bis Mitternacht Vollalarm.

*Samstag, 14. April 1945*

[...]

*Sonntag, 15. April 1945*

[...] Mittags und nachmittags Knittermeyer. [...] Aussprache über Universitäten, ihre Überalterung und Reformbedürftigkeit; unter Bolschewisten und Angelsachsen in Deutschland wohl weiteres Absterben und vielleicht Verwandlung in Fachschulen. Geistige Erneuerung auf ganz anderen Wegen, private Vereinigungen oder Gesellschaften oder dergleichen. – Die Kriege früherer Jahrhunderte, Kabinettskriege und Humanisierung; äußerste Pole des politischen Lebens und der Kriegführung einerseits der absolute Monarch des 18. Jahrh[underts], andererseits das absolute Volk des 20. Jahrh[underts]. [...]

Den ganzen Tag anhaltendes, zum Teil starkes Geschützfeuer, offenbar aus der Gegend Wildeshausen, Brinkum, Delmenhorst; von Zeit zu Zeit hörte man auch Maschinengewehrfeuer. [...]

<sup>152</sup> Einige Beispiele für die von Spitta vermuteten negativen Reaktionen im höheren Offizierskorps bringt Murawski, Wehrmachtbericht, S. 65.

*Montag, 16. April 1945*

[...] Heute sollen alle Arbeiter, Angestellten usw., die in der letzten Woche wegen der Besorgung der Vorräte und/oder wegen der Sorge unmittelbar bevorstehender Feindbesetzung Bremens von der Arbeit fortgeblieben sind, wieder zu voller Arbeit antreten; „wer fehlt, kommt vor das Standgericht“, hat der Kreisleiter verkündet.<sup>153</sup>

Die allgemeine Stimmung in Bremen scheint zu sein: Wenn nur die Entscheidung bald fiele und alles vorbei wäre! Trotz der offiziellen Propaganda ist wenig Verständnis und Zustimmung dafür, Bremen mit allen Mitteln bis zum Äußersten zu verteidigen.<sup>154</sup>

Manche Menschen in Bremen machen sich noch nicht klar, was die nächsten Wochen und Monate und vollends die kommenden Wintermonate unserer Bevölkerung an grausigem Elend bringen werden oder wenigstens bringen können. Gewiß soll man sich nicht im Ausmalen schrecklicher Bilder gefallen, aber man sollte auch nicht den Kopf in den Sand stecken, damit man nach Möglichkeit, sei es stadtseitig, sei es als einzelner, Vorkehrungen gegen die drohenden Gefahren treffen kann, wenn das auch wohl nur in äußerst geringem Maße möglich sein wird.

Angesichts der Dämonisierung des Krieges, der allseitigen Steigerung des Hasses und der schrankenlosen Fanatisierung gewisser deutscher Gruppen steht mir vor Augen:

1. Die Versorgungswerke (Wasser, Gas, Elektriz[ität]) können zerstört werden, sei es im Kampfe durch die Feinde (Luftbombardierung, Artilleriebeschuß), sei es durch deutsche Sprengkommandos, die entgegen den Anweisungen doch Zerstörungen vornehmen. Was es für die Bevölkerung bedeutet, wenn sie ohne Leitungswasser, ohne Gas und ohne elektr[ischen] Strom ist, haben wir bei den vorübergehenden Störungen durch Luftangriffe und durch Kohlenmangel erfahren.

2. Unsere Wohnungen und Vorräte können uns verloren gehen, sei es durch feindliche Luft- und Landbeschießung, sei es durch feindliche Einquartierung, die uns zur Räumung zwingt, sei es durch ausländische Arbeiter, die von der feindlichen Besatzung in unsere Wohnungen eingewiesen werden oder selbsttätig, ohne von der feindlichen Garnison gehindert zu werden, sich unserer Wohnungen und Vorräte bemächtigen. Was aus den so obdachlos und vorratslos gewordenen Menschen werden soll, ist nicht auszudenken.

3. Nimmt man hinzu, daß es schon an sich – auch bei Erhaltung der Versorgungswerke, der Wohnungen und der Vorräte unserer Bevölkerung und ohne feindliche Behinderung und ohne Versorgungsansprüche der feindlichen Besatzung – schwer sein würde, bei der Zerstörung der deut-

<sup>153</sup> Bremer Zeitung Nr. 87 v. 14./15.4.1945: „Wieder an die Arbeit!“

<sup>154</sup> Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende II, S. 51–66. Über die Stimmung in anderen Teilen des Reichs: Steinert, Hitlers Krieg, S. 564–580.

schen Wirtschaft und des deutschen Verkehrswesens (der Eisenbahnen vor allem!) für eine große Stadt wie Bremen mit ihren 400 000 Einwohnern eine auch nur notdürftige Zufuhr an Lebensmitteln und Heizstoffen einzurichten, daß aber die feindliche Garnison jedenfalls versuchen wird, sich nach Möglichkeit aus dem besetzten Gebiete zu verpflegen und mit Heizstoff zu versehen, auch die Ärzte, Schwestern und Krankenhäuser in erster Linie in Anspruch nehmen wird, so sieht man nicht, wie dem Hunger, der Kälte und den Krankheiten von Hunderttausenden begegnet werden kann.

4. Die Wirtschafts-, Geld- und Zahlungsverhältnisse werden für lange Zeit gestört, vielleicht zerstört sein. Das deutsche Geld wird abgewertet werden; es wird auch kaum etwas dafür zu kaufen sein. Die Sparkassen und Banken sind mit Reichsanleihen übersättigt und daher zahlungsunfähig. Die sozialen Versicherungseinrichtungen werden versagen. Für die Beamten und Ruhelohnempfänger wird es keine Zahlungen der öffentlichen Kassen mehr geben. Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit werden allgemein herrschen. Tauschverkehr für die wenigen, die noch etwas zu tauschen besitzen.

Vielleicht gelingt es, in diesem oder jenem Punkte das drohende Unheil abzuwenden; dann aber nur, wenn wir es erkennen und uns rechtzeitig darauf einrichten können. Das meiste freilich liegt nicht in unserer Hand, sondern muß von uns als Schickung hingenommen und getragen werden.

Mir ist in letzter Zeit niemand mehr begegnet, der noch an eine für Deutschland günstige militärische Wendung des Krieges glaubte. Vereinzelt hört man den Gedanken äußern, ob nicht die Spannungen zwischen den Russen und den Angelsachsen zunehmen und zu einem Bruch führen könnten, der Deutschlands Hilfe, solange es noch nicht die Waffen niedergelegt habe, für die eine oder andere Seite begehrenswert machen und so uns retten könne; auch Klaus [Bücking] warf diese Frage auf. Daß es später einmal zwischen den gegenwärtigen Siegern zu einem neuen Kriege kommen wird, ist wahrscheinlich. Jetzt aber, im Augenblick des vollständigen Sieges über Deutschland, werden sich unsere Feinde nicht in diesen dritten Weltkrieg stürzen; dazu werden ihnen der Mut und die Kräfte fehlen. Und wenn dieser Wahnsinn, entgegen dem Willen aller Völker, jetzt doch schon Wirklichkeit werden sollte, wird das zusammenbrechende, militärisch und wirtschaftlich machtlos gewordene, an kampffähigen und kampfbereiten Menschen erschöpfte Deutschland nur noch das Objekt und Schlachtfeld dieses neuen Krieges, nicht aber ein Subjekt mit politischer Handlungsfreiheit und Handlungskraft sein. Ich habe länger noch als die meisten anderen gehofft, daß wir uns wenigstens behaupten könnten; seit dem Durchbruch an der Weichselfront und der großen Russenoffensive im Januar dieses Jahres ist mein Glaube, der schon durch den Verlauf des französischen Invasionsfeldzuges 1944 tief erschüttert war, geschwunden.

Auch bei dieser hoffnungslosen Lage Deutschlands habe ich Verständnis dafür, daß der Führer und seine Partei- und Kampfgenossen nicht bedin-



gungslos kapitulieren und sich dem Haß und der Rache der Feinde ausliefern, sondern bis zuletzt kämpfen und so heroisch untergehen wollen. Ich würde auch Verständnis dafür haben, wenn sich der Führer mit seinen Gefolgsleuten und der SS, vielleicht auch mit anderen Freiwilligen, in eine feste Stellung, etwa in die bayerischen Berge zurückziehen und dort „wie die Nibelungen“ bis zum letzten Mann fechten, notfalls sich mit dem Rest seiner Getreuen in der Luft sprengen würde. Jetzt aber wird durch die Verteidigung jeder Stadt und jedes Dorfes und durch den Einsatz des Volksturms und der Hitler-Jugend alles, was von deutschen Städten und Wohnstätten noch vorhanden ist, der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt und ein Blutopfer sondergleichen – bis zu den Frauen und Kindern – gebracht, das das Fortbestehen und die künftige Wiederaufrichtung unseres Volkes aufs Furchtbarste gefährdet.

Nachmittags Karl Carstens<sup>155</sup> bei uns; er kam für einen Tag aus dem Allgäu und fährt heute abend dorthin wieder ab; ob er noch dorthin gelangen kann, ist zweifelhaft. Er erzählt von der Verteidigung Bremens; General Becker<sup>156</sup> hat sich heute gegenüber seinen Kommandeuren sehr scharf dafür eingesetzt. Frage, ob Munition genug vorhanden sein wird, wenn das Feuer (zum größten Teil Flakfeuer) so fortgesetzt wird wie in den letzten Tagen.

*Klaus Bücking für wehrwürdig<sup>157</sup> erklärt*, „wenn er vom Militär eingezogen wird“ (Staatsanwalt Seidel).<sup>158</sup>

[...]

Tag und Nacht Luftruhe. Wie Karl Carstens erzählt, haben Gefangene ausgesagt, die Amerikaner hätten den größten Teil ihrer viermotorigen Bomber in den Pazifik gebracht, um Japan niederzuzwingen; ob das wahr ist, ist wohl zweifelhaft. Am Tage auch kaum Geschützfeuer, nachts etwas mehr. Dötlingen von den Engländern genommen.

<sup>155</sup> Dr. jur. Karl Carstens, 1914–1992. 1939–1945 Wehrdienst, 1945–1949 Rechtsanwalt in Bremen, 1952 Privatdozent, 1958 apl., 1960 ordentl. Professor für Staats- und Völkerrecht an der Univ. Köln; 1949–1954 Bevollmächtigter Bremens beim Bund, 1954–1955 ständiger Vertreter der Bundesrepublik beim Europarat, 1955–1960 Ministerialdirigent bzw. -direktor und 1960–1966 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, anschließend bis 1969 im Verteidigungsministerium und Bundeskanzleramt, 1972–1979 MdB, 1973–1976 Fraktionsvors. der CDU/CSU, 1976–1979 Bundestagspräs., 1979–1984 Bundespräs.

<sup>156</sup> Generalleutnant Fritz Becker, 1892–1967. Nach Einsätzen als Divisionskommandeur im Osten seit dem 5.4.1945 Kampfkommandant im Verteidigungsbereich Bremen. Vgl. auch die ausführlicheren biographischen Angaben und die Beurteilung bei Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende II, S. 92–100 und III, S. 69.

<sup>157</sup> Politische Gegner des Regimes, von Juden abstammende oder mit Juden verheiratete Menschen wurden für „wehrunwürdig“ erklärt. Die Wehrwürdigkeit zugesprochen zu bekommen, bedeutete daher politische Rehabilitation.

<sup>158</sup> Dr. Waldemar Seidel, 1900–1955. Seit 1927 Staatsanwalt in Bremen, 1940 als Erster Staatsanwalt Ankläger beim Sondergericht Bremen, nach dem Krieg in Landau tätig.

*Dienstag, 17. April 1945*

Zur *großen Russenoffensive* an der Oder *Erlaß des Führers*: „Wenn in diesen kommenden Tagen und Wochen jeder Soldat an der Ostfront seine Pflicht erfüllt, wird der letzte Ansturm Asiens zerbrechen, genauso, wie am Ende auch der Einbruch unserer Gegner im Westen trotz allem scheitern wird.“<sup>159</sup>

Verteilung von Wein usw. im Rathause. – Der Kreisleiter sagte über den Drahtfunk zum „Tagesbefehl“ des Führers: „Der Führer würde es niemals zulassen und dulden, daß dieser Krieg weitergeführt würde, wenn er nicht die Gewißheit des von uns erstrebten und heiß erhofften Sieges hätte. Niemals würde er diese Opfer von unserem Volke fordern, wenn sie nicht vor der Weltgeschichte verantwortet werden könnten.“ Die Gefangenenaussagen brächten klar zum Ausdruck, daß die Feinde trotz ihres Vormarsches und der damit verbundenen politischen Gewaltaktionen in ihrem eigenen Lager selbst am Ende seien. Usw.<sup>160</sup> Die ungeheure Mehrheit unseres Volkes wird beides, den Tagesbefehl des Führers und solche Erläuterungen dazu, mit Kopfschütteln lesen und keinerlei Zugang dazu haben. Vollends später wird man derartiges nicht begreifen.

[...]

Nachdem es fast ganz ruhig gewesen war, setzte mit dem Donner des Gewitters auch Geschützfeuer von der „bremischen Front“ wieder ein. Es scheint, daß die Feinde in der Gegend Wildeshausen nur sehr langsam vorwärts kommen und daß sie bei Verden nicht auf Bremen, sondern östlich in die Lüneburger Heide vorstoßen. Im allgemeinen ist es wohl ein Wettlauf der Angelsachsen und der Russen; die Angelsachsen wollen die ihnen politisch zugesagten Gebiete auch tatsächlich militärisch in die Hand bekommen, ehe sich die Russen dort festsetzen. Daher ihr eiliges Vorgehen an die Elbe und möglichst über die Elbe hinaus. Vielleicht lassen sie Bremen noch für längere Zeit liegen, da es ihnen später von selbst zufallen wird, wenn sie die Elbe überschritten und Hamburg in die Hand bekommen haben. Abends zwischen 11 und 12 Uhr kurzer Vollalarm. Nachts einige Male kurzes, aber heftiges Geschützfeuer.

[...]

*Mittwoch, 18. April 1945*

Im Rathause räume ich mit den alten Akten auf und diktiere; neue Akten kommen nicht.

[...] In den Kleingärten ein wahres Blütenmeer. Die Leute fleißig bei der Arbeit; die Kinder spielen in der Sonne und von der Ferne Geschütz- und

<sup>159</sup> Die Proklamation ist abgedruckt bei Domarus, Hitler. Reden, Bd. 2 (2. Halbbd.), S. 2223f.

<sup>160</sup> Die Ausführungen wurden auch als Leitartikel in der Bremer Zeitung Nr. 90 v. 18.4.1945 gebracht.

Maschinengewehrfeuer, zuweilen auch ein feindlicher Tiefflieger, der auf die Felder und Straßen schießt!

[...]

Nach kurzem Vollalarm mittags (1/4 Stunde) und nach einigen „kleinen Alarmen“ nachts zwischen 11 und 12 Uhr etwa einstündiger Vollalarm; zeitweise bedrohlich; Bomberverband bei Wildeshausen und Oldenburg; er scheint aber nur unsere Frontlinie angegriffen zu haben. Nachts geht das Schießen von der Front weiter, aber nicht sehr lebhaft.

#### *Donnerstag, 19. April 1945*

Nach der Rathausarbeit durch den Bürgerpark. Das Schießen an der „bremischen Front“ nicht regelmäßig. Nachmittags Einschläge in der Stadt; am Bahnhof soll es Tote und Verwundete gegeben haben. Etwa 35 Granaten sollen beim Hauptbahnhof und beim Parkbahnhof gefallen sein.<sup>161</sup> Die Straßenbahnschienen der Linie 7 beschädigt. Die Straßenbahn stillgelegt. Die Feinde sind von Brinkum Richtung Huchting vorgerückt; im übrigen keine wesentliche Veränderung an der „bremischen Front“.

Abends Ehepaar Friedrichs (Arnolds kolumbi[ani]sche Bekannte) zu einem Glase Ratskellerwein. Im Gespräch wurde manches von der Kopflosigkeit und Unfähigkeit der im Wirtschaftlichen leitenden Männer in Polen, in anderen Ostgegenden, im Rheinland und auch in und bei Bremen erzählt. Große Lagervorräte und Werte sind dadurch verloren, zum Teil in Feindeshand gefallen. Bei Bremen die „Ausweichlager“ in Verden,<sup>162</sup> die nicht weggebracht und verteilt sind, die Lager in Ganderkesee, die unter Feindeschuß liegen und jetzt nicht mehr abtransportiert werden können, das Lager in Etelsen, das von unserem Militär geplündert ist (die Schreibmaschinen lagen im Dreck!),<sup>163</sup> das Spinnstofflager in Achim, das noch abtransportiert werden könnte, wenn der Fahrbereitschaftsleiter Autos zur Verfügung stellte.

Um 10.40 Uhr Vollalarm; erst um 11/2 Uhr Vollentwarnung. [...] Unruhige Nacht, Fliegergebrumm; Geschützfeuer; militärische Sprengungen; Zittern und Klappern des Hauses, auch wenn man keinen Schuß hörte; auf der Straße viel Fahren und Lärmen, offenbar militärischer Art.

#### *Freitag, 20. April 1945*

Schon auf dem Wege zum Rathause um 9 Uhr Vollalarm, aber nur etwa 3/4 Stunden. Weitere „kleine Alarme“ und viel Geschieße, teils an der Front,

<sup>161</sup> Nach den Sterbebüchern wurden zwischen dem 16. und 21.4. in verschiedenen Bremer Stadtteilen, darunter am 19. das Bahnhofsgelände, am 20. die Innenstadt und die Neustadt, 40 bis 50 Menschen durch Artilleriebeschuß getötet. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende II, S. 178.

<sup>162</sup> Verden war am 17.4. von britischen Truppen eingenommen worden.

<sup>163</sup> Auch aus anderen Gegenden, z.B. aus Küstrin, wurde über Plünderungen berichtet; vgl. Steinert, Hitlers Krieg, S. 568.

teils über der Stadt. Heulen der Granaten und Einschläge; Tote und Verwundete. Ein Teil der deutschen Panzer vom linken Weserufer zurückgenommen und in östlicher Richtung durch die Stadt gefahren (Lüneburger Heide? wo der Feind rasch vordringt?).<sup>164</sup>

Die Zeitungen bringen die Rede, die Goebbels gestern abend zum Geburtstag des Führers gehalten hat. Darin hat Goebbels gesagt: „Tapfer einen Kampf, der unvermeidlich und unausweichlich ist, auf sich zu nehmen, ihn im Namen einer göttlichen Vorsehung und im Vertrauen auf sie und ihren wenn auch späten Segen durchzuführen, mit reinem Gewissen und reinen Händen aufrecht vor seinem Schicksal zu stehen“ usw.<sup>165</sup> „Gott wird Luzifer wie so oft schon, wenn er vor den Toren der Macht über alle Völker stand, wieder in den Abgrund zurückschleudern, aus dem er gekommen ist. Ein Mann von wahrhaft säkularer Größe, von einem Mut ohnegleichen, von einer Standhaftigkeit, die die Herzen erhebt und erschüttert, wird dabei sein Werkzeug sein.“ ... „Deutschland wird nach diesem Kriege in wenigen Jahren aufblühen wie nie zuvor. Seine zerstörten Landschaften und Provinzen werden mit neuen, schöneren Städten und Dörfern bebaut werden, in denen glückliche Menschen wohnen.“ Usw. Usw.<sup>166</sup> Man fragt erstaunt: Wer geht da noch mit? Für wen sagt Goebbels solche Worte?

Während die ungeheure Schlacht an der Oder – die Schlacht um Berlin – tobt und die Russen dort einige Erfolge, wenn auch noch keine entscheidenden, errungen haben, dringen die Angelsachsen unaufhaltsam an die Elbe und nach Süden (in Bayern) vor. Bei Bremen sind die Briten jetzt bis Delmenhorst und Huchting gekommen. Morgens um 9 Uhr haben sie einen Parlamentär mit der Aufforderung der Übergabe geschickt; die Antwort war eine Beschießung der englischen Stellung.<sup>167</sup> Nun ist damit zu

<sup>164</sup> Truppen der „Weserfront“ und alle verfügbaren Reserven wurden seit dem 14.4. an der Aller und in der Lüneburger Heide eingesetzt, um den dort drohenden Durchbruch der Briten zu verhindern. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende II, S. 136.

<sup>165</sup> Das abgebrochene Zitat geht weiter: „... , alles Leid und jede Prüfung zu ertragen, aber niemals auch nur mit einem Gedanken daran zu denken, dem geschichtlichen Auftrag untreu und in der qualvollsten Stunde der letzten Entscheidung wankend zu werden und die Flinte ins Korn zu werfen, das ist nicht nur männlich, das ist auch im besten Sinne deutsch.“

<sup>166</sup> Die Ansprache ist vollständig abgedruckt bei: Helmut Heiber (Hrsg.), Goebbels-Reden. Bd. 2: 1939–1945. Düsseldorf 1972, S. 447–455, Zitate: S. 450, 452f. Die Bremer Zeitung Nr. 92 v. 20.4.1945 brachte die Rede unter der Überschrift: „Trotzig und kampfesmutig hinter dem Führer“.

<sup>167</sup> Auch andere Augenzeugen, unter ihnen der stellvertretende Reichsverteidigungskommissar, vermerkten für den 19. oder 20.4.1945 die Entsendung von Parlamentären mit der Aufforderung zur Übergabe Bremens. Am 20.4. abends schossen die Briten außerdem Flugblätter in die Stadt, in denen sie den Bremern eine Frist von 24 Stunden für die bedingungslose Kapitulation setzten. In der Bremer Zeitung vom 22.4. wurde über die Aktion und die Beantwortung durch verstärktes Artilleriefeuer berichtet. Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende II, S. 180 u. 224, Anm. 394.

rechnen, daß Luftwaffe und schwere Artillerie gegen Bremen eingesetzt werden und die Reste Bremens in Trümmer sinken, dazu viele Frauen und Kinder durch die Beschießung umkommen, – mit dem Ergebnis, daß die Stadt doch in kurzem in Feindeshand fällt.

[...]

Nachts militärisch unruhig; fast die ganze Nacht Geschützfeuer, Heulen der Geschosse, Brummen der Flieger, Fahren von Militärwagen, Antwortschießen unserer Flak, die jetzt wohl nur noch im Erdkampf tätig ist, z[um] B[eispiel] die Blockländer Flak in der Beschießung des vom Feind besetzten Kirchhuchting.

*Samstag, 21. April 1945*

[...]

Mittags Eva und Klaus bei uns. Klaus hat sich gemäß dem Bescheide über seine Wehrwürdigkeit bei der zuständigen militärischen Kommandostelle gemeldet; diese war in Auflösung und wollte nichts mehr entgegennehmen. Darauf hat sich *Klaus zum Volkssturm gemeldet und sofort Einsatzbefehl für heute nachmittag, Kaserne Huckelriede, erhalten*. Abschied von ihm im Gefühl, daß er einen Todesweg geht und es ein Wunder sein würde, wenn er unverseht aus diesem Kriege heimkehren könnte. Mutter und ich der Ansicht, daß es jetzt, wenn man noch nicht als Soldat gebunden ist, Pflicht ist, sich für die Zukunft unseres Volkes zu erhalten und seine physische, geistige und sittliche Kraft einzusetzen, biologisch und physisch unser Volk – oder das, was noch von unserem Volke übrigbleibt, – über die nächsten Jahre und Jahrzehnte hinüberzuretten. Klaus fühlt sich innerlich verpflichtet, auf alle Fälle sein Leben in diesem Kampf einzusetzen – wenn es in der Wehrmacht nicht möglich ist, dann im Volkssturm.

Nachmittags bei Nebelthau, der in weltüberlegener Ferne Otto Gildemeisters<sup>168</sup> Essays ins Französische übersetzt.

Die Luftschutzbunker schon den ganzen Tag halb besetzt, obgleich kein Alarm und auch nicht der geringste Beschuß, überhaupt kein Kanonendonner von der Front. Wir [...] richten die mit Kisten vollgestellte Garage unseres Hauses als Schutzraum für den Fall der Beschießung ein; bei Fliegerangriff Bunker; bei Artilleriebeschuß ist die Garage sicherer als unsere Erdgeschosßwohnung; unser Keller zu klein. Sicherheit gibt die Garage nicht; man kann aber notfalls eine Reihe von Stunden, sogar Tage, darin zubringen. Abends 11½ Uhr halbstündiger Vollalarm. Die Nacht verhältnismäßig ruhig, von Zeit zu Zeit vorübergehendes Artilleriefeuer. Feind vor Baden.

<sup>168</sup> Otto Gildemeister, 1823–1902. 1850 Hauptredakteur der Weser-Zeitung, 1852 Senatssekretär, 1867–1890 Vertreter Bremens im Bundesrat, 1871–1875, 1877–1881, 1883–1887 Bgm. G. trat literarisch besonders als Übersetzer der Werke Byrons, Shakespeares, Ariosts und Dantes hervor sowie durch seine „Essays“ (2 Bde., 3. Aufl., Berlin 1898f.).

*Sonntag, 22. April 1945*

[...]

5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 8 Uhr Vollalarm. Schwerer Angriff auf Bremen: Hemelingen, Hastedt, Schwachhauser Ring. Wohnung unbenutzbar. Nochmals 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Vollalarm. Eva hilft. Arnold und Paula kommen um 10 Uhr ahnungslos vom Deichhause, Apelts bei uns; sind auch beschädigt, nicht so schlimm wie wir. Mutter und ich schlafen in der Garage, Arnold im Keller, Paula in „ihrem“ Zimmer (bei Klaus und Eva). Nachts 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 6 Uhr neuer schwerer Angriff; der schwerste, den wir in diesem Stadtteil erlebt [haben]. Unser Haus weiter zerstört: kein Dach, keine Fenster und Türen, Decken und Fußböden teils aufgebrochen. Schutt und Scherben. Nebelthaus und Apelts Haus durch Volltreffer völlig zerstört, auch fast die ganze Donandtstraße. Verschiedene Tote. Maßloses Elend der Bevölkerung.<sup>169</sup> Wutausbrüche: „Sinnlos! Wahnsinn! Verbrechen!“ nicht der Feinde, sondern der deutschen Führung.

*Montag, 23. April 1945*

[...] Neben weiteren Luftangriffen auch Erdkampf. Artilleriebeschuß. Längerer Vollalarm. [...] Nachts bis 1 Uhr im überfüllten, überhitzten Bunker. Unerträgliche Zustände dort: keine Ordnung und Disziplin, unfähige Bunkerwarte.<sup>170</sup> Rest der Nacht in der Garage geschlafen oder richtiger geruht. Viel Artilleriekampf und Heulen der Granaten.

*Dienstag, 24. April 1945*

Feind rückt näher; Durchbruch bei Mahndorf. Kampf anscheinend bei Hastedt.<sup>171</sup> Fliegerangriffe und Artilleriebeschuß der Stadt. Granateneinschlag hinter der Bürgerm[eister]-Schoene-Straße. Ständig: rein und raus in Jures Luftschutzkeller. Klaus sucht uns auf, hat keinen kämpferischen Einsatz, nur Wachkommandos und dergleichen.

<sup>169</sup> Bei dem Angriff wurden 266 Häuser zerstört, 212 schwer beschädigt, 180 Menschen getötet und ca. 6000 obdachlos. Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende III, S. 14.

<sup>170</sup> Als Folge des schweren Luftangriffs fiel die Stromversorgung aus. Dadurch konnten die Entlüftungsanlagen der Bunker nicht mehr elektrisch arbeiten, sondern mußten von Hand betrieben werden. Auch die Wasserversorgung und -spülung der Toiletten versagte. Lageberichte und Luftwarnungen konnten nicht durchgegeben werden, so daß das Verlassen des Bunkers riskant war. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende III, S. 18.

<sup>171</sup> Vgl. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende III, S. 41–46. Auf die eingehende Schilderung der Kämpfe bis zur Eroberung Bremens sei auch für das Folgende generell verwiesen.

Über die Lage in Deutschland hört man nichts mehr. Nur sicher, daß der Führer in Berlin das Kommando übernommen hat.<sup>172</sup> Soll in Berlin der Endkampf und für den Führer der „Nibelungenkampf“ bis zum Tode des Führers sein?

In Bremen zahllose Gerüchte; auch über die militärische Lage weiß niemand Bestimmtes, man hört nur die Batterien näherkommen.<sup>173</sup> Ein Duisburger Arbeitsbataillon rückt durch den Schwachhauser Ring; kommen von Oberneuland; sagen: so sei es auch in Duisburg gewesen; was nach den Luftangriffen noch heil gewesen sei, sei bei der Verteidigung Duisburgs zerstört [worden]; in Bremen werde es keine 48 Stunden mehr dauern.

[...] Wegen der furchtbaren Verhältnisse im Bunker entschließen wir uns, trotz der größeren Unsicherheit in Jures Luftschutzkeller zu übernachten; schlafen dort alle vier. Seltsames Frontdasein der Zivilbevölkerung. Für uns Obdachlose ein völlig entzivilisiertes Leben unter ständiger Lebensgefahr. Inmitten der Zerstörung und des Artilleriebeschusses hört Paula nachts eine Nachtigall schlagen.

*Mittwoch, 25. April 1945*

[...] Eine deutsche Batterie in unserer Nähe. Daher starkes Krachen und ständige Luftangriffe und ständiges Antwortschießen der Feinde. Wir liegen im „Niemandland“ zwischen den Frontlinien beider Truppen. Die Granaten gehen herüber und hinüber über uns weg. Ich saß in der Sonne und las Jüngers „Marmor-Klippen“, ein wahrlich nicht gegenwartsfernes Buch, wenn Ort und Zeit der Lektüre auch seltsam scheinen mögen. [...]

Nachmittags etwa 4 Uhr Feind in der Kirchbachstraße, jenseits des Tunnels (Auskunft deutscher Soldaten, die durch Schwachhaus[er] Ring abmarschieren). Befehl der Marine, daß das Haus des Reichs,<sup>174</sup> das „bis zum letzten Mann“ verteidigt werden sollte, von der Marineverwaltung geräumt werden soll; Waffen an Wehrmacht abzuliefern, Uniform mit Zivilanzug vertauschen; Akten und Papiere vernichten! [...]

Am Bunker wird geraten, in der Nähe zu bleiben, da Straßenkampf in diesem Stadtteil erwartet wird. Allgemeine Unklarheit über die Kampfplage in der Stadt. Ein Auto mit Offizier und Fahrer hält bei mir. Offizier fragt mich: „Bitte, wo steht der Feind?“ Ich kann nur die Gerüchte mitteilen.

<sup>172</sup> Dies meldete die Bremer Zeitung Nr. 96 v. 24./25.4.1945: „Der Führer leitet die Verteidigung Berlins“.

<sup>173</sup> Wegen des Stromausfalls konnte der Kreisleiter seinen Lagebericht seit dem 22.4. nicht mehr über den Drahtfunk verbreiten; er wurde statt dessen in der Bremer Zeitung veröffentlicht und war daher bei dem raschen Ablauf der Ereignisse nicht aktuell.

<sup>174</sup> Im „Haus des Reichs“, Richtweg 25/27, war der Sitz mehrerer Reichsbehörden, nämlich des Finanzamts Ost und West, des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen, der Orthopädischen Versorgungsstelle und der Bremer Dienststelle der Kriegsmarine.

Helle Mondnacht. Nur kurze Zeit ruhig; dann starkes, anhaltendes, nahes Geschieße. Wir vier „schlafen“ wieder in Jures Luftschutzkeller.

*Donnerstag, 26. April 1945*

Anhaltendes, starkes Geschieße. Feind in Bismarckstraße und am Bahnhof, ferner Schwachhauser Heerstraße. Die Schutzbunker durch Deutsche gesprengt. Das Polizeihaus Ecke Schwachh[ausen] Heerstr[asse] und [Schwachhauser] Ring vom Feinde gestürmt. Marinetruppen in Ringapotheke. Einzelne Gruppen deutscher Soldaten kommen an unserem Hause vorbei. Zwei Soldaten rasten an unserem Vorgarten, lassen ein schweres Paket Patronen zurück; Arnold vergräbt sie.

Etwa 1 Uhr Klaus und Eva bei uns, sehr erstaunt, daß wir noch nicht „britisch“ seien; das Innere der Stadt sowie der Osten und jedenfalls Teile des Westens wie Ellhornstraße vom Feinde besetzt. Klaus hat versucht, befehlsgemäß nach dem Hafen zu kommen, ist aber auf britische Soldaten gestoßen; Flucht und Umwandlung vom Volkssturmmann in Zivilisten. Klaus und Eva etwa [um] 2 Uhr zurück nach der Ellhornstraße, da bei uns Straßenkampf bevorsteht.

Der Kampf beginnt bald danach. Die britischen Panzer stoßen von der Schwachh[ausen] Heerstraße durch den [Schwachhauser] Ring an unserem Hause vorbei nach dem Bürgerpark vor; Feind schießt mit Granatwerfern. Wir in Jures Luftschutzkeller. Mehrstündiges Geschieße und Fahren der Granatwerfer, Panzer usw. Der Kampf muß dann noch die Parkallee entlang bis zum Stern weitergegangen sein. Da dort deutsche Soldaten mit Panzerfäusten in den Häusern waren, sind sie mit Flammenwerfern von den Briten ausgeräuchert. Dabei ist das schöne Haus von Generaldirektor Stapelfeldt<sup>175</sup> in Flammen aufgegangen. Diese Straßen wohl die letzten der Stadt, die von den Briten erobert wurden. Hafen und Bürgerpark sollen noch nicht in britischer Hand sein, auch die Batterie in unserer Nähe anscheinend noch da und gegen die Briten tätig. Immerhin dies der Tag der Eroberung Bremens.

Die Nacht, die wir noch im Luftschutzkeller zubrachten, war ruhiger. Nur vereinzeltes Artilleriefeuer.

*Freitag, 27. April 1945*

[...] Britische Soldaten sollen die Zivilbevölkerung in den Bunker geschickt haben, da noch Kämpfe bevorstünden. Es kam aber nicht zu weiteren Kämpfen in unserer Nähe; nur noch entferntes Geschützfeuer.

[...] Arnold radelt zur Rolandmühle; dort am Hafen Plünderung der Läger (Bremen-Bäsigheimer Ölfabrik, Mehllager für die Bäckereinkaufsgesellschaft usw.); deutsche Truppen nicht mehr da. Kein Kampf dort gewe-

<sup>175</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 9.



sen. Die Briten mit der Räumung der Minen im Hafen beschäftigt. Arnold verhandelt mit britischem Roten Kreuz: zwei Räume in der Rolandmühle dem R[oten] Kreuz überlassen; dafür sorgt R[otes] Kreuz für Schutz der Lager der Rolandmühle durch britisches Militär. Es nimmt den plündernden Russen die Sachen wieder ab.

Wir drei anderen fahren fort mit der Arbeit, Scherben, Trümmer und Dreck zu beseitigen; bewohnbar können unsere Zimmer nicht wieder werden; auch fehlt dem Hause das Dach; es gilt etwas Notdürftig-Vorläufiges zu schaffen und die Sachen vor der Zerstörung durch Regen zu bewahren. Ich räume hauptsächlich die Bücher in meinem Zimmer auf, die unter Schutt und Trümmern liegen und furchtbar durcheinandergewirbelt sind, wie überhaupt mein Zimmer am schlimmsten verwüstet ist: Schreibtisch in drei Teilen herumgeschleudert; Fußboden teilweise eingestürzt. Am wenigsten betroffen sind die Zimmer von Eva und Klaus und von Mutter. Diese beiden und die Küche sollen notdürftig für einige Wochen benutzbar gemacht werden. In Evas und Klaus' Zimmer sollen alle leidlich heilen Sachen und die Bücher. [...]

Nachmittags suchen Mutter und ich den trostlosen Richard-Strauß-Platz auf; treffen dort Apelt bei den Trümmern seines Hauses; der Luftschuttkeller hat nicht gehalten; die Decke ist heruntergekommen und hat Frau Apelt leicht getroffen. [...] Apelt selbst schläft zur Bewachung im vorderen Keller des sonst ganz zusammengestürzten Hauses. Apelt sucht seine Bücher zu bergen. Nebelthau ist zu seinen Kindern Jantzen nach Oberneuland gezogen; von Haus und Sachen kann nichts gerettet werden.

Nachher bei Edm[und] Duckwitz, der in der Georg-Gröning-Straße nur etwas Glasschaden hat. Von Richard Duckwitz weiß er nichts. Gerücht, daß der Polizeipräsident General Schroers die Leitung der Stadtgeschäfte und Duckwitz die Verwaltung der Finanzen habe.<sup>176</sup>

Nachts schlafen Mutter und ich in der Garage; kommen zum ersten Mal seit Sonntag aus Stiefeln und Kleidern heraus. Waschen und Wäschewechsel bleibt bei mir kümmerlich. Mutter war nachmittags am Dobben,<sup>177</sup> wo

<sup>176</sup> Johannes Schroers, 1885–1960. Gymnasium, preußischer Polizeidienst, 1928 Major an der Polizeischule in Hamm, seit 1933 Kommandeur der Schutzpolizei in verschiedenen rheinischen Städten, 1938 Kommandeur eines Polizeiregiments beim Einmarsch in Österreich, im selben Jahr Kommandeur der Schupo Bremen, 1941 kommissarischer, 1943 Polizeipräs. in Bremen, 1942 Generalmajor und SS-Brigadeführer. 1919–1922 Md. der DVP, seit dem 1.8.1932 der NSDAP, seit 1935 des Volksgerichtshofs, 1945–1949 interniert, nach der Rückkehr nach Bremen Md. der FDP (Brem. Biogr., S. 464f.). Schroers wurde am 26.4.1945 an Stelle Duckwitz' als Reg. Bgm. eingesetzt, wegen seiner politischen Vergangenheit aber schon vier Tage später von Vagts abgelöst. Den Vorschlag, Duckwitz mit der Leitung der Finanzverwaltung zu betrauen, lehnten die Amerikaner ab. Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende III, S. 104–107; Functional History of Military Government 27.4.1945–30.6.1946, Part I: Narrative, S. 4 (Fst.: 021/17).

<sup>177</sup> Haus der Christengemeinschaft.

alles im wesentlichen unversehrt ist, und hat sich dort gründlich gewaschen und Wäsche gewechselt. [...]

*Samstag, 28. April 1945*

[...]

Klaus hat sich durch Gorsemann<sup>178</sup> gesichert. G[orsemann] will ihn als „Bildhauer“ beschäftigen (Sicherung gegen Verschickung als „Bauarbeiter“),<sup>179</sup> leider wenig Hilfe für Wohnung Schwachh[ausen] Ring und Händelstraße, da heute für alle Männer Ausgehverbot; nur Frauen dürfen von 10 bis 11 Uhr und von 15 bis 16 Uhr hinaus. Angeblich soll ein Hitlerjunge auf einen Engländer geschossen haben; daher die Strenge. [...]

In der Ferne noch vereinzelter Schießen. Arbeit in der Wohnung. Ich selbst unter anderem Wasserholen, Holzsammeln, Holz umstapeln.

Mittags essen Apelts bei uns in der Garage. Apelt erzählt, daß R[ichard] Duckwitz im Auto von Deutschen angeschossen, der Fahrer schwer, er selbst leicht verwundet sei.<sup>180</sup> [...]

Deutsche Polizei sammelt mit Wagen die zivilen Leichen in den Straßen und Trümmern auf. Beginn des Plünderns durch ausländische Arbeiter und Militär. Arnolds Aktentasche in seinem Zimmer in den Rolandmühle von einer Hilfskraft des Britischen Rot[en] Kreuzes mitgenommen (Inhalt ausgeschüttet). Die Streife, die nach Waffen sucht, nimmt bei Bückings die Pelzhandschuhe Dr. Bückings mit. [...] Über die allgemeine militärische Lage sagt der Brite, Berlin sei zur Hälfte von Russen erobert.<sup>181</sup> Zahlreiche Gerüchte, Hamburg sei kampfflos übergeben;<sup>182</sup> Kaufmann<sup>183</sup> und Himm-

<sup>178</sup> Ernst Gorsemann, 1886–1960, Bildhauer, Professor an der Nordischen Kunst-hochschule in Bremen. (Vgl. Brem. Biogr., S. 180f.).

<sup>179</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 1.

<sup>180</sup> Nach Verhandlungen mit britischen Offizieren geriet Duckwitz am 26.4.1945 auf der Fahrt zum Regierungsbunker in das Maschinengewehrfeuer eines deutschen Gefechtsstands. Er wurde durch Glassplitter seines Wagens verletzt. Niederschrift Duckwitz' o.D. (1945), StAB: NL Duckwitz, 7, 7–A 2.

<sup>181</sup> Nach dem Kriegstagebuch des Wehrmachtführungsstabs Nord gelang es den Russen am 28.4., den inneren Verteidigungsring um den Stadtkern von Berlin zu durchbrechen. U.a. wurde am Halleschen Tor, am Schlesischen Bahnhof und am Alexanderplatz gekämpft. Entsatzangriffe der von Süden, Norden und Westen angreifenden Verbände blieben ohne Erfolg. Kriegstagebuch des OKW, IV (2), S. 1461; Murawski, Wehrmachtbericht, S. 591.

<sup>182</sup> Die kampfflose Übergabe Hamburgs erfolgte erst am 3.5.. Daß der Gauleiter Karl Kaufmann die Verteidigung und weitere Zerstörung der Stadt vermeiden wollte, war aber nicht verborgen geblieben. Am 9.4. hatte er in Bremen vergeblich versucht, Wegener zu gemeinsamem Vorgehen zu bewegen. Vgl. Kurt Detlev Möller, Das letzte Kapitel. Geschichte der Kapitulation Hamburgs. Hamburg 1947; Schwarzwälder, Bremen am Kriegsende II, S. 119–126; Niederschrift Kaufmanns v. Juni 1946; Niederschrift des Hamburger Kampfkommendanten Alwin Wolz v. 10.6.1945, Abschriften in Fst: 11/K21.

<sup>183</sup> Karl Kaufmann, 1900–1969. 1929–1945 Gauleiter in Hamburg, seit 1933 Reichsstatthalter.

ler hätten sich das Leben genommen.<sup>184</sup> Der Führer sei nach Prag gegangen; der Führer sei nach Japan geflogen. Wir können nur wünschen, daß der Führer nicht lebend in die Hand der Feinde fällt und diese letzte Schmach Deutschland erspart bleibt.

Die offen ausgesprochene Stimmung in der Bevölkerung allgemein: Dieser letzte Kampf und die Verteidigung jeder Stadt mit ungenügenden Kräften mit der Folge, daß die Stadt zerstört wurde, sei eine Sinnlosigkeit, ja ein Wahnsinn, ein Verbrechen an der deutschen Bevölkerung und der deutschen Zukunft. Wenn der Führer bis zuletzt kämpfen und kämpfend fallen wolle, hätte er alle verfügbaren Streitkräfte an einer Stelle für diesen letzten Kampf zusammenziehen sollen, nicht aber an mehr als hundert Stellen verzettelt und vereinzelt die übriggebliebenen Truppen in hoffnungslosen Gefechten opfern sollen.

Ich hatte den Eindruck, daß der Kampf um Bremen, bei dem die Führung nicht mehr wußte, wo der Feind stand und in welchen Stadtteilen noch gekämpft wurde, bei dem auch die geringen Streitkräfte verzettelt und planlos eingesetzt wurden, bei dem notwendig ein Teil der noch erhaltenen Stadt in Trümmer sinken mußte, daß dieser Kampf um Bremen ein Spiegelbild des Kampfes um Deutschland sei, ebenso ohne einheitliche Leitung, ohne strategischen Gedanken, ohne Hoffnung auf Erfolg, ebenso sinnlos und verhängnisvoll.

[...] Eine seltsame Stufenfolge unseres Wohnens und Lebens: Nach dem Bau unseres Hauses in der Kirchbachstraße Wohnung mit 17 Räumen, drei Badestuben, Garten von zwei Morgen (5000 Quadratmeter). Hauspersonal: drei bis vier. Nach dem Ersten Weltkriege Verlust des Barvermögens durch Inflation; Verkauf von ca. 300 qm Garten für das Studium der Söhne; sonst gewisse Einschränkungen; aber noch ganzes Haus; Hauspersonal zwei bis drei, zeitweise vier. Nach der Machtergreifung durch die Nat[ional]soz[ialisten] und meiner Entlassung Vermietung von vier Zimmern; immer noch 13 Wohnräume und halber Garten. Hauspersonal: eine. Nach der Zerstörung unseres Hauses, 5. Sept[ember] 1942, Mietwohnung von vier Zimmern am Schwachhauser Ring. Statt Garten hofartiger Raum. Hauspersonal: 3/4 [dreiviertel]. Noch Badezimmer und Heizung. Nun seit dem 23. April 1945 Garage als Schlaf-, Eß- und Wohnraum, ohne Fenster; Küche, Klosett usw. offen und in ständigem fliegenden Zug. Wer auf dem Klosett ist, ist sichtbar für die Nachbarn. Kein Leitungswasser, keine Elektrizität, kein Gas. Kleiner Kohlenherd. Trotz alles Säuberns ständig neuer Dreck. Keine Heizung, kein Ofen.

Wer aber seine Wohnung leidlich im Stande hat, läuft Gefahr, Einquartierung zu bekommen, entweder so, daß er beschränkt wohnen bleiben kann, oder mit dem Befehl, sofort zu räumen.

<sup>184</sup> Heinrich Himmler beging erst nach seiner Verhaftung am 23.5.1945 Selbstmord.

Wir haben von unseren Sachen noch manches gerettet. [...] Auch unsere Vorräte sind uns erhalten geblieben und durch Arnold ergänzt. Sie sind natürlich der Gefahr der Plünderung durch ausländische Arbeiter ausgesetzt, aber zunächst können wir dankbar sein, daß wir sie noch besitzen. Was geschehen konnte, um uns und unsere Räume aus dem schlimmsten Schutt und Schmutz herauszubringen und um uns „zeitgemäß“ zu verpflegen, haben unsere Kinder getan.

So sehe ich in aller persönlichen und allgemeinen Not und in dem furchtbaren Zusammenbruch unseres Reiches und Volkes, in der Bedrohung durch Hunger, Krankheiten und Verzweiflungstaten und in der ständig schmerzenden Fremdherrschaft doch auch Lichtes und Schönes: die aufopfernde Fürsorge unserer Kinder, die tapfere, fast heitere Haltung aller Familienmitglieder, die Gemeinschaft von uns Eltern und Kindern, in der wir diese Woche des Leids, der Lebensgefahr und der höchsten inneren Spannung durchlebt haben, die Bewährung unserer Kinder in dieser außergewöhnlichen, alle körperlichen und seelischen Kräfte erfordernden Lage; keine Wehleidigkeit, keine Klagen, kein Stöhnen, nur tapferes Zugreifen und Aushalten.

### *Sonntag, 29. April 1945*

Der Wind fegt durch alle Räume unserer Wohnung. Gut, daß es jetzt dem Sommer und nicht dem Winter entgegengeht. Schon jetzt Mühe, das nötige Holz zum Herdfeuer zu sammeln. Die ganze Bevölkerung ist unterwegs, um sich Holz zu verschaffen; die zerstörten oder beschädigten Häuser werden nach Holz durchsucht und geplündert; Kisten und Planken werden zerschlagen und mitgenommen. Axt und Säge jetzt für jeden Haushalt unentbehrlich und großer Diebstahlsgefahr ausgesetzt. Sonntagsfrühstück: letzte Eier und Bohnenkaffee. [...] Ausgehzeit erleichtert: Männer 10 bis 16 Uhr. Frauen 8 bis 19 Uhr. Arnold bekommt Sondererlaubnis für die Rolandmühle von 6 bis 19.00 Uhr.

Mit Edm[und] Duckwitz bei Richard Duckwitz. Richard berichtet uns und einigen anderen Herren (Oberfinanzpräsident Dr. Spindler, Sparkassendirektor Lüpke)<sup>185</sup> über die Vorgänge der letzten Tage: Donnerstag vormittag R[ichard] D[uckwitz] ins Rathaus gefahren, um Feinde dort zu

<sup>185</sup> Dr. jur. Alfred Spindler, 1888–1948. Reichsfinanzverwaltung, 1936 Finanzpräs. beim Oberfinanzpräsidium München, 1.12.1939–Ende 1941 Finanzpräs. und Leiter der Finanzverwaltung im Generalgouvernement Polen, anschließend im Reichsdienst, 1927–1933 Md. der DVP, später DNVP, Sept. 1933 der SA, 1.5.1937 der NSDAP. Nach der Auslieferung starb Sp. 1948 in polnischer Gefangenschaft. Genauere biographische Angaben bei: Werner Präg, Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945. Stuttgart 1975, S. 953f. Oskar Lüpke, 1904–1985. 1932–1936 Prokurist der Sparkasse in Bremen, 1936–1937 stellvertretendes, 1.5.1937–30.6.1945 ordentliches Md. ihres Vorstandes.

erwarten. Verhandlung im Polizeipräsidium mit Engländern und Amerikanern. Die Amerikaner bekommen die Zivil- und Hafenverwaltung, die Engländer die Polizei.<sup>186</sup> Ob britisches oder amerikanisches Militär, unge-  
 wiß. Spitze der amerikanischen Verwaltung Colonel Welker,<sup>187</sup> Polizeigeneral Schroers an der Spitze der deutschen Verwaltung; R[ichard] Duckwitz abgesetzt, aber in Steuern und Finanzen belassen.<sup>188</sup> Versorgungswerke sollen wieder hergestellt werden. Elektr[izitäts]werk in sechs Monaten. Versuch, elektrischen Strom für Krankenhäuser, amerikan[isch]-britische Gebäude und Rolandmühle anderswoher zu bekommen. E[lektrizitäts]werk in Frage? Lebensmittelvorräte sollen den Bremern bleiben. Ernährungsbehörden sollen in Gang gesetzt werden.

Donnerstag nachmittag bei Fahrt vom Rathaus nach dem Bunker Ecke Parkallee und Wachmannstraße Maschinengewehrfeuer durch Deutsche auf Duckwitz' Auto; Fahrer durch Arm geschossen; R[ichard] D[uckwitz] bedeckt mit Glassplittern. R[ichard] D[uckwitz] in deutscher Gefangenschaft, durch Kommandeur Huth [?] entlassen. Soldaten haben ihn „Ver-  
 räter“ beschimpft.<sup>189</sup> Freitag vormittag neue Verhandlung mit Feind im „Headquarter“ in Oyten. Weitere Besprechung der Versorgung und Ernährung der Bevölkerung usw. – Ich gehe mit Dr. Spindler fort. Unterhaltung mit ihm. Finanzverwaltung des Reichs hat keine „Restverwaltung“,<sup>190</sup> sondern ganz aufgehört.

[...]

<sup>186</sup> Nach einer Vereinbarung der European Advisory Commission vom Nov. 1944 sollten Bremen und Bremerhaven/Wesermünde den Amerikanern als Nachschubhäfen dienen und zu diesem Zweck mit dem umliegenden Gebiet als Enklave inmitten der britischen Besatzungszone amerikanischer Militärverwaltung unterstehen. Das mit dieser Aufgabe betraute Detachment E2C2 unter Colonel Bion C. Welker hatte sich den vorrückenden britischen Truppen angeschlossen und war mit ihnen am 26.4. in Bremen eingetroffen. Bis zur Ablösung der britischen Kampftruppen durch amerikanische Einheiten am 24.5. unterstand es dem britischen Verbindungs-offizier, später unmittelbar dem Kommandeur der 52. Lowland Division, General Edmund Hakewell-Smith. Die Engländer waren bis dahin für die militärische Sicherheit und insofern für Polizeifragen zuständig.

<sup>187</sup> Colonel Bion C. Welker, April 1945–Sept. 1946 Chef der Militärregierung in Bremen.

<sup>188</sup> Bei einer ersten Zusammenkunft der amerikanischen Militärregierung mit den deutschen Ressortchefs am Morgen des 27.4. war Duckwitz als Leiter der Finanzverwaltung anwesend. Die Amerikaner ließen aber keinen Zweifel daran, daß die deutschen Politiker und Beamten keine Regierungsfunktionen wahrnehmen, sondern lediglich als sachverständige Berater dienen sollten. (Functional History 1945/46 I, S. 54f.). Die folgenden Stichworte nennen die Hauptthemen dieser Beratung.

<sup>189</sup> Die Darstellung entspricht der wenig später verfaßten Niederschrift R. Duckwitz' in seinem NL, StAB: 7, 7–A2.

<sup>190</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 137.

*Montag, 30. April 1945*

[...]

Besuch Knittermeyers. Die Bibliothek hat auch sieben Artillerietreffer bekommen und ist weiter stark beschädigt. [...] in den oberen Räumen der Bibliothek 50 britische Soldaten einquartiert. Schutzanschlag gegen Plündern und Wegnahme von Sachen. In Knittermeyers Wohnung am Osterdeich, die ganz unbeschädigt durch den Krieg hindurchgekommen ist, Einquartierung von zwölf britischen Offizieren. Da dort eine Feuerwaffe gefunden sein soll, geht Kn[ittermeyer] hin. Unterhaltung mit britischem Offizier. Kn[ittermeyer] sagt, er sei Philosoph und könne mit Waffen nicht umgehen; der Brite sagt, deutsche Philosophen seien für Krieg und Waffen, wie Nietzsche. Kn[ittermeyer] verweist auf Kants: „Vom ewigen Frieden“. Unterhaltung über Krieg. Frage nach Stellung zum „Werwolf“. Kn[ittermeyer] lehnt Werwolf ab; Krieg nur zwischen Soldaten. Brite: „I am for the Werwolf“; sie hätten ähnliche Organisationen in Frankreich, Holland und Belgien gehabt.<sup>191</sup>

[...]

Das Plündern durch ausländische Arbeiter nimmt zu, straßenweise und systematisch.<sup>192</sup> [...]

Viel Schießereien in der Nähe Bremens.

*Dienstag, 1. Mai 1945*

Verordnungen und Gesetze des Feindes zum Teil auf den angeschlagenen Plakaten gelesen. Strafbestimmungen für Handlungen gegen alliierte Wehrmacht usw. Devisengesetz. Stillegung der deutschen Gerichte usw.

[...] General Schroers abgesetzt und in Kriegsgefangenschaft ge-

<sup>191</sup> Gemeint sind die einheimischen, mit den Alliierten verbündeten Partisanen- und Widerstandsorganisationen.

<sup>192</sup> Eine Kriminalstatistik der amerikanischen Militärverwaltung verzeichnet für die Zeit vom 1.5. bis zum 15.11.1945 folgende Delikte von ausländischen Zwangsarbeitern in Bremen: Mord, Totschlag: 23 Fälle, bewaffnete Raubüberfälle: 268 (45 mit Todesfolge), Einbrüche: 314, einfacher Diebstahl: 753 Gegenstände (darunter 557 Fahrräder), Viehdiebstahl: 582 Stück (darunter 287 Kaninchen und Hühner), Gewalttätigkeiten: 40 Fälle. In Relation zu der Gesamtzahl der ca. 100000 „Displaced Persons“ in Bremen (Juli 1945) ergibt sich eine Kriminalitätsrate, die etwa derjenigen der deutschen Bevölkerung entspricht, bei Eigentumsdelikten lag sie sogar erheblich darunter. Die Gewalttätigkeiten vor allem der osteuropäischen DP's waren Reaktionen auf die unmenschliche Behandlung, die sie in der NS-Zeit erfahren hatten, sowie Ausdruck der tiefgreifenden Demoralisierung und Zerstörung des Rechtsempfindens unter dem Druck des Lagerlebens. Das Fehlen normaler Kommunikation mit den weiterhin in Lagern isolierten DP's und verdrängte Schuldgefühle führten auf deutscher Seite dazu, daß die Kriminalität der befreiten Ausländer übermäßig stark wahrgenommen und insgesamt überschätzt wurde. Vgl. Jacobmeyer, *Zwangsarbeiter*, S. 46–52.

bracht.<sup>193</sup> Ernährungsämter in Gang gesetzt, Dr. Fritz Schultz<sup>194</sup> und Toebelemann<sup>195</sup> Leiter.

[...]

Fülle von sich widersprechenden Gerüchten und Meldungen. Hamburg soll kampfflos kapituliert haben; dagegen sagt der deutsche Heeresbericht, Hamburg sei noch in deutscher Hand.<sup>196</sup> München soll von den Amerikanern besetzt sein – ob nach Kampf, unbekannt.<sup>197</sup> Himmler soll den Westmächten bedingungslose Kapitulation angeboten haben; Westmächte sollen Kapitulation an alle Alliierten verlangt haben; dann soll Himmler demgemäß kapituliert haben. Nach deutschem Wehrmachtbericht soll Himmler durch Bombe in seinem Auto in Berlin gefallen sein.<sup>198</sup> Der englische Sender behauptet, Hitler habe zwei Lungenschüsse und werde nur noch wenige Stunden leben.<sup>199</sup> Wie der Kampf in Berlin selbst steht, ist nicht zu erfahren.

*Nachts ich bei Edm[und] Duckwitz, Mutter bei Finklers, Arnold und Paula in Garage.*

*Mittwoch, 2. Mai 1945*

Morgens Karl Carstens. Frage seiner Beschäftigung in der Rolandmühle oder Wirtschaft.

Elend der Einquartierungen. Die Bewohner müssen in kurzer Frist (eine halbe Stunde bis drei Stunden) ausziehen, dürfen nur Kleidung, Betten und Vorräte mitnehmen. Ganze Straßen werden beschlagnahmt. [...] Alle Straßen, deren Häuser leidlich in Stand sind, sind bedroht. Auch Ed-

<sup>193</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 176. Nach seiner Verhaftung am 30.4.1945 war Schroers bis 1949 im Lager Wildeshausen-Aumühle interniert.

<sup>194</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 65.

<sup>195</sup> Dierk Toebelemann, 1888–1959. Geschäftsführer, 1920 und 1946–1951 MdBü (SPD).

<sup>196</sup> Hamburg kapitulierte am 3.5.1945.

<sup>197</sup> Am 30.4. drangen amerikanische Truppen in die Außenbezirke Münchens ein, am 2.5. war die Stadt restlos besetzt. Meldungen des Alliierten Hauptquartiers, in: Keesing's Archiv 1945, S. 201C und 210C.

<sup>198</sup> Nach der Entscheidung Hitlers am 22.4.1945, trotz der bevorstehenden Einnahme Berlins in der Reichshauptstadt zu bleiben, bot Himmler durch Vermittlung des Vizepräs. des Schwedischen Roten Kreuzes, Folke Graf Bernadotte, und der schwedischen Regierung den Westmächten am 24.4. die bedingungslose Kapitulation an. Churchill und Truman bestanden aber auf einer Gesamtkapitulation Deutschlands vor allen drei Großmächten. Himmlers Kapitulationsangebot und die Antwort der englischen und amerikanischen Regierung wurden am 28.4. in der internationalen Presse veröffentlicht. In seinem „politischen Testament“ vom nächsten Tag schloß ihn Hitler deshalb aus der Partei aus und enthob ihn aller seiner Ämter. Vgl. Hansen, Das Ende, S. 52–65. Der Wehrmachtbericht enthielt keine Mitteilung über den Tod Himmlers, es handelt sich um eines der zahlreichen unbegründeten Gerüchte.

<sup>199</sup> Am 29.4. hatte auch die „Welle München“ die Falschmeldung verbreitet, daß Hitler gefallen sei. Kriegstagebuch des Wehrmacht-Führungsstabs Nord v. 29.4.1945, in: Kriegstagebuch des OKW, IV (2), S. 1465.

m[und] Duckwitz ist mit Recht in Sorge. Die Ausgetriebenen wissen vielfach nicht, wohin sie ziehen sollen, da Verwandte und Freunde meist entweder selbst betroffen oder schon ausgebombt sind und in Kellern und einzelnen geflickten Zimmern hausen. [...] Den britischen Soldaten und den vielen Amerikanern werden auch noch die englischen Polizisten folgen, die demnächst eintreffen.

Offizielle deutsche Mitteilung, *daß Adolf Hitler* in der Reichskanzlei *gefallen oder gestorben sei*: Dönitz soll den Oberbefehl haben und weiterkämpfen wollen.<sup>200</sup> Mussolini soll erschossen sein (von Briten oder königstreuen Italienern), angeblich ist seine Leiche öffentlich ausgehängt.<sup>201</sup>

Die ersten Maßnahmen der Arbeit der Ernährungsämter machen sich geltend: Die Milch wird für die kleinen Kinder reserviert. Damit versiegt Paulas Milchquelle bei Suters.<sup>202</sup> Als Beginn neuer städtischer Regelung der Lebensmittelzuteilung ist dies zu begrüßen. Hier wie bei anderen Lebensmitteln entscheidend die Stellung von Wagen und Treibstoff. Auch sonst große Schwierigkeiten, den zerschlagenen oder auseinandergebrochenen Apparat wiederaufzubauen; es fehlen zunächst die zahlreichen bezahlten und ehrenamtlichen Kräfte; es fehlt die Staatsautorität, wenn die Amerikaner nicht helfen; es fehlen die Vorräte, die noch verteilt werden könnten; es fehlt die Zufuhr von auswärts.

Eine Frage der Amerikaner, welches Gebiet zur Versorgung Bremens erforderlich sei, ist leider dahin beantwortet, daß ein Umkreis von 50 km Radius genüge; dies beim Roggen und bei den Kartoffeln völlig unzureichend. Warum überhaupt sich in einer so wichtigen, auch politisch bedeutsamen Frage derartig festlegen? Arnold war außer sich darüber, konnte aber in der Besprechung die bremischen Unterhändler nicht berichtigen. Arnold, der mehrere solche Verhandlungen mitmachte, hat den Eindruck, daß die bremischen Unterhändler allenfalls gute Verwaltungsbeamte seien, jeder aber nur sein Arbeitsgebiet übersehe und niemand da sei, der das Ganze beherrsche und mit Überlegenheit gegenüber den Amerikanern vertreten könne. [...]

Erstaunlich, wie die Leute, die ihre zerstörten Wohnungen wiederherstellen wollen, alle Hemmungen fallen lassen und von anderen Häusern alles nehmen, was sie brauchen können: Dachpfannen, Türen, Fenster, Holz usw. Unser Hausgenosse [...] holte sich von einem Lager fertige Türen und

<sup>200</sup> Großadmiral Karl Dönitz, 1891–1980. Seit 30.1.1943 Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, war in Hitlers politischem Testament zum Reichspräs. und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht bestimmt worden. Dönitz war zwar von der Notwendigkeit der Kapitulation überzeugt, wollte sie aber hinauszögern, um möglichst vielen deutschen Soldaten und Zivilisten die Chance zu geben, aus dem Machtbereich der Roten Armee in westliches Besatzungsgebiet zu gelangen.

<sup>201</sup> Der Führer der italienischen Faschisten wurde nach seiner Gefangennahme am 28.4.1945 von kommunistischen Partisanen erschossen und anschließend in Mailand öffentlich aufgehängt.

<sup>202</sup> Bauernhof in der Busestraße (Schwachhausen).



Fenster, die Arnold vergeblich zu kaufen gesucht hatte. Eva und Klaus haben im Blockland einen Ofen im Militär-Barackenlager „organisiert“, wie Paula schon vorher getan hat. [...]

Das *Ableben Hitlers* geht mir nach. Ich bin erleichtert, daß Hitler nicht in Feindeshand gefallen, sondern einen seinem Wesen und Leben entsprechenden Tod gefunden hat, sei es im Kampfe auf den Barrikaden Berlins, sei es durch eigene Hand. Noch weiß man nichts Näheres über seinen Tod; die Art seines Ablebens wird bedeutsam für den Mythos sein, der sich in den kommenden hundert oder zweihundert Jahren um seine Person bilden wird.

Leben und Laufbahn dieses Mannes waren ungewöhnlich, ja einzigartig. Alexander der Große, Karl der Große und Otto der Große, auch Friedrich II. wurden in ihre Herrscherstellung hineingeboren. Cäsar und Napoleon verdank[t]en ihre Macht dem Heere, das sie zu Sieg und Ruhm geführt haben. Cromwell wurde von einer religiösen Bewegung getragen und bewahrte sie [die Macht] mit seinen aus religiösem Fanatismus fechtenden Kriegern. Adolf Hitler ist nur durch das Wort, durch Propaganda und Agitation hochgekommen, mit den Mitteln der Demokratie hat er die Demokratie besiegt, als die Not des verlorenen Ersten Weltkrieges schwer auf unserem Volke lastete und keine Partei oder Parteienkoalition Rettung bringen konnte. Hitler hatte große Eigenschaften und Willenskräfte und ebenso große Fehler und Beschränktheiten. Er münzte die schwierigen Probleme der Rasse und die Frage der Stellung des Judentums zur Scheidemünze der Herrenvölker und des Judenhasses um. Er hatte eine große Einfühlung in die Seele des Volks, in seine Leidenschaften, Wünsche, Sehnsüchte, Nöte und Schwächen; er konnte meisterhaft darauf spielen und alle Töne, die er wollte, hervorlocken. In ihm verkörperte sich das Dämonische, wie Goethe es im 20. Buche von „Dichtung und Wahrheit“ schildert. Hitler hatte nationale und soziale Ideen von großer Tragweite; er fing die verschiedensten geistigen, politischen und wirtschaftlichen Bewegungen auf und vereinigte sie in einem Brennpunkt. Er konnte Symbole schaffen und sich selbst in der Art seines einfachen, arbeitsamen Lebens und seines äußeren Gebarens zum Symbol machen. Er erfaßte und benutzte für seine Ziele, daß die bürgerliche Welt versank und etwas Neues am geschichtlichen Horizont heraufstieg. Er hat in den ersten fünf Jahren seiner Herrschaft wirtschaftlich, sozial und außenpolitisch Großes erreicht; er hat Größeres gewollt. Aber ihm fehlte das Verständnis für echtes geistiges, religiöses und künstlerisches Leben und für die Kräfte freier schöpferischer Persönlichkeiten. Er glaubte, auch Geistiges kommandieren zu können, und meinte, mit Gewalt alles beherrschen und lenken zu können. Ihm fehlte die letzte religiöse und sittliche Bindung und Verantwortung; jedes Mittel, das nach seiner Meinung Deutschland, seinem Volke oder der nationalsozialistischen Partei nützte, war ihm recht und durch den deutschen oder nationalsozialistischen Zweck geheiligt. Ihm fehlten vor allem Maß

und Begrenzung – die so wichtige Gabe, Dinge in ihrer Entwicklung zu sehen und in Geduld reifen zu lassen. Er fühlte sich als Träger einer weltgeschichtlichen Sendung, als Vollstrecker der Vorsehung. Je größer seine Erfolge waren, desto überheblicher und verblendeter wurde er; er überschätzte seine Kraft und die Kraft seines Volkes und unterschätzte die Kräfte der anderen Weltmächte. Sein religiöser Glaube war, daß Gott einem tüchtigen und wertvollen Volke auch Sieg und Glück gewähren müsse – als ob sich die Gerechtigkeit Gottes auf Erden verwirklichen müßte, wie die Juden glaubten („auf daß es dir wohl gehe“ usw.). Die Hybris im griechischen Sinne ergriff ihn, eine Hybris, die sich schließlich unheilvoll verband mit einer manischen Erfüllung von dem Phantasma, daß sein Reich und Volk von 80 Millionen Deutschen entweder mit ihm siegen oder mit ihm untergehen müßten, „wie die Nibelungen“. Diese Hybris war der tiefste Grund für das Schicksal, das ihn nun getroffen hat, der tiefste Grund auch für das unsagbare Unheil und Elend, die über unser Volk kommen.

Im Augenblick dieses Zusammenbruches ist das Urteil der meisten Deutschen über Hitler einseitig und haßerfüllt; die Bevölkerung schiebt alles Leid auf Hitler, zum großen Teil dieselben Menschen, die ihm einst zugejubelt und ihm zur Macht und zur Herrschaft verholfen haben. Dreierlei scheint hauptsächlich die Masse zu bestimmen: einmal, daß immer wieder, noch im März dieses Jahres, eine Wende des Krieges durch neue Waffen und eine Ostoffensive starker Reserven versprochen worden ist und das Volk sich belogen und betrogen fühlt; sodann, daß so viele leitende Männer der Partei und beamtete Persönlichkeiten in den besetzten Gebieten und in Deutschland die Bewährungsprobe nicht bestanden, teilweise bei der Ausübung ihrer Pflichten aus Unfähigkeit oder Feigheit versagt, teilweise auch schamlos gerafft und das Ihre in Sicherheit gebracht haben, schließlich das verzettelte, sinnlose Hinopfern von Menschen und Städten bis herunter zu den als „Soldaten“ eingesetzten 16jährigen Hitlerjungen und bis zu den Frauen und Kindern in den letzten Wochen und Tagen. Vergessen ist, wie viele von diesen Leuten noch 1933 aus wirtschaftlicher Not gerettet und in Arbeit und Verdienst gekommen sind und wie viele hoffnungsvolle Anzeichen einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in den Jahren vor dem Zweiten Weltkriege hervortraten.

Es bleibt zu beklagen, daß Hitler in seinen und seines Reiches Untergang auch fruchtbare und wertvolle Ansätze einer besseren staatlichen, völkischen, sozialen und wirtschaftlichen Zukunft mit hineinreißt. Ein großdeutsches Reich aller Deutschen, eine Einigung Europas in einer Gemeinschaft der europäischen Staaten und Völker (ohne Rußland und ohne das britische Weltreich), die Fernhaltung des Bolschewismus aus diesem Europa, der Versuch mit gelenkter Wirtschaft einen Mittelweg zwischen der kapitalistischen freien Wirtschaft der Anglo-Amerikaner und der Staatswirtschaft der russischen Bolschewisten zu finden, die Arbeiter in ihrer Standeshhre zu heben und als gleichberechtigt in Staat und Wirtschaft einzu-

gliedern, jeden Berufsstand zusammenzufassen und mit einer durch Ehrengerichte geschützten Berufsehre zu erfüllen, vor allem aber das Beamtentum zu fördern und zu festigen und die Macht des Währungsgoldes und der anonymen, internationalen Finanzkräfte zu brechen, weiter die Verkündung der Volksgemeinschaft und die Pflege völkischer Art, das waren zukunftssträchtige Ideen, mag ihre Verwirklichung im einzelnen oft unvollkommen und unreif gewesen sein, häufig durch die Unfähigkeit der von Hitler berufenen Männer, bei denen die Eigenschaft eines „alten Kämpfers“ alle intellektuellen und sittlichen Mängel decken mußte.

Ein Staatsmann und eine geschichtliche Persönlichkeit wird nicht gewertet und kann nicht gewertet werden nach dem, was er geplant und erstrebt hat, sondern nur nach dem, was er verwirklicht hat. Da ergibt sich bei Hitler folgendes erschütternde Bild:

- 1.) Hitler erstrebte ein Großdeutschland aller Deutschen; das Ergebnis ist der Untergang des deutschen Reiches und die Aufteilung Deutschlands.
- 2.) Hitler erstrebte die Einigung Europas; das Ergebnis ist das Ende Europas im alten Sinne.
- 3.) Hitler erstrebte neues Siedlungsland im Osten. Das Ergebnis ist ein Rückschlag um über 700 Jahre.
- 4.) Hitler erstrebte die Vernichtung, mindestens die Eindämmung und Schwächung des Bolschewismus; das Ergebnis ist eine Machtstellung des Bolschewismus in Europa und der Welt wie nie zuvor.
- 5.) Hitler erstrebte die Brechung der Macht des Kapitals; das Ergebnis ist eine Steigerung der anonymen, internationalen Finanzkräfte in der nichtbolschewistischen Welt, besonders in Deutschland.
- 6.) Hitler erstrebte eine Austilgung des Judentums in Deutschland, möglichst auch in Europa; das Ergebnis ist, daß das Judentum überall zu großem Einfluß kommt und besonders in Deutschland viele leitende Stellen in Staat, Wirtschaft und Kultur einnehmen wird.
- 7.) Hitler erstrebte einen großartigen Ausbau aller bedeutenden Städte und eine Verschönerung der Siedlung und Wohnung in Stadt und Land; das Ergebnis ist eine Zerstörung von Städten, Dörfern und Kunstwerken, die in der Geschichte ohne Beispiel ist.
- 8.) Hitler erstrebte, das deutsche Volk zu einem Herrenvolk zu machen; das Ergebnis ist, daß wir ein Sklavenvolk geworden sind.
- 9.) Hitler erstrebte, den deutschen Namen in der Welt überall geachtet zu machen; das Ergebnis ist, daß wir wegen unmenschlicher Handlungsweisen gegen Juden, Polen und andere Besiegte mit Schuld beladen dastehen und verachtet und geschmäht werden, wenn auch die amerikanischen und englischen oder russischen Verächter und Schmäher

selbst um nichts besser dastehen und kein sittliches Recht haben, über deutsche sogenannte „Kriegsverbrecher“ abzuurteilen.<sup>203</sup>

- 10.) Hitler erstrebte eine Volksgemeinschaft in Deutschland; das Ergebnis ist, daß unser Volk unter sich zerrissen und von Haß gegen andersdenkende Deutsche erfüllt ist, ja, daß es schon zum Bürgerkriege kommt, wie in Bayern zwischen den Epp folgenden Wehrmachtsteilen (der Freiheitsbewegung) und den SS-Truppen Himmlers.<sup>204</sup>

So das Bild Hitlers, wie es sich jetzt nach den unvollständigen Unterlagen darstellt. Wie es nach Jahrzehnten, wenn alle in- und ausländischen Quellen, Denkwürdigkeiten und Erinnerungen veröffentlicht sind und alle weittragenden Folgen seines geschichtlichen Handelns und seines Untergangs deutlich vor Augen stehen, sein wird, steht dahin. Die Wissenschaft wird jedenfalls für viele Jahrzehnte Stoff haben, diesen Mann und seine Wirkung immer aufs neue zu behandeln und sich mit diesem zweiten Weltkriege auseinanderzusetzen, der schon den dritten Weltkrieg in sich trägt, wie der erste Weltkrieg durch sein aus Unvernunft, Haß und Verblendung erwachsenes Friedensdiktat den zweiten Weltkrieg geboren hat. – Viel-

<sup>203</sup> Die Einsetzung des Internationalen Militärtribunals, das vom 20.11.1945 bis zum 1.10.1946 in Nürnberg tagte, wurde erst im Londoner Viermächteabkommen vom 8.8.1945 festgelegt. Auf Drängen der Exilregierungen in London und jüdischer Organisationen (insbes. Declaration of St. James v. 13.1.1942) hatten die Alliierten seit Herbst 1941 aber wiederholt verkündet, daß sie Kriegsverbrecher zur Rechenschaft ziehen würden, wenn auch die Form umstritten blieb. Ende Okt. 1943 bekräftigten die Regierungen der USA, Englands und der Sowjetunion in der Moskauer Erklärung ihren Willen, Kriegsverbrecher zur Aburteilung an die Länder auszuliefern, in denen die Untaten begangen worden waren, und die Hauptschuldigen auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses zu bestrafen. Etwa gleichzeitig wurde nach längerer Vorbereitung die Kriegsverbrechen-Kommission der Vereinten Nationen (United Nations War Crimes Commission, UNWCC) gegründet, und nach der Konferenz von Jalta bestätigten die drei Großmächte am 12.2.1945 in einer Presseproklamation erneut ihre Entschlossenheit, „alle Kriegsverbrecher einer gerechten und schnellen Bestrafung zuzuführen“. Gründler/Manikowsky, Das Gericht der Sieger, S. 27–54; Smith, Der Jahrhundert-Prozeß, S. 32–72.

<sup>204</sup> Eine von Wehrmachtsangehörigen getragene, in Verbindung mit zivilen Gruppen stehende „Freiheitsaktion Bayern“ beabsichtigte, kurz vor dem erwarteten Angriff der Amerikaner auf München durch Verhaftung des Gauleiters und der führenden Militärs die sofortige Kapitulation zu erzwingen. Sie konnte zwar in der Nacht zum 29.4. den Sender Erding für einige Stunden in ihre Hand bekommen und die Aufforderung zum Putsch verbreiten, da es aber weder gelang, die maßgeblichen Persönlichkeiten festzusetzen, noch wie vorgesehen, den Reichsstatthalter in Bayern, General Franz Xaver Ritter von Epp, zur Übernahme der Verhandlungen mit den Amerikanern zu bewegen, gaben die Verschwörer auf die Meldung hin, daß SS-Truppen im Anmarsch seien, ihr Vorhaben auf. Mehrere Beteiligte, darunter der Verbindungsoffizier zu Epp, wurden von Standgerichten zum Tode verurteilt und erschossen. Gegen Epp erging das gleiche Urteil, die Vollstreckung wurde aber von Gauleiter Paul Giesler verhindert. Heike Bretschneider, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933–1945. München 1968, S. 218–239; Hermann Giesler, Ein anderer Hitler. Erlebnisse, Gespräche, Reflexionen. Leoni am Starnberger See 1978, S. 77–84.

leicht wird auch über Hitler, wie so manches Mal im geschichtlichen Leben, ein Dichter aus seiner Schau das letzte Wort sprechen.

Abends habe ich regelmäßig eine nette Aussprache mit Edmund Duckwitz. Er ist sehr niedergeschlagen und sieht auch seiner persönlichen Zukunft mit größter Sorge entgegen. [...] Auch ich gebe mich über die allgemeine Lage und über die proletarische, entbehrungsreiche persönliche Zukunft keinen Täuschungen hin. Ich bin auf schweres äußeres und inneres Leid gefaßt. Ich bemühte mich aber, Edmund die Verzweiflung über unser Reich und Volk zu nehmen. Ich suchte darzulegen, daß unser Volk die verschiedensten Kräfte und Gaben in sich habe, politische, militärische, wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche, künstlerische, philosophische und religiöse, und daß bald die eine, bald die andere Richtung der Kräfte und Leistungen überwöge, da es unmöglich sei, auf allen Gebieten gleichzeitig das Höchste zu leisten. Jetzt seien die politischen, militärischen und wirtschaftlichen, vielleicht auch die technischen Leistungen zerschlagen und würden für lange Zeit durch feindliche Gewalt niedergehalten. Möglich sei aber, daß unser verkleinertes, politisch, militärisch und wirtschaftlich entmächtigtes Volk wieder ein Volk der Dichter und Denker werde. Unser Volk habe der Welt noch etwas zu sagen, das nur wir Deutschen aussprechen könnten. Es könne uns durch all dies Leid und dies furchtbare Schicksal eine innere Erneuerung beschieden sein, eine religiöse und sittliche Erweckung, die ein anderes Verhältnis von Mensch zu Mensch und ein anderes Verhältnis des Menschen zum äußeren Leben und zu den Dingen dieser Welt hervorrufe. Aus solchem Erleben werde vielleicht ein Dichter und Seher oder ein religiöser Reformator und Verkündiger erstehen, der der ganzen Menschheit Neues schenke. Unser äußeres Leben werde gewiß mehr als einfach, ja, kümmerlich sein. Unser Volk werde aber durch die Not gezwungen werden, mehr als bisher in Kleingärten und in Kleintierzucht einen Teil seiner Ernährung zu suchen und somit der Natur mehr verbunden werden. Die großen Industriestädte würden sich auflösen, die Besiedlung werde dem Lande zustreben. Das Handwerk werde wieder hochkommen. In jedem Haushalt werde jeder das Nötige an handwerklichen Arbeiten selbst machen müssen. Große Musik und große Theatervorstellungen würden schwinden, doch würden Kinderfeste und -vorstellungen, Hausmusik und Volksgesang gestärkt werden, wie in der Jugendbewegung. Wie in der Jugendbewegung würden auch viele wieder töpfern, einfachen Schmuck hämmern, auch Möbel tischlern und Kleider herstellen. Die Gemeinschaft der Deutschen werde über die politischen Trennungen hinweg bleiben. Das deutsche Buch werde die Verbindung fördern. Bei dem Mangel an Büchern werde jedes Buch einen erhöhten Wert erhalten und häufiger gelesen werden, auch von Hand zu Hand gehen. Die Vielleerei werde aufhören, das eigene Denken und Fühlen dadurch erhöht werden. Niemand komme mehr in ein gemachtes Bett. Schlichtheit und Natürlichkeit des Umgangs würden herrschend werden. Die Menschen würden

sich – unabhängig von Beruf, Stand und gelehrter Bildung – mehr als Menschen nehmen und werten.

Diese Zukunft darf man freilich nicht in wenigen Jahren erwarten; es können viele Jahrzehnte vergehen, bis sich die ersten Anzeichen zeigen. Auch kommt diese Zukunft nicht von selbst, sondern muß erstrebt und erarbeitet, auch erlitten werden. Unter Verzicht auf alles, was uns Bürgerlichen an Behaglichkeit des äußeren Lebens, an Bequemlichkeiten der städtischen Einrichtungen, an Genüssen im Essen, Trinken und Wohnen, in gesellschaftlichen und künstlerischen Veranstaltungen, an Überliefertem und Ererbtem lieb und wert, zum Teil lebensnotwendig war, müssen wir unser eigenes Leben bewußt und bejahend auf die neue Zeit umstellen und in unserem Kreise, bei Kindern, Enkeln und Freunden – wenn möglich auch darüber hinaus –, auf eine andere Einstellung zu den äußeren Dingen des Lebens hinwirken, immer mit dem Ziel vor Augen, auf einfachster Lebensgrundlage eine innere Erneuerung vorzubereiten – in gleicher Weise im Kampfe gegen die, die sich leicht und selbstsüchtig, vielfach gewiß auch raffgierig und mammonistisch dem anglo-amerikanischen Wesen angleichen und mit dem westlichen Strom schwimmen, wie gegen die, die ihre Kräfte von der Not des Daseins ganz verzehren lassen und in ein Fellachenleben hinabsinken, ebenso aber auch im Kampfe gegen die, die nicht in Geduld und Arbeit Schritt für Schritt die Zukunft heraufführen wollen, sondern mit revolutionären Mitteln, sei es auf bolschewistischer, sei es auf nationalsozialistischer Grundlage, vorgehen und über unser Volk neue Wirren und neues Elend bringen. Das Letzte und Tiefste einer solchen inneren Erneuerung entzieht sich allerdings menschlichem Schaffen; es kann nicht „gemacht“ werden, sondern muß als Gabe und Gnade von oben kommen. Voraussetzung für solche Neugeburt unseres Volkes ist, daß es zu einem wesentlichen Teil diese furchtbare Notzeit überlebt. Für die biologische Erhaltung unseres Volkes müssen in den nächsten Jahren alle Kräfte eingesetzt werden.

Diese Zukunft, die mir vorschwebt, die mir freilich nicht eine Gewißheit, aber auch nicht eine leere Utopie ist, gibt mir mehr Hoffnung als der Gedanke Edmunds, daß die Anglo-Amerikaner mit den Russen in immer stärkere Spannung und immer stärkere Gegensätze geraten und die Deutschen gegen Rußland nötig haben würden. Denn eine solche außenpolitische Lage könnte uns bestenfalls das Überleben erleichtern, da die Anglo-Amerikaner uns dann vielleicht nicht ganz auspressen und biologisch versinken lassen würden; sie könnte aber auch dahin führen, daß uns die Anglo-Amerikaner als Kanonenfutter mißbrauchten und Deutschland das Schlachtfeld des dritten Weltkrieges würde.

*Donnerstag, 3. Mai 1945*

[...]

Im Rathause. Dort äußerlich und innerlich noch ein vollständiges Durcheinander. Der obere Flur voll von Beamten, Senatoren usw. Mein Zimmer von dem amerikanischen Wirtschaftsreferenten Capt[ain] Andre besetzt.<sup>205</sup> Oberregierungsrat Behrens, Scholvin und andere gesprochen.<sup>206</sup> Die Organisation und der räumliche Umfang der amerikanischen Verwaltung (Abrenzung gegen die Briten) noch ungeklärt. Für die deutsche Leitung der Stadtverwaltung werden Dr. Lifschütz,<sup>207</sup> Rechtsanwalt, Bremer, jüdischer Emigrant (Holland) und Senator Vagts<sup>208</sup> genannt. Für diesen spricht nur, daß er nie Parteimitglied der Nationalso[zialisten] war; seine musikalische Begabung und sein schönes Klavierspiel sind für den Bürgermeisterposten weniger wichtig. [...]

An der Weser und die gesprengten Brücken gesehen. Die Sprengung vorgenommen, als der Feind schon in Hastedt stand, die Sprengung also militärisch sinnlos war und nur Bremens Bevölkerung treffen konnte.<sup>209</sup> Mit den Brücken die Zuleitung von Wasser, Elektrizität und Gas gesprengt. In wenigen Tagen haben die Engländer eine Pontonbrücke am Sielwall hergestellt, über die ein ständiger Verkehr leichter und schwerer Kraftwagen der Feinde geht.

Oberfinanzpräsident Dr. Spindler über die Finanzen und Steuern gesprochen; die Reichssteuern als bremische Steuern zu erheben; neue Unterlagen? Frage des Finanzbezirks erörtert; rechts und links der Weser mit

<sup>205</sup> Captain John A. Andre, stellvertretender Leiter des Civil Administration Branch der Militärregierung.

<sup>206</sup> Wilhelm Scholvin, 1884–1985. 1914–1920 Oberlehrer am Technikum Bremen; 1934–1952 Leiter des Bauaufsichtsamts, am 29.9.1945 von der Militärregierung vorübergehend aus dem Amt entlassen. Zu Behrens vgl. Kap.1, Anm. 26.

<sup>207</sup> Dr. jur. Alexander Lifschütz, 1890–1969. Seit 1904 in Bremen, Jurastudium, Rechtsanwalt, seit 1924 Notar. Nach dem Entzug der Zulassung 1933 Emigration in die Schweiz, später nach Holland, Wiederaufbau einer großen Anwaltspraxis in Amsterdam, im März 1947 zum Vors. der Berufungskammer für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ernannt, seit Nov. 1947 bis Ende 1949 Senator für die politische Befreiung, 1956–1969 Präs. des Bremer Staatsgerichtshofs.

<sup>208</sup> Erich Vagts, 1896–1980. Bis 1925 Landbunddirektor in Mecklenburg-Schwerin, nach der Übersiedlung nach Bremen 1926 stellv. Vors. der dortigen DNVP, 1927–1933 MdBü, Fraktionsvors., 1933 Senator, 1933–1935, 1937/38 Präs. der Gemeindeaufsichtsbehörde, 1935–1937 Vertreter Bremens, 1938–1945 Vertreter Bremens und Oldenburgs beim Reich, 2.5. bis 31.7.1945 Reg. Bgm. Vagts hatte der NSDAP nicht angehört. Das Kreisgericht hatte sein Aufnahmegesuch am 25.11.1938 abgelehnt, das Gaugericht diese Entscheidung am 12.9.1939 aufgehoben. Trotz Lockerung der Mitgliedersperre erfolgten zu dieser Zeit im Gau Weser-Ems jedoch keine Neuaufnahmen.

<sup>209</sup> Die zwei noch benutzbaren Weserbrücken, Lüderitz- und Kaiserbrücke, wurden am 25.4.1945 gesprengt, als die britischen Verbände bereits auf beiden Ufern in die Außenbezirke Bremens eindrangten. Nachmittags erreichten sie Hastedt und die Neustadt. Schwarzwälder, Weserbrücken, S. 25–30.

Bremen als Mittelpunkt? – Abends ziehe ich *von Edmund Duckwitz*, dem ich nicht länger zu Last fallen wollte, *zum Ehepaar Kröncke, Max-Reger-Straße 19.*<sup>210</sup> [...]

*Freitag, 4. Mai 1945*

Ausgehzeit für Männer morgens 8 bis abends 18 Uhr. Ich gehe abends gegen 19 Uhr, nachdem ich „zu Hause“ gegessen, nach der nahen Max-Reger-Straße hinüber. Ab 19 Uhr Belagerungszustand.

Arnold und Klaus, zum Teil auch Paula arbeiten stark in der Händelstraße 9, um das Haus bis Ende Mai für uns bewohnbar zu machen. Der Zustand in unserer Wohnung für Mutter und Paula in der Hauswirtschaft, besonders für Paula in der nach allen Seiten offenen Küche, kaum zu ertragen. Ich kann nur durch Holzzerkleinern und Wasserholen etwas helfen. Schon das Herdanmachen ist eine große Mühe; alles Essen, Geschirr usw. muß von der Küche die Verandatreppe herab durchs Freie in die Garage, die unser Wohn- und Eßzimmer und Arnolds und Paulas Schlafzimmer ist, und in den Keller getragen werden, ebenso natürlich umgekehrt. Es weht und zieht durch alle Räume. Jetzt dazu noch Regengüsse. Trotz alles Schuttauskehrens überall Schmutz. Alle Sachen, auch die Kleidung, verdreht. Meine Wandertiefel sind in den Scherben und Glassplittern durchgelaufen. Mäntel und alle Kleidungsstücke nutzen stark ab. Auch der Mensch selbst kann sich nicht reinhalten. Das Brunnenwasser ist, wie fast überall, auch in der Max-Reger-Str[afte] dunkelbraun und hat eine üble Fettschicht. Darin wäscht man sich. Wäsche kann darin nicht gewaschen werden. [...]

*Samstag, 5. Mai 1945*

[...]

Bei Schuster Götte. Er hat meine Schuhe, da es kein Sohlenleder und kein Ersatzmaterial gibt, mit einem Stück Autoreifen besohlt, hart und unbiegsam, aber dauerhaft.

Im Rathaus bei Jüdefeind. Er setzt mir die amerikanische Organisation unter Welker auseinander; Spezialreferenten für die einzelnen Gebiete. Die bremische Verwaltung noch in der Schweben. In gestriger Sitzung ist *Vagts als vorläufiger Leiter* („Bürgermeister“?) *vorgestellt. Er soll einen Senat bilden.*<sup>211</sup> Die amerikanischen Referenten haben in die Sitzung die vor-

<sup>210</sup> Wilhelm Kröncke, geb. 1903, Fabrikant. Bei ihm und seiner Familie wohnte Spitta bis zum 9.6.1945.

<sup>211</sup> In der ersten Instruktion Welkers für den „Kommissarischen Regierenden Bürgermeister“ Vagts vom 2.5.1945 wurde diesem die generelle Aufgabe übertragen, für die Koordination der deutschen Verwaltung in Übereinstimmung mit den Weisungen der Militärregierung zu sorgen. Er wurde speziell dafür verantwortlich gemacht, daß alle Spuren des Nationalsozialismus unverzüglich ausgetilgt, alle Diskri-



läufigen bremischen Sachbearbeiter mitgebracht: Duckwitz und Spindler für die Finanzen, Dr. Schultz und Toebelmann für die Ernährungswirtschaft, Jüdefeind für die Regierungskanzlei; Hackenberg<sup>212</sup> für das Schulwesen (Kurz noch unerreichbar in Schönebeck),<sup>213</sup> Dettmar<sup>214</sup> für städtische Werke usw. Die Verwaltung wird eingerichtet „für die Stadt und den Regierungsbezirk Bremen“ (so der Dolmetscher), Größe des Gebiets offen; Weserschlauch? Ernährungsgebiet der Stadt? Finanzgebiet?

Versorgungsbetriebe: Elektrizitätswerk [soll] mit amerikanischer Hilfe in sechs Monaten [wieder in Gang gesetzt werden]; Wasserwerk, nur durch Granaten getroffen, bald arbeitsfähig; aber Harzleitung und Zuleitung zum rechten Weserufer [zerstört]. Gaswerk in ein bis zwei Monaten [betriebsbereit], aber Kohlenfrage. Aushilfsweise elektr[ischer] Strom von Farge und von Nordd[eutscher] Hütte für Krankenhäuser, Rolandmühle usw. Benutzung der englischen Brücke: „Solange die verrückten Deutschen noch kämpfen, kann davon keine Rede sein.“

Seit letzter Nacht soll *westlich der Elbe Waffenruhe* sein.<sup>215</sup> In Italien hat die deutsche Armee kapituliert.<sup>216</sup> Östlich der Elbe scheint noch gekämpft zu werden. – Durchprüfung aller Beamten; Neuzulassung der Rechtsanwälte und Notare. [...]

Der Baumwollkaufmann Bote (Bauherr von Liebfrauen) erzählt mir, daß er zu den Amerikanern die Beziehungen aufgenommen und ihnen die Baumwollschuppen im Hafen gezeigt habe.<sup>217</sup> Die Amerikaner wollten

minierungen aus Gründen der Religion, Rasse oder Hautfarbe beendet und sämtliche Zweige der Bremer Regierung von Nationalsozialisten gesäubert würden. Der Militärgouverneur kündigte eine strenge, aber gerechte Herrschaft an und sagte zu, ein „normales Leben“ der Zivilbevölkerung wiederherstellen zu wollen, wobei er allerdings militärischen Notwendigkeiten Vorrang einräumen werde. (StAB: 3–R. 1. m. Nr. 2).

<sup>212</sup> Dr. phil. Friedrich Hackenberg, geb. 1890. 1933 Nachfolger des beurlaubten Direktors der Oberrealschule, Prof. Dr. Carl Dietz; im Zweiten Weltkrieg Dezerent in der Schulbehörde, 1949–1956 im bremischen Schuldienst.

<sup>213</sup> Stadt an der Elbe bei Magdeburg.

<sup>214</sup> Dr. Ing. Werner Dettmar, 1901–1951, am 9.10.1945 auf Anordnung der Militärregierung als Direktor der Stadtwerke Bremen entlassen.

<sup>215</sup> Am 4.5. erklärte das OKW gegenüber dem britischen Feldmarschall Montgomery die bedingungslose Kapitulation aller deutschen Streitkräfte in Holland, Nordwestdeutschland einschließlich der Inseln und Dänemarks. Die vereinbarte Waffenruhe trat am Morgen des 5.5. in Kraft.

<sup>216</sup> Am 29.4. hatten der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Südwest, Generaloberst von Vietinghoff-Scheel, und der Höchste SS- und Polizeiführer in Italien, Obergruppenführer Karl Wolff, die Kapitulationsurkunde unterzeichnet; die Kämpfe wurden am 2.5. eingestellt. Genauer dazu: Hansen, Das Ende, S. 69–80.

<sup>217</sup> Albert Bote, 1889–1961. Leiter der Baumwoll-Kommissions- und Lagerhäuser GmbH., bis 1935 im Vorstand der Bremer Baumwollbörse, 1949–1951 deren Präs.; 1912–1919 (Übersiedlung nach Rotterdam, um bis 1931 die dortige Niederlassung seiner Firma zu leiten), im Vorstand der Nationalliberalen Partei und DVP, bis 1933 Md. der DVP. Lange Jahre Rechnungsführer der Inneren Mission in Bremen und Bauherr der Gemeinde Unser-Lieben-Frauen, in dieser Eigenschaft maßgeblich am

große Transporte für Europa über Bremen leiten (?). – Abends zwei Stunden bei Krönckes. Anregende Unterhaltung, besonders mit der lebhaften Frau, die sich als Demokratin und Liberale bekennt. Ihre Schwester Professor der Philosophie und Geschichte an einer Universität in Kalifornien. Ich soll nicht ihr Mieter, sondern ihr Gast sein.

*Sonntag, 6. Mai 1945*

[...] Die Bevölkerung, die Brot haben will, muß jetzt den verteilten Roggen gegen Brot eintauschen, drei Pfund Roggen gegen vier Pfund Brot. Dabei langes Schlangestehen vor den Bäckerläden. [...]

Herr Schiffner vom Rathause fährt mit dem Polizeiauto bei uns vor, fragt nach mir; ich abwesend; bittet um Apelts Anschrift. Das erweckt die Hoffnung, daß Vagts Apelts Mitarbeit wünscht. Für Bremen aufs innigste zu wünschen, daß eine solche Kraft – die beste Kraft, die wir im öffentlichen Leben haben – und ein solcher Mensch und Charakter mitarbeitet; aber es ist eine wenig begehrensweite Aufgabe, undankbar, da man nie das Gehoffte und und Erstrebte erreichen wird, qualvoll durch die amerikanische Fremdherrschaft und Bindung an die Befehle der Amerikaner, voll äußerer und innerer Schwierigkeiten – nicht zu reden davon, daß irgend ein fanatisierter Nazi oder auch Kommunist den, der mit den Amerikanern zusammenarbeitet, eines Tages niederschießt oder in die Luft sprengt. So wird es für Apelt eine entsagungsvolle Arbeit werden, doppelt entsagungsvoll unter einem Vagts, dem Apelt in allem hundertfach überlegen ist.

*Montag, 7. Mai 1945*

[...] Während des Frühstücks Sander. Er erzählt, daß auch ihre zweite Einquartierung im Deichhause (Britten) gut verlaufen sei; höfliches Betragen der Soldaten; Geschenke von Lebensmitteln. Bei den Bauern am Deich haben andere Soldaten vielfach schrecklich gehaust, alles erbrochen und viel genommen. Die Blockländer Milchbauern durch den Artillerie-Beschuß des letzten Kampftages schwer getroffen; ein Bauer hat 21 Milchkühe verloren. Merkwürdige Wirkung der gegenwärtigen Lage: Massenhaft Kuhfleisch zu haben, auf den Dörfern Milch in Mengen, da der Absatz nach der Stadt noch fehlt; alle Bauern buttern wieder. [...]

Kampf der Bekennenden Kirche Bremens beteiligt. 1935 als Gegner des Nationalsozialismus von den Ämtern in der Baumwollbörse zurückgetreten, 1945 Mitbegründer und Fraktionsvors. der BDV, nach deren Eingliederung in die FDP als Md. einer innerparteilichen Oppositionsgruppe, des „liberalen Kreises“, 1953 ausgeschlossen, aber nach Überprüfung des Beschlusses 1955 wieder aufgenommen und später zweiter Vors. des Landesverbands der FDP. Vgl. Brem. Biogr., S. 71f. Die BEK zeichnete sich durch die große Selbständigkeit der Gemeinden und deren Leitung durch Laien aus. An der Spitze jeder Gemeinde stand ein Kollegium von zwei bis vier auf Lebenszeit gewählten „Bauherren“, die vor allem auch für die Vermögensverwaltung zuständig waren. Vgl. Stoevesandt, Bekennende Gemeinden, S. 9f.

Ausgehzeit verlängert: 8 bis 8 Uhr für Männer und Frauen. Viel Elend durch neue Einquartierungen; Leute, die zu Verwandten oder Freunden gezogen sind, liegen nochmals auf der Straße, da auch ihre Gastgeber oder Vermieter Einquartierung erhalten und in Fristen von ein bis zwei Stunden ausziehen müssen.

Apelts Besuch bei Mutter nur kurz; die meiste Zeit gingen Apelt und ich in der Sonne auf und ab, um die *Lage in Bremen* zu erörtern. *Vagts will von Apelt und mir ein Memorandum* über die Personen, die für den Senat in Frage kommen, und über den räumlichen und staatsrechtlichen Aufbau der „Hansestadt Bremen“. *Apelt und ich sollen Mitglieder des Senats werden*. Vagts hat geschildert, wie er zum Reg[ierenden] Bürgermeister „befohlen“ worden ist.<sup>218</sup> Nach einigen Vernehmungen hat ihm Welker erklärt: „Sie sind Reg[ierender] Bürgermeister und haften mir für Ruhe und Ordnung in der Stadt.“ Vagts hat gesagt, für die Bremer könne er einstehen, nicht für die vielen anderen Elemente. W[elker]: „Sie haben die Polizei.“ V[agts]: „Die hat keine Waffen.“ W[elker]: „Sie wird bewaffnet werden.“ usw. – Vagts zum Commander in Chief befohlen; Vorschriften über Verhalten; zum Schluß Einladung zu einer Tasse Tee; der Tee wurde ihm aber nicht im Zimmer, in dem der Commander und Welker Tee tranken, angeboten, sondern im Vorzimmer!! – Apelt und ich besprechen die Personenfrage und die staatsrechtliche und verwaltungsmäßige Einrichtung Bremens. Apelt läßt mir seine nächtlichen Notizen da.<sup>219</sup> Ich teile Apelts Auffassung, daß wir uns dieser undankbaren, nahezu verzweifelten Aufgabe nicht entziehen können. Mutter hat mit Recht Bedenken, ob ich diesen Anforderungen in meinem Alter gewachsen sei.<sup>220</sup> Rücksprache mit Arnold, besonders über Personen der Kaufmannschaft.

Abends bei Rotwein mit Ehepaar Kröncke bis gegen 11 Uhr. Im Rundfunk hören wir, daß *Graf Schwerin-Krosigk als Außenminister im Auftrage von Dönitz die bedingungslose Kapitulation Deutschlands angeboten habe und diese Kapitulation nachts zwischen 2 und 3 Uhr in Reims vom Chef des*

<sup>218</sup> Nach der *Functional History* 1945/46 I, S. 6 und 55 war Vagts' Ernennung auf Drängen des Befehlshabers der 52. Lowland Division der Briten und Militärkommandanten von Bremen, Generalmajor Hakewell-Smith, erfolgt, der der amerikanischen Militärregierung zunächst übergeordnet war. Allerdings mag die Darstellung dadurch beeinflußt sein, daß sich die zuständigen Offiziere gegenüber der Civil Administration Division des Frankfurter Hauptquartiers verantworten mußten, vgl. den Schriftwechsel über Vagts vom 9. – 18. 8. 1945 in den National Archives, RG 260, OMGUS, AG 1945–46, Box 15, Folder 2, Kopien im IfZ.

<sup>219</sup> Sie befinden sich im StAB: 7, 35 NL Apelt.

<sup>220</sup> Spitta war damals 72 Jahre alt. Ein Berater der Militärregierung faßte eine kurze Beurteilung Spittas zusammen: „Great and impressive personality of an elder statesman. Would make a first rate candidate for the highest office if willing to serve, but feels he is too old.“ National Archives, RG 260, OMGUS 17/199–3(12), Kopien im IfZ.

*deutschen Generalstabes Jodl unterzeichnet sei.*<sup>221</sup> Der 8. Mai ist „der Tag des Sieges“ mit Ansprachen Churchills und des englischen Königs usw. – Das ist also *das Ende des „Dritten Reiches“*.

So ist Mutters Geburtstag in diesem Jahre ein geschichtlich bedeutungsvoller Tag und vielleicht auch für mein persönliches Leben und Arbeiten der Beginn einer unendlich schweren, an Erniedrigungen und Fehlschlägen reichen Zeit. Ich habe mir den Schluß meines Lebens anders gedacht, wollte [...] ganz in der Stille und im engsten Kreise leben und wirken, solange mir das noch beschieden sein würde. Nun werde ich in die große Welt gerissen und vor eine Aufgabe gestellt, die so, wie man möchte und wie andere erwarten, nicht gelöst werden kann und mich rasch verbrauchen und verzehren wird.

<sup>221</sup> Die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht wurde am 7.5.1945 in Eisenhowers Hauptquartier in Reims vom Chef des Wehrmachtführungsstabs Alfred Jodl (1890–1946, in Nürnberg hingerichtet) unterzeichnet. Die endgültige Waffenruhe sollte am 9.5. eintreten. Der Leitende Minister und zugleich Außenminister der Geschäftsführenden Reichsregierung, Lutz Graf Schwerin von Krosigk (1887–1977, 1932–1945 Reichsfinanzminister, seit 2.5. im derzeitigen Amt), gab die Beendigung der Kämpfe am Mittag des 7.5. in einer Rundfunkansprache bekannt. Genauer dazu Hansen, *Das Ende*, S. 148–158, und Bodo Scheurig, Alfred Jodl. Gehorsam und Verhängnis. Biographie, Berlin/Frankfurt a. M. 1991, S. 327–345.

## 2. Von den Amerikanern ernannter Senator unter Bürgermeister Vagts 8. Mai bis 31. Juli 1945

*Dienstag, 8. Mai 1945*

Vormittags Apelts Namen und Stichworte durchgearbeitet; einige Zusätze. Nachmittags Besprechung darüber mit Apelt. Wir sind uns darüber klar, daß auch dieser Auftrag Vagts' sowie die ganze Stellung Vagts' über Nacht erledigt sein können. Der Rechtsanwalt, der von den Amerikanern vor einigen Tagen mit der Neuordnung von Rechtsanwaltschaft und Notariat beauftragt worden ist, ist heute nicht mehr vorhanden; er ist nicht nur abgesetzt, sondern auch verhaftet. So kann es auch dem Regiment Vagts ergehen.

Edm[und] Duckwitz besucht. Er erzählt, daß Richard „privatisiere“, bis seine Papiere geprüft seien. Kröncke: Die Amerikaner haben erklärt, aus ihrem Gebiet würden keine deutschen Arbeitsbataillone nach Rußland geschickt werden.<sup>1</sup>

*Mittwoch, 9. Mai 1945*

Vormittags Memorandum und Personenfrage mit Apelt und Oberregierungsrat Behrens im Zimmer von Behrens im Rathause besprochen. Behrens hat Zimmer neben Bürgermeister Vagts und ist erfreulicherweise of-

<sup>1</sup> Im Nov. 1943 waren in ausländischen Zeitungen Berichte über die Forderung der Sowjetunion erschienen, ihr nach der Kapitulation Deutschlands fünf Jahre lang 10 Mio. deutsche Arbeiter für den Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen. Das Thema wurde bei der Konferenz in Jalta am 5.2.1945 behandelt, wobei Stalin die grundsätzliche Zustimmung Roosevelts fand. Da die Sowjetunion aber einen konkreten Plan für die Verwendung deutscher Arbeitskräfte noch nicht vorlegen konnte, begnügten sich die drei Regierungschefs damit, in einem „Protokoll über deutsche Reparationen“ vom 11.2.1945 auch diese Form der „Naturalreparation“ vorzusehen. Goebbels hatte die seit Ende 1943 bekannten Deportationspläne für seine Propaganda benutzt, um die Furcht vor den Folgen einer Kriegsniederlage zu schüren und den Durchhaltewillen zu stärken. Aus dem von der Roten Armee besetzten Territorium wurden – seit Dez. 1944 aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien, seit Jan./Feb. 1945 aus den deutschen Gebieten östlich der Oder/Neiße – mehr als 200 000 Deutsche zur Zwangsarbeit in die sowjetischen Industrieregionen verschleppt; etwa die Hälfte von ihnen kam um. (Die Konferenzen von Malta und Jalta. Dokumente vom 17.7.1944 bis 3.6.1945, hrsg. v. Department of State USA, Deutsche Ausgabe, Düsseldorf 1956, S. 580–582, 908; Ernest K. Bramsted, Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945, Frankfurt/M. 1971, S. 435; Schieder, Die Vertreibung, Bd. I/1, S. 79E–87E).

fenbar Vagts' rechte Hand und ständiger Berater. Nachmittags 4<sup>1/2</sup> bis 6 Uhr Besprechung von Apelt, Behrens und mir mit Vagts. Die *Grundsätze unseres Memorandums*<sup>2</sup> billigt Vagts durchweg, also im wesentlichen:

- I. 1. *Die amerikan[ische] Einflußzone* muß den ganzen Weserschlauch einschl[ießlich] Wesermünde umfassen.
2. Hinterland nicht zu klein
  - a) aus Gründen der Ernährung
  - b) zur Sicherung der finanziellen Grundlage (Ausgleich zwischen Stadt und Land)
  - c) aus Gründen der Arbeitspolitik (Arbeitslosigkeit in der Stadt, Bedarf an Arbeitskräften auf dem Lande).
- II. *Stadt Bremen*: Gegenwärtiges Stadtgebiet (einschl[ießlich] Häfen in Bremerhaven).  
Landgemeinden.  
Hafenanlagen in Brake.
- III. *Organisation des Landes Bremen*.
  1. Keine Gleichsetzung von Land und Stadt.
  2. Verwaltung von *einer* Stelle aus. Amerikaner werden nur mit *einer* verantwortlichen Stelle zu tun haben wollen.
  3. Keine besondere Landesregierung neben dem Senat von Bremen.
- IV. *Historische Form des Stadtstaates*.  
Senat zugleich Stadtmagistrat und Landesregierung.
  - a) Trennung der Finanzen des Landes und der Stadt Bremen.
  - b) Weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden.  
Für Landesregierung (Senat) wäre in Anspruch zu nehmen:  
aa) Gesetzgebungshoheit.

<sup>2</sup> Das Memorandum „Bemerkungen zur Frage der staatsrechtlichen Neuordnung der freien Hansestadt Bremen (Land und Stadt) im Rahmen der amerikanischen Einflußzone“ befindet sich im StAB: 7, 35 NL Apelt. Zu den Punkten III/1 und 2 hieß es ausführlich: „1) Eine Gleichsetzung des Gebietes von Land und Stadt Bremen verbietet sich wegen des Umfanges und der Gegensätze, sowie wegen der darin liegenden Gefahr alsbaldiger Abspaltungen, die sich dann auch auf jetzt schon zur Stadt Bremen gehörige Teile erstrecken könnten. 2) Ein selbständiges und unmittelbares Verhältnis der einzelnen Gemeinden (Bremen, Wesermünde usw.) zu der amerikanischen Militärregierung wäre in jedem Betracht unerwünscht, auch vom amerikanischen Standpunkt. Es würde den unerfreulichsten Wettlauf um die Gunst der Amerikaner und einen Krieg aller gegen alle bedeuten. Zugleich würde es die Amerikaner zur eigentlichen verantwortlichen Landesregierung machen, was wohl kaum in deren Absichten liegen wird.“ Von den Häfen sollte nur der Fischereihafen Wesermünde „Eigentum und Verwaltungsobjekt“ dieser Gemeinde sein. In erster Linie ging es den Verfassern des Memorandums darum, der Stadt Bremen außer den in ihrem unmittelbaren Bereich liegenden auch die Bremerhavener Häfen zu sichern und „die Hafenanlagen in Brake jedenfalls der Verwaltung nach“ ebenfalls der Stadt zu unterstellen.

- bb) Justizhoheit.
- cc) Finanzhoheit (Zuteilung der Steuern, Finanzausgleich).
- dd) Polizeihoheit.
- ee) Kommunale Aufsicht.

Häfen Gemeindeangelegenheit. Ebenso Schulen, Kunstanstalten, Werke, bei Schulen Staatsaufsicht und staatliche Gesetzgebung.

### *Personen und Geschäftsverteilung:*<sup>3</sup>

|                          |                    | Staatsräte usw.               |
|--------------------------|--------------------|-------------------------------|
| 1. Äußeres               | }                  | 1. Behrens                    |
| 2. Inneres               |                    | 2. Duckwitz?                  |
| 3. Finanzen              | Vagts              | 3. Platz, Plate? <sup>4</sup> |
| 4. Wirtschaft u. Verkehr | Spindler           | 4. Kurz                       |
| 5. Kultur                | Apelt              | 5. Wortmann? <sup>6</sup>     |
| 6. Bauwesen              | Knittermeyer       |                               |
|                          | Theil <sup>5</sup> |                               |

<sup>3</sup> Nach der Darstellung in der Functional History 1945/46 I, S. 55f., hatte Vagts bei seiner Ernennung den Auftrag erhalten, eine Liste mit Vorschlägen für die Zusammensetzung des neuen Senats vorzulegen, was um den 10.5. geschah. Die Ressorts sollten von sechs auf acht vermehrt, außerdem vier Senatoren mit allgemein beratender Funktion ernannt werden. Diese Organisation entsprach der alten hanseatischen Tradition, durch unbesoldete halbamtliche Senatoren die Verbindung zur Wirtschaft zu gewährleisten. Ein handschriftlicher Entwurf Apelts für die fragliche Liste mit zahlreichen, vielleicht auf die Beratungen mit Spitta zurückgehenden Änderungen und Alternativen ist im StAB: 7, 35 NL Apelt erhalten. Er entspricht Spittas Zusammenstellung, nur wird als Schulsenator bereits der im Juni dann tatsächlich in dieses Amt berufene Christian Paulmann genannt. Die Vorschläge für die Senatorenposten zeigen das Bestreben, mit den anstehenden Aufgaben vertraute, aber politisch unbelastete Persönlichkeiten zu finden – was allerdings bei Spindler, Knittermeyer und von Düring mißlang. Dagegen war bei der Auswahl der Staatsräte ausschließlich der Sachverstand entscheidend: Von den vorgeschlagenen leitenden Beamten war wegen der mehr oder weniger engen Verbindung zum NS-Regime keiner für die Amerikaner tragbar.

<sup>4</sup> Ludwig Plate, 1883–1967. Seit 1908 im bremischen Staatsdienst, Oberbaudirektor und bis 1949 Leiter der Wasserstraßendirektion Bremen, 1950 Dr. Ing. E.h. der TH Hannover. Vgl.: Ludwig Plate. Ein Leben für den Weserstrom, in: Schwarzwälder. Berühmte Bremer, S. 203–230.

<sup>5</sup> Emil Theil, 1892–1968, Eisendreherlehrer, 1907 Arbeiterjugend, 1910 SPD und DMV, 1917 USPD, 1918 wegen Beteiligung am Munitionsarbeiterstreik zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt, 1920 als Geschäftsführer des DMV nach Bremen, 1927–1933 Sekretär der Konsumgenossenschaften, seit 1921 MdBü, Fraktionsvors. der USPD, später der SPD, während des Dritten Reichs mehrere Jahre in Haft, 1936 bis 1945 auf der Werft der AG Weser beschäftigt, 1945–1955 Bausenator, 1955–1963 wieder MdBü, bis 1956 Parteivors. der SPD Bremen-Stadt.

<sup>6</sup> Wilhelm Wortmann, geb. 1897. Studium in München und Dresden, Dipl.-Ing., 1934–1945 Bau- und Oberbaurat in Bremen, am 31.7.1945 auf Anordnung der Militärregierung aus dem Staatsdienst entlassen, 1949–1956 freier Architekt in Bremen, 1956–1967 ordentl. Prof. f. Städtebau und Landesplanung an der TH Hannover, 1960/61 Rektor, 1965–1973 Leiter der Arbeitsgruppe Standortforschung an der Technischen Univ. Hannover, zahlreiche Ehrungen und Preise, u.a. 1969 Ehren doktor der TH Aachen, 1972 großes Bundesverdienstkreuz.

|                          |                     |                           |
|--------------------------|---------------------|---------------------------|
| 7. Justiz und Verfassung | Spitta              | 6. Juristische Hilfskraft |
| 8. Fürsorge              | Kaisen <sup>7</sup> | 7.                        |
| 9. Ernährung             | Düring <sup>8</sup> | 8.                        |

Vier Senatoren – 9 bis 12 – ohne Ressort:

Kaufmann Stapelfeldt<sup>9</sup>

Kaufmann Helms<sup>10</sup>

Landwirt Bölken<sup>11</sup>

Arbeiter.

Vagts billigt unsere Vorschläge hinsichtlich der Personen, bezweifelt, daß Duckwitz genehmigt werden würde, sieht Gefahren für Plate (wegen der Unterwassersetzung am linken Weserufer)<sup>12</sup> und für Wortmann (we-

<sup>7</sup> Wilhelm Kaisen, 1887–1979. 1905–1907 Ausbildung zum Stukkateur, Eintritt in die SPD und Gewerkschaft, 1913/14 Besuch der Parteischule in Berlin, 1914–1918 Kriegsdienst als Unteroffizier, 1919–1928 Redakteur des Parteiorgans der Bremer SPD, des Bremer Volksblatts, 1920–1933 MdBü, 1922 zweiter Vors. des SPD-Bezirks Hamburg-Nordwest, 1928–1933 Wohlfahrtssenator, 1931–33 zweiter Vors. der SPD Bremen, 1933–1945 Landwirt, 6.6.–31.7.1945 Senator für Wohlfahrtswesen, 1945–1965 Präs. des Bremer Senats, 1946–1950 Md. des SPD-Parteivorstands, 1949 Wahl zum Vors. der Europa-Union, Landesverband Bremen, 1954 Wahl in das Präsidium der Europa-Union. Lit.: Kaisen, *Meine Arbeit, mein Leben*; Koschnick (Hrsg.), *Zuversicht und Beständigkeit*; Müller (Hrsg.), *Begegnungen mit Wilhelm Kaisen*; Wedemeier (Hrsg.), *Unser Wilhelm Kaisen*; Meyer-Braun, *Wilhelm Kaisen*.

<sup>8</sup> Herbst von Düring, 1893–1953. Teilhaber der Fa. BUSAG Bremer Cigarrenfabriken.

<sup>9</sup> Franz Stapelfeldt, 1877–1954. Generaldirektor der Deschimag, 1940 Wehrwirtschaftsführer, 1940–1944 stellvertretender Präses und Leiter der Industrieabteilung der HK Bremen. Unterstützte den wegen seines Engagements für die Bekennende Kirche aus dem Amt entfernten Pfarrer Hans Asmussen und durch erhebliche finanzielle Zuwendungen den Widerstandskreis um Carl Goerdeler, setzte sich aber auch für die Haftentlassung Theils ein und beschäftigte ihn ebenso wie andere oppositionelle, verfolgte Arbeiter auf seiner Werft. Okt. 1944 bis März 1945 in Haft. Als ehemaliger Wehrwirtschaftsführer am 17.5.1945 von den Amerikanern erneut verhaftet und bis Febr. 1946 interniert. *Brem. Biogr.*, S. 496–499.

<sup>10</sup> Hermann Helms, 1898–1983. Reeder (Vorstandsvors. der Dt. Dampfschiffahrts-Ges. „Hansa“) in Bremen, Aufsichtsratsvors. des Germanischen Lloyd und der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, belgischer Konsul. Vors. der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger und des Kunstvereins in Bremen.

<sup>11</sup> André Bölken, 1901–1965. Landwirt, 1946–1959 Präses der Bremer Landwirtschaftskammer. Juni 1945–Nov. 1946 Senator, 1946–1951 MdBü (BDV, 1947 bis zum Austritt im April 1953 CDU).

<sup>12</sup> Die Wasserstraßendirektion war mit der technischen Planung, Vorbereitung und Durchführung der Überschwemmungen beauftragt, durch die die Wehrmachtführung den Vormarsch der Briten auf Bremen erschweren und das Absetzen von Luftlandetruppen hatte verhindern wollen. Kampfkommandant Becker veranlaßte die Überschwemmungen etwa gleichzeitig mit den Brückensprengungen. Außer dem linken Weserufer war auch die Wümmeniederung und ein Gebiet rechts der Weser bei Hemelingen und Mahndorf betroffen, vgl. die Karte bei Schwarzwälder, *Bremen am Kriegsende I*, S. 81.



gen seiner nationalsoz[ialistischen] Haltung). Vagts hatte mich für die Finanzen in Aussicht genommen; ich setze ihm auseinander, daß die fast unlösbare Aufgabe der Finanzen einen Fachmann erfordere und daß ich für die Bearbeitung der Verfassungsfragen Fachmann sei.<sup>13</sup> Juristische Hilfskraft sichert mir Vagts für die Justiz zu (ich denke an Karl Carstens). Vagts sagt, er werde auch darum die alte Senatsform herzustellen suchen, daß nicht er als Bürgermeister allein der Entscheidende und Verantwortliche sei, sondern der Senat als solcher und er selbst nur *primus inter pares* sei. Apelt und ich halten das für erwünscht, aber nicht für eine Kardinalfrage.

Mitteilungen Vagts' über seine Verhandlungen mit Welker und anderen Amerikanern. Ein deutschsprechender amerikan[ischer] Professor<sup>14</sup> hat Behrens nach mir gefragt, ob ich in Bremen sei usw. Welker sagte, der Senat könne erst in etwa vier Wochen ins Leben treten; der Professor drängt und will Arbeiter – möglichst linksstehend – sofort beteiligt sehen.<sup>15</sup>

Vagts schildert Grundsätze und Verfahren gegen die Nationalsozialisten und die Prüfung der Beamten. Verpflichtung Vagts', den Amerikanern nationalsoz[ialistische] Kämpfer und Parteibonzen zu benennen;<sup>16</sup> Aburtei-

<sup>13</sup> Spitta hatte nach der Revolution von 1918 den Entwurf für die erste demokratische Verfassung Bremens erarbeitet, die 1920 von der Bürgerschaft verabschiedet wurde.

<sup>14</sup> Dr. Walter L. Dorn, 1894–1961. Sohn einer deutsch-amerikanischen Pastorenfamilie in Illinois, Pfarrer, dann Studium der Geschichtswissenschaft und Promotion in diesem Fach, Forschungsreisen nach England und Deutschland (1929, 1932/33), seit 1931 Professor an der Ohio State University in Columbus, 1957–1961 an der Columbia University in New York (Spezialgebiet: deutsche Geschichte des 18. Jahrhunderts). Während des Krieges Leiter der Mitteleuropaabteilung der Research and Analysis Branch des Office of Strategic Services (OSS), des amerikanischen Nachrichtendienstes, seit 1944 als Deutschlandspezialist in den Planungsstäben des Alliierten Hauptquartiers (SHAEF) und als Ausbilder der Militärregierungsoffiziere in England und Frankreich, 1945 Berater der Militärregierungen im Rheinland, in Sachsen und in Bremen, anschließend persönlicher Berater für Entnazifizierungsfragen des Stabschefs der Militärregierung in der US-Zone, General Clarence L. Adcock sowie von Juni 1946 bis Sommer 1947 des (stellv.) Militärgouverneurs, General Lucius D. Clay. Ausführlicher zur Biographie Dorns und Beurteilung seines Wirkens: Lutz Niethammer in der Einleitung zu Dorn, Inspektionsreisen, S. 8–17. Dorn kam nach seinen Erinnerungen mit einer von einem der besten amerikanischen Nachrichtenoffiziere zusammengestellten Liste nach Bremen „mit sieben oder acht Deutschen [...], die noch in Bremen am Leben waren und uns dabei unterstützen konnten, eine im allgemeinen demokratische deutsche Regierung aufzubauen“. Die Zusammenstellung enthielt u.a. die Namen von Kaisen, Spitta, Apelt und Theil. Ebenda, S. 41.

<sup>15</sup> Unter dem Eindruck von Erfahrungen in Leipzig, wo die amerikanische Militärregierung vor seinem Eintreffen das antifaschistische Nationalkomitee Freies Deutschland mit Hilfe der noch kaum gesäuberten deutschen Polizei unterdrückt hatte, wünschte Dorn, in Bremen die in der KGF organisierten Gegner des Nationalsozialismus von vornherein in die zu schaffenden demokratischen Institutionen zu integrieren. Dorn, Inspektionsreisen, S. 39.

<sup>16</sup> Diese Verpflichtung war in der ersten Instruktion Welkers vom 2.5. enthalten, vgl. Kap. 1, Anm. 211. Wie Vagts in einer Besprechung mit den Behördenchefs am

lung durch Amerikaner. Senator Fischer<sup>17</sup> und Oberregierungsrat Köster in Vegesack verhaftet; Verfahren gegen sie; Köster wohl dem Tode verfallen, da er persönlich [im] Nov[ember] [19]38 ein jüdisches Ehepaar in Lesum erschossen haben soll.<sup>18</sup>

Bei den Beamten Stichtag für Parteizugehörigkeit 1. April 1933; wer vorher Parteimitglied wurde, gilt als unmöglich.<sup>19</sup>

8.5. mitteilte, waren alle Bediensteten zu entlassen, die der NSDAP vor dem 1.4.1933 beigetreten waren. Welcher wollte allenfalls drei Ausnahmen zulassen. (Prot. Besprechung b. Reg. Bgm., 8.5.1945, StAB: 3/3).

<sup>17</sup> Dr. jur. Hans-Joachim Fischer, geb. 1904. Seit Sept. 1929 Md. der NSDAP, seit 1931 der SA, 1942 SA-Oberführer. 1931–1934 Rechtsanwalt, dann Regierungsassessor bzw. -rat im Regierungspräsidium Eutin, Dez. 1935 Landesrat der Provinz Westfalen, März 1939 auf Betreiben des Reg. Bgm. Heinrich Böhmcker, der Fischer aus seiner Tätigkeit als SA-Führer und Regierungspräsi. in Eutin kannte, zum Innenminister in Bremen ernannt, 1942 stellvertretender Reichsverteidigungskommissar, seit Juli 1944 außerdem kommissarischer Regierungspräsi. in Osnabrück, am 8.5.1945 (!) zum Regierungspräsi. ernannt, dann Rechtsanwalt in Oldenburg. In den letzten Kriegstagen gehörte er zu denjenigen, die für die kampflose Übergabe Bremens votierten.

<sup>18</sup> Fritz Köster, geb. 1906. Nach Erreichen der Obersekundareife eines Real-Gymnasiums kaufmännischer Angestellter, 1932/33 arbeitslos. 1924–1928 Md. des Jungstahlhelms, seit Aug. 1932 der SA, seit 1.5.1933 der NSDAP. 1933–1934 stellv. Leiter der Ortskrankenkasse in Blumenthal, Aug. 1934 ehrenamtl., Juni 1936 hauptamtl. Bgm. von Lesum, nach der Eingemeindung Lesums im Nov. 1939 in die bremische Verwaltung (Wirtschaftsamt) übernommen, 1940–1942 Regierungsrat in der Senatskanzlei, Kriegsdienst, nach Verwundung seit Jan. 1943 ORR, zuletzt als Vertreter des Bausenators. Als Führer des SA-Sturms, der in der Nacht vom 9. zum 10.11.1938 drei jüdische Bürger in Lesum ermordete, am 11.2.1948 zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt, in der Revisionsverhandlung am 9.5.1949 zu 15 Jahren Zuchthaus. Archiv des IfZ: Gb11.06.

<sup>19</sup> Die vagen und häufig wechselnden, unter den führenden amerikanischen Politikern und Militärs stark umstrittenen Anweisungen für die Säuberung der Verwaltung von Nationalsozialisten und Militaristen behandelt ausführlich: Niethammer, Entnazifizierung, S. 32–67. Nach der letzten, am 10.5.1945 von Truman bestätigten Fassung der Direktive JCS 1067 sollten „alle aktiven Helfer und Anhänger des Nazismus oder Militarismus“, ferner „alle übrigen für die alliierten Zwecke gefährlichen Personen“ und „alle Mitglieder der Nazi-Partei, die mehr als nominell an ihren Aktivitäten teilgenommen haben“, aus öffentlichen Ämtern entfernt werden. Zu der letzten Gruppe zählten, abgesehen von denen, die sich Verbrechen hatten zuschulden kommen lassen, Amtsträger der NS-Organisationen sowie Personen, die die nationalsozialistische oder eine verwandte Ideologie vertraten oder der NSDAP bzw. ihren Funktionären freiwillig wesentliche politische, moralische oder materielle Unterstützung gewährt hatten. Die Bremer Militärregierung konkretisierte die Bestimmungen, indem sie die Entlassung aller Staatsbediensteten verfügte, die vor dem 1.4.1933 der NSDAP beigetreten waren. Ausnahmen sollte es nicht geben. Vagts in der Besprechung mit den Verwaltungschefs am 8.5.1945, StAB: 3/3; Peters, Bremen 1945–1956, S. 7.

*Donnerstag, 10. Mai 1945, Himmelfahrt*

Mutter hat morgens in der Christengemeinschaft zum ersten Male wieder die Menschenweihehandlung.<sup>20</sup>

Als ich Arnold erzähle, Apelt hätte ihn gern zum Senator für die Ernährung gehabt und von diesem Vorschlag nur abgesehen, weil Vater und Sohn nicht gleichzeitig im Senat sitzen könnten, lehnt Arnold den Gedanken auch für die Zukunft ab; er halte die bremischen, die deutschen und die europäischen Verhältnisse für hoffnungslos; der Bolschewismus werde die Herrschaft gewinnen; jede Arbeit, die man in diese Verhältnisse hineinstecke, sei vergebens aufgewandt; er werde hier einstweilen nur durch die Rücksicht auf uns gehalten und sobald wie möglich in die Welt hinaus gehen, um sich anderswo ein Dasein zu sichern. Meine Hoffnung und Absicht, hier zu arbeiten und zu versuchen, unser Volk über die nächsten 30 Jahre hinwegzubringen, halte er für zu optimistisch; damit würde man scheitern. Ich halte demgegenüber an dem Glauben fest, daß es zwar nicht gelingen muß, aber gelingen *kann*, unser Volk zu retten, und daß unser Volk, unabhängig von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Daseinsformen und über alle Schrecknisse und Leiden hin, die noch über uns kommen werden, dermaleinst wieder im Stande sein wird, der Menschheit etwas zu sagen und zu sein. [...]

Knittermeyer 1. Mai 1933 Parteimitglied. Keine Parteiämter; Wittheit und Volksbildungswesen städtische Ämter.<sup>21</sup> Anregung Knittermeyers, die Weser-Zeitung wieder erstehen zu lassen (statt der Bremer Nachrichten).<sup>22</sup> [...]

<sup>20</sup> Als Christengemeinschaft bezeichnet sich eine 1922 von dem evangelischen Pfarrer Friedrich Rittelmeyer (1872–1938) gegründete Religionsgemeinschaft die durch die Verbindung von christlicher Überlieferung und Anthroposophie eine Erneuerung der Kirchen erstrebte. Der Schwerpunkt liegt auf Kult und Sakrament. Das Christusmysterium soll meditativ erfaßt und kultisch vollzogen werden. Christi Himmelfahrt ist für die Christengemeinschaft von besonderer Bedeutung als „Eintritt der Christuswesenheit in die Kräftesphäre der Erde“. Von den sieben Sakramenten der Chr. ist die „Menschenweihehandlung“ als Überhöhung von Messe bzw. Abendmahl das wichtigste. Die Chr. wurde im Juni 1941 verboten. Sie forderte von ihren Mitgliedern keine Trennung von der katholischen bzw. evangelischen Kirche; der Rat der EKD empfahl den Landeskirchen aber 1951 die Abgrenzung und Unterbindung von Doppelmitgliedschaften.

<sup>21</sup> Die Wittheit, 1924 als repräsentative Spitzenorganisation der Bremer wissenschaftlichen Vereine gegründet, war am 7.7.1941 in ein „Wissenschaftliches Amt der Hansestadt Bremen“ umgewandelt worden, vgl. Kap. 2, Anm. 217.

<sup>22</sup> Die Weser-Zeitung, 1844 gegründet, war das Sprachrohr der Handels-, Schifffahrts- und Industriekreise in Bremen. Ursprünglich freisinnig-liberal eingestellt, vertrat sie nach einem Verlagswechsel seit 1918 den konservativen, annexionistischen Kurs der Deutschen Vaterlandspartei. 1929 kehrte sie in den Schünemann-Verlag zurück, mußte aber wegen ständiger Verluste 1934 ihre Erscheinung einstellen. Die Bremer Nachrichten, 1743 gegründet und ebenfalls von Schünemann verlegt, sprachen mit einem umfangreichen Lokal- und Anzeigenteil vor allem den bür-

*Hermann Göring* in der Nähe von Innsbruck mit einer Kolonne von zehn Wagen mit seiner Familie *gefangen*; Göring soll behauptet haben, er sei vom Führer, als er am 24. April die Abgabe des Oberbefehls verlangt habe, gefangengenommen und zum Tode verurteilt, dann durch seine Luftwaffe befreit worden. Ob er sich mit dieser Behauptung eines Gegensatzes zum Führer retten will, steht dahin. Dieser nächste Gefolgsmann und größte Lobredner des Führers, dazu der korrupteste von allen, der sich schamlos bereichert hat, schließlich auch einer der brutalsten (1934!), er wird durch keine im letzten Augenblick ausgeführte Schwenkung seinem Schicksal entgehen.<sup>23</sup>

Merkwürdig, wie man sich ohne Rundfunk, ohne Telefon, ohne Post, ohne Straßenbahn, ohne Presse zu helfen sucht. Durch Lautsprecherwagen werden Verordnungen bekanntgemacht; heute die Aufhebung der Verdunkelung durch radelnde Polizisten, die die Aufhebung ausriefen.

Die Ruinen ringsum traurig; die Schutthaufen auf den Straßen mußten die Anwohner beseitigen. Überall kommt aus den Häusern oder Höfen Rauch der kleinen, vielfach nur kümmerlich behelfsmäßig zusammenge-mauerten Herde – in einer Weise, die allen Geboten der Feuersicherheit und Gesundheit und allen Vorschriften der Bauordnung widerspricht. Die Häuser sind nahezu fensterlos; entweder haben sie offene Löcher oder mit Brettern vernagelte Fensteröffnungen. Ein großer Teil der Dächer von bewohnten Häusern ist noch ganz offen. Läden sind so gut wie gar nicht vorhanden; einige Bäckerläden mit langen Menschenglangen, sonst ist nichts zu kaufen. Die Kontore zeigen meistens noch keinen Betrieb; in den Fabriken wird höchstens Aufräumarbeit geleistet. Von der Lebensmittelversorgung kommt die Milchlieferung für kleine Kinder etwas in Gang. Wirtschaften gibt es noch gar nicht. Von den übrigen notwendigen Gewer-

gerlichen Mittelstand an. Sie waren die bei weitem auflagenstärkste Bremer Zeitung. Ihre demokratisch-liberale Haltung gaben sie in den letzten Jahren der Weimarer Republik zunehmend zugunsten konservativ-autoritärer, antiparlamentarischer Positionen auf. Trotz der weitgehenden Selbstgleichschaltung der Bremer Nachrichten mußten sie 1936 eine Mehrheitsbeteiligung eines NS-Zeitungsverlages akzeptieren und zum 1.9.1944 dem nationalsozialistischen Konkurrenzblatt „Bremer Zeitung“ allein das Feld überlassen. Sie konnten erst im Sept. 1949 nach fünfjähriger Zwangspause wieder erscheinen. Vgl. Gebhardt, Zeitung und Journalismus in Bremen.

<sup>23</sup> Nachdem sich Hitler entschieden hatte, die eingeschlossene Reichshauptstadt nicht zu verlassen, fragte Göring am 23.4.1945 vom Obersalzberg aus telegraphisch bei ihm an, ob er nun gemäß dem Gesetz vom 29.6.1941 wegen Handlungsunfähigkeit des „Führers“ dessen Funktionen als Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Wehrmacht übernehmen solle. Hitler deutete diese Anfrage als Hochverrat, enthub Göring aller seiner Ämter und befahl seine Verhaftung, die Bormann sofort durch eine SS-Einheit durchführen ließ. Der Öffentlichkeit wurde der Rücktritt Görings als Oberbefehlshaber der Luftwaffe aus Gesundheitsgründen bekanntgegeben. Nach dem Abzug der SS-Bewachung am 5.5.1945 begab er sich am 8.5. bei Zell am See in amerikanische Gefangenschaft. Bei dieser Gelegenheit teilte er der Presse die von Spitta wiedergegebene Version über seine Differenzen mit Hitler mit.

ben fehlen die Friseure noch ganz; einzelne Schuster machen etwas Flickarbeiten. In einigen Stadtbezirken kommt das Leitungswasser wieder; die meisten Straßen – auch die fünf von uns bewohnten: Schwachhauser Ring, Emmastraße, Händelstraße, Max-Reger-Straße, Ellhornstraße – sind noch auf das braunfettige Wasser der Straßenbrunnen angewiesen. In Autos fahren nur die Amerikaner und sonstigen Ausländer und einige deutsche Ärzte. In der Innenstadt nur geringer Verkehr. Der Übergang über die Weser noch gesperrt. Die englische „Bristol Bridge“ nur für Amerikaner und Militär. Einzelne Permits, zum Beispiel für Oberregierungsrat Behrens. Keine Straßenbahn, kein Bus, keine Eisenbahn, kein Schiff.

Kröncke erzählt von den guten Erfahrungen mit seiner Einquartierung in seiner Stuhlrohrfabrik im Finndorff-Viertel; anständiges Benehmen, Schutz gegen ausländische Arbeiter. Die Russen sollen abtransportiert werden; die Polen können bleiben, wenn sie nicht in das (bolschewistische?) Polen zurückkehren wollen.<sup>24</sup>

Stalin hat in seiner Siegesrede erklärt, er erstrebe nicht die Aufteilung Deutschlands.<sup>25</sup> Das heißt wohl: Wenn *ganz* Deutschland bolschewistisch wird, kann es weiter ein einheitlicher großdeutscher Staat (ein Glied der Sowjet-Union) sein. [...]

*Freitag, 11. Mai 1945*

Nach den üblichen Arbeiten des Holzhackens und Wasserholens staatsrechtliche Fragen für Bremen durchdacht, Notizen darüber. [...]

Erstaunlich, daß eine so große Stadt wie Bremen wochenlang ohne Versorgungswerke, ohne Verkehrsmittel, ohne Nachrichtenübermittlung, ohne Zufuhr von Lebensmitteln und Heizstoffen, so gut wie ohne Läden und Handwerker, ohne Schulen und ohne Gerichte leben kann. Man gibt kein Geld aus, weil nichts zu kaufen ist; auch das Bank- und Geldwesen steht noch still. Dazu die Ungewißheit hinsichtlich der Währung. Leidvoller für

<sup>24</sup> Bei der Konferenz von Jalta hatten die Alliierten am 11.2.1945 vereinbart, daß alle sowjetischen Displaced Persons unverzüglich und auch gegen ihren Willen repatriert werden sollten, sofern sie am 1.9.1939 ihren festen Wohnsitz im damaligen Gebiet Sowjetunion gehabt und es erst nach dem deutschen Angriff am 22.6.1941 verlassen hatten. Ausgenommen waren damit Menschen aus den an die Sowjetunion angegliederten Territorien Ostpolens, aus den annektierten baltischen Staaten und Emigranten; vgl. Jacobmeyer, Zwangsarbeiter, S. 123–134.

<sup>25</sup> In seiner Rede aus Anlaß der deutschen Kapitulation sagte Stalin laut Schweizerischer Depeschagentur u. a.: „Vor drei Jahren hatte Deutschland die Absicht gehabt, die Sowjetunion durch Abtrennung des Kaukasus, der Ukraine, Weißrußlands und der Baltischen Staaten zu zerstückeln. Es geschah jedoch etwas ganz anderes. Deutschland sieht sich gezwungen, bedingungslos zu kapitulieren. Die Sowjetunion gedenkt aber nicht, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten.“ (Keesing's Archiv 1945, S. 221C). Nach verwirrenden Verhandlungen bei der Konferenz von Jalta, an deren Ende die alliierten Mächte die früheren Pläne zur Aufteilung Deutschlands aufgaben, machte Stalin dies in seiner Rede als erster öffentlich deutlich; vgl. Graml, Die Alliierten, S. 49–54.

die Bevölkerung die anhaltende Ungewißheit über die Wohnung. Immer neue Einquartierungen und Beschlagnahmen; wer als Bombengeschädigter oder durch Einquartierung Vertriebener eben eine neue, sehr beschränkte Bleibe bei Freunden oder Verwandten gefunden hat, muß aufs neue räumen, wenn die eben gefundene Wohnung der Beschlagnahme verfällt. Die Leute wissen bei der Überfüllung der noch bewohnbaren Häuser nicht mehr, wo sie unterkommen sollen. In solcher hoffnungslosen Lage würden auch wir sein, wenn die Händelstraße beschlagnahmt werden sollte. [...]

Man sagt, Bremen werde der Hafen für den Rücktransport der amerikanischen Truppen; 280 000 Mann sollten über Bremen befördert werden und sich hier einige Wochen erholen. Das würde immer erneute Einquartierungen und Belastungen der Bevölkerung bedeuten. [...]

### *Samstag, 12. Mai 1945*

Besprechung mit Apelt über Senatsbildung. Sorge, daß Amerika dem Verlangen der Russen, Kommunisten überall zu beteiligen, auch in Bremen nachgeben wird; solange Japan nicht niedergeworfen ist, werden England und Amerika jede Spannung mit Rußland möglichst vermeiden oder glätten wollen.<sup>26</sup> Im Rathause Dr. Kurz, Staatsrat Dr. F. Schultz, Oberregierungsrat Jüdefeind. Dr. Kurz zeigt mir *Schreiben an Eva*, wonach ihre Beurlaubung aufgehoben sei; sie bekommt also wieder Gehalt, sonst vorläufig noch keine weitere Wirkung, da die höheren Schulen einstweilen nicht arbeiten sollen. Zuerst Volksschulen. Lehrpläne und Lehrbücher sollen von einer englisch-amerikanisch-russischen Kommission ausgearbeitet werden.<sup>27</sup> Kurz will die Englisch-Lehrer zu englischen Kursen einsetzen (für Beamte usw.). Dr. Schultz schildert Lage des Ernährungsamtes. Versuch, die Kartoffelversorgung in Gang zu bringen; endlich gelungen,

<sup>26</sup> Diese Einschätzung wird durch die historische Forschung bestätigt, so u.a. durch Krieger, General Clay, insbes. S. 53. Bis zur Kapitulation Japans am 10.8.1945 richtete sich das Interesse der USA in erster Linie auf Asien; sie vermieden es, wegen unterschiedlicher Ziele in Deutschland Konflikte mit der UdSSR zu riskieren.

<sup>27</sup> Alle Schulen und Hochschulen mußten aufgrund der Proklamation Nr. 1 der Militärregierung in Deutschland (vgl. Kap. 2, Anm. 31) sofort nach der Besetzung geschlossen werden. Die Grundschulen wurden am 10.9.1945, die höheren Schulen und die oberen Klassen der Mittel- und Hauptschulen am 1.12.1945 wiedereröffnet. Die Bemühungen der erwähnten alliierten Kommission, die noch im Mai 1945 Schulbücher für die Elementarstufe vorlegte (Keesing's Archiv 1945, S. 229B), kamen in Bremen offenbar nicht zum Tragen: Wie im Weser-Boten, dem Nachrichtenblatt der Militärregierung, am 21.7.1945 mitgeteilt wurde, behalf man sich hier mit dem Nachdruck deutscher Schulbücher aus der Zeit der Weimarer Republik. Der Lehrplan für die Volksschulen wurde von der Bremer Schulbehörde unter amerikanischer Aufsicht erarbeitet. Zur Schulentwicklung in Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Bremischen Schulen 1945–1955; Wulff, Geschichte und Gesicht der bremischen Lehrerschaft; ders., Schule und Lehrer in Bremen.

Treibstoff bewilligt zu erhalten, damit einige Kartoffelhändler über Land fahren können, um festzustellen, was noch in den Mieten ist.

Oberregierungsrat Jüdefeind war Freitag voriger Woche noch als Vertreter und Leiter der Regierungskanzlei in der Sitzung bei Welker. Am Samstag sind Duckwitz und er beurlaubt; „Ihre weitere Verwendung bleibt vorbehalten.“ Jetzt ist Jüdefeind von den Amerikanern mit der Verwaltung des Treibstoffs beauftragt. *Kleidungskontribution*, offenbar zugunsten der Ausländer (Polen usw.). Jeder Haushalt muß eine vollständige Kleidung vom Hemd bis zu Stiefeln und Anzug für Mann oder Frau abliefern.<sup>28</sup> Roher Maßstab, da Größe des Haushalts und Bombenschäden nicht berücksichtigt sind. Konnte sich der Bürgermeister nicht den Schlüssel der Aufbringung vorbehalten? Kürzlich sind schon Betten beschlagnahmt. Jetzt ist von Eßbestecken und Decken die Rede. Bei Brabant<sup>29</sup> 24 Silberbestecke für Kasinos!

Antifaschisten-Liga gegründet;<sup>30</sup> Sorge daß alte politische Hetzer und Kommunisten darin die Führung an sich reißen. Nachmittags bei Karl Carstens und seiner Mutter. Karl erzählt von seiner Zulassung als Verteidiger („attorney“) beim amerikanischen Strafgericht<sup>31</sup> und von den abgeurteil-

<sup>28</sup> Zur besseren Versorgung ehemaliger ausländischer Zwangsarbeiter ordnete die Militärregierung am 11.5.1945 die Ablieferung von je 5000 vollständigen Männer- und Frauenbekleidungen sowie 10000 Decken an. Da die Lagerbestände ausreichten, konnte auf eine Sammelaktion verzichtet werden (Protokoll der Verwaltungs-Besprechung am 11.5.1945, StAB: 3/3). Zur Einrichtung der amerikanischen Offizierskasinos wurden Beschlagnahmungen durchgeführt.

<sup>29</sup> Carl Julius Brabant, 1892–1966, Kaufmann, seit 1931 Vorstandsvors. der Jute-Spinnerei und -Weberei Bremen, Md. zahlreicher Aufsichtsräte und des Beirats der HK Bremen, wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP im Sept. 1945 vorübergehend aus diesem Amt ausgeschieden, 1956 wegen seiner Verdienste um das St. Josephstift vom Papst zum „Ritter des Ordens vom Heiligen Gregorius“ ernannt.

<sup>30</sup> Am 3.5.1945 hatte sich in Bremen eine „Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus“ (KGF) als Dachorganisation aller Antifaschisten konstituiert. Ihre elf Vorstandsmitglieder kamen aus der SPD, KPD, SAP, KPO und dem ISK. Ihre wesentlichen programmatischen Forderungen waren: Säuberung des Staatsapparats von Nationalsozialisten, Wiederherstellung der demokratischen Grundrechte, Aufbau einer gewerkschaftlichen Organisation, Bildung von Betriebsräten, Beschlagnahme von Wohnraum bei ehemaligen NS-Funktionären zugunsten von Verfolgten. Die KGF hatte etwa 5000 Mitglieder, überwiegend Arbeiter und nur wenige Angehörige der Mittelschichten. Mit ihren Bestrebungen geriet sie häufig in Konflikt mit der Militärregierung und dem Senat. Als sich nach der Neugründung von SPD und KPD die Idee einer einheitlichen Arbeiterpartei zerschlug und sich der Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung als Gründung autonomer Einzelverbände vollzog, verlor die KGF ihren politischen Einfluß und beschloß am 16.12.1945 ihre Auflösung. Ausführlicher dazu: Brandt, Antifaschismus, S. 100–143 und ders., Die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF) in Bremen.

<sup>31</sup> Nach der Proklamation Nr. 1 der Militärregierung Deutschland vom Mai 1945 (Fassung vom Sept. 1944) war die höchste gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt auf den Obersten Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte und Militärgouverneur, General Eisenhower, übergegangen. Unter anderem wurde in der

ten Fällen (alle Übertretungen des Ausgehverbots 30 Tage Gefängnis, alle Plünderungen im Hafen 180 Tage). Ich bitte Karl, nichts Festes anzunehmen, ehe er mit mir gesprochen (Verwendung beim neuen Senat). [...]

*Sonntag, 13. Mai 1945*

[...]

*Montag, 14. Mai 1945*

Immer neue Beunruhigung der Bevölkerung durch Beschlagnahme von Wohnungen, Arbeitszwang und Kontributionen. Ein Teil der männlichen Bevölkerung mit Spaten, Beil oder Säge zu Aufräumarbeiten herangezogen. 3200 Matratzen sollen in wenigen Stunden geliefert werden (für die Ausländer). Silberne Eßbestecke, Geschirr und Tischtücher für Militärkasinos. Das Joseph-Stift soll amerikanisches Lazarett werden.

Nachmittags Apelt und ich im Rathause. Zuerst bei Behrens den Amerikaner Professor Dorn (?) gesprochen; er sagt, er kenne unsere Namen und schüttelte uns die Hand.<sup>32</sup> Besprechung mit ihm über Senatsbildung. Der gut deutsch sprechende Professor sagt, der Senat müsse überparteilich sein; „deshalb“ (!) müsse auch ein Vertreter der Antifaschisten-Liga im Senat sein. Ich betonte, daß dieser Senat nur ein vorläufiger und ein Arbeits-senat sein werde, der den Schutt – im eigentlichen und im übertragenen Sinne – beseitigen solle; der spätere Senat, der nach Schaffung eines Parlaments gebildet werde, könne nur Spiegelbild des Parlaments sein. Professor Dorn beharrte auf seinem Verlangen, daß ein Kommunist in den Senat käme.<sup>33</sup> Er fragte mich, wie ich darüber dächte. Ich antwortete, ich kenne die Kommunisten aus den Jahren 1918/19; sie seien gegen Demokratie und

Proklamation bestimmt: „Gerichte der Militärregierung werden eingesetzt, um Rechtsbrecher zu verurteilen. Widerstand gegen die Alliierten Streitkräfte wird un-nachsichtig gebrochen. Andere schwere strafbare Handlungen werden schärfstens geahndet.“ Die Militärregierungs-Gerichte waren für Deutsche und andere in Deutschland lebende Zivilpersonen sowie die Displaced Persons zuständig. Drei Gerichtsinstanzen wurden unterschieden, wobei geringfügige Vergehen (hauptsächlich Mißachtung von Ausgangssperren und Reisebeschränkungen) vor einem Offizier verhandelt und mit Geldstrafen bis zu 1000 RM oder einem Jahr Gefängnis geahndet wurden. Schwerwiegendere Vergehen kamen vor einem oder mehreren Offizieren zur Verhandlung. Bei Kapitalverbrechen, Plünderungen, Spionage und Sabotage umfaßte das Gericht mindestens drei Personen, die auch die Todesstrafe verhängen konnten. In der Praxis stieß diese Art der Rechtsprechung auf große Probleme, da die Zahl der juristisch vorgebildeten Offiziere nicht ausreichte. Die Besatzungsmächte entschlossen sich deshalb teilweise sehr schnell, eine deutsche Gerichtsbarkeit wieder einzusetzen und sie nach den Weisungen der Militärregierung arbeiten zu lassen. Vgl. Overesch, Deutschland 1945–1949, S. 169f.; Latour/Vogel-sang, Okkupation, S. 49ff., 77f.

<sup>32</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 14.

<sup>33</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 15.



demokratische Verfassung gewesen und hätten nur Gewalt anwenden wollen. Dorn: Wir alle hätten seitdem viel gelernt, auch die Kommunisten. Es gäbe kluge und klare Köpfe darunter; er habe als solchen einen Wolters (illegaler Name) oder Bruns kennengelernt.<sup>34</sup> Der sei für den Senat geeignet. Apelt äußerte ebenso wie ich Bedenken. Dorn: „Alle Senate, auch der neue, der nach Schaffung eines Parlaments gebildet werde, seien vorläufig, denn alle seien von der Bestätigung durch die amerikanische Regierung abhängig.“ Dorn drängte uns, einen Kommunisten aufzunehmen; der Senat dürfe nicht nur aus früheren Deutschnationalen bestehen. Ich sagte ihm, ich hätte der Demokratischen Partei angehört, Apelt, er sei Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen. Dorn lobte die Deutsche Volkspartei als aufrecht; sie habe sich unabhängig bis zuletzt behauptet.<sup>35</sup> Apelt schilderte, daß der Senat nie parteigebunden gewesen sei. – Im weiteren Verlauf des Gesprächs, namentlich gegenüber Behrens, betonte Dorn, daß der Apparat Bremens vereinfacht und verbilligt werden müsse; die Verhältnisse, auch die Verfassung seien zu verwickelt gewesen; beim Aufbau der Verwaltung solle man zunächst kommunal, nicht regional vorgehen; so bei der

<sup>34</sup> Gemeint ist Hermann Wolters, 1910–1974, Deckname: „Bruns“ nach dem Zigarettenarbeiter und ersten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bremens, Julius Bruhns (vgl. Brem. Biogr., S. 76ff.). Daten zur politischen Biographie Wolters': Matrose, 1929 Md. des Kommunistischen Jugendverbands (KJVD) in Hamburg, seit 1930 der KPD, im Febr. 1933 als Md. des Roten Marinesturms an einem Überfall auf einen Hamburger NSDAP-Stützpunkt (Hotel Adler) beteiligt, nach der Festnahme bis Ende 1939 in Strafanstalten und Konzentrationslagern inhaftiert, anschließend Arbeiter bei Borgward in Bremen, 1944 nach erneuter Verhaftung Flucht und illegaler Aufenthalt in Bremen, 1945 Vorstandsmd. der KGF, Ende Mai 1945 Mitbegründer der KPD in Bremen, Mai 1946 Übertritt zur SPD, Juni 1945–Nov. 1946 Senator für Ernährung und Arbeitseinsatz, Nov. 1946–Dez. 1958 Wirtschaftssenator, 1950/51 außerdem für das Ressort „Ernährung und Landwirtschaft“ zuständig. Wolters war entscheidend an der Gründung der KGF beteiligt; am 29.4.1945 hatte er gemeinsam mit Adolf Ehlers (SAP) den ersten Kontakt zur amerikanischen Militärregierung hergestellt. Er leitete die Abteilung „Information/Politische Polizei“ innerhalb der KGF, die als „Abteilung Bruns“ mit halbpolizeilichen Befugnissen ausgestattet war und sich bis in den Sommer 1945 aktiv an der Entnazifizierung beteiligte. (Vgl. Brandt, Antifaschismus, S. 138–143).

<sup>35</sup> Nach dem Tod Gustav Stresemanns am 3.10.1929 verzichtete die DVP immer mehr auf liberale Grundpositionen und verfolgte eine konservativ-autoritäre, einseitig an Unternehmeninteressen orientierte Politik. Die katastrophalen Mitglieder- und Wählerverluste versuchte sie durch immer stärkere ideologische Annäherung an die NSDAP zu stoppen. Erst nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler bemühte sich die Führung der Reichsorganisation, sich durch die Betonung liberaler Forderungen wieder mehr vom Nationalsozialismus abzugrenzen. Um einem Verbot zuvorzukommen, löste sich die DVP am 4.7.1933 selbst auf. (Hans Booms, Die Deutsche Volkspartei, in: Das Ende der Parteien 1933, hrsg. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960, S. 521–539). – Auch in Bremen verlor die DVP in den letzten Jahren der Weimarer Republik die Mehrzahl ihrer Mitglieder und Wähler an die DNVP und NSDAP. Über den weiteren Kurs gab es daher ähnliche Differenzen wie im Reich: Während eine Gruppe um Prof. Dr. Carl Dietz und Carsten Karkmeyer den Totalitätsanspruch der NSDAP ablehnte, versuchten einflußreiche

Handelskammer, beim Wirtschaftsamt und beim Arbeitsamt. Gerber<sup>36</sup> könne nicht Leiter des Arbeitsamts bleiben; da er Nazi gewesen sei. Dorn ließe sich von Behrens die bremische Verfassung von 1920 geben.

Anschließend sprachen Apelt und ich mit Reg[lierendem] Bürgermeister Vagts die Fragen des Senats, der Ressorts und der Personen durch. Dorn hat auch von Vagts die Aufnahme eines Kommunisten verlangt. Wir sind alle Gegner dieses Gedankens und überzeugt, daß der Senat dann nicht vertrauensvoll zusammenarbeiten könne und daß der Kommunist sich nur als Aufpasser und Störenfried, der Konflikte und Unruhen herbeiführen werde, betätigen werde. Frage: Da Amerika die Aufnahme verlangt, soll man die Senatsbildung daran scheitern lassen? Was kommt, wenn wir alle ablehnen? Wohl die Herrschaft der Antifaschisten-Liga, die eine Tarnung bolschewistischer Elemente ist. Vagts schlägt vor, den Kommunisten aufzunehmen und Geheimsachen und anderes Wichtige in kleinen Kreisen vorzubereiten und vorzubereiten; er werde dann als Reg[lierender] Bürgermeister entscheiden und bestimmen und die Verantwortung allein tragen. Es bleiben drei Fragen: 1.) Die Amerikaner wollen, daß die Parteizugehörigkeit zum Senator ungeeignet macht, auch wenn es sich um späte Zwangsmitgliedschaft handele (Knittermeyer, Helms und andere).<sup>37</sup> 2.) Aufnahme eines Kommunisten? 3.) Die Besetzung des Ressorts Kultus und Unterricht. Der nicht anwesende Theil hat eine Vorschlagsliste für den Senat eingereicht; die ersten drei Namen: Kaisen, Theil, Paulmann.<sup>38</sup> Frage, ob die Aufnahme des Volksschullehrers Paulmann nicht die Vertretung der Arbeiterschaft zu sehr herabmindere. Doch sind oder waren viele Volksschullehrer Sozialdemokraten. Muß er dann aber das Schulressort bekommen? Nur die Volksschulen? Knittermeyer neben ihm Kunst und Wissenschaft und höhere Schulen? – Wir hoffen immer noch, die Amerika-

Kräfte um den Landesvors. Dr. Detmar Stahlknecht, durch taktische Anpassung an die nationalsozialistischen Machthaber die Partei zu erhalten. Um ein Verbot und den Verlust des Parteivermögens zu vermeiden, beschloß die Bremer DVP am 3.5.1933 ihre Selbstauflösung, ihre Bürgerschaftsabgeordneten hospitierten bei der NSDAP. Ein Aufruf der Parteizentrale an die Bremer Mitglieder, der Reichsorganisation direkt beizutreten, fand keine Resonanz. Dietz wurde als Direktor der Oberrealschule, Karkmeyer als Verwaltungsdirektor der Krankenanstalten nach dem Berufsbeamtengesetz zwangspensioniert (Schwarzwälder, Bremen IV, S. 132f.).

<sup>36</sup> Dr. Alfred Gerber, Regierungsdirektor in Braunschweig, 1943–1945 Präs. des Gau-Arbeitsamts Weser-Ems mit Sitz in Bremen.

<sup>37</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 19. „Zwangsmitgliedschaft“ in der NSDAP hat es nicht gegeben. Spitta denkt an die Fälle, in denen sich Beamte dem Druck von Vorgesetzten oder NSDAP-Funktionären beugten und der Partei beitraten, um ihre Stellung oder Karriere nicht zu gefährden. Auf Knittermeyer und Helms trifft diese Einschätzung aber nicht zu.

<sup>38</sup> Christian Paulmann, 1897–1970. 1919–1933 Lehrer in Bremen, 1930–1933 Mbü (SPD), 1933 aus dem Schuldienst entlassen, Schutzhaft, seit 1934 Teilhaber einer Kohlenhandlung, 1945–1951 Senator für Schulen und Erziehung in Bremen, 1946–1947 und 1955–1967 Mbü, 1953–1962 Landesvors. der Bremer SPD, 1966–1970 Vors. des Verwaltungsrates von Radio Bremen.

ner von ihrem Grundsatz der Nichtzugehörigkeit zur Naziapartei abbringen zu können; Helms würden wir sehr ungern missen, und Knittermeyer würde d[en] Senat im Ansehen – auch außerhalb Bremens in der wissenschaftlichen Welt – heben. Vagts sagt, in der gerade neugebildeten Handelskammer werde der zuerst zugelassene Präses Bollmeyer<sup>39</sup> nicht bleiben können; wegen seines Eintretens für den Nationalsozialismus wollten die Amerikaner jetzt seinen Rücktritt; dann werde Stapelfeldt<sup>40</sup> Präses der Handelskammer werden.<sup>41</sup>

V[agts] klagt über die vielen, kurzbefristeten Kontributionen, auch über das Verlangen der Amerikaner, den Polizisten eine andere Uniform zu geben, da die gegenwärtige zu sehr der deutschen Heeresuniform gliche. Stoff für neue Uniformen nicht vorhanden, wird auch von d[en] Amerikanern nicht geliefert, nur Umfärben halten die alten Uniformen nicht mehr aus.<sup>42</sup> – Im Flur des Rathauses Stapelfeldt und andere Herren der neugebildeten Handelskammer; sie verlangen, daß bald als Gegengewicht gegen die Kommunisten und die Antifaschistenliga eine politische Partei (liberale oder demokratische) gegründet werde, entweder als einzige oder als Partei neben den Sozialdemokraten.<sup>43</sup>

<sup>39</sup> Karl Bollmeyer, 1887–1982. Inhaber der Im- und Exportfirma A. Held; seit 1932 Md. der NSDAP, 1939 bremischer Staatsrat; seit 1933 Präses der HK bzw. der Wirtschaftskammer Bremen, 1943–1945 Präses der Gauwirtschaftskammer Weser-Ems, wenige Tage nach der Besetzung Bremens mit der Reorganisation der alten HK beauftragt und im Mai/Juni 1945 faktisch deren Leiter, im Juli 1945 verhaftet, 1949–1961 Plenumsmd. der HK Bremen.

<sup>40</sup> Stapelfeldt wurde am 17.5.1945 verhaftet und blieb bis zum Febr. 1946 interniert; vgl. Kap. 2, Anm. 9.

<sup>41</sup> Gemäß dem von der Militärregierung erteilten Auftrag (vgl. Kap. 2, Anm. 39) hatte Bollmeyer bereits am 8.5.1945 eine Versammlung Bremer Kaufleute namens der „Handelskammer“ einberufen. Sie war de facto von der Besatzungsmacht genehmigt und erhielt vielfältige Aufgaben im Bereich der Wirtschaftsverwaltung zugewiesen. Am 11.6. wurde die Gauwirtschaftskammer formell aufgelöst und die Handelskammer Bremen wiedererrichtet. Zum Präses wurde Martin-Heinrich Wilkens bestellt. Vgl. Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung.

<sup>42</sup> Die Militärregierung hatte am 12.5.1945 verlangt, für die Polizei wieder die alten dunkelblauen Uniformen anstelle der grünen einzuführen, um sie deutlicher von den Wehrmachtsuniformen zu unterscheiden.

<sup>43</sup> Die Gründung politischer Parteien wurde erst am 19.9.1945 durch einen Erlaß der Militärregierung erlaubt. Als erste erhielten in Bremen am 15.10.1945 SPD und KPD ihre Zulassung. Zwei Tage später wurde die hier geplante Gesamtpartei des Bürgertums als Bremer Demokratische Volkspartei (BDV) gegründet; sie konstituierte sich offiziell am 28.10. und wurde am 7.12.1945 genehmigt. 1946 lösten sich aus ihr die Bremer Organisationen der FDP und CDU, denen im Juli 1946 die Lizenz erteilt wurde. Seit Juni 1946 durfte sich auch die Niedersächsische Landespartei, später Deutsche Partei, in Bremen politisch betätigen. – Spitta lehnte diese frühen Pläne zur Gründung einer liberalen Partei für Bremen ab (vgl. seine Eintragungen vom 22. und 28.5.1945), trat aber später der BDV bei, ohne sich stark in ihr zu engagieren. Dabei spielte offensichtlich neben der Belastung durch sein Senatsamt prinzipielle Abneigung gegen das Wiederaufleben parteipolitischer Auseinandersetzungen eine Rolle. In seinem Tagebuch läßt er interne Querelen in der BDV häufiger unerwähnt oder zeigt sich von ihnen abgestoßen.

Später sprechen Apelt und ich Wenhold.<sup>44</sup> Er ist gegen Vagts (unfruchtbar, solange die Amerikaner ihn halten); erzählt, daß Dorn bei Kaisen gewesen sei; Kaisen wolle nicht unter Vagts mitmachen; er wolle wieder mitarbeiten, wenn ich dabei sei.

So eine Fülle von Fragen. Die Aussicht auf Parteigründung und Parteikämpfe abschreckend. Die größte Sorge aber ist das Eintreten der Amerikaner für die Kommunisten. Der antifaschistische Kampfbund ist offenbar vorwiegend bolschewistisch; Wohnungsbeschagnahmen, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den deutschen, Arbeiterräte und dergleichen Forderungen zeigen die Richtung. Die Amerikaner sind auf persönliche Anweisung Welkers freilich dagegen eingeschritten, als die Antifaschisten selbst Wohnungen beschlagnahmten und ihre Leute hineinsetzten; aber die Liga hat Einfluß und hat als einzige Stelle das Recht bekommen, die Anschlagssäulen zu benutzen (Artikel mit Grundsätzen und Forderungen), während der Reg[ierende] Bürgermeister die Anschlagssäulen nicht benutzen darf.<sup>45</sup> Ob sich die Haltung der Amerikaner ändern wird, wenn Japan völlig besiegt ist, steht dahin; es kann dann zu spät sein, da die bolschewistische Saat inzwischen aufgehen wird, besonders, wenn Arbeitslosigkeit und Hunger eintreten und die Deutschen und Bremer weiter so niedergehalten und drangsaliert werden, daß schließlich die Verzweiflung um sich greift.

<sup>44</sup> Hermann Wenhold, 1891–1976, studierte nach einer kaufmännischen Lehre Jura und politische Wissenschaften, 1908 Mitbegründer des „Vereins der Jungliberalen“, dem auch Spitta und Apelt angehörten, 1919–1932 MdBü (Fraktionsvorsitzender DDP/DStP), 1922 Direktor der Sparkasse in Bremen, in zahlreichen Aufsichtsräten vertreten, seit 1932 als Teilhaber einer Exportfirma in Afrika, nach der Rückkehr 1942 Wehrwirtschaftsführer; Juni 1945–April 1946 Senator, zunächst dem Senator für Finanzen beigeordnet, dann Senator für das Gesundheitswesen, Rücktritt wegen seiner Tätigkeit als Wehrwirtschaftsführer; 1945–1946 und 1951–1952 Landesvors. der BDV/FDP, 1951–1955 MdBü (FDP); 1945–1966 Plenumsmd. der HK Bremen, 1952–1965 Vorstandsmd. des DIHT.

<sup>45</sup> Die KGF (vgl. Kap. 2, Anm. 30) beschlagnahmte eigenmächtig Wohnungen und private Lebensmittellager, um nationalsozialistische Aktivisten auf diese Weise konkret zur Verantwortung zu ziehen und bei ihr registrierte hilfsbedürftige Verfolgte besser zu versorgen. Aufgrund wiederholter Beschwerden leitender Beamter schritt die amerikanische Militärregierung gegen diese Praxis ein. Sie verwarnte Wolters, den sie für den Hauptverantwortlichen hielt, und ermächtigte die deutsche Polizei, die Beschlagnahmungen zu verhindern. Die KGF untersagte daraufhin mit einem Flugblatt vom 14.5. ihren Mitgliedern unter Androhung des Ausschlusses weitere eigenmächtige Aktionen. Sie behielt das Recht, mit Flugblättern, Plakaten und dem „Aufbau“, dem ersten Organ deutscher Antifaschisten nach Kriegsende, an die Öffentlichkeit zu treten. Sie war damit gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Kräften im Vorteil, da es noch keine Zeitungen oder Zeitschriften gab und nicht einmal der Senat amtliche Mitteilungen publizieren konnte (vgl. Brandt, Antifaschismus, insbes. S. 114–143).

*Dienstag, 15. Mai 1945*

Vormittags zu Sanders ins Deichhaus gewandert. Georg Sander wieder im Amte und mit der Prüfung der Akten beschäftigt, die die Entlassung von Beamten und Angestellten in der Nazi-Zeit behandeln. [...]

Nach all den traurigen Eindrücken von der amerikanischen Fremdherrschaft, dem Hochkommen und Einfluß ehrgeiziger und rachsüchtiger Politiker, dem Durcheinander bei den Amerikanern und im Rathause, den persönlichen Schwierigkeiten und Denunziationen, dem Hin und Her der Beratungen und Entscheidungen der Amerikaner habe ich rechtes Verlangen, einmal wieder etwas Urdeutsches zu lesen. Darum greife ich zu Eichendorffs „Taugenichts“, den wohl nur ein Deutscher ganz verstehen und ganz genießen kann. [...]

*Mittwoch, 16. Mai 1945*

Den ganzen Tag am laufenden Bande Besprechungen, mühsam, da man weder Telephon noch Boten zur Verfügung hat und daher Ort und Zeit nicht verabreden kann.

Mit Apelt über Senatsbildung (Wenhold für Finanzen oder Ernährung? Gewerkschaftler statt eines Kommunisten?) Die Amerikaner sollen Parteibildung bis auf weiteres verboten haben.<sup>46</sup> Mit Karkmeyer<sup>47</sup> – dem mindestens 75 Jahre alten –, der mir von den ihm gemachten Angeboten, das Ernährungswesen zu leiten, erzählt. Angebote offenbar von ganz unzuständigen Leuten. Karkmeyer erklärt sich scharf gegen Vagts, „der nie in seinem Leben gearbeitet habe“. Mit Sander, unter anderem über die Frage, ob weitere Eingemeindung von Osterholzer Gebiet, die während des Krieges wegen der Zunahme der Industrie erwogen [worden] ist, jetzt noch nötig sei. Eingemeindung von Delmenhorst?<sup>48</sup>

Mit Staatsrat Dr. F. Schultz, der unsere Mitarbeit im Senat begrüßt.

Mit Richard Duckwitz. Er macht auf den Unterschied von Partei-Anwärter und Partei-Mitglied aufmerksam; er selbst nur Anwärter. Mitglied

<sup>46</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 43.

<sup>47</sup> Carsten Karkmeyer, 1873–1951. Lehrer, Wirtschaftsdirektor der Bremer städtischen Krankenanstalten; 1904 Mitbegründer des Bürgerlichen Volksvereins, 1918–1933 MdBü (DVP), stellv. Fraktionsvors., Ende Sept. 1933 nach dem Berufsbeamtengesetz mit gekürzten Versorgungsbezügen in den Ruhestand versetzt, 1945 Mitbegründer der BDV, Okt. 1945 ehrenamtl. Geschäftsführer der Bremer Volkshilfe. Vgl. Brem. Biogr., S. 263ff.

<sup>48</sup> Nach der in Jalta getroffenen Vereinbarung zwischen den USA und Großbritannien war eine Einbeziehung von Delmenhorst in die Bremer Enklave nicht vorgesehen. Sie sollte aus dem Land Bremen einschließlich Bremerhavens, Stadt und Landkreis Wesermünde sowie den Landkreisen Osterholz-Scharmbeck und Wesermarsch bestehen (Vgl. Röpcke, Entstehung der amerikanischen Enklave Bremen, S. 429f.).

erst nach Eidesleistung und mit rotem Mitgliedsbuch.<sup>49</sup> R[ichard] D[uckwitz] bereit, als Staatsrat in den Finanzen mitzuarbeiten. – Er erzählt von den letzten Tagen vor [der] Eroberung Bremens. Montag, 22.4., Vorstellung gegen Verteidigung Bremens. Auch schriftlich in Hamburg. Folge, daß Partei ihn namentlich als Gegner und als einen, der Bremen in die Hand der Feinde spielen möchte, aufgibt. Abschrift erhält R[ichard] D[uckwitz] durch Vertrauensbruch. Warnung durch Schroers und Bewachung durch Offizier und neun Mann, um ihn vor Ermordung durch Partei zu schützen. – Magdalene mit anderen früheren B.D.M. zur Reinigung des Konzentrationslagers in Bremervörde befohlen, schon neun Tage dort.<sup>50</sup> [...]

Nochmalige Besprechung mit Apelt; Parteizugehörigkeit oder Anwartschaft von Helms? – Admiral Kehrnhahn<sup>51</sup> erbieta sich zur Mitarbeit in Schiffahrtssachen; Sorge, daß seine vom Reich bezahlte Pension wegfällt. [...]

<sup>49</sup> Wegen des großen Andrangs zur NSDAP nach dem 30.1.1933 wurde zum 1.5. des Jahres eine allgemeine Aufnahmesperre verhängt. Parteigenossen, die während dieser vier Monate den Aufnahmeantrag gestellt hatten, erhielten einen Mitgliedsausweis mit Datum vom 1.4. oder 1.5.1933. Vom 1.5.1937 an wurde die Mitgliedsperre gelockert, um vor allem Menschen, die sich in den vergangenen vier Jahren als „Nationalsozialisten“ bewährt hatten, die Aufnahme zu ermöglichen. Zugleich wurde mit Erlaß vom 20.4.1937 der Status des „Parteianwärters“ geschaffen: Ihm oblagen alle Pflichten des Parteigenossen, insbesondere die Beitragspflicht, und seit dem 16.1.1938 besaß er aufgrund einer Anordnung des Stellvertreters des Führers auch das Recht, das Parteiabzeichen zu tragen. Die vollen Mitgliedsrechte erhielt er aber erst nach Ableistung des Parteigelöbnisses und Aushändigung der roten Mitgliedskarte durch den Ortsgruppenleiter. Als Aufnahmedatum nannte sie in der Regel den Ersten des Monats, in dem der Aufnahmeantrag bei der Reichsleitung eingegangen war. Zum 1.5.1939 wurden die Mitgliedssperre und die Einrichtung der Parteianwärterschaft aufgehoben, Anfang Febr. 1942 aber erneut eingeführt. (Anton Lingg, Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, München 1939, S. 155–163).

<sup>50</sup> Seit dem 9.5.1945 mußten auf Weisung der Militärregierung etwa 400 junge Bremerinnen, die führende Positionen im Bund Deutscher Mädel (BDM), der HJ-Organisation der 14–21-jährigen Mädchen, innegehabt hatten, im Lager Sandbostel bei Bremervörde etwa vier Wochen lang nicht entlassungsfähige, überwiegend typhus- kranke ehemalige Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge pflegen. Sie lösten Oberschülerinnen aus Syke und Delmenhorst ab, die die britischen Besatzungstruppen seit Ende April bei dieser Aufgabe eingesetzt hatten und von denen viele selbst erkrankt waren. Ein erschütternder Bericht einer dieser Schülerinnen befindet sich im Archiv der Fst: 292–1. Duckwitz' 22-jährige Tochter Magdalene gehörte zu der Bremer Gruppe.

<sup>51</sup> Heinrich Kehrnhahn, 1881–1962. 1930 als Konteradmiral aus dem aktiven Marinedienst ausgeschieden, Berater der türkischen Regierung, seit 1935 Reichskommissar bei den Seeämtern Bremerhaven und Emden, im Zweiten Weltkrieg Chef der Kriegsmarinedienststelle in Bremen, bis 1955 Bundesbeauftragter bei den Seeämtern Bremerhaven und Emden.

*Donnerstag, 17. Mai 1945*

Im Rathause Landesschulrat Dr. Kurz gesprochen. Er ist drei Stunden von den Amerikanern verhört worden, 1 1/2 Stunden durch Mr. Bard (Unterricht),<sup>52</sup> 1 1/2 Stunden sehr scharf und radikal durch Mr. Dorn. Dorn will einen leitenden Beamten in der Schulverwaltung, der energisch und bestimmt eine völlige Umstellung vornimmt (wahrscheinlich unter Studienrat Dr. Nawrath).<sup>53</sup> Offenbar lehnen die Amerikaner Dr. Kurz ab, und er selbst kann auch die ihm zgedachte Aufgabe nicht erfüllen. Vagts will versuchen, Kunst und Wissenschaft abzutrennen und selbst zu übernehmen; dafür dann Kurz als Sachbearbeiter. Im Kirchlichen soll Kurz sofort für allgemeinen Beginn der kirchlichen Gottesdienste sorgen – darin kein Faschismus und kein Bolschewismus.<sup>54</sup>

Mit Behrens über Senatsbildung; Finanzen, Unterricht (Paulmann), Wenholds Mitarbeit, Vermeiden des Wolters-Bruns dadurch, daß man ihn zum Polizeipräsidenten macht (Vorschlag von Behrens; die Amerikaner wollen ihn als Polizeisenator!). Apelt darüber gesprochen. Wir beide haben schwere Bedenken wegen der Personalpolitik in der Polizei: Sind einig darüber, auf Knittermeyer im Senat zu verzichten, um ihn keiner Ablehnung auszusetzen. [...]

Nachmittags mehrstündige Besprechung bei Bürgermeister Vagts mit Apelt, Kaisen und Theil. Ressorts und Personenfragen durchgegangen. Die Amerikaner lehnen jetzt jeden ab, der der Partei angehörte. Frage der Partei-Anwärter. Besonders betroffen werden die Finanzen, da ebenso jeder Beamte, der Sturmführer oder dergleichen war, entlassen werden soll und damit Duckwitz und Spindler als Sachbearbeiter und Staatsrat der Finanzen wegfallen. Ich habe Bedenken, daß Nolting-Hauff<sup>55</sup> Finanzsenator

<sup>52</sup> Captain Erwin W. Bard, bis Jan. 1946 Leiter des Civil Administration Branch der amerikanischen Militärregierung in Bremen.

<sup>53</sup> Dr. Alfred Nawrath, geb. 1890. Studienrat, parteilos, Ende März 1933 zunächst beurlaubt, dann aufgrund des Berufsbeamtengesetzes zwangsweise pensioniert, Privatgelehrter für Indologie, 1945 auf Wunsch der Amerikaner „Präsident“ der KGF, aber ohne großen politischen Einfluß, Aug. 1945–Jan. 1946 Leiter der Behörde für Kunst und Wissenschaft, Intendant der Bremer Theater, Jan. 1946–Mai 1947 Direktor des Städtischen Museums für Natur-, Völker- und Handelskunde.

<sup>54</sup> So lautete der Wunsch von Oberst Welker (Besprechung b. Reg. Bgm. 12.5.1945, StAB: 3/3).

<sup>55</sup> Dr. jur. Wilhelm Nolting-Hauff, 1902–1986. Rechtsanwalt, aus „rassischen“ Gründen Zulassung entzogen, 1933–1945 Direktor der Seehandel AG, im Okt. 1944 als „Judenmischling I. Grades“ (JMI) zur Zwangsarbeit bei der Organisation Todt eingezogen, in Lagern in Farge und Duingen (Weserbergland) inhaftiert, 1945–1962 Finanzsenator in Bremen, bis 1953 parteilos, danach FDP, seit 1952 sog. „halbamtlicher“ Senator neben seiner Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Kaffee HAG AG, Mitverfasser des Bundesbankgesetzes, Initiator des Bremer Literaturpreises, der 1953 zum ersten Mal verliehen wurde, Verfasser mehrerer Romane, Theaterstücke und des autobiographischen Berichts: IMIs. Chronik einer Verbanung, in dem Nolting-Hauff ausführlich über die Zeit als Zwangsarbeiter berichtet.

wird, wenn er keine ersten Fachmänner zur Seite hat. Bei den Kaufleuten zum Teil noch Schwierigkeiten wegen der Parteizugehörigkeit. Über Wolters-Bruns noch Erkundigungen und Vorstellung bei Vagts. – Kaisen wirft auch die grundsätzliche Frage aufs neue auf, ob wir überhaupt mitarbeiten könnten; er habe neues Verhältnis zur Erde bekommen und löse sich schwer von seinem Grundstück und seiner Landarbeit; die Arbeit, die wir unternehmen wollten, fast unlösbar und undankbar; schöne, warme Worte darüber. Nach Aussprache auch Kaisen bereit, mit uns zu gehen. Vagts berichtet, was ihm Dorn über das künftige Deutschland gesagt hat; eine Art deutscher Bund souveräner Staaten; Zustand von 1865!<sup>56</sup> Ich habe nichts anderes erwartet. Unklar, wie dabei Bremens Stellung zur USA; es fiel das Wort „Protektorat“.

Nachher Apelt und ich in der Handelskammer. Frage der Parteigründungen, vorher eine Art Bund: „Wiederaufbau“. Die meisten haben sich dahin entschieden: eine bürgerliche und eine sozialdemokratische Partei (neben den Kommunisten), Apelt und mir widerstrebt der alte, überholte Gegensatz: bürgerlich-sozialistisch. Wir möchten eine große, alle umfassende anti-bolschewistische Zusammenfassung. Uns wurde entgegengehalten, daß dann die Arbeiter zu den Kommunisten abspringen würden. – Ulrich<sup>57</sup> befürwortete das alte Deputationswesen,<sup>58</sup> auch für die Zeit, ehe es ein Parlament gebe. [...]

Abends mit Bote Wiederherstellung der Ev[angelischen] Kirche.

<sup>56</sup> Aufgrund der Beschlüsse des Wiener Kongresses von 1815 schlossen sich die deutschen Einzelstaaten unter Wahrung ihrer vollen Souveränität zu einem losen Staatenbund, dem Deutschen Bund, zusammen, der nach dem Sieg Preußens im Deutschen Krieg von 1866 aufgelöst und durch den Norddeutschen Bund ersetzt wurde.

<sup>57</sup> Arthur Ulrich, 1882–1958. Nach Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre 1909 Gerichtsassessor in Hannover, seit 1913 Senatssyndikus in Bremen, seit 1919 Syndikus bzw. 1938–1951 Erster Syndikus der HK, Verkehrsexperte, 1920–1933 MdBü (DVP). Vgl. Brem. Biogr., S. 528.

<sup>58</sup> Nach § 28 der Bremer Verfassung von 1920 und den Verwaltungsgesetzen von 1921 und 1928 hatten die „Deputationen“, bei den verschiedenen Behörden bestehende Gremien von Vertretern des Senats und der Bürgerschaft, Gesetzesvorlagen mit vorzubereiten und zu begutachten sowie die laufende Verwaltung zu kontrollieren. Im Fall der Auflösung der Bürgerschaft bestanden sie bis zum Zusammentritt des neugewählten Parlaments weiter, um die Kontinuität der Verwaltungsarbeit zu sichern. Zu Deputierten konnten auch Fachleute ernannt bzw. gewählt werden, die dem Senat oder der Bürgerschaft nicht angehörten. Aufgrund der Vielzahl ihrer Aufgaben und ihrer relativ unabhängigen Stellung übten sie erheblichen politischen Einfluß aus. (Vgl. Schwarzwälder, Bremen III, S. 262ff.). Spitta, der an der Erarbeitung der Verfassung von 1920 entscheidenden Anteil gehabt hatte, befürwortete die Wiedereinführung des Deputationswesens, das die Bürgerbeteiligung an der Verwaltung und eine enge Zusammenarbeit von Senat und Bürgerschaft ermögliche. Er sah darin „ein Kernstück des bremischen öffentlichen Lebens“. (Vgl. Spitta, Kommentar, S. 196–206).



*Freitag, 18. Mai 1945*

[...]

Stapelfeldt, gerade als Nachfolger des wiederabgesetzten Bollmeyer in Aussicht genommen und von den Amerikanern bisher besonders begünstigt, da er seinerzeit von der Gestapo verhaftet war, soll gestern abend von den Amerikanern verhaftet sein.<sup>59</sup>

Um 12 Uhr, bei warmer Sonne zu Sanders ins Deichhaus gewandert. Bei Becker-Glauch's trifft überraschend Dr. Elisabeth Becker-Glauch ein.<sup>60</sup> Sie mußte mehrere Wochen im Konzentrationslager bei Bremervörde<sup>61</sup> die erkrankten Ausländer behandeln. 16000 unterernährte, elende, teils kranke Ausländer. Gelenktyphus und Diphtherie. Ihre Schilderung erschütternd. Die britischen Ärzte sagten ihr, als sie zuerst diesen Jammer sah: „What do you say now?“ Sie glauben nicht, daß das deutsche Volk das nicht gewußt hat. Diese sittliche Schuld ist das Schwerste, was der Nationalsozialismus unserem Volke auferlegt hat. Aber die Amerikaner und Engländer, die unsere Städte zerstört und die Zivilbevölkerung einschließlich der Frauen und Kinder hingemordet haben, sind nicht berufen, über die Deutschen zu Gericht zu sitzen. Die B.D.M.-Mädel, die dort arbeiten und das Lager rein halten müssen, sollten es als Sühne für die deutsche Schuld auf sich nehmen. [...]

Paula wieder den ganzen Tag in der Händelstraße tätig. Arnold hat bei Bassum einen Herd erworben und mit Fuhrwerk von dort nach Bremen gebracht. So schreitet die Einrichtung unserer Wohnung in der Händelstraße durch die unermüdliche Arbeit unserer Kinder weiter vorwärts.

*Samstag, 19. Mai 1945*

Im Rathause bei Behrens, Hagens und Kurz. Als Pfingstfreude Plakat: „Off limits for all military personnel“ für unsere Wohnung erhalten. Verhaftung Stapelfeldts bestätigt. – Finanzfragen und Haushalt mit Dr. Hagens besprochen. Hagens optimistisch. Ich sehe die vielen unsicheren und ungünstigen Faktoren. Kurz hat lange Aussprache mit Nawrath gehabt;

<sup>59</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 9 und 40.

<sup>60</sup> Dr. med. Kurt Becker-Glauch, 1873–1948. 1907–1938 und 1945–1948 verantwortlicher Gerichtsarzt in Bremen. Er versuchte in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, Angeklagten vor den Sondergerichten durch Gutachten zu helfen und beantragte Zwangssterilisierungen von Insassen der Bremer Strafanstalten zu verhindern. (Marbolek/Ott, Bremen, S. 192, 320. Vgl. aber auch Norbert Schmacke/Hans-Georg Güse, Zwangssterilisiert, verleugnet, vergessen. Zur Geschichte der nationalsozialistischen Rassenhygiene am Beispiel Bremen, Bremen 1984, S. 105f.). B.-G. war der ältere Bruder der Malerin Paula Becker-Modersohn und ein Schulfreund Spittas (Spitta, Aus meinem Leben, S. 137). Seine Tochter, Dr. Elisabeth Becker-Glauch, war ebenfalls Ärztin.

<sup>61</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 50.

Nawrath jetzt „europäische wissenschaftliche Berühmtheit“. Bücher über Kaukasus, Indien usw. Nawrath hat die wissenschaftlichen Leistungen von Dr. Kurz betont.

Besprechung mit Glässel,<sup>62</sup> der als größte Gefahr den Bolschewismus ansieht.

Merkwürdige Gerüchte über den Beginn des dritten Weltkrieges zwischen Anglo-Amerikanern und Russen; Kämpfe bei Hamburg usw. Noch merkwürdiger, daß diese Gerüchte begierig aufgenommen werden, und am merkwürdigsten, daß daran Hoffnungen für Deutschland geknüpft werden. Ich glaube trotz aller Spannungen und Gegensätze zwischen den Siegern nicht daran, daß die Sieger jetzt schon einen neuen mehrjährigen Weltkrieg untereinander beginnen werden. Sollte aber doch ein solcher Krieg ausbrechen, so würde er für Deutschland ein neues furchtbares Verhängnis sein: Deutschland würde das Schlachtfeld werden und in einen entsetzlichen Bürgerkrieg geraten, da ein Teil der Deutschen, freiwillig oder gezwungen, auf der Seite der Westmächte, ein Teil, freiwillig oder gezwungen, auf der Seite der Russen kämpfen würde. – Arnold glaubt ebenso wenig wie ich an einen solchen Krieg zwischen West und Ost, er meint aber, die Westmächte würden bald den größten Teil ihrer Truppen aus Europa fortbringen, sei es nach Japan, sei es in die Heimat; dann würden die Russen durch ihre militärische Übermacht und durch innere Unruhen und Putzschke immer weiter in Deutschland und Europa vordringen und schließlich alles beherrschen. Arnold hält – wie ich – die Westmächte für ideenlos und ohne Zukunft, während er es immerhin für möglich hält, daß der russische Bolschewismus in Wandlungen und nationalen Abwandlungen früher oder später einmal Fruchtbares hervorbringen kann. Richtig ist, daß wir von Rußland und dem Bolschewismus fast nichts wissen als die vielfach grauenhaften und unmenschlichen Methoden.

Besprechung mit Dr. Hanns Meyer<sup>63</sup> über Fragen der Presse. Er erzählt von seiner Unterhaltung mit den Amerikanern; danach kann eine Zeitung erst zugelassen werden, wenn die amerikanischen Zensoren in Bremen eingetroffen sind; das wird in einigen Wochen sein.<sup>64</sup> Das ist also die Freiheit

<sup>62</sup> Ernst Glässel, 1878–1950. Schiffsmakler in Hamburg, 1905 Direktor der neugegründeten Roland-Linie AG in Bremen, nach deren Fusion mit dem Norddeutschen Lloyd seit 1926 stellvertretender Vors., 1931 bis August 1932 Vors. dieser Gesellschaft, 1934 Gründung einer eigenen Im- und Exportfirma, 1945–1949 Vizepräsident der HK Bremen; hatte der NSDAP nicht angehört. Vgl. Brem. Biogr., S. 178f.

<sup>63</sup> Dr. Hanns Meyer, 1890–1965. Studienrat, Naturwissenschaftler, 1925–1933 Leiter der Staatlichen Pressestelle, danach für den Bremer Verkehrsverein tätig, Md. der NSDAP seit 1.5.1937, im Krieg Pressereferent des Senats, Ende Sept. 1945 auf eigenen Antrag aus dieser Funktion entlassen, 1946–1957 Geschäftsführer des Verkehrsvereins Bremen.

<sup>64</sup> Die anglo-amerikanischen Planungen für die Pressepolitik im besetzten Deutschland sahen drei Etappen vor: 1. Ausschaltung des gesamten Informationssystems, 2. Aufbau eines alliierten Informationsdienstes, 3. dessen schrittweise Über-

des Geistes und der öffentlichen Meinung der Westmächte; ich habe es nicht anders erwartet. [...]

*Pfingstsonntag, 20. Mai 1945*

Pfingstfrühstück mit Mutter und mir in der Garage; Eier und Bohnenkaffee, Mühlen-Weißbrot. – Klaus bringt Birkenzweige und Schwertlilien. Überall blüht Weiß- und Rotdorn.

[...]

Abends bis gegen Mitternacht mit dem Ehepaar Kröncke beim Burgunder. Wie immer angeregte Unterhaltung. Die kluge und aufgeschlossene Frau Kröncke sitzt mit ihren Gewohnheiten, Vorstellungen und Wünschen noch sehr in der alten, wohl für immer vergangenen bürgerlichen Welt; so ist ihr der Gedanke, daß Arbeiter in den Senat kommen sollen, fast unfasslich. Vergeblich suchte ich ihr klarzumachen, daß es sich in den nächsten Jahren, ja, in den nächsten Jahrzehnten im wesentlichen darum handle, den Bolschewismus abzuwehren, und daß alles darauf ankomme, die gemäßigten, ruhigen Arbeiter vor dem Abrutschen ins kommunistische Lager zu bewahren, daß dies aber nur durch Hereinnahme von Arbeitern in die Regierung und Verwaltung möglich sei; und daß unter den Arbeitern auch geeignete Kräfte seien wie Kaisen und andere. Daß auch eine gesellschaftliche Gleichstellung der Arbeiter mit den sogenannten „Bürgerlichen“ und sogenannten „Gebildeten“ nötig ist, liegt ihr ganz fern. Ihr Mann hat für diese Gedankengänge mehr Verständnis.

*Montag, 21. Mai 1945*

[...]

*Dienstag, 22. Mai 1945*

Nachmittags mit Polizeiauto zu den Amerikanern Contrescarpe geholt; treffe dort Apelt; wir sollten um 4 Uhr Prof. Dorn sprechen. Schwierigkeiten bei der Sperre; bis 5 Uhr gewartet. Dann gehen Apelt und ich fort.

Besprechung in der Handelskammer über Frage der Parteigründung. Apelt und ich nach wie vor dagegen. Kaisen hat zu Wenhold gesagt, sie

führung in ein deutsches, von allen Alliierten beaufsichtigtes Kommunikationswesen. – Als erste Zeitung für die Zivilbevölkerung erschien in der Bremer Enklave vom 23.6. bis zum 15.9.1945 einmal wöchentlich (sonnabends) der „Weser-Bote“, hrsg. v. d. 12. amerikanischen Heeresgruppe. Seit dem 7.7.1945 enthielt er als unregelmäßige Beilage „Amtliche Mitteilungen der Freien Hansestadt Bremen“, hrsg. v. Reg. Bgm.. Als erste *deutsche* Lizenz-Zeitung folgte vom 19.9.1945 an der „Weser-Kurier“, bis Ende 1947 mit zwei, dann drei bis vier Ausgaben pro Woche, als Tageszeitung wegen des allgemeinen Papiermangels aber erst seit Okt. 1948. Vom 27.10.1947 bis zum 19.9.1949 erschien außerdem die Bremerhavener „Nordsee-Zeitung“. Seit dem 5.9.1949 herrschte Lizenzfreiheit für Druckerzeugnisse.

wollten sich nach den Verhältnissen im Reiche richten, jedenfalls einheitlich mit den übrigen deutschen Gebieten vorgehen und die Einheit darin bewahren. Entwurf eines Parteiprogramms der demokratischen Partei (Rechtsanwalt Ficke)<sup>65</sup> ganz nach altem Muster, in völliger Erdenferne, ohne auch nur zu berücksichtigen, daß wir Deutsche und Bremer Unterworfene und Unfreie der Anglo-Amerikaner sind. Derartiges werde ich nicht mitmachen. Vorwiegende Ansicht, die Sache hinauszuschieben und die Demokraten auch zurückzuhalten.

Sorge besonders bei Ulrich, daß der Krieg zwischen Russen und Anglo-Amerikanern unmittelbar bevorstehe. Propagandasendungen der Russen: keine Aufteilung Deutschlands, sofortige Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen, Rußland wolle für baldiges Aufblühen Deutschlands sorgen usw. Churchill soll im Unterhaus gesagt haben, die Lage in Europa sei so ernst wie 1940.<sup>66</sup> Dolmetscher Herzog<sup>67</sup> entschuldigt bei Apelt und mir die Amerikaner; schildert Prof. Dorn als ungewöhnlich klug und wissend, aber Freund Moskaus und Freund Roosevelts.

Die Franco-Allee und die Parkallee in *Francis D. Roosevelt-Boulevard* verwandelt.

Heute abend läuft bei uns zuerst das Leitungswasser wieder.

*Mittwoch, 23. Mai 1945*

Herzog holt Apelt und mich mit seinem Auto ab, um uns zu *Prof. Dorn* zu bringen. In Gegenwart Apelts, der dabei stumme Person ist, werde ich einem *Verhör* unterworfen: Vergangenheit, Ressorts, die ich im Senat bearbeitet habe, Absetzung 1933, politische Einstellung usw. Ich sagte unter anderem, daß ich Gegner des Nationalsozialismus sei; für die Gegenwart und nächste Zukunft komme es nicht auf die politische Schattierung an, sondern auf ein Zusammenarbeiten aller, die den Aufbau wollten; sie alle

<sup>65</sup> Dr. Heinrich Ficke, 1897–1962, Rechtsanwalt, am 27.6.1945 als Hilfsrichter vereidigt.

<sup>66</sup> Nach der Niederlage Frankreichs, Dänemarks, Norwegens, Belgiens und der Niederlande hatte England im Sommer 1940 allein dem übermächtigen nationalsozialistischen Deutschland gegenübergestanden. Churchill fürchtete jetzt für den Fall einer starken Verringerung der amerikanischen Truppen in Europa eine ähnliche Überlegenheit und unaufhaltsame imperialistische Ausdehnung der Sowjetunion auf dem europäischen Kontinent. Vgl. Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bd. 6/1, S. 257–263. Spitta bezieht sich hier wahrscheinlich auf die Rundfunkrede „Forward, till the whole task is done“ vom 13.5.1945. Ausgehend von 1940, behandelte Churchill die letzten fünf Kriegsjahre und die aktuelle Situation, die er als sehr ernst beurteilte. Als Gründe nannte er die andauernden Kämpfe im Fernen Osten und die Gefahr, daß in Europa totalitäre Regime der deutschen Besatzung folgen und Demokratie und Freiheit vernichten würden. Vgl. Winston S. Churchill, *His Complete Speeches 1897–1963*, ed. by Robert R. James, Bd. 7 (1943–1949), New York 1974, S. 7157–7163.

<sup>67</sup> Alfred Herzog, vom 11.5. bis Ende Aug. 1945 für den Bremer Senat als Dolmetscher tätig.

müßten zusammenstehen; dazu gehöre auch gesellschaftliche Gleichwertung. Dorn schien dem zuzustimmen und äußerte, die Ideologien müßten zunächst zurücktreten. Er bezeichnete Meinecke<sup>68</sup> als seinen besten Freund in Deutschland und freute sich, daß ich ihn kannte. – Seiner Frage, wie ich mir die künftige Verfassung dächte, wich ich dadurch aus, daß ich sagte, wir wüßten ja noch nicht, was aus Bremen werden solle. Dorn erklärte dann, es würden *Wesermünde, Osterholz und die oldenburgischen Wesermarschen mit Brake zu Bremen kommen, vielleicht auch die Stadt Delmenhorst*.<sup>69</sup> Auf meine Frage verneinte er, daß Verden einbeschlossen werden würde. Ich bedauerte das aus Ernährungsgründen. Dorn: Es müßten Verträge mit anderen Gebieten abgeschlossen werden. Auf meine Frage, ob eine *deutsche Zentrale* bleiben werde (die ich, als er von den Steuern sprach, anschnitt), sagte Dorn *für sich persönlich*, nach seiner Überzeugung werde eine Zentrale bleiben.<sup>70</sup> – Bei der Justiz, die Ländersache werden würde, fragte Dorn, ob der Richterstand nicht sehr nationalsozialistisch durchsetzt sei; ich erwiderte, ich glaube das nicht; die Parteimitgliedschaft sei zum Teil unter Zwang erworben.<sup>71</sup> Dorn betonte allgemein die Notwendigkeit, den Apparat einzuschränken. Im übrigen habe man ja das Vorbild der alten bremischen Verfassung hinsichtlich Verwaltung des Landgebietes und der Gemeinden.<sup>72</sup> Ich sagte, ich dächte mir eine weitge-

<sup>68</sup> Dr. Friedrich Meinecke, 1862–1954. Bedeutender Historiker (Geistes- und Ideengeschichte), bis 1929 Professor in Berlin, 1947 Gründungsmd. und Rektor der Freien Universität Berlin; stand dem Nationalsozialismus trotz zeitweiliger Verunsicherung durch die außenpolitischen und militärischen Erfolge des Regimes aufgrund seiner liberalen Überzeugung ablehnend gegenüber. – Spitta war über seine Frau mit Meinecke verwandt. In seinem Beileidsschreiben an die Witwe nimmt er auf dieses Gespräch mit Dorn Bezug (StAB: NL Spitta 7, 63–22/5).

<sup>69</sup> Eine Einbeziehung Delmenhorsts in die Enklave war nie vorgesehen, vgl. Kap. 2, Anm. 48.

<sup>70</sup> Nachdem die Pläne zur Zerstückelung Deutschlands bei der Konferenz von Jalta aufgegeben worden waren, setzte sich im März 1945 das amerikanische Außenministerium mit seiner Konzeption durch, eine interalliierte Militärregierung für ganz Deutschland und, soweit nötig, zentrale deutsche Verwaltungseinrichtungen zu schaffen, zugleich aber den Ländern möglichst weitgehende Kompetenzen zuzuweisen, um durch einen solchen föderativen Aufbau eine gewisse Dezentralisierung Deutschlands zu erreichen. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland teilte diese Vorstellungen. (Hermann Graml, Zwischen Jalta und Potsdam. Zur amerikanischen Deutschlandplanung im Frühjahr 1945, in: VfZ 24/1976, S. 308–323).

<sup>71</sup> Bei dieser Einschätzung täuschte sich Spitta. Nach einem von ihm gezeichneten Bericht für den Präs. des Senats vom 6.7.1948 (StAB: 3–B.10.b. Nr.6) mußten von 49 Richtern, die im Mai 1945 dem Landgericht und den Amtsgerichten in Bremen angehörten, 29 ausscheiden, ebenso am Amtsgericht Bremerhaven sieben von 13 Richtern. Außerdem wurden sieben von neun Staatsanwälten und zwei von vier Amtsanwälten entlassen. Die Militärregierung beanstandete später wiederholt, daß der Senat bei der Säuberung der Justizverwaltung zu nachsichtig verfahren sei.

<sup>72</sup> Die Verfassung von 1920 billigte den Gemeinden Bremen, Bremerhaven und Vegesack sowie dem als Kreis organisierten Bremer Landgebiet weitgehende Selbstverwaltung, Finanzhoheit und das Recht zur Verabschiedung eigener Gemeinde-

hende lokale Selbstverwaltung der Gemeinden mit Aufsicht des Bremer Senats. Dorn meinte, verfassungsmäßig solle zunächst das bisherige Land Bremen wieder eingerichtet werden; das andere werde dann später an- und eingegliedert. – Als ich gegen 10 Uhr von Dorn entlassen wurde, blieb Apelt für sein examen rigorosum bei Dorn. – Draußen spreche ich Theil, der zu demselben Zweck zu Dorn geladen ist. Unterwegs Paulmann. Beiden gegenüber betone ich die Notwendigkeit vertrauensvoller Zusammenarbeit ohne Parteienscheidung.

Nachmittags Besprechung bei Bürgermeister Vagts über Senatsbildung. Teilnehmer: Vagts, Apelt, Kaisen, Theil, Wolters, Behrens und ich. Wolters tatsächlich Führer der bremischen Kommunisten;<sup>73</sup> behauptet (nach Mitteilung Kaisens), daß sie seit Jahren nichts mehr mit Rußland zu tun hätten, kein Geld, keine Anweisungen. Wolters will als Ressorts öffentlichen Arbeitseinsatz (Zwangsarbeit der Nazis) und Quartieramt (Wohnungszwangswirtschaft) sowie die Polizei. Zugestanden nur Arbeitseinsatz, dazu Ernährungswesen. Absicht von uns: Wolters stark in verantwortliche Arbeit einzuspannen. Kaisen hat ihm gesagt: Mitarbeit im Senat setze voraus, daß der Senat einheitlich auftrete und jedes Mitglied den Senat decke, auch wenn es überstimmt sei.

Zweifelhaft noch Finanzen; Nolting-Hauff? Daneben als zweiter Senator Wenhold. Im Bauwesen vielleicht Kaufmann Dr. Hillmann<sup>74</sup> neben Theil als zweiter Senator. In Ernährung neben Wolters Bölken. Als Kaufmann von Düring oder Hillmann. Düring vielleicht Präses der Handelskammer. Prof. Dorn hat Apelt gebeten, ihm Präses der Handelskammer vorzuschlagen. Besprechung mit Vagts über Kirchliches. Neuordnung der Evang[elischen] Kirche. Nachher bei Bote in derselben kirchlichen Frage; dort Pastor Speckmann.<sup>75</sup> – Bei Knittermeyer in Staatsbibliothek. Behörde für Kunst und Wissenschaft und „Wittheit“. Wittheit unmittelbar unter dem Reg[lierenden] Bürgermeister?

und Kreisverfassungen zu. Der Senat hatte das Aufsichtsrecht. Die Bürgerschaft fungierte, soweit ihr nicht durch Gesetz weitere Kompetenzen übertragen waren, als Parlament der Stadtgemeinde Bremen. Nach der Verfassung von 1947 besteht der Stadtstaat aus zwei Gemeinden: den Städten Bremen und Bremerhaven, denen weitgehende Selbstverwaltung zugestanden wird. Vegesack und das Landgebiet waren 1939 der Stadt Bremen eingegliedert worden. (Vgl. Spitta, Kommentar, S. 136, 257–266).

<sup>73</sup> Wolters gehörte seit Ende April 1945 der Leitung des Bezirks Nord-West der – noch nicht zugelassenen, illegalen – KPD an. In Bremen selbst soll Ende Mai 1945 Rudolf Rafter zum Politischen Leiter, Heinrich Reichel zum Organisations-Leiter gewählt worden sein (Adamietz, Das erste Kapitel, S. 52 aufgrund eines Interviews mit Reichel).

<sup>74</sup> Dr. Ludwig Hillmann, 1892–1977. Jurist, vor 1933 Handelsrichter und Beisitzer beim Landesarbeitsgericht Bremen, dann Kaufmann in der Holzwirtschaft, 13.6.1945–30.3.1946 halbamtmlicher Senator, zuständig für das Bauwesen (BDV).

<sup>75</sup> Edwin Speckmann, 1886–1951. Seit 1943 Pastor der Bremer St. Ansgarii-Gemeinde.

*Donnerstag, 24. Mai 1945*

Auf Vagts' Wunsch arbeite ich für die Amerikaner (Welker) eine geschichtliche Darstellung aus: der Senat zugleich Stadtmagistrat und Landesregierung.<sup>76</sup>

*Freitag, 25. Mai 1945*

Vormittags von 8½ Uhr an Besprechungen, zuerst mit Apelt (Aufzeichnung für die Amerikaner, von Düring, Vorschlag der Baumwollbörse für den Senat: Bote), dann mit von Düring, der für den Senat bereit ist, mit Vagts (Aufzeichnung für die Amerikaner, Bildung des Senats, Schwierigkeiten, die die Amerikaner – wie Vagts meint, nicht aus böser Absicht – der bremischen Verwaltung machen; Vagts will Sonntag ein Memorandum für Welker aufsetzen, das eine Art Ultimatum und bedingtes Entlassungsgesuch enthalten soll), mit Direktor Grohne<sup>77</sup> vom Focke-Museum (Waffensammlung von Ängstlichen in einen Teich geworfen!), mit Buch bei Schulze-Smidt<sup>78</sup> (weiter zerstörtes Büro), mit Versorgungsstelle, Besoldungsstelle und Schmidt I über Auszahlung der Gehälter und Ruhegehälter. [...]

Nachmittags Sitzung des Vorstandes und Beirates der Goethe-Gesellschaft bei Kippenberg. Beschlossen: Weiterarbeit in kleinen Kreisen in Privathäusern; Versuch größerer Veranstaltungen. Schwierigkeit der Benachrichtigung der Mitglieder ohne Post und Telephon und angesichts der Wohnungsänderungen infolge Bombenzerstörungen und Beschlagnahme; Einsatz von Jugendlichen. Frage, wo noch ein unzerstörter oder noch nicht von den Amerikanern beschlagnahmter Raum für größere Versammlungen zu haben ist. Die Raumnot, besonders auch für die bremischen Behörden ist infolge der rücksichtslosen Beschlagnahme der Amerikaner (z.B. des ganzen Hauses des Reichs) unerträglich geworden.

Umzug von Schwachhauser Ring nach Händelstraße 9. [...]

<sup>76</sup> In der Denkschrift mit diesem Titel trat Spitta für die Beibehaltung der traditionellen Doppelfunktion des Senats ein. In einer zweiten umfangreicheren Denkschrift „Bremen als freie Stadt und Land (Stadtstaat)“ plädierte er darüber hinaus dafür, Bremen als Land zu erhalten und ihm bei einer Veränderung der Ländergrenzen unbedingt die Souveränität über das Unterwesergebiet und die dortigen Häfen zu belassen (StAB: 3–B.10a. Nr. 2[1], Akte 1; engl. Fassung: „Bremen as a Free Town and Land“, ebenda: NL Spitta 7, 63–1/1).

<sup>77</sup> Dr. phil. Ernst Grohne, 1888–1957. 1924–1953 Direktor des Gewerbemuseums und des Focke-Museums für bremische Altertümer (1927 zum Focke-Museum vereinigt), 1953 Verleihung des Professorentitels durch den Senat. Vgl. Brem. Biogr., S. 184ff.

<sup>78</sup> Dr. jur. Arthur Schulze-Smidt, 1870–1945. RA und Notar, Urenkel des Bgm. Johann Smidt, seit 1902 im Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer, 1939 von Hitler zum „Justizrat“ ernannt, im Beirat der „Wittheit“ und Geschäftsführer der Smidt-Stiftung. Spitta hatte 1899 nach dem Assessorexamen in der Anwaltssozietät, der Schulze-Smidt angehörte, seine erste Stelle erhalten.

*Samstag, 26. Mai 1945*

[...]

Besprechung mit Rechtsanwalt Dr. Jan über bremische Justiz; die Amerikaner wollen keinen Richter, der jemals, wenn auch unter Druck, der Nazi-Partei beigetreten ist. Dann sollen nur noch zwei Richter übrigbleiben!<sup>79</sup>

*Sonntag, 27. Mai 1945*

Bei Frau Dr. Bücking gefrühstückt. Auf dem Wege dorthin kein Mensch auf der Straße; eine tote Stadt, sonst war selbst noch im Kriege starker Sonntagsbetrieb. Die Bevölkerung strömte zum Bahnhof; tausende waren mit Rädern unterwegs; auch im Bürgerpark Familien mit Kindern. Jetzt alles wie ausgestorben; dazu der Anblick der Ruinen ringsum, eine unheimliche Szene und Stille. Nur im Bürgerpark einige Holzsammler; am Bunker einige „Unbefugte“, die auf ihren kleinen Bollerwagen Bänke wegfahren, wohl zum Verheizen. Das Gefühl für Mein und Dein völlig geschwunden. Gestern jammert Frau Schlaake, daß ihr aus der Waschküche am Schwachhauser Ring 75, anscheinend am hellen Tage, ihr großer Kohlenherd gestohlen sei. Die Ruinen der Häuser gelten als vogelfrei; nicht nur die Trümmer werden weggebracht, auch Teile von noch stehenden Häusern werden von Fremden herausgebrochen und abgefahren, so in Kurt Beckers<sup>80</sup> Haus an der Schwachhauser Heerstraße.

Besprechung mit den Richtern Bredenkamp und Steengrafe<sup>81</sup> über Justiz, Parteizugehörigkeit, Gehälter und Ruhegehälter der Reichsbeamten usw. Besprechungen mit Prof. Gross<sup>82</sup> und Dr. Noltenius<sup>83</sup> über Ärztli-

<sup>79</sup> Dr. Arnold Appel, vgl. Kap. 2, Anm. 106; Dr. Hans Tjaden, 1888–1953.

<sup>80</sup> Dr. Kurt Becker-Glauch.

<sup>81</sup> Gustav Bredenkamp, 1880–1949. Richter, seit 1921 Vors. der Kammer für Handelssachen am Landgericht, langjähriges Vorstandsmd. der Kirchengemeinde Unser-Lieben-Frauen, seit 1937 Md. der NSDAP, 1940/41 aktive Beteiligung am Kampf gegen den deutschchristlichen Bremer Bischof Weidemann; am 15.3.1947 aus seinem Richteramt entlassen, dann in den Ruhestand versetzt, bis zum 31.3.1948 zur Abwicklung laufender Angelegenheiten vom Senat mit Privatvertrag weiterbeschäftigt, im Spruchkammerverfahren als „entlastet“ eingestuft, dagegen Widerspruch der Militärregierung. – Dr. Otto Steengrafe, 1877–1948. Landgerichtsdirektor, 1933–1937 Md. des Kirchenausschusses und des Kirchentages der BEK, seit Mai 1937 Md. der NSDAP.

<sup>82</sup> Dr. med. Heinrich Gross, 1869–1954. Arzt, 1901 Habilitation als Chirurg in Jena, ließ sich 1904 in Bremen nieder. Der Senat verlieh ihm im Ersten Weltkrieg als Lazarettleiter den Professorentitel. 1905–1937 Leiter der chirurgischen Abteilung am St.-Joseph-Stift, praktizierte danach als niedergelassener Arzt in Bremen. Vgl. Brem. Biogr., S. 186f.

<sup>83</sup> Dr. med. Bernhard Noltenius, 1882–1955, Arzt, seit 1912 in Bremen, 1919–1933 und seit 1948 Hrsg. des „Bremer Ärzteblattes“, 1948–1955 Präs. der Landesärztekammer, 1920–1923 und 1946–1951 MdBü (DVP, BDV, FDP), 1945 Gründungsmd. der BDV. Vgl. Brem. Biogr., S. 352f.



ches. Normalbedarf Bremens an Krankenhausbetten 3000; vorhanden oder zu schaffen (Mißlers Auswandererhallen) 500 Betten.<sup>84</sup>

Besprechung mit Jüdefeind, der wieder aus seinem Treibstoffamte entfernt ist und privatisiert.

[...]

Auf dem Rückwege [von Sanders Deichhaus] mit einem Unbekannten, der gefischt hatte, politische Unterhaltung antifaschistischer Art. Er nennt seinen Namen (Behrens), zwingt mich schließlich, meinen Namen zu nennen. Er kennt meine Senatoren-Eigenschaft, sagt, ich hätte durch ihn „die Stimme des Volkes“ gehört, usw.

*Montag, 28. Mai 1945*

[...] Besprechungen wieder am laufenden Bande. Mit dem Ausschuß der Anwälte Strohmeier, Düsing, Janssen, Hasenkamp<sup>85</sup> über Richterkollegium, Anwaltskammer, Richterrecht, Aufhebung von Nazigesetzen usw. Mit Dr. Groscurth<sup>86</sup> über Wirtschaft; er kommt mit den Amerikanern nicht weiter; Häfen und Betriebe darf die bremische Verwaltung nicht betreten; es kommt nichts in Gang.<sup>87</sup>

<sup>84</sup> Bremen verfügte während des Krieges über 3300 Krankenhausbetten, darunter 1550 Betten in auswärtigen Häusern (Schwarzwälder, Bremen IV, S. 578). Die meisten Krankenhäuser waren bei Luftangriffen und bei den letzten Kämpfen um Bremen zerstört oder schwer beschädigt worden. Das Hilfskrankenhaus Bremen-St. Magnus wurde von den US-Truppen beschlagnahmt. Im Juli 1945 konnte ein kirchliches Krankenhaus durch Übernahme eines ehemaligen Marinelazaretts erweitert und ein Ausweich-Krankenhaus in Holdheim (Oberneuland) geschaffen werden; im Dez. wurde das Krankenhaus Sebaldsbrück als Zweigstelle der Städtischen Krankenanstalten eröffnet. Aber noch 1948 waren die Bremer Krankenhäuser überfüllt. – Die Mißlerhallen im Findorff-Viertel, ursprünglich als Unterkünfte für Auswanderer errichtet, dienten in den 1920er Jahren als Polizeikaserne, 1932 als Arbeitsdienstlager, von März bis Sept. 1933 als Konzentrationslager für mehr als 200 Häftlinge. (Schwarzwälder, Bremen IV, S. 102ff.; MarBolek/Ott, Bremen, S. 122ff.).

<sup>85</sup> Bremer Ausschuß des Vorstandes der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer: Dr. Johann Hinrich Strohmeier, 1881–1947, RA und Notar; Dr. Ernst Düsing, 1894–1980, RA und Notar; Dr. Friedrich Hasenkamp, 1903–1988, RA und Notar; für Dr. Hermann Janssen vgl. Kap. 1, Anm. 138.

<sup>86</sup> Dr. jur. Reinhard Groscurth, 1895–1983. Regierungsdirektor, 1935 Justitiar der Wasserstraßendirektion in Bremen; am 31.7.1945 auf Anordnung der Militärregierung als Leiter der Binnenschiffsabteilung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Bremen wegen seiner Beziehungen zur NSDAP entlassen; später wieder eingestellt, 1954: 40jähriges Dienstjubiläum in seinem alten Amt. Sohn des Pastors Reinhard G. (1866–1949) und Bruder des Offiziers Helmuth G. (1898–1943), der zum Verschwörerkerkreis des 20. Juli gehörte.

<sup>87</sup> Deutsche durften die bremischen Häfen nicht betreten. Am 28.5.1945 stellte die amerikanische Militärregierung aber die Ausgabe von Hafenkarten an Personen in Aussicht, die dort beschäftigt waren oder amtlich zu tun hatten. Damit war eine wesentliche Voraussetzung für die Wiedereröffnung der Häfen geschaffen. Am 13.6.1945 wurde der Schiffsverkehr in Bremerhaven wiederaufgenommen; Ende Okt. 1945 machten die ersten Überseeschiffe in Bremen fest.

Mit Dr. Hagens über Richtergehälter usw. Er klagt, daß sich der amerikanische Major Bechtel<sup>88</sup> um Kleinigkeiten wie Lohnlisten kümmere, sich aber nicht auf Besprechung der großen Fragen einlasse.

[...]

Nachmittags Besprechung in der Handelskammer über Gründung einer Partei. Apelt, Wenhold, Fürst, Richter,<sup>89</sup> Ficke. Richter und Ficke für baldige Gründung einer demokratischen Partei. Ich dagegen, daß eine alte Partei wieder auflebt. Gegen ideologische Programmpunkte. Schildere, daß wir Besiegte und Unterworfenen sind und unter Fremdherrschaft und Diktatur stehen. Senat, Beamtenkörper, Gebietsumfang, Verfassung, Gesetze, Finanzen und Wirtschaft, alles hängt von den Amerikanern ab. Kein Versammlungsrecht, kein Recht freier Meinungsäußerung, keine Preßfreiheit, Zensur. In der Schule Lehrpläne und Schulbücher nach amerikanischer Vorschrift. Unterernährung und Sterben der Bevölkerung. 3000 Betten Krankenhaus-Normalzahl Bremens; 500 zu beschaffen. Dies Erntejahr kann durchgehalten werden; das nächste im Brotgetreide bedrohlich. Es gibt nur einen Programmpunkt: Arbeit und Brot beschaffen und Einschränkung der Unterernährung und des Sterbens in unserer Bevölkerung. Dafür Zusammenschluß aller Gutwilligen, rechts und links, der sog[enannten] Bürgerlichen und der Sozialisten. Alle früheren Parteiunterschiede, alle Wahlrechtsfragen und dergleichen verschwinden gegenüber dieser einen Lebensfrage.

Nach Aussprache beschlossen, den Amerikanern unter Hinweis auf die Antifaschisten-Liga die Frage vorzulegen, ob sie politische Partei oder Vereinigung gestatten würden. Mit wenigen Sätzen Wiederaufbauprogramm dieser Vereinigung schriftlich niederlegen und den Amerikanern überreichen (Kennedy<sup>90</sup> oder Welker?). – Nachher mit Wenhold über Senatsbildung.

*Dienstag, 29. Mai 1945*

[... persönliche Zukunft verschiedener Bekannter, die Mitglieder der NSDAP gewesen waren].

<sup>88</sup> Harold Reimers Bechtel, Leiter der Finanzabteilung der Bremer Militärregierung.

<sup>89</sup> George Albrecht Fürst, 1876–1969. Kaufmann, nach mehrjähriger Tätigkeit in den USA und England seit 1914 Inhaber einer Baumwollimportfirma in Bremen, 1942–1947 und 1949–1950 Vizepräs. der Bremer Baumwollbörse, 1945–1952 Vizepräs. der HK Bremen. Emil Richter, 1897–1960. Seit 1934 Leiter der Bausparkasse in Bremen, seit Juli 1945 Direktor bzw. Generaldirektor der Sparkasse in Bremen; Mitbegründer der Hanseatischen Aufbau-Gemeinschaft, die 1945 für die Entnazifizierung der HK eintrat und eine Zusammenarbeit mit der KGF erstrebte (vgl. Brandt, Antifaschismus, S. 128, 349f.; Brem. Biogr., S. 403ff.).

<sup>90</sup> E. Russell Kennedy, amerikan. Major, 27.4.–4.7.1945 Chef des Public Safety Branch (Innere Sicherheit, Polizei) der Bremer Militärregierung.

Nachmittags kirchliche Besprechung bei Vagts; Dr. Kurz und Dr. [Jules Eberhard] Noltenius. Ergebnis: Rücktritt der vorläufigen Kirchenregierung; Berufung einer neuen vorläufigen durch Senat.<sup>91</sup> Vorschläge soll ich dem Bürgermeister machen. Hinterher Besprechung mit Kurz und Noltenius. Vorschlag des Pfarrervereins (Rahm).<sup>92</sup> In Aussicht genommen: Dr.

<sup>91</sup> In Bremen war es in der NS-Zeit zu besonders heftigen Auseinandersetzungen um die Organisation der Evangelischen Landeskirche gekommen. Nach der Verfassung von 1920 besaß hier der *Kirchentag* die früher vom Senat wahrgenommenen Rechte des Summus Episcopus: die oberste Leitungsgewalt. Als Verwaltungsorgan wählte er den neunköpfigen *Kirchenausschuß* und dessen Vorstand, bestehend aus dem Präs., dem Vizepräs. (beide Laien) und dem Schriftführer (einem Pfarrer), dem die geistliche Aufsicht oblag. Um die Gleichschaltung der BEK und ihre Eingliederung in die geplante Reichskirche sicherzustellen, wurde Wohlfahrtssenator Otto Heider am 27.6.1933 zum Reichskommissar ernannt, der den verfassungsmäßig gewählten Kirchentag und Kirchenausschuß sofort auflöste und die Bildung eines neuen von Deutschen Christen beherrschten Kirchentages erreichte. Dieser wählte am 30.8.1933 Heider zum Kirchenpräs. und den Führer der Deutschen Christen, Heinrich Weidemann, zum Schriftführer. Da ein Antrag, Weidemann zum Landesbischof zu wählen, von der Opposition zunächst verhindert werden konnte, setzte Heider am 24.1.1934 alle Gemeindeordnungen außer Kraft, löste den Kirchentag auf und degradierte den Kirchenausschuß zum beratenden Organ. Die Gemeinden verloren ihre Autonomie. In ihnen wie in der gesamten Bremer Kirche galt fortan das „Führerprinzip“. Am 13.6.1934 erließ Heider ein „Gesetz“, das die BEK in die Deutsche Evangelische Kirche eingliederte; am 30.6.1934 wurde Weidemann als Landesbischof in sein Amt eingeführt. Für alle diese Maßnahmen fehlte nach Ansicht der Opposition die Rechtsgrundlage. Weidemanns willkürliche, auf persönliche Geltung und auch Bereicherung zielende Amtsführung ließ wachsenden Widerstand gegen ihn entstehen, der weit über die Kreise der Bekennenden Kirche hinaus bis in die Reihen der Deutschen Christen reichte. Im Dez. 1941 wurde er aus seinem Amt entlassen, im Juli 1943 nach verschiedenen Versuchen, sich mit Hilfe seiner Anhänger zu behaupten, vom Senat unter Hausarrest gestellt und Ende Jan. 1944 verhaftet. Im Febr. 1943 ernannten die DEK-Kanzlei und das Reichskirchenministerium nach einem längeren Interim den gemäßigten Magdeburger Oberkonsistorialrat Johannes Schultz zum kommissarischen Landeskirchenführer, der seinerseits eine neue kommissarische Kirchenregierung aus gemäßigten Deutschen Christen, darunter Jules Eberhard Noltenius, berief. Schultz trat am 31.5.1945 von seinem Amt zurück. Durch eine von Spitta entworfene Verfügung des Reg. Bgm. vom 15.6.1945 wurden alle seit Jan. 1934 auf dem Gebiet des kirchlichen Verfassungsrechts ergangenen Verordnungen für rechtswidrig und unwirksam erklärt. Die Gültigkeit der Verfassung vom 14.6.1920 wurde bekräftigt und ein neuernannter vorläufiger Kirchenausschuß beauftragt, für die Wiederherstellung der alten Gemeindeordnungen und die korrekte Wahl des Kirchentages zu sorgen. Dieser sollte dann gemäß der Verfassung den endgültigen Kirchenausschuß wählen, der vorläufige nach dessen Zusammentritt seine Tätigkeit beenden. (Vgl. Meyer-Zollitsch, *Evangelische Kirche*, S. 70–88, 110–124, 284–302, 331–337; Stoevesandt, *Bekennende Gemeinden*, S. 15–56, 95–124; Heinonen, *Anpassung und Identität*).

<sup>92</sup> Hermann Rahm, 1885–1950. Pastor, 1925–1934 in Hastedt bei Bremen, 1934–1950 am St. Petri-Dom, 1933 Md. des von Heider ernannten Kirchenausschusses, 1934 des Kirchentages der BEK, Deutscher Christ, kündigte aber Weidemann Ende 1941 namens der Arbeitsgemeinschaft Bremer Pastoren die weitere Zusammenarbeit auf, 1946–1948 aus politischen Gründen suspendiert, 1948–1950 Pastor prim. Vgl. Brem. Biogr., S. 392f.

Ahlers, Donandt, Urban, Hackländer, Hermann Edzard, Bankier Meyer (?).<sup>93</sup> Weg: Ordnung in den Gemeinden; dann Kirchentag; dieser wählt endgültige Kirchenregierung.

Bei Bredenkamp wegen der Zahlung der Gehälter an die Reichsbeamten, ohne Belastung des bremischen Staates, Deckung durch Reichsbank.

Unentschieden, ob und welche Ruhegehälter an die ausscheidenden Beamten gezahlt werden sollen. Ebenso Reichsgehälter und Reichsruhegehälter sowie Kriegshinterbliebenenversorgung zweifelhaft.<sup>94</sup> Das Ausscheiden der Beamten droht einen großen Umfang zu bekommen. Bei der Unterrichtsverwaltung von etwa 1600 Menschen 98 Prozent Pg. und 96 Prozent in Verbindung mit Partei (Organisationen).<sup>95</sup>

<sup>93</sup> Dr. Richard Ahlers, 1884–1950. RA und Notar, 1945/46 Präs. der BEK, bis 1942 und seit 1945 Präs. der Philharmonischen Gesellschaft in Bremen, Gründungsmd. der Bremer CDU, April–Juli 1946, 1947–1950 MdBü. Ahlers' Anwaltssozietät hatte im Okt. 1941 Klage gegen Landesbischof Weidemann eingereicht. Im Juli 1946 wurde A. von der Militärregierung aus allen seinen öffentlichen Ämtern entlassen, weil er die Entnazifizierung der Bremer Kirche nicht energisch genug betrieben habe. Tatsächlich hatte A. auf entschiedenerer Selbstreinigung gedrängt, sich im vorl. Kirchenausschuß aber nicht durchsetzen können. In einem Schreiben an Welker setzte sich Bgm. Kaisen für ihn ein. Er verwies auf Ahlers' Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus und protestierte gegen die Verletzung seiner Abgeordnetenimmunität und die Behinderung seiner beruflichen Arbeit. (StAB: 3–B.10.b. Nr. 40). Vgl. Brem. Biogr., S. 8ff.

Dr. h. c. Ferdinand Donandt, 1889–1966. Rechtsanwalt, Juni 1945 Hilfsrichter, 1934 Md. des Kirchenvorstands der Gemeinde Unser-Lieben-Frauen, zeitw. Md. im Landesbruderrat, 1945/46 Vizepräs., 1946–1958 Präs. der BEK, 1960 Ehrendoktor der Universität Göttingen; Sohn des Bgm. Martin D. F. Donandt.

Erich Urban, 1885–1965. Pastor, 1919–1956 an der Friedenskirche in Bremen, seit 1933 Md. des Pfarrernotbundes und Landesbruderrats der Bekennenden Kirche; 1945–1958 Schriftführer des Kirchenausschusses der BEK.

Emil Hackländer, 1888–1968. Pastor, 1919–1959 an der St. Michaeliskirche in Bremen, 1945/46 und 1948/49 auch für die Strafanstalt zuständig, 1945–1958 Md. und zeitweise stellvertretender Schriftführer des Kirchenausschusses der BEK.

Hermann Edzard, 1891–1968. Kaufmann, Hausmakler, 1941 bis zur Absetzung durch das Reichskirchenministerium zwei Monate lang Vors. der Finanzabteilung der BEK, 1945–1958 Schatzmeister der BEK.

Carl Eduard Meyer, 1880–1954. Mitinhaber einer Privatbank, 1935–1941 Schatzmeister der BEK, brachte durch Aufdeckung der fragwürdigen Finanzpraktiken Weidemanns das Verfahren gegen diesen in Gang und wurde daraufhin von ihm abgesetzt.

<sup>94</sup> Nach den im Mai 1945 maßgebenden Instruktionen der Militärregierung erhielten im Zuge der Entnazifizierung ausscheidende Staatsbedienstete (Parteimitglieder vor dem 1.4.1933) keine Versorgungszahlungen; den im Ruhestand lebenden wurden die Bezüge gestrichen. Im Nov. 1945 wurde die Regelung entsprechend den neuen Entnazifizierungsbestimmungen weiter verschärft: Allen betroffenen Versorgungsempfängern wurden aufgrund einer Verfügung des Senats vom 23.11.1945 zum 1.12. die Bezüge gesperrt. (Bericht von Osterloh, Regierungskanzlei, 15.4.1946, StAB: 3–B.10.b. Nr. 4).

<sup>95</sup> Nach den im Mai 1945 geltenden Anordnungen der Bremer Militärregierung mußten Beamte, Angestellte und Arbeiter den Staatsdienst verlassen bzw. im Ruhe-

Mehrere Besprechungen, die bei Vorhandensein von Telefon  $\frac{1}{2}$  Stunde beansprucht hätten, erfordern jetzt ermüdende Wege auf dem schlechten, bei regnerischem Wetter dreckigen Pflaster und nehmen manchmal mehrere Stunden. Dabei, abgesehen vom Verfehlen des Aufgesuchten, Schwierigkeiten, in die Häuser zu kommen, da die elektrischen Klingeln mangels Strom nicht benutzt werden können; das Klopfen wird nicht immer gehört oder nicht gleich gehört. Man wird sich später in diese täglichen Unbequemlichkeiten und den Kraft- und Zeitaufwand, den diese Zerstörungen nötig machen, kaum zurückversetzen können; vollends wird jemand, der dies nicht selbst durchgemacht hat, sich keine Vorstellung davon machen können, wie das Leben in einer Großstadt ohne Versorgungswerke, ohne Verkehrsmittel, ohne Post, Telephon und Rundfunk, ohne die regelmäßige Zufuhr von Lebensmitteln und ohne Kohlen gewesen ist. Schlimmer freilich, daß nichts vorwärtskommt, weder in der Verwaltung, noch in der Wirtschaft und dem Wiederaufbau, da die Amerikaner unglaublich langsam arbeiten und sich entscheiden und von einem erstaunlichen Formalismus und Bürokratismus sind – bei den meisten wohl nicht aus bösem Willen, sondern aus Sturheit, Besorgnis, in Washington anzustoßen, Überheblichkeit und Unkenntnis. Jeder, der mit ihnen zu tun hat, hat dieselbe Not.

[...]

stand auf Bezüge verzichten, wenn sie der NSDAP vor dem 1.4.1933 angehört hatten, aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit in den Staatsdienst gelangt waren oder in der Partei nach dem Stichdatum mindestens das Amt eines Ortsgruppenleiters, in der SA und dem NSKK den Rang eines Sturmführers, in der SS den Rang eines Untersturmführers innegehabt hatten. Aus der Schulverwaltung sollten darüber hinaus alle ehemaligen Nationalsozialisten ausscheiden, auch diejenigen, die erst nach dem 1.4.1933 in die Partei aufgenommen worden waren (Protokoll der Besprechung b. Reg. Bgm. am 17.5.1945, StAB: 3/3). Durch eine Direktive des amerikanischen Hauptquartiers vom 7.7.1945 wurden die Bestimmungen drastisch verschärft: Als untragbar galten nun alle, die der NSDAP bis zum 30.4.1937 beigetreten waren, in ihr zu irgendeiner Zeit mindestens das Amt des Blockleiters ausgeübt, in den Gliederungen den Rang des Scharführers bekleidet oder der Allgemeinen SS oder dem Sicherheitsdienst (SD) angehört hatten. – Im Schulbereich mußten von 1410 Beamten und 326 Angestellten am 1.4.1945 783 Beamte (55,5%), darunter 763 Lehrer, und 71 Angestellte (21,8%) bis zum 31.3.1946 als politisch belastet ausscheiden. Das Lehrerkollegium war infolge des Krieges um ca. 20%, infolge der Entnazifizierung um weitere 40% verkleinert und insgesamt mit einem Durchschnittsalter von 55 Jahren stark überaltert. Die zuständige Behörde rechnete im April 1946 damit, höchstens 750 Lehrer, ein Drittel des regulären Bestandes, beschäftigen zu dürfen. (Bericht von Osterloh, Regierungskanzlei, 15.4.1946, StAB: 3-B.10.b. Nr. 4). Die meisten Pädagogen hatten dem NS-Lehrerbund angehört; daraus ergibt sich die hohe Schätzung von 96% mit Verbindungen zur NSDAP.

*Mittwoch, 30. Mai 1945*

[...]

Rechtsanwalt Dr. Drewes<sup>96</sup> über Zerstörung der Justiz durch die von den Amerikanern verfügten Beamten-Entlassungen. Formalismus der Parteizugehörigkeit. In der Justiz rechnen die Amerikaner die Partei-Anwärterschaft als Partei-Mitgliedschaft.<sup>97</sup> Wenn die Amerikaner bei Senat, Justiz, Polizei und Schule an ihrem sturen Standpunkt festhalten und auch im übrigen nichts vorwärtskommen lassen, sehe ich den Augenblick kommen, in dem wir erklären müssen, daß wir die Verantwortung nicht übernehmen könnten und die Mitwirkung im Senat ablehnten. Das Schlimmste ist, daß offenbar Bremer aus Fanatismus, Rache oder Torheit den formalistischen Unsinn mitmachen oder die Amerikaner darin bestärken, manche wohl auch, weil sie das Scheitern des Wiederaufbaus wünschen, um den Bolschewismus herbeizuführen. Der Vorstand der Antifaschisten-Liga (Nawrath und andere) geht bei den Amerikanern ein und aus. Auch Leute wie Richter<sup>98</sup> blasen in dasselbe Horn.

Nachmittags sind Wenhold, Bölken, von Düring und Helms bei Vagts gewesen. Als von Düring und Helms über ihre Partei-Anwärterschaft Aufklärung gegeben haben, hat Vagts gesagt: Damit sei eine neue Lage gegeben; er müsse darüber erst mit den Amerikanern sprechen. Über die Partei-Anwärterschaft hatten aber Apelt und ich Vagts ausführlich aufgeklärt. Jedenfalls ist jetzt der Eintritt Dürings und Helms in den Senat so gut wie ausgeschlossen. Der Senat verliert dadurch an Fachkenntnis, Sachkunde und Verhandlungsfähigkeit. Besprechung darüber mit Apelt. Wer kommt nun als Kandidat in Frage? Hillmann und Bote (Baumwolle)?

In der Beeidigungs-Versammlung der Rechtsanwälte ist von Dr. Strohmeier erklärt, die Amerikaner sähen Anwarter der Partei als Mitglieder an; daher dürften auch die von der Anwaltschaft zu stellenden Hilfsrichter nicht Anwarter gewesen sein.<sup>99</sup>

Richard Duckwitz bei mir; sein Sturmführer-Amt erst beim Eintritt in den Senat verliehen; Plan, als Leiter der kaufmännischen Abteilung in den Vorstand der Stadtwerke einzutreten oder die Leitung der Straßenbahn zu übernehmen.

[...]

<sup>96</sup> Dr. Fritz Drewes, 1875–1956. RA und Notar, am 27.6.1945 als Hilfsrichter vereidigt, richtete 1949 als RA der Deutschen Partei scharfe Angriffe gegen den für die Entnazifizierung zuständigen Senator Dr. Alexander Lifschütz.

<sup>97</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 49.

<sup>98</sup> Emil Richter, vgl. Kap. 2, Anm. 89.

<sup>99</sup> Die in Bremen zugelassenen Rechtsanwälte wurden am 30.5.1945 von der Militärregierung vereidigt. (StAB: 3–G.3.a. Nr. 533). Da es an einer genügenden Zahl unbelasteter Richter und Staatsanwälte fehlte, wurden 37 von ihnen – meistens mit halber Stelle – zu Hilfsrichtern und Hilfsstaatsanwälten ernannt und am 27.6.1945 im Rahmen der feierlichen Eröffnung der deutschen Gerichte in Bremen von Spitta vereidigt.

*Donnerstag, 31. Mai 1945*

Es blüht in allen Gärten. Holunder und Akazien stehen schon länger in voller Blüte. Auch im Garten in der Händelstraße Holunder-Blüte. Im Vor- und Hintergarten Rosen. Noch fehlt es im Hause an manchem. Paula und Hanna schuften den ganzen Tag, um mit dem Laufenden und mit Einräumen und Reinemachen fertig zu werden. Heute ist zum großen, sehr nötigen Washtag Eva da. Nach und nach nimmt aber die Ordnung und die Gemütlichkeit zu. Mein Zimmer, das besterhaltene des Hauses, ist ziemlich fertig. Dies umso nötiger, als ich schon mancherlei Amtliches zu tun habe und noch keinen Raum im Rathause besitze. Auch Besuche amtlicher Art in unserer Wohnung.

[...]

Nachmittags in der Handelskammer Besprechung über Parteibildung; da die Amerikaner Parteien noch nicht wollen, Vertagung um 14 Tage. Erörterung über Überwindung der alten Parteien und des Gegensatzes: bürgerlich – sozialistisch. Es überwiegt jetzt die Meinung, den Versuch zu einer großen Einheits- und Sammel-Partei zu machen.

Der Landrat von Brake-Wesermarsch ist bei Vagts erschienen und hat sich ihm als Untergebener vorgestellt; so erfährt der Bürgermeister von der Gebietserweiterung.<sup>100</sup> Ebenso sind die Leiter der Ernährungsämter links und rechts der Unterweser bei Dr. Schultz gewesen, um sich ihm zu unterstellen.<sup>101</sup> Irgendeine schriftliche oder offizielle mündliche Mitteilung an Bremen ist nicht ergangen.

Abends Apelts. Ersatz-Kandidaten für Düring und Helms? Hillmann, Schütte (Baumwollbörse),<sup>102</sup> Bote?

[...]

*Freitag, 1. Juni 1945*

Kirchliches mit Dr. Leist.<sup>103</sup> Er billigt meinen Vorschlag, die vorläufige Kirchenregierung so aufzuziehen, wie der Kirchenvorstand und Kirchenausschuß [nach] der Kirchenverfassung von 1920 geregelt waren. Bereitschaft der Mitarbeit. Personalfragen. Im Rathause bei Bürgermeister

<sup>100</sup> Der Gebietsumfang der Enklave war seit der Konferenz von Jalta festgelegt (vgl. Kap. 2, Anm. 48), den Besatzungstruppen und der örtlichen Militärregierung aber zunächst nicht genau bekannt. Dadurch konnte der Eindruck einer Gebietserweiterung entstehen.

<sup>101</sup> Die amerikanische Militärregierung hatte am 23.5.1945 das Ernährungsamt der Stadt Bremen zur Aufsichtsbehörde für die übrigen Ernährungsämter im Enklavegebiet ernannt.

<sup>102</sup> Franz Schütte, 1879–1967. Kaufmann, im Aufsichtsrat der Bremer Baumwollterminbörse, 1934–1966 Vors. des Bremer Rennvereins, 1943–1966 des Bürgerparkvereins.

<sup>103</sup> Dr. Otto Leist, 1884–1961. RA und Notar in Bremen, seit 1926 Bauherr von St. Remberti, 1945–1956 stellvertretender, 1956–1958 Vizepräs. des Kirchenausschusses der BEK; vgl. Brem. Biogr., S. 312f.

Vagts. Fall von Düring und Senatsbildung. Vagts will zunächst die acht Vollsenatoren den Amerikanern vorschlagen.

Mit Dr. Kurz Kirchliches.

Bei Knittermeyer in Staatsbibliothek. Er schaufelt mit seinem gesamten männlichen und weiblichen Personal vor dem Gebäude den Schutt von der Straße. [...] Der Gedanke der Amerikaner, Wesermünde wieder Bremerhaven zu nennen; anscheinend Behrens und Dr. Hanns Meyer dagegen und weiter für die Notlösung von 1939.<sup>104</sup>

Bei Herrn von Düring. Senat und Kirchliches. – Abends bei Apelt wegen Bremerhavens. – Heute fahren einige lokale Eisenbahnzüge (Vege sack, Oldenbüttel). Die Lebensmittelverteilung kommt langsam in Gang. Zuteilung von Fleisch, Fett, Brot, Nahrungsmitteln und Kaffee-Ersatz auf Marken. Beseitigen der Schuttmassen auf der Straße durch die Anwohner.

### *Samstag, 2. Juni 1945*

Besprechung Apelt, Behrens und ich über Bremerhaven. Die Anregung der Namensänderung Wesermündes ist nur gesprächsweise gegenüber Platz gefallen; Handelskammer dafür. Bedenken von Behrens wegen der Häfen und der Bestrebungen Wesermündes, den Hafen in die Hand zu bekommen (anmaßendes Auftreten des Oberbürgermeisters Koch,<sup>105</sup> das Vagts als „Kriegserklärung“ bezeichnet hat). Ergebnis der Besprechung: Von Bremen soll zunächst nichts geschehen, um die Namensänderung zu betreiben; kommt eine offizielle amerikanische Anregung, so ist die Sache neu zu prüfen; auf jeden Fall muß der Hafen von Bremerhaven auch gemeindlich bei der Stadt Bremen bleiben (Fischereihafen bei Wesermünde). – Wesermünde hofft jetzt, *der* Welthafen der Weser zu werden, da die Häfen der Stadt Bremen schwer beschädigt sind.

<sup>104</sup> Zum 1.11.1939 war Bremerhaven – ohne die der Stadt Bremen angeschlossenen Unterweserhäfen – dem Land Preußen und der preußischen Stadt Wesermünde angegliedert worden. Die so vergrößerte Stadt Wesermünde wurde zum 31.12.1946 Teil des Landes Bremen; ihre Stadtverordnetenversammlung beschloß am 7.2.1947 die Umbenennung in Bremerhaven. Behrens fürchtete, daß die Stadt Wesermünde nach der Umbenennung in Bremerhaven Anspruch auf den gleichnamigen Hafen erheben und Bremen die Hoheit über ihn verlieren würde. Nach der Eingliederung Wesermündes in das Land Bremen fielen diese Bedenken weg. (Protokoll der Besprechung b. Reg. Bgm., 29.5.1945, StAB: 3/3).

<sup>105</sup> Dr. Helmuth Koch, 1889–1963. Jurist, 1937 als ORR und Leiter des Bremischen Amtes in Bremerhaven in den Ruhestand versetzt; 1945/46 kommissarischer Oberbgm. der Stadt Wesermünde und Regierungspräs. der ehemals preußischen Enklavegebiete an der Unterweser, 1948–1949 Präs. des Landesernährungsamtes Hannover, 1950 Regierungspräs. in Lüneburg, 1955–1959 niedersächsischer Finanzminister (CDU). K. war 1933 für die Schaffung einer Großgemeinde Bremerhaven-Wesermünde eingetreten.



Fragebogen für Amerikaner ausgefüllt und abgegeben. Rechtsanwalt Dr. Janssen über Justiz. Vagts hat auf Drängen Welkers Appel<sup>106</sup> zum Landgerichtspräsidenten berufen. Kommissarisch? Die Anwälte haben ihre Bedenken vorgetragen.

[...]

*Sonntag, 3. Juni 1945*

[...]

*Montag, 4. Juni 1945*

Im Rathause Pastor Rahm, Dr. Kurz und ich über Wiederherstellung der Rechtsordnung in der Bremischen Evangelischen Kirche. Personenfragen. Vorschläge des Pfarr[er]vereins: Urban, Hackländer, Wilken. Kaufmann aus Domgemeinde?<sup>107</sup>

10 Uhr mit Anwaltsausschuß im Gerichtsgebäude bei Captain Guthrie.<sup>108</sup> Richterliste (Anwälte) und Geschäftsverteilung. Schwierige Personenfrage Appel, den Vagts auf Drängen Welkers zum vorläufigen Landgerichtspräsidenten bestellt hat. Er soll nun erster Staatsanwalt – eventuell Generalstaatsanwalt – werden. Lahusen<sup>109</sup> soll Präsidialgeschäfte führen. – Einführungs- und Eröffnungsfeierlichkeit. Wir erklären uns gegen die Absicht der Amerikaner, eine große Sache mit Gästen und Musik zu inszenieren. Rein amtlicher Rahmen.

[...]

*Explosion im Polizeihaus* mit Toten und Verwundeten. Behrens, der die Explosion beim Kennedy erlebte, berichtet. Kennedy am Kopf verwundet;

<sup>106</sup> Dr. Arnold Appel, 1884–1966. 1915 Rechtsanwalt in Bremen, 1919 Hilfsrichter, 1920–1933 Senatssyndikus/Staatsrat, im März 1933 aus dem Bremer Staatsdienst entlassen, dann an das Amtsgericht Bremen versetzt; im Juni 1945 zum Amtsgerichtsdirektor ernannt, seit 30.11.1945 kommissarischer Präs., 1947–1953 Präs. des Verwaltungsgerichtshofes in Bremen; 1946–1956 Vizepräs. des Kirchenausschusses der BEK. Über die Gründe für die Bedenken der Anwälte war nichts zu ermitteln.

<sup>107</sup> Gustav Wilken, 1889–1980. Pastor. 1927–1959 an der Kirche Unser-Lieben-Frauen in Bremen, seit 1933 Md. des Pfarrernotbunds und Landesbruderrats; 1945/46 im vorläufigen Kirchenausschuß der BEK. Als Vertreter der Domgemeinde wurde der Kaufmann Paul Emil Meentzen, 1893–1978, in den vorläufigen Kirchenausschuß berufen.

<sup>108</sup> Robert Lee Guthrie, Captain, später Major, zunächst Dezernent für Justizfragen der amerikanischen Militärregierung in Bremen; Aug. – Nov. 1945 Leiter der Justizabteilung für die Enklave, dann Richter beim U.S. Court – HICOG in Frankfurt/M.; seit 1954 Rechtsanwalt in Dallas, Texas (StAB: NL Spitta 7,63–24/5).

<sup>109</sup> Dr. Diedrich Lahusen, 1889–1951. RA und Notar in Bremen, Diakon, Bauherr und Md. des Kirchenvorstandes der Gemeinde Unser-Lieben-Frauen. Am 15.6.1945 zum (anfangs kommissarischen) Landgerichtspräs. und damit zum damals höchsten Bremer Richter bestellt; er legte dieses Amt 1951 nieder, um wieder als Anwalt arbeiten zu können. Vgl. Brem. Biogr., S. 304f.

Behrens unverletzt. Es soll Munition im Hofe explodiert sein. Hoffentlich war die Ursache eine Unvorsichtigkeit der Amerikaner und nicht die Tat eines fanatischen Nazi. Vagts fährt zu Welker, Behrens zurück zum Polizeihaus.<sup>110</sup>

Staatsrat Dr. Schultz über die Ernährungsfragen. Unsinnige Unterstellung Bremens unter Oldenburg; Bremen gehört ernährungsmäßig zu Hannover – Niedersachsen.<sup>111</sup> Sperre der hannoverschen Gebiete durch britische Militärverwaltung; dadurch alle Kartoffellieferungen von Rotenburg usw. hinfällig.

Wunderliche Regiererei der Amerikaner. Gerade hat sich Landrat Carstens aus Brake bei Vagts vorgestellt, da ist er vom oldenburgischen Ministerpräsident Tantzen<sup>112</sup> abgesetzt und durch seinen Sohn [Theodor J. Tantzen jr.]<sup>113</sup> ersetzt. Mit welcher Befugnis setzt der oldenburgische Mini-

<sup>110</sup> Bei zwei schweren Sprengstoffexplosionen im Polizeihaus wurden vier Amerikaner und 41 Deutsche getötet sowie 32 Deutsche schwer verletzt. Die Untersuchung ergab, daß es sich um einen Unfall ohne irgendwelches Verschulden deutscher Stellen handelte. Das Unglück belastete das Verhältnis zur Militärregierung; deshalb war Spitta darüber entrüstet, daß Wolters in einem Interview ein Attentat von Nationalsozialisten oder eine Zeitbombe deutscher Truppen als mögliche Ursache nannte. (Vgl. Kap. 2, Anm. 146).

<sup>111</sup> Zur selben Zeit, als die amerikanische Militärregierung die Unterstellung aller Ernährungsämter in der Enklave unter die Bremer Behörde anordnete, nahm das Landesernährungsamt in Oldenburg seine Arbeit wieder auf. Ausgehend von der bei Kriegsbeginn geschaffenen Verwaltungsorganisation, bemühte es sich, die Aufsicht über das Bremer Ernährungsamt wiederzuerlangen. Gerade bei dieser Frage zeigte sich, wie nachteilig für Bremen die Einbeziehung ehemals oldenburgischer (Landkreis Wesermarsch) und preußischer Gebiete (Stadt und Landkreis Wesermünde sowie Landkreis Osterholz-Scharmbeck) in die Enklave und die unklare Kompetenzverteilung zwischen den Besatzungsmächten waren. Die Enklave sollte als Bestandteil der Britischen Zone von einer amerikanischen Militärregierung nach den Richtlinien britischer Politik verwaltet werden. Dies führte insbesondere nach der Auflösung des gemeinsamen Hauptquartiers SHAEF im Juli 1945 zu vielen Differenzen zwischen den Besatzungsmächten, gerade auch bei den schwierigen und lebenswichtigen Versorgungsproblemen. Auch im Zonenprotokoll vom 26.7.1945 wurde der Status der Amerikaner in der Enklave nicht geklärt. Ein Neuordnungsversuch von Anfang Dez. 1945 (vgl. Kap. 3, Anm. 279) brachte ebenfalls keine befriedigende Lösung. Erschwerend kam hinzu, daß die US-Militärregierung bestrebt war, ihre Enklave ohne Rücksicht auf die alte Ländergliederung und die bestehenden administrativen Strukturen zentral von Bremen aus zu verwalten.

<sup>112</sup> Theodor Tantzen, 1877–1947. Landwirt, 1911–1919 und 1923–1928 MdL Oldenburg (Freisinnige Volkspartei, DDP), 1919–1923 Ministerpräs. des Freistaats Oldenburg, 1928–1930 MdR, 1933–1945 als Landwirt tätig, mehrmals verhaftet; am 16.5.1945 zum Ministerpräs. des Landes Oldenburg ernannt; Ende 1946, nach der Gründung des Landes Niedersachsen, bis zu seinem Tod im Jan. 1947 stellvertr. Ministerpräs. und Verkehrsminister (FDP).

<sup>113</sup> Theodor J. Tantzen jr., geb. 1905. Bis 7.12.1945 Landrat des Kreises Wesermarsch mit Sitz in Brake, Begründer der DUD in Oldenburg (Anfang Sept. 1945), wegen Anstellung des ehemaligen Parteisekretärs der DDP und späteren Ministerialdirigenten im Reichspropagandaministerium, Werner Stephan, bei der DUD im März 1946 von der Militärregierung verhaftet; lebte später als Kaufmann in Düsseldorf.

sterpräsident im Gebiete des Bremen unterstehenden amerikanischen Pro-  
tektorats Beamte ab und ein?

[...]

*Dienstag, 5. Juni 1945*

Vormittags mit Lauferei wegen der Telephonlosigkeit. Mit Sander Raum-  
frage für Senat, mit Hagens Hilfskraft für Justiz, mit Richard Duckwitz All-  
gemeines und Persönliches. Mehrere vergebliche Wege.

Nachmittags Kümmer über seine Anstellungsverhältnisse (in Kommu-  
nalaufsicht bei Behrens zu beschäftigen?). Dr. Janssen über Geschäftsver-  
teilung in der Justiz. Apelt über allgemeine Lage und Verwirrung in der  
Verwaltung. Erste Folge der Explosion: den wenigen Firmen, denen der  
Zugang zum Hafen erlaubt war, ist die Erlaubnis entzogen.

Einiges in der Aufzeichnung über Friedel. Es wird wohl für lange Zeit  
das letzte Mal sein, daß ich an dieser mir so lieben Aufgabe arbeiten kann,  
denn nun wird eine aufreibende Tätigkeit für Bremen beginnen. [...]

*Mittwoch, 6. Juni 1945*

Morgens 9 Uhr Senat bei Welker. Begrüßungsansprachen Welkers und  
Vagts'. Wenn Welker die Unabhängigkeit unserer Senatsverwaltung be-  
tonte, so immer mit dem Vorbehalt militärischer Belange. Die anschlie-  
ßende Verhandlung aller deutschen und amerikanischen Sachbearbeiter  
wurde bald durch Welker abgebrochen und zunächst an Einzelbesprechun-  
gen der Beamten verwiesen.

*Erste Senatssitzung im Rathause.* Geschäftsverteilung, Verhältnis zu  
dem Military Government und andere Fragen besprochen.<sup>114</sup> Die Abgren-  
zung der amerikanischen Enklave steht staatsrechtlich noch nicht endgültig  
fest.<sup>115</sup> Regieren „als ob“. Regelung von Fall zu Fall im Einverständnis mit

<sup>114</sup> Laut Verfügung der Militärregierung vom 4.6.1945 (Anlage zum Senatsproto-  
koll vom 6.6.) waren die Mitglieder des acht- bis zwölfköpfigen Senats von ihr zu be-  
stätigen. An der Spitze stand der Regierende Bürgermeister, der als der allein Ver-  
antwortliche den Senatskollegen übergeordnet war und die Geschäftsverteilung be-  
stimmte. Diese Regelung widersprach der Verfassung von 1920, nach der der Senat  
aus seiner Mitte die beiden Bürgermeister wählte und der Erste Bürgermeister als  
„Präsident des Senats“ nur primus inter pares ohne Richtlinienkompetenz oder gar  
Weisungsbefugnis war. Bevor Kaisen Anfang Aug. 1945 an die Spitze des Senats  
trat, bestand er auf der Wiedereinführung des alten Titels „Präsident des Senats“  
und der Ernennung Spittas zum Zweiten Bürgermeister; er blieb jedoch gegenüber  
der Militärregierung allein verantwortlich.

<sup>115</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 48 und 111. Vagts teilte in der Senatssitzung mit, daß die  
Amerikaner beabsichtigten, ihre Besatzungszone im Unterweserraum „auch in ei-  
nen selbständigen innerdeutschen Verwaltungsbezirk und in eine entsprechende  
Gebietskörperschaft umzuwandeln. Zwar sei dieses Ziel in rechtlicher Beziehung  
noch nicht erreicht, die Amerikaner ständen aber auf dem Standpunkt, daß die An-  
gelegenheit so behandelt werden müsse, als ob sie bereits in dem von ihnen erstreb-  
ten Sinne staatsrechtlich gelöst sei.“ (Senatsprotokoll 6.6.1945, S. 3, StAB: 3/3).

den Amerikanern. – Polizei des Landes Bremen im alten Umfange ganz in Hand des Senats und des Polizeipräsidenten Werra.<sup>116</sup> Kennedy für Bremen „adviser“. Die Polizei in der übrigen Enklave bei Kennedy und Schloemer.<sup>117</sup> Justiz. Eröffnung nach Welker ohne Pomp, „with dignity“. Reden Welkers und des Bürgermeisters. Äußere Dinge, Schwierigkeit, Zimmer für die Senatoren zu schaffen.

Bedauerlich, daß zunächst nur ein Rumpfsenat gebildet werden konnte. Die vier „Halbsenatoren“ fehlen. Ein Bremer Senat ohne Kaufleute!<sup>118</sup>

Heute ins Amt eingeführt und/oder ins Ressort:

Früher:

|                       |                                                                                            |
|-----------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------|
| Deutschnational       | 1.) Bürgerm. Vagts: Inneres, Kunst u. Wissenschaft u. geistliche Angelegenheiten.          |
| Demokrat              | 2.) Sp[itta]: Justiz u. Verfassung                                                         |
| Deutsche Volkspartei  | 3.) Apelt: Wirtschaft u. Verkehr                                                           |
| [parteilos]           | 4.) Nolting-Hauff: Finanzen                                                                |
| Alte Sozialdemokraten | { 5.) Kaisen: Sozialverwaltung und Fürsorge<br>6.) Theil: Bauwesen<br>7.) Paulmann: Schule |
| Kommunist             |                                                                                            |
|                       |                                                                                            |
|                       | 8.) Wolters: Ernährung u. Arbeitseinsatz                                                   |

Nolting-Hauff war Mitschüler Wolters und ich glaube: Primus. Wolters war im Zuchthaus Zellennachbar von Hans Bücking und hat mit ihm heimlich durch Klosettpapier usw. verkehrt. – Besorgnis erregt bei Apelt und mir, daß schon in dieser ersten Senatssitzung Wünsche nach Wiederherstellung aller Kammern – Gewerbekammer, Landwirtschaftskammer, Kleingartenkammer, Handwerkskammer, Angestelltenkammer und Arbeiterkammer – laut wurden; als ob es auf diesen äußeren Apparat ankäme, der Reibungswiderstand und Kosten verursacht, und nicht auf das Eine: Beschaffung von Arbeit und Brot!

<sup>116</sup> Otto Werra, 1887–1968. Jurist, 1927–1933 Landrat des Kreises Meschede, im April 1933 in den einstweiligen Ruhestand versetzt, im Aug. entlassen, verzog nach Bremen, 1945–1955 Leiter des Elektrizitätsverbandes Oldenburg, Lebensabend in Münster. Polizeipräs. in Bremen wurde er nicht, vgl. Kap. 3, Anm. 23.

<sup>117</sup> Robert Schloemer, geb. 1884. Lehrer, 1914–1918 Soldat, 1919–1930 in der Bremer Schutzpolizei, 1930–1939 Verlagsvertreter und Schriftleiter einer Betriebszeitung, 1933 Md. der NSDAP, 1939 Wiedereintritt in den Polizeidienst, am 17.8.1945 von der Militärregierung entlassen. Vagts äußerte schon in dieser Senatsitzung Zweifel an der politischen Tragbarkeit Schloemers (Protokoll, S. 4). – Zur Organisation der Polizei vgl. Kap. 2, Anm. 199.

<sup>118</sup> Nach der Bremer Verfassung von 1920 (Art. 43) konnten in den Senat gewählte Kaufleute auf Antrag ihr Geschäft weiterführen. Daraus entwickelte sich die Institution der „halbamtlichen“ unbesoldeten Senatoren, die auch in der Verfassung von 1947 (Art. 112 und 113) verankert wurde. Für den 1945 ernannten Senat waren vier „halbamtliche“ Mitglieder vorgesehen, die jedoch erst nach längerem Bemühen, unbelastete Persönlichkeiten zu finden, am 13.6.1945 verpflichtet werden konnten. Es waren Wenhold (Finanzen), Bölken (Ernährung), Harmssen (Wirtschaft) und Hillmann (Bauwesen).

Nachmittags Richard Duckwitz bei mir; er hat Schreiben Vagts' erhalten, daß er – nach Entscheidung der Amerikaner – für den öffentlichen Dienst nicht in Frage komme und beurlaubt werde. Andere Verwendung besprochen.

Mit Leist Kirchliches; Personenfrage. – Bei Karl Carstens, um ihn als meine Hilfskraft für die Senatsarbeiten der Justiz zu gewinnen. Er hat sich in diesen wenigen Wochen eine gute Praxis aufgebaut, dank seiner Tüchtigkeit, seiner menschlichen Eigenschaften und seiner Beherrschung der englischen Sprache. Bedenkzeit erbeten. [...]

*Donnerstag, 7. Juni 1945*

8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr mit Bote Kirchliches besprochen.

Im Rathause Zimmerfrage, ich soll mein altes Zimmer wiederbekommen, bin heute aber noch zimmerlos. Mit Apelt „Fall“ R[ichard] Duckwitz. Mit Janssen Geschäftsverteilung und Eröffnungsfeier der Justiz. Um 11 Uhr sollte im Zimmer des Landgerichtspräsidenten Schmidt eine Besprechung sein; Schmidt gestern abend festgenommen und noch nicht wieder frei.<sup>119</sup> Ohne ihn mit Bredenkamp und Appel Justizfragen besprochen. Appel sträubt sich nach wie vor, Oberstaatsanwalt zu werden und bietet Bollinger<sup>120</sup> an, der bereit sei. Bollinger gesprochen. Erneute Rücksprache mit Janssen. J[anssen] sagt, die Anwälte lehnten Appel als vorläufigen Landgerichtspräsidenten ab. So spitzt sich die Sache durch Bollingers Bereitschaft zu einer persönlichen Angelegenheit zu.

Die Glückwünsche und die Aussprüche der Freude darüber, daß Apelt und ich wieder im Senat sind, sind beinahe peinlich. Es spielen offenbar Täuschungen über das, was wir für Bremen leisten können, mit, wie überhaupt in der Bevölkerung keine Vorstellung davon ist, wie abhängig der Senat von der amerikanischen Militärregierung ist. Überhaupt wird die Bevölkerung in staatsrechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung, besonders auch in der Ernährungs- und Geldfrage, von Illusionen beherrscht. Weil die Bevölkerung im April mit einigen Vorräten versehen ist und die Gehälter, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge meist für einige Zeit im voraus ausbezahlt sind, auch kaum eine Möglichkeit besteht, Geld auszugeben, hat sich die Bevölkerung einige Wochen nach der Eroberung leidlich

<sup>119</sup> Dr. Albert Schmidt, 1885–1951. Seit 1942 Landgerichtspräs. in Bremen; zuvor Staatsanwalt und Landgerichtsdirektor in Berlin, Md. der NSDAP und der Akademie für Deutsches Recht, Staffelführer im NSKK und stellvertretender Reichsgruppenleiter im NS-Rechtswahrerbund, Anfang April 1945 Vors. des neugebildeten Standgerichts in Bremen, das aber nicht tätig wurde; am 6.6.1945 verhaftet und interniert.

<sup>120</sup> Dr. Heino Bollinger, 1893–1977. RA und Notar, April 1933 als Syndikus der Gewerbekammer beurlaubt, seit 27.6.1945 Oberstaatsanwalt, seit Juni 1947 gleichzeitig Generalstaatsanwalt beim HOLG in Bremen; beide Ämter übte er bis zum Juli 1950 aus.

wohlgeföhlt, zumal da die Luftangriffe aufhörten, – wenigstens, soweit die Leute nicht der Wohnung gänzlich beraubt waren oder durch die Amerikaner beraubt wurden. Jetzt beginnt die Niederlage in ihrer ganzen Furchtbarkeit zu wirken. Die Bezüge der Kriegshinterbliebenen und die Familien-Unterstützungen [für die Angehörigen der Soldaten] werden beschränkt; ob die zahllosen abgesetzten Beamten Pensionen bekommen sollen, steht dahin.<sup>121</sup> Die kaufmännischen und industriellen Angestellten werden wegen der Beschäftigungslosigkeit in Handel und Gewerbe gekündigt und liegen ohne Bezüge auf der Straße. Die Beamtengehälter einschließlich der Senatorengehälter werden zunächst um  $\frac{1}{3}$  gekürzt. Für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September werden nur 2 Monatsgehälter ausbezahlt.<sup>122</sup> Bis zur neuen Ernte können wir in Bremen in der Ernährung durchhalten, wenn die Briten das Ausfuhrverbot für Kartoffeln nach Bremen aufheben und uns das Getreide und Mehl der Rolandmühle zur Verfügung bleibt (Oldenburger Befehle! Not in Rheinland und Westfalen usw.).<sup>123</sup> Wie aber im neuen Erntejahr??

Wenn Eisenbahn, Post, Telegraph, Telephon, Rundfunk, Flugwesen usw. wieder in Gang kommen, wird dies ganze Verkehrs- und Nachrichtenwesen in den Händen der Feinde sein und von ihnen ausgenutzt werden; dann wird ein großer Teil unserer Bevölkerung von diesen Einrichtungen durch die hohen Tarife ausgeschlossen sein. Daß die ganze Reichsschuld weiter voll verzinst wird, ist ausgeschlossen; fragt sich nur, ob sie ganz oder teilweise abgeschrieben ist und in welchem Maße dadurch die Banken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Wohlfahrtseinrichtungen usw. zahlungsunfähig werden.<sup>124</sup> Ein entsetzliches Elend zieht herauf. Was be-

<sup>121</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 94.

<sup>122</sup> Anordnung vom 28.5.1945, vgl. Peters, Bremen 1945–1956, S. 12.

<sup>123</sup> Bzgl. der Kompetenzkonflikte um die Ernährungsämter im bremischen und ehemals oldenburgischen Gebiet der Enklave vgl. Kap. 2, Anm. 111. Generell war es in der Britischen Zone mit ihren großen Industrieregionen besonders schwierig, die ausreichende Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen und die notwendigen Lebensmitteltransporte aus den Agrargebieten in die Städte zu organisieren, weshalb jede Kreisverwaltung bestrebt war, die Vorräte und Ernteerträge für die eigene Bevölkerung zu reservieren. „Ausfuhren“ in andere Zonen oder die Enklave versuchten sie, meistens mit Unterstützung der regional zuständigen Militärregierungen, nach Möglichkeit zu verhindern. Vgl. dazu: Stüber, Kampf gegen den Hunger, S. 65–111.

<sup>124</sup> Die Reichsschuld belief sich 1944/45 auf mindestens 378 Mrd. RM, davon 241 Mrd. RM kurzfristige Schulden. Sie entsprach damit 95% des inländischen Geldvermögens (1932 : 15%). Vier Fünftel des Reichshaushalts wurden im 2. Halbjahr 1944 durch kurzfristige Kredite finanziert. Bei Kriegsende war das Reich bei den Geschäftsbanken mit 110 Mrd. RM, bei den Sparkassen mit 54 Mrd. RM und bei den Versicherungen mit 25 Mrd. RM verschuldet. Infolge der Zahlungsunfähigkeit des Deutschen Reichs wurden in der Britischen Zone 80% der Aktiva der Banken immobil. (Karl-Heinrich Hansmeyer und Rolf Caesar, Kriegswirtschaft und Inflation, 1936–1948, in: Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876–1975, hrsg. v. d. Deutschen Bundesbank, Frankfurt/M. 1976, S. 367–429, speziell S. 402f.; 405; Theo

deutet es demgegenüber, wenn einiges in Bremen wieder in Ordnung kommt, der Müll abgefahren wird, im Keller wieder Leitungswasser wenigstens zeitweise läuft, die eine Brücke der Engländer über die Weser der allgemeinen Benutzung freigegeben ist, einige wenige Züge in die nähere Umgebung (Vegesack, Oldenbüttel, Verden) fahren, ein Senat wieder besteht und die bremischen Behörden die ersten Versuche einer kommunalen Verwaltung machen?

Im Staatshaushalt sind wir nach allen Seiten gehemmt. Die Lasten wachsen und die Einnahmen des Staates gehen zurück. Unser Versuch, die in Bremen aufkommenden Reichssteuern für Bremen einzunehmen und zu verwenden, den Spindler unterstützte, ist jetzt durch gemeinsame Anordnung der Amerikaner und Briten gescheitert; die Landesfinanzbezirke Bremen und Hannover sollen die Reichssteuern ihrer Gebiete weiter als Zentralsteuer erheben, offenbar zugunsten der alliierten Feinde, die damit eine Saugpumpe bekommen, mit der sie uns aussaugen können.<sup>125</sup> Und wie soll Bremen die Last tragen, die es vom Reich übernimmt (Justiz, Polizei usw.), wenn es nicht die entsprechenden Steuereinnahmen erhält?

Noch mehr Sorge machen die Fortschritte der Russen in Deutschland; die Russen haben Sachsen und Thüringen in ihre Besatzungszone einbezogen, weiter nördlich ist die Grenze der Elb-Trave-Kanal.<sup>126</sup> Damit haben die russischen Truppen mehr als die Hälfte Deutschlands im Besitz.

Horstmann, Die Angst vor dem finanziellen Kollaps. Banken- und Kreditpolitik in der britischen Zone 1945–1948, in: Petzina/Euchner [Hrsg.], Wirtschaftspolitik, S. 215–233, insbes. S. 217).

<sup>125</sup> Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden war im Lauf des Krieges immer mehr zu einem System von Reichszuweisungen an die Gebietskörperschaften „vereinfacht“ worden. Während in der US-Zone die Finanzhoheit sofort provisorisch auf die Länder übertragen wurde, vermied die britische Militärregierung zunächst strukturverändernde Eingriffe in die bestehende Finanzordnung. Bis zum Erlass einer vereinheitlichenden Anordnung durch die Britische Kontrollkommission am 5.8.1945 war die finanzpolitische Praxis der örtlichen Militärregierungen unterschiedlich und insbesondere in Bremen, wo amerikanische Offiziere nach britischen Richtlinien handeln sollten, schwer berechenbar. In der Regel, die durch die Anordnung zur Norm erklärt wurde, wurden Reichszuweisungen im bisherigen Umfang weiter bewilligt, darüber hinausgehende Zugriffe auf Reichsmittel aber verhindert. Die Gemeinden mußten Reichssteuern und auch Kriegsbeiträge weiterhin an bestimmte Kassen abführen, aus den dort angesammelten Geldern wurden ihnen allenfalls Kredite gewährt. (Dazu: Scherpenberg, Öffentliche Finanzwirtschaft, S. 120–181).

<sup>126</sup> In vier gemeinsamen Deklarationen „über die Niederlage und Besetzung Deutschlands“ hatten die Siegermächte am 5.6.1945 offiziell die oberste Regierungsgewalt und die Machtbefugnisse aller staatlichen, städtischen oder örtlichen öffentlichen Institutionen übernommen und die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen angekündigt. Am folgenden Tag veröffentlichte die sowjetische Presse eine Deutschlandkarte mit der vorgesehenen Einteilung der Zonen: Die russische sollte auch den Westen Mecklenburgs, die Provinz und das Land Sachsen sowie das Land Thüringen umfassen, obwohl diese Gebiete von amerikanischen und briti-

*Freitag, 8. Juni 1945*

Beginne frühmorgens meine Arbeit im Rathause in meinem alten Zimmer. Die „Arbeit“ besteht fast nur in Besprechungen und im Empfang von Besuchern. Man erstickt in Personalfragen. [...] So gibt es ein unerfreuliches Jagen nach Stellungen, und für viele sind die vergangenen zwölf Jahre einfach auszulöschen und ist die Zeit um die zwölf Jahre zurückzustellen.

Mit Bürgermeister Vagts Frage der Unterbrechung der Schwangerschaft bei Vergewaltigten. – Kaisen hat das Jugendamt geprüft und ist außer sich über den Befund. „Wir hatten damals in Bremen das beste Jugendamt in Deutschland; jetzt ist alles ruiniert!“<sup>127</sup> Nachmittags unter anderem zwei Leute aus St. Magnus, die sich gegen Parteienbildung im alten Sinne aussprechen und eine Einheit aller Aufbauwilligen wollen. Dieser weite Gedanke leider verengt durch weltfremde Utopie, Pazifismus und Demokratie. [...]

Apelt über Handelskammerpräsident. Juristisches; Ernennung durch Bürgermeister. Er befürwortet, die Geschäftsleitung der Gerichte in der Hand der Anwälte zu lassen; dann Frage Appel – Bollinger.

Abends Karl Carstens; er will seine „soziale Unabhängigkeit“ nicht aufgeben. Zunächst Versuch, ob er 1/2 Anwalt und 1/2 Hilfskraft bei mir sein kann.

[...]

*Samstag, 9. Juni 1945*

Unerfreuliche Amtstätigkeit; es kommt nichts vorwärts und türmen sich immer neue Schwierigkeiten und Hemmnisse. Zermürende Besprechungen mit Strohmeier, Janssen, Appel über Geschäftsverteilung bei Gericht. Die Inanspruchnahme aller früheren Reichssteuern durch eine außer-bremische Verwaltung,<sup>128</sup> offenbar zugunsten der Alliierten, gefährdet die bremische Justiz.

Maßnahmen, um unsere ausgelagerten Sachen – Staatsbibliothek, Archiv, sämtliche Grundbücher Bremens (allein 104 Kisten) – vor den Russen zu retten.<sup>129</sup>

[...]

schen Truppen erobert worden waren. Der Rückzug der westlichen Truppen in ihre Zonen begann am 1. 7. 1945; sowjetische Streitkräfte rückten nach und errichteten eine eigene Militärverwaltung. (Vgl. Martin McCauley, *Deutsche Politik unter sowjetischer Besatzung*, in: *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, hrsg. v. Josef Foscith, Göttingen, Zürich 1985, S. 291–313).

<sup>127</sup> Kaisen war von 1928 bis 1933 als Senator für die Wohlfahrtsbehörde und das Jugendamt zuständig.

<sup>128</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 126.

<sup>129</sup> Die Bremer Staatsbibliothek lagerte mehr als die Hälfte ihrer fast 270 000 Bände aus. Einige besonders wertvolle Stücke kamen in den Keller des Schlosses Wernige-



*Sonntag, 10. Juni 1945*

Durch fast 70 Jahre an ein eigenes Haus gewöhnt – 27 Jahre im Hause meiner Mutter, 10 Jahre im eigenen Hause in der Uhlandstraße, 32 Jahre im Hause an der Kirchbachstraße –, habe ich seit September 1942 nicht mehr das Gefühl eines eigenen Heims, zumal da alle Möbel, Bücher und Erinnerungen der alten Zeit am 5. September 1942 vernichtet sind. Es sind seitdem keine Räume mehr um mich, in denen ich mich im Dunkeln zurechtfinden könnte, keine Räume, von denen ich träume. Nach den 2½ Jahren Schwachhauser Ring 75 schlief ich in kurzer Zeit nacheinander im Luftschutzkeller Jures, in der Garage in der Georg-Gröning-Straße, bei Edmund Duckwitz und in der Max-Reger-Straße bei Krönckes, nun letzte Nacht zum ersten Mal in der Händelstraße; wenn man morgens aufwacht, weiß man nicht, wo man ist. Man hat eine Bleibe, aber kein Heim, wenn auch gerade mein Zimmer in der Händelstraße groß und behaglich und fast gar nicht versehrt ist.

Unser Leben in der Händelstraße: dank den Bemühungen unserer Kinder, besonders dank der unermüdlichen Arbeit Paulas, so gut, wie es in dieser schweren Zeit sein kann. Arnold liefert nach wie vor viel für die Ernährung. Wir alle kennen den Ernst der allgemeinen Lage und stecken den Kopf nicht in den Sand, um uns über die drohenden Gefahren des Hungers, des Chaos und des Bolschewismus hinwegzutäuschen. Aber im Ganzen herrscht doch keine gedrückte Stimmung. [...]

Bei August Kippenberg. Allgemeine und bremische Lage; Not der Zeit; beginnendes Elend, besonders in den gehobenen Schichten, bei denen die Zahlung des Gehalts oder der bisherigen Kriegsunterstützung aufhört oder herabgesetzt wird. Hoffnung auf Erhaltung des deutschen Wesens und des deutschen Geistes?

[...]

*Montag, 11. Juni 1945*

[...]

Die Furunkulose jetzt sehr verbreitet, auch in Kreisen, die wohl die Möglichkeit hatten, sich etwas mehr zu verschaffen, als die Norm war, und

rode (Harz), größere Bestände an Büchern und Graphiken außerdem seit Herbst 1942 in Bergwerke bei Bernburg/Saale und bei Grasleben (Helmstedt). Nach dem Krieg gelang es nur, einen kleinen Teil der ausgelagerten Bestände nach Bremen zurückzuholen. (Vgl. Schwarzwälder, Bremen IV, S. 546f.). Das Staatsarchiv Bremen lagerte wichtige Bestände in umliegende Orte sowie nach Königsberg, Einbeck, Grasleben und Bernburg aus. Die Rückführung aus den beiden letztgenannten Orten gestaltete sich problematisch, wichtige Bestände blieben verschollen oder kamen erst 1987 aus der DDR zurück. Vgl. Müller, „... for safekeeping“. Nach Auskunft des StAB wurden die Grundbücher aber nicht ausgelagert.

die in guten Verhältnissen lebten. [...] Die mangelhafte Ernährung und die vielen gestörten oder ganz schlaflosen Nächte machen sich geltend.

[...]

Nach Besprechungen vormittags mit Finanzsenator Nolting-Hauff, nachmittags mit Hagens steht der amerikanische Fina[n]cia] Officer Bechtel auf dem Standpunkt, daß die in Bremen aufkommenden Reichssteuern Bremen zufallen; Oberfinanzpräsident Mohr beruft sich auf eine amerikanisch-britische Anordnung im entgegengesetzten Sinne.<sup>130</sup> Die Justiz soll jedenfalls beginnen und erforderlichenfalls vorschußweise von Bremen bezahlt werden. Besprechung mit Vagts über Justiz; meine Vorschläge bewilligt. Eröffnungsfeier.

[...]

Nachricht, daß Wilhelm Kiesselbach<sup>131</sup> Oberlandesgerichtspräsident in Hamburg geworden sei; er ist 76 [richtig: 77] Jahre alt.

*Dienstag, 12. Juni 1945*

Zum ruhigen Arbeiten und Diktieren kommt man nur frühmorgens. Später fortgesetzt Besprechungen und Besuche. Lauferei, wenn man andere sprechen will.

Abends kommt Bürgermeister Vagts aus Hamburg zurück, bringt mir Grüße und Schriftstück von Wilhelm Kiesselbach. In Hamburg noch kein Senat; manches in Verwaltung und Justiz weiter zurück als in Bremen; auch kein Zutritt zu den Hamburger Häfen. Dagegen das Äußere der Stadt besser; weniger Zerstörungen, Hochbahn und Untergrund in Betrieb; Hotels und Gaststätten vorhanden; verschiedene Läden offen.<sup>132</sup> [...]

<sup>130</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 126.

Dr. Waldemar Mohr, 1883–1974. 1939–1947 Finanzprä. und Leiter der Zollabteilung des Oberfinanzpräsidiums in Bremen.

<sup>131</sup> Dr. jur. Wilhelm Kiesselbach, 1867–1960. Seit 1895 Rechtsanwalt in Hamburg, 1922–1932 Md. der Mixed Claims Commission in Washington D.C., die sich um die Regulierung privatrechtlicher Schadensersatzansprüche aus dem Ersten Weltkrieg bemühte, 1929 Prä. des HOLG, am 15.7.1933 in den Ruhestand versetzt, lebte seither zurückgezogen in Aumühle, seit 29.5.1945 wieder OLG-Präs., 1946–1950 Prä. des Zentral-Justizamts für die Britische Zone. Vetter von Spitta. (Vgl. Brem. Biogr., S. 266ff.).

<sup>132</sup> Nach der Besetzung Hamburgs am 3.5.1945 blieb der Reg. Bgm. C. V. Krogmann noch bis zum 11.5. im Amt. Erst am 15.5. wurde Rudolf Petersen zum neuen Bürgermeister ernannt; die Berufung der weiteren Regierungsmitglieder zog sich bis Nov. 1945 hin. Am Tag dieser Eintragung waren neben Petersen nur der parteilose Kaufmann Hans Kruse und die Sozialdemokraten Adolph Schönfelder und Heinrich Landahl neu ernannt; einige der bisherigen Ressortchefs amtierten weiter. – Nach einer Erhebung der Hamburger Baubehörde waren Ende 1945 49% der Wohnungen ganz zerstört, weitere 11% mittelschwer oder schwer beschädigt. Eine Anfang der fünfziger Jahre für das Bundesgebiet erstellte Statistik zeigte Hamburg mit einer Zerstörung von 54% der Wohnungen an der Spitze vor Bremen mit 48% und Nordrhein-Westfalen mit 27% (Brunswig, Feuersturm, S. 404f.).

Eine Nervenanspannung zeigt sich jetzt bei vielen, die in Staat oder Wirtschaft im Kampf stehen und bei ihren Versuchen, etwas vorwärtszubringen, auf immer neue Schwierigkeiten stoßen. So explodierte heute Senator Kaisen, als er mit mir auf dem Domshofe stand und mir die Hemmnisse, die ihm von Polizei, Amerikanern usw. entgegengestellt wurden, schilderte, so heftig, daß die Vorübergehenden stehenblieben und meinten, wir beide gerieten aneinander. In der Tat sind Kaisens Schwierigkeiten enorm. Eine Baracke oder ein Heim hat er selbst, als er keine Arbeitskräfte bekommen konnte, mit dem gesamten Personal des Fürsorgeamtes reingemacht und in Ordnung gebracht. Als die Amerikaner verlangten, daß die früher von den Russen benutzten Baracken, die in furchtbarem Zustande waren, in 24 Stunden für deutsche Kriegsgefangene reingemacht würden, hat er 400 Frauen aufgetrieben, aber keine Eimer, Besen, Feudel und Reinigungsmittel. Überhaupt denken die Amerikaner anscheinend nicht daran, uns mit Materialien irgendwie auszuhelfen. Im Gegenteil haben sie deutsche Lederbestände, die wir dringend für das Instandsetzen des Schuhwerks der Zivilbevölkerung brauchen, für Militärstiefel in Anspruch genommen. Die Folge ist, daß die Schuster keine Reparaturen von Sohlen und Hacken ausführen können; auch mein Schuhwerk ist in traurigem Zustande.

[...]

*Mittwoch, 13. Juni 1945*

[...] Früh – kurz nach 8 Uhr – im Rathause. Diktirt. Von 10 bis 1 3/4 Uhr Senatssitzung. *Teilnahme der vier „Halbsenatoren“*:<sup>133</sup> *Wenhold* (Finanzen), *Bölken* (Ernährung), *Harmssen*<sup>134</sup> (Wirtschaft), *Dr. Hillmann* (Bauwesen). – Alle Ressorts geben Überblick über die Lage. Im ganzen trauriges Bild und vielfache Klage über die Langsamkeit und den Bürokratismus der Amerikaner. Hinderung ist überall der Mangel an Arbeitskräften und Rohstoffen. Nazi-Methoden mit Arbeitszwang und Versagen der Lebensmittelkarten. Klagen über die Polizei, die sich als militärische Truppe fühlt und nirgends hilft; besonders Kaisen entwirft davon ein trauriges Bild. Kaisens Darstellung seiner Arbeit in Fürsorge, Jugendamt usw. sehr eindrucksvoll und warmherzig. Gute Referate in Wirtschaft und Verkehr

<sup>133</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 118.

<sup>134</sup> Gustav Wilhelm Harmssen, 1890–1970. Prokurist, seit 1933 Direktor, seit 1942 Vorstandsmd., seit 1954 Vorstandsvors. der Atlas-Werke AG Bremen, 1945–1953 Senator, seit 1948 BDV/FDP, 1945–1959 Plenumsmd. der HK, seit 1952 schwedischer Generalkonsul.

durch Groscurth und Platz.<sup>135</sup> – In den meisten Ressorts schwierige Fragen und wenig Aussicht, sie zu lösen. – Nachmittags Besuche am laufenden Band. [...]

*Donnerstag, 14. Juni 1945*

Viele Besprechungen. Vagts will alle wichtigen Fragen mit Apelt und mir vorbesprechen.

Noch immer nehmen Personalfragen den größten Teil der Zeit in Anspruch. [Den Fall des] Oberbaudirektor[s] Plate mit Vagts und Apelt besprochen; der hervorragende Wasserbautechniker und hochanständige Mensch muß Bremen erhalten bleiben, trotz seiner Gedenkworte auf Adolf Hitler am 2. Mai. Vagts will mit Welker sprechen.<sup>136</sup>

Gerüchte, daß Bremen von Amerika aufgegeben und an England fallen würde; Amerika solle dafür Hamburg oder Genua bekommen. Hamburg und Bremen in britischer Hand würde wohl Bremens Tod sein.

<sup>135</sup> Vor allem Baudirektor Wortmann klagte in seinem Bericht über den Wiederaufbau Bremens über den Mangel an Material und Facharbeitern, der durch die Bauvorhaben der Amerikaner verschärft werde. „Man werde daher in Zukunft ohne straffe Lenkung und geregelten Arbeitseinsatz nicht vorwärtskommen.“ Kaisen sprach über die Notwendigkeit, eine private Fürsorge anstelle der NSV wieder aufzubauen, und wandte sich scharf gegen das „Hineinregieren der amerikanischen Offiziere“. Platz berichtete über die Unterstellung aller Häfen im Unterwesergebiet unter die Aufsicht Bremens (Senatsprotokoll 13.6.1945, StAB: 3/3).

<sup>136</sup> Einer allgemeinen Anweisung von Reichsminister Albert Speer folgend, war Plate vor der Eroberung Bremens in die Dienststelle Mittelsbüren der Wasserstraßendirektion im noch nicht besetzten Gebiet ausgewichen. Dort richtete er, als er vom Tod Adolf Hitlers erfuhr, am 2.5.1945 eine Ansprache an die Belegschaft, in der er die positiven Ziele und Leistungen des „Führers“ herausstrich und ihn von der Verantwortung für die bevorstehende Katastrophe des Deutschen Reiches weitgehend zu entlasten suchte. Plate kritisierte, daß die Außenpolitik Hitlers auf Gewalt aufgebaut gewesen sei. Dennoch habe es Chancen für eine Verständigung mit England gegeben, die aber durch das November-Pogrom von 1938, „das nicht scharf genug verurteilt werden könne“, zerstört worden seien. Der Urheber dieser gegen Hitlers Friedenspolitik gerichteten Aktion müsse jemand gewesen sein, „der vielleicht damals schon durch die ihm anvertrauten Machtmittel mächtiger als Hitler selbst gewesen sei“. Plate rügte Hitlers „Unterschätzung der großen Weltmächte“ und seine eigenwilligen Eingriffe in die Kriegführung, die schließlich zu dem furchtbaren Ende geführt hätten. Zugleich appellierte er an die Zuhörer, die „im Gedankengut Hitlers verankerten guten Grundsätze“ zu bewahren, damit das Volk nicht wieder „in viele Parteien“ zerrissen würde, „der Klassenhaß nicht wieder auflebe“, jeder sich für das Ganze einsetze und das Vertrauen zwischen „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“ erhalten bleibe. (Schreiben Plates an Senator Apelt, 8.6.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 98). In einem persönlich übergebenen Schreiben vom 23.6. an Oberst Welker verharmloste Vagts den Vorfall, in dem er die kritischen Passagen der Rede hervorhob und betonte, daß Plate lediglich auf Weisung der Reichsregierung „in einer Form“ gehandelt habe, „die ihn sehr unangenehmen Folgen seitens der nationalsozialistischen Regierung aussetzen konnte“. Welker entschied wunschgemäß, daß nichts weiter zu veranlassen sei (ebenda).

*Freitag, 15. Juni 1945*

[...]

Senatssitzung. Geschäftsverteilung, Zeichnung, Beamtenernennungen usw. Die drohenden Spannungen (Führerprinzip beim Bürgermeister, Beamtenfrage) ausgeglichen.<sup>137</sup> Die Amerikaner wollen eine Zeitung in Bremen nur zulassen, wenn sie in städtischer Regie erscheint und in städtischer Druckerei gedruckt wird. Erwerb der Druckerei Schünemann nötig.<sup>138</sup> Merkwürdig, dieser Kollektivismus des „freien“ Amerikas! Übrigens auf weite Sicht vielleicht kein schlechtes Geschäft für Bremen, wenn erst Anzeigen zugelassen werden. Einstweilen mindestens die Hälfte der Zeitung von der Militärregierung gefüllt, das übrige für amtliche bremische Bekanntmachungen unter Zensur.

Der Ratskeller wird der bremischen Bevölkerung entzogen; er wird Offizierskasino der Amerikaner; die untere Halle Biergaststätte für die Soldaten!<sup>139</sup>

Nachmittags eingehende Verhandlung mit Appel über Justizsachen, nachdem ich vormittags mit dem vorläufigen Landgerichtspräsidenten Lahusen gesprochen hatte. Schwierigkeiten bei der Besetzung der Stelle des Oberstaatsanwalts. Verhandlung mit Wellmann,<sup>140</sup> gestern mit Bollinger.

Äußere Erleichterung für mich dadurch, daß ich morgens mit Dienstauto abgeholt und zum Rathaus gefahren werde, also nur dreimal statt viermal, den Weg von 30 bis 35 Minuten zu Fuß machen muß. Die Bewilligung von Autos und Benzin für Behörden, Ärzte usw. noch immer schwierig und langwierig. Der amerikanische Bürokratismus übertrifft alles.

<sup>137</sup> In der Senatssitzung übte Kaisen Kritik an der Alleinverantwortlichkeit und Weisungsbefugnis des Reg. Bgm. (vgl. Kap. 2, Anm. 114). Spitta stimmte ihm grundsätzlich zu, machte aber geltend, daß die traditionelle Senatsstruktur nur schrittweise wiederhergestellt werden könne. Vagts versprach, bis dahin den Senat in allen wichtigen Fragen zu informieren. Beamtenernennungen wollte Vagts durch den zuständigen Senator vorbereiten lassen und sie dann selbst vornehmen. Dieser Vorschlag stieß auf Widerspruch. Der Senat einigte sich schließlich auf folgendes Verfahren: Unterrichtung des Senats in strittigen Fällen und bei allen Stellen vom Amtmann an aufwärts, Zustimmung des Finanzsenators, Einschaltung der Regierungskanzlei, um eine einheitliche Beförderungspraxis zu gewährleisten. (StAB: 3/3).

<sup>138</sup> In dem 1810 gegründeten Verlag Carl Eduard Schünemann KG waren neben einem vielseitigen Buchprogramm die traditionsreichen Zeitungen: Bremer Nachrichten und Weser-Zeitung erschienen (vgl. Kap. 2, Anm. 22). Bzgl. der Zulassung deutscher Zeitungen vgl. Kap. 2, Anm. 64.

<sup>139</sup> Mündliche und schriftliche Einwände von Vagts unter Hinweis auf die einzigartige kunstgeschichtliche Bedeutung der Rathauhallen erledigte Welker, indem er versprach, „daß das Rathaus in keiner Weise angetastet würde.“ (Besprechung b. Reg. Bgm., 1.6.1945, StAB: 3/3).

<sup>140</sup> Dr. Otto Wellmann, 1882-1953. RA und Notar in Bremen; 1907 Gründungsmd. des Jungliberalen Vereins; Bauherr der St.-Martini-Gemeinde; am 27.6.1945 als Hilfsrichter eingesetzt.

*Samstag, 16. Juni 1945*

Die Auto-Bequemlichkeit ist gleich am Anfang in bezeichnender Weise gescheitert. Ich warte auf den Wagen, der 7<sup>3/4</sup> Uhr da sein sollte, über eine halbe Stunde und gehe dann doch zu Fuß. Später erfahre ich im Rathause, daß das Auto in der Nacht gestohlen ist!

Neue Besprechung mit Vagts und Apelt über Plate. Nach weiterem Material soll die Sache nicht mit Welker besprochen, sondern mit Aktenvermerk abgeschlossen werden.

Äußere Erschwerung der Verwaltung: Ich pflege jede Eingabe und jeden Brief, der keine Ermittlung erfordert, sofort zu beantworten. Das ist zur Zeit unmöglich, da wir nur wenige Boten haben und die Antworten nicht befördert werden können. Der Beginn der Stadtpost dringend erforderlich.

Für die Art, wie Briten und Amerikaner die Grenzen vor den Toren Bremens behandeln, ist folgendes Vorkommnis, das Adolf Spitta erlebte, bezeichnend: Seine Firma will die Waren in ihrem Ausweichlager auf britischem Gebiete nach Bremen zurückholen, erhält die nötigen amerikanischen Papiere; die Briten verweigern den Abtransport, wollen Fertigwaren als Tauschware; darüber schließlich Einigung; als die Firma dann die Fertigwaren ins britische „Ausland“ bringen will, sperren die Amerikaner die Ausfuhr ins britische Gebiet, so daß alle Mühe umsonst ist und die Ware weiter im britischen Gebiete liegt!<sup>141</sup> Dies kein vereinzelter Fall. Verhängnisvoll ist dieser Kleinkrieg auf dem Gebiete der Ernährung, da Bremen ganz von den südlichen, im britischen Gebiet liegenden Kreisen (Verden, Grafschaft Hoya, Syke usw.) abhängig ist.

Die oldenburgische Zeitung bringt die Erklärung Eisenhowers und Montgomerys, wonach den amerikanischen und britischen Soldaten erlaubt wird, mit den deutschen Kindern zu verkehren, während sie nach wie vor sich von den Erwachsenen fernhalten müssen und ihnen nicht den Gruß der Tageszeiten bieten oder beantworten dürfen!<sup>142</sup>

Bei der Explosion im Polizeihaus 41 Deutsche und nur vier Amerikaner getötet; 72 Deutsche verletzt.<sup>143</sup>

<sup>141</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 111 und 123.

<sup>142</sup> Neue Oldenburger Presse. Nachrichtenblatt der alliierten Militärbehörde Nr. 3 v. 16.6.1945. Die Zeitung wurde seit dem 2.6.1945 auch in Bremen vertrieben. – Der amerikanische und der britische Oberbefehlshaber hatten am 25.3.1945 ein umfassendes Fraternisierungsverbot erlassen, das den Soldaten jeden Kontakt mit der deutschen Bevölkerung untersagte. Es wurde am 12.6.1945 in der amerikanischen und am 14.6. in der britischen Zone im Hinblick auf deutsche Kinder aufgehoben und in der zweiten Julihälfte dadurch weiter gelockert, daß nun auch Unterhaltungen mit Erwachsenen erlaubt waren.

<sup>143</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 110.

*Sonntag, 17. Juni 1945*

[...]

*Montag, 18. Juni 1945*

Im Rathause morgens *Karl Carstens*, der seine Frau glücklich von Holstein nach Bremen gebracht hat. Beginn seiner regelmäßigen Tätigkeit bei mir.

Die ständigen Besuche in Personalfragen nehmen weiter Ruhe und Zeit. Wortmanns wichtige Ausarbeitung über die amerikanische Enklave und ihre zweckmäßige Begrenzung erforderte eine größere Vertiefung, als bei dem gegenwärtigen Betriebe möglich ist.<sup>144</sup> Erfreuliche Haltung der Beamten, die Staatsräte werden sollten; Behrens bittet mich, daß der Senat von dieser Gehalts- und Rangerhöhung mit Rücksicht auf die allgemeine Not und auf die bevorstehende Herabsetzung der Gehälter und Löhne in Senat und Wirtschaft absehen möchte.

Abends neues Wohnungselend in dichtester Nähe von mir; in der Joseph-Haydn-Straße eine größere Zahl von Häusern für die amerikanischen Truppen beschlagnahmt. Die Einwohner stehen hilflos mit ihren Betten auf der Straße und wissen zum Teil nicht, wohin sie ihre Sachen bringen und wo sie eine Unterkunft finden sollen.

*Dienstag, 19. Juni 1945*

In der Senatssitzung wieder viele Schwierigkeiten verhandelt. Wortmanns Vortrag über die Wohnungsfragen; Bremen soll zur Zeit von 430000 Einwohnern auf 290000 heruntergekommen sein. Etwa 50 Prozent = 60000 Wohnungen ganz zerstört. – Mangel nicht nur an Baustoffen, sondern auch an Arbeitskräften, vor allem an Bauhandwerkern.<sup>145</sup> Die Engländer lassen die in der ländlichen Gemeinde Baden wohnenden bremischen Bauhandwerker nicht nach Bremen zur Arbeit fahren. Die glückliche Gestaltung des bremischen Wirtschaftsraumes mit ihrer Verteilung der Arbeiter aufs Land in die umliegenden preußischen und oldenburgischen kleinen Orte wird durch die britisch-amerikanische Grenze zerschnitten und gestört. Ähnlich auf allen Gebieten der Wirtschaft, der Landwirtschaft, der Ernährung, des Verkehrs usw. Die Erörterungen im Senat sachkundig und auf ei-

<sup>144</sup> In dem Bericht, den er am 31.5.1945 an den Reg. Bgm. sandte, trat Wortmann für eine Vergrößerung der Enklave im Süden und Südwesten ein (StAB: 3-B. 10. a. Nr. 2[1], Akte 1).

<sup>145</sup> Spitta bezieht sich hier auf einen Vortrag Theils mit ergänzenden Ausführungen Wortmanns. Um eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot zu verhindern, wurden eine Zuzugssperre und die auswärtige Unterbringung älterer Bremer erwogen. Zur Behebung des Mangels an Bauhandwerkern schlug Theil vor, umgeschulte Industriearbeiter wieder ihren früheren Berufen zuzuführen und bei der Entlassung von Polizisten und Feuerwehrleuten deren ursprüngliche Ausbildung zu berücksichtigen (Senatsprotokoll 19.6.1945, StAB: 3/3).

ner gewissen geistigen Höhe; im Vordergrund stehen neben Apelt Kaisen und Harmssen. Vagts gewandt und geschickt, aber ohne Gewicht der Sachkenntnis und Persönlichkeit. Bedauerlich bleibt der Fremdkörper des Kommunisten Wolters. Apelt und ich hatten von vornherein kein Vertrauen zu ihm. Jetzt in englischer Zeitung vom 8. Juni Interview von ihm, in dem er von tätigen unterirdischen Nazi-Bewegungen spricht, die Jugend beschuldigt und die Nazis oder die deutschen Soldaten als Urheber der Explosion des Polizeihauses bezeichnet.<sup>146</sup> Ein unerhörter Vorgang, der die amerikanische Last noch vergrößern kann.

[...]

Knittermeyer erzählt von seiner Fahrt nach Wernigerode, Braunschweig, Helmstedt usw. und von der Rettung der wertvollen Handschriften.<sup>147</sup> Im Harz und auch in Halle noch keine Russen. Die dortigen Engländer bestreiten, daß sie durch die Russen ersetzt werden würden. – Ideenarmut der Anglo-Amerikaner.

*Mittwoch, 20. Juni 1945*

Rede für die Eröffnungsfeier der Justiz diktiert. Im Mittelpunkt Schilderung des königlichen Amtes des Richters und der Unabhängigkeit der Gerichte; ich will andeuten, daß diese Unabhängigkeit nur von den Amerikanern eingeschränkt wird.<sup>148</sup> Die Amerikaner können auch in Zukunft die

<sup>146</sup> Das Interview, das Russell Hill am 8.6.1945 mit Wolters geführt hatte, erschien am 14.6. in der Pariser Ausgabe der New York Herald Tribune (Abschrift im StAB: NL Vagts 7, 29–7). Spittas Protest richtete sich gegen die Anfangspassagen des Interviews, in denen Wolters die Frage nach der Existenz einer nationalsozialistischen Untergrundbewegung bejahte und die größten Probleme für die Umerziehungspolitik bei der Jugend sah. Sie sei zwölf Jahre lang indoktriniert worden, habe keine Zukunftsperspektive und setze deshalb aus falsch verstandener Loyalität den Widerstand gegen die Besatzungsmacht fort. Zwar habe er keine konkreten Beweise für Untergrundaktivitäten, aber die Explosion im Polizeihaus gehe möglicherweise auf das Konto einer solchen illegalen Gruppe (vgl. Kap. 2, Anm. 110). Gefährlicher seien jedoch die Nationalsozialisten, die noch immer hohe Ämter innehätten. Im weiteren Verlauf des Interviews plädierte Wolters für die Zurückstellung des Klassenkampfes zugunsten einer antifaschistischen Einheitsfront von Kommunisten und Sozialisten mit Kaufleuten und anderen bürgerlichen Gruppen. Auf die Frage nach seinen Senatskollegen äußerte er sich begeistert über Kaisen, der bei den Arbeitern allgemein Respekt genieße. – Der Senat diskutierte am 3.7. über Wolters' Interview. Namens der am 26.6.1945 gebildeten Pressekommission des Senats forderte Apelt, zur Wahrung einer einheitlichen Linie Presseanfragen nur schriftlich in Abstimmung mit den Senatskollegen zu beantworten. Gegen Wolters' Widerspruch, der es ablehnte, die Senatoren „in weltanschaulichen und grundsätzlichen Fragen durch Senatsbeschluß festzulegen“, entschied sich die Mehrheit für Apelts Antrag (Protokoll 3.7.1945, StAB: 3/3).

<sup>147</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 129.

<sup>148</sup> Das Manuskript befindet sich im StAB: 3-G. 3. a. Nr. 533. Unter Berufung auf die Bestimmung im deutschen Gerichtsverfassungsgesetz von 1877: „Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfenen Gerichte ausge-



von ihnen zugelassenen Richter jederzeit absetzen und jedes deutsche Urteil im Verwaltungswege kassieren oder abändern.

Von 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 11<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr Verhandlung bei dem amerikanischen Dezernenten für Justiz Captain Guthrie unter Zuziehung des Landgerichtspräsidenten i. V. Dr. Lahusen und der Anwaltskommission. Verordnung über Wiedereröffnung der Justiz besprochen. Abänderungen der Reichsgesetze können vom hiesigen Military Government nicht verordnet werden, ohne daß vorher an höhere Stelle berichtet und ihre Zustimmung eingeholt ist.<sup>149</sup> Daher kann jetzt die notwendige Einrichtung eines Obergerichtes in Bremen und die Wiedereinführung der im Kriege abgeschafften Rechtsmittel noch nicht erfolgen. – Äußere Haltung von Guthrie freundlich; bietet Zigaretten an usw.

Der vorläufige Kirchenausschuß nach meinem Vorschlage von Vagts berufen.<sup>150</sup> Fast das einzige Gebiet, auf dem man vorwärtskommt.

### *Donnerstag, 21. Juni 1945*

Captain Guthrie bei mir, legt mir Entwurf eines Schreibens vor, das der Governor an Vagts richten will. Verschiedene andere Fragen besprochen (Eidesleistung, Eröffnungsfeier usw.). Verständigung ohne Dolmetscher, da Guthrie langsam und deutlich spricht. Er will mir auch überlassen, die noch nicht zugelassenen Richter zu prüfen und zur Zulassung geeignete zu bezeichnen. Frostfreie erfreuliche Zusammenarbeit.

übt“, betonte Spitta, daß dieser Grundsatz „alle amtlichen Stellen, alle Organisationen und Vereinigungen und jeden einzelnen der Bevölkerung verpflichten [wolle], die Unabhängigkeit der Gerichte zu achten und sich jeder außergerichtlichen Einflußnahme auf die richterlichen Entscheidungen zu enthalten. Nur wenn der Richter keinem Druck von außen ausgesetzt ist, kann er sein hohes Amt mit der notwendigen überzeugenden Kraft und Berufsfreudigkeit ausüben.“

<sup>149</sup> Mit der „Berliner Erklärung“ der vier alliierten Oberbefehlshaber vom 5.6.1945 über das Ende einer deutschen Zentralregierung, die Übernahme der obersten Gewalt in Deutschland durch die Regierungen der vier Siegermächte und die Bildung eines gemeinsamen Kontrollrats zur Koordination der Politik in den vier Besatzungszonen ging die relative Autonomie der regionalen Militärregierungen in der Phase der improvisierten Besatzungsherrschaft zu Ende. Um die rechtliche und verwaltungsmäßige Einheit Deutschlands zu wahren, sollte über alle Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung im Kontrollrat entschieden werden und die örtliche Militärregierung bei überregionalen Belangen grundsätzlich die zonale Kontrollkommission einschalten.

<sup>150</sup> Verfügung des Reg. Bgm. v. 15.6.1945 (StAB: 3-K.1.a. Nr. 669), vgl. Kap. 2, Anm. 91. In Übereinstimmung mit Spittas ursprünglicher Liste wurden Hackländer, Urban, Wilken, Ahlers, Donandt, Leist, Edzard und Meentzen berufen, abweichend: Dr. Gustav Meyer, 1900–1953, Politologe, Kaufmann, 1934 im Gemeindevorstand von Stephani, 1934–1936 Md. des Landesbruderrats der Bekennenden Kirche, 1935 vierwöchige Schutzhaft wegen Verbreitung verbotener Druckschriften, 1945–1953 Vors. des Gemeindevorstands von Stephani, Präs. der IHK Bremerhaven.

Alles dies und unsere ganze Senatsarbeit in Frage gestellt durch die Absetzung von acht unentbehrlichen und tüchtigen höheren Beamten: Behrens („noch heute“), Groscurth, Platz, Kurz, Scholvin, Fricke, Wolf, Spreine; außerdem Hildebrandt (Bürodirektor der Regierungskanzlei). Apelts Wirtschaftsressort und Theils Bauressort, sowie die Präsidialgeschäfte des Bürgermeisters (Behrens) werden aufs schwerste getroffen. Alle sind tüchtige, eingearbeitete, unentbehrliche Beamte; keiner ist innerlich nationalsozialistisch; alle sind gezwungen der NS-Partei beigetreten. Die Mitarbeiter des Senats Kurz, Behrens, Platz und Groscurth sind ausdrücklich vom Governor als leitende Beamte unter Vagts gebilligt [worden], nachdem ihre Fragebogen und Persönlichkeiten geprüft waren. Kein Zweifel, daß dies nicht von Governor Welker ausgeht, sondern ihm von oben befohlen ist. Der Governor hat jede Erörterung darüber abgelehnt.<sup>151</sup> Wahrscheinlich hat ein amerikanischer Leutnant, der Jude Rosenberg,<sup>152</sup> der nicht der hiesigen Militär-Regierung, sondern einer höheren Stelle untersteht und dahin berichtet hat, diesen Befehl von oben veranlaßt. Die Beamten sind nicht gehört [worden], können sich gegen falsche Anschuldigungen nicht rechtfertigen. Wir haben Grund, anzunehmen, daß deutsche Stellen – wohl Leute um Wolters – das Material geliefert oder die Denunziationen gemacht haben.<sup>153</sup>

Darüber Besprechung Vagts, Apelt und ich. Nachher unterrichtet Vagts Kaisen. Kaisen bei mir. Mein erstes Gefühl war, daß wir bei solchen Eingriffen die Verwaltung nicht fortführen und die Verantwortung nicht länger tragen könnten. Nachmittags nochmals Besprechung Vagts, Apelt und ich; wir neigen dazu, trotz allem auszuharren, um zu versuchen, das Staatsschiff über Wasser zu halten. Wir fragen uns: Was kommt, wenn wir zurücktreten? Wer kommt nach uns? Entweder reine Militär-Regierung oder ein kommunistischer Senat unter Wolters als Bürgermeister. Ins Auge gefaßt, schriftlich den Governor darauf hinzuweisen, daß die Verwaltung

<sup>151</sup> Einige Tage später willigte Welker ein, daß die betroffenen Beamten bis zum 15.7. weiterbeschäftigt werden dürften; Anfang Juli verlängerte er die Frist „bis auf weiteres“. Die Auseinandersetzungen zogen sich bis zum 31.7. hin, als Kurz, Spreine, Wolf und Hildebrandt sofort entlassen werden mußten, während die Fälle der anderen weiterhin in der Schwebe blieben. Die noch nicht vorgestellten Beamten waren: Dr. Paul Fricke, 1892–1947, Oberbaurat, bis 1945 Leiter des Amts für Straßen- und Brückenbau, 1947 kommissarischer Leiter des Wasserwirtschaftsamts. Friedrich Hildebrandt, 1890–1955, Landesrentmeister, Bürodirektor der Regierungskanzlei. Dr. Viktor Spreine, ORR und stellvertretender Leiter des Wirtschaftsamts. Johannes Wolf, geb. 1900, Architekt, 1941–1945 Baurat beim Stadtplanungsamt, 1948–1955 für die Bauverwaltung auf Werkvertragsbasis tätig, 1955–1960 technischer Angestellter, 1960–1962 Baurat in der Bremer Bauverwaltung.

<sup>152</sup> Albert G. Rosenberg, Leutnant, Referent für Pressefragen und kulturelle Angelegenheiten im US-Hauptquartier in Frankfurt, vorübergehend in Bremen eingesetzt, trug wesentlich zur Verbesserung der Beziehungen zwischen der Militärregierung und der KGF bei (Brandt, Antifaschismus, S. 126, 349).

<sup>153</sup> Zur Entnazifizierungspolitik der KGF vgl. Brandt, Antifaschismus, S. 138–143.

durch diese Maßregel schwer litte und verschlechtert werde und daß wir bei Fortsetzung solcher Entlassungen die Verwaltung nicht mehr führen könnten. – Schwere Sorge über Bremens Zukunft.

[...]

*Freitag, 22. Juni 1945*

*Senatssitzung über die Frage des Rücktritts.<sup>154</sup> Einstimmig beschlossen, weiter auszuharren und nur dann zurückzutreten, wenn es um das Dasein Bremens gehe. Vorstellungen beim Governor oder der Versuch, zeitliche und/oder sachliche Einschränkungen beim Beamtenabbau zu erreichen, wurden als zwecklos angesehen. Kaisei Vertreter Vagts'.*

Behrens aufgesucht, nachdem ich schon gestern abend Dr. Kurz sprach. Erschütternd und menschlich tief schmerzlich, diese verdienten und durch und durch anständigen Männer so auf die Straße geworfen zu sehen.

Nachmittags Verschiedenes mit Vagts durchgesprochen. Die *Straßenbahn* fährt wieder auf einer Linie in der Neustadt und auf dem rechten Weserufer vom Bürgerpark zum Markt.

[...]

*Samstag, 23. Juni 1945*

Umständlichkeit der Verwaltung, da alles ins Englische übersetzt werden muß, was irgend Bedeutung hat und daher den Amerikanern vorgelegt werden muß. Überhaupt Schwerfälligkeit des öffentlichen Lebens: In der sogenannten „Systemzeit“<sup>155</sup> alles Wichtige nicht nur in den Deputationen und in den Parlamenten verhandelt, sondern auch mit den Parteiführern der sog[enannten] Regierungsparteien; wöchentlich waren solche Besprechungen mit den Parteiführern Dietz (Deutsche Volkspartei),<sup>156</sup> Wenhold (D[eutsche] Demokratische P[artei]) und Theil (Sozialdemokratische P[artei]) unter Donandts<sup>157</sup> Vorsitz. In der nationalsozialistischen Zeit bestand dies Doppel in der gesetzlich oder durch Anweisungen festgelegten Mitwirkung der Partei, die neben dem Staatsapparat einen ebenso vollständigen Parteiapparat hatte. Jetzt haben die Amerikaner ihre Amtsstellen und Dezernenten in Parallele mit den bremischen Behörden, und alles, was bei uns vorbereitet wird, muß auch „drüben“ besprochen werden – nur daß die Amerikaner die diktatorische Macht haben und ausüben.

<sup>154</sup> Diese Senatssitzung wurde als vertraulich behandelt und den Senatsprotokollen keine Niederschrift beigelegt.

<sup>155</sup> Abfällige Bezeichnung der Nationalsozialisten für die Weimarer Republik.

<sup>156</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 35. Zu Dietz (1870–1943), vgl. Brem. Biogr., S. 114f.

<sup>157</sup> Dr. jur. Martin Donandt, 1852–1937, seit 1885 Richter in Bremen, 1898–1918 Senator, 1918–März 1933 Bgm. bzw. Präs. des Senats, von den Nationalsozialisten zum Rücktritt gezwungen. Vgl. Brem. Biogr., S. 115ff.

Besprechung Vagts, Apelt, Nolting-Hauff und ich über die Frage, ob den schuldlos entlassenen Beamten irgendwelche Bezüge zugesichert werden können. Finanzsenator Nolting-Hauff hat mit Recht finanzielle Bedenken, wenn diese „Reinigungswelle“ fortschreitet und außer den bereits entlassenen etwa 600 Beamten weitere Hunderte von Beamten entlassen werden sollten.<sup>158</sup> Ich lege das Verfahren der Nationalsozialisten dar (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums); im härtesten Falle (Entlassung von Kommunisten) Zahlung des vollen Gehalts für drei Monate und bei Bedürftigkeit widerrufliche bescheidene Rente; im Regelfalle der politischen Unzuverlässigkeit Dreiviertel des Ruhegehalts.<sup>159</sup> Nach meiner Ansicht dürfen wir nicht grausamer verfahren, als die Nationalsozialisten verfahren sind. Nolting-Hauff soll zunächst Berechnungen anstellen.

Endlich einmal ein ruhiger Nachmittag und Abend! Die Not der Zeit und die Verzweiflung der Menschen führten dazu, daß ich auch in unserer Wohnung, besonders während der Mahlzeiten und abends, aufgesucht wurde; auch sonntags setzten sich die Besuche fort. [...]

Das senatorische Leben spielt sich in der Regel so ab: etwa um 6 Uhr morgens aufstehen, gegen 7 Uhr Frühstück in der Küche. Gegen 7½ Uhr ins Rathaus gegangen. Bis 1 oder 1½ Uhr dort in Hetze gearbeitet, meist durch Besuche und Besprechungen in Anspruch genommen; um 8½ Uhr regelmäßige Karl Carstens, der mir seine Sachen vorträgt und neues Futter von mir in seine Arbeitskrippe erhält. Mittagessen gegen 2 Uhr in der Küche (kurze Ruhe). Wieder zu Fuß ins Rathaus. Etwa um 7 Uhr abends zurückgegangen, meist mit Apelt, mit dem immer viel Amtliches zu besprechen ist. Gegen 8 Uhr – manchmal später – Abendessen in der Küche. Nachher einige Notizen und Vorbereitungen für den nächsten Arbeitstag; nur wenn ich mir einen Plan für die Erledigung der Sachen des nächsten Tages mache, kann ich durchkommen. Gegen 10½ Uhr ins Bett, auch körperlich ermüdet von den 4 Stadtwegen von je 35 Minuten = 2 Stunden 20 Minuten Fußmarsch täglich. Mir bekommt das besser als meinen Schuhen, die in einem trostlosen Zustande sind.

<sup>158</sup> Nach einer Mitteilung im Weser-Boten, dem Nachrichtenblatt der Militärregierung, vom 21. 7. 1945 wurden bis dahin in der Stadt Bremen 1831 Beamte entlassen (Brandt, Antifaschismus, S. 140).

<sup>159</sup> Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums enthielt keine speziellen Sanktionen gegen Kommunisten. Die von Spitta angeführte Regelung: Weiterzahlung des vollen Gehalts für drei Monate und Gewährung einer jederzeit widerruflichen Rente bei Bedürftigkeit, galt für die nach der Revolution von 1918 ernannten Beamten, die die üblichen Laufbahnvorschriften nicht erfüllten, die „Partei-buchbeamten“ in der nationalsozialistischen Polemik (§ 2). Dreiviertel des Ruhegelds erhielten *alle* aus politischen Gründen entlassenen Beamten nach mindestens zehnjähriger Dienstzeit (§ 4). RGBl. 1933 I, S. 175f.

*Sonntag, 24. Juni 1945, Johannistag*

[...] So war der halbe Tag durch Bittsteller besetzt, mich seelisch mitnehmend. Man kann solche unglücklichen Menschen nicht abweisen, sondern muß ihnen wenigstens die Erleichterung der Aussprache gewähren, auch wenn man ihnen nicht helfen kann. [...]

*Montag, 25. Juni 1945*

Nachdem die Amerikaner den Ratskeller zum Offizierskasino und die untere Rathaushalle zum Bierlokal für die Soldaten gemacht haben,<sup>160</sup> verlangen sie jetzt unsere Festräume als Gesellschaftssäle für festliche Veranstaltungen, für Kartenspiele und dergleichen. Festsaal, Kaminsaal, Gobelzimmer gehen uns verloren, dazu drei Arbeitszimmer und die Toilettenräume. Eine Mauer soll unsere Arbeitsräume von ihren Festräumen trennen. Auch das wirkt wie ein Symbol.

In der Beamtenfrage Umschlag des Windes. General Vaughan<sup>161</sup> hat Lärm geschlagen, daß er Präsident Platz verlieren soll und will sich das nicht gefallen lassen. Der Governor heute entgegenkommend; alle sollen bis 15. Juli bleiben, auch Behrens; dann oder bis dahin neue Prüfung der Entscheidung.<sup>162</sup> Inzwischen lief die Entlassungswelle weiter, im Bauwesen, das bald ohne alle höheren Beamten ist, in der Strafanstalt (weitere 17 Beamte entlassen) usw. – Lange Sitzung über Mittag mit den Amerikanern (bis 3¾ Uhr); erst um 4½ Uhr Mittagessen. Alles, was mit Captain Guthrie freundschaftlich durchgesprochen war, wurde von seinem neuen Vorgesetzten, einem Obersten,<sup>163</sup> noch einmal vorgenommen, besonders umständlich die Eröffnungsfeier nächsten Mittwoch. Offenbar wollte er selbst gern reden und demgemäß das mit Welker vereinbarte Programm umstoßen. Dazu in den Formen kühl und ablehnend; kein Händeschütteln, kein Abschiedsgruß. Guthrie mußte sich entsprechend verhalten. Erreicht nach längerer Umständlichkeit, daß unsere Bremer Flagge neben die der Amerikaner und Engländer gesetzt wird, und daß den Hilfsrichtern der deutsche Richtereid<sup>164</sup> von mir abgenommen wird – beides war schon von Welker zugestanden. Grotesk die Umständlichkeit, mit der die drei amerikanischen Offiziere die englische und amerikanische Flagge entfalteten und maßen und dazu mangels Metermaßes die eigene Körperlänge brauchten.

<sup>160</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 139.

<sup>161</sup> Generalmajor Harry B. Vaughan, Kommandierender General des Bremen Port Command.

<sup>162</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 151.

<sup>163</sup> Stanley W. Wisnioski, Lieutenant Colonel, bis Ende Okt. 1945 Leiter der Rechtsabteilung der Militärregierung in der Enklave. Bei der Feier zur Eröffnung der deutschen Gerichte in Bremen hielt er neben Welker und Spitta eine kurze Ansprache.

<sup>164</sup> Es handelte sich um den durch ein bremisches Gesetz von 1879 vorgeschriebenen alten Richtereid.

Oder – in meiner Abwesenheit – die Erörterung, ob der als Dolmetscher tätige Rechtsanwalt Dr. Janssen einen Stuhl mit hoher oder niedriger Lehne haben sollte!!

[...]

*Dienstag, 26. Juni 1945*

In der *Senatssitzung* Mitteilung, daß die Amerikaner jetzt entschieden hätten, daß auch *die stadtbremischen Häfen wiederhergestellt* werden sollten. – In Bremerhaven hat der Schiffsverkehr begonnen. – Der Eisenbahnverkehr nach Hamburg möglich; der Bahnkörper hergestellt, Kohlen und Wagen vorhanden; Hinderung, daß sich Briten und Amerikaner nicht einigen können.<sup>165</sup>

Frage, wie man an die Bevölkerung herankommen und aufklärend wirken kann. Einleitung zu Verordnungen, Proklamationen, Rundfunkansprachen der Senatoren, Interview, Presse? Alles von den Amerikanern gesperrt. *Die Zensur* der bremischen Presse und sonstigen Drucksachen wird in *Nauheim*<sup>166</sup> ausgeübt; dahin geht alles im Flugzeug, auch der Entwurf der neuen „Weserpost“.<sup>167</sup> Dr. Hanns Meyer hofft, daß wir darin bald mehr bringen können, als amtliche Anzeigen und dergleichen.

Kaisen wieder prachtvoll in seinen Ausführungen, daß alles verloren sei: der Staat, die Rechtsordnung, die Wirtschaft, der private Besitz, die Hoffnung; *geblieben sei aber der Mensch, der deutsche Mensch*; der müsse gerettet und seelisch wieder aufgerichtet werden. Erörterung über die Not der Angestellten und Arbeiter. Beginn des Elends und der Verzweiflung (Kaisen und Wolters). Anregung eines neuen Lohnsystems (Erwerb von Wohnungsrecht, Zulagen in der Ernährung usw.).<sup>168</sup>

<sup>165</sup> Die Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs zwischen Hamburg und Bremen verzögerte sich noch längere Zeit. Am 3.8.1945 gab Platz deshalb im Senat den Ersatz durch eine Buslinie bekannt (Protokoll, StAB: 3/3). Nach dem Amtl. Taschensfahrplan vom 28.9.1945 gab es täglich eine Zugverbindung von Altona und Hamburg-Hbf. nach Bremen. Die Fahrt dauerte vier Stunden und sieben Minuten.

<sup>166</sup> In Bad Nauheim arbeitete seit April 1945 die Pressesektion des US-Hauptquartiers unter Hans Habe, die die alliierten Mitteilungsblätter für die deutsche Bevölkerung herausgab. Sie stellte die offiziellen Proklamationen, vorbereitete Artikel, Auslandsnachrichten und Reportagen zur Verfügung, die von einem „Lokalredakteur“ durch örtliche Mitteilungen ergänzt wurden. Da es der Einheit an genügend Personal fehlte, um zeitweise bis zu zehn Armeegruppen-Zeitungen zu betreuen, eilten „fliegende Redakteure“ mit dem Auto oder Flugzeug von Ort zu Ort. (Hurwitz, *Stunde Null der Presse*, S. 49f., 80–82).

<sup>167</sup> Gemeint ist wahrscheinlich der *Weser-Bote*, der am 23.6. zum ersten Mal erschienen war, vgl. Kap. 2, Anm. 64.

<sup>168</sup> Kaisens allgemeine Ausführungen sind im *Senatsprotokoll* nicht überliefert. Seine Mitteilungen über die Not der Angestellten und Beamten bezogen sich auf eine von Vagts am 15.6.1945 auf Betreiben der HK erlassene „Verordnung über die Kündigung von Arbeitsverhältnissen zum 30.6.1945“, die den Arbeitgebern das Recht gab, Beschäftigungsverhältnisse ohne Rücksicht auf geltende Kündigungsfri-

Karl Carstens über Nawrath; er ist einziges deutsches Mitglied einer amerikanischen Kommission, die die Beamten auf ihre politische Zuverlässigkeit prüft. Welcher Staatsposten für Nawrath geeignet? Direktor des Kolonialmuseums mit Forschungsreisen? Oder erstrebt er eine politische Laufbahn?<sup>169</sup>

Nachmittags mit Bürgermeister Vagts die Angelegenheit der straffreien Unterbrechung der Schwangerschaft abgeschlossen. Ich legte von vornherein Wert darauf, daß es sich nur um eine zeitlich begrenzte Ausnahme-Maßregel handeln dürfe.

*Mittwoch, 27. Juni 1945*

Um 10 Uhr *Feier der Wiedereröffnung der deutschen Gerichte in Bremen* im Schwurgerichtssaal. Teilnehmer: amerikanische Generalität, Governor und seine Mitarbeiter, Senat, Richter, Hilfsrichter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Justizpersonal; Publikum. Ansprachen: Governor, Oberst Winiowski, Vagts und ich.<sup>170</sup> Beeidigung der Hilfsrichter durch mich. Rede Lahusens. Feierliche Ein- und Auszüge. Vagts und ich empfangen die Amerikaner im Beratungszimmer des Schwurgerichts. Der Governor begrüßt uns beim Kommen, dagegen behandeln uns die anderen hohen Offiziere, darunter der kommandierende General Sands,<sup>171</sup> als Luft; nicht das geringste Zeichen der Begrüßung!

Vagts bespricht mit mir die unangenehme Angelegenheit Schnackenburg/Rieger (Leitung der Philharmonischen Konzerte). Beleidigende Eingabe an Vagts von Ahlers, Tecklenborg usw. („Nazi-Methoden“ und andere Vorwürfe).<sup>172</sup> Vagts will der Philh[armonischen] Ges[ellschaft] empfeh-

len zu lösen. Kaisen forderte eine Ergänzung der Verordnung zum Schutz der Schwerbeschädigten und zur Sicherung der „wohlerworbenen Rechte der Angestellten“. Der zuständige Senator Wolters, der bereits am 19.6.1945 gegen die Verordnung protestiert hatte, berichtete ergänzend, daß 85 Prozent aller Angestellten gekündigt worden sei und sie jetzt auf dem Flugplatz zu schweren Erdarbeiten herangezogen würden. Er schlug vor, den Betroffenen die Ernährungszulagen für Schwerarbeiter und höhere Löhne zu bewilligen und sie bei der Wohnraumverteilung zu bevorzugen. Nach weiteren Beratungen des Senats wurde am 7.7.1945 eine Ergänzungsverordnung veröffentlicht. Beide Verordnungen traten Anfang Febr. 1946 außer Kraft.

<sup>169</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 53.

<sup>170</sup> Ausführlicher Bericht unter der Schlagzeile „Freies Gericht in Bremen“ im *Weser-Boten* v. 30.6.1945; Redemanuskripte im StAB: 3-G. 3.a. Nr. 533.

<sup>171</sup> Brigadegeneral William H. Sands, Kommandierender General der 29. Infanteriedivision, Befehlshaber in der Enklave.

<sup>172</sup> Fritz Rieger, 1910–1978. Dirigent, 1931–1938 in Prag, seit Aug. 1941 Operndirektor in Bremen, seit Aug. 1944 auch Leiter der Bremer Philharmoniker, zum 30.7.1945 entlassen, 1947 nach Mannheim, 1949–1966 Leitung der Münchener Philharmoniker.

Hellmut Schnackenburg, 1902–1974. Dirigent, 1937–1944 Generalmusikdirektor der Philharmonischen Gesellschaft in Bremen, 1944 Wechsel nach Klagenfurt, wo er

len, Rieger zum 30.6. aufgrund der Kündigungsverordnung zu kündigen. Konzerte können einstweilen nicht stattfinden, weder unter Schnackenburg noch unter Rieger. Im übrigen soll die Philharm[onische] Gesellschaft wieder selbständig werden.

[...]

*Donnerstag, 28. Juni 1945*

Politische Unsicherheit; der Kreis um Nawrath; darunter auch Kaufleute (Herbert Voigt).<sup>173</sup> Treiben gegen Vagts. Ich habe mich gewundert, warum die Amerikaner damals auf Vagts verfallen sind, habe aber gefunden, daß er Leitung im Senat und Verhältnis zu den Amerikanern geschickt bewältigt. Jetzt ist jedenfalls die Lage so, daß mit dem Sturze Vagts' neue, schwere Krisis entstehen würde; Apelt und ich sind darüber einig, daß dann nur eine Bürgermeisterschaft Kaisens die Lage vielleicht – sehr vielleicht – retten könnte.

Dr. Hanns Meyer unterbreitet mir Flugblätter der Antifaschisten-Liga gegen Vagts (Kündigungsverordnung).<sup>174</sup> Er hat große Sorge über die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Bremen.

[...]

Das Flüchtlingselend der vertriebenen Juristen schlägt auch in mein Ressort hinein. Neben den Rechtsanwälten aus dem Osten, die hier in Bremen zugelassen werden wollen, stehen die Richter, Regierungsräte und sonstige Justizbeamte, die in die Enklave verschlagen sind und bis Ende April von den hiesigen Staatskassen ihr Gehalt bezogen haben (für Rechnung des Reichs), nun aber auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind (30 bis 33 RM, dazu Kinderzuschläge von 15 bis 16,50 RM im Monat!). Im Kreise

seine Tätigkeit wegen des Krieges aber nicht mehr aufnehmen konnte, 1945–1951 Generalmusikdirektor der Freien Hansestadt Bremen, 1951–1968 Direktor der Musikschule Bremen.

Der Konflikt begann 1941, als Rieger die ihm zugesagte Leitung der Philharmonie forderte. Sie wurde ihm 1944 übertragen, nachdem Schnackenburgs Vertrag nicht verlängert worden war. Die Philharmoniker verloren damit ihre Selbständigkeit. Fritz Tecklenborg, 1888–1964, Teilhaber einer Bremer Tauwerkfirma und seit 1929 im Vorstand der Philharmonischen Gesellschaft, setzte sich ebenso wie Ahlers (vgl. Kap. 2, Anm. 9) für die Wiedereinstellung Schnackenburgs ein. Vgl. Blum, Musikfreunde, S. 514–538.

<sup>173</sup> Herbert Voigt, Kaufmann, gehörte zum Gründungskreis der Hanseatischen Aufbau-Gemeinschaft, einer Gruppe von Kaufleuten, die Verbindung zur KGF suchte und deren Bemühen um energischere Entnazifizierung unterstützte.

<sup>174</sup> Sonderbeilage zum Aufbau. Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus, Nr. 3, Juni 1945. Die von Vagts am 15.6.1945 erlassene Verordnung, die den Arbeitgebern ein außerordentliches Kündigungsrecht einräumte, hatte unter Arbeitern und Angestellten erhebliche Unruhe hervorgerufen; vgl. auch Kap. 2, Anm. 168.



Osterholz sind über 30 solcher Beamter. Bremen kann unmöglich die ganze Last höherer Bezüge anstelle des Reiches tragen.<sup>175</sup>

[...]

*Freitag, 29. Juni 1945*

In der *Senatssitzung* nehmen immer die Erörterungen über Arbeiterfragen, Kündigungen und Löhne einen großen Raum ein. Erdarbeiten auf dem amerikanischen Flugplatz durch Akademiker, Angestellte usw. ohne Arbeitszeug, mit schlechtem Schuhwerk.<sup>176</sup>

Wolters macht Vorschläge für Lohnzulagen usw. Einsetzen der Schuljugend zwischen 12 und 16 Jahren auf Verlangen der Amerikaner; Aufrufe zu freiwilliger Meldung.<sup>177</sup>

Organisation der Ernährungsämter; Osterholz und Wesermünde bleiben bei Niedersachsen; Frage, ob Oldenburg nicht auch Niedersachsen anzuschließen ist. Dann großes, einheitliches Ernährungsgebiet. Plan einer gesamtdeutschen Organisation mit Sitz in der Nähe Erfurts (ohne die von den Russen besetzten Gebiete).<sup>178</sup> Trübes Bild der Bauwirtschaft; Holz und Zement liegen im Hafen, werden vom Hafenkommandanten nicht freigegeben. Bei Glas und Dachpappe hindert die Grenzziehung, ebenso bei Holzeinkäufen, da dafür britische Holzeinkaufsscheine erforderlich sind, die Bremen nicht erhält.

Die Reichsbank in Berlin ist von den Russen in eine Berliner Stadtbank verwandelt; die Depots und Guthaben verloren.<sup>179</sup> Beginnende Krisis infolge Nichtzahlung der Zinsen der Reichsanleihen.

<sup>175</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 125.

<sup>176</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 168.

<sup>177</sup> Dem Wunsch der Amerikaner, die 13- bis 16jährige Schuljugend, solange die Schulen noch geschlossen waren, zu Aufräumarbeiten in den Wallanlagen und im Bürgerpark heranzuziehen, beschloß der Senat durch einen Aufruf zum freiwilligen Arbeitseinsatz von vier bis fünf Stunden Dauer am Tag nachzukommen und die Schulen mit der Organisation zu beauftragen. Der Aufruf vom 14.7. erschien am 20.7. in den Amtl. Mitteilungen, Nr. 2, S. 6. Da sich jedoch zu wenige Schüler meldeten, forderte Paulmann am 27.7.1945 Zwangsmaßnahmen, um die benötigten 300 bis 400 Jungen stellen zu können. Am 24.8. wurden männliche Jugendliche im Alter von 13 und mehr Jahren zur Meldung beim Arbeitsamt verpflichtet (Amtl. Mitteilungen, Nr. 5, 31.7.1945, S. 2).

<sup>178</sup> Die zentralen Verwaltungen für Ernährung und Landwirtschaft wurden in den Besatzungszonen seit dem Frühjahr 1946 getrennt aufgebaut, in der US-Zone durch Ernennung Hermann Dietrichs zum Sonderbevollmächtigten des Länderrats für Ernährung und Landwirtschaft, in der britischen Zone durch die Errichtung des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft und in der französischen Zone durch die Gründung des Zentralausschusses für Ernährung, der aber nur beratendes Organ der Militärregierung war. Nach der Bildung der Bi-Zone wurden die Dienststellen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet vom 1.1.1947 an zum Verwaltungsamt für Ernährung und Landwirtschaft zusammengefaßt.

<sup>179</sup> In der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin, das zunächst allein von den Russen besetzt wurde, mußten alle Banken auf Befehl der Militärregierung sofort

Nolting-Hauff berichtet über seine Besprechung mit dem Finanzsenator Velthuysen<sup>180</sup> in Hamburg. Die finanziellen Verhältnisse ähnlich wie in Bremen. Unmöglichkeit, einen Haushalt aufzustellen; beliebige Anforderungen der britischen Besatzung; Unklarheit über die Einnahmen. Für Beamten-Entlassungen *Gesetz* geplant; zwei Gruppen: bei den „Muß-Entlassenen“ drei Monate Gehalt, bei den „Kann-Entlassenen“  $\frac{3}{4}$  der Pension.<sup>181</sup> – Die Briten haben die *Senkung der Beamtengehälter verboten*, wie die Amerikaner in Bremen sich dagegen erklärt haben.<sup>182</sup> Erfreulich nur die Ausdehnung des Eisenbahnverkehrs: 100 km ohne besondere Erlaubnis, einschließlich Hannover und Hamburg. Nach Hamburg aber immer noch kein Zug.

[...]

*Samstag, 30. Juni 1945*

Brabant, später Wenhold mit denselben Sorgen bei mir. Treiben gewisser unzufriedener Kaufleute (Herb[ert] Voigt, Entholt)<sup>183</sup> gegen die Zusam-

schließen, so auch die Reichsbank (Befehl Nr. 1 des Berliner Stadtkommandanten vom 28.4.1945). Zum 15.5. wurden die Sparkassen vorübergehend wiedereröffnet, um Einzahlungen anzunehmen und seit dem 26.5. auch Auszahlungen aus den neuen Guthaben vorzunehmen. Aber schon am 5.6. wurde ihre erneute Schließung und die Umwandlung der Reichsbank in eine dem Magistrat unterstehende „Berliner Stadtbank“ angeordnet, der alle Kassenbestände zu überweisen waren und die als einziges zugelassenes Geldinstitut den gesamten lokalen Zahlungsverkehr abzuwickeln hatte. (Berlin. Quellen und Dokumente 1945–1951, hrsg. i. A. des Senats von Berlin, Bd. 1/1, Berlin 1964, S. 209, 437f.) Es gab infolgedessen in Deutschland keine Zentralnotenbank mehr, und die Großbanken verloren ihre Berliner Zentralen. In der britischen und französischen Zone übernahmen die Reichsbankleitstellen Hamburg und Speyer nach und nach einen Teil der Zentralbankfunktionen; in der US-Zone wurden zunächst Leitstellen für die einzelnen Länder geschaffen und Ende 1946 neue Landeszentralbanken errichtet. Über die Bedienung der Reichsschuld vgl. auch Kap. 2, Anm. 124.

<sup>180</sup> Bernhard Velthuysen, 1881–1969. Jurist, als Oberbgm. von Halle zum 1.6.1933 in den Ruhestand versetzt, 1936 Bgm. in Altona, 1938 nach dem Zusammenschluß mit Hamburg dort Senatssyndikus, seit 1940 Stadtkämmerer, nach der Besetzung unter Bgm. R. Petersen weiterhin im Amt, am 30.9.1945 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt.

<sup>181</sup> Am 3.7.1945 erließ die Britische Militärreg. die Finanzanweisung Nr. 16, nach der Beamte und Staatsangestellte, die keinen Dienst taten, also verhaftet, entlassen oder suspendiert waren, ab sofort keine Bezüge mehr erhielten. Zivilbeamten, nicht Wehrmachtangehörigen, die bereits vor der Besetzung in den Ruhestand getreten waren, durften weiter Pensionen gezahlt werden. (Lange, Entnazifizierung, S. 14).

<sup>182</sup> Die Kürzung der Gehälter der Beamten und Staatsangestellten war in Bremen bereits beschlossen, mußte dann aber auf Anordnung von Major Bechtel rückgängig gemacht werden, der nach Einschätzung des Senats aufgrund höherer Weisung seine Meinung geändert hatte (Senatsprotokoll 13.6.1945, StAB: 3/3).

<sup>183</sup> Fritz Entholt, 1872–1953. Inhaber einer Baumwollimportfirma, Gründungsmd. der Hanseatischen Aufbau-Gemeinschaft, die sich besonders für die Entnazifizierung der HK einsetzte (vgl. Kap. 2, Anm. 39), bis März 1946 Vors. der BDV.

mensetzung der Handelskammer, in der von 23 Mitgliedern sechs frühere Pg. sind, darunter aber Männer wie Erling,<sup>184</sup> Brabant und Helms, also Führer der größten und wichtigsten Unternehmungen Bremens.<sup>185</sup> Rolle Nawraths, bei dem sich die Unzufriedenen aller Schichten sammeln – auch Wenhold hält Kaisen für die Rettung.

Apelt beunruhigt über Wolters, der nicht nur einen radikalen Linkskurs steuert und in Tarif- und Lohnfragen Ziele hat, die die Wirtschaft, soweit sie noch lebensfähig ist, töten werden, sondern auch aus der Gemeinschaft des Senats völlig herausfällt und durch Interviews und Agitation die Grundlage des Senats untergräbt. Es ist ein unsagbares Unheil, daß wir Deutschen uns in dieser furchtbaren Lage nicht zu gemeinsamer Aufbauarbeit zusammenfinden können, sondern in Gruppen auseinanderfallen und mit Haß und Rachegelüsten gegeneinander vorgehen.

Gegen Überrumpelung des Senats durch Wolters soll ich jetzt dadurch ein Schutzwall sein, daß alle Verordnungen der einzelnen Ressorts, ehe sie im Senat vorgebracht werden, dem Senator für Justiz und Verfassung unterbreitet werden sollen.<sup>186</sup>

[...]

Die von den Amerikanern erbaute Holzbrücke neben der gesprengten Weserbrücke zeigt als einzige Weserbrücke einen ungeheuren Verkehr; das Bild der Stadt und der vier zerstörten Brücken erschütternd. – Das Wasserwerk liefert jetzt mehr Wasser, im Keller meist den ganzen Tag. – Nach Horn fährt ein Bus alle 20 Minuten; im übrigen die Straßenbahn noch sehr im Rückstande. – Gas gibt es gar nicht, elektrisches Licht in einzelnen Teilen der Stadt. – Viele tausend Familien müssen noch untergebracht werden; einzige Möglichkeit das Landgebiet.

Ein erheblicher Teil des Tages – auch des Abends zu Hause – geht mit Besuchen klagender Leute hin.

[...]

<sup>184</sup> Hans Erling, 1894–1950. Müller und Kaufmann, seit 1921 Vorstandsmd. der Bremer Rolandmühle AG, die er nach Aufkäufen mehrerer Konkurrenzfirmen in der Weltwirtschaftskrise 1937 in ein Familienunternehmen umwandelte, Md. der HK, Aufsichtsratsmd. verschiedener Banken und Schifffahrtsunternehmen. Vgl. Brem. Biogr., S. 140f.

<sup>185</sup> Nach seiner Ernennung zum Handelskammerpräses am 11.6.1945 übersandte Wilkens dem Reg. Bgm. am 15.6. eine Liste des umgebildeten und von 33 auf 23 Personen verkleinerten Beirats zur Genehmigung. Vagts billigte die Zusammensetzung, obwohl alle 23 Mitglieder auch schon dem alten Beirat unter Bollmeyer angehört hatten. Die Kritik mehrerer Bremer Kaufleute in einer Denkschrift vom 22.6.1945 an der ungenügenden Entnazifizierung des Beirats wies Wilkens mit der Begründung zurück, daß die ehemaligen NSDAP-Mitglieder unentbehrlich seien und er andere besonders schwer belastete Kaufleute nicht übernommen habe. Vgl. Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 38–41.

<sup>186</sup> Die entsprechende Verfügung des Reg. Bgm. wurde von Spitta selbst durch einen Antrag in der Senatssitzung am 29.6.1945 veranlaßt.

*Sonntag, 1. Juli 1945*

[...]

*Montag, 2. Juli 1945*

Ehepaar Fischer aus Weimar bringt Grüße von Anton Kippenberg; er hat seine Goethe-Sammlung (mit Ausnahme der 10000 Goethebücher) nach Marburg/Lahn gerettet; will die „Insel“ in Leipzig wieder aufmachen.<sup>187</sup>

In der amerikanischen Enklave war nur im Gefängniswesen Einheit hergestellt; alle Gefängnisse von Oslebshausen aus verwaltet. Jetzt ist ein Oberstaatsanwalt aus Hamburg erschienen und wollte die bremischen Gefängnisse beaufsichtigen. Er vertrat den Standpunkt, daß [1] die bremischen Gefängnisse Hamburg, [2] Wesermünde mit Osterholz Celle und [3] Brake und Nordenham Oldenburg unterständen, also eine Dreiteilung in der kleinen Enklave und kein einziger Verwaltungssitz in der Enklave selbst!<sup>188</sup> Dieselbe Verwirrung der Zuständigkeiten bei den Gerichten, in der Kommunalverwaltung und in den Finanzen. Es muß durch die Amerikaner Ordnung geschaffen werden. Das geschieht aber nicht.

*Dienstag, 3. Juli 1945*

In der *Senatssitzung* wieder wenig Erfreuliches: Die von den Amerikanern verlangten Beamtenentlassungen legen die Sparkasse still;<sup>189</sup> es sollen den Amerikanern die Folgen eines Banken-Runs, wenn die Sparkasse schließen muß, klargemacht werden.

Die Briten lassen das Bauholz der Sägemühle in Nienburg nicht heraus; Bremen war Hauptbezieher, ist jetzt von seinem Versorgungsgebiet abgeschnitten.<sup>190</sup> Ähnliche Schwierigkeiten mit der großen Frühkartoffel-Ernte in Syke; 10 Pfund Kartoffeln könnte Bremen auf den Kopf der Bevölkerung geben, wenn es diese Mengen aus Syke hereinbringen könnte; es fehlt auch an Lastwagen, auch für das Hereinbringen der Gemüsemengen. [...]

Die Abende sind auch sonst wenig brauchbar, schon bald nach dem Essen kann man nicht mehr lesen oder schreiben. Dazu kommt bis spät der Lärm des Rundfunks der amerikanischen Soldaten in der Joseph-Haydn-Straße. Die Truppe selbst benimmt sich sonst ganz anständig; tags wird auf der Straße Ball gespielt und mit den deutschen Kindern gescherzt; kein Al-

<sup>187</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 126.

<sup>188</sup> Der zitierte Oberstaatsanwalt orientierte sich an der alten Abgrenzung der OLG-Bezirke. Danach gehörte Bremen zum Bezirk des HOLG in Hamburg.

<sup>189</sup> Die Militärregierung hatte die Entlassung einer Anzahl leitender Angestellter der Sparkasse, darunter der Direktoren Oskar Lüpke und Fritz Kellner, verfügt. Finanzsenator Nolting-Hauff ernannte daraufhin den Direktor der Bausparkasse, Emil Richter (vgl. Kap. 2, Anm. 89), der gute Kontakte zu den Amerikanern und zur KGF hatte, zum kommissarischen Leiter und gab ihm Lüpke als Berater bei. Der von Nolting-Hauff und Spitta befürchtete Rückgang der Spareinlagen blieb aus.

<sup>190</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 48 und 111.

kohol- oder Mädchen-Betrieb. Übrigens sind alle amerikanischen Soldaten in Bremen durchweg kräftig, blühend und in den besten Jahren, etwa zwischen 20 und 35 Jahren, alle vorzüglich in Kleidung, Stiefeln und Waffen ausgerüstet und offenbar vorzüglich gepflegt. Es ist ein Jammer, dagegen die blassen, mageren, sorgenbelasteten, vielfach überanstrengten Deutschen zu sehen.

*Mittwoch, 4. Juli 1945*

Werde jetzt morgens 7<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr mit dem Reserve-Auto des Bürgermeisters abgeholt und mittags gegen 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr wieder nach Hause gebracht, so daß ich nur nachmittags und abends den Weg zu Fuß machen muß.

Mehrere schwierige juristische Sachen (Plan für Vereinheitlichung der Justiz in der Enklave,<sup>191</sup> Verordnungen anderer Ressorts, Moratoriumsantrag der Handelskammer<sup>192</sup> usw.) mit Karl Carstens bearbeitet. Leider fehlt zu allen großen Arbeiten die Ruhe; man wird dauernd durch Besprechungen und Besuche unterbrochen.

*Donnerstag, 5. Juli 1945*

Morgens um 6 Uhr radelt *Paula* ab, um mit Liesel Carl<sup>193</sup> nach Göttingen zu kommen. Fährt mit Lastwagen von der „Fahrbereitschaft“ in der Hollerallee ab. Dort sammelt sich morgens immer eine große Menge Menschen, die mit Lastwagen abreisen wollen. Heute morgen sollen etwa 400 Leute dort gestanden haben. So merkwürdig gestaltet sich jetzt der Reiseverkehr.

Vormittags mit Harmssen, Kaisen und Wolters die Ergänzung zur Kündigungsverordnung (15.6. erlassen) durchberaten; vier Entwürfe lagen vor. Sachliche Verhandlung; Einigung über meinen Entwurf.<sup>194</sup>

Nachmittags etwa zwei Stunden mit Oberst Wisnioski und Captain Guthrie Vereinheitlichung der Gerichte und Gefängnisse in der Enklave beraten. Die Amerikaner wollen Denkschrift. Diese englischen Beratungen für mich immer sehr anstrengend, die mit anwesenden Lahusen, Jansen und Carstens beherrschen das Englische weit besser als ich.

[...]

Man zweifelt oft, ob die Amerikaner überhaupt den Willen haben, Bremen sich wiederaufrichten zu lassen. Auf dem Gebiete der Ernährung tun sie wenig oder nichts gegen die Absperrmaßnahmen der Briten.<sup>195</sup> Die Pro-

<sup>191</sup> Die Gerichte und Strafanstalten in der Enklave gehörten zu drei OLG-Bezirken: Hamburg, Celle und Oldenburg.

<sup>192</sup> Es handelt sich wahrscheinlich um ein Schuldenmoratorium wegen der Lähmung des Kreditverkehrs durch den Ausfall der Reichsbank. Durch eine Verordnung über die erweiterte Vertragshilfe der Gerichte vom 13.7.1945 (vgl. Kap. 2, Anm. 208) wurde dieses Bedürfnis erfüllt.

<sup>193</sup> Kommilitonin von Paula Spitta, Chemiestudentin.

<sup>194</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 168.

<sup>195</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 111.

vinz Hannover läßt kein Getreide heraus, das die Gegenleistung für Mehllieferungen der Rolandmühle nach Westfalen sein sollte. Die Amerikaner verhindern und verbieten sogenannte Kompensationsgeschäfte Bremens;<sup>196</sup> daher liefern wir Mehl nach Wesermünde, Oldenburg, Wilhelmshaven usw. ohne Gegenleistung in Waren, während z.B. Wesermünde gegen seine Fische Leder und Kohlen aus Westfalen erhält. Die Folge ist, daß wir in der Rolandmühle in etwa vier Wochen mit den Vorräten, die Bremen für viele Monate mit Brot versorgen sollten, zu Ende sein werden, ohne irgendwelche Waren als Gegenleistung erhalten zu haben; noch immer fehlt es in Bremen an Kohlen und Leder, die andere Städte im Kompensationswege bekommen.

Der Governor hat dem Bürgermeister zugestanden, daß die Beamten, die zum 1. oder 15. Juli entlassen werden sollten, „bis auf weiteres“ im Amte bleiben.<sup>197</sup> Aber was für ein Arbeiten für diese so bedrohten Beamten!

*Freitag, 6. Juli 1945*

Vagts zeigt mir sein politisches Geheimschreiben an den Governor über die Antifaschisten-Liga usw.<sup>198</sup>

In der *Senatsitzung* nehmen die Polizeisachen einen gefährlichen Charakter an. Die Polizei muß entmilitarisiert und der Widerstand der höheren Polizeibeamten (Major Schloemer) durch ihre Entlassung gebrochen werden, darüber Einigkeit. Nachdem Kennedy versetzt ist, der Schloemer hielt, muß aufgeräumt und neu organisiert werden.<sup>199</sup> Dabei erneute Ver-

<sup>196</sup> Eigentlich Begriff aus dem internationalen Handel: Tauschgeschäfte zur Einsparung von Devisen; hier: Vereinbarung über die Lieferung einer bestimmten Warenmenge in eine andere Zone gegen die Zusage, im Gegenzug eine in der Zone des Lieferanten benötigte Ware dorthin „auszuführen“ – vorausgesetzt, die zuständige Militärregierung erteilte ihre Zustimmung. Vgl. Kap. 4, Anm. 239.

<sup>197</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 151.

<sup>198</sup> In seinem Schreiben an Welker vom 2.7.1945 warf Vagts der „Antifaschisten-Liga“ ihre früheren eigenmächtigen Beschlagnahmen und Verhaftungen und für die Gegenwart Verstöße gegen das Versammlungs- und Veröffentlichungsverbot vor. Sie betreibe eine Kampagne gegen die Zivilverwaltung, leiste dem Reg. Bgm. Widerstand und störte den reibungslosen Wiederaufbau mit dem Ziel, Ruhe und Ordnung zu beseitigen und eine „Willkür-Herrschaft“ zu errichten. Wenn man sie gewähren lasse, werde ein politisches Chaos entstehen und Bremen als Hafen für den Heimtransport der amerikanischen Truppen wertlos werden. Nach einem Vermerk Vagts' vom 5.7. stimmte Welker dem Schreiben in einem Gespräch voll zu und erklärte: „Er werde auf keinen Fall zulassen, daß irgendwelche Unruhen in Bremen entstünden.“ (StAB: NL Vagts 7, 29–7).

<sup>199</sup> Die Bremer Polizei unterstand bis zum 1.4.1938 dem Polizeisenator, danach dem Polizeipräsidenten. Der Senat entschied sich, diese Organisation beizubehalten und das Amt des Polizeipräs. neu zu besetzen, da der Reg. Bgm. als Leiter der höheren Polizeibehörde in der Enklave fungierte und nicht zugleich Leiter der Ortspolizeibehörde sein sollte. (Senatsprotokoll 13.6.1945, StAB: 3/3). Die geplante Neuordnung und Entmilitarisierung der Polizei konnte erst nach der Ablösung des Leiters des Public Safety Branch, Major Russell Kennedy, durch Major Marion A.

suche von Senator Wolters, selbst Polizeisenator zu werden. Die Lage dadurch verschärft, ja, äußerst kritisch geworden, daß Kaisen sich heute dafür einsetzte, daß Wolters Polizeisenator werde. Die Polizei in kommunistischer Hand! Das wäre der Anfang vom Ende. Kaisen vertraut dem klugen und gewandten Wolters. Darin liegt die große Gefahr. Diese unselige Polizeifrage, die uns schon in der „Systemzeit“ die größten Schwierigkeiten machte, kann den ganzen Senat sprengen und in den Abgrund ziehen – zur Freude von Wolters.

Kündigungsverordnung im Senat einstimmig genehmigt.<sup>200</sup> – Wortmanns Bericht über die Wohnungsfrage. 1 358 Wohnungen vom Militär beschlagnahmt. Mangel an Baustoffen. – In Bremen 20[000] bis 25 000 Tote des Weltkrieges. – Harmssens Bericht über Hamburg. 22 Milliarden [RM] Kriegsschäden, davon drei Milliarden bezahlt. Kohlennot auch dort. Wärmehallen für den Winter geplant. Schwierigkeiten mit den britischen Ämtern wie bei uns.

[...]

Die *Post* beginnt bescheiden wieder zu arbeiten; für Privatschreiben nur Postkarten zugelassen.

Besonders erfreulich, daß wir seit heute *elektrischen* Strom haben, abends also Licht haben können. Freilich in unserer Wohnung nur wenige Lampen; auch ein erheblicher Teil der Leitungen zerstört.

*Samstag, 7. Juli 1945*

[...] Das Arbeitsamt zieht – offenbar auf Veranlassung von Wolters – Beamte, Richter, Hilfsrichter, Rechtsanwälte usw. zum Arbeitsdienst heran. Guthrie hat schon Bescheinigungen zum Schutz der Betroffenen ausgestellt und fragt bei mir an, ob er damit in meine Zuständigkeit eingegriffen habe. Ich kann Wolters (der anscheinend auswärts ist – er soll, ohne Führerschein, schon drei Autos entzweigefahren haben) nicht erreichen. Vagts weist das Arbeitsamt unmittelbar an, derartiges zu unterlassen. Nachmittags Tee mit Apelt, der in Sorge wegen der Polizeifrage ist. [...]

Haguewood Anfang Juli 1945 in Angriff genommen werden. Als notwendige Änderungen schlug Behrens die Zusammenfassung der zersplitterten Polizeikompetenzen beim Polizeipräs. und die Beseitigung aller militärischen Dienstgradbezeichnungen vor (Senatsprotokoll 6. 7. 1945, ebenda). Schloemer wurde am 17. 8. 1945 von der Militärregierung entlassen.

<sup>200</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 168. Die „Verordnung über die Kündigung von Arbeitsverhältnissen“, die Vagts' Verordnung vom 15. 6. 1945 durch Einräumung und Regelung des Beschwerderechts sowie Kündigungsschutzbestimmungen für Schwerbeschädigte ergänzt, wurde am 7. 7. 1945 in den Aml. Mitteilungen veröffentlicht.

Im Zeitungswesen der geringe Fortschritt, daß wir in einer Beilage „*Amtliche Mitteilungen*“ unsere Verordnungen und Lebensmittelzuteilungen veröffentlichen können.<sup>201</sup>

[...]

*Sonntag, 8. Juli 1945*

Nolting-Hauff besucht; dort Vagts und Apelt getroffen. Nachmittags in der Goethe-Gesellschaft Vortrag Gorsemanns über die Darstellung der Engel in der Kunst. Da Gorsemann aus seinem Hause vertrieben ist und seine Bücher nicht mehr einsehen, den Vortrag auch nicht mehr durcharbeiten und feilen konnte, bekamen seine Worte eine Unmittelbarkeit, die sie sonst kaum gehabt hätten.

Nun ist der Sommer auf der Höhe. Seit gestern essen wir Frühkartoffeln, und die Linden blühen. In diese schöne Zeit fällt die Anordnung der Amerikaner, daß der Bürgerpark – dieser von Bremer Bürgern geschaffene und unterhaltene echte Volkspark – nur noch zum „Passieren“, nicht mehr zu längerem Aufenthalt benutzt werden darf.<sup>202</sup> Vielleicht zwingen Mißbräuche und „Nacktkulturen“ zu solcher Maßnahme.

*Montag, 9. Juli 1945*

Die Mitarbeit von Karl Carstens und die täglichen Besprechungen mit ihm (meist von 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr morgens an), sind mir sehr wertvoll und menschlich angenehm, er hat auch Freude an der Ausarbeitung von Gesetzen (erweiterte richterliche Vertragshilfe usw.). – Bei Oberstaatsanwalt Dr. Bollinger, mit dem ich viele Fragen der Strafrechtspflege durchspreche. Bei Kaisen, mit dem ich die leidige Polizeifrage durchgehe. Vertrauensvolle Aussprache. Der neue Polizeipräsident Werra hat glücklicherweise einen guten Eindruck auf Kaisen gemacht; er ist mit seiner Ernennung einverstanden. Der frühere Sozialdemokrat Noch soll die „blaue Polizei“ leiten.<sup>203</sup> Kaisens Mißtrauen gegen Vagts. Immerhin ist dieser Konfliktstoff für den Augenblick aus der Welt geschafft. Wolters kommt als Polizeisenator nicht mehr in Frage; Kaisen sagt, er habe Vagts damit schrecken wollen.

<sup>201</sup> Amtliche Mitteilungen der Freien Hansestadt Bremen. Hrsg. v. Reg. Bgm., [Nr. 1], 7.7.1945; erschienen als Beilage zum Weser-Boten, vgl. Kap. 2, Anm. 64.

<sup>202</sup> Das Verbot war nur einen halben Tag lang in Kraft (Peters, Bremen 1945–1956, S. 18). Wahrscheinlich waren Holzdiebstähle der Grund für die Maßnahme. Um unerlaubte Abholzaktionen zu verhindern, wurde Zivilisten am 26.7. verboten, den Park nachts, zwischen 22.00 und 6.00 Uhr, zu betreten.

<sup>203</sup> Franz Noch, 1886–1961. In der Weimarer Republik Vors. der Polizeigewerkschaft in Bremen, MdBü (SPD), im März 1933 als Polizeimeister beurlaubt, im Juli 1933 nach dem Berufsbeamtengesetz entlassen; nach der Wiedereinstellung im Dez. 1945 zum Polizeidirektor befördert, 1947–1951 stellv. Polizeichef in Bremen. – Als „blaue“ Polizei wurde der Einzeldienst der Ordnungspolizei bezeichnet im Gegensatz zur „grünen“ kasernierten und militärisch organisierten Schutzpolizei.



Wolters wird im Senat immer unmöglicher; Übergriffe in Apelts Ressort; Beamte, Rechtsanwälte, Hilfsrichter usw. zu Hafen- und Schipparbeit befohlen. Vagts hat eingegriffen und diese Anordnungen aufgehoben.<sup>204</sup> Besprechung von Vagts, Apelt und mir hierüber. Anweisung an das Wohnungsamt hinsichtlich der Familien von Nationalsozialisten]; keine Begrenzung; Einsetzung eines Ausschusses.<sup>205</sup> Wir wollen diese Fragen noch nicht zur Kabinettsfrage machen. Es steht auch eine unberechenbar große Menge und der russische Nimbus hinter Wolters. Daher ist Vorsicht geboten. Kaisen meinte freilich heute, wenn wir allgemeine Wahlen und ein Parlament hätten, würde Wolters nicht länger Kommunist sein.

[...]

*Dienstag, 10. Juli 1945*

Im Senat Wolters-Erörterungen. Die Übergriffe in andere Ressorts und andere Eigenmächtigkeiten, die Heranziehung von Beamten zum Arbeits-einsatz, usw. werden von Vagts zum Teil sehr scharf zurückgewiesen. Auch Kaisen betont, daß solche Angelegenheiten, für die der ganze Senat geradestehen müsse, vorher im Senat besprochen werden müßten. – Dies wird nicht die letzte derartige Erörterung sein; früher oder später wird es wohl zur Entscheidung kommen: Wolters und seine Leute und Methoden als Vorbereitung des Bolschewismus oder ein antibolschewistischer Senat.

*Reichsschuld:*

|                |                             |                            |
|----------------|-----------------------------|----------------------------|
| bis 31.12.1944 | fundierte Schatzanweisungen | 136 Milliarden [RM]        |
|                |                             | 210 Milliarden [RM]        |
| 1945           |                             | <u>40 Milliarden [RM]</u>  |
|                |                             | <u>386 Milliarden [RM]</u> |

<sup>204</sup> Im Senat übte nicht nur Vagts, sondern auch Kaisen am 10.7.1945 Kritik daran, daß Wolters durch seine Maßnahme aktive Beamte ihrem Dienst entzogen und damit in die Arbeitsbereiche anderer Ressorts eingegriffen habe, ohne seinen Plan zuvor im Senat zur Sprache zu bringen. Wolters gestand sein Versäumnis ein und versprach Besserung (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

<sup>205</sup> Nach einer ersten ähnlichen Anweisung des Reg. Bgm. vom 8.6.1945 erhielt das Wohnungsamt durch eine Verordnung vom 10.7.1945 (Amtl. Mitteilungen, Nr. 2, 20.7.1945, S. 3) das Recht, den Wohnraum führender Nationalsozialisten nach dem Reichsleistungsgesetz in Anspruch zu nehmen und sie mit ihren Familien auszuquartieren. Sie sollten, wie ausdrücklich festgelegt wurde, enger zusammenrücken als die übrige Bevölkerung und auch in Gemeinschaftslagern untergebracht werden können, um Wohnraum für heimkehrende KZ-Häftlinge und Opfer der Judenverfolgung zu gewinnen. Über die Anwendung der Verordnung hatte ein Ausschuß, bestehend aus dem Dienststellenleiter und zwei vom Reg. Bgm. zu ernennenden Beisitzern zu entscheiden. Eine schematische Begrenzung, wieviel Wohnraum betroffenen Nationalsozialisten zustehen sollte, war in der Verordnung vermieden.

Übrige Schulden, einschließlich Bombenschäden auf über 400 Milliarden [RM] geschätzt. Mithin Gesamtschuld des Reiches über 800 Milliarden [RM].<sup>206</sup>

Uferlose Bauten und sonstige Ausgaben der Besatzungsmächte in Deutschland. Auch in Bremen ordnet jeder baulustige Captain Bauten an (der Sportoffizier die Wiederherstellung der Badeanstalten für 2 Millionen [RM], ein anderer Captain den Bau eines Clubhauses in den Wallanlagen usw.). Die Rechnung kommt an den Bremer Staat.<sup>207</sup> – Ein Staatshaushalt ist nicht aufzustellen und nicht einzuhalten. Von diesen „amerikanischen“ Ausgaben auf unsere Kosten erfahren wir nur gelegentlich und zufällig. Von der Höhe der Besatzungskosten erfahren wir gar nichts. Auf Kaisens Antrag Siedlungsamt in Bremen beschlossen; uns ist, wie Kaisen sagte, „nichts geblieben, als der deutsche Mensch und die deutsche Erde“. Ausnutzung des Bodens; kleine Siedlungen.

[...]

*Mittwoch, 11. Juli 1945*

Arbeitsreicher Tag. Morgens vor 8 Uhr Beginn, mittags nur bis 3¼ Uhr Pause, abends erst gegen 8½ Uhr zu Hause.

Verordnung über erweiterte Vertragshilfe der Gerichte mit Senatoren der Wirtschaft und der Finanzen beraten.<sup>208</sup> Kein Heilmittel, nur eine Notmaßnahme, damit drei bis sechs Monate Atempause gegeben werden kann, bis man klarer sieht, ob die Wirtschaft in bescheidenem Maße wieder arbeiten kann oder rettungslos in den Abgrund stürzt.

Zwei bezeichnende Bilder auf der Straße: In der Joseph-Haydn-Straße sammelt ein ganz gut gekleideter Mann die Zigaretten-Enden, die von den dort einquartierten amerikanischen Soldaten in ziemlicher Menge und Größe auf die Straße geworfen sind. Mitten auf dem Domshof steht ein alter Mann, der dem Mangel an Streichhölzern dadurch zu begegnen sucht, daß er seine Pfeife mit einem Brennglas zu entfachen sich bemüht.

[...]

<sup>206</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 124.

<sup>207</sup> Nach den Ausführungen von Finanzsenator Nolting-Hauff wurden die Ausgaben amerikanischer Behörden in Millionenhöhe von der Reichsbank im Wege freier Kreditschöpfung beschafft. Obwohl sie also nicht auf Rechnung Bremens gingen, äußerte er Sorge wegen der Steigerung der Inflationsgefahr und forderte eine vorherige Absprache mit der Bremer Finanzverwaltung. (Senatsprotokoll 10.7.1945, StAB: 3/3).

<sup>208</sup> Schuldner, die infolge der Kriegswirkungen wesentlich in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beeinträchtigt waren, konnten zur Abwendung von Vergleichs- oder Konkursverfahren gerichtliche Vertragshilfe zur Regelung ihrer Verbindlichkeiten in Anspruch nehmen, um z.B. die Stundung oder Aussetzung von Zahlungen, Zinssenkungen oder die vorzeitige Auflösung von Pacht- und Mietverträgen zu erreichen. (Verordnung des Reg. Bgm. vom 13.7.1945, Amtl. Mitteilungen, Nr. 2, 20.7.1945).

*Donnerstag, 12. Juli 1945*

Richter Appel meldet mir, daß gegen Focke-Wulf [Flugzeugbau GmbH] der Antrag auf Konkursöffnung gestellt sei. Sie behaupten, in Berlin ein Bankenguthaben von vielen Millionen zu haben (50 Millionen-Zahlung des Reiches).<sup>209</sup> Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungsstockung? Hilfe durch die neue Verordnung, die morgen durch den Senat gehen soll? – Das Ganze ein neues Wetterzeichen der gespannten Wirtschafts- und Geldverkehrs-lage.

Captain Guthrie bewährt sich weiter als gentleman; ein Richter Peschen,<sup>210</sup> der aus der Gefangenschaft heimkehrt, soll von ihm zugelassen werden, wenn Lahusen und ich bescheinigen, daß wir kein[e] „objection to Mr. P. acting as a judge“ [keine Einwände gegen Herrn P. als Richter] hätten.  
[...]

*Freitag, 13. Juli 1945*

Im *Senat* werden seltsame Dinge von den Amerikanern berichtet; zwangsweise Einstellung von Dolmetschern zu phantastischen Gehältern und einer polnischen Dolmetscherin, die nicht mehr gebraucht wird, willkürliche Maßnahmen junger Leutnants unter Androhung von Gewalt und Verhaftung usw.<sup>211</sup>

Enklave-Aussprache, Tantzens Denkschrift<sup>212</sup> an den Governor, un-gelesen von Governor an Vagts gegeben. Überall Treibminen gegen Bremen.

Die Schmerzenskinder unserer Verwaltung, das Arbeitsamt, das die von den Amerikanern verlangten Arbeiter nicht stellen kann (Lethargie und Kleingartenbestellung durch die Arbeiter), und das Kraftwagenverkehrsamt, das von allen, die damit zu tun haben, gescholten wird. (3000 Anträge auf 100 Wagen!).

<sup>209</sup> Infolge der Schließung der Berliner Banken war es unmöglich, über die dortigen Konten zu verfügen, vgl. Kap. 2, Anm. 179.

<sup>210</sup> Dr. Helmuth Peschen, 1891–1952, wurde wieder eingestellt, später Oberamtsrichter beim Amtsgericht Bremen-Blumenthal.

<sup>211</sup> Wolters berichtete darüber aus Sorge vor einer Gefährdung des deutschen Tarifsystems. Außerdem mußten diese Gehälter über die Besatzungskosten von Bremen getragen werden. (Senatsprotokoll 13.7.1945, StAB: 3/3).

<sup>212</sup> The Wesermarsch and the Problem of the Enclave by Theodor J. Tantzen (District-president of Wesermarsch), 12.7.1945, StAB: 3–R. 1.n. Nr. 4 [27]. Tantzen betonte in der Denkschrift die wirtschaftliche Bedeutung der Wesermarsch innerhalb der Enklave und lehnte jede Vorrangstellung Bremens ab. Die Enklave müsse einen einheitlichen Verwaltungsaufbau erhalten und Bremen als eine der Städte erster Klasse in sie eingegliedert werden. – Die erneute Besprechung des Senats über die Enklave wurde durch einen Bericht Groscurths ausgelöst, der in Hannover vergeblich über die Stellung der Ernährungsämter im amerikanischen Unterwesergebiet verhandelt hatte und deshalb forderte, es bald „staatsrechtlich zu einem selbständigen Verwaltungsbezirk“ zusammenzufassen.

Im September soll auch der Hafen der Stadt Bremen in Betrieb genommen werden.<sup>213</sup>

In Hamburg ausländischer Weizen, der in der Welt in Massen vorhanden ist, angekommen. Bemühung, Bremen daran zu beteiligen. Aber womit kann Deutschland zahlen?

Durch die Devisennot sind wir auch sonst gehindert; Dänemark verkauft große Schätze deutscher Bücher antiquarisch sehr billig; die Bremer Staatsbibliothek könnte sie erwerben und damit die größte Bibliothek zwischen Kiel und Köln werden. Dies um so erwünschter, als große Teile unserer Bibliothek jetzt in Thüringen den Russen in die Hände fallen.<sup>214</sup> Aber woher die Devisen nehmen? Aufgabe von deutschen Verlagsrechten in Dänemark?

Verordnung über richterliche Vertragshilfe vom Senat genehmigt.<sup>215</sup> [...]

### *Samstag, 14. Juli 1945*

Von 8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bis 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr fünf Konferenzen hintereinander. Davon zwei Stunden bei den Amerikanern, dort Aussprache über Enklave, über Gerichtsverhältnisse in Wesermünde,<sup>216</sup> über Zulassung von bremischen Richtern usw.; angenehme Formen; Vertrauen zu Lahusen und mir; Oberst Wisnioski schließt „the very nice conference“.

Besprechung mit Dr. H[anns] Meyer und Knittermeyer über die Zukunft der Wittheit.<sup>217</sup> Ich bin dafür, alles in der Organisation unverändert zu lassen, auch die Satzung. Versuch, politische Einflüsse davon fernzuhalten. Jede Umorganisation bringt alles ins Rollen, auch Knittermeyers Stellung.

[...]

Eine neue Verhaftungswelle geht durch Deutschland, diesmal in der Wirtschaft: die Betriebsführer der großen Werke festgenommen, in Bremen unter anderen Bollmeyer und der Direktor der Bremer Bank, Stuck,

<sup>213</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 87.

<sup>214</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 129.

<sup>215</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 208.

<sup>216</sup> Wesermünde gehörte zum OLG Celle. Spitta erstrebte die Zusammenfassung des Gerichtswesens in der Enklave unter einem neu zu schaffenden OLG Bremen; vgl. Kap. 2, Anm. 191.

<sup>217</sup> Die Wittheit war im Okt. 1924 als repräsentative Spitzenorganisation der Bremer wissenschaftlichen Vereine und Einrichtungen gegründet und am 7.7.1941 als „Wittheit. Wissenschaftliches Amt der Freien Hansestadt Bremen“ verstaatlicht worden. Knittermeyer, mit Spitta und Apelt einer der Hauptinitiatoren, war in den ersten zwölf Jahren als Schriftführer, seit 1936 als Präs. und seit 1941 als Vorsteher maßgeblich an ihrer Arbeit beteiligt. Am 27.9.1946 genehmigte die Militärregierung der Wittheit die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit; am 5.10.1950 wurde sie in einen privatrechtlichen Verein zurückverwandelt. Abel, Zur Geschichte der Wittheit.

auch Dr. Dettmers, der kurze Zeit Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd war.<sup>218</sup>

Der bremische Baumwollhandel, einst ebenbürtig neben dem von Liverpool und Europa beherrschend, wird von den führenden Männern anscheinend als hoffnungslos angesehen; Hellmers,<sup>219</sup> Teilhaber der alten Baumwollfirma Heineken & Vogelsang und Direktor der Baumwoll AG, sucht mich auf, um Stellung im Staatsdienst zu erhalten!

[...]

*Sonntag, 15. Juli 1945*

[...]

*Montag, 16. Juli 1945*

Lange Sitzung mit Lahusen, dem Anwaltsausschuß und Carstens über Enklave, Richterzulassung usw. Es ist höchste Zeit, daß die Enklave endlich endgültig festgelegt wird; die Opposition und die Eigenmächtigkeiten in Wesermünde, Brake usw. nehmen zu; der Widerstand verstärkt sich. Vielleicht können die Gerichte zum Schrittmacher werden. Wirtschaftlich (Ernährung und Arbeitersiedlung) gehören auch Verden und Syke zu Bremen.<sup>220</sup>

*Dienstag, 17. Juli 1945*

Im Senat Lohnfragen; die Bauarbeiterlöhne sollen nach Wolters' und Kaisers Wunsch erhöht werden, um einen Anreiz auszuüben. Wenholds Kritik: das Problem der Arbeitsunlust ist nicht von der Lohnseite, sondern nur von der Güterseite zu lösen. Jetzt arbeitet ein Arbeiter zwei Tage für die

<sup>218</sup> Im Zuge der Auflösung des gemeinsamen anglo-amerikanischen Hauptquartiers SHAEF im Juli 1945 hatte die zentrale US-Militärregierung am 7.7. eine umfangreiche Direktive mit neuen, auf Vereinheitlichung der bisherigen Praxis gerichteten Entnazifizierungsbestimmungen erlassen. Es wurde zwischen zwei Personengruppen unterschieden: denen, die entlassen werden mußten, und denen, deren Entlassung empfohlen wurde. Zur ersten Kategorie gehörten u.a. die vor dem 1.5.1937 beigetretenen Mitglieder und alle Amtsträger der NSDAP, alle Angehörigen der SS, alle Führer in den nationalsozialistischen Gliederungen und angeschlossenen Verbänden, höhere und politische Beamte, Generalstabs- und NS-Führungsoffiziere, zur zweiten Berufsoffiziere, „Junker“ und führende Wirtschaftler. (Genauer dazu: Niethammer, Entnazifizierung, S. 152–154). Laut einer Meldung von „Exchange“ vom 14.7.1945 wurden in der US-Zone 120 Industrielle und Bankiers im Zuge der Entnazifizierung verhaftet. (Keesing's Archiv 1945, S. 321ff.) – Zur Entnazifizierung der Wirtschaft in Bremen vgl. Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 429–438. Die Genannten sind: Robert Stuck, 1889–1968, 1923–1959 Direktor der Bremer Bank und Dr. Otto Dettmers, 1892–1986, RA und Notar.

<sup>219</sup> Hermann Hellmers, 1889–1975, seit 1920 im Bremer Baumwollhandel tätig, 1951 Vizepräs., 1953–1956 Präs. der Bremer Baumwollbörse.

<sup>220</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 48 und 111.

Ernährung und einen Tag für die Miete; was er an den drei weiteren Tagen verdient, dafür kann er nichts kaufen. Naturallohn durch Bezugsscheine?<sup>221</sup>

Viehabschlachtung im Herbst; können die Kühlhäuser bis dahin hergestellt werden?

Besatzungskosten Bremens ohne Bauten bisher 1062000 RM. *Sachschäden* in Bremen: Häuser 2,5 Milliarden; Mobiliar 1,5 Milliarden; Summe 4 Milliarden. *Nutzungsschäden*: 46000 Fälle, ausgezahlt 57 Millionen RM, zuletzt monatlich 5 Millionen RM.<sup>222</sup> – Die *Sparkasse Br[emen]* zahlt keine Zinsen mehr. Von 19000 Hypotheken sind 10000 zinslos.<sup>223</sup> Außerdem die Reichsanleihen und Reichsschatzanweisungen.

[...]

*Mittwoch, 18. Juli 1945*

Dr. Laun<sup>224</sup> aus Hamburg bringt Grüße von Bürgermeister Petersen<sup>225</sup> und Wilhelm Kiesselbach; berichtet über hamburg[ische] Verhältnisse, Kra-wall mit ausländischen Arbeitern (mehrere Tote, Einschränkung der Ausgehzeit), Schwierigkeiten mit den Briten; noch keine Gerichtstätigkeit, aber *tägliche* Zeitung (in Bremen nur sonnabends). Arbeit an Verfassung untersagt.<sup>226</sup>

[...]

<sup>221</sup> Wenhold faßte seine Meinung zusammen: „Die Abgabe von Gutscheinen auf Mangelware für Arbeitsleistungen würde eine vorzügliche Wirkung haben.“ (Senatsprotokoll 17.7.1945, StAB: 3/3).

<sup>222</sup> Solche Summen, so stellte Finanzsenator Nolting-Hauff fest, seien aus dem Bremer Haushalt nicht zu bestreiten (ebenda). Spitta notierte versehentlich 1,5 Mrd. RM für die Mobiliarschäden.

<sup>223</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 124.

<sup>224</sup> Dr. Rudolf Laun, 1882–1975. Jurist, 1911–1935 Professor in Wien und Hamburg, seit 1935 Gastprofessor in den USA, 1949–1955 Präs. des Staatsgerichtshofes der Hansestadt Bremen.

<sup>225</sup> Rudolf Petersen, 1878–1962. Exportkaufmann, Mai 1945–Nov. 1946 Bgm. in Hamburg; zunächst parteilos, ab Juni 1946 Md. der CDU, 1946–1949 MdBü.

<sup>226</sup> In Hamburg war es am 13.7.1945 im Stadtteil St. Pauli zu schweren Ausschreitungen gegen ehemalige italienische Zivilinternierte gekommen, denen ihr „Verrat“ an Deutschland, ihre angeblich besonders starke Beteiligung an Schwarzmarktgeschäften und die Verführung deutscher Mädchen vorgeworfen wurden. Zur Strafe verhängte die britische Militärregierung zum ersten Mal nach Kriegsende eine drastische Verkürzung der Ausgehzeit, durch die u.a. die abendliche Bestellung der Kleingärten behindert wurde. Trotzdem fand die Aktion gegen die Italiener nach den Berichten der deutschen Polizei in der Bevölkerung viel Beifall. (Polizeiberichte vom 20.7.1945, StA Hamburg: Polizeibehörde II, Nr. 204) – Das Hamburger Nachrichtenblatt der (alliierten) Militärregierung erschien seit dem 9.5.1945 fünf- bis sechsmal, seit dem 23.7. nur noch dreimal in der Woche.

Nachmittags mit Bürgermeister Vagts den vorl[äufigen] Kirchenaus-  
schuß empfangen;<sup>227</sup> ausgezeichnete Ansprache des neuen Kirchenpräsi-  
denten Dr. Ahlers; geschickte Antwort Vagts'!

Vagts gibt mir die Denkschrift Tantzen juniors über die Enklave und sei-  
ne Antwort an den Governor (die nicht in allem meine Zustimmung  
hat),<sup>228</sup> erzählt von den Treibereien des Oberbürgermeisters Koch<sup>229</sup> in  
Wesermünde (Abberufung beim Governor beantragt); Enklave-Ge-  
spräch.

Die Russen sollen Lübeck besetzt haben und auf Kiel vordringen; starke  
Truppen der Engländer in Holstein.<sup>230</sup> Merkwürdige Nachricht, die Dr.  
Kurz von seinem Flieger-Sohn aus Flensburg hat („bewachen unsere deut-  
schen Flugzeuge“ usw.). Leute, die auf Veranlassung der Engländer aus  
Göttingen geflohen sind, da die Russen sich nähern. Was wird Paula tun?  
Mindestens scheinen die Russen den braunschweigischen, in den Harz vor-  
springenden Zipfel besetzt zu haben.

#### *Donnerstag, 19. Juli 1945*

Unter meinen vielen Besuchern im Rathause auch zwei Abgesandte der  
Antifaschisten-Liga, die in unangenehmen Formen und Worten die sofor-  
tige Freilassung aller politischen Gefangenen forderten. Als ich ihnen sag-  
te, was ich veranlaßt und mit den Amerikanern besprochen hätte, und sie  
weiter abfällige Bemerkungen machten, sagte ich, die Amerikaner hätten  
das so bestimmt und seien unsere Herren. Darauf lachte der eine höhnisch  
und sagte: „Einstweilen ja!“ – Sie sagten auch, sie wollten Dorn berichten;  
der sei wieder in Bremen. Selten haben mir Menschen einen so unangeneh-

<sup>227</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 91 und 93.

<sup>228</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 212. In seinem in sehr scharfem Ton gehaltenen Schreiben vom 9.7.1945 (StAB: 3-B. 10.a. Nr. 2 [1], Akte 1) warf Vagts Tantzen vor, die ganze Eingabe sei „von der in Oldenburg seit jeher mißgünstigen, ja feindseligen Einstel-  
lung gegenüber der Freien Hansestadt Bremen bestimmt“. Statt Bremen lediglich zu einer „Stadt erster Klasse“ in der Enklave zu machen, sollten ihr alle von den Ameri-  
kanern besetzten Gebiete an der Unterweser angegliedert und sie ihrer traditionel-  
len Überlegenheit gemäß zum Zentrum des „Landes Bremen“ werden. Im Gegen-  
satz zu Spitta, der die Wiederherstellung der alten stadtstaatlichen Verfassung mit  
der Doppelfunktion des Senats als Magistrat und Landesregierung erstrebte (vgl.  
Kap. 2, Anm. 76), plädierte Vagts für getrennte Regierungen für die Stadt und das  
Land, die im Reg. Bgm. ihre gemeinsame Spitze haben sollten. Diese Konstruktion  
hätte in etwa der nationalsozialistischen Regelung mit dem Reichsstatthalter als ge-  
meinsamer oberster Instanz entsprochen.

<sup>229</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 105 und 115.

<sup>230</sup> Diese Gerüchte waren bezeichnend für die Nervosität, die nach der Besetzung  
Sachsens, Mecklenburgs und Thüringens durch sowjetische Truppen und nach dem  
Beginn der Potsdamer Konferenz am 17.7.1945 überall in der deutschen Bevölke-  
rung herrschte. Auch in Hamburg war von der bevorstehenden Übernahme ganz  
Schleswig-Holsteins, ja der Hansestadt selbst, an die Russen oder von einem dro-  
henden Krieg zwischen England und der UdSSR die Rede (Polizeiberichte im StA  
Hamburg: Polizeibehörde II, Nr. 204).

men Eindruck gemacht. So denke ich mir die bolschewistischen „Kommissare“. Der eine sagte mir, indem er mich von der Seite anzwinkerte, nur das eine Wort: „Bücking“.<sup>231</sup> – Daß Dorn in Bremen ist, bedeutet innenpolitisch eine Belastung für uns; wir kennen seine Vorliebe für Wolters.

[...]

Vor dem Abendessen Motette in dem fensterlosen, bombenbeschädigten Dom; alle Plätze besetzt, viele stehend; auch Amerikaner in Uniform unter den Zuhörern. Joh[ann] Seb[astian] Bach. – Die Orgel, von Liesche in mühsamer Arbeit wiederhergestellt, tönt in alter Herrlichkeit durch das Schiff.<sup>232</sup>

[...]

### *Freitag, 20. Juli 1945*

Im *Senat* peinliche Erörterung über Knittermeyer. Wolters sagt: Wer seine großen geistigen Gaben anwende, um solche irrsinnigen Lehren wie die nationalsozialistischen philosophisch zu untermauern, begehe ein Verbrechen; er wolle noch nicht sagen, daß das bei Knittermeyer der Fall sei, aber Prüfung sei nötig mit strengem Maßstabe. Paulmann weniger scharf aber auch für Entlassung Knittermeyers; er berief sich dabei auf das Urteil Johanna Lürbens.<sup>233</sup> Apelt, Kurz und ich traten für Knittermeyer ein; seine geistige Bedeutung, seine anfänglichen Hoffnungen seien enttäuscht worden; seit Jahren Gegner des Nationalsozialismus.<sup>234</sup> Kaisen, der für Vagts den Vorsitz führte, hielt die Sache für ungeklärt und verfügte Prüfung durch Kurz und Paulmann.

<sup>231</sup> Anspielung auf die Zugehörigkeit von Hans und Lutz Bücking zur KPD oder auf die Abwendung von Klaus Bücking von dieser Partei, deretwegen seine erste Frau sich von ihm hatte scheiden lassen.

<sup>232</sup> Richard Liesche, 1890–1957. Seit 1930 Organist am Bremer St. Petri-Dom, wo er seit 1934 die „Motette im Dom“ veranstaltete, Kirchenmusikdirektor und seit 1948 durch Titelverleihung des Bremer Senats Professor. Spitta berichtet hier über das erste Konzert in dieser Reihe nach Kriegsende. Vgl. Brem. Biogr., S. 316f.

<sup>233</sup> Dr. Johanna Lürben, 1881–1966. Direktorin der deutschen Oberschule für Mädchen in Bremen, am 22.12.1932 zum 16.2.1933 zur Schulrätin für die höheren Schulen ernannt, in diesem Amt bis zum 14.2.1934, 1.7.1945–31.3.1950 Oberschulrätin.

<sup>234</sup> Spitta führte nach dem Senatsprotokoll (StAB: 3/3) aus, daß Knittermeyer „in der ersten Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft sich zweifellos bemüht habe, eine positive Einstellung zum Nationalsozialismus zu finden, von dem er sich bald völlig abgewandt habe. Jeder, der seinen Reden aufmerksam gefolgt sei, habe nicht im Zweifel darüber sein können, daß er immer mehr zum Gegner der Partei geworden sei.“ Kurz bestätigte Knittermeyer sogar, er habe „ohne Rücksicht auf die Anwesenden seiner inneren Ablehnung Ausdruck gegeben“ und „den Mut gehabt, öffentlich Kritik zu üben“. Vgl. Kap. 1, Anm. 7.



Hugo Stinnes<sup>235</sup> hat Bremen besucht und ist bezüglich der Kohlenförderung [im Ruhrgebiet] etwas hoffnungsvoller. Zunahme der Förderung, die bisher  $\frac{1}{8}$  der normalen Produktion beträgt. Er hielt es auch für möglich, Strom aus dem Ruhrgebiet nach Bremen abzugeben. – Bremen als amerikanische Tauschzentrale?<sup>236</sup> – Anregung von Osterholz, in Bremen ein Forstamt zu gründen. – Das Aufkommen der Reichssteuern 23 Prozent des Vorjahres, bei der Körperschaftssteuer 5 Prozent, bei der Vermögenssteuer 68 Prozent.<sup>237</sup>

Nachmittags Verhandlung mit *Wesermünder Juristen* (Dreyer, Ackemann, Obenauer)<sup>238</sup> über die *Justiz in der Enklave*, Gründung eines Landgerichts Wesermünde und eines Oberlandesgerichts Bremen.<sup>239</sup> Grundsätzliche Erklärung Ackemanns über ihre Treue gegenüber dem Oberlandesgericht Celle, aber Verhandlung außerhalb der Politik über zweckmäßige Organisation der Gerichte der Enklave. Erfreuliche Einigung. [...]

### Samstag, 21. Juli 1945

Ein amerikan[ischer] Major und ein amerikan[ischer] Captain aus dem *amerik[anischen] Hauptquartier in Frankfurt* in Bremen; befragen Apelt und mich nach den wirtschaftlichen und juristischen Verhältnissen in der Enklave. Ich betone, daß die *Abgrenzung der Enklave* unglücklich sei; wirtschaftlich und für die Arbeiterverhältnisse; Notwendigkeit, Verden und Syke zur Enklave zu ziehen. Apelt und Groscurth hatten vorher, ohne daß ich es wußte, Ähnliches dargelegt. Mit Dr. Lahusen die Liste der Rich-

<sup>235</sup> Hugo Stinnes jr., 1897–1982. Zunächst Leiter des Hamburger Zweigs des Stinnes-Konzerns, nach dessen Auflösung 1923 und dem Verkauf der Seeschiffsflotte Konzentration auf das Kohlegeschäft, Aufsichtsratsmd. des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats u. Md. der IHK in Essen. Spitta faßt hier einen Bericht Vagts' im Senat zusammen. Der Wunsch Vagts', ins Ruhrgebiet zu reisen, um mit den dortigen britischen Offizieren über Kohlenlieferungen an Bremen zu verhandeln, wurde von der Bremer Militärregierung abgelehnt, da sie in der Kohlenfrage bereits alles getan habe. (Senatsprotokoll 20.7.1945, StAB: 3/3). Voraussetzung für Stromlieferungen aus dem Ruhrgebiet war die Wiederherstellung der zerstörten Querverbindung Hannover-Ruhrgebiet.

<sup>236</sup> Nach Mitteilung Harmssens im Senat planten die Amerikaner, „Bremen zu einer Art Kompensationszentrale zu machen, die den Güterverkehr aus Süddeutschland aufzunehmen habe“. (Senatsprotokoll 20.7.1945, StAB: 3/3, vgl. Kap. 2, Anm. 196).

<sup>237</sup> Mitteilung Nolting-Haufts im Senat über die Steuereingänge seit Beginn des Rechnungsjahres (April 1945). Das Steueraufkommen belief sich damit nur auf 50 Prozent des Voranschlags. (Senatsprotokoll 20.7.1945, StAB: 3/3).

<sup>238</sup> Dr. Gerhard Dreyer, 1945 Landgerichtsprä. s.

Dr. Wilhelm Ackemann, 1890–1957. Seit 1919 Rechtsanwalt in Wesermünde, Mai–Juli 1945 von der Militärregierung ernannter Stadtrechtsrat, wegen angeblicher Verbindungen zur NSDAP entlassen, vollständig entlastet, seit 1950 Landgerichtsprä. s. in Stade.

Hans Philipp Obenauer, 1888–1955. Rechtsanwalt in Wesermünde.

<sup>239</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 191 und 216.

ter, die Pgs waren, durchgesprochen. Frage, für wen wir uns bei den legal officers einsetzen wollen. [...]

### *Sonntag, 22. Juli 1945*

Vormittags sind die Senatoren nacheinander zu den Amerikanern geladen; der Vorgesetzte aller amerikanischen Gouverneure, General Smith,<sup>240</sup> wollte uns hören. Die Fragen, die mir vorgelegt wurden, primitiv: 1. Haben Sie Beamte ernannt? (37 Hilfsrichter),<sup>241</sup> 2. Nach welchen Grundsätzen? (Nichtmitglieder der „Partei“), 3. Sind Sie dabei von irgendwelchen Organisationen beeinflusst oder haben Leute Sie zu beeinflussen gesucht? (nein!). Jede Erläuterung, die ich geben wollte, wurde abgeschnitten. Es handele sich nur um die politische Seite der Verwaltung. Ich hatte mich auf Ausführungen über die Enklave vorbereitet, auch Karten und statistisches Material eingesteckt, nichts davon konnte ich anbringen. Bei den anderen Senatoren scheint die Vernehmung ähnlich verlaufen zu sein. Nur Bürgermeister V[agts] hat Gelegenheit gehabt, sich ausführlicher zu äußern. [...]

Haussuchung durch amerikanische Soldaten nach Waffen in der ganzen Stadt. Es sollen Krawalle vorgekommen sein, bei denen ein Amerikaner getötet sein soll (Ausländer?). Daher auch Absperrung und Kontrolle der amerikanisch-britischen Grenze.<sup>242</sup>

### *Montag, 23. Juli 1945*

Besuch des Reichsbahnpräsidenten Bühl (Hannover);<sup>243</sup> rühmt das Zusammenarbeiten mit den Engländern; Kohlennot, Braunkohlengebiete teilweise in russischer Hand, ebenso eine Kraftzentrale, die Teile Hannovers versorgt hat; auf Hausbrandkohle ist nicht zu rechnen, alle vorhandene Kohle für Eisenbahn nötig. Usw.

Nachmittags Präses und Vizepräses der Handelskammer Wilkens und Glässel bei mir wegen der Verhaftung des früheren Kammerpräses Boll-

<sup>240</sup> General Walter Bedell Smith, 1895–1961. Stabschef Eisenhowers, Leiter der Abteilung für Zivilangelegenheiten (G 5) des amerikanischen Armeehauptquartiers in Frankfurt.

<sup>241</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 99.

<sup>242</sup> Es handelt sich um eine in der ganzen US-Zone schlagartig vom 21. bis 23.7.1945 durchgeführte Razzia nach untergetauchten Nationalsozialisten und versteckten Waffen (Operation Tally Hoo).

<sup>243</sup> Wilhelm Bühl, 1885–1949. Seit 1913 im Dienst der Reichsbahn, 8.6.1945–Ende Febr. 1947 (Ruhestand) Präses der Reichsbahndirektion Hannover.

meyer.<sup>244</sup> – Konflikt des Bürgermeisters Vagts mit dem amerikanischen Leiter der Polizei Haguewood, Beschwerdebrief an Governor Welker.<sup>245</sup>

[...] Die Ausgehzeit auf 22.30 Uhr (statt 23 Uhr) verkürzt; es geht dem Herbst und der abendlichen Dunkelheit entgegen. [...]

*Dienstag, 24. Juli 1945*

Im *Senat* allgemeines Kopfschütteln über die amerikanische Veranstaltung letzten Sonntag.<sup>246</sup> Ist dafür ein amerikanischer General nach Bremen gekommen? Hinter den Kulissen scheint sich aber doch Wichtiges ereignet zu haben, wovon Vagts mit Recht dem Senat nichts mitgeteilt hat. Nach den lächerlichen Vernehmungen der Senatoren hat Vagts noch etwa eine Stunde in der Fensternische eine vertrauliche Unterredung mit dem General gehabt; der General hat gefragt, wie Wolters in den Senat gekommen sei; der passe doch nicht hinein; Vagts hat erwidert, W[olters] sei uns durch Dorn aufgezwungen; darüber Erstaunen des Generals; Dorn habe dazu keine Legitimation gehabt. Ferner ist die Notwendigkeit, die Enklave staatsrechtlich festzulegen und Bremens Herrschaft durch den Regierenden Bürgermeister durchzusetzen, besprochen.<sup>247</sup> Der General will in etwa drei

<sup>244</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 39 und 41. Wilkens hatte Bollmeyer am 11.6.1945 abgelöst. Seine Daten: Martin-Heinrich Wilkens, 1888–1966. Übernahm 1917 als Urenkel des Firmengründers die Silberwarenfabrik M. H. Wilkens & Söhne, 1945–1952 Präses, 1952–1959 Vizepräses der HK Bremen; 1919–1933 Md. der DDP/DStP, 1946 als Repräsentant der HK Md. der ernannten Bürgerschaft, 1947–1951 MdBü (BDV, CDU), 1951–1952 Landesvors. der Bremer CDU und Senator für Ernährung und Landwirtschaft. Vgl. Brem. Biogr., S. 560f.

<sup>245</sup> Im Widerspruch zu Zusagen Welkers widersetzte sich Haguewood der Überführung der Polizei in deutsche Zuständigkeit; bis ein nach eingehender Prüfung einwandfreier deutscher Beamter für die Leitung gefunden sei, bestand er darauf, selbst die Funktion des Polizeipräs. wahrzunehmen. Diese Position vertrat er Anfang Aug. 1945 auch gegenüber dem neuen Bgm. Kaisen (Senatsprotokoll 3.8.1945, StAB: 3/3; vgl. Kap. 3, Anm. 6).

<sup>246</sup> Die Vernehmung der Senatoren am 22.7.1945, vgl. Eintragung unter diesem Datum.

<sup>247</sup> Wie Spittas Tagebuch sehr deutlich zeigt, waren die Verwaltungs- und Versorgungsprobleme in der Bremer Enklave ohne Klärung ihrer besatzungs- und staatsrechtlichen Struktur nicht zu lösen. Aufgrund der Erfahrungen im ersten Vierteljahr der Militärherrschaft arbeiteten amerikanische Dienststellen deshalb seit der Auflösung des gemeinsamen alliierten Hauptquartiers SHAEF im Juli 1945 verstärkt an der Reorganisation der Enklave. Zwei Konfliktfelder mußten beseitigt werden; zum einen waren drei voneinander unabhängige amerikanische Einheiten in der Enklave tätig: die Militärregierung unter Oberst Welker, die für die militärische Sicherheit verantwortliche 29. Infanterie-Division der 9. US-Armee und das Hafenkommando (Port Command). Im Sommer 1945 wurden alle amerikanischen Truppen und Dienststellen in der Enklave Welker unterstellt; doch war dieser Versuch zur Vereinheitlichung der US-Verwaltung nur von kurzer Dauer. Noch größer waren die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, daß für Teile der Enklave nach wie vor verschiedene deutsche Länder- und Provinzialverwaltungen der Britischen Zone zuständig waren, da sich an der früheren staatsrechtlichen Zugehörigkeit der amerika-

Wochen wiederkommen; bis dahin sollen Vagts und der Governor alles vorbereiten. Vagts ist hochbefriedigt über die Unterredung; hoffentlich sieht er die Entwicklung nicht zu optimistisch an.

Im *Senat* noch manches Traurige. Sehr ernst die Darlegung Kaisens über die Verwilderung und geschlechtliche Ausschweifung unserer Jugend, die Preisgabe der Mädchen an die amerikanischen Soldaten, die Zunahme der Geschlechtskrankheiten, die Notwendigkeit einer Sittenpolizei und der Beeinflussung der Jugend im Alter nach der Volksschulpflicht (Fortbildungsschulen usw.). Die Schulnot spielt dabei eine Rolle. Von 97 Volksschulgebäuden nur 22 brauchbar; von 40 Fortbildungsschulgeb[äuden] nur drei brauchbar; von 21 höheren Schulen nur zwei brauchbar.

Weitere Schwierigkeit Baustoffe zu erhalten, die mit Mühe in Gang gesetzte Hemelinger Ziegelei muß ihre Produktion restlos an die Amerikaner abliefern. – Die Papiernot verhindert das Erscheinen einer Zeitung; die Hamburg[er] Zeitung, die täglich erschien, erscheint jetzt nur noch zweimal wöchentlich.<sup>248</sup> – Das mit amerikanischer Hilfe und amerikanischen Scheinen im Ruhrgebiet besorgte Glas ist von den dortigen Engländern nicht fortgelassen; in die Enklave werde kein Glas geliefert! Damit entfällt die Möglichkeit, die Fenster unserer Krankenhäuser mit Glas zu versehen. Auch sonst Gegensätze der „Alliierten“; in Frankfurt am Main eine englisch-amerikanische Zentrale, die die *ganze* deutsche Eisenbahn lenken will; ebenso, mit demselben Anspruch, in Berlin eine von den Russen beherrschte Zentrale.<sup>249</sup>

Merkwürdige Politik der Alliierten bei den Lebensmittelpreisen; sie sind durch hohe Zuschüsse des Reichs bei Brot, Fleisch und Milch künstlich niedrig gehalten. Diese Zuschüsse – für Bremen und Oldenburg etwa 70 Millionen [RM] im Jahr (für Bremen etwa 30 Millionen RM) – sollen nach dem Willen der Alliierten aufrechterhalten bleiben, anstatt daß die Ver-

nischer Hoheit unterstellten Gebiete nichts geändert hatte. Zu der von allen für notwendig gehaltenen staatsrechtlichen Bereinigung kam es erst am 10.12.1945, allerdings in einer Weise, die den Interessen Bremens wenig diente und die Probleme nicht löste. Vgl. Kap. 2, Anm. 115.

<sup>248</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 226.

<sup>249</sup> Der Eisenbahnverkehr wurde zunächst notdürftig von den Bezirksdirektionen wieder in Gang gebracht. Eine zentrale Leitung zur Koordinierung der Aufbauarbeiten und der Fahrpläne entstand zuerst im Sommer 1945 in Frankfurt/M. für die US-Zone, einige Wochen später in Bielefeld für die britische Zone; die „Oberdirektion der Eisenbahnen für die französische Zone“ in Speyer und die „Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn“ in Berlin für die SBZ folgten. Wie der Name zeigt, beanspruchte die Berliner Zentrale am Anfang, gemäß den Vereinbarungen über die gemeinsame Verantwortung der Vier Mächte für Deutschland, für das gesamte ehemalige Reichsgebiet zuständig zu sein. Die zentralen Bahnverwaltungen der amerikanischen und der britischen Zone wurden bei der Gründung der Bi-Zone zur „Hauptverwaltung der Eisenbahnen“ mit Sitz in Bielefeld, später Offenbach und Frankfurt/M. zusammengeschlossen. (Zehn Jahre Wiederaufbau bei der Deutschen Bundesbahn 1945–1955, Darmstadt 1955, S. 113).

braucherpreise um ein Geringes (beim Brot um 1 $\frac{1}{3}$  Pfennig für das Pfund) erhöht werden. Aber wer soll diese ungesunden hohen Zuschüsse bezahlen??

Die Amerikaner wollen Probe- und Prüfungsschießen auf den Beton-Bunker in Farge veranstalten; man fürchtet, daß im weiten Umkreis Häuser beschädigt und wertvolles Material vernichtet wird. Vorstellung dagegen beschlossen. – Immer wieder ist die warmherzige, menschliche Art Kaisens eine innere Stärkung für mich, ein Trost bei solchen Erscheinungen, wie es der begabte, rastlos tätige, aber offenbar unwahre und fanatisch bolschewistische Wolters ist. Vagts' Art und Persönlichkeit wirken auf konservativ eingestellte Amerikaner, wie es der Governor und anscheinend auch General Smith ist, günstig ein; es ist keine Einbildung Vagts', daß er mit dem Governor ein Vertrauensverhältnis hat; das kommt Bremen zugute. Die Frage ist nur, wie lange der Governor Welker in Bremen bleibt und wie lange diese Richtung bei den Amerikanern die Oberhand behält. – Nawrath und Wolters haben sicher ihre Beziehungen und Vertrauensmänner bei den Amerikanern.

*Mittwoch, 25. Juli 1945*

Durch die zahlreichen Besuche von Leuten, die Gesuche und Anliegen vorbringen, brandet immer wieder das deutsche Leid in seinen verschiedensten Formen an mich heran, Flüchtlingselend, Mittellosigkeit der Familien, deren Männer noch in der Wehrmacht sind und denen nach dem Befehl der Alliierten nichts ausbezahlt werden darf, auch wenn sie Beamte sind,<sup>250</sup> Verhaftungen durch die Amerikaner, Wohnungsbeschlagnahmen usw. In den wenigsten Fällen kann man mehr helfen, als durch Anhören, Erklären der Rechtslage und allenfalls ein menschliches Wort.

Unfähigkeit des Arbeitsamtes, genügend Arbeiter für die Amerikaner zu stellen, vor allem für Bremerhaven. Der Amerikaner Boyle droht, den Senat abzusetzen, wenn er der Arbeiterfrage nicht Herr werde.<sup>251</sup> Viel liegt

<sup>250</sup> Im Hinblick auf das gemeinsame Kriegsziel: Ausrottung des Militarismus, das bei der Potsdamer Konferenz vom 17.7. bis 2.8.1945 bekräftigt wurde, war die Zahlung von Wehrmachtspensionen in allen Besatzungszonen sofort verboten worden, in der US-Zone aufgrund der Direktive JCS 1067. Kriegsversehrte und -hinterbliebene wurden auf die Allgemeine Fürsorge der Wohlfahrtsämter verwiesen, wodurch sie sehr viel niedrigere Versorgungsbezüge als früher erhielten. Die Zahlung von „Familienunterstützung“ an die Angehörigen der zur Wehrmacht eingezogenen Männer mußte eingestellt werden. (Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum, S. 162, 172).

<sup>251</sup> Spitta bezieht sich wahrscheinlich auf eine Information Apelts. Oberst Boyle hatte sich bei Apelt und Wolters über die ungenügende Stellung deutscher Arbeitskräfte insbesondere für den Hafen beschwert und mit der Verhaftung des Leiters des Arbeitsamtes und der Absetzung des Senats gedroht. Apelt beurteilte die Lage als sehr ernst und sah „bedenklichste Folgen“ für die Bremer Häfen voraus, wenn es nicht gelinge, dieses Problem zu lösen. (Ausführungen im Senat am 27.7.1945, StAB: 3/3).

sicher daran, daß im Arbeitsamt Politik getrieben wird und es Senator Wolters vor allem darauf ankommt, „Nazis“ und wohlhabende Betriebsleiter, wie Brabant und Helms, zur Handarbeit heranzuziehen, anstatt die arbeitslosen Angestellten und Arbeiter, die es zu Tausenden geben muß, zu erfassen und einzusetzen. Hier muß eingegriffen werden. – Auch im Wohnungsamt machen sich immer wieder politische Bestrebungen geltend: Rache an den „Nazis“; es wird in diesen beiden wichtigen Verwaltungsgebieten – Arbeitseinsatz und Wohnung – nicht rein fachlich gearbeitet.

[...]

*Donnerstag, 26. Juli 1945*

[...]

Nachmittags längere Sitzung mit Lahusen und dem vorläufigen Kammerausschuß über die Zulassung der Richter und Staatsanwälte und über die Gesuche auswärtiger Juristen (über 20), sowie über die Vereinheitlichung der Justiz in der Enklave und andere Justizfragen. Wertvolle Hilfe des Captain Guthrie, der uns die Namen der Richter und Staatsanwälte angegeben hat, die die erneute Prüfung bestanden haben und zur Zulassung empfohlen sind. Vertraulich haben wir auch erfahren, welche Nummer die Richter bekommen haben; die Amerikaner geben über die politische Zuverlässigkeit die Nummern eins bis drei, wobei Nummer eins die beste Zensur ist, wie in der Schule!<sup>252</sup> Die Zugehörigkeit zur Partei ergibt höchstens Nummer zwei, die Zugehörigkeit zur SA oder gar die Innehabung eines Amtes in der Partei oder eines Dienstgrades in der SA die Nummer drei usw.

[...]

*Freitag, 27. Juli 1945*

Im Senat wieder ernste Erörterung der Arbeiterfrage, die für den ganzen Senat bedrohlich werden kann, ja, für Bremen überhaupt, da die Amerika-

<sup>252</sup> Aufgrund der Direktive vom 7.7.1945 (vgl. Kap. 2, Anm. 218) wurden auch die bereits zugelassenen Beamten und Richter anhand eines neuen sechseitigen Fragebogens mit 131 Fragen noch einmal überprüft. Der für diese Aufgabe besonders ausgebildete Offizier der Entnazifizierungsabteilung (Special Branch) teilte dem für den Arbeitsbereich des Überprüften (z.B. Justiz, Finanzen usw.) zuständigen Offizier sein Ergebnis in der Weise mit, daß er den Betroffenen einer von fünf Kategorien zuordnete: 1. Entlassung zwingend notwendig, 2. Entlassung empfohlen, 3. Entscheidung freigestellt, 4. keine Einwände gegen eine Beschäftigung, 5. Beschäftigung empfohlen, weil Beweise für Widerstand gegen den Nationalsozialismus vorliegen. (Niethammer, Entnazifizierung, S. 152). Die beiden Offiziere des Bremer Special Branch trafen am 26.7. und 1.8.1945 ein (Functional History, S. 79).

ner ihre Transporte über andere Häfen, vor allem über Hamburg, leiten können, wo Arbeitslosigkeit herrscht.<sup>253</sup>

Dabei bessern sich die Hafen- und Fahrwasserverhältnisse; die Weser im August minenfrei; dann Schifffahrt nach den Stadthäfen.

Im Eisenbahnwesen Hamburg ungünstiger als Bremen; südlich der Elbe fährt von Hamburg aus kein Zug, weder Richtung Bremen noch Richtung Hannover.<sup>254</sup>

Die Bücher und Grundbücher bei Grasleben vielleicht mit Lastwagen durch Hilfe der Amerikaner zu retten, dagegen die in Bernburg – also in russischer Hand – liegenden Werte wohl verloren, ebenso die Dürersammlung der Kunsthalle östlich der Elbe.<sup>255</sup>

[...]

*Samstag, 28. Juli 1945*

[...]

Beim Bürgermeister Gesetzentwurf über Beamtenentlassung<sup>256</sup> mit Apelt und Nolting-Hauff beraten.

Immer weiter kommen Flüchtlinge aus den russischen Gebieten; heute ein Oberlandesgerichtsrat (N.-Berlin), der Amtsrichter werden möchte. Was viele Menschen, besonders Frauen auf der Flucht erdulden mußten, ist unsagbar. Das Furchtbarste die geschlechtlichen Vergewaltigungen. In unserem näheren Bekanntenkreis allein zwei solche Fälle; davon ist die eine Frau in einem Zuge von sieben Russen hintereinander vergewaltigt [worden].

Nachmittags seit langer Zeit wieder *Senatoren-Tee*,<sup>257</sup> zum ersten Mal seit der Eroberung Bremens und der Zerstörung der Häuser oder Wohnungen von uns dreien. Apelt und ich können uns nur noch am Sonnabend da-

<sup>253</sup> In der Senatsdebatte wurden die Vorwürfe der Amerikaner als teilweise berechtigt anerkannt. Wolters kündigte an, die Arbeitskräfte mit Hilfe eines neuen Fragebogens besser erfassen zu wollen. Kaisen schlug vor, die Bevölkerung mit einem Flugblatt zum Arbeitseinsatz im Hafen aufzurufen und deutlich zu machen, daß es dabei um die Zukunft Bremens und jedes einzelnen gehe; wenn der Appell nichts nütze, sei Zwang unvermeidlich. Der Senat stimmte überein, daß das Arbeitskräfteproblem unbedingt gelöst werden müsse, da die Amerikaner sonst Bremen als Nachschubhafen und die Enklave aufgeben würden und eine unwiederbringliche Chance verlorengehe. (Senatsprotokoll 27.7.1945, StAB: 3/3). Ein Aufruf Wolters' mehr „Arbeitsdisziplin“ zu zeigen und der Aufforderung zum Arbeitseinsatz bei der Militärregierung nachzukommen, erschien am 28.7.1945 im Weser-Boten, Nr. 6. Außerdem ordnete er an, daß in der Zeit vom 14. bis 18.8. bei Ausgabe der Lebensmittelkarten sämtliche Arbeitskarten überprüft werden sollten (Weser-Bote Nr. 8 v. 11.8.1945).

<sup>254</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 165.

<sup>255</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 129.

<sup>256</sup> Spitta erstrebte eine Versorgungsregelung für die im Zuge der Entnazifizierung entlassenen Beamten. Sie wurde von der Militärregierung aber nicht zugelassen.

<sup>257</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 14.

für freimachen. Nebelthau nahm an unseren Berichten über unsere Arbeit und unser Verhältnis zu den Amerikanern lebhaften Anteil. Apelt erzählte auch von den zunehmenden Erschwerungen in Handel und Gewerbe durch die Amerikaner und Engländer, besonders auch durch die Grenzsperrern der Briten (für alle größere Ausfuhr aus britischem Gebiete nach der Enklave Genehmigung des Headquarter[s] in Frankfurt am Main erforderlich, mit Gutachten der Handelskammer und großem Haufen von Papier). Auch das ernste Kapitel „Wolters“ wurde behandelt; sein Ausspruch: „Ich bin von Beruf Revolutionär.“

*Sonntag, 29. Juli 1945*

Mutter hat seit Freitag eine Tagung der Christengemeinschaft,<sup>258</sup> abends mit Aufführung eines Spiels durch die Jugend der Gemeinde usw. Ihr ist es offenbar ein starkes Gegengewicht gegen den Jammer der Gegenwart, daß die Christengemeinschaft wieder erlaubt ist und vor allem die Menschenweihehandlung wieder stattfinden darf.

Mich belasten Sorgen wegen unserer gestrigen Beschlüsse über die Beamtenentlassungen; Fassung des einen Entlassungsgrundes zu dehnbar und zu Mißbrauch verführend. Daher bei Apelt; Brief an ihn hinterlassen, da er abwesend. Später Richard Duckwitz wegen Aufsichtsrat der Nord-Kredit bei mir. So ist auch am Sonntag nicht an Ruhe zu denken.

Anton Kippenberg nach Marburg übergesiedelt, hat dorthin seine Goethe-Sammlung gerettet. Die Alliierten haben vier Verlage zugelassen: Die Insel, Brockhaus, Reclam und Kiepenheuer.<sup>259</sup> [...]

<sup>258</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 20.

<sup>259</sup> Die genannten Verlage erhielten ihre Lizenzen erst später. Die drei Leipziger Unternehmen: Insel, Brockhaus und Reclam, waren in der zweiten Jahreshälfte 1943 bei Bombenangriffen schwer beschädigt worden. Im Juni 1945 siedelten Teile der Leipziger Verlage, darunter Insel und Brockhaus, mit Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht kurz vor der Übergabe Sachsens und Thüringens an die sowjetische Militäradministration nach Wiesbaden über. Reclam hatte schon im Frühjahr 1944 einen Teil des Verlages nach Passau ausgelagert. Die Leipziger Stammhäuser von Reclam, Brockhaus, Insel erhielten ihre Lizenzen im März/April 1946. Brockhaus-Wiesbaden erhielt die US-Lizenz im April 1946 und publizierte im August als erstes Buch Friedrich Meineckes „Die deutsche Katastrophe“. Der Reclam-Verlag (West) wurde am 1.4.1947 in Stuttgart mit amerikanischer Lizenz errichtet. Der Verlag Kiepenheuer & Witsch hatte 1944 auf Anordnung der Reichsschrifttumskammer die Arbeit einstellen müssen. Er wurde 1946 in Weimar wiedergegründet, nahm 1948 auch in Hagen die Produktion auf und trennte ein Jahr später den westlichen Zweig von dem Weimarer Haus. 1950 siedelte dieser Teil des Verlages nach Köln über. Vgl. 150 Jahre Reclam, Stuttgart 1978, S. 168–199; Arthur Hübscher, 150 Jahre F.A. Brockhaus. 1805–1955, Wiesbaden 1955, S. 250–271; 50 Jahre Insel-Bücherei, Frankfurt/M. 1962, S. 12–16; 40 Jahre Kiepenheuer & Witsch 1949–1989, Köln 1989. Spittas Eintragung bezieht sich wahrscheinlich auf die von der US-Militärregierung geförderte Übersiedlung von Teilen der Leipziger Verlage in den Westen.



*Montag, 30. Juli 1945*

Einigung zwischen Apelt, Nolting-Hauff und mir über andere Fassung des Beamten-Entlassungsgesetzes; Nolting-Hauff trägt die Sache Vagts vor; dieser lehnt ab.<sup>260</sup> Mit Oberstaatsanwalt Dr. Bollinger Strafsachen und Gefängniswesen besprochen, Behandlung politischer Sachen usw. Die bevorstehenden Strafprozesse wegen der Judenmorde vom November 1938.<sup>261</sup> Eine Groteske: Oberregierungsrat Köster sitzt im englischen Lager von Westertimke, er kommt vielleicht als Mitschuldiger bei den Judenmorden in Frage und soll dort von der Kriminalpolizei vernommen werden;<sup>262</sup> die Engländer lassen das nicht zu! [...]

*Dienstag, 31. Juli 1945*

[...]

*Krisis in Beamtenschaft und Senat. Verhaftung Zieses und Schramms vom Arbeitsamt.*<sup>263</sup> *Sofortige Entlassung von Dr. Kurz, Wortmann, Groscurth, Dr. Spreine, Dehning, Hildebrandt, Oberbaurat Kummer, Baurat Wolf.* Angedroht und noch in Prüfung die Entlassung von Behrens, Hagens, Platz, Fricke, Scholvin.<sup>264</sup> Alle innerlich keine Nationalsozialisten; Groscurth, Behrens, Hagens stets heftige Gegner. Ein schwerer Schlag für die Verwaltung. Längere Erörterung im Senat in Abwesenheit der Beamten. Vagts will die Lage dem Oberst Welker darlegen.

Nach der Senatssitzung Vagts, Apelt und ich. Vagts möchte zurücktreten, ist am Ende seines Mutes und der Kraft, diese Schläge zu tragen. Apelt und ich bitten Vagts zu bleiben, da nach ihm schwere Erschütterung des Senats und vielleicht Chaos und Militärdiktatur. Vagts sagt, Welker wolle morgen auch die Frage Wolters mit ihm besprechen. Er entschließt sich zu bleiben. Nachmittags Verhaftung von Kurz (er hat im Fragebogen nicht an-

<sup>260</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 256.

<sup>261</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 18.

<sup>262</sup> Vgl. ebenda.

<sup>263</sup> Wilhelm Ziese, 1877–1953, ORR, Direktor des Landesarbeitsamts (Enclave Labor Office) und Robert Schramm, geb. 1888, Verwaltungsamtmann, Direktor des Arbeitsamts Bremen (Bremen Labor Office); beide wurden am 30.7.1945 wegen ungenügender Stellung von Arbeitskräften von den Amerikanern verhaftet, nach sechswöchiger Haft im Nov. 1945 in einem Prozeß freigesprochen, erhielten ihre Stellen aber nicht zurück. In der Senatssitzung am 27.7. hatte Vagts bezweifelt, ob Ziese aufgrund seines Alters – er war 68 Jahre alt – seiner Aufgabe gewachsen sei; Wolters hatte ihn dagegen verteidigt (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

<sup>264</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 151. Spittas Notizen decken sich mit den Angaben im Senatsprotokoll vom 31.7.1945 und dem Geheimen OSS-Bericht vom 18.8.1945 (National Archives, RG 260, OMGUS, AG 1945–46; Box 15, Folder 2, Kopien im IfZ). Die beiden noch nicht genannten Beamten waren: Karl Kummer, 1884–1966, Oberbaurat, bis 1945 Leiter des Amts für Wohnung und Siedlung, 1945 entlassen, 1947 in den Ruhestand versetzt und Dr. Gustav Dehning, 1882–1970. 1923–1926 Schulrat in Rendsburg, 1927–1945 Oberschulrat in Bremen.

gegeben, daß er als förderndes Mitglied Beiträge zur SA und SS bezahlt habe, auch Patenschaft einer Standarte);<sup>265</sup> Kurz bei mir. Seine Frau wird durch Wortmann benachrichtigt.

Kaisen sagt mir, daß *Captain Bard ihn im Auftrage von Welker gefragt habe, ob er bereit sei, das Amt des Bürgermeisters zu übernehmen*. Er hat sich schließlich bereit erklärt, wenn die Amerikaner keinen Besseren fänden und unter bestimmten Bedingungen (alte Art des Senats mit zwei Bürgermeistern,<sup>266</sup> ich der zweite Bürgermeister; feste Linie in den Beamtenentlassungen und Vertrauen; Lösung der Polizeifrage;<sup>267</sup> Hilfe für Bremen wirtschaftlich und finanziell usw.).

Apelt und ich benachrichtigen Vagts. Hat Welker wirklich die Anfrage bei Kaisen veranlaßt? Widerspruch zu Welkers bisherigem Verhalten, zu seiner Versicherung: „Solange ich Governor bleibe, bleiben Sie Bürgermeister“, auch zu seiner angekündigten Absicht, das Verhalten und Verbleiben von Wolters im Senat mit Vagts zu besprechen. Gerücht über Kandidatur von Dr. Ahlers.<sup>268</sup> Steckt Rosenberg<sup>269</sup> hinter dem Treiben? Die Unterredung zwischen Welker und Vagts muß morgen die Klärung und Entscheidung bringen.

Die Militär-Regierung jetzt unmittelbar dem Hauptquartier in Frankfurt unterstellt.<sup>270</sup>

Vagts sehnt sich nach seiner Musik und seinen geliebten griechischen Dichtern zurück, die er im Original liest. Apelt ist ganz amtsmüde, leidet

<sup>265</sup> Da es den Amerikanern gelungen war, das Hauptarchiv der NSDAP mit ihrer zentralen Mitgliederkartei sowie Listen und Karteien der Nebenorganisationen zu beschlagnahmen, konnten sie anhand dieser im Berlin Document Center aufbewahrten Unterlagen die Fragebogen genau überprüfen.

<sup>266</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 114.

<sup>267</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 199.

<sup>268</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 93.

<sup>269</sup> Dieser für Pressefragen zuständige Offizier des US-Hauptquartiers in Frankfurt/M. unterhielt im Gegensatz zu Oberst Welker gute Beziehungen zur KGF, vgl. Kap. 2, Anm. 152. Die Dienststelle Clays, USGCC, hatte am 15.7. mit der Überprüfung der amerikanischen Personalpolitik in Bremen begonnen und dabei auch das Hauptquartier eingeschaltet (National Archives, RG 260, OMGUS, AG 1945–46, Box 15, Folder 2, Kopien im IfZ). Um Beanstandungen zuvor zu kommen, wurden sowohl Vagts als auch die genannten hohen Beamten entlassen.

<sup>270</sup> Zwischen Mai und Juli 1945 ging die Militärherrschaft, die zunächst von den Truppenkommandos ausgeübt worden war, überall in der US-Zone auf die regionalen Militärregierungen über. Zum Abschluß dieser Phase und im Hinblick auf die bevorstehende Einrichtung des Kontrollrats wurde am 14.7.1945 das gemeinsame anglo-amerikanische Hauptquartier SHAEF aufgelöst und in der US-Zone durch das zum 1.7. neugebildete amerikanische Hauptquartier USFET in Frankfurt/M. ersetzt. Seine Abteilung für Zivilangelegenheiten (G5) unter General Walter Bedell Smith verstand sich als oberste Spitze der Militärregierungen in der US-Zone. Es geriet dabei in Konkurrenz zu der Dienststelle des Stellvertretenden Militärgouverneurs, General Lucius D. Clay, in Berlin, der die USA im Kontrollrat vertreten und ihre Besatzungspolitik mit den Maßnahmen der anderen drei Mächte koordinieren sollte. (Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 80–82).

auch an seiner Schwerhörigkeit und, wie er sagt, an seinem schlechten Englisch. Ich selbst möchte das wenige, das mir noch an Leben vergönnt ist, in Ruhe und Natur zubringen und meine Aufzeichnungen über Friedel vollenden, in denen ich im Stillen, besonders abends vor dem meist späten Einschlafen, lebe. Wir werden aber wohl weiter umgetrieben werden.

Abends zum Empfang Walter Liscos<sup>271</sup> bis gegen Mitternacht beim Wein. Die brennenden Fragen der Zeit besprochen; Amerikanertum. Sind darin irgendwelche zukunftssträchtigen Ideen? Bolschewismus und Kommunismus; ist ein deutscher Kommunismus ohne die Entartungserscheinungen des russischen Bolschewismus möglich? Ist der Kommunismus in Europa zu vermeiden?

[...]

<sup>271</sup> Dr. Walter Lisco, 1893–1951. Jurist, Schwager Spittas („Onkel Walter“), 1923–1935 juristischer Berater in größeren Industrieunternehmen, 1935 RA und Notar in Berlin, 1941 zur Wehrmacht einberufen, am 31.7.1945 Rückkehr aus britischer Gefangenschaft in Hannover, 1945–1946 juristischer Berater der Bremer HK in Entnazifizierungsfragen, ab 1.7.1947 Oberlandesgerichtsrat am HOLG Bremen, im Okt. 1950 zum Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe gewählt.

### 3. Zweiter Bürgermeister im ernannten Senat unter Kaisen

#### 1. August 1945 bis 29. Oktober 1946

*Mittwoch, 1. August 1945*

[...]

Kaisen besucht Vagts und teilt ihm die Anfrage Welkers mit.

Nachmittags 3 Uhr Vagts bei Welker. *Welker sagt ihm, die politische Konstellation ließe nicht zu, daß ein so hohes Amt von einem Herrn innegehabt werde, der jahrelang Vertreter der nationalsozialistischen Regierung in Berlin gewesen sei.* Das war auch vor drei Monaten bekannt, als Vagts berufen wurde! Es ist nur ein fadenscheiniger Vorwand dafür, daß die Antifaschisten-Liga und ihre Freunde im amerikanischen Hauptquartier in Frankfurt über die konservativen und bürgerlichen Elemente, zu denen auch der Governor gehört, gesiegt haben. Steht auch dahinter der russische Einfluß? – Amerikanisch: Angebot des Wagens an Vagts; deutsch: die Ablehnung Vagts’.

Um 4 Uhr Kaisen bei Welker. *Kaisens Bedingungen von Welker angenommen*, darunter die Schaffung einer zweiten Bürgermeisterstelle, die ich erhalten soll, die Regelung der Polizeifrage, der Frage der Beamtenentlassungen usw. Kaisen hat betont, er werde immer offen seine Meinung sagen und müsse Vertrauen haben. Welker wünscht, daß Kaisen eine Dienstwohnung in der Kohlhöckerstraße bezöge; Kaisen lehnt ab, wie Vagts das angebotene Auto abgelehnt hat. Kaisen spricht immer sehr eindrucksvoll, weil alles bei ihm aus einem heißen Herzen und aus warmer Anteilnahme an den deutschen Mitmenschen fließt; er hat eine Wucht der Persönlichkeit, die trotz ihrer Ungehobeltheit und Grobheit nicht ohne Eindruck auf die Amerikaner sein wird.

5½ Uhr Apelt und ich bei Vagts. Dank und Abschied. Kaisen kommt darauf zur Aussprache mit Vagts und Übergabe der Geschäfte. [...] Später Kaisen, Apelt und ich. Kaisen hat als neuen Senator den Kaufmann Peters [im Auge], er soll dem Philosophen Nelson und dem früheren „ISK“ nahegestanden haben.<sup>1</sup> Kaisen möchte ihm Inneres und Polizei geben. Wolters

<sup>1</sup> Peters gehörte wahrscheinlich der Hanseatischen Aufbau-Gemeinschaft an (vgl. Kap. 2, Anm. 89), sonst war nichts zu ermitteln. Der ISK (Internationale Sozialistische Kampfbund) war eine elitäre linkssozialistische Gruppe, die 1926 von dem Göttinger Philosophen und Lebensreformer Leonard Nelson (1882–1927) gegründet worden war und sich verhältnismäßig stark am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligte. Die Bremer Gruppe bestand bis 1938 (vgl. Brandt, Antifaschismus, S. 40–41).

solle mehr seine Sachen bearbeiten und weniger Politik machen. Apelt und ich haben zu Kaisens Persönlichkeit größtes Vertrauen; die Frage ist nur: kann er dem Druck von links – von Wolters, Nawrath usw. – standhalten? Mir sagt Kaisen, er habe keinen Sinn für Juristerei und Paragraphen; ich solle ihm helfen und eng mit ihm zusammenarbeiten. Es werde ihm schwer, dies Amt zu übernehmen; wenn er, wie heute, seinen Roggen eingefahren habe und ihn dresche, habe er das Bewußtsein, etwas Nützliches getan zu haben; das habe er nicht, wenn er aus seinen Amtsgeschäften nach Hause gehe.

Apelt und ich sehen die Steigerung der Schwierigkeiten und die Zunahme der Belastung. Was wird aus der Behörde für Kunst, Wissenschaft und Kirchen? Fällt sie Nawrath zu? Wir lange können wir diese Entwicklung noch mitmachen und verantworten? Um Bremens willen wollen wir noch einmal den Versuch machen, Staatsschiff und Wirtschaft aufrecht zu erhalten und in dem kommenden schweren Winter die Bevölkerung vor Hunger und Erfrieren zu bewahren. Ob es uns gelingen wird, steht dahin.

#### *Donnerstag, 2. August 1945*

Nolting-Hauff amtsmüde; legt mir seine Bedenken dar; fürchtet parteipolitischen Kurs usw. Ich suche seine Bedenken zu zerstreuen, schildere Kaisens Persönlichkeit und mein Vertrauen, daß Kaisen nichts wolle, als die furchtbare Not unseres Volkes etwas zu wenden.

Mit Knittermeyer die allgemeine Lage erörtert, auch die Frage der Leitung der Behörde für Kunst und Wissenschaft. Er hält Nawrath für unvermeidlich und erzählt, daß Nawrath schon vorigen Donnerstag gesagt habe, Kurz werde verhaftet werden. Knittermeyers Aussprachen mit englischen Offizieren in Delmenhorst. Einrichtung einer militärwissenschaftlichen Bibliothek in Delmenhorst. Gemeinsame Gedanken: Die Welt muß vor dem russischen und amerikanischen Materialismus bewahrt werden; das kann nur geschehen durch die geistigen Kräfte Englands, Frankreichs und Deutschlands. Knittermeyer wird über dies Thema Sonnabend einen Vortrag in englischer Sprache im Kreise der englischen Offiziere halten. Ein Keim für eine hoffnungsvolle Entwicklung, vielleicht auch ein Symptom; aber noch walten Mächte, die solche Keime leicht ersticken können – nachmittags nochmals Knittermeyer wegen der Behörde für Kunst und Wissenschaft (Dr. Schwartz? Dr. Budde?).<sup>2</sup> – Mit Bollinger Strafrechtsfragen; sein Hamburger Besuch.

<sup>2</sup> Dr. Emil Schwartz, 1888–1950. Historiker, Gymnasiallehrer, 1933 aus „rassischen“ Gründen aus dem Bremer Schuldienst entlassen, Aug. 1945 Wiedereinstellung, Oberstudienrat, Leiter des Alten Gymnasiums, 1946 stellvertr. Direktor.

Dr. phil. Rudolf Budde, geb. 1888. Studienrat, 1929 Studiendirektor an der Realschule in der Bremer Altstadt, 1935–1954 Oberstudiendirektor, Leiter der Oberschule an der Hamburger Straße.

Neue Hemmungen in der Justizvereinheitlichung innerhalb der Enklave. Allgemeiner Plan (für das gesamtamerikanische Gebiet oder für das amerikanisch-britische oder für das amerikanisch-britisch-russische Gebiet?) über die Einrichtung von Oberlandesgerichten. Änderung in der Organisation der Militär-Regierung; besondere Abteilung für die Enklave (die Gesamt-enklave oder die übrige Enklave?). Guthrie in der Justizabteilung der Enklave (Contrescarpe).<sup>3</sup>

[...]

*Freitag, 3. August 1945*

In *Senatssitzung* berichtet Kaisen.<sup>4</sup> Ich sage im Auftrage Vagts' Worte des Abschieds und Dankes und füge den anerkennenden Worten Kaisens über Vagts noch einiges hinzu. – Auch zu Kaisen hat sich Welker ebenso über den Grund der Entlassung Vagts' geäußert wie zu Vagts. Um so empörender, daß die Amerikaner jetzt in die Zeitung setzen wollen, Vagts sei entlassen, da er den Befehlen der Amerikaner nicht gehorcht habe; dann soll die Arbeiterfrage und die Frage der Beamtenentlassungen erwähnt werden.<sup>5</sup> Also: der für den Arbeitseinsatz verantwortliche Senator Wolters bleibt, der über ihm stehende Bürgermeister wird wegen des Versagens von Wolters durch die Amerikaner abgesetzt, und die Wolters untergeordneten Beamten Ziese und Schramm werden verhaftet! Kaisen hat auch die leidige Polizeifrage zu klären gesucht; Haguewood hat ihm – im Gegensatz zu den früheren Erklärungen Welkers – gesagt, die Polizei sei und bleibe bis auf weiteres in amerikanischer Hand; wenn für Polizei und Feuerpolizei

<sup>3</sup> Guthrie war im Zuge der Reorganisation der Militärregierung Anfang Aug. Leiter der neugeschaffenen Justizabteilung für die Enklave geworden; vgl. Kap. 2, Anm. 108

<sup>4</sup> Kaisen berichtete zunächst über seine der Ernennung vorangegangenen Verhandlungen mit Captain Bard. Er hatte vor allem gegen die umfangreichen Beamtenentlassungen Einspruch erhoben, durch die „der Verwaltungsapparat an einen Punkt gelangt [sei], wo sein ordnungsgemäßes Funktionieren nicht mehr gewährleistet sei, woraus auch der Militärregierung früher oder später ernste Schwierigkeiten entstehen müßten.“ Die Militärregierung müsse so viel Vertrauen zum Senat haben, daß sie seinen Wunsch, einen bestimmten Beamten zu behalten, als gerechtfertigt anerkenne. Bei Oberst Welker erreichte Kaisen, daß er wieder den alten Titel „Präsident des Senats“ erhielt; seine Alleinverantwortlichkeit gegenüber der Militärregierung blieb aber bestehen. Bezüglich der Beamtenentlassungen erklärte Welker, daß er gegenüber den Anordnungen aus Frankfurt selbst machtlos sei. Er sagte jedoch zu, daß von Captain Bard in Verbindung mit dem Personalreferenten des Senats „baldmöglichst Richtlinien für den Reinigungsprozeß ausgearbeitet werden“ sollten. (Senatsprotokoll 3.8.1945, StAB: 3/3).

<sup>5</sup> In der kurzen Mitteilung im Weser-Boten Nr. 7 v. 4.8.1945 wurde die Ablösung Vagts' durch Kaisen mit der „Nichtbefolgung der Anordnungen der amerikanischen Behörden“ begründet. Zwar habe Vagts 1800 Stadtangestellte wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP entlassen, es seien aber viele Nationalsozialisten in höheren Stellen geblieben. Es wurden dann die Beamtenentlassungen vom 31.7. und die Verhaftungen von Dr. Kurz, Ziese und Schramm (vgl. Kap. 2, Anm. 263) erwähnt.

hervorragende Leiter von uns gestellt würden und diese 48 Stunden von amerikanischen erfahrenen Polizeioffizieren geprüft seien, könne die Polizei in deutsche Hände gelegt werden, einstweilen sei er Polizeipräsident.<sup>6</sup>

Hillmanns Vortrag über die trübe Lage des Baustoffmarktes. Die Heme-linger Ziegelei arbeitet, ihre gesamte Produktion von den Amerikanern beschlagnahmt, ebenso die Zementerzeugung der Norddeutschen Hütte. Das im Hafen liegende Holz vom Port Command gesperrt. Jetzt soll Holz aus Bayern anrollen. Ehe es nicht in Bremen ist, keine Sicherheit, daß wir es bekommen. Ein für Bremen bestimmter Kohlenzug ist in Nienburg von englischen Offizieren angehalten und für das englische Gebiet verwendet [worden]. Ebenso eine Ladung Säcke, die der Rolandmühle gehören. So kämpfen die Engländer und Amerikaner nach Raubritterart mit modernen Mitteln auf Kosten Bremens miteinander. Das Ganze ein Hohn auf den in Potsdam verkündeten Grundsatz der Wirtschaftseinheit Deutschlands.<sup>7</sup>

Das heute veröffentlichte Potsdamer Communiqué bringt keine Überraschungen; es ist für Deutschland nahezu vernichtend; Polen wie erwartet. Der Osten für das deutsche Volk verloren; die Deutschen Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei werden in das Restdeutschland abgeschoben, usw. usw.<sup>8</sup> Stärkste Einschränkung der deutschen Industrie; Deutschland soll vorwiegend Landwirtschaftsstaat werden.<sup>9</sup> Wie sich unser Volk, zusammengedrängt auf engstem Raum, ernähren soll, ist fraglich. Es heißt in der Erklärung: „Der deutsche Lebensstandard darf nicht höher sein als der der übrigen europäischen Länder.“<sup>10</sup> Dafür ist auf lange, lange Zeit keine Aussicht. Inmitten aller Versklavungsbestimmungen steht der Satz: „In Deutschland herrscht Rede-, Presse- und Religionsfreiheit.“<sup>11</sup> Von diesen drei Freiheiten ist nur die Religionsfreiheit tatsächlich vorhanden. Das Ganze kein Dokument der Weisheit und Mäßigung, keine Grundlage für eine dauernde Ordnung der Welt oder Europas.

<sup>6</sup> Spitta faßt hier den Bericht Kaisens über seine Verhandlungen mit Welker und Haguewood zusammen. Kaisen kam aufgrund dieser Besprechungen zu dem Ergebnis, daß „der Senat sich mit weiteren Plänen einer Neuorganisation der Polizei z.Zt. nicht beschäftigen“ könne. (Senatsprotokoll 3.8.1945, StAB: 3/3).

<sup>7</sup> Das gemeinsame Communiqué über die Konferenz der drei Siegermächte in Potsdam (bekannt unter der Bezeichnung „Potsdamer Abkommen“) wurde am 2.8.1945 in den drei Hauptstädten veröffentlicht. Der Text mit der offiziellen deutschen Übersetzung ist nachzulesen im Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, mit anderen Dokumenten auch in: Das Potsdamer Abkommen, Berlin (DDR) 1975, S. 215–232. Punkt 14 lautete: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten.“

<sup>8</sup> Ebenda, Abschnitt IX und XIII.

<sup>9</sup> Ebenda, Punkt III/13: „Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen.“

<sup>10</sup> Ebenda, Punkt III/15b.

<sup>11</sup> Ebenda, Punkt III/10. Die Bewilligung dieser Freiheiten ist durch den ausdrücklichen Hinweis auf die Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit eingeschränkt.

Nachmittags mit Kaisen drei amerikanischen Offizieren aus Washington bzw. Frankfurt *Namen von bedeutenden Männern für die deutsche Zentralverwaltung* aufgegeben.<sup>12</sup> Liste der Amerikaner durchgesprochen. Viele alte Ladenhüter aus der demokratischen Zeit (Braun, Löbe usw.)<sup>13</sup>; eine nicht unerhebliche Zahl von Kommunisten auf der Liste. Die Amerikaner angenehm in Worten und Umgang. Sie übermittelten mir Grüße von Prof. Dorn aus den Vereinigten Staaten; Dorn also nicht in Deutschland oder gar Bremen, wie die Antifaschisten-Liga mir gegenüber behauptete! – Erwähnung der Christlich-Demokratischen Partei (General Seydlitz).<sup>14</sup> [...]

*Samstag, 4. August 1945*

Gehetzter Vormittag. Besprechungen mit Wenhold und Dr. H[anns] Meyer über Vorschläge für Amerikaner. Um 11 Uhr mit den Amerikanern die Vorschläge durchgegangen. Später mit Dr. Ahlers dieselbe Sache. Einerseits wichtig, daß Bremer in der neuen Zentralverwaltung sind, andererseits dürfen wir uns in Bremen nicht der wenigen guten Kräfte, die nicht Pg. waren, berauben. Die Liste der Amerikaner überaltert, die jüngeren Leute waren eben meist Pg.

Besuch Nawraths, der sein Ziel erreicht hat, Kurz zu stürzen und sein Nachfolger in Kunst und Wissenschaft zu werden.<sup>15</sup> Die Kirchen soll ich

<sup>12</sup> In Punkt III/9 des Potsdamer Abkommens war vorgesehen, daß man bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung zulassen, aber „einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen“ mit Staatssekretären an der Spitze errichten wolle, und zwar für Finanzen, Verkehr, Außenhandel und Industrie.

<sup>13</sup> Otto Braun (SPD), 1872–1955, war von 1920 bis 1933 mit zwei kurzen Unterbrechungen preußischer Ministerpräs.; Paul Löbe (SPD), 1875–1967, war von 1920–1924 und 1925–1932 Reichstagspräs. Otto Braun lebte 1945 im Exil in der Schweiz, Löbe hatte die NS-Herrschaft in Deutschland überlebt (1933 und 1944 verhaftet).

<sup>14</sup> Walther von Seydlitz-Kurzbach, 1888–1976. Berufsoffizier, 1930 Reichswehrministerium, 1939 Generalmajor, stellte als Führer eines Armeekorps in Stalingrad am 25.1.1943 als einer der ersten den sinnlosen Kampf ein, in russischer Kriegsgefangenschaft Vors. des Bundes deutscher Offiziere und Vizepräs. des Nationalkomitees Freies Deutschland, vom Reichskriegsgericht 1944 in Abwesenheit zum Tode verurteilt, nach seiner Weigerung, sich dem kommunistischen Aufbau in der SBZ zur Verfügung zu stellen, 1950 auch in der Sowjetunion zum Tode verurteilt, zu 25 Jahren Haft begnadigt und 1955 in die Bundesrepublik entlassen. – Nachdem die Sowjetunion am 10.6.1945 als erste Besatzungsmacht in ihrer Zone die Bildung politischer Parteien zugelassen hatte und daraufhin am 26.6. in Berlin die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) gegründet worden war, entstanden in verschiedenen Regionen, insbesondere in der SBZ, aber auch in Rheinland-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen, Bestrebungen zur Bildung christlicher Sammelparteien. Warum in diesem Zusammenhang der Name des noch in der Sowjetunion inhaftierten Generals genannt wurde, ließ sich nicht aufklären.

<sup>15</sup> Am 3.8.1945 stimmte der Senat zu, Nawrath zum ORR und an Stelle von Landesschulrat Dr. Kurz zum Leiter der Behörde für Kunst und Wissenschaft zu ernennen. Sie sollte dem Senator für Schulen und Erziehung, Paulmann, unterstellt werden, Spitta die abgetrennten kirchlichen Angelegenheiten mit übernehmen. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3). Über Nawrath vgl. Kap. 2, Anm. 53.



übernehmen. Ich weise Nawrath darauf hin, daß seine wichtigste Aufgabe sei, die Schätze der Staatsbibliothek und des Archivs aus russischer Hand in Bernburg nach Bremen zurückzubringen und von den Amerikanern Sonderbewilligungen an Baustoffen für die Wiederherstellung von Bibliothek und Museen zu erhalten.<sup>16</sup> Es kommt darauf an, daß Nawrath praktisch in seinem Amte arbeitet und durch seine Begabung und seine guten Beziehungen zu den Amerikanern und Russen sachlich erfolgreich ist. Es ist freilich kaum zu hoffen, daß er damit von seinem politischen Wirken abläßt.

*Besuch des Oberpräsidenten Hagemann von Hannover*,<sup>17</sup> er meint, die Enklave solle den Amerikanern nur die Benutzung der Unterweserhäfen sichern; im übrigen könnten Justiz und Verwaltung unverändert hannoversch und oldenburgisch bleiben. Ich erläutere ihm die Justizpläne, die den Interessen der Bevölkerung entsprächen; alles weitere werde von den Amerikanern abhängen, ob sie einen Protektorat-Staat aus der Enklave machen wollten oder nur die Absicht hätten, sich die Häfen zu sichern.

[...]

*Sonntag, 5. August 1945*

[...]

Nach dem Abendessen Apelts. – Er erzählt, daß Kaisen zwei Stunden bei Vagts war, um die Lage mit ihm zu besprechen; Vagts habe gefunden, daß Kaisen über das Treiben von Wolters und Genossen unterrichtet sei und sie richtig beurteile.

*Montag, 6. August 1945*

[...]

Mit Kaisen den Entwurf seiner Ansprache oder Proklamation besprochen; er nimmt meine Änderungen und Zusätze an.<sup>18</sup>

Juristischer „Husarenritt“ nach Brake und Elsfleth vorbereitet.<sup>19</sup> Guthrie, der die Justiz der ganzen Enklave übernommen hat, wünscht dringend sofortige Eröffnung des Amtsgerichts Brake von Bremen aus, um den Treibereien der Oldenburger, vor allem des Landrats Tantzen in Brake,<sup>20</sup> zu-

<sup>16</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 129 und Kap. 1, Anm. 76.

<sup>17</sup> Eberhard Hagemann, 1880–1958. Rechtsanwalt, 1924–1931 Vors. des Provinziallandtages Hannover, 1931–1933 Landeshauptmann der Provinz Hannover, 1933–1945 als Rechtsanwalt tätig, am 11.5.1945 von der britischen Besatzungsmacht als Oberpräs. eingesetzt, 1946–1948 Landgerichtspräs., 1948–1952 Vors. des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge, Md. des Rates der EKD.

<sup>18</sup> Um Bremens Zukunft, in: Kaisen, Bereitschaft, S. 9–14 (dort fälschlich auf den 2.8.1945 datiert). Unter demselben Datum ist der Redetext (Titel: Vorwärts an die Arbeit) abgedruckt in: 1887–1962. Wilhelm Kaisen 75 Jahre, S. [46–52].

<sup>19</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 28.

<sup>20</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 112 und 212.

vorzukommen. Mir widerstrebt dieser vereinzelte, ungeregelte, juristisch nicht unterbaute Vorstoß, zumal da er vielleicht starke Leidenschaft und Gegenkräfte der Oldenburger und ihre Einwirkung auf die Engländer hervorrufen wird. Immerhin wurde die Sache eingeleitet. Personensuche, Ausstellung von Papieren und Legitimationen usw., alles im Hochbetrieb anderer Dinge. Kappe<sup>21</sup> über Moorkolonisation und Siedlungswesen.

Nachmittags dreistündige Sitzung mit Lahusen und dem Juristenausschuß über die Enklave-Verordnung.<sup>22</sup>

[...]

*Dienstag, 7. August 1945*

Im *Senat* bedeutsamer Bericht Kaisens über seine Verhandlungen mit den Amerikanern. Die Polizei soll stets beim Bürgermeister sein, damit sie nicht politisiert wird. Die Enklavopolizei unter Kontrolle der Amerikaner; die bremische Polizei in deutscher Hand, wenn Polizeifachleute an der Spitze; Werra und Noch beide abgelehnt.<sup>23</sup> Arbeitsamt und Wohnungsamt funktionieren nicht. Kaisens Plan, das Wohnungsamt mit der Fürsorge einem Kommunisten zu geben, von den Amerikanern abgelehnt.<sup>24</sup> Maßgebend Richtlinien der Alliierten für die Polizei. Polenplage.<sup>25</sup> 18 Polen letzte

<sup>21</sup> Dr. Gustav Kappe, 1888–1958, Lehrer und Geograph mit dem Forschungsschwerpunkt: Weser-Ems-Raum, nach Kriegsende vorübergehend Leiter des Amtes für Siedlung und Landeskultur; vgl. Brem. Biogr., S. 262f.

<sup>22</sup> Eine Enklave-Verordnung wurde 1945 nicht veröffentlicht, so daß über den Inhalt nichts zu ermitteln war. Wahrscheinlich gehören die Beratungen in den Zusammenhang der geplanten Vereinheitlichung der Justiz in der Enklave.

<sup>23</sup> Nach der Vorstellung des für die Polizei zuständigen Majors Haguewood sollten Bremen-Stadt und -Land einen Polizeibezirk bilden, ebenso die Landkreise Wesermarsch und Osterholz sowie der Stadt- und Landkreis Wesermünde. Bremen sollte in ihnen nur zur Hilfeleistung verpflichtet, sonst aber nicht zuständig sein. In Bremen selbst versprach Haguewood, sich auf beratende Mitwirkung zu beschränken, sobald geeignete deutsche Leiter der Polizei und Feuerwehr ernannt seien. Er bestand darauf, daß beide Behörden unmittelbar dem Präs. des Senats als dem der Militärregierung allein verantwortlichen Bremer Politiker unterstellt würden. (Senatsprotokoll 7.8.1945, StAB: 3/3; Niederschrift über Besprechung Kaisen – Capt. Bard am 7.8.1945, ebenda, 3-R.1.m. Nr.390). Am 10.8. setzte sich Kaisen bei den Amerikanern nachdrücklich für Noch ein, den er seit 30 Jahren kenne und der ein im Polizeidienst erfahrener, überzeugter Demokrat sei, wie er beispielsweise durch seine energische Verteidigung der Weimarer Republik beim Kapp-Putsch bewiesen habe. (Aufzeichnung Kaisens vom 10.8.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390). Vgl. Kap. 2, Anm. 199 und 203.

<sup>24</sup> Kaisen begründete seine Absicht im Senat damit, „daß mit Rücksicht auf die Not des kommenden Winters es von allergrößter politischer Bedeutung sei, gerade diejenigen Kreise zur Mitarbeit und Mitverantwortung heranzuziehen, die möglicherweise die kommenden Schwierigkeiten politisch gegen den Senat ausnutzen würden.“ (Senatsprotokoll 7.8.1945, S. 3, StAB: 3/3).

<sup>25</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 192. Haguewood sagte Kaisen zu, die Lager der Polen unter militärische Bewachung zu stellen und die Bewohner möglichst bald abzutransportieren.

Nacht verhaftet. Wolters' Referat über Viehräubereien im Landgebiet durch Polen. Kaisen will mit Milit[är]regierung sprechen.

Frage der Beamten-Entlassungen in Hamburg (Schönfelder):<sup>26</sup> bis 1.5.[19]37 in die Partei Eingetretene sämtlich zu entlassen; von den später Eingetretenen die Aktiven. Bei allen zuerst die Amtsinhaber. Bei Unentbehrlichen Verfügung: vorlegen nach einem Jahr! Bis sechzigstes Lebensjahr keine Pension; vielleicht später andere Regelung.<sup>27</sup> Der dortige englische Offizier habe gesagt, die radikale Reinigung der Beamtschaft in Italien von Faschisten habe zum Zusammenbruch der Verwaltung und der Versorgung geführt. Kaisen wünscht Zahlenmaterial von allen Behörden. Er habe dem Polizeichef Haguewood gesagt, Welker habe geäußert: „Schloemer – im hohen Bogen heraus.“ Darauf habe Haguewood erwidert, er müsse erst Ersatz haben! Darauf Kaisen: „Und uns wollt ihr zwingen, die Pg.-Beamten sofort herauszuwerfen, ohne Rücksicht darauf, ob die Verwaltung dann zusammenbricht!“

Ich berichte über die Vereinheitlichung der Justiz in der Enklave und den „Husarenritt“ nach Brake.<sup>28</sup> Allgemeine Enklave-Aussprache.

Ansätze einer Ordnung auf dem Schulgebiet. Paulmann entschuldigt sich sozusagen bei mir wegen der Ernennung Nawraths zum Nachfolger von Kurz; er werde ihn in seine Verwaltung als Oberregierungsrat so einreihen, daß er nicht als Behördenleiter in den Senat komme. Während der Sitzung erscheint er trotzdem als dazugehörend und nimmt den Platz von Kurz ein.<sup>29</sup>

Besprechung mit Paulmann über die Frage des Religionsunterrichtes in den Schulen und die Bekenntnisschulen. Ich für Gemeinschaftsschule mit Religionsunterricht der verschiedenen Konfessionen. Paulmann will den Religionsunterricht auf Kosten des Staates den Kirchen überlassen. Ich betone, in der Schule dürfe nicht niedergerissen werden, was die Religionslehrer der Kirchen im Religionsunterricht aufbauten.

<sup>26</sup> Adolph Schönfelder, 1875–1966, SPD, war von 1919 bis 1933 MdBü und von 1925 bis 1933 Innensenator in Hamburg gewesen; seit dem 6.6.1945 war er Zweiter Bgm. im ernannten Senat unter Rudolf Petersen, 1946–1962 Bürgerschaftspräs., 1948/49 Md. des Parlamentarischen Rates. – Spitta referiert hier weiter nach dem Bericht Kaisens im Senat.

<sup>27</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 181.

<sup>28</sup> Im Vorgriff auf die geplante Neuorganisation der Justiz in der Enklave mit einem OLG in Bremen an der Spitze und zwei Landgerichten in Bremen und Wesermünde hatte Spitta einen „Hilfsrichter“ (vgl. Kap. 2, Anm. 99) nach Brake entsandt mit dem Auftrag, dort, bevor Oldenburger Instanzen tätig werden konnten, am 7. oder 8.8.1945 das Gericht wieder zu eröffnen. Bremen sollte nach dem vom Senat gebilligten Vorschlag das Gehalt des Richters vorschußweise tragen und es sich von der Reichsbank über den Oberfinanzpräs. zurückerstatten lassen (Senatsprotokoll 7.8.1945, StAB: 3/3).

<sup>29</sup> Auch am 10.8.1945 nahm Nawrath an der Senatssitzung teil.

Kaisen spricht mit mir über das Ruhegeld von Vagts; Treibereien dagegen (sein Antrag, in die Partei aufgenommen zu werden).<sup>30</sup> Ich trete für sachlich-geschäftsmäßige Bewilligung ein.

Nach der Senatssitzung im kleinen Kreise Enklave-Regierung (Senat, Ausschuß des Senats, Präsident mit Mitarbeitern, die nicht im Senat sitzen, Senat als Stadtmagistrat??). Desgleichen Schaffung einer deutschen Zeitung in Bremen (Personenfrage! Frankenfeld?).<sup>31</sup>

[...]

*Mittwoch, 8. August 1945*

Über die von mir übernommenen kirchl[ichen] Angelegenheiten Besprechung mit dem angenehmen Capt[ain] Bard. Gute Verständigung, da er langsam und deutlich spricht. Besprechung mit Knittermeyer über seine Lage (Nawrath!). Nawrath hat sich über Knittermeyer hinweg mit einem Untergebenen in Verbindung gesetzt und ihn über die Bibliothek ausgefragt.

[...]

*Donnerstag, 9. August 1945*

[...]

Pressefragen mit zwei amerikanischen Offizieren (Bosew und einem anderen). Merkwürdiger Plan einer überparteilichen, antifaschistischen Zeitung in Bremen; vier oder fünf Redakteure: ein Zentrumsmann, ein Demokrat, ein Sozialdemokrat, ein Kommunist. Solche Zeitung in Frankfurt am Main<sup>32</sup> und anderswo.

<sup>30</sup> Als ehemaligem Vertreter Bremens beim Reich stand Vagts nach dem Deutschen Beamtengesetz vom 26.1.1937 ein lebenslängliches Ruhegehalt zu. Da er nicht Md. der NSDAP gewesen (vgl. Kap. 1, Anm. 208) und seine Entlassung nicht mit der Notwendigkeit der Entnazifizierung, sondern mit der Nichtbefolgung von Anordnungen der Militärregierung begründet worden war, fiel er nicht unter die Bestimmungen über die Streichung von Pensionen. Allerdings waren alle Ruhegehaltszahlungen zur Zeit eingestellt, so daß die Angelegenheit nicht aktuell war. Captain Bard vertagte sie daher bis zur allgemeinen Regelung der Ruhegehaltsfrage (Protokoll über Besprechung Kaisens mit der Militärreg. am 18.8.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390).

<sup>31</sup> Dr. phil. Alfred Frankenfeld, 1898–1975. Journalist, Md. der DDP, 1924–1939 Leiter der Hamburg-Redaktion des Berliner Tageblatts und der Frankfurter Zeitung, 1939–1945 bei der Deutschen Allgemeinen Zeitung, 1945 Dr. phil. habil. (Hamburg), 1946–1952 stellv. Chefredakteur der Hamburger Freien Presse, 1953–1957 Chefredakteur des Hamburger Anzeigers, seit 1957 in gleicher Funktion beim Springer-Verlag, Gründungsmd. der FDP, 1953–1970 MdBü.

<sup>32</sup> Da wegen des Papiermangels nur eine Zeitung in jeder Region zugelassen werden konnte, sollten Lizenzen für deutsche Zeitungen nach der Direktive No. 3 vom 28.6.1945 möglichst an Gremien vergeben werden, in denen alle anti-nationalsozialistischen Gruppen vertreten waren. Als erste nach diesem Prinzip lizenzierte „Grup-

Abends im Dom Mozarts Requiem. Nie erlebte Fülle im Dom. Für amerikanische Offiziere reservierte Plätze. Wirkung einer Gedenkfeier für die Gefallenen – für unsere Söhne.

[...]

Erschütternd die Berichte über die „Atombombe“, die nach englisch-amerikanischen Forschungen jetzt in Amerika serienweise hergestellt wird; erste verheerende Anwendung in Japan; 2000fache Wirkung einer 10-Tonnen-Bombe.<sup>33</sup> Wie dankbar müssen wir sein, daß der deutsche Krieg zu Ende war, ehe diese Atombomben fertig waren! Und welche Gedanken erwachen, wenn man sich vorstellt, daß wir Deutschen in unseren Forschungsbemühungen schneller zu einem Ergebnis gekommen wären als die Anglo-Amerikaner! Präsident Truman: „Wir haben 2 Milliarden Dollar für das größte wissenschaftliche Wagnis in der Geschichte aufgewandt.“ – Attlee: „Dieses Eindringen in die Geheimnisse der Natur, die der Menschheit so lange vorenthalten waren, sollte jeden verantwortungsbewußten und gewissenhaften Menschen zu ernstesten Gedanken anregen.“<sup>34</sup> – Möglichkeit der nützlichen Anwendung und des furchtbarsten Mißbrauchs. Wehe, wenn dies Zerstörungsmittel in den Händen von bindungslosen Menschen liegt. – Wird nicht diese Waffe, wenn und solange die Russen sie nicht haben, die Russen etwas vor hemmungslosem Vordringen in Europa abhalten? Zunächst überlegene Stellung der Amerikaner. Mitarbeit deutscher Emigranten (jüdischer?) an der Erfindung?

*Freitag, 10. August 1945*

Der anhaltende Regen dringt durch unser leckes Dach in die Wohnung. Das wird in Bremen bei Tausenden geschehen, ein Vorgeschmack dessen, was im Herbst und Winter unserer Bevölkerung in ihren beschädigten Häusern bevorsteht, wenn der Mangel an Baustoffen nicht behoben werden kann.

Sorge um die Getreideernte, falls dies Wetter anhält.

pen-Zeitung“ in der US-Zone konnte am 1.8.1945 die Frankfurter Rundschau erscheinen. Sie hatte sieben Lizenzträger: drei Sozialdemokraten, drei Kommunisten und einen Linkskatholiken. (Hurwitz, Stunde Null der Presse, S. 119, 126f.; Emil Carlebach, Zensur ohne Schere: die Gründerjahre der „Frankfurter Rundschau“ 1945/47, Frankfurt/M. 1985). Die erste deutsche Zeitung Bremens, der Weser-Kurier, hatte nur einen Lizenzträger, nämlich den Sozialdemokraten Hans Hackmack, galt aber dennoch als „Gruppen-Zeitung“, da alle politischen Kräfte in der Enklave in gleicher Weise in ihr berücksichtigt werden sollten und auch die Herausgeber unter diesem Gesichtspunkt ausgewählt waren. (Functional History 1945/46, S. 245). Der Weser-Kurier erschien seit dem 19.9.1945.

<sup>33</sup> Pressemitteilung Präsident Trumans über den Atombombenabwurf auf Hiroshima am 6.8.1945, vgl. Weser-Bote Nr. 8 v. 11.8.1945, S. 3.

<sup>34</sup> Erklärungen des US-Präsidenten Truman, des amerikanischen Kriegsministers Stimson und des britischen Premierministers Attlee vom 6.8.1945, in: Keesing's Archiv 1945, S. 351F.

Im *Senat* die alten Klagen und Erörterungen über Beamten-Entlassungen, Enklave-Verwaltung (Fortschritt im Schulwesen),<sup>35</sup> Beschränkungen der Wirtschaft (Lizenz für jeden Betrieb, der neun und mehr Angestellte hat),<sup>36</sup> Wiedergutmachungen<sup>37</sup> usw.

Enorme Geldanforderungen für die Zuschüsse zu den Brot-, Fleisch- und Fettpreisen. Unterhaltung der Ausländerlager in Weser-Ems jährlich über 100 Millionen Reichsmark!<sup>38</sup> – Einzelheiten der Potsdamer Beschlüsse (Verbot der Herstellung von „sea going ships“, Kontrolle des Imports und Exports, Reparationen ohne Begrenzung usw.).<sup>39</sup>

*Bedingungslose Kapitulation Japans, wohl eine Folge der Atombombe.*<sup>40</sup>

Werden nun Amerika und England mehr Rückgrat gegen Rußland bekommen?

<sup>35</sup> Bei einer Besprechung bei Captain Bard am 8.8.1945 war Einigung darüber erzielt worden, daß die Lehrer und Schulräte im Stadt- und Landkreis Wesermünde der Bremer Schulverwaltung unterstellt werden sollten. Der zuständige Senator Paulmann äußerte sich befriedigt über diese „Entwicklung im Sinne der bremischen Führung des Enklavegebietes“. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

<sup>36</sup> Die Vorschrift betraf nicht nur vor der Neueröffnung stehende, sondern auch bereits tätige gewerbliche Unternehmen. Das gesamte leitende Personal mußte sich einer Überprüfung anhand eines neuen Fragebogens unterziehen. Vom 20.8. an durften nur Betriebe weiterarbeiten, die einen Antrag auf Lizenzerteilung gestellt hatten. Von neuen Betrieben wollte die Militärregierung Lizenzanträge erst entgegennehmen, wenn sie über die alten entschieden hatte. (Bekanntmachung des Senats vom 14.8.1945 in Amtl. Mitteilungen, Nr. 4, 17.8.1945, S. 2). Zur Entnazifizierung der Bremer Wirtschaft vgl. Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 429–438; vgl. auch Kap. 2, Anm. 218.

<sup>37</sup> Kaisen regte an, den aufgrund des Berufsbeamtengesetzes vom 7.4.1933 aus politischen Gründen entlassenen oder in den Ruhestand versetzten Beamten nicht nur rückwirkend vom 1.4.1945 an die Pensionen in voller Höhe auszus zahlen, sondern auch die Zeit der Entlassung auf das Besoldungs- und Ruhegehaltsdienstalter anzurechnen. Gegen den letzten Punkt erhoben Harmssen und Spitta wegen der entstehenden finanziellen Belastung Bremens Einspruch. (Senatsprotokoll 10.8.1945, StAB: 3/3).

<sup>38</sup> Nach einem Bericht Nolting-Hauffs erforderte die Subventionierung der Lebensmittelpreise in Bremen rund 10 Mio. RM, außerdem der Unterhalt der Ausländer- und Kriegsgefangenenlager ca. 25 Mio. RM. Diese Mittel, ein Viertel des bremischen Haushalts, könne die Stadt nicht aufbringen. Da es sich aber im Grunde um Reichsausgaben handele, habe sich die hiesige Reichsbankstelle bereit erklärt, die Mittel ebenso wie die Besatzungskosten zur Verfügung zu stellen, allerdings eine Haftungszusage Bremens gewünscht, die N.-H. ablehnte. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

<sup>39</sup> Bericht Wenholds. Das Kommuniké sollte übersetzt und jedem Senator ein Exemplar zugeleitet werden.

<sup>40</sup> Am 10.8.1945 erklärte die japanische Regierung die Annahme der Potsdamer Proklamation vom 26.7.1945, in der die USA, Großbritannien, die Sowjetunion und China Japan zur bedingungslosen Kapitulation aufgefordert und ihre Bedingungen für die Beendigung des Krieges festgelegt hatten. Nach der Zustimmung der Siegermächte am 11.8. vollzog Japan am 14.8. die Kapitulation.

*Samstag, 11. August 1945*

Der große Strom der Besucher wird jetzt durch Sperre an meiner Tür und durch Ablenkung zu Amtmann Herderhorst, der einen Teil selbständig abfängt und abfertigt, etwas vermindert; [...]

Dem unglücklichen Bau des Rathauses, in dem keine Vorzimmer vorhanden sind und sich auch nicht einrichten lassen, ist freilich nicht abzuhelfen. Bei Bearbeitung meiner Sachen Karl Carstens nach wie vor große Hilfe; dazu vertrauensvolles menschliches Verhältnis.

Anhaltend schwerer Reibungswiderstand in der bremischen Verwaltung und in der Ordnung der Enklave-Verhältnisse durch die Amerikaner und Engländer, sowie durch die rebellierenden Landräte und Oberbürgermeister auf hannoverschem und oldenburgischem Gebiete.<sup>41</sup> Viel Zeit und Kraft wird durch wesenslosen Formalkram, durch Kampf um Beamten-Entlassungen und durch Gegensätze und Quertreibereien von Deutschen (Antifaschisten-Liga, Kommunisten) verloren. Ich selbst habe gutes Verhältnis zu den amerikanischen Offizieren, mit denen ich zu tun habe, sowohl zu den legal officers, besonders zu Captain Guthrie, wie zu Captain Bard, mit dem ich die kirchlichen Sachen verhandle.

Heute wieder auf Befehl der Amerikaner 169 Beamte entlassen; die Bauverwaltung, die so dringende Aufgaben zu erledigen hat, ist fast lahmgelegt.<sup>42</sup>

[...]

Bei Bearbeitung der kirchlichen Sachen stieß ich auf die Fragebogen der evangelischen Pastoren. Von 38 Pastoren waren 6 Pg., darunter zu meiner schmerzlichen Überraschung Pastor Jeep,<sup>43</sup> zu dem das gar nicht paßt. Ich fürchte, daß er nicht zu halten ist.

[...]

<sup>41</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 111 und 247.

<sup>42</sup> Nach der Ablösung der britischen durch amerikanische Truppen und der Etablierung der US-Militärregierung hatten anfangs Offiziere der Abwehrabteilung (Counter Intelligence Branch) der 24. Infanterie-Division, dann die fachlich zuständigen Militärregierungsoffiziere die Entnazifizierung durchgeführt, wobei sie die ausgefüllten Fragebogen zunächst von zwei deutschen Zivilisten und einem Beamten überprüfen ließen und sich mit der Kontrolle dieser Arbeit und der Entscheidung von Zweifelsfällen begnügten. Am 26.7. und 1.8.1945 hatten zwei speziell ausgebildete Offiziere einer besonderen Entnazifizierungsabteilung (Special Branch) ihre Tätigkeit in Bremen aufgenommen, was zu einer neuen Entlassungswelle führte. (Functional History 1945/46, S. 78–80). Die Zahl der entlassenen Beamten und Behördenangestellten in Bremen-Stadt wurde im Weser-Boten am 14.7.1945 mit 1200, am 21.7.1945 mit 1831 angegeben.

<sup>43</sup> Walter Jeep, 1878–1964. Pastor, 1922–1933 bei der Inneren Mission in Braunschweig und Berlin, 1934–1945 an der Kirche Unser-Lieben-Frauen in Bremen, am 30.9.1945 in den Ruhestand getreten.

Gelesen: Dr. Fingers „Essay über Gerechtigkeit und Frieden zwischen dem jüdischen Volke und dem deutschen Volke“. <sup>44</sup>

[...]

*Sonntag, 12. August 1945*

[...]

*Montag, 13. August 1945*

[...]

Die Treibereien und Denunziationen gegen Beamte gehen weiter. Nawrath scheint eine ausführliche Denkschrift gegen Knittermeyer verfaßt zu haben.

Das Arbeitsamt zieht Geistliche zu körperlichen Arbeiten heran!<sup>45</sup>

[...]

*Dienstag, 14. August 1945*

[...]

Kaisen hat in der Antifaschisten-Liga gesprochen, über die allgemeine Lage und über die politische Lage. „Die beiden Parteien SPD und KPD müssen zusammenarbeiten.“ – Ich weiß nicht, ob das Taktik Kaisens ist –

<sup>44</sup> Dr. Richard Finger stellt sich auf dem Titelblatt als „deutscher Rechtsgelehrter in der Enclave Bremen und Ehrenbürger der Stadt Heidelberg“ vor. Dieser Titel war ihm nach Auskunft des Stadtarchivs Heidelberg jedoch nie verliehen worden. Er war evtl. als ehemaliger Student der Universität Heidelberg im Besitz eines der scherzhaften „Bürgerrechtsbriefe“, die in den dreißiger Jahren in großer Zahl verschickt worden waren. In seiner Arbeit geht Finger von dem Rechtsproblem aus, daß ein Friedensvertrag zwischen dem jüdischen und deutschen Volk unmöglich sei, weil beide keine souveränen Staaten hätten. Als Lösung schlägt er vor, den Kriegszustand zwischen ihnen durch „konkludente Handlung“, die formlose, aber bewußt als Kriegsbeendigung gewollte Einstellung der „beiderseitigen Feindseligkeiten“, zu überwinden. Dabei erweckt er den Anschein, als habe es einen völkerrechtlich sanktionierten Konflikt zwischen zwei gleichen, gleich verantwortlichen und mit gleichen Waffen und Mitteln kämpfenden Kontrahenten gegeben. Z.B. heißt es: „Leider hat sich der jetzige Krieg zwischen unseren zwei so hochbegabten und wertvollen Völkern ja auch so zugespitzt, daß manche der Propagandisten sich sogar zur Drohung einer totalen Ausrottung des gegnerischen Volks hinreißen ließen.“ Auch in einer zweiten, nach Aufdeckung aller Greuel in den Konzentrations- und Vernichtungslagern am 17.6.1946 als Privatdruck veröffentlichten Auflage lastet Finger wieder den Juden die Verantwortung für die Zerstörung der deutschen Städte an und rechnet jüdisches und deutsches Leid gegeneinander auf: „... trotz allem Furchtbaren, was das jüdische und das deutsche Volk aneinander erfahren haben“ (S. 20). Spitta berichtete im Senat ohne weitere Stellungnahme über den Eingang des Manuskripts und schlug vor, sich zu bedanken und es zu den Akten zu nehmen (Senatsprotokoll 14.8.1933, StAB: 3/3; die Arbeit Fingers in verschiedenen Auflagen, ebenda, 3–J.5. Nr. 323).

<sup>45</sup> Spitta protestierte dagegen am 14.8.1945 im Senat (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).



der Versuch, die KPD zu praktischer Mitarbeit zu bringen, und die Vorbeuge, bei den früher oder später einsetzenden Wahlen die Kommunisten in der Verantwortung zu haben – oder ob er tatsächlich innerlich den Anschluß nach links sucht – für den Posten eines Senators für das Wohlfahrtswesen hat er jetzt den Kommunisten Ehlers<sup>46</sup> in Aussicht genommen. Er möchte ihm auch das Wohnungsamt geben. Dagegen Widerspruch im Senat.

[...]

Nachmittags kürzere Verhandlungen mit Lahusen, der sich als Landgerichtspräsident vorzüglich bewährt, besonders auch durch seine offene Art und seinen Humor das Vertrauen und die persönliche Zuneigung der Amerikaner (der legal officers) erworben hat. Die Justiz ist fast das einzige Arbeitsgebiet, in dem gewisse Fortschritte gemacht werden und ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit den amerikanischen Offizieren besteht, dank der menschlichen Eigenschaften Guthries. Dagegen hat Apelt in der Wirtschaft mit Recht zu klagen. Er rief aus, die Amerikaner wollten uns entweder ruinieren, oder, wenn sie diese Absicht nicht hätten, wären sie dumm oder verrückt. Das umständliche System der Lizenzen, die anhaltende Sperrung der Grenzen, die Fesselung der kleinsten Wirtschaftsbetriebe, die Nazispürereien und Entlassungen in den Privatbetrieben, das alles ist in der Tat ein furchtbarer Leerlauf und lähmt alle Bemühungen, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen.<sup>47</sup>

*Mittwoch, 15. August 1945*

[...]

*Ende des Zweiten Weltkrieges. Bedingungslose Kapitulation Japans.*<sup>48</sup>

Nachmittags mehrstündige Verhandlung mit Guthrie, zeitweise auch mit Watson<sup>49</sup> über die Vereinheitlichung der Justiz in der Enklave. Der auch von den legal officers gebilligte Gesamtplan mit Verordnungsentwurf kann noch nicht durchgeführt werden, da Welker keinen Mut zu entscheidenden Entschlüssen hat, sondern warten will, bis die Kommission aus dem Haupt-

<sup>46</sup> Adolf Ehlers, 1898–1978. Kaufmännischer Angestellter, Metallarbeiter, Md. der KPD, 1922 Betriebsratsvor. der AG Weser, 1923–24 MdBü, 1924–26 aus der KPD ausgeschlossen, ab 1926 Leitungsfunktion in der Roten Hilfe, 1930 erneuter Ausschluß aus der KPD, danach Pol.-Leiter der KPO in Nordwestdeutschland, ab 1932 SAP, illegale Arbeit bis 1945, seit 1938 wieder bei der AG Weser beschäftigt; 1945 im KGF-Vorstand und in der Bezirksleitung der KPD, Mai 1946: Übertritt zur SPD, 1945–1948 Senator für Wohlfahrtswesen, 1948–1963 Senator für Inneres, 1959–1963 stellvertr. Präs. des Senats und Bgm., zog sich aus gesundheitlichen Gründen aus der aktiven Politik zurück.

<sup>47</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 36.

<sup>48</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 40.

<sup>49</sup> Major James B. Watson, Chief Legal Officer und Vors. des amerikanischen Berufungsgerichts (bei Prozessen vor den Militärgerichten).

quartier kommt, die die ganze Enklavefrage prüfen und regeln soll.<sup>50</sup> Bedauerlich, da sich die Widerstände der Oldenburger und Hannoveraner und auch der Engländer immer mehr verstärken. Inzwischen will mich Guthrie von Fall zu Fall ermächtigen, in der Enklave Gerichte einzurichten, Richter zu ernennen usw., wie es in Brake geschehen ist.

[...]

*Telephon* gelegt; ein kleiner äußerer Fortschritt, allerdings für den Haushalt und Privatgespräche wenig brauchbar, da die meisten Bewohner Bremens noch kein Telephon bekommen.

### *Donnerstag, 16. August 1945*

Nachmittags mehrstündige Enklave-Besprechung. Kaisen und ich, sowie [Oberbürgermeister] Koch (Wesermünde), [Landräte/Oberkreisdirektoren] Tantzen (Wesermarsch), Lange (Landkreis Wesermünde), Arps (Osterholz). Opposition gegen die Enklave-Bildung, wie erwartet. Es sollen die Verwaltungsgebiete festgestellt werden, die von deutscher Zentrale, von einem Lande und von Gemeinde-Organisationen wahrgenommen werden sollen. Bremische Denkschrift darüber.<sup>51</sup>

Frage des Wohnungsamtes. Kaisen stimmt meinem Vorschlage zu, einen unparteiischen Juristen als Beschwerde-Instanz einzusetzen, damit die Bevölkerung Vertrauen bekommt, daß nicht nach politischen Gesichtspunkten und zur Wiedervergeltung verfahren wird.<sup>52</sup>

<sup>50</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 247.

<sup>51</sup> Kaisen berichtete am 17.8. im Senat über diese Besprechung über die Umwandlung der Enklave „in einen selbständigen staatlichen Verwaltungsbezirk und eine entsprechende Gebietskörperschaft“. Koch und Tantzen widersetzten sich bei der Unterredung der Herauslösung ihrer Gebiete aus ihren geschichtlichen und verwaltungsmäßigen Zusammenhängen mit der Provinz Hannover bzw. dem Land Oldenburg, weil die Enklave zu klein und zu wenig leistungsfähig sei. Als Alternative schlugen sie die Bildung einer Hafengemeinschaft vor. Um die Verhandlungen mit einer in Bremen erwarteten Kommission des amerikanischen Hauptquartiers (vgl. Eintragung vom Vortag) über diese Probleme vorzubereiten, wurde ORR Behrens mit der Erarbeitung einer Denkschrift beauftragt (Senatsprotokoll 17.8.1945, StAB: 3/3). In ihr plädierte Behrens für ein „Land Unterweser“, betonte aber die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen und den Anspruch der Stadt Bremen, die Häfen in ihrem Besitz zu behalten (ebenda, 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 1).

<sup>52</sup> In der Senatssitzung am 17.8. griff Kaisen diesen Gedanken auf. Er schilderte die katastrophale Wohnungslage und bemerkte, „daß unter diesen Umständen nichts anderes übrig bleibe, als daß die Bevölkerung noch mehr zusammenrücke, damit jeder im kommenden Winter ein Dach über dem Kopf habe. Dieses Ziel könne nicht dadurch erreicht werden, daß aus dem Wohnungsamt eine Art ‚Racheinstitut‘ gemacht werde, sondern nur dadurch, daß die gesamte Bevölkerung die Not gemeinsam tragen helfe.“ (Senatsprotokoll, S. 244, StAB: 3/3).

Kaisen von Welker aufgefordert, sich über die Zulassung der politischen Parteien zu äußern. Kaisen hat Bedenken gegen die Zulassung. Ich bestärke ihn darin. Der schwere Winter muß erst überwunden werden.

[...]

*Freitag, 17. August 1945*

Im *Senat* der neue Senator Ehlers; Kommunist. Er soll das Wohlfahrtswesen bearbeiten. Wohnungsamt noch ungewiß. – In der Verhandlung Enklave-Fragen, Wirtschaftswesen mit dem gefährlichen Lizenzen-System.<sup>53</sup> Die Amerikaner erstreben eine Art Autarkie für ihre Besatzungszone. Auf Versammlung der amerikanischen Offiziere mit einem Oberst aus dem Hauptquartier ist gesagt [worden]: Der Bremer Betrieb werde stillgelegt werden, falls ein süddeutscher Betrieb genügend herstelle, um die gesamte amerikanische Zone einschließlich der Enklave versorgen zu können; er könne sich vorstellen, daß, wenn erst die ganze Verwaltung und Produktionskontrolle arbeite, in Bremen nur noch ein Bruchteil der Betriebe arbeiten werde.

[Wenhold über] Fischerei-Verhältnisse. Vor dem Kriege 250 Fischdampfer, davon 150 bei der Bremischen Gesellschaft „Nordsee“. Jetzt 86 Fischdampfer, davon 49 in deutschen Häfen; davon fischen 27 (die meisten von Cuxhaven aus, da die Engländer die Fischerei mit Manilahanf und Kohlen unterstützen). Fischgründe nur Helgoländer Bucht und Jütland. Die Doggerbank von den Engländern für Heringe geduldet. Reiche Fischgründe wegen der langen Schonzeit durch den Krieg.

[...]

Wenhold hat aus Cuxhaven als Geschenk der „Nordsee“ frische Seefische mitgebracht, von denen ein Teil unseren Abend-Eßtisch ziert. Seit langem gab es in Bremen kaum noch Seefische, seit dem Zusammenbruch überhaupt nicht mehr, weil Wesermünde den angebrachten Fang nur im Tauschhandel gegen Leder und sonstige Waren in das Ruhrgebiet oder andere Gebiete abgab.

Abends mit Onkel Walter und Arnold Bericht über die wirtschaftlichen Besprechungen der amerikanischen Offiziere und Bericht über die Berliner Banken unter russischer Herrschaft. Alle Banken geschlossen, der Inhalt der Tresore beschlagnahmt, Reichsbank als Berliner Stadtbank einzige Bank mit 21 Zahlstellen. Beschränkung der Auszahlungen, desgleichen der Gehälter (150 bis 450 Reichsmark).<sup>54</sup> Alles das vollendete Tatsache, als die Amerikaner, Engländer und Franzosen in Berlin ankamen.

<sup>53</sup> Wolters klagte über die Behinderungen und Verzögerungen bei der Wiedereröffnung von Betrieben, da selbst bekanntermaßen einwandfreie Persönlichkeiten die Überprüfung ihrer politischen Vergangenheit abwarten mußten. (Senatsprotokoll 17.8.1945, StAB: 3/3); vgl. Kap. 3, Anm. 36.

<sup>54</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 179.

*Samstag, 18. August 1945*

Die übliche Arbeit ohne Ruhe für größere, wichtige Sachen. [...]

Nachmittags Senatoren-Tee bei mir.<sup>55</sup> Hauptthema natürlich die politische und wirtschaftliche Lage, von der Nebelthau, soweit Bremen und der britisch-amerikanische Kleinkrieg in Frage kommt, nichts wußte. Nach Apelts Schilderung sind die Engländer in wirtschaftlichen Dingen zum Teil einsichtsvoller als die Amerikaner. Nebelthau stark beeindruckt durch die englische Friedensfeier in Westminster, die er im Radio gehört hatte; rein kirchlich, mit Ansprachen der Geistlichen und schönem Gesang.

Abends Walter und ich in Aussprache über Kommunismus und Bolschewismus, Zusammenfinden des europäischen Abendlandes (England, Frankreich, Deutschland, Italien, Skandinavien, vielleicht unter Einschluß Böhmens und Polens usw.).

*Sonntag, 19. August 1945*

Vormittags Besuch in einer Wohnungssache erhalten. Unlösliche Fragen und notwendige Härten. Der Wohnraum in Bremen, mehr als zur Hälfte zerstört, genügt nicht, um die bremische Bevölkerung aufzunehmen. Nun flutet die Masse der im Osten entwurzelten Menschen in den engen Raum des Restdeutschlands.<sup>56</sup> Wohnungs- und Ernährungsnot müssen in erschreckendem Maße zunehmen. Dazu die Hemmungen durch die englisch-amerikanischen Absperrungen und die Verhinderung eines Wiederauflebens der Wirtschaft durch das Lizenz-System und durch die Ausmerzungen der Pgs aus den Privatbetrieben.<sup>57</sup> Anhäufung der Beschäftigungslosen durch die aus dem Öffentlichen Dienst und aus den Privatbetrieben Entlassenen. Nimmt man dazu die Zwangsarbeit, die die Amerikaner für ihre Arbeiten, besonders für die Häfen, anordnen, weiter die militärischen Wohnungsbeschlagnahmen, so ist es kein Wunder, daß man schon den Ausruf hört: „Das ist ja schlimmer als bei den Nazis!“ Dies noch verstärkt durch

<sup>55</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 14.

<sup>56</sup> Die Vertreibung der Deutschen, die nicht aus eigenem Antrieb vor dem vorrückenden sowjetischen Truppen geflohen waren, hatte sofort nach der Besetzung der Gebiete östlich von Oder und Neiße begonnen. Im Juni/Juli 1945 wurden in organisierten Großaktionen etwa 100000 Deutsche aus Danzig und 200000 bis 300000 Deutsche aus dem unmittelbaren Hinterland der Oder/Neiße-Linie in die SBZ vertrieben. Nachdem bei der Potsdamer Konferenz die neue Westgrenze Polens bestätigt und die Überführung der noch in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei verbliebenen Deutschen in ihren Heimatstaat beschlossen worden war, gelangten schon im Aug. und Sept. 1945 zahlreiche weitere Sammeltransporte mit Menschen aus den polnisch verwalteten, ehemals deutschen Gebieten nach Westen, obwohl der Ausweisungs- und Aufnahmeplan, den der Alliierte Kontrollrat zuvor erarbeiten sollte, erst am 17.10.1945 vorlag. Danach wurde die Zwangsaussiedlung verstärkt fortgesetzt. (Schieder, *Die Vertreibung*, Bd. I/1, S. 138E–147E).

<sup>57</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 218 und Kap. 3, Anm. 36.

die zahlreichen politischen Verhaftungen, die mit dem Verfahren der Gestapo verglichen werden.

Allmählich zeigt sich auch immer mehr, daß wir jahrelang von der Substanz gelebt und sie nahezu verbraucht haben, besonders verstärkt durch die Zerstörungen des Luftkrieges. Außer Lebensmitteln gibt es so gut wie nichts zu kaufen; auch Reparaturen erhält man nicht. Das wird bei den Kleidungsstücken immer fühlbarer, ganz schlimm bei dem Schuhwerk. Es gibt aber auch keine Streichhölzer, keine Kragenknöpfe, keine Hosenträger, keine Schnürbänder, keine Stahlfedern, kein Papier, geschweige denn Füllfederhalter. Bleiben Produktion und Verkauf so eingeschränkt, so wird bald eine allgemeine Verlumpung und Proletarisierung eintreten.

Die Engländer und Amerikaner sollten einsehen, daß das zu einer Bolschewisierung und zu einer geheimen Nazisierung führen muß, während der Nationalsozialismus geistig, politisch und sittlich vollständig abgewirtschaftet hatte und dem Tode verfallen war. – Unser Volk ist leidgeschlagen, wie kaum je ein Volk der Welt es war. Alle haben nächste Angehörige verloren, fast alle sorgen sich noch um Angehörige, von denen sie nichts gehört haben. Mehr und mehr schwindet die Hoffnung auf die Heimkehr von Männern und Söhnen. [...]

Alles ein Boden, empfänglich für Heil und Unheil!

[...]

*Montag, 20. August 1945*

Unter mancherlei Besuchen und Betrieb die Eingabe an die Militärregierung für die Wiedereinsetzung der Richter (10), eines Staatsanwalts und von zehn Justizbeamten diktiert. Guthrie will uns helfen, daß wir wieder eine geordnete Rechtspflege und die brachliegenden tüchtigen Kräfte bekommen, sagt aber selbst, der Wind sei zur Zeit nicht günstig.

Inzwischen weitere Beamten-Entlassungen auf Befehl der Militärregierung; so heute in der Strafanstalt Oslebshausen fast das gesamte Büropersonal, so daß keine Beamten da sind, die die Versorgung der tausend Köpfe der Anstalt besorgen können.

[...]

*Dienstag, 21. August 1945*

Dr. L. [aus Siebenbürgen] reist nach Hannover ab, um sich eine neue Existenz zu gründen. Diese Schicksale der Entwurzelten, Heimatlosen treten täglich in den verschiedensten Formen an mich heran. Die Ärzte haben meist – wie Dr. L. – ihre sämtlichen Instrumente verloren und können daher keine Privatpraxis beginnen. Und wie viele haben jetzt keinerlei Geldmittel mehr, um sich zu unterhalten. Ärzte, Richter, Rechtsanwälte, sonstige Juristen und Beamte, sie alle oder ihre Familien sind auf Fürsorgeunterstützung angewiesen: 16,50 RM für jedes Kind und 33 RM für die Frau,

dazu die Miete. Es ist ein unsagbares Elend, und man schämt sich, daß man es äußerlich so gut hat.

Im *Senat* hauptsächlich die traurige Wohnungsfrage verhandelt. Zwei Ausschüsse: einer für Verwaltung, einer für Beschwerde-Entscheidungen.<sup>58</sup> Kaisen ist selbst die verschiedenen Wohnviertel abgefahren und machte eine erschütternde Schilderung vom Wohnungselend. – Problem der kommenden Arbeitslosigkeit. Grundsatz: keine Unterstützung ohne Arbeit! Programm für die Beschäftigung: Aufräumung der Stadt, Kleingärten usw., Häfen, Radfahrwege, Umschulung auf Baugewerbe.<sup>59</sup>

[...]

*Mittwoch, 22. August 1945*

Amtlicher Besuch von Wilhelm Kiesselbach mit Generalstaatsanwalt Dr. Klaas<sup>60</sup> und einem Landgerichtsdirektor aus Hamburg. Mehrstündige Verhandlung über Justizfragen. Fruchtbare Austausch. Beiderseitige Erfahrungen. Wir in Bremen in manchen Justizsachen weiter als Hamburg, besonders in der Arbeit der Gerichte. Die Engländer dagegen vernünftiger in der Zulassung von Richtern, die formell Pg. waren. Enklave-Fragen. Usw. Wiederholung solcher Besprechungen verabredet. [...]

*Donnerstag, 23. August 1945*

Wechselnd bedeckt und sonnig. Regenschauer. Der zweite Grasschnitt ist im Wümmegebiet durch Überschwemmung gefährdet. Die Wasserläufe seit Jahren nicht gereinigt, daher kaum Ablauf. Auch manche Gemüsegärten stehen unter Wasser.

Erste Sitzung des Siedlungsausschusses, dem beide Bürgermeister angehören. Es handelt sich um eine politisch und wirtschaftlich entscheidende

<sup>58</sup> Der Verwaltungsausschuß aus Vertretern des Wohnungsamts, des Wohlfahrtsamts und der Bauverwaltung sollte unter Vorsitz eines „energischen Bürgers“ (Kaisen) über die organisatorischen und baulichen Maßnahmen sowie die Verteilungsgrundsätze beraten, der Beschwerdeausschuß aus zwei Beisitzern und einem erfahrenen Richter als Vors. über Einsprüche gegen Entscheidungen des Wohnungsamts entscheiden. (Senatsprotokoll 21.8.1945, StAB: 3/3). Der Verwaltungsausschuß ging auf amerikanischen Vorschlag zurück (Protokoll über die Besprechung Bard – Kaisen am 20.8.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390).

<sup>59</sup> In der Senatssitzung stellte Kaisen klar, daß es einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung gebe, der aber zur Zeit wahrscheinlich nicht erfüllt werden könne. Die ersatzweise gewährte Unterstützung der Gemeinde (Arbeitsfürsorge) könne und solle bei Arbeitsfähigen von einer Arbeitsleistung in den von Spitta hier genannten Bereichen abhängig gemacht werden (Senatsprotokoll 21.8.1945, StAB: 3/3).

<sup>60</sup> Dr. jur. Walter Klaas, 1895–1978. Seit 1924 Rechtsanwalt in Hamburg, 1945 von der Militärregierung zum Generalstaatsanwalt am HOLG ernannt, 1947–1950 Präs. der Strafrechtsabteilung des Zentral-Justizamtes der Britischen Zone, 1951–1963 Richter am Bundesverfassungsgericht.

Frage für unser Volk, auch seelisch und sittlich von höchster Bedeutung. Die verschiedenen Pläne Dr. Kappes durchgesprochen. Kleinbauernsiedlung im Kreise Syke auf Eigentum Bremens und Anlegung von Gärtnerhöfen am Rande der Stadt (Vahr usw.) beschlossen.<sup>61</sup>

[...]

*Freitag, 24. August 1945*

[...]

Im Senat Regelung des Wohnungsamtes und Beschwerdewesens nach meinen Vorschlägen beschlossen.<sup>62</sup> Richter (Hilfsrichter) Mehne<sup>63</sup> Beschwerdeinstanz. Ausschuß für das Wohnungswesen unter dem Vorsitz von Edzard.<sup>64</sup> Erfreulich, wie vorurteilslos Kaisen die Persönlichkeiten beurteilt und heranzieht.

Wolters will eine neue Nazischnüffelei und Nazibestrafung auf dem Gebiete der Kleingärten herbeiführen. Wer Nazi war, soll seinen Kleingarten verlieren. Ich bin in die Sache eingeschaltet und hoffe, sie verhindern oder abbiegen zu können.<sup>65</sup> Besuch Mehnes; Unterrichtung über die Sachlage;

<sup>61</sup> Auf Kappes Initiative entstand 1949 die Gärtnerhof-Siedlung für Flüchtlinge und Heimkehrer am Vahrer Feldweg, die 1957 der Neubausiedlung Neue Vahr weichen mußte.

<sup>62</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 58.

<sup>63</sup> Günther Mehne, 1895–1970. Rechtsanwalt, seit 12.7.1945 Hilfsrichter am Amtsgericht in Bremen, 1950–1960 Landgerichtsdirektor. – Mehne behielt 1945 neben der neuen Funktion sein Hilfsrichteramt. Wolters' Forderung, der ursprünglichen Planung entsprechend (vgl. Kap. 3, Anm. 58), die Beschwerdestelle mit zwei Beisitzern neben dem Richter zu besetzen, wurde von Spitta mit dem Argument zurückgewiesen, um der möglichst großen Einheitlichkeit der Entscheidungen willen sollten sie in einer Hand liegen. (Senatsprotokoll 24.8.1945, StAB: 3/3). Nachdem Mehne und sein Vertreter bis Anfang Okt. 1945 40 Entscheidungen des Wohnungsamts aufgehoben und Kaisen seinerseits zwei Beschlüsse Mehnes annulliert hatte, kam es zum offenen Konflikt, der schließlich durch eine Neuregelung des Verfahrens gelöst wurde: Verwaltungs- und Beschwerdeausschuß wurden zu einer neuen Beschwerdestelle zusammengefaßt; wenn der Richter eine Entscheidung des Wohnungsamtes aufheben wollte, hatte das Plenum dieser Beschwerdestelle zu entscheiden, sonst der Richter allein (Spitta, Tagebucheintragung vom 3.10.1945; Senatsprotokoll 2.10.1945, ebenda: 3/3).

<sup>64</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 93.

<sup>65</sup> Da dem Besitz eines Kleingartens große Bedeutung für die Ernährung zukam, hatten nach Angaben Wolters' Kleingärtnerorganisationen bei ihm angeregt, politisch belasteten Pächtern die Verträge zu kündigen und die Gärten Familien in wirtschaftlicher Notlage zu geben. Der Senat sprach sich gegen „Willkür“ in dieser Frage aus, und Kaisen verwies Wolters zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen an Spitta. (Senatsprotokoll 24.8.1945, StAB: 3/3). Am 28.9.1945 ermächtigte der Senat Theil, Nationalsozialisten, „die sich politisch besonders hervorgetan hätten“, aus den Kleingärten zu entfernen (ebenda), wovon dieser jedoch wegen Zweifeln an der rechtlichen Zulässigkeit nur selten Gebrauch machte. Einer entsprechenden Senatsverordnung vom 30.4.1946 verweigerte die Militärregierung die Zustimmung (ebenda, 16.4.1946).

Hinweis auf die große politische Bedeutung seiner undankbaren Tätigkeit. Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung.

[...]

Abends Bericht über die Lage im russisch besetzten Raum (Ende Juni 1945)<sup>66</sup> vorgelesen. Manches traurig und niederdrückend. Gewalttaten nicht mehr, aber Bolschewisierung von Wirtschaft und Verwaltung. [...]

*Samstag, 25. August 1945*

Die nützliche Arbeit immer wieder gehindert und gelähmt, besonders auf wirtschaftlichem Gebiete. Apelt ist verzweifelt über die unverständigen Eingriffe der Amerikaner und seine Fesselung; im Hafen hat er nichts mehr zu sagen. Apelt ist gründlich amtsmüde.

Wir alle werden belastet und behindert durch die willkürlichen und sinnlosen Beamten-Entlassungen. In der Strafanstalt Oslebshausen erst das ganze Büro von 13 Menschen, darunter die leitenden Beamten, entlassen, dann der Direktor Elborg.<sup>67</sup> Sonnemann,<sup>68</sup> früher Volksschullehrer, in der demokratischen Zeit eine zeitlang Direktor in Oslebshausen, trotz seiner 76 Jahre von den Amerikanern zum Direktor und Leiter des Gefängniswesens der ganzen Enklave ernannt; einige Bürobeamte dürfen vorläufig bleiben. Noch schlimmer die neuen Richtlinien des amerikanischen Hauptquartiers über die Säuberung von Staat und Wirtschaft.<sup>69</sup> Nicht nur die „Nazis“, sondern auch die „Militaristen“ zu entlassen. Merkwürdige und gefährliche Andeutungen, wer unter Umständen als „Militarist“ anzusehen sei (preußischer Adel, Gutsbesitzer, studentische Corps des Köseener SC usw.). Es gibt eine neue Welle der Denunziationen und Entlassungen. Alles soll auch auf wichtigere Stellen der Wirtschaft übertragen werden. Sorge, daß die Verwaltung völlig zerschlagen und in Staat und Wirtschaft die Intelligenz ausgeschaltet wird. Wer steht hinter diesem Treiben? Ha-

<sup>66</sup> Diese anonyme Denkschrift: „Die Lage im russischen Raum nach dem Stande Ende Juni 1945“ wurde durch Abschriften weit verbreitet. Eine „Abschrift von Abschrift“ befindet sich z.B. im NL Diller im Archiv der Fst.: 11/D1.

<sup>67</sup> Zur Verschärfung der Entnazifizierung im Aug. 1945 vgl. Kap. 3, Anm. 42. Martin Elborg, geb. 1900, ORR, 1942–1945 Direktor der Strafanstalt Oslebshausen, seit 1933 Md. der NSDAP, zum 1.9.1945 entlassen.

<sup>68</sup> Emil Sonnemann, 1869–1950. Pädagoge, 1896 Hauslehrer der Strafanstalt Oslebshausen, 1898–1913 Volksschullehrer in Bremen, als aktiver Sozialdemokrat aus dem Schuldienst entlassen, 1914–1918 Redakteur des Parteiorgans der Bremer SPD, 1919–1933 Direktor der Strafanstalt Oslebshausen; im März 1933 beurlaubt, im Juli 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, 1.9.1945–1946 erneut Direktor der Strafanstalt Oslebshausen. Vgl. Brem. Biogr., S. 489f.

<sup>69</sup> Die Direktive vom 15.8.1945 zur Ergänzung der Direktive vom 7.7.1945 (vgl. Kap. 2, Anm. 218) dehnte die Sanktionen auf „Nazis oder Militaristen in der Wirtschaft, im Handwerk und in anderen Berufen“ aus, soweit sie „mehr als nominelle Teilnehmer an den Parteiaktivitäten oder aktive Anhänger von Nazismus und Militarismus“ gewesen waren und über Ansehen oder Einfluß in der Gesellschaft verfügten. (Niethammer, Entnazifizierung, S. 157f.).



ben das die Amerikaner aus sich und ihren Ideologien? Oder sind deutsche Leute dabei tätig, Bolschewisten, die das Chaos wollen, Fanatiker, Stellenjäger usw.? Die katholische Kirche ist wohl zu klug, um dies Treiben zu begünstigen oder gar selbst zu veranlassen. Aber die Juden?

Lange Unterredung mit dem Leiter der Städtischen Werke Dr. Dettmar und dem Gasanstaltsdirektor Berg über Arbeitshetze und rebellischen Geist in der Arbeiterschaft.<sup>70</sup>

[...]

*Sonntag, 26. August 1945*

[...]

*Montag, 27. August 1945*

Verhandlung mit Katz<sup>71</sup> als Vertreter der jüdischen Gemeinde. Schilderung der erlittenen Not und der furchtbaren Ermordung des größten Teils der Juden, besonders aller Kinder; die jüdische Gemeinde früher 1500 Seelen, jetzt etwa 20! Die meisten sind in Theresienstadt in Böhmen „ver-gast“.<sup>72</sup>

Nawraths Denkschrift gegen Knittermeyer von Kaisen erhalten. Ganz abgesehen vom fachlichen Inhalt, sind mir Art und Ton in tiefster Seele zuwider. Da aber Knittermeyer schon 1933 der Partei freiwillig und mit gewissen Hoffnungen beigetreten ist, kann ihn die spätere Enttäuschung und die schroffe Gegnerschaft der letzten Jahre nicht retten, auch nicht die Tatsache, daß er immer wieder mit Parteibonzen in Konflikt geriet. So fällt eine geistige Größe, der wir ein hochstehendes Vorlesungswesen verdanken und um die uns viele Städte beneidet haben. Seine Entlassung wird in allen geistigen Kreisen Deutschlands, besonders an den Universitäten, großes Aufsehen erregen. Von meinen persönlichen Gefühlen schweige ich. [...]

<sup>70</sup> Im Widerspruch dazu berichteten die meisten politischen Beobachter und auch die Besatzungsmacht im Sommer 1945 über die Apathie der breiten Bevölkerung, auch der Arbeiterschaft, die sich allenfalls der geforderten Arbeitsleistung, z. B. dem Arbeitseinsatz bei der Militärregierung und bei Aufräumarbeiten, mit Rücksicht auf ihre schlechte Ernährung teilweise entzog. Tauschhandel und Kleingartenbestellung waren im Hinblick auf die alltägliche Versorgung oft wichtiger. (Vgl. dazu Brandt, Antifaschismus, S. 76–94).

<sup>71</sup> Carl Katz, 1899–1972. Kaufmann, 1942 nach Theresienstadt deportiert, überlebte mit seiner Familie und kehrte nach Bremen zurück, war entscheidend am Wiederaufbau der Israelitischen Gemeinde Bremen im Aug. 1945 beteiligt und deren Vorsteher. Nachdem die Israelitische Gemeinde am 24.8.1945 mit einem Gottesdienst ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hatte, machte er Spitta als dem für religiöse Angelegenheiten zuständigen Senator einen Antrittsbesuch. Den Leidensweg der Bremer Juden schildert: Bruss, Die Bremer Juden.

<sup>72</sup> Nach den Angaben bei einer Gedenkfeier für die ermordeten Bremer Juden am 18.5.1952 fanden 915 den Tod. In Theresienstadt selbst wurden keine Juden „ver-gast“, sondern sie wurden von dort in das Vernichtungslager Auschwitz transportiert.

*Dienstag, 28. August 1945*

[...]

Kurze *Senatssitzung*. Einige bessere Nachrichten auf dem Gebiete der Versorgung. Weiter Rivalität zwischen USA und England. Die englischen Ernährungsämter in Obernkirchen zusammengefaßt, die amerikanischen an der Bergstraße. Bemühungen Bremens, auf diesem Ernährungsgebiet an das englische Gebiet angeschlossen zu werden. Bedingung: Enklave als einheitlicher Ernährungsbezirk.<sup>73</sup>

[...]

*Mittwoch, 29. August 1945*

Nachmittags lange Unterredung mit zwei amerikanischen Offizieren, die von der Zentralstelle der Alliierten in Berlin<sup>74</sup> kamen und Justizsachen mit mir besprachen. Es kommt eine *Zentralstelle für Justiz*,<sup>75</sup> aber nicht in Ber-

<sup>73</sup> Die britische Militärregierung ließ in ihrer Zone die während des Krieges zur Sicherstellung der Ernährung geschaffene deutsche Verwaltung nach der Entnazifizierung der Spitzenpositionen weiterarbeiten und schuf daneben als Beratungs- und Koordinierungsstelle für Norddeutschland (Hamburg, Schleswig-Holstein, die von britischen Truppen besetzten Teile Mecklenburgs) am 5.6.1945 das Regional Food Office, in dem deutsche Experten unter britischer Aufsicht tätig waren. Um darüber hinaus für die *gesamte* Zone eine gleichmäßige Versorgung und insbesondere eine bessere Belieferung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets zu erreichen, wurde am 12.7.1945 das „German Interregional Food Allocation Committee“ (GIFAC) in Obernkirchen bei Minden/Weser errichtet, dessen deutsche Ernährungsfachleute die Militärregierung bzgl. der Steigerung und gerechteren Verteilung der landwirtschaftlichen Produktion beraten sollten. Die Dienststelle war zunächst nach regionaler Zuständigkeit organisiert – daher die Forderung nach Zusammenfassung der Enklave zu einem einheitlichen Ernährungsbezirk –, wurde aber schon im Nov. in fünf Fachabteilungen mit insgesamt 65 Beschäftigten neugegliedert. Im März 1946 entstand aus ihr das mit größeren Befugnissen ausgestattete „Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft“ (ZEL) unter Leitung des ehemaligen deutschnationalen Reichsministers Hans Schlange-Schöningens. (Stüber, Kampf gegen Hunger, S. 92–103). – In der US-Zone wurden die zentralen Kompetenzen zunächst den Landräten, dann den Ministerpräsidenten der Länder übertragen. Zu einer Zusammenfassung kam es erst nach der Bildung des Stuttgarter Länderrats am 17.10.1945 durch die Gründung seines Hauptausschusses für Ernährung und Landwirtschaft am 5.11.1945.

<sup>74</sup> Dienststelle des Stellvertretenden Militärgouverneurs und Vertreters der USA im Koordinierungsausschuß des Kontrollrats, General Lucius D. Clay. Sie war am 10.7.1945 von Höchst nach Berlin umgezogen und entwickelte sich in Konkurrenz zur Abteilung G 5 des Hauptquartiers in Frankfurt zur obersten Behörde der amerikanischen Militärregierung in Deutschland.

<sup>75</sup> Nachdem die Sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Zone sofort nach dem Abschluß der Potsdamer Konferenz, seit dem 10.8.1945, mit der Errichtung von elf zentralen Fachverwaltungen begonnen hatte, suchte insbesondere General Clay, den Aufbau der dort vereinbarten interzonalen Zentralbehörden voranzutreiben. Er scheiterte vor allem am Widerstand Frankreichs, das in Potsdam nicht vertreten gewesen war, und setzte sich daraufhin für die Schaffung der nötigen zentralen Einrich-

lin; „Berlin so zerstört, daß es als Regierungsstadt auf lange Zeit nicht zu gebrauchen ist.“ Ich wurde gefragt, ob ich in eine leitende Stelle der deutschen Justizzentrale eintreten wolle. Ich verwies auf mein Alter und lehnte ab. Gebeten, eine Liste von geeigneten Juristen vorzuschlagen; Nolting-Hauff nachgefragt; auch Wilhelm Kiesselbach. Erwünscht: Alter von 45 bis 55 Jahren. Gestaltung Deutschlands erörtert. Deutschland verarmt, Lebenshaltung wie Polen und Tschechoslowakei. Daher billige Verwaltung; nicht Luxus von 20 Ländern. Vier bis fünf deutsche Länder: 1. Bayern, 2. Württemberg und Baden, ev[entuell] Hessen;<sup>76</sup> 3. Hannover und Westfalen, 4. Küstengebiet: Oldenburg, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, „Preußen“. (Recht unklar). Frage der Ländereigenschaft Hamburgs und Bremens. Meine Darlegung über Beweglichkeit der Hafen- und Seestadt. Debatte über Rotterdam und Antwerpen. – Wahl der Landesregierung?<sup>77</sup> Bedenken der Amerikaner gegen Weimarer Verfassung. – Amerikanische Frage: Sollen alle Nazigesetze aufgehoben werden? Ich für Revision, aber gegen Aufhebung. Anschließend freie Aussprache „von Mann zu Mann“. Stimmung in Bremen? Ich schildere die alte Verbindung Bremens mit Amerika; jetzt manche Hoffnung enttäuscht. Zwei Gründe: Verhaftungen ohne Gehör und formalistisches Vorgehen bei den Beamten-Entlassungen, ebenfalls ohne Gehör.

Der Amerikaner sagte wörtlich: „Nach 20 Millionen Toten ist die Welt noch nicht reif für eine Unterscheidung von bösen und guten Nazis.“ Es sei nicht weise, so für Beibehaltung von Nazis einzutreten; die öffentliche Meinung in Amerika werde daraus folgern, daß das deutsche Volk doch noch Sympathien für die Nazis habe; das könne eine unheilvolle Gegenwirkung auslösen. Im Ganzen eine erfreuliche Aussprache, erleichtert dadurch, daß der eine Amerikaner recht gut Deutsch spricht.<sup>78</sup>

### *Donnerstag, 30. August 1945*

Nachmittags mit Lahusen und dem Anwaltsausschuß Bewerbungen besprochen. 72 Bewerbungen, meist Flüchtlinge und Entwurzelte. Katego-

tungen in der US-Zone ein. Obwohl für die Justiz im Potsdamer Abkommen keine vierzonale Spitzenbehörde vorgesehen war, bemühte sich Clays Dienststelle im Herbst 1945 um ihre Errichtung, drang mit dieser Absicht aber nicht durch. (Vogel, Westdeutschland, Bd. 3, S. 489).

<sup>76</sup> Die drei Länder der US-Zone: Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen wurden durch die Proklamation Nr. 2 des Chefs der amerikanischen Militärregierung am 19.9.1945 errichtet.

<sup>77</sup> General Clay plante, wie aus einem etwas späteren Schreiben vom 16.9.1945 hervorging, zu dieser Zeit bereits, in der US-Zone von der untersten Ebene aufsteigend Wahlen stattfinden zu lassen: im Jan. 1946 in den ländlichen Gemeinden, im März für die Kreistage, im Mai für die Stadtparlamente, schließlich Landtagswahlen. Er stieß aber bei seinen Mitarbeitern auf Bedenken. (Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 109).

<sup>78</sup> Es handelte sich um den deutschen Emigranten, Prof. Dr. Karl Loewenstein.

rien: Pg. und nicht Pg. Flüchtlinge aus russischem Gebiet und britisch-amerikanischem Gebiet. Mit oder ohne größere Familien. Juristische Qualität.  
[...]

*Freitag, 31. August 1945*

[...]

*Samstag, 1. September 1945*

Der amerikanische Professor der Rechtswissenschaft, der Mittwoch bei mir war – *Karl Loewenstein*<sup>79</sup> (äußerlich nicht jüdisch) – besucht mich aufs neue. Ich schlage Ahlers, Bollinger, Janssen und Walter Lisco vor, er bejaht Ahlers und rühmt ihn sehr; Bollinger menschlich hochstehend, aber nicht ausreichend; Janssen sei Pg. gewesen; *Walter Lisco wolle er aufsuchen*. Fährt dann zu Walter Lisco nach der Händelstraße; fruchtbare Unterhaltung von etwa  $\frac{3}{4}$  Stunden; Schmeichelhaftes über mich; will Walter für die Zentralverwaltung der Justiz;<sup>80</sup> läßt ihm Fragebogen da. Einberufung etwa in drei bis sechs Monaten.

Captain Bard hat mit Kaisen Frage der Werften besprochen; Ermächtigung, kommunale Wahlen stattfinden zu lassen, liegt vor.<sup>81</sup> Kaisen hat mit Rücksicht auf die schwere Lage baldige Wahlen abgelehnt. Kaisen sagte mir, man brauche jetzt die ganze Bevölkerung zur Mitarbeit, auch die Bürgerlichen; bei baldigen Wahlen sei zu fürchten, daß eine große Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten entstehe und die Bürgerlichen ausgeschaltet würden. Daher habe er Captain Bard die Einrichtung von Deputationen vorgeschlagen, die vom Senat berufen würden.<sup>82</sup> Ich stimmte zu und übernahm die Ausarbeitung eines Entwurfes über die *Beiräte der Behörden*.

<sup>79</sup> Dr. Karl Loewenstein, 1891–1973. Jurist und Politologe, 1919–1933 Rechtsanwalt, 1931–1933 Privatdozent in München, 1933 Emigration in die USA, dort 1934–1961 Professor an verschiedenen Universitäten, seit 1944 Rechtsberater der US-Armee und 1945–1946 von OMGUS (als Zivilist), 1956–1957 Professor an der Universität München, nach der Emeritierung Gastprofessor in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Ländern. L. schrieb die in Kap. 1, Anm. 220 zitierte Beurteilung Spittas.

<sup>80</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 75.

<sup>81</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 77. Am 20. und 27.1.1946 fanden in Groß-Hessen, Württemberg-Baden und Bayern Kommunalwahlen statt, aber nicht in der Unterweser-Enklave. (Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 110f.).

<sup>82</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 58. Bei einer Besprechung mit Kaisen am 31.8.1945 bezeichnete auch Captain Bard Bürgerschaftswahlen als unerwünscht. Er stellte die Genehmigung von Deputationen in Aussicht und erbat ein Memorandum darüber. (StAB: 3–R.1.m. Nr. 390).

Auch in Bremen sollen die „Reparationen“ beginnen; die Russen wollen die ganze Werft der AG-Weser abmontieren und nach Rußland bringen. Schritte dagegen bei den Amerikanern.<sup>83</sup>

[...]

*Sonntag, 2. September 1945*

Mit Walter Lisco Persönliches und Allgemeines. Seine Berufung in die Deutsche Justizzentrale. Loewenstein sicher Jude, aber äußerlich ohne die besonderen Merkmale dieser Rasse. Bemerkenswert seine Einstellung zum Kommunismus: Er ist eine Weltbewegung; deutscher Kommunismus im Gegensatz zum russischen Kommunismus; Verschmelzung der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Kommunismus auf einer Mittellinie. Walters Äußerungen dagegen: Dabei pflegte die radikalere Richtung die Oberhand zu gewinnen. Mir sagte Loewenstein über Richter Warneken:<sup>84</sup> „Der ist als Richter untragbar. Er hat im Sondergericht 42 Todesurteile unterschrieben.“ Ich wies auf Warnekens Tätigkeit in der Fürsorge für entlassene Strafgefangene hin und hob die menschlichen Eigenschaften hervor. Loewenstein: „Er hätte sein Amt niederlegen müssen.“ Ich: „Man kann nicht von jedem verlangen, daß er Märtyrer wird.“ Er: „Es hat in Deutschland zu wenig Märtyrer gegeben.“ – L[oewenstein] rühmt Wolters als hochbegabt und vorzügliche Kraft.

[...]

<sup>83</sup> Die Demontagen begannen in Bremen im Herbst 1945 und dauerten bis zum Frühjahr 1948. Auf der Liste standen sieben bedeutende Betriebe, u.a. die Deschimag, die Norddeutsche Hütte, die Focke-Wulf Flugzeugbau GmbH, die Weser Flugzeugbau GmbH, das Carl F. W. Borgward Torpedowerk und das Kraftwerk Hastedt; aus anderen Betrieben wurden einzelne Maschinen entnommen. Erhalten blieben die Zementfabrik und die Kokerei der Norddeutschen Hütte und das Kraftwerk, das zwar Anfang 1946 demontiert, mangels eines Interessenten aber im Sept. 1948 wieder aufgebaut wurde. Bei Demontagen waren in Bremen Ende 1945 ca. 2800, im Mai 1947 ca. 1400 Arbeiter beschäftigt (Brandt, Antifaschismus, S. 81).

<sup>84</sup> Dr. Emil Warneken, 1885–1976. Seit 1919 Jugendrichter, später Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor und Vors. einer Strafkammer, 1940–1945 stellvertr. Vors. des Sondergerichts Bremen, seit 1933 Md. der NSDAP, 1948 als „Mitläufer“ eingestuft, aber nicht wieder eingestellt, sondern pensioniert. – Das Bremer Sondergericht verhängte in den fünf Jahren seiner Tätigkeit, von April 1940 bis April 1945, 49 Todesurteile, von denen 42 vollstreckt wurden. W. führte bei den meisten Verhandlungen den Vorsitz und plädierte – entgegen späteren Behauptungen – bei den Nachschau für Härte, so als er sich bei einem 17jährigen Polen, der aus Heimweh eine Scheune angesteckt und dadurch geringen Schaden angerichtet hatte, gegen die gnadenweise Umwandlung der Todesstrafe in eine Haftstrafe aussprach. (Schwarzwälder, Bremen IV, S. 423–436; MarBolek/Ott, Bremen, S. 190; Christoph U. Schminck-Gustavus, Das Heimweh des Walerjan Wróbel. Ein Sondergerichtsverfahren 1941/42, Berlin/Bonn 1986, S. 112–119).

*Montag, 3. September 1945*

[...]

*Dienstag, 4. September 1945*

Einige äußere Verbesserungen des Lebens. Zunahme des Eisenbahnverkehrs, Erweiterung der Post (Briefe für Private zugelassen, desgleichen Telegramme in beschränktem Maße), Programm für die Wiederherstellung der Straßenbahn in den nächsten Monaten. Mitte Oktober soll die Ochtum-Brücke fertig werden; damit Bahnverkehr nach Oldenburg. Mitte Oktober geringe Gasmengen.<sup>85</sup> Montag Beginn der Grundschulen in Bremen.<sup>86</sup> Anderes sehr besorgniserregend, vor allem die schlechte Ernte; besonders Hafer und zweiter Grasschnitt durch Regen verdorben; die Kartoffelernte gefährdet. Nicht mehr als vier Pfund Kartoffeln in der Woche zu verteilen. Baumaterialien fehlen weiter. Die Ziegel-Erzeugung ganz von den Amerikanern beschlagnahmt.

Unsinnige Preispolitik durch Aufrechterhaltung der „Nazipreise“. Das kostet für Weser-Ems 75 Millionen RM Zuschuß im Jahre, davon 38 Millionen für Lebensmittel der deutschen Bevölkerung und 37 Millionen für die Ausländerlager (Polen). Auf Bremen fallen 18 Millionen, mit den Weser-Marschen 22 Millionen RM. *Erörterung darüber im Senat.*<sup>87</sup>

Arbeiterfragen. Fehlen aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Die Amerikaner nehmen alles Material und alle Arbeiter in Anspruch: Bau einer Sporthalle an der Gustav-Deetjen-Allee, eines Cafés bei Hillmanns Hotel an der Contrescarpe. Gerüchte, daß die Enklave aufgehoben werden und an die Briten fallen würde, mit Ausnahme des den Amerikanern verbleibenden Hafens.<sup>88</sup>

Gerücht, daß Kaisen durch Wolters ersetzt werden würde.

[...]

*Mittwoch, 5. September 1945*

Die übliche Arbeitsbelastung und die üblichen Besuche von unglücklichen Flüchtlingen, die vor dem Nichts stehen. In dem verkleinerten Deutschland zwischen Elbe und Rhein zu viel Kopfarbeiter und zu wenig Handar-

<sup>85</sup> Die Militärregierung erteilte am 29.8.1945 die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Gaserzeugung, die auch deshalb von Bedeutung war, um den Holzraubbau zu beenden. Vorerst konnten nur zwei Öfen des Gaswerks angeheizt werden. (Peters, Bremen 1945–1956, S. 26).

<sup>86</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 94.

<sup>87</sup> Es handelte sich um eine Forderung der Landesbauernschaft Weser-Ems für die Subventionierung von Nahrungsmitteln und die Belieferung der Verpflegungsdepots der Ausländer- und Kriegsgefangenenlager in der Zeit vom 1.5. bis 30.9.1945 (Senatsprotokoll 4.9.1945, StAB: 3/3).

<sup>88</sup> Diese Neuregelung erfolgte am 10.12.1945, vgl. Kap. 3, Anm. 279.

beiter. [...] So müssen auch die jungen Leute der Handarbeit sich zuwenden, vor allem auch der Landwirtschaft und dem Gartenbau. Es darf in den sog[enannten] besseren Kreisen kein Vorurteil gegen Handarbeit bleiben. Gorsemann sagte mir: „Mit Kopfarbeit verfällt man jetzt dem Absterben, mit Handarbeit kann man leben.“

Lotte in Jade nachts von Polen ausgeplündert (Wäscheschrank). [...]

Abends Probleme der Beamten-Entlassungen und „Säuberung“ der Wirtschaft mit Arnold und Walter Lisco besprochen. Versuch, den amerikanischen Standpunkt zu verstehen, wenn auch nicht zu billigen. Loewensteins Argumente. Das amerikanische System des Beamtenwechsels bei Parteienwechsel. Anders in England, daher hier andere Entlassungspraxis der Engländer. Über allem die furchtbaren Judenmorde der Nationalsozialisten und ihr Echo in der Welt.

*Donnerstag, 6. September 1945*

Weitere vertrauensvolle Aussprache von Carstens und Lahusen mit Guthrie. Als Lahusen bei weiteren Beamten-Entlassungen im Gericht mit seinem Rücktritt drohte, sagte ihm Guthrie, ein solcher Schritt werde das Bestreben derer auf amerikanischer Seite fördern, die einen Wiederaufbau in Deutschland gar nicht wünschten, sondern einen völligen deutschen Zusammenbruch erhofften. Dazu dürfe es nicht kommen. Die Deutschen müßten Geduld haben. Bessere Zeiten würden für uns wiederkommen. Die Amerikaner müßten lernen, „die deutsche Seite“ zu erkennen und zu verstehen; es seien Anzeichen dafür da, daß dies Verständnis bei vielen Amerikanern hier und auch drüben im Wachsen sei.

Abends nach langer Zeit wieder *Knittermeyer bei uns*. Wertvolle Aussprache unter Teilnahme von Mutter, Arnold, Walter Lisco und mir. Gibt es noch eine deutsche Zukunft? – Nicht politisch, sondern geistig, das heißt so, daß das Eigenste unseres Volkes weiter zur Geltung kommt? Was ist das Eigenste? Das, was in Luther, Kant, Goethe, – von Späteren in Jaspers und Heidegger zum Ausdruck gekommen ist, das Existentielle. Keine Prophezeiung möglich. Drei Möglichkeiten: Die Römisch-Katholische Kirche, der Kommunismus, der deutsche Weg des Glaubens und der Erkenntnis. – Die protestantische Kirche dürfe nicht den römischen Weg der großen Organisation einschlagen; Leben in Gemeinden und Sekten. Das Evangelium muß mit neuen Zungen verkündet werden, auch in neuer äußerer Gestalt. Keine großen Hallenkirchen mehr. Neue Seele und neue Sprache. Das Leid als Wecker und Öffner der Menschen. Nicht Bücher, sondern Wirkung von Mensch zu Mensch. Im gegenwärtigen schweren Geschick sollte jeder das Leben – auch wenn es äußerlich noch so kümmerlich ist – als Geschenk empfinden.

Knittermeyer gab uns wieder eine Fülle von tiefen Gedanken in schöner Prägung. Und solch eine geistige Kraft wird nun aus Amt und Wirken gebracht!!

*Freitag, 7. September 1945*

[...]

Im Senat Erörterung über die Beseitigung von Denkmälern und Straßennamen. Die Amerikaner scheinen einen wahren Bildersturm entfachen zu wollen. Auch die hohen Kunstwerke, wie Hildebrands Bismarck-Denkmal und Hahns Moltke-Denkmal sind zur Beseitigung verurteilt. Es soll der Versuch gemacht werden, sie zu retten. Auch Straßennamen wie Bismarck-Straße und Graf-Moltke-Straße sollen verschwinden, ebenso Blücher-Straße und sogar Walter-Flex-Straße. Für Walter Flex<sup>89</sup> trat – mit mir im Bunde – sogar Senator Wolters ein. Es wurde auch daran erinnert, daß es in Amerika eine Stadt „Bismarck“ gibt, daß Blücher die englische Armee bei Waterloo gerettet hat und das Bild dieser „Belle Alliance“ im englischen Unterhaus hängt. Kaisen sagte: „Nicht jeder Soldat ist Militarist.“ – Kaisen will die Frage mit den Amerikanern verhandeln.<sup>90</sup>

Zu einer Erörterung über die Wahlen zu den Innungen sagte Wolters, in demokratischen Ländern dürften bei Wahlen nur Demokraten ein Stimmrecht haben, nicht frühere Mitglieder der Nationalsoz[ialistischen] Partei.<sup>91</sup>

<sup>89</sup> Walter Flex, 1887–1917 (gefallen), hatte mit seiner romantischen Verklärung der Kriegskameradschaft im „Wanderer zwischen beiden Welten“ (1916) und mit seinen vaterländischen Gedichten großen Einfluß auf die Jugendbewegung.

<sup>90</sup> Die Forderung der US-Militärregierung diente dem in Potsdam proklamierten Ziel der Ausrottung des Nationalsozialismus und Militarismus. In der Senatsitzung stimmten alle, auch Nawrath und Wolters, dem Vorschlag zu, sich wegen des einzigartigen künstlerischen Werts des Bismarck- und Moltke-Denkmal um deren Erhaltung zu bemühen. Wolters wandte sich ausdrücklich gegen einen „Bildersturm“, „wies aber auch auf Gefahren hin, die mit Namen wie Bismarck und Moltke verbunden seien“. (Senatsprotokoll 7.9.1945, StAB: 3/3). Bei Captain Bard erreichte Kaisen die Klarstellung, daß bei der Umbenennung der Straßen nur die Namen von „Militaristen“ verschwinden müßten, „die mit den Nazis nach dem 1.1.1933 in unmittelbarer Verbindung gestanden hätten“. (Besprechungsniederschrift, 7.9.1945, ebenda: 3–R.1.m. Nr. 390). Am 17.12.1945 wurde eine Anzahl von Straßen umbenannt; neben denen mit NS-Namen alle mit monarchistischen und „militaristischen“ Anklängen wie Kaiser-Wilhelm-Platz, Kaiser-, König-, Kronprinzenstraße und die Moltkestraße. Um die Wiederaufstellung des Bismarck-Denkmal entbrannte 1952 ein Streit: Die SPD-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft sprach sich dagegen, Kaisen dafür aus; der Senat beschloß am 12.9.1952 die Wiedererrichtung und am 27.9. stand es auf seinem alten Sockel (Peters, Bremen 1945–1956, S. 271f., 278, 280).

<sup>91</sup> Wolters berichtete im Senat darüber, daß bei den zur Zeit stattfindenden Innungswahlen in einem Fall ein ehemaliger „Pg.“ gewählt worden sei. Er stellte deshalb zur Diskussion, ob früheren Nationalsozialisten das aktive und passive Wahlrecht abzuerkennen sei. (Die US-Militärregierung entschied bei den ersten Kommunalwahlen im Jan. 1946, vgl. Kap. 3, Anm. 81, in diesem Sinne). Für den Augenblick plädierte W. dafür, „die Wahlen bis zur Bereinigung der Wirtschaft“ auszusetzen. Von anderer Seite kam der Vorschlag, alle bereits durchgeführten Wahlen zu annullieren und die HK zu ermächtigen, vorläufige Innungsvorstände einzusetzen. (Senatsprotokoll 7.9.1945, StAB: 3/3).



*Bürgermeister Vagts gestern nachmittag verhaftet.* Grund unbekannt.<sup>92</sup>

Grauenhaft, was man nach und nach über die Konzentrationslager der Nazi und die Ermordungen erfährt, auch über die Pietätlosigkeit. Von Bremen etwa 400 KZ-Insassen gestorben oder umgebracht; nach Anweisung der Gestapo sollte ihre Asche zerstreut werden. Das Friedhofsamt hat das nicht ausgeführt.<sup>93</sup>

Erörterung mit Captain Bard über konfessionelle Schulen (bei Kaisen, der mich zu Hilfe rief). Paulmann hat ohne genügende Fühlung mit den Kirchen gehandelt, als er Gemeinschaftsschulen als alleinige Schulen in Bremen festlegte. Für die Übergangszeit wohl keine andere Lösung möglich, aber man muß den Kirchen Gehör geben – von den Amerikanern ganz zu schweigen.

*Samstag, 8. September 1945*

Feier zu Eröffnung der Schulen in Bremen (der untersten vier Klassen der Volksschule). Nach amerikanischer Art Photographen usw. Die Volksschullehrerschaft als Zuhörer. Stadt-Gouverneur [Oberst Meservey] und Captain Bard sprechen für die Amerikaner, Kaisen und Paulmann für Bremen. Paulmanns Rede wohldurchdacht, voll von pädagogischen und politischen Grundsätzen; starke Wirkung auf die Lehrerschaft, die Beifall klatschte. Aber Kaisens kurze Ansprache menschlich tiefer und warmherziger; die Kinder das einzige, das uns geblieben ist, und der Reichtum des Herzens in uns; aus dem müssen die Lehrkräfte spenden.<sup>94</sup> Seine Schlußworte

<sup>92</sup> Aufgrund eines geheimen OSS-Reports über Vagts wurden in der ersten Augushälfte auf höchster Ebene, von der Abteilung G 5 des Frankfurter Hauptquartiers und der Berliner Dienststelle des Stellv. Militärgouverneurs, Clay, Ermittlungen gegen ihn angestellt, die aber nur zu den bekannten Vorwürfen: Dienst an repräsentativer Stelle im NS-Staat und Begünstigung ehemaliger Nationalsozialisten im Bremer öffentlichen Dienst, führten (National Archives, RG 260, OMGUS: AG 1945–46, Box 15, Folder 2, Kopien im IfZ).

<sup>93</sup> Nach einem Bericht Theils im Senat waren in Bremen in Außenlagern des Konzentrationslagers Neuengamme 480 ausländische und 16 deutsche Häftlinge ums Leben gekommen. Da die Namen nicht mehr feststellbar seien, schlug das Friedhofsamt vor, eine allgemeine Gedenkstätte für die Opfer der NS-Herrschaft zu schaffen. (Senatsprotokoll 7.9.1945, StAB: 3/3). Der Grundstein zum Ehrenmal für die Opfer des Faschismus wurde am 14.9.1947 auf dem Osterholzer Friedhof gelegt, vgl. Kap. 4, Anm. 350.

<sup>94</sup> Bei der Veranstaltung um 10.00 Uhr im ehemaligen Kaiser-Theater am Ostertor betonte Oberst Meservey die Bedeutung der Aufgabe, die Kinder durch die Erziehung für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben der Völker zu gewinnen. Captain Bard betonte die Hochachtung vor den jetzt zugelassenen Lehrern, die sich „Geistesklarheit“ bewahrt und die „Charaktergröße“ besessen hätten, „sich gegen die Mächte der Degradierung und der Unmenschlichkeit einzusetzen“. Sie sollten gegen „das falsche Ideal einer blinden Folgsamkeit ankämpfen“. Senator Paulmann entwickelte die Grundlinien der künftigen Erziehung und rechtfertigte die personelle Säuberung im Schulbereich. Schon in den Kindern „sei die Fähigkeit zu sachlichem Denken zu entwickeln“ und ihnen die Überzeugung zu vermitteln, „daß

über unsere Liebe zu Deutschland wurden vom Dolmetscher weggelassen. Wieder ein Beweis, wie berechtigt das Mißtrauen Kaisens gegen die Dolmetscher ist. Kaisen hat vor etwa 10 Tagen Herzog entlassen, will Nebelthaus Schwiegersohn Jantzen als Dolmetscher. Nun Schwierigkeit, da Jantzen seit 1937 Pg. war.<sup>95</sup>

Als wir von der Feier ins Rathaus zurückkehrten, große Militärparade der amerikanischen Garnison. Menschenmassen auf den Straßen. Militärisches (militaristisches!) Schauspiel.

Walter Lisco hat von Ahlers den Auftrag, für Loewenstein eine Denkschrift über die Frage der Beamten-Entlassungen zu machen. Sie macht ihm große Schwierigkeiten, die aus seinem Innern und aus seiner durch zwei Kriege erschütterten Natur kommen.

[...]

Abends Walter und Arnold einen *Aufsatz von Ernst Jünger über den Frieden*<sup>96</sup> vorgelesen. Gewaltig und eindringlich in Sprache und Gedanken. Der erste Teil „Die Saat“ eine erschütternde Schilderung der Zustände der

alle wahre Kultur im Geistigen wurzelt und Dienst an der Menschheit ist“. (Bericht im Weser-Boten Nr. 13 v. 15.9.1945). Kaisen hob hervor, „daß der Wiederaufbau auch eine geistige und moralische Angelegenheit erster Ordnung“ sei, weshalb die Lehrer unter äußerlich schwierigen Bedingungen kraft ihres inneren Reichtums große Leistungen vollbringen müßten. Sie hätten „den Kindern ein geistiges Zuhause und eine Stätte kindgemäßen Lebens zu schaffen“, aber sie auch „fähig und stark zu machen, den Ansprüchen des Lebens, des Staates und der Wirtschaft zu genügen“. (Kaisen, Bereitschaft, S. 36f.) – Der Unterricht für die Grundschüler begann am 10.9.1945; die Oberschulen wurden am 1.12.1945, die Berufs- und Fachschulen im März 1946 wieder eröffnet. Am 21.8.1945 waren in Bremen 29000 Volksschüler registriert worden.

<sup>95</sup> Hermann M. Jantzen, geb. 1893. Kaufmann, zu dieser Zeit Übersetzer im Schönmann-Verlag, nach Mitteilung Kaisens an Captain Bard 1938/39 Md. der NSDAP (Besprechungsniederschrift, 4.9.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390), Einstellung als Dolmetscher am 24.9. von der Militärregierung abgelehnt, aber als Übersetzer beim Präsidenten des Senats zugelassen.

<sup>96</sup> Ernst Jünger, geb. 1895, hochdekorierte Frontoffizier im Ersten Weltkrieg, war mit seiner Kriegsdichtung (z.B. In Stahlgewittern, 1920) und seinem schriftstellerischen Plädoyer für den „deutschen Sozialismus“ (Der Arbeiter, 1932) einer der Hauptexponenten der „Konservativen Revolution“. Vom Nationalsozialismus war er aber zunehmend enttäuscht; sein Buch „Auf den Marmorklippen“ (1939) wurde als Ausdruck seiner geheimen Gegnerschaft verstanden. 1940–1944 gehörte J. zum Stab des deutschen Oberbefehlshabers in Paris, 1944 wurde er wegen seiner Kontakte zum dortigen Widerstandskreis als „wehrunwürdig“ entlassen. Die Schrift „Der Friede“ ging auf einen Vortrag von 1941 im Kreis befreundeter Offiziere zurück. 1943/44 stark überarbeitet und erweitert, kursierte sie zunächst in illegalen Abschriften, bevor sie 1945 als Buch erscheinen konnte (Ernst Jünger, Der Friede. Ein Wort an die Jugend Europas und an die Jugend der Welt. o.O. o.J. [Die Argonauten 1945]). Im ersten Teil schildert J. schonungslos die nationalsozialistischen Verbrechen in den Konzentrationslagern und die Massenmorde in Osteuropa, ohne allerdings die Juden als Opfer zu erwähnen. Im zweiten Teil empfiehlt er ein Vereinigtes Europa als Rettung. Die in Klammern beigefügten Seitenzahlen beziehen sich auf die Ausgabe von 1945.

letzten Jahre in Deutschland und der Welt. Der zweite Teil „Die Frucht“ der Ausblick auf Aufgabe und Rettung. Ziel: 1. Lösung der *Raumfrage*. Lösung nicht durch Eroberung, „sondern durch Bündnis, durch Vertrag. Die Erde muß für alle Brot haben“. [S. 37] Schaffung eines geeinten Europas, reich gegliedert, aber zusammengefaßt. Einheitlich alles, was technisch ist (einschließlich Wirtschaft, Industrie, Verkehr, Handel). Freiheit und individuelle Entwicklung da, wo die Menschen und Völker verschieden sind, z.B. Geschichte, Sprache, Kultur, Sitten, Gebräuche, Gesetze, Bildung, Kunst, Religion. Europa soll Vaterland werden, es bleiben die Mutterländer. 2. Lösung der *Rechtsfrage*. Zu achten die Rechte, Freiheit und Würde des Menschen. Kein Friede dauernd als der, der unter freien Völkern geschlossen wird. 3. Verwirklichung der neuen Ordnung, d.h. der Lebensformen des Arbeiters. Der Rechtsvertrag muß zugleich „heiliger Vertrag“ werden. Wir werden „tiefer in die Vernichtung schreiten, wenn die Wendung eine humanitäre bleibt und nicht von einer *theologischen* begleitet wird“ [S. 44]. Die „Technokraten“ müssen abdanken. Die Bekämpfung des Nihilismus muß sich in der Brust des einzelnen vollziehen. Die Kirchen bedürfen der Erneuerung. Mannigfaltigkeit der Kirchen möglich. „Die Einheit des Abendlandes, zum ersten Mal seit dem Reiche Karls des Großen verwirklicht, darf sich nicht auf die Zusammenfügung von Ländern, Völkern und Kulturen beschränken, sondern sie muß auch in der Kirche wieder auferstehen.“ [S. 51] Verantwortung jedes einzelnen. „Ein kleines Licht ist größer, ist zwingender als sehr viel Dunkelheit. Das gilt auch für den, der fallen muß. Er schreitet im guten Stande durch höhere Pforten in die Ewigkeit. Der eigentliche Kampf, in dem wir stehen, spielt sich ja immer deutlicher zwischen den Mächten der Vernichtung und den Mächten des Lebens ab. In diesem Kampfe stehen die gerechten Krieger Schulter an Schulter wie je die alte Ritterschaft. Der Friede wird währen, wenn das zum Ausdruck kommt.“ [S. 54]

Motto zum zweiten Teil: „Nicht im Gleichmaß der bürgerlichen Welt, sondern im apokalyptischen Donner werden Religionen wiedergeboren.“ (Walter Schubart).<sup>97</sup>

[...]

Sonntag, 9. September 1945

[...]

Abends Dr. von Poll (Hamburg)<sup>98</sup> über die Gründung einer überkonfessionellen christlich-demokratischen Partei. Aussprache darüber mit Wal-

<sup>97</sup> Walter Schubart, Europa und die Seele des Ostens, Luzern 1938.

<sup>98</sup> Dr. Friedrich von Poll, 1902–1983. Studium der Politischen Wissenschaften. 1927–1934 Referent der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, 1935–1938 Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, 1938–1945 der Reichsgruppe Handel und der Wirtschaftsgruppe Außenhandel, 1945–1946 ge-

ter L[isco] und Arnold. Arnold für Kollektivismus in Verkehr, Wirtschaft usw., Freiheit im Geistigen.

*Montag, 10. September 1945*

Weitere Verhaftungen (Oberregierungsrat Lürman).<sup>99</sup>

Kaisen möchte die von den Amerikanern gewünschte Geschichte Bremens von 1933 bis [19]45 mit besonderer Darstellung der Auswirkung des Krieges dahin erweitern, daß die menschlichen Schicksale mitgeschildert werden.

[...]

*Dienstag, 11. September 1945*

Um 9 Uhr mit Karl Carstens zur Eröffnung des Landgerichts im Auto nach Wesermünde gefahren. [...] Reden: der dortige Governor, ich,<sup>100</sup> Landgerichtspräsident Dreyer und ein Vertreter der Stadt. Nachher Besprechungen mit verschiedenen Richtern. [...]

Schöne Fahrt durch die Landschaft mit ihren Feldern, Weiden und Wiesen, ihren Gehölzen und Heideflächen. Die Heide in Blüte. Befreiend die Weite angesichts der städtischen Überfüllung und die Unberührtheit vom Kriege angesichts der Ruinen in Wesermünde und noch erschütternder im Westen Bremens. [...]

*Mittwoch, 12. September 1945*

*Wenhold gestern verhaftet.* Das Verfahren soll mit Reisen in das besetzte Gebiet zusammenhängen. Kaisen ist jede Auskunft verweigert. Bezeichnend, daß der Vertreter des Governors bei Kaisen, Captain Bard, von der Verhaftung nichts wußte und sie erst von Kaisen erfuhr. „CIC“<sup>101</sup> geht den eigenen Weg, ohne Verbindung mit den örtlichen Stellen der Militär-Regierung. Kaisen besprach die Sache mit Apelt, Nolting-Hauff und mir und wollte eine Art Immunität für die Senatsmitglieder von den Amerikanern verlangen. Das ging uns zu weit, aber mindestens gleichzeitige Auskunft in solchem Falle an den Präsidenten des Senats und Verhaftung nur in schweren Fällen und bei dringendem Verdacht. Wir Senatoren sind doch alle von der Militär-Reg[ierung] geprüft, ehe wir von ihr als Senatoren zugelassen wurden. – Im Senat hat Kaisen gestern mitgeteilt, daß wir die Denkmäler

schäftsführendes Md. des Wirtschaftsrates Nord, 1946–1962 Hauptgeschäftsführer der IHK Koblenz und seit 1947 der Arbeitsgemeinschaft rheinland-pfälzischer Industrie- und Handelskammern; vor 1933 Md. des Zentrums, 1945 Gründungsmd. der CDU Hamburg.

<sup>99</sup> Arminius Lürman, 1884–1954. ORR beim Stadt- und Polizeiamt Bremen.

<sup>100</sup> Manuskript der Rede im StAB: NL Spitta 7, 63–1/1.

<sup>101</sup> Counter Intelligence Corps, Geheimdienst der US-Armee.

behalten würden und daß nur die Straßennamen politischer Art seit 1933 entfernt werden sollten.<sup>102</sup> Ich weiß nicht, ob es sich vorher um ein Mißverständnis gehandelt hat, oder ob die Amerikaner zurückgewichen sind; ein Leutnant hatte jedenfalls die Bismarckstraße beanstandet, worauf der Dolmetscher Dr. Friese<sup>103</sup> gesagt hatte, in den Vereinigten Staaten gebe es eine Stadt „Bismarck“.

Baudirektor Dronke bei mir wegen der „Umgestaltungsgebiete“ der Stadt (Bausperre usw.). Neue Stadtplanung.<sup>104</sup>

Mit Brabant Lage der Wirtschaft und Entlassungswelle bei den Wirtschaftsführern.<sup>105</sup> Brabant-Stiftung. Frage der christlich-demokratischen Partei; Brabant sagt: „Das Zentrum kommt nicht wieder. Den Geistlichen soll verboten werden, Politik zu treiben.“ Möglichkeit einer Einigung mit anderen Gruppen (Evangelischen und Demokraten).<sup>106</sup>

<sup>102</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 90.

<sup>103</sup> Dr. Curt Friese, geb. 1915, juristischer Hilfsarbeiter im Auswärtigen Amt, seit Mai 1945 Dolmetscher und Verbindungsmann des Präsidenten des Senats und des Senators für Häfen und Schifffahrt zur Militärregierung, 1947 Bremer Vertreter beim Länderrat in Stuttgart und bei den Sitzungen der Konferenz der Ministerprärs. der Britischen Zone, 1948–1951 Tätigkeit in den USA, 1952 Protokollchef des Bremer Senats, 1953 Regierungsrat, 1953–1964 diplomatische Tätigkeit in Japan, 1964–1974 in Großbritannien, 1974–1980 Botschaftsrat in Tokio.

<sup>104</sup> Dr. Ing. Wolfgang Dronke, 1906–1959. Architekt, 1945/46 kommissarischer Baudirektor in Bremen, Sohn des auf S. 372 erwähnten Dr. Kurt Dronke (1871–1948). – Dronke hatte am 11.9.1945 im Senat über die Pläne zum Wiederaufbau Bremens berichtet und dabei die Festlegung von „Umgestaltungsbezirken“ gefordert, in denen ein allgemeines Bauverbot oder erhebliche Baubeschränkungen angeordnet werden sollten, um die „notwendigen Umgestaltungs- und Auflockerungsmaßnahmen“ nicht noch weiter zu erschweren. Er wurde wegen der rechtlichen Regelungen an Spitta verwiesen (Senatsprotokoll 11.9.1945, StAB: 3/3).

<sup>105</sup> Nachdem die Militärregierung am 11.9. bei 24 von 29 überprüften Betrieben die Entlassung von leitenden Mitarbeitern angeordnet hatte, ersuchte die HK am 12.9. den Senat in zwei Eingaben um seine Intervention. In der zweiten forderte sie, 24 namentlich aufgeführte Personen aus 13 Unternehmen „im Interesse der Aufrechterhaltung des Betriebes“ bis auf weiteres in ihren Stellungen zu belassen. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 432). In diesem Zusammenhang erfolgte der Besuch Brabants, vgl. Kap. 2, Anm. 29.

<sup>106</sup> Nach der Zulassung politischer Parteien in der SBZ und der Gründung der CDUD in Berlin im Juni 1945 begannen auch in den Westzonen Bemühungen um die Bildung einer großen bürgerlichen Sammelpartei, z.T. im Kontakt mit Mitbegründern der Berliner Partei. Nachdem sich erste Pläne, über Klassengrenzen und weltanschauliche Gegensätze hinweg eine deutsche „Labour-Party“ unter Einschluß der nicht kommunistischen Arbeiterschaft zu bilden, bald als illusionär erwiesen hatten, sollte das Bürgertum rechts von der Sozialdemokratie zusammengefaßt werden, wobei man u.a. an Gemeinsamkeiten von evangelischen und katholischen Kreisen, konservativen und liberalen Regimegegnern in der Opposition gegen den Nationalsozialismus anknüpfte. Die Gründung einer überkonfessionellen christlichen Partei – im Unterschied zum alten Zentrum, das hauptsächlich im katholischen Sozialmilieu Rückhalt gefunden hatte – wurde auch von der katholischen und evangelischen Kirche in Deutschland unterstützt. Im Aug. entstand diese neuartige bürgerliche

Nachmittags kommen *Paula* und ihr *Dozent Dr. Müller-Wille*<sup>107</sup> von ihrer geographischen Fahrt aus dem Oldenburger Lande zurück. Anregen der Austausch, besonders nach dem Abendbrot. Allgemeine politische, wirtschaftliche und geistige Lage. Müller-Wille geht vom Geistigen, vor allem vom Christlichen aus. [...]

Großer Andrang der Kriegsstudenten an den Universitäten aus Hunger nach Geistigem, mehr noch aus dem Verlangen nach einer neuen Ausrichtung im Leben. Zum Schlusse Erörterung „Müller gegen Arnold“ über Planung des Wirtschaftlichen und Geistigen.

*Donnerstag, 13. September 1945*

[...]

Unkraut<sup>108</sup> mit dem Programm der „Demokratischen Vereinigung“. Nachmittags Böhmert<sup>109</sup> mit der Absicht, die alten Demokraten zusammenzurufen. Alle an Lebensalter und politischen Ansichten veraltet. Da eine Zusammenfassung aller sog[enannten] Bürgerlichen mit den Sozialdemokraten nicht möglich ist, wie ich nach dem Vorbild der englischen Labour Party gewünscht hätte,<sup>110</sup> muß wenigstens versucht werden, das Bürgertum auf sozialem und christlichem Boden zu einigen; vor allem machte ich gegenüber Böhmert geltend, daß wir mit dem katholischen Zentrum zusammengehen müßten.

Sammelpartei in verschiedenen Orten Schleswig-Holsteins, wohin der Berliner Mitbegründer Theodor Steltzer zurückgekehrt war, im Rheinland, u.a. in Köln, und in Westfalen, im Sept. auch in der US-Zone, zuerst am 15.9.1945 in Frankfurt/M. (Brigitte Kaff, Eine Volkspartei entsteht – Zirkel und Zentren der Unionsgründung, in: Günter Buchstab und Klaus Gotto (Hrsg.), Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/Wien 1981, S. 70–101; A. R. L. Gurland, Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, hrsg. v. Dieter Emig, Frankfurt/M. 1980, S. 174; Schmidt, Zentrum oder CDU, S. 154–229).

<sup>107</sup> Dr. Wilhelm Müller-Wille, 1906–1983. Geograph, 1941–1943 Dozent in Münster, 1943–1947 in Göttingen, seit 1948 ord. Professor in Münster.

<sup>108</sup> Henry Jules Unkraut, geb. 1879, Baumwollspediteur.

<sup>109</sup> Dr. Wilhelm Böhmert, 1866–1946. Jura- und Mathematikstudium in Tübingen, Leipzig und Berlin; 1895 Gerichtsassessor in Einbeck; 1900–1933 Direktor des Bureaus für Bremische Statistik (ab 1921 Stat. Landesamt Bremen), im Juli 1933 aus dem Staatsdienst entlassen; 1909–1930 MdBü (Fortschrittliche Volkspartei, Deutscher Vaterlandspartei, DDP), 1919 Md. der Nationalversammlung, 1920 Senator, 1945 am Aufbau der BDV beteiligt. Vgl. Brem. Biogr., S. 58ff.

<sup>110</sup> Pläne zur Gründung einer der sozialen Zusammensetzung nach möglichst umfassenden, um Ausgleich der Klassen- und Interessengegensätze bemühten „Labour Party“, die Bürgertum und Arbeiterschaft in ihren Reihen vereinigen sollte, waren damals sehr verbreitet. In Berlin hatte es im Mai 1945 konkrete Verhandlungen darüber zwischen Anhängern des Zentrums und der SPD gegeben. Ähnliche Bestrebungen sind z.B. in Paderborn, Frankfurt/M. und Hamburg nachweisbar [Schmidt, Zentrum oder CDU, S. 160–175 und Helmut Stubbe-da Luz, Von der „Arbeitsgemeinschaft“ zur Großstadtpartei – 40 Jahre Christlich-Demokratische Union in Hamburg (1945–1985), Hamburg o. J. (1986), S. 28–30].

Mit Baudirektor Dronke Auflockerung der Stadt, Sperrgebiete (Umgestaltungsgebiet), Bebauung von außen nach innen.<sup>111</sup> Abends dasselbe mit Arnold, der radikal die Frage aufwirft, ob wir noch eine Stadt im alten Sinne brauchen.

[...]

*Freitag, 14. September 1945*

Im Senat Vorlage der Beiräte in der Verwaltung genehmigt.<sup>112</sup> Kaisens Bericht über die Verhandlung mit den Amerikanern über die Entlassungen in Staat und Wirtschaft, Ausschuß mit amerikanischem Vorsitz und zwei deutschen Beisitzern zur Nachprüfung.<sup>113</sup> Wenig Verständnis der Amerikaner für die Schwierigkeiten der Wirtschaft bei Entlassung der Betriebsführer. Versuch der Belegschaften, Betriebe in die Hand zu bekommen und Betriebsführer aus ihrer Mitte zu ernennen (angeblich auf Befehl der amerikanischen Offiziere).<sup>114</sup> Auch nachmittags bei weiteren Verhandlungen.

<sup>111</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 104.

<sup>112</sup> Gemeint ist die Wiedererrichtung der Deputationen, die zunächst als „Beiräte“ der Behörden bezeichnet wurden, vgl. Kap. 2, Anm. 58 und Kap. 3, Anm. 559.

<sup>113</sup> Am 11.9.1945 stimmte Captain Bard in einer Besprechung mit Kaisen der Bildung eines Ausschusses, bestehend aus zwei deutschen Beisitzern und einem Amerikaner als Leiter, zu, der die Einsprüche von angeblich zu Unrecht entlassenen Beamten prüfen sollte; bei unterschiedlichen Voten der beiden Deutschen hatte der Vors. zu entscheiden. (StAB: 3-R.1.m. Nr. 390). Der Ausschuß wurde durch Verfügung Kaisens vom 19.9.1945 errichtet. Im Jan. 1946 mußte er seine Tätigkeit erheblich einschränken, weil nun aufgrund einer Anordnung der Militärregierung vom 23.1.1946 Beamte und Staatsangestellte nur noch Widerspruch gegen ihre Entlassung einlegen durften, wenn ihre Wiedereinstellung im Interesse der Besatzungsmacht war (Bericht von Osterloh, Regierungskanzlei, 15.4.1946, StAB: 3-B.10.b. Nr. 4).

<sup>114</sup> Aufgrund von Protesten und Eingaben der HK gegen die Entlassung von Betriebsführern (vgl. Kap. 3, Anm. 105) hatte sich Kaisen am 11.9.1945 bei der Militärregierung für die Ernennung eines Prüfungsausschusses auch für den Bereich der Wirtschaft eingesetzt. Bard lehnte den Vorschlag am 14.9. ab, da höchste Stellen der US-Militärregierung entschieden hätten, bei den Entlassungen aus der Industrie keine Ausnahmen zuzulassen, auch nicht für begrenzte Zeit: „Je länger man mit der Durchführung dieser Maßnahme zögere, je schwieriger werden die Lage. Die Arbeiter und Angestellten würden eine weitere Verzögerung auch nicht verstehen.“ Es solle lediglich ein Ausschuß ernannt werden, unter Hinzuziehung eines Vertreters des Senats und der HK, der den Firmeneigentümern bei der Auswahl geeigneter Nachfolger helfe. In welcher Form die gesäuberten Betriebe neu aufgebaut würden, sei Sache der Deutschen. Wenn keine andere Lösung gefunden werde, empfehle die Militärregierung, einen gemeinsamen Ausschuß von Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber zur Leitung des Einzelbetriebes einzusetzen, „also eine Art Produktiv-Genossenschaft“ zu bilden, womit man in den USA in der Kriegswirtschaft gute Erfahrungen gemacht habe. Bei den ausgesprochenen Entlassungen müsse es aber bleiben. (StAB: 3-1.m. Nr. 390; Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 439–434). Dieser harte Kurs ging auf Anordnungen General Clays zurück, der im Hinblick auf die geplante teilweise Übertragung politischer Aufgaben

gen Kaisens mit den Amerikanern nicht erreicht, daß einzelne Entlassungen, wie die von Scipio,<sup>115</sup> rückgängig gemacht werden.

Wie das höhere Amerikanische Gericht Kurz' Berufung stattgegeben und ihn nur zu 100 Dollar Strafe verurteilt hat, so ist jetzt *Wenhold aus der Haft* entlassen.<sup>116</sup> Verfahren wegen seiner Auslandsreisen. Die beiden Vernehmungen hätten auch ohne Verhaftung vor sich gehen können. Die amerikanische Justiz kann etwas ihr Ansehen wiederherstellen, wenn sie nun das Urteil gegen Kurz in der Zeitung veröffentlicht, wie sie vorher die schwere Verurteilung Kurz' in häßlicher und entstellender Weise veröffentlicht hat. Übrigens sind die legal officers wütend über das Vorgehen von „CIC“ und über die vielen Verhaftungen.

[...]

*Samstag, 15. September 1945*

Gehetzte Amtsarbeit. Frage der Treuhänderbestellung bei den herrenlos oder führerlos gewordenen Betrieben.<sup>117</sup>

[...]

auf deutsche Stellen Kritik in den Vereinigten Staaten an ungenügender Entnazifizierung der deutschen Verwaltung und Wirtschaft unbedingt vermeiden wollte (vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 229–240). Im Senat präziserte Kaisen, daß die deutschen Beisitzer der Berufungsausschüsse wie auch Senat und HK lediglich Vorschläge zu machen hätten, die Militärregierung aber weiterhin allein über die Entlassungen aus Verwaltung und Wirtschaft sowie die Berufungen von Nachfolgern für die ausgeschiedenen Betriebsführer entscheide. Nach Mitteilung von Harmssen hatten in Einzelfällen Betriebsvertretungen im Einvernehmen mit dem Landesarbeitsamt kommissarische Betriebsführer eingesetzt. Apelts heftigen Protest gegen die Unrechtmäßigkeit dieser Praxis erledigte Kaisen mit dem Hinweis, daß diese Zwischenlösungen mit der Ernennung von Treuhändern durch die Militärregierung ohnehin ihr Ende fänden (Senatsprotokoll 14.9.1945, StAB: 3/3).

<sup>115</sup> Gustav Scipio, 1872–1949. Kaufmann, Mitinhaber der Fruchthandelsgesellschaft Scipio und Fischer. Nach Tätigkeit in mehreren Fabriken der Nahrungsmittel- und chemischen Industrie in Rheinland und Westfalen 1902 Mitbegründer eines Südfruchtimportunternehmens in Bremen, das sich nach dem Ersten Weltkrieg zum größten des europäischen Kontinents entwickelte, Mitorganisator und bis 1919 Geschäftsf. Vors. der Reichsgetreidegesellschaft in Berlin, Md. der Waffenstillstandskommission in Spa, 1931–1933 Präses der HK Bremen, nach deren Neubildung im Juli 1933 Vizepräses, 1933 Md. des Deutschen Herrenklubs – Berlin, lebte während des Zweiten Weltkriegs zurückgezogen auf seinem Landgut, nach Kriegsende Wiederaufbau seines Unternehmens in Bremen, im Sept. 1945 entlassen und erst zum 1.6.1948 für die Firmenleitung wieder zugelassen. Vgl. Brem. Biogr., S. 480ff.

<sup>116</sup> Vgl. die Eintragungen vom 31.7. und 12.9.1945.

<sup>117</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 114.



*Sonntag, 16. September 1945*

[...]

*Nachmittagstee mit elf Menschen:* wir Eltern, die drei Schwestern: Marg[arete], Eva und Paula, Lotte, Onkel Walter, Frau Dr. Bücking, Klaus, Lutz, Christoph.<sup>118</sup> Mancherlei über die intensive landwirtschaftliche und gärtnerische Bebauung Deutschlands und über die bremischen Siedlungspläne<sup>119</sup> geredet. Frage, ob es einen Mittelweg oder dritten Weg zwischen Bolschewismus und Dollarkapitalismus, zwischen totalem Kollektivismus und freier kapitalistischer Privatwirtschaft, zwischen der Allgewalt des Staates und der Allgewalt des Individuums gibt. Gleichbedeutend mit der Frage, ob das „Abendland“ zwischen Rußland und Amerika gerettet werden kann. Deutschland, England, Frankreich und Italien in geistiger, religiöser und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Es ist die Hoffnung, für deren Verwirklichung ich arbeite. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß auch in Amerika die abendländischen Kräfte einmal wieder mehr Gewicht bekommen.

[...]

*Montag, 17. September 1945*

[...]

*Dienstag, 18. September 1945*

Im *Senat* Nolting-Hauff über den bremischen Staatshaushalt. „Galoppierende Schwindsucht“, sagte Senator Harms[en]. Fehlbetrag etwa 32 bis 35 Millionen Reichsmark im Jahre 1945, die Amerikaner lehnen neue Steuern und Steuererhöhungen, sowie den Abbau der Ausgaben ab (ebenso die Engländer in Hamburg).<sup>120</sup> Bremen lebt von seinen Reserven und kann es etwa ein Jahr – bis 1946 – noch aushalten. Andere Städte, wie zum Beispiel Wesermünde, sind in wenigen Monaten zu Ende. Enormer Rückgang aller Steuern. Versuch, bei den Amerikanern eine Verdoppelung der bremischen Grundsteuer, die von 13 Millionen auf 6½ Millionen Reichsmark zurückgegangen ist, zu erreichen. – [Ehlers:] Frage des Wohlfahrtshaushaltes, insbesondere der Kosten der Arbeitslosen. Hamburg hat für Familien von zwei Eltern und zwei Kindern ein Existenzminimum von 168 Reichsmark im Monat ausgerechnet; volle Beschäftigung als Arbeiter kostet ungefähr dasselbe! Einsatz der Arbeitslosen für notwendige Arbeiten, die in

<sup>118</sup> Bei den bisher nicht genannten Familienmitgliedern handelt es sich um: Margarete, geb. 1909, älteste Tochter Spittas, Psychagogin, verheiratet mit Hans Bücking. Lutz Bücking, 1917–1956, jüngster Sohn von Dr. Kurt Bücking, Bewährungshelfer, heiratete später Dr. Paula Spitta. Christoph, Enkel Spittas, Sohn von Walter und Lotte.

<sup>119</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 61.

<sup>120</sup> Vgl. Scherpenberg, Öffentliche Finanzwirtschaft, S. 182–201.

Fülle da sind (Trümmerbeseitigung usw.). Wenhold gibt Zahlen über die Mittel- und Kleinindustrie Nordwestdeutschlands, die etwas ermutigender sind, als die Lage der Großindustrie. Von 930 Lieferanten seiner Firma sind 407 postalisch erreichbar; etwa 300 haben geantwortet; 264 in Ordnung und Betrieb; 101 beschäftigt.

Die russische Besatzungszone scheidet anscheinend aus dem Restdeutschland aus;<sup>121</sup> nur die britisch-amerikanische Zone unter deutscher Zentralregierung zusammenzufassen. In Sachsen ebenso wie in Berlin alle Guthaben vor dem 8. Mai annulliert.<sup>122</sup>

*Mittwoch, 19. September 1945*

[...]

Mittags 2 Uhr mit Margarete in der Aufführung von Goethes „Stella“ (mit dem tragischen Schluß von 1805 statt des „Gleichen“-Schlusses von 1776). Eindrucksvolle Darstellung (Stella: Ursula Burg, Caecilie: D.M. Fricken, Fernando: Kleinau). Der äußere Rahmen dürrig; der Raum in der Concordia ausgebombt,<sup>123</sup> harte Stühle. Aber das Äußere gleichgültig; die schauspielerische Leistung trat desto glänzender hervor. Muß man nicht auch beim Neubau der Theater auf äußerste Einfachheit und auf Gleichheit der Plätze zurückgehen? Nicht nur aus Gründen der Ersparnis, sondern auch aus inneren Gründen, um zu einer Vergeistigung und Verinnerlichung zu kommen, wie vielleicht auch die Zerstörung der großen Hallenkirchen die Neugeburt der evangelischen Kirche fördern kann.

Die Oper ist noch nicht wieder zu schaffen; es fehlt an den erforderlichen Räumen. Die Konzerte beginnen aber; freilich nicht in der Glocke, die von den Amerikanern als Kino benutzt und nicht einmal für einen Abend im Monat für ein philharm[onisches] Konzert freigegeben wird; man muß sich mit Kinoräumen behelfen. – Als erstes kamen natürlich einige Kinos in Gang.

So gibt es immerhin wieder einiges städtische[s] Leben. Auch die Straßenbahn dehnt ihren Betrieb aus. Das wirtschaftliche Leben ist aber traurig und wird durch die Entlassungen der Betriebsführer, die Pgs waren, noch schwieriger. Ein Fortschritt nur, daß die Weser wieder minenfrei ist und damit die stadtbremischen Häfen in Betrieb kommen. – Aber die Ernährung?!

<sup>121</sup> Die Sowjetische Besatzungsmacht hatte in ihrer Zone seit dem 10.8.1945 mit dem Aufbau von elf zentralen deutschen Fachverwaltungen begonnen, deren Errichtung am 12.9. in der Presse bekanntgegeben wurde; vgl. Kap. 3, Anm. 75. Spitta gibt hier die Einschätzung Nolting-Hauffs wieder.

<sup>122</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 179.

<sup>123</sup> Es handelt sich um die Eröffnungsvorstellung des Bremer Künstlertheaters (bis August 1946 von Willy A. Kleinau geleitet), die im früheren Tanzsaal der Concordia-Gaststätte stattfand.

Nachmittags mehrstündige Sitzung über Zulassungsgesuche der Juristen.

Neue Zeitung „Weser-Kurier“, antifaschistisch, aber „überparteilich“, „vom demokratischen Bürgertum bis zu den Kommunisten“.<sup>124</sup>

Sozialdemokrat Hackmack<sup>125</sup> Konzessionsinhaber. Zweimal wöchentlich. Fortschritt: Aufnahme von privaten Anzeigen, wenn auch nur in ganz geringem Umfange.

*Donnerstag, 20. September 1945*

[...]

*Freitag, 21. September 1945*

Im Senat wieder Entlassungsfragen der Wirtschaft,<sup>126</sup> Stellungnahme der Handelskammer von Kaisen kritisiert: „Die Handelsk[ammer] verliert ihren Ruf, und sie hat einen Ruf zu verlieren!“ Nach Kaisens Meinung alle Darlegungen der H[andels]k[ammer] zu allgemein; nichts Konkretes. Ausschuß gebildet.<sup>127</sup> – Brennholznot Bremens, weil die Engländer kein Holz aus Hannover herauslassen wollen. Die Amerikaner stumme Zeugen der Verhandlung mit den Engländern (Hillmanns fachkundige Bemühungen). – Erörterung über geplante Bedarfswirtschaft, die auch nach meiner Ansicht nötig.<sup>128</sup> – Müllverarbeitung zu Dünger. Gemüsekulturen für die Versorgung der Stadt.

Mit Margarete, Walter Lisco, Irmgard Pieschel<sup>129</sup> und Ehepaar Carstens im Dom: Brahms Requiem. 1868 Uraufführung im Dom in Bremen. Welch ein Zeitenwandel seitdem: die hoffnungsreichste Zeit Bismarcks und der Reichsgründung damals, und jetzt der tiefste Fall der deutschen Geschich-

<sup>124</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 32.

<sup>125</sup> Hans Hackmack, 1900–1970. Journalist und Schriftsteller, Sozialdemokrat, 1933–1945 Berufsverbot, in der NS-Zeit fünf Jahre Haft wegen illegaler sozialdemokratischer Betätigung, Sept. 1945–1960 Lizenzträger und Chefredakteur, bis 1970 Mithrsg. des Weser-Kurier, 1946–1948 MdBü.

<sup>126</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 114.

<sup>127</sup> Nachdem ein Berufungsausschuß für die entlassenen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes bereits am 19.9. errichtet worden war, beschloß der Senat jetzt aufgrund einer Genehmigung der Militärregierung vom 17.9. die Bildung eines entsprechenden Ausschusses für die Wirtschaft. Er bestand aus acht von der HK nominierten Vertretern des Handels, der Industrie, der Banken und des Handwerks. Der Ausschuß kam am 2.10.1945 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, konnte aber wegen des Inkrafttretens des US-Militärregierungsgesetzes Nr. 8 am 26.9. nicht mehr tätig werden. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 433f.). Vgl. Kap. 3, Anm. 114.

<sup>128</sup> Spitta stimmt hier einem Vorschlag Wolters' zu, der es im Senat als unerlässlich bezeichnet hatte, „die Arbeitskräfte, das Material und die Produktion von Staats wegen zu lenken, um die Zahl der Erwerbslosen des kommenden Winters auf ein Minimum herabzudrücken.“ (Senatsprotokoll 21.9.1945, StAB: 3/3).

<sup>129</sup> Wirtschaftsleiterin, kurze Zeit in Spittas Haushalt tätig.

te! Und doch – haben die siegreichen, optimistischen Deutschen damals das Requiem so gehört und aufgenommen wie die geschlagenen, leiderfüllten Deutschen heute? Das Äußere auch symbolisch: der Dom teilweise offen; Trümmer im Nordschiff; alle Fenster ohne Glas; der Wind fegte durch den Raum. Das Geräusch der Autos der Sieger schallte von der Straße in die Kirche. [...]

*Samstag, 22. September 1945*

Ahlers und ich bei Capt[ain] Bard und einem amerik[anischen] Major aus dem Hauptquartier; Besprechung der kirchlichen Verhältnisse der Enklave. Angenehmer Ton und freundliche Formen. Das ist leider nicht bei allen Amerikanern und Engländern so. Die Engländer, mit denen Hillmann über Brennholzlieferungen verhandelt, haben brutal verlangt, daß wir in der Enklave alle Bäume restlos schlügen. „Was lieben Sie mehr: den Bürgerpark oder die frierenden Kinder?“ – Zwar hat Eisenhower jetzt den Verkehr der Amerikaner mit deutschen Familien in ihren Häusern genehmigt.<sup>130</sup> Aber als der Vorstand der Philharmonischen Gesellschaft anregte, bei dem nur für die Amerikaner gegebenen ersten Philharmonischen Konzert in der Glocke den Senat einzuladen, haben die Amerikaner das abgelehnt. Und nächsten Dienstag kann keine Senatssitzung sein, da die Amerikaner unser Sitzungszimmer für eine Hochzeit benutzen wollen, obgleich ihnen alle Festräume des Rathauses zur Verfügung stehen.<sup>131</sup>

[...]

Artikel des Universitätsprofessors Thielicke für die amerikanische Presse über die religiöse Lage, Christentum, Säkularisation, Dämonien.<sup>132</sup> Wo Gott vertrieben wird, dringen die Dämonen ein. Auch die anderen Länder in Gefahr dieser Dämonien. – Kein politisches System kann retten, wenn nicht der Mensch innerlich gewandelt wird. Das demokratische System in derselben Gefahr, wenn Gottlosigkeit herrscht.

<sup>130</sup> Nachdem der Kontrollrat in seiner 6. Sitzung die weitere Lockerung des Fraternisierungsverbots beschlossen hatte, erhielten die alliierten Soldaten nach einer Meldung von United Press vom 20.9.1945 Erlaubnis, in den Wohnungen der deutschen Bevölkerung zu verkehren. Nur für die Heirat einer deutschen Frau bedurften sie nach wie vor der Genehmigung des Zonenbefehlshabers. (Keesing's Archiv 1945, S. 442 D).

<sup>131</sup> Ein Protest des Senats gegen die Inanspruchnahme seines Sitzungszimmers (Senatsprotokoll 21.9.1945, StAB: 3/3) hatte offenbar Erfolg; die Sitzung am 25.9. fand statt.

<sup>132</sup> D. Dr. Helmut Thielicke, 1908–1986. Evangelischer Theologe, 1936 Dozent an der Univ. Erlangen, 1937–1940 kommiss. Prof. in Heidelberg, 1940 amtsenthoben, Rede-, Schreib- und Reiseverbot, 1940 Pfarrverweser in Ravensburg, 1942 Leiter des Theolog. Amtes der Württembergischen Landeskirche, Md. der Bekennenden Kirche und des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“, 1945 Professor f. Systematische Theologie in Tübingen, 1954–1974 in Hamburg, 1951 Präs. der Westdeutschen Rektorenkonferenz. – Der Artikel „Die Kirche inmitten des deutschen Zusammen-

*Sonntag, 23. September 1945*

[...]

*Montag, 24. September 1945*

[...]

Bei Kaisen Besprechung mit dem *Bischof von Osnabrück, Dr. Berning*.<sup>133</sup> Allgemeine Lage. Schulfragen; konfessionelle kathol[ische] Privatschulen auf Kosten der kathol[ischen] Gemeinde; kathol[ischer] Religionsunterricht. Auch Parteienbildung; Berning für große Partei des Wiederaufbaus von Sozialdemokraten über Zentrum, Demokraten, Deutsch-Hannoveraner bis zur gemäßigten Rechten; davon links Kommunisten, rechts Konservative. Der frühere preuß[ische] Ministerpräsident Otto

bruchs, ihre Beurteilung der Lage und ihre Ziele“ vom Frühsommer 1945 wurde laut Vorbemerkung „auf Aufforderung eines amerikanischen Presseoffiziers für amerikanische Zeitungen“ verfaßt und kursierte in verschiedenen Abschriften in Deutschland. Er wird ausführlich behandelt bei: Karl Herbert, *Kirche zwischen Aufbruch und Tradition. Entscheidungsjahre nach 1945*, Stuttgart 1989, S. 28–32 (mit Abdruck der Kernpassagen). Thielicke deutete den Nationalsozialismus als „das letzte und furchtbarste Produkt der Säkularisation ... Es ist das Geheimnis des entgotteten Menschen, das in Deutschland hervorgebrochen ist. Deutschland hat dieses Geheimnis allen Völkern vorleben und vorleiden müssen. Das könnte seine tragische Mission sein“; denn diese Entgottung warte „in allen Völkern als potentielle Energie auf ihren Losbruch“. Die Sieger dürften sich nicht dadurch, daß sie die Welt in Richter und Angeklagte aufteilen, um den Segen dieser Erkenntnis bringen.“ Würden England und die USA „der Krankheit des Säkularismus in zunehmenden Maße verfallen, so könnte das Ende der Demokratie schneller kommen“, als erwartet. Durch den Versailler Vertrag von 1919 seien die Westmächte mitverantwortlich für die Zerstörung der Demokratie in Deutschland. Am Schluß wird der Auftrag der deutschen Bekennenden Kirche, der Welt ihre Erfahrungen als Lehre mitzuteilen, begründet: „Und wahrlich, sie hat einige Geheimnisse zu verraten; denn sie hat den Dämonen ins Auge gesehen.“

<sup>133</sup> Dr. Wilhelm Berning, 1877–1955. 1914–1955 Bischof von Osnabrück, 1921–1955 Präs. des St. Raphaels-Vereins (Hilfsstelle für katholische Auswanderer), 1933 preußischer Staatsrat, 1949 Titular-Erzbischof. Berning hatte sich im Dritten Reich besonders nachdrücklich für ein Arrangement der katholischen Kirche mit dem Nationalsozialismus eingesetzt. Als Schulreferent der Fuldaer Bischofskonferenz trat er 1945 in Verhandlungen mit der britischen Militärregierung und deutschen Politikern für die Beseitigung der Gemeinschaftsschulen als Produkt der NS-Zeit und für die Wiedereinführung der Konfessionsschulen ein, die aus öffentlichen Mitteln gefördert werden sollten. Auch in dem Gespräch mit Kaisen und Spitta forderte er die Wiederherstellung des Zustandes von vor 1933 (Senatsprotokoll 25.9.1945, StAB: 3/3). (Vgl. *Akten deutscher Bischöfe*, Bd. 6). – Gemäß der Politik der katholischen Kirche befürwortet B. die Bildung einer überkonfessionellen christlichen Partei. (Vgl. Kap. 3, Anm. 106; außerdem: Burkhard van Schewick, *Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950*, Mainz 1980, S. 28f.).

Braun verhandelt mit Zentrumsleuten auf dieser Basis.<sup>134</sup> Berning sagt, das alte Zentrum komme nicht wieder. – Nachher ich allein mit B[erning] noch einige menschliche und religiöse Fragen berührt.

*Überraschendes Schreiben des oldenburg[ischen] Ministerpräsidenten Tantzen über die Enklave;*<sup>135</sup> danach soll die Wesermarsch mit Landes- und Reichsbehörden aus der Enklave-Verwaltung ausscheiden und dem oldenburg[ischen] Staatsministerium unterstellt werden; auch die Justiz von Brake und Nordenham, die mir von der amerik[anischen] Militärregierung ausdrücklich zugewiesen war. Die amerikan[ischen] Gerichtsoffiziere in Bremen wissen nichts davon und bezweifeln, daß der Governor Welker dazu seine Zustimmung gegeben hat, wie Tantzen in seinem Schreiben behauptet. Jedenfalls zunächst völlige Verwirrung. Das ist die Folge der Scheu vor durchgreifenden Verordnungen und des Arbeitens mit kleinen Briefen und Spezialanordnungen.

[...]

### *Dienstag, 25. September 1945*

Im Senat Enklave-Frage: Tantzens Husarenritt. Die amerikanischen Generäle bei Kaisen sagen, im Hauptquartier sei man noch nicht klar; die Sache müsse verschoben werden.

Man hat den Eindruck, daß die Engländer in der deutschen Politik den Amerikanern überall überlegen sind. Sogar im Baumwollhandel: Die Engländer wollen Baumwolle an Deutschland für Veredelung liefern; als Bezahlung 20 Prozent der eingeführten Baumwolle. In der Brennholzlieferung hat Hillmann von den Engländern endlich erreicht, daß die Lieferungen für die Enklave freigegeben werden.

Am Schlusse der Senatssitzung erschütternde Minuten. Kaisen wollte von der Ansetzung und Ausgestaltung eines Volkstrauertages sprechen.

<sup>134</sup> Am 3./4.3.1945 hatte Otto Braun mit anderen sozialdemokratischen Exilpolitikern und Vertretern kleinerer sozialistischer Gruppen die „Union deutscher Sozialisten“ in der Schweiz gegründet, die sich am 12.4.1945 mit der „Gruppe Christlicher Demokraten“ um den früheren Reichskanzler und Exponenten des linken Zentrumsflügels, Joseph Wirth, zur Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland“ (DD) zusammengeschlossen hatte. Vors. waren Braun und Wirth. Da Braun die Kollektivschuldthese und die Potsdamer Beschlüsse öffentlich bekämpfen wollte, was Wirth im Hinblick auf die Alliierten als nicht opportun ablehnte, kam es jedoch zum Bruch zwischen den beiden Politikern; am 21.9.1945 legte Braun sein Amt als Vors. des „Demokratischen Deutschland“ nieder und zog sich nach Ascona zurück. (Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt/M., Berlin/Wien 1977, S. 819–834).

<sup>135</sup> Erlaß des Ministerpräs. Tantzen sen. an Landrat Tantzen jr. vom 14.9.1945, von Spitta am 25.9.1945 im Senat verlesen. Danach sollte die gesamte Zivilverwaltung im Kreis Wesermarsch, einschließlich der Reichsverwaltung, z.B. der Finanz- und Wasserstraßenämter, mit Zustimmung von Governor Welker wieder dem oldenburgischen Staatsministerium unterstellt werden. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

Dabei versagte ihm die Stimme; offenbar im Gedenken an seinen gefallenen Sohn wurde er so bewegt, daß er nicht weitersprechen konnte. Dreimal setzte er an und sagte leise: „Ich bitte Herrn Bürgermeister Spitta“ – er brachte aber den Satz nicht zu Ende. Er wollte mich bitten, die Vorakten einzusehen und Vorschläge für eine würdige Ausgestaltung des Tages zu machen.

Nachher Besprechung mit der Handelskammer bei Kaisen. Außer Kaisen, Apelt, Harmssen und ich vom Senat, Wilkens, Glässel, Ulrich, Noltenius von der Handelskammer. Entlassungen von Nazis;<sup>136</sup> Vorbereitung in den Geschäften, ehe der Blitz einschlägt. Ausscheiden der Pgs aus der Kammer selbst (Erling, Brabant, Dettmar, Helms usw.).<sup>137</sup> Kaisen war zu bewundern, in größter Schlichtheit und Einfachheit beherrschte er die Verhandlung und zeigte sich den großen Kaufleuten und Industriellen nebst Syndikern weit überlegen. Wilkens mußte Kaisens Gründe anerkennen. Gegenüber einer Bemerkung Ulrichs sagte Kaisen: „Sie waren Volksparteiler, ich bin Sozialdemokrat. Aber was bedeutet das in einen Augenblick, in dem der Feind im Lande steht! Da haben wir alle dieselbe Aufgabe und müssen zusammenstehen.“ – Apelt sagte nachher von Kaisen: „Er ist ein ungewöhnlicher Mann!“

[...]

*Mittwoch, 26. September 1945*

Walter Lisco soll für die Handelskammer im Ausschuß, der die Berufungen der Entlassenen begutachtet, arbeiten.<sup>138</sup> – Auch die Anwälte werden aufs neue geprüft und gesiebt.<sup>139</sup> Gefährdung ganzer Anwaltsfirmen, so

<sup>136</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 114.

<sup>137</sup> Sieben Geschäftsführer und stellv. Geschäftsführer mußten aus der Verwaltung der HK ausscheiden, ebenso eine Reihe von Beiratsmitgliedern, weil sie von der Leitung ihrer Betriebe suspendiert worden waren. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 42).

<sup>138</sup> Am 26.9.1945 trat in der US-Zone einschließlich der Enklave das Gesetz Nr. 8 in Kraft. Danach durften alle ehemaligen Md. der NSDAP nur mit „gewöhnlicher Arbeit“ beschäftigt werden. Für alle Betriebsangehörigen, die nicht nur mit solchen untergeordneten Tätigkeiten beauftragt waren, mußten Fragebogen zur Prüfung eingereicht werden. Von der Entnazifizierung Betroffene hatten das Recht, Einspruch gegen ihre Entlassung oder Umsetzung auf einfache Arbeitsplätze einzulegen und ihn in einem „Vorstellungsverfahren“ vor einem Prüfungsausschuß zu begründen. Dieser unterbreitete sein Urteil der Militärregierung, die dann endgültig entschied. Walter Lisco wurde Geschäftsführer des 45köpfigen Prüfungsausschusses für die Wirtschaft, dem neben dem Einzelhändler Carl Hinrichs als Vors. und dem Vizepräs. der Handelskammer, Ernst Glässel, als stellv. Vors. 14 weitere Arbeitgebervertreter angehörten. (Niethammer, Entnazifizierung, S. 240–245; Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 435).

<sup>139</sup> Das Gesetz Nr. 8 bezog sich auch auf alle freiberuflich tätigen Rechtsanwälte, Ärzte und Ingenieure.

z[um] B[ei]spiel Kind, Otto Meyer, Schulze-Smidt.<sup>140</sup> Wie kann der Betrieb fortgeführt werden? Aufnahme eines unbelasteten Anwalts? Die Entlassenen als Mitarbeiter hinter den Kulissen ohne Verkehr mit dem Publikum?

*Enklave-Brief Guthries* an mich; Tantzen hat den Governor mißverstanden;<sup>141</sup> die Justiz, auch in Brake und Nordenham bleibt in bremischer Hand. Der Governor hat gesagt, er werde Tantzen verhaften lassen, wenn er noch einmal derartiges mache. Guthrie will in einer großen amerikanischen Zeitung einen Aufsatz schreiben: „Atrocities in Germany“. Unter diesem täuschenden Titel will er nicht Grausamkeiten der Deutschen gegen Juden usw., sondern Grausamkeiten der Amerikaner (der CIC) gegen Deutsche behandeln (70 Tage Haft ohne Verhör usw.).

Juristen-Sitzung über Zulassungsgesuche. Eingabe an die Amerikaner zugunsten des [erstrebten] Oberlandesgerichts in Bremen durchgesprochen.

#### *Donnerstag, 27. September 1945*

Übliche Arbeit. – Senator Kruse<sup>142</sup> aus Hamburg über Erfahrungen in der gerichtlichen Vertragshilfe.<sup>143</sup> – In Hamburg in Verwaltung und Wirtschaft viel mildere Praxis der Engländer bei Beseitigung der „Nazis“.

Karte an Pastor und „Bürgermeister“ Bultmann in Ganderkesee.

Abends Arnold über die merkwürdigen Ministeriumsreste in Hessisch-Lichtenau; Gutachten über deutsche Wirtschaft. Währungsfrage; Umstellung auf Gold und Rückführung der Papiermarknoten auf Sperrkonten, die unverzinslich sind und nur bei nachgewiesenem Bedürfnis ausgezahlt werden dürfen. Sperrmarkschulden nur gegen Sperrmark in Verrechnung.<sup>144</sup> Usw. – Die Hauptsache im Problem der Wirtschaft und Finanzen ist aber nicht das Geld, sondern die Erzeugung.

#### *Freitag, 28. September 1945*

Kaisers grundsätzliche Aussprache mit den Amerikanern. Schilderung des Elends 1931 bis 1933 nach Zurückziehung der Kredite durch Amerika; statt

<sup>140</sup> Dr. Friedrich Kind, 1878–1956, seit 1904 RA und Notar, seit 1.5.1933 Md. der NSDAP. – Dr. Otto Meyer, 1887–1967, seit 1915 RA und Notar in der 1858 gegründeten Anwaltsgemeinschaft von Dr. Stachow, in der Spitta von 1900–1911 tätig gewesen war, seit 1.5.1933 Md. der NSDAP. – Dr. Ernst Schulze-Smidt, 1903–1957, Rechtsanwalt, seit 15.12.1937 Md. der NSDAP.

<sup>141</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 135.

<sup>142</sup> Hans E. B. Kruse, 1891–1968. Kaufmann, Vorstandsmd. des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Überseehandels, 1935–1945 und 1957 Vizepräs. der Handelskammer, 15.5.–27.11.1945 ernannter Senator für Handel, Schifffahrt und Gewerbe in Hamburg.

<sup>143</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 208.

<sup>144</sup> Es handelt sich um Pläne, zur Eindämmung der Inflation den Überschuß an umlaufendem Papiergeld zu beseitigen.



acht bis neun Fürsorge-Unterstützte 1932 82 auf 1000 Einwohner.<sup>145</sup> Daher politische und soziale Spannungen und Revolution. „Soll sich das wiederholen? Was wollen Sie? Ein zerstörtes Europa?“ – Konkrete Beispiele für die Störung des Wiederaufbaus: Weigerung der Amerikaner, den Rennplatz für Gemüseanbau herzugeben; Rennpferde statt eine Million Kohlköpfe! – Der Governor beeindruckt, fragte, wie Kaisen sich den Wiederaufbau denke. Kaisen: Die früheren Nazis müßten für den Wiederaufbau herangezogen werden. Drei Gruppen: 1. die Jugendlichen, die 1933 unter 14 Jahren waren: unbegrenzte Öffnung einer Zukunft; 2. die älteren Jugendlichen: Mitarbeit auf Bewährung; 3. die Älteren: Heranziehung durch eine verantwortliche demokratische Regierung. – Bei den Amerikanern spielen die demokratischen Schlagworte und die Wahlen eine große Rolle. Im Januar Gemeindewahl der Landgemeinden, im März Kreistagswahlen, im Mai städtische Wahlen, im Oktober Landeswahlen.<sup>146</sup> In solchen Vorstellungen schwelgen sie. Die drei Lebensfragen unseres Volkes: Ernährung, Wohnung, Kleidung – berühren die Amerikaner weniger.

Im Senat Aussprache über die Enklave. Drei Möglichkeiten: 1. Bremen-Wesermünde amerikanisch, alles andere britisch. 2. Alles britisch, nur Häfen amerikanisch. 3. Vergrößerte Enklave (Delmenhorst, Verden, Hoya, Bremervörde, Rotenburg). Entscheidung soll in den nächsten Wochen in Berlin fallen.<sup>147</sup>

[...]

Mit Otto Meyer Zukunft der Anwälte, die „Nazis“ waren, besprochen, auch das Schicksal meiner alten Anwaltsfirma, die äußerst gefährdet ist.<sup>148</sup> – Erling, Brabant und Düring als Pgs aus der Handelskammer ausgeschieden (Wirkung der Sitzung mit Kaisen).<sup>149</sup>

<sup>145</sup> Beunruhigt durch Nachrichten über die schlechte Finanzlage in Deutschland, die angeblich bevorstehende Einstellung der Reparations- und Schuldenzahlungen sowie den Zusammenbruch bedeutender Großbanken, riefen amerikanische Gläubiger auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise, im Sommer 1931, ihre kurzfristig vergebenen Kredite zurück, wodurch sie zur Verschärfung der Deflationskrise beitrugen. Dies führte zu zahlreichen weiteren Firmenschließungen und einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. In der Stadt Bremen gab es im Juni 1930 mehr als 17000 Arbeitslose, darunter 4000 Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung, im Okt. 1932 42000 Arbeitslose, darunter 19000 Wohlfahrtsunterstützte; insgesamt waren 34000 Menschen auf Fürsorgeunterstützung angewiesen. (Schwarzwälder, Bremen III, S. 525, 546, 588).

<sup>146</sup> Dieser Zeitplan wurde am 28.9.1945 aufgrund einer Mitteilung von Captain Bard am 25.9.1945 im Senat bekanntgegeben. Die Militärregierung wünschte deshalb, bis zum 15.10. Vorschläge für ein neues Wahlgesetz zu erhalten. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3; Besprechungsniederschrift, ebenda: 3-R.1.m. Nr. 390). Vgl. Kap. 3, Anm. 81.

<sup>147</sup> Die zweite Lösung wurde am 10.12.1945 realisiert, vgl. Kap. 3, Anm. 279.

<sup>148</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 140.

<sup>149</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 114 und 137.

*Samstag, 29. September 1945*

Grundsätze für das Gemeinde-Wahlrecht (Landgemeinden, Kreis, Stadt) bearbeitet.<sup>150</sup>

[...]

*Sonntag, 30. September 1945*

[...]

Nachmittags Paulas Lehrer Dr. Müller-Wille. [...] Müller-Willes Zahlen über die Universität Göttingen: etwa 5000 Studenten,  $\frac{2}{3}$  Männer; vorher kaum Männer vorhanden. Von etwa 300 Professoren und Dozenten 53 entlassen; Nachprüfung der Eingaben; sechs wieder zugelassen. Der Rektor Plischke, Pg., ist geblieben. In der Theologie zuletzt vier Studenten, jetzt 160!<sup>151</sup>

*Montag, 1. Oktober 1945*

[...]

Nachmittags Besprechung von etwa 35 bis 40 Leuten über Parteigründung. Landrat Tantzen über Vereinigung aller „Bürgerlichen“ in der „Demokratischen Union Deutschland“. <sup>152</sup> Rede von über 1½ Stunden; Fragen

<sup>150</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 146.

<sup>151</sup> Göttingen war die erste deutsche Universität, die schon im Sept. 1945 den Lehrbetrieb wieder aufnahm. Die Zahl der Studenten und Gasthörer stieg von 3594 (1944) auf 4485 (1945) und 5097 (1946). Die provisorische Entnazifizierung wurde rasch und nach relativ strengem Maßstab durchgeführt. Da in Göttingen infolge des Zuzugs von Flüchtlingen und Vertriebenen etwa doppelt so viele Hochschullehrer zur Verfügung standen wie im Herbst 1944, war es leicht, die belasteten durch andere zu ersetzen. Im endgültigen Verfahren wurden von 102 ordentlichen und außerordentlichen Professoren 16 entlassen, schließlich nur drei in die Kategorie III (Minderbelastete) und 5 in die Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft. Prof. Dr. Hans Plischke, 1890–1972, seit 1929 Direktor des Instituts für Völkerkunde, 1933 „Führer“ des Wissenschaftsamtes im NS-Dozentenbund, war nur von Nov. 1941 bis Sept. 1943 Rektor. Da er 1944 auf eine Liste der dem Nationalsozialismus fernstehenden Hochschullehrer geraten war, wurde er 1945 schnell entlastet. Bereits seit dem 12.4.1945 amtierte der Staats- und Kirchenrechtler Rudolf Smend, 1882–1975, zunächst als Geschäftsführender Rektor, seit Juli 1945 als Rektor (bis März 1946). (Vgl. Hans-Joachim Dahms, Einleitung, in: Die Universität Göttingen unter dem Nationalsozialismus. Das verdrängte Kapitel ihrer 250jährigen Geschichte, hrsg. v. Heinrich Becker, Hans-Joachim Dahms und Cornelia Wegeler, München/London/New York 1987, S. 15–60, speziell S. 46–48. Die Notlage der Universität Göttingen, Denkschrift, November 1949, S. 7).

<sup>152</sup> Theodor Tantzen jr. betrieb seit Sept. 1945 in seinem Landkreis Wesermarsch den Aufbau der DUD, die sich bemühte, um einen Kern linksliberaler Politiker der früheren DDP herum weitere bürgerliche Kreise zu sammeln. Für einige Monate konnte sie sich in den protestantischen Gebieten Oldenburgs ohne Konkurrenz sehr erfolgreich entwickeln. Die amerikanischen Berichtersteller der Functional History 1945, S. 25, bezeichneten sie als die aktivste Partei in der Enklave. Im Jan. 1946 ging die DUD in der FDP auf. (Hein, Milieupartei, S. 77, 110, 255–257). – Die Bemü-

erörtert, die nicht oder zur Zeit nicht wesentlich sind. Richtige Gründe für Zusammenschluß und gegen Verhältniswahl. Ich spreche kurz in demselben Sinne. Schluß (den ich nicht abwarten konnte): ein Ausschuß aus sieben Mitgliedern.

[...]

*Dienstag, 2. Oktober 1945*

Ein Tag, an dem fast alles fehlschlug. Die zehn Richter und der Staatsanwalt, sowie eine Reihe von Justizbeamten, deren Wiederzulassung zum Amt wir mit Unterstützung der amerikan[ischen] Gerichtsoffiziere betrieben haben, sind trotz günstig verlaufener Prüfung noch nicht zugelassen; gestern nachmittag sollten sieben Richter und der Staatsanwalt von den Amerikanern vereidigt werden; im letzten Augenblick Vertagung; Welcher soll Furcht vor dem jetzt im Headquarter wehenden scharfen Winde haben.<sup>153</sup>

Im *Senat* unglückliche Zufallsabstimmung – die erste Abstimmung, die überhaupt in diesem Senat stattfand; sonst immer Verständigung; mein Vorschlag, die *Verhältniswahl abzuschaffen*, mit fünf gegen fünf Stimmen abgelehnt, da Wenhold und Harmssen, die mit mir gestimmt hätten, nach draußen gerufen waren. Wahlalter 21 und 25 Jahre (mein Vorschlag 25 und 30 Jahre).<sup>154</sup> Apelts (von Maas<sup>155</sup> verfaßte) Denkschrift über Notstandsarbeiten zurückgewiesen (mit Recht, da sie in ihrer Allgemeinheit für die Amerikaner nicht geeignet war).

[...]

Verlangen eines amerikan[ischen] Offiziers, daß ich die Fragebogen der Gerichte prüfen und auch selbst einen neuen großen Fragebogen ausfüllen solle,<sup>156</sup> und sonstiges Ärgerliche. Erfreulich nur die Haltung der amerikan[ischen] Gerichtsoffiziere. Major Watson bespricht mit mir den Entwurf

hungen um die Bildung bürgerlicher politischer Parteien erhielten dadurch Auftrieb, daß die Militärregierung am 19.9.1945 die Zulassung angekündigt und dem Senat die Bedingungen mitgeteilt hatte (Schreiben an den Präs. des Senats, StAB: 3-V.2. Nr. 2750[1]).

<sup>153</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 114 und 138.

<sup>154</sup> Spitta war am 25.9.1945 mit der Erarbeitung des Wahlgesetzes für die geplanten Kommunalwahlen beauftragt worden. Apelts und sein Plädoyer für ein höheres Wahlalter wurde im Senat abgelehnt, weil es unververtretbar erschien, den jungen Kriegsteilnehmern das Wahlrecht vorzuenthalten. Auf Vorschlag Kaisens wurden ehemalige Nationalsozialisten nur vom passiven, nicht aber vom aktiven Wahlrecht ausgeschlossen. (Senatsprotokoll 2.10.1945, StAB: 3/3).

<sup>155</sup> Dr. Heinrich Maas, 1908–1981. ORR in der Wirtschaftsbehörde, 1973 als Senatsdirektor pensioniert.

<sup>156</sup> Diese Regelung entsprach dem Gesetz Nr. 8, das den Betriebs-/Behördenleitern die Verantwortung für die Entnazifizierung der Beschäftigten übertrug; vgl. Kap. 3, Anm. 138.

eines Schreibens, den der Governor an Kaisen richten soll: Ausdehnung der deutschen Justiz auf „curfew“-Fälle.<sup>157</sup>

[...]

*Mittwoch, 3. Oktober 1945*

[...] Besprechung mit Kaisen über die Aufhebung der Beschwerdeentscheidung Mehnes. Neue Beschwerdestelle: Vereinigung des Wohnungsausschusses und der juristischen Beschwerdestelle; wenn der Richter die Entscheidung des Wohnungsamtes aufheben will, muß das Plenum des Wohnungsausschusses entscheiden, sonst der Richter allein.

Lange Verhandlung mit Lahusen über viele Fragen der Justiz, auch Personalien. An Lahusen habe ich eine große Hilfe; er genießt auch hohes Ansehen bei den Amerikanern. Immer wieder Besuche von entwurzelten, mittellosen Juristen, die Familienväter sind und eine Beschäftigung suchen. [...]

Fertigstellung der Vorschläge Bremens für das Wahlrecht in Land, Stadt, Landgemeinden und Kreis für die Amerikaner.

*Donnerstag, 4. Oktober 1945*

*Knittermeyer gestern verhaftet*, er soll an Sitzungen mit der SS oder Gestapo teilgenommen haben, in denen Berichte über Stimmung (oder Menschen) erstattet wurden, auch über Sachgebiete.<sup>158</sup> Dies offenbar bei Knittermeyer nicht der Fall; er hat mir vor ein bis zwei Jahren davon erzählt, daß das Ansinnen einer solchen Mitarbeit an ihn und Professor Waldmann gestellt, von beiden aber abgelehnt sei.

[...]

Nachmittags längeres Gespräch mit Kaisen. Er hat Vagts' Freund, Dr. Riedel,<sup>159</sup> aufgesucht und sich von ihm über Vagts' politische Haltung erzählen lassen; will dem Governor *Meservey*<sup>160</sup> das Material Riedels vorlegen. Wirtschaftliche Lage Bremens erörtert. Kaisen hat den Amerikanern aufs neue die Notlage geschildert. *Meservey will privat mit Kaisen verkehren, ihn und seine Frau zu sich einladen und Kaisen in Katrepel besuchen.*

<sup>157</sup> Übertretungen der Ausgangssperre.

<sup>158</sup> Es handelt sich um die SD-Berichte, für die Behörden und Einzelpersonlichkeiten in den verschiedenen Regionen des Reichs die Materialien lieferten. Sie sind veröffentlicht unter dem Titel: *Meldungen aus dem Reich 1938–1945*. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, hrsg. u. eingeleitet von Heinz Bobe-rach, 17 Bde, Herrsching 1984.

<sup>159</sup> Dr.med. Kurt Riedel, 1878–1951, Arzt.

<sup>160</sup> Douglas W. Meservey, Lieutenant Colonel, Stadtkommandant von Bremen und stellvertretender Militärgouverneur der Enklave, Mitte Okt. 1945 von diesen Ämtern entbunden und ausschließlich mit der Säuberung der Wirtschaft nach dem Gesetz Nr. 8 beauftragt.

Meservey hat zugesichert, mit Kaisen Rathaus und Domshofbunker<sup>161</sup> zu besehen, um die Raumnot der Behörden kennenzulernen.

Morgen trifft sich Kaisen mit den ehemaligen preußischen Ministern Otto Braun und Severing.<sup>162</sup> Parteibildung mit Kaisen erörtert. Er ist nicht für Fusion mit „Bürgerlichen“, aber für ein festes „Wiederaufbau-Kartell“, das schon beim Wahlkampf hervortreten müsse. Kaisen über „Bestandsaufnahme“ der bremischen Wirtschaft und planmäßige Lenkung. – Kaisens Ansicht über das Zusammengehen des Abendlandes und die Bedeutung der Sozialdemokratie in Frankreich und Holland und der Labour Party in England für die Behandlung Deutschlands.

Abends mit Margarete, Arnold, Walter L[isco] und Mutter lebhafte Aussprache über Schuld und Sühne in diesem Kriege, Mitverantwortung usw. – „metaphysische“ Mitschuld.<sup>163</sup> Fragen der wirtschaftlichen Neuordnung.

*Freitag, 5. Oktober 1945*

Vorsitz im Senat an Stelle von Kaisen, der in Hannover an sozialdemokratischen Parteibesprechungen teilnimmt (Otto Braun, Severing usw.).<sup>164</sup> Neuordnung der Beschwerde in Wohnungssachen; Ausschaltung des Richters. Wenig befriedigend.<sup>165</sup>

[...]

Im Senat Wirtschaftliches von Bedeutung; Heraufsetzung der Preise für bestimmte Bedarfsartikel (Öfen usw.); Beschlagnahme bestimmter Geräte und Handwerkszeuge.<sup>166</sup>

<sup>161</sup> Der Senat plante, im Bunker Dienststellen und Wärmehallen für die Bevölkerung unterzubringen (Senatsprotokoll 5.10.1945, StAB: 3/3). Seit dem 12.10.1945 stand die nördliche Hälfte der Verwaltung zur Verfügung (Peters, Bremen 1945–1956, S. 34).

<sup>162</sup> Diese Erwartung bezieht sich auf die sozialdemokratische Funktionärskonferenz in Wennigsen bei Hannover am 5./6.10.1945, an der Otto Braun und der frühere Reichs- und preußische Innenminister Carl Severing (1875–1952) aber nicht teilnahmen. Severing hatte wegen des Todes seiner Frau im letzten Augenblick absagen müssen. (Kaden, Einheit oder Freiheit, S. 150, Anm. 323).

<sup>163</sup> Dieser Begriff kam durch Karl Jaspers in die Diskussion, der vier Arten von Schuld unterschied: die kriminelle, die politische, die moralische und die metaphysische. Die politische Schuld bezieht sich auf das Handeln der Staatsmänner, die Staatsbürger tragen aber Mitverantwortung und sind zur Haftung und Wiedergutmachung verpflichtet. Moralische Schuld ergibt sich daraus, daß jeder Mensch für sein Handeln und Unterlassen die Verantwortung trägt, ohne sich vor seinem Gewissen auf Befehle berufen zu dürfen. Die metaphysische Schuld bezieht sich auf die Solidarität der Menschen als Menschen, die jeden einzelnen mitverantwortlich macht für das Unrecht in der Welt (Karl Jaspers, Die Schuldfrage, Heidelberg 1946).

<sup>164</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 162.

<sup>165</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 63.

<sup>166</sup> Der Senat ging davon aus, daß sich in privaten Haushalten noch in großer Zahl Schaufeln, Hacken u. a. zu Luftschutzzwecken angeschaffte Geräte befanden, die jetzt dringend für den Wiederaufbau benötigt wurden und aufgrund des Reichsleistungsgesetzes beschlagnahmt werden sollten.

In Hamburg soll eine vom Senat ernannte Bürgerschaft zusammentreten (80 Vertreter).<sup>167</sup>

Zins- und Tilgungsraten der bremischen Anleihen von den Amerikanern gesperrt.<sup>168</sup>

Nachricht, daß nicht nur *die Weserwerft* der Deschimag mit Schwimmdock zur *Reparation abgewrackt* werden soll (die Weserhäfen dann ohne Schwimmdock), sondern auch unser ganzes städtisches *Elektrizitätswerk*.<sup>169</sup>

[...]

*Samstag, 6. Oktober 1945*

[...]

Kaisens Bericht über den sozialdemokrat[ischen] Parteitag in Hannover. Die Russen haben die Beteiligung der Sozialdem[okraten] ihrer Zone gehindert; dann Verbot der Beteiligung anderer als Vertreter der englischen Zone. „Kaisen aus Hamburg“; seine Rede und verfrühte Abreise.<sup>170</sup>

Die von den Siegern verkündete Einheit der deutschen Wirtschaft, des deutschen Verkehrs, der deutschen Finanzen, des deutschen Rechts usw.<sup>171</sup> rückt in immer größere Ferne. Es bilden sich selbständige und viel-

<sup>167</sup> Die Hamburger Bürgerschaft wurde von der britischen Militärregierung ernannt und trat am 27.2.1946 zusammen. Sie bestand aus den 13 Senatoren und 68 Repräsentanten der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen.

<sup>168</sup> Aufgrund einer Anweisung des Frankfurter Hauptquartiers. Mit Rücksicht auf die Kreditwürdigkeit Bremens hatte es Nolting-Hauff am 28.9.1945 abgelehnt, den Schuldendienst ohne äußeren Zwang der Militärregierung einzustellen. Nach weiterem Drängen der Amerikaner entschloß sich der Senat am 23.10. dann doch zu diesem Schritt, da Bremen die einzige deutsche Stadt war, die noch Zinsen auf ihre Anleihen zahlte (bzw. bis zu einer gesetzlichen Regelung zahlen wollte).

<sup>169</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 83.

<sup>170</sup> Nach den Anweisungen der britischen Militärregierung mußten die SPD-Delegierten ihrer Zone am 5.10.1945 für sich, ohne Beteiligung von Delegierten oder Gästen aus anderen Zonen, tagen. Vertreter der SPD in der amerikanischen und französischen Zone sowie drei Abgesandte des Berliner Zentralausschusses konnten aber am 6.10.1945 auf getrennten Konferenzen zusammenkommen. Kaisen trat unter Bezug auf seinen Geburtsort Hamburg als angeblicher Vertreter der britischen Zone auf. Bei der Konferenz in Wennigsen kam es zu einer Vereinbarung zwischen Otto Grotewohl als dem Vors. des Berliner Zentralausschusses der SPD und Kurt Schumacher, durch die dieser für die Zeit bis zur Verwirklichung der Reichs- und Parteieinheit als der politische Beauftragte der Sozialdemokratie in den drei Westzonen anerkannt wurde, während der Zentralausschuß die Führung der SPD in der östlichen Besatzungszone übernehmen sollte. Nach einem Bericht der Hamburger SPD zeigte Kaisen in der Aussprache „die Möglichkeiten auf, über die Personalpolitik entscheidenden Einfluß auszuüben. Er wünscht[e] Wachsamkeit gegenüber den Genossen, die es nicht verstehen, sich von reaktionären Elementen in ihrer Umgebung freizumachen.“ (Mitteilungsblatt Nr. 6 v. 6.10.1945, S. 6, Archiv der Fst.: 834–50. Zur Konferenz allgemein: Kaden, *Einheit oder Freiheit*, S. 127–153).

<sup>171</sup> Beschluß der Potsdamer Konferenz, vgl. Kap. 3, Anm. 7.

fach getrennte Besatzungszonen, die durch Sperren voneinander getrennt sind.

Heute im Rathause geheizt; die Benutzung des halben Rathauses durch die Amerikaner hat wenigstens diese gute Seite. Der Geschäftsbetrieb im Rathause jetzt derartig, daß man abends spät nach Hause kommt, zu Abend ißt, noch einiges mit der Familie redet und dann zu Bett geht; zum Lesen komme ich fast gar nicht. [...] Briefschreiben ist selten und meist in Hetze. Auch diese Notizen werden in Eile auf das Papier geworfen und sind vielfach unvollständig.

Auch zu Hause in den Abendstunden oder an Sonntagen keine Ruhe; immer wieder suchen mich Leute mit Beschwerden und Gesuchen in meiner Wohnung auf, so sehr Mutter als Cerberus abwehrend zu wirken sucht. [...]

Ein amerikanischer Offizier, der sich heute von Kaisen verabschiedete, da er nach Amerika zurückgeht, hat Kaisen gesagt, seine Ausführungen über die Behandlung der früheren Nazis (drei Gruppen: 1933 Kinder, 1933 Jugendliche, 1933 Reife) und die Notwendigkeit, der Jugend eine Hoffnung des Lebens zu lassen, hätten bei den Amerikanern starken Eindruck gemacht; er solle ebenso seine Ansichten über die Verhaftungen der politisch belasteten Leute und ihre Behandlung ([keine] Nachricht an die Familie über Verblieb, lange Haft ohne Vernehmung usw.) dem Governor äußern. [...]

#### *Sonntag, 7. Oktober 1945*

Einige Schreibereien. Dann Eva durch den Bürgerpark gebracht, der mit seinen Kriegsverwüstungen, seiner Ungepflegtheit und Verwilderung und in seiner bunten Laubpracht einen ungewohnten, aber eigenartig schönen Anblick gewährt.

[...]

Nachmittags in der Goethe-Gesellschaft im Saal der Kunsthalle, der in der sonst stark zertrümmerten Kunsthalle noch leidlich erhalten ist. Goethes „Iphigenie“, gesprochen (aus dem Gedächtnis) von Frau Maria Heide-Backhaus, die ihre gute Schulung in Dornach<sup>172</sup> erhalten hat. Starker Eindruck und große Lebensnähe (Krieg und Kriegsschicksale usw.).

[...]

#### *Montag, 8. Oktober 1945*

Kaisen hat gestern auf seiner Siedlung den Besuch des Governors Meservey und des Capt[ains] Bard erhalten. Er hat sie in Hemdsärmeln und, wie der Dolmetscher sagt, unrasiert empfangen, ihnen seinen landwirtschaftlichen Betrieb gezeigt und sich in gewohnter Weise frei geäußert. Der Dol-

<sup>172</sup> Freie Hochschule für Anthroposophie (Goetheanum).

metscher, Dr. Friese, erzählt, der Governor habe nachher voll Bewunderung zu Capt[ain] Bard gesagt: „Das ist ein Charakter.“

[...]

25 Rechtsanwälte, die schon zugelassen waren, von den Amerikanern wieder entlassen, darunter Kind und Dr. Otto Meyer.<sup>173</sup> Die Wirtschaft weiter bedroht durch das Gesetz Nr. 8 Eisenhowers, wonach alle Pgs aus leitenden Stellungen zu entfernen sind.<sup>174</sup> Mündliche Erklärung von mir über neun Richter und Staatsanwalt Albrecht<sup>175</sup> an amerik[anischen] Offizier.

[...]

*Dienstag, 9. Oktober 1945*

Weitere Beamtenentlassungen, darunter Oberregierungsrat Behrens, der menschlich und amtlich gleich hoch steht und stets Gegner der nationalsozialistischen Bewegung war, und der vorzügliche Leiter der Stadtwerke Dr. Dettmar. Bei Behrens hat der Governor selbst sein Bedauern ausgesprochen und gesagt, Behrens könne weiter als Beamter usw. beschäftigt werden.<sup>176</sup>

Oberregierungsrat Ziese und Schramm vom Arbeitsamt nach sechs Wochen Haft und Ermittlungen heute vom amerikanischen Militärgericht freigesprochen.<sup>177</sup>

[...]

Die CIC und die englischen Stellen haben großes Material über frühere Nazis; z.B. die Sammlung der Glückwunschtelegramme und Briefe an Hitler.<sup>178</sup>

Ehlers berichtet im Senat über die Schwierigkeit, die bremischen Mütter und Kinder aus den russischen Gebieten herauszubekommen. Noch 550 bremische Kinder im russischen Gebiet.<sup>179</sup> Vergebliche Bemühung der

<sup>173</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 140.

<sup>174</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 138.

<sup>175</sup> Johann Albrecht, 1901–1966. Seit 1933 Staatsanwalt und Jugendstaatsanwalt, seit 1949 kommissarischer Leiter der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bremen, 1950 Oberstaatsanwalt, 1961–1963 Ltd. Oberstaatsanwalt.

<sup>176</sup> Schon am 24.9.1945 waren Kaisen und Captain Bard übereingekommen, den Fall Behrens als ersten vor den Berufungsausschuß zu bringen und Behrens, wenn er nicht zu halten sei, mit Privatdienstvertrag bei der bremischen Verwaltung weiterzubeschäftigen. Bei der Übermittlung der Forderung nach Entlassung von Behrens stellte Bard am 9.10.1945 ausdrücklich fest, daß die Bremer Militärregierung auf höhere Weisung handle. B. solle aber nicht dem Arbeitsamt für einfache Arbeiten gemeldet werden, damit er dem Senat weiterhin zur Verfügung stehe und die geplante Geschichte der Bremer Verwaltung in der NS-Zeit schreiben könne. (Besprechung mit der Militärregierung, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390).

<sup>177</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 263.

<sup>178</sup> Diese Unterlagen wurden im Berlin Document Center zentral gesammelt.

<sup>179</sup> Es handelt sich um die im Zuge der Kinderlandverschickung in die spätere sowjetische Besatzungszone gelangten Schüler und Schülerinnen, vgl. Kap. 1, Anm. 49.



amerikanischen und englischen Militärregierung mit den Russen eine geordnete Zurückführung zu erreichen. Teils Zurückhaltung, teils Anweisung.

Die Engländer haben jetzt die Ausfuhr aller Baustoffe nach der Enklave gesperrt.

[...]

Die Amerikaner verlangen mit Schreiben vom 8. Oktober bis zum 10. Oktober Gesetzesvorschläge für Wahlen, Verwaltung usw. aller Körperschaften unterhalb des Landes; unter den Grundsätzen und Richtlinien findet sich die erstaunliche Vorschrift, daß Bestimmungen vorgesehen werden müssen, „die es jedem Bürger gestatten, sich vor der gesetzgebenden Körperschaft oder ihren Fachausschüssen über jeden beliebigen Gegenstand zu äußern“. Behrens und ich haben die Sache heute sehr schlank erledigt, im wesentlichen durch Hinweise auf die Landgemeindeord[nung] und Kreisordnung (dagegen Stadt und Land Bremen ineinander fallend, daher nur einheitlich als Land zu behandeln.)<sup>180</sup>

[...]

Abends ab 7 Uhr kein elektrisches Licht. – Besonders beschwerlich, da Kerzen knapp und Streichhölzer gar nicht mehr aufzutreiben sind.

*Mittwoch, 10. Oktober 1945*

Sperrstunden für elektr[ischen] Strom bekanntgemacht.

Eine Erschwerung nicht nur in der Beleuchtung, sondern vor allem im Kochen.

Der Mangel an Streichhölzern ist – wie so viele Übelstände in Bremen – auf Ausfuhrsperr der Engländer zurückzuführen. Auch die gesundheitlich dringend nötigen und von den Amerikanern verlangten Kanalisationsarbeiten unmöglich, da die Engländer die erforderlichen Steine nicht herauslassen.

Im übrigen wächst in Bremen die Stimmung gegen die Amerikaner, besonders wegen ihres harten und formalen Vorgehens bei der Entfernung der Nazis in Staat und Wirtschaft. Auch wird angesichts der Grenzsperrn,

<sup>180</sup> Das Frankfurter Hauptquartier (USFET) hatte bereits mit einer Direktive vom 15.9.1945 die deutschen Länderregierungen aufgefordert, demokratische Verfassungen für die Selbstverwaltungsorgane unterhalb der Landesebene zu entwerfen. Diese Verfassungsvorschläge, die insbesondere die Wahl und Tätigkeit parlamentarischer Vertretungen in allen Gemeinden, Stadt- und Landkreisen sicherstellen sollten, waren bis zum 15.10. über USFET bei der Berliner Spitze der US-Militärregierung (USGCC) einzureichen. Infolge der umständlichen Kommunikation zwischen den verschiedenen Dienststellen der Militärregierung konnte Captain Bard dem Senat am 9.10. erst den Entwurf eines Schreibens in dieser Angelegenheit überreichen – mit Fristsetzung zum 10.10. Er kam mit Kaisen überein, die alte Bremer Verfassung der Zeit vor 1933 wiederherzustellen und diesen Text mit evtl. kleinen Änderungen der Militärregierung vorzulegen. (Verhandlungen mit der Militärreg., 9.10.1945, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390; vgl. Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 112).

die sich die Amerikaner gefallen lassen, das Verlangen größer, daß die Enklave beseitigt und Bremen der englischen Besatzungszone eingefügt werde. Inzwischen staatsrechtlicher Vertrag zwischen Hannover, Braunschweig, Lippe und Oldenburg über einen Staat (oder Bundesstaat?) *Niedersachsen*.<sup>181</sup> *Zusammentreffen Kaisens mit dem neuen sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Hannover*<sup>182</sup> in Verden. Kaisen hat sich nicht ganz ablehnend verhalten gegenüber dem Vorschlage, daß Bremen sich Niedersachsen anschließen solle. Kaisens Bedingungen: Häfen bleiben bei der Stadt Bremen; Bremen wird Sitz eines Regierungspräsidenten; vielleicht Vergrößerung des Regierungsbezirks Stade um die Wesermarsch; dafür Aurich an Oldenburg.

Es müßte auch festgelegt werden:

1. daß der [Weser-] Strom einheitlich von Bremen aus verwaltet wird,
2. daß Bremen für seine Häfen ein finanzielles Voraus erhält.

Dann wäre, angesichts der schwierigen Lage Bremens, dieser Weg gangbar. Aber wie wird es dann mit der amerikanischen Besatzung? Und wie stellen sich die Amerikaner zu diesem Plan, der sie auf die Häfen beschränken würde?

[...]

<sup>181</sup> Am 17.9.1945 war von der britischen Militärregierung eine verwaltungsmäßige Zusammenarbeit zwischen den Ländern Oldenburg und Braunschweig sowie der Provinz Hannover eingeleitet worden. Die deutschen Stellen setzten daraufhin ihre seit Mai 1945 laufenden Beratungen zur Schaffung eines Landes Niedersachsen fort und unterzeichneten am 29.9.1945 einen Staatsvertrag über die „Länderregierung für Reichsaufgaben in Niedersachsen“, auf den Spitta hier Bezug nimmt. Die beiden Länder Lippe waren an diesem Vertrag noch nicht direkt beteiligt. Nach langwierigen Verhandlungen wurden sie später Niedersachsen (Schaumburg-Lippe) und Nordrhein-Westfalen (Lippe-Detmold) eingegliedert. Einen Tag nach dieser Eintragung – am 11.10.1945 – lehnte die britische Militärregierung den Staatsvertrag der deutschen Stellen ab und erließ einen Befehl zur Schaffung eines Gebietsrates, der sich endgültig am 15.11.1945 als „Gebietsrat Hannover-Oldenburg-Braunschweig“ (ab Jan. 1946 „Gebietsrat Niedersachsen“) konstituierte. Bremen, d.h. die nach dem amerikanisch-britischen Vertrag vom 10.12.1945 (vgl. Kap. 3, Anm. 279) verbliebene Restenklave, bestehend aus den Städten Bremen mit den Überseehäfen und Wesermünde, trat am 20.12.1945 dem Gebietsrat bei. Zwar überwog bei den maßgeblichen Bremer Politikern das Bestreben, den Stadtstaat als eigenständiges Land wiederherzustellen, wegen der schwierigen Versorgungs- und Wirtschaftslage kamen aber auch immer wieder Überlegungen auf, Bremen dem entstehenden Land Niedersachsen anzuschließen. (Vgl. Schneider, Niedersachsen 1945; Storbeck, Regierungen, S. 224–227).

<sup>182</sup> Hinrich Wilhelm Kopf, 1893–1961. Jurist, 1921 Regierungsrat im Preußischen und Thüringischen Innenministerium, 1923–1928 Bank- und Versicherungskaufmann; 1928–1934 Landrat im Kreis Land Hadeln und Oppeln, 1934 entlassen, bis 1943 Immobilien- und Finanzmakler, 1943–1945 Bewirtschaftung eines Rittergutes in Oberschlesien, nach der Flucht 1945 Regierungs-, dann Oberpräs. der Provinz Hannover; 1946–1955 Ministerpräs. des Landes Hannover, dann des Landes Niedersachsen, seit 1946 MdL (SPD), 1957–1959 Innenminister, 1959–1961 Ministerpräs. des Landes Niedersachsen.

*Donnerstag, 11. Oktober 1945*

[...]

Mit Theil, der immer sehr sachlich und persönlich entgegenkommend ist, Verständigung über die Straßennamen.<sup>183</sup> Ich rette die Hindenburg-Allee. Wolters, der mit dem Ausschuß angehört, nicht erschienen. Mit Behrens (der hinter den Kulissen Beamter Kaisens bleibt<sup>184</sup> und mit ihm in Verdien war) Frage Niedersachsen besprochen. Wir sind derselben Ansicht.

*Freitag, 12. Oktober 1945*

*Vertrauliche Besprechung im Senat über Niedersachsen.*<sup>185</sup> Ist nur verwaltungsmäßige Einigung beabsichtigt oder auch politische mit Aufhebung der einzelnen Länder? Sollen nur die Funktionen der fehlenden Reichsinstantz übernommen werden, als Vorstufe späterer Reichs- oder Zentralinstantz? Ausgangspunkt war der Wunsch des britischen Generals, nur mit *einer* Stelle zu tun zu haben und nicht mit Hannover, Braunschweig, Oldenburg.

Bremens Bedingungen:

1. Häfen einschl[ießlich] Bremerhaven bremische Stadtsache;
2. Einheitliche Stromverwaltung in Bremen;
3. Finanzausgleich wie bisher;
4. Bremen Sitz von Behörden eines größeren Bezirks (mindestens Regierungspräsident). Beide Weserufer in diesem Bezirk. Eingemeindung der Landgemeinden. Ich für diesen Weg, frage aber: Was wird aus Hamburg und Schleswig-Holstein?

Wenhold hält den Anschluß von Westfalen für nötig. Nolting-Hauff hat Finanzsorge dabei; werden wir die 27 Millionen Zuschuß behalten? Wesermünde nur 1½ Millionen RM Zuschuß. Wolters für *verwaltungsmäßige* Einheit, besonders in Ernährung; gegen *politische* Einheit. Ich habe u.a. betont, daß Bremens Schifffahrt, Handel und Industrie gegen früher sehr zurückgehen würden und wir ein Gegengewicht als Verwaltungszentrale eines größeren Gebietes haben müßten. Bremen allein kann die Last des Wiederaufbaus der zerstörten Häuser und die Last der drohenden Arbeitslosigkeit nicht tragen; nur ein größeres Gebiet kann einen erträglichen Ausgleich bringen. Ebenso in Ernährung Abhängigkeit von Niedersachsen. Dann auch Fallen der Wirtschaftssperren.

Entscheidung ausgesetzt, bis Näheres vorliegt, insbesondere der abgeschlossene Staatsvertrag über Niedersachsen.<sup>186</sup> Alle diese Verhandlungen ganz von den Besatzungsmächten abhängig. Was wollen die Amerikaner?

<sup>183</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 90.

<sup>184</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 176.

<sup>185</sup> Über diese vertrauliche Besprechung findet sich keine Aufzeichnung in den Akten.

<sup>186</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 181.

Wenn sie die Enklave aufgeben, aber nicht nur in den Häfen, sondern in der Stadt Bremen bleiben, die bremische Lage schwieriger als je; Abschnürung dann noch empfindlicher. Nur die eigentlichen Häfen oder ein Teil von ihnen dürften in amerikanischer Hand bleiben.

Seltsam: In demselben Augenblick, in dem allseitig die Enklave als eine Fehlentwicklung, die unsere anfänglichen Hoffnungen stark enttäuscht hat, empfunden wird, fällt uns der erste größere Erfolg in der Enklave-Politik zu. Major Guthrie bittet mich zu sich und unterbreitet mir und Lahren den *amerikanischen Plan für die Justiz der gesamten amerikanischen Besatzungszone*. Unter den aufgeführten Oberlandesgerichten ist das Oberlandesgericht Bremen für die Enklave.<sup>187</sup> Die Justizverwaltung wird in Bayern, Baden-Württemberg und Großhessen je einem Justizminister, in der Enklave dem Senator für Justiz übertragen. Ich soll also den Justizministern der Länder für die Enklave gleichgestellt werden. Guthrie sagte, wir hätten erreicht „*all you want*“. – Damit beginnt eine große – und angesichts des Abbaus der Juristen – schwere Aufgabe: die Schaffung eines Oberlandesgerichts bei allseitig verminderten Kräften. Sie muß so schnell wie möglich durchgeführt werden, damit die Justiz in dem neuen Oberlandesgerichtsbezirk dasteht und arbeitet, auch wenn einmal die Enklave aufgegeben werden sollte; die Justiz mit Oberlandesgericht in Bremen wäre dann der erste Schritt, Bremen zum Mittelpunkt eines Unterweser-Verwaltungsbezirkes zu machen. Das OL-Gericht könnte und müßte bestehen bleiben, auch wenn ein Niedersachsen käme.

[...]

*Samstag, 13. Oktober 1945*

Attlee hat die *deutschen Wehrmachtverluste* auf 7 400 000 Tote und *Schwerkriegsverletzte* angegeben.<sup>188</sup> Dazu kommen noch die Verluste der Zivilbevölkerung durch den Luftkrieg. Rechnet man die in Rußland zurückgehaltenen deutschen Gefangenen dazu, so fehlen uns wohl etwa 10 Millionen Männer.<sup>189</sup> Derartiges ist beispiellos in der Geschichte. Dagegen die ameri-

<sup>187</sup> Die Errichtung eines OLG in Bremen wurde am 16.10.1945 von der Militärregierung genehmigt. (Peters, Bremen 1945–1956, S. 34).

<sup>188</sup> Rede des britischen Premierministers im Unterhaus am 11.10.1945; seine Zahlenangaben sind abgedruckt im *Weser-Kurier* v. 13.10.1945: „Deutschlands Blutopfer“.

<sup>189</sup> Genaue Zahlen liegen bis heute wegen der Schwierigkeiten der statistischen Erhebung und Definition nicht vor. Die Angaben für die deutschen Gesamtverluste schwanken zwischen 3,35 und 9,4 Mio. Menschen. Spittas Schätzungen sind auf jeden Fall wesentlich zu hoch. Die zuverlässigste Erhebung von 1949 (Müller-Hillebrand) gibt die Verluste der Wehrmacht mit 2,23 Mio. Toten und 1 bis 2 Mio. Vermissten an. Dazu kommen nach Ermittlungen des Statistischen Bundesamts von 1956 0,43 Mio. zivile Opfer des Luft- und Landkrieges, 0,2 Mio. Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung und 1,26 Mio. Opfer der Vertreibung (in allen diesen Fällen: Männer und Frauen!). Vgl. Rüdiger Overmans, *Die Toten des Zweiten Weltkriegs*

kanischen Verluste: 943 222 Mann Tote und Verwundete und Gefangene zusammen. Tote „nur“ 201 367, verwundet (leicht und schwer) 570 783, vermißt 56 876, Gefangene 114 205.<sup>190</sup> Unheimlich, was der amerikanische General Marshall über die Entwicklung der Kriegstechnik mitteilt; danach könnte ein neuer Krieg innerhalb der weißen Rasse die ganze Rasse im wesentlichen auslöschen (gleichzeitige Anwendung der Atombomben von beiden Seiten usw.).<sup>191</sup>

Bei Kaisen Besprechung mit Herren der Handelskammer über die neuen Bestimmungen der Amerikaner für die „Reinigung“ der Wirtschaft von früheren „Nazis“. Auch Walter Lisco, der diese Sachen bei der Handelskammer bearbeitet, nahm teil.<sup>192</sup> *Radikale Ausmerzung aller Nazis und aller Mitglieder der angeschlossenen Organisationen, soweit sie nicht „gewöhnliche“ („ordinary“) Arbeiter waren.* In der Wirtschaft bis herab zum kleinsten Ladenbesitzer, außerdem Ärzte und – nach ausdrücklicher Erklärung des Governors Meservey – Rechtsanwälte. Frage des *Beschwerdeausschusses*, bei dem Walter arbeitet. Beteiligung der Angestellten und Arbeiter, der Ärzte und Rechtsanwälte. Übereinstimmung, daß streng verfahren und nur wenige, ganz besonders liegende Fälle an die Amerikaner weitergegeben werden sollen. Kaisen wieder ausgezeichnet – in der Abfertigung des bedenkenreichen und umständlichen Syndikus Ulrich ganz überlegen. Auch Walter Lisco, der zum ersten Mal mit Kaisen zusammen war, hatte diesen Eindruck.

[...]

*Sonntag, 14. Oktober 1945*

[...]

Rich[ard] Duckwitz möchte „gewöhnlicher Arbeiter“ in der kaufmännischen Abteilung der Stadtwerke werden.<sup>193</sup> Walter L[isco] hat 58jährigen Landrat besucht, der Frau und drei Kinder von 16, 13 und 9 Jahren hat und nun wegen seiner Pg-Eigenschaft mittellos dasteht.

[...]

in Deutschland. Bilanz der Forschung unter besonderer Berücksichtigung der Wehrmacht- und Vertreibungsverluste, in: *Der Zweite Weltkrieg*, hrsg. v. Wolfgang Michalka, München 1989, S. 858–873.

<sup>190</sup> Angaben im Bericht Marshalls (vgl. Kap. 3, Anm. 191), abgedruckt im *Weser-Kurier* v. 13.10.1945: „Der Preis des Sieges“. Am 3.11.1945 wurden als amerikanische Verluste 273 830 Gefallene, 651 702 Verwundete und 27 299 Vermißte genannt (Keesing's Archiv 1945, S. 507 B.)

<sup>191</sup> Rechenschaftsbericht des Generalstabschefs der US-Armee, General George C. Marshall (1880–1959, 1947–1949 amerikanischer Außenminister), für den Kriegsminister und den Kongreß, veröffentlicht u.a. am 9.10.1945 in der *Neuen Zürcher Zeitung* (Keesing's Archiv 1945, S. 469 F), am 13.10.1945 im *Weser-Kurier* auf der Titelseite: „Der Preis des Sieges“.

<sup>192</sup> Die Angaben beziehen sich auf das Gesetz Nr. 8, vgl. Kap. 3, Anm. 138.

<sup>193</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 20 und 188; Eintragung vom 8.5.1945.

*Montag, 15. Oktober 1945*

Im Rathause wilder Betrieb wegen des Gesetzes Nr. 8.<sup>194</sup> Die legal officers bestreiten, daß die Anwälte darunter fallen. Guthrie sagte, es sei „a complete change“ zu erwarten.

Kaisen fährt nachmittags mit Apelt nach Stuttgart zu einer Konferenz aller „Staatsoberhäupter“ der Länder amerikanischer Zone.<sup>195</sup> Keine Tagesordnung. Entlassungen der Nazis und wirtschaftliche Fragen werden sicher erörtert werden.

Ich werde in Vertretung Kaisens mit Entlassungsfragen bestürmt. Unmögliche Lage der kleinen Läden und Betriebe, in denen nur der Inhaber arbeitet (Wolters setzt sich für sie ein). Frage der Rolandmühle, der Jutespinnerei, die die Säcke herstellt, und anderer Betriebe der Ernährungswirtschaft. Was aber steht hinter dieser brutalen „Denazifizierung“? Ist auch an eine Beschlagnahme und Einziehung der Vermögen der Nazis gedacht? Etwa zugunsten der Juden? Wie werden die Ausschüsse arbeiten?<sup>196</sup> In welchen Fällen kann und wird die vorläufige Zulassung eines „Fachmannes“ erfolgen? Festsetzung des Honorars durch den Bürgermeister und sonstige Schwierigkeiten.

[...]

<sup>194</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 138 und 139.

<sup>195</sup> Da die Bildung der in Potsdam beschlossenen deutschen Zentralverwaltungen am Widerstand Frankreichs scheiterte, bemühte sich General Clay seit Sept. 1945, durch überregionale Einrichtungen in der US-Zone Ersatz zu schaffen. Mit einer von ihm veranlaßten Direktive ordnete der Oberbefehlshaber Eisenhower am 5.10. die Gründung eines regelmäßig tagenden „Rats“ der Ministerpräs. der US-Zone an, durch den sie Entscheidungen von überregionaler Bedeutung und insbesondere die ihnen einstweilen übertragenen Aufgaben der Reichssonderverwaltungen koordinieren sollten. Gleichzeitig erging an die drei Ministerpräs. und den Präs. des Bremer Senats eine Einladung zu einer Konferenz mit dem Stellvertretenden Militärgouverneur, Clay, in Stuttgart am 17.10.1945. Nach einer Ansprache Clays über die nächsten Ziele seiner Politik konstituierte sich bei dieser Sitzung der „Länderrat“ und erarbeitete auftragsgemäß eine vorläufige Geschäftsordnung. Das endgültige Statut, beschlossen in der 2. Sitzung am 6.11., sah allmonatliche Zusammenkünfte, die Errichtung eines gemeinsamen Generalsekretariats und die Abordnung von Bevollmächtigten der Länder zu dieser Stuttgarter Geschäftsstelle vor. Außerdem wurden vier ständige Ausschüsse aus Beamten der Länderfachministerien gebildet: für Ernährung, Elektrizitätsversorgung, Verkehr und Post sowie die Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen. Am 4.12. kamen Ausschüsse für Wirtschaft, Industrie und Handel sowie für Finanzen und mehrere Unterausschüsse hinzu. Zum Generalsekretär wurde der Sozialdemokrat Erich Roßmann ernannt. Im April 1946 hatte der Stuttgarter Länderrat 14 Ausschüsse und 48 Unterausschüsse, die die Aufgaben von Zentralbehörden in der US-Zone wahrnahmen. (Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 121–124; Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 31–43, 59f.; Lia Härtel, Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Stuttgart 1951).

<sup>196</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 138.

*Dienstag, 16. Oktober 1945*

Im Rathaus Drang der Geschäfte, hauptsächlich durch die „Denazifizierung“ und die Vertretung Kaisens. – Im *Senat* längere Erörterung über die Maßnahmen zur „Reinigung“ der Wirtschaft. Notwendigkeit, die Schließung der meisten Lebensmittelgeschäfte und den Stillstand der Ernährung der Bevölkerung zu verhindern. Erschwerung durch die kurzen Fristen.<sup>197</sup>

Bestimmt auftretende Behauptungen, auch von amerikan[ischen] Offizieren, daß die Enklave wegfallen und Bremen zur britischen Zone kommen würde. Damit im Widerspruch Guthries Mitteilungen über die Justiz und der heute eingetroffene „Plan“, der die Enklave und das Oberlandesgericht Bremen umfaßt und den Justizsenator der Enklave den Justizministern der Länder gleichstellt.<sup>198</sup>

Besprechung mit den Rechtsanwälten Strohmeier und Janssen über die „Denazifizierung“ der Rechtsanwälte; das Hauptquartier hat entschieden, daß die Anwälte unter das Gesetz Nr. 8 fallen.<sup>199</sup> Mitarbeit der Anwälte, auch bei der Organisation des Büros für die Beschwerdefälle, deren Zahl wohl über 1000 hinausgehen wird. Guthrie fragt mich telephonisch, ob ich gegen die Veröffentlichung (Aushängung) der Listen etwas einzuwenden hätte. Ich wende mich gegen die Veröffentlichung der Gehaltssätze und der noch nicht rechtskräftigen Entlassungen.

[...]

*Mittwoch, 17. Oktober 1945*

Geschäftsbelastung bis zum Äußersten; andauernde Telefonanrufe und verantwortliche Auskünfte und Entscheidungen, besonders in Entlassungsfragen. Wechselnde und widerspruchsvolle Stellungnahme der Amerikaner zu den Entlassungsfragen. [...]

Nachmittags Juristensitzung; Entlassungen, Besetzung der Gerichte usw.

<sup>197</sup> Der im Gesetz Nr. 8 vorgesehene Prüfungsausschuß (vgl. Kap. 3, Anm. 138) mit seinen zur Durchführung der Arbeit gebildeten Unterausschüssen sollte zunächst in einem Schnellverfahren bis zum 20.10.1945 über die Notwendigkeit entscheiden, Betriebe wegen ihrer Bedeutung für die Lebensmittelversorgung fortzuführen. Im endgültigen Verfahren war dann über die Schließung von Firmen und die Absetzung der leitenden Persönlichkeiten zu befinden (Senatsprotokolle 16. und 19.10.1945, StAB: 3/3).

<sup>198</sup> Plan für die Organisation der Justizverwaltung in der US-Zone. Danach beabsichtigten die Amerikaner, innerhalb der früheren Länder sogenannte Rechtsdistrikte zu bilden, deren Leiter die Dienstbezeichnung „Justizminister“ und die Befugnisse des Reichsjustizministers erhalten sollten. Das OLG Bremen mit den Landgerichten Bremen und Wesermünde war nach diesem Plan genehmigt. (Senatsprotokoll 16.10.1945, StAB: 3/3).

<sup>199</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 139.

Abends Bericht von General Thomas, dem Leiter des Wehrwirtschaftsamtes bis 1942; über die Vorgänge, die zum 20.7.[19]44 geführt haben.<sup>200</sup> Seit 1939 Verschwörungsbesprechungen und Widerstand gegen den Krieg, den Thomas als verloren ansah. Kein großer Zug in der Verschwörung, keine Zukunftsidee; gute Absicht für Deutschland, aber nur die negative: Beseitigung Hitlers. Auch keine große, überlegene Persönlichkeit unter den Verschwörern, ganz kluge und tüchtige Männer wie Goerdeler und Popitz,<sup>201</sup> aber nicht einer mit wahren Führeigenschaften. – Dazu peinlicher Nebengeschmack beim Lesen: Schon bei Beginn des Krieges Fühlung mit den Feinden und mit dem Vatikan (Frieden mit England, Erfüllung der deutschen Wünsche im Osten, Bedingung: Beseitigung Hitlers).

*Donnerstag, 18. Oktober 1945*

Angespanntes Arbeiten in großer Hetze.

Abends von 9 bis 11 Uhr Fragebogen von 131 Fragen bearbeitet, den die Amerikaner in Bremen von den Senatsmitgliedern und demnächst die Amerikaner im Frankfurter Hauptquartier von mir als Enklave-Justizminister haben wollen; die Fragen beginnen mit Größe, Gewicht und Farbe von Haar und Augen und ergreifen alle Gebiete des Lebens.

<sup>200</sup> Georg Thomas, 1890–1946. Nach dem Abitur 1908 Beginn der Offizierslaufbahn, 1924 Generalstabsoffizier der 4. Division in Dresden unter Oberst Ludwig Beck, 1928 Major im Reichswehrministerium (Heereswaffenamt), seit 1934 Leiter des Wehrwirtschaftsamtes (1938 Generalmajor, Aug. 1940 General der Infanterie); seit Sommer 1939 in Verbindung mit dem Widerstandskreis um Carl Goerdeler und Ludwig Beck, suchte in Denkschriften für Hitler und durch Beeinflussung militärischer Führungsstellen die Chancenlosigkeit Deutschlands in einem Weltkrieg nachzuweisen und seine Auslösung zu verhindern, Ende 1942 aus seinem Amt entfernt, wegen seiner Beziehung zum militärischen Verschwörerkreis um Generalmajor Hans Oster am 11.10.1944 festgenommen, nach Haft im Gestapo-Gefängnis in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin, in den Konzentrationslagern Flossenbürg und Dachau Ende April 1945 in Südtirol befreit, anschließend bis zu seinem Tod am 29.12.1946 in amerikanischer Gefangenschaft. (Wolfgang Birkenfeld, Einleitung zu: Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft 1918–1943/45, Boppard 1966, S. 1–25), Thomas' unveröffentlichte Aufzeichnungen vom 20.7.1945, dem ersten Jahrestag des Attentats gegen Hitler, kursierten damals offenbar in zahlreichen Abschriften. In der Fst. finden sie sich in den Nachlässen Alfred Diller und Rudolf Beissel (Archiv: 11/D1 und 11/B24). Im Druck erschienen sie im Dezember 1945 in den „Schweizer Monatsheften“, S. 537–559.

<sup>201</sup> Über die am Attentat des 20. Juli 1944 beteiligte Verschwörergruppe, darunter an erster Stelle Dr. jur. Carl Goerdeler, 1884–1945, bis 1937 Oberbgm. von Leipzig, und Johannes Popitz, 1884–1945, bis 1929 Staatssekretär im preußischen Finanzministerium, 1933–1944 preußischer Finanzminister, wie Goerdeler am 2.2.1945 in Berlin hingerichtet, gibt es eine umfangreiche Literatur. Zur schnellen Information vgl.: Rudolf Lill und Heinrich Oberreuter (Hrsg.), 20. Juli. Portraits des Widerstands, Düsseldorf/Wien 1984, S. 111–133 (Goerdeler) und S. 237–251 (Popitz); für Goerdeler ferner insbes.: Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1954.



Freitag, 19. Oktober 1945

Kaisen und Apelt sind morgens um 4 Uhr von Stuttgart zurückgekommen. Anstrengende Reise. Gutes Quartier im „Zeppelin-Hotel“ in Stuttgart. Vertrag der vier „amerikanischen“ Staaten über gemeinsames Generalsekretariat in Stuttgart und regelmäßige Konferenzen. Bayerischer Partikularismus.<sup>202</sup> – General Clay klug und angenehm; *bespricht mit Kaisen die Enklavefrage*, stellt in Aussicht, daß die Enklave aufgehoben und *Bremen von den Briten besetzt werde*; nur Häfen für die Amerikaner. Dorn sagt, die Sache sei *zugunsten der Engländer entschieden*.<sup>203</sup> Nun kommt alles auf die Regelung im einzelnen und auf die Gestaltung unseres Verhältnisses zu Hannover und Oldenburg an. Schwierigkeiten mit zwei fremden Mächten in Bremen.

Kaisen und Apelt im Gottesdienst in Stuttg[art] in der Markuskirche. Wurm, Niemöller und Dibelius. Kaisen tief erschüttert durch Dibelius' Ausführungen über die Not und das Sterben in der russischen Zone; „es gibt keine Kinder unter zwei Jahren mehr.“ – Ausländische Kirchen dort.<sup>204</sup>

<sup>202</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 195. Der bayerische Ministerpräs., Wilhelm Hoegner, brachte in Stuttgart am deutlichsten die Befürchtung zum Ausdruck, daß sich das Generalsekretariat des Länderrats zu einer Zonenzentralbehörde entwickeln könnte, der die Landesregierungen einen Teil ihrer Kompetenzen, insbesondere die zwischenzeitlich übertragenen Reichskompetenzen, wieder abtreten müßten. Er suchte das Sekretariat deshalb möglichst klein zu halten und nutzte die Tatsache, daß die Ministerpräs. alle Beschlüsse einstimmig und persönlich fassen mußten, um eine Begrenzung der Souveränität und Autonomie Bayerns zu verhindern. Am 17.10.1945 wandte sich Hoegner z.B. gegen die Befugnis des Generalsekretärs, seine Mitarbeiter selbst auszuwählen: „Damit würden wir die Zuständigkeit der Länder aushöhlen. Bayern führt einen jahrhundertelangen Kampf gegen die Zentralgewalt des Reichs. Ich muß als Bayer gegen die Schaffung einer neuen Zentralgewalt scharf Stellung nehmen.“ (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 129).

<sup>203</sup> Dorn gehörte zum Beraterstab Clays in Stuttgart. General Lucius D. Clay, 1897–1978, von 1945 bis 1947 als stellv. Militärgouverneur, dann bis 1949 als Militärgouverneur Vertreter der USA im Alliierten Kontrollrat und (bis 1947: de facto) Chef der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, nach der Rückkehr ins Zivilleben in führenden Wirtschaftspositionen und 1961/62 persönlicher Berlin-Beauftragter Präs. Kennedys, hatte Kaisen in einer gesonderten Besprechung am Rande der Stuttgarter Konferenz darüber informiert, daß Bremen verwaltungsmäßig der Britischen Zone angegliedert und nur militärisch bei der US-Zone bleiben solle. Die genaue Regelung werde in der nächsten Woche von einer amerikanischen Kommission in Bremen getroffen werden. Dorn teilte streng vertraulich mit, daß die Entscheidung bereits getroffen sei: Nur die Häfen blieben amerikanisch, die Enklave selbst komme zur Britischen Zone. (Aufzeichnung Frieses über die Stuttgarter Konferenz, StAB: 3-R.1.m. Nr. 390).

<sup>204</sup> Nachdem sich die EKD bei der Konferenz in Treysa vom 27. bis 31.8.1945 konstituiert hatte, fand am 18./19.10.1945 ihre erste Ratssitzung in Stuttgart statt, bei der es erstmals seit Kriegsende und für viele Teilnehmer überraschend zur Begegnung mit führenden Vertretern des Ökumenischen Rates der Kirchen kam. Als Resultat der Gespräche wurde die „Stuttgarter Erklärung“ über das Verhalten der

Um 3 Uhr Sitzung bei Colonel Meservey mit Herren der Handelskammer, Walter Lisco usw. Frage der Reinigung der Wirtschaft. Anwendungsbereich des Gesetzes Nr. 8 und Verfahren.<sup>205</sup> Fortsetzung der Lebensmittelgeschäfte, der Rolandmühle usw.; Stadtwerke und Straßenbahn; Ärzte und Rechtsanwälte. Angenehme Formen der Verhandlung, aber wenig Aussicht, die großen Betriebe wie die Rolandmühle vor der Entlassung der Leiter durch vorläufige Entscheidung zu bewahren.

[...]

*Samstag, 20. Oktober 1945*

Die Reinigung der Wirtschaft nimmt weiter telephonisch, durch Besucher und durch Schriftstücke stark in Anspruch. Entgegenkommende Übergangsbestimmung Meserveys; Frist bis 9. November.<sup>206</sup> Immer noch viele Unklarheiten. Eine strenge Durchführung des Gesetzes Nr. 8 und derselben Grundsätze im Verwaltungskörper muß Wirtschaft und Verwaltung, sowie die Rechtspflege zerschlagen und zum Chaos führen, besonders,

Deutschen und der evangelischen Christen im Dritten Reich veröffentlicht. Am Vorabend, dem 17.10., fanden zwei Veranstaltungen in der Markuskirche und im Furtbachsaal statt, bei denen neben Repräsentanten der Ökumene Bischof Theophil Wurm, Pastor Martin Niemöller und Bischof Otto Dibelius spachen, letzterer als Vertreter der Kirche im Osten und Nordosten Deutschlands. Er beschrieb die Zerstörungen, den Hunger in der SBZ und das Elend der Flüchtlinge. U.a. gab er an, daß in den vergangenen sechs Monaten und, soweit voraussehbar, in den bevorstehenden sechs Monaten im Osten der Provinz Brandenburg fünfmal so viele Menschen sterben würden wie während des ganzen Krieges. Ein Pastor aus einer kleinen Stadt des Ostens habe ihm auf die Frage nach der Kindersterblichkeit mit den Worten der biblischen Geschichte vom Kindermord in Bethlehem geantwortet: „Die Kinder, die da zwei Jahre und darunter waren, die gibt es bei uns ja nicht mehr, die sind schon alle tot. Wir wollen davon nicht viel Wesens machen ... Das ist ja nicht das Schwerste ... Sterben ist leicht, Leben ist schwer. Das gilt nicht immer, aber jetzt gilt es, jedenfalls bei uns.“ (Abgedruckt bei: Gerhard Besier und Gerhard Sauter, *Wie Christen ihre Schuld bekennen. Die Stuttgarter Erklärung 1945*, Göttingen 1985, S. 139–143).

Otto Dibelius, 1880–1967, war seit 1925 Generalsuperintendent der Kurmark gewesen, 1933 aus politischen Gründen entlassen, führendes Md. der Bekennenden Kirche, 1945–1966 Bischof von Berlin-Brandenburg, 1949–1961 Vors. des Rates der EKD, 1954–1961 einer der Präs. des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Theophil Wurm, 1868–1953, war von 1929 bis 1933 Präs. der Württembergischen Landeskirche, einer der sog. „unzerstörten“ Kirchen im Dritten Reich, 1933–1953 ihr Landesbischof, 1945–1949 Vors. des Rates der EKD.

Martin Niemöller, 1892–1984, Pastorensohn, Marineoffizier, Pastor in Berlin-Dahlem, Initiator des Pfarrernotbundes, 1937 verhaftet und bis Kriegsende in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau, galt als *der* Exponent des protestantischen kirchlichen Widerstandes; 1947–1964 war er Präs. der hessisch-nassauischen Kirche, 1961–1968 einer der Präs. des Ökumenischen Rates der Kirchen.

<sup>205</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 138.

<sup>206</sup> Die ursprüngliche Frist für die Benennung der für die Lebensmittelversorgung unentbehrlichen Betriebe lief am 20.10. ab, vgl. Kap. 3, Anm. 197.

wenn gleichzeitig alle Anforderungen gesteigert werden und die Not des Winters vor der Tür steht, auch ein erheblicher Teil der Wirtschaft bewußt vernichtet wird. (Schwerindustrie und Seeschifffahrt).<sup>207</sup> Was wird aus den Millionen, die entlassen sind und nur als „gewöhnliche“ Arbeiter beschäftigt werden dürfen? Diese, aus der Bahn Geworfenen, zusammen mit den sonst Entwurzelten, bilden eine Gefahr für Staat und Wirtschaft, wie 1918/1919 und in der Inflationszeit die damals Entgleisten und aus dem Heer und der Wirtschaft Ausgeschiedenen. Das war nach dem ersten Weltkriege der gute Nährboden für den Nationalsozialismus. Soll sich Ähnliches unter anderem Zeichen wiederholen?

Sorge um Kaisens Gesundheit; er hat in Stuttgart einen Ohnmachtsanfall gehabt, einmal beim Tee mit Welker, einmal nach der Erregung, die durch den Gottesdienst in der Markuskirche ausgelöst war.<sup>208</sup> Ich bestimme Kaisen, eine Hilfskraft anzunehmen, zunächst für die Entlassungseinsprüche, vielleicht für immer. [...]

Nachmittags zu Hause einige größere Sachen durchgearbeitet, zu denen im Rathaus keine Ruhe. Niedersachsen-Frage, wenn Bremen britisch wird.<sup>209</sup> Denkschrift Kaisens über Wiederaufbau von Verwaltung und Wirtschaft und Zulassung von „Nazis“ (Einleitung von Behrens anfechtbar). Protokoll über die Stuttgarter Konferenz (Dr. Friese).<sup>210</sup>

[...]

*Sonntag, 21. Oktober 1945*

[...]

„Freimarktbesuch“ von Christoph und Jan.<sup>211</sup> Mit sehr gemischten Gefühlen sehen wir Alten auf dies „Volksfest“, aber die Kinder wollen ihr Recht. [...]

Arnold war bei der politischen Kundgebung der SPD und KPD vor dem Parkhause;<sup>212</sup> Reden von Kaisen, Wolters und Theil. Geringe Beteiligung. Kaisen selbst hat mir wiederholt gesagt, die Bevölkerung habe noch kein

<sup>207</sup> Punkt III/11 des Potsdamer Abkommens.

<sup>208</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 204.

<sup>209</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 181.

<sup>210</sup> Die Aufzeichnung befindet sich im StAB: 3-R.1.m. Nr. 390.

<sup>211</sup> Sohn von Klaus Bücking aus erster Ehe mit Maria Fraedrich.

<sup>212</sup> An der zentralen Kundgebung der SPD und KPD aus Anlaß ihrer Wiederzulassung in Bremen nahmen etwa 6000 Menschen teil. Wolters trat dafür ein, nach der Schaffung gemeinsamer Gewerkschaften, Wohlfahrts-, Sport- und Kulturorganisationen auch zur politischen Einheit der Arbeiterbewegung in Gestalt einer „einheitlichen sozialistischen Arbeiterpartei“ zu gelangen. Kaisen distanzierte sich vorsichtig, indem er für die Demokratie als Voraussetzung für die gesellschaftliche Weiterentwicklung der Arbeiterschaft, für Gemeinwirtschaft und gemeinsames Vorgehen der beiden Parteien plädierte. (Brandt, Antifaschismus, S. 188).

politisches Interesse, die Wahlen kämen zu früh, die Partei der Nichtwähler werde die stärkste sein.

[...]

*Montag, 22. Oktober 1945*

In unserer Arbeit ist erschwerend, daß die Amerikaner vielfach nur mündlich oder telephonisch Anweisungen und Gesetzesauslegungen geben, was bei der Sprachverschiedenheit und Dolmetscherei zu Mißverständnissen führt. Dazu verschiedene Auskünfte der verschiedenen amerik[anischen] Stellen und oft auch ein Gegeneinanderarbeiten. Das jetzt besonders verwirrend bei Gesetz Nr. 8. Es ist ein völliges Durcheinander entstanden; Sinn und Umfang der Befristung bis 9. November zweifelhaft.<sup>213</sup>

Auch der große Justizplan der Amerikaner gibt zu vielen Zweifeln Anlaß. Nicht einmal klar, ob er jetzt schon in Kraft ist,<sup>214</sup> wie man zuerst in Wesermünde annahm. Wir vertreten die Ansicht, daß der Plan erst in Kraft gesetzt werden soll. Verhandlung mit dem Landgerichts-Präsidenten Heimann-Trosien (Wesermünde)<sup>215</sup> und anderen Wesermünder Juristen über Justizfragen. Dabei störend die Unsicherheit, die durch die Aussicht, daß die Enklave fortfallen und dies Gebiet in die englische Besatzungszone kommen wird, entstanden ist.<sup>216</sup>

Den ganzen Tag und die Nacht bei uns kein elektrischer Strom. Bei dem Kerzenmangel und der Streichholznot recht lästig.

*Dienstag, 23. Oktober 1945*

Im *Senat Staatsvertrag Hannovers, Braunschweigs und Oldenburgs*: Zweckverband Niedersachsen zur Ausübung der Reichsbefugnisse.<sup>217</sup> Der Vertrag ist nach London gegangen. Die Engländer wollen nicht „genehmigen“, sondern „anordnen“.

Nolting-Hauff über Reichs- und Länderfinanzen. Die Reichsmittel des Oberfinanzpräsidenten nahezu erschöpft. Besatzungskosten Bremens in fünf Monaten ohne Gehälter und Mannschaftslöhne 19 Millionen RM. Bremens Reserven so erheblich, daß wir noch einige Zeit (ein Jahr?) so weiter wirtschaften können. – Erhöhung der Lohn- und Einkommensteuer durch die Siegermächte.

<sup>213</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 206.

<sup>214</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 198.

<sup>215</sup> Dr. Georg Heimann-Trosien, geb. 1900, 1946–1949 Landgerichtsdirektor in Bremen, 1949–1952 Senatspräses. beim OLG Bremen, 1952–1968 Bundesrichter in Karlsruhe.

<sup>216</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 203.

<sup>217</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 181.

Nachmittags Prof. Jellinek<sup>218</sup> aus Heidelberg im Auftrage der amerik[anischen] M[ilitär]regierung mit Entwurf eines Gesetzes über *Verwaltungsgerichtsbarkeit*. Entwurf unter Zugrundelegung des bremischen Gesetzes von 1924 hergestellt. Die Enklave soll ihn einführen und so den anderen amerikanischen Zonen [gemeint: Ländern] vorangehen. Wieder wie beim Oberlandesgericht reifen unsere Enklavebemühungen in dem Augenblick, in dem die Enklave aufgegeben wird.

Zu Hause elektrischer Strom wieder da, aber so schwach, daß man damit nicht kochen kann und Lesen und Schreiben unmöglich sind. Hängt das auch mit dem Licht- und Kraftverbrauch auf dem Freimarkt zusammen? Der Andrang ist dort tags und abends ungeheuer, auch von Erwachsenen; psychologisch nach den sechs Kriegsjahren natürlich, aber doch in dieser äußeren und inneren Not unseres Volkes unwürdig und beschämend.

*Mittwoch, 24. Oktober 1945*

[...]

Nachmittags Sitzung mit den Juristen. Oberst Wisnioski hat sich von Lahusen mit warmen Worten verabschiedet; er werde in Amerika Bremen und Deutschland nützlicher sein; er werde dort von Bremen und seiner guten Zusammenarbeit mit den bremischen Juristen erzählen und für eine andere Vorstellung über die Deutschen eintreten. Scharfe Kritik der „Dena-zifizierung“; er hat geäußert: „I am disgusted.“

[...]

*Donnerstag, 25. Oktober 1945*

[...]

*Freitag, 26. Oktober 1945*

Major Guthrie, der die Justiz der Enklave unter sich hat, und Major Conbill,<sup>219</sup> der neu gekommen ist, um die Verwaltung der Enklave zu betreuen, sind der Ansicht, daß die Enklave bleiben müsse und bleiben werde. Eine Beschränkung der Amerikaner auf die Häfen sei unmöglich; Arbeitseinsatz zum Entlöschen der Schiffe, Kraftwagenpark der Amerikaner in Nordenham usw. Jellinek hält die Zusammenfassung der Verwaltung in

<sup>218</sup> Dr. jur. Walter Jellinek, 1885–1955, 1913–1935 Professor für öffentl. Recht an den Universitäten Kiel und Heidelberg. Spezialist für Verwaltungsrecht (1966 Neu-druck seines Standardwerks von 1929), 1935 zwangsemeritiert, 1945 erneut Profes-sor in Heidelberg, seit 1947 Richter am Baden-Württembergischen Verwaltungsge-richt.

<sup>219</sup> richtig: Harold H. Crabill, 1945 Major, zuständig für die Kontrolle der Zivilver-waltung in der Enklave außer Bremen-Stadt und -Land und für die Beziehungen zu den höheren amerikanischen Dienststellen. (Functional History 1945/46, S. 51); 1946 Oberstleutnant, Chef der Civil Government Division.

der Enklave für leicht und sagt das den Amerikanern. Dagegen Radiomeldung, daß die Briten am 1. November die Amerikaner in der Enklave ablösen würden und Nachricht von Wilhelm Kiesselbach, er habe jetzt auch amtlich erfahren, daß Bremen in der Justiz wieder zu Hamburg käme und in der Verwaltung unter Hannover (d.h. wohl unter die englische Militärregierung) in Hannover).<sup>220</sup>

Größte Gefahr, daß Bremen amerikanisch bleibt und im übrigen die Enklave aufgelöst wird; dann völlige Einkapselung Bremens. Schwierigkeiten, wenn in Bremen nicht Sitz einer vollgültigen englischen Militärregierung, sondern nur englische Verbindungsoffiziere. Reibungswiderstand durch Verhandlungen mit den englischen und amerikanischen Stellen. Die Besprechung, die amerikanische hohe Offiziere mit Kaisen haben wollten, scheint wegzufallen.<sup>221</sup> Wir scheinen nur Objekt der Verhandlungen der beiden angelsächsischen Mächte zu sein. Wenn wir englisch werden, manche wirtschaftliche Schwierigkeiten beseitigt, aber drohende Bevorzugung Hamburgs und seiner Häfen. Davor könnte uns vielleicht eine Flucht in die Arme Niedersachsens oder gar Hannovers bewahren.

Im Senat Nolting-Hauff über Finanzen und über die vorläufige Verständigung mit Oberfinanzpräs[ident], Wesermarsch und Wesermünde in Brake.<sup>222</sup> Aus den Reichseinnahmen werden gedeckt: 1. Kosten der Reichsbehörden (Strombau, Justiz, Landeswirtschaftsamt usw.), 2. eigene Bedürfnisse der Gemeinden, 3. Besatzungskosten. Die Reichskasse leer, hilft sich mit grünen (ungedeckten) Schecks auf die Reichsbank. Bremen erhält etwa die Hälfte des früheren „Voraus“. Das ganze Verfahren muß sich totlaufen, wenn auch im Augenblick kaum ein anderer Weg da ist.

Abends inoffizielle Mitteilung der Amerikaner an Kaisen: *Die Enklave fällt; Bremen bleibt in amerikanischer Verwaltung unter englischer Oberhoheit. Wesermünde wird von den Engländern besetzt; die Häfen in amerikanischer Hand.* Die Abgrenzung der Zuständigkeiten noch unklar.<sup>223</sup> Das wird notwendig zu den größten Schwierigkeiten und Reibungen führen. Die hiesigen amerikan[ischen] Offiziere wenig erfreut, *unter* den Engländern zu arbeiten. Es kann sich dabei wohl nur um eine vorübergehende Zwischenlösung handeln.

<sup>220</sup> Diese Neuregelung trat zum 10.12.1945 in Kraft, vgl. Kap. 3, Anm. 279.

<sup>221</sup> In Stuttgart hatte Clay Bgm. Kaisen die Entsendung einer amerikanischen Kommission angekündigt, vgl. Kap. 3, Anm. 203.

<sup>222</sup> Die Konferenz hatte auf Wunsch des Oberfinanzpräs. mit Oberbgm. Koch (Wesermünde), Landrat Tantzen (Wesermarsch), Vertretern des Oberfinanzpräsidiums und dem zuständigen Reichsbankdirektor unter Vorsitz Nolting-Hauffs wegen der Deckung eines Fehlbetrags von 200000 RM in der Oberfinanzkasse stattgefunden und die im folgenden skizzierte Einigung erzielt.

<sup>223</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 279.

*Samstag, 27. Oktober 1945*

[...] Mittags kommt *Paula aus Göttingen* wieder. [...] Paula erzählt in gewohnter Lebhaftigkeit von der Universität und den verschiedenen Strömungen unter den Studenten, von Kaehlers<sup>224</sup> Vorlesung über die Zeit von 1919 bis 1939, über Nebels Vortrag, der von den Studenten gestört und gesprengt ist, über ihr Philosophieseminar bei König,<sup>225</sup> über Kant usw. Aussprache über die Fragen der Jugend.

[...]

*Sonntag, 28. Oktober 1945*

[... Paula berichtet u.a. über:] Euthanasie-Vortrag eines evangel[ischen] Geistlichen und anschließende Aussprache in Göttingen. (Vier Fälle: Erleichterung und Abkürzung qualvollen Sterbens, Abkürzung eines schweren tödlichen Leidens, Vernichtung eines „unwerten“ Lebens, Bedrohung durch nahende, barbarische Horden.)

Besuch von Rich[ard] Duckwitz (Anstellungsmöglichkeit). Frau Knittermeyer Bescheinigung über ihren Mann gegeben (Ablehnung der Berichterstattung für SD<sup>226</sup> und allgemeine Äußerung über Knittermeyers politische Einstellung).

*Montag, 29. Oktober 1945*

[...]

*Dienstag, 30. Oktober 1945*

Schwierigkeiten im Berufungsausschuß der Wirtschaft durch die Arbeitnehmer; „Diktatur“; „Dann lieber Hitler!“ usw. Kaisen sucht die Sache einzurenken. Da der Ausschuß in den Räumen der Handelskammer tagt, Anschein, als wenn es Veranstaltung der Handelskammer wäre. Abneigung der Arbeitnehmer gegen die Juristen, insbes[ondere] ihren Vorsitz in den Unterausschüssen.<sup>227</sup>

<sup>224</sup> Dr. Siegfried August Kaehler, 1885–1963. Seit 1927 Professor für Neuere Geschichte an den Universitäten Marburg, Breslau, Halle, Jena und Göttingen (seit 1936).

<sup>225</sup> Dr. Josef König, 1893–1974. Seit 1935 Universitätsdozent, Professor für Philosophie in Hamburg und Göttingen.

<sup>226</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 158.

<sup>227</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 138. Die Unterausschüsse des Prüfungsausschusses, die die Einsprüche aus der gewerblichen Wirtschaft gegen Entnazifizierungsbescheide bearbeiteten, bestanden aus je zwei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern. Die Vors. sollten nach Vorstellung der HK Juristen sein. Sie konnte diese Forderung jedoch nicht durchsetzen. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 437). Der Unmut der Arbeitnehmer über die angeblichen Bemühungen der HK, die vorgeschriebene Säuberung der Betriebe durch juristische Ausflüchte zu verhindern, äußerte sich am 31.10.1945 bei einer Betriebsräte-Vollversammlung (Brandt, Antifaschismus, S. 217); vgl. Kap. 3, Anm. 231.

Die künftige Ernährungslage und Brennstoffversorgung Deutschlands äußerst ernst. Schon jetzt nach Hamburger Zahlen etwa Verdreifachung der Sterblichkeit bei Säuglingen und bei Tuberkulosen.<sup>228</sup> Die Engländer dogmatisch und theoretisch in ihren Forderungen des Raumes für eine Person und der Ernährungswirtschaft. In Bremen geht eine Person auf 7 qm Raum; englische Forderung 4 bis 4,2 qm.<sup>229</sup> Die Engländer verlangen Abschachtung des Viehs, besonders der Schweine.

Bedenkliche Entwicklung des Schwarzmarktes. In Bremen 450 RM für 1 Pfd. Kakao, 120 RM für 1 Pfd. Butter; 850 RM für einen Ausweis des Konzentrationslagers. (In Hamburg 2000 RM!). Ehlers drängt auf scharfe Scheidung der politischen und der kriminellen KZ-Häftlinge; nur die politischen sollen Ausweise bekommen. In Bremen etwa 1 200 KZ-Leute (840 politische, 230 Juden usw.), in Hamburg etwa 10000!<sup>230</sup>

Die Berichte aller Behörden wenig günstig; auch die Wirtschaft noch gelähmt, verschlimmert durch die Entlassungen und durch die Treibereien der Betriebsräte und Antifaschisten.

Kleiner Lichtpunkt die Lieferung von 2[000] bis 3000 Ballen Rohjute nach Delmenhorst für die Jutespinnerei. Ist das ein Symptom, daß die Engländer einige deutsche Industrien wieder in Gang setzen wollen?

Äußerlich einige Fortschritte in Bremen: An einzelnen Stellen wird der Schutt beseitigt: auf dem Domshof, unter den Eisenbahntunneln usw. Abends Straßenbeleuchtung. Der Roland ist wieder freigelegt; für alte Bremer zugleich ein wehmütiger Anblick. Bedeutsamer ist *die Eröffnung der Post für ganz Deutschland* einschl[ießlich] die russisch besetzte Zone. Wieweit diese Ankündigung in die Tat umgesetzt wird, muß sich finden. Immerhin schon eine große Erleichterung, wenn man in den nicht-russischen Zonen Briefe wechseln kann, sei es auch mit langer Dauer der Briefbeförderung.

Zu Hause abends wieder kein Licht.

*Mittwoch, 31. Oktober 1945*

Entschließung der Betriebsräte gegen Apelt und Harmssen in der Zeitung veröffentlicht;<sup>231</sup> Kaisen hatte diese erste Sitzung der Betriebsräte mit ei-

<sup>228</sup> Spitta faßt einen Bericht zusammen, den Senator Ehlers am 30.10. im Senat über eine Wohlfahrtskonferenz in Hamburg erstattete. Nach den dort mitgeteilten Zahlen war die Säuglingssterblichkeit an Tuberkulose von 4,6% auf 13,1% angewachsen. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

<sup>229</sup> Die Zahlen entstammen weiterhin dem Bericht von Ehlers, vgl. Kap. 3, Anm. 228.

<sup>230</sup> Von Ehlers im Senat mitgeteilte Zahlen, vgl. ebenda.

<sup>231</sup> Nach dem Abschluß der Wahlen waren die Betriebsräte Bremens am 28.10.1945 zu ihrer ersten Konferenz nach dem Ende des Dritten Reichs zusammengekommen und aus diesem Anlaß von Bgm. Kaisen namens des Senats, Oberst Mursell namens der Militärregierung, Senator Wolters und Senator Ehlers feierlich be-



ner Ansprache begrüßt; wird er von dieser EntschlieÙung abrücken? Im übrigen sind wir von dem groben Volksversammlungston der politischen Parteien durch den politischen Kirchhofsfrieden der Nazizeit entwöhnt; man darf politische Anpöbelungen nicht zu schwer nehmen. Nachträglich festgestellt, daß Kaisen die Versammlung gleich nach seiner Ansprache verlassen hat und die EntschlieÙung keineswegs einstimmig gefaßt ist. Damit ist die drohende Senatskrise erledigt.

[...]

*Donnerstag, 1. November 1945*

[...]

Neue Beamtenentlassung; Apelt ohne Mitarbeiter (auch Maas entlassen). In der Gewerbepolizei von 26 Beamten nur drei übriggeblieben.

*Freitag, 2. November 1945*

Keine Senatssitzung, weil die Amerikaner, die schon alle Festräume des Rathauses in Händen haben, auch noch unseren Sitzungssaal zu einer Festlichkeit benutzen wollen!

[...]

*Samstag, 3. November 1945*

Kaisen gestern bei Ministerprä[sident] Tantzen in Oldenburg; Tantzens Plan einer Vermögensabgabe, „daß wir nur behalten, was wir auf dem Leibe haben“ (zur Sanierung der Währung und Entschädigung). Kaisen sagt, das sei kommunistisch. – Ich habe bei solchen Plänen (Vermögensabgabe von 50 oder 70%) das Bedenken, daß die Gesundung von der Geld- und Steuerseite und nicht von der Produktions- und Warensseite versucht wird. Und schafft man damit nicht die Grundlage für tiefe Eingriffe der Sieger?

Grobler<sup>232</sup> als Bürgermeister für Delmenhorst vorgeschlagen. Volkstrauertag am 25. Nov[ember] mit Kaisen besprochen. – Berufungsaus-schuß für die entlassenen Anwälte.

grüßt worden. In drei EntschlieÙungen wurden die schleppende und unzureichende Entnazifizierung der Wirtschaft und die Zunahme des Schleichhandels scharf kritisiert, wofür Apelt und Harmssen die Verantwortung trügen. Die Betriebsräte forderten ihre Ablösung durch den Gewerkschaften nahestehende Persönlichkeiten und den Aufbau einer Planwirtschaft. (Weser-Kurier Nr. 13 v. 31.10.1945: Bremer Betriebsräte-Konferenz).

<sup>232</sup> Dr. Franz Grobler, geb. 1882. Rechtsanwalt, seit 27.6.1945 Hilfsrichter in Bremen. Am 17.10.1945 war der Oberbgm. von Delmenhorst zurückgetreten. Für die vakante Stelle gab es mehrere Interessenten, eine Bewerbung Groblers ließ sich nicht nachweisen. Vgl. Norbert Baha, Die Rückkehr zur Demokratie. Delmenhorster Kommunalpolitik unter britischer Besatzung 1945/46, Delmenhorst 1987, S. 89f., 133.

Bezeichnend für die bremische Lage, daß Kaisen gleichzeitig zu der Konferenz der Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone nach Stuttgart<sup>233</sup> und zu der Konferenz der „Staatsoberhäupter“ der englischen Zone nach Oldenburg<sup>234</sup> eingeladen ist. Klärung der Enklavefrage dringend.

Verwirrung der Begriffe auch in „biederen“ bürgerlichen Kreisen. Die Fuhrunternehmer beantragen, daß aufgrund des Reichsleistungsgesetzes die Lastautos der Weser-Transportgesellschaft beschlagnahmt und ihnen übergeben werden möchten. Die Antragsteller würden wahrscheinlich übel nehmen, wenn man sie als kollektivistisch bezeichnete. Merkwürdiger Bedeutungs- und Anwendungswandel des Reichsleistungsgesetzes.<sup>235</sup>

[...]

*Sonntag, 4. November 1945*

[...]

*Montag, 5. November 1945*

Kaisen hat von den Amerikanern keine Klarheit über die künftige Verwaltung Bremens bekommen. Die englische Oberhoheit scheint sicher zu sein. Ich bin in diesem Falle für entschiedenen hannoverschen Kurs Bremens, selbst mit dem Opfer unserer Landeigenschaft; sonst werden wir zwischen Oldenburg, Hannover und Hamburg erdrückt.

Plan über Neueinteilung der Oberlandesgerichts-Bezirke, da der amerikanische Plan bei Aufhebung der Enklave hinfällig wird:<sup>236</sup> OLG Bremen als Mittelpunkt des Bezirks Oldenburg, Ostfriesland, Reg[ierungs]-Bez[irk] Stade, Osnabrück. – Hamburg mit Schleswig-Holstein, Celle mit Braunschweig. – Aufgabe: Allgemein Mittelbehörden nach Bremen zu bekommen. Oberpostdirektion, Oberfinanzpräsid[ium], Landesarbeits- und Landeswirtschaftsamt usw. Besprechung darüber mit Kaisen und Behrens.

[...]

*Dienstag, 6. November 1945*

Die Entlassungen wirken sich verhängnisvoll aus. Im Elektrizitätswerk von etwa 400 Beamten und Angestellten etwa 200 entlassen, darunter die Ka-

<sup>233</sup> 2. Tagung des Länderrats der amerikanischen Besatzungszone am 6.11.1945, vgl. Kap. 3, Anm. 195.

<sup>234</sup> Die Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone fand am 19./20.11.1945 in Detmold statt.

<sup>235</sup> Gesetz über Sachleistungen für Reichsaufgaben (Reichsleistungsgesetz) vom 1.9.1939, RGBl. 1939 I, S. 1945ff. Das Gesetz ermöglichte Dienststellen der Wehrmacht und des Staates, Besitz und Rechte von Privatpersonen vor allem zur Unterbringung, Verpflegung und Versorgung der Truppen und Bombengeschädigten in Anspruch zu nehmen.

<sup>236</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 198.

belleger usw. In der Gewerbepolizei von 26 Beamten drei übriggeblieben;<sup>237</sup> in der Medizinalpolizei können die Untersuchungen nicht mehr durchgeführt werden. Als Kaisen die Amerikaner auf die Seuchengefahr hinwies, Antwort: „Dann sind wir noch da!“ (Wenn es zu spät ist!) Apelt hat alle höheren Beamten seines Arbeitsbereiches verloren. Bei Gericht immer schwierigere Lage durch die Entlassungen der mittleren Justizbeamten. Die Polizei völlig geschwächt und von weiteren Entlassungen bedroht; im Frieden 175 Kriminalbeamte; jetzt von 55 etwa 40 entlassen; im ganzen von 2400 Polizisten 600 geblieben.<sup>238</sup> Kaisen hat den Amerikanern gesagt, er werde den Konkurs der bremischen Verwaltung anmelden.

Daneben nur geringe Lichtpunkte. Das Gaswerk hat jetzt soviel Kohlen, daß es langsam mit [der] Gasabgabe anfangen kann; in der Neustadt schon etwas Gas; die Röhren noch von Wasser und Luft zu befreien. – Unsere Straßennamen von den Amerikanern genehmigt.<sup>239</sup> Kaisen hat ihnen vor kurzem auf Befragen gesagt: Mit dem Roosevelt-Boulevard hätten die Amerikaner es nicht anders gemacht, als Hitler in Böhmen, Polen usw.; anders wäre es, wenn Bremen nach Jahren, nachdem es von den Amerikanern wieder aufgerichtet sei, aus Dankbarkeit von sich aus eine Straße nach einem Amerikaner benennen würde. Darauf jetzt die überraschende Meldung, daß wir den Roosevelt-Boulevard wieder Parkallee nennen könnten!

Schlimm, die gehässige Einstellung von „Nazis“ zur körperlichen Arbeit (Schutt wegräumen). Capt[ain] Williams (beim Arbeitsamt) zieht jetzt auch die körperlich Behinderten zur Außenarbeit heran: R[ichard] Duckwitz (herzleidend), Hagens (kriegsbeschädigt) usw. Kaisen berichtete im *Senat* über die politischen Versuche einer Einigung in Deutschland. In *Stuttgart* für amerikanische Zone schon Annäherung an juristische Person.<sup>240</sup> Clay erstrebt zentrales Kabinett für ganz Deutschland; Frankreich dagegen.<sup>241</sup>

Besprechung in *Brake* und *Oldenburg* mit Tantzen Vater und Sohn. Tantzen sen. über Vorgeschichte des niedersächsischen Staatsvertrages: Ursprünglicher Plan: 1. Stade – Lüneburg – Wesermarsch – Bremen, 2. Oldenburg – Ostfriesland, 3. Hannover – Braunschweig; alles ein einheitli-

<sup>237</sup> Spitta bezieht sich auf die im Senat genannten Zahlen. Im Außendienst der Gewerbeaufsicht waren bei 31 Planstellen noch elf Beamte tätig, davon drei bei der Preisüberwachung. (StAB: 3/3).

<sup>238</sup> Die ursprüngliche Angabe im Senatsprotokoll, daß von 2400 Polizeibeamten 500 bis 600 geblieben seien, wurde nachträglich in 800 korrigiert. (StAB: 3/3). – Trotz der alarmierenden Angaben der verschiedenen Ressorts über die Auswirkungen der Entnazifizierung teilte Finanzsenator Nolting-Hauff in der Senatsitzung am 6.11. mit, daß die Planstellen der Beamten zu 50–75%, die der Angestellten zu ca. 80% besetzt seien; er forderte die Sperrung von Planstellen zur Einsparung von Personalausgaben.

<sup>239</sup> Die Umbenennung wurde am 17.12.1945 wirksam, vgl. Kap. 3, Anm. 90.

<sup>240</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 195.

<sup>241</sup> Vgl. Krieger, General Clay, insbes. S. 104–109.

ches Niedersachsen. Oldenburg dagegen. Dann Staatsvertrag in loserer Form. Oldenburg noch gegen §5 und die gehobene Stellung des Oberprä[sidenten] von Hannover. London lehnt Vertrag ab und befiehlt Zusammenschluß. Bildung eines Rats. O[ber]p[räsident] Hannover Vorsitz; alle gleiche Rechte. Kein Eingriff in Reichs- und Länderverwaltungen. Rat nur beratend; keine Exekutive oder Gesetzgebung; keine juristische Person.<sup>242</sup> *Tagung in Hamburg*. Alle Staaten der britischen Zone. Vorsitz Minister Severing. Gemeinsames Sekretariat.<sup>243</sup>

*Rittershausen*<sup>244</sup> Leiter des Wirtschaftsamts der britischen Zone; sieht sich als Vorgesetzter der Landeswirtschaftsämter an.<sup>245</sup> *Behrens* berichtet über seine Besprechung mit Rittershausen. Problem der Mittelbehörden für Bremen.

Mit Wenhold Stiftung für Kriegswaisen am Volkstrauertag besprochen (Patenschaften weltlicher Art).

Abends zu Hause wieder kein Licht.

*Mittwoch, 7. November 1945*

Capt[ain] Bard hat Kaisen mitgeteilt, die Enklavefrage sei noch nicht entschieden; höchste Stellen verhandelten darüber.<sup>246</sup> Kaisen solle mit beiden

<sup>242</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 181.

<sup>243</sup> Bei einer Konferenz in Hamburg am 29.10.1945 hatten die „Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone“ beschlossen, künftig regelmäßig zusammenzukommen, um Verwaltungsfragen von überregionaler Bedeutung zu besprechen. Severing, der bei diesem ersten Treffen präsiidiert hatte, sollte der ständige Vors. dieser Konferenzen werden, was aber von der Militärregierung am 6.11.1945 untersagt wurde. Sie wünschte stattdessen von Fall zu Fall ernannte, wechselnde Vorsitzende. Die Länderchefs beschlossen außerdem, in der Nähe des Britischen Hauptquartiers ein gemeinsames Sekretariat mit einem Generalsekretär an der Spitze als Verbindungsstelle zur Militärregierung zu errichten und es der Aufsicht Severings zu unterstellen. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 133f.).

<sup>244</sup> Dr. Heinrich Rittershausen, 1898–1984. Wirtschaftswissenschaftler, Universitätsprofessor, 1945–1948 Hauptabteilungsleiter der Preisüberwachungsstelle im Zentralamt bzw. (seit 1.1.1947) Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden.

<sup>245</sup> Mit der Technischen Instruktion Nr. 8 der Wirtschaftsabtlg. der Kontrollkommission – CCG (BE), Economic Division – vom 20.10.1945 war die Errichtung eines German Economic Advisory Board (GEAB), bestehend aus Verwaltungsexperten, Unternehmer- und Arbeitnehmervertretern, genehmigt worden, das die Militärregierung bei ihren Beschlüssen beraten sollte. Außerdem wurde die Existenz regionaler Wirtschaftsämter gebilligt, deren sich der Wirtschaftsrat bei seiner Arbeit bedienen sollte. Aus dem Generalsekretariat des Wirtschaftsrats ging im März 1946 das Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Zone hervor, das anfangs ebenfalls nur mit der Beratung der Militärregierung beauftragt war, mit Wirkung vom 18.9.1946 aber ein eigenes Gesetzgebungs- und Verordnungsrecht erhielt. Den Aufbau des GEAB leitete seit Herbst 1945 Dr. Karl Werkmeister, der am 11.12.1945 rückwirkend zum 1.10.1945 zum „vorläufigen stellvertretenden Geschäftsführer“ ernannt wurde. Generalsekretär war seit Febr. 1946 Dr. Viktor Agartz (vgl. Vogel, Westdeutschland, Bd. 2, S. 7–9, 97–112, 338–340).

<sup>246</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 203 und Eintragung vom 26.10.1945.

Zonen – der amerikan[ischen] und britischen – Fühlung halten; Bard bedauert, daß Kaisen nicht in Stuttgart war.<sup>247</sup>

Dieser Schwebezustand für Bremen höchst nachteilig; wir können mit keiner Seite Endgültiges verhandeln; inzwischen geht die Entwicklung hüben und drüben ohne uns weiter; die Mittelbehörden, die in Bremen sind, sind in ihrer Existenz bedroht oder verlieren ihren Wirkungskreis. So hatte das Landeswirtschaftsamt früher alle 28 Wirtschaftsämter des Gaues Weser-Ems unter sich, jetzt hat es nur noch die Wirtschaftsämter der Enklave, und wie lange noch? Das Oberfinanzpräsidium in Bremen hatte einen großen Küstenbezirk (Landesfinanzamt Unterweser), jetzt nur noch die Finanzämter der Enklave. Es geht überall von der Weite in die Enge.

[...]

Abends anregende Aussprache über geschichtliche Betrachtung, Spielraum der menschlichen Einwirkung, Zwangsläufigkeit, Schicksal und Gott usw. [...] Deutsche und Engländer; politische Begabung und Wirklichkeitssinn der Engländer; theoretische Betrachtungsweise und Eigenbrötlei der Deutschen, aber auch Reichtum an Begabung.

*Donnerstag, 8. November 1945*

[...]

*Freitag, 9. November 1945*

Englands und Amerikas Plan, die Wirtschaftseinheit Deutschlands herzustellen. Fünf Staatssekretäre für Wirtschaft, Finanzen, Verkehr, Ernährung und Außenhandel. Die Hansestädte sollen Staatssekretär für Außenhandel stellen. Staatliche Regelung des Außenhandels: 1. Lebensnotwendiger Import für Deutschland; Bezahlung zunächst in RM [Reichsmark]; später Kredit. 2. Rohstoffimport für deutsche Industrie. Zu decken durch spätere Exporte. Zahlungsvermittlung durch internationale Bank. Kein Wechselkurs der RM. Frankreich gegen wirtschaftl[iche] Einheit Deutschlands; es hat die Potsdamer Erklärung nicht unterschrieben.<sup>248</sup>

<sup>247</sup> Bei der 2. Sitzung des Länderrats am 6.11.1945, vgl. Kap. 3, Anm. 195.

<sup>248</sup> Ende Okt./Anfang Nov. 1945 lagen dem Kontrollrat konkrete Vorschläge zur Bildung der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen fünf deutschen Zentralbehörden vor; die Realisierung scheiterte am Widerspruch Frankreichs, das in Potsdam nicht vertreten gewesen war und sich an die dort gefaßten Beschlüsse nicht gebunden fühlte. Durch Obstruktion im Kontrollrat suchte es alle Maßnahmen zu verhindern, die die wirtschaftliche oder gar staatliche Einheit Deutschlands zu fördern geeignet waren. Die Gegensätze zwischen den USA und Frankreich wurden u. a. in einem von United Press am 31.10.1945 veröffentlichten Bericht Eisenhowers für die amerikanische Regierung deutlich. Vgl. Michael Balfour, Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945–1946, Düsseldorf 1959, S. 190–194. Raymond Poidevin, Die französische Deutschlandpolitik 1943–1949, in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 15–25. Keesing's Archiv 1945, S. 502 D.

Spannungen zwischen Russen und Angelsachsen. Reden im englischen Unterhaus über die Meinungsverschiedenheiten mit Rußland „vielleicht auch moralischer Art“ (Churchill); Rußland verlangt vergebens Mitteilung des Geheimnisses der Atombombe. – England behält sich das Recht vor, mit Frankreich, Belgien, Schweden, Norwegen usw. in ein näheres Verhältnis zu treten.<sup>249</sup>

Merkwürdig, daß manche Deutsche auf einen Krieg zwischen Russen und Angelsachsen hoffen und darin die Rettung Deutschlands sehen. Deutschland würde das Schlachtfeld werden oder vom Bürgerkrieg zerrissen, unser Volk an Hungersnot und Bombenkrieg zugrundegehen, selbst wenn die Atombombe nicht angewendet werden würde.

Richard Duckwitz in körperlicher Außenarbeit (Steine hauen und putzen) eingesetzt; 8 Uhr morgens bis 4½ Uhr nachmittags. Nette Kameradschaft Gleichgesinnter. Aber ist das der richtige Weg, den Nationalsozialismus auszurotten? Auch Schikanen (Nachtwachen?) [...]

### *Samstag, 10. November 1945*

Abschied von Major Guthrie, dem ich geschrieben und für seine Freundlichkeit und s[ein] Vertrauen gedankt hatte.<sup>250</sup> Er sagt, er werde meinen Brief als Kriegererinnerung aufbewahren. Beitrag zum „Juden-Schoß“ (zum Wiederaufbau der am 10. Nov[ember] 1938 zerstörten Synagoge).<sup>251</sup>

<sup>249</sup> In der Unterhausdebatte über das Verhältnis zwischen Großbritannien und der Sowjetunion am 7.11.1945 hatte Churchill dafür plädiert, es trotz der Differenzen in politischen, sozialen und moralischen Fragen auf keinen Fall zu einem Bruch mit dem Verbündeten des Krieges kommen zu lassen. Außenminister Bevin hatte mit Bezug auf eine Rede seines sowjetischen Kollegen vom Vortag die Forderung nach Mitteilung des Atombomben-Geheimnisses und den Vorwurf der „Westblockbildung“ mit den genannten Staaten zurückgewiesen. (Keesing's Archiv 1945, S. 511 K und 513 J).

<sup>250</sup> In dem Dankschreiben aus Anlaß der Versetzung Guthries ins Frankfurter Hauptquartier äußerte Spitta u.a., der Offizier habe den am Wiederaufbau der Bremer Justiz Beteiligten durch sein Vertrauen und seine menschliche Anteilnahme nicht nur die Arbeit erleichtert, sondern sie „auch innerlich gestärkt in einer Zeit, in der wir Deutsche äußerlich und seelisch Schweres zu tragen haben“. (Schreiben vom 6.11.1945, in StAB: 3-R.1.m. Nr. 117 [2]).

<sup>251</sup> Auf Anregung des Präs. der BEK, Dr. Ahlers, beschloß der Senat in seiner Sitzung vom 9.10.1945, sich mit einem Spendenaufruf zum Wiederaufbau der Synagoge an die Bevölkerung zu wenden. Kaiser bat Captain Bard am folgenden Tag um die Genehmigung, die am 31.10. erteilt wurde, so daß der Aufruf am 3.11. erscheinen konnte. – Anstelle der zerstörten Synagoge in der Gartenstraße (Hemelingen) wurde 1961 eine neue in der Schwachhauser Heerstraße errichtet und eingeweiht. Der Ausdruck „Schoß“ bezeichnet eine Sondersteuer, die bei besonderen Anlässen von Bremer Bürgern erhoben wurde; in der Höhe war sie nach dem Vermögen bemessen, wurde jedoch nach individueller Selbsteinschätzung entrichtet. (StAB: 3/3 und 3-R.1.m. Nr. 390).

Meine Besprechung mit Haider<sup>252</sup> (Arbeitsamt) über Einsatz der Nazis. Vielleicht als Folge davon Besuch von Senator Wolters bei Duckwitz auf dem Arbeitsplatz; entgegenkommende Erklärungen von Wolters, wie er sich jetzt auch im Senat gegen den scharfen Kurs des Arbeitsamtes bei Gesetz Nr. 8 ausgesprochen hat. Hat darauf der geringe Wahlerfolg der Kommunisten bei außerdeutschen Wahlen Einfluß gehabt?<sup>253</sup>

[...]

*Sonntag, 11. November 1945*

[...]

*Montag, 12. November 1945*

[...]

Ohne Carstens und Lahusen [beide krank] gehetzte Arbeiterei. Zu Hause überwiegen abends die Besprechungen über die unglückliche Anwendung des Gesetzes Nr. 8. In den Prüfungsausschüssen<sup>254</sup> parteiische und antikapitalistische Einstellung bei manchen Mitgliedern, überdies Indiskretionen der schlimmsten Art. Auch das ein Zeichen der politischen und sozialen Spannung, in der wir leben. Dazu die außenpolitischen Gegensätze, die das Gespenst eines dritten Weltkrieges auf deutschem Boden an die Wand malen. Aber durfte man nach diesem Krieg und dieser Niederlage Deutschlands Besseres erhoffen? Ich habe die Katastrophe – auch die sittliche und geistige – im Falle einer Niederlage immer als verhängnisvoll angesehen und kann nicht sagen, daß sie schlimmer ist, als ich angenommen habe, im Gegenteil. Aber wir sind noch nicht am Ende der Leiden und des Abstiegs.

*Dienstag, 13. November 1945*

[...]

<sup>252</sup> Georg Haider, geb. 1902. Bis 1945 als Prokurist und Geschäftsführer in der Verkehrswirtschaft tätig. Ende Juli 1945 mit der Leitung des Arbeitsamtes der amerikanischen Enklave Bremen (später: Landesarbeitsamt) betraut, am 31.8.1945 zum Präs. ernannt, Dez. 1951 auf eigenen Antrag ausgeschieden, 1950–1972 Vorstandsmd. und Direktor der Bremer Stadtwerke.

<sup>253</sup> Am 9.11.1945 hatte Wolters im Senat die Auffassung vertreten, daß von der Entnazifizierung Betroffene bis zur Entscheidung in den bisherigen Stellungen bleiben und auch „Aktivisten“ als „gewöhnliche Arbeiter“ im selben Betrieb weiterbeschäftigt werden könnten. Diese Möglichkeit wurde oft genutzt, um die Vorschriften des Gesetzes Nr. 8 zu umgehen und leitende Persönlichkeiten nur scheinbar zu „gewöhnlicher Arbeit“ zu versetzen.

<sup>254</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 138 und 227.

*Mittwoch, 14. November 1945*

[...]

Mittags kommt Theodor<sup>255</sup> aus Häusern. Über ein Jahr haben wir uns nicht gesehen, und was für ein Jahr! Seit unserem letzten Zusammensein Friedel und Walter gefallen. Hans Bücking vermißt, von Jochen und Wolfgang Delhaes<sup>256</sup> keine Nachricht, von Hans David Fischer<sup>257</sup> besorgniserregende, und Deutschland zusammengebrochen!

[...]

*Donnerstag, 15. November 1945*

[...]

*Freitag, 16. November 1945*

Im Senat Stiftung: „Heimatdank, Patenschaften für Kriegswaisen“ erledigt.<sup>258</sup> Hauptschwierigkeit, die rechten Menschen für den Vorstand zu finden. – Beratung über neue Steuern. Gerech abgestufte Steuern können nicht erhoben werden, weil die Beamten von den Amerikanern entlassen sind, daher der Steuerapparat fehlt. Nur grobe, technisch einfache Steuer möglich (Bürgersteuer nach Köpfen im Anschluß an die Lebensmittelkarten? Lohnsteuer mit Ausgleich für die Selbständigen?)<sup>259</sup> Sanierung der Stadtwerke. Die *Engländer sollen in Brake eingerückt sein*.<sup>260</sup> Die Amerikaner in Bremen wissen nichts davon!

Kaisens Besuch in der Bremer Wollkämmerei. 2 1/2 Mill[ionen] Kilo liegen zur Verarbeitung bereit. Außerdem in Australien fünf- bis sechsmal soviel Wolle als in normalen Friedensjahren. Einsatz der deutschen Kämmereien für Lohnkämmen, da in England Löhne zu hoch. Schwierigkeit der Mangel an Arbeitern.<sup>261</sup> – In England manche Waren noch Mangelware, weil Einfuhr nach England durch das Stocken der Kreditverhandlungen

<sup>255</sup> Dr. Theodor Spitta, geb. 1905, drittältester Sohn Spittas, Lehrer, seit 1946 Leiter des Jugendamtes in Oldenburg, später Ministerialdirigent in Niedersachsen.

<sup>256</sup> Wolfgang Delhaes, 1914-1945, ein Neffe Spittas.

<sup>257</sup> Hans David Fischer, 1915–1945, ein Neffe Spittas.

<sup>258</sup> Spittas Satzungsentwurf wurde genehmigt (StAB: 3/3).

<sup>259</sup> Gegen die Argumentation Nolting-Hauuffs, daß wegen fehlenden Personals nur technisch einfache Steuererhebungen durchzuführen seien, vertrat Kaisen im Senat die Forderung nach der sozial gerechtesten Steuer. Die pro Kopf mit gleichen Sätzen erhobene „Bürgersteuer“ war wegen der völligen Mißachtung sozialer Kriterien seit ihrer Einführung im Sommer 1930 von der SPD heftig bekämpft, von rechtsliberalen bürgerlichen Kreisen dagegen nachdrücklich befürwortet worden. Der Senat lehnte sie bei dieser Sitzung ab.

<sup>260</sup> Nach Mitteilung Kaisens im Senat hatte Brake englische Besatzung erhalten.

<sup>261</sup> Wie Kaisen im Senat berichtete, verfügte die Firma über 1 200 der 1 700 noch in Deutschland vorhandenen intakten Spezialmaschinen für die Wollkämmerei. Sie stand mit englischen Fabriken in Verbindung, die die Verlagerung der Produktion nach Deutschland erwogen.



in Amerika gedrosselt ist. Amerikaner: „We don't like the present British government.“<sup>262</sup>

Amerikaner zu Kaisen: „Wir haben Bremen zerbombt und bauen es nun wieder auf!“ (??) Kaisens beide Großväter über 1864. Der Däne sagte: „Was wir außen verloren, wollen wir innen gewinnen.“

In Schweden Abstimmung: 68% dafür, daß Deutschland so ernährt wird wie die anderen Länder (England, Skandinavien). Beginn des Umschwungs der Stimmung in Skandinavien. Dabei wirken die Nachrichten über die Verhältnisse im russisch besetzten Gebiet und in Polen (Danzig!) mit.<sup>263</sup>

Abschiedsunterhaltung Guthrie-Dr. Janssen. Janssens Aufzeichnung darüber an Guthrie gegeben. „Communist party – backed up by Mil[itary] Government.“ – „American occupation policy is [a] personal and economical warfare aimed to annihilate German intelligence, frustrate efforts of reconstruction and thereby driving German people into Soviet Russian arms. Entire Europe will become communistic and part of [the] Soviet Union which will then form [the] largest and strongest military and economic block in the world. Great Britain will no longer remain independent. U.S.A. will not be able to check such [a] power.“

Englische Zeitung Economist: Rußland verwandelt Gebiet zwischen Oder und Elbe in eine Wüste; Amerika [verfolgt] mit anderer Methode wirtschaftlich in Deutschland dasselbe Ziel; Englands Interesse verlangt ein gesundes, lebensfähiges Europa einschl[ießlich] Deutschlands.<sup>264</sup>

[...]

<sup>262</sup> Nach dem Sieg der Labour Party bei den Unterhauswahlen am 26.7.1945 hatte eine von ihr gebildete Regierung das Kriegskabinett unter dem konservativen Premierminister Winston S. Churchill abgelöst. Sie hielt zur Durchsetzung weitreichender sozialer Reformen an den im Krieg eingeführten wirtschaftlichen Reglementierungen und an der hohen Besteuerung fest, was dem amerikanischen Interesse am Wiederaufbau einer freien Weltwirtschaft widersprach. Nachdem England Kriegsgüter im Wert von fast 30 Mrd. Dollar mit Hilfe zinsloser Kredite aus den USA importiert hatte, war es nach dem Auslaufen dieser „Leih-/Pachtverträge“ beim Ende des Krieges gegen Japan auf die Bewilligung eines großen langfristigen Dollar-Darlehens angewiesen. Die Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über diesen Kredit zogen sich bis zum Dez. 1945 hin.

<sup>263</sup> In Danzig begann die Austreibung der Deutschen bereits vor Abschluß der Potsdamer Konferenz und wurde während des ganzen Jahres 1945 systematisch fortgesetzt. Die brutalen Methoden führten dazu, daß schon Ende 1945 von den mehr als 100000 deutschen Einwohnern Danzigs nur noch wenige Zehntausende in der Stadt lebten. (Schieder, Die Vertreibung, Bd. I/1, S. 140 E–141 E).

<sup>264</sup> Unter der Überschrift „German Politics“ behandelte der Economist am 13.10.1945 (S. 514–516) die Politik der Besatzungsmächte in Deutschland. Ausgehend von dem Interesse Großbritanniens, das anders als die Sowjetunion oder die USA von einer florierenden europäischen Wirtschaft abhängig sei und unter der drohenden Aufspaltung und Polarisierung in Zentraleuropa leiden würde, forderte er eine langfristige Konzeption für die britische Deutschlandpolitik: Der Wiederaufbau solle als Grundlage für eine Demokratisierung verstanden und, gestützt auf die

*Samstag, 17. November 1945*

Frl. Dr. Forck<sup>265</sup> teilt mit, daß sechs Studienrätinnen, darunter A.L., verhaftet seien. Eingabe der Kirche? Kaisen hat den Amerikanern gesagt, als sie 2000 Polizeibeamte verlangten: „Wenn Ihr einige Lebensmittelschiffe nach Bremen schickt, komme ich mit 800 Mann aus.“

Brake soll von den Engländern wieder geräumt sein.<sup>266</sup>

[...]

Abends mit Walter Lisco, Arnold und Theodor Frage, ob und wie es möglich sein wird, die zwischen Elbe und Rhein zusammengedrückte Masse der Deutschen zu ernähren (Veredelung in Landwirtschaft und Industrie, Lohnarbeit für das Ausland?), usw.

*Sonntag, 18. November 1945*

[...]

Um 12<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr zu den Amerikanern gerufen (Capt[ain] Forrester und Bard). Sicherung der Legalität der Durchsuchung verschlossener Häuser. Große „Razzia“ in Bremen durch Polizei und Militär, auch bei uns in der Händelstraße (Waffen und Schwarzmarktwaren).<sup>267</sup> Tee mit Kindern und Enkeln. Arnold rät Theodor, an einem Handwerksbetrieb teilzunehmen; jeder Staatsdienst sei unsicher, da die politische Lage schwankend. – Abends Aussprache über Hitler und Nationalsozialismus. Geschicht[liche] Notwendigkeit.

*Montag, 19. November 1945*

Auch Apelt klagt stets, daß er zu gründlicher Arbeit und zu ruhiger Überlegung wichtiger Entscheidungen keine Zeit habe. Walter Lisco ist ebenso gehetzt. Doch haben wir es im Rathause noch gut, weil infolge der mit dort hausenden Amerikaner geheizt wird. Walters Schütting<sup>268</sup> und die meisten

Sozialdemokratie, eine zuverlässige deutsche Verwaltung geschaffen werden. Dabei sei Eile geboten, da nach dem zu erwartenden amerikanischen und sowjetischen Truppenrückzug in ein bis zwei Jahren auch eine britische Besatzung nicht mehr vertretbar wäre.

<sup>265</sup> Elisabeth Forck, 1900–1988. Seit 1928 Studienrätin, 1949–1963 Leiterin der Oberschule für Mädchen an der Kleinen Helle und Oberstudiendirektorin. In der NS-Zeit Md. der Bekennenden Kirche, mußte 1941 aus der Gemeindeleitung von St. Stephani-Süd ausscheiden, lehnte 1965 aus Gewissensgründen das Bundesverdienstkreuz ab, das ihr in Anerkennung ihrer Hilfe für verfolgte Juden verliehen werden sollte, da dieser Einsatz selbstverständlich Pflicht gewesen sei.

<sup>266</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 260.

<sup>267</sup> Captain Ellis L. Forrester, als Nachfolger Kennedys seit Anfang Okt. 1945 Leiter der Polizeiabteilung der amerikanischen Militärregierung in Bremen. Bei dieser Aktion wurden 33 000 Personen überprüft; elf konnten keine Ausweise vorlegen, bei einer wurde eine Waffe gefunden. (Functional History 1945/46, S. 95).

<sup>268</sup> Haus Schütting, Sitz der Handelskammer.

Geschäftshäuser, Anwaltsbüros usw. sind ungeheizt und jetzt bei der zunehmenden Kälte eigentlich unbenutzbar.

*Dienstag, 20. November 1945*

Kaisen über Tantzen jun. und sein früheres Eintreten für die Koalition Deutschnationale und Nationalsozialisten.<sup>269</sup> Kaisens Bemerkungen über Jugend und Alter; die Irrtümer der Jugend und ihre Unterschätzung des Alters werden sich immer wiederholen; die Jugend muß selbst die Erfahrungen machen usw.

Im *Senat* Steuervorschläge für Militärreg[ierung] (Bürgersteuer mit sechs Stufen, Ergebnis 6 Millionen RM; Lohnsteuer von 25% nach bayer[ischem] Muster, Ergebnis 9 Mill[ionen] RM, Verdoppelung der Grundsteuer 3 Mill[ionen] RM).<sup>270</sup>

Harmssen über Wirtschaftslage, insbes[ondere] über Erz- und Stahlerzeugung. Nur Ruhrgebiet im Frieden 10,8 Mill[ionen] Tonnen Stahl; großer Erzimport aus Schweden usw. Kapazität Deutschlands jetzt 1 Mill[ion] Tonnen Stahl im Monat.<sup>271</sup> Etwa 100[000] bis 172 000 zugelassen; nur ein Teil davon hergestellt. Ausfuhr Deutschlands mit Dollar-Gutschrift; dagegen Import. Aber zonenweise! Amerikan[ische] und englische Zone für sich! Einfuhrbedarf Englands 1 300 Mill[ionen] £, Deckung durch Ausfuhr 550 Mill[ionen] £.

Antisemitische Welle in Polen; Flucht von polnischen Juden nach Deutschland und Bremen. Anmaßendes Benehmen der polnischen Juden in Bremen von Senator Ehlers zurückgewiesen.<sup>272</sup> Aufnahme von weißrussischen Bauarbeitern in Bremen beschlossen (Unterbringung im Lager).

<sup>269</sup> Diese Bemerkung bezieht sich wahrscheinlich auf Bemühungen im Jahr 1931, in Oldenburg eine von der DStP, DVP, DNVP und NSDAP getragene „bürgerliche“ Koalitionsregierung zu bilden. Sie kam wegen des Widerstands der Staatspartei, der Tantzen angehörte, aber nicht zustande. T. geriet im Frühjahr 1946 ins Gerede, weil er den ehemaligen Geschäftsführer der Staatspartei, Werner Stephan, der in der NS-Zeit als Ministerialdirigent im Reichspropagandaministerium gearbeitet hatte, ein besoldetes Amt in der DUD anbot (Weser-Kurier v. 16.3.1946).

<sup>270</sup> Spittas Zahlen werden durch das Senatsprotokoll vom 20.11.1945 nicht bestätigt. Dort ist lediglich von Mehreinnahmen in Höhe von 6 Mio. RM durch Erhöhung der Einkommensteuer die Rede. (StAB: 3/3).

<sup>271</sup> Die deutsche Stahlproduktion belief sich nach den Angaben Harmssens zu der Zeit lediglich auf 165 000 t (Senatsprotokoll 20.11.1945, StAB: 3/3). Die deutsche industrielle Produktion sollte nach dem Potsdamer Abkommen drastisch reduziert werden. Von Sept. 1945 bis März 1946 verhandelte der Alliierte Kontrollrat deshalb über den „Industrieniveauplan“, in dem die Kapazität der deutschen Stahlindustrie schließlich auf 7,5 Mio. t, die tatsächliche jährliche Stahlproduktion auf 5,8 Mio. t begrenzt wurde (Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft, S. 197–199).

<sup>272</sup> In dem durch Kriegsverwüstungen und nationalsozialistische Verfolgungen schwer getroffenen, dazu noch durch die territoriale Verschiebung erschütterten Polen stießen die aus den Lagern oder aus dem Exil in der Sowjetunion zurückkehrenden überlebenden Juden oft auf Ablehnung und Feindschaft, wenn sie ihre früheren

Abends Aussprache über die Grenzen des militärischen Gehorsams. Ausnahme: Befehl zu strafbarer Handlung; Befehl zu unsinnigem Zweck; nutzlose Zerstörung? Nutzlose Verlängerung des Krieges? Wie weit herunter geht die Verantwortlichkeit?

[...]

*Mittwoch, 21. November 1945*

Abends Aufsatz [von] de Broglie über Zeit und Raum in der neueren Physik<sup>273</sup> (atomare Vorgänge. Die klassische Physik nur Unterfall der neueren „statistischen“ Physik). Aussprache, auch über Kants Zeit und Raum.

*Donnerstag, 22. November 1945*

Mit Kaisen über die neuen Gewalt- und Mordtaten der Polen. Überfall auf den Bauernhof Flothmeier, Abschachtung der ganzen Familie in drei Generationen.<sup>274</sup> Kaisens Empörung über unsere Ohnmacht; Tränen kamen ihm in die Augen. Er will aufs neue energische Vorstellungen bei den Amerikanern erheben, die durch Duldung dieser Polenverbrechen ihre eigene

Wohnungen oder sonstiges Eigentum wieder in Besitz nehmen und in frühere berufliche Positionen zurückkehren wollten. Schon 1945 setzte deshalb eine massenhafte Abwanderung in das besetzte Deutschland ein, die sich 1946 verstärkt fortsetzte. Ziel war hauptsächlich die US-Zone, die 1946 105 833 jüdische „Displaced Persons“, überwiegend aus Polen, aufnahm. Für 1945 gibt es nur Schätzungen, die aber ebenso wie einzelne Berichte zeigen, daß Flucht und Austreibung aus Polen schon begonnen hatten. (Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Jüdische Überlebende als „Displaced Persons“, in: Geschichte und Gesellschaft 9/1983, S. 421–452).

<sup>273</sup> Louis de Broglie (1892–1987) befaßte sich hauptsächlich mit der Quantentheorie der Elementarteilchen; für seine grundlegenden Forschungen erhielt er 1929 den Nobelpreis der Physik.

<sup>274</sup> In dem einsam gelegenen Hof wurden elf Menschen von einer plündernden Bande ermordet; der einzige Überlebende konnte die Täter identifizieren, so daß sie nach wenigen Tagen verhaftet wurden. Ein Gericht der amerikanischen Militärregierung verurteilte vier von ihnen zum Tode, drei zu lebenslänglicher und einen wegen seiner Jugend „nur“ zu vierzigjähriger Haft. Gnadengesuche der polnischen Regierung, die auf die demoralisierenden Folgen des Kriegs für die jungen Polen hinwies, wurden von der Militärregierung abgelehnt und die Todesurteile im Jahr 1946 vollstreckt. Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, Die ‚Displaced Persons‘ in Deutschland 1945–1952, in: Bremisches Jahrbuch 59 (1981), S. 85–108, insbes. den amerikanischen Bericht auf S. 105–107. – Eine Statistik der Amerikaner über Verbrechen von DP in der Enklave verzeichnete für die Zeit vom 1.5. bis zum 15.11.1945 23 Fälle von Mord und Totschlag sowie 268 bewaffnete Raubüberfälle, darunter 45 mit Todesfolge. Die deutsche Polizei war in der Abwehr behindert, weil sie die DP-Lager nicht betreten durfte; wiederholte Razzien der Amerikaner, u.a. unmittelbar nach dem Verbrechen am 21.11.1945, hatten nur begrenzten Erfolg. Die Hoffnung, daß das Problem im Herbst 1945 durch Repatriierung gelöst würde, zerschlug sich, weil nur 1 544 von ca. 6 000 Polen das Angebot annahmen. Eine Wende trat erst nach der Auflösung der DP-Lager in der Enklave im Febr. 1946 ein. (Functional History 1945/46, S. 95–99).

Ehre beschmutzten. Kaisen verwies auf Grimmelshausen[s] „Simplizissimus“.

Marie J. bei mir. Nach dem Tod ihres Mannes hat sie ihre beiden Kinder verloren. Den 22jährigen Sohn im Felde, die geistig erkrankte Tochter durch nationalsozialistische Spritze in der Heilanstalt.

[...]

#### *Freitag, 23. November 1945*

Im *Senat* Aussprache über die *Polenplage* und die Mord- und Raubtaten der Polen. Die deutsche Kriminalpolizei darf ihre Lager nicht betreten; bisher keine Entwaffnung. Keine Durchführung der nächtlichen Sperrstunden. Von den 15 Mordtaten in keinem Fall der Täter entdeckt.<sup>275</sup>

[...]

In den Unterausschüssen zur Prüfung der Fälle des Gesetzes Nr. 8<sup>276</sup> spielt jetzt auch der sog[enannte] „Militarismus“ eine verhängnisvolle Rolle. Ein Kaufmann, der als Reserveoffizier ins Feld kam, und das EK I und Ritterkreuz erhielt, ist als „Militarist“ aus seinem Geschäft entlassen; „er hätte zum Feinde übergehen sollen!“ Walter Lisco sucht solche Mißentcheidungen zur erneuten Prüfung zu bringen.

[...]

#### *Samstag, 24. November 1945*

[...]

Der Governor fliegt nach Frankfurt, um in der Polenfrage neue Ermächtigungen zu bekommen.

[...]

#### *Totensonntag, 25. November 1945*

Um 12 Uhr Trauergottesdienst für die Gefallenen im Dom. Der Senat nimmt geschlossen teil (nur Wolters fehlt.) Gesang des Domchors. Eindrucksvolle Predigt von Wilken. Die Fenster des Doms mit Aluminium-Metall geschlossen; trotzdem große Kälte, da Dach, Chor und Westrosette noch offen sind.

Nachmittags und abends lebhaftes Erörterungen zu Hause über Königtum und Republik („Dies ist die Zeit der Könige nicht mehr!“); die engli-

<sup>275</sup> Polizeipräs. Yström berichtete im Senat über neun Fälle.

<sup>276</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 227.

sche konstitutionelle Monarchie und die in Hamburg gegründete konservative, monarchische Partei;<sup>277</sup> [...]

*Montag, 26. November 1945*

[...]

*Dienstag, 27. November 1945*

Auffallend die *Niederlage der Kommunisten in Österreich*, nur drei Parlamentssitze gegen 80 der Volkspartei und 72 der Sozialdemokraten. Auch in Ungarn hatten die Kommunisten schlecht abgeschnitten.<sup>278</sup> Gilt der Satz: Je näher die Berührung mit den Russen, desto weniger kommunistische Stimmen?

Kaisers hat bei den Amerikanern die Frage geklärt, wer als Militarist anzusehen ist. Die Ausschüsse, die den, der sich an der Front ausgezeichnet hat, als Militaristen entlassen haben, sollen die Fälle noch einmal prüfen. Kaiser bezeichnete die Fälle und ihre Entscheidung „als unter jeder Kritik“.

Im Senat Mitteilung Kaisers, daß die *Enklave* in etwa 14 Tagen, am 10. Dez[ember], *aufgehoben werde*.<sup>279</sup> Bremen kommt zur englischen Zone, behält mit Wesermünde amerikanische Militärverwaltung unter englischer Oberhoheit. Amerikanische Verbindungsoffiziere in Hannover, Olden-

<sup>277</sup> Hamburger Rechte, gegr. von führenden Politikern der DNVP, des rechten Flügels der DVP und der Völkischen Bewegung, schloß sich im März 1946 als Landesverband Hamburg der Deutschen Konservativen Partei an, erstrebte die konstitutionelle Monarchie „auf der Basis der christlichen Religion“. (Helmut Stubbe-da Luz, Union der Christen – Splittergruppe – Integrationspartei. Wurzeln und Anfänge der Hamburger CDU bis Ende 1946. Phil. Diss. Hamburg 1989, S. 303f.)

<sup>278</sup> In Österreich und Ungarn wurde am 25.11.1945 gewählt. In Österreich erhielt die Österreichische Volkspartei (ÖVP) 49,8% der Stimmen (85 Mandate), die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) 44,6% (76 Mandate), die KPÖ 5,4% (4 Mandate). In Ungarn gewannen die Kommunisten 16% der Stimmen gegen 57% der Kleinlandwirtepartei.

<sup>279</sup> Aufgrund eines Abkommens zwischen Großbritannien und den USA wurde die gesamte Enklave mit Ausnahme von Bremen, dem eingemeindeten Überseehafen und der Stadt Wesermünde (ab 7.2.1947 Bremerhaven) der Britischen Besatzungszone eingegliedert; die Amerikaner blieben aber für die militärische Sicherheit, die Weserhäfen, das Verkehrswesen und die Fischerei zuständig. In der Restenklave übten weiterhin die Amerikaner die Militärregierung aus, wobei sie jedoch, soweit es nicht um Belange des Hafenbetriebs ging, britischer Oberhoheit unterstanden und an britische Verordnungen und Weisungen gebunden waren. Da sich diese Doppelherrschaft mit ihren unklaren Strukturen und Kompetenzregelungen nicht bewährte, wurde Bremen mit der Restenklave am 1.1.1947 als viertes Land der Amerikanischen Besatzungszone angeschlossen. Vgl. Röpcke, Entstehung der amerikanischen Enklave Bremen.

burg und Stade. Viele schwierige Fragen (Mittelbehörden, Oberlandesgericht).

[...]

*Mittwoch, 28. November 1945*

[...]

Nachmittags lange Sitzung mit den Juristen. Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Bremen. Justiz und Oberlandesgericht unter englischer Oberhoheit?

*Donnerstag, 29. November 1945*

[...]

Die Amerikaner wollen Montag mit den Engländern in Hannover über die Gestaltung der bremischen Verhältnisse, vor allem über die Mittelbehörden verhandeln. Besprechung darüber mit Apelt, der die Stichworte für die Amerikaner vorbereitet (Umfang des Oberfinanzpräsidiums)-Bezirks, des Landesarbeitsamtes, des Landeswirtschaftsamtes, des Landesernährungsamtes, des Landesplanungsamtes usw.;<sup>280</sup> Oberlandesgericht und Gefängniswesen demgegenüber keine Lebensfrage Bremens).

*Freitag, 30. November 1945*

Eva in das Gefängnis des CIC auf 9 Uhr morgens geladen. Sie meinte, sie solle Zeugin für A.L. sein, wurde aber selbst vernommen. Mit ihr etwa 300 Leute (von Freeden,<sup>281</sup> Johanna Lürßen usw.), sie kam als Dritte an die Reihe; trotzdem dauerte es zwei Stunden mit drei ganz kurzen Vernehmungen; die übrige Zeit ging mit Warten hin; von Freeden kam um 12 Uhr dran.

Im *Senat* Enklavefrage. Die beteiligten Ressorts stellen kurze Berichte zusammen, ich für Justiz und Gefängniswesen. – Theils Bericht über die

<sup>280</sup> In einer Aufzeichnung „Politische Verhältnisse im Raume Niedersachsen“ für die US-Militärregierung vom 29.11.1945 forderte Kaisen, die Verwaltungsorganisation der Zeit vor der Bildung der Enklave wiederherzustellen. Die wichtigsten Mittelbehörden Bremens, nämlich das Landesarbeitsamt, das Landeswirtschaftsamt, das Oberfinanzpräsidium und das Landesernährungsamt, würden sonst die meisten der ihnen unterstellten Behörden verlieren, da sich ihr Zuständigkeitsbereich auf weite Gebiete Oldenburgs und Hannovers und auf die nun der Britischen Besatzungszone zugeschlagenen Teile der Enklave erstreckt habe. Die Errichtung von Zweigstellen des Landeswirtschaftsamts Hannover im ehemaligen Zuständigkeitsbereich der Bremer Mittelbehörde habe schon begonnen. Ein solcher Kompetenzverlust und die damit drohende Auflösung seiner Mittelbehörden seien für Bremen untragbar. (StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 1).

<sup>281</sup> Dr. Erich von Freeden, geb. 1901, Studienrat, Md. der NSDAP seit 1937, im Dez. 1945 aus dem Schuldienst entlassen, im Jan. 1949 wieder angestellt, bis 1966 als Studien- und Oberstudienrat tätig.

Hamburger Tagung (Wiederaufbau der Stadt).<sup>282</sup> – Verwaltungsgerichtsbarkeit im Senat beschlossen.<sup>283</sup>

Kaisen über seinen Besuch bei Gorsemann; seit Monaten habe er nicht so viel von einer Aussprache gehabt und sich so aufgerichtet. Wir müßten Männer von Geist und Ideen um uns versammeln. In der Jugend seien gewiß noch begabte Kräfte. Alles unabhängig von der Parteizugehörigkeit.

[...]

*Samstag, 1. Dezember 1945*

Gehetzte Vorbereitung für die Verhandlungen der Amerikaner und Engländer über Bremen. Bei solchem Hochbetrieb reichen die Dolmetscher und Übersetzer nicht. – Nachmittags Rich[ard] Duckwitz, der durch Wolters und Huston von der Steinklopfe-Arbeit befreit ist.

[...]

*Sonntag, 2. Dezember 1945*

[...]

*Montag, 3. Dezember 1945*

*Freudiges Ereignis: Knittermeyer besucht mich im Rathause. Er ist Sonnabend vom CIC freigelassen.* Bescheinigung, daß er „freigesprochen“ sei. Er sieht mager und mitgenommen aus.

[... Knittermeyers Haftzeit]

*Dienstag, 4. Dezember 1945*

Kaisen berichtet im *Senat* über seine Besprechung mit dem Oberpräsidenten von Hannover, Kopf. Verständigung über die Grundlage künftiger Politik im Gegensatz zum partikularistischen Oldenburg.<sup>284</sup> 1. Wiederherstellung des Zustandes vor der Begründung der Enklave. Alle Mittelbehörden (Reichsstellen) erhalten ihre alten Zuständigkeiten.<sup>285</sup> 2. Für die Zukunft anzustreben ein Nord-Niedersachsen mit Bremen als Mittelpunkt. Es soll den *ganzen* Regierungsbezirk Stade umfassen (Wesermünde und Cuxha-

<sup>282</sup> Tagung von Bausachverständigen aus Hamburg, Bremen, Kiel, Lübeck, Hannover, Hildesheim und Oldenburg über „Wiederaufbau der Städte unter besonderer Berücksichtigung von Planungs- und Finanzierungsfragen“. Alle Bauvorhaben, auch reine Instandsetzungsarbeiten, sollten nach Meinung der Konferenzteilnehmer genehmigungspflichtig sein.

<sup>283</sup> Der Senat beschloß die Wiedererrichtung der Verwaltungsgerichte aufgrund des bremischen Gesetzes von 1924, das von der Heidelberger Expertenkommission unter Jellinek als das beste deutsche Gesetz bezeichnet und den Amerikanern als Grundlage für die weiteren Beratungen empfohlen worden sei. (Senatsprotokoll 30.11.1945, StAB: 3/3).

<sup>284</sup> Über diesen Bericht ist im Senatsprotokoll nichts verzeichnet.

<sup>285</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 280.



ven in einer Hand), kann auf Osnabrück und Diepholz-Walsrode, auch auf Vechta verzichten (Vechta und Osnabrück an Westfalen).

[...]

*Mittwoch, 5. Dezember 1945*

Mit Kaisen bremische Zukunftsfragen, Teilnahme am Rat Niedersachsens (Hannover, Braunschweig, Oldenburg).<sup>286</sup> – Nachmittags Juristenausschuß, Gefängniswesen und Justiz in Bremen-Wesermünde. [...]

*Donnerstag, 6. Dezember 1945*

[...]

Nachmittags Juristensitzung bei Oberst Hicks,<sup>287</sup> einem jovialen und humorvollen Manne, echt amerikanisch, aber mit sachlicher Anteilnahme. Gefängnisverwaltung soll bei Bremen bleiben, alles andere zweifelhaft, besonders das Oberlandesgericht. Einstellung von 20 Richtern und Justizpersonal auf unsere Verantwortung für drei Monate, damit aufgearbeitet wird. Etwa 2500 Sachen rückständig, wegen der Entlassungen.

*Freitag, 7. Dezember 1945*

Im Senat Mitteilung über die Lage in England. Maschinenfabrikant aus Belfast: England hat zwar den Krieg gewonnen, aber um welchen Preis! Keine Auslandsguthaben. Verschuldung an Amerika, Canada, Australien. Industrielle Maschinen heruntergewirtschaftet. Allgemeine Verarmung.<sup>288</sup> Rationierung auch in Textilien, Schuhen usw. Fabrikant mit 15000 Arbeitern kein Auto zu Verfügung, keine Hausangestellten, nur ein Zivilanzug und ein Paar Zivilstiefel. Der Rasen seines Landsitzes ungemäht. In der Küche gegessen und gewohnt. Zu Kaisen gesagt: Dies Wirtschaftssystem verträgt keinen Krieg mehr. – Die englischen Kinder ohne Spielzeug zu Weihnachten, da deutscher Spielzeugimport fehlt!

[...]

*Samstag, 8. Dezember 1945*

Wertvolle Unterhaltung mit Studienrat Alfken,<sup>289</sup> jetzt Leiter des Arbeitsamtes, der von Kaisen für die Beamtenausbildung in Aussicht genommen

<sup>286</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 181.

<sup>287</sup> Lieutenant Colonel Ernest H. Hicks, Direktor der US-Militärregierung in der Enklave Bremen (Detachment E2C2).

<sup>288</sup> Dies ist eine gute Schilderung der Lage, vgl. u.a. Derek H. Aldcroft, *The European Economy 1914–1970*, London 1978; van der Wee, *Der gebremste Wohlstand; Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft*, S. 46–50.

<sup>289</sup> Hans Alfken, geb. 1899. Studienrat, seit Okt. 1945 Leiter des Arbeitsamtes in Bremen, am 7.12. vom Senat als Leiter des Hauptpersonalamts vorgesehen; A. kam aus der SAP, 1945 Md. der KPD, aus der er am 17.5.1946 austrat.

ist (Wandervogelbewegung; mit Walter in Marburg); politisch Kommunist.

[...]

*Telegramm von Paula:* „Examen gut bestanden, selig!“ Ein schöner Abschluß ihrer Studienzeit, die im letzten Jahre wahrlich nicht leicht war.

Abends Karl Barths Vortrag „Die Deutschen und wir“; ein bedeutungsvolles Wort, wenn auch einzelner Widerspruch erregt.<sup>290</sup> Aussprache darüber; Frage: Was ist der „Nullpunkt“, auf dem wir Deutsche jetzt stehen? Sicher nicht nur ein politischer und wirtschaftlicher, sondern auch ein geistiger, sittlicher und religiöser. Not und Segen eines völligen „Neuanfangs“. Grundsätzliche Wende in Grundlage und Zielsetzung.

### *Sonntag, 9. Dezember 1945, 2. Advent*

Scharfer Frost bei klarem Himmel. Eben 8 Grad unter Null. Kältenot in allen Häusern, Flüchtlingselend.

[...]

Abends Karl Barth: „Wie können die Deutschen gesund werden?“ Aussprache darüber (Kollektiv-Schuld? Verantwortung für den Kausalablauf? „Ausscheiden aus der Weltgeschichte?“).<sup>291</sup>

### *Montag, 10. Dezember 1945*

*Englische Oberhoheit in Bremen; Auflösung der Enklave.*<sup>292</sup> Äußerlich bleibt zunächst alles beim Alten: amerikanische Besatzung und Verwal-

<sup>290</sup> Karl Barth, *Die Deutschen und wir*, Zollikon-Zürich 1945. Der Schweizer evangelische Theologe, der 1934 wegen seiner Weigerung, den Beamteneid auf Hitler zu leisten, seinen Bonner Lehrstuhl verloren hatte und seither an der Universität Basel lehrte, plädierte in diesem im Jan. und Febr. 1945 gehaltenen Vortrag dafür, den Deutschen trotz ihrer Verstrickung in die nationalsozialistischen Verbrechen kritische Freundschaft entgegenzubringen. Sie seien radikal auf den „Nullpunkt“ zurückgeworfen: inmitten furchtbarer Zerstörung ohne Hoffnung und Zukunftsperspektiven, ohne die Möglichkeit, in den schweren Kriegsoferten einen positiven Sinn zu finden. Einem ganzen Volk werde durch „diese heillose, aber auch unerhört fruchtbare Situation“ die Gelegenheit geben, „noch einmal von vorn anzufangen“. (S. 21).

<sup>291</sup> Karl Barth, *Wie können die Deutschen gesund werden?* Zollikon-Zürich 1945. In dieser im April 1945 abgeschlossenen Schrift setzt sich Barth mit Reaktionen auf seinen Vortrag „Die Deutschen und wir“ auseinander. Der Argumentation eines Deutschen gegen die „Kollektivschuld“ stellt er die Forderung entgegen, *alle* Gruppen in Deutschland sollten die eigene Verantwortung für das Geschehen seit 1933 erkennen, statt auf die Schuld der anderen zu weisen. Generell habe es an „ziviler Gesundheit und Mündigkeit“ gefehlt.

<sup>292</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 279.

tung. Auf allen Gebieten größte Unklarheit (Zuständigkeiten in der Justiz, Richtlinien bei der „Denazifikation“ usw.). Kaisen in Düsseldorf.<sup>293</sup>

[...]

*Dienstag, 11. Dezember 1945*

Senat unter meinem Vorsitz. Warenlager in der Bremer Wollkämmerei. Ein Teil für die bremische Zivilbevölkerung abgefahren. 100000 Paar Stiefel noch gesperrt. – Allgemeine Unklarheit über die Lage Bremens und der Enklave; widersprechende Erklärungen der Amerikaner. Nicht einmal der geographische Umfang der amerikan[ischen] Verwaltung steht fest.

[...]

*Mittwoch, 12. Dezember 1945*

Die Mühen und Laufereien zur Vorbereitung des Weihnachtsfestes sind groß, das Ergebnis ist gleich Null. Läuft man in den Trümmern der Stadt herum, findet man fast nirgends einen Laden, und hat man einen gefunden, ist nichts drin. Auch in den Buchhandlungen ist nichts; ich wurde bei Geist<sup>294</sup> in die „Katakomben“ gebracht und bekam durch Freundlichkeit des Treuhänders von dem wenigen, das dort lag, einiges (hauptsächlich Kinderbücher).

Zwei amerikanische Marineoffiziere, Taylor und Leary bei mir; sie wollen Sonntag, d[en] 23. Dez[ember] 100 arme Bremer Kinder zwischen sechs und elf Jahren zu Schokolade und Kuchen einladen (Marcusallee 35); nichts davon soll in die Zeitung.

Nachmittags Juristenausschuß. Frage der Entschädigungen für die Gebäude (Möglichkeit der Abtretungen).<sup>295</sup> In der Bevölkerung immer noch Illusionen über die Möglichkeit des Ersatzes der Kriegsschäden. In Deutschland 5 bis 6 Millionen Wohnungen völlig zerstört. Wiederaufbau 33 Milliarden, Ausbesserung 8 Milliarden, gleich 41 Milliarden [RM].

|           |                                    |                                  |
|-----------|------------------------------------|----------------------------------|
| In Bremen | 50000 Wohnungen ganz zerstört      | = 275 Mill[ionen]                |
|           | + 30000 [Wohnungen] beschädigt     | = 45 Millionen                   |
|           | 80000 [Wohnungen] Schaden zusammen | = 320 Mill[ionen] <sup>296</sup> |

[...]

<sup>293</sup> Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen am 11.12.1945, vgl.: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 199–214.

<sup>294</sup> Bremer Buchhandlung, in der Spittas Sohn Friedel als Buchhändler tätig war.

<sup>295</sup> Es handelt sich um die Materialverwertung bei total zerstörten Häusern.

<sup>296</sup> Die Angaben entsprechen in etwa den in der Literatur anerkannten Zahlen, vgl.: Brandt, Antifaschismus, S. 88f.; für Deutschland: van der Wee, Der gebremste Wohlstand, S. 16.

*Donnerstag, 13. Dezember 1945*

Große Vorstellung bei den Amerikanern, die nötigen Richter, Staatsanwälte, Anwälte und Justizbeamten zuzulassen, wenigstens auf Zeit, das ganze auf meine Verantwortung.

[...]

*Freitag, 14. Dezember 1945*

Endgültige Abreise von Walter L[isco]s Freund, Dr. Schmidt. Er fährt über Hannover nach Hamburg. Zugverbindung bis Hannover; von da bis Hamburg nur offene Kohlenwagen. Von Bremen nach Hamburg Zugverbindung nur bis Buchholz; dort stundenlanger Aufenthalt und Weiterfahrt in offenen Kohlenwagen. Der Eisenbahnverkehr wird infolge der Kohlennot fortgesetzt schlechter.

Im Senat Bericht Kaisens über die Düsseldorfer Konferenz der Staatshäupter der britischen Zone.<sup>297</sup> Verwickelter Aufbau der Regierung und Verwaltung: 1. Land oder Provinz; 2. Gebietsrat in Hannover (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen);<sup>298</sup> 3. Konferenz der Häupter der britischen Zone;<sup>299</sup> 4. Gebietsrat der Zonenverwaltung mit Sekretariat;<sup>300</sup> 5. Interzonaler Wirtschaftsrat (für britische und amerikan[ische] Zone).<sup>301</sup>

<sup>297</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 293.

<sup>298</sup> Nach Mitteilung Kaisens im Senat am 14.12.1945 sollten Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Lippe nach dem Willen der britischen Besatzungsmacht selbständige Länder bleiben; zum Gebietsrat vgl. Kap. 3, Anm. 181.

<sup>299</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 243.

<sup>300</sup> Bei der Konferenz gab Captain Michael A. Thomas die Pläne des britischen Hauptquartiers zur Bildung des Zonenbeirats (Zonal Advisory Council, ZAC) in Hamburg bekannt, wohin – nach einem später nicht ausgeführten Projekt – der Sitz der Militärregierung verlegt werden sollte. Dem Gremium war lediglich die Funktion eines beratenden Organs der Militärregierung zugedacht. Es sollte sich folgendermaßen zusammensetzen: zehn von den zuständigen Abteilungen der Kontrollkommission ernannte deutsche Fachvertreter für Wirtschaft, Finanzen, Ernährung und Landwirtschaft, Justiz, Post und Telegrafendienst, Arbeit, Öffentliche Sicherheit, Erziehung, Verkehr, Gesundheit; die vier Oberpräsidenten der Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und der Nord-Rheinprovinz, der Bürgermeister von Hamburg und ein gemeinsamer Vertreter der Länder Braunschweig, Oldenburg, Lippe und Bremen; drei Vertreter von CDU, SPD und KPD. Der Zonenbeirat trat am 6.3.1946 zu seiner ersten Sitzung zusammen.

<sup>301</sup> Gemeint ist der Wirtschaftsrat in Minden, aus dem sich das Zentralamt für Wirtschaft und später der bizonale Verwaltungsrat für Wirtschaft entwickelten (vgl. Kap. 3, Anm. 245).

Der Gebietsrat, Ziffer 4, setzt sich zusammen aus:

|                                             |    |      |
|---------------------------------------------|----|------|
| a) den vier Oberpräsidenten,                | 4  |      |
| dem Vertreter Hamburgs,                     | 1  |      |
| einem Vertreter Bremens, Oldenburgs,        |    |      |
| Braunschweigs und Lippes                    | 1  | 6    |
| b) Fachvertretern für Wirtschaft,           |    |      |
| Erziehung, Justiz usw.                      | 10 |      |
| einem – drei Generalsekr[etären]            | 3  | 13   |
| c) Vertretern der drei Parteien             |    |      |
| (Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten) |    | 3    |
|                                             | 20 | – 22 |

Unter den Fach[be]arbeitern wird Bremen vielleicht das Fach „Binnenwasserstraßen und Verkehr“, ev[entuell] auch „Außenhandel“ besetzen.<sup>302</sup>

Viele Fragen erörtert, darunter Gemeindeverfassung und Gesetzgebung durch Präsidenten der Oberlandesgerichte (Entpolitisierung der Gesetzgebung oder Politisierung der Gerichte?).<sup>303</sup> Verbot, daß Beamte am Parteilieben teilnehmen.<sup>304</sup>

Kaisen schildert die Zerstörungen im Ruhrgebiet und die industriellen und ernährungsmäßigen Schwierigkeiten, unter denen die Arbeiter dort

<sup>302</sup> Diese Hoffnung wurde nicht verwirklicht, vgl. die Teilnehmerliste der 1. Sitzung am 6.3.1946, Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 338.

<sup>303</sup> Durch eine Anweisung Nr. 4 der britischen Militärregierung hatten die acht Oberlandesgerichtspräsidenten der Zone den Auftrag erhalten, sich zu einem „juristischen Zentralausschuß“ zusammenzuschließen, der zur Durchführung der praktischen Arbeit einen „juristischen Unterausschuß“ ernennen und diesen überwachen sollte. Der Unterausschuß war als ein „Dauerorgan der Rechtspflege“ konzipiert mit der Aufgabe, alle die Rechtentwicklung in der gesamten Zone betreffenden Vorschläge einschließlich der Gesetzentwürfe zu prüfen und miteinander in Einklang zu bringen. Gegen diese Übertragung von gesetzgebender Gewalt und Verwaltungskompetenzen auf die Gerichte meldeten die Länderchefs bei ihrer Tagung am 11.12.1945 Bedenken an und baten, die Trennung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung als ein Grundelement der Demokratie durch Rücknahme dieser Anordnung wiederherzustellen. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 205).

<sup>304</sup> Bei den Planungen zur Reform des deutschen Beamtenrechts beabsichtigten die zuständigen Offiziere der Kontrollkommission, in Anlehnung an die englischen Verhältnisse eine weitgehende Beschränkung der politischen Betätigung für Beamte durchzusetzen. Ihnen sollten lediglich der Besuch politischer Versammlungen und die Ausübung des aktiven Wahlrechts gestattet sein, Landes- und Kommunalbeamte sich außerdem außerhalb des eigenen Bezirks politisch betätigen dürfen. Gegen diese „Entpolitisierung des Beamtentums“ gab es auf deutscher Seite, aber auch in England viel Protest. U.a. übten die Länderchefs bei ihrer Tagung am 11.12.1945 Kritik an der geplanten Neuregelung, die trotzdem in die britische „Beamtenrichtlinie“ vom Juli 1946 einging. Da es jedoch nicht zu entsprechenden Gesetzen kam, blieb sie letztlich weitgehend wirkungslos. (Vgl. Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum, für die Dez.-Konferenz insbes. S. 243f.).

arbeiten. Fünf bis sechs Millionen Tonnen Kohlen auf den Halden, die aus Mangel an Transportmitteln nicht weggeschafft werden.

[...]

*Samstag, 15. Dezember 1945*

[...]

*Sonntag, 16. Dezember 1945*

[...]

Abends Aufsatz aus d[em] „Economist“<sup>305</sup> über russ[ische], amerik[anische] und britische Politik in Deutschland; England wolle wirtschaftl[ichen] Wiederaufbau Deutschlands, Rußland baldige Räumung des „imponent“ gemachten deutschen Gebietes, Amerika habe mit anderen Methoden das gleiche Ziel wie Rußland, England habe keine Zeit zu verlieren. Ich sehe im politischen und wirtschaftl[ichen] Zusammengehen Deutschlands mit England die einzige Möglichkeit unserer Rettung! Vereinigte Staaten Westeuropas unter Englands Führung. Kulturelle Zusammenarbeit Englands, Frankreichs und Deutschlands.

*Montag, 17. Dezember 1945*

Der Nürnberger Prozeß gegen die Naziführer für uns Deutsche erschütternd; von so verbrecherischen und so unfähigen Männern (Ribbentrop!) sind wir regiert!<sup>306</sup> Mag das Recht der Feinde, als Sieger über die Besiegten Recht zu sprechen, sehr zweifelhaft sein – der Prozeß wird sachlich und würdig geführt und geleitet.

Programm der britischen Militärregierung über „Local Government“ und „Regional Government“ in Deutschland.<sup>307</sup> In Zukunft Wegfall der Regierungsbezirke und Verkleinerung der Provinzen. Dies eine Gelegen-

<sup>305</sup> Spitta bezieht sich hier auf den Artikel „German Politics“ vom 13.10.1945, vgl. Kap. 3, Anm. 264.

<sup>306</sup> Vgl. u.a. Gründler/Manikowsky, Das Gericht der Sieger. Smith, Der Jahrhundert-Prozeß.

<sup>307</sup> Eine Direktive der britischen Militärregierung vom Sept. 1945 für die Reform der deutschen Kommunalverfassungen sah die konsequente Trennung von politischen und administrativen Aufgaben in den Gemeinden vor. Die politische Führung sollte ausschließlich bei den parlamentarischen Gremien mit einem ehrenamtlichen „Bürgermeister“ oder „Landrat“ als höchstem Repräsentanten liegen, die verwaltungstechnische Umsetzung einer „unpolitischen“ Beamtenschaft mit einem „Gemeinde-“, „Oberstadt-“ oder „Oberkreisdirektor“ an der Spitze anvertraut sein. Diese Zweiteilung wurde bis Ende 1945 in den meisten Gemeinden der britischen Besatzungszone durchgeführt. Die gleiche Struktur wollten die Engländer darüber hinaus auf regionaler Ebene, in den Provinzen und verkleinerten Ländern, realisieren und dabei den „Dualismus“ zwischen Staat und Selbstverwaltung sowie das „verschwenderische“ Nebeneinander von Provinz und Regierungsbezirk beseitigen.

heit für Bremen und Nord-Niedersachsen mit Bremen als Hauptstadt. – Doktrinäres über politische Ehrenämter und unpolitische Beamte; vielleicht läßt sich daraus etwas machen.

[...]

*Dienstag, 18. Dezember 1945*

Im *Senat* Steuerfragen, Brem[ische] Evang[elische] Kirche<sup>308</sup> usw.

Die Engländer wollen 4½ kg Textilien auf den Kopf nach der britischen Zone einführen. Überall zeigt sich wirtschaftlich eine günstigere Haltung Englands. – Weihnachtsgaben der Amerikaner für die bremischen Kinder.

Mit Wenhold andere Organisation der Senatsverwaltung (Landeswirtschaftsamt und andere Ämterstellen durch Senatskommissionen).

[...]

*Mittwoch, 19. Dezember 1945*

Satzung der Land[es]wirtschaftsämer Nordwestdeutschlands.<sup>309</sup> Referat von Prof. Rittershausen über die beabsichtigte Organisation in der englischen Zone. Die Engländer wollen keine Planung und Steuerung der Wirtschaft durch Wirtschaftsverbände (associations), sondern durch behördliche Ämterstellen.<sup>310</sup>

Besprechung mit Kaisen und Wenhold über besonderes Jugenddezernat. Kaisen will die Sache nicht allein bei der Unterrichtsverwaltung haben (religiöse Verbände usw.!). Geeigneter Mann? B[...]?<sup>311</sup> Theodor [Spitta]?

Kaisen mit Amerikanern; über Landeswirtschaftsämer und Landesarbeitsämter (Umfang; Frage der Mittelbehörden) nach Verhandlungen zwischen Engländern und Amerikanern. *Dagegen wird Wesermünde wahrscheinlich zu Bremen kommen.*<sup>312</sup> Damit schwieriges Problem für Bremen, dessen Land lediglich aus zwei Großstädten bestehen würde.

Diese Ansätze für strukturelle Neuordnungen oberhalb der Kreisebene wurden bis Ende 1946 wieder aufgegeben. (Vgl. Wolfgang Rudzio, Die Neuordnung des Kommunalwesens in der Britischen Zone, Stuttgart 1968, S. 42–70 und Glaue, Reform des Öffentlichen Dienstes, S. 207ff.).

<sup>308</sup> Der Senat verabschiedete die „Verordnung über die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in der Bremischen Evangelischen Kirche“, vgl. Kap. 2, Anm. 91.

<sup>309</sup> Vom 18. bis 20.12.1945 fand in Bremen eine Tagung der nordwestdeutschen Landeswirtschaftsämer statt, bei der es u.a. um die Neuorganisation des Behördenaufbaus, die Definition der Aufgaben und die Abgrenzung der regionalen Zuständigkeitsbereiche ging.

<sup>310</sup> In der NS-Zeit waren in der letzten Phase des Krieges die gleichgeschalteten Selbstverwaltungsorgane der gewerblichen Wirtschaft, die Gauwirtschaftskammern und die angeschlossenen Fachverbände in immer stärkerem Maß zur Lenkung des Rohstoff-, Energie- und Arbeitskräfteeinsatzes herangezogen worden.

<sup>311</sup> Schwer lesbar.

<sup>312</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 279.

Krach der Amerikaner und Engländer über den bremischen Rundfunk, dessen Eröffnung die Engländer untersagt haben.<sup>313</sup> – Die Engländer verlangen die Gelder des Oberfinanzpräsidenten in Bremen; die Amerikaner sperren die Überweisung!

Nachmittags Juristensitzung. Die vorläufige Tätigkeit der entlassenen Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte usw. bis 15. März genehmigt. – Ausschuß für politische Häftlinge. – Kaisen einigt sich unter Wenholds Mitwirkung mit Tantzen: Oberfinanzpräs[idium] nach Oldenburg, L[andes]wirtsch[afts]a[mt] und L[andes]arb[eits]a[mt] Bremen.

[...]

*Donnerstag, 20. Dezember 1945*

[...]

*Freitag, 21. Dezember 1945*

Im Senat mancherlei Wichtiges über die Mittelbehörden, die Verbindung Bremens und Wesermündes und über den Gebietsrat Hannover, über den Kaisen und Wenhold berichteten. Kaisens fast zweistündige Unterredung mit dem englischen General Lingham;<sup>314</sup> Kaisens Explosion wegen der Landesarbeits- und Landeswirtschaftsämter. Offenbar ein persönlicher Erfolg Kaisens.

Ausschuß für politische Häftlinge gebildet; Arnold stellvertretendes Mitglied.

[...]

*Samstag, 22. Dezember 1945*

Die Reibungen zwischen Amerikanern und Engländern um Bremen setzen sich fort. Außer Wesermünde-Stadt sollen alle Gerichte der außerbremschen Enklave an ihre früheren Bezirke zurückfallen. Frage des Oberlandesgerichts noch offen.<sup>315</sup>

[...]

<sup>313</sup> Seit dem 4.10.1945 arbeitete eine kleine Gruppe amerikanischer Spezialisten daran, „Radio Bremen“ als deutschsprachige Rundfunkstation der Militärregierung aufzubauen. Der Sendebeginn war für den 16.12.1945 geplant, mußte aber verschoben werden, um Anweisungen höherer Stellen abzuwarten. Am 23.12. nahm Radio Bremen seine Arbeit auf mit täglich zwei Sendestunden, von 19.00 bis 21.00 Uhr (Functional History 1945/46, S. 252); Reinken, Rundfunk in Bremen, S. 50–81; Peter Dahl, Radio Bremen, in: Sommer [Hrsg.], Bremen in den fünfziger Jahren, S. 114–123).

<sup>314</sup> John Lingham, 1897–1976, englischer General, 1945–1948 Militärgouverneur der Provinz Hannover, 1948 Land Commissioner für Niedersachsen, 1951 Land Commissioner für Nordrhein-Westfalen.

<sup>315</sup> Ein OLG Bremen wurde erst nach der Eingliederung des Landes Bremen in die US-Zone am 15.7.1947 eröffnet, vgl. Kap. 4, Anm. 328.



*Sonntag, 23. Dezember 1945*

[...]

Nachmittags 3 Uhr von den Amerikanern angeregte Friedens- und Weihnachtsfeier auf dem Markt.<sup>316</sup> Warme Rede Kaisens vom Balkon des Rathauses. Rede des amerikan[ischen] Generals Vaughan. Gemeinsames Singen von Weihnachtsliedern. Einzige technische Panne mit dem Lautsprecher. Für uns, die wir auf dem Balkon neben den Rednern standen, eindrucksvolle Veranstaltung. Widersprechende Erinnerungen und Gefühle. Frühere Erlebnisse auf dem Rathausbalkon (Zeppelins Besuch bei der Heimkehr des Handels-U-Bootes „Deutschland“,<sup>317</sup> Revolution 1.1.[19]19, Entwaffnung des heimkehrenden Regiments usw.).<sup>318</sup> Die Trümmerwelt um uns. Die dichte Menschenmasse mit den amerikan[i-schen] Soldaten, die gemeinsam gesungenen Weihnachtslieder, das in der ganzen Welt gesungene Weihnachtslied „Stille Nacht“.

*Montag/Dienstag, 24./25. Dezember 1945*

[...]

*Mittwoch, 26. Dezember 1945*

[...]

Nachmittags Mutter, Paula und ich bei Bückings. Grundsätzliches über den 20. Juli 1944 und die Berechtigung zum Tyrannenmord; „Staatsnotstand“. – Seit wann sind Kriege nach außen auch Kriege im Innern?

[...]

*Donnerstag, 27. Dezember 1945*

[...]

<sup>316</sup> Programm und Bericht im Weser-Kurier vom 22. und 24.12.1945. Auch Radio Bremen übertrug die Feier in einer Sondersendung am 23.12.

<sup>317</sup> Anlässlich der Rückkehr des Handels-U-Bootes „Deutschland“, dem es bei seiner ersten Amerikafahrt gelungen war, die englische Blockade zu durchbrechen, hatte am 25.8.1916 in Bremen ein großer Empfang stattgefunden. Am Vortag hatten sechs deutsche Luftschiffe einen Bombenangriff auf London geflogen. Neben dem Kapitän der „Deutschland“ hatte deshalb Graf Zeppelin im Mittelpunkt der Feier gestanden. Schwarzwälder, Bremen II, S. 620f.

<sup>318</sup> Das aus dem Krieg heimkehrende Infanterieregiment 75 wurde am 1.1.1919 vom Rathausbalkon aus von Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und des alten Senats begrüßt. Um blutige Auseinandersetzungen mit den einrückenden Truppen zu vermeiden, hatte der A.- und S.-Rat am Vortag der Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerschaft zugestimmt, sich selbst aber ein Vetorecht vorbehalten. Genauer dazu und zur Revolution in Bremen: Schwarzwälder, Bremen III, S. 46–51.

*Freitag, 28. Dezember 1945*

Unklarheit der Zuständigkeiten. Die hiesige amerik[anische] Militärregierung bekommt keine Anweisungen von Frankfurt; sie „hängt in der Luft“. Gleichzeitig Kampf um die Mittelbehörden. Die Amerikaner unterstützen Bremen. Kaisen rühmt Oberst Shamel.<sup>319</sup>

Im *Senat* mehr als einstündige Aussprache über die Jugend; politische, pädagogische und wirtschaftliche Fragen. Kaisen gegen schematischen Zwang; man müsse an den einzelnen Menschen heran, den Charakter bilden; Kräfte von unten her entwickeln; die Jugend habe über die Weltpolitik die Heimat verloren.<sup>320</sup> Ich trete für kleine, freiwillige Gruppen ein; weniger Massen; reifen lassen; das ganze eine Frage, die richtigen Menschen [für die Jugendarbeit] zu finden. Ehlers über Verwahrlosung und Landsknechtswesen.

[...]

*Samstag/Sonntag, 29./30. Dezember 1945*

[...]

*Montag, 31. Dezember 1945*

Vormittags Rathaus. Beratung der Wesermünder Frage.<sup>321</sup>

[...] Nach Mitternacht einige Minuten im Freien; nur wenige Sterne. – Erinnerungen und Gedanken. Welch ein Jahr liegt hinter uns! Ich habe im Ganzen resigniert und auf alles, was mir früher im persönlichen und im allgemeinen deutschen Leben wertvoll war, innerlich verzichtet; nur so kann

<sup>319</sup> Joseph W. Shamel, im Juni 1945 Leiter der Exekutive der US-Militärregierung in der Enklave Bremen (Detachment E2C2) im Range eines Majors, im Dez. 1945 Lieutenant Colonel und Chef des dem Detachment gleichgeordneten Bremen Port Commands.

<sup>320</sup> Die eingehende Erörterung aufgrund eines schriftlichen Berichts von Senator Paulmann faßte Kaisen zusammen: Es gehe um die wirtschaftliche und soziale Betreuung der Jugend, insbesondere ihre Eingliederung in den Arbeitsprozeß, noch mehr aber um geistig-seelische Beeinflussung. „Man müsse berücksichtigen, daß nicht eine Weltanschauung die andere durch ihr Obsiegen abgelöst habe, sondern daß erst der Zusammenbruch den neuen Ideen den Durchbruch ermöglicht habe. Besonders die Jugend habe daher keine Möglichkeit gehabt, sich auf diesen geistigen Umbruch vorzubereiten, sondern sie stehe vor sie überraschenden Tatsachen. Unter diesen Umständen sei Zwang zu vermeiden. Der Jugend müssen Ideale gezeigt werden, denen nachzustreben sie als lohnend ansieht.“ (Senatsprotokoll 28.12.1945, StAB: 3/3).

<sup>321</sup> Einbeziehung Wesermündes neben Bremen in die „Restenklave“, vgl. Kap. 3, Anm. 279. An der Besprechung im Rathaus nahmen die Senatoren Spitta, Apelt, Nolting-Hauff und Wenhold sowie ORR Behrens und Dr. Friese teil. Sie gelangten überwiegend zu der Auffassung, daß erhebliche Bedenken gegen „eine völlige staatsrechtliche Eingliederung Wesermündes“ sprächen. (Notiz Spittas vom 2.1.1946, in StAB: 3-B.10. a. Nr. 2[1]).

ich die Gegenwart und die Arbeit für den Staat tragen. Ich habe die Hoffnung, daß unser Volk am Leben bleiben wird, – nicht nur physisch als Fellachenvolk, sondern als ein Volk im geschichtlichen und geistigen Dasein. – Ich glaube auch, daß in unserem Volk, so viel Schmutz, Selbstsucht, Haß, Denunziantentum, Würdelosigkeit und Verbrechen an die Oberfläche kommen, in der Stille und Tiefe sittliche Kräfte lebendig sind; überall sieht man in den Familien, besonders bei den Frauen, Fleiß, Dulden, Tragen des Leids, tapferes Bekämpfen der Not. Es hängt von uns selbst ab, was aus unserem darbenden, leidgeschlagenen Volk werden wird.

*Dienstag, 1. Januar 1946*

[...]

Nachmittags Eva, Klaus, Frau Dr. B[ücking] und Lutz. Lebhaftes Gespräch über Völkerversöhnung und Vermeidung künftiger Kriege. Einigung Europas (ohne Rußland). Freier Zuzug der Arbeiter in andere Staaten?

[...]

*Mittwoch, 2. Januar 1946*

[...]

*Donnerstag, 3. Januar 1946*

[...]

Nachmittags die übliche lange Beratung mit den Juristen. Befriedigend, wie die sechs Juristen nicht nur juristisch und fachlich hervorragend arbeiten, sondern auch die menschlichen Seiten der Angelegenheiten mit hohem Verständnis und Verantwortungsgefühl behandeln. [...]

*Freitag, 4. Januar 1946*

Im Senat Schwierigkeiten der Lage Bremens zwischen Amerikanern und Engländern; Anordnungen und Genehmigungen für Bremen nur durch die amerikanische Militärregierung. Die Fragen der Einrichtung einer Bürgerschaft<sup>322</sup> und der Eingliederung Wesermündes. – Zum Ausschuß für die Häftlinge wird von den kommunistisch-sozialistischen Mitgliedern des

<sup>322</sup> Wie Kaisen im Senat mitteilte, war er am Vortag von der amerikanischen Militärregierung über die Pläne der Briten informiert worden, in Hamburg und Bremen eine Bürgerschaft aus Vertretern der Parteien, gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen zu ernennen. Sein Vorschlag, zunächst die Regelung für Hamburg abzuwarten, wurde von den Amerikanern nicht akzeptiert. Der Senat setzte deshalb einen Ausschuß unter Leitung Spittas ein, der die Frage weiterbehandeln sollte. (StAB: 3/3).

Senats ein Vertreter der Betriebsräte verlangt. Deutschland soll ein Außenhandelsmonopol erhalten.

Einschränkung des Treibstoffs durch die Engländer.

Nachm[ittags] mit Kaisen und einem Mitgliede des Magistrats Wesermünde Anschluß Wesermündes besprochen.<sup>323</sup>

[...]

*Samstag, 5. Januar 1946*

[...]

Im Rathause durch die unklaren und sich widersprechenden Entscheidungen der Besatzungsmächte viel Schwierigkeiten. Frage der Mittelbehörden in Bremen entwickelt sich ungünstig; der englische General [Lingham] hat, ohne Bremen zu hören, entschieden, daß das Landeswirtschaftsamt in Bremen aufgehoben und Bremen dem Landesw[irtschafts]a[mt] Hannover unterstellt werde. Angliederung Wesermündes beraten; meine Ansicht, daß eine staatsrechtliche Einverleibung Wesermündes für Bremen eine finanzielle und politische Belastung bedeuten würde, setzt sich immer mehr durch. Häftlingsausschuß in seiner Zusammensetzung nun wieder von den Amerikanern anders geregelt, alles, was der Governor mit Kaisen verabredet [hat], über den Haufen geworfen.

[...]

*Sonntag, 6. Januar 1946*

[...]

*Montag, 7. Januar 1946*

Anhaltender Wirrwarr infolge der unklaren und nicht abgegrenzten Doppelherrschaft Englands und Amerikas?

*Dienstag, 8. Januar 1946*

In der „New York Times“ vom 16.12.[19]45 Kritik an der amerik[anischen] Besatzungsarmee in Deutschland. „Homesick Americans“. Karikatur: Der Hunger säubert einen Weg: „Hunger, clearing the path for another Hitler“. Andere Karikatur: „Want, Hunger, Cold, Despair“.

<sup>323</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 104 und Kap. 3, Anm. 279. Aufgrund der Besprechung am 31.12.1945 (vgl. Kap. 3, Anm. 321) setzte sich Spitta in einer Denkschrift vom 2.1.1946 für einen losen Anschluß Wesermündes an Bremen ein, wobei an der staatsrechtlichen Zugehörigkeit der Stadt zur Provinz Hannover nichts geändert werden, die Leitung der wichtigsten Verwaltungszweige aber durch Bremer Mittelbehörden erfolgen sollte, so weiterhin durch das Landesarbeitsamt, das Landeswirtschaftsamt und das Oberfinanzpräsidium, bei der Polizei und beim Justiz- und Gefängniswesen. Außerdem sah Spittas Plan vor, Bremen und Wesermünde demselben Landesernährungsamt zu unterstellen. (StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[2]a).

Kampf um die Mittelbehörden in Bremen. Die Deutschen, besonders die Hannoveraner, benutzen die Engländer, um sich auf unsere Kosten zu bereichern. Die Engländer einseitig von den Hannoveranern unterrichtet, da wir auf Befehl der Amerikaner nur mit den Amerikanern verkehren dürfen.<sup>324</sup> Der englische General Lingham in Hannover hat angeordnet, daß das brem[ische] Landeswirtschaftsamt aufgehoben und Bremen dem hannov[erschen] L[andes]w[irtschafts]a[mt] unterstellt wird, dasselbe droht beim Landesarbeitsamt und Oberfinanzpräsidenten.<sup>325</sup> Kaisen verhandelt mit den Amerikanern, während ich die Senatssitzung leite. Nachmittags teilt Oberst Shamel Kaisen mit, daß die Landeseigenschaft Bremens gefährdet sei. Ich entwerfe spät abends Schreiben an Shamel über diese Fragen.

[...]

*Theodor* hat sich in *Oldenburg* dem englischen Offizier und dem Ministerpräsidenten Tantzen vorgestellt; guter Eindruck von Tantzen, mit dem er Jugendfragen besprochen hat. *Zum 10. Januar* tritt er sein Amt *als Leiter des Jugendamtes in Oldenburg* an. Es kann unter s[einem] Vorgesetzten Kaestner<sup>326</sup> eine fruchtbare und befriedigende Arbeit werden. Ich freue mich auch um Lottes willen, die so einsam lebt.

<sup>324</sup> Die entsprechenden Weisungen an die alliierten Streitkräfte und den Präs. des Bremer Senats vom 10.1.1946 (StAB: 3-R.1.m. Nr. 117[2]) wurden auf Drängen Kaisens erlassen, der dadurch sicherstellen wollte, daß die US-Militärregierung als einzige in Bremen zu Entscheidungen und Anordnungen befugte Instanz von den Briten nicht übergangen werden konnte. (So seine Begründung in der Senatssitzung am 8.1.1946, StAB: 3/3).

<sup>325</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 323. Im Senat teilte Kaisen am 8.1.1946 mit, daß nach einer Entscheidung der britischen Militärregierung das Landeswirtschaftsamt, das Landesarbeitsamt, das Landesernährungsamt und das Oberfinanzpräsidium nach Hannover verlegt werden sollten. Für die Polizei, die Verkehrs- und Wohnungsverwaltung seien entsprechende Entscheidungen vorgesehen. Die Amerikaner wollten dem britischen Plan nicht grundsätzlich die Zustimmung verweigern. Seine Intervention bei dem Chef der US-Militärregierung, Oberst Welker, habe lediglich die Zusage erbracht, daß die Bremer Mittelbehörden auch als Zweigstellen der Hannoveraner Verwaltungen ihre bisherigen Befugnisse behalten sollten. Es komme nun darauf an zu gewährleisten, daß die Bremer Behörden nicht schlechter gestellt würden als die oldenburgischen. Als Erfolg weiterer Bemühungen konnte Kaisen dem Senat am 22.1.1946 berichten, daß nach einer vorläufigen Entscheidung der Militärregierung Bremen ein selbständiges Landeswirtschafts- und Landesarbeitsamt behalten und auch für die Landesplanung weiterhin zuständig sein solle. Das LWA Hannover habe Bremen nach Maßgabe seiner Bedarfsanforderungen zu versorgen und bisher zurückgehaltene Güter nachzuliefern, ohne daß damit eine Überordnung verbunden sei (StAB: 3/3).

<sup>326</sup> Dr. Fritz Kaestner, geb. 1905. 1946 oldenburgischer Minister mit dem Ressort Kirchen und Schulen, Dez. 1946–1954 Ministeraldirektor, 1954–1962 Vizepräs., 1962–1970 Regierungspräs. in Lüneburg, seit 1971 als Rechtsanwalt in Lüneburg tätig.

*Mittwoch, 9. Januar 1946*

[...]

*Donnerstag, 10. Januar 1946*

Bewegter Vormittag durch Besprechungen über die Mittelbehörden bei Kaisen. Gemeinsame Vorstellung der drei Kammern verabredet. Frau Stiegler,<sup>327</sup> die alte Mehrheitssozialistin und Mitarbeiterin im Wohlfahrtswesen, bei Kaisen getroffen. Sie war durch die Nazis über elf Jahre im Zuchthaus und Konzentrationslager; sie und andere Sozialisten haben sich aufrechterhalten durch stramme Selbstdisziplin, gründliches Waschen und Sauberkeit, geistige Beschäftigung durch Problemfragen bei der Arbeit.

[...]

*Freitag, 11. Januar 1946*

Vor und im Senat Frage der Mittelbehörden und unseres Verhältnisses zu Hannover.<sup>328</sup> Wechselnde Erklärungen der engl[ischen] Mil[itär]reg[ierung] in Hannover; zum Teil Unkenntnis und Irrtümer über die verwaltungsrecht[lichen] Angelegenheiten in Deutschland. Formalismus und Bürokratismus bei „Lenkung der Wirtschaft“ durch die Engl[änder].

Nachm[ittags] mit amerikanischem Leutnant Sioda.<sup>329</sup> Verwaltungsgerechtheit und anderes. Rasche Verständigung.

[...]

Abends zu Hause mit Arnolds Freunde Gripp,<sup>330</sup> der einige Tage bei uns wohnt. Er erzählt aus seiner Attachézeit in Bern. Zweimal Überfall auf die Schweiz beabsichtigt: 1941 („Reichsgau Schweiz“, Reichsstatthalter ein Reichsdeutscher in der Schweiz). 1944 im Frühling noch einmal, um die Pässe und Bahnübergänge nach Italien in die Hand zu bekommen.<sup>331</sup> Ein-

<sup>327</sup> Anna Stiegler, 1881–1963. Sozialpolitikerin. Seit 1905 Md. der SPD, am 6.1.1933 zur Schriftführerin der Bremer Bürgerschaft gewählt, Ende Nov. 1934 verhaftet, wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, erst 1945 aus dem KZ befreit, Anfang 1946 Rückkehr nach Bremen, 1946–1951 Zweite Vizepräs., 1951–1955 Schriftführerin der Bremer Bürgerschaft, bis 1960 Vors. des Bremer Frauenausschusses. Vgl. die ausführliche Biographie bei: König, Die streitbaren Bremerinnen, S. 277–321.

<sup>328</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 325.

<sup>329</sup> Roman Sioda, Leutnant der polnischen Armee, später für Entnazifizierungsfragen zuständig (Prosecutor of Summary Court).

<sup>330</sup> Helmut Gripp, geb. 1896, Oberst, 1941–März 1944 Luftattaché bei der Deutschen Gesandtschaft in Bern.

<sup>331</sup> Vgl. Horst Zimmermann, Die „Nebenfrage“ Schweiz in der Außenpolitik des Dritten Reiches, in: Manfred Funke (Hrsg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1976, S. 811–822. Zimmermann erwähnt allerdings nur eine Invasionsplanung für 1940 als Teil eines „Täuschungsmanövers“ der deutschen Armee. (S. 819). Klaus Urner hält die Angriffsplanungen dagegen für ernsthaft: K. U., „Die Schweiz muß noch geschluckt werden!“ Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz, Paderborn 1991.

zelheiten über die Verblendung der Führer; die sachkundigen Darlegungen der alten Generalstäbler über die Kriegsmacht der Angelsachsen beiseite gelegt.

*Samstag, 12. Januar 1946*

Kaisen bei General Vaughan; seine Anteilnahme an Bremen; wünscht Darlegung über Notwendigkeit der Landeseigenschaft Bremens und eine Geschichte Bremens. Dann Kaisen bei Oberst Shamel, Shamel sagt, er werde sich der Herabdrückung Bremens widersetzen und seinen Abschied nehmen, wenn er damit nicht durchdringe; er wolle nicht der Totengräber Bremens sein. Von Shamel fährt K[aisen] zum Ministerpräsidenten Tantzen nach Oldenburg. Kaisens Arbeitskraft ungeheuer. Inmitten des Betriebes am Donnerstag und Freitag hat Kaisen noch Zeit und Kraft gefunden, einen Artikel „Gefahren für Bremen“ zu diktieren.<sup>332</sup>

[...]

*Sonntag, 13. Januar 1946*

[...]

*Montag, 14. Januar 1946*

Im Rathaus Betrieb, der keine Ruhe für eine richtige Denkschrift läßt.<sup>333</sup> Besprechung mit Kaisen, der sich gegen den Zentralismus Hannovers mit Tantzen verbündet hat.

[...]

*Dienstag, 15. Januar 1946*

Im Senat Mittelbehörden, Hannover, Amerikaner. Die Lage noch ungeklärt.

Tantzen hat Kaisen seine Sorge um Wilhelmshaven anvertraut; die Engländer wollen nur die Befestigungen zerstören. Die Russen wollen ganz Wilhelmshaven durch Durchstich der Deiche vernichten, oder – es selbst verwalten!<sup>334</sup>

<sup>332</sup> Veröffentlicht auf der Titelseite des Weser-Kuriers Nr. 4 v. 12.1.1946. Der Artikel diene dem Ziel, Pläne der britischen Besatzungsmacht abzuwehren, die Bremer Mittelbehörden aufzulösen und die Enklave den Hannoveraner Mittelbehörden zu unterstellen.

<sup>333</sup> Gegen die Eingliederung Bremens in das Land Hannover. Eine entsprechende Denkschrift Spittas ist nicht zu finden. Statt dessen übersandte ihm Dr. Hermann Janssen am 28.1.1946 eine für die britische und die amerikanische Militärregierung bestimmte Denkschrift: Bremen unter Hannover?, in StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 1.

<sup>334</sup> Wilhelmshaven war am 1.4.1937 dem Land Oldenburg eingegliedert worden. Zentrum und Basis seiner Wirtschaft war die Marinewerft, auf der im Dez. 1945

Separatismus in Bayern, das allein in die Gesellschaft der Vereinigten Nationen eintreten möchte.<sup>335</sup> In Hannover Welfentum und Niedersachsentum.

Die amerikanischen Soldaten wollen nach Hause. Nur England hat ein Interesse an Deutschland. Aber strenge Bewirtschaftung durch die Engländer. Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs.

[...]

*Mittwoch, 16. Januar 1946*

Denkschrift für General Vaughan fertiggestellt.<sup>336</sup>

Nachmittags Juristenausschuß.

[...]

*Donnerstag, 17. Januar 1946*

[...]

*Freitag, 18. Januar 1946*

[...]

Ständige Zunahme der auswärtigen Sitzungen (Hannover, Hamburg, Oldenburg, Stuttgart, Düsseldorf usw.),<sup>337</sup> eigentlich müßte der ganze Se-

noch 14000 Menschen arbeiteten. Wie am 4.1.1946 über den Rundfunk bekannt gegeben wurde, sollten die Werftanlagen zugunsten der Sowjetunion demontiert und Stadt und Hafen so weit zerstört werden, daß sie nicht mehr in den Dienst militärischer Aufgaben gestellt werden konnten. Darüber hinaus kursierten Gerüchte, daß die Bevölkerung nach Ostfriesland evakuiert und das gesamte Stadtgebiet einschließlich der Wohnbezirke durch Sprengung der Schleusen überflutet werden sollte. Derartige Pläne wurden von der Militärregierung jedoch dementiert und nicht ausgeführt. Die Demontage mit anschließender Zerstörung aller Werft-, Kai- und Hafenanlagen erfolgte vom 26.7.1946 bis zum 11.5.1950. (Hermann Ahner, Wilhelmshavener Chronik. Wilhelmshaven [1969]; Gerhard Koop, Kurt Galle und Fritz Klein, Von der Kaiserlichen Werft zum Marinearsenal. Wilhelmshaven als Zentrum der Marinetechnik seit 1870, München 1982).

<sup>335</sup> Der bayerische Ministerpräs., Wilhelm Hoegner, trat in Zeitungsartikeln und Reden sehr energisch für einen föderativen Staat ein, der den einzelnen in einem freiwilligen Bund vereinten Ländern weitgehende Souveränität lassen und nur wenige Bereiche zentral regeln sollte. Seine vehement vorgetragenen Attacken gegen den „Einheitsstaat“ der Weimarer Republik trugen ihm den Vorwurf des Separatismus ein. (Wilhelm Hoegner, Der schwierige Außenseiter. Erinnerungen eines Abgeordneten, Emigranten und Ministerpräsidenten, München 1959, S. 278f.; vgl. auch Kap. 3, Anm. 202).

<sup>336</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 333.

<sup>337</sup> Konferenzen der Chefs der Länder und Provinzen (Hamburg, Oldenburg, Düsseldorf), Sitzungen des Länderrats der US-Zone (Stuttgart), Tagungen des Gebietsrats und Verhandlungen mit der zuständigen britischen Militärregierung (Hannover).



nat unterwegs sein, da wir keine geeigneten Oberbeamten haben (Behrens leider noch nicht zugelassen).<sup>338</sup>

Nachmittags Theodor auf der Durchreise kurz bei uns. Er ist mit seiner amtlichen Aufgabe zufrieden; ist erstaunt, daß man bei der Tagung in Hannover wieder da anfangen wollte, wo man 1932 aufgehört hat. Das ist aber fast auf allen Gebieten so. Auch das ganze Parteienwesen setzt wieder so ein, ebenso die Gewerkschafts- und Betriebsräte-Einstellung mit ihrer alten Kampfstellung. – Vielleicht kann ja nur im langsamen Reifen von innen heraus etwas Neues werden. Aber die alten Formen können hindern.

[...]

### *Samstag, 19. Januar 1946*

Tom Moehlen<sup>339</sup> bei Kaisen und Apelt eingeführt.

Nachmittags Senatorentee bei Apelt.

Abends Denkschrift Hoffmanns (Hapag)<sup>340</sup> über Währung. Reichsschuld etwa 1000 Milliarden RM.<sup>341</sup> Hoffmann meint, 10% = 100 Milliarden ließen sich verzinsen und tilgen. Das bezweifeln Walter, Arnold und ich. Streichung der ganzen Schuld? Wie sind die Sachwerte heranzuziehen?

### *Sonntag, 20. Januar 1946*

Arnold auf Schlittschuhen, Borgfeld-Fischerhude.

Der kurze Vormittag rasch vergangen. Holz sägen mit Walter Lisco fürs Feuer; wir haben noch kein Gas und sind ganz auf Holz und wenige Kohlen angewiesen.

[...]

<sup>338</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 26.

<sup>339</sup> Adolf R. H. Stier tom Moehlen, 1912–1977, Jurist. 1945–1946 Amtsrichter in Brake und Elsfleth; seit Jan. 1946 auf Vorschlag Spittas Vertreter Bremens beim Gebietsrat in Hannover, am 1.4.1946 zum Senatssyndikus ernannt und mit der auswärtigen Vertretung Bremens betraut (er nahm in dieser Eigenschaft an den Ministerpräsidentenkonferenzen und an den Sitzungen des Länderrats in Stuttgart sowie des Zonenbeirats in Hamburg teil); am 14.5.1947 unter dem Verdacht der Fragebogenfälschung vorläufig vom Amt beurlaubt, einen Monat später entlassen, am 30.6.1947 außer strafrechtliche Verfolgung gesetzt, Ende 1951 auf eigenen Antrag aus seinem Amt entlassen; danach Rechtsanwalt und Verfasser von Schriften zum öffentlichen Recht.

<sup>340</sup> Dr. Walther Hoffmann, 1898–1963, Jurist. Seit 1924 Finanz- und Wirtschaftsberater in Bremen. 1933 Md. des Bremer Staatsrats, ab 1.10.1934 Finanzdirektor der Hamburg-Amerika-Linie. Von H. liegen vor: Betrachtungen zur Frage der Reichsschuld, 13.7.1945; Denkschrift über die Sanierung der deutschen Reichsschuld, 22.8.1945, zitiert bei Hans Möller (Hrsg.), Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark. Die Währungsreformpläne 1945–1948, Tübingen 1961, S. 513f.

<sup>341</sup> Diese Angabe war zu hoch. Die Reichsschuld belief sich 1945 auf mindestens 379 Mio. RM, vgl. Kap. 2, Anm. 124.

*Montag, 21. Januar 1946*

Mit Wenhold im Wagen nach Hamburg, Wenhold in Wirtschaftssachen, ich in Verfassungsfragen.<sup>342</sup> Schöne Fahrt durch die sonnige Winterlandschaft. Besprechung nacheinander mit Bürgermeister Schönfelder, Senatsdirektor Drexelius,<sup>343</sup> Wilhelm Kiesselbach, Bürgermeister Petersen und nochmals mit Wilhelm Kiesselbach. Auch in Hamburg noch manches über die Schaffung der ernannten Bürgerschaft unklar. Die englischen Sachbearbeiter in Hamburg nach London abgereist, um Anweisung zu erhalten. Auf Einladung von Petersen mit ihm im „Halali“ gut gegessen. – Hetze gegen Petersen und Kiesselbach wegen angeblicher Begünstigung der „Nazis“.

In den Abendstunden im Rathaus.

[...]

*Dienstag, 22. Januar 1946*

Im Senat Fall Nawrath. Er soll Museumsdirektor werden, sein Amt als Leiter der Behörde für Kunst und Wissenschaft aufgeben. Kaisen: „Forschungsreise zu den Kannibalen.“

[...]

Abends mit Trixi im „Fidelio“; Raum die Turnhalle der Schule an der Delmestraße.<sup>344</sup> Die Aufführung tief ergreifend; es war schwer, an sich zu halten. Kaisen liefen die Tränen herunter; er sagte mir: „Daß uns das noch geschenkt ist, derartiges zu erleben!“ – Als ich ihn bat, sich nicht zuviel aufzuladen und besonders nicht an zu vielen Partei- und Betriebsräteveranstaltungen teilzunehmen, erwiderte Kaisen, man müsse an die Bevölkerung heran und ihnen die Seele aufreißen. [...]

*Mittwoch, 23. Januar 1946*

[...]

Kaisen fährt für drei Tage nach Oldenburg (Gebietsrat und Länderrat der britischen Zone).<sup>345</sup> Stellvertretung für ihn.

<sup>342</sup> Es ging um die von der britischen Militärregierung geplante Ernennung einer Bürgerschaft.

<sup>343</sup> Dr. Wilhelm Drexelius, 1906–1974, Jurist. Seit 1923 Md. der SPD; 1933–1945 Rechtsanwalt, 1945 Senatsdirektor in Hamburg, 1946–1961 Senatssyndikus (Staatsrat), 1948 Bevollmächtigter Hamburgs beim Verfassungs-Konvent von Herrenchiemsee, 1961–1974 MdBü (Hamburg), 1961–1970 Bau- und Schulsenator, 1966–1970 Zweiter Bgm., ab 31.7.1970 erneut als Rechtsanwalt tätig.

<sup>344</sup> Mit dieser Aufführung trat die „Opernhaus Bremen KG“ erstmals nach Kriegsende vor deutschem Publikum auf. Als Ersatz für das zerstörte Theater am Wall war in der Schule an der Delmestraße eine Opernbühne errichtet worden. Vgl. Faltus, Vorhang auf, S. 80–91.

<sup>345</sup> Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen der britischen Zone in Oldenburg am 25.1.1946. Für Bremen nahmen Kaisen und Wenhold an der Tagung teil.

*Schwere Niederlage der Kommunisten* bei den Gemeindewahlen in Großhessen.<sup>346</sup> Kaisen meint, ähnlich sei die Stimmung der Bevölkerung überall in Deutschland, auch in Bremen.

Vorbereitung für den Besuch des französischen Handelsministers in Bremen.

Juristenausschuß am Nachmittag bis 7½ Uhr.

*Donnerstag, 24. Januar 1946*

Abends Kaisen für den französischen Handelsminister von Oldenburg zurückgekehrt. Im Gebietsrat hat er den Erfolg gehabt, daß hinsichtlich der Mittelbehörden einstweilen alles beim Alten bleibt.<sup>347</sup>

[...]

*Freitag, 25. Januar 1946*

Um 8 Uhr bei Eva. Nachts zwischen 12 und 1 Uhr Zwillinge Traute, vier Pfund, Friedel fünf Pfund. Eva glücklich in ihrem Bett. Welch ein Geschenk! Wir sind voll Dankbarkeit.

[...]

In *Senatssitzung* verschiedene ernste Sachen; unter anderem die Bedrohung des Wehrs und der Behelfsbrücke durch Eis; die Mozartbrücke gesprengt.<sup>348</sup> Wertvoller Bericht von Senator Ehlers über die Wohlfahrtsberatungen in Stuttgart. Hilfe der Quäker usw.<sup>349</sup>

Wesentlicher Punkt der Tagesordnung war die Regelung des Entnazifizierungsverfahrens.

<sup>346</sup> Die Wahlen in den Landgemeinden fanden am 21. und 29.1.1946 statt und hatten bei einer Wahlbeteiligung von 83 Prozent folgendes Ergebnis: stärkste Partei wurde die SPD mit 485 000, gefolgt von der CDU mit 341 000 Stimmen. Die KPD konnte lediglich 61 000 Stimmen auf sich vereinigen. (Keesing's Archiv 1946/47, S. 628 D).

<sup>347</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 325.

<sup>348</sup> Die Brücke wurde vorsorglich gesprengt, weil die Gefahr bestand, daß bei ihrem Zusammenbruch die übrigen Brücken beschädigt würden.

<sup>349</sup> Nach Besprechungen über Wohlfahrtsangelegenheiten im süddeutschen Länderrat berichtete Ehlers über Pläne der USA, die Hilfe der amerikanischen Wohlfahrtsorganisationen auf Deutschland auszudehnen. Die ersten Lieferungen seien in sechs bis acht Wochen zu erwarten. Um eine gerechte Verteilung sicherzustellen, mußten regionale Komitees und ein deutsch-amerikanischer Überwachungsausschuß gebildet werden. Die Ankündigung bezog sich auf die große Aktion der „Co-operative for American Remittances to Europe“ (CARE), zu der sich die wichtigsten amerikanischen Wohlfahrtsorganisationen zusammengeschlossen hatten. Die US-Zone Deutschlands wurde überwiegend auf dem Seeweg über Bremen mit CARE-Paketen, Lebens- und Genußmitteln sowie Bekleidung, beliefert. Bis Dez. 1947 wurden etwa 19 Mio. solcher Pakete im Bremer Hafen gelöscht, von denen fast 370 000 für die Hansestadt bestimmt waren (Peters, Bremen 1945–1956, S. 103). Am 7.5.1946 teilte Ehlers im Senat mit, daß Bremen bis dahin 14,3 t Liebesgaben erhalten habe, die für eine allgemeine Speisung der Kleinkinder aber nicht ausreichten (StAB: 3/3).

Nachmittags: Friese bringt Nachricht, daß für Unterbringung von 3700 Angehörigen der Soldaten 900 Häuser mit 6500 Bewohnern freigemacht werden müssen. Die Unterbringung scheint undurchführbar.<sup>350</sup>

*Samstag, 26. Januar 1946*

Vor einem Jahr fiel Walter. Am folgenden Tage feierten wir noch froh und ahnungslos Evas Hochzeit.

Morgens um 8 Uhr bei Eva.

Mit Wenhold die Oldenburger Tagung besprochen. Die große Sorge: Kaisens Gesundheit. Bei der Oldenburger Tagung hat Kaisen zwei Anfälle (einmal eine Ohnmacht, einmal einen Abwesenheitszustand) gehabt.

Hinsichtlich des großen Räumungsplanes zugunsten der Angehörigen der amerik[anischen] Soldaten haben die Amerikaner zu beruhigen gesucht. Der Plan und die Sorgen bleiben.

[...]

*Sonntag, 27. Januar 1946*

[...]

*Montag 28. Januar 1946*

Mit Apelt und Theil über Kaisens Gesundheit und Entlastung. Nachm[itags] mit Kaisen selbst. Mein Vorschlag: Einen Tag in der Woche bleibt K[aisen] draußen auf[s(einem)] Lande. Hilfskraft für Laufendes.

<sup>350</sup> Trotz der Zusicherung der Militärregierung, daß nur noch wenige amerikanische Zivilpersonen in Bremen untergebracht werden müßten, kam es auch 1946 zu zahlreichen Wohnungsbeschlagnahmungen. Der Senat bemühte sich vergeblich, mehr Einfluß auf die diesbezüglichen Entscheidungen der Amerikaner zu gewinnen, und erzwang sogar eine Beschwerde beim britischen „quartermaster“ in Bad Nauheim. Um den Betroffenen Wohnungen zu verschaffen, ließ der Senat leicht beschädigte Häuser vordringlich reparieren. Außerdem beschloß er am 10.9.1946, die Richtlinien vom 10.7.1945 „über die Inanspruchnahme von Wohnraum führender Nationalsozialisten“ zu ändern: Gegner des Nationalsozialismus, deren Wohnungen von den Amerikanern beschlagnahmt worden waren, sollten beschleunigt in Wohnungen ehemaliger Parteiaktivisten eingewiesen werden. Darüber hinaus widersetzte sich der Senat der üblichen Praxis der Militärregierung, mit den Wohnungen auch große Teile der Einrichtungen zu beschlagnahmen, da sich die Betroffenen wegen des Warenmangels trotz finanzieller Entschädigung keinen Ersatz beschaffen konnten. Dies führe zu unerträglichen menschlichen Härten und zu einer Verstärkung der Inflation. In einem vom Bremer Senat in Auftrag gegebenen Gutachten kam Prof. Jellinek (Heidelberg) zu dem Ergebnis, daß die Haager Konvention auch für Deutschland gelte und die Beschlagnahme ziviler Einrichtungen verbiete, selbst wenn dafür Entschädigungen gezahlt würden (Senatssitzung 11.10.1946, StAB: 3/3).

Kaisens Vorschlag einer „Geheimgeschichte“ der Gegenwart Bremens. Entlassene Studienräte damit zu beauftragen? Quelle für spätere Geschichtsschreiber.

[...]

*Dienstag, 29. Januar 1946*

Im *Senat* lange Erörterung allgemeiner Fragen (Gebietsrat, Länderrat usw.; Vertretung Bremens in Hannover und Hamburg).<sup>351</sup>

Menschenmangel überall. Es fehlt besonders an tüchtigen jungen Juristen, die in den Staatsdienst treten wollen. Schwierigkeit, die notwendigen Hilfskräfte zu bekommen, die Bremen in Hamburg, Stuttgart<sup>352</sup> usw. vertreten. Bremen doppelt belastet, da es sozusagen zur britischen und amerikan[ischen] Zone gehört. Unsere Aufgabe, zu verhindern, daß die beiden Zonen immer weiter auseinanderklaffen.

Besprechung bis gegen 8½ Uhr abends. Apelts Belastung noch größer als meine; er arbeitet regelmäßig nach dem Abendessen zu Hause; ich nur ausnahmsweise.

[...]

*Mittwoch, 30. Januar 1946*

Nachmittags Vorbesprechung mit den Juristen über Oberlandesgericht in Bremen und Bedingungen, wenn Bremen zum OLG Hamburg kommen sollte.

Gegen Abend Paula aus Göttingen, um bei den Zwillingen zu helfen.

*Donnerstag, 31. Januar 1946*

[...] Paula erzählt von dem bewegten Leben der Universität, den politischen Gegensätzen, dem Vortrage Niemöllers in der Kirche, die von Studenten überfüllt war, usw.<sup>353</sup>

<sup>351</sup> Beim Gebietsrat und dem geplanten, seit März 1946 tagenden Zonenbeirat.

<sup>352</sup> Beim Länderrat.

<sup>353</sup> Bei einem Vortrag in der Jacobi-Kirche im Jan. 1946 hatte Niemöller wie in zahlreichen anderen Reden, Predigten und Schriften dieser Zeit zur Anerkennung der übergroßen Schuld der Deutschen aufgefordert und diese Schuld trotz seiner achtjährigen Leidenszeit in Konzentrationslagern auch für sich selbst bekannt: „Ich bin schuldig, weil ich 1933 noch Hitler gewählt habe, weil ich geschwiegen habe, als man gleich in der ersten Zeit Scharen von aktiven Kommunisten ohne Prozeß und Gerichtsverfahren verhaftete und einsperrte; ja auch im KZ bin ich noch schuldig geworden, denn, wenn all die Menschen ins Krematorium geschleift wurden, habe ich mich in die Ecke gedrückt und habe nichts dazu gesagt, habe nicht einmal dazu geschrien.“ Seine Ausführungen wurden von den Studenten mit demonstrativem Protest beantwortet (Dietmar Schmidt, Martin Niemöller. Eine Biographie, Stuttgart 1983, S. 185–186).

Zuerst *Gas* im Herd; Erleichterung für die Hauswirtschaft, besonders seit der Einschränkung des Elektriz[itäts]verbrauchs.

*Freitag, 1. Februar 1946*

[...]

9 Uhr anschließend Karl Carstens. Weiter Apelt mit Lange,<sup>354</sup> den wir in den britischen Zonenrat bringen möchten. Kurz vor der Senatssitzung mit Senator Harmssen Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Um 10 Uhr Senat. Gestern Verhandlungen zwischen Amerikanern und Engländern in Bremen über Mittelbehörden. Kein günstiger Verlauf. Verwaltungsgerichtsgesetz durch den Senat gebracht.

Nachmittags 4 Uhr mit amerik[anischem] Offizier Sioda Fragen des Polizeirechts. Doktrinäres Verlangen der Angelsachsen, daß die Polizei keine Verordnungen erlassen und keine Strafverfügungen geben dürfe.<sup>355</sup>

[...]

*Samstag, 2. Februar 1946*

Kaisen erkrankt. (Bronchialk[atarrh]). – Gefahr für die Behelfsbrücke vermindert; Sprengungen der 3 bis 4 m dicken Eismassen.

Mit Wenhold Gästehaus des Senats besuchen.<sup>356</sup>

Mit Paula im Theater: Lessings „Nathan der Weise“. Vieles hat bewegende Gegenwartsnähe. Die Zuschauer gingen offensichtlich mit, besonders bei der gut gesprochenen Erzählung von den drei Ringen. Das Werk ist wohl zehn- bis fünfzehnmal vor ausverkauftem Saal aufgeführt.<sup>357</sup>

Mit Paula über Flüchtlingselend. Bei Göttingen in Friedland Durchgangslager.<sup>358</sup> Die Göttinger Studenten und ihre Professoren helfen im Wechsel der Tage; täglich etwa 100 Studenten. Paula schildert die allge-

<sup>354</sup> Karl-Heinz Lange, geb. 1903, Kaufmann, Aufsichtsratsmd. der AG Weser. 1945/46 Beisitzer in einem Entnazifizierungsausschuß, 1946 Md. der ernannten Bürgerschaft (BDV).

<sup>355</sup> Amerikanische und britische Stellen bestanden auf der Gewaltenteilung zwischen Legislative (Erlaß von Verordnungen), Jurisdiktion (Strafen) und Exekutive (Polizei) als der Grundlage der Demokratie.

<sup>356</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 364.

<sup>357</sup> Es handelte sich dabei um die erste Inszenierung des Bremer Künstlertheaters nach der Reparatur seiner Räume im früheren Tanzsaal der „Concordia“ an der Schwachhauser Heerstraße. Das Stück hatte am 16.11.1945 Premiere gehabt. (Faltus, Vorhang auf, S. 27f.).

<sup>358</sup> Das Lager Friedland wurde am 20.9.1945 auf einem Versuchsgut der Universität Göttingen eingerichtet. Als Notunterkünfte dienten die beschlagnahmten Ställe und Nebengebäude sowie britische Armeezelte. In den folgenden Monaten wurde das Lager weiter ausgebaut und beherbergte bis zum März 1946 mehr als 680000 Menschen, vor allem Flüchtlingen aus Osteuropa. Neben DRK-Schwestern, noch nicht entlassenen deutschen Kriegsgefangenen und deutschen Freiwilligen arbeiteten dort auch Angehörige der englischen Heilsarmee und englische Kriegsgefangene. (Walter Müller-Bringmann, Das Buch von Friedland, Göttingen 1956).

meine Opferwilligkeit dabei. Solche Erscheinungen soll man in der allgemeinen Not und in dem so vielfach hervortretenden sittlichen Verfall nicht übersehen.

*Sonntag, 3. Februar 1946*

[...]

Nachmittags allerlei allgemeine Sorgen besprochen. Arnold legt die gespannte Lage der Brotversorgung dar. Da alle Reserven fehlen, kann die kleinste Verzögerung der englisch-amerikan[ischen] Getreideimporte zu schwersten Störungen führen.

Die Niederlage der Kommunisten bei den Wahlen in Süddeutschland<sup>359</sup> zeigt, daß die Bevölkerung nicht zu revolutionären und gewagten Experimenten neigt. Das kann natürlich in wenigen Jahren anders sein; einstweilen sitzt allen der Russenschreck in den Gliedern. Geistig gesehen, bleibt die Sorge vor der zunehmenden Technisierung und Bolschewisierung. Der Materialismus in Lebensauffassung, Wissenschaft und sittlichem Verhalten, den der Nationalsozialismus gefördert hat, ist geblieben; Kommunisten und Sozialdemokraten bewegen sich in dieser Beziehung in derselben Richtung. Eine innere, geistige Erneuerung muß aus anderen Tiefen kommen als aus parteipolitischen. Die Besatzungsmächte sichern uns einstweilen den innerdeutschen Frieden; die Spannungen innerhalb der Deutschen sind geblieben.

„Denazifizierung“ und Verhaftungen der CIC halten an und zerstören die gute Ansicht und das Entgegenkommen unserer Bevölkerung gegenüber den Besatzungsmächten. Auch die Telephonüberwachung aus der Nazizeit ist geblieben. Ein Telefongespräch Trixis über einen Brief nach Wien ist überhört; wenige Minuten später war schon ein Mann vom CIC zur Vernehmung Trixis bei uns. Auch die Postzensur ist lebhaft.

[...]

*Montag, 4. Februar 1946*

[...]

*Dienstag, 5. Februar 1946*

11 bis 4 Uhr (mit Luncheon-Pause) Verhandlung bei den Amerikanern mit den Engländern und Hamburgern (Oberst Carton, Kiesselbach, [General-

<sup>359</sup> Gemeindewahlen in Bayern und Württemberg-Baden am 27.1.1946. Die CSU erhielt in Bayern 871 000, die SPD 338 000, die KPD 46 000 und die FDP 18 000 Stimmen. In Württemberg-Baden wurde die CDU mit 242 000 Stimmen stärkste Partei, gefolgt von der SPD (158 000), DVP (55 000), KPD (30 000). (Keesing's Archiv 1946/47, S. 628 D).

staatsanwalt] Klaas, Vogler)<sup>360</sup> über die bremische Justiz, Oberlandesgericht usw. Entschieden *vor* der Verhandlung, daß Bremen unter das OLG Hamburg kommt, „for the time being“. <sup>361</sup> Modalitäten besprochen. Leider mußte W[ilhelm] Kiesselbach mittags nach Pymont weiterfahren, so daß er nachmittags den scharfen Ton des hamburg[ischen] Generalstaatsanwalts [Dr. Klaas] gegen Bollinger nicht verhindern konnte. – Im ganzen wenig Erfreuliches für Bremen, höchstens Zusicherung der Richterwahl, der Justizkasse und – außerhalb der Tagesordnung – die Beseitigung der Veröffentlichung der juristischen Denazifizierungsfälle.

Luncheon im neuen Gästehaus. – *Ergebnis für mich: Aufhören der bremischen Justizverwaltung*; sie geht auf den OLG-Präsidenten über. – Infolge eines unbegreiflichen Mißverständnisses Zusammenstoß mit Oberst Carton, der annahm, ich wolle Regelungen treffen für die Zeit, in der die Besatzungsmächte nicht mehr hier seien.

*Mittwoch, 6. Februar 1946*

Anhaltende Doppelbelastung im Amte.

Nachmittags Juristensitzung über Änderung der Justiz.

Abends zu Hause gearbeitet.

*Donnerstag, 7. Februar 1946*

Dr. Friese und ich bei der Militärregierung. Angenehme Verhandlung mit dem Abgesandten von General Clay, Major [Name fehlt]. Er englisch, ich deutsch, fast ohne Dolmetscher. Frage der Mittelbehörden. Volle Zustimmung des Majors. Er teilt das englische Argument mit: Die Bezirke der Mittelbehörden sind Bezirke der parteipolitischen Gaue.<sup>362</sup> – Drei Mög-

<sup>360</sup> Dr. Reinhart Vogler, 1901–1981. 1946 Amtsgerichtsdirektor und Referent beim OLG-Präs. Kiesselbach, 1964–1969 OLG-Präs. in Hamburg.

<sup>361</sup> Bremen wurde mit Wirkung vom 5.2.1946 der britischen Justizaufsicht unterstellt mit der Folge, daß die Gerichte der Enklave in den Zuständigkeitsbereich des HOLG in Hamburg kamen. Wie Spitta am 8.2.1946 im Senat ausführte, konzentrierte er seine weiteren Bemühungen darauf, „wenigstens eine bevorzugte Behandlung Bremens zu erreichen“. Er erhielt von Kiesselbach die Zusage, daß ein Senat des OLG in Bremen tagen sollte, und bei einer weiteren Besprechung in Hamburg am 14.2.1946 außerdem die Zusicherung, daß Bremen bei der Besetzung der Richterstellen beteiligt würde. Ein Problem blieb die Kompetenzabgrenzung zwischen dem OLG-Präs. und dem Bremer Senat auf dem Gebiet der Rechtsetzung, da beiden von den Besatzungsmächten die ehemaligen Befugnisse des Reichsjustizministers übertragen worden waren (Ausführungen Spittas in den Senatssitzungen am 15.2. und 24.3.1946, StAB: 3/3). Ungeachtet dieser Schwierigkeiten erfolgte am 2.4.1946 die Angliederung der Bremer Gerichte an das HOLG.

<sup>362</sup> Schwer lesbar: evtl. auch „Gremien“. Gemeint ist wahrscheinlich, daß die Zuständigkeitsbereiche der Mittelbehörden in Anlehnung an die Gaugliederung der NSDAP abgegrenzt worden seien.



lichkeiten: vergrößerte Enklave, alles britisch, Änderung des Enklave-Vertrages.

Mittags bei Bürgermeister Vagts, der nach sechsmonatiger Haft entlassen ist. Den Grund der Verhaftung hat V[agts] nicht erfahren. In der bremischen Lettow-Vorbeck-Schule schlechte Verpflegung und unwürdige Behandlung; im Lager bei Ludwigsburg in allem das Gegenteil (gute Konserven-Ernährung; Musikinstrumente für ein Gefangenenorchester, Bücher).

[...]

*Freitag, 8. Februar 1946*

In Senatssitzung bedeutsame Fragen: Justiz, Mittelbehörden, Bürgerschaftszusammensetzung und Senatsstellung.

Zunahme von Fleckfieber in der russischen Zone. In allen Zonen, auch in Bremen, große Zahl von Hauterkrankungen, Furunkulose usw.; infolge ungenügender oder fettloser Ernährung.

[...]

*Samstag, 9. Februar 1946*

Rathausbetrieb. Bürgerm[eister] Vagts vor der Heranziehung zum „Schippen“ bewahrt (durch Besprechung mit Senator Wolters).

Nachmittags Denkschrift des jurist[ischen] Professors Hugelmann (Göttingen)<sup>363</sup> über die politische Gliederung des Deutschen Reiches, erstattet für die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung. Die Darlegung über das nordwestdeutsche Küstengebiet mit der Hauptstadt Bremen berührt sich mit bremischen Gedanken. Das Gutachten behandelt Bremen und Hamburg verschieden: Hamburg bleibt reichsunmittelbar (wie Berlin es werden soll); Bremen nur „Reichsstadt erster Ordnung“ und Hauptstadt!

Abends 18<sup>1/2</sup> bis 22<sup>1/2</sup> Uhr *Einweihung des „Gästehauses“ des Senats* in Brabants Haus Parkallee 113.<sup>364</sup> Das Gästehaus notwendig, da alle Hotels zerstört und die Gesellschaftsräume des Rathauses Clubräume der Amerikaner sind. Von Wenhold mit alten Möbeln und Bildern hübsch eingerichtet. Eindruck der alten Wohnkultur. Wertvoll das ungezwungene Zusammensein mit den Kollegen.

[...]

<sup>363</sup> Dr. Karl Hugelmann, 1879–1959. Professor für öffentliches Recht mit den Spezialgebieten Kirchen- und Nationalitätenrecht an den Universitäten Wien und Münster, Wohnsitz in Göttingen.

<sup>364</sup> Die Villa aus dem Jahr 1902 wurde später vom Bremer Senat an einen Privatmann verkauft mit der Auflage „pflegerischer Behandlung“, aber trotzdem mit Genehmigung des Bausenators im April 1990 abgerissen. Ein deshalb gegen ihn eingebrachter Mißtrauensantrag scheiterte in der Bürgerschaft. (ARD, Tagesthemen, 18.4.1990).

*Sonntag, 10. Februar 1946*

[...]

*Montag, 11. Februar 1946*

Fragen der künftigen Bürgerschaft und der Stellung des Senats angesichts der britischen Richtlinien.<sup>365</sup> – Keine Ruhe und Zeit, die wichtigen Fragen durchzudenken oder gar zu Papier zu bringen.

*Dienstag, 12. Februar 1946*

Im Senat (nach Vorbesprechung mit den „bürgerlichen“ Senatoren) Fragen von Senat und Bürgerschaft.

Überschwemmungen und Hochwasser in der Weser. Gefährdung der Brücke. Beamte und Angestellte, die am linken Weserufer wohnen, nach Hause geschickt.

Nachmittags bei Kaisen in Katrepel. Amtliches besprochen, vor allem künftige Stellung des Senats. Kaisen gegen die veralteten Parteien; warme Worte für Jugend und für tätige Männer und Frauen.

Nachher bei Gorsemann, den ich in seinen amtlichen Angelegenheiten berate (Ruhestand usw.). Gorsemann über die heimische Erde in der Kunst (Ton).

Ich hatte viel Verdruß im Amt gehabt, auch durch das Versagen des technischen Apparates im Rathaus (neue Kräfte wegen der vielen Entlas-

<sup>365</sup> Die britischen Richtlinien sahen die strikte Trennung von politischer Führung und Verwaltung vor. Der Erste Bgm. sollte als politischer Spitzenrepräsentant Präs. der Bürgerschaft werden und ihm als Chef der Verwaltung ein Stadtdirektor an die Seite gestellt werden. Die politischen Repräsentanten sollten ehrenamtlich tätig sein, die Verwaltungsleiter als Beamte besoldet werden. Für die „Fachsenatoren“ war der Beamtenstatus vorgesehen. Sie würden nach diesen Planungen, wie Spitta am 12.2.1946 im Senat auf Anfrage Wolters' mitteilte, „von der Bürgerschaft für längere Zeit gewählt“, um „von den Wechselfällen der Politik unabhängig“ zu sein. Nach Auffassung Wenholds waren alle Senatoren grundsätzlich Fachsenatoren; als „politische Persönlichkeiten“ wollte er nur den Präsidenten des Senats und seine zwei Vertreter ansehen. Nolting-Hauff legte Wert darauf, auch den Fachsenatoren ein jederzeitiges Rücktrittsrecht zuzugestehen. Der Senat beschloß, die Erörterung nach einem Gespräch Spittas mit dem Governor Shamel am 13.2. fortzusetzen. Umstritten war die geplante Trennung von politischer und administrativer Spitze vor allem deshalb, weil Bremen damit nur der Status einer Gemeinde zugebilligt und seine Funktion als Staat ignoriert wurde. Die Unterredung mit Shamel führte zu dem Ergebnis, daß der Senat bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung durch die Bürgerschaft „in der bisherigen Besetzung und Rechtsform weiterarbeiten“ solle (Mittlg. Spittas im Senat am 15.2.1946, StAB: 3/3). Ein Durchbruch wurde nach weiteren schwierigen Verhandlungen mit der Militärregierung am 1.3.1946 erzielt, als sich die Vertreter Bremens mit den zuständigen britischen und amerikanischen Offizieren auf die Grundzüge der künftigen Verfassung einigten (vgl. Kap. 3, Anm. 393).

sungen; die eingearbeiteten Leute fehlen). Durch Kaisen und Gorsemann wieder aufgerichtet und auf das Wesentliche eingestellt.

[...]

*Mittwoch, 13. Februar 1946*

Um 3 Uhr beim Governor Shamel; Stellung des Senats besprochen. Abweichen von den britischen Richtlinien nicht möglich.<sup>366</sup> Senat soll in die Bürgerschaft ernannt werden. Diese Frage vom Senat rasch zu entscheiden; möglich, daß sich einzelne ausschließen; ich bliebe am liebsten außerhalb der Bürgerschaft, überhaupt außerhalb der Parteipolitik. Wichtiger ist aber, daß der Senat geschlossen dasselbe tut.<sup>367</sup>

Um 5 Uhr mehrere Stunden Juristenausschuß; Besprechung der Hamburger Verhandlung.

[...]

Mittags *Lotte nach Jade* abgereist, die gefährdete Brücke noch begehbar. Große Wasserflächen an den Weserufern. Straßen in Hemelingen unter Wasser. – Höchstes Wasser seit 1881.<sup>368</sup>

Behrens: „Bremen unter Hitlers Gewaltherrschaft, Schicksale einer Freien Hansestadt im Dritten Reich.“ Geschichtliche Darstellung aufgrund eigener Erlebnisse.<sup>369</sup> Ich soll den Entwurf durchsehen.

*Donnerstag, 14. Februar 1946*

Mit Lahusen und anderen Juristen *nach Hamburg*. Von 10 bis 1 Uhr Verhandlung mit den Hamburgern über die Eingliederung der bremischen Justiz in das Oberlandesgericht Hamburg. Durch Kiesselbachs Eingreifen für Bremen Richterwahl und Wahl des Landgerichtspräsidenten erreicht. Im allgemeinen Verständigung. Gutes Essen im Bahnhofsrestaurant. Nachmittags bis 5 Uhr Verhandlung mit den Engländern Oberst Rathbone<sup>370</sup> und Carton. Persönlich angenehm.

<sup>366</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 365.

<sup>367</sup> Der Senat sprach sich am 15.2. dafür aus, „in sich geschlossen in die Bürgerschaft aufgenommen zu werden und in ihr geschlossen zu arbeiten und auch einheitlich zu stimmen“ (Senatsprotokoll, StAB: 3/3). Spittas ablehnende Haltung zur „Parteipolitik“ läßt es fraglich erscheinen, ob er einer der Initiatoren bei der Gründung der BDV war, wie Hein u. a. meinen. (Hein, Milieupartei, S. 77f.).

<sup>368</sup> Hemelingen war von dem Hochwasser, das durch plötzliches Tauwetter mit starken Regenfällen völlig überraschend ausgelöst worden war, wegen zu später Schließung der Deichscharten besonders schwer betroffen (Schwarzwälder, Weserbrücken, S. 52f.; Wolters und Ehlers in den Senatsitzungen am 22. und 27.2.1946, Protokolle, StAB: 3/3).

<sup>369</sup> Philipp Behrens, Bremen im Dritten Reich, Bd. 1, masch. Mskr. im StAB: Ab-49.

<sup>370</sup> Oberst J. F. W. Rathbone, Chef der Rechtsabtlg. (Legal Branch) der britischen Militärregierung für Deutschland (Control Commission for Germany, British Element).

Von 5 bis 7 $\frac{1}{2}$  Uhr Rückfahrt im Nebel.

Wassernot in Bremen; Ausfall des Theaters (der Kammerspiele) in der Böttcherstraße. Obdachlosigkeit von Kleingärtnern im Überschwemmungsgebiet; Verluste von Vorräten.

*Freitag, 15. Februar 1946*

Lange Senatssitzung über wichtige Fragen: Senat und Bürgerschaft, Justiz, Hochwassergefahr, Verhältnis zu den Briten und zu Hannover, großer Plan eines zwangsweisen Arbeitseinsatzes, auch der Frauen bis zum 35. Jahre, für Aufräumarbeiten usw.<sup>371</sup> [...]

Widerspruchsvolle Anordnungen der Briten und Amerikaner.

[...]

*Samstag, 16. Februar 1946*

Schwierige Geschäftslage, zum Teil auch durch Versagen des Bürobetriebes (Entlassungen!) und durch den unpraktischen Bau des neuen Rathauses, das keine Vorzimmer hat.

[...]

*Sonntag, 17. Februar 1946*

[...]

11 bis 1 $\frac{1}{2}$  Uhr Mitgliederversammlung der Brem[er] Demokr[atischen] Volkspartei. Gute Reden Wenholds (allgemeine Politik), Apelts über wirtschaftl[iche] Fragen, Dr. Pürschels (kathol[isch])<sup>372</sup> über „Grundsätzliches zur Demokratie“ (Wurms Brief an den Erzbischof von Canterbury und Botschaft des Papstes),<sup>373</sup> Dr. Rübberdts<sup>374</sup> über Organisation.<sup>375</sup>

<sup>371</sup> Der zuständige Referent berichtete im Senat über die „außerordentlich ungünstige Haltung“ des Landeswirtschaftsamts in Hannover gegen Bremen, die von der britischen Militärregierung unterstützt würde. – Der Senat stimmte einem Plan des Landesarbeitsamts zu, zum Ausgleich des Arbeitskräftemangels drei bis vier Prozent der männlichen Staatsbediensteten für jeweils sechs Tage bei Aufräumarbeiten einzusetzen; 1200 bis 1500 Mann sollten auf diese Weise in den Monaten März bis Okt. für den Zweck zur Verfügung stehen. Über den Einsatz von Frauen ist in dem Senatsprotokoll nichts vermerkt (StAB: 3/3).

<sup>372</sup> Dr. Richard Pürschel, geb. 1895, Geschäftsführer des Caritas-Verbandes, Gründungsmd. der BDV, 1946 Md. der ernannten Bürgerschaft.

<sup>373</sup> In mehreren Briefen aus dieser Zeit an den Erzbischof von Canterbury (13.11.1945) bzw. die Christen Englands (14.12.1945) hatte sich Wurm als Vors. des Rates der EKD gegen die schematische und nach seiner Meinung zu weitgehende Entnazifizierung im Bereich der Kirche und gegen die massenhafte Internierung von Beamten gewandt sowie auf das Flüchtlings- und Vertriebenenelend in Deutschland hingewiesen. Im Schreiben vom 13.11.1945 prangerte er „die Ländergier der Polen und der Russen“ als Ursache der Not an; im Schreiben vom 14.12.1945 verstieg er sich dann zu dem Satz: „Das deutsche Volk auf einen noch engeren Raum zusammenzupressen und ihm die Lebensmöglichkeiten möglichst zu beschneiden, ist

Im ganzen ist die Bevölkerung allen Parteikämpfen abgeneigt. Es zieht ja auch kein Programmsatz der alten Parteien vor 1933 mehr. „Junker“, „Schlotbarone“, „Kapitalisten“ usw., sie alle gibt es ja in Deutschland nicht mehr. Es gilt nur, eine große gemeinsame Not zu wenden.

Behrens Schrift (erster Teil) über Bremen unter Hitler zu Ende gelesen. Nachher las Walter Lisco sie und war aufs äußerste erregt über diese Schilderung des Sieges der Unfähigkeit und Gemeinheit über Sachkunde und Anstand.

[...]

grundsätzlich nicht anders zu bewerten, als die gegen die jüdische Rasse gerichteten Ausrottungspläne Hitlers.“ [Martin Greschat (Hrsg.), Die Schuld der Kirche. Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schuldklärung vom 18./19. Oktober 1945, München 1982, S. 128–131]. – Papst Pius XII. hatte in einem Schreiben an den deutschen Episkopat vom 1.11.1945 den „Widerstand“ der Bischöfe gegen die „wahnsinnigen Ideen und Maßnahmen“ des NS-Regimes gewürdigt, wobei sie bei dem besseren Teil des deutschen Volkes Unterstützung gefunden hätten. Der Papst gab daher der Hoffnung Ausdruck, daß die Sieger im „Geiste des Rechts“ urteilen und nicht Unschuldige mit den Schuldigen bestrafen würden. Er versprach, sich für die Freilassung deutscher Kriegsgefangener einsetzen zu wollen. Das Schreiben war dem Münchener Erzbischof, Kardinal Michael von Faulhaber, am 7.12.1945 durch einen Boten überbracht, von diesem übersetzt und im Jan. 1946 in den katholischen Kirchen Bayerns verlesen worden. (Akten deutscher Bischöfe, Bd. 6, S. 818–825).

<sup>374</sup> Dr. Rudolf Rübberdt, 1905–1981, Dipl.-Volkswirt. Als Student Md. der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler, dann DVP, 1933–1934 SA, Geschäftsführer der BDV, betrieb erfolglos die Überführung der BDV in die CDU, 1955–1959 MdBü, bis 1957 Vors. der CDU-Bürgerschaftsfraktion in Bremen.

<sup>375</sup> Erste Mitgliederversammlung der BDV, die am 28.10.1945 als bürgerliche Sammelbewegung gegründet und am 7.12.1945 von der Militärregierung zugelassen worden war. Nach ihrem am 15.12.1945 im Weser-Kurier veröffentlichten Programm wollte sie alle Bürger zusammenfassen, die sich zum Aufbau von Staat und Gesellschaft auf christlicher, sozialer und demokratischer Grundlage bekannten. Im einzelnen versprach sie, für die „wohlerworbenen Rechte“ der Beamten und eine unabhängige Rechtspflege, für Frieden und gegen jeden Militarismus, für die Trennung von Staat und Kirche sowie für „ein freies Unternehmertum und eine durch eine umfassende Sozialpolitik gestärkte und gefestigte Arbeitnehmerschaft“ einzutreten. Bis Jan. 1946 hatten sich der BDV etwa 350 Personen angeschlossen. Vors. war bis zum März 1946 Fritz Entholt. Die stärksten Gruppen innerhalb der Partei bildeten die ehemaligen Mitglieder der DVP, der DDP und der Deutschen Zentrumsparlei. Diese „Christliche Gruppe“ hatte schon im Jan. 1946 Kontakt zur CDU in der Britischen Zone aufgenommen und stellte bei der ersten Mitgliederversammlung am 17.2. den Antrag, die BDV geschlossen in die CDU zu überführen. Sie scheiterte bei dieser Sitzung knapp mit fast der Hälfte der Stimmen für ihren Antrag; doch führte der Austritt des katholischen Flügels und anderer Befürworter des Anschlusses an die CDU in den folgenden Monaten zur Spaltung der BDV. Gemeinsam mit einer evangelischen Gruppierung, die der BDV nicht beigetreten war, beantragten die Dissidenten am 10.5.1946 bei der Militärregierung die Zulassung der CDU in Bremen und gründeten sie am 16.6.1946. Spitta widersetzte sich in der Folgezeit dem Übertritt zur CDU; deshalb ist es erstaunlich, daß er die diesbezüglichen Vorschläge Rübberdts und Pürschels nicht erwähnt.

*Montag, 18. Februar 1946*

Andauernde Hetze gegen Bremer Richter (Fahnenflucht-Urteil).<sup>376</sup> Besprechung mit Leist<sup>377</sup> darüber.

Kaisen wieder im Amte; noch zu schonen; zu geringer Blutdruck. Besprechung über Senat mit ihm.

[...]

*Dienstag, 19. Februar 1946*

[...]

Kaisen hat wieder Vorsitz im Senat. Wichtige Verhandlungen über Mittelbehörden, Verhältnis zu Hannover usw.

Berichte Apelts, Wenholds und Harmssens über den deutschen Wirtschaftsrat.<sup>378</sup> Die Zahl der Regierungs- und Verwaltungsstellen in Deutschland wird immer größer; die Führung der Geschäfte immer schwieriger.

Nachmittags Kaisen bei den Amerikanern. Er erzählt mir das verhältnismäßig günstige Ergebnis. Welker wieder da. Kaisen beklagt sich über Parteipolitik und Hetze innerhalb der „Koalitionsparteien“. Wenn wir wieder in die alten Parteikämpfe hineinkämen, mache er nicht mehr mit. Dr. Friese mit dem Ergebnis der Verhandlung Kaisens mit den Amerikanern weniger zufrieden.

[...]

*Mitwoch, 20. Februar 1946*

[...]

<sup>376</sup> Die Kritik an den Fahnenflucht-Urteilen Bremer Richter (Weser-Kurier Nr. 9 v. 30.1.1946 unter Berufung auf den Tagesspiegel/Berlin v. 21.12.1945 und Weser-Kurier Nr. 14 v. 16.2.1946) war bereits in der Senatsitzung am 1.2.1946 zur Sprache gekommen. Hillmann und Spitta sahen in den scharfen Angriffen „eine Verunglimpfung des gesamten Standes“ und baten um Schutz für die betroffenen Richter. In dem in der Presse behandelten Fall hatte das Gericht die ursprüngliche Strafe von acht Jahren Zuchthaus auf zwei Jahre Gefängnis herabgesetzt, so daß der Verurteilte sofort entlassen worden war. Die Militärregierung, so führte Spitta im Senat aus, habe nie den Vorwurf zu großer Härte erhoben, sondern in mehreren Fällen sogar die Fortdauer der Haft angeordnet. Der Senat beauftragte ihn mit der Formulierung einer entsprechenden Presseerklärung. (Senatsprotokoll StAB: 3/3). Bei der erneuten Beratung im Senat am 22.2.1946 fand Spitta die Unterstützung Wolters', der empfahl, in der Pressenotiz die Gründe darzustellen, weshalb das Gericht weder anders entscheiden noch das Verfahren aussetzen konnte (ebenda). Eine entsprechende Presseerklärung des Senats erschien jedoch nicht.

<sup>377</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 103.

<sup>378</sup> Deutscher Wirtschaftsrat bei der Kontrollkommission für Deutschland (German Economic Advisory Board with the Control Commission for Germany, British Element – kurz: GEAB) in Minden, vgl. Kap. 3, Anm. 245.

*Donnerstag, 21. Februar 1946*

Apelt und ich quartieren Kaisen aus s[einem] kalten Zimmer um in ein kleines warmes Zimmer.

*Margarete hat Brief von Hans aus Rußland*, kann auch antworten. (Brief vom November 1945.) Eine schwere Last ist ihr und uns allen damit abgenommen. Möglich, daß er wegen seiner politischen Vergangenheit bald heimkehren darf.<sup>379</sup> [...]

*Freitag, 22. Februar 1946*

In der Senatssitzung Fahnenflucht-Entscheidung verhandelt; allgemein anerkannt, daß die Richter richtig gehandelt haben. Berichtigung in d[er] Presse.<sup>380</sup> – Auswärtige Angelegenheiten; Wenholds Bericht über Düsseldorf.<sup>381</sup> Verantwortung für Hochwasserschäden (Hemelingen).<sup>382</sup>

*Samstag, 23. Februar 1946*

Kaisen und ich verhandeln mit Redakteur Hackmack vom Weser-Kurier über die Angriffe auf die Justiz (Fahnenflucht-Entscheidung); Vereinbarung über künftige Behandlung von Kritik und Angriffen gegen Behörden und Gerichte.<sup>383</sup>

Mittags kommt *Theodor* von einer fünftägigen Tagung mit den Briten über Jugendfragen. – Nachmittags und abends lebhaftes Aussprachen, auch über Pro und Contra des Attentatsversuches vom 20. Juli 1944, sowie über Währungsfrage und Aufbau der Jugend (englisches Allheilmittel: „Clubs“). Theodor lobt die Aufgeschlossenheit der beiden leitenden Engländer (Mann und Frau) im Education Branch.

*Sonntag, 24. Februar 1946*

[...]

<sup>379</sup> Hans Bücking war Kommunist gewesen. Er starb im Dez. 1945 in russischer Gefangenschaft. Die Mitteilung darüber erhielt die Familie erst im Okt. 1946.

<sup>380</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 376.

<sup>381</sup> Sitzung zur Vorbereitung der gemeinsamen Konferenz der Länderchefs der Britischen und Amerikanischen Zone am 1.3.1946 in Bremen.

<sup>382</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 368.

<sup>383</sup> Auch in der Folgezeit gab es Konflikte um die Berichterstattung im Weser-Kurier. So kritisierte Wolters am 26.7.1946 eigenmächtige Änderungen der Redaktion in amtlichen Bekanntmachungen und Berichte über die öffentliche Verwaltung, ohne mit dieser Rücksprache zu nehmen. „Ohne die Pressefreiheit beeinflussen zu wollen“, regte er ein erneutes Gespräch zwischen Kaisen oder Spitta und Hackmack an. Im Sept. und Okt., als sich die Lebensmittelversorgung weiter zuspitzte, nahmen Senatsmitglieder mehrmals kritisch zu Veröffentlichungen der Zeitung Stellung (Senatsprotokolle 26.7., 20.9., 1.10.1946, StAB: 3/3).

*Montag, 25. Februar 1946*

[...]

Zwei Besuche von Abegg, der als Offizier auf Befehl General Beckers bei der unsinnigen Verteidigung Bremens die Weserbrücke gesprengt hat. Er (und Dr. Ahlers, der sich entlasten will) hat so wenig politisches Gefühl, daß er sich um die Musiklizenz, die Ahlers nicht mehr weiterführen möchte, bewirbt, anstatt einige Jahre ganz im Verborgenen zu leben. Dabei ist die Frage, ob er sich dem Befehl der Brückensprengung entziehen konnte, eine Sache für sich.<sup>384</sup>

[...]

*Dienstag, 26. Februar 1946*

[...]

*Mittwoch, 27. Februar 1946*

Die große Zahl der Denkschriften über Ernährung, Siedlung, Landwirtschaft, Währung, Export usw. um eine vermehrt, die die Auswanderung von 20 Millionen Deutschen nach Kanada, dem Westen der USA und Alaska sowie Australien vorschlägt (Stier in Einbeck). Zustimmung tue ich seinem Gedanken, daß nur die Einigung Europas und der Anschluß Deutschlands an die Angelsachsen uns vor dem Verhungern retten kann – es sei denn, daß Europa durch Rußland geeinigt und bolschewistisch wird.

*Donnerstag, 28. Februar 1946*

*Beginn der Ländertagung*, bedeutsam durch Teilnahme der süddeutschen Ministerpräsidenten.<sup>385</sup> [...]

Abends Essen im Festsaal des neuen Rathauses, den uns der Red Cross Club nach Widersprechen schließlich durch Fürsprache des Governors für

<sup>384</sup> Fritz Abegg, 1890–1971. Kaufmann, Sänger und bis 1944 „Chorführer“ im Philharmonischen Chor, Major bei der Wehersatzinspektion in Bremen; war seit dem 9.4.1945 für die Luderitzbrücke (Große Weserbrücke) verantwortlich (vgl. Schwarzwälder, Weserbrücken, S. 136; Blum, Musikfreunde, S. 529–536). Zu Ahlers vgl. Kap. 2, Anm. 93.

Abeggs Antrag, ihm die Lizenz für eine Konzertagentur zu erteilen, beschäftigte den Senat mehrere Monate: Am 5.3.1946 lehnte er die Erteilung aus politischen Gründen ab, da Abeggs Verantwortung für die Brückensprengung in der Bevölkerung bekannt sei; am 18.6.1946 billigte der Senat Abegg zu, daß er für die Sprengung nicht verantwortlich sei, lehnte die Lizenz aber dennoch am 6.8.1946 endgültig ab, da ihn politisch der Vorwurf treffe, „die Sprengung der Brücke nicht verhindert zu haben.“ (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

<sup>385</sup> Gemeinsame Konferenz der Chefs der Länderregierungen und der Oberpräs. der Brit. Besatzungszone mit den Chefs der Länderregierungen der Amerikanischen Besatzungszone vom 28.2. bis 1.3.1946 in Bremen. Aus der amerikanischen Zone nahmen die Ministerpräs. Geiler und Maier aus Groß-Hessen und Württemberg-Ba-



einen Abend (ohne die Nebenräume und ohne die Toiletten) gnädigst überlassen hatte. Von den vielen Reden hatten nur die Kaisens und des großhessischen Ministerprä[sidenten] Geiler<sup>386</sup> Inhalt. Meine Tischnachbarn der süddeutsche Generalsekretär Dr. Roßmann (Stuttgart)<sup>387</sup> und Ministerialdirektor Wegmann (Oldenburg).<sup>388</sup> Besprechung mit Ministerprä[sident] Tantzen, der ein Original und eine Persönlichkeit ist.

[...]

*Freitag, 1. März 1946*

Um 8½ Uhr morgens *Beginn der Plenarverhandlungen.*

Gute Leitung durch Kaisen und Wenhold, der im wesentlichen die erläuternden Bemerkungen gab. Die Ernährungsdebatte (Referat Tantzens) stand im Zeichen der schweren allgemeinen Lage und der *großen Rationenkürzung in der britischen Zone (um ein Drittel von 1500 Kalorien auf 1010 Kalorien; Brot um die Hälfte!)*. Die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung un-

den sowie Roßmann als Generalsekretär des süddt. Länderrates teil. Der bayerische Ministerpräsident Hoegner hatte eine Teilnahme abgelehnt. Protokoll der Sitzungen in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. I, S. 290–311. Nach Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 126–128, entsprach diese Konferenz dem Wunsch der Amerikaner nach engerer Zusammenarbeit zwischen ihrer und der Britischen Zone. Sie wollten die Initiative jedoch von deutscher Seite ausgehen lassen, weshalb Kaisen zu der Zusammenkunft einlud. Die amerikanischen Pläne, einen gemeinsamen Länderrat für beide Zonen zu errichten, scheiterten bei dieser Konferenz am Widerstand der Briten, die auf der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland bestanden und sich eine Einmischung der Amerikaner in Angelegenheiten ihrer Zone verbat. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 296f.). Die Äußerungen des Vertreters der britischen Kontrollkommission, Colonel Brazier, waren für die deutschen Länderchefs eine schwere Enttäuschung; Kaisen beschrieb ihn in seinen Memoiren als „versteinerten alten Oberst“ (Meine Arbeit, mein Leben, S. 238). Als erste offizielle Möglichkeit zur Kontaktaufnahme und zum Informationsaustausch zwischen den Ländern der Britischen und der US-Zone war die Tagung dennoch wichtig.

<sup>386</sup> Dr. Karl Hermann Geiler, 1878–1953. Rechtsanwalt, 1921–1939 Professor für internationales Recht an der Universität Heidelberg, seines Lehramtes enthoben; 1945–1947 Ministerprä[s.] des Landes Groß-Hessen, parteilos; seit 1947 Professor, 1948 Rektor der Universität Heidelberg.

<sup>387</sup> Erich Roßmann, 1884–1953. Kaufmann, Journalist, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium, 1924–1933 MdR (SPD); 1933 und 1944 in Konzentrationslagern inhaftiert; seit 1933 als selbständiger Kaufmann in Berlin tätig, 1945–1948 Generalsekretär des Länderrates der amerikanischen Zone in Stuttgart, 1948/49 Intendant von Radio Stuttgart/Süddeutscher Rundfunk, 1948 Generalsekretär der Europa Union, seit Mai 1949 deren Ehrenprä[s.]

<sup>388</sup> August Wegmann, 1888–1976. Jurist, als Rechtsanwalt und im Verwaltungsdienst tätig; 1924–1933 MdR (Zentrum); 1946 stellvertretender Ministerprä[s.] und Innenminister von Oldenburg, 1946–1953 Prä[s.] des niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg, 1955–1957 stellvertretender Ministerprä[s.] und Innenminister von Niedersachsen, 1957–1959 niedersächsischer Finanzminister.

tergraben.<sup>389</sup> Den Höhepunkt der Tagung bildete das Referat von Senator Harmssen über die Einschränkungen und Verbote der deutschen Industrie-Erzeugung. Erschütternde Wirkung. Versendung an viele Stellen beschlossen.<sup>390</sup>

Mittags 1 Uhr in der Ostkrypta des Doms Gesang des Domchors unter Liesche. – Die Süddeutschen und Amerikaner sind von Apelt durch die Häfen gefahren [worden]. Abends Abschiedessen im Gästehaus, an dem ich wegen Verhandlungen mit Engländern und Amerikanern nicht teilnehmen konnte. Länderkonferenz *Erfolg für Bremen; es hat gezeigt, daß es noch da ist* (Referat Harmssen, Häfen, Festessen, Musik usw.).

Sonst meist Entschließungen. Außerdem persönliche Fühlungnahme wertvoll.

Ich selbst mit Paulmann, Ehlers und Entholt (für die drei Parteien,<sup>391</sup> ich als Vertreter der Stadtverwaltung) sowie mit Dr. Friese als Dolmetscher in der *Privatwohnung von Waterman*<sup>392</sup> mit den sehr netten Engländern Major Ashton und Town Clerk Porter. Bei Cognac und großen Mengen Kaffee fünfstündige *Verhandlung über bremische Verfassung* (von 8½ bis 1½ Uhr

<sup>389</sup> Der Bericht Tantzens ist nicht überliefert. Die versammelten Politiker beschlossen einstimmig, an die Landwirte zu appellieren, mehr als die vorgeschriebenen Kontingente abzuliefern und die Militärregierung zu bitten, Brotgetreide einzuführen. Sie warnten in ihrer Resolution, daß eine Verminderung der Rationen für Normalverbraucher „unter das bisherige Maß von 1 500 Kalorien“ die Arbeitsleistung in allen Betrieben beeinträchtigen und eine weitere Verelendung mit unabsehbaren Folgen herbeiführen“ werde (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 309).

<sup>390</sup> Ein Exemplar des Referats befindet sich z.B. im Staatsarchiv Detmold: L 80 Ia GrII, Tit. 1, Nr. 26, Bd. II, Bl. 323–333; die Schlußpassage ist abgedruckt in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 306, Anm. 17. Die Beratungen im Alliierten Kontrollrat über den „Industrieniveauplan“, durch den in Ausführung der Potsdamer Beschlüsse der Umfang der erlaubten deutschen Industrieproduktion, der Einfuhren und Ausfuhren festgelegt wurde, standen kurz vor dem Abschluß. Nachdem die Vier Mächte zwischen dem 31.12.1945 und dem 2.2.1946 ihre Forderungen in vier getrennten Plänen präzisiert hatten, war am 15.2.1946 im Wirtschaftsdirektorium des Kontrollrats eine weitgehende Einigung erzielt worden, so daß sich die Umrisse des „Industrieniveauplans“ abzeichneten. Endgültig verabschiedet wurde er am 28.3.1946 (Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft, S. 181–209). Zum Schluß seines Referats richtete Harmssen namens der Konferenz an den Kontrollrat die Bitte, die Vereinbarungen im Hinblick auf die „verhängnisvollen Wirkungen“ nochmals zu prüfen und zu diesem Zweck „mit Hilfe deutscher Sachverständiger“ ein Gutachten anfertigen zu lassen, „das zu den aufgeworfenen Fragen gründlich und objektiv Stellung nimmt“. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 306).

<sup>391</sup> Paulmann für die SPD, Ehlers für die KPD, Fritz Entholt für die BDV.

<sup>392</sup> Arthur John Waterman, First Lieutenant, City Administration Officer der US-Militärregierung in Bremen.

nachts).<sup>393</sup> Bezeichnend die Sorge der Engländer, daß sich irgendwo in der Verfassung irgendwie eine „Führerschaft“ entwickeln könne, eine Beeinflussung der Bürgerschaft durch den Senat; immer wieder Bedenken über „head“ und „guide“. Schließlich gelang gegen 1½ Uhr nachts, die Zustimmung der Engländer dafür zu erhalten, daß die Senatoren (als Mitglieder des „executive committee“) vollamtlich als Politiker und Leiter ihres Verwaltungsressorts tätig sein können; executive committee = Senat. Bürgermeister primus inter pares. Besonderer Präsident der Bürgerschaft. Sehr angenehmer Ton der Verhandlung. Ashton überlegener Kopf und humorvoll. Um zwei Uhr nachts zu Bett. Erstaunen der Engländer, daß wir Bremer derselben Meinung in allem, obgleich verschiedene Parteien.

*Samstag, 2. März 1946*

*Personenfragen.* Die Länder der britischen Zone wollen, um Hamburg nicht zu herrschend werden zu lassen, einen Bremer, und zwar *Wenhold*, als Generalsekretär nach Hamburg berufen.<sup>394</sup> Großer Vorteil für Bremen, aber können wir ihn im Senat und bei den kommenden Bürgerschaftsverhandlungen entbehren? Vertreter Bremens in Frankfurt und Stuttgart, Dr. Strack?

Besprechung mit Kaisen über Verhandlung mit Engländern.

[...]

<sup>393</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 365. Wie Spitta am 5.3.1946 im Senat berichtete, brachten die deutschen Verhandlungspartner den „einmütige[n] Wunsch der bremischen Parteien und der ganzen Bevölkerung Bremens“ zum Ausdruck, die demokratische Verfassung von 1920 wiederherzustellen. Die Briten widersetzten sich zunächst, weil diese Regelung den Richtlinien für „Selbstregierung und Selbstverwaltung“ in ihrer Zone, insbesondere dem Grundsatz der Trennung von Politik und Administration, widerspreche, stimmten dann aber folgendem Kompromiß zu: Die Bürgerschaft hatte, unabhängig vom Senat, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, nach denen die Verwaltung zu führen war. Sie tagte unter einem eigenen Präses, der die Verhandlungen unparteiisch leiten und sich selbst an den Debatten und Abstimmungen nicht beteiligen sollte. Die Senatoren mußten von der Bürgerschaft gewählt werden und ihr während ihrer Amtstätigkeit mit vollen politischen Rechten angehören; trotzdem sollten sie „die tägliche Verwaltung der einzelnen Verwaltungszweige führen“ und die Verantwortung für sie tragen. Der Senat bildete den „Hauptausschuß“ (Executive Committee) der britischen Richtlinien. Er entschied mit Stimmenmehrheit; der Präses des Senats war den übrigen Senatoren gleichgestellt. Der Senat sollte einen Entwurf der künftigen Verfassung erarbeiten, dieser im Verfassungsausschuß und Plenum der Bürgerschaft beraten und gebilligt und schließlich von der Militärregierung genehmigt werden. (Senatsprotokoll 5.3.1946, StAB: 3/3).

<sup>394</sup> Als Generalsekretär des Zonenbeirats, der am 6.3.1946 in Hamburg zu seiner ersten Sitzung zusammenkam. Gewählt wurde bei ihr der Braunschweiger Ministerialdirektor Dr. Gerhard Weisser; Wenhold wurde als möglicher Kandidat nicht erwähnt (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 347f.).

*Sonntag, 3. März 1946*

[...]

Nachmittags Denkschriften; Hoffmann: „Kernfragen des Sanierungsproblems“; „Sanierung der Deutschen Reichsschuld“.<sup>395</sup> Im unversehrten Reich 1938 Volkseinkommen 77 Milliarden, Steuern usw. 13 Milli[arden], einschl[ießlich] Zölle usw. 17,7 Milliarden.<sup>396</sup> Jetzt Reichsschuld mindestens 1000 Milliarden, bei 3 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung 40 Milliarden jährlich.<sup>397</sup> Öffentl[iche] Ausgaben 8 Milliarden. Bevor man an die „Sanierung“ und Währungsreform herangehen kann, muß feststehen, was das deutsche Volk noch an Aktiven besitzt; dazu gehört Klarheit über die Reparationen, über die Produktionszweige, die uns erlaubt werden, über die Betriebe, die Lizenzen bekommen, ferner über die Besatzungskosten usw. Wird dann nicht nur soviel übrig sein, daß man gerade den zusammengestrichenen Staatshaushalt mit Mühe balancieren kann, aber keine Mittel haben wird, um auch nur einen bescheidenen Bruchteil der Reichsschuld zu verzinsen? – Im übrigen ist die Währungsreform nicht die Hauptsache und nicht das erste; vorher muß die Erzeugung in Gang gebracht werden, vor allem die Landwirtschaft. Gütererzeugung ist das Primäre.

[...]

*Montag, 4. März 1946*

Mit Behrens bremische Verfassung durchgesprochen.

[...]

*Dienstag, 5. März 1946*

*Im Senat* Berichte über Länderkonferenz, Chef-Besprechung, Frankfurter Verhandlung über Reichsmittelbehörden, meine Verhandlung mit den Engländern über die bremische Verfassung usw. Der englische Oberst Brazier<sup>398</sup> hat bei der Chef-Besprechung erklärt, die Mittelbehörden seien der technische Apparat der zentralen Kontrolle; eine Resolution darüber gehöre nicht zur Zuständigkeit der Chefs der Länder und Provinzen. Regelmäßige Zusammenkünfte der nord- und süddeutschen Länderchefs seien

<sup>395</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 340.

<sup>396</sup> Das Volkseinkommen belief sich 1938 auf 82,1 Mrd. RM, die Reichsschuld 1938/39 auf 30,7 Mrd. RM (1937/38 19,1 Mrd. RM); die Gesamteinnahmen betrugen 1938/39 17,7 Mrd. RM, davon durch Zölle 1,8 Mrd. RM (Statistisches Handbuch von Deutschland 1938–1944, hrsg. v. Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets, München 1949, S. 555, 558 und 600).

<sup>397</sup> Diese Angabe war zu hoch; die Reichsschuld betrug 1944/45 ca. 378 Mrd. RM (vgl. Kap. 2, Anm. 124).

<sup>398</sup> Colonel Brazier, Vertreter der Control Commission for Germany (British Element).

indiskutabel; „concentration of power will not be permitted“.<sup>399</sup> Die Oberpräsidenten nicht zuständig für Reichsangelegenheiten; Schmälierung ihrer Befugnisse; Kaisen sagt: „Beschränkung auf Chausseen und Krankenhäuser!“

*Wenn durch Entscheidung der Kontrollkommission feststeht, daß Preußen nicht wiederkommt, sollen in der britischen Zone neue Länder gebildet werden!*

Nolting-Hauuffs bremische Steuererhöhungen. Mit den gleichzeitigen Erhöhungen der Reichssteuern eine schwere Belastung,<sup>400</sup> aber notwendig finanziell und psychologisch.

[...]

*Mittwoch, 6. März 1946*

Carstens, der kluge und vielgewandte, erwirkt von Oberst Harris,<sup>401</sup> daß die Österreicher nicht unterschiedslos ausgetrieben würden, sondern er „common sense“ walten lassen werde. Wenn das durchgeführt wird, ist der Anordnung, die große Aufregung hervorgerufen hat, die Schärfe genommen.<sup>402</sup>

Nachmittags Juristenausschuß. Unter anderem Wahl der Richter und des Landgerichtspräsidenten. Altes bremisches Recht soll wieder aufleben, hoffentlich damit auch das alte Ansehen der Richter. [...]

*Donnerstag, 7. März 1946*

Der Kleinbetrieb in meinem Arbeitsbereich etwas weniger lebhaft; es bleibt Zeit für ruhige Besprechung wichtiger Angelegenheiten, besonders auch von Personalfragen.

[...]

<sup>399</sup> Spitta gibt die Ausführungen Braziers genau und im Zitat wörtlich wieder, vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 296f.

<sup>400</sup> Der Kontrollrat für Deutschland hatte am 11.2.1946 rückwirkend zum 1.1. eine Erhöhung der Einkommen-, Körperschafts-, Vermögens-, KFZ- und Umsatzsteuern beschlossen (Keesing's Archiv 1946/47, S. 647 C und Scherpenberg, Öffentliche Finanzwirtschaft, S. 201–207). Nolting-Hauuff schlug in der Senatssitzung eine Erhöhung der Gewerbe-, Lohnsummen-, Grund-, Gemeindegetränke- und Vergnügungssteuer zum 1.4.1946 vor und berief sich dabei auf den Grundsatz der britischen Militärregierung, Überweisungen aus Reichssteuermitteln von der Ausschöpfung sämtlicher kommunaler Steuern abhängig zu machen. Der Senat fällte noch keine Entscheidung (StAB: 3/3).

<sup>401</sup> Oberst Harris, für kurze Zeit Chef der amerikanischen Hafenverwaltung (Port Command).

<sup>402</sup> Die Österreicher sollten nach der Zerschlagung des „Großdeutschen Reichs“ als Ausländer repatriiert werden.

*Freitag, 8. März 1946*

Im Senat Bericht tom Moehlsens über den Zonenrat in Hamburg;<sup>403</sup> Gegensatz der Parteipolitiker und der Länderchefs. Beschränkung der Beratung und der Anträge durch die britische Militärregierung. Generalsekretär: Weisser<sup>404</sup> aus Braunschweig, mit dem Apelt und Wenhold gute persönliche Beziehungen haben (Quartier im Gästehaus für Durchreisen angeboten). Wenhold ist in Bremen nicht zu entbehren.

[Noch Senatsberatungen:] Ernährungslage in Bremen; Ausdehnung der Volksspeisung. Der Senat beschließt, die ihm für 2000 leitende Beamte von den Briten zur Verfügung gestellten Lebensmittelzulagen den Volksküchen zur Verfügung zu stellen. – Für Hamburg droht eine vom Staat unabhängige Hafengesellschaft nach dem Muster Londons. Die Finanzierung

<sup>403</sup> Der Zonenbeirat war am 15.2.1946 durch die Anweisung Nr. 12 der britischen Militärregierung „über Zonenpolitik“ als Gremium mit ausschließlich beratender Funktion gegründet worden und am 6.3.1946 zu seinem ersten Treffen in Hamburg zusammengekommen (Protokoll in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 338–353). Bremen wurde bei dieser Sitzung gemäß den englischen Bestimmungen über die Zusammensetzung des Zonenbeirats (vgl. Kap. 3, Anm. 300) durch den oldenburgischen Ministerpräs. Tanten mit vertreten. Abweichend von den ursprünglichen Planungen wurden neben den „Vertretern der Verwaltung“ (den vier Oberpräs. der ehemals preußischen Provinzen, dem Hamburger Ersten Bgm. und dem oldenburgischen Ministerpräs. als Vertreter der kleinen Länder) und den zehn Vertretern der „Sachgebiete“ je zwei Vertreter der CDU, SPD und KPD sowie ein Vertreter der FDP, ferner je zwei Vertreter der Gewerkschaften und der Genossenschaften berufen. Diese politischen Repräsentanten spielten gegenüber den Vertretern der Administration bald die größere Rolle. – In seiner Eröffnungsrede am 6.3.1946 betonte der Leiter der britischen Kontrollkommission in Deutschland, General Robertson, erneut den Grundsatz, daß sich der Zonenbeirat bei seiner Arbeit an die britischen Verwaltungsrichtlinien zu halten habe, die auf den Vereinbarungen der Vier Mächte basierten. Dementsprechend übte die Militärregierung über ihren Verbindungsstab starken Einfluß auf die Verhandlungen des Zonenbeirats aus; selbst die Pressenotizen über die Sitzungen mußte er genehmigen lassen. Die Konferenzen der Länderchefs erkannte die Militärregierung, wie sie in einem Schreiben vom 22.3.1946 mitteilte, nicht mehr als selbständiges Organ an (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, S. 48). Unmittelbarer Kontakt mit der Kontrollkommission war den Regierungschefs fortan untersagt; der einzige Weg lief über den britischen Verbindungsstab beim Zonenbeirat. Dem Generalsekretär Weisser kam infolgedessen große Bedeutung zu. Er bemühte sich, die Kompetenzen des Zonenbeirats schrittweise zu erweitern.

<sup>404</sup> Dr. Gerhard Weisser, 1898–1989, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler. 1933 als Bgm. von Hagen entlassen und als Verlagsleiter tätig, 1945/46 stellvertr. Ministerpräs. des Landes Braunschweig (SPD), seit 1946 Generalsekretär des Zonenbeirats der britischen Zone und Vors. der Konferenzen der deutschen Leiter der Zentralämter, 1948–1950 Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Finanzministerium, 1950–1967 Professor in Köln.

dann nur mit hohen Gebühren möglich. Besteht diese Gefahr auch für Bremen?<sup>405</sup>

[...]

*Ernste Rede Churchills in Amerika gegen Rußland; Kriegsgefahr.*<sup>406</sup> England habe nicht den Krieg gegen Nationalsozialismus und Faschismus geführt, um Europa einem undemokratischen Bolschewismus auszuliefern. Türkei, Persien, China und ganz Osteuropa einschließlich Balkan. – Hier ein Grund zur Lebensmittelnot?

[...]

*Samstag, 9. März 1946*

[...]

*Sonntag, 10. März 1946*

[...]

Rechtfertigungsschrift von Rich[ard] Duckwitz.<sup>407</sup>

<sup>405</sup> Der Senat beschloß, zum Schutz seiner Hafeninteressen enger mit dem Länderrat zusammenzuarbeiten und einen Vertreter der Hafenverwaltung zu diesem Zweck mindestens einmal im Monat nach Stuttgart zu entsenden (Senatsprotokoll 8.3.1946, StAB: 3/3).

<sup>406</sup> In einer vielbeachteten Rede in Fulton (Missouri) am 5.3.1946 kritisierte Churchill als Unterhausabgeordneter die Politik der Sowjetunion, mit der Großbritannien noch durch einen Vertrag verbunden war, als unberechenbar und expansionistisch. Er wandte sich gegen die Vertreibung der Deutschen aus Polen sowie die Errichtung eines kommunistischen Regimes in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und beschuldigte die UdSSR, in der ganzen Welt ihre „fünftens Kolonnen“ einzusetzen und die „christliche Zivilisation“ zu gefährden. Rhetorisch kaum verhüllt sprach er von der drohenden Kriegsgefahr: „Ich glaube nicht, daß Sowjetrußland den Krieg will. Was es will, das sind die Früchte des Krieges und die unbeschränkte Ausdehnung seiner Macht und die Verbreitung seiner Doktrin.“ Churchill empfahl zwar den weiteren Ausbau der Vereinten Nationen, forderte aber gleichzeitig die Wahrung des Atomwaffenmonopols der USA, Großbritanniens und Kanadas; er trat für einen „Bruderbund der englischsprachigen Völker“ ein mit einem Militärbündnis zwischen den USA und dem Commonwealth als Kernstück. Die Rede löste viel Kritik aus. Die englische Regierung distanzierte sich von den Äußerungen des Privatmannes Churchill und verwies auf die Unterhausrede des Außenministers Bevin am 21.2.1946, in der er den Willen bekräftigt hatte, an dem Vertrag mit der Sowjetunion festzuhalten und politische Lösungen für die anstehenden Probleme zu suchen. Eine Gruppe von Labour-Abgeordneten warf Churchill in einer Resolution vom 11.3.1946 Störung des Weltfriedens durch seine Rede vor. Im selben Sinne äußerte sich Stalin, indem er Churchill mit Hitler verglich. Am 17.3.1946 distanzierte sich die US-Regierung von der Idee einer britisch-amerikanischen Allianz gegen die UdSSR. (Keesing's Archiv 1946/47, S. 657 E, 669 B, 671 A, 675 E, 677 H, 681 A).

<sup>407</sup> Im NL Duckwitz befinden sich mehrere derartige Aufzeichnungen (StAB: 7, 7-A2).

Amerikanisches Gesetz und britische Richtlinien über Denazifikation.<sup>408</sup> Selbst in unserem, durch Arnold gestützten, vor allem mit Brotzuweisungen der Rolandmühle verbesserten Haushalt macht sich die Kürzung der Lebensmittelrationen geltend. Das Brot muß streng zugeteilt werden, und Kohlrüben treten in den Vordergrund. Doch haben wir es immer noch gut im Vergleich zu anderen, besonders in der Möglichkeit zu heizen.

[...]

*Montag, 11. März 1946*

[...]

*Dienstag, 12. März 1946*

Im *Senat* Unterernährung und Hungersgefahr. Schon bei den früheren Kalorienmengen (1500) Gewichtsabnahme und Zunahme der Tuberkulose. Jüngere Männer 2 kg Gewichtsabnahme, jüngere Frauen bis 3,9 kg in wenigen Monaten. Gutachten: Bei den 1000 Kalorien Hungerödeme und Epidemien zu erwarten.<sup>409</sup> – Neue „Denazifikationsrichtlinien“; viele Unklarheiten.<sup>410</sup> Hamburg, Verfassungsentwurf.<sup>411</sup>

[...]

<sup>408</sup> Der Länderrat der US-Zone verabschiedete bei seiner 6. Tagung am 5.3.1946 in München das „Gesetz Nr. 104 über die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“, das sofort von General Clay genehmigt und anschließend von den Ministerpräsidenten ausgefertigt wurde. Bei der Erarbeitung des Gesetzes waren die deutschen Politiker an die Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12.1.1946 gebunden gewesen, die, als Anlage beigelegt, Bestandteil des Gesetzes wurde. Insofern beruhte es, wie z.B. der großhessische Ministerpräsident Geiler betonte, auf amerikanischer Anordnung. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 328–337, insbes. S. 333). In der Britischen Zone galt die Zoneninstruktion Nr. 3, die in Ausführung der Kontrollratsdirektive am 17.1.1946 erlassen worden war. Sie sah die Einsetzung von deutschen Entnazifizierungsjuries und -ausschüssen sowie Revisionsausschüssen vor, die jedoch nur beratende Funktionen hatten; die Entscheidung über Entlassungen und Vermögenssperren oblag den Entnazifizierungsabteilungen (Special Branches) der örtlich zuständigen Militärregierung. (Die Instruktion ist abgedruckt bei Lange, Entnazifizierung, S. 233–242). In Bremen trat das Gesetz Nr. 104 erst nach der Eingliederung in die US-Zone am 9.5.1947 in Kraft, veröffentlicht im *Weser-Kurier* v. 14.5.1947.

<sup>409</sup> Gutachten des Präses der Landesgesundheitsverwaltung, Dr. med. Carl Wilhelm Stade, Kurzfassung veröffentlicht im *Weser-Kurier* Nr. 23 v. 20.3.1946. Nach den Berechnungen der Behörde enthielten die seit dem 4. März verteilten Lebensmittelrationen nur noch 950 statt bisher ca. 1500 Kalorien.

<sup>410</sup> Apelt berichtete über die Kontrollratsdirektive Nr. 24 (vgl. Kap. 3, Anm. 408), die im wesentlichen den in Bremen seit Sept. 1945 maßgebenden Grundsätzen für die Entnazifizierung entspreche. Für die Prüfungsausschüsse sollte die Direktive nach Auskunft des zuständigen Offiziers der Bremer amerikanischen Militärregierung nicht bindend sein. Im Prüfungsverfahren sei vielmehr in Umkehr der Beweislast festzustellen, daß der Betroffene „mehr als nomineller Nationalsozialist“ gewesen sei. Um trotz dieser Mitteilung weiterbestehende Zweifel auszuräumen, be-



*Mittwoch, 13. März 1946*

[...]

Nachmittags im Gästehaus der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Zeigner,<sup>412</sup> und Bürgermeister Sachse.<sup>413</sup> Verfassungsrechtliche Fragen. Seine Schilderung der Leipziger Verhältnisse unter den Russen. Das System der verschiedenen Karten für Lebensmittel und die „Pajoks“ (Paketkarten für Bevorzugte). Bestechung.<sup>414</sup> – Die Dresdner Sammlungen in russischer Hand und abtransportiert.

Anschließend mehrstündige Juristensitzung. Abbau der bremischen Justizverwaltung. Abends [...] Aufsatz des „Economist“ über: Das zerstückelte Deutschland.<sup>415</sup>

schloß der Senat, die britischen Vorschriften über das Berufungsverfahren zu beschaffen und künftig in Bremen anzuwenden. 7500 Fälle standen inzwischen in der Hansestadt zur Überprüfung an. Wie Apelt weiter mitteilte, ließ die Bremer US-Militärregierung bei Ärzten und Zahnärzten auch bei einem negativen Ausgang des Prüfungsverfahrens zu, daß sie Privatpraxen weiterführten (Senatsprotokoll 12.3.1946, StAB: 3/3).

<sup>411</sup> Spitta berichtete im Senat über den von der englischen Militärregierung genehmigten Hamburger Verfassungsentwurf.

<sup>412</sup> Dr. Erich Zeigner, 1886–1949. Sozialdemokratischer Politiker, 1921–1923 Justizminister, März bis Okt. 1923 Ministerpräs. in Sachsen, zunächst als Chef eines sozialdemokratischen Minderheitskabinetts, dann einer SPD-KPD-Koalitionsregierung, Ende Okt. 1923 von der Reichsregierung aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung des Amtes enthoben und durch einen Reichskommissar ersetzt, Lehrer an der Bundesschule des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Leipzig, während der NS-Zeit mehrmals in Haft, Juli 1945 bis zu seinem Tod Oberbgm. von Leipzig, entschiedener Befürworter der Vereinigung von SPD und KPD zur SED.

<sup>413</sup> Johannes Sachse, geb. 1901. Seit 1932 Rechtsanwalt in Leipzig, Md. der DVP, 1944 wegen Wehrkraftzersetzung verhaftet und inhaftiert, kehrte im Mai 1945 nach Leipzig zurück, am 16.7.1945 vom Sowjetischen Stadtkommandanten zum Bgm. ernannt, Mitglied der LDP bzw. LDPD, nahm im April 1950 seine Tätigkeit als Anwalt wieder auf und verließ im selben Jahr die DDR.

<sup>414</sup> Eine von Kaisen verfaßte Niederschrift über dieses Treffen befindet sich in: StAB: NL Kaisen, Kasten 8. Nach Mitteilung der Gäste erhielten „besonders pflichteifrige“ Beamte in Leipzig Sonderzuwendungen von Kleidung und Lebensmitteln. Insgesamt schilderten sie die Situation ihrer Stadt als positiv, sie sei jedoch nicht typisch für die Zone: 600000 Einwohner, geringer Zerstörungsgrad, ausreichende Versorgung mit Braunkohle und Lebensmitteln, relativ geringe Besatzungskosten und vollständige Betriebe, Neubeginn eines kulturellen Lebens. Im Vergleich mit Bremen vermißte Kaisen in seiner Stadt den „Impuls zum neuen Schaffen“ und äußerte sich unzufrieden über die Entwicklung seit Anfang Febr. 1946.

<sup>415</sup> Der Economist veröffentlichte am 2.2.1946 einen Artikel „Divided Germany“ (S. 163f.), in dem er für einen Aufschub der Bemühungen um eine deutsche Zentralregierung plädierte. Damit trug er den Spannungen zwischen den Alliierten Rechnung, die keine gemeinsame Entwicklung der Zonen zuließen, ohne jedoch von der Idee der nationalen Einheit Deutschlands abzurücken. Er setzte sich für den Aufbau einer modernen, sozialdemokratisch geprägten industriellen Demokratie in der britischen Zone ein, die den anderen Zonen als Vorbild dienen sollte. Die Kapazitäten der Rhein-Ruhr-Region sollten zum Wohle Westeuropas eingesetzt werden, um so die französischen Ängste vor einem Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft zu zerstreuen.

*Donnerstag, 14. März 1946*

[...]

Landesbischof Wurm, jetzt auch Leiter der Evang[elischen] Kirche Deutschlands, in Bremen. Nachmittags sein Besuch bei Kaisen und mir. 18 bis 19<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr Feierstunde im überfüllten Dom.<sup>416</sup> Am eindrucksvollsten der Gemeindegesang „Ein feste Burg“, von Tausenden stehend gesungen. Sonst Beeinträchtigung durch Eiseskälte des Raumes, Lautsprecherübertragung usw. Dagegen anregender Abend im Gästehaus mit wertvollen Ausführungen Wurms über den Genfer Weltkirchenkongreß,<sup>417</sup> die Erzbischöfe von Canterbury und Chichester, über die Schuld des deutschen Volkes, über Nietzsche, der mehr als Bismarck in die Ahnenlinie Hitlers gehörte usw. – Schon bei der Weltkirchenkonferenz ernste Stimmung wegen der Kriegsgefahr.

*Freitag, 15. März 1946*

[...]

10 Uhr: Der Senat auf Befehl der Mil[itär]regierung im Film „Die Todesmühlen“; grauenvolle Bilder aus den Konzentrationslagern.<sup>418</sup>

Mittagessen mit Wurm und Frau sowie Herren des Kirchenausschusses und des Senats im Gästehaus. Marahrens Stellung zum Dritten Reich.<sup>419</sup>

[...]

<sup>416</sup> Nach dem Bericht von Manfred Hausmann im *Weser-Kurier* v. 16.3.1946 appellierte Wurm in seiner Ansprache u. a. an die Siegermächte, das deutsche Volk nicht sich selbst zu überlassen, sondern es nach der Befreiung von dem „diabolischen Geist des Nationalsozialismus“ wieder in die Völkergemeinschaft einzugliedern. Mit Blick auf die Alliierten meinte er: „Wer wünscht, daß das deutsche Volk dem Glauben an die Gewalt entsagt, muß hoffen, daß der Geist, der die Gewalt verwirft, bei denen durchdringt, die die Gewalt haben, sie aber nicht immer verständig gebrauchen.“

<sup>417</sup> Erste Nachkriegskonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf am 19.2.1946, an der als deutscher Vertreter Niemöller und Wurm teilnahmen. Niemöller hatte auch hier sein Schuldbekenntnis gesprochen (vgl. Kap. 3, Anm. 353) und geschlossen: „Wir Christen Deutschlands sind uns darüber klar geworden, daß der Bußruf das wahre Evangelium ist.“ In diesem Sinne wolle die evangelische Kirche an der geistigen Erneuerung in Deutschland mitwirken. (*Weser-Kurier* v. 6.3.1946).

<sup>418</sup> Der Dokumentarfilm über die Massenverbrechen in den Vernichtungslagern wurde vom 15. bis 21.3.1946 täglich siebenmal gezeigt (*Functional History* 1945/46, S. 262).

<sup>419</sup> August Marahrens, 1875–1950. 1925–1947 Bischof der lutherischen Landeskirche Hannover, 1934–1936 Vors. der 1. Vorläufigen Kirchenleitung der DEK, 1939–1945 Md. des Geistlichen Vertrauensrates der DEK, 1935–1945 Vors. des Lutherischen Weltkonvents. Wegen seiner Kompromisse mit dem NS-Regime war er in der evangelischen Kirche besonders umstritten; die für Kirchenangelegenheiten zuständige Abteilung der britischen Kontrollkommission drängte 1945 auf seine Ablösung.

*Samstag, 16. März 1946*

Geschenk der Amerikaner aus ihren Beständen für die bremische Bevölkerung (Kleidungsstücke usw.); eine große Erleichterung. Kaisen fährt zum General, um zu danken.

Nachmittags Senatorentee bei mir. Unter anderem Frage der vertikalen und horizontalen Schichtung der Geschichte, nationale und internationale Schichtung (z.B. Kleriker, Ritter, Bauern; Proletarier, Gelehrtenrepublik, Konfessionen).

[...]

*Sonntag, 17. März 1946*

Bei Aug[ust] Kippenberg; Treibereien gegen Vorstand [der Goethe-Gesellschaft] und Satzungsänderungsantrag Kellners<sup>420</sup> besprochen.

Vormittags und nachmittags Verfassungsentwurf von Behrens geprüft; viele Änderungen nötig; manche Zweifel.

[...]

*Montag, 18. März 1946*

[...]

*Dienstag, 19. März 1946*

[...]

Im Senat Ernährungsnot; Vertrauen und Mitarbeit der Bevölkerung zur Vermeidung von Plünderungen; Ausschüsse. – Wirtschaftsplan der Briten für drei Vierteljahre 1946. Deutscher Wirtschaftsrat. Senator Harmssen Referent. Ziel der Briten: Deutscher Waren-Export.<sup>421</sup>

<sup>420</sup> Ernst C. Kellner, 1875–1952. Generalkonsul, Seniorchef der Firmen Conr. Kellner KG und Conr. Kellner Röhren und Metalle GmbH; 1920–1922 MdBü (DVP), 1929–1932 Präses bzw. Vizepräses der HK Bremen. Vgl. Brem. Biogr., S. 265f.

<sup>421</sup> Auf Vorschlag von Senator Wolters beschloß der Senat, in den verschiedenen Stadtteilen Ausschüsse zur Überprüfung der Lebensmittel- und Verbrauchsgüterverteilung zu akzeptieren, die jedoch keine amtlichen Befugnisse haben, sondern ihre Beobachtungen den Behörden mitteilen sollten. Auf diese Weise hoffte der Senat, nach den Kürzungen der Lebensmittelrationen Kritik und Mißtrauen in der Bevölkerung eindämmen zu können.

Bgm. Kaisen berichtete ausführlich über eine Besprechung am 15.3.1946 in Hannover zwischen Vertretern der britischen Militärregierung und deutscher Regierungsstellen über Schlußfolgerungen aus der Ernährungskrise. Da eine generelle Erhöhung der Rationen oder Sonderzuteilungen für alle vollarbeitenden Beschäftigten nicht möglich war, konzentrierte sich die Diskussion auf eine vorübergehende Herabsetzung der Arbeitszeit; für die meisten Wirtschaftsbereiche wurde das aber von den zuständigen britischen und deutschen Referenten abgelehnt. Auch Kaisen wandte sich in Hannover gegen eine schematische Herabsetzung der Arbeitszeit,

Abends im Gästehaus mit auswärtigen Pressevertretern: Dr. Platow, Dr. Frankenfeld, Dr. Heitmüller, Dr. Topf.<sup>422</sup> Dr. Platow meinte zum Schluß, vielfach herrsche die Vorstellung, der brem[ische] Senat sei ein roter Fleck; jetzt hätten sie den Eindruck, daß der Senat gut bürgerlich sei. Ich wies demgegenüber auf den noterwachsenen Zwang zur Sachlichkeit hin, der alle von enger Parteizugehörigkeit und Parteihörigkeit löse; seit 6. Juni 1945 nur *eine* Abstimmung im Senat!

*Mittwoch/Donnerstag, 20./21. März 1946*

[...]

*Freitag, 22. März 1946*

Im *Senat* immer wieder Verhandlungen über wichtige Sachen, die im Drahtverhau bürokratischer Hemmnisse und Zuständigkeitsschwierigkeiten der Amerikaner und Engländer nicht vorwärtskommen (Schulspeisung, Fahrwasser der Weser und Brückentrümmer-Beseitigung, Sied-

weil sie zu Produktionsausfällen führe und diese die Not vergrößerten. Als Ergebnis der Beratung erklärte der Vors., Oberst Patterson, daß die von einigen deutschen Vertretern geforderte Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden nur in Einzelfällen durchgeführt werden könne und daß alle in bestimmten Industrien beabsichtigten Arbeitszeitverkürzungen der Genehmigung der Militärregierung bedürften. Als Zeichen für die grundsätzliche Hilfsbereitschaft der Engländer wertete Kaisen die Vorlage des sog. „Sparta-Planes“ für April bis Juni 1946 und den Auftrag an den Wirtschaftsrat in Minden (vgl. Kap. 3, Anm. 245), ein entsprechendes Konzept für den Rest des Jahres zu erarbeiten. Er empfahl, engen Kontakt mit dem Wirtschaftsrat zu halten, der den Grundstein für eine zentrale deutsche Wirtschaftsverwaltung bilden werde. Der Senat beschloß daher, der Bitte des Oberpräs. Lehr (Nordrheinprovinz) nachzukommen und Senator Harmssen unter Freistellung von anderen Verpflichtungen mit der Vorbereitung des geforderten Wirtschaftsplans und der Behandlung aller damit zusammenhängenden Probleme in einem Referat bei der nächsten Sitzung des Zonenbeirats zu beauftragen. (Senatsprotokoll 19.3.1946, StAB: 3/3). Zu diesem Vortrag kam es nicht. Ein großes Grundsatzreferat über „Wirtschaft und Reichseinheit“ hielt Harmssen dagegen bei der Interzonenkonferenz in Bremen am 4./5.10.1946.

Bei den Auseinandersetzungen der Alliierten um den Umfang der zugelassenen deutschen Industrieproduktion verfolgte die englische Regierung grundsätzlich das Ziel, zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit ihrer Besatzungszone möglichst große Exporte aus ihr einzuplanen. Vgl. Alexander Drexler, Wolfgang Krumbein, Friedrich Stratmann, Die britischen „Sparta-Pläne“ 1946, in: Josef Foscchepoth und Rolf Steininger (Hrsg.), Die britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 245–263.

<sup>422</sup> Dr. Robert Platow, Politologe und Journalist, Hrsg. eines wirtschaftlichen Presседienstes in Hamburg; Dr. Hanfried Heitmüller, Kiel; Dr. Alfred Frankenfeld, 1946–1953 Chefredakteur der Hamburger Freien Presse (vgl. Kap. 3, Anm. 31); Dr. Erwin Topf, Handelsjournalist, Mitarbeiter der „Zeit“, Hamburg.

lungsfragen usw.).<sup>423</sup> Erfreulich ist nur das Maß von Eifer und Gewissenhaftigkeit, das sich im Senat bei solchen Beratungen zeigt; einmütige Zusammenarbeit aller Senatsmitglieder.

[...]

Eva aus ihrem Amt als Studienrätin entlassen! Die „Denazifikation“ nimmt immer seltsamere Formen an.

*Samstag, 23. März 1946*

[...]

In den amt[lichen] Arbeiten stehen bei mir die brem[ische] Verfassung und die Überleitung der brem[ischen] Justiz auf den Oberlandesgerichts-präs[identen] Hamburg im Vordergrund.<sup>424</sup>

[...]

Abends von Freeden, der von seiner Arbeit im Hafen erzählt (technische Ausrüstung der Amerikaner; gute Verpflegung ohne Marken.)

*Sonntag, 24. März 1946*

Durch den Bürgerpark an die Weser; neue Brücke besichtigt.<sup>425</sup> Dann in die Sitzung der Goethe-Gesellschaft. Vortrag von Dr. Flöter<sup>426</sup> über „Gedankenwelt Goethes in den Gesprächen mit Eckermann“. Anschließend unerfreuliche Hauptversammlung über die von Kellner beantragte Satzungsänderung. Nach längerer Erörterung, an der ich mich beteilige, wird die Sache gemäß Kippenbergs Antrag an einen Ausschuß verwiesen.

[...]

<sup>423</sup> In der ersten Phase der Schulspeisung in Bremen vom 25.3.1946 bis zum 31.5.1947 stellte die britische Besatzungsmacht die Lebensmittel zur Verfügung. Im Durchschnitt nahmen täglich 39000 Kinder an der Speisung teil. Vom 2.6.1947 bis 14.7.1950 wurde die Aktion als „Hoover-Speisung“ hauptsächlich mit Hilfe der Amerikaner fortgesetzt. Die Zahl der täglich versorgten Kinder, Jugendlichen und Studenten stieg auf durchschnittlich 70000. (Senatsprotokoll 22.3.1946, StAB: 3/3; Bremer Nachrichten Nr. 165 v. 19.7.1950, S. 4). Anfangs konnten die Schulspeisungen teilweise wegen des Fehlens von Räumen nicht durchgeführt werden, so daß die dafür vorhandenen Lebensmittel an die Eltern weitergegeben werden mußten. – Die Räumung des Weserfahrwassers verzögerte sich, weil die notwendigen Geräte nicht von Kiel nach Bremen befördert werden konnten. (Senatsprotokoll, ebenda).

<sup>424</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 361.

<sup>425</sup> Gemeint ist die Trumanbrücke zwischen Ansgaritränkpforte und Häschenstraße, die am 5.4.1946 dem Verkehr übergeben, aber am 18.3.1947 durch die Eismassen auf der Weser zerstört wurde. Vgl. Schwarzwälder, Weserbrücken, S. 49–56 und S. 81–85.

<sup>426</sup> Dr. Hans Hinrich Flöter, geb. 1910. 1945 bis 1949 freier Wissenschaftler in Göttingen, anschließend in den USA, 1950–1959 Dozent in Bremen, 1959–1976 Direktor der Heimvolkshochschule Springe.

*Montag, 25. März 1946*

[...]

Abends mit Mutter im Theater; Hasenclevers „Antigone“, ein Antikriegsdrama modernen Geistes mit opernhafte Chören; das Recht, antike Stoffe modern zu behandeln, wird man dem Dichter zugestehen müssen; höchstes Beispiel Goethes „Iphigenie“. – Aber Aufführung mit übertriebenen Gesten und Worten, bis zum Schreien und Brüllen.

*Dienstag, 26. März 1946*

[...]

Senatssitzung unter meinem Vorsitz.<sup>427</sup> Abschaffung der Lebensmittel-Geldzuschüsse, die für die britische Zone 450 Millionen RM im Jahre betragen. Frage: Wer trägt den Ausfall? Erzeuger, Handel oder Verbraucher? Oder alle?<sup>428</sup>

Nachmittags lange Verhandlung mit dem amerikanischen Polen Sioda über Ausländerfragen. Völlige Verwirrung durch die Ausweisung der Deutschblütigen im Osten.

[...]

*Mittwoch, 27. März 1946*

Kaisen in Verzweiflung, da „Public Safety“ Wenhold aus Senat und Bürgerschaft, und damit aus dem öffentlichen Leben beseitigen will wegen seiner „Wehrwirtschaftsführung“. <sup>429</sup> – Harmssen wird führender Wirtschaftssachverständiger in der britischen Zone (Wirtschaftsrat in Minden usw.). <sup>430</sup> So erfreulich Harmssens wohlverdiente Stellung für Deutschland und Bremen ist, so schwer würde Wenholds Verlust Bremen und den Senat treffen.

Nachmittags Juristenausschuß. Denazifikationsnöte wie überall.

[...]

<sup>427</sup> Kaisen befand sich bei der Tagung der Chefs der Länder und Provinzen in Hamburg.

<sup>428</sup> Nachdem die Zuschüsse in der US-Zone bereits abgeschafft worden waren, sollte am 29.3. in Hamburg über entsprechende Maßnahmen in der Britischen Zone beraten werden. Senator Bölken hielt bei Fortfall der Subventionen Preiserhöhungen, insbesondere bei der Milch, für notwendig, während Hannover und Oldenburg sie ablehnten. Der Bremer Senat stimmte einer gewissen Erhöhung des Milchpreises zu.

<sup>429</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 431.

<sup>430</sup> Harmssen blieb bis Febr. 1948 Senator für Wirtschaftsforschung und Außenhandel in Bremen, wurde dann Vertreter Bremens im Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets.

*Donnerstag, 28. März 1946*

Capt[ain] Waterman ist im Falle *Wenhold* unverrichteter Sache aus Hannover zurückgekehrt; die englischen Stellen bleiben unzugänglich. Überdies auch *Hillmann* für die Engländer „untragbar“. *Wenhold* und *Hillmann* sollen bis 10. April aus dem Senat entlassen werden und kommen nicht in die Bürgerschaft. Nur Senator *Bölken*, der ebenfalls ausscheiden sollte (Empfehlung von „Nazis“), ist gerettet. Frage, ob freiwilliger Rücktritt oder Entlassung? Was für Senat günstiger? Was für *Wenhold* und *Hillmann*?<sup>431</sup>  
[...]

*Freitag, 29. März 1946*

In so schönem Frühling schwere politische Sorgen. Die allgemeine Lage; Spannung Rußland und Angelsachsen. Daher Lebensmittelnot in Europa; kein Aufbau in Deutschland. Pessimismus in der Chefbesprechung der britischen Zone in Hamburg.<sup>432</sup> Daher die Schärfe der britischen Denazifikation; russisch-amerikanischer Druck.<sup>433</sup>

Im Senat Besprechung des Falles *Wenhold* und *Hillmann*. Vertagung bis morgen.  
[...]

Im Senat Aussprache über Konfessionsschule und Gemeinschaftsschule; kath[olische] Privatschulen? Ich grundsätzlich für Gemeinschaftsschule, aber als Sonderfall im Wege der Wiedergutmachung kathol[ische] Schulen wie früher; grundsätzliche Entscheidung erst später durch das Reich. Kaisen: Wie die geistige Erneuerung sein werde, heute noch nicht zu sagen,

<sup>431</sup> *Hillmann* und *Wenhold* erklärten am 30.3.1946 in einem Schreiben an den Präs. des Senats ihren Rücktritt mit der Begründung, daß sie als einzige Senatoren von der Militärregierung nicht in die ernannte Bürgerschaft berufen worden seien. Der Senat erklärte, auf ihre Mitarbeit nicht verzichten zu wollen, und beantragte ihre Rehabilitation im Berufungsverfahren vor einem Entnazifizierungsausschuß (Weser-Kurier v. 3.4.1946).

<sup>432</sup> Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen am 26.3.1946. Kaisen berichtete im Senat über die Schwächung der bisherigen Stellung der Länderchefs: Ihre Konferenzen seien ohne Teilnahme eines Mitglieds des britischen Verwaltungsstabs unverbindlich. Als besonderer Ausschuß des Zonenbeirats zu tagen – dann wieder in Anwesenheit eines Vertreters der Militärregierung –, hätten die Länderchefs wegen der damit verbundenen Verschlechterung ihres Status' abgelehnt. Die Tagungen des Stuttgarter Länderrats könnten nicht mehr von den Länderchefs, sondern nur von Mitgliedern des Zonenbeirats besucht werden. (Vgl. Kap. 3, Anm. 403). Der Pessimismus bezog sich außerdem auf die schlechte Kohlenproduktion und die Vernichtung großer Waldbestände, die durch holländischen und belgischen Holzeinschlag im Westen Deutschlands noch forciert worden sei (Senatsprotokoll 29.3.1946, StAB: 3/3).

<sup>433</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 408.

erst später werde sich das Neue zeigen und sich dann auch seine Schulen schaffen.<sup>434</sup>

*Samstag, 30. März 1946*

Um 9 Uhr Senatssitzung über Wenhold und Hillmann. Beide Herren haben sich für „freiwilligen“ Rücktritt und Vorstellungsverfahren entschieden. Ich stelle meine Bedenken zurück; arbeite Erklärung des Senats, die von allen Senatoren unterschrieben werden soll, aus.<sup>435</sup> Auch Behrens endgültig aus seinem Amte entlassen.

Nachmittags Vortrag Lösches aus Leipzig über „Sinn und Zufall in der Geschichte“, nach Hegel und Goethe. Heute Hegel Dialektik besprochen; Sinn der Geschichte der Geist, der sich selbst verwirklicht.<sup>436</sup> Nachher erzählt Lösche von den von KPD-Führern veranstalteten Diskussionen über Christentum und Materialismus (Bolschewismus).

[...]

*Sonntag/Montag, 31. März/1. April 1946*

[...]

<sup>434</sup> Wie Paulmann berichtete, wünschte die britische Militärregierung „als provisorische Maßnahme“ die Wiedererrichtung konfessioneller, aus öffentlichen Mitteln unterstützter Volksschulen, soweit die Eltern dies wünschten und die öffentlichen Verhältnisse es gestatteten. Paulmann wollte statt dessen die konfessionell ungebundene Simultanschule als Regelschulform erhalten, womit die evangelische, nicht aber die katholische Kirche einverstanden sei. Die katholische Kirche habe ihre staatlich unterstützten Privatschulen nach Streichung der Zuschüsse nicht mehr tragen können und deshalb im April 1938 einem Vertrag zustimmen müssen, durch den sie ihre Schulgrundstücke und -gebäude dem Bremer Staat übereignete, der sich im Gegenzug zur Übernahme der Lehrer und Zahlung der Pensionen verpflichtete. Sie verlangte nun Wiederherstellung des alten Zustands. Paulmann bezeichnete die Berechtigung der Forderung als zweifelhaft. Spitta trat für „Wiedergutmachung“ in diesem Sonderfall ein. Kaisen stimmte ihm grundsätzlich zu, verwies aber auf die praktischen Schwierigkeiten angesichts der Raumnot im Volksschulbereich. Nolting-Hauff bat, die Angelegenheit wegen der finanziellen Konsequenzen zurückzustellen. Der Senat ermächtigte die Schulverwaltung zu Verhandlungen mit der Kirche unter Hinzuziehung der Finanzverwaltung, behielt sich seine endgültige Entscheidung aber vor. Mit dieser Beratung begann eine lange und heftige Diskussion um die Regelschulform in Bremen, die bis zur Verabschiedung der Verfassung andauerte.

<sup>435</sup> Vgl. Weser-Kurier v. 3.4.1946 und Kap. 3, Anm. 431.

<sup>436</sup> Der zweite Vortrag über „Goethe und die Geschichte“ folgte am 31.3.



*Dienstag, 2. April 1946*

Im *Senat* in Abwesenheit Kaisens, der in Stuttgart<sup>437</sup> ist, *erster Streik* (Vulkanwerft)<sup>438</sup> besprochen. Ernährungslage, gute Verpflegung der Arbeiter, die bei den Amerikanern arbeiten, allgemeine Unzufriedenheit. – Die Angelegenheit Wenhold und Hillmann im Senat. Erklärung des Senats und Veröffentlichung des Rücktritts.<sup>439</sup> Um 12¼ Uhr *Wilh[elm] Kiesselbach*, persönliche Besprechung über Gericht in Wesermünde.<sup>440</sup>

1 bis 2 Uhr Festakt im Schwurgerichtssaal; *Übergabe der Justiz an Oberlandesgericht Hamburg* in Gegenwart der britischen Offiziere, Oberst Rathbone und Lt. Sheriff.<sup>441</sup> Reden Sp[itta], Kiesselbach, Lahusen, Klaas, Bollinger, Strohmeyer. Komische „Panne“ mit der amerikanischen Flagge, die entfernt werden mußte, ehe wir mit den Briten den Saal betraten.

[...]

Der Tag bedeutet einen *Abschnitt in meiner Tätigkeit*; ein arbeitsreiches Gebiet fällt aus meinem Amtsbereich. Zunächst ist noch manches abzu-

<sup>437</sup> 7. Tagung des Länderrats.

<sup>438</sup> Auf der Vulkan-Werft hatten am 1.4.1946 etwa 700 der 1800 Arbeiter um 14.00 Uhr die Arbeit niedergelegt, um gegen die Rationskürzungen bei unveränderter Arbeitszeit zu demonstrieren. (Vgl. Artikel im *Weser-Kurier* v. 6.4.1946 und Oltmann, *Kalter Krieg und Kommunale Integration*, S. 449). Wolters berichtete darüber im Senat (Protokoll vom 2.4.1946) und sprach von einer „allgemeine[n] Streikpsychose“ in der Arbeiterschaft. Er stellte die Frage, ob bereits „die physischen Voraussetzungen zum Durchhalten der 48-Stunden-Woche“ fehlten oder ob der „allgemeine Unmut über die wirtschaftliche Lage“ in dem Streik zum Ausbruch gekommen sei. Der Senat hielt die zweite Erklärung für zutreffend und lehnte eine Arbeitszeitverkürzung ab. Allerdings sollten die Arbeiter Freizeit zur Bestellung der Kleingärten erhalten. Die gleichmäßige Versorgung aller Arbeiter müsse sichergestellt, eine Bevorzugung der bei den Amerikanern beschäftigten Deutschen ausgeschlossen werden – weshalb mit Oberst Welker bereits vereinbart war, die Zuteilungen für sie auf 1200 Kalorien pro Tag herabzusetzen und die dadurch freiwerdenden Mengen anderen Bedürftigen zuzuweisen (Senatsprotokoll 29.3.1946, StAB: 3/3). Am 5.4.1946 berichtete Haider im Senat, daß die Konflikte auf der Bremer Vulkan-Werft beigelegt seien, ohne jedoch Einzelheiten zu nennen.

<sup>439</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 431.

<sup>440</sup> Mit der Angliederung der Bremer Justiz an das HOLG in Hamburg war eine weitgehende Neuordnung des Gerichtswesens im Enklavegebiet verbunden: Das neugeschaffene Landgericht Wesermünde wurde aufgehoben, das ihm unterstellte Amtsgericht Nordenham kam zum OLG Oldenburg, ebenso die für kurze Zeit dem Landgericht Bremen unterstellten Amtsgerichte Brake und Elsfleth. Die ehemals preußischen Amtsgerichte aus dem Landgerichtsbezirk Wesermünde kamen zum OLG Celle; eine Ausnahme machte lediglich das Amtsgericht Wesermünde, das dem Landgericht Bremen angegliedert wurde. Dazu: Denkschrift Spittas „Die Justiz seit der Besetzung“, in zwei Fassungen erhalten in: StAB: 3-G.3.a. Nr. 533; *Functional History* 1945/46, S. 220–226.

<sup>441</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 361. Über den Festakt Bericht im *Weser-Kurier* v. 3.4.1946. Die Bemühungen um einen eigenen OLG-Bezirk Bremen hörten nicht auf: Schon in diesem Artikel wurde für eine Neugliederung der OLG-Bezirke in Nordwestdeutschland plädiert. Nach der Eingliederung Bremens in die US-Zone gelang es, diese Forderung durchzusetzen. Am 15.7.1947 wurde das OLG Bremen eröffnet.

wickeln. Daneben bekommen die Arbeiten für die Verfassung immer größeren Raum. Dann beginnt die Bürgerschaft, bald auch die Arbeit im Verfassungsausschuß der Bürgerschaft. Vielleicht ist auch für den ausgeschiedenen Senator Wenhold einiges zu erledigen. Kurz, an Arbeit wird es auch künftig nicht fehlen.

[...]

*Mittwoch/Donnerstag, 3./4. April 1946*

[...]

*Freitag, 5. April 1946*

[...]

Der Berufungsausschuß hat, wie zu erwarten, zugunsten von Hillmann und Wenhold entschieden.<sup>442</sup> Nun haben die Amerikaner und Engländer das Wort.

Im *Senat kurzer Ohnmachtsanfall* von Kaisen. – In der Neustadt Wohnungsbeschlagnahme für die amerikanische Luftwaffe.<sup>443</sup> Neue Last für die Bevölkerung und Sorge. Kaisen sagt, in Süddeutschland stehe die Winter-  
saat gut. Das Obst blühe. Gewichtsabnahmen infolge der Unterernährung; z.B. Krankenschwestern 5 bis 16 Pfd. im Monat.<sup>444</sup>

*Samstag, 6. April 1946*

Vormittags noch im Rathaus tätig. Ich übernehme von Wenhold die Leitung des Gesundheitswesens.

[...]

*Sonntag, 7. April 1946*

[...]

*Montag, 8. April 1946*

[...]

Im Rathause Besprechung mit Kaisen, seine Gesundheit, seine Entlastung; tom Moehlen für Präsidialsachen und auswärtige Angelegenheiten (Senatssyndikus).

<sup>442</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 431.

<sup>443</sup> Es handelte sich um 250 Wohnungen (Theil laut Senatsprotokoll 5.4.1946, StAB: 3/3).

<sup>444</sup> Mitteilung Wenholds im Senat (ebenda).

*Dienstag, 9. April 1946*

Im *Senat* erschütternder Bericht Stades<sup>445</sup> über den Gesundheitszustand, besonders der Flüchtlinge. 30 Prozent leiden an Hungerödemen. – Besatzungskosten der Stadt Bremen im März 11½ Millionen RM.<sup>446</sup>

Beginn der Parteientätigkeit; SPD und KPD verlangen statt der sachkundig zusammengesetzten Beiräte<sup>447</sup> Mitglieder der Parteien und Gewerkschaften; Übergriffe auf Reichsbehörden und Angelegenheiten der Militärregierung.

[...]

*Mittwoch, 10. April 1946*

[...]

Nachmittags Tee im Gästehaus mit Dr. *Frank Thieß*,<sup>448</sup> Besprechung über Gründung einer neuen Zeitung in Bremen; hohes Niveau, keine Polemik, positive Artikel. Frage der Mitarbeiter.

<sup>445</sup> Dr. med. Carl Wilhelm Stade, 1880–1966. Staatsrat beim Gesundheitsamt in Danzig, 1927–1933 Präs. der Landesgesundheitsverwaltung in Bremen, am 20.5.1934 in den Ruhestand versetzt, übte sein Amt nach Kriegsende bis zum 31.12.1947 wieder aus. In dieser Sitzung berichtete Stade über medizinische Probleme in der Region Hannover nachdem sie erneut 750000 Flüchtlinge „aus dem Gebiet östlich der Oder“ aufnehmen mußte: 8% litten unter offener Tuberkulose; mit der Zunahme von Typhus, Geschlechtskrankheiten und Fleckfieber sei zu rechnen. Die Entnazifizierungsverfahren der Ärzte müßten beschleunigt werden.

<sup>446</sup> Die Höhe der Besatzungskosten war ein ständiger Streitpunkt zwischen dem Senat und der Militärregierung. Sie mußten aus dem Bremer Etat bestritten werden, wurden von der Militärregierung aber nur zögernd bekannt gegeben, so daß die Haushaltsplanung erschwert wurde. Ein Vorschlag Nolting-Hauffs, die Kosten zu etatisieren, war Anfang März von den Amerikanern abgelehnt worden, da ihre Höhe nicht kalkulierbar sei (Senatsprotokoll 8.3.1946, S. 3, StAB: 3/3). Im April beliefen sich die Besatzungskosten auf rund 12 Mio. RM, im Juli auf 18,3 Mio. und im Aug. auf 13 Mio.; dabei erregte vor allem der hohe Lohnanteil von mehr als 50 Prozent das Mißfallen des Senats. Hinzu kamen Kontroversen darüber, ob der Oberfinanzpräs. oder der Bremer Finanzsenator für die Kontrolle dieser Posten zuständig sei. (Senatsprotokolle 5.3., 28.6., 5.7.1946, StAB: 3/3).

<sup>447</sup> Die Beiräte bei den Bremer Behörden waren nach dem Vorbild der traditionellen Deputationen (vgl. Kap. 3, Anm. 559) gebildet worden. Strittig war im Senat, ob sie ihm unterstanden oder nicht (Senatsprotokoll, 9.4.1946).

<sup>448</sup> Dr. Frank Thieß, 1890–1977. Journalist und Schriftsteller, kam 1945 nach Bremen, wo mehrere Dramen von ihm uraufgeführt wurden; Md. im künstlerischen Beirat der Bremer Theater, seit 1952 an der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt, 1952–1954 Hrsg. der „Neuen literarischen Welt“. Thieß machte 1945 durch die Publikation eines offenen Briefs an Thomas Mann (Münchener Zeitung vom 18.8.1945) von sich reden, in dem er den ins Exil gegangenen nicht-jüdischen Schriftstellern vorwarf, sie hätten im Lande aushalten müssen und nicht „aus den Logen und Parterreplätzen des Auslands der deutschen Tragödie“ zuschauen dürfen. – Das hier angesprochene Zeitungsprojekt scheint nicht zustande gekommen zu sein.

Besprechung mit den Fraktionsführern der Bürgerschaft<sup>449</sup> bei Kaisen. Eröffnung usw. Präsidium. Verfassungsausschuß von 14 [Abgeordneten]. Anschließend Juristenausschuß. Bedenkliches Verhalten verschiedener Anwälte.

*Donnerstag, 11. April 1946*

Abschluß der Vorarbeiten für die brem[ische] Verfassung.

[...]

*Freitag, 12. April 1946*

Im Senat neue Denazifikationsbestimmungen der Besatzungsmächte. Ehlers über die britischen Wahlrechtsbestimmungen; Bremen neben Hamburg als Land anerkannt; Wahl abweichend von der kommunalen Wahl.<sup>450</sup>

Nachmittags fast zweistündige Fraktionssitzung; Bote Fraktionsführer; Schulze<sup>451</sup> Präsident oder Vizepräs[ident] der Bürgerschaft. Schwierigkeit, die Parteilos anzugliedern; 24 „Bürgerliche“, davon 21 schließlich bereit, Mitglieder der [BDV-]Fraktion zu werden. SPD 25, KPD 11.<sup>452</sup>

[...]

Nachmittags *Trixis Mutter* [zur Feier ihres 70. Geburtstags] aus Großweeden eingetroffen; sie wird bei „uns“ wohnen bleiben. Sie kommt in eine veränderte Welt: in ihr Haus, das sie früher allein mit Hausangestellten bewohnte, in dem sie nun *ein* Zimmer hat und mit uns Spittas in der Küche essen muß, in eine Ernährungslage, in der sie auf Arnold angewiesen ist, in eine Vermögens- und Einkommenslage, die sie nicht begreifen kann.

[...]

<sup>449</sup> Die ernannte Bürgerschaft wurde am 17.4.1946 eröffnet. Seit Anfang April lag dem Senat die Liste der Mitglieder vor (Senatsprotokoll 5.4.1946, StAB: 3/3).

<sup>450</sup> Nach einem Bericht Ehlers' über die Beratungen des (deutschen) Ausschusses für Wahlfragen mit der britischen Militärregierung in Bünde sollte das passive Wahlrecht mit dem 25. Lebensjahr beginnen, aber nicht für „Militaristen“ und Mitglieder der NSDAP oder der ihr angeschlossenen Organisationen gelten. Vom aktiven Wahlrecht wurden vor dem 1.3.1933 beigetretene NSDAP-Mitglieder sowie Funktionäre der Partei und ihrer Gliederungen ausgeschlossen (Senatsprotokoll 12.4.1946, StAB: 3/3). Die Kommunalwahlen waren in der Britischen Zone für den 15.9.1946, die Stadt- und Landkreiswahlen sowie die Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg und Bremen für den 13.10.1946 vorgesehen.

<sup>451</sup> Friedrich Schulze, 1882–1963, Tabakkaufmann, seit 1945 Geschäftsführer der HK Bremen, 1946–1951 Vizepräs. der Bremer Bürgerschaft (bis 1947 BDV, dann CDU), 1947 für einige Monate Md. im Parlamentarischen Rat.

<sup>452</sup> Neben Repräsentanten der Parteien wurden Vertreter der gesellschaftlichen Verbände und Institutionen (Gewerkschaften, HK, Kreisbauernschaft) zu Mitgliedern der Bürgerschaft ernannt; vgl. Kap. 3, Anm. 457.

*Samstag, 13. April 1946*

Um 9 Uhr Tagung der Baureferenten (45!) der britischen Zone. Ausgezeichnete Ansprache Kaisens (persönliche Eindrücke als Maurer an der Ostsee von Kopenhagen bis Riga).

[...]

Abends 19 Uhr Essen mit den Bausachverständigen im Gästehaus. Erörterungen über die Wiederherstellung historischer Bauten und Plätze; ich sehr skeptisch, ob ein solcher Wiederaufbau zu empfehlen; kann unsere Zeit nichts eigenes mehr schaffen?

*Sonntag, 14. April 1946*

Schlechte Nacht; mein Magen und mein Darm haben die kleine Fett- und Eierspende, die Paula mir von Lotte mitgebracht hat, nicht mehr vertragen. Durchfall usw.

[...]

Abends mit Mutter, Paula und Walter L[isco] Erörterung über Bischoffs Aufsatz in der guten Göttinger Zeitschrift „Sammlung“.<sup>453</sup> Trauriges Bild unserer geistigen Lage; aber gibt es nicht eine gesunde Schicht in der Tiefe? Bewährung der Frauen!

*Montag, 15. April 1946*

Wolkenlos. Morgens 4 Grad, mittags in der Sonne 23 Grad. Grünen und Blühen. Birken und Ahorn in Blüte. Kastanien entfalten ihre Blätter.

Laufende Arbeit im Rathause. Großeinsatz der Bevölkerung beim Schuttbeseitigen als „Ehrendienst“.<sup>454</sup> – Kali-Bergwerkskonzession in Bremen und anderes juristisch begutachtet.

[...]

<sup>453</sup> Dietrich Bischoff, 1907–1949, Anglist, 1947 Privatdozent an der Universität Göttingen, „Daß auch der Seelen Schatz so gar uns abgezwungen“, in: Die Sammlung, Göttingen, Jg. 1 (1946), H. 7, S. 385–389. Bischoff zeichnete in diesem Aufsatz ein pessimistisches Bild von der geistigen Verfassung der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Das individuelle Leid sei zu groß, um bewußt zu trauern. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft habe in der gesamten Bevölkerung tiefe Spuren hinterlassen: Die Teilnehmer an den Verbrechen „sind Menschen ohne Seele geworden“. Die kompromißlosen Gegner seien ermordet oder, wenn sie überlebt hätten, gezwungen, „von der furchtbaren Einseitigkeit ihres Erlebnisses her die ganze Wirklichkeit [zu] betrachten“. Die Masse der „Mitläufer“ habe „um ihrer äußeren Existenz willen“ einen Kompromiß nach dem anderen geschlossen und sei dadurch „im tiefsten Wesen unehrlich und gespalten [geworden], gewöhnt an die Kunst der Verstellung und der Lüge“. Spittas Optimismus wurde von Bischoff nicht geteilt; er hielt die Chance zum Neuanfang für vertan und die moralischen Wertmaßstäbe für pervertiert.

<sup>454</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 456.

*Dienstag, 16. April 1946*

*Senator Harmssen von der CIC verhaftet.* Grund nicht mitgeteilt. Es soll sich um Meinungsverschiedenheiten über Ausweichlager der Atlas-Werke handeln. Ist das ein Grund, einen der angesehensten deutschen Wirtschaftsführer, der in der britischen Zone an erster Stelle steht, ins Gefängnis zu werfen? Oder sind die Ausweichlager nur Vorwand? Behagt seine Kritik des Industriepplans der Alliierten nicht?<sup>455</sup>

Im Senat unter anderem Groeinsatz beschlossen; der Senat will sich Dienstag 23.4. beteiligen.<sup>456</sup> – Behordenhaus in der Wachmannstrae besuchen.

[...]

*Mittwoch, 17. April 1946*

Die Amerikaner geben der Bevölkerung als „circenses“ [Spiele] wieder den Jahrmarktsrummel der „Osterwiese“. Unpersönliche Massenvergnugungen. Leider fehlt das andere groe Mittel der Massenbehandlung: panem [Brot].

[...]

Nachmittags] 4 Uhr. *Erste Sitzung der ernannten Bürgerschaft.*<sup>457</sup> An-

<sup>455</sup> Harmssen war als „halbamtlicher“ Senator zugleich Direktor und Vors. der Atlas-Werke. Die Kritik bezog sich auf den am 28.3.1946 vom Kontrollrat verabschiedeten „Industrieniveauplan“, der eine Beschränkung der industriellen Tätigkeit in Deutschland auf 50 bis 55% des Wertes von 1938, Verbot und Demontage der Rustungsindustrien, erhebliche Produktionsverminderungen in anderen Bereichen, Reparationen und generell Senkung des deutschen Lebensstandards auf ein mittleres europäisches Niveau vorsah. Ein für den 26./27.3.1946 geplantes Referat vor dem Zonenbeirat (vgl. Kap. 3, Anm. 421) hatte Harmssen wahrscheinlich wegen solcher kritischen Bezüge nicht halten dürfen.

<sup>456</sup> Der Senat billigte eine von Wolters eingebrachte „Verordnung über den Groeinsatz von Arbeitskräften für die Aufräumungsarbeiten in der Stadt Bremen“. Trummerraumen wurde zu einem Ehrendienst erklärt. Der Senat ging am ersten Tag der Aktion mit gutem Beispiel voran. Insgesamt beteiligten sich mehr als 53000 Bremer und Bremerinnen an der Kampagne, die vom 23.4. bis 19.10.1946 lief. 400000 m<sup>3</sup> Schutt wurden bewegt und mehr als 10 Mio. Ziegelsteine gewonnen. (Peters, Bremen 1945–1956, S. 66). Die Männer waren zu sechs ganzen, die Frauen zu 12 halben Tagen Arbeit verpflichtet.

<sup>457</sup> Die ernannte Bürgerschaft bestand aus 60 von der Militärregierung berufenen Repräsentanten der drei Parteien: SPD (17), KPD (8) und BDV (7), des Senats (10), der Handelskammer (9), der Kreisbauernschaft (3) und der Gewerkschaften (6). Nach dem Anschlu der Gruppenvertreter hatte die Fraktion der SPD 27, die der KPD neun und die der BDV 21 Mitglieder. Die Senatoren Bölken, Harmssen und Nolting-Hauff blieben „unabhängig“, da sie unter dem Eindruck der Zerstörung und Verarmung Deutschlands die alten Parteigegensatze nicht wieder aufleben lassen wollten (so die Erklärung in einem undatierten gemeinsamen Brief der drei Senatoren im StAB: 3-B.1. Nr. 264).

sprachen Welkers, des Generals Lingham und Kaisens; dann gehaltvolle Rede Kaisens (¾ Stunde).<sup>458</sup> Wahlen.

*Senator Harmssen von der CIC mit Entschuldigungen entlassen.*

*Gründonnerstag – Ostermontag, 18. – 22. April 1946*

[...]

*Dienstag, 23. April 1946*

Um 5 Uhr aufgestanden. Um 6¼ Uhr [von Georg Sanders Deichhaus] in die Stadt gefahren. Um 7 Uhr *Arbeitseinsatz des Senats beim Schippen*.<sup>459</sup>

Ich arbeite bis zum Mittag im Gewerkschaftshause, meist Schutt schippend. Da niemand (auch die Oberbeamten nicht) im Rathaus ist, schickt mich Kaisen mittags ins Rathaus, vielleicht auch, um mich zu schonen.

Um 5 Uhr Senatssitzung im Arbeitszeug. Brem[er] Verfassung beraten (bis 7 Uhr abends).

*Mittwoch, 24. April 1946*

Bremens Einfluß auf die Entwicklung Wesermündes bearbeitet.<sup>460</sup>

Nachmittags Senatssitzung über Verfassung. Schwierigkeiten, die Lt. Waterman macht; er verlangt, daß die Bürgerschaft „Stadtdirektoren“ wähle,<sup>461</sup> behandelt Bremen nur als Gemeinde; begreift nicht, daß Bremen ein *Land* ist, wie Oldenburg usw.

Von 5 bis 7 Uhr Juristenausschuß; Frage Wesermündes.

Abends im Gästehaus mit der Presse. Anregende Unterhaltung mit Frau Enderle,<sup>462</sup> die elf Jahre, nachdem sie aus nationalsozialistischer Gefan-

<sup>458</sup> Berichte über die Eröffnung der Bürgerschaft in: *Weser-Kurier* v. 19.4.1946. Kaisen übernahm auf Weisung der amerikanischen Militärregierung „vorübergehend“ das Amt des Bürgerschaftspräs., zu seinen Stellvertretern wurden Friedrich Schulze und Albert Häusler gewählt. Kaisens Rede: „Ein Bremen, das leben will, wird leben!“ ist abgedruckt in: *Bereitschaft*, S. 41–43.

<sup>459</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 456.

<sup>460</sup> Die Aufhebung des Landgerichts Wesermünde und die Unterstellung der ehemals preußischen Amtsgerichte seines Bezirks unter das OLG Celle bereitete Probleme. Das Amtsgericht Wesermünde wurde schließlich dem Landgericht Bremen angegliedert (vgl. Kap. 3, Anm. 440).

<sup>461</sup> Die Forderung Watermans entsprach der englischen Konzeption der Trennung von politischer und administrativer Spitze, vertreten durch die Bürgermeister bzw. Stadtdirektoren; vgl. Kap. 3, Anm. 307. Auf kommunaler Ebene wurde dieses Programm mit dem Erlaß einer neuen Gemeindeordnung für die Britische Zone am 1.4.1946 verwirklicht. Nur für Berlin und Hamburg hob die Militärregierung deren Gültigkeit auf, so daß die Anerkennung der Sonderstellung Bremens als Land wieder fraglich war.

<sup>462</sup> Irmgard Enderle, geb. 1895. 1919–1929 aktives Md. der KPD, dann nach Parteiausschluß der KPD und SAP, verheiratet mit August Enderle, dem Leiter der ille-

genschaft entfliehen konnte, in Stockholm lebte. Emigranten aus 14 Nationen; Übersetzungen und andere Bücher aufgestapelt zum Import nach Deutschland; jetzt unterbleibt die Einfuhr.

*Donnerstag, 25. April 1946*

Verfassungsbesprechungen: Mit Kaisen gegen Watermans Forderungen;<sup>463</sup> mit Behrens und Carstens über Einzelheiten des Entwurfes.

[...]

Abends Hirtenbrief der Bischöfe Westdeutschlands.<sup>464</sup>

*Freitag, 26. April 1946*

CDP-Führer Lemmer aus Berlin.<sup>465</sup> Seine Schilderung der russischen Herrschaft in Berlin; Magistrat von den Russen eingesetzt. Niedersachsen unter

galen SAP in Breslau, 1933 verhaftet, Flucht und Exil in den Niederlanden, Belgien und Schweden, 1944 Eintritt in die SPD, Juni 1945 illegale Rückkehr des Ehepaars Enderle nach Bremen, Redakteurin beim Weser-Kurier, 1948–1949 Vertreterin Nordrhein-Westfalens im Wirtschaftsrat, 1951–1965 freie Journalistin in der Gewerkschaftspresse.

<sup>463</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 461.

<sup>464</sup> In einem gemeinsamen Hirtenbrief zu Ostern hatten die katholischen Bischöfe der Britischen Zone Deutschlands die Politik der Alliierten scharf kritisiert. Sie protestierten gegen die brutale Austreibung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei, gegen die andauernde Kriegsgefangenschaft von Millionen deutscher Soldaten, die „Sklavenarbeit“ leisten mußten, und gegen die „ungerechten Entlassungen“ von Tausenden von Beamten, die „gelegentliche Mitläufer der Nationalsozialisten“ gewesen seien. (Keesing's Archiv 1946/47, S. 736 G; Weser-Kurier v. 27.4.1946, S. 2).

<sup>465</sup> Ernst Lemmer, 1898–1970. Offizier, Studium der Nationalökonomie; 1922–1933 Generalsekretär des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, 1924–1933 Md. des Reichsvorstands der DDP/DStP, MdR, Mitbegründer und stellvertr. Bundesvors. des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold; 1933–1945 journalistische Tätigkeit für ausländische Zeitungen, 1945 Gründungsmd. der Berliner CDU, bis Ende 1947 ihr stellvertr. Vors. in der SBZ, ab 1949 in West-Berlin, 1950–1970 Md. des Abgeordnetenhauses, 1956–1961 Vors. des Berliner Landesverbandes der CDU, 1956–1962, 1964/65 Bundesminister mit wechselnden Ressorts, 1965–1969 Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Berlin.

Die CDUD, am 16.6.1945 in Berlin für das Gebiet der SBZ gegründet, erhob den Anspruch, zum Kern einer im gesamten Reichsgebiet tätigen Partei zu werden. Sie suchte daher, durch vielfältige Kontakte den Parteaufbau in den westlichen Besatzungszonen zu fördern. Spitta verwendete hier den ursprünglichen Namen der im Rheinland und in Westfalen gegründeten Organisation: Christlich-Demokratische Partei (CDP), die sich nach der Konstituierung des nordwestdeutschen Zonenverbandes der CDU im Frühjahr 1946 zum dominierenden Faktor beim Aufbau der Gesamtpartei entwickelte. Zu den Anfängen vgl. Kap. 3, Anm. 106.



Ernst Augusts Sohn Christian<sup>466</sup> (englische Heirat); Bayern nicht separatistisch; CDP überwiegend reichstreu; alte Bayer[ische] Volkspartei in der Minderheit in der CDP (Dr. Müller);<sup>467</sup> Leipziger Messe: russische Propaganda, deutsches Treffen und deutsche Verbindung.

Im Senat amerikanisches Gesetz über Anmeldung von Sachen aus dem [ehemals von deutschen Truppen] besetzten Gebiet; hohe Mindeststrafen (sechs Monate Gef[ängnis]),<sup>468</sup> Gültigkeit für die alte Enklave! – Harmssen über die wirtschaftl[iche] Lage; trostloser Zustand im Ruhrgebiet. – Kohlenförderung der Schlüssel. 16 Fischdampfer liegen aus Kohlenmangel still. Gemüse-Überschuß wahrscheinlich, da die Konservenfabriken nicht arbeiten können.

[...]

*Samstag, 27. April 1946*

[...]

*Sonntag, 28. April 1946*

[...]

Mittags essen Mutter, Walter L[isco] und ich in der Stadt, in Siedenburgs Gaststätte, zum ersten Male seit dem Zusammenbruch. Für Gabel, Messer und Löffel je 10 RM Pfand. Es gab keine Kartoffeln mehr, nur Rotkohl, 50 g Kalbfleisch und eine Scheibe Brot (RM 1,40).

[...]

*Montag, 29. April 1946*

[...]

<sup>466</sup> Prinz Christian, geb. 1919, Sohn von Ernst August (1887–1953, Kgl. Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, Chef der Linie Hannover und des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg). Es gab Gerüchte über Pläne der Briten, ihn als Landesoberhaupt in Niedersachsen einzusetzen.

<sup>467</sup> Dr. Josef Müller, 1899–1979. Rechtsanwalt, bis 1933 in der Bayerischen Volkspartei, 1933–1939 juristischer Berater kirchlicher Organisationen, 1939–1943 in der Abwehrabteilung des OKW, Sondierungen bzgl. eines Verständigungsfriedens mit Großbritannien, 1943 bis 1945 in Haft, 1945 Mitbegründer der CSU, bis 1949 ihr Landesvors., 1947–1952 bayer. Justizminister und zeitweilig stellvertr. Ministerpräs.

<sup>468</sup> Zum Zweck der Rückerstattung des in den besetzten Ländern geraubten Eigentums wurde die deutsche Bevölkerung durch Gesetze der Militärregierungen verpflichtet, derartige Gegenstände auf besonderen Fragebögen anzumelden. Ein solcher Fragebogen zur „Angabe von Eigentum, das aus von deutschen Streitkräften besetzten Gebieten verschleppt wurde“ befindet sich im NL Spittas im StAB: 7, 63-19/4.

*Dienstag, 30. April 1946*

Im *Senat* trage ich vor über die vier *bremischen Lehrerinnen*, die 1941 die getauften Juden ihrer Gemeinde vor dem Abtransport nach dem Osten unterstützt und getröstet haben und deswegen disziplinarisch bestraft sind. Überaus bezeichnende Aktenstücke und Urteile (Böhmckers Absicht eines „Anschauungsunterrichts“ in Litzmannstadt).<sup>469</sup>

Nachm[jittags] Wortmanns Vortrag über den Wiederaufbau der westlichen Stadt. Abends mit Mutter bei Botes; dort August Winnig.<sup>470</sup> Allerlei kirchlich-religiöse Fragen; Staat und Kirche; Schule. Winnig als „Welfe“. – Meine Aussprache mit Pastor Kampffmeyer<sup>471</sup> (Jugendarbeit).

*Mittwoch, 1. Mai 1946, Mai-Feiertag*

Mit Mutter und Arnold sowie Apelts bei *Senator Bölken*; *Betrieb besehen*; blühender Obstgarten, Milchvieh (95 Kühe), Schweine, Geflügel usw. Friedensmäßiges Frühstück. Bölken hat in s[einem] 21. Lebensjahr mit 100 RM angefangen, selbst auf dem Markt Kohl verkauft usw., jetzt über 300 Morgen Besitz. Wohltuender Anblick dieses naturverbundenen Betriebes. Gegensatz zur politischen Wirrnis.

In Süddeutschland *großer Wahlsieg der Christl[ich] Demokratischen Union*; absolute Mehrheit in Bayern und Württemberg-Baden; schwere

<sup>469</sup> Die Lehrerinnen Hedwig Baudert, geb. 1899; Maria Schröder, 1901–1984; Anna Elisabeth Dittrich, 1899–1981 und Tusnelde Forck, 1897–1974, hatten sich als Mitglieder der Bekenntnis-Gemeinde St. Stephani-Süd gemeinsam mit Pastor Gustav Greiffenhagen immer wieder um Hilfe für die Mitchristen jüdischer Abkunft bemüht. Nach dem Gottesdienst am Reformationstag 1941, der im Zeichen des Abschieds von den zur Deportation in den Osten bestimmten Gemeindemitgliedern gestanden hatte, waren sie wegen der öffentlich bekannten Solidarität mit den „Sternträgern“ denunziert und 1942 zu disziplinarischen Gehaltskürzungen verurteilt worden. „Anschauungsunterricht in Litzmannstadt“, nämlich eine dreijährige Strafversetzung nach Lodz, hatte der Senator für das Bildungswesen, von Hoff, Anna Elisabeth Dittrich in einem Schreiben vom 24.1.1942 angedroht. Der Senat beschloß, daß die Urteile gegen die vier Lehrerinnen zu Unrecht ergangen und die vollen Gehälter zu zahlen seien; die Nachzahlung der entgangenen Dienstbezüge müsse der allgemeinen Wiedergutmachung vorbehalten bleiben. (Senatsprotokoll 30.4.1946, StAB 3/3; dazu Meyer-Zollitsch, Evangelische Kirche, S. 279–282 und Diether Koch, Anfänge des Kirchenkampfs, S. 178ff.; ferner die ausführliche Dokumentation bei ders., Christen in politischen Konflikten, S. 33f., 202–224). Zu Johann-Heinrich Böhmcker, 1896–1944, vgl. Brem. Biogr., S. 56ff.

<sup>470</sup> August Winnig, 1878–1956. Maurer, Schriftsteller. 1913 stellvertretender Vors. des Bauarbeiterverbandes, 1919 Oberpräs. von Ostpreußen, 1920 Entlassung und Ausschluß aus der SPD wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch; schrieb beachtete Aufsätze und Arbeiterromane; seit Herbst 1931 Anhänger der NSDAP, distanzierte sich aber als überzeugter Christ nach 1933 vom Nationalsozialismus und zog sich aus der Politik zurück. Im April 1947 Vortrag anlässlich der „Evangelischen Woche“ in Bremen.

<sup>471</sup> Karl Kampffmeyer, geb. 1909. 1945–1974 Pastor an der Gemeinde Unser-Lieben-Frauen.

Niederlage der Kommunisten. Das alles, obgleich gerade das Bürgertum durch die Denazifikation (Verlust des Wahlrechts) geschwächt ist. Freilich fehlen bei diesem Kreistagswahlen die großen Städte.<sup>472</sup>

Die kommunistischen Senatoren Wolters und Ehlers, schon länger wegen ihrer fachlichen Arbeit im Senat von ihren Parteigenossen angegriffen, sollen jetzt aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen sein.<sup>473</sup>

[...]

Walter Lisco aufs tiefste erregt über das traurige Bild, das der Nürnberger Prozeß von den führenden Männern, besonders auch von den Generälen, zeigt. In der Tat ist das Ansehen der Wehrmacht und der Generalität, das in meiner Jugend unter dem alten Moltke vorhanden war, restlos verfallen, um nicht zu reden von solchen Lumpen wie Göring, der Fritsch bewußt die Ehre abgeschnitten und ihn mit ruchlosen Mitteln gestürzt hat.<sup>474</sup>

*Donnerstag, 2. Mai 1946*

Dr. Fischer,<sup>475</sup> Leiter des Eisenbahnwesens in der amerikanischen Zone, bei mir. Apelt zeigt den Hafen usw.

Nachmittags Kalikommission; Schürfrecht an Wencke;<sup>476</sup> Kalivorkommen bei Heidkrug und Wasserhorst?

[...]

<sup>472</sup> Bei den Kreistagswahlen am 28.4.1946 erhielten die Christdemokraten in Bayern mit 1 256 000 Stimmen die dreifache Stimmenzahl der SPD; für die KPD stimmten nur 70 000 Wähler. In Württemberg-Baden gingen SPD und CDU mit 159 000 zu 145 000 Stimmen nahezu gleich stark aus den Wahlen hervor; die KPD erhielt 57 000 Stimmen. (Keesing's Archiv 1946/47, S. 734 E). Aus den Gemeinderatswahlen in den Städten Bayerns mit mehr als 20 000 Einwohnern am 26.5.1946 ging die CSU ebenfalls als stärkste Partei hervor (Keesing's Archiv 1946/47, S. 763 A). Vom Wahlrecht ausgeschlossen waren vor dem 1.5.1937 beigetretene ehemalige Mitglieder der NSDAP, alle „aktiven“ Parteigenossen sowie alle Führer und Unterführer der Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

<sup>473</sup> Nachdem Wolters im März 1946 bei einer Parteiarbeiterversammlung öffentlich Kritik am Kurs der KPD-Führung geübt hatte, verhängte die Bremer Parteileitung ein Redeverbot gegen ihn. Seither kursierten Gerüchte über den bevorstehenden Übertritt von Ehlers und Wolters zur SPD. Mit der Erklärung ihres Austritts aus der KPD am 18.5.1946 kamen sie ihrem Ausschluß zuvor, der bei der Bezirkskonferenz Weser-Ems der Partei am 19.5. ausgesprochen werden sollte (vgl. das Austrittsschreiben im Weser-Kurier v. 18.5.1946, S. 4; Brandt, Antifaschismus, S. 207–210).

<sup>474</sup> Die Bemerkung bezieht sich auf die Intrige gegen den Oberbefehlshaber des Heeres, Werner Freiherr von Fritsch (1880–1939), der Anfang 1938 durch falsche persönliche Anschuldigungen zum Rücktritt gezwungen wurde; von einem militärischen Ehrengericht zwar freigesprochen und von Hitler rehabilitiert, fiel er 1939 im Polenfeldzug.

<sup>475</sup> Dr. Eugen Fischer, 1880–1950. Jurist, seit Nov. 1945 Verkehrsleiter München der Eisenbahn in der US-Zone, Jan. 1946 Generaldirektor des Verkehrswesens in dieser Zone, Jan. 1947 Leiter der Reichsbahn-Generalbetriebsleitung-Süd in Stuttgart.

<sup>476</sup> Martin Wencke, 1876–1970. Kaufmann in der Erdölindustrie.

*Freitag, 3. Mai 1946*

[...]

Im *Senat Kohlennot besprochen*. Brem[er] Gasanstalt hat nur bis Mitte Mai Kohlen; ein Teil der Industrie liegt aus Kohlenmangel still. Gefahr, daß auch der elektrische Strom versagen wird (Rolandmühle!). Trostlose Aussicht für den Winter.

Harmssen über die *Außenhandelsverhandlungen* in Hamburg;<sup>477</sup> wenig Verständnis für die Lage. – Englische Kritik am Industrieplan des Kontrollrats; Economist: „Kindlich; je eher der Plan in den Papierkorb kommt, desto besser!“<sup>478</sup>

[...]

*Samstag, 4. Mai 1946*

Dr. Feines<sup>479</sup> Anstellung gefördert.

Watermans Verfassungsnörgeleien. Sein Doktrinarismus, daß ein Oberregierungsdircktor oder Oberstadtdirektor geschaffen werden müßte, der den ganzen Beamtenapparat in Händen hat.<sup>480</sup>

[...]

Auf dem Markt heute erstes frisches Gemüse, Spinat, Schierkohl, Radieschen, rote Bete, eine kleine Erleichterung zu der übrigens guten Volksspeisung, von der wir täglich Suppe haben.

[...]

*Sonntag, 5. Mai 1946*

[...]

Vormittags mehrstündige Hauptversammlung der Ortsvereinigung der Goethesellschaft; die Anträge des geltungsbedürftigen, nörgelnden

<sup>477</sup> Außenhandelskonferenz des „Deutschen Wirtschaftsrats für die britische Zone“ (vgl. Kap. 3, Anm. 245) am 30.4.1946.

<sup>478</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 455. Zur englischen Kritik am Industrieniveauplan vgl. Gloria Müller, Sicherheit durch Stabilität. Die Rolle der Briten bei der Auseinandersetzung um die Stahlquote des 1. Industrieplans vom 26.3.1946, in: Petzina/Euchner [Hrsg.], Wirtschaftspolitik, S. 65–86. In einer Artikelserie nahm der Economist am 6.4.1946 zur deutschen Krise Stellung. In dem Beitrag „The New Luddites“ wurde der Industrieniveauplan sehr kritisch beurteilt. Der Autor schloß: It „is, without exaggeration, a plan for dislocation and impoverishment. It is negative, restrictive and basically unworkable. It is only to be hoped that it will quickly find its way to the place where it properly belongs – the archives of the Allied Control Council.“ (S. 532)

<sup>479</sup> Dr. jur. Gerhart Feine, 1894–1959. Diplomat, Privatsekretär Stresemanns, 1947–1949 ORR in der Bremer Justizverwaltung, 1950–1952 deren Präs.; 1953 Generalkonsul in Genf; 1958–1959 Botschafter in Kopenhagen.

<sup>480</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 461.

Konsuls C. Kellner<sup>481</sup> abgeschlagen; Satzung genehmigt, Neuwahl des Vorstandes.

[...]

*Montag, 6. Mai 1946*

General Caspari bei mir; sein Vermögen blockiert, sein Ruhegehalt gesperrt.<sup>482</sup> Der verdiente Offizier, den seine Soldaten verehrten und der im Ersten Weltkrieg oft verwundet und als „der Tapferste der Tapferen“ bezeichnet ist, persönlich schwer getroffen. Neues Diktat über bremische Verfassung für Waterman (gegen den allmächtigen *einen* Oberstadtdirektor).<sup>483</sup>

*Dienstag, 7. Mai 1946*

[...]

Im *Senat* Kaisens Bericht über Zonenbeirat in Hamburg:<sup>484</sup> Die Oberpräsidenten werden „Dame ohne Unterleib“. Moratorium für die Aus-

<sup>481</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 420.

<sup>482</sup> Walter Caspari, 1877–1962. Major, organisierte mit 300 Bremer Freiwilligen das Freikorps Caspari, das sich als Einheit der Division Gerstenberg an der militärischen Besetzung Bremens am 4.2.1919 und am Sturz der Bremer Räteregierung beteiligte; bildete aus Mitgliedern des aufgelösten Freikorps eine Regierungsschutztruppe als Vorläufer der Schutz- und Ordnungspolizei, 1919–1933 Chef der Bremer Ordnungspolizei, bei seinem Ausscheiden aus dem Amt im April 1933 zum Polizeigeneral ernannt, vgl. Brem. Biogr., S. 90ff. Obwohl C. der NSDAP nicht beitrug, genöß er wegen seiner „nationalen“ Vergangenheit bei ihr großes Ansehen. Als Oberst der Wehrmacht 1939 reaktiviert, fiel er unter die Bestimmungen über die Sperre der Pensionen und Vermögen der „Militaristen“. Außerdem lastete ihm die Militärregierung die Verantwortung für die antidemokratische Haltung der Polizei im März 1933 an. In einem Spruchkammerverfahren wurde C. im Okt. 1947 zu Arbeit für die Allgemeinheit und Einziehung eines Teils seines Vermögens verurteilt. Spitta trat bei diesem Prozeß im Gegensatz zu Kaisen für C. ein (Spitta an Oberst a.D. von Engelbrechten, 9.12.1946, StAB: 3-R.9. Nr. 39).

<sup>483</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 461.

<sup>484</sup> Bei der 3. Sitzung des Zonenbeirats in Hamburg am 2./3.5.1946 hatte Kaisen turnusmäßig die kleinen Länder vertreten (vgl. Kap. 3, Anm. 300 und 403). In einer Vorbesprechung hatten die Chefs der Länder und Provinzen in der Britischen Zone die Beschränkung ihrer Kompetenzen, z.B. durch das Verbot einer ständigen Vertretung beim Stuttgarter Länderrat, erörtert (vgl. Kap. 3, Anm. 403). Im Mittelpunkt der Zonenbeiratstagung stand das Referat des Leiters des Zentralamts für Wirtschaft (vgl. Kap. 3, Anm. 245), Viktor Agartz, „über den Stand der Produktion und Rohstoffversorgung in Handel und Industrie“, das sich, abgesehen von der Forderung nach Wiederherstellung der Wirtschaftseinheit Deutschlands, vor allem mit dem Problem der unzureichenden Kohlenförderung befaßte. Den zweiten Hauptpunkt bildete die Diskussion über die Ernährungslage, die nach der zusammenfassenden Feststellung Schlange-Schöningens „nicht ernst genug angesehen werden“ konnte. Die von Adenauer ausgelöste breite Debatte über die Bekenntnisschule ließ Kaisen in seinem Bericht offenbar unerwähnt. (Vgl. dazu das Protokoll der 3. Zonenbeiratssitzung in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 442–468).

landslieferungen von Kohlen besprochen und als aussichtslos abgelehnt; Aufschub der sonstigen Beschränkungen der deutschen Wirtschaft auf Zeit; Besprechung im Zonenrat von Genehmigung der Briten abhängig. Kaisens Antrag zugunsten der Kriegsgefangenen (Auskunft; evtl. Austausch gegen Arbeiter) durch englischen Offizier vorläufig gestoppt. Denkschrift über Kohlenförderung. Vortrag von Schlange-Schöningen<sup>485</sup> über Ernährungslage; Planwirtschaft nötig in der Landwirtschaft; „die Zeit der Getreidefabriken vorbei“; Veredelungsverkehr und Einfuhr des haltbaren Getreides. Eingriffe in die Viehbestände; Fischfang; Stickstoffnot.<sup>486</sup>

Kaisens: Plan einer Durchführung des Leistungsprinzips in Betrieben und unter den Arbeitern. Wettbewerb der Betriebe; Durchschnittsleistung und Zuschläge; Begünstigungen beim Transport und bei Belieferung.

Bedeutsam der *Volksentscheid in Frankreich*; die radikale, von Sozialdemokraten und Kommunisten durchgesetzte Verfassung (Einkammersystem) mit einer Million Stimmen Mehrheit abgelehnt. Niederlage der Kommunisten; Abrücken von Rußland.<sup>487</sup>

<sup>485</sup> Dr. h.c. Hans Schlange-Schöningen, 1886–1960. Landwirt (Rittergutsbesitzer), zahlreiche agrarwiss. Veröffentlichungen; 1920–1928 Md. des preuß. Landtags, 1924–1932 MdR (bis 1930 als Md. der DNVP), 1931/32 Reichsminister und Reichskommissar für die Osthilfe, 1933–1945 zurückgezogenes Leben mit Kontakten zu Widerstandskreisen; 1945 Mitbegründer der CDU, seit Anfang 1946 Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft der Britischen Zone, seit 1947 der Bizone, 1949 MdB, 1950–1955 Generalkonsul bzw. Botschafter in London.

<sup>486</sup> Wie Schlange-Schöningen mitteilte, stand durch Aufbrauch der Getreidereserven zum Ende der laufenden Periode die große Ernährungskrise bevor. Als Gegenmaßnahmen schlug er u.a. weitere Rationskürzungen und vermehrte Viehschlachtungen vor, durch die allerdings die Vorräte des nächsten Jahres angegriffen würden. Dringend notwendig sei die Steigerung der Stickstofflieferungen für Düngemittel, die zur Zeit nur 3% der erforderlichen Mengen ausmachten. In einem Antrag ersuchte der Zonenbeirat die Militärregierung, den Fang der Wesermünder Fischereiflotte bis zur Überwindung der größten Not der Britischen Zone vorzubehalten. Eine Änderung der vereinbarten Verteilungsquote zwischen der Amerikanischen und der Britischen Zone – 45% zu 55% – hielt die Kontrollkommission jedoch für aussichtslos. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 451f., vgl. auch Schlange-Schöningen [Hrsg.], *Im Schatten des Hungers*, S. 64–74).

<sup>487</sup> Die von der Konstituierenden Nationalversammlung am 19.4.1946 mit 309 Stimmen der Kommunisten, Sozialisten und einiger linker Splitterparteien gegen 249 Stimmen angenommene Verfassung der IV. Republik wurde in der Volksabstimmung am 5.5.1946 mit rund 9,5 gegen 10,5 Mio. Stimmen abgelehnt. Bei der darauf folgenden Neuwahl des Parlaments am 2.6.1946 verloren die Kommunisten ihre Stellung als stärkste Partei (26% gegen 28% der Volksrepublikaner). Ein neuer Volksentscheid am 13.10.1946 über die abgeänderte Verfassung brachte für sie eine Mehrheit von 9,3 gegen 8,1 Mio. Stimmen, obwohl General de Gaulle, der am 29.1.1946 von seinem Amt als Regierungschef zurückgetreten war, zur Ablehnung aufgerufen hatte, da die Verfassung die Parteien mit zu viel Macht ausstattete. Aus den anschließenden Parlamentswahlen am 10.11.1946 gingen wieder die Kommunisten als stärkste Partei hervor.

Wolters, der mit Ehlers zur Leipziger Messe fährt, sagt mir, wenn er nicht wiederkomme, werde er gegen s[einen] Willen zurückgehalten; er sei gefährdet, weil er die Kommunistische Partei in Deutschland vom russischen Einfluß losmachen wolle.<sup>488</sup>

[...]

*Mittwoch, 8. Mai 1946*

[...]

*Donnerstag, 9. Mai 1946*

Übliche Rathausarbeit. Die senatorische Verfassungskommission (Nolting-Haußs Einwände!) unter einen Hut gebracht.

Nachmittags Fraktionssitzung der Br[emer] Demokr[atischen] Volkspart[ei]. In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die Partei keine Arbeitgeberpartei, keine Kapitalistenpartei sein wolle; breite Basis beabsichtigt; nicht alte Parteiverhältnisse.

[...]

*Freitag, 10. Mai 1946*

Im Senat: Mitteilung der *Schwenkung* der britischen Mil[itär]regierung in der *Verfassungsfrage*; durch „Anweisung 47“ wird die Schaffung eines „Kabinetts“ in den Ländern zugelassen, voll arbeitende Minister; damit der Weg offen, die alte Stellung der Senatoren beizubehalten. Die Anweisung selbst darf uns nicht mitgeteilt werden, nur ihre „Essenz“ mündlich.

*Alliiertes Gesetz zur Einschränkung und Kontrolle der deutschen wissenschaftl[ichen] Forschung.*<sup>489</sup> Ein Mittel, die deutsche Wissenschaft lahmzulegen.

Harmssens Mitteilungen über die große Zahl deutscher Gelehrter, die in russische Dienste (Krim) genommen sind; wenige in französische, nur ganz vereinzelte in angelsächsische.<sup>490</sup>

<sup>488</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 473.

<sup>489</sup> Kontrollratsgesetz Nr. 25 „zur Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung vom 29.4.1946, in Kraft getreten mit der Verkündung am 7.5.1946. Das Ziel des Gesetzes war es, naturwissenschaftliche (im wesentlichen physikalische und chemische) Forschung für militärische Zwecke oder deren entsprechende praktische Anwendung zu verhindern. Verboten war „angewandte naturwissenschaftliche Forschung“ im Bereich der Militärtechnik und des Schiffbaus, nur mit Genehmigung erlaubt auf folgenden Gebieten: Nachrichtenwesen, Radioaktivität (außer für medizinische Zwecke), elektronische Röhren, Kugel- und Rollenlagertechnik, Erzeugung von Sprengstoffen und ihren Vorprodukten, synthetischen Treibstoffen und synthetischem Gummi.

<sup>490</sup> Dazu die populären Darstellungen von Michel Bar-Zohar, *Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler 1944–1960*, Frankfurt/M., Berlin 1966; Tom Bower,

Nachmittags *Bürgerschaft*. Klare, eindrucksvolle Finanzrede von Nolting-Hauff.<sup>491</sup>

*Samstag, 11. Mai 1946*

[...]

Apelt überlastet und durch Reibungswiderstand und Beamtenentlassungen nervös und amtsmüde. Die Frage: West oder Ost? beantwortet er zur Zeit, enttäuscht durch die Angelsachsen, zugunsten der Russen.

[...]

*Sonntag, 12. Mai 1946*

[...]

*Montag, 13. Mai 1946*

*Senator Wolters* aus Leipzig zurück. Bezeichnet die Messe als Schwindel; die Ausstellung Potemkinsche Dörfer; die ausstellenden Fabriken zum großen Teil abmontiert. Es seien traurige politische Verhältnisse; Kommunisten im russischen Solde; ihm sei das Polizeipräsidium von Dresden angeboten. – Wolters schildert dann seinen Konflikt mit der hiesigen Kommunistischen Partei; unter anderem wird ihm vorgeworfen, daß er für Wenhold und Hillmann eingetreten sei. Er und Ehlers wollten aus der Partei austreten, um der Ausschließung zuvorzukommen. Hospitanten der SPD?<sup>492</sup> Die Militärreg[ierung] wolle beide im Senat belassen.

[...]

*Dienstag, 14. Mai 1946*

Im *Senat* Kaisens Bericht über die Harzburger Tagung des Gebietsrats:<sup>493</sup> Werbung von Bergarbeitern für das Ruhrgebiet. Drohender Waldab-

Verschörung Paperclip. NS-Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte, München 1988.

Die UdSSR brachte etwa 5000 deutsche Raketen- und Flugzeugspezialisten in ein Forschungszentrum am Schwarzen Meer. Die USA nahmen einige Hundert Spitzenwissenschaftler in ihre Dienste. Aber auch England, Frankreich, Italien u. a. Länder beteiligten sich an der Jagd auf die deutschen Experten.

<sup>491</sup> Übersicht über die Finanzlage Bremens und die Entwicklung der Finanzverwaltung seit Ende des Krieges, in: Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 12–20.

<sup>492</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 473.

<sup>493</sup> Tagung des Gebietsrats Niedersachsen (vgl. Kap. 3, Anm. 181) in Bad Harzburg am 13.5.1946. Von den zahlreichen behandelten Themen (vgl. Bericht tom Moehlens in der Senatsitzung am 21.5.1946) erörterte Kaisen nur die Bestrebungen zur Schaffung eines Landes Großhannover, in dem auch Bremen aufgehen sollte (Senatsprotokoll 14.5.1946, StAB: 3/3).



schlag. Keine Reparationen in Geld. – Kohlennot; Gasabgabe in Bremen auf  $\frac{1}{2}$  gesetzt. Vor dem Ende der Stromlieferung. – *Bericht Wolters über Leipziger Messe*. Vom russischen Standpunkt politischer Fehler. Die Besucher erfahren, daß die Bevölkerung hungern mußte, damit die Messebesucher reichlich zu essen und zu rauchen haben. Ausgemergelte Kinder und alte Frauen in der Arbeit. Kaisers (CDU) Rede auf Goerdeler.<sup>494</sup> Persönliche Unsicherheit.

Kennedys groß angelegte, bedeutende Denkschrift „USA und die Welt“ in der Zeitschrift „Life“.<sup>495</sup> – „Der Frieden nicht die Folge des Fortschritts, sondern der Fortschritt die Folge des Friedens.“ Krieg droht von Rußland. USA müssen sich stark machen!

[...]

*Mittwoch, 15. Mai 1946*

Besprechung mit Legationsrat Dr. Budde,<sup>496</sup> der unser Vertreter im Länderrat in Stuttgart werden und zugleich Verbindungsmann der Chefs der britischen Zone mit dem Länderrat sein soll. Budde hat dort schon persönliche Beziehungen.

Nachmittags Sitzung des Wahlausschusses des Verwaltungsgerichts. Glatte Wahl. Entgegenkommende Haltung von Senator Theil, der sich immer mehr als tüchtiger, rein fachlich arbeitender Verwaltungsmann bewährt.

<sup>494</sup> Jakob Kaiser, 1888–1961. Buchbinder, Sekretär der christlichen Gewerkschaften und stellvertretender Zentrumsvors. in Köln, 1933 MdR, 1938 zeitweilig inhaftiert, Verbindung zu verschiedenen Widerstandsgruppen, tauchte nach dem 20.7.1944 unter, seine Familie kam in Sippenhaft; 1945 Mitbegründer der CDU in der SBZ, 1947 deren Vors., kam Ende 1947 nach West-Berlin, Md. des Parlamentarischen Rates und MdB, 1949–1957 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. – Kaiser gedachte in seinen Reden immer wieder des Verschwörerkreises vom 20. Juli 1944, so bei einer Tagung der CDU in Berlin am 16.6.1946. In einem Artikel zum 1. Jahrestag des Attentats hatte er Goerdeler gewürdigt: „Auch Goerdeler war kein Reaktionär. Er kam gewiß von ‚rechts‘, aber er sah die Bedeutung der Arbeiterschaft und bekannte sich zum Willen, ihr in der für die Zeit nach dem 20. Juli vorgesehenen Neuordnung des deutschen Lebens den ihr zukommenden Platz zu geben.“ (Das Volk v. 20.7.1945, abgedr. in: Jakob Kaiser. Gewerkschaftler und Patriot. Eine Werksauswahl, hrsg. u. eingeleitet v. Tilman Mayer, Köln 1988, S. 179).

<sup>495</sup> Joseph P. Kennedy, The U.S. and the World, in: „Life“ 1946, 18.3., S. 106–118. In dem Artikel plädierte K. dafür, daß die USA zur Verhinderung eines Dritten Weltkriegs – mit der UdSSR auf der einen und den angelsächsischen Mächten auf der anderen Seite – bewußt „Weltpolitik“ betreiben, die dafür nötige innere Stärke gewinnen und gegenüber der Sowjetunion einen eindeutigen Kurs verfolgen mußten.

<sup>496</sup> Dr. Eugen Budde, 1901–1984. Legationsrat a.D., begann seine Karriere in der Weimarer Zeit, stand politisch der DNVP und dem Stahlhelm nahe, 1937–1939 bei der Gesandtschaft in Bern; seine Ernennung zum Vertreter der Britischen Zone beim Länderrat ließ sich nicht verwirklichen (tom Moehlen in der Senatssitzung am 31.5.1946, StAB: 3/3).

*Donnerstag, 16. Mai 1946*

Morgens 8 Uhr mit Mutter und Paula nach Oldenburg.

Besprechung mit *Minister Kaestner über Verfassung und Neugliederung.*  
[...]

Um 7½ Uhr im *Gästehaus Senatssitzung* bis 11 Uhr nachts. Bericht vom Moehlens über die Sitzung des Länderrats und des Zonenrats.<sup>497</sup> Aussprache über die Neugliederung Deutschlands. Ich: 1.) Jetzt noch nicht die Zeit dafür, da keine deutsche Zentralinstanz und in den Ländern keine gewählten Parlamente und Regierungen; jetzt auch jede Änderung der Verwaltungsorganisation störend und hindernd. 2.) Nicht unbedingt an Selbständigkeit Bremens festzuhalten; derselbe Zweck durch andere Mittel zu erreichen. Am besten Eingliederung in Küstenprovinz mit Bremen als Hauptstadt. Keine großen Verwaltungseinheiten, da sie unpraktisch und nicht volksnahe sind. – Theil mehr für ein Niedersachsen; Kaisen möchte, daß Bremen sich zurückhält, da es jetzt von Hannover und Oldenburg umworben werde.

*Freitag, 17. Mai 1946*

*Im Senat Verfassung beraten und verabschiedet.*<sup>498</sup>

Schwierige Wirtschaftsfragen. Der Leiter unseres Enklave-Wirtschaftsamtes Dr. Korhammer durch Amerikaner gestürzt. Andere Personalfragen (Budde, Feine, Klinge<sup>499</sup> usw.).

<sup>497</sup> Tagung des Länderrates mit Mitgliedern des Zonenbeirats in Stuttgart am 3.4.1946. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Fragen der Gebiets- und Ländergliederung und des staatsrechtlichen Aufbaus in Deutschland. Nach Referaten von Robert Lehr (Nordrhein-Provinz) und Reinhold Maier (Württemberg-Baden) verabschiedeten die Teilnehmer eine von Kurt Schumacher eingebrachte Entschließung über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands (vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 422–440).

<sup>498</sup> Nach schwierigen Verhandlungen zwischen dem Senat und der britischen Militärregierung hatte ORR Behrens einen ersten Verfassungsentwurf erstellt, der nach eingehender Überarbeitung durch Spitta am 23. und 24.4.1946 ausführlich im Senat beraten und an eine Redaktionskommission, bestehend aus Kaisen, Spitta und Nolting-Hauff, überwiesen worden war. Die von ihr beschlossenen Änderungen wurden in dieser Senatssitzung aufgrund eines Berichts von Spitta genehmigt. Der Verfassungsentwurf entsprach weitgehend den kommunalpolitischen Vorgaben der britischen Militärregierung. Am 31.5.1946 wurde er der Bürgerschaft zugeleitet, die ihm am 4.7.1946 zustimmte. Dabei meldete sie jedoch Änderungswünsche an, über die keine volle Einigung mit der Militärregierung erzielt werden konnte. Obwohl deren formelle Zustimmung zur Verfassung noch ausstand, diente sie als Grundlage für die ersten Bürgerschaftswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg am 13.10.1946. Nach der Eingliederung Bremens in die US-Zone im Jan. 1947 mußte die Verfassung völlig überarbeitet werden. Dazu: Spitta, Kommentar, S. 11–23.

<sup>499</sup> Karl-August Klinge, geb. 1910, Bankkaufmann. Er übernahm am 1.6.1946 als Nachfolger Korhammers die Leitung des Enklave-Wirtschaftsamtes, wurde jedoch erst am 29.11.1946 vom Senat rückwirkend ernannt.

Angeblich ist die *Währungsreform* des Kontrollrats jetzt beschlossen; Einigkeit nur noch nicht über die Bank.<sup>500</sup> Abwertung der Reichsmark: 10 zu 1. Zum Dollar etwa 4 RM. Auf alle Sachwerte Generalhypothek von 50 Prozent, zu verzinsen mit 1 Prozent und 1 Prozent Tilgung. Für Ansprüche an das Reich Zertifikate, die die Zinsen der Generalhypotheken erhalten.

Vermögenssteuer für die großen Vermögen. Revision der Steuergesetze mit ihren hohen Sätzen. Die Russen widersprechen der Zentralbank.

*Samstag, 18. Mai 1946*

Mit Kaisen und tom Moehlen Landeswirtschaftsamt und seine Übertragung von Apelt auf Harmssen besprochen. Kaisen möchte meine Vermittlung; schwierig, da Apelt nervös und gereizt.

[...]

*Sonntag, 19. Mai 1946*

10 bis 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Rede Dr. Schumachers (SPD) über „Deutschland und Europa“. <sup>501</sup> Glänzende rednerische Leistung; seit Friedr[ich] Naumann<sup>502</sup> ha-

<sup>500</sup> Erste Beratungen im Alliierten Kontrollrat über einen von der Finance Division der US-Militärregierung vorgelegten Plan zur Währungsreform, der hauptsächlich die Abwertung des umlaufenden Geldes auf ein Zehntel seines Wertes vorsah, hatten Ende 1945 zu keinem Ergebnis geführt, die USA aber veranlaßt, eine umfassende Untersuchung des Problems durch eine Expertengruppe in Auftrag zu geben. Dieser Colm-Dodge-Goldsmith-Plan lag in einer ersten Fassung am 5.4.1946 vor; die dritte und letzte Version wurde General Clay am 20.5.1946 übersandt, am 26.6.1946 vom State Department gebilligt und seit Sept. 1946 im Alliierten Kontrollrat eingehend erörtert. Der Plan enthielt alle wesentlichen Bestimmungen der späteren Währungsreform, vor allem die Koppelung des Währungsschnitts mit einem Lastenausgleich. Mit Ausnahme eines geringen in voller Höhe auszahlenden Betrages von 10,- RM pro Person (bzw. 15,- RM für Haushaltsvorstände) sollte alles übrige Geld im Verhältnis 10:1 abgewertet und auf zunächst gesperrten Konten blockiert werden. Bestrebungen der US-Finance-Division zur Errichtung einer Zentralbank für ganz Deutschland scheiterten im Kontrollrat am Widerstand Frankreichs und der Sowjetunion, die stereotyp die Dezentralisierung des Bankwesens verlangten. Der Leiter der Finance Division, Joseph M. Dodge, schlug daher am 23.4.1946 als Ersatz eine unter alliierter Kontrolle stehende Kommission der Landeszentralbanken vor, eine Lösung, die im März 1948 mit der Bank deutscher Länder verwirklicht wurde. [Eckhard Wandel, Die Entstehung der Bank deutscher Länder und die deutsche Währungsreform 1948, Frankfurt/M. 1980, S. 55–68, 97–101; Christoph Buchheim, Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: VfZ 36 (1988); S. 189–231, insbes. S. 198–204].

<sup>501</sup> Dr. Kurt Schumacher, 1895–1952. Als Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg schwer verwundet, Studium der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie, Redakteur einer SPD-Zeitung, seit 1918 Md. der SPD, 1924–1931 Md. des württembergischen Landtags, 1930–1933 MdR, im Juli 1933 verhaftet, zehn Jahre in verschiedenen Konzentrationslagern in Haft, 1944 erneut für mehrere Wochen im KZ Neuengamme, in Hannover untergetaucht, von dort aus 1945 Wiederaufbau der SPD in den Westzonen, bis zum Tod 1952 Vors. der SPD und ihrer Bundestagsfraktion.

be ich eine solche Verbindung von Geist und Beredsamkeit nicht erlebt. Wird er unser künftiger Reichspräsident sein? Zarter Körper; rechten Arm im Ersten Weltkrieg verloren; schief. Erstaunlich offene Kritik der Besatzungsmächte. „Das erste Jahr unwiederbringlich verloren.“ Scharfe Wendungen gegen Rußland. Der Bolschewismus kein Sozialismus, sondern Staatskapitalismus. In der KPD Diktatur; Vortrupp einer auswärtigen Macht. Usw. Mittagessen mit ihm und amerikan[ischen] und englischen Offizieren. Ich zwischen Engländern und Amerikanern. Rohstoff des Essens von Amerikanern, Zubereitung „Senat“.

[...]

*Montag, 20. Mai 1946*

Richtlinien für die Neugliederung des Reiches und Bremens Stellung ausgearbeitet.<sup>503</sup>

Abends mit Apelt in s[einen] neuen Amtsräumen in der Wachmannstraße. Landeswirtschaftsamt besprochen. Apelt gereizt und verstimmt.

[...]

*Dienstag, 21. Mai 1946*

Senatssitzung. – Nachmittags Fraktionssitzung.

Es ist leider nötig, an diesen Sitzungen teilzunehmen, da kaum einer parlamentarische Erfahrung hat.

[...]

1949 unterlag Sch. bei der ersten Bundespräsidentenwahl gegen Theodor Heuss. Unterschiedliche Auffassungen über die Deutschlandpolitik und Fragen der europäischen Neuordnung führten in der Folgezeit zu schweren Differenzen zwischen Sch. und Kaisen. – Bei seinem Besuch in Bremen am 19.5.1946 sprach Schumacher außer bei einer SPD-Versammlung mit etwa 1200 Teilnehmern auch bei einer Zusammenkunft von etwa 800 Vertretern aller Parteien. Er richtete in seinen Reden heftige Angriffe gegen die diktatorischen Praktiken der KPD und appellierte an die Westmächte, einem demokratischen und sozialistischen Deutschland das Recht zur Selbstbestimmung zu gewähren und ihm die ökonomischen Voraussetzungen zum Überleben zu lassen. Wie ein amerikanischer Berichterstatter registrierte, riefen Schumachers „positive“ Haltung zu den Problemen der Gegenwart und seine Offenheit in „rechten“ Kreisen ebenso Begeisterung hervor wie bei SPD-Anhängern. Diese äußerten zum Teil Besorgnis über seinen Antikommunismus, der „der Rechten“ zugute kommen könne. (Functional History 1945/46, S. 45f.).

<sup>502</sup> Friedrich Naumann, 1860–1919. Pastor und freier Schriftsteller, Mitbegründer und Vors. des Nationalsozialen Vereins und der DDP, seit 1893 Hrsg. der Zeitschrift „Die Hilfe“, 1907–1919 MdR (Freisinnige Vereinigung, Fortschrittliche Volkspartei, DDP).

<sup>503</sup> Theodor Spitta, Neugliederung Deutschlands, Denkschrift vom 20.5.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 1.

*Mittwoch, 22. Mai 1946*

[...]

*Donnerstag, 23. Mai 1946*

Sonnig. Blütenfülle. Rhododendron und Holunder.

Nachmittags dreistündige, langweilige Bürgerschaftssitzung<sup>504</sup> (Finanzen und Denazifikation; diese immer unklarer und verworrener; es scheint, daß bei uns weder die amerikan[ischen] noch die britischen Vorschriften maßgebend sind, sondern das, was Iwasco<sup>505</sup> anordnet).

*Freitag, 24. Mai 1946*

Im Senat meine Richtlinien über die Neugliederung Deutschlands verhandelt.<sup>506</sup> Kaisen ganz derselben Ansicht, möchte die Denkschrift den anderen Länderchefs geben. Davor warne ich. Es sollten Richtlinien für den internen Gebrauch des Senats sein. Beschlossen, die erste Hälfte dem Zonenrat mitzuteilen, die zweite Hälfte mit der Stellungnahme zu den einzelnen Plänen zurückzuhalten. Theil gegen Küstenland (Plan Oldenburgs) und für Anschluß an größeres Gebilde (Hannover oder Niedersachsen). –

<sup>504</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 23–37.

<sup>505</sup> Captain Eugene C. Iwasco, Leiter der Entnazifizierungsabteilung der US-Militärregierung in Bremen.

<sup>506</sup> Theodor Spitta, Neugliederung Deutschlands, Denkschrift vom 20.5.1946, in: StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 1; revidierte Fassung (= S. 1–5) vom 25.5.1946, ebenda. Spitta trat dafür ein, daß Entscheidungen über die Neugliederung Deutschlands erst getroffen werden sollten, wenn es wieder demokratisch gewählte Zentralinstanzen (Reichsregierung und Reichstag) gebe. Er plädierte für die Erhaltung eines selbständigen Landes Bremen, das nur bei Gleichstellung mit den übrigen deutschen Ländern seine geschichtliche Aufgabe auf dem Gebiet des Welthandels und der Seeschifffahrt erfüllen könne. Sollte Bremen dennoch einem anderen Land eingegliedert werden, müsse es die Zuständigkeit für die Häfen (Bremen und Bremerhaven) und den Weserstrom behalten, Sitz der für den nordwestdeutschen Küstenraum wichtigen Reichsmittelbehörden werden und auf den für die Stadt lebenswichtigen Gebieten unmittelbar mit dem Reich verhandeln dürfen. – Von der Denkschrift abgetrennt wurden Spittas Stellungnahmen zu der Eingliederung Bremens in ein nordwestdeutsches Küstenland (Oldenburger Plan), das ihm auf wesentlichen Gebieten, z.B. Ausgleich der Kriegsschäden, Ernährung, Arbeitseinsatz und Rohstoffbelieferung, als nicht leistungsfähig genug erschien, zum Anschluß an ein Land Niedersachsen, das er als zu groß ablehnte, und zur Zusammenfassung der drei Hansestädte, bei der er ein Übergewicht Hamburgs befürchtete. Abschließend machte Spitta auf die Möglichkeit aufmerksam, daß „die Enklave in alter oder vergrößerter Form“ auf Verlangen der Amerikaner wiederhergestellt und als selbständiges Land in die US-Zone einbezogen werden könnte, wie es 1947 geschah. Der Senat machte sich Spittas Argumentation zu eigen. Er beschloß, einen Zusammenschluß Bremens mit Hamburg und Lübeck unbedingt abzulehnen, bei einer Eingliederung in ein Land Niedersachsen oder ein Küstenland die Erfüllung der von Spitta genannten Bedingungen zu fordern (Senatsprotokoll 24.5.1946, StAB: 3/3).

Gliederung ohne Rücksicht auf die Besatzungsmächte, nur nach deutschen Belangen, frühestens erst mit Friedensschluß möglich.

[...]

*Samstag, 25. Mai 1946*

Eröffnung der Kunstschule<sup>507</sup> durch Senat. Gute Programmrede Paulmanns. [...]

Mit Arnold und Walter L[isco] Aussprache über Gliederung Deutschlands und einheitliche Wirtschaft. Arnold für Zentralisation innerhalb der einzelnen Zone; dann Zusammenschluß der Zonen. Ich habe das Bedenken, daß sich die einzelnen Zonen, wenn sie sich weiter befestigen, immer mehr auseinanderleben und dann ein Zusammenschluß des Ganzen desto schwieriger wird. Arnold für große deutsche Länder, daher auch für Niedersachsen; ich sehe in einem zweiten „Bayern“ eine Gefahr für die Einheit des Reiches; besser mittlere und kleinere Länder.

*Sonntag, 26. Mai 1946*

[...]

Um 11 Uhr Vortrag von Frank Thieß: „Geist und Geschichte“.<sup>508</sup> Gedankenreich; Grundeinstellung religiös. Kollektive Organisationen (Staat, Kirche usw.) immer egoistisch, auf Selbstbehauptung bedacht, wie im Tierreich, so bei den Menschen. Pflanzen, Tiere, Kollektiv-Tiere (Ameisen, Termiten usw.). Der Mensch unterscheidet sich vom Tier dadurch, daß er böse sein kann. Der Geist ein Geschenk „von oben“, ein Blitz von außerhalb. Nur durch den Geist Wendung in der Geschichte (Christus).

[...]

*Montag, 27. Mai 1946*

[...]

<sup>507</sup> Staatliche Kunstschule-Meisterschule für das gestaltende Handwerk.

<sup>508</sup> Thieß hielt diesen Vortrag erstmals am 30.3.1946 in Oldenburg (abgedruckt in: Frank Thieß, *Zeitwende. Drei Vorträge*, Hamburg 1947, S. 55–80). Er betrachtet die menschliche Gesellschaft als einen kollektiven Organismus, der egoistischen Raubgesetzen folge und die in ihm eingeschlossenen Individuen zu Zellen des Ganzen degradiere. Der Nationalsozialismus sei ein Beispiel für die „restlose Entmündigung des Individuums“ und „seine vorbehaltlose Einordnung in den Staatsverband“, aber nicht das einzige. Thieß' Grundthese lautet, daß der Mensch nur als geistiges Wesen dem Tier überlegen sei und sich das Böse aus dem Mißbrauch des Geistes entwickle. Als „Geiststräger“ habe der Mensch die Verantwortung für seine Taten zu übernehmen, woraus sich jedoch keine kollektive Schuld des deutschen Volkes ergebe. Besonders problematisch ist Thieß' Versuch, das Leid der Menschen als Kraftquelle für den Geist und eine geistige Erneuerung zu interpretieren.

Dienstag, 28. Mai 1946

[...]

Im Senat Kaisens Bericht über die *Neugliederung*; im britischen Zonenrat sehr verschiedene Meinungen, aber Einigkeit darin, Opfer zu bringen, falls dadurch die englische Ruhrpolitik gestützt und Ruhr und Rhein für Deutschland gerettet werden können.<sup>509</sup>

Der Antrag, ein *zweijähriges Wirtschaftsmoratorium*<sup>510</sup> für Deutschland zu erhalten, jetzt von den Briten zur Erörterung im Zonenrat zugelassen (vor einigen Wochen Erörterung verboten). Die Amerikaner stoppen in ihrer Zone die Reparationen.<sup>511</sup> Beides leise Anzeichen einer Wendung der angelsächsischen Politik zugunsten Deutschlands. Im übrigen noch Not und Schwierigkeiten genug, auch staatsrechtlicher Art. Heute nachmittag verlangen die Engländer sofortige Erklärung Kaisens, ob er Beamter oder

<sup>509</sup> Kaisen berichtete über eine Besprechung der Chefs der Länder und Provinzen der Britischen Zone in Lübeck zur Vorbereitung der 4. Sitzung des Zonenbeirats am 28./29.5.1946, bei der die kleinen Länder turnusgemäß von Lippe vertreten wurden. Über die Haltung Bremens zur Neugliederung Deutschlands hatte sich Kaisen im Sinne der Denkschrift Spittas und des Senatsbeschlusses vom 24.5.1946 (vgl. Kap. 3, Anm. 506) geäußert, aber klargestellt, daß sich Bremen für den Fall, daß es sich einem anderen Land anschließen müsse, für die Küstenprovinz und gegen Niedersachsen entscheiden werde. Die Regierungschefs hatten bei der Zusammenkunft ihren Willen erklärt, die Internationalisierung des Rhein-/Ruhrgebiets unbedingt zu verhindern und auch auf Kosten ihrer Länder und Provinzen „alle erdenklichen Opfer zu bringen“, um es im Reichsverband zu erhalten. (Senatsprotokoll 28.5.1946, StAB: 3/3) – Das Rhein-Ruhr-Gebiet sollte nach sowjetischer Planung einer Vier-Mächte-Kontrolle unterstellt und für Reparationszwecke ausgebeutet, nach französischer Vorstellung auch politisch von Deutschland abgetrennt werden. Die britische Regierung bevorzugte statt dessen die Sozialisierung und Kontrolle der dortigen Industrie; vgl. Rolf Steinniger, Die Rhein-Ruhr-Frage im Kontext britischer Deutschlandpolitik 1945/46, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979, S. 111–166.

<sup>510</sup> Der Antrag von Lehr, Petersen, Kaisen, Steltzer und Amelunxen betr. die Verhinderung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in der britischen Zone sollte nach einem Beschluß der Oberprärs. und Länderchefs vom 1.5.1946 im Zonenbeirat behandelt werden, was nicht in der 3. Sitzung am 2./3.5.1946, sondern erst in der 4. Sitzung am 28./29.5.1946 geschah. Der von Spitta angesprochene letzte Punkt des ursprünglichen Antrags, die Demontagen von Industrieanlagen für etwa zwei Jahre auszusetzen, war jedoch gestrichen worden (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 517).

<sup>511</sup> General Lucius D. Clay hatte am 3.5.1946 im Kontrollrat die Einstellung der Reparationslieferungen aus der US-Zone erklärt und diese Entscheidung bei einer Pressekonferenz am 27.5.1946 öffentlich bekanntgegeben. Er wollte dadurch die UdSSR und Frankreich zwingen, Maßnahmen zur Realisierung der Potsdamer Beschlüsse über die Wirtschaftseinheit Deutschlands zuzustimmen, insbesondere einen gemeinsamen Im- und Exportplan zu verabschieden und endlich Zentralbehörden zu gründen. (Gimbel, American Occupation, S. 57–61; Krieger, General Clay, S. 139–143).

Politiker sein wolle.<sup>512</sup> Kaisen will Politiker bleiben. Im Augenblick hat Kaisen das Ansinnen, einen Oberstadtdirektor zu ernennen, abgebogen; Kaisen meint, wenn wir doch dazu gezwungen würden, müsse ich dies Amt zunächst übernehmen. Apelt gereizt und über die Lage nahezu verzweifelt. [...]

*Mittwoch 29. Mai 1946*

[...]

Im Juristenausschuß Arbeitsgerichte (Übergang auf Landesarbeitsbehörden), Justizministerium der britischen Zone usw.<sup>513</sup>  
[...]

*Donnerstag, 30. Mai 1946*

[...]

*Freitag, 31. Mai 1946*

[...]

8 $\frac{1}{2}$  Uhr Carstens. 9 $\frac{1}{2}$  Uhr mit Kaisen, Nolting-Hauff, Apelt, Bölken bei der Militärregierung. Der neue britische Zivilkommissar *McReady*,<sup>514</sup> der erste von den Besatzungsmächten, der Zivil trägt, sowie der hannov[er-sche] Brigadier [Lingham]. Höflichkeitsworte.

Um 10 Uhr Senat. Begründung der Verfassung verabschiedet.<sup>515</sup> Entnazifizierungsfragen und Rechtsbrüche (kein Gehör!).<sup>516</sup> Tom Moehlen be-

<sup>512</sup> Diese Forderung stand im Zusammenhang der englischen Bestrebungen zur Trennung von Politik und Verwaltung, vgl. Kap. 3, Anm. 307 und 461.

<sup>513</sup> Das Zentral-Justizamt für die Britische Zone wurde am 1.10.1946 eröffnet; bis zur Auflösung am 31.3.1950 stand es unter der Leitung von Dr. Wilhelm Kiesselbach. Auf Anweisung der britischen Militärregierung vom 11.4.1946 hatten der Präs. des OLG Oldenburg, Dr. Ekhard Koch, und der Vizepräs. des OLG Hamburg, Dr. Herbert Ruscheweyh, am 27.5.1946 einen „Entwurf der Organisation einer zentralen Justizverwaltungsstelle für die britische Zone Deutschlands“ vorgelegt (Vogel, Westdeutschland, Bd. 3, S. 514–519). Koch wurde Vizepräs. des Zentral-Justizamts, Ruscheweyh als Nachfolger Kiesselbachs Präs. des HOLG in Hamburg.

<sup>514</sup> Sir Gordon McReady, 1891–1956, britischer Generalleutnant, 1946–1947 Landeskommissar der brit. Kontrollkommission für Niedersachsen, 1947–1949 brit. Vors. des Wirtschaftskontrollrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, 1949–1951 Wirtschaftsberater des brit. Hochkommissars in Deutschland.

<sup>515</sup> Mitteilung des Senats vom 31.5.1946: Erlaß einer neuen bremischen Verfassung, in: Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft 1946, S. 3–4.

<sup>516</sup> Im Anschluß an eine Eingabe der BDV kritisierte Apelt die Entnazifizierungspraxis, weil der Beschuldigte im Vorstellungsverfahren nicht gehört und ihm das Beweismaterial nicht mitgeteilt werde. Der Senat sprach sich für die Anhörung der Betroffenen aus und beauftragte Spitta, eine entsprechende Mitteilung an den Hauptausschuß für Entnazifizierung der Bürgerschaft zu entwerfen. (Senatsprotokoll 31.5.1946, StAB: 3/3).



richtet, daß für Niedersachsen keine Stimmung bei den Länderchefs.<sup>517</sup> Der Governor in Bremen hat zu Kaisen gesagt, die Neugliederung komme nicht vor den Wahlen.

[...]

*Samstag, 1. Juni 1946*

Dozent Dr. Kern aus Hamburg. Universität der Esten, Letten und Litauer in Hamburg auf englische Kosten.<sup>518</sup>

Nachmittags Knittermeyers. Wir trafen uns in dem Gedanken, daß Deutschland und unser Volk keine Hoffnungen und Wünsche auf politische und wirtschaftliche Geltung haben könnten, daß es vielmehr lediglich darauf ankomme, in dieser Zeit schwerster äußerer und innerer Bedrängnis nicht zu Fellachen zu werden, sondern uns, trotz allem, im Geistigen und Sittlichen zu behaupten und das Verhältnis von Mensch zu Mensch zum Mittelpunkt unseres Lebens zu machen. Frage Ost – West. Frage der Vereinigten Staaten von Europa. Sie dürfen nicht lediglich eine politische Konstruktion sein, sondern müssen, wenn sie Bestand haben sollen, von innen heraus organisch wachsen.

*Sonntag/Montag, 2./3. Juni 1946*

[...]

*Dienstag, 4. Juni 1946*

Da Kaisen in Hannover, habe ich trotz Grippe Vorsitz im Senat. Nachmittags mit Präsident Ruscheweyh<sup>519</sup> vom Oberl[andes]gericht Hamburg politische Fragen: Arbeitsgerichte, Justizminister für britische Zone, Oberlandesgericht in Bremen, Neugliederung.<sup>520</sup>

[...]

<sup>517</sup> Konferenz der Chefs der Länder und Provinzen in Lübeck vom 25. – 27. 5. 1946.

<sup>518</sup> Dieser Plan wurde nicht verwirklicht.

<sup>519</sup> Prof. Dr. Herbert Ruscheweyh, 1892–1965, Jurist. 1921–1946 Rechtsanwalt in Hamburg, 1928–1933 MdBü (SPD), 1931–1933 Präs. der Hamburger Bürgerschaft, 1944 inhaftiert, 1945 Präs. der Anwaltskammer, 1946 vorläufiger Präs. der ernannten Bürgerschaft, 1946–1960 Vizepräs., dann Präs. des HOLG und Hamburgischen Obergerichts, 1948–1951 zugleich Präs. des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in Köln, 1952–1960 Präs. des Hamburgischen Verfassungsgerichts, 1952–1962 Vors. des Deutschen Juristentages. Vgl.: Herbert Ruscheweyh 1892–1965. Gedächtnisschrift hrsg. v. d. Landesjustizverwaltung der FH Hamburg, Hamburg 1966.

<sup>520</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 513.

*Mittwoch–Sonntag, 5.–9. Juni 1946*

Grippekrank. [...]

Carstens trägt mir täglich oder fast täglich die laufenden Sachen vor und läßt mir Akten zur Bearbeitung. – Amtliche Besuche Apelts (Denazifizierungsnöte).

[...]

Freundliche Beweise der Anteilnahme an meiner Krankheit: Von Bote (Fraktionsführer der Demokr[atischen] Volkspartei) ein wunderbarer Strauß von Rosen. Von Frl. Anna Opp[ermann]<sup>521</sup> Strauß mit Nelken. Von Bürgerm[eister] Kaisen junger Kohlrabi, Salat, Milch, herrliche Pfingstrosen. Von Karl Carstens Grütze und Ei. Von Senator Wenhold Seezungen. Von Klaus Erdbeeren. Von Eva Rosen. Und von Frau Apelt Pfingstrosen.

[...]

*Pfingstmontag, 10. Juni 1946*

[...]

*Dienstag, 11. Juni 1946*

[...]

Mit Karl Carstens gearbeitet. Gegen Mittag zum ersten Mal aufgestanden.

*Mittwoch, 12. Juni 1946*

Den größten Teil des Tages außer Bett. – Vormittags Karl Carstens. [...]

*Donnerstag, 13. Juni 1946*

[...]

*Freitag, 14. Juni 1946*

Weiter zu Hause gearbeitet; Carstens nimmt mir viel ab.

[...] Die Reichsfinanzämter machen wegen der Entlassung alles eingearbeiteten Personals Fehler über Fehler. Bei mir in der Vermögenssteuerrechnung grober Rechenfehler, außerdem Mahnung auf Zahlung der Einkommensteuer, die ich längst bezahlt habe, usw.

[...]

*Samstag/Sonntag, 15./16. Juni 1946*

[...]

<sup>521</sup> Anna Oppermann war 1905–1921 Betreuerin der Spittaschen Kinder und mit der Familie freundschaftlich verbunden.

*Montag, 17. Juni 1946*

8 Uhr ins Rathaus. Wieder in voller Arbeit. Besprechungen mit Kaisen und tom Moehlen über Neugliederung Deutschlands usw. Schreiben Großhessens und Württemberg-Badens an Oldenburg für die Selbständigkeit Bremens. – Ich schlage Kaisen vor: Selbständigkeit Bremens bewahren, gleichzeitig Verwaltungsgemeinschaften in größeren Gebieten.

Frank Thieß bei mir wegen s[einer] „Ausbürgerung“. <sup>522</sup>

Besprechungen mit Apelt, Wenhold, Friese, Meineke, <sup>523</sup> Oppermann usw. Nachmittags dreistündige, ziemlich qualvolle Fraktionssitzung. Es zeigte sich aber wieder, daß Apelts und meine Anwesenheit nötig war, um falsche Schritte und Beschlüsse zu verhindern.

Gefährdung der bürgerl[ichen] Einheitsfront durch Gründung einer Christl[ich]-Dem[okratischen] Union in Bremen. <sup>524</sup>

*Dienstag, 18. Juni 1946*

Im Senat Fragen der Verfassung und der Entnazifizierung, der Neugliederung und der Zukunft Bremens.

[...]

*Mittwoch, 19. Juni 1946*

Scharfer Amtsbetrieb. Artikel über Verfassung für Weser-Kurier diktiert. <sup>525</sup>

Nachmittags Vortrag Bedge über Kölner Abwasser-Verwertungsanlagen. Abends im Einverständnis mit Kaisen bei Bote; Besprechung mit dem Herzog Ernst August von Braunschweig (Hannover) und seinem Sohne über die Neugliederung Deutschlands und Bremens Selbständigkeit. <sup>526</sup> Weitere Teilnehmer: Apelt, Winnig, Stoevesandt und der Führer der Nieders[ächsischen] Landespartei (Welfen) Renken. <sup>527</sup> Entgegenkommende

<sup>522</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 508. Da Thieß 1945 als Flüchtling in das schwer zerstörte und unter Wohnraumangel leidende Bremen gekommen war, bestand die Gefahr, daß er keine weitere Aufenthaltsgenehmigung erhalten würde.

<sup>523</sup> Hans Meineke, 1889–1960, Kaufmann, seit 1910 Direktionssekretär des Norddt. Lloyd in Bremen, 1912 für diese Firma in Singapur tätig, seit 1922 Vorstandsmd. der Unterweser Reederei Bremen, 1947 und 1951 Vors. der BDV, 1947/48 und 1951–1955 MdBü (BDV, seit Nov. 1951 FDP), 1948–1951 Senator für das Gesundheits- und Wohnungswesen. Vgl. Brem. Biogr., S. 334f.

<sup>524</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

<sup>525</sup> Weser-Kurier Nr. 51 v. 26.6.1946.

<sup>526</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 466.

<sup>527</sup> Diedrich Renken, Vors. der Bremer Ortsgruppe der Niedersächsischen Landespartei. – Die NLP war am 20.6.1945 in Hannover gegründet worden. Ihre Bremer Organisation, die sich am 23.12.1945 konstituiert hatte, besaß seit Ende Jan. 1946 die Zulassung der Militärregierung. Die Partei stand in der Tradition der Deutschhannoverschen Partei, die aus der welfischen Bewegung hervorgegangen war und

Zusicherungen des Herzogs und s[eines] Sohnes; organisch Gewachsenes muß bestehen bleiben; daher auch Hamburg und Bremen. Keine Eingliederungen ohne Zustimmung der Bevölkerung. Angenehmes Zusammensein von 8 bis 11 Uhr. Der Herzog feiner, aristokratisch, liebenswürdig; der Sohn noch etwas jungenshaft, aber aufgeweckt; seine Fragen trafen die Sache. – Ich glaube nicht, daß in absehbarer Zeit wieder Monarchien in Deutschland möglich sind; aber wir haben in den letzten 30 Jahren manche Überraschung erlebt. Im Interesse Bremens müssen wir diesen Faden nicht abreißen lassen.

[...]

*Donnerstag, 20. Juni 1946*

[...]

*Freitag, 21. Juni 1946*

Vorm[ittags] Senatssitzung. – Erling von den Amerikanern aus der Wirtschaft ausgeschieden.<sup>528</sup>

Nachm[ittags] 4 bis 6½ Uhr die ganze Verfassung unter Kaisers Vorsitz in einem Zuge erledigt. Einige Änderungen erwünscht (Militärregierung),<sup>529</sup> einige in d[as] Gesetz aufgenommen.<sup>530</sup> Vorzügliche Leistung des Verfassungsausschusses und besonders des Vorsitzers.<sup>531</sup> Abends Verfassungsformulierungen usw.

die Wiederherstellung eines Landes Hannover erstrebt hatte. Entsprechend setzte sich jetzt die NLP für die Schaffung eines Landes Niedersachsen ein. Monarchistische Tendenzen in der Partei wurden in der Öffentlichkeit nur zurückhaltend vertreten. Im Juni 1947 bildete sich die NLP mit anderen Gruppen zur DP um. (Vgl. Hermann Meyn, Die Deutsche Partei. Entwicklung u. Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965, S. 9–22 und Horst W. Schmollinger, Die Deutsche Partei, in: Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch, Bd. 1, S. 1025–1111).

<sup>528</sup> Der Seniorchef der Rolandmühle, bei der Spittas Sohn Arnold beschäftigt war, erhielt als ehemaliges Md. der NSDAP keine Zulassung; der Betrieb der Mühlen wurde dadurch nicht gefährdet, da der spätere Präses der HK, Dr. Fritz Rangen, 1899–1959, die Leitung übernehmen konnte. Zu Rangen vgl. Brem. Biogr., S. 394f.

<sup>529</sup> Streichung aller Bezüge auf Anordnungen der Militärregierung.

<sup>530</sup> Wie Spitta am 25.6.1946 im Senat berichtete (Protokoll im StAB: 3/3), waren nach Verhandlungen mit der Militärregierung gegenüber der Vereinbarung vom 1.3.1946 (vgl. Kap. 3, Anm. 393) folgende Änderungen möglich und erforderlich: Erhöhung der Zahl der Bürgerschaftsabgeordneten von 60 auf 80; Wahl von nicht der Bürgerschaft angehörenden Persönlichkeiten in den Senat; Mißtrauensvotum der Bürgerschaft gegen einzelne Senatoren mit der absoluten Mehrheit der Stimmen; Anpassung der Amtszeit des Senats an die Dauer der Legislaturperiode.

<sup>531</sup> Der Vors. des Verfassungsausschusses der Bremer ernannten Bürgerschaft war Kaisen. Er gehörte dem am 17.4.1946 gewählten Ausschuß mit weiteren fünf SPD-Vertretern an; die BDV entsandte fünf, die KPD drei Abgeordnete. Spitta war als Senatskommissar in diesem Gremium vertreten.

*Samstag, 22. Juni 1946*

Verhandlung bei Kaisen mit den Fraktionsführern über die Neugliederung Deutschlands und Bremens Selbständigkeit. Meine Zusammenstellung der wesentlichen Punkte.<sup>532</sup> Tendenz der Kommunisten (Rafoth)<sup>533</sup> zum Einheitsstaat (statt Bundesstaats).<sup>534</sup>

[...]

*Sonntag, 23. Juni 1946*

[...]

*Montag, 24. Juni 1946*

Bei Kaisen Besprechung über Denazifikationsgesetz mit O. Schulze, Ewert usw.<sup>535</sup> Desgleichen über die Richter und den künftigen Landgerichtspräsidenten.

[...]

Frau Apelt teilt den Tod von Else Ernst<sup>536</sup> in Graz mit. H[ermann] Apelt wird den Wunsch haben hinzufahren; der große literarische Nachlaß und

<sup>532</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 503. Eine ursprünglich für Kaisen angefertigte Zusammenfassung vom 3.5.1946 findet sich im StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 1. Sie wurde am 28.5. der Militärregierung überreicht.

<sup>533</sup> Rudolf Rafoth, 1911–1964. Abitur, kaufmännische Lehre, Sekretär der RGO, 1933 inhaftiert, 1945 Syndikus der Angestelltenkammer und Arbeitseinsatzleiter des Arbeitsamtes, 1946 Pol.-Leiter der KPD in Bremen, 1946–1951 MdBü und Fraktionsvors. der KPD, 1951 Bruch mit der KPD, 1952 DAG-Sekretär in Braunschweig, 1961 im Hauptvorstand der IG Metall.

<sup>534</sup> Die KPD proklamierte als ihr Ziel „die Verwirklichung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage der fortschrittlichen Demokratie“. Deshalb widersetzte sie sich der Bildung von Ländern und der Verabschiedung von Länderverfassungen in der Britischen und Amerikanischen Zone Deutschlands. Den Begriff „Landesverfassung“ wollte sie durch „Rahmengesetz“ oder „Organisationsstatut“ ersetzen. An den Wahlen zu den verfassungsgebenden Versammlungen in den Ländern der US-Zone am 30.6.1946 beteiligte sie sich jedoch und gewann zehn Sitze in Württemberg-Baden, sieben in Großhessen und acht in Bayern. Auch bei den Verfassungsberatungen arbeitete sie mit.

<sup>535</sup> Oskar Schulze, 1890–1968. Syndikus der Arbeiterkammer Bremen, 1946–1952 MdBü (SPD) und Vors. des Ortsausschusses Bremen des DGB, Juni bis Dez. 1947 Vertreter Bremens im Wirtschaftsrat.

Willi Ewert, 1894–1970. Ingenieur, seit 1926 Vors. des Bundes der technischen Angestellten und Beamten (ButAB) im Weser-Ems-Gebiet, bis 1938 in einem Baugeschäft tätig, dann arbeitslos, 1940–1945 Angestellter der Standortlohnstelle Bremen, 1946/47 und 1948–1951 MdBü (SPD, parteilos), 1946 Sonderbeauftragter des Senats für die Hausbrandversorgung, 1946–1948 Senator in den Ressorts Wohnungswesen und Arbeit, 1949 aus der SPD ausgeschlossen, Geschäftsführer der Hanseatischen Wohnungsbaugesellschaft.

<sup>536</sup> Else Ernst, geb. Apelt, 1874–1946. Schriftstellerin, verfaßte Märchen, Novellen und Romane sowie zahlreiche Übersetzungen aus dem Englischen und Französischen; ältere Schwester von Hermann Apelt und Gattin des Schriftstellers Paul Ernst (1866-1937).

das Schloß werden eine Regelung erfordern. Aber bekommt Apelt die Einreise-Erlaubnis? Und wieviel Zeit erfordert solche Reise heute?

*Dienstag, 25. Juni 1946*

Im Senat auf Kaisens Anregung beschlossen, alle Hinweise auf die Militärregierung und deren Befugnisse in der brem[ischen] Verfassung zu streichen. Mir sympathisch, doch kann man auch sagen, es sei gut, auch in der Verfassung unsere Unfreiheit zum Ausdruck zu bringen.

[...]

*Mittwoch, 26. Juni 1946*

1½ Stunden Besprechung mit englischem Major Romberg.<sup>537</sup> Frage der Richter und des Landgerichtspräsidenten. Kaisen entläßt sich bei seiner kurzen Anwesenheit mit kräftigen Worten über die Unfähigkeit der Alliierten, Ordnung in der Welt zu schaffen; Flüchtlingseleid und Hungersnot. Romberg betont immer wieder, in England sei kein Haß gegen Deutschland; Kaisen: „dann Unfähigkeit, die Fragen großzügig zu lösen“.

[...]

Nachher Essen mit Prof. Schüssler<sup>538</sup> und Vortrag über „Deutschland und der mitteleuropäische Raum“. (Preußen, Österreich, Prinz Eugen und Bismarck; Hitlers Herkunft aus dem überhitzten Deutschtum des Österreichs nach 1866).

*Donnerstag, 27. Juni 1946*

[...]

Entwurf einer Adresse des Senats an Apelt zum 70. Geburtstag.<sup>539</sup> Nachmittags] 2½ Stunden in der Fraktion endlose und fruchtlose Entnazifizierungsdebatte.

*Freitag, 28. Juni 1946*

Im Senat unter anderem Besprechung der völlig verworrenen Lage der Finanzkompetenzen<sup>540</sup>; Wirrwarr der deutschen, amerikanischen und briti-

<sup>537</sup> Harold P. Romberg, Liaison Officer, Central Legal Office Hamburg.

<sup>538</sup> Dr. Wilhelm Schüssler, 1888–1965. Historiker, Bismarck-Forscher, Universitätsprofessor in Rostock, Würzburg, Berlin, Darmstadt; gebürtiger Bremer.

<sup>539</sup> Apelt vollendete am 10.7.1946 sein 70. Lebensjahr; die Senatsadresse wurde ihm am Vortrag überreicht, vgl. Kap. 3, Anm. 556.

<sup>540</sup> Sowohl das Oberfinanzpräsidium Weser-Ems als ehemalige Reichsbehörde als auch die Bremer Finanzverwaltung beanspruchten die Kompetenz für die Kontrolle der Besatzungskosten. Der Oberfinanzpräs. war für die Eingänge an Reichssteuern in Bremen und Wesermünde, der Bremer Finanzsenator für die (vorschußweise gezahlten) Reichsausgaben in der Hansestadt zuständig. Zur Bereinigung des Wirrwarrs hatte der Oberfinanzpräs. seine Unterstellung unter den Bremer Senat vorge-

schen Stellen; Unfähigkeit des gegenwärtigen Präsidenten des Oberfinanzamtes Bremen.

Nachmittags nochmalige Durchsicht der Verfassung im Verf[assungs]-ausschuß. Die Militärregierung überall gestrichen. Einigung im übrigen. In der Bürgerschaft soll nur Kaisen eine kurze Erklärung namens aller Fraktionen abgeben; dann Annahme durch alle Fraktionen.

[...]

*Samstag, 29. Juni 1946*

[...]

*Sonntag, 30. Juni 1946*

Sonnig. Morgens 15 Grad C. Nachm[ittags] warm (ca. 30 Grad).

Vormittags in Oberneuland, um den kranken Nebelthau zu besuchen. Schöne Wanderung durch die reifenden Felder. Ich leide darunter, daß ich infolge meines Amtes zu wenig gehe und daß ich zu wenig ins Freie – in die Freiheit – komme.

[...]

*Montag, 1. Juli 1946*

[...] Walter Lisco beginnt sein sechstägiges „Schippen“ in Hastedt.<sup>541</sup> [...]

*Dienstag, 2. Juli 1946*

*Senat.* Steigende Verworrenheit der Zuständigkeiten (Amerika, England, deutsche Stellen usw.). – Elend der Verwahrlosung der Jugend (bis zum Alter von 9 bis 12 Jahren herunter!).<sup>542</sup>

*Mittwoch, 3. Juli 1946*

Schwierigkeiten der Fraktionen der SPD und KPD über die Bestimmungen des Verfassungsentwurfs betr[effend] Kammern. Die SPD will Angestellten- und Arbeiterkammer vereinigen, die KPD eine einzige einheitliche

schlagen. Dieser war einverstanden, legte aber vor allem Wert darauf, „daß die Finanzhoheit für Bremen bei den Amerikanern verbleibe“. (Senatsprotokoll 28.6.1946, StAB: 3/3).

<sup>541</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 456.

<sup>542</sup> Ehlers berichtete über die Feststellungen zur Beantwortung einer kleinen Anfrage der BDV über die Verwahrlosung der weiblichen Jugend. Zusammen mit Mitteilungen des Polizeipräs. und des Präs. des Gesundheitsamtes ergaben seine Ausführungen „ein erschütterndes Bild“. Der Senat beschloß, die Anfrage nur mündlich zu beantworten. (Senatsprotokoll 2.7.1946, StAB: 3/3; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft, 18.7.1946, S. 113–116). Am 22.7.1947 veröffentlichte der Senat einen „Bericht über die Verwahrlosung der Jugend“, in: Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft 1947, S. 89–91.

Wirtschaftskammer. Ich schlage Kaisen Kompromiß vor: Die Bestimmungen über die Kammern bleiben unverändert, können aber durch einfaches Gesetz geändert werden.<sup>543</sup>

Nachmittags über zwei Stunden Fraktionssitzung. Neugliederung des Reichs; meine Richtlinien einstimmig genehmigt.<sup>544</sup> – Beratung über Fortbestehen der Brem[er] Demokr[atischen] Volkspartei und ihr Verhältnis zu den großen Reichsparteien (Christl[ich]-Dem[okratische] Union, Niedersächs[ische] Landespartei, Freie Demokraten).<sup>545</sup> Fortbestehen nur als Oberorganisation für die Wahlen möglich.

[...]

Donnerstag, 4. Juli 1946

Sitzung bei Kaisen mit Fraktionsführern; Kammerfrage.<sup>546</sup>

[...]

Nachmittags drei Stunden *Bürgerschaft. Brem[er] Verfassung einstimmig angenommen*. Kaisens Rede dazu; sonst keine Debatte.<sup>547</sup> Desto mehr Erörterungen über Entnazifizierung; Erling kritisiert; O. Schulze sagte den Amerikanern, wenn solche Leute durchkämen, würde der Hauptausschuß sein Amt niederlegen.<sup>548</sup>

<sup>543</sup> Die Bremer Verfassung vom 18.5.1920 hatte sechs Kammern vorgesehen, darunter eine Arbeiter- und eine Angestelltenkammer. Diese beiden Kammern waren 1936 aufgelöst und durch Verordnung vom 12.7.1945 wiederhergestellt worden. In der Bremer Verfassung von 1947 wurde im Artikel 46 nur eine paritätisch mit Arbeitnehmer- und Unternehmervertretern besetzte „Wirtschaftskammer“ genannt, die der „Förderung der Wirtschaft und der Sozialpolitik“ dienen sollte. Die Arbeiter- und die Angestelltenkammer bestanden aber aufgrund der für sie geltenden Sondergesetze fort. (Vgl. Spitta, Kommentar, S. 105 und Fischer, Bremische Kammern, insbes. S. 104–176).

<sup>544</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 503.

<sup>545</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 375 und 527. Nachdem sich die CDU von der BDV getrennt hatte, erhielt als weitere Abspaltung die Bremer FDP am 10.7.1946 ihre Lizenz. Zu einer strikten organisatorischen Trennung zwischen beiden Parteien kam es jedoch erst, als die BDV am 8.12.1946 beschloß, eine Doppelmitgliedschaft nicht länger zu dulden. Die neue Gruppierung erlangte zunächst nur geringe politische Bedeutung. Die verwirrenden Verhältnisse im liberalen Parteienspektrum Bremens klärten sich 1951/52, als die verschiedenen Organisationen nach und nach unter dem Namen der FDP fusionierten. (Hein, Milieupartei, S. 75–83 und Roth, Parteien und Wahlen, S. 18).

<sup>546</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 543.

<sup>547</sup> Nachdem der Verfassungsausschuß einige Änderungen durchgesetzt hatte, nahmen die drei Fraktionen den von Spitta erarbeiteten Senatsentwurf für die bremische Verfassung in einmaliger Lesung einstimmig an. Sie verzichteten auf eine Debatte und ließen Kaisen in seiner Eigenschaft als Bürgerschaftspräs. eine kurze, feierliche Erklärung abgeben. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 72f.)

<sup>548</sup> Entnazifizierungsdebatte ebenda, S. 73–80. O. Schulze kritisierte nur allgemein, daß „die Großen“ weit bessere Möglichkeiten der Verteidigung und Entlastung hätten als die „kleinen Leute“. Der Name Erling wurde nur von dem Redner der KPD genannt.



Ehlers Rede über Wohnungselend (gut).<sup>549</sup>

[...]

*Freitag, 5. Juli 1946*

Im *Senat* Ernährungsfragen; der verhängnisvolle *Fettmangel*.<sup>550</sup> Nachm[itags] angenehme Verhandlung mit englischen Vertretern der Mil[itär]regierung über das Verwaltungsgerichtsgesetz (Harvey).<sup>551</sup> Es wirkt auch immer erfreulich auf mich, daß ich die Engländer gut verstehen kann, während ich bei den Amerikanern meist versage.

[...]

*Samstag, 6. Juli 1946*

Kaisen für mehrere Tage in Verhandlungen in Celle.<sup>552</sup> Auch tom Moehlen für Wochen abwesend. Vertretung Kaisens ohne Hilfskraft, die Bescheid weiß, schwierig. Es sind keine Juristen in den Staatsdienst zu bringen. Jeder zieht den freien Anwaltsberuf vor. Nachmittags Lutz Bücking; seine Erfahrungen mit der Jugend. Bei der regeren [Jugend] Abneigung gegen alles Parteipolitische. [...]

*Sonntag, 7. Juli 1946*

Der schöne Vormittag ging durch eine mehrstündige Mitgliederversammlung der Brem[er] Demokr[atischen] Volkspartei verloren; Verhältnis zur CDU und FDP erörtert; Auflösungsbestrebungen abgeschlagen.<sup>553</sup> Bester Redner Wenhold; sein Antrag angenommen.

[...]

<sup>549</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 87.

<sup>550</sup> Veranlaßt durch eine Mitteilung Bölkens über geplante Kürzungen der Zucker- und Fettationen ab 21.7.1946, äußerte Harmssen die Befürchtung, daß sich besonders die Reduzierung der Fettzuteilung verhängnisvoll auf die Arbeitsmoral auswirken werde. Die Arbeiter seien „nicht mehr in der Lage und gewillt, [...] bei den kürzeren Rationen ihre Arbeitspflichten zu erfüllen“. (StAB: 3/3). Die Fettationen wurden in der Britischen Zone von ursprünglich 500 g für einen Normalverbraucher in vier Wochen am 27.7.1945 auf 400 g und am 22.7.1946 auf 200 g herabgesetzt, die Zuckerzuteilung von 1000 g am 17.9.1945 auf 700 g und am 22.7.1946 auf 475 g. (Stüber, Kampf gegen den Hunger, S. 810).

<sup>551</sup> Das Verwaltungsgericht Bremen war am 30.11.1945 vorläufig wiedererrichtet und Dr. Arnold Appel mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Präs. beauftragt worden. (Vgl. Kap. 2, Anm. 106). Am 1.2.1946 wurde die Wiedereinführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Bremen durch Gesetz sanktioniert (Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen 1946, S. 17–21) und dieses am 11.7.1946 durch Verordnung in Kraft gesetzt (ebenda, S. 76).

<sup>552</sup> Tagung des Gebietsrates Niedersachsen.

<sup>553</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 545.

*Montag, 8. Juli 1946*

Verhandlung mit Wilhelm Kiesselbach und anderen Hamburgern über Amtsgericht Dorum, hannoversche Ausdehnungsbestrebungen, Besetzung der Richterposten. – W. Kiesselbach soll Justizminister der britischen Zone werden.<sup>554</sup>

Nachher Besprechung mit Apelt und Harmssen über Wirtschaftsorganisationen, Kammern, Zonenspitze usw.

Nachmittags Besuch eines englischen Obersten (Spence?) mit Major Romberg. Es ist eine entschiedene Wandlung der äußeren Form, daß diese Herren jetzt zu mir kommen und ich nicht zu ihnen befohlen werde, wie es anfangs war.

[...]

*Dienstag, 9. Juli 1946*

Im Senat lebhaft, zum Teil erregte Aussprache über die *Ernährungslage*; Harmssens Schilderung der Not der Arbeiter und des angeblich noch guten Lebens der Landleute. Zusammenstoß Kaisen – Harmssen. Es wurde ernstlich die Frage aufgeworfen, ob der gesamte Senat zurücktreten solle, weil er bei dieser Ernährungslage die Verantwortung nicht länger tragen könne. Mit Recht bekämpfte Theil solche aus der Erregung geborenen Entschlüsse.<sup>555</sup>

Zum Schluß des Senats ausführliche, anerkennende Rede Kaisens auf Apelt. Überreichung der *Adresse des Senats*.<sup>556</sup>

[...]

Abends Ferngespräch Kaisen – Tantzen über Ernährung und Kürzungen der Rationen. Sturmsignal an Zonenrat zurückgehalten. Notwendigkeit, Fettprodukte (Kopra, Ölsaaten usw.) einzuführen; sonst Not im Winter.

[...]

<sup>554</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 513.

<sup>555</sup> Die Debatte wurde durch den Bericht Bölkens ausgelöst, daß seine Bemühungen bei Oldenburger Stellen, Bremen von der vorgesehenen Rationskürzung auszunehmen (vgl. Kap. 3, Anm. 550), gescheitert seien. Der Senat beschloß, die Militärregierung in einem Schreiben zu ersuchen, daß in Bremen die für die Britische Zone vorgesehenen Kürzungen nicht zur Anwendung gelangen, sondern die Zuteilungssätze der US-Zone gelten sollten. Für den 15.7.1946 wollte er außerdem eine Sondersitzung der Bürgerschaft einberufen. (StAB: 3/3).

<sup>556</sup> Kaisen würdigte das vielfältige Schaffen Apelts vor 1933 und seine Bedeutung für die Entwicklung Bremens als Seehandels- und Hafenstadt. Insbesondere hob er Apelts Bereitschaft hervor, 1931 das undankbare Amt des Finanzkommissars zu übernehmen, in dem er entscheidend zur Abwendung des Staatsbankrotts beigetragen habe. Die Adresse des Senats zu Apelts 70. Geburtstag war von Spitta entworfen. (Senatsprotokoll 9.7.1946, StAB: 3/3), vgl. Kap. 3, Anm. 539.

*Mittwoch, 10. Juli 1946*

Mittags beim *siebzigjährigen Apelt*. Großer Strom der Verehrer und Freunde. Abends von 7½ bis 11 Uhr mit 20 bis 30 Gästen bei Apelt. Auch Knittermeyers dort. Meine Rede auf den Siebzigjährigen. Apelts schöne Antwort mit etwa 20 Dankworten verschiedener Form und verschiedenen Inhalts. Goethe-Gedichte, vorgetragen von Frau Backhaus, Aufführungen und Scherze. Das Schönste ein Mozart und ein Bach von der Geigerin Marie-Luise Ulrich.

*Donnerstag, 11. Juli 1946*

Oberregierungsrat Behrens an Furunkel in der Nase und Gesichtsrose erkrankt; 40° Fieber, ernste Sorge um sein Leben. Besuche ihn im Krankenhaus zum Roten Kreuz. Kaisen sagt, sein Ableben würde ein schwerer Schlag für Bremen sein; er sei unersetzlich.

Nachmittags *Senat*. Ernährungsfrage beraten; Fettkürzung um 50 Prozent. Kaisens Verhandlung mit der Militärregierung. Frage, ob Bremen wieder der amerikanischen Zone einverleibt werden soll, gegebenenfalls unter Vergrößerung der Enklave. Für die Finanzen erwünscht. Denkschrift darüber?<sup>557</sup> Wie konnte es zu der tiefeinschneidenden Fettkürzung in der britischen Zone kommen? Die Verhältnisse waren seit Monaten zu übersehen. Spielt die hohe Politik hinein? Will England drastisch zeigen, daß seine Zone ohne deutsche Zentrale und einheitliche Wirtschaft Deutschlands lebensunfähig ist?

Wahlen zum Verwaltungsgericht und Inkrafttreten des Gesetzes.<sup>558</sup> Amerik[anisches] Liebesgabenpaket des Evangel[ischen] Hilfswerkes. Es ermöglicht uns, Margarete, Paula und Gretchen Delhaes etwas zu schicken. Fast ebenso nötig wie Lebensmittel sind Schnürbänder für Schuhe, Gummibänder, Kragenknöpfe, nicht zu reden von Schuhen und Textilien.

*Freitag, 12. Juli 1946*

[...]

<sup>557</sup> Bei seinen intensiven Bemühungen um Abwendung einer Hungersnot war Kaisen mit dem oldenburgischen Ministerpräs. Tantzen übereingekommen, daß dieser beim Zonenbeirat intervenieren würde. Er selbst hatte eine von Bölken verfaßte Denkschrift über die Ernährungskrise der amerikanischen Militärregierung übergeben und war daraufhin aufgefordert worden, ausführlich zu einer vollständigen Eingliederung Bremens in die amerikanische Zone Stellung zu nehmen. Kaisen bat die einzelnen Ressorts, ihre Haltung zu dieser Frage darzulegen und beauftragte Spitta, die Äußerungen in einer Denkschrift zusammenzufassen. (Senatsprotokoll 11.7.1946, StAB: 3/3).

<sup>558</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 551. Bei den Verfahren vor dem Verwaltungsgericht hatten ein Vorsitzender, zwei beamtete und zwei ehrenamtliche Richter zu entscheiden, die auf die Dauer von vier Jahren gewählt wurden.

*Samstag, 13. Juli 1946*

An Kaisens Stelle Verhandlung mit den Fraktionsführern. Angenehmer Verlauf: 1.) Ernährungslage. Gemeinsame EntschlieÙung verabredet. 2.) Wahl eines Vertreters der Bürgerschaft in den Neugliederungsausschuß des Zonenrats. Ich schlage Kaisen vor. Zustimmung. Neugliederung besprochen. 3.) Deputationen nach neuem Verfassungsrecht.<sup>559</sup>  
[...]

*Sonntag, 14. Juli 1946*

[...] Nachmittags 4 Uhr *Oberreg[ie]rungs[rat Behrens verschieden*. Ein schwerer Verlust für Bremen und mich persönlich.  
[...]

*Montag, 15. Juli 1946*

Besprechung mit Kaisen über Neugliederung der britischen Zone und Wahl eines Vertreters der Bürgerschaft in den Verfassungsausschuß des Zonenbeirats. Wahl eines Regierungschefs durch Anweisung ausgeschlossen; Kaisen also nicht wählbar. Ist ein Mitglied der Regierung wählbar? Ich wurde schon Samstag von den Fraktionsführern genannt, hoffe, daß der Kelch an mir vorübergeht. Handelsk[ammer]-Präses Wilkens? Im übrigen haben die Engländer den Verfassungsausschuß völlig gebunden. In ihrer Anweisung steht: *Nicht mehr als fünf Länder, möglichst weniger!*<sup>560</sup> Damit

<sup>559</sup> Die in Bremen (und Hamburg) altbewährten Deputationen – von Regierung und Parlament besetzte Ausschüsse, die die Mitwirkung der Bürger an der Verwaltung gewährleisten sollten –, waren 1933 beseitigt und nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs vorläufig wieder errichtet worden. Ihre Kompetenzen und Rechtsstellung waren zwischen dem Senat und der Militärregierung strittig, da sie dem Prinzip der Gewaltentrennung zwischen Gesetzgebung und Verwaltung widersprachen. Spitta erstrebte, den Deputationen die traditionellen Funktionen und Befugnisse nach der Verfassung von 1920 wiederzugeben. (Vgl. Spitta, Kommentar, S. 196–206 und 234–240).

<sup>560</sup> Schreiben des Verbindungsstabes der Britischen Kontrollkommission an den Zonenbeirat vom 4.7.1946, das bei dessen 5. Sitzung am 10./11.7.1946 in Hamburg behandelt wurde (abgedr. in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 612–615): Ein Sonderausschuß des Zonenbeirats sollte bis zum 30.9.1946 einen ausführlichen Plan für die „territoriale Neugliederung“ der Britischen Zone, die Schaffung von maximal fünf „Ländern“ und den Neuaufbau der Verwaltung vorlegen. Wichtige Bereiche blieben der Zuständigkeit der Länderregierungen entzogen, um sie einer künftigen Zentralverwaltung vorzubehalten, so Finanzen und Währung, das Transportwesen, Post und Telegraphie, Arbeitseinsatz, Ernährung und Landwirtschaft. Bzgl. der Zusammensetzung des Sonderausschusses beschloß der Zonenbeirat, nur Vertreter der Parteien als stimmberechtigte Mitglieder zuzulassen, Vertreter der Länder und von der Kontrollkommission vorgeschlagene Fachleute dagegen nur als Sachverständige ohne Stimmrecht heranzuziehen (ebenda, S. 615). An der 1. Sitzung des Sonderausschusses nahmen nach einem Verzeichnis vom

ist Niedersachsen festgelegt, und es fragt sich nur, wie ist Bremens Stellung darin? Amerikanischer Einfluß? Rückkehr Bremens in die amerikan[i-sche] Zone?

[...]

Sitzung mit Nolting-Hauff und anderen über Rechte der wieder zugelassenen Beamten.<sup>561</sup>

Nachmittags] 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden *Bürgerschaft über Ernährungslage*. Gute Rede von Wolters. Traurige Lage derjenigen, die keine Zulagen, Kleingärten usw. haben.<sup>562</sup>

[...]

*Dienstag, 16. Juli 1946*

*Senatssitzung*. Beginn der Aussprache über die Stellung Bremens zu den Besatzungszonen; amerikan[isch] oder englisch?

Die *Militärregierung hat die Veröffentlichung der gestrigen Entschließung der Bürgerschaft über die Ernährungslage verboten*.<sup>563</sup> Kurzen Nachruf für O[ber] R[egierungs] R[at] Behrens diktiert.<sup>564</sup>

[...]

10.8.1946 mehrere Regierungschefs als Ländervertreter teil; für Bremen war der von der Bürgerschaft nominierte Martin-Heinrich Wilkens zugegen (so Kaisen in den Senatssitzungen am 17.7. und 2.8.1946, StAB: 3/3; die Angabe „Wilhelm“ im Teilnehmerverzeichnis – ebenda, S. 616 – ist offensichtlich falsch).

<sup>561</sup> Strittig war, ob die rehabilitierten Beamten ein Recht auf Wiedereinsetzung in ihre frühere Position oder nur auf Wiederbeschäftigung hatten. Der Senat beauftragte einen Ausschuß, diese Angelegenheit mit dem Ziel zu klären, daß im Hinblick auf die aktuelle Notsituation nicht unbedingt eine Einweisung in das frühere Amt und eine Wiedereinstellung erst bei Freiwerden einer Planstelle erfolgen solle (Senatsprotokoll 28.5.1946, StAB: 3/3).

<sup>562</sup> Wolters erstattete eindrucksvoll Bericht über die Krise in der Lebensmittelversorgung und die Anstrengungen der Bremer Verwaltung innerhalb des engen, von der britischen Militärregierung vorgegebenen Rahmens Besserungen zu erreichen. Dabei hob er als besonders gravierendes Problem die unzureichende Fettversorgung hervor und schilderte die Not der Bevölkerungskreise, denen lediglich die Normalverpflegung zur Verfügung stand. Er forderte von den Besatzungsmächten, Deutschland als Wirtschaftseinheit zu behandeln, um so einen regionalen Ausgleich in der Nahrungsmittelbelieferung zu ermöglichen. Außerdem müsse der Spielraum der deutschen Verwaltung bei der Verteilung der Bestände erweitert werden. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 89–97).

<sup>563</sup> Die am 13.7.1946 von den drei Bürgerschaftsfraktionen gemeinsam erarbeitete Entschließung verlangte eine „gründliche Revision“ der Ernährungspolitik, „weil ihr Ergebnis immer mehr einer Aushungerungspolitik gleichkommt“. Im einzelnen wurde die Auflösung des Reichsnährstandes, verstärkte Einfuhr von Lebensmitteln, ihre Bewirtschaftung durch deutsche Verwaltungsstellen und eine genauere Kontrolle der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte gefordert. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 9).

<sup>564</sup> Weser-Kurier Nr. 57 v. 17.7.1946, S. 3; Bremisches Jahrbuch 42 (1947), S. 218–222.

*Mittwoch, 17. Juli 1946*

*Außerordentliche Sitzung des Senats* über Neugliederung der britischen Zone und die Frage der Zonenzugehörigkeit Bremens. Fast dreistündige Aussprache. *Der Senat für völliges Aufgehen Bremens in die amerikanische Zone*; nur so kann auch Bremens Ländereigenschaft erhalten bleiben. Die Forderungen Bremens bei einer Eingliederung in Niedersachsen soll ich bearbeiten. Föderatives Niedersachsen bestehend aus den vier Ländern? Anschluß Bremens an amerikanische Zone nicht ohne Schattenseiten.<sup>565</sup>

Nachmittags Fraktionssitzung der Br[emer] D[emokratischen] V[olks-]  
partei]. Meine Aufzeichnung über die Neugliederung<sup>566</sup> ist von Bote an Herzog Ernst August geschickt.

[...]

*Donnerstag, 18. Juli 1946*

Trauerfeier für O[ber]r[egierungs] R[at] Behrens; ergreifende Ansprache Kaisens hinter der die Trauerrede Pastor Rahms ganz bedeutungslos wurde.

Dr. Ahlers, Präsident der Brem[ischen] Ev[angelischen] Kirche und Inhaber vieler Ehrenämter, früher von den Amerikanern in jeder Beziehung begünstigt, noch vor wenigen Wochen als Landgerichtspräsident gewünscht, ist *durch Befehl der Mil[itär]regierung aus der Bürgerschaft ausgeschlossen*, ohne Mitteilung der Gründe.<sup>567</sup>

Nachm[ittags] Bürgerschaft. Einstimmige Wahl des Handelskammerpräses Wilkens in den Verfassungsausschuß des Zonenbeirats. (Kaisens Bemühung zu verdanken).<sup>568</sup>

<sup>565</sup> Bei seiner Sondersitzung über die Stellung Bremens zu den Neuordnungsplänen für die Britische Zone kam der Senat nach einem Bericht vom Moehls über den Auftrag der Kontrollkommission an den Zonenbeirat (vgl. Kap. 3, Anm. 560) zu dem Entschluß, primär die Wiedererrichtung einer amerikanischen Enklave Bremen zu betreiben. Da die Erhaltung eines selbständigen Landes Bremen innerhalb der Britischen Zone bei den Vorgaben der Militärregierung unmöglich sei, müßten die Nachteile, die sich aus der Abtrennung des bremischen Hinterlandes ergäben, in Kauf genommen werden. Bedingungen für einen Anschluß an Niedersachsen sollten, wenn er als unvermeidlich erscheine, zu einem späteren Zeitpunkt formuliert werden. (Senatsprotokoll 17.7.1946, StAB: 3/3). Kaisen warb in einem großen Artikel im *Weser-Kurier* Nr. 58 v. 20.7.1946, für die staatsrechtlichen Bestrebungen Bremens: „Bremen und die Neugliederung der englischen Zone“.

<sup>566</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 503.

<sup>567</sup> Dr. Richard Ahlers wurde aus allen öffentlichen Ämtern mit der Begründung entlassen, daß er als Präses der BEK deren Entnazifizierung nicht energisch genug betrieben habe. Tatsächlich hatte er sich um energischeres Vorgehen bei der Selbstreinigung der Kirche bemüht, war aber am passiven Widerstand des vorläufigen Kirchenausschusses gescheitert. Vgl. Kap. 2, Anm. 93.

<sup>568</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 560.

Vortrag des Professors *Samhaber* („Zeit“) über Nordamerika.<sup>569</sup> Drei Bewegungen: 1.) Nord-Süd, 2.) Ost-West, 3.) untere Schicht gegen obere Schicht; demgemäß drei Gruppen in der demokratischen Partei der USA. Um 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr mit Samhaber im Gästehaus gegessen. Dann 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden Vortrag über Europa. Innerrussische Verhältnisse; gewaltsame Rückkehr der „Evakuierten“ in die Ukraine, wo Aufbau noch unfertig.<sup>570</sup> Zielrichtung der russisch[en] Politik Dardanellen und Mittelmeer, Vorderasien. Optimistische Auffassung über Deutschland; Amerikas Notwendigkeit, beim Abbau der Kriegswirtschaft zu exportieren (Werkzeug, schwere Hammer, Maschinen usw.); dafür nur Deutschland Markt.<sup>571</sup> Beteiligung der Amerikaner an der deutschen Wirtschaft. Optimistischer Termin: November-Wahlen in USA.

*Freitag, 19. Juli 1946*

Im Senat Verwaltungsgerichtsbarkeit und Beamtenrechte der wieder zugelassenen Beamten.<sup>572</sup>

*Dr. Ahlers* auch als *Kirchenpräsident* von Mil[itär]reg[ierung] entlassen; Grund: Entnazifizierung in der Kirche nicht durchgeführt. Besprechung

<sup>569</sup> Dr. phil. Ernst Samhaber, 1901–1974, Journalist, Spezialgebiet: USA und Südamerika. In Chile geboren und aufgewachsen, 1918–1923 Studium der Philosophie, Jura und Geschichte in Deutschland, Mitarbeiter der Deutschen Allgemeinen Zeitung, a.o. Professor an der Universität Santiago, 1933–1937 Mitarbeiter des Reichspropagandaministeriums, aber nicht Md. der NSDAP, 1941–1944 Südamerika-Korrespondent der Wochenzeitung *Das Reich*; 1946 Chefredakteur der »Zeit«, im Aug. 1946 durch Spruch eines deutschen Entnazifizierungsausschusses Verbot jeder journalistischen Arbeit wegen der Tätigkeit im Reichspropagandaministerium, 1947 Aufhebung des Urteils im Berufungsverfahren. – In einem Artikel über die USA in der »Zeit« vom 4.7.1946 hatte Samhaber den bürgerlichen Pioniergeist der USA als Grundlage der Freiheit und des Aufstiegs gerühmt und für das daniederliegende Deutschland daraus den Schluß gezogen: „Nur auf unserer persönlichen Leistung steht unsere Zukunft, nicht auf Staatshilfe. [...] Es gibt nur die bürgerliche oder die sozialistische Lösung, den Weg der verantwortungsbewußten Einzelpersonlichkeit oder den der großen Masse.“

<sup>570</sup> Nach der Vereinbarung von Jalta wurden Bürger der Sowjetunion – Kriegsgefangene und Displaced Persons – auch gegen ihren Willen repatriiert.

<sup>571</sup> Die Zielsetzung der amerikanischen Politik, durch den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas unter vorsichtiger Einbeziehung Westdeutschlands die Grundlage für die Wiederherstellung einer „freien“ Weltwirtschaft zu schaffen, ist wiederholt behandelt worden, u.a. von Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft; Manfred Knapp, Deutschland und der Marshallplan, in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Politische und ökonomische Stabilisierung, S. 19–43; John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976.

<sup>572</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 551 und 561.

mit Kirchengemeinderat über die Lage. Ich dränge, daß der Kirchengemeinderat seine Tätigkeit abschließt und einen Kirchentag beruft.<sup>573</sup>

[...]

*Samstag, 20. Juli 1946*

Rathausarbeit. Carstens kommt zum „Schippen“ und geht anschließend auf Urlaub. (Borkum! Das ist doch wieder möglich!).

[...]

*Sonntag, 21. Juli 1946*

[...]

*Montag, 22. Juli 1946*

Man wird gerade mit den laufenden amtlichen Sachen fertig; zu größeren Sachen, z.B. der Denkschrift über Bremens Sonderrechte in einem Lande Niedersachsen, kommt man nicht, – nicht einmal zum Überdenken, geschweige denn zur Niederschrift.<sup>574</sup>

[...]

Besuch des fünfundsechzigjährigen Dr. Dronke, der aus Bayern heimgekehrt; er schildert die gute Verpflegung in Bayern auf dem Lande und das friedensmäßige Leben der bayer[ischen] Bauern.

<sup>573</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 91. Durch eine Verfügung des Reg. Bgm. vom 15.6.1945 war die Kirchenverfassung von 1920 wieder in Kraft gesetzt und ein vorläufiger Kirchengemeinderat berufen worden, der für die ordnungsgemäße Wahl des Kirchentages sorgen und sein Mandat dann an einen von diesem Gremium gewählten regulären Kirchengemeinderat abgeben sollte. Die Militärregierung war mit der Arbeit des vorl. Kirchengemeinderates wegen seiner geringen Bereitschaft zur Entnazifizierung unzufrieden, was sie am 12.7.1946 durch die Entlassung mehrerer belasteter Pastoren und am 19.7.1946 durch die Absetzung des Kirchenpräses Ahlers zum Ausdruck brachte. Der erste Kirchentag nach dem Krieg und die Wahl des neuen Kirchengemeinderates fanden schließlich am 9.10.1946 statt. Präses wurde Ferdinand Donandt. (Vgl. Meyer-Zollitsch, Evangelische Kirche, S. 317–331; Clemens Vollnhals, Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit, München 1989, S. 222–231).

<sup>574</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 557.



*Dienstag, 23. Juli 1946*

Im *Senat* Denkschrift tom Moehls über Enklave nicht ganz nach meinen Ansichten. Einige Änderungen durchgesetzt.<sup>575</sup> Deputationsgesetz beraten.<sup>576</sup>

Zwei neue kommunistische Senatoren sollen der Mil[itär]reg[ierung] vorgeschlagen werden: Häusler<sup>577</sup> für Wohnungsamt und Brennstoffversorgung, Frau Popall für Gesundheitswesen.<sup>578</sup> Beide „Halbsenatoren“. Abends Essen und Zusammensein mit Minister *Schlange-Schöningen*;<sup>579</sup> guter Eindruck. Schlange-Schöningen pessimistisch für die nächste Zeit: Keine Besserung der Fettversorgung.<sup>580</sup> Steigerung der Kalorien im Herbst wohl auf 1800, vielleicht sogar auf 2000 (Brot und Kartoffeln); notwendig 3000 Kalorien. Steigerung der landwirtschaftl[ichen] Produktion um 80 Prozent im Laufe längerer Zeit möglich. Veredelungswirtschaft.

*Mittwoch 24. Juli 1946*

Besprechungen am laufenden Bande über Enklavefrage; ich überzeuge Kaisen, daß wesentliche Änderungen des gestern genehmigten Schreibens nötig sind; Übereinstimmung mit Apelt.

[...]

Mit Kaisen über die Wahlaussichten und die allgemeine Lage, Fehlen des Nachwuchses usw. Kaisen über die Rolle der Überseekaufleute; „wir Sozialdemokraten können den Wiederaufbau nicht allein machen.“ – Wel-

<sup>575</sup> Die Differenzen sind aus dem Senatsprotokoll nicht ersichtlich. Der Senat beschloß, detaillierte Vorschläge für die Wiederherstellung der amerikanischen Enklave erst nach einer diesbezüglichen Grundsatzentscheidung der Besatzungsmächte vorzulegen. In einer Besprechung mit Kaisen hatte Oberst Welker am 9.7.1946 erklärt, daß Bremen nach amerikanischer Auffassung selbständiges Land mit den gleichen Rechten wie Hamburg werden müsse. Den Bremer Vertretern im Sonderausschuß des Zonenbeirats (vgl. Kap. 3, Anm. 560) gab die US-Militärregierung entsprechende Verhandlungsrichtlinien. (Senatsprotokoll 23.7.1946, StAB: 3/3).

<sup>576</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 559.

<sup>577</sup> Albert Häusler, 1899–1977. Dreher, seit 1917 freigewerkschaftlich, seit 1919 in der KPD organisiert; nach 1933 illegale Arbeit, 1933/34 inhaftiert. Nach Kriegsende Vors. des Bezirks Bremen-Nord der KPD, 1946–1948 MdBü, zeitweise ihr Vizepräs., Aug.–Nov. 1946 halbamtl. Senator für Wohnungswesen und Brennstoffbeschaffung.

<sup>578</sup> Käthe Popall, 1907–1984. Kaufmännische Angestellte, zeitweise als Textilarbeiterin tätig; seit 1922 in der SAJ, SPD, später in der KPD organisiert; nach 1933 illegale Inlands- und Auslandsarbeit, 1935 in Berlin verhaftet, bis 1945 im Zuchthaus; gehörte nach Kriegsende der Landesleitung der Bremer KPD an, 1946–1951 MdBü, zeitweilig ihre Vizepräs., 1946 halbamtl. Senatorin für das Gesundheitswesen und erstes weibliches Md. des Bremer Senats, 1946–1948 halbamtl. Senatorin für Schulen und Erziehung und Senatorin für das Flüchtlings- und Wiedergutmachungswesen. (Vgl.: Albeit/Wollenberg, Käthe Popall).

<sup>579</sup> Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft der Britischen Zone. Vgl. Kap. 3, Anm. 485.

<sup>580</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 550.

ker erzählte ihm das Ergebnis der Wahlumfrage der Amerikaner in Bremen: Kommunisten 0,7 Prozent (!), SPD und Bürgerliche nahezu gleich.

*Donnerstag, 25. Juli 1946*

Fassung des Schreibens an Mil[itär]reg[ierung] über Enklave nach neuen Besprechungen mit Kaisen und tom Moehlen endgültig festgestellt.<sup>581</sup>

Wünsche des amerikan[ischen] Staatsrechtsprofessors von Harvard,<sup>582</sup> daß auch in unsere bremische Verfassung die allgemeinen Menschenrechte aufgenommen würden. Wir warten ab. Derselbe Professor erklärt als amerikan[isch]-britische Auffassung, daß das deutsche Reich kein Bundesstaat, sondern nur ein Bund mit starken Ländern werde.

Das große, industrielle Land *Rheinland-Westfalen*, das ohne Mitwirkung der deutschen Stellen von England geschaffen ist,<sup>583</sup> hat die Kohlen- und Stahlproduktion eines großen Teils von Europa in der Hand. Große Bedenken; zum Segen kann dies Land nur werden, wenn von da aus die *wirtschaftl[iche] Einheit West-Europas* ausgeht. [...]

*Freitag, 26. Juli 1946*

Kaisen und Wenhold in die russische Zone gefahren (Weimar usw.).<sup>584</sup> Senat. [...]

<sup>581</sup> Das Schreiben des Präs. des Senats an die Militärregierung vom 25.7.1946 befindet sich im StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2. Kaisen bezeichnet darin die durch den Vertrag vom 10.12.1945 getroffene Regelung als Fehlschlag und plädiert für die Eingliederung Bremens und eines erweiterten Umlandes in die amerikanische Zone. Im selben Sinn hatte sich der Leiter der Civil Government Division, Lt. Col. Harold H. Crabill, bereits am 22.6.1946 in einem Schreiben an Welker geäußert (ebenda).

<sup>582</sup> Dr. phil. Dr. jur. h.c. Carl Joachim Friedrich, 1901–1984. Politologe, 1927 Assistant Prof. Harvard University, 1936 Professor ebenda, 1955 außerdem ord. Prof. Univ. Heidelberg, in der Civil Administration Division von OMGUS Referent für Verfassungsfragen.

<sup>583</sup> Die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen wurde am 21.6.1946 von der britischen Regierung beschlossen und am 17.7. von der Kontrollkommission in Berlin bekanntgegeben. Am 24.7. wurde Rudolf Amelunxen zum ersten Ministerpräs. ernannt. Die Entscheidung kam für die deutschen Politiker überraschend. Im Vorfeld hatte es aber in Westfalen und der Nordrhein-Provinz eine ebenso lebhaft diskussion über die territoriale Neuordnung der Britischen Zone gegeben wie in Bremen. Dabei hatte sich Lehr für die Angliederung Westfalens, Amelunxen mit anderen Spitzenrepräsentanten dieser Provinz dagegen für deren Selbständigkeit ausgesprochen. Für die Kontrollkommission, deren Votum in London schließlich den Ausschlag gegeben hatte, waren die Argumente der deutschen Befürworter Nordrhein-Westfalens durchaus von Bedeutung gewesen. (Vgl. Peter Hüttenberger, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973; Wolfgang Hölscher (Bearb.), *Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46*, Düsseldorf 1988, S. 34–57, 79–81).

<sup>584</sup> Vgl. Kaisens Bericht in seinen Memoiren: *Meine Arbeit, mein Leben*, S. 246–257.

*Samstag/Sonntag, 27./28. Juli 1946*

[...]

*Montag, 29. Juli 1946*

[...]

Im Rathaus Abbau meiner erledigten Justizakten und sonstige Akten-Ordnung. – Besprechung mit Dr. Feine über s[ei]nen Eintritt in mein Rechtsressort. Ich möchte meinen Arbeitsbereich so festigen, daß die Rechtsabteilung auch nach meinem Ausscheiden aus dem Amte Gewicht hat und Rechtswidriges und politischen Unsinn verhindern kann.

Abends im Gästehaus guter Vortrag Dr. Buschs<sup>585</sup> über entartete Kunst. Mit Prof. Entholt<sup>586</sup> über Sicherung der Familie des verstorbenen Behrens.

*Dienstag, 30. Juli 1946*

Kaisen noch abwesend. *Senat*. Rückgabe der Lettow-Vorbeck-Schule; Gefangene sollen ins Bunkerhotel.<sup>587</sup> Die große Sporthalle, die die Amerikaner auf unsere Kosten mit Baumaterial und Arbeitskräften, die wir für den Wohnungsbau nötig hatten, erbaut haben, ist niemals benutzt (!); wir wollen sie jetzt von den Amerikanern übernehmen, um unserer Saalnot abzu-  
helfen.<sup>588</sup>

Abends Kaisen und Wenhold sehr befriedigt aus Weimar zurück. Verbindung geschäftlicher und politischer Art angeknüpft. Zonen-Tauschhandel eingeleitet.<sup>589</sup>

[...]

<sup>585</sup> Dr. phil. Günter Busch, geb. 1917. Seit 1946 Kustos, 1950–1984 Direktor der Kunsthalle Bremen, veröffentlichte: *Entartete Kunst. Geschichte und Moral*, [Vortrag, Frankfurt/M. 1969], 49 S.

<sup>586</sup> Prof. Dr. Hermann Entholt, 1870–1957. Studium der Geschichte, Germanistik und neueren Sprachen, seit 1898 Lehrer in Bremen, 1914–1936 Staatsarchivar und Senatssyndikus, 1945–1949/50 Leiter des Staatsarchivs und der Staatsbibliothek, Veröffentlichungen zur Geschichte Bremens. Vgl. *Brem. Biogr.*, S. 137ff. – Bei dem Gespräch ging es um die Fortsetzung der von Behrens begonnenen Arbeit über die Geschichte Bremens in der NS-Zeit.

<sup>587</sup> Der CIC beabsichtigte, die als Internierungslager für politische Gefangene dienende Lettow-Vorbeck-Schule zu räumen, damit sie wieder für Unterrichtszwecke genutzt werden konnte. Als Ersatz verlangte er aber, die dem Hotel Post überlassenen Bunkerräume zu erhalten, um dort Gefangene unterzubringen (Senatsprotokoll 30.7.1946, StAB: 3/3).

<sup>588</sup> Oberst Welker hatte zugesagt, sich für die Freigabe der Halle einsetzen zu wollen. Da ihm das Port Command, das sie auf dem Messegelände errichtet hatte, jedoch nicht unterstand, ließen sich die Pläne nicht realisieren.

<sup>589</sup> Wie Kaisen am 2.8.1946 im Senat berichtete, war u.a. die Errichtung einer Verbindungsstelle in Bremen verabredet worden, um den Tauschhandel zwischen den Zonen zu organisieren (StAB: 3/3).

*Mittwoch, 31. Juli 1946*

Mit Friese bei der Mil[itär]regierung (Mr. Fletcher);<sup>590</sup> 1½ Stunden Einzelheiten der Verfassung bis Artikel 20 durchgesprochen. Viel Tiftelkram.

[...]

Nachmittags Ahlers und ich mit Kaisen Lage der Kirche besprochen.<sup>591</sup>

4½ bis 7½ Uhr Fraktionssitzung. Lange Aussprache über das Zusammengehen der Brem[er] Demokr[atischen] Volkspartei mit der Christl[ich] Dem[okratischen] Union bei der Bürgerschaftswahl. Versuch von Wilkens und Lange, auf der Grundlage 50 zu 50 Vertreter Verständigung herbeizuführen. Wenn sich die „Bürgerlichen“ nicht einigen, wird kaum ein einziger Vertreter gewählt werden. Viel Kleinliches, Persönliches. Es blieben Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze.

[...]

*Donnerstag, 1. August 1946*

Verhandlung mit Fletcher über Verfassung; langsamer Fortschritt. Krisis im Kirchengausschuß; Gegensätze; Besprechung mit Pastor Hackländer. Notwendigkeit, den Kirchentag rasch einzuberufen.<sup>592</sup>

Nachmittags drei Stunden Bürgerschaft. Unglückliche Neugliederungsaussprache durch Querschießen der Kommunisten, die die gemeinsame Entschliebung töten.<sup>593</sup>

[...]

*Freitag, 2. August 1946*

Im *Senat* Einführung der neuen kommunistischen Senatoren Häusler und Popall. – Neugliederungsaussprache; erneuter Versuch soll gemacht werden, die Fraktionsführer für eine einheitliche Entschliebung der Bürgerschaft zugunsten der Reichsunmittelbarkeit Bremens zu gewinnen.

Kaisens günstiger Bericht über Thüringen.<sup>594</sup>

Neue Entlassungswelle; auch Sander aus seinem Amt entlassen.<sup>595</sup> Abends 7¾ bis 9¾ Uhr Parteivorstand, Ausschuß und Fraktion über Wah-

<sup>590</sup> Robert A. Fletcher, Leiter der Civil Government Administration Division in Bremen.

<sup>591</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 91; Kap. 3, Anm. 567 und 573.

<sup>592</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 573.

<sup>593</sup> Während die Sprecher der anderen Parteien übereinstimmend für die Selbständigkeit und „Reichsunmittelbarkeit“ Bremens eintraten, lehnten die Kommunisten die Bildung von Ländern als Gefährdung der Reichseinheit und Rückfall in die „Kleinstaaterei“ ab und plädierten für möglichst weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden, Kreise und Provinzen. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 137–142.)

<sup>594</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 584.

<sup>595</sup> Vgl. Kap. 1, Anm. 113.

len. Die Spannung mit der Christl[ich] Dem[okratischen] Union durch Harmssens Vermittlung überwunden.

*Samstag, 3. August 1946*

Denkschrift über die Zuständigkeiten von Reich, Ländern und Gemeinden diktirt.<sup>596</sup>

[...]

*Sonntag, 4. August 1946*

Um 10 Uhr Mitgliedervers[ammlung] der Br[emer] Demokr[atischen] Volkspartei. Gutes Referat Wenholds über die Neugliederung Deutschlands. Dann Parteisachen. Parlamentarismus und Parteiangelegenheiten sind mir recht zuwider, aber bei Lage der Sache politisch notwendig.

Prof. Hayek (Prof[essor] in London): „Der Weg zur Leibeigenschaft“, den Hayek in jeder Planwirtschaft sieht; nur liberale, individuelle Wirtschaft erhalte die Freiheit.<sup>597</sup> Aber ist diese „liberale Wirtschaft“ nicht schon durch den Hochkapitalismus mit seinen Trusts, Kartellen und Syndikaten und mit den wenigen übermächtigen Großkapitalisten zerstört und nicht wieder herzustellen?

[...]

*Montag, 5. August 1946*

[...]

Akten des Gesundheitswesens, das ich seit der Entlassung Wenholds geleitet, an Frau Senator Popall übergeben. Sie war wegen Hochverrats von den Nationalsoz[ialisten] zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt (1935) und hat 10 Jahre verbüßt; kam tuberkulosekrank heraus.

[...]

*Dienstag, 6. August 1946*

[...]

<sup>596</sup> Die endgültige Fassung dieser Denkschrift vom 8.8.1946 befindet sich im StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2.

<sup>597</sup> Dr. Friedrich von Hayek, geb. 1899. Bedeutender Wirtschaftswissenschaftler, führender Vertreter des Neoliberalismus, 1921–1931 Direktor des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, 1931–1950 Professor in London, 1950–1962 in Chicago, 1962–1968 in Freiburg, 1974 Nobelpreisträger. Den hier behandelten Vortrag hatte Hayek 1944 in englischer Sprache verfaßt: „The Road to Serfdom“; er wurde in 14 Sprachen übersetzt.

*Mittwoch, 7. August 1946*

Vor 8 Uhr schon telefonische Amtsgespräche; Wilkens will mich im Neugliederungsausschuß des Zonenbeirats <sup>598</sup> als Sachverständigen für die Reichsmittelbehörden (Abgrenzung und Zuständigkeiten) vorschlagen.

[...]

*Donnerstag, 8. August 1946*

Vorm[ittags] 2½ Stunden mit Mister Fletcher bremische Verfassung besprochen. Abends bei uns Senator Bölken und Frau, Karl-Heinz Lange und Frau und Dr. Tietjen. Von 8½ bis 11¼ Uhr Ausführungen Tietjens über Umstellung der Ernährung auf Kartoffeln (verarbeitet), Gemüse und Zucker; wenig Fett und Fleisch sowie über Änderung und Erfassung der landwirtschaftl[ichen] Erzeugung (Prämien für Mehrlieferungen, evtl. freier Verkauf des Mehrertrages; Besteuerung nur nach Hektar, nicht nach Ertrag und Verdienst).

[...]

*Freitag–Sonntag, 9.–11. August 1946*

[...]

*Montag, 12. August 1946*

Karl Carstens vom Urlaub zurück.

Mittags im Gästehaus mit den Chefs der Länder der britischen Zone gegessen. Die Chefs wünschen eine *Zusammenkunft aller Leiter der deutschen Länder der vier Zonen* und haben als Versammlungsort Bremen vorgeschlagen. Es ist überaus wichtig, daß der deutsche Osten nicht als „abgeschrieben“ gilt. Kaisen Verbindungsmann des Westens und Ostens.<sup>599</sup>

[...]

<sup>598</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 560.

<sup>599</sup> Am Rande der Tagung der Chefs der Länder und Provinzen (Britische Zone) am 11./12.8.1946 in Bremen wurde beschlossen, die Regierungschefs aller vier Zonen zu einer gemeinsamen Tagung nach Bremen einzuladen. Schumacher informierte darüber auf der 6. Sitzung des Zonenbeirats am 14./15.8.1946 und teilte mit, daß der Bremer Senat bereits Anträge bei der örtlichen Militärregierung und der Kontrollkommission eingereicht habe (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 658f.) Die Konferenz fand am 4. und 5.10.1946 in Bremen statt, aber nur mit Vertretern der Amerikanischen und der Britischen Zone.

*Dienstag, 13. August 1946*

Im *Senat* meine drei Schriftstücke über *Neugliederung des Reiches* und Bremens Stellung darin,<sup>600</sup> über *Bremen und Niedersachsen*<sup>601</sup> (oder „Ostfalen“) und über die *Zuständigkeiten des Reiches, der Länder und der Gemeinden*<sup>602</sup> verhandelt.

Bei den stürmischen Winden ist heute vormittag in der Ellhornstraße bei Bückings *die eine mindestens 20 Meter hohe Hauswand der Ruine eingestürzt. Paula geriet unter die herabstürzenden Trümmer*, war aber an der einzigen Stelle des Hofes, wo die herabstürzenden Backsteine nicht sofort den Tod herbeiführen mußten – im Klosett des Holzschuppens der äußersten Ecke; sie wurde von den Trümmern getroffen, auch von einem Backstein im Nacken, doch war die Wucht des Falles durch das Holzdach gemildert. Es ist eine wunderbare Errettung aus äußerster Lebensgefahr. Walter Lisco spendete aus seinem Amerikapaket echten Kaffee, damit wir uns wenigstens körperlich erhalten, vor allem Paula selbst. Im übrigen habe ich nur das unfäßbare Gefühl unbegreiflicher Gnade. Paula sagte: „Man würde schon dankbar sein, wenn ich nur einige gebrochene Glieder hätte, und nun nur ein paar blaue Stellen!“

[...]

*Mittwoch, 14. August 1946*

[...]

*Donnerstag, 15. August 1946*

Nachmittags *Bürgerschaft*. Kaisens Erklärung zum Vorfall im Hafen (Erschießung eines Arbeiters und Verwundung eines Arbeiters durch amerikanischen Offizier; Genugtuung; Hafenpolizei ganz in bremische Hand gegeben).<sup>603</sup> – 1½ stündige Darlegung Apelts über Wirtschaftslage.

[...]

*Freitag, 16. August 1946*

Im *Senat* *Zuständigkeiten der Länder und der „unteren Mittelbehörden“*. Schematismus Dr. Schumachers im Zonenbeirats-Ausschuß: Weil das gro-

<sup>600</sup> Der Neuaufbau des Reiches und Bremens Stellung darin, 6.8.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 2.

<sup>601</sup> Bremen und Niedersachsen, 29.7.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 1.

<sup>602</sup> Zuständigkeiten in Reich, Ländern und Gemeinden, 8.8.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 2.

<sup>603</sup> Die Militärregierung erklärte ihr Bedauern über die von einem Oberleutnant eigenmächtig unter Einsatz von Panzerspähwagen und scharfen Waffen durchgeführte Razzia, verbot dem Verantwortlichen das Betreten des Hafens und bestätigte, daß die deutsche Polizei seit dem 15.5.1946 volle Machtbefugnis im Hafen habe und für die Sicherheit dort zuständig sei. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, 15.8.1946, S. 153f.).

ße Land Rheinland-Westfalen geschaffen ist, muß der Rest der britischen Zone auch *ein* großes Land werden; alle Länder vier Stufen: Reich, Land „untere Mittelstufen“, Kreise. – Senat legt Bremens abweichende Stellung fest.<sup>604</sup>

Nachmittags drei Stunden *Deputationsgesetz im Verfassungsausschuß* beraten.<sup>605</sup> Das, worauf ich am meisten Wert legte – die Teilnahme von Sachverständigen der Kammern und sonstigen Organisationen in den Deputationen – ist in der festen Form gefallen; Zuziehung der Sachverständigen in die Hand der Deputationen gelegt. Ich wollte die Deputationsverwaltung entpolitisieren und einen Zwang zur Sachlichkeit ausüben; das ist fehlgeschlagen.

*Samstag, 17. August 1946*

Besprechung mit Wilkens über Sonderverwaltungen und Zuständigkeiten der Mittelstufe. Diktat darüber an Wilkens.

Besprechung mit Kaisen und tom Moehlen; Aufrechterhaltung der Verbindung mit der russischen Zone; Kaisen möchte, daß ich an der Juristentagung in Eisenach Ende Sept[ember] teilnehme,<sup>606</sup> Pflege der bremischen Außenstellen; monatliche Tagung durch mich?

[...]

<sup>604</sup> Bei der Sitzung des Sonderausschusses des Zonenbeirats (vgl. Kap. 3, Anm. 560) am 6./7.8.1946 hatte der Vors., Dr. Kurt Schumacher, weitgehende Zustimmung für seinen Vorschlag gefunden, daß neben Nordrhein-Westfalen nur noch ein weiteres Land in der Britischen Zone geschaffen werden solle. Auf Einwände des Hamburger Vertreters, Bgm. Schönfelder, hin wurde Hamburg und Bremen ein Sonderstatus zugestanden, doch sollten sie keine Länderrechte erhalten. Wegen der Größe der beiden geplanten Länder war daran gedacht, die traditionelle Dreigliederung: Reich – Länder – Kreise durch eine „untere Mittelstufe“ zu ergänzen, Gebietskörperschaften, die ihrer Größe nach zwischen den früheren preußischen Provinzen und Regierungsbezirken liegen sollten. (Aufzeichnung über die Verhandlungen des Sonderausschusses am 6./7.8.1946, StAB: 3-B. 10.a. Nr. 2 [1], Akte 2). Der Senat stimmte dem vierstufigen Verwaltungsaufbau für Nordrhein-Westfalen zu, wünschte aber, im übrigen Teil der Britischen Zone mittlere und kleinere Länder mit nur dreistufiger Verwaltung zu schaffen. (Senatsprotokoll 16.8.1946 StAB: 3/3). – Der Sonderausschuß des Zonenbeirats unterbreitete dem Plenum nach drei weiteren Sitzungen am 19./20.8., 6. und 17.9.1946 14 Gutachten und Erklärungen, über die bei der 7. Sitzung am 20.9.1946 abgestimmt wurde. Der modifizierte Schumacher-Plan verfiel mit neun gegen neunzehn Stimmen der Ablehnung. Alle Materialien wurden aber als persönliche Äußerungen der Autoren der Kontrollkommission zugeleitet. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 823–846).

<sup>605</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 559. Das Gesetz über die Deputationen wurde noch vor der neuen Verfassung am 24.2.1947 erlassen (Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen 1947, S. 15ff.).

<sup>606</sup> Zu einer Reise Spittas in die SBZ kam es nicht.



*Sonntag, 18. August 1946*

Durch Bürgerpark zur Parteisitzung im Parkhaus; Aufstellung der Bürger-schaftskandidaten; parteienge Kritik; Geschick und Überlegenheit Wen-holds. Die Verhandlung mit der CDU auf des Messers Schneide.<sup>607</sup>

[...]

*Montag, 19. August 1946*

Mittags 2 Uhr Eröffnung der von der Justiz losgelösten Arbeitsgerichte (Gesetz der Besatzungsmächte)<sup>608</sup> in Gegenwart von Amerikanern und Engländern. Ich spreche in Vertretung von Kaisen.

Abends 8 Uhr bis Mitternacht im Gästehaus mit dem Generalsekretär der südd[utschen] Länder, Dr. Roßmann. Ergebnisreiche Aussprache; wertvolle Mitteilungen. Gegensätze zwischen Engl[ändern] und Amerika-nern über die Verwaltung der vereinigten Zonen; die Amerikaner wollen auch hierbei den Deutschen freiere Beweglichkeit lassen. Die Amerikaner hindern die Franzosen am Abbau (z.B. der zweiten Gleise).<sup>609</sup> Roßmanns günstiges Urteil über das Ziel der englischen Politik gegen Deutschland; Langsamkeit, aber Beharrlichkeit. – Vertrauliche Schriftstücke durch Roßmann.

*Dienstag, 20. August 1946*

[...]

<sup>607</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

<sup>608</sup> Das vom alliierten Kontrollrat beschlossene „Deutsche Arbeitsgerichtsgesetz“ war am 4.4.1946 verkündet worden. Es verwies Streitigkeiten zwischen Tarifkollektivparteien sowie Arbeitnehmern und Arbeitgebern an die Arbeitsgerichte, unter Ausschuß der ordentlichen Gerichte. Die Arbeitsgerichte bestanden aus einem Vors. mit dreijähriger Amtszeit und einer gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern als Beisitzer. (Vgl. Amtsblatt der Militärregierung, Deutschland, britisches Kontrollgebiet, 1946, No. 9, S. 195–197).

<sup>609</sup> Frankreich entnahm seiner Zone umfangreiche Reparationen, sowohl durch Demontage von Industrie- und Verkehrsanlagen als auch durch Warenlieferungen aus laufender Produktion. Die relativen Verluste durch Demontagen waren mehr als doppelt so groß wie in der Bizone und blieben nur wenig hinter denen in der SBZ zurück. Die französische Besatzungsmacht baute bis 1947 225 km Gleise, Weichen und Oberbaumaterial ab; noch zwei Jahre nach Kriegsende wurde das zweite Gleis der Rheintallinie zwischen Freiburg und Offenburg demontiert. (Vgl. Werner Abels-hauser, Wirtschaft und Besatzungspolitik in der Französischen Zone 1945–1949 in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs, S. 111–139, insbes. S. 113–120 und 126–129).

*Mittwoch, 21. August 1946*

Mit tom Moehlen Neugliederung und Hamburg. Zonenratsverhandlung.<sup>610</sup> Viele Besucher und Störungen in ruhiger Arbeit.

[...]

Verhandlung der BDV mit CDU über Bürgerschaftswahl gescheitert. Eingreifen der Militärreg[ierung] gegen Wahlabkommen; soll die Sozialdemokratie als „britische Regierungspartei“ begünstigt werden? – Nach Grimme<sup>611</sup> Umschlag der politischen Stimmung in England; „niemand will die Labour Party gewählt haben!“ Mißerfolge in Indien, Ägypten, Palästina, Deutschland; Brotrationierung!

*Donnerstag, 22. August 1946*

Um 7½ Uhr morgens mit dem Amerikaner Mr. Edwards und Dr. Friese nach Hannover gefahren. *Verhandlung* [mit der britischen Militärregierung] von vielstündiger Dauer. Vorm[ittags] und nachmittags mit Mr. Porter über die *bremische Verfassung*. Sehr nette Formen, manche Scherze, aber übertriebenes Eingehen auf Einzelheiten. Ungelöster Streitpunkt, die Wahl von Senatoren, die nicht Mitglieder der Bürgerschaft sind. Luncheon als Gäste von Mr. Porter.

[...]

*Freitag, 23. August 1946*

[...]

*Samstag, 24. August 1946*

Vielerlei Besprechungen. Kaisen zurück. Zusammenkunft der Chefs aller deutschen Länder in Bremen in Ordnung.<sup>612</sup>

[...]

*Sonntag, 25. August 1946*

Beginn der *Goethe-Festwoche* im *Festsaal des Rathauses*. Vortrag Prof. Buchwalds: *Goethe und das deutsche Schicksal*. Ausgangspunkt, das Ge-

<sup>610</sup> Bericht tom Moehlen über die 6. Sitzung des Zonenbeirats am 14./15.8.1946 in Hamburg, vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 652–699.

<sup>611</sup> Dr. h.c. Adolf Grimme, 1889–1963. Lehrer, 1928 Ministerialrat im Preußischen Kultusministerium, 1930–1933 preußischer Kultusminister (SPD); 1945–1946 lfd. Regierungsdirektor beim Oberpräsi. von Hannover, seit dem 23.8.1946 Erziehungsminister des Landes Hannover; 1946–1948 niedersächsischer Kultusminister, 1948–1956 Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks. G. nahm an der vorgenannten Zonenbeiratssitzung am 14./15.8.1946 als Sachverständiger teil.

<sup>612</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 599.

sprach Goethes mit dem Erbprinzen Carl August in Frankfurt 1774 über *Justus Möser*; Goethes politische Anteilnahme und Ziele.

[...]

*Montag, 26. August 1946*

[...]

Nachmittags zweistündige Senatssitzung über Neugliederung der britischen Zone und andere Zonensachen. Meine Entwürfe für eine gemeinsame Erklärung der beiden Hansestädte.<sup>613</sup>

[...]

*Dienstag, 27. August 1946*

[...]

*Mittwoch, 28. August 1946*

Entwurf einer Erklärung der Hansestädte über ihre Sonderrechte, falls sie in ein größeres Land eingegliedert werden sollten.

[...]

Nachmittags Fraktionssitzung. Verständigung mit CDU einstweilen gescheitert.<sup>614</sup> „Der Wahlkampf verloren, ehe er begonnen“, wurde gesagt.

Abends erhebende Goethe-Feier, Mozart-Quintett, gehaltvoller Vortrag Dr. Benz<sup>615</sup> über Goethe als Bildner. Gestaltschaffung aus dem Chaos, zur Abwehr des Chaos. Bilden und Umbilden, Gestaltwandel, keine klassische Statik. [...]

*Donnerstag, 29. August 1946*

[...]

Nachmittags *Bürgerschaft. Verhandlung über die Wirtschaft*. Lange Agitationsrede des Kommunisten Schimmeck<sup>616</sup>, der die Errichtung zahlreicher Fabriken in Bremen und die Erbauung einer Flotte von Walfängern

<sup>613</sup> „Stellungnahme der Hansestädte Hamburg und Bremen im Falle der Eingliederung in ein größeres Land“, 28.8.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2.

<sup>614</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

<sup>615</sup> Dr. Richard Benz, 1884–1966. Wissenschaftlicher Schriftsteller mit den Arbeitsschwerpunkten Kulturgeschichte, bildende Kunst, Musik.

<sup>616</sup> Max Schimmeck, 1900–1970. Ingenieur, 1937–1945 bei Focke-Wulf und der Weser-Flug, 1945 Personalreferent beim Arbeitsamt; 1917 Beitritt zur SPD und zum DMV, 1933/34 in Haft wegen illegaler Betätigung für die SPD, 1945 Vors. des Zentralausschusses der Bremer Betriebsräte, Md. der KGF und KPD, Leiter der „Wirtschaftsabtlg.“ der KPD in Bremen, 1946–1947 MdBü, seit 15.8.1946 zweiter Vizepräs. der Bremer Bürgerschaft, später Übertritt zur SPD.

verlangt – als ob es keine Besatzungsmächte und keine Kohlen- und Materialnot gäbe. *Ausgezeichnete Antwort von Senator Harmssen.*<sup>617</sup>

Die Sitzung war im Festsaal des Rathauses, um den uns vom Governor zugewiesenen, vom Town Major bestrittenen Besitz unserer Festräume durch eine vollendete Tatsache für öffentl[iche] Zwecke zu erwerben.

[...]

*Freitag, 30. August 1946*

Besprechung mit Kaisen über Deput[atons]gesetz, Frau Behrens,<sup>618</sup> Neugliederung und Denazifikations-Hauptausschuß. Kaisen empört über Korruption und Mätressenwirtschaft.

[...]

Nachmittags Sitzung des Verfassungsausschusses über kommunistische Anträge zum Deputationsgesetz.<sup>619</sup> Die Anträge abgelehnt. Dabei mußte ich die Auffassung bekämpfen, daß in den Deputationen alles nach parteipolitischen Gesichtspunkten entschieden werde. Bei den Kommunisten kein Verständnis für sachliche Arbeit in der laufenden Verwaltung. Seltenheit der Abstimmung in der Deputation.

Walter Lisco rechnet mit seiner *Entlassung* aus seiner Tätigkeit, es soll ein kommissarischer Leiter des Denazifizierungs-Büros eingesetzt sein.<sup>620</sup>

[...]

*Samstag, 31. August 1946*

Übliche Rathausarbeit. In allen Verwaltungszweigen Klagen über Schwierigkeiten mit den Besatzungsmächten. Verlorengehen von Akten (Dr. Feines Akten) usw.

Nachmittags Senatorentee bei Spreckelsen.

[...]

<sup>617</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 179–187.

<sup>618</sup> Es ging um die Versorgung der Familie von ORR Behrens.

<sup>619</sup> Nach der Vorstellung der KPD sollten in den Deputationen, die sich aus Vertretern des Senats und der Bürgerschaft zusammensetzten, nur letztere ein Stimmrecht haben, vgl. die Ausführungen in der Bürgerschaftssitzung am 12.9.1946, Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 190–193.

<sup>620</sup> Aufgrund in der Öffentlichkeit umlaufender Gerüchte über unzulässige Praktiken des von Lisco geleiteten Prüfungsausschusses für die Entnazifizierung (vgl. Kap. 3, Anm. 138) leitete die US-Militärregierung eine gründliche Untersuchung ein und nahm mehrere Verhaftungen vor. Dem Ausschuß wurde vorgeworfen, Anzeigen nicht mit der genügenden Sorgfalt zu verfolgen, Anweisungen der Militärregierung mißachtet, Informationen an Interessierte weitergegeben und Bestechungsgeschenke angenommen zu haben (Weser-Kurier v. 7.9.1946). Lisco selbst wurde ausdrücklich weder von Amerikanern noch Deutschen ein Vorwurf gemacht, außer daß es ihm an Durchsetzungskraft fehle.

*Sonntag/Montag, 1./2. September 1946*

[...]

*Dienstag, 3. September 1946*

*Senat.* Neugliederung [der Britischen Zone]; Eventualvorschlag für die Hansestädte genehmigt. Kaisens heftiger Vorstoß gegen die Militärreg[ie-rung] beim Governor Welker (willkürliche Verhaftungen, Mätressenwirtschaft. „Nur bei den Nazis sei es so gewesen.“). Welker gibt drei Zusicherungen:

1. Mitteilung an Verwaltung vor der Verhaftung von Beamten.
2. Genugtuung an [zu Unrecht] Verhaftete (Noch<sup>621</sup> usw.).
3. Bericht an Hauptquartier [über die Verbindung von Frauen mit Mitgliedern der Besatzungstruppe]. – Wenhold von den Amerikanern als Vertreter Bremens für den Export genehmigt; nicht für Senat („position of any importance“).

[...]

*Mittwoch, 4. September 1946*

Neugliederungsfrage mit tom Moehlen besprochen. Hamburg und Bremen werden im Neugliederungsausschuß der brit[ischen] Zone<sup>622</sup> eine Mehrheit für ihre Reichsunmittelbar[keit]<sup>623</sup> erhalten; auch die Befürworter Niedersachsens für die Hansestädte. Aber unser Vertreter Wilkens muß auch zur Gesamtfrage der britischen Zone Stellung nehmen: Ein großes Ostland („Ostfalen“) oder Schleswig-Holstein und Niedersachsen oder Teilung Hannovers in Küstenprovinz, Hannover, Braunschweig-Hildesheim oder bisherige Länder?<sup>624</sup> – Mir wäre am liebsten, daß Bremen nur zur Frage der Hansestädte Stellung zu nehmen brauchte. Mir widerstrebt politisch und menschlich, daß Bremen als kleines Land für die Beseitigung anderer Länder stimmen soll. „Ostfalen“ für Bremen bedenklich; wenn die Hansestädte früher oder später doch eingegliedert werden sollten, würde nur Hamburg als Hafen und Hauptstadt gefördert werden. Überdies diese großen Länder eine Gefahr für die Reichseinheit. Niedersachsen auch zu groß und für die Eingliederung in das Reich zu stark. Küstenprovinz usw. Keine Aussicht auf Annahme, ebensowenig Beibehaltung der bisherigen Länder (auch gegen Vorschrift der Briten: nicht mehr als vier Länder – es sei denn, daß man die Hansestädte nicht mitzählt). – Gefährdung unserer Stellung zu Oldenburg, wenn Bremen für Niedersachsen stimmt und unserer Stellung

<sup>621</sup> Polizeidirektor Franz Noch war, wie Welker erklärte, infolge eines Mißverständnisses verhaftet und vier Stunden arretiert worden.

<sup>622</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 560.

<sup>623</sup> Im Original stark verblaßt.

<sup>624</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 560 und 604.

zu Hannover und Niedersachsen, wenn Bremen für Tantzens Küstenprovinz stimmt.

Mittags kurzes Gespräch mit Walter Lisco über seine Lage und die Gefahr seiner Entlassung. Er ist niedergeschlagen und innerlich erregt; „es gehe um seine Existenz“.<sup>625</sup>

Mit Nolting-Hauff über die Angliederung Wesermündes an Bremen.<sup>626</sup>  
[...]

*Donnerstag, 5. September 1946*

Vier Jahre seit der Zerstörung unseres Hauses!

[...]

Abendsitzung des Senats von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 10 Uhr mit Wilkens über Neugliederung der britischen Zone. Schwierige Entscheidung. Mit Bedenken gemäß Vorschlag von Wilkens und tom Moehlen für Vorschlag Niedersachsen, wenn darin Reichsunmittelbarkeit der Hansestädte gesichert ist.<sup>627</sup>

*Freitag, 6. September 1946*

Im Senat, wie regelmäßig, wirtschaftliche Nöte; Schwierigkeiten in der Belegung der Wirtschaft; Übersiedlung von Fabriken nach Bremen, wenn sie bauen können; das nur möglich auf Kosten des Wohnungsbaus, usw.

[...]

*Samstag, 7. September 1946*

1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden bei Mr. Edwards; wenige amtliche Fragen; meist Belehrung Edwards' in deutschem Recht und deutscher Geschichte; netter Ton.

[...]

*Sonntag, 8. September 1946*

[...]

*Montag, 9. September 1946*

[...]

Nachmittags] Fraktionssitzung. Verhandlungen mit der CDU über die Kandidaten der Wahlbezirke haben begonnen. Einigung über etwa zehn

<sup>625</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 620.

<sup>626</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 104.

<sup>627</sup> Gutachten Kopf vom 6.9.1946 für den Sonderausschuß des Zonenbeirats (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 828f.). Das Gutachten, das drei Länder: Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, sowie zwei Stadtstaaten: Hamburg und Bremen, vorsah, wurde mit den Unterschriften nicht nur der Exponenten der Provinz Hannover, sondern auch des Bremer Vertreters, Martin-Heinrich Wilkens, dem Zonenbeirat vorgelegt und bei der 7. Sitzung vom 18. bis 20.9.1946 mit 16 gegen 6 Stimmen angenommen.

Kandidaten, darunter Apelt, Wilkens und ich. Der Rückschlag der CDU in Sachsen und Thüringen gegenüber den Freien Demokraten [LDP] mäßigt hoffentlich die Ansprüche der CDU.<sup>628</sup> – Die Wahlen in Thüringen Erfolg der „Bürgerlichen“ gegen die SED, die im wesentlichen von den Kommunisten beherrscht ist.<sup>629</sup>

Paula färbt mit Hilfe von Ilse Börger-Bremermann alte Mehlsäcke blau, um daraus ein Kleid zu machen!

*Dienstag, 10. September 1946*

Im Senat Denazifikation, Büro Lisco<sup>630</sup> usw. Wirtschaftl[iche] Organisation der amerik[anischen] und britischen Zone.<sup>631</sup> Welche Wirkung wird die große programmatische Rede des amerik[anischen] Außenministers Byrnes haben?<sup>632</sup>

<sup>628</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

<sup>629</sup> Bei den Gemeindewahlen in Sachsen am 1.9.1946, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 8.9.1946 wurden die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf und dadurch, daß nur etwa die Hälfte ihrer Kandidatenlisten zur Wahl zugelassen wurden, von der Sowjetischen Militärregierung erheblich benachteiligt. Trotzdem sah das Ergebnis bei einem hohen Anteil ungültiger Stimmen von Wählern, die dadurch gegen die Nichtzulassung der CDU bzw. LDP in ihrer Gemeinde protestierten, folgendermaßen aus:

|                           | SED   | LDP   | CDU   |
|---------------------------|-------|-------|-------|
| Sachsen (1.9.1946)        | 48,4% | 20,2% | 19,7% |
| Thüringen (8.9.1946)      | 46,4% | 23,7% | 16,7% |
| Sachsen-Anhalt (8.9.1946) | 49,5% | 19,8% | 13,3% |

Die Wahlen in der Sowjetzone, S. 9–12; Hermann Weber, Die DDR 1945–1986, München 1988, S. 15f.).

<sup>630</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 620.

<sup>631</sup> Apelt gab die bevorstehende Errichtung gemeinsamer Zentralverwaltungen der Amerikanischen und Britischen Zone bekannt: für Wirtschaft in Minden, für Finanzen in Frankfurt, für Verkehr in Bielefeld und für Ernährungswesen in Bad Kissingen. Den Anstoß zur Fusion der beiden Zonen hatte der amerikanische Außenminister James F. Byrnes bei der Pariser Außenministerkonferenz über Deutschland am 11.7.1946 mit seinem Angebot gegeben, daß die USA bereit seien, ihre Zone mit jeder anderen zu verschmelzen. Nach der Wiederholung der Offerte im Kontrollrat am 20.7.1946 hatte der Chef der britischen Militärregierung, General Robertson, am 30.7. für sein Land die Zustimmung erklärt. (Vgl. Elisabeth Kraus, Ministerien für das ganze Deutschland? Der Alliierte Kontrollrat und die Frage gesamtdeutscher Zentralverwaltungen, München 1990, S. 196–212).

<sup>632</sup> In seiner Rede am Sitz des Länderrats, in Stuttgart, am 6.9.1946 erklärte Byrnes, daß in den USA schon längst nicht mehr von einem „harten“ oder „milden“ Frieden für Deutschland, sondern von einem „dauerhaften“ Frieden gesprochen werde, weshalb sie die Vereinten Nationen nach Kräften unterstützten. Die USA sähen nach wie vor die Potsdamer Vereinbarungen als gute Grundlage für eine friedliche Zukunft in Europa an; die Beschlüsse über Entmilitarisierung und Reparationsleistung Deutschlands müßten in vollem Umfang realisiert, aber auch die in Potsdam vorgesehenen Voraussetzungen – Zentralverwaltungen und wirtschaftliche Einheit – geschaffen werden. Nur so seien die notwendigen Produktionsüberschüsse und vor allem die Ernährung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen; nur durch eine gemeinsame Finanz- und Währungspolitik könne außerdem eine verheerende Steige-

Paula den Tag über bei Sanders im Deichhause, um dort beim Waschen zu helfen. Solche gegenseitige Hilfe ist jetzt allgemein. Abends macht Paula Pflaumen ein. So ist sie unermüdlich tätig, um uns Vorräte für den Winter zu beschaffen.

Walter Lisco liest vor: Hannah Arendt über: „Organisierte Schuld“ (der ehrenwerte „Spießer“ in seiner Mitwirkung [an den nationalsozialistischen Verbrechen] im Gehorsam und der Trennung von Beruf und Amt einerseits und privatem Leben andererseits; Möglichkeit, daß auch andere Völker in solche Schuld geraten).<sup>633</sup>

*Mittwoch, 11. September 1946*

[...]

Abends Arnold und Trixi zum „amerikanischen Abendessen“ (aus Lebensmitteln eines amerikanischen Pakets). Wir stellten fest, wie rasch und anhaltend wir gesättigt waren, obgleich die Menge erheblich geringer als bei unserem deutschen Essen.

*Donnerstag, 12. September 1946*

[...]

Nachmittags *Bürgerschaft*. Entwurf des *Deputationsgesetzes* mit zwei Reden vertreten.<sup>634</sup> Stimmrecht der Beamten in den Deputationen gestrichen. – Ausgezeichneter Bericht des Handelskammerprä[s] Wilkens

rung der Inflation verhindert werden. Nach Auffassung der USA sei es an der Zeit, dem deutschen Volk die Hauptverantwortung für die Regelung seiner Angelegenheiten wieder zu übertragen und die Besatzungskräfte auf den für Kontrollaufgaben notwendigen Umfang zu reduzieren. Nach dem schrittweisen Aufbau der Demokratie von unten solle Gesamtdeutschland bald demokratisch legitimierte Verfassungsorgane (Parlament, Regierung) erhalten. Ebenso müßten jetzt in einem Friedensvertrag seine neuen Grenzen festgelegt werden, wobei sich die USA für Landabtrennungen im Norden und Osten an Polen sowie die Angliederung des Saarlandes an Frankreich, aber für den Verbleib des Rhein-/Ruhrgebiets bei Deutschland einsetzen würden. (Die Rede ist in deutscher Übersetzung abgedruckt bei: Ernst Deuerlein, *Die Einheit Deutschlands*. Ihre Erörterung und Behandlung auf den Kriegs- und Nachkriegskonferenzen 1941–1949. Darstellung und Dokumentation, Frankfurt/M., Berlin 1957, S. 282–288. Zu ihrem Stellenwert in der amerikanischen Politik: John Gimbel, *Byrnes' Stuttgarter Rede und die amerikanische Nachkriegspolitik in Deutschland*, in: VfZ 20 (1972), S. 39–62).

<sup>633</sup> Hannah Arendt, *Organisierte Schuld*, in: Dies., *Sechs Essays*, Heidelberg 1948, S. 33–47. In dem im Nov. 1944 verfaßten und im Jan. 1945 in einer amerikanischen jüdischen Zeitschrift veröffentlichten Aufsatz zeigt H. A., wie seit 1943 mit der Wendung zum „totalen Krieg“ auch die „Totalität der Komplizenschaft“ in Deutschland begonnen habe, nachdem die NS-Verbrechen ursprünglich der exklusiven Garde der SS vorbehalten gewesen seien. Der aus Sorge um seinen privaten Bereich befehlsgemäß funktionierende subjektiv unschuldige „Spießer“ wurde damit zum Vollstrecker des bürokratisierten Massenverbrechens.

<sup>634</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 190f., 193. Zum Deputationsgesetz vgl. Kap. 3, Anm. 559.



über die *Verhandlungen im Neugliederungsausschuß und die Sicherung der Reichsunmittelbarkeit Hamburgs und Bremens*.<sup>635</sup> – Langwierige Verhandlung über die Wirtschaftspolitik. Angriffe Rafoths gegen den „Wehrwirtschaftsführer“ Wenhold und gegen den abwesenden Senator Harmssen. Die Kommunisten benutzen die Sache für Wahlagitation. Apelt antwortet sachlich, fast heiter milde und durchweg treffend.<sup>636</sup>

*Freitag, 13. September 1946*

Im Senat Vertrag mit Thüringen wie mit einer fremden Macht und wie im Mittelalter (Zusicherung „freien Geleites“ usw.); Austausch von bremischen und thüringischen Waren.<sup>637</sup> – Vorschlag der Gewerkschaften, im Ruhrgebiet Sonntagsschichten für den Hausbrand zu fahren. Kaisen mahnt, die Kohlenfrage nicht in den Wahlkampf zu ziehen. Kaisen hat mit amerik[anischem] General P[arkman]<sup>638</sup> Neugliederung und Bremens Stellung verhandelt; P. möchte, daß Amerika bei England für Selbständigkeit Bremens eintritt. Enklave-Frage ungeklärt.

[...]

*Samstag, 14. September 1946*

Vormittags Knittermeyer 1½ Stunden bei mir auf dem Rathause. Fruchtbares Gespräch.

Nachmittags Senatorentee bei Nebelthau in Oberneuland.

[...]

Abends in Parteisachen in der Wachmannstr[asse]; die Sitzung muß ausfallen, da noch immer keine Einigung mit der CDU.<sup>639</sup>

[...]

*Sonntag, 15. September 1946*

[...]

<sup>635</sup> Ebenda, S. 194–198.

<sup>636</sup> Apelt verwies auf Wenholds Verdienste um Bremen in der Weimarer Republik; er sei selbst in der NS-Zeit verfolgt worden und habe den Titel „Wehrwirtschaftsführer“ gegen seinen Willen erhalten. Ebenda, S. 209.

<sup>637</sup> Die zunächst bis zum 31.12.1946 geltende Vereinbarung zwischen dem Bremer Senat und der thüringischen Landesregierung sah einen monatlichen Güteraus-tausch im Wert von 300000,– RM vor, der aufgrund von Listen der aus Thüringen lieferbaren und von Bremen gewünschten Waren erfolgen sollte (Apelt in der Senatssitzung am 13.9.1946, StAB: 3/3). Der Vertrag konnte vom Senat und von der Militärregierung jedoch nicht ratifiziert werden, weil er dem in Aufbau befindlichen bizonalen Wirtschaftsamt zur Genehmigung vorgelegt werden sollte (Mitteilung Kaisens in der Senatssitzung am 17.9.1946, StAB: 3/3).

<sup>638</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 682.

<sup>639</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

*Montag, 16. September 1946*

Sperrzeiten des elektr[ischen] Stroms sollen beginnen. Unbequemlichkeiten für Haushalt und häusliches Leben, besonders abends bei Sperre von 20 bis 23 Uhr.

[...]

*Dienstag, 17. September 1946*

[Im Senat:] *Kaisens Bericht* über die Sitzung der Chefs der Länder der britischen Zone.<sup>640</sup> Flüchtlingselend;<sup>641</sup> Kaisen: „Kulturschande der Menschheit“. Kaisens Idee: Bremen übernimmt die Patenschaft eines Lagers; andere Städte sollen folgen. Kaisens Äußerung: „Da reden und schreiben die Parteien im Wahlkampf gegeneinander, und hier ist maßloses Elend, wo alle gemeinsam zugreifen sollten!“

[Noch Kaisen im Senat:] *Veredelungsverkehr* in Deutschland, z.B. Gerste gegen Schweinespeck. *Harmssen und Bürgerm[eister] Petersen* sollen nach London.<sup>642</sup> – Kaisens Vorschlag: In Bremen Sammelstelle für Material über Friedensvertrag von 1919 und kommenden Friedensvertrag. Bearbeitung des Wesentlichen für Bremen (Feine?).<sup>643</sup> – Tagesordnung für Konferenz der Chefs aller deutschen Länder. Kaisen: Was alle Zonen verbindet; was nötig, um ein Auseinanderfallen zu verhindern. Harmssen soll über Wirtschaft sprechen.

Finanzausgleich mit Süddeutschland; „besatzungsbedingte Hafenkosten“ als ausgleichsfähig anerkannt. Schlüssel offen.<sup>644</sup>

<sup>640</sup> Die Sitzung fand am 15. und 16.9.1946 in Bremen statt und diente vor allem der Vorbereitung der für den 4./5.10. geplanten Ministerpräsidentenkonferenz der vier Zonen.

<sup>641</sup> Auch dieses Thema wurde bei der Länderchefkonferenz am 15./16.9.1946 behandelt und ein Telegramm an den Kontrollrat beschlossen mit der Bitte, den Notruf an die in Paris tagenden Außenminister der alliierten Mächte weiterzuleiten. (Senatsprotokoll 17.9.1946, StAB: 3/3).

<sup>642</sup> Vorschlag Kaisens nach einem Gespräch mit Bgm. Petersen (ebenda). Harmssen und Petersen hatten statt dessen Ende Sept. eine Unterredung mit dem brit. „Deutschland-Minister“ in Hamburg, vgl. Kap. 3, Anm. 658.

<sup>643</sup> Die Stelle sollte alles über Reparationsregelungen und ihre Problematik vorliegende Material sammeln, nachdem Nordrhein-Westfalen und Hannover auf Kaisens Vorschlag hin solche Einrichtungen schon geschaffen hatten (ebenda). Nach der Eingliederung Bremens in die US-Zone beteiligten sich deren andere drei Länder mit einem einmaligen Zuschuß an der Finanzierung.

<sup>644</sup> Bericht des Präs. der Finanzverwaltung, Ernst Friedrich Heinemann, im Senat über die Sitzung des Unterausschusses Finanzausgleich des Länderrats am 12.9.1946 in Stuttgart. Die Vertreter von Bayern, Württemberg-Baden und Großhessen widersetzten sich der Bremer Forderung nach Ersatz der Hafenkosten und stimmten schließlich zu, die besatzungsbedingten Betriebs- und Unterhaltskosten nicht aber den örtlichen Bedürfnissen dienenden Kostenanteil als ausgleichsfähig anzuerkennen. (Senatsprotokoll 17.9.1946, StAB: 3/3).

Die Wahlen der Gemeinden der *britischen Zone* zeigen eine schwere *Niederlage der Kommunisten*,<sup>645</sup> trotz Hungers und schlechter Wirtschaftslage. Dies auch außenpolitisch von Bedeutung. Zu hoffen, daß Rußlands Deutschlandpolitik zurückhaltender wird, da sie im Westen keine innenpolitischen Verbündeten bekommen haben.

[...]

*Mittwoch, 18. September 1946*

[...]

*Donnerstag, 19. September 1946*

[...]

Nachmittags] *Bürgerschaftssitzung* zum Aufarbeiten der Rückstände. In einer Denazifizierungsdebatte erkennt Ewert an, daß keine erheblichen Mißstände, kein Chaos.<sup>646</sup> Zum Schluß jagt Kaisen [als Bürgerschaftspräsident] in einem Husarenritt alle Anträge, ohne den Antragsteller zu Wort kommen zu lassen, durch (Überweisung an den Senat) und erklärt, dies sei die *letzte Sitzung vor den Wahlen*<sup>647</sup> gewesen.

*Freitag, 20. September 1946*

[...]

Kaisen noch in Hamburg im Zonenbeirat.<sup>648</sup> Im Senat unter anderem Gesetz über Ortsämter und Außenstellen, noch ein Entwurf von Behrens.

[...]

*Samstag, 21. September 1946*

[...]

Die beiden besten Männer der Bürgerlichen – Wenhold von der Brem[er] Demokr[atischen] Volkspartei und Dr. Ahlers von der Christl[ich] Dem[okratischen] Union – sind von den Amerikanern [bei der Prüfung der

<sup>645</sup> Laut United Press führten die Gemeindewahlen in der Britischen Zone am 15.9.1946 zu folgendem Ergebnis (Keesing's Archiv 1946/47, S. 868 A):

|                               |                  |
|-------------------------------|------------------|
| CDU                           | 6637 664 Stimmen |
| SPD                           | 6379 136 Stimmen |
| Parteilose                    | 2649 179 Stimmen |
| Niedersächsische Landespartei | 1101 518 Stimmen |
| KPD                           | 1015 556 Stimmen |
| FDP                           | 712 220 Stimmen. |

<sup>646</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 228ff. Willi Ewert, SPD, wurde am 14.11.1946 Nachfolger von Oberschulrat Friedrich Aeevermann als Vors. des Hauptausschusses für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus und am 29.11.1946 Senator für Wohnungswesen.

<sup>647</sup> Bürgerschaftswahlen am 13.10.1946.

<sup>648</sup> 7. Sitzung vom 18. bis 20.9.1946.

Wahlvorschläge] als Bürgerschaftsmitglieder abgelehnt. Unbegreifliche Entscheidungen – oder, wenn man deutsche Einflüsse annimmt, sehr begreifliche Fehlurteile!

Einigung zwischen BDV und CDU: 50 zu 50.<sup>649</sup> Soviel Vernunft ist also immer noch vorhanden gewesen! – Die CDU soll nur wenige brauchbare Kandidaten haben, vor allem wenig brauchbare für den Senat. Grabaus<sup>650</sup> telefon[ische] Mitteilung, daß ich nicht als Kandidat aufgestellt sei.

[...]

*Sonntag, 22. September 1946*

[...]

*Montag, 23. September 1946*

Besprechung mit Kaisen. Nachruf Behrens gebilligt.<sup>651</sup> Im *Zonenbeirat Erklärung der Hansestädte mit 19 gegen 6 Stimmen gebilligt*.<sup>652</sup> Im übrigen Niedersachsen die meisten Stimmen. – Kaisen gegen das Angebot der KPD auf Wahlbündnis.<sup>653</sup> Nach der Wahl müßten alle Parteien zusammenarbeiten, auch im Senat. Über Wenhold sagte K[aisen]: „Wenh[old] wird für bessere Zeiten bewahrt; wir nutzen uns rasch ab“.

<sup>649</sup> Nachdem die Militärregierung aufgrund eines Einspruchs der SPD eine bürgerliche Einheitsliste verboten hatte, schlossen BDV und CDU am 21.9. ein Wahlabkommen, nach dem jede Partei nur die Hälfte der Direktkandidaten aufstellen und die Anhänger auffordern wollte, auch die Kandidaten der anderen Partei zu wählen. (Weser-Kurier v. 21.9.1946, S. 6).

<sup>650</sup> Gustav Grabau, 1888–1977. Verwaltungssekretär, 1914/15 Kriegsteilnahme, nach Verwundung und Entlassung aus dem Militärdienst Mitbegründer des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten, Geschäftsführer des Reichsverbandes in Ostfriesland, 1919–1927 Md. des Kreistages, Md. der DVP und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, 1933 für sieben Monate illegal von SA inhaftiert, 1937 Bezirksleiter einer Versicherung, 1942 Grundstücksmakler, Mitbegründer und 2. Vors. der BDV, Juni 1946 Mitbegründer der FDP in Bremen, aber weiterhin Fraktionsmd. der BDV (vgl. Kap. 3, Anm. 375), 1946–1947 MdBü (BDV, seit 13.2.1947 FDP).

<sup>651</sup> Veröffentlicht im Bremischen Jahrbuch 42 (1947), S. 218–222.

<sup>652</sup> In den Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, Bd. 1, S. 837f., abgedruckt als „Gutachten Schönfelder/Wilkens“. Nach dem Protokoll (ebenda, S. 847) wurde es mit 19 gegen 8 Stimmen gebilligt, das „Gutachten Kopf“ (Niedersachsen) mit 16 gegen 6 Stimmen.

<sup>653</sup> Unter Berufung auf das Wahlbündnis von BDV und CDU erneuerte die KPD einen früheren Vorschlag, ein ähnliches Wahlabkommen mit der SPD zu schließen. Obwohl sie dafür die Unterstützung verschiedener Betriebsbelegschaften und der Senatoren Wolters und Ehlers bekam, hielt die Mehrheit der SPD an der Aufstellung getrennter Listen fest. (Vgl. Brandt, Antifaschismus, S. 227–228).

Mittags Essen im Gästehaus mit Rud[olf] Alex[ander] Schröder.<sup>654</sup> Abends Schröders Hamlet-Vortrag im Rathause. Viel Gesuchtes und Ge-künsteltes mit einer Fülle von Bildungsgut. „Tragischer Held der Geist!“ [...]

*Dienstag, 24. September 1946*

Kaisen in Köln. [Im Senat:] tom Moehlens Bericht über Zonenbeirat in Hamburg. *Neugliederungsvorschläge*: „Ostfalen“ (Schumacher): 9 Ja, 19 Nein. *Niedersachsen*: 16 ja, 6 Nein. *Tantzens Küstenprovinz*: 0 Stimmen, ebenso Braunschweig. *Hansestädte*: 19 Ja gegen 6 Nein.<sup>655</sup> – Währungsfragen; zu viele deutsche Gutachten. Amerika: Wirtschaft entscheidend; wenn soziale Rücksicht möglich, gut; sonst ohne das. England: Soziale Lösung; einheitliche Behandlung von Sach- und Kapitalbesitz.<sup>656</sup> Nach der Senatssitzung Ausschuß für Beamtenrecht bei Entnazifizierung.

[...]

Neuer Governor Browning<sup>657</sup> in Bremen; Welker und Shamel abgesetzt. [...]

<sup>654</sup> Rudolf Alexander Schröder, 1878–1962. Architekt, Maler, Dichter und Schriftsteller (Lyrik, autobiographische Prosa, literarische Essays, deutsche Nachdichtungen griechischer, lateinischer, französischer, englischer und niederländischer Werke der Weltliteratur), gebürtiger Bremer, 1946–1950 Direktor der Kunsthalle Bremen, zahlreiche Auszeichnungen und Ehrenmitgliedschaften, Ehrenbürger Bremens. Vgl. Brem. Biogr., S. 462ff.

<sup>655</sup> So die Zahlen im Senatsprotokoll vom 24.9.1946 (StAB: 3/3); leicht abweichende Angaben für das Gutachten der Hansestädte im Beschlußprotokoll der 7. Zonenbeiratssitzung am 18. bis 20.9.1946 (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 847) : 19 gegen 8 Stimmen.

<sup>656</sup> Nach eingehenden Darlegungen von Oberpräsi. Lehr über die Arbeit des Finanzausschusses des Zonenbeirats debattierte das Plenum bei der Sitzung am 18./20.9.1946 ausführlich über den vorliegenden schriftlichen Bericht, bestehend aus drei Gutachten und vier Stellungnahmen einzelner Sachverständiger (abgedruckt bei: Möller, Deutsche Mark, S. 282–332). Der Zonenbeirat beschloß, den Bericht mit einer Entschlieûung an die Kontrollkommission weiterzuleiten, in der er den Grundsatz des Lastenausgleichs und der Gleichbehandlung von Sachwert- und Geldwertbesitzern betonte. Als Vorbedingungen für einen Erfolg seiner Vorschläge zur Währungsreform nannte er: die Rückführung der Kriegsgefangenen, die Erhöhung der täglichen Kalorienzuteilung, ausreichende Versorgung mit Brennstoffen, ausländische Kredite für Rohstoffimporte, Beseitigung der Zonengrenzen, Reduzierung der Besatzungskosten und Reparationsleistungen, Korrektur des Preis-/Lohngefüges, Revision der alliierten Steuergesetze, Wiederaufnahme des regulären Exports aus Deutschland. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 851–853).

<sup>657</sup> Lt. Colonel Gordon Browning, 1889–1976, demokratischer Politiker, 1923–1935 Kongreûabgeordneter, 1937–1939 und 1949–1953 Gouverneur von Tennessee, 20.9.–11.12.1946 Direktor (Governor) der amerikanischen Militärregierung in Bremen.

*Mittwoch/Donnerstag, 25./26. September 1946*

[...]

*Freitag, 27. September 1946*

Im *Senat* Harmssen über seine Unterredung mit dem englischen *Minister Hynd*,<sup>658</sup> der sich völlig unorientiert zeigte.

[...]

*Samstag, 28. September 1946*

In der Zeitung lese ich, daß ich Mittwochabend für die BDV in einer Wahlkundgebung zusammen mit Harmssen und Bote sprechen werde! Niemand hat mich gefragt!

Mittags 1 Uhr „*Betriebsausflug*“ der *Regierungskanzlei* nach Falkenberg bei Lilienthal. Zwei große Busse, über 90 Personen. Von Senatoren nur ich, nachmittags für zwei Stunden Kaisen. Gemeinsames Mittagessen, nachmittags allerlei Veranstaltungen (Gesang von Frl. Baum usw.), früh auch schon Tanz, in den ich durch ein Versehen hineingerate; seit mehr als 30 Jahren hatte ich nicht mehr getanzt. Abendessen mit Bücklingen aus Wesermünde. Ich bedauere nur, daß wir bei dem schönen Wetter nicht mehr ins Freie kamen; der Tanzteufel hielt alle fest.

*Sonntag/Montag, 29./30. September 1946*

[...]

*Dienstag, 1. Oktober 1946*

Im *Senat* Konferenz der deutschen Länder besprochen; die Chefs der französ[ischen] Zone durch Mil[itär]reg[ierung] verhindert.<sup>659</sup>

<sup>658</sup> John B. Hynd, 1902–1971. Journalist, Gewerkschaftsführer, Labour-Politiker, seit 1944 Md. des Unterhauses, 1946 „Deutschland-Minister“ im britischen Kabinett, Chef des Kontrollamts für Deutschland und Österreich (Control Office of Germany and Austria). – Harmssen berichtete über eine Unterredung, die er und Bgm. Petersen in Hamburg mit Hynd über die Probleme der Rohstoffversorgung und Wiederingangsetzung des Außenhandels der Britischen Zone geführt hatten. Hynd habe zwar Verständnis gezeigt, aber ein positives Ergebnis der Besprechung sei in naher Zukunft kaum zu erwarten. (Senatsprotokoll 27.9.1946, StAB: 3/3).

<sup>659</sup> Die Ministerpräsidentenkonferenz am 4./5.10.1946 war als Vier-Zonen-Konferenz geplant. Während von allen Ministerpräs. der Britischen und Amerikanischen Zone Zusagen vorlagen, hatten die vier eingeladenen Vertreter der Französischen Zone alle abgesagt; von den Repräsentanten der SBZ wollte einer kommen, drei hatten ihre Verhinderung mitgeteilt. (Mitteilung Kaisens im Senat am 1.10.1946, StAB: 3/3).

Lebensmittelfragen, Getreidenot. Die Schätze unserer Kunsthalle im Berliner Kunsthandel, teilweise durch Berlin[er] Magistrat sichergestellt.<sup>660</sup> – Wiedergutmachungsfragen.<sup>661</sup>

*Nürnberger Urteil.* Überraschend der Freispruch Papens und die Verurteilung Neuraths.<sup>662</sup>

Bürgermeister Vagts bei mir; der aus dem Amt Geworfene und Verhaftete wird von den Engländern zum Ministerialdirektor in der Wirtschaftszentrale („bizonal“) gemacht, in dem Augenblick, in dem die Amerikaner ihm die Musiker-Lizenz ablehnen!<sup>663</sup>

Abends im Rathause Eröffnung der Volkshochschule und Jugend-[olk]shochschule.<sup>664</sup> Besprechung mit dem freundlichen Oberst Crabill.

*Mittwoch, 2. Oktober 1946*

[...]

Abends Wahlreden von mir, Harmssen und Bote in der Victorschule. Walter L[isco], Paula und Frl. Götsche hörten mich. Paula mit ihren hohen Anforderungen zufrieden. Harmssen mit seiner Kenntnis im Wirtschaftlichen und s[einem] großen Geschick, Fragen zu beantworten, war glänzend. Ich hatte als Kernstück meiner Rede das Wesen echter Demokratie.<sup>665</sup>

<sup>660</sup> Von den in das sowjetische Besatzungsgebiet ausgelagerten Beständen der Kunsthalle Bremen waren einzelne Stücke mit dem Bremer Signum im Berliner Kunsthandel aufgetaucht. Der Berliner Magistrat hatte einige hundert Blätter und eine Anzahl von Gemälden sichergestellt. Sie konnten vorläufig nur registriert, aber nicht zurückgegeben werden. (Mitteilung Apelts, ebenda). Vgl. Kap. 1, Anm. 136.

<sup>661</sup> Ansprüche eines nach dem Berufsbeamtengesetz Ende Mai 1933 entlassenen Beamten wurden aus finanziellen und rechtlichen Gründen abgelehnt unter Hinweis auf eine künftige allgemeine Wiedergutmachungsregelung (ebenda).

<sup>662</sup> Der ehemalige Reichsaußenminister und Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, Konstantin v. Neurath, wurde am 1.10.1946 von dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg zu 15 Jahren Haft verurteilt und am 6.11.1954, ca. zwei Jahre vor seinem Tod, wegen Krankheit aus dem Gefängnis entlassen. Vizekanzler Franz v. Pappen, Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht und der Leiter der Abteilung Funk im Reichspropagandaministerium, Hans Fritzsche, wurden freigesprochen.

<sup>663</sup> Vagts erhielt im Dez. 1946 mit Zustimmung des Senats die Zulassung als Konzertpianist in Bremen (Senatsprotokoll 17.12.1946, StAB: 3/3). Die Ernennung Vagts' zum Ministerialdirektor in der bizonalen Wirtschaftsverwaltung ließ sich nicht nachweisen.

<sup>664</sup> Bericht über die Eröffnungsfeier mit kurzer Zusammenfassung der Reden Crabills und Paulmanns im Weser-Kurier Nr. 80 v. 5.10.1946.

<sup>665</sup> Manuskript im StAB: NL Spitta 7,63–1/1. Nach einem kurzen Überblick über seine politische Laufbahn seit der Wahl in die Bürgerschaft im Jahr 1905 erklärte Spitta: „Wir können nicht da wieder anfangen, wo wir 1933 aufgehört haben. Es gibt kein Zurück.“ Die Klassengegensätze seien infolge der Kriegszerstörungen aufgehoben, da „die primitivsten Grundlagen des menschlichen Lebens überhaupt erst neu“ geschaffen werden müßten. Vordringliche Aufgabe sei es, ein geordnetes Rechtsleben wiederherzustellen und als Grundlage dafür eine demokratische Verfassung zu verabschieden. Hamburg und Bremen sollten reichsunmittelbare Stadtstaaten in ei-

*Donnerstag, 3. Oktober 1946*

Äußere Vorbereitung der Chef-Konferenz der Länder.

Abends Eva, Klaus, Lutz, Frau Bücking. Lutz erzählte von seiner Reise in d[ie] russische Zone (Dresden, Berlin). Die Erinnerung an die Schrecken und Erlebnisse des Vorjahres sitzen den Leuten noch in den Nerven (auch den Kindern!); zur Zeit ereignet sich kaum noch Schreckliches. In den Magistraten und Ämtern fast überall nur SED oder nur Kommunisten; der Apparat wird so bleiben, auch wenn aufgrund der Wahlen (z.B. in Dresden) „bürgerliche“ Männer die leitenden Stellen bekommen.<sup>666</sup>

*Freitag, 4. Oktober 1946*

*Konferenz der Chefs der deutschen Länder in Bremen.*<sup>667</sup> Die französische Zone hat einen incognito-„Beobachter“<sup>668</sup> geschickt; die russische Zone mußte ganz ausbleiben. Trotzdem erfolgreiche Besprechungen.

Höhepunkt des Tages der *Vortrag des Senators Harmssen über die Wirtschaftslage.*<sup>669</sup>

Abends beim Essen im Festsaal des Rathauses *Erklärung des neuen Gouvernors Browning, daß Bremen Land und reichsunmittelbarer Stadtstaat bleiben werde.*

Ein Soldat, der mit *Hans Bücking* kriegsgefangen in Rußland war, bringt die Nachricht, daß *Hans schon im Dezember 1945 an einer Krankheit gestorben sei.*<sup>670</sup> Im Febr[uar] 1946 erhielt Marg[arete] die erste und einzige

nem alle vier Besatzungszonen umfassenden, in Länder gegliederten Bundesstaat werden.

<sup>666</sup> In Dresden hatten CDU und LDP bei den Gemeinderatswahlen am 1.9.1946 zusammen 158 168 Stimmen erhalten, die SED mußte sich mit 153 772 Stimmen begnügen. (Die Wahlen in der Sowjetzone, S. 11).

<sup>667</sup> Ein Wortprotokoll der Interzonenkonferenz am 4./5.10.1946 ist abgedruckt in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 878–941; ihre Vor- und Wirkungsgeschichte behandelt Overesch, Bremer Interzonenkonferenz.

<sup>668</sup> Dr. Herbert Schröder aus Württemberg-Hohenzollern trug sich zwar in die Anwesenheitsliste ein, sein Name wurde im maschinenschriftlichen, vervielfältigten Teilnehmerverzeichnis aber nicht aufgeführt. (StAB: 3-R.1.m. Nr. 200).

<sup>669</sup> „Wirtschaft und Reichseinheit“, gekürzte Fassung, StAB: 3-R.1.m. Nr. 200, in Auszügen und zusammenfassenden Regesten abgedr. in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 904–912. Harmssen arbeitete das Referat im Auftrag der Ministerpräs. der Amerikanischen und Britischen Zone zu der Schrift aus: Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Nach der Darstellung der ganz unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen in der SBZ und den westlichen Zonen kam Harmssen zu dem Schluß, daß es aufgrund der Grenzlage Deutschlands zwischen Ost und West seine große geistige Aufgabe sei, die Verbindung zwischen ganz unterschiedlich organisierten Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, plan- und marktwirtschaftlichen Strukturen, zu schaffen. Das Referat endete mit einem Zehnpunktepogramm für eine weitgehende, die vier Zonen umfassende gemeinsame Planung.

<sup>670</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 379.



Karte von Hans. In einem Lager von 4000 deutschen Kriegsgefangenen durften nur zehn nach Hause schreiben! Hans hat zusammen mit russischen Arbeitern in einer Kistenfabrik arbeiten müssen und seinen Kommunismus verschwiegen, da unter den russ[ischen] Arbeitern scharfe Ablehnung Stalins herrsche (wie dieser Soldat berichtet).

*Samstag, 5. Oktober 1946*

Von 9 bis 12<sup>1/2</sup> Uhr *Länderkonferenz*: Entschließungen aller Art und klarer, allgemein anerkannter Vortrag *Nolting-Hauuffs* über das *Währungsproblem*; Zeit sei noch nicht gekommen; erst Wirtschaft in Ordnung bringen.<sup>671</sup>

Die Konferenz, trotz Fehlens der beiden anderen Zonen, Erfolg.

[...]

*Sonntag, 6. Oktober 1946*

[...]

Mit Arnold über seine Zukunftspläne gesprochen; Brief von Irms, der bezüglich seines Besitzes in Kolumbien günstiger ist.<sup>672</sup> Arnold hat große Neigung, nach Kolumbien zurückzukehren; er sieht die Lage in Europa als nahezu hoffnungslos an und möchte seinen Kindern eine bessere Zukunft in einem aufstrebenden, zukunftsreichen Lande wie Kolumbien sichern, auch wenn er selbst sich zunächst drüben sehr quälen muß. Ich sage ihm meine abweichende Ansicht.

[...]

*Montag, 7. Oktober 1946*

[...]

<sup>671</sup> Text in StAB: 3-R.1.m. Nr. 200; gekürzter Abdruck in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 930–934. Nolting-Hauuff forderte, zuerst die zur Grundversorgung der Bevölkerung notwendige Produktion wieder in Gang zu setzen und den gesamten öffentlichen Finanzbedarf durch Kriegs- und Kriegsfolgelasten, Reparationen und Besatzungskosten zu ermitteln. – Die Entschließungen bezogen sich u.a. auf die Einrichtung einer Zonenverbindungsstelle, die Schaffung eines Vorläufigen Deutschen Volksrats als oberster parlamentarischer Vertretung und eines deutschen Länderrats als Beratungsorgan des Kontrollrats, den Anspruch des deutschen Volkes, die in Nürnberg vor Gericht stehenden Repräsentanten des NS-Regimes ohne Rücksicht auf Schuld- oder Freispruch seinerseits juristisch zur Rechenschaft zu ziehen.

<sup>672</sup> Irms Spitta, geb. Ziegler, erste Frau von Spittas Sohn Wilhelm (1902–1988), der als Landwirt in Kolumbien lebte. Arnold Spitta hatte sich 1927 als Kaufmann dort niedergelassen, war aber 1941 nach Europa zurückgekehrt.

*Dienstag, 8. Oktober 1946*

Kaisen betont in einer Besprechung die Notwendigkeit, daß sich die Deutschen – einschl[ießlich] aller Parteien – über die künftige Gestaltung des Reiches einigen und das gemeinsam gegenüber den Besatzungsbehörden vertreten. Klage über das Gegeneinander der Parteien. Der amerik[anische] General Clay hat erklärt, Bremen sei ein Sonderfall; damit sei über Hamburg und Lübeck nicht entschieden.<sup>673</sup>

Im *Senat* beamtenrechtl[iche] Vorlage verabschiedet.<sup>674</sup> Nachricht über schlechte Kartoffelernte. In Bremen noch für vier Tage Brotgetreide. Schnapsbrennereien und Schwarzschlachtungen bei den Bauern.

[...]

*Mittwoch, 9. Oktober 1946*

[...]

Abends 7 bis gegen 11½ Uhr Dinner in der amerik[anischen] Messe auf Einladung des Gerichtsoffiziers Mr. Johnson.<sup>675</sup> Lebhaftige Unterhaltung (Indianer mit Öl in ihren Reservaten, Rechtsangelegenheiten in USA und England, altfranzösisches Recht in Louisiana, Wahl und Unabhängigkeit der Richter, Kriegssachen, auch Invasion in der Normandie, Gegnerschaft gegen Rußland usw.). Amerikanische Art der Bewirtung: Cocktails in nüchternen Magen, Dinner nur mit Leitungswasser, nach dem Kaffee wieder Schnäpse. Mit mir Lahusen, Carstens und Thielke (?). [...]

*Donnerstag, 10. Oktober 1946*

[...]

Kaisen ist vom Governor gefragt, ob Bremen als Land weitere Gebiete wünsche; K[aisen] hat das mit Recht abgelehnt. Wir müssen den Stadtstaatcharakter bewahren. Wesermünde muß selbst durchsetzen, wenn es zu Bremen will; durch Angliederung Wesermündes Stadtstaatcharakter nicht beeinträchtigt.<sup>676</sup>

Meine Sorge, daß der Weserstrom, der jetzt in Hand der Reichssonderverwaltung ist, in die Verwaltung der Uferstaaten oder des Uferstaates (Hannover, Oldenburg, Niedersachsen) kommen könne. Soll Bremen

<sup>673</sup> Mitteilung Kaisens im Senat über eine am 7.10.1946 vom Rundfunk verbreitete Erklärung Clays, in der dieser die Bildung eines Freistaats Bremen begrüßte. (Senatsprotokoll 8.10.1946, StAB: 3/3).

<sup>674</sup> „Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamtenrechts“, das nach dem Beschluß des Senats zunächst der Militärregierung und dann der Bürgerschaft zugeleitet werden sollte. Es behandelte die Ansprüche der im Berufungsverfahren rehabilitierten entlassenen Beamten.

<sup>675</sup> Robert W. Johnson, oberster Gerichtsoffizier der US-Militärregierung in Bremen, kehrte 1951 in die USA zurück, um in Illinois eine Rechtsanwaltspraxis zu eröffnen.

<sup>676</sup> So die Ausführungen Kaisens im Senat am 8.10.1946, StAB: 3/3.

nicht vom Governor, unter Ablehnung alles Landerwerbs erbitten, daß der Strom als eine Art Zubehör zu unseren Häfen in unsere Verwaltung kommt?

Darüber mit Apelt gesprochen; ebenso rege ich an, daß die Häfen von Brake und Nordenham (ohne die Städte) dem bremischen Hafenorganismus eingegliedert werden – Verhältnis, wie jetzt die Bremerhavener Häfen zu Wesermünde stehen.<sup>677</sup> Apelt zögert im zweiten Punkte.

*Freitag, 11. Oktober 1946*

Im Hause schon ungemütlich kühl. Brennstoff ist nirgends vorhanden und dürfte auch noch nicht angegriffen werden, wenn er da wäre. Kohlenmangel. Die [Warmwasser-] Badeanstalt deswegen geschlossen. Elektr[ischer] Strom reicht für das Mittagessen nicht aus. Fabriken abwechselnd stillgelegt, um Strom zu sparen. Im Rathaus ist die Heizung im Gange, da Amerikaner im Hause.

Im Senat Verfassungsfragen, Beeidigung von Senat und Bürgerschaft usw.<sup>678</sup> Wirtschaftl[iche] und politische Lage Deutschlands. Harmssen meint, die Russen wollten jetzt die Vereinigung der vier Zonen aus wirtschaftlichen Gründen.

Mit Kaisen und Apelt Frage des Weserstroms besprochen. Formulierung für den Governor.

Nolting-Haufts Buch: „ImI's“ (Judenmischling I. Grades); Erinnerungen der KZ-Zeit.<sup>679</sup> [...]

*Samstag, 12. Oktober 1946*

[...]

<sup>677</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 104.

<sup>678</sup> Nach Mitteilungen Spittas und Frieses hatte sich die britische Militärregierung in Hannover mit dem Bremer Verfassungsentwurf seit der eingehenden persönlichen Beratung zwischen ihrem zuständigen Beamten und den Vertretern der Hansestadt am 22. 8. 1946 trotz zahlreicher Erinnerungen noch nicht weiter befaßt. Kaisen wollte deshalb eine vorläufige Genehmigung der Verfassung durch die amerikanische Militärregierung in Bremen erwirken. Außer dem Senat sollte nach Meinung der britischen Militärregierung auch die Bürgerschaft vereidigt werden, wofür sie die Formel vorschlug, die sie für die Gemeinden ihrer Zone vorgeschrieben hatte. Spitta wollte versuchen, statt dessen eine mehr den deutschen Gewohnheiten entsprechende Formel durchzusetzen. In einem dritten fraglichen Punkt herrschte Einigkeit darüber, daß der ernannte Senat über die Wahl der Bürgerschaft hinaus bis zur Wahl eines neuen Senats im Amt bleiben sollte. (Senatsprotokoll 11. 10. 1946, StAB: 3/3).

<sup>679</sup> Es handelt sich um eine Darstellung der Zeit im Zwangsarbeitslager der Organisation Todt. Vgl. Kap. 2, Anm. 55.

*Sonntag, 13. Oktober 1946*

Wahltag.

[...]

Bericht Erbes<sup>680</sup> über die drei westl[ichen] Zonen; bessere Ernährung und mehr Verkaufsgegenstände in der amerikanisch[en] Zone, besonders in Bayern. [...]

*Montag, 14. Oktober 1946*

[...]

Sonnabend Kaisen mit Browning und Crabill Verfassungsfrage;<sup>681</sup> wir sollen so handeln, „als ob“ die Verfassung genehmigt wäre.

*Gestern große Konferenz des amerik[anischen] Generals Parkman*<sup>682</sup> *über Bremen und den Umfang der Enklave.* Bei den Amerikanern anscheinend Neigung, Bremen zur Hauptstadt eines größeren Landes (Verden, Delmenhorst, Wesermarsch, Wesermünde usw.) zu machen. Ich sehe darin eine Gefahr für den besonderen Stadtstaat- und Reichshafen-Charakter Bremens; Überstimmung der bremischen Interessen im Landtag eines größeren Landes? Dauernde Irredenta der hannoverschen und oldenburgischen Bevölkerung. Die Amerikaner sagen: Reichsmittelbehörden und Länder sollen sich decken; daher nur Mittelbehörden in Bremen, wenn Bremen größeres Land. Andere Regelungen – Auseinanderfallen der Bezirke der Länder und der Reichsmittelbehörden – können sich vor allem die Engländer nicht vorstellen.

[...]

<sup>680</sup> Hans Erbe, 1892–1953. Jurist, seit 1921 im Reichsinnenministerium, dann Richter am Reichsverwaltungsgericht, nach dem Krieg Syndikus einer Bremer Handelsfirma; DVP, BDV, später FDP, 1952 ihr stellv. Landesvors., 1953 MdBü; als Nachfolger Spittas für das Amt des Justizsenators vorgeschlagen, scheiterte am Widerspruch der SPD wegen seines Kommentars zum Entschädigungsgesetz vom 9.12.1937, das die Forderungen Dritter bei der Einziehung „kommunistischen, volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ behandelte (RGBl. 1937 I, S. 1333–1338).

<sup>681</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 678.

<sup>682</sup> Henry Parkman, Leiter der Civil Administration Division von OMGUS. – Ein Protokoll dieser Konferenz ließ sich nicht finden. Inhaltlich werden die amerikanischen Pläne aber bestätigt durch Notizen über weitere Besprechungen mit der US-Militärregierung. Die Vertreter Bremens äußerten intern und in vorsichtiger Weise auch gegenüber ihren amerikanischen Gesprächspartnern die hier von Spitta zusammengefaßten Bedenken (vgl. insbes. Aktennotiz über eine Besprechung der Senatoren und Oberbeamten am 17.10.1946, in StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2). Zu der geplanten erheblichen Vergrößerung des Landes Bremen kam es am Ende nicht.

*Dienstag, 15. Oktober 1946*

[...]

Das *bedeutsame Ergebnis der Wahlen in der britischen Zone*, auch in Bremen, ist die *schwere Niederlage der Kommunisten*. Innen- und außenpolitisch gleich wichtig.<sup>683</sup>

Das amtliche Wahlergebnis in Bremen noch nicht da; sicher ist ein *großer Erfolg der Sozialdemokraten*. Von den „bürgerlichen“ Senatoren Apelt, Harmssen, Bölken und ich gewählt, Nolting-Hauff unterlegen. Von den Sozialdem[okraten] der amtlich und menschlich gleich wertvolle Ehlers nicht gewählt, dafür der demokratische Klopffechter Grabau. Paulmann und Theil unglücklich über den großen Erfolg ihrer Partei; Theil sagte mir: „Es sind viel zu viele Sozialdem[okraten] gewählt!“ „Weniger wäre mehr gewesen.“ – Kaisen wird ebenso denken; er will die Zusammenarbeit mit den „Bürgerlichen“. Nun hat er gegen den Ehrgeiz der eigenen Parteigenossen einen schweren Stand.

[...]

*Mittwoch, 16. Oktober 1946*

[...]

Die *brem[ische] Wahl* hat eine *Zweidrittmehrheit der Sozialisten* gebracht: 51 Sozialdem[okraten], 3 Kommunisten = 54 gegen 26 Bürgerliche (BDV und CDU je 12 Sitze, 2 Unparteiische).<sup>684</sup> Also *Verfassungsänderungen gegen die Bürgerlichen möglich*.

<sup>683</sup> Am 13.10.1946 fanden in der Britischen Zone Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen sowie Stadtrats- und Kreistagswahlen statt. Bei den Wahlen in Schleswig-Holstein konnte die KPD lediglich 18, in Niedersachsen 37 und in Nordrhein-Westfalen 86 Mandate erringen; in Hamburg und Bremen wurde sie nur die viertstärkste Partei (Keesing's Archiv 1946/47, S. 895 G und 896 A).

<sup>684</sup> Die Angabe entspricht dem amtlichen Ergebnis, vgl. 110 Jahre Bürgerschaftswahlen, S. 135–153. Die beiden Unabhängigen, Harmssen und Bölken, traten in ein Hospitantenverhältnis zur BDV. – Das Wahlrecht entsprach der Regelung in der Britischen Zone: Wahlberechtigt waren Einwohner/innen Bremens deutscher Staatsangehörigkeit, die das 21. Lebensjahr vollendet und nicht der NSDAP oder ihren Gliederungen angehört hatten. Wählbar waren Männer und Frauen, die das 25. Lebensjahr vollendet hatten, weder Mitglieder einer NS-Organisation noch aktive Wehrmachtsoffiziere gewesen waren und nicht als Beamte, Angestellte oder Arbeiter im Dienst der FH Bremen standen. Von den 80 Abgeordneten wurden 64 direkt mit relativer Mehrheit, 16 über eine Liste nach dem Stimmenanteil ihrer Partei unter Verrechnung der Stimmen der erfolglosen und der überzähligen Stimmen der erfolgreichen Kandidaten (Verhältniswahlrecht) gewählt. Jeder Wähler hatte so viele Stimmen, wie Kandidaten in seinem Bezirk zu wählen waren (in der Regel vier, in jeweils zwei der insgesamt 16 Bezirke drei bzw. fünf Stimmen).

In der britischen Zone: SPD 10986000 Stimmen, nur 2790 Sitze, CDU 10196000 Stimmen, aber 3279 Sitze.<sup>685</sup>

Merkwürdige Auswirkung des englischen Wahlrechts auch in Bremen. SPD: 47,6 Prozent der Stimmen, aber 63,7 Prozent der Sitze!<sup>686</sup> Besprechung mit *Kaisen*; er wollte den Senat möglichst unverändert lassen; jetzt meint er, man solle nicht nach der Sitzzahl, sondern nach der Stimmenzahl den Senat zusammensetzen; Ehlers und Nolting-Hauff müßten durch Sondergesetz in den Senat gebracht werden. Schwierig sei das *Wirtschaftsressort Apelts*; seine Partei wolle unbedingt in der Wirtschaft senatorisch mitarbeiten; Apelts Ressort müsse geteilt werden, Häfen und Verkehr bei Apelt, Wirtschaft bei Harmssen und einem Sozialdemokraten (Ewert?); Handel und Industrie bei Harmssen, Handwerk und Arbeitersachen bei Ewert??

[...]

*Donnerstag, 17. Oktober 1946*

[...]

Nachmittags] 5 bis 8 Uhr Extrasitzung des Senats. Frage der Gebietserweiterung des Landes Bremen; die Amerikaner möchten aus Bremen ein umfangreiches Land machen mit Teilen von Hannover und Oldenburg, ev[entuell] ganz Oldenburg. Dagegen wende ich mich; Bremen sollte seinen Stadtstaat-Charakter behalten. Der Senat stimmt dem zu. Erweiterung nur „in städtischen Grenzen“ (Wesermünde, Delmenhorst, Hafen von Brake, ev[entuell] Elsfleth, Lemwerder, Nordenham); einheitliche Verwaltung des Weserstroms. Ich soll Denkschrift für Amerikaner machen.<sup>687</sup>

[...]

<sup>685</sup> Leicht abweichende Ergebnisse entstehen bei der Addition der Zahlen für Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein nach Richard Schlachter, *Die deutschen Nachkriegswahlen*, München 1956, S. 48, 52 und 64:

CDU 10122203 Stimmen, 3567 Sitze; SPD 9641698 Stimmen, 2697 Sitze.

<sup>686</sup> Die Stimmenanteile der Parteien betrugen:

SPD 47,6%, CDU 18,9%, BDV 18,3%, KPD 11,5%, Unabhängige 3,7%; vgl. Kap. 3, Anm. 684.

<sup>687</sup> Aktennotiz über eine Besprechung der Senatoren und Oberbeamten am 17.10.1946, in StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2. (Vgl. Kap. 3, Anm. 682). Die Denkschrift mit dem Titel: „Gebietserweiterung des Landes Bremen“ findet sich im NL Spittas im StAB: 7,63–1/1.

*Freitag, 18. Oktober 1946*

*Senat.* Plate über die großen Bombenschäden im Wehr (April 1945!). Gang des Verfahrens für neue Bürgerschaft und Senat. Bremens Verhältnis zum Länderrat.<sup>688</sup>

[...]

*Samstag, 19. Oktober 1946*

*Dr. Francke*, aus englischer Gefangenschaft heimgekehrt, spricht anerkennend über die Zeit in England (zwei Jahre). Erschüttert, als er Walters Tod erfährt. Religiöses Gespräch.

*Mittags Theodor auf der Durchreise.* Erfüllt von seiner Arbeit mit Jugendlichen. Sein Artikel in der „Nordwest-Zeitung“ für politische Schonzeit der Jugend, schützenden Ring um die Jugend, Raum, in dem die Jugend selbständig nach eigenen Gesetzen wachsen kann.<sup>689</sup> Nachmittags Senatorentee bei Apelt.

Abends *Eröffnung der Wittheit*. Die Reden Paulmanns und Entholts brav, aber ohne fruchtbare Gedanken, wie wir sie bei Knittermeyer gewohnt sind. Dann aufregender *Vortrag Schaeders*<sup>690</sup> *über den Weg des deutschen Geistes*. Die deutsche Geschichte nicht nur eine Geschichte der Katastrophen, sondern ungewöhnlicher Aufgaben, für die das deutsche Volk schwere Opfer gebracht hat: 1.) Schaffung einer staatl[ichen] Ordnung in Europa nach dem Untergange des Römisch[en] Reiches und dem Chaos in

<sup>688</sup> Der Senat erörterte die Frage, ob die Beziehungen zum Länderrat intensiviert werden sollten. Kaisen, Spitta und Nolting-Hauff sprachen sich dafür aus, wobei Spitta eine Festlegung im Statut des Länderrats für nicht erforderlich hielt. – Bezüglich der neuen Bürgerschaft stellte Spitta fest, daß es keine gesetzliche Grundlage für eine Eidesleistung der Abgeordneten gebe, daß Kaisen als bisheriger Präs. die erste Sitzung eröffnen und die Wahl eines neuen Bürgerschaftspräs. und eines geschäftsführenden Vorstands veranlassen müsse. Fraglich blieb, ob die Wahl von Persönlichkeiten, die nicht der Bürgerschaft angehörten, in den Senat durch Gesetz zugelassen werden sollte. Governor Browning war bereit, einer solchen Änderung der bisherigen Rechtslage zuzustimmen. (Senatsprotokoll 18.10.1946, StAB: 3/3).

<sup>689</sup> Dr. Theodor Spitta (jr.), Aufruf zur Verantwortung, in: *Nordwest-Zeitung* v. 18.10.1946, S. 4. Im Hinblick auf eine Verordnung der Militärregierung, die den Parteien und Gewerkschaften die Gründung von Jugendgruppen erlaubte, forderte Spitta, die Jugendlichen lieber in unabhängigen Vereinen bei Sport, Spiel, Wandern, Musik, Tanz und Gespräch, auch politischer Diskussion, zusammenzufassen, auf einseitige parteipolitische Beeinflussung aber zu verzichten.

<sup>690</sup> Wie der Bericht und eine Zuschrift im *Weser-Kurier* vom 23.10.1946 zeigen, wurde Spittas positives Urteil über den Vortrag des Göttinger Professors für Orientalistik, Hans Heinrich Schaefer (1896–1957), von vielen nicht geteilt. Sie kritisierten, daß der Redner keinen Versuch gemacht hatte, die NS-Zeit in den Gang der deutschen Geschichte einzuordnen, und empfanden seine Ausführungen über die Sendung der Deutschen als Ausdruck weiterbestehender nationalistischer Selbstüberschätzung. Wegen der Behandlung Knittermeyers hatte Schaefer zu Beginn seines Vortrags scharfe Kritik an der Militärregierung geübt.

der Völkerwanderung. Karl der Große. 2.) Schaffung eines städtischen Bürgertums und städtischer Freiheit. Hanse und Kolonisation des Ostens. 3.) Wahre, innerliche Christianisierung Europas in der Reformation. 4.) Begegnung mit dem Griechentum im 18. Jahrh[undert]. Deutsche Klassik. 5.) Soziale Frage. Karl Marx und der Sozialismus. Wundervolle Worte über die deutsche Musik. Das Ganze aufrüttelnd und aufrichtend. Über allem schien das – nicht angeführte – Wort aus dem „Tasso“ zu stehen:

„Und wenn du ganz dich zu verlieren scheinst,  
Vergleiche dich! Erkenne was du bist.“

Der Beifall war stark, die spannende [sic] Anteilnahme der Hörer groß. Am Anfang, bei der Erwähnung Knittermeyers, ein langanhaltender Beifallsturm. Einige wenige, darunter Paulmann, bedenklich, wenn nicht gar ablehnend. Angeblich soll der anwesende Amerikaner verstimmt gewesen sein. Dazu kein Anlaß. Nichts an der Rede war nationalistisch. Nach dem Vortrag Essen im Gästehaus. Anregende Aussprache.

[...]

*Sonntag, 20. Oktober 1946*

[...]

*Montag, 21. Oktober 1946*

Paulmann hat Schwierigkeiten wegen der Rede Schaeders; die amerik[ani-sche] Mil[itär]reg[ierung] hat Paulmann am Sonntag angerufen; Paulmann fürchtet eine Gefährdung der Wittheit. Ich suche eine andere Auffassung der Rede darzulegen. Die Erwähnung Knittermeyers vielleicht taktisch unrichtig; hoffentlich schadet sie nicht Knittermeyers Vorstellungsverfahren.<sup>691</sup>

Nachmittags erste Sitzung der neuen BDV-Fraktion, zwölf Mitglieder, zwei Hospitanten (Bölken und Harmssen). Immer wieder kam bei einzelnen Mitgliedern (Dr. Lueken,<sup>692</sup> Grabau) die einseitige Parteipolitik durch, vermischt mit persönlichem Ehrgeiz (Lueken Finanzsenator!) – Beurteilung der Lage, als wenn wir ein Reichsparlament wären und es sich um die Entscheidung hochpolitischer Fragen handelte. Solche Sitzungen sind mir das Unangenehmste meiner politischen Tätigkeit.

[...]

<sup>691</sup> Revision im Entnazifizierungsverfahren.

<sup>692</sup> Dr. Emil Lueken, 1879–1961. Jurist, 1907–1920 Bgm. von Heppens/Rüstringen (Oldenburg), 1920–1933 Oberbgm. von Kiel, seit 1934 Bankdirektor in Bremen, Mitbegründer und stellvertretender Vors. der BDV, 1946–1951 MdBü (BDV/FDP), erhielt 1954 das Große Verdienstkreuz zum Verdienstorden der Bundesrepublik. Vgl. Brem. Biogr., S. 327.



*Dienstag, 22. Oktober 1946*

[...]

Im Senat Harmssen über Reparationen (660 Fabriken im Westen, 34 Werften, d[as] h[eißt] alle!). Frage, ob Bremen die Deschimag und die Nordd[eu]tsche Hütte kaufen soll und kann.<sup>693</sup> – 40 bremische Bäckereien ohne Mehl.<sup>694</sup> – Wieder die leidige, völlig unklare Denazifikationsfrage.<sup>695</sup> – Browning will die Besatzung der „Enklave“ vermindern (jetzt 20000 Mann).<sup>696</sup> – Versicherungssumme der bremischen öffentl[ichen] Gebäude 60 Millionen; zerstört Gebäude mit 24 Millionen RM. Aufbau viel teurer.<sup>697</sup>

[...]

*Mittwoch, 23. Oktober 1946*

Im Rathause zieht es durch die Fenster, daß ich im Mantel sitze.

Den ganzen Vormittag Besuche und Gespräche. Kaisen erzählt mir vertraulich über die gestrige, langdauernde *Sitzung der SPD-Fraktion*. Sein Verlangen sechs SPD und KPD zu sechs Bürgerlichen abgelehnt.

Sieben zu fünf. Nolting-Hauff als Finanzsenator nur durchgedrückt, nachdem Kaisen die Kabinettsfrage gestellt hatte. SPD beansprucht das Wirtschaftsressort. „Apelt Justitiar für Häfen und Eisenbahnen“. Ich erkläre Kaisen, daß das von den Bürgerlichen nicht hingenommen werde und Bruch bedeuten würde. Kaisen erbittet Aufstellung über Teilung des Ressorts. Kaisen hat Ewert abgewehrt; Wolters soll mit Harmssen in die Wirtschaft. – Kaisens Gedanke, jüngere Kräfte in der Verwaltung auszubilden als künftige Leiter und Senatoren.

Bei der Erörterung des Falles Nolting-Hauff hat Kaisen auf den Einwand aus s[einer] Fraktion, Nolt[ing]-Hauff halte den Sozialismus nicht für das Endziel, erwidert, das sei er auch nicht.

Bedeutsam die geringen Erfolge der *Kommunisten* (der erzwungenen Einheitspartei SED) in der russischen Zone; in *Berlin schwere Niederlage*

<sup>693</sup> Das Senatsprotokoll enthält keine zahlenmäßigen Angaben. (StAB: 3/3).

<sup>694</sup> Bölken teilte mit, daß Schwierigkeiten bei der Brotversorgung durch Anfuhr von Mehl in der kommenden Woche soweit behoben werden könnten, daß die Zuteilungen für eine Woche gesichert seien. (Senatsprotokoll 22.10.1946, StAB: 3/3).

<sup>695</sup> Spitta gab die Ergebnisse eines bayerischen Berichts über die Tätigkeit der Spruchkammern im Sept. 1946 bekannt (ebenda).

<sup>696</sup> Wegen der Entscheidung, finanzielle Entschädigung bei der Requisition von Möbeln zu leisten, war mit einem erheblichen Anstieg der Besatzungskosten zu rechnen, die Browning mit Rücksicht auf den Bremer Etat durch Personalabbau bei der Militärregierung verringern wollte (ebenda).

<sup>697</sup> Bericht Theils über eine Zusammenstellung des Hochbauamts (ebenda).

*der Kommunisten.*<sup>698</sup> Außenpolitische Bedeutung der Wahlen als Absage an Rußland.

[...]

*Donnerstag, 24. Oktober 1946*

[...]

Bei Kaisen mit Oberf[finanz]prä[sident] Milkowski;<sup>699</sup> er entwickelt seine Pläne über Vergrößerung Bremens (Wesermarsch, Osterholz, Wesermünde-Land, Teil vom Reg[ierung]bez[irk] Stade, Hoya, Verden usw.). Kaisen und ich dagegen. – Kaisen möchte Milkowski an Bremen binden und an unseren Senatssitzungen teilnehmen lassen.<sup>700</sup>

<sup>698</sup> Trotz erheblicher Behinderung der CDU und LDP und starker Begünstigung der SED durch die Behörden errang die Einheitspartei bei den Landtagswahlen in der SBZ am 20.10.1946 nur 47,5% der Stimmen, die CDU 24,5%, die LDP 24,6%. Gegenüber den Gemeindewahlen im Sept. 1946 mußte die SED bedeutende Verluste hinnehmen; in der Provinz Sachsen und in Brandenburg büßte sie ihre absolute Mehrheit ein. Bei den gleichzeitigen Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen in den vier Sektoren Groß-Berlins, bei denen die SPD als selbständige Partei zugelassen war und sich die Unterstützung der SED auf den sowjetischen Sektor beschränkte, sah das Ergebnis folgendermaßen aus: SPD 48,7%, SED 19,8%, CDU 22,2%, LDP 9,3%. Im sowjetischen Sektor erhielt die SPD 340572, die SED 233311, die CDU 146261 und die LDP 61418 Stimmen. (Die Wahlen in der Sowjetzone, S. 15–17).

<sup>699</sup> Dr. rer. pol. Fritz Milkowski, geb. 1900. Jan. 1946–31.3.1947 stellvertretender Oberfinanzprä[s., Leiter des auf die Enklave Bremen entfallenden Teils des ehemaligen Oberfinanzpräsidiums Weser-Ems, verzog 1947 nach Halle/Saale.

<sup>700</sup> Seit der Eingliederung der Enklave Bremen in die britische Besatzungszone am 10.12.1945 war das Oberfinanzpräsidium Weser-Ems nur noch für das Land Bremen und die Stadt Wesermünde zuständig. Da Wesermünde nicht zum bremischen Staatsgebiet gehörte, unterstand das Oberfinanzpräsidium als ehemalige Reichsbehörde direkt der Militärregierung und nicht dem Senat. Es war für die Erhebung der Reichssteuern verantwortlich, während dem Senat die Kompetenz für alle Reichsausgaben in Bremen und Wesermünde übertragen war. Diese widersprüchliche Konstruktion führte zu vielen Spannungen zwischen dem Senat und dem Oberfinanzpräsidium. (Vgl. die Ausführungen Nolting-Hauffs in der Bürgerschaftsdebatte am 10.5.1946, Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 13f.) Milkowski schaltete sich deshalb mit einem Schreiben vom 24.10.1946 an die Militärregierung in die Debatte über die territoriale Neuordnung der britischen Zone ein. Er schlug vor, zur Gewährleistung einer einheitlichen Finanz- und Zollverwaltung alle Gebiete rechts und links der Weser von Bremen bis zur Mündung einem Land Bremen einzugliedern und diesem alle Reichsbehörden außer Post und Eisenbahn, also auch das Oberfinanzpräsidium zu unterstellen. (Milkowski an Militär-Regierung, 24.10.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2). Der Senat beriet am 25.10.1946 über Kaisens Vorschlag, Milkowski an seinen Sitzungen teilnehmen zu lassen. Er vertagte die Entscheidung, nachdem Nolting-Hauff widersprochen und dafür plädiert hatte, zuvor das Verhältnis zwischen dem Oberfinanzpräsidium und dem Senat zu klären, möglichst im Sinne einer Unterstellung Milkowskis. Am 5.11.1946 faßte der Senat einen entsprechenden Beschluß: Da die Militärregierung das ehemalige Oberfinanzpräsidium Weser-Ems bereits geteilt und für die Enklave eine selbständige Finanzverwaltung geschaffen hatte, sollte der Finanzsenator für den gesamten Finanzbe-

Mit Kaisen über Regierungsbildung. Er ist empört über die Parteien; „diese Esel“! – Muß seine Regierungsbildung Sonntag vor den Parteifunktionären vertreten. Dabei entscheidende Verhandlungen mit den Besatzungsmächten, morgen mit *General Robertson* in Hannover. *Zukunft der Hansestädte nicht gesichert. General Robertsons Rede: „vorläufig!“*<sup>701</sup>

Kaisen in Verzweiflung über die Arbeiternot auf dem Lande. Keine jungen Leute, um die Rüben vor weiterem Frost zu retten; dagegen Massenbetrieb von jungen Leuten auf dem Freimarkt.

[...] *Nachmittags Bedrohung der Händelstraße mit militärischer Beschlagnahme.*

*Wachtposten* usw. Die Nachbarn bringen in der Dunkelheit Sachen fort. Begreifliche Aufregung.

[...]

*Freitag, 25. Oktober 1946*

Im *Senat* (Kaisen abwesend)<sup>702</sup> die neuen Straßenbeschlagnahmen Händelstr[abe] und Joseph-Haydn-Str[abe] von Harmssen vorgebracht.<sup>703</sup> Während der Senatsitzung 150 Bewohner der Straßen im Rathause protestierend; ein Ausschuß dringt bis zum Town Major vor, aber schroff abgewiesen. Unsere Wohnung soll „vorläufig“ nicht in Anspruch genommen werden. Also ständiges Damoklesschwert. [Noch im Senat:] Freimarkt und Freimarktpreise. Razzia zur Prüfung der Preise.

[...]

reich, einschließlich der früheren Reichsverwaltung, zuständig und der Oberfinanzpräs. ihm künftig unterstellt sein. (Senatsprotokolle 25.10. und 5.11.1946, StAB: 3/3).

<sup>701</sup> Sir Brian Hubert Robertson, 1896–1974. Britischer Generalleutnant, 1945–1946 stellvertretender Militärgouverneur, 1947–1949 Militärgouverneur der Britischen Zone, 1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik, 1950–1953 Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte im Mittleren Osten. – In einer grundsätzlichen Rede vor dem Zonenbeirat am 23.10.1946 nahm Robertson unter Bezug auf eine Erklärung des britischen Außenministers vom Vortag zu den Vorschlägen des Sonderausschusses (vgl. Kap. 3, Anm. 560 und 604) für die Neugliederung der Britischen Zone Stellung. Über den Status Hamburgs und Bremens führte er aus: „Die Hansestädte Hamburg und Bremen behalten vorläufig ihre Selbständigkeit. Ich möchte mich heute nicht darauf festlegen, daß dieser Zustand von Dauer sein wird. Ich bitte, sich damit zu begnügen, wenn ich sage, daß wir im Augenblick keine Änderung vorhaben.“ (Akten Vorgesichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 967. Ein Exemplar der Rede in deutscher Fassung findet sich auch im StAB: 3-B.10.a. Nr. 2[1], Akte 2).

<sup>702</sup> Kaisen nahm (inoffiziell) an der 8. Sitzung des Zonenbeirats am 23./24.10.1946 in Hamburg teil und konferierte anschließend mit General Robertson in Hannover.

<sup>703</sup> Auf die Anfrage Harmssens teilte Häusler mit, daß bei der Militärregierung über Pläne zur Beschlagnahme der Häuser nichts bekannt sei und daß es sich bei der Bestandsaufnahme lediglich um eine vorsorgliche Maßnahme handele. (Senatsprotokoll 25.10.1946, StAB: 3/3).

Neue Zuteilungen. Mit Harmssen über Apelts Verbleiben im Senat.

[...]

Nachmittags Fraktionssitzung über die Regierungsbildung. Beschluß: Zufrieden, wenn Apelt, Bölken, Harmssen und ich in den Senat kommen und einverstanden mit Nolting-Hauff als Finanzsenator. Debatte über Nolting-Hauff. Hagedorn<sup>704</sup> Präsident der Bürgerschaft, unser Schulze erster Vizepräs[ident], Frau Stiegler [SPD] zweite Vizepräsidentin. – Senatsgesetz und Senatswahl sind noch aufzuschieben.

[...]

*Samstag, 26. Oktober 1946*

Besprechung mit Kaisen. Er berichtet über seine Verhandlungen mit den Engländern in Hannover. Bremen scheidet aus dem Gebietsrat aus;<sup>705</sup> kein Nachteil für uns. – Kaisens Empörung über die Schwierigkeiten, die ihm die Parteien, besonders seine eigene, machen. Er meint, die Kommunisten könnten jetzt ganz aus dem Senat ausgeschaltet werden; *bei der SPD große Erregung über den Abtransport von Technikern und Facharbeitern aus der russischen Zone nach Rußland;*<sup>706</sup> *Gegnerschaft gegen die Kommunisten und Rußland.* Kaisen will die Sache hinwerfen und nicht mehr mitmachen, wenn sich die Parteien in den nächsten Tagen nicht einigen. Seinen Gedanken, daß der jetzige ernannte Senat noch längere Zeit weiter regieren könne (bis zur offiziellen Genehmigung der Verfassung durch die Engländer), habe ich bekämpft; ein solcher Senat wäre ohne Autorität, und das Ganze erschüttere den Gedanken der Demokratie.

Kaisen tritt jetzt für das Verbleiben Apelts im Senat ein. [...]

*Sonntag, 27. Oktober 1946*

Zu Hause kühl, da das Haus nach und nach durchgekältet ist und zum Heizen alles fehlt. Nachmittags Regen.

Erinnerungen an den Tag vor 46 Jahren. [Hochzeitstag Spittas] Festliches Frühstück durch die amerikanischen Gaben Walters.

[...]

<sup>704</sup> August Hagedorn, 1888–1969. 1906 Bürogehilfe bei der AOK, 1954 als deren Direktor pensioniert; 1910 Eintritt in die SPD, 1919–1933 MdBü, 1933 Schutzhaft, aus dem Dienst der AOK entlassen, 1933–1945 Bücherrevisor und Helfer in Steuer-sachen, 1946–1966 MdBü, seit Okt. 1946 Bürgerschaftspräs., 1947–1949 Md. des Parlamentarischen Rates.

<sup>705</sup> Bremen war am 20.12.1945 dem Ende Okt. konstituierten Gebietsrat Hannover-Oldenburg-Braunschweig, seit Jan. 1946 Verwaltungsrat Niedersachsen (vgl. Kap. 3, Anm. 181), beigetreten. Nachdem Robertson bei seiner Rede vor dem Zonenbeirat am 23.10.1946 festgestellt hatte, daß das Land Niedersachsen den Militär-regierungsbezirk Hannover mit Ausnahme Bremens umfassen sollte, mußte die Hansestadt aus dem Gebietsrat ausscheiden.

<sup>706</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 490.

*Montag, 28. Oktober 1946*

Vor und nach der Fraktionsführer-Besprechung Bote [Fraktionsführer der BDV] bei mir. *Die Senatsbildung einstweilen festgefahren.* Die CDU verlangt mit ihren zwölf Mandaten in der Bürgerschaft drei Senatoren! (Berufung auf das Wahlergebnis in *der ganzen britischen Zone!*) Bei den Sozialdem[okraten] Bedenken gegen Apelt, Harmssen und Bölken. Bote hat erklärt, Apelt und Spitta seien eine Einheit und *conditio sine qua non*. – Ein bürgerschaftl[icher] Ausschuß soll weiter verhandeln. – Diese Art untergräbt die Demokratie, ehe sie aufgerichtet ist. Dasselbe Parteielend wie vor 1933.

Über die Häuserbeschlagnahmen soll in der Bürgerschaft eine Interpellation eingebracht werden.<sup>707</sup>

Mit der Denkschrift über Gebietserweiterung beschäftigt.<sup>708</sup>

[...]

*Dienstag, 29. Oktober 1946*

Im *Senat* Wohnungsbeschlagnahme, Sonderbehörden und anderes. Abends Fraktionssitzung: Senatsbildung festgefahren; Tagesordnung der Bürgerschaft, darunter Ortsämter. Es zeigt sich immer wieder, daß man erst die primitivsten Dinge den politischen Neulingen auseinandersetzen muß.

[...]

<sup>707</sup> Weitere Besprechungen mit der Militärregierung (Crabill) zeigten, daß es sich bei der am 25. 10. im Senat mitgeteilten Auskunft (Kap. 3, Anm. 703) lediglich um einen Beschwichtigungsversuch gehandelt hatte. Die Häuser sollten allmählich innerhalb der nächsten drei Monate in Anspruch genommen werden, um die Unterbringung der Betroffenen zu ermöglichen. Crabill ließ erkennen, daß die Bremer Militärregierung die von den Besatzungstruppen geplanten Beschlagnahmen nicht billigte und sich deshalb an OMGUS gewandt hatte, dessen Antwort noch ausstand. Er verabedete mit Kaisen eine Interpellation in der Bürgerschaft, die die Militärregierung schriftlich beantworten wolle. (Senatsprotokoll 29.10.1946, StAB: 3/3).

<sup>708</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 687; Kap. 4, Anm. 18.

## 4. Zweiter Bürgermeister im ersten demokratisch gewählten Senat der Nachkriegszeit 30. Oktober 1946 bis Ende 1947

*Mittwoch, 30. Oktober 1946*

[...]

Nachm[ittags] *erste Sitzung der gewählten Bürgerschaft*.<sup>1</sup> Eindrucksvolle Ansprache Kaisens. Hagedorn zum Prä[sidenten] d[er] Bürgerschaft gewählt; seine verlesene Ansprache fiel nach Kaisens freier Rede sehr ab. Beim Gesetz über die Ortsämter mußte ich zweimal das Wort ergreifen.<sup>2</sup> Übrigens ging alles überraschend glatt. Ausschuß für Senatswahl [gebildet].

[...]

*Donnerstag, 31. Oktober 1946*

Auf Befehl der Briten gesetzl[icher] Feiertag, der der Reformationstag früher in Bremen nicht war. Im Rathaus in wohlthätiger Stille gearbeitet. Durch den herbstlichen Bürgerpark.

Schlange-Schöningens „Am Tage danach“ zu Ende gelesen.<sup>3</sup> Beveridge „Vollbeschäftigung“ (Beseitigung der Arbeitslosigkeit bei grundsätzlich „freier“ Wirtschaft durch Planung und Lenkung der Investitionen).<sup>4</sup>

*Freitag, 1. November 1946*

Karl Carstens will Sozios meiner alten Anwaltsfirma werden und muß dann bald aus der Tätigkeit bei mir ausscheiden. Ein großer Verlust für mich, sachlich und menschlich.

<sup>1</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 1–4. Die Rede Kaisens ist abgedruckt in: Kaisen, Bereitschaft, S. 60–62.

<sup>2</sup> Nachdem die elf Gemeinden des Landkreises durch Gesetz vom 19.9.1945 in die Stadt Bremen eingegliedert worden waren, sollten nach diesem neuen Gesetz Ortsämter in ihnen für eine „volksnahe“ Verwaltung sorgen. Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 7–9, Spitta: S. 8f.

<sup>3</sup> Hans Schlange-Schöningen, *Am Tage danach*, Hamburg 1946.

<sup>4</sup> William Henry Lord Beveridge, 1879–1963. Britischer Wirtschaftswissenschaftler und Sozialpolitiker, 1919–1937 Direktor der London School of Economics, 1944/45 Md. des Unterhauses (Liberal Party), veröffentlichte 1942 einen Plan für ein Sozialversicherungssystem, der Grundlage der britischen Sozialreform nach 1945 wurde. In Deutschland erschienen 1946 zwei Kurzfassungen von B.s Buch „Full Employment in a Free Society“ (1944): *Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft*, Hamburg (Verlag für Wirtschaft und Politik) 1946 und: *Soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung*, Hamburg (Hoffmann & Campe) 1946.

*Senat.* – Brotmangel; viele Bäcker haben wenig oder kein Brot. Familien (Adolf Spitta u. a.) haben mehrere Tage nichts gehabt. Grund: Amerikanischer Seeleutestreik und schlechte Ablieferung der Bauern.

Seit vielen Wochen keine Nahrungsmittel für die Kinder.

*Samstag, 2. November 1946*

Den größten Teil der Denkschrift über Gebietserweiterung Bremens fertiggestellt.<sup>5</sup>

10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 12 Uhr Feierstunde im Festsaal des Rathauses mit *Gertrud Bäumer und der Schuljugend*.<sup>6</sup> Musikumrahmung. Ansprachen Kaisers und Elisabeth Lürbens.<sup>7</sup> Gedichte Rilkes und Goethes. Rede G[ertrud] Bäumers: Die Aufgabe der Jugend in der Gegenwart. Alternative: Ende Deutschlands und Europas, wenn nicht der ganzen Erde, oder Beherrschung der technischen und chemischen Mittel und Beseitigung der Kriege aus innerer Bindung und Verantwortung. – Mittagessen mit G[ertrud] Bäumer im Gästehaus; zehn Frauen und drei Männer.

Nachmittags 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 7 Uhr Ehepaar *Knittermeyer* bei uns. Wertvolle Aussprache, zum Teil über dasselbe, was G[ertrud] B[äumer] berührt hatte. Untergang der Menschheit oder Beherrschung der dämonischen Kräfte aus der Transzendenz. – Auch Politisches; Bedeutungslosigkeit der restlichen Grenzen, wenn ein geeinigtes Europa entsteht.

*Sonntag, 3. November 1946*

Vormittags mit Walter Lisco Entwurf des neuen „Entbräunungsgesetzes“.<sup>8</sup> [...]

<sup>5</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 687; Kap. 4, Anm. 18.

<sup>6</sup> Dr. Gertrud Bäumer, 1873–1954. Lehrerin, Sozialpolitikerin, Schriftstellerin; 1910–1919 Vors. des Bundes deutscher Frauenvereine und Mithrsg. der Zeitschrift „Die Frau“, seit 1912 Redakteurin, später Mithrsg. der „Hilfe“. 1920–1932 MdR (DDP/DSp); 1920–1933 Ministerialrätin im Reichsinnenministerium, zuständig für Schulwesen und Jugendwohlfahrt; schrieb nach ihrer Entlassung im April 1933 vielbeachtete historische Romane und setzte diese Arbeit auch nach 1945 fort. – G.B. hielt am 2. und 3.11.1946 drei Vorträge in Bremen: den hier behandelten über „Die Aufgabe der Jugend in der Gegenwart“ (Zusammenfassung im *Weser-Kurier* Nr. 89 v. 6.11.1946, S. 5), in einer Veranstaltung des Bremer Frauenausschusses über: „Die Verantwortung der Frau in der Politik“ und vor dem Evangelischen Frauenbund über das Thema: „Von der schöpferischen und zerstörenden Wirksamkeit des Bösen“. – Die Familie Spitta war Gertrud Bäumer in „enger Freundschaft“ verbunden, seit Paula Lisco in Berlin ihre gymnasialen Kurse für Mädchen besucht hatte. (Spitta, *Aus meinem Leben*, S. 209f.).

<sup>7</sup> Dr. Elisabeth Lürßen, 1880–1972. Seit 1919 Lehrerin an der Kippenberg-Schule, 1943–1949 deren Direktorin; 1923–1933 MdBü (DVP), 1946 Vorstandsmd. der BDV, 1947–1951 MdBü (BDV), Gründungsmd. des Bremer Frauenausschusses und des Deutschen Frauenringes.

<sup>8</sup> Wegen der Doppelunterstellung Bremens unter die amerikanische und britische Militärregierung seit dem 10.12.1945 gab es bei der Entnazifizierung viele Unklar-

Nachm[ittags] im Evangel[ischen] Frauenhaus Vortrag G. Bäumers über das Schöpferische und Zerstörerische des Bösen. Tiefe und ergreifende Ausführungen. Die Welt gewinnen, ohne Gott zu verlieren. Dantes Hölle. Die Lauen, die, die sich [nicht?] entschieden haben. Täuschung über die schützende Macht der Zivilisation. Ästhetisches Spiel mit dem Bösen. Mephisto (Verneiner) und Luzifer (der schöpferisch Böse). Gott erkannt durch seinen Gegensatz (Antichrist). Die Geschichte stellt den Kampf gegen die Dämonen dar.

*Montag, 4. November 1946*

Offizielle Nachricht, daß meine Wohnung Händelstr[aße] 9 nicht beschlagnahmt werden wird.

heiten und Spannungen. Bis dahin hatte die US-Militärregierung die Säuberung selbst betrieben, soweit nicht nach einer Anweisung von Anfang Mai 1945 der Senat für die sofortige Entlassung von „alten Kämpfern“ und „Aktivisten“ der NSDAP zuständig gewesen war. Erst am 14.9.1945 hatte er informatorisch Richtlinien der Amerikaner für ihre Entnazifizierungspraxis erhalten. Sie waren auch für die Beschlüsse der vom Senat aufgrund einer Anordnung vom 19.9.1945 eingesetzten Berufungsausschüsse maßgebend gewesen, deren Prüfungsergebnisse jedoch keine Rechtswirksamkeit gehabt, sondern nur der Militärregierung als Entscheidungshilfe gedient hatten. Nach der Einbeziehung Bremens in britische Zuständigkeit wurde diese Berufungsmöglichkeit am 23.1.1946 generell beseitigt und nur noch bei besonderem Interesse der Militärregierung an der Weiterbeschäftigung des Betroffenen zugestanden. Seither galt als einzige Grundlage für die Entnazifizierung die Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12.1.1946, für die Reinigung der Wirtschaft außerdem das US-Gesetz Nr. 8 vom 26.9.1945, das die Entlassung von allen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern aus leitenden Positionen und anschließend die Möglichkeit zur Rehabilitation im „Vorstellungsverfahren“ vor einem deutschen Prüfungsausschuß vorsah. Das in der US-Zone maßgebende „Befreiungsgesetz“ vom 5.3.1946 erlangte dagegen in Bremen erst am 9.5.1947 Geltung. Statt dessen wurde durch Schreiben der Bremer (US-) Militärregierung vom 31.5.1946 die britische Zonenpolitik-Anweisung Nr. 3 (revidierte Fassung) vom 24.4.1946 für die Hansestadt in Kraft gesetzt und die Bürgerschaft beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit eines „Hauptausschusses zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ zu schaffen und diesen zu wählen, was am 4.7.1946 geschah. Dieser „Hauptausschuß“, bestehend aus je drei Vertretern der Beamten, der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, hatte die Aufgabe, eine notwendige Zahl von „Prüfungsausschüssen“ einzusetzen und bei ihrer Arbeit zu überwachen. Das Ziel war, allmählich die Deutschen mit mehr Verantwortung für die Entnazifizierung zu betrauen. Tatsächlich behielt sich die Militärregierung aber nicht nur die Entscheidung vor, sondern griff auch weiterhin mit wechselnden Anordnungen in die laufende Arbeit ein, so daß die Klagen über Mißstände und Fehlgriffe – unkontrollierte Denunziationen, mangelndes rechtliches Gehör, lange Verzögerung der Verfahren durch Aktenstau bei der Militärregierung – nicht abrißen. Die Bürgerschaft ersuchte den Senat auf Antrag des „Hauptausschusses“ deshalb am 19.9.1946 um die Erarbeitung und Vorlage eines neuen Entnazifizierungsgesetzes. Nach dem Zusammentritt der gewählten Bürgerschaft stand diese Frage nun an. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft am 6.6.1946 und 19.9.1946, S. 39–55, 224–230; Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 18.6.1946; StAB: 3-B.10.b. Nr. 29 [3], Akte 1).



Zerrüttung der Verwaltung im Gesundheitswesen. Gegensatz Ärzte und Verwaltung; Einmischung der Amerikaner; in den Berichten wimmelt es von Vorwürfen der „Lüge“, „Unverschämtheit“ usw. Unter Wenhold lief alles glatt. Kaisen hat mich gebeten, den Stall auszumisten, da ich älter sei als er! Eine widerwärtige Aufgabe. Frau Senator Popall und Prä[sident] Dr. Stade werden schwerlich weiter zusammenarbeiten können. Vielleicht scheidet Frau Popall bei der Umbildung des Senats aus;<sup>9</sup> vielleicht wird auch Stade auf keinen Fall weiterarbeiten wollen.

[...]

*Dienstag, 5. November 1946*

Im Senat Fragen der Sonderverwaltungen usw. Besprechung Kaisen-Kopf, Kaisen-Milkowski,<sup>10</sup> Kaisen-Browning. Kopf will alle Sonderverwaltungen des Reichs zu Landesbehörden machen, sogar Post und Eisenbahnen!<sup>11</sup> – Browning sagte, Amerika [sei] für Anschluß Wesermündes an Bremen; England dagegen, höchstens, wenn Wesermünde es wünscht.<sup>12</sup> Ent-

<sup>9</sup> Der Konflikt kam dadurch zum Ausbruch, daß Käthe Popall sich in dem seit langem andauernden Machtkampf zwischen der Verwaltung und den leitenden Ärzten der Krankenanstalten für die Gleichstellung des Wirtschaftlichen Direktors mit dem Ärztlichen Direktor einsetzte, woraufhin Dr. Stade sie bei der Militärregierung mangelnder Kooperationsbereitschaft bezichtigte. Kaisen trat energisch für Käthe Popall ein und erreichte, daß die Militärregierung in einem Schreiben eine Ehrenerklärung für sie abgab und der Übertragung bestimmter Kompetenzen von dem Prä[sident] der Gesundheitsverwaltung, Dr. Stade, auf den zuständigen Senator zustimmte. (Kaisen am 29.10.1946 im Senat, StAB: 3/3). Bei der Geschäftsverteilung im neugewählten Senat am 29.11.1946 wurde das Gesundheitsressort aber Ehlers übertragen; K. Popall übernahm Teile des Wohlfahrtswesens und des Schul- und Erziehungswesens. Dr. Stade konnte sich in seinem Amt halten. Vgl. Albeit/Wollenberg, Käthe Popall, S. 110–113.

<sup>10</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 700.

<sup>11</sup> Gespräch zwischen Ministerprä[sident] Kopf und Bgm. Kaisen in Bremen am 2.11.1946. Kopf gab die Beschlüsse einer Konferenz der Länderchefs der britischen Zone wieder (Aufzeichnung Kaisens über die Unterredung, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [2]a, jetzt: 3/4 Handakten Kaisen). Nach Mitteilung Kaisens im Senat (Protokoll vom 5.11.1946, StAB: 3/3) hatte er sich im Gegensatz zu Kopf skeptisch über die Pläne zur Einbeziehung der Reichssonderverwaltungen in Länderkompetenz geäußert. Spitta lehnte sie in der Senatssitzung ab, weil sie einem bereits vorliegenden Gesetzesentwurf der britischen Militärregierung über die Befugnisse der Länder in ihrer Zone widersprächen.

<sup>12</sup> Besprechung von Kaisen und Oberbgm. van Heukelum (Wesermünde) mit Oberstleutnant Browning (Militärregierung Bremen) und Oberstleutnant Diggs (Militärregierung Wesermünde) am 4.11.1946 (Aufzeichnung StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [2]a, jetzt: 3/4 Handakten Kaisen). Browning berichtete, daß sich der stellv. Leiter des „Regierungs-Unterausschusses“ der britischen Kontrollkommission, Mr. Albu, und der Direktor der Civil Administration Division von OMGUS, Mr. Parkman, nach einem Informationsbesuch bei den Militärregierungen in Bremen und Hannover (Vermerk vom 29.10.1946, ebenda) für die Vereinigung von Bremen und Wesermünde ausgesprochen hätten, daß der Gebietskommissar, McReady, aber bei einer

wurf eines neuen Entnazifizierungsgesetzes; gegenüber dem Verfahren in Bremen würde es Rechtssicherheit geben.<sup>13</sup> Werden die Briten es genehmigen?

[...]

*Mittwoch, 6. November 1946*

Mit Bote über Senatsbildung; bei SPD und CDU kein Einspruch gegen Apelt und mich; bei SPD Bedenken gegen Bölken und Harmssen. CDU will zwei Senatoren (Degenhardt<sup>14</sup> und einen Handlungsgehilfen B.<sup>15</sup>). Verhandlungen des Ausschusses gehen weiter.

Inzwischen andere Schwierigkeiten von Milit[är]regierung, die nicht will, daß Senatsmitgl[ieder] außerhalb der Bürgerschaft gewählt werden (Ehlers und Nolting-H[auff]).

Governor *Browning* teilt inoffiziell mit, daß *Wesermünde zu Bremen kommen werde*.<sup>16</sup>

[...]

*Donnerstag, 7. November 1946*

Mit Kaisen über Wesermünde und Verfassungsfragen. An der Senatsbildung beteiligt sich Kaisen nicht mehr, da er dabei, wie er sagte, zu wütend über die kleinlichen Parteistreitereien würde.

[...]

späteren Unterredung die negative Einstellung der Engländer zu dieser Lösung habe erkennen lassen. Sie sei nur zu erreichen, wenn bei einer Abstimmung oder durch einen Beschluß der Stadtvertretung ein solcher Wunsch der Wesermünder Bevölkerung sichtbar würde. Vgl. auch Kap. 2, Anm. 104.

<sup>13</sup> Bei einer Tagung in Bad Homburg hatten sich die zuständigen Minister der Britischen Zone auf den Entwurf eines „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ geeinigt, das die Entnazifizierungsentscheidung – entsprechend der Praxis in der US-Zone – auf deutsche Stellen übertragen, Schnellverfahren für Minderbelastete ermöglichen, den Reinigungsprozeß insgesamt beschleunigen und vor allem Rechtssicherheit gewährleisten sollte. (Mitteilung Aevermanns in der Senatssitzung am 5.11.1946, StAB: 3/3). Es wurde von der Militärregierung jedoch nicht in Kraft gesetzt. Statt dessen galten in der Britischen Zone die Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12.10.1946 und die Zonen-Exekutivanweisung Nr. 54 vom 30.11.1946. In Bremen wurden sie wegen des Übergangs in die US-Zone am 1.1.1947 nicht mehr wirksam. Hier war seit dem 9.5.1947 das amerikanische „Befreiungsgesetz“ vom 5.3.1946 maßgebend. (Dazu: Clemens Vollnhals (Hrsg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945–1949, München 1991, S. 24–34). Vgl. Kap. 4, Anm. 8.

<sup>14</sup> Ernst Degenhardt, 1877–1950. Kaufmann, 1919–1921 MdBü (DDP), Mitbegründer der CDU in Bremen, 1946–1950 MdBü.

<sup>15</sup> Wahrscheinlich Joseph Bossong, 1879–1965. Handelsvertreter, 1927 Zentrumsabgeordneter in der Bremer Bürgerschaft, 1946–1951 MdBü (CDU).

<sup>16</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 11; Kap. 2, Anm. 104.

*Freitag, 8. November 1946*

Im *Senat* Wesermünde, Verfassung, Entnazifizierung (scharfe Erklärung Clays über die süddeutschen Entscheidungen).<sup>17</sup> Denkschrift über Gebietserweiterung Bremens.<sup>18</sup>

[...]

*Samstag/Sonntag, 9./10. November 1946*

[...]

*Montag, 11. November 1946*

[...]

Nachmittags] Fraktionssitzung; Senatsbildung nicht weitergekommen. SPD will Verfassungsänderung, daß Senat nach Fraktionsstärke anteilig zusammengesetzt werden *muß*, – also unabhängig von der Qualität der Kandidaten. Dann würden Harmssen und Bölken ausfallen, der Senat ohne Kaufmann sein!

Abends Vortrag von G[ertrud] Bäumer in der Goethe-Gesellschaft über Wolframs Parsival, Dantes Divina Comedia und Goethes Faust. Übereinstimmung der drei abendländischen Dichtungen in religiöser Beziehung: Schöpfer Gott, Verbundenheit mit dem Kosmos; Christus zurücktretend. [...]

<sup>17</sup> In seiner Rede vor dem Länderrat in Stuttgart am 5.11.1946 übte General Clay scharfe Kritik an der deutschen Handhabung des „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“. Es scheine mehr und mehr dazu zu dienen, Belastete in ihre früheren Positionen zurückzubringen, als die Schuldigen ausfindig zu machen und zu bestrafen. Ohne überzeugende Beweise für den Willen zur Entnazifizierung der Gesellschaft und zum Aufbau einer wahrhaft demokratischen Gesellschaft könne man den Deutschen das Recht zur Selbstregierung nicht gewähren. Die Rede ist abgedruckt in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 1015–1018; vgl. dazu Niethammer, Entnazifizierung, S. 411–417; Gimbel, American Occupation, S. 106–110.

<sup>18</sup> Theodor Spitta, Gebietserweiterung des Landes Bremen, StAB: NL Spitta 7,63–1/1. Spitta plädiert in der Denkschrift dafür, Bremen als „Stadt der Seeschifffahrt, des Handels und der mit dem Seeverkehr zusammenhängenden Gewerbe und Industrien“ zu erhalten und diesen Charakter nicht durch die Angliederung umfangreicher vorwiegend landwirtschaftlich geprägter Gebiete und einer großen Bevölkerung mit anders gerichteten Interessen zu gefährden. Gewisse Gebiets- und Kompetenzerweiterungen hielt er aber für wünschenswert: Zuständigkeit für den Weserstrom von Bremen bis zur Mündung, Anschluß von Wesermünde und Delmenhorst an die Hansestadt. Der Senat nahm die Denkschrift nach ausführlicher Beratung in einer Sondersitzung am 13.11.1946 als offizielle Stellungnahme Bremens an und beschloß, sie der Militärregierung als Material für ihre Entscheidung über die Schaffung eines Landes Bremens, seine Grenzen und seine Rückkehr in die US-Zone zuzuleiten. (StAB: 3/3).

*Dienstag, 12. November 1946*

Mit Kaisen über Senatsbildung.

Im *Senat* Gesundheitswesen; Eingreifen der Mil[itär]regierung; soll das Gesundheitswesen amerik[anische] Sonderverwaltung werden?<sup>19</sup> Harmsen über von brem[ischen] Kaufleuten eingerichtete Heimarbeit zwischen Thüring[ischem] und Bayerischem Walde.<sup>20</sup> – Wesermünder Fragen; Nolting-H[auff] und ich Senatskommission für Wesermünde.

Nach dem Senat Besprechung mit Harmsen, der bei der Unsicherheit seiner Wiederwahl kaum noch in seinen großen Planungssachen weiterarbeiten kann.

[...]

*Mittwoch, 13. November 1946*

*Extrasitzung des Senats.* Meine Denkschrift über Gebietserweiterung genehmigt.<sup>21</sup> Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Ländern und Reich beraten.

Gegen Abend Besprechung mit Kaisen. Governor hat gesagt, Bremen solle vollen Sitz im Länderrat und beratenden Sitz im Zonenbeirat bekommen (also Umkehrung [der bisherigen Situation]).<sup>22</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 9. Der zuständige Beamte der US-Militärregierung in Bremen bestand bei einer Unterredung mit Dr. Stade und Senatorin Popall darauf, daß die von ihr beanspruchten Kompetenzen dem Präsi. der Gesundheitsverwaltung übertragen worden seien. Es handelte sich dabei um eine Entscheidung aus der Zeit unmittelbar nach der Kapitulation, als es keinen für das Gesundheitswesen zuständigen Senator gab und die Leiter der Fachverwaltungen Senatsbefugnisse wahrnahmen, die nach Meinung des Senats aber inzwischen an ihn zurückgefallen waren. Kaisen wollte in diesem Sinne mit dem Governor sprechen. (Senatsprotokoll 12.11.1946, StAB: 3/3).

<sup>20</sup> Es handelte sich um Firmen zur Wollverarbeitung (Senatsprotokoll 12.11.1946, StAB: 3/3).

<sup>21</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 18.

<sup>22</sup> Wie OMGUS (Parkman) dem Chef der Bremer Militärregierung, Browning, am 31.10.1946 und dieser dem Senat am 5.11.1946 mitteilte, hatten sich englische und amerikanische Stellen aufgrund des Berichts von Albu/Parkman vom 29.10. (vgl. Kap. 4, Anm. 12) geeinigt, das Abkommen über die gemeinsame Verwaltung der Bremer Enklave (seit 10.12.1945) zu kündigen und Bremen zusammen mit dem Stadtkreis Wesermünde als Land Bremen der US-Zone einzugliedern. In den bizonalen Zentralverwaltungen sollte es mit vollen Rechten vertreten sein. Der Senat schloß daraus, daß Bremen auch als vollgültiges Md. dem Länderrat angehören müsse, was dieser jedoch am 5. und 21.11.1946 unter Hinweis darauf ablehnte, daß über die staatsrechtliche Stellung und Zugehörigkeit Bremens noch keine endgültige Klarheit herrsche. Erst mit Inkrafttreten der neuen britisch-amerikanischen Vereinbarung über Bremen zum 1.1.1947 erhielt es einen Sitz im Länderrat, während es in den Zonenbeirat nur noch einen inoffiziellen Vertreter entsandte. (Vermerk Frieses über Mitteilung Brownings vom 5.11.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2; Protokoll der Senatsitzung am 8.11.1946, ebenda: 3/3; Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 1008 und 1040).

Der Kampf um Wesermünde setzt schon ein (Hannover und Briten). Governor verlangt Senatswahl; Kaisen will sie in nächster Woche; Aufnahme der CDU unter Aufopferung von Harmssen und Bölken.<sup>23</sup> Kaisen meint, die Länder würden auch die Verantwortung für den Friedensvertrag tragen müssen; daher *alle* Parteien im Senat.

[...]

*Donnerstag, 14. November 1946*

Kaisen bis Mitte nächster Woche verreist.<sup>24</sup> Die auswärtigen Tagungen und Sitzungen nehmen so zu, daß wir es nicht bewältigen können. Besprechung mit Bote über Senatsbildung; SPD will einen [Senator der] CDU; von Sozial[emokraten] neu Ewert und Mester.<sup>25</sup>

Zwei Stunden Verhandlungen mit Waterman über Deputationsgesetz.<sup>26</sup>

Die Grundlage des Gesetzes angefochten. (Bürokratische oder volksnahe Verwaltung).

Nachmittags] *Bürgerschaft*. Ausgezeichnete Beantwortung der Anfrage wegen Wohnungsbeschlagnahme durch Ehlers.<sup>27</sup> Gleichzeitig Demonstration von mehreren hundert Leuten vor dem Rathause. Ich lehne Empfang ab. Ohne mein Wissen empfängt Wolters eine Kommission.

Programmatistische Schulrede von Senator Paulmann, unter anderem gegen Bekenntnisschule und Aufsplitterung der Volksschule.<sup>28</sup>

[...]

<sup>23</sup> Die beiden Parteilosen sollten nicht wieder Mitglieder des Senats werden.

<sup>24</sup> Zur Tagung des Länderrats in Stuttgart.

<sup>25</sup> Hermann Mester, 1888–1973. Mitarbeiter landwirtschaftlicher Organisationen, 1919–1933 MdBü (SPD), 1933 aus allen Ämtern entfernt, kurze Schutzhaft, Platzmeister einer Baufirma, 1946/47 und 1949–1955 MdBü (SPD, 1946 Fraktionsvors.), Nov. 1946–Ende 1949 Senator für Ernährung und Landwirtschaft bzw. Wohnungswesen und Landeskultur, 1949–1956 Amtmann im Amt für Kanalisation und Abfuhrwesen, erster Vizepräsident der Landwirtschaftskammer, zweiter Deichhauptmann des Deichverbandes linkes Weserufer.

<sup>26</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 559.

<sup>27</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 12–15. Die Einwohnerzahl Bremens war bis Kriegsende von 445 000 (1938) auf 270 000 zurückgegangen, inzwischen aber wieder auf 390 000 gewachsen. Nur 41% des früheren Wohnraums waren erhalten, so daß er mehr als doppelt so stark wie vor dem Krieg belegt werden mußte. 816 Häuser mit 1 713 Wohnungen waren von der Besatzungsmacht beschlagnahmt worden, wodurch 13 500 Bremer ihr Obdach verloren hatten.

<sup>28</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 18–27.

*Freitag, 15. November 1946*

Im *Senat* Fragen der Zonen-Zugehörigkeit Bremens; Wesermünde-Verhandlungen von Militärreg[ierung] gestoppt.<sup>29</sup> – Lebensmittelnot; in Bremen Brot für nächste Woche gesichert. [...] Beschlagnahmen.<sup>30</sup>

*Samstag, 16. November 1946*

Telephon-Gespräch mit Kaisen aus Stuttgart, der die Einreichung meiner Denkschrift stoppt (Unterhaltungen mit Kopf und anderen).<sup>31</sup> Längerer Brief an den Göttinger Rektor Smend<sup>32</sup> über den Fall Schaefer.<sup>33</sup> Elend und Verzweiflung bei den vielen Familien, die jetzt in der Händelstr[abe] und Joseph-Haydn-Straße räumen müssen.

Abends Vortrag Prof. Schmidt (Göttingen)<sup>34</sup> über die persönliche Freiheit in Geschichte und Gegenwart der Rechtspflege. Im wesentlichen geschichtl[icher] Vortrag. Nachher Zusammensein im Gästehause des Senats. Prof. Schmidt erzählt, daß Schaefer von der engl[ischen] Militärregierung aus s[einem] Universitätsamt entlassen sei.

*Sonntag/Montag, 17./18. November 1946*

[...]

*Dienstag, 19. November 1946*

Im *Senat* Explosion des sonst so klaren und sachlichen Theil gegen die Bauern und auch gegen Bölken persönlich. Er und seine Familie – seine Frau

<sup>29</sup> Auf dem Weg zur Länderratssitzung in Stuttgart hatte Kaisen seine Reise spontan in Hannover unterbrochen, um mit dem niedersächsischen Ministerpräs. Kopf die strittige Frage der Angliederung Wesermündes an Bremen zu erörtern. Bei einer ebenfalls spontan arrangierten Unterredung der beiden Regierungschefs mit General Lingham hatte dieser die Auffassung der britischen Militärregierung bekräftigt, Wesermünde nur bei einem entsprechenden Votum der Bevölkerung aus ihrer Zone entlassen zu wollen. (Vermerk Kaisens vom 14.11.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [2]a, jetzt: 3/4 Handakten Kaisen).

<sup>30</sup> Nach Mitteilung der Militärregierung mußte mit der Beschlagnahme von 120 Häusern bis Ende Jan. 1947 gerechnet werden (Senatsprotokoll 15.11.1946, StAB: 3/3).

<sup>31</sup> Mit Kopf hatte Kaisen am 14.11.1946 eine erregte Auseinandersetzung wegen Wesermünde gehabt, dessen Angliederung an Bremen von den Briten abgelehnt wurde. In Stuttgart war die volle Vertretung Bremens im Länderrat nach wie vor strittig; wegen eines „Ausrutschers“ tom Moehlens wünschte der amerikanische Oberst Dawson, daß Kaisen selbst Bremen „inoffiziell“ vertreten oder einen Senator entsenden solle. (Geheimvermerk Kaisens vom 18.11.1946, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [2]a, jetzt: 3/4 Handakten Kaisen).

<sup>32</sup> Prof. Dr. Rudolf Smend, 1882–1975. Staats- und Kirchenrechtler, 1945/46 Rektor der Universität Göttingen, 1946–1955 im Rat der EKD.

<sup>33</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 690.

<sup>34</sup> Prof. Dr. Otto Schmidt, geb. 1898. Jurist und Mediziner, Direktor des Instituts für gerichtliche Medizin und Kriminalistik in Göttingen.

und seine halbwüchsigen Kinder – unterernährt und buchstäblich hungernd, da Theil nichts Unerlaubtes sich verschafft. Nervenreizung durch die Reibungen mit der SPD-Fraktion, besonders über die Senatsbildung. Auch Kaisen und Paulmann am Ende ihrer Haltung. Kaisen sagte mir vor seiner Abreise: „Die Wahlen sind viel zu früh [gewesen].“ Theils Erregung zeigt aber, was eintreten kann, wenn die Masse der Bevölkerung weiter unterernährt ist und annimmt, daß es den Bauern noch gut gehe.

*Mittwoch, 20. November 1946, Bußtag*

[...]

Mittags im Gästehaus mit Oberlandesgerichtspräsident Lingemann (Düsseldorf)<sup>35</sup> und dem Oberprä[sidenten] a.D. Dr. Lehr (Rheinprovinz).<sup>36</sup> Lebensmittelnot in Rheinland-Westfalen.

*Donnerstag, 21. November 1946*

Besprechungen mit Kaisen; Denkschrift, Teilnahme Bremens am Länderrat und an den Ausschüssen bizonaler Art. Taktlosigkeiten des sonst so klugen tom Moehlen in Süddeutschland.<sup>37</sup> Gefährliche Ernährungslage in den anderen Großstädten und im Ruhrgebiet. Erörterungen Kaisens mit Kopf und von Campe<sup>38</sup> über *Wesermünde*, unberechtigte Vorwürfe, daß Bremen unter Wasser geschossen habe; da m[eines] E[rachtens] wegen des Stromes Gefahr im Verzuge, bestimme ich Kaisen, daß er heute die Denkschrift<sup>39</sup> dem Governor übergibt.

[...]

<sup>35</sup> Dr. h.c. Heinrich Lingemann, 1880–1962, 1917–1926 Staatsanwalt in Frankfurt a.M., seit 1927 Oberstaatsanwalt in Essen, 1933–1937 Landgerichtsdirektor in Köln, 1938 als Amtsgerichtsrat in den Ruhestand versetzt, Sept. 1945–Okt. 1948 OLG-Präs. in Düsseldorf, 1948 Verleihung der Ehrendoktorwürde.

<sup>36</sup> Dr. Robert Lehr, 1883–1956. 1915 Beigeordneter, 1924–1933 Oberbgm. der Stadt Düsseldorf, Md. der DNVP, 1933 amtsenthoben, bis 1945 Teilnahme am Widerstand gegen den Nationalsozialismus, 1945 in verschiedenen westfälischen Gemeinden als Bgm. eingesetzt, Mitbegründer der CDU, 1945–1947 Oberprä[s.], der Nordrhein-Provinz, 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948/49 Md. des Parlamentarischen Rates, 1949–1953 MdB, 1950–1953 Bundesinnenminister. Bei der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen war der Oberprä[s.] von Westfalen, Rudolf Amelunxen, zum Ministerprä[s.] ernannt worden.

<sup>37</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 31. Über den Inhalt der Bemerkungen, die den Unwillen der amerikanischen Beauftragten beim Länderrat erregt hatten, ist den Akten nichts zu entnehmen.

<sup>38</sup> Dr. Carl von Campe, 1894–1977. Gesandtschaftsrat a.D., Leiter der niedersächsischen Staatskanzlei; 1948/49 Vertreter Niedersachsens im Wirtschaftsrat. – Über die Besprechung am 14.11.1946 liegt eine Aufzeichnung Kaisens vor, vgl. Kap. 4, Anm. 29.

<sup>39</sup> Theodor Spitta, Gebietserweiterung des Landes Bremen, StAB: NL Spitta 7,63–1/1; vgl. Kap. 4, Anm. 18.

*Freitag, 22. November 1946*

Im *Senat* Beteiligung Bremens an den fünf Zentralstellen der amerik[a-nisch]-britischen Doppelzone.<sup>40</sup> Fünf Senatoren dafür nötig! Dazu Länder-ratssitzungen! [...]

*Samstag, 23. November 1946*

Besprechung mit Harmssen über seine Verhandlungen in Minden.<sup>41</sup> Bre-mens Stellung dort. Der neue Governor Dunn.<sup>42</sup>

Besuch Knittermeyers, später Dr. Kurz. Kette weiterer Besuche, so daß man nicht einmal die Eingänge lesen kann.

Abends mit Karl Carstens und Frau bei Arnold und Trixi. Allgemeine Fragen der Wirtschaft – die Spannung: demokratische Freiheit und wirt-schaftl[iche] Planung – erörtert. Der Amerikaner Kuhlmann: keine demo-krat[ische] Freiheit ohne wirtschaftl[iche] Freiheit; Kartell- und Trust-Ge-setzgebung.<sup>43</sup>

*Sonntag/Montag, 24./25. November 1946*

[...]

<sup>40</sup> Nach dem Beschluß über die wirtschaftliche Vereinigung der Amerikanischen und Britischen Zone, über den General Clay die Ministerprä-s. bei der 11. Länder-ratssitzung am 30.7.1946 informiert hatte, einigten sich die Chefs der beiden Militär-regierungen am 9.8.1946 über die Schaffung gemeinsamer Verwaltungen für die Be-reiche Finanzen, Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen. Sie sollten in deutschen Händen liegen, aber von einem britisch-amerikanischen „Bipartite Board“ kontrolliert werden. Ein entsprechendes Ab-kommen zwischen den Militärgouverneuren Sir Sholto Douglas und Joseph McNar-ney vom 5.9.1946 ermöglichte den deutschen Länderchefs, noch vor der Gründung der Bi-Zone solche zunächst als „Verwaltungsräte“ bezeichneten Zentralstellen zum 1.10.1946 in Minden (Wirtschaft), Stuttgart (Ernährung und Landwirtschaft), Biele-feld (Verkehr), Bad Homburg (Finanzen), und Frankfurt/M. (Post- und Fernmelde-wesen) zu errichten. Es waren Räte der jeweils zuständigen Länderfachminister, den-nen als Ausführungsorgane „Verwaltungsämter“ unterstanden. (Latour/Vogelsang, Okkupation, S. 166–170; Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 1, S. 80f.).

<sup>41</sup> Sitz des Zentralamts für Wirtschaft.

<sup>42</sup> Thomas F. Dunn, 1903–1964. 11.12.1946–29.11.1948 als Nachfolger Brow-nings Direktor der US-Militärregierung im Land Bremen, seit 1960 Schiffsagent und -makler in Bremen.

<sup>43</sup> In der Überzeugung, daß die wirtschaftliche Machtkonzentration bei ostelbi-schen Großgrundbesitzern und rheinisch-westfälischen Großindustriellen dem Auf-stieg des Nationalsozialismus wesentlich Vorschub geleistet habe, drängte vor allem die amerikanische Regierung, den klassischen Konkurrenzkapitalismus wiederher-zustellen und die deutsche Wirtschaft gemäß dem Potsdamer Abkommen zu „de-konzentrieren“ und zu „dekartellisieren“. Der I.G. Farben- und der Krupp-Konzern sowie die sechs großen Aktienbanken wurden aufgelöst. Darüber hinaus sollten in der Bi-Zone nach einem Gesetz vom 12.2.1947 alle Betriebe mit mehr als 10000 Be-schäftigten auf übermäßige Machtkonzentration hin überprüft und gegebenenfalls geteilt werden.



*Dienstag, 26. November 1946*

[...]

Im *Senat* bremische Menschenverluste des Krieges: Eingezogen 72000, gefallen 22000, heimgekehrt 23000, noch in Gefangenschaft oder verschollen 27000. Ermittlungen zur Feststellung der Vermißten. *Letzte Sitzung dieses ernannten Senats*. Warme Ansprache Kaisens; Dankworte von mir an Kaisen. – Ich hob unter anderem die sachliche Arbeit hervor und das gegenseitige Vertrauen. Wir haben seit Juni 1945 wohl an die 4000 Beschlüsse gefaßt und kaum mehr als fünfmal abgestimmt; alle anderen Beschlüsse einstimmig.

*Mittwoch, 27. November 1946*

In der SPD gestern abend Entscheidung gefallen: Sieben Sozialdemokraten, ein Kommunist, ein Unparteiischer (Nolting-Hauff) und drei BDV (Apelt, Harmssen und ich) sollen in *den Senat* gewählt werden. Mit CDU keine Einigung erzielt. Bölken muß leider ausscheiden; er wird hoffentlich als Kreisbauernführer für Bremens Versorgung weiter sorgen können.

Abends Fraktionssitzung über Senatswahl.

*Donnerstag, 28. November 1946*

Juristenbesprechung über Justiz, falls Bremen amerikanische Zone wird. Oberlandesgericht in Bremen? Ich habe Bedenken und ziehe gemeinschaftlich[es] hanseatisch[es] OLG mit Senat in Bremen vor.<sup>44</sup>

Mit Kaisen Geschäftsordnung erörtert. Ehlers Gesundheitswesen, Frau Popall Teile vom Wohlfahrtswesen und von Schule und Erziehung, Mester Ernährung, Ewert Wohnungswesen und Wohnungsbau; Wolters in Wirtschaft und Verkehr, Harmssen Wirtschaft, Apelt Häfen und Verkehr.

Nachmittags *Senatswahl* in feierlichem Rahmen mit Philharmonischem Orchester (Bach, Suite C-Dur, herrlich!). CDU enthält sich der Stimme. Ordentliche Rede des Bürgerschaftspräsidenten Hagedorn; hervorragende Rede von 1¼ Stunden durch Kaisen, voll Sachkenntnis und Herzenswärme; offenbar allgemein starker Eindruck.<sup>45</sup>

Mit Apelt Geschäftsordnung.

<sup>44</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 441; Kap. 4, Anm. 168. Es gelang Spitta nicht, Bedenken der englischen und amerikanischen Militärregierung zu überwinden, so daß am 15.7.1947 das selbständige OLG Bremen eröffnet wurde. Spitta hielt auch, nachdem diese Entscheidung gefallen war, an seinem Standpunkt fest, so in einem Vortrag vor Hamburger Juristen im Mai 1948 (Theodor Spitta, Einige allgemeine Gedanken zum Verfassungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der bremischen Verfassung, in: Bremisches Jahrbuch 43 (1951), S. 1–30, speziell S. 4).

<sup>45</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1946, S. 29–32 und 34–42. Kaisens Rede ist in die Sammlung „Bereitschaft und Zuversicht“ (S. 63–79) aufgenommen worden.

Mit Apelt, später mit Bote Plan von Dr. Noltenius und anderen, in der BDV keine Angehörigen der Reichsparteien<sup>46</sup> zu dulden. Apelt, Bote und ich dagegen.

Mit Dr. Lahusen über Bekenntnisgrundlage der Brem[ischen] Ev[angelischen] Kirche. Lahusen, Mitglied der L[ieb]fr[auen]-Gemeinde, gegen die Änderung der Kirchenverfassung; schöne Worte über echtes Christentum und die Dogmen und Glaubensbekenntnisse als Menschenwerk.

[...]

*Freitag, 29. November 1946*

[...]

*Erste Sitzung des neuen Senats.* Panne, da die beiden neuen Mitglieder nicht geladen waren und nur Mester zu erreichen war.<sup>47</sup> Geschäftsordnung und Wahl der Bürgermeister.

Abends Vortrag in der Wittheit: Prof. Aubin<sup>48</sup> über Wiederaufbau Europas nach der Völkerwanderung.

Nachher geselliges Zusammensein mit dem hier tagenden Vorstand des Städtetages. Staatssekretär a.D. Dr. Pünder.<sup>49</sup>

[...]

*Samstag/Sonntag, 30. November/1. Dezember 1946*

[...]

*Montag, 2. Dezember 1946*

Mit Apelt schwierige Kompetenzverhältnisse des bizonalen Amtes für Verkehr,<sup>50</sup> insbes[ondere] Strom und Häfen besprochen. [...]

<sup>46</sup> Gemeint sind die Parteien, die in ganz Deutschland politischen Einfluß erringen wollten und ihre regionalen und zonalen Verbände als Teile gesamtdeutscher Organisationen verstanden: neben SPD und KPD vor allem CDU und FDP.

<sup>47</sup> Im Senatsprotokoll (StAB: 3/3) werden beide als anwesend aufgeführt.

<sup>48</sup> Dr. Hermann Aubin, 1885–1969. Professor für mittelalterliche Geschichte und Landesgeschichte an den Universitäten Gießen, Breslau, Göttingen (1945/46) und Hamburg (1946–1954).

<sup>49</sup> Dr. Hermann Pünder, 1888–1976. Jurist, Zentrumspolitiker, 1926–1932 Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, 1944 in Haft, 1945 Mitbegründer der CDU, 1945–1948 als Nachfolger Adenauers Oberbgm. von Köln, Präs. des Deutschen Städtetages, 1948–1949 Oberdirektor des Verwaltungsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1949–1957 MdB, 1952–1958 Vizepräs. der Montanunion.

<sup>50</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 40.

*Dienstag–Freitag, 3.–6. Dezember 1946*

*Dienstreise nach Wiesbaden mit Wagen.*<sup>51</sup> Hinreise mit Karl Carstens. [...]

3.12.: Um 11½ Uhr in Göttingen. [...] Um 1 Uhr Weiterfahrt über Han-nov[ersch]-Münden und Kassel. Mil[itary] Police, Geschwindigkeitsfalle usw. Dicht vor Wiesbaden ohne Treibstoff; Frau Kultusminister Schramm<sup>52</sup> nimmt uns mit. – Quartier im Taunushotel, Rheinstraße. Abendessen und Zusammensein Uhrturm. Pfälzer Juristen. Kiesselbach.

4.12.: 9 bis 12½ und 3 bis 7 Uhr Sitzung. Reinigung des Strafgesetzbuchs. Juristenausbildung. Vorsitz Minister Zinn. Schiffer,<sup>53</sup> Geiler, Kiesselbach; *alle vier Zonen vertreten*; alle Milit[är]regierungen außer den Russen. – Viele Univers[itäts]-Professoren (Kohlrausch Berlin, Lange Jena, Wahl Heidelberg usw.);<sup>54</sup> sie – besonders Kohlrausch – hielten ein hohes Niveau. Mittagessen Uhrturm. – Abendessen beim Ministerpräsidenten Geiler. [...]

Wichtige Besprechung über die Selbständigkeit der Hansestädte mit Wilh[elm] Kiesselbach. Neue Gefahr für die Hansestädte.

5.12.: [...]

6.12.: [...]

*Samstag/Sonntag, 7./8. Dezember 1946*

[...]

<sup>51</sup> Vierzonen-Tagung der Chefs der deutschen Justizverwaltungen in Wiesbaden vom 4. bis 6. 12. 1946; dazu die Akte im Bundesarchiv Koblenz: Z1/1319, Bl. 34–63.

<sup>52</sup> Ehefrau von Dr. Franz Schramm, 1887–1966, Studienrat, vom 19.4.1946 bis 5.1.1947 Kultusminister in Großhessen, Md. der CDU.

<sup>53</sup> Georg-August Zinn, 1901–1976, Rechtsanwalt, 1946–1949 hessischer Justizminister, 1950–1969 Ministerpräs. von Hessen, 1946–1970 MdL Hessen (SPD), 1948/49 Md. des Parlamentarischen Rates. – Eugen Schiffer, 1860–1954, Jurist, Richter, 1903–1918 Md. des preuß. Abgeordnetenhauses, 1911–1917 MdR (Nationalliberale Partei), 1917 Unterstaatssekretär, 9.11.1918–Febr. 1919 Staatssekretär im Reichsschatzamt, 1919–1920 Reichsfinanzmin. bzw. Reichsjustizmin. und Vizekanzler, 1921 Reichsjustizminister, 1919–1924 Md. der Nationalversammlung, des Reichstags und des preuß. Landtags (DDP), seit 1925 Rechtsanwalt, wegen seiner jüdischen Abstammung in der NS-Zeit verfolgt, 1945 Mitbegründer der Liberal-Demokratischen Partei (LDPD) in der SBZ, 1946–1948 Chef der deutschen Justizverwaltung in der SBZ.

<sup>54</sup> Dr. jur. Eduard Kohlrausch, 1874–1948, Strafrechtler, Professor an den Universitäten Königsberg, Straßburg, Berlin.

Dr. jur. Richard Lange, geb. 1906, Professor für Straf- und Zivilrecht an den Universitäten Jena, FU Berlin und Köln, Schüler von Kohlrausch.

Dr. jur. Eduard Wahl, 1903–1985, seit 1935 Professor für internationales Privatrecht und Zivilrecht an den Universitäten Göttingen und Heidelberg, 1947/48 Verteidiger im I.G. Farben-Prozeß vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, 1949–1969 MdB (CDU), 1966–1969 Erster Vizepräs. der Beratenden Versammlung des Europarats.

*Montag, 9. Dezember 1946*

Im Rathause Aufarbeiten der Wiesbadener Rückstände. Nachm[ittags] Tee im Gästehaus mit aus Amerika heimkehrenden Emigranten. Sie behaupten, in der amerik[anischen] Bevölkerung sei kein Haß gegen das deutsche Volk.

Einstündige Besprechung mit Kaisen, der wieder voll Ideen und Anregungen ist. H. Schütte Stellvertreter Maltzans in der neuen Außenhandelsstelle?<sup>55</sup> Umgestaltung des Zonenbeirats Hamburg.<sup>56</sup> Persönliche Schwierigkeiten im neuen Senat (Mester-Bölken).<sup>57</sup>

[...]

*Dienstag, 10. Dezember 1946*

Im Senat Vorsitz. Geschäftsverteilung (Bölken-Mester, Apelt-Wolters).<sup>58</sup>

[...]

Nachm[ittags] zuerst Fraktionssitzung (Schulfragen; die Fraktion zu meiner Genugtuung für Gemeinschaftsschule).

Nachher Vorstand und Beirat der Goethe-Gesellschaft. Zunahme der Mitgliederzahl, auch in Verden und Nordenham. Programm für den Winter.

[...]

<sup>55</sup> Hermann G. Schütte, geb. 1904. Nach Lehre und kaufmännischer Tätigkeit in Südamerika und London Prokurist in Im- und Exportfirmen, Aug. 1946–Sept. 1948 Bevollmächtigter Bremens beim Länderrat, Okt. 1948–15.3.1949 Dienststellenleiter des Senators f. Wirtschaftsforschung und Außenhandel.

Dr. jur. Vollrath Frh. v. Maltzan, 1899–1967. 1925–1938 im auswärtigen Dienst, bis 1945 im Dienst der I. G. Farbenindustrie und des Stickstoffsyndikats f. Exportfragen zuständig, 1945/46 Abteilungsleiter im hessischen Wirtschaftsministerium, seit 27.6.1946 Beauftragter des Länderrats für den Interzonen- und Außenhandel, seit Anfang 1947 Leiter der Hauptabtlg. D des Verwaltungsamts für Wirtschaft, 1955–1958 dt. Botschafter in Frankreich.

Aufgrund des Bevin-Byrnes-Abkommens vom 2.12.1946 über die Organisation der Bi-Zone wurde ein britisch-amerikanisches Außenhandelsamt, die Joint Export/Import Agency (JEIA) mit Dienststellen in den Landeshauptstädten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets gegründet. Auf deutscher Seite war die Hauptabteilung D, Außen- und Interzonenhandel, des Verwaltungsamts für Wirtschaft in Minden zuständig. (Jerchow, Deutschland in der Weltwirtschaft, S. 462–464).

<sup>56</sup> Die Besprechung diente der Vorbereitung auf eine Sitzung des Hauptausschusses des Zonenbeirats am 14.12.1946 in Bad Godesberg, bei der es darum ging, dem Zonenbeirat größere politische Kompetenzen zu sichern (vgl. Kap. 4, Anm. 67). Kaisen nahm für Bremen an der Tagung teil.

<sup>57</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 74.

<sup>58</sup> Die Geschäftsverteilung änderte sich folgendermaßen: Wolters übernahm das neugebildete Ressort „Wirtschaft und Arbeit“; Apelt behielt das um die Wirtschaft gekürzte Gebiet „Häfen, Schifffahrt und Verkehr“; Mester wurde Senator für „Ernährung und Landwirtschaft“, wofür zuvor Wolters und Bölken zuständig waren.

*Mittwoch, 11. Dezember 1946*

[...]

Mit Oberlandesg[erichts]r[at] Dr. Prieß persönlich und privat die Frage des Oberlandesgerichtes erörtert.<sup>59</sup>

Wittheit, Vortrag Hubatsch.<sup>60</sup> Meer in der Geschichte (Gustav Adolf).

[...]

*Donnerstag, 12. Dezember 1946*

Besprechung mit Lahusen, Strohmeyer und Bollinger sowie Carstens über Oberlandesgericht Bremen.

Mit Kaisen über Gefährdung der Selbständigkeit der Hansestädte. Amerikan[ischer] Offizier (Staatsanwalt) vernimmt mich umständlich wegen des Ratssilbers, das Shamel, Williams und Grey im Besitz haben.<sup>61</sup>

Bürgerschaftssitzung. Entnazifiz[ierungs]gesetz gegen die bürgerlichen Parteien angenommen.<sup>62</sup>

[...]

*Freitag, 13. Dezember 1946*

Senatsvorsitz. – Militärgericht gegen Shamel, Williams usw. Unter anderen Anklagepunkten unser Ratssilber. Ich soll Zeuge sein, werde auf Anruf entlassen.

Fesselnder Vortrag Prof. Jordans (Göttingen),<sup>63</sup> eines Physikers über die Entstehung des organischen Lebens. Physikal[isch]-chemische Vorgänge; Autokatalysator; Verdoppelung eines Moleküls (Virus). Die mathe-

<sup>59</sup> Dr. Friedrich Prieß, 1903–1989. Jurist, 1937–1950 Richter in Hamburg, seit 1942 OLG-Rat, 1950–1956 Vizepräs. der Landeszentralbank in Hamburg, seit 1956 persönlich haftender Gesellschafter des Bankhauses M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.; als Freund des Sohnes Walter mit der Familie Spitta gut bekannt. – Zur Gründung eines OLG in Bremen nach der Erhebung zum Land der US-Zone vgl. Kap. 3, Anm. 441.

<sup>60</sup> Dr. phil. Walther Hubatsch, 1915–1984. Historiker, 1943 Privatdozent in Göttingen, 1949 apl. Prof. ebenda, 1959 ordentl. Prof. in Bonn.

<sup>61</sup> Vgl. Wedemeier (Hrsg.), Unser Wilhelm Kaisen, S. 32f.

<sup>62</sup> Die Bürgerschaft verabschiedete in dieser Sitzung von der Militärregierung veranlaßte Änderungen des Gesetzes über Ausschüsse zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Das Gesetz war bereits am 4.7.1946 im Parlament beschlossen worden, die Militärregierung hatte mit Schreiben vom 9.8.1946 Änderungswünsche mitgeteilt. BDV und CDU hatten sich gegen die Verabschiedung dieser Änderungen in einer Lesung ausgesprochen und eine Sondersitzung der Bürgerschaft beantragt.

<sup>63</sup> Dr. phil. Pascual Jordan, 1902–1980. Professor für theoretische Physik in Rostock (1929), Berlin (1942) und Hamburg (1953), als Schüler von Max Born (Göttingen) maßgeblich an der Entwicklung der Quantenmechanik und -theorie beteiligt, weitete seine Forschungen dann auf kosmologische und biophysikalische Fragen aus.

matische Physik kann die Reaktion eines Atoms nicht vorausberechnen. Spontaneität eines Atoms, „Freiheit“. – Ist so ein zweizelliges Lebewesen aus einzelligem entstanden? Nachher im Gästehaus bei dem Kulturreferenten der brit. Zone. Strawinskys Concerto in „Es“, erläutert von Schnackenburg (Maschinenrhythmus!).

*Samstag, 14. Dezember 1946*

[...]

Mit Kirchenausschuß Kirchenfragen; Haushalt und Bekenntnis-Präambel der Verfassung.<sup>64</sup>

*Sonntag, 15. Dezember 1946*

Morgens 12 Grad Kälte. Der größte Teil der Bevölkerung wird jämmerlich frieren. Wir sitzen in dem einzigen, etwas durch den elektr[ischen] Herd erwärmten Raum, in der Küche, in Mantel und Decke. Mutters Ischias verlangt Wärme. Das Bett mit Freedens großer Gummi-Wärmflasche vorgewärmt. Das Haus immer mehr durchkältet. [...]

Um 3 Uhr mit *Dr. Friese beim Governor Dunn* in seiner Privatwohnung. Oberst Crabill, Waterman und ein Amerikaner von OMGUS aus Berlin, außerdem zwei Engländer. Hochpolitische Aussprache, anfangend mit Bremen und Wesermünde, endigend bei Fragen des künftigen Reiches: System USA (Ableitung der Befugnisse des Bundes von den Ländern) oder Canada (Eigenrecht des Reichs); ich für „Canada“ und einheitliche Grundrechte in der Reichsverfassung.<sup>65</sup>

Wir stießen mit Whiskey auf das neue Abkommen vom 15. Dez[ember] 1946 an.<sup>66</sup> Die Frage *Wesermünde* scheint *zugunsten Bremens* entschieden zu sein.

[...]

<sup>64</sup> Die Präambel der Verfassung der BEK lautet: „Die unantastbare Grundlage der Bremischen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist.“ Vgl. StAB: 3-K.1.a. Nr. 669, dort auch undatierte handschriftliche Notiz Spittas zur Präambelfrage.

<sup>65</sup> Spitta berichtete am 17.12.1946 im Senat über die Besprechung. Danach war über den Zusammenschluß Wesermündes mit Bremen bei den Militärregierungen noch keine Entscheidung gefallen; ihre Vertreter hätten sich aber von dem diesbezüglichen Wunsch der Bevölkerung Wesermündes überzeugt. Ihre Forderungen: eigene Stadtverwaltung und -vertretung sowie Verwaltung des Fischereihafens, könnten akzeptiert werden. Spitta brachte bei der Unterredung außerdem den Wunsch Bremens nach einem eigenen OLG und nach Zubilligung des Stimmrechts im Länderrat und in den Zweizonen-Verwaltungsausschüssen zum Ausdruck. (Senatsprotokoll 17.12.1946, StAB: 3/3). Eine Aufzeichnung Frieses über die Besprechung befindet sich ebenda: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2.

<sup>66</sup> Das Abkommen zwischen den stellvertretenden Militärgouverneuren Clay und Robertson sah die Schaffung des Landes Bremen, bestehend aus der Stadt Bremen,

Montag, 16. Dezember 1946

[...]

Dienstag, 17. Dezember 1946

In meiner „Badestube“ Waschwasser gefroren.

Im *Senat* Bericht Kaisens über die Umgestaltung des Zonenbeirats; Übergewicht der politischen Parteien (Adenauer).<sup>67</sup> – Mein Bericht über die sonntäglichen Verhandlungen mit den Amerikanern und Engländern.<sup>68</sup>

[...]

dem Bremer Landgebiet und dem Stadtkreis Wesermünde, als Teil der Amerikanischen Zone vor. Bis zur Bildung einer deutschen Zentralregierung sollte Bremen die vollen Rechte eines Landes haben, dann die Verschmelzung mit Niedersachsen geprüft werden. Das Abkommen billigte Bremen ferner die offizielle Vertretung im Länderrat und in den bizonalen Verwaltungsräten sowie die inoffizielle Beteiligung am Zonenbeirat zu. Nicht erfüllt wurde der Wunsch Bremens, die Zuständigkeit für die Verwaltung der Wasserstraßen bis zur Wesermündung zu erhalten. Sie wurde einer besonderen, dem Verwaltungsrat für Verkehr (vgl. Kap. 4, Anm. 40) unmittelbar unterstellten „Weserhafenbehörde“ übertragen. (Undatierte deutsche Fassung des Abkommens, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2).

<sup>67</sup> Der Hauptausschuß des Zonenbeirats hatte am 14.12.1946 in Bad Godesberg über Vorschläge zur Umbildung des Zonenbeirats zu einem politischen Leitungsgremium beraten. Die britische Kontrollkommission plante die Schaffung eines engeren Ausschusses aus den Länderchefs und eines Beirats aus Vertretern der Länderparlamente; dieser umgestaltete Zonenbeirat sollte alle in die Kompetenz der Länderregierungen und der Zentralregierung fallenden Angelegenheiten sowie gemeinsam mit dem Länderrat die bei den bizonalen Verwaltungsräten anstehenden Aufgaben „besprechen“. Die Parteivertreter im Zonenbeirat schlugen statt dessen die Bildung eines politischen Beirats aus unmittelbar von den Parteien, nicht den Parlamenten, delegierten Persönlichkeiten vor, außerdem einen Länderausschuß der Regierungschefs (der drei Ministerprärs. und der Bgm. von Hamburg und Bremen), der dem politischen Beirat aber nicht gleichgeordnet sein sollte. Die Ministerprärs. wollten demgegenüber unter scharfer Trennung von Exekutive und Legislative einen Ausschuß der Regierungschefs einrichten und den Zonenbeirat zu einem parlamentarischen, von den Länderparlamenten beschickten Organ umgestalten. Dem widersetzte sich vor allem Adenauer mit der Forderung – wie Kaisen verstand –, „die Ministerpräsidenten zu entmachten und völlig unter Kontrolle der Parteien zu stellen“. Der Vorschlag der Parteien wurde mit sechs gegen fünf Stimmen für das Konzept der Ministerprärs. angenommen. In einem persönlichen Gespräch gelang es Kaisen jedoch, Adenauer von der praktischen Undurchführbarkeit des Parteivorschlags zu überzeugen und zum Einlenken zu bewegen. Das Prinzip der Trennung von Legislative und Exekutive wurde anerkannt und deren Leitung weiterhin den Ministerprärs. bzw. Bgm. zugestanden. (Vermerk im StAB: 3-B-10.a. Nr. 2 [2]a, jetzt: 3/4 Handakten Kaisen). Die Auseinandersetzungen waren insofern ohne Bedeutung, als die britische Militärregierung dem Zonenbeirat weiterhin nur beratende Funktion zubilligte.

<sup>68</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 65.

*Mittwoch, 18. Dezember 1946*

Besprechung mit Handelsk[ammer]präses M. Wilkens über Parteien in Bremen und über Wahlen zur Handelskammer.

[...]

*Donnerstag, 19. Dezember 1946*

*Wichtige Besprechung* mit Kiesselbach, Bürgermeister Brauer, Ruscheweyh, sowie Syndikern und Referenten aus *Hamburg* im Gästehaus. Für Bremen Kaisen, tom Moehlen und ich. *Selbständigkeit der Hansestädte*; ihre Befestigung durch *gemeinsame Einrichtungen* (Oberlandesgericht, Landesversicherungsanstalt usw.). Allgemeine Fragen Deutschlands. *Regelmäßige Zusammenkünfte*.<sup>69</sup>

[...]

*Freitag, 20. Dezember 1946*

Steigende *Kohlennot* innerhalb und außerhalb Deutschlands. Im *Senat* Kohlenlage. Gefährdung der Versorgungsbetriebe und der Krankenhäuser. Stilllegung der vom Strom abhängigen Industrie.<sup>70</sup> Ganz Holland soll ohne Strom sein. Harmssen schildert das Elend im Ruhrgebiet. Ich berichte über die Verhandlung mit den Hamburgern.<sup>71</sup> – Lange Erörterung der Berichtigung, die Apelt für die Presse entworfen hat, über die Entnazifizierung bei der „Port Authority“; Schluß durch Diktaturbestimmung Kaisens.<sup>72</sup>

<sup>69</sup> Unter Hinweis auf Bestrebungen in der Britischen Kontrollkommission für Deutschland, die Selbständigkeit der Hansestädte zu beseitigen, regte Kiesselbach die Schaffung gemeinsamer Einrichtungen an, um dem Argument zu begegnen, daß Hamburg und Bremen für die Erfüllung von Länderaufgaben zu klein seien. Als Möglichkeiten nannte er ein gemeinsames OLG – wozu sich Spitta mit Rücksicht auf entgegenstehende Wünsche der Amerikaner zurückhaltend äußerte –, gemeinsame Strafvollzugseinrichtungen, eine gemeinsame Landesversicherungsanstalt in Abstimmung mit Oldenburg und eine gemeinsame Universität. Die Vertreter Hamburgs und Bremens vereinbarten, alle zwei Monate Konferenzen über gemeinsame Angelegenheiten abzuhalten. (Bericht Spittas im Senat am 20.12.1946, StAB: 3/3). Max Brauer, 1887–1973, war von 1946–1953 und 1957–1960 Erster Bgm. in Hamburg.

<sup>70</sup> Nach Mitteilung Kaisens hatte das Elektrizitätswerk nur noch für 7 Tage die nötigen Kohlen. Mit ausreichender Belieferung sei nicht zu rechnen, ebenso wenig mit Stromzuteilungen von außerhalb. Die Metallindustrie hatte zugestimmt, vom 23.12.1946 bis zum 4.1.1947 die Betriebe stillzulegen; über entsprechende Maßnahmen in anderen Industrien liefen Verhandlungen. Der Senat beauftragte Ewert, eine Liste der lebenswichtigen Betriebe aufstellen zu lassen, die bevorzugt mit Strom beliefert werden sollten.

<sup>71</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 69.

<sup>72</sup> Unter der Überschrift: „Christlich-nazistische Seefahrt?“ war am 14.12.1946 im *Weser-Kurier* ein Artikel über die Durchsetzung der Hafenbehörde und der Lotsenschaft mit ehemaligen Nationalsozialisten erschienen. Der Artikel nannte an erster



Kälteelend der Bevölkerung. Alte Leute suchen die Amtsräume auf, um sich dort anzuwärmen und lassen sich nicht wieder herausweisen, so daß störende Menschenanhäufungen entstehen.

[...]

*Samstag, 21. Dezember 1946*

[...]

*Sonntag, 22. Dezember 1946*

Vorm[ittags] Weihnachtliches und Jantzens Übersetzung von Shakespeares Sonetten. Nachm[ittags] im Gästehaus Weihnachtslieder des Domchors. Senat und Amerikaner mit Familien. Kaisen schließt seine Ansprache mit dem Wunsch auf Frieden und Erlösung.

[...]

*Montag, 23. Dezember 1946*

Noch spiegelglatte Eisbahn. Sander und Irmgard gestern 50 km [schlittschuhgelaufen] (Hamme aufwärts). Aber die Zahl der Läufer geringer als sonst; Kalorienverbrauch und Fehlen von Schlittschuhen und Kleidung.

Wegen Kohlenmangels Schließen der staatl[ichen] Büros von Weihnachten bis Neujahr; nur Notdienst. Auch die Anwälte haben seit längerer Zeit nur noch Notdienst; Dr. Kind täglich von 11 bis 13 Uhr.

[...]

*Dienstag, 24. Dezember 1946*

Vorm[ittags] im Rathause, wo nur halber Betrieb wegen der Kälte und der Einschränkung der Heizung.

Entnazifizierungs-Wirrwarr mit Kaisen und Osterloh besprochen.<sup>73</sup> Auch die unerfahrene Bürgerschaft (einschl[ießlich] ihres Präsidenten) macht Fehler und Mißgriffe und Zuständigkeitsüberschreitungen, auch gegenüber der Militärreg[ierung], die vom Senat wieder zurechtgerückt werden müssen.

[...]

Stelle den Präs. der Weserhafenbehörde, Daehne, vgl. Kap. 4, Anm. 78. Statt einer Berichtigung Apelts war am 21.12. eine Entgegnung der US-Militärregierung im Weser-Kurier zu lesen, in der sie betonte, daß sie die direkte Kontrolle über die Fluß- und Seelotsen erst am 1.11.1946 übernommen habe und nach Prüfung der Fragebogen für schleunige Auswechslung belasteter Personen sorgen werde.

<sup>73</sup> Johann Osterloh, 1888–1963. Lehrer, 24.7.1945–28.2.1946 Schulrat, 5.3.1946–30.9.1948 ORR und Leiter der Regierungskanzlei, 1.10.1948 Regierungsdirektor und Leiter des Personalamts, 1954 Ruhestand. Vgl. Kap. 4, Anm. 8.

*Mittwoch/Donnerstag, 25./26. Dezember 1946*

[...]

*Freitag, 27. Dezember 1946*

Um Null. – Heller Tag mit Sonnenblicken.

Rathaus. Karl Carstens. Mit Kaisen Allgemeines. Mester, Reibung mit Bölken, Antrag auf Neuordnung der Zuständigkeiten in Ernährung und Landwirtschaft.<sup>74</sup>

[...]

*Samstag/Sonntag, 28./29. Dezember 1946*

[...]

*Montag, 30. Dezember 1946*

Im Rathaus noch Ferienruhe. Wenig neue Sachen. Abends mit Amerikanern im Gästehause; ich sitze neben Mister Dunn, habe aber Schwierigkeit in der englischen Unterhaltung; setze ihm und später Waterman unsere Gedanken über die Verfassung Bremen-Wesermünde auseinander (nicht ein neues Länderparlament, einfacher Bau).<sup>75</sup>

*Dienstag, 31. Dezember 1946, Sylvester*

Besprechung mit Kaisen. Sein Gedanke, die Kleingärten sehr zu vermehren, um der Vermassung entgegenzuwirken. Schöne, warme Worte darüber. – Pressefragen; Prinz von Löwenstein<sup>76</sup> Pressereferent des Senats? –

<sup>74</sup> Zwischen Mester und Bölken waren Kompetenzkonflikte entstanden, weil letzterer als Senator zugleich Leiter der Kreisbauernschaft gewesen war und diese Funktion bei seinem Ausscheiden aus dem Senat behalten hatte. Als Lösung schlug Mester vor, das bremische Ernährungsamt vom Landesernährungsamt zu trennen und es unmittelbar dem bizonalen Verwaltungsamt für Ernährung und Landwirtschaft zu unterstellen. Der Senat stimmte dieser Regelung am 31.12.1946 zu. (Senatsprotokoll 31.12.1946, StAB: 3/3).

<sup>75</sup> Spitta hatte seine Vorstellungen am 8.11.1946 im Senat dargelegt: Bremen und Wesermünde sollten eine Stadt mit einem gemeinsamen Senat und einer gemeinsamen Bürgerschaft werden, in Wesermünde außerdem für örtliche Angelegenheiten ein Magistrat und ein Bezirksbgm., aber keine besondere Regierung und kein zweites Parlament gewählt werden (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

<sup>76</sup> Dr. Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg, 1906–1984. Jurist, Schriftsteller, Politiker, bis 1933 als Journalist tätig, am 30.4.1933 Emigration nach Österreich, 1934/35 ins Saarland, Febr. 1935 in die USA; 1936–1941 Mitbegründer und Generalsekretär der Deutschen Akademie im Exil, Hilfe für Emigranten aus Westeuropa; Okt. 1946 Ankunft in Bremen und Wiedereinbürgerung, 1947 Dozent an der Universität Heidelberg, 1952/53 Korrespondent für die Die Zeit in Süddeutschland, 1953–1957 MdB (FDP), seit 1958 Md. der CDU; 1959–1973 Sonderberater und freier Mitarbeiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, seit 1973 Präs. des Freien Deutschen Autorenverbandes.

Vertrauliches über Mester, den Michael Kohlhaas und Ewert, den Robespierre.

Im *Senat* das Kreuz der gänzlich verfahrenen Entnazifizierung.<sup>77</sup>  
[...]

*Mittwoch, 1. Januar 1947*

3 Grad unter Null. Klar, Nordostwind. Die neue Frostperiode eine große Sorge. Gerade hatten die Eisbrecher zu arbeiten angefangen, um die in den Kanälen eingefrorenen Kohlenmengen aufzueisen. Das jetzt hinfällig.

[...]

Nachmittags] *Beethoven-Konzert*: Egmont-Ouvertüre. Klavierkonzert G-Dur, Eroica. Zum ersten Mal im *großen Glockensaal*!

Darf man das für das Verhältnis der Amerikaner zu den Bremern als Symbol nehmen?

[...]

*Donnerstag, 2. Januar 1947*

Besprechung bei Kaisen mit Apelt, Nolting-Hauff, Plate, Daehne<sup>78</sup> usw. über künftige Stromverwaltung. Ich gemäß Denkschrift des Senats für Herrschaft Bremens über Strom (Staatshoheit, Privateigentum, Verwaltung).<sup>79</sup> Die übrigen für Reichszuständigkeit mit Auftragsverwaltung Bremens, wie es Hamburg erstrebt. Ich bin in Sorge, falls das Reich schwach und unter Kontrolle der Besatzungsmächte bleibt. Bremen wird vielleicht in Amerika für Stromvertiefungen eher eine Anleihe finden als das Reich.

<sup>77</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 8. Wie Kaisen am 29.11.1946 im Senat ausführte, hatte die Bürgerschaft zwar den „Hauptausschuß“ eingesetzt, sich sonst aber wenig um die Entnazifizierung gekümmert. Er regte an, die Bürgerschaft einen besonderen Ausschuß wählen zu lassen, der die Materie prüfen und in einer Denkschrift für die Militärregierung Vorschläge zur Beschleunigung des Verfahrens durch Amnestierung gering belasteter Gruppen entwickeln sollte. Es käme darauf an, „die Hauptschuldigen und Belasteten herauszuschälen“. (Senatsprotokoll 29.11.1946, StAB: 3/3). Bemühungen, den Beschuldigten rechtliches Gehör im Vorstellungsverfahren zu sichern, waren gescheitert, weil die Militärregierung Änderungen der bisherigen Prozedur ablehnte, solange die Zuständigkeit für die Entnazifizierung – Briten oder Amerikaner? – nicht geklärt war. (Senatsprotokoll 31.12.1946, ebenda).

<sup>78</sup> Wilhelm Daehne, 1892–1966. Kapitän, Präs. der Weserhafenbehörde (vgl. Kap. 4, Anm. 66), seit 1950 Vorstandsmd. der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft.

<sup>79</sup> Vom Senat übernommene Denkschrift Spittas vom 6.8.1946: „Der Neuaufbau des Reiches und Bremens Stellung darin“, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2.

Später mit Heukelum<sup>80</sup> bei Kaisen über Verfassung Bremen-Wesermünde.<sup>81</sup>

[...]

*Freitag, 3. Januar 1947*

Im Senat Deputationsgesetz und Bestellung der Senatsvertreter.<sup>82</sup> Nachmittags Dr. Krug von der Presse, will über Bremens Stellung usw. Näheres erfahren. Ich lege ihm besonders Bremens Verhältnis zu Wesermünde dar, hoffentlich bringt er es leidlich richtig.

[...]

*Samstag, 4. Januar 1947*

Nach klarer Mondnacht morgens 5 Grad unter Null. *Steigende Kohlennot*. In großen Teilen Deutschlands Industrie zum Stillstand gekommen, die Versorgungswerke gefährdet.<sup>83</sup> Hamburg z.B. schlimmer als Bremen: Jeder Stadtteil zwei Tage die Woche von 7 Uhr morgens bis 22 Uhr Stromsperre; Straßenbahn steht von 10 bis 15 Uhr; Theater, Kinos usw. geschlossen. In Bremen Einschränkung der Arbeitszeit von 9 bis 16 Uhr.<sup>84</sup>

[...]

*Sonntag, 5. Januar 1947*

[... Spittas 74. Geburtstag.]

<sup>80</sup> Gerhard van Heukelum, 1890–1969. Metallhandwerker, 1922 Geschäftsführer des DMV in Bremen, 1922–1927 Vors. des ADGB Bremen, 1924–1933 Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Norddeutsche Volksstimme“, in der NS-Zeit mehrmals verhaftet, 1945 und seit 2.7.1946 Oberbgm. von Wesermünde/Bremerhaven, Mai 1948–Ende 1959 Senator für Arbeit.

<sup>81</sup> Es ging um die Frage der Vertretung Wesermündes in Senat und Bürgerschaft nach Eingliederung der Stadt in das Land Bremen.

<sup>82</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 559. Die Vorlage war mit kleinen redaktionellen Änderungen von der Militärregierung genehmigt worden. Als Senatsvertreter in den zehn Deputationen wurden die fachlich zuständigen Senatoren und die Behördenleiter ernannt. (Senatsprotokoll 3.1.1947, StAB: 3/3).

<sup>83</sup> Werner Abelshauser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945–1948*, Stuttgart 1975, sieht im Zusammenbruch des Transportsystems infolge des strengen Winters und in der unzureichenden Kohlenversorgung der Industrie die entscheidenden Faktoren für den Abbruch der ersten Phase des wirtschaftlichen Wiederaufbaus im Winter 1946/47.

<sup>84</sup> Vgl. Erich Lüth, Schrecken und Selbstbehauptung. Die Geschichte eines harten Winters, in: *Neues Hamburg. Zeugnisse vom Wiederaufbau der Hansestadt*, Bd. 2, Hamburg 1947, S. 36–39. Über die Situation in Bremen: *Weser-Kurier* Nr. 1 v. 4.1.1947, „Kohlennot und Kurzarbeit“; ferner die eindrucksvollen Schilderungen bei Hoecker/Meyer-Braun, *Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit*, insbes. S. 46–85 und Bruss, *Mit Zuckersack und Heißgetränk*.

*Montag, 6. Januar 1947*

[...]

Walter Lisco tritt nach mehrmonatiger Arbeitspause bei der Handelskammer an.<sup>85</sup>

*Dienstag, 7. Januar 1947*

Minus 16 Grad. Nach klarer Nacht bedeckt. Mittags Sonne.

Kaisen für eine Woche verreist (Stuttgart, München).<sup>86</sup>

Im Senat ernste Kohlenlage, Gefahr für das Erliegen des Wasserwerkes. Notmaßnahmen (Wärmehallen usw.). Umwandlung der Reichsbankhauptstelle in eine Bremer Landeszentralbank.<sup>87</sup>

Nachmittags Fraktionssitzung. Grabaus Drängen, daß ein „Regierungsprogramm“ der „Regierungsparteien“ festgelegt werde; ich halte das für eine nicht ungefährliche Parlaments-Spielerei und Zeitverschwendung; wir würden festgelegt werden; überdies jetzt fast alles zwangsläufig.

[...]

Zum Geburtstag habe ich vom Rathaus 5 Zentner Kohlen bekommen, so daß wir etwas verschwenden.

*Mittwoch, 8. Januar 1947*

Nach klarer Mondnacht minus 15½ Grad, Maximum in der Sonne minus 8 Grad. Fast die gesamte deutsche Industrie (mit Ausnahme der Lebensmittelindustrie usw.) liegt aus Kohlenmangel still. Not der erwerbslosen Arbeiter, die Arbeitslosen-Unterstützung erhalten. Immer mehr Eisenbahnzüge fallen aus; Einfrieren der Lokomotiven. Keine Bademöglichkeit für die Bevölkerung. In unserem Hause zwei Klosetts und ein Teil der Wasserleitung eingefroren. Entsetzliche Heiznot in den meisten Häusern.

Telephonische Mitteilung Kaisens aus Stuttgart, Clay habe erklärt, daß *Bremen zur amerikanischen Zone komme und Sitz im Länderrat erhalte*.<sup>88</sup> Friese hat von der Mil[itär]reg[ierung] gehört, Bremen solle dann eine ver-

<sup>85</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 620.

<sup>86</sup> 16. Tagung des Länderrats am 8.1.1947.

<sup>87</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 179. OMGUS hatte am 3.1.1947 telegraphisch die sofortige Schließung der Reichsbankhauptstelle Bremen verlangt, auf Anruf zwar den Schließungsbefehl zurückgenommen, aber die Umwandlung in eine Landeszentralbank gemäß der generellen Politik in der US-Zone gefordert. (Nolting-Hauff am 7.1.1947 im Senat, Protokoll, StAB: 3/3).

<sup>88</sup> General Clay gab am 8.1.1947 im Länderrat die Aufnahme des Landes Bremen in die US-Zone bekannt und bestätigte Kaisen bei einer persönlichen Unterredung alle Regelungen, wie sie in Kap. 4, Anm. 66 genannt sind (Aufzeichnung vom 9.1.1947, StAB: 3-B.10. a. Nr. 2 [1], Akte 2; Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 97). Ein Artikel Kaisens über die neue Position Bremens als Land der US-Zone erschien am 11.1.1947 auf S. 1 des Weser-Kuriers: „Neuordnung im Unterweserraum“.

fassunggebende Versammlung wählen und eine neue Verfassung mit Grund- und Menschenrechten schaffen. Ich versuche, die nochmaligen Wahlen von Bremen abzuwenden.<sup>89</sup>

[...]

*Donnerstag, 9. Januar 1947*

Herankommen der Kohlenzüge erschwert. Reichsautobahn wegen Glatt-eises gesperrt.

Nachmittags] *Bürgerschaft*. Kohlenversorgung.<sup>90</sup>

Bedenklicher Vorschlag der Militärregierung, daß der Senat die Wohnungsbeschlagnahmen für die Besatzung selbst durchführen solle; Möbelbeschlagnahmeverordnung?

[...]

*Freitag, 10. Januar 1947*

Im *Senat* Kohlenlage; Eisgefahr (Brücken!); Wohnungs- und Möbelbeschlagnahme.<sup>91</sup> Nur Nolting-Hauff gegen Übernahme der Beschlagnahme auf den Senat. Änderungen des amerik[anischen] Entwurfs nötig. Ewert verhandelt heute mit der Mil[itär]reg[ierung].

[...]

Erregung bei der Militärreg[ierung] über Wolters Kohlen-Rede in der *Bürgerschaft*.<sup>92</sup>

Telephonische Nachricht durch Schütte aus Stuttgart, daß *Kaisen Auto-unfall* gehabt und am Auge verletzt sei; Ohnmacht; dann Weiterfahrt in anderem Auto nach München.

[...]

<sup>89</sup> Die Wahlen fanden am 12.10.1947 statt, verbunden mit einem Volksentscheid über die neue Landesverfassung.

<sup>90</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 3–13. Wolters antwortete als Senatskommissar auf eine Interpellation Stockhingers (SPD), der vom Senat „Aufklärung über die augenblickliche Brennstofflage“ verlangte, „da sich diese für die bremische Bevölkerung so katastrophal auswirkt.“

<sup>91</sup> Zur Diskussion stand ein Vorschlag der Militärregierung, daß der Town Major künftig dem Governor den Bedarf bekanntgeben und dieser die Anforderung an den Präs. des Senats weiterleiten solle, der dann für die Auswahl verantwortlich sei. Wegen der Möglichkeit, Härten zu vermeiden, plädierten Ewert und die Mehrzahl der Senatoren für Annahme des Vorschlags.

Nolting-Hauff war für Ablehnung dieser unpopulären, politisch brisanten Aufgabe, Spitta hatte aus denselben Gründen Bedenken und trat für Vertagung der Entscheidung bis zur Rückkehr Kaisens ein. (Senatsprotokoll 10.1.1947, StAB: 3/3).

<sup>92</sup> Wolters hatte diese Rede zunächst im Rundfunk halten wollen, darauf auf Befehl der Militärregierung aber verzichten müssen und sie deshalb am 9.1. in der Bürgerschaft im Rahmen einer ausführlichen Darstellung der Folgen der Kohlennot verlesen, wobei er deutlich Kritik an der amerikanischen Zensur übte. (Senatsprotokoll 7.1.1947, StAB: 3/3; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 4–12).

*Samstag, 11. Januar 1947*

Kaisen hat in München Fieber bekommen. Flugzeugtransport durch Mil[itär]reg[ierung] wegen Vereisungsgefahr nicht möglich.

Nachmittags Senatoren-Tee bei mir (ohne Nebelthau).

[...]

*Sonntag, 12. Januar 1947*

Gestern abend noch 6 Grad unter Null, heute morgen Tauwetter, plus 2 Grad. Wasserleitung und Klosett tauen ohne Rohrbruch auf.

Vorm[ittags] lange Aussprache zwischen Onkel Walter, Paula und mir über Krieg, Pazifismus, Wesen des Rechts usw.

[...]

Kaisen Bronchialkatarrh und Fieber, in München im Krankenhaus.

Nachricht, daß Minister *Tantzen* in Oldenburg an seinem Schreibtisch am Herzschlag gestorben. Hat das Schicksal Oldenburgs<sup>93</sup> ihn so schwer getroffen, daß seine Widerstandskraft untergraben war?

[...]

*Montag, 13. Januar 1947*

Kaisen bleibt noch eine Woche in München. Zunahme der Präsidialgeschäfte für mich.

[...]

*Dienstag, 14. Januar 1947*

Im *Senat* wieder Frage der Wohnungs- und Möbel-Beschlagnahme.<sup>94</sup> Fragen der Mitwirkung der Hansestädte in den bizonalen Zentralstellen.<sup>95</sup>

Zuständigkeit für die bremischen Zivilinternierten in den süddeutschen Lägern.

[...]

<sup>93</sup> Verlust der Landeseigenschaft und Eingliederung Oldenburgs in Niedersachsen, das durch die VO Nr. 55 der britischen Militärregierung vom 1.11.1946 als Zusammenschluß der Länder Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe entstanden war.

<sup>94</sup> Gegen die Stimmen von Nolting-Hauff, Ehlers und Popall beschloß der Senat, gemäß dem Vorschlag der Militärregierung die Verantwortung für Wohnungs- und Möbelbeschlagnahmen zu übernehmen. (Senatsprotokoll 14.1.1947, StAB: 3/3). Die Neuregelung sah schließlich so aus, daß der Town Major die Beschlagnahmen durchführte, der Senat aber ein Vorschlagsrecht hatte. Es wurde ein Beschwerdeausschuß aus drei amerikanischen Offizieren und einem deutschen Vertreter eingesetzt. (Senatsprotokoll 31.1.1947, ebenda).

<sup>95</sup> Hamburg und Bremen sollten jeweils einen Sitz erhalten; vgl. Kap. 4, Anm. 40.

*Mittwoch, 15. Januar 1947*

Mit Aeevermann<sup>96</sup> Entnazifizierung. Nachm[ittags] Fraktionssitzung, die mich regelmäßig recht irritiert. Abends Prof. Hessen.<sup>97</sup> Geistiger Wiederaufbau Deutschlands.

[...]

*Donnerstag, 16. Januar 1947*

Gesetzesveränderungen in Bremen; alle britischen Verordn[ungen] sollen durch amerikanische ersetzt werden. Gerichtsorganisation, Ober[landes]-gericht.<sup>98</sup>

[...]

Nachm[ittags] in der *Bürgerschaft* Ernährungslage; viel mäßiges Gerede und manche Demagogie. Gut die ärztlichen Ausführungen von Dr. Noltenius.<sup>99</sup> Im ganzen niederdrückender Eindruck!

*Freitag, 17. Januar 1947*

Mit Wenhold und tom Moehlen bei der *Trauerfeier für Tantzen* in Oldenburg. Vorzügliche Rede Stählin; gute Musik, aber zwei Stunden in der kalten Kirche!

Nachmittags angenehme Verhandlung mit den Amerikanern Johnson und Parker und dem Engländer Brown über Justiz. Oberlandesgericht in Bremen in Gemeinschaft mit Hamburg.

[...]

<sup>96</sup> Friedrich Aeevermann, 1887–1962. Lehrer, Initiator von Versuchsschulprojekten, 1923 Md. der SPD, 1933 aus dem Bremer Schuldienst entlassen, bis 1945 als Kaufmann tätig, 1945–1950 Oberschulrat, 1946 Vors. des bürgerschaftlichen „Hauptausschusses für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“, März–Nov. 1947 Senator für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus, 1950–1955 Landesschulrat. Vgl. Brem. Biogr., S. 7f.

<sup>97</sup> Dr. Johannes Hessen, 1889–1971, Professor für Religionsphilosophie in Köln.

<sup>98</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 441.

<sup>99</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 2, 19–36. In der Debatte wurden die allgemeine Ernährungslage sowie die Möglichkeit einer Speisung von Kleinkindern erörtert. Beitrag Noltenius vgl. S. 27ff.



*Samstag, 18. Januar 1947*

Im Rathaus starker Betrieb. Präsidialsachen. Wolters und Ehlers wegen der Konferenz der Ministerpräsidenten in Essen<sup>100</sup> bei mir. Stellung tom Moehlens.<sup>101</sup>

Mit Apelt, M. Wilkens und Wenhold Zukunft der Parteien in Bremen; Anregung Wilkens, daß alle der CDU beitreten und dadurch die Einheit des Bürgertums in Bremen wiederherstellen sollten. Ich skeptisch, auch persönlich wenig geneigt, der CDU beizutreten. Ergebnis: Die Entwicklung der nächsten vier Wochen abzuwarten. (Landtagswahlen in der britischen Zone,<sup>102</sup> Gegensätze in der CDU).

[...]

*Sonntag, 19. Januar 1947*

[...]

*Montag, 20. Januar 1947*

Über vierstündige *Senatssitzung*; schwierige Durchberatung der Gesetze über Beschlagnahme von Hausrat usw.<sup>103</sup> Besprechung des Sturzes von Dr. Mueller im Wirtschaftsrat durch die sechs sozialdem[okratischen] Wirtschaftsminister.<sup>104</sup>

[...]

<sup>100</sup> Die Reise der Ministerpräs., Wirtschafts- und Arbeitsminister ins Ruhrgebiet und zum Zentralamt für Wirtschaft nach Minden war bei der Länderratstagung am 8.1.1947 beschlossen worden, um Möglichkeiten zur Überwindung der Kohlen- und Transportkrise zu beraten. Bremen war nach der rekonstruierten Teilnehmerliste (in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 134) durch die Senatoren Wolters und Harmssen sowie tom Moehlen vertreten. In Essen fand eine Konferenz mit den Militärregierungsschefs Clay und Robertson über die Kohlenfrage statt (ebenda, S. 137–139).

<sup>101</sup> Wegen einer ungeschickten Äußerung hatte der Vertreter der amerikanischen Militärregierung die Ablösung tom Moehlens als Verbindungsmann Bremens zum Länderrat verlangt, vgl. Kap. 4, Anm. 31.

<sup>102</sup> Die Landtagswahlen in der Britischen Zone fanden am 20.4.1947 statt.

<sup>103</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 91.

<sup>104</sup> Dr. jur. Rudolf Mueller, geb. 1904; Direktor einer Chemiefabrik und Präs. der HK Darmstadt, seit Okt. 1945 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Hessen, 24.9.1946–16.1.1947 Vors. des Verwaltungsrats für Wirtschaft und damit zugleich Leiter des Verwaltungsamts für Wirtschaft, seither RA und Notar in Frankfurt. Bei der 7. Sitzung des Verwaltungsrates für Wirtschaft in Minden am 16./17.1.1947 hatten die sozialdemokratischen Wirtschaftsminister von Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden, Schleswig-Holstein und Bayern sowie der Hamburger Senator Borgner dem bisherigen Vors. Dr. Rudolf Mueller das Vertrauen entzogen und an seiner Stelle Viktor Agartz gewählt. Maßgebend dafür war der Wunsch, statt eines parteilosen Industrievertreters einen der SPD angehörenden Exponenten planwirtschaftlicher Konzeptionen an die Spitze der bizonalen Wirtschaftsverwaltung zu stellen. Senator Harmssen distanzierte sich ausdrücklich von

*Dienstag, 21. Januar 1947*

[...]

*Mittwoch, 22. Januar 1947*

Gerücht, daß Vertrag England – Amerika über die Eingliederung des Landes Bremen in die US-Zone heute veröffentlicht werden würde.<sup>105</sup> Presse und Rundfunk stürmen mein Zimmer und wollen Erklärungen. Weser-Kurier soll Extra-Ausgabe bringen.<sup>106</sup> Um 3 Uhr mit Friese bei Dunn. Er will heute nichts veröffentlichen; wohl erst morgen Gewisses. Verfassungsfrage; dreimaliges Wählen!<sup>107</sup>

[...]

Mit Apelt Wahlrecht zur verfassungsgebenden Versammlung.

[...]

*Donnerstag, 23. Januar 1947*

Erneute Aufregung von Presse und Rundfunk wegen der Eingliederung Bremens in die amerikanische Zone. Extrablatt am Nachmittag. Ich lehne Äußerung ab, ehe ich nicht die authentischen Unterlagen habe. Aus einfachen Geschäftsvorgängen wird ein Schaustück gemacht!

Unangenehme Wendungen über die Vorläufigkeit unseres Landcharakters im Vertrage Engl[ands] und Amerikas.<sup>108</sup> Unklare, zum Teil falsche Fassung des Vertrages. Schlechte Übersetzung.

*Abends Kaisen wieder in Bremen. [...]*

dem Vorstoß der SPD-Minister. (Genauer dazu: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 105–107, 123–124).

<sup>105</sup> Das in Kap. 4, Anm. 66 genannte Abkommen zwischen Clay und Robertson über die Eingliederung des Landes Bremen in die US-Zone wurde am 22.1.1947 vollzogen und mit der Proklamation Nr. 3 der amerikanischen Militärregierung für Deutschland rückwirkend zum 1.1.1947 in Kraft gesetzt.

<sup>106</sup> Eine solche Sonderausgabe des Weser-Kuriers mit einer Bekanntmachung des Bremer Direktors der Militärregierung, Dunn, und deutschen Übersetzungen der Proklamation und des englisch-amerikanischen Abkommens erschien am 23.1.1947.

<sup>107</sup> Durch die Proklamation vom 22.1.1947 wurden alle Gesetze der britischen Militärregierung für Bremen außer Kraft gesetzt. Spitta rechnete deshalb mit Neuwahlen zu einer verfassungsgebenden Bürgerschaft, da die bestehende nach englischem Recht gewählt worden war, mit einem Volksentscheid über die Verfassung und danach mit weiteren Wahlen zur ersten regulären Bürgerschaft. Nur diese Wahl und der Volksentscheid fanden am 12.10.1947 statt; auf eine Neuwahl der verfassungsgebenden Bürgerschaft verzichteten die Amerikaner schließlich, weil sie aus außenpolitischen Gründen eine schnelle Verabschiedung der Verfassung wünschten (vgl. Kap. 4, Anm. 162).

<sup>108</sup> In dem Abkommen vom 22.1.1947 hieß es: „Das Land Bremen soll vorläufig die volle Gewalt einer Landesregierung erhalten. Bei der Errichtung einer Zentralregierung für Deutschland sollen die Vorteile einer Vereinigung des Landes Bremen mit dem Lande Niedersachsen erwogen werden.“ (Weser-Kurier, Sonderausgabe v. 23.1.1947).

*Freitag, 24. Januar 1947*

*Kaisen wieder im Senat.* Engl[isch]-amerik[anischer] Vertrag. Zeitungsaufsatz.<sup>109</sup> Zweifelsfragen. Wahlrecht zur verfassungsgebenden Versammlung.<sup>110</sup>

Im Anschluß an Senat um 2 Uhr bei den Amerikanern. Wahlrechtsfragen mit Fraktionsführern usw. Um 3½ Uhr Mittagessen. 5½ Uhr Rathaus.

7 Uhr Vortrag in der Wittheit von Prof. Jellinek: Der Weimarer Verfassung Glück und Ende.

[...]

*Samstag, 25. Januar 1947*

Viele Fragen der Angliederung Wesermündes<sup>111</sup> und des Eintritts in die amerikanische Zone. Wesermünder Handelskammer usw.<sup>112</sup> – Wohnungsausschuß (Edzard usw.) bei mir wegen der militärischen Beschlagnahmen und Möbelinanspruchnahme.<sup>113</sup>

[...]

*Sonntag, 26. Januar 1947*

[...]

*Montag, 27. Januar 1947*

Viele Besprechungen (Carstens, Hagens, Konsul Herwig<sup>114</sup> und Apelt, Angehörige von Internierten usw.). Hagens, den ich im Ersten Weltkrieg nach seiner schweren Verwundung in mein Landherrnamt nahm, ist jetzt „entbräunt“ und wird mir etwas helfen (Wahlgesetz zur verfassungsgebenden Versammlung).

<sup>109</sup> Von Spitta erarbeiteter Artikel über die Eingliederung Bremens in die US-Zone, von Kaisen durch den Hinweis ergänzt, daß nach der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets eine erneute wirtschaftliche Isolierung Bremens nicht zu befürchten sei; am 25.1.1947 als Erklärung des Präs. des Senats im Weser-Kurier veröffentlicht: „Vom Stadtstaat zum Land Bremen“.

<sup>110</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 107.

<sup>111</sup> Durch das Abkommen vom 22.1.1947 wurde Wesermünde mit Bremerhaven dem Land Bremen eingegliedert, weshalb die verfassungsrechtlichen Verhältnisse neu geregelt werden mußten.

<sup>112</sup> Die IHK Wesermünde blieb nach der Eingliederung der Stadt in das Land Bremen mit Einverständnis des Senats und der Bremer HK selbständig, mußte aber die Zuständigkeit für die Landkreise Wesermünde und Osterholz aufgeben, die im Mai 1947 dem Bezirk der IHK Stade eingegliedert wurden. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 110f.).

<sup>113</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 91.

<sup>114</sup> Hermann A. Herwig, 1881–1952. Seniorchef einer Überseefirma, Konsul, 1948/49 stellv. Landesvors. der Bremer CDU.

Mit Herwig und Apelt Frage der Einigung aller Bürgerlichen bei den Wahlen. Herwig, Ahlers, Wilkens, Bömers<sup>115</sup> usw. wollen das dadurch erreichen, daß wir leitenden Männer alle zur CDU übertreten. Daß Einheit erwünscht, ist zuzugeben; die CDU hat sie in Bremen gesprengt. Ist die Einheit auf dem Wege der CDU zu erreichen? Herwig und s[eine] Freunde urteilen zu sehr nach der Stimmung ihrer eigenen Kreise.

Wenn die verfassungsgebende Versammlung nach der Verhältniswahl gewählt wird, zwei bürgerliche Parteien nicht so gefährlich. BDV als bremische Partei für die Wahl in rein bremischer Sache. Sorge vor auswärtigem Einfluß bei der CDU.

[...]

*Dienstag, 28. Januar 1947*

Im Senat politische Gegensätze beim zweizonalen *Verwaltungsrat der Wirtschaft*,<sup>116</sup> *Wolters gegen Harmssen*; gegen Apelts und meine Stimme bei Stimmenthaltung von Kaisen und Harmssen ist Wolters anstelle von Harmssen zum Vertreter Bremens im Wirtschaftsrat bestellt; Harmssen Stellvertreter. Damit ist der gesamte Wirtschaftsrat sozialdemokratisch.<sup>117</sup> Im Senat auch Stellung tom Moehlens besprochen.<sup>118</sup>

Nachmittags] Fraktionssitzung. Wohnungsbeschlagnahme und Hausrat. Wahlrecht für verfassungsgeb[ende] Versammlung: Verhältniswahl.

[...]

*Mittwoch, 29. Januar 1947*

Juristenausschuß über Oberlandesgericht.<sup>119</sup>

Nachmittags] Besprechung mit Syndikus Ulrich über Handelskammer; paritätische Zusammensetzung; Wahl.<sup>120</sup> Mit Wenhold über Wahlrecht zur

<sup>115</sup> Heinz Bömers, 1893–1978. Sohn des früheren Senators Heinrich Bömers (DVP), Mitinhaber der Weingroßhandlung Reidemeister & Ulrichs.

<sup>116</sup> Diese Gegensätze waren am 16.1.1947 bei der Abwahl des Vors. Dr. Mueller zum Tragen gekommen, vgl. Kap. 4, Anm. 104.

<sup>117</sup> Der Verwaltungsrat für Wirtschaft bestand aus den Wirtschaftsministern der Länder der Bi-Zone, die alle Sozialdemokraten waren. – Im Senatsprotokoll (StAB: 3/3) wird nur eine Stimmenthaltung (Harmssen) vermerkt.

<sup>118</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 31.

<sup>119</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 441.

<sup>120</sup> Bestrebungen, den ernannten Beirat der HK Bremen durch ein von allen Mitgliedern gewähltes Gremium abzulösen, wurden aufgehoben, weil der rechtliche Status der Kammer nach der Eingliederung Bremens in die US-Zone ungeklärt war. Während sie noch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts war, der alle Gewerbetreibende des Bezirks angehören mußten, hatten sich die übrigen Industrie- und Handelskammern in der US-Zone in Vereinigungen mit freiwilliger Mitgliedschaft umwandeln müssen. Eine gleiche Umbildung wurde der Bremer Kammer durch Verordnung der Militärregierung vom 20.12.1948 vorgeschrieben, und im Aug. 1949 fanden die ersten Wahlen für das Handelskammerplenum statt. (Schulze, Unternehmerische Selbstverwaltung, S. 43f.).

verfassunggebenden Versammlung.<sup>121</sup>

[...]

*Donnerstag, 30. Januar 1947*

10 Grad unter Null. Klar. Schlimme Wirkungen der anhaltenden Kälte für die Bevölkerung; Kohlen kommen nicht heran; der Eisenbahnverkehr steht vor dem völligen Versagen. Getreidelieferungen für die englische Zone zu Ende; für die südd[eu]tsche Zone Amerikas in Bremen große Läger.

[...]

Nachmittags fast fünfstündige Sitzung der Bürgerschaft; Schuldebatte von über drei Stunden;<sup>122</sup> Beschlagnahme-Gesetze.<sup>123</sup> Vorher gute Rede Kaisens über staatsrechtliche Stellung Bremens und die Eingliederung Wesermündes.<sup>124</sup>

*Freitag, 31. Januar 1947*

[...]

Lange Senatsitzung. Fragen des Staatsrechts und Wesermündes. Besonderer Landeshaushalt.<sup>125</sup> Eingliederung der Reichsbehörden (Oberfinanzpräsident).<sup>126</sup>

*Samstag, 1. Februar 1947*

Fast 12 Grad unter Null. Klar und beständig. Zusammenbruch des Transportwesens. Die Lokomotiven aus Mangel an Material nicht zu reparieren.

Dienstantritt von Dr. Feine, der endlich von dem amerik[anischen] Special Branch genehmigt ist (Privatsekretär Stresemanns; niemals Mitglied der Partei oder einer ihrer Gliederungen). Damit bekomme ich einen Oberbeamten, der dauernd anwesend ist und mir auch viel Kleinkram und Laufendes abnehmen kann. Karl Carstens vorläufig auch noch Mitarbeiter, wenn auch beschränkt.

<sup>121</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 107.

<sup>122</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 43–57. In der Debatte wurden der von Paulmann erstattete Bericht der Schulverwaltung und eine Senatsmitteilung zum Berufsschulwesen ausführlich erörtert. Ein CDU-Antrag, der vorsah, daß Eltern die gewünschte Schulart für ihre Kinder bestimmen können, wurde abgelehnt.

<sup>123</sup> Gesetze, um der Beschlagnahme der von der Militärregierung geforderten Wohnungen und Einrichtungen eine Rechtsgrundlage zu geben.

<sup>124</sup> Die Rede ist abgedruckt in: Kaisen, Bereitschaft, S. 80–89.

<sup>125</sup> Nolting-Hauff berichtete über Schwierigkeiten, den städtischen und den Landeshaushalt voneinander abzugrenzen.

<sup>126</sup> Nach schwierigen Verhandlungen wurde der auf das Land Bremen entfallende Teil des Oberfinanzbezirks eingegliedert und der Präs. der Bremer (Landes-)Finanzverwaltung zum Oberfinanzpräs. ernannt. (Senatsprotokoll 31.1.1947, StAB: 3/3).

Mit Kaisen über Senat und Wolters.<sup>127</sup> Häftlingsfrage.

[...]

*Sonntag, 2. Februar 1947*

[...]

Gegen Abend mit Apelt Amtliches; „Weserhafen-Behörde“;<sup>128</sup> Vorschlag für Durchführungsbestimmungen der Amerikaner.

[...]

*Montag, 3. Februar 1947*

Dr. Feine, 6.15 Uhr von Vegesack abgefahren, um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr in Bremen angekommen; so ist jetzt unsere Vorortverbindung.

Zu Hause überall kalt; nur unser Wohnzimmer (wo ich schlafe) zu heizen; sonntags den ganzen Tag, sonst erst mittags. Und das ist ein Privileg vor Tausenden; wir haben Holz und Torf!

Besprechung mit Ehlers über die Möglichkeit, in Deutschland eine Art Labour Party<sup>129</sup> zu schaffen – Linie Kaisen. Wir bedauern beide, daß die alten Parteien sofort wiedergekommen sind; zur Zeit deswegen keine Neugründung möglich.

Harmssen berichtet über Minden; pessimistisch; Katerstimmung der „Mueller-Stürzer“.<sup>130</sup> Gefährdung der Durchführung des „Punktsystems“ bei den Ruhr-Bergarbeitern.<sup>131</sup>

[...]

Der elektr[ische] Strom versagt; daher früh ins Bett.

<sup>127</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

<sup>128</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 66.

<sup>129</sup> Gedacht ist an eine über die traditionellen Parteigrenzen und über das Sozialmilieu der Arbeiterschaft hinausreichende große Volkspartei, vgl. Kap. 3, Anm. 110.

<sup>130</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 104. Die von der SPD betriebene Ablösung Muellers durch Agartz wurde von der US-Militärregierung zwar akzeptiert; doch ließ sie keinen Zweifel daran, daß sie die Entscheidung mißbilligte und eine Sozialisierung der Schwerindustrie in der Bi-Zone, die man von Agartz erwartete, nicht dulden würde. Agartz kamen deshalb schon kurze Zeit nach der Übernahme seines Amtes Bedenken, ob es ihm genügend Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten ließ. Die Schwierigkeiten, die zur besseren Versorgung der Bergarbeiter nötigen Waren zu beschaffen, verstärkten seinen Pessimismus. (Vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 122–124, Anm. 56 und 59).

<sup>131</sup> Nach längeren Vorbereitungen und Verhandlungen mit der britischen Militärregierung war am 10.1.1947 für Bergarbeiter ein Punktesystem eingeführt worden, das ihnen je nach Arbeitsverdienst und Leistung eine bestimmte Zusatzversorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern ermöglichte, um auf diese Weise einen Anreiz zur Steigerung der Kohlenproduktion zu schaffen. Bei unentschuldigtem Fehlen gab es auch Punktabzüge. Das System ist genauer dargestellt in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 288, Anm. 10.

*Dienstag, 4. Februar 1947*

Kaisen gestern mit Dunn nach Stuttgart gefahren.<sup>132</sup> Daher Vorsitz im vierstündigen *Senat*. Punktsystem im Ruhrgebiet. Bedrohliche Lage der Wirtschaft. Oberfinanzpräsidium unter dem Senat. Brennstofffragen.

Nachmittags] Oberbürgermeister und Kämmerer von *Wesermünde* van Heukelum und Dr. Maquardsen.<sup>133</sup> Mehrstündiges Durchsprechen der Wesermünder Fragen. *Wesermünde will wieder Bremerhaven heißen*.<sup>134</sup>

9½ stündiger, anstrengender Arbeitstag.

*Mittwoch, 5. Februar 1947*

[...]

Persönliche Treibereien gegen Männer des öffentlichen Lebens (Wolters, tom Moehlen usw.). Nicht einmal Kaisen wird geschont. (Begünstigung von Nazi-Beamten und anderen „Nazisten“; Ernennung tom Moehlen usw.). Besprechung darüber mit dem hochanständigen Theil, der auch im Senat an alle Mitglieder appellierte, darauf hinzuwirken, daß im bevorstehenden Wahlkampfe persönliche Anwürfe unterbleiben möchten. Fördernde Besprechungen mit Carstens und Feine über die Sachen des Justizressorts. – Hochbetrieb in verantwortlicher Arbeit (Handelskammerwahl, Wahlrecht, Verfassung, Entnazifizierungsgesetz usw.). Dazu die „deutsche Politik“ (Länderrat, bizonale Ausschüsse usw.); vielfache Unklarheit der Zuständigkeiten. „Hohe Politik“ (Vorbereitungen für den Friedensvertrag;<sup>135</sup> bremische Belange: Hollands Wünsche, tschechoslowakische Hafenwünsche).

[...]

<sup>132</sup> 17. Tagung des Länderrats am 4.2.1947.

<sup>133</sup> Richtig: Dr. Heinrich Marquardt, geb. 1892. 1946–1953 Kämmerer in Wesermünde.

<sup>134</sup> Vgl. Kap. 2, Anm. 104. Vermerk über die Besprechung, StAB: 3-B. 10. a. Nr. 2 [2], Akte 1.

<sup>135</sup> In der Erwartung, daß deutsche politische Repräsentanten gemäß amerikanischen Intentionen an der bevorstehenden Moskauer Außenministerkonferenz vom 10.3. bis 24.4.1947 beteiligt würden, plante das Direktorium des Länderrats seit längerem die Schaffung einer zentralen Stelle, die sich mit der Vorbereitung eines Friedensvertrags, vor allem der Sammlung allen einschlägigen Materials und der Koordination der vielen privaten und öffentlichen Aktivitäten auf diesem Gebiet, befassen sollte. (Ausführungen Roßmanns bei der 16. Tagung des Länderrats am 8.1.1947, Akten Vorschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 78). Auch der Bremer Senat hatte sich am 17.9.1946 bereits dafür ausgesprochen, eine deutsche oder, wenn das nicht zu erreichen sei, eine Bremer Stelle zur Behandlung aller mit dem Reparationsproblem und dem Friedensvertrag zusammenhängenden Fragen zu gründen. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3). Die Errichtung eines bizonalen Büros für Friedensfragen scheiterte schließlich am Widerspruch der Besatzungsmächte, für die US-Zone wurde es aber in München gegründet. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 9; Heribert Piontkowitz, Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das Büro für Friedensfragen, Stuttgart 1978, für Bremen bes. S. 70–85).

*Donnerstag, 6. Februar 1947*

Den ganzen Tag pausenloser Hochbetrieb. Besprechungen und Akten. – Mit Kaisen und tom Moehlen, den die Süddeutschen nicht mehr wollen.<sup>136</sup> Mittags im Gästehaus mit Herren des Außenhandelsamtes<sup>137</sup> (von Maltzan und andere).

[...]

*Freitag, 7. Februar 1947*

Senat bis gegen 1½ Uhr. Dann mit Kaisen und Apelt im Gästehaus gegessen und um 2 Uhr nach Wesermünde.

4 bis 5½ Uhr *Feier der Eingliederung Wesermündes nach Bremen*.<sup>138</sup> Reden von Dunn, Kaisen und Heukelum. Ausgezeichnet Kaisen,<sup>139</sup> gut Heukelum (Bremen und Wesermünde verbunden durch „des Meeres und der Liebe Wellen“). 20 Abgeordnete für Brem[er] Bürgerschaft gewählt.<sup>140</sup> *Einstimmig beschlossen, Wesermünde Bremerhaven zu nennen.*

Festliches Fischessen in der Strandhalle. Wunderbarer Blick auf den Strom in der Abendbeleuchtung. Später großer Dampfer einlaufend.

[...]

*Samstag, 8. Februar 1947*

15 bis 16 Grad unter Null. Dabei windig. Klarer Sternenhimmel, mittags in der Sonne minus 3 Grad.

[...]

Viel Betrieb im Rathause. Besprechung mit den Fraktionsführern über das Wahlrecht zur verfassungsgebenden Versammlung; alle für Verhältnisswahl.

[...]

Die eisige Kälte immer verhängnisvoller. Immer mehr Lokomotiven unbrauchbar; immer weniger Züge fahren. Walter Lisco wollte morgens 8 Uhr nach Hamburg reisen; bis 1 Uhr mittags keine Lokomotive; Walter gibt die Reise auf. – Dr. Feine kann von Vegesack nicht nach Bremen fahren, da kein Zug geht; er wandert zu Fuß, um ins Amt zu kommen. Zu Sit-

<sup>136</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 31.

<sup>137</sup> Hauptabteilung D des Verwaltungsamts für Wirtschaft in Minden.

<sup>138</sup> Bericht im Weser-Kurier Nr. 11 v. 8.2.1947.

<sup>139</sup> Die Rede ist abgedruckt in: Kaisen, Bereitschaft, S. 90–95.

<sup>140</sup> Unter Bezug auf die Proklamation Nr. 3 des amerikanischen Militärgouverneurs vom 22.1.1947, nach der der Bremer Senat bis zum Inkrafttreten einer neuen Verfassung die Staatsregierung bilden solle, hatte die Bremer Militärregierung am 28.1.1947 angeordnet, daß zur Vertretung der Wesermünder Belange die Bürgerschaft um 18 Ratsherren der Stadt sowie den Oberbgm. und seinen Stellvertreter zu erweitern sei und letztere auch dem Senat angehören sollten. (Schreiben des Direktors der Civil Government Division, Harold H. Crabill, an den Präs. des Senats vom 28.1.1947, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [2], Akte 1).



zungen der Bürgerschaft und der Deputationen können die draußen wohnenden Mitglieder kaum noch kommen.

[...]

*Sonntag, 9. Februar 1947*

[...]

*Montag, 10. Februar 1947*

8 Uhr Fahrt *nach Hamburg*. Besprechung mit *Wilh[elm] Kiesselbach* über Oberlandesgericht und andere Justizsachen. W. Kiesselbach für unseren OLG-Vorschlag,<sup>141</sup> sieht darin bedeutsamen Vorgang für andere Gerichte. Ruscheweyh zugezogen, macht noch Einwände, will schriftlich antworten, aber nicht ganz ablehnend. – Besprechung mit den britischen Vertretern Romberg und Prench, denen ich unseren OLG-Vorschlag auseinandersetze.

Wilhelm K[iesselbach] erzählt mir von den Verhandlungen über den bizonalen Justizminister; W. K. hat abgelehnt, nach Frankfurt überzusiedeln; darum wollen die Briten warten.<sup>142</sup> Bei den Verhandlungen über die Person ist auch mein Name genannt. Wieder ein Zeichen für die Armut an geeigneten Männern, hier wie überall.

Um 3 Uhr zu Hause. – Um 4 Uhr Rathaus. *Kaisen bei Hoover*<sup>143</sup> *in Stuttgart*. – 5 Uhr Besprechung in Parteisachen und Wahl. Der Kreis der Handelskammer und führenden Kaufleute (alle „alte Garde“) möchte, daß die BDV oder ihre führenden Männer zur CDU übergehen und damit in Bremen bürgerliche Einheitspartei schaffen. Ich befürchte, daß das der bür-

<sup>141</sup> Eine Anregung Kiesselbachs (vgl. Kap. 4, Anm. 69), zur Stärkung der Hansestädte ein gemeinsames OLG zu errichten, hatte Spitta im Hinblick auf Bedenken der US-Militärregierung in der Weise modifiziert, daß in Hamburg und Bremen zwei formal selbständige OLGs bestehen, aber gemeinsame Richter haben sollten. (Senatsprotokoll 20.1.1947, StAB: 3/3).

<sup>142</sup> Das von Kiesselbach geleitete Zentral-Justizamt für die Britische Zone blieb bis zur Gründung der Bundesrepublik bestehen; ein bizonales Justizamt wurde nicht geschaffen. Statt dessen hatten seit Sept. 1947 „Beauftragte“ der Länderjustizverwaltungen in der Amerikanischen Zone und des Zentral-Justizamts für die notwendige Rechtseinheitlichkeit zu sorgen. Aus ihrem als „Verbindungsstelle“ bezeichneten Frankfurter Büro entstand im Nov. 1947 der „Gemeinsame Juristische Beirat“ (Vogel, Westdeutschland, Bd. 3, S. 489 und 492).

<sup>143</sup> Herbert C. Hoover, 1874–1964, von 1929 bis 1933 Präs. der Vereinigten Staaten (Republikaner) war mit einem Stab von Sachverständigen des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums nach Deutschland gekommen, um im Zuge der Realisierung des Bi-Zonen-Abkommens den Bedarf an Nahrungsmittelimporten zu ermitteln. Das Ergebnis der Reise war der sogenannte „Hoover-Plan“, der eine zusätzliche Speisung der Schulkinder besonders in den Großstädten, Suppenausgabe an alte und behinderte Menschen und die Bewilligung von Schwer- und Teilschwerarbeiterrationen an eine große Zahl von „Normalverbrauchern“ vorsah (Akten Vorge-schichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 279).

gerlichen Sache schaden wird; keinesfalls kann so die Einheit des Bürgertums bei der Wahl herbeigeführt werden. Ich trete dafür ein, daß zunächst bei der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung die BDV als hanseatisch-bremische Partei in den Wahlkampf geht; als Partei, die unabhängig von der Leitung einer Reichspartei ist. Gewichtige Stimmen anderer Meinung (Herwig, Martin Wilkens, Dr. Ahlers usw.). Apelt vermittelnd, zur CDU neigend.

[...]

*Dienstag, 11. Februar 1947*

Fülle von Sitzungen und Besprechungen: Carstens und Feine, Aevermann, Dr. Jordan.<sup>144</sup> Anschließend *Senat*. Entnazifizierungsfrage. Die beiden Wesermünder Senatsmitglieder Heukelum und Ballof<sup>145</sup> mit Ansprache eingeführt.

Nachmittags Fraktionssitzung. Trennung von der FDP.<sup>146</sup>

[...]

*Mittwoch/Donnerstag, 12./13. Februar 1947*

[...]

*Freitag, 14. Februar 1947*

Nur noch 4 bis 5 Grad unter Null. Mittags in der Sonne 2 Grad über Null; zum ersten Mal seit langer Zeit.

In *Senatssitzung* Bericht *Kaisens* über *Verhandlung mit Hoover*. K[aisen] überzeugt, daß Hoover helfen will wie 1919/20. Hoovers Äußerungen, die Zivilisation Westeuropas könne nur in Deutschland gerettet werden.<sup>147</sup> Hoover will vor allem den *Schulkindern und Studenten helfen*. – Im Länderrat *Kaisens* Äußerung für Reichseinheit und gegen Länderpartikularismus:

<sup>144</sup> Dr. Franz Jordan, 1901–1976. 1945–1947 Leiter der Kriminalpolizei, stellv. Chef der Bremer Polizei, 1950 Direktor des Oberversicherungsamts Bremen, 1959 als Direktor des Sozialgerichts Bremens pensioniert, 1960–1971 Rechtsanwalt in Bremen.

<sup>145</sup> Walter Ballof, 1893–1957. Handelsschullehrer, Md. der SPD, in der NS-Zeit Kaufmann, seit 1946 Bgm. in Wesermünde, Febr. bis Okt. 1947 Senator, 1948–1963 Stadtrat und Dezernent für das Schulwesen in Bremerhaven.

<sup>146</sup> Nachdem die BDV am 8.12.1946 die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft bei ihr und bei der FDP beschlossen hatte, traten die zur FDP übergewechselten Abgeordneten im Febr. 1947 aus der BDV-Fraktion aus. Vgl. Kap. 3, Anm. 545.

<sup>147</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 143. Im Bericht der US-Dienststelle beim Länderrat wurde die Äußerung folgendermaßen wiedergegeben und kommentiert: „The one hope of retaining a Western Civilisation in Europe is here in Germany. [...] the Western Civilisation must succeed here in Germany to be successful against the Asiatic tide of influence. (Needless to say the German officials were quite impressed by this statement).“ (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 279).

„Wir wollen nicht gegen die Hegemonie Preußens eine Hegemonie Bayerns eintauschen.“<sup>148</sup>

[...]

*Samstag, 15. Februar 1947*

Wieder 9 Grad unter Null. Die gestrige Hoffnung auf Wetterumschlag enttäuscht.

Viel Betrieb im Rathaus. Kaisen bespricht mit Ehlers und mir Personalien (Vertretung in Stuttgart, tom Moehlen<sup>149</sup> usw.). Gerade von Stuttgart zurückgekehrt, muß Kaisen morgen schon wieder nach Süddeutschland zur Sitzung aller Ministerpräsidenten.<sup>150</sup>

[...]

Nachmittags mußten Apelt und ich in eine Sitzung, in der aufs Neue *der Übertritt zur CDU* beraten wurde. Parteivorstand geschlossen dagegen. Damit die Einigung des Bürgertums auf dem Boden der CDU gescheitert. Apelt und ich beteiligen uns an der Aussprache in verschiedenem Sinne; Apelt mit mehr Neigung zur CDU. Wilkens erklärt am Schlusse seinen Eintritt in die CDU. – Ich möchte den Wahlkampf unter rein bremischer Flagge führen. – Die Verantwortung aller, die an dieser Beratung teilnahmen, ist groß; ich fühlte sie um so mehr, als ich wußte und mir auch gesagt wurde, daß meine Entscheidung schwer ins Gewicht fallen würde. Ich kann mich aber nicht für die CDU entscheiden, selbst wenn Apelt einen anderen Weg gehen würde.

Abends eine Zeitlang ohne elektr[ischen] Strom.

*Sonntag, 16. Februar 1947*

[...]

*Montag, 17. Februar 1947*

Besprechung mit Harmssen über BDV und CDU. Meine Anregung, daß beide Parteien eine gemeinschaftliche Liste aufstellen, will Harmssen weiter verfolgen. Ich habe wenig Hoffnung, daß auf diesem Wege noch eine Einigung zustandekommen kann. Wird die CDU nicht von Adenauer den

<sup>148</sup> Kaisen ergriff bei der Länderratssitzung am 11.2.1947 mehrfach das Wort, um die Rechte der Ministerpräs. gegen Ansprüche der Länderparlamente zu verteidigen. Dem Länderrat als Organ der Ministerpräs. müsse ein übergeordnetes Parlament zur Seite gestellt werden; nicht richtig sei es aber, den Länderparlamenten das Recht zuzugestehen, Beschlüsse des Länderrats zum Gesetz zu erheben, weil die Ministerpräs. damit freiwillig auf einen Teil der ihnen von der Militärregierung übertragenen Reichskompetenzen verzichten würden. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 198).

<sup>149</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 31.

<sup>150</sup> Konferenz der Ministerpräs. der amerikanischen und britischen Zone in Wiesbaden am 17.2.1947, vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 205–217.

Befehl bekommen, getrennt zu schlagen? – Sorge, daß in der SPD der Einfluß des linken Flügels zunimmt; Kaisen hat schon jetzt Schwierigkeiten. Daneben „Fall Wolters“;<sup>151</sup> gewisse Leute, nicht nur „Bürgerliche“, wollen seine Vergangenheit ausgraben. Kaisen hat Theil und Paulmann beauftragt, Sache zu klären; ich habe ihnen die Akten besorgt.

[...]

*Freitag, 18. Februar 1947*

*Im Rathause die Kohlen zu Ende. Das Wasser wird aus den Heizkörpern gelassen. Zunehmende Kälte in den Amtszimmern. Eisig im Sitzungssaale des Senats. Im Senat Kohlenfrage.*

Mit Harmssen erneut Parteifrage und Wahl. Auch Nolting-Hauff sagt mir, daß er seinen parteilosen Zustand aufgeben und sich der CDU anschließen werde. Die CDU mit Wilkens, Harmssen, Nolting-Hauff, vielleicht auch Apelt an der Spitze ihrer Liste, das kann ein Erfolg werden. Mir sind diese Parteisachen überaus lästig und quälend.

[...]

Abends [Hermann Hesses] „Glasperlenspiel“ mit viel Freude. – Zeitweise kein elektr[ischer] Strom. Scharfe Sperrstunden angekündigt.<sup>152</sup> [...]

<sup>151</sup> Wolters war 1932 als Md. des „Roten Marinesturms“ der KPD an einem Überfall auf das Hotel Adler in Hamburg (einen Stützpunkt der NSDAP) und 1933 an einem weiteren politisch motivierten Raubüberfall beteiligt gewesen und deshalb zu insgesamt siebeneinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wegen dieser Vorstrafen wurde er in den folgenden Monaten immer wieder öffentlich angegriffen. Nach Prüfung der Akten kamen die sozialdemokratischen Senatoren Paulmann, Theil und Ehlers zu dem Ergebnis, daß es sich um politische Straftaten gehandelt habe. Spitta hegte in einem Fall diesbezüglich Zweifel. Der Senat schloß sich jedoch am 6.5.1947 der Meinung von Paulmann, Ehlers und Theil an und beantwortete eine kleine Anfrage der Bürgerschaftsfraktion der BDV in diesem Sinne. Ein von der Bürgerschaft am 8.5.1947 eingesetzter Untersuchungsausschuß kam zu keinem einheitlichen Ergebnis: Die Mehrheit (SPD, KPD, FDP) sah in allen Straftaten Wolters' politische Vergehen, während eine Minderheit (CDU und BDV) ihn aufforderte, seine Rehabilitation in einem gerichtlichen Revisionsverfahren zu betreiben und bis dahin alle Ämter niederzulegen. Die Majorität der Bürgerschaft stimmte am 25.9.1947 nach heftiger Debatte dem Mehrheitsbericht zu. Als Wolters Ende Sept. 1947 beim OLG in Hamburg die Löschung seiner Strafen beantragte, erfuhr er, daß dies aufgrund eines Justizerlasses vom 2.10.1945 über die Tilgung aller in der NS-Zeit „ausschließlich aus politischen Gründen begangenen“ Straftaten bereits geschehen war. (Brandt, Antifaschismus, S. 325; Senatsprotokolle vom 18.4., 6.5., 30.9., 3. und 14.10.1947, StAB: 3/3; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 156, 193–194, 357–364; Hamburgisches Verordnungsblatt Nr. 11 v. 10.10.1945, S. 27).

<sup>152</sup> Wegen Kohlenmangels wurde Gas nur noch mittags für 1 bis 1½ Stunden abgegeben, der Strom an jedem zweiten Tag abgeschaltet (Peters, Bremen 1945–1956, S. 76).

*Mittwoch, 19. Februar 1947*

Morgens 6 Grad unter Null. Im Rathause rasch absinkende Temperatur.

[...]

Um 10½ Uhr mit Frau Jakobs nach Hause gefahren und dort im torfgeheizten Zimmer diktiert. Auch am späten Nachm[ittag] zu Hause gearbeitet.

[...]

*Donnerstag, 20. Februar 1947*

Kaisen über Senator Mester: „Einen solchen Mann könne er in der Ernährungswirtschaft nicht gebrauchen; die SPD-Partei müsse ihn zurückziehen!“ – Über Verabschiedung der Verfassung neue Meinung der Milit[är]-regierung; schnelle Schaffung der Verfassung, damit Bremen im Mai neue Verfassung habe, wenn auch alle anderen Länder soweit seien. Gegenwärtige Bürgerschaft solle die Verfassung schaffen. Das stellt alles auf den Kopf, was die Amerikaner bisher gesagt und ausdrücklich angeordnet haben.

Mit Wenhold im warmen Gästehaus über Wahl und die Möglichkeit des Fortbestehens der Brem[er] Dem[okratischen] Volkspartei. Vorm[ittags] und abends zum Teil zu Hause gearbeitet, da man im Rathause vor Kälte erstarrt.

[...]

*Freitag, 21. Februar 1947*

Morgens 10 Grad unter Null. Die Prophezeiungen der Meteorologen, daß am 20. Febr[uar] eine Wetteränderung eintreten werde, nicht eingetroffen. Immer größere Not der Bevölkerung. Vermehrte Stromsperrern. Dazu Lebensmittelschwierigkeiten; Zusagen nicht eingehalten.

Kaisen wieder abwesend (Zonenbeirat in Hamburg).<sup>153</sup> Senatssitzung im Arbeitsamt, wo noch etwas geheizt wird. Viel Staatsrechtliches<sup>154</sup> und Versagen der Versorgung; Unklarheit der Verordnungen und Schreiben der Besatzungsmächte.

[...]

<sup>153</sup> Eine Zonenbeiratssitzung fand zu dieser Zeit nicht statt. Möglicherweise diente die Reise nach Hamburg der Vorbereitung einer Besprechung von General Clay mit den Ministerpräs. der US-Zone in Berlin am 23.2.1947.

<sup>154</sup> Vgl. die folgende Anm.

*Samstag, 22. Februar 1947*

Mit Dr. Feine über Verfassung, die im Schnelltempo hergestellt werden muß; besonders über Menschenrechte.<sup>155</sup>

Von 11 bis 12<sup>1/2</sup> Uhr Fraktionsführer bei Kaisen. Abkürzung der Fristen für Schaffung der Verfassung; keine besondere verfassunggebende Versammlung. Kaisens Darlegungen von großen Gesichtspunkten. Fragen des Wahlrechts und der Wirtschaft. KPD für Wahl zur verf[assung]gebenden Versammlung. Unverbindliche Aussprache.

Am Schlusse leichter Anfall Kaisens. Dabei muß er mit Dunn heute nach Berlin!<sup>156</sup> Am 27. Febr[uar] wieder in Stuttgart.<sup>157</sup> Diese Reisehetze könnte ein ganz Gesunder nicht aushalten.

Mit Bote und Wenhold über Wahl. Es gibt kein Papier dafür!

[...]

Mit Arnold über Wahl und CDU. Arnold für Auflösung der BDV und Übertritt zur CDU. Stadtgespräch, ich sei wegen meiner Weigerung, zur CDU überzugehen, der „Totengräber Bremens“.

Nachmittags und abends zu Hause gearbeitet.

[...]

*Sonntag, 23. Februar 1947*

[...]

*Montag, 24. Februar 1947*

Um die übliche Zeit – gegen 8 Uhr – im Rathause. In meinem Zimmer etwa 4 Grad über Null. Es ist aber wieder geheizt und wird sich im Laufe des Ta-

<sup>155</sup> Bei einem Gespräch mit Kaisen, Nolting-Hauff und Apelt am 19.2.1947 erklärte Governor Dunn, daß die Militärregierung die gewählte Bürgerschaft als Verfassunggebende Versammlung anerkennen wolle, um die Verabschiedung der Verfassung zu beschleunigen. Eile sei geboten, damit Bremen nicht mit der Begründung, daß es als einziges Land der US-Zone noch keine Verfassung besitze, die Landeseigenschaft wieder entzogen werde. Die US-Regierung war im Hinblick auf die Moskauer Außenministerkonferenz vom 10.3. bis 24.4.1947 am schnellen Abschluß der Verfassungsberatungen interessiert, da sie über die Verfassungsorgane der Länder eine vorläufige Zentralregierung zu schaffen beabsichtigte. Dennoch bestand der Bremer Governor auf der Zustimmung der Parteien zum geplanten Verzicht auf die Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung (Senatsprotokoll 21.2.1947, StAB: 3/3). Zur Rolle der Amerikaner bei den Verfassungsberatungen in den übrigen Ländern der US-Zone: Barbara Fait, „In einer Atmosphäre von Freiheit“, in: VfZ 33 (1985), S. 420–455.

<sup>156</sup> Besprechung der Ministerprärs. der US-Zone mit General Clay am 23.2.1947.

<sup>157</sup> Die monatliche Länderratssitzung war für den 1.3.1947 geplant, wurde aber wegen der Vorbereitungen von OMGUS auf den Besuch des amerikanischen Außenministers, der auf dem Weg zur Moskauer Konferenz vom 7. bis 9.3. in Berlin Station machte, auf den 10./11.3.1947 verschoben (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 230).

ges erwärmen. Um 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr mit Frau Jakobs nach Hause. Dort 2<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Stunden Verfassung diktiert.

*Kaisen*, der Sonnabend nachm[ittag] trotz seines Anfalls mit Dunn nach Berlin fuhr, nachts um 3 Uhr zurückgekehrt. Wichtige Verhandlung in Berlin über Rechtsetzung des Länderrats und der bizonalen Ämter; die heillose Verwirrung muß bald aufhören.<sup>158</sup>

Nachm[ittags] Vortrag Dr. Roßmanns (Stuttgart) über Bremen im Länderrat.<sup>159</sup> – Dann zu Hause gearbeitet. Abendessen mit Dr. Roßmann im Gästehaus; Austausch von Reden. – Besprechung mit Paulmann über Schulbestimmungen der Verfassung; mit F. Schulze über BDV und CDU.

*Dienstag, 25. Februar 1947*

[...]

Lange Besprechung von Senator Ehlers und mir mit Prof[essor] *Friedrich*, nebst Begleiter vom OMGUS, Referent für Verfassungsfragen. Friedrich über die Moskauer Verhandlungen;<sup>160</sup> vielleicht provisorische deutsche Regierung aus den Länderregierungen; daher notwendig, daß Bremen dann mit seiner Verfassung fertig ist und als vollberechtigtes Land anerkannt wird. Daher Beschleunigung in Bremen.

*Senat* bis gegen 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

<sup>158</sup> Nach der Bildung der Bi-Zone und der Wahl der Länderparlamente bestanden Unklarheiten über die Kompetenzen der Ministerpräsidenten. Der britische und der amerikanische Militärgouverneur hatten ihnen mit der Proklamation Nr. 2 vom 19.9.1945 das Recht zugestanden, „Reichsgesetze“ zu erlassen; die Parlamente forderten dagegen die gesamte Gesetzgebungskompetenz für sich. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, daß die US-Militärregierung in ihrer Zone den deutschen Stellen mehr Machtbefugnisse gewährte, als die britische Militärregierung einzuräumen bereit war. General Clay bestand bei der Besprechung darauf, die Gesetzgebungskompetenz der Länderparlamente auf Landesangelegenheiten zu beschränken. Beschlüsse der bizonalen Ämter sollten in der US-Zone je nach Wahl der Ministerpräsidenten durch ein Militärregierungsgesetz oder gleichlautende, von den zuständigen Parlamenten verabschiedete deutsche Ländergesetze, in der Britischen Zone durch ein identisches Militärregierungsgesetz Rechtsgeltung erhalten, die Initiative aber bei den Ministerpräsidenten liegen. (Niederschrift über die Besprechung am 23.2.1947 in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 218–231).

<sup>159</sup> Der Generalsekretär des Länderrats, Dr. Erich Roßmann, sprach im Rathaus vor eingeladenen Vertretern des Bremer öffentlichen Lebens über die Aufgaben des Länderrats und der bizonalen Zentralverwaltungen sowie die besondere Stellung Bremens in diesen Institutionen (Bericht auf der Titelseite des *Weser-Kuriers* v. 26.2.1947: „Bremen vollberechtigt im Länderrat“).

<sup>160</sup> In Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz war der Harvard-Professor für Politologie und OMGUS-Mitarbeiter, Carl Joachim Friedrich, damit befaßt, eine Konzeption für die Bildung einer vorläufigen deutschen Zentralregierung zu erarbeiten. Er wünschte deshalb, die Vorstellungen der deutschen Spitzenpolitiker zu erfahren. Über seine Unterredung mit Kaisen am 25.2.1947 und dessen Vorschlag liegt eine Aufzeichnung vor im StAB: 3-R.1.n. Nr. 1, auszugsweise abgedr. in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 203, Anm. 10a.

Um 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im *Hause des Reichs beim Special-Branch Entnazifizierung* besprochen. Wenig erfreulich; Amerikaner verlangen rasche Verabschiedung nach dem Wortlaute der süddeutschen Gesetze, ohne Abweichungen, erst später Änderungen.<sup>161</sup> Aevertmann tanzt aus der Reihe.

Anschließend bis gegen 7 Uhr Fraktionssitzung. Wahl soll möglichst vermieden werden, zur Beschleunigung der Verfassungsverabschiedung (Moskau!).<sup>162</sup> – Ich selbst bin auch sehr skeptisch bezüglich eines Wahlerfolges der BDV.

[...]

*Mittwoch, 26. Februar 1947*

Da nur 6 Grad Wärme in meinem Rathauszimmer, um 10 [Uhr] nach Hause gefahren und dort gearbeitet.

[...]

Besprechung mit Wenhold und Harmssen über Wahl und CDU.

Im Rathause Kaisen, Ehlers und ich über Wahl und Verfassung. Ferner über Entnazifizierung und Aevertmann als Entnazifizierungs[senator]?

[...]

*Donnerstag, 27. Februar 1947*

8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 9 Uhr mit Feine und Carstens Juristisches.

9 bis 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei den Fraktionsführern; Frage, ob verfassungsgebende Versammlung gewählt werden soll.

10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 1 Uhr mit Feine und Carstens Verfassung. 4 bis 7 Uhr Bürgerschaft. Während der Sitzung von 5 bis gegen 7 Uhr Oberlandesgericht mit Juristen beraten.<sup>163</sup>

Nach der Bürgerschaftssitzung ladet mich Rafter zur Sitzung der Kommunistischen Partei ein, die über die Wahl und verfassungsgebende Ver-

<sup>161</sup> Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus (vgl. Kap. 3, Anm. 408) vom 5.3.1946 trat in Bremen am 9.5.1947 in Kraft.

<sup>162</sup> Spitta vertritt hier die Argumentation Friedrichs, daß im Hinblick auf zu erwartende Beschlüsse der Moskauer Außenministerkonferenz über die Bildung einer provisorischen Zentralregierung aus Repräsentanten der Länderregierungen die rasche Wahl einer verfassungsmäßigen Regierung in Bremen notwendig sei.

<sup>163</sup> Nach der Eingliederung Bremens in die Britische Zone war die Justiz Anfang April 1946 dem HOLG in Hamburg unterstellt worden. Diese Regelung wurde durch den Übergang des Landes Bremen in die US-Zone wieder in Frage gestellt. Obwohl sich Spitta früher sehr energisch für ein selbständiges OLG Bremen eingesetzt hatte, suchte er jetzt, eine erneute Reorganisation des Justizwesens zu verhindern. Den Ausweg sah er in einem gemeinsamen, zonenübergreifenden OLG Hamburg/Bremen, das auch zum Vorbild für weitere bizonale Institutionen werden sollte. Der Plan scheiterte jedoch am Widerstand der Militärregierungen, so daß am 15.7.1947 ein selbständiges OLG Bremen wiederhergestellt wurde.



sammlung beraten will. Ich lehne Teilnahme ab; habe nachträglich schlechtes Gewissen, ob ich nicht doch etwas hätte ausrichten können.

[...]

*Freitag, 28. Februar 1947*

Im *Senat* verf[assunggebende] Versammlung und Wahlgesetz. Drohende Eis- und Hochwassergefahr; Organisation der Abwehr. In solcher Lage sollen nun Wahlen sein!!

Abends Juristenausschuß über Oberlandesgericht, Problem: Wie weit kann ich Hamburg entgegenkommen, ohne die Zustimmung der Amerikaner zu verlieren?<sup>164</sup>

[...]

*Samstag, 1. März 1947*

Dr. Lahusen auf der Autofahrt nach Wesermünde im Schnee steckengeblieben und zurückgekehrt. Walter Lisco, der mit Auto nach Hamburg fahren wollte, mußte die Fahrt aufgeben.

Bei Kaisen mit Dr. Lifschütz, der aus Holland nach Bremen heimkehren will.<sup>165</sup> Kaisen bietet ihm Vorsitz in einer Berufungskammer der Entnazifizierung an. Bericht Lifschütz' über Hollands schlechte Lage; Stimmung gegen Deutschland gebessert. Kaisens Worte: Man dürfe nicht auf „Kamingespräche“ Rücksicht nehmen, sondern [müsse] tun, was man *vor Gott* und seinem Gewissen verantworten könne.

Mit Carstens und Feine Verfassung.

[...]

*Sonntag, 2. März 1947*

Infolge Schneeverwehungen ein Senatoren-Auto auf der Fahrt nach Frankfurt bis Hannover gekommen, eins auf der Fahrt nach Stuttgart bis Hannover.

[...]

Verfassung bearbeitet. [...]

Abends mit Mutter, Walter L[isco] und Arnold Frage erörtert, ob sich ein Mittelweg zwischen Staatskapitalismus des Bolschewismus und freier Wirtschaft Amerikas finden lasse. [...]

<sup>164</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 163.

<sup>165</sup> Lifschütz hatte 1933 seine bekannte Rechtsanwaltspraxis aufgeben müssen und war 1934 über die Schweiz nach Holland ins Exil gegangen. Die Aufforderung, im Dienst der US-Militärregierung am Wiederaufbau des Rechtswesens in Deutschland mitzuarbeiten, lehnte er 1945 ab, kehrte aber im Herbst 1946 nach Bremen zurück, wo er im März 1947 zum Vors. einer Berufungskammer für Entnazifizierungsfälle ernannt wurde und von Nov. 1947 bis Anfang 1950 das undankbare Amt des Senators für die politische Befreiung innehatte. Vgl. Kap. 1, Anm. 207.

*Montag, 3. März 1947*

8 bis 9 Grad unter Null. Rauhreif. Gewaltige Eiszapfen von der gestrigen Mittagssonne. Im Rathause in einem Zimmer 6 Grad Celsius; bei Kaisen nur 1 Grad über Null. Die Heizung mußte aufhören; das Wasser ist aus den Heizkörpern gelassen. [...]

Um 11½ Uhr durchgekältet nach Hause gefahren; dort Frau Jakobs diktiert (fünfzehnter Senator als Entnazifizierungssenator).

Nachmittags Rathaus.

[...]

*Dienstag, 4. März 1947*

Gestern mittag seit vielen Wochen zum ersten Mal Thermometer ohne Sonne über Null. Heute morgen wieder 5 Grad unter Null. Herrliche Schnee- und Rauhreif-Landschaft. Mittags Sonne und Tauwetter, plus 7 Grad.

Mit Feine Verfassung. – *Senat*. Lauter Eilgesetze, die ich mit den Fraktionsführern besprechen soll: Wahlgesetz, Wahl eines fünfzehnten Senators für die Entnazifizierung, Fischereihafen-Ausschuß, Unterstützung an Arbeitslose (Kohle-Mangel).

Nachmittags fast drei Stunden Verhandlung mit den Fraktionsführern. CDU will am 20. April wählen, während [die] KPD mit den Sozialdemokraten] und der BDV geht.<sup>166</sup> Dann fällt auch die FDP um. Unerfreuliche Erörterungen über Entnazifizierungssenator Aevermann.

[...]

*Mittwoch, 5. März 1947*

Minus 3 Grad, Schnee. Trotz Heizung im Rathause 6 Grad. Mittags zu Hause gearbeitet.

Nachmittags 3 bis 5½ Uhr bei den Amerikanern. Verwaltungsgerichtsbarkeit. Formalismus und Uniformität zwischen Bremen und Süddeutschland.<sup>167</sup> Zweite Instanz.

[...]

<sup>166</sup> Die Bremer Bürgerschaftswahl fand erst am 12.10.1947 statt. Die genannten Parteien waren für den Verzicht auf besondere Wahlen zu einer (zweiten) Verfassungsgebenden Versammlung. Die Bürgerschaft entschied sich am 6.3.1947 mit 69 gegen 15 Stimmen in diesem Sinne. Da Governor Dunn nun nicht mehr auf der Zustimmung *aller* Parteien zum Ausfall der Wahlen bestand, konnte auf sie verzichtet werden.

<sup>167</sup> Die US-Militärregierung drängte, die vom Länderrat verabschiedeten Gesetze alsbald auch in Bremen in Kraft zu setzen, um Rechtsgleichheit in der gesamten Zone zu gewährleisten. Es handelte sich um das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ mit den ergänzenden Amnestiebestimmungen für Jugendliche, Körperbehinderte und Angehörige der niedrigen Einkommensklassen, um Gesetze zur Bodenreform, zur Eingliederung von Flüchtlingen und Ausgewiese-

*Donnerstag, 6. März 1947*

Vorm[ittags] Lahusen, Bollinger, Carstens und ich bei Menke vom OM-GUS Oberlandesgericht besprochen. Einwendungen der Amerikaner gegen die Gemeinschaft mit Hamburg.<sup>168</sup>

Nachm[ittags] drei Stunden Bürgerschaft. Entscheidung über verfassungsgeb[ende] Versammlung. 69 Stimmen für Senatsantrag, 15 dagegen.<sup>169</sup> Nun liegt das Weitere bei den Amerikanern. CDU und FDP für Wahl.

Mit Heukelum über Bremerhavener Verfassungsfragen.<sup>170</sup>

*Freitag, 7. März 1947*

Senat wieder im geheizten Rathause. Im Sitzungssaal höchstens 10 Grad. – Immer wieder beschäftigen uns die Unklarheiten staatsrechtl[icher] Art, die durch die Zonenaufteilung Deutschlands entstehen. – „Erbschaft Preußens“. – Bremerhavener Verfassung und sonstige Fragen. – Oberlandesgericht und Obergerverwaltungsgericht. – Landforderungen von Deutschlands Nachbarn im Westen, insbes[ondere] die holländische Forderung der Emsmündung einsch[ließl]ich Borkums.<sup>171</sup>

[...]

*Samstag, 8. März 1947*

Im Rathause viel[e] Besprechungen. Kaisen über die Frage, ob man den Senat entpolitisieren könne.

nen, zur inneren Wiedergutmachung und zur Disziplinargerichtsbarkeit. (Kaisen über ein Gespräch mit Parkman am 28.2.1947, Senatsprotokoll 4.3.1947, StAB: 3/3).

<sup>168</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 163. Bei dieser Unterredung präsentierte Spitta dem OM-GUS-Vertreter seinen Plan für ein OLG mit „zwei Köpfen“ in Hamburg und Bremen. Danach sollten in Bremen ein zweiter OLG-Präsident und ein der US-Militärregierung verantwortlicher Generalstaatsanwalt ernannt werden. Den Vorteil dieser Lösung sah Spitta vor allem darin, daß an dem gemeinsamen OLG eine größere Zahl von Spezialabteilungen und besonderen Senaten geschaffen werden könnte, während ein auf Bremen beschränktes OLG nur aus einem Zivil- und einem Strafsenat bestehen würde. Der Senat beauftragte Spitta am 7.3.1947, die Verhandlungen trotz der Vorbehalte der amerikanischen und britischen Militärregierung fortzusetzen. Es gelang ihm jedoch nicht, die grundsätzlichen Bedenken der Briten auszuräumen. Auch ein neuer Vorstoß, die Entnazifizierung der Gerichte in den beiden Zonen getrennt durchzuführen, brachte keinen Erfolg. Am 30.5.1947 beschloß der Bremer Senat deshalb die Errichtung des „Hanseatischen Oberlandesgerichts in Bremen“, das bei Strafsachen vom 5.5.1947 an und bei Zivilsachen vom 31.5.1947 an Revisionsinstanz sein sollte. (Senatsprotokolle, StAB: 3/3).

<sup>169</sup> Der Senat hatte den Verzicht auf erneute Wahlen zur Verfassungsgebenden Bürgerschaft beantragt; vgl. Kap. 4, Anm. 166.

<sup>170</sup> Verfassungsrechtliche Fragen, die sich aus der Eingliederung Bremerhavens in das Land Bremen ergaben.

<sup>171</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 409.

Nachm[ittags] zu Hause Verfassung und etwas an den Aufzeichnungen über Friedel gearbeitet.

[...]

*Sonntag, 9. März 1947*

Um 9<sup>1/2</sup> Uhr Vortrag des hessischen Staatssekretärs Dr. Brill<sup>172</sup> (SPD) über Verfassungsfragen; Absage an KPD; Ablehnung der Verstaatlichung der Produktionsmittel usw.

[...]

Nachm[ittags an der] Verfassung gearbeitet. [...]

*Montag, 10. März 1947*

12 Uhr im Gästehaus mit Oberlandesgerichtspräs[ident] Ruscheweyh und Prieß *Frage des Oberlandesgerichts*.<sup>173</sup> Nach dem Lunch 1<sup>1/2</sup> Uhr kommen Menke vom OMGUS und Brown von der brit[ischen] Mil[itär]reg[ierung]. Bis gegen 5<sup>1/2</sup> Uhr verhandelt. Für Angelsachsen sehr schwierig, daß Richter eines fremden Landes in einem anderen Lande Recht sprechen sollen. Unmöglich, daß jetzt zwei Länder verschiedener Zonen einen Staatsvertrag abschließen. Einigung über den Weg einer Anordnung.

[...]

*Dienstag, 11. März 1947*

Morgens 6<sup>3/4</sup> Uhr versucht Paula, nach Göttingen zu reisen, vom guten Onkel [Walter Lisco] zum Zuge gebracht. Als 2<sup>1/2</sup> Stunden Verspätung angekündigt sind, kommt sie nach Hause zurück, da sie in Hannover keinen Anschluß gehabt haben würde.

Präsident Ruscheweyh und Prieß telefonieren aus Hamburg, daß ihr für heute beabsichtigter zweiter Besuch in Bremen unmöglich sei, da die Straßen für Autos unpassierbar seien.

<sup>172</sup> Dr. Hermann Brill, 1895–1959. Lehrerausbildung, Studium der Rechtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Soziologie, nach Teilnahme am Ersten Weltkrieg Lehrer, thüringischer Ministerialbeamter, seit 1927 Richter am Thüringischen Staatsgerichtshof; 1918 Md. der USPD, seit 1920 MdL Thüringen (SPD), seit 1932 MdR; 1933 Entlassung aus dem Staatsdienst, illegale Tätigkeit, 1938 verhaftet, 1939 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, Dez. 1943–April 1945 im KZ Buchenwald, 7.5.1945–16.7.1945 kommissarischer Ministerpräs. von Thüringen und Regierungspräs. der Provinz Thüringen, nach der Ablösung der amerikanischen durch die sowjetische Militärregierung verhaftet, Flucht in den Westen, seit 15.12.1945 Berater der US-Militärregierung für Deutschland, 4.7.1946–1949 Staatssekretär im Groß-Hessischen Staatsministerium, 1948 Professor für öffentliches Recht an der Universität Frankfurt/M., seit 1949 MdB, 1951–1953 Md. des Rates der Interparlamentarischen Union. Schriften aus dem Widerstand, u. a. das berühmte „Buchenwalder Manifest“, gedruckt als: Hermann Brill, Gegen den Strom, Offenbach 1946.

<sup>173</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 163 und 168.

*Senatssitzung* unter meinem Vorsitz.<sup>174</sup> Mittags eine Stunde zu Hause. 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr zu Lahusen. Von 3<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bis 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Dr. Menke vom OMGUS bei mir, sehr höflich und freundlich, in der Sache aber schwierig. Personalien des Oberlandesgerichts durchgesprochen. Kein Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen als Richter des OLG möglich. Damit auch Lahusen ausgeschlossen (SA bis 1936). 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> [Uhr] Fraktion. Dann mit Apelt über Verfassung. Um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr fährt *Paula mit Nachtzug nach Göttingen*.  
[...]

*Mittwoch, 12. März 1947*

*Paula wieder da!* Als der gestrige Nachtzug nach mehreren Stunden mangels Lokomotive noch in Osterholz-Scharmbeck lag, hat sie bei Bückings übernachtet und will es nun heute abend zum dritten Mal versuchen.

Vorm[ittags] mehrere Stunden mit Lahusen Personalien des Oberlandesgerichts besprochen. Nachher auch mit Rutenberg.<sup>175</sup> Not-Liste aufgestellt. Die besten Bremer Kräfte sind nicht dabei (wegen Zugehörigkeit zum Stahlhelm usw.). – Zwei Briefe von Dr. Menke. Nachm[ittags] unter anderem Verfassung durchgearbeitet.  
[...]

*Donnerstag, 13. März 1947*

Morgens 6 Grad unter Null. Schnee. Regen. Vereisung der Straßen. Die Landschaft ganz winterlich; nur im Zimmer etwas Frühling durch blühende Zweige und Kätzchen. In Marburg-Goßfelden, wo Lutz Bücking war, Tauwetter und Hochwasser der Lahn; die Hühner werden in die Häuser gebracht, um sie vor dem Ertrinken zu bewahren. – In Bremen Hochwasser von oben; bei uns noch starke Vereisung; Überschwemmungsgefahr. Starkes Glatteis. Staatsautos fahren nicht nach auswärts.

Mit Kaisen über Länderratssachen<sup>176</sup> und Behandlung der Verfassung. Nachmittags 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden Bürgerschaft. Ich spreche zur Wahl des fünf-

<sup>174</sup> Kaisen befand sich wegen der 18. Tagung des Länderrats am 10./11.3.1947 in Stuttgart. Bei ihr wurde u.a. über die Modalitäten der Vertretung Bremens im Länderrat beschlossen. Bremen sollte in den Hauptausschüssen und Ausschüssen in der gleichen Weise wie die anderen Länder durch den zuständigen Senator bzw. einen Bevollmächtigten repräsentiert sein; sein Stimmrecht ruhte aber, wie Kaisen in einer Erklärung festhielt, bei allen nur süddeutsche Angelegenheiten betreffenden Fragen. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 235f.).

<sup>175</sup> Dr. Arnold Rutenberg, 1893–1971. In der Weimarer Republik RA und Notar in Bremen, 1927–1933 Vorstandsmd. der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer, 1945 als Hilfsrichter eingesetzt, 1950 Präs. der Bremer Rechtsanwaltskammer, 1951–1958 Landgerichtspräs., 1959–1969 Präs. des Kirchenausschusses und Kirchentages der BEK.

<sup>176</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 174.

zehnten Senators.<sup>177</sup> Degenhardt (CDU) sagt mir: wenn sie meine Darlegung früher gekannt hätten, würden sie anders beschlossen haben; jetzt müßten sie beim Fraktionsbeschluß bleiben; ich könne das Wissen der Bürgerschaftsmitglieder nicht tief genug einschätzen!

Mit Wolters über Kammern in der Verfassung.

[...]

*Freitag, 14. März 1947*

Kaisen wieder abwesend.<sup>178</sup> Im Senat einige Spannungen (Wolters-Harmsen, – auch Mester sowie Ewert).

[...]

*Samstag, 15. März 1947*

*Nebelthau gestern abend verschieden.* Aus freundschaftlicher amtlicher Zusammenarbeit seit 1911 war eine menschlich schöne Freundschaft geworden. [...]

*Sonntag/Montag, 16./17. März 1947*

[...]

<sup>177</sup> Bei der zweiten Lesung des Gesetzes über die Wahl eines Senators für die Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus wurde § 1 (Erhöhung der Zahl der Senatoren auf 15) einstimmig, § 2 (dieser Senator braucht nicht aus der Mitte der Bürgerschaft gewählt zu werden) bei 18 Gegenstimmen mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. In der Debatte hatten sich die Sprecher der CDU, FDP und KPD dagegen gewandt, in diesem Fall entgegen der Verfassung die Möglichkeit zu schaffen, einen nicht der Bürgerschaft angehörenden Kandidaten zum Senator zu wählen. Hollmann (FDP) sah darin eine Mißachtung demokratischer Grundsätze und eine Geringschätzung der gewählten Abgeordneten. Rafoth (KPD) wollte den Senat grundsätzlich als „Exekutivausschuß der bremischen Bürgerschaft“ verstanden wissen. In seiner Erwiderung machte Spitta geltend, daß die Bestimmung über die Zugehörigkeit der Senatoren zur Bürgerschaft nur auf Druck der britischen Militärregierung in die Verfassung aufgenommen worden sei; weder in der Bremer Verfassung von 1920 noch in den übrigen Landesverfassungen gebe es eine derartige Vorschrift. Die Bürgerschaft solle sich die Freiheit bewahren, eine geeignete Persönlichkeit zum Senator zu wählen, ganz gleich, ob sie „zufällig der Bürgerschaft angehört oder nicht“. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 118–120).

<sup>178</sup> Am 14.3.1947 fand in der bayerischen Staatskanzlei in München eine Beratung über die künftige Verfassung Deutschlands, insbesondere den föderativen Aufbau und die Bildung einer Zentralregierung, statt, an der aber nur Vertreter Bayerns und Hessens teilnahmen. Kaisen konnte möglicherweise wegen der schwierigen Verkehrssituation nicht nach München gelangen.

*Dienstag, 18. März 1947*

[...]

In der *Senatssitzung* Nachricht, daß die *Memorial-Brücke von Eise zerstört* und die Truman-Brücke äußerst gefährdet sei. Apelt Notkommissar mit diktatorischen Vollmachten. *Nachmittags Einsturz der Truman-Brücke*. Mit Apelt an den Brücken. Gewaltiges Schauspiel des angeschwollenen Stromes mit seinen Eismassen. Notverkehr von der Eisenbahn über die Eisenbahnbrücke eingerichtet (Pendelbetrieb). Die Stadt am rechten Ufer ohne Gas.

[...]

*Mittwoch, 19. März 1947*

Trübe. Morgens etwa 3 Grad Wärme, mittags + 12 Grad.

Gestern abend auch *die neue Eisenbahnbrücke*, die nicht als Behelfsbau, sondern als endgültige Brücke hergestellt war, *vom Eise zerstört*. Damit *fehlt jede Verbindung zwischen den beiden Stadthälften*. Gas-, Wasser- und Stromversorgung teilweise schwer beeinträchtigt. – Auch die Fußgängerbrücke beim Wehr und die Hebetürme zur Hebung der gesunkenen Kaiserbrücke sind weggerissen. Mehrere Senatoren (Theil, Wolters, Mester, Ewert) und viele Beamte und Angestellte wohnen in der Neustadt und sind abgeschnitten.

Telephon-Störungen. Beratung der Senatoren über die Notmaßnahmen. Osterloh<sup>179</sup> in der Neustadt Behördenleiter; Wolters Vertreter des Senats. Fähren einzurichten. Ponton-Brücken. Fußweg über Eisenbahnbrücke herzustellen. Weserbrücke endgültig zu bauen. Hilfe der Amerikaner.

Entscheidung über Wegfall der Wahlen nötig. Die Amerikaner winden sich. Ebenso wollen die Amerikaner die süd[deutschen] Gesetze, auch das hochpolitische Entnazifizierungsgesetz, durch die Bürgerschaft genehmigen lassen, nicht von sich aus anordnen. Die Bürgerschaft darf aber nicht ändern! Also nur nach außen demokratische Form gewahrt!

Bei Mil[itär]reg[ierung], Cultural Affairs, wegen der in Holland durch Gorsemann für mich erworbenen Bücher.<sup>180</sup> Freundliche Behandlung;

<sup>179</sup> Hermann Osterloh, 1886–1961. 1947–1954 Amtsvorsteher beim Ortsamt Bremen-Hemelingen.

<sup>180</sup> Um die Rückerstattung der Kulturgüter zu ermöglichen, die in den von deutschen Truppen besetzten Ländern geraubt worden waren, hatten die Alliierten alle Deutschen durch Gesetz verpflichtet, jeden aus diesen Gebieten stammenden Besitz anzuzeigen und über die Art des Erwerbs Auskunft zu geben. Auch wenn der derzeitige Besitzer die Gegenstände rechtmäßig erworben hatte, mußten sie zurückerstattet werden, wenn sie den ursprünglichen Eigentümern unter Zwang genommen worden waren. Vgl. NL Spitta, StAB: 7,63–19/4.

Wunsch, mir zu helfen. Mit solchen Kleinigkeiten befassen sich die Berliner und Brem[er] Stellen der Mil[itär]reg[lierung]!

[...]

*Donnerstag, 20. März 1947*

Besprechung mit Kaisen und F. Schulze über Entnazifizierung, fünfzehnten Senator und Länderratsgesetze; [Lösungsvorschlag:] Ermächtigung des Senats durch die Bürgerschaft, die alten Länderratsgesetze zu publizieren.

[...]

Mit Lahusen Oberlandesgericht usw. besprochen; auch Personalien (W[alter] L[isco]).

Mit Wenhold Parteiverhältnisse in Deutschland und Bremen. Gründung der „Demokratischen Partei Deutschlands“ (liberale und freie Demokraten, Württemb[erger] Demokraten, Brem[er] Demokr[atische] Volkspartei).<sup>181</sup> Da die Brem[er] DV nach dem Ausbruch der Freien Demokraten und der CDU nicht mehr Sammelpartei oder Dachorganisation bleiben konnte, gab es nur die Alternative: Übergang zur CDU oder Anschluß an die anderen liberal-demokratischen Parteien des Reiches. Meine Sorge, daß die sozialen Fragen, einschließlich Sozialisierung, nicht in dem Maße berücksichtigt werden, wie ich es für notwendig halte; mit dem alten Libe-

<sup>181</sup> Nachdem in der SBZ schon 1945 eine überregionale Liberal-Demokratische Partei (LDPD) entstanden war, die einen Führungsanspruch in ganz Deutschland geltend zu machen versuchte, schlossen sich die demokratisch-liberalen Parteien des Westens im Lauf des Jahres 1946 zu Zonenverbänden zusammen, zuerst im Febr. 1946 in der Britischen Zone als Freie Demokratische Partei (FDP), dann im Sept. 1946 in der US-Zone als Demokratische Volkspartei mit der württembergischen DVP als stärkster Landesorganisation und zuletzt im Jan. 1947 in der Französischen Zone als Arbeitsgemeinschaft der Demokratischen Parteien. In der Erwartung, daß die Moskauer Außenministerkonferenz den Weg zur Bildung einer deutschen Zentralregierung freimachen würde, trafen sich beim „Demokratentag“ des amerikanischen Zonenverbands am 17.3.1947 in Rothenburg ob der Tauber Vertreter aller liberalen Landes- und Zonenorganisationen und beschlossen die Gründung der Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) mit Külz von der LDP und Theodor Heuss von der DVP als gleichberechtigte Vors. an der Spitze. Dieser „Reichspartei“ war jedoch nur eine kurze Lebensdauer beschieden: Im Zuge der Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes kam es am 18.1.1948 bei einer Konferenz in Frankfurt/M. zur Trennung zwischen der Organisation der SBZ und den drei übrigen Zonenverbänden. Die BDV schloß sich bei der Rothenburger Tagung der DPD an, nachdem ihre Bemühungen um die Sammlung des Bürgertums in einer einzigen großen liberal-demokratischen Partei 1946 durch das Ausscheiden der CDU im Juni und die Gründung der FDP im Juli gescheitert waren. Die Entscheidung der BDV im Dez. 1946, Doppelmitgliedschaft bei ihr und der FDP nicht länger zu dulden, und der Austritt der FDP-Abgeordneten aus der BDV-Fraktion im Febr. 1947 setzten einen Schlußstrich unter die Versuche, die politische Einheit des Bürgertums zu erhalten. (Hein, Milieupartei, S. 75–83, 252–316).



ralismus oder der alten Formaldemokratie ist man der Zeit nicht gewachsen.

[...]

*Freitag, 21. März 1947*

[...]

*Samstag, 22. März 1947*

Bei Kaisen Fraktionsführersitzung; Brückenverhältnisse;<sup>182</sup> endlich Entscheidung von OMGUS über Verfassung (keine Wahl zu besonderer verfassungegebender Versammlung, aber Entscheidung bei der Verfassungsdeputation);<sup>183</sup> Verabschiedung der Länderratsgesetze.<sup>184</sup> Die Verfassungsdeputation soll möglichst dreimal die Woche tagen. In Moskau deutsche Zentralregierung behandelt.<sup>185</sup>

Kaisens abfällige Äußerungen über die Parteien im allgemeinen, insbesondere auch über Schumacher.<sup>186</sup>

[...]

<sup>182</sup> Vgl. Eintragungen vom 18. und 19.3.1947.

<sup>183</sup> OMGUS hatte sich mit dem Verzicht auf eine Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß der Verfassungsentwurf nur in der Verfassungsdeputation beraten und unmittelbar der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt oder von der Bürgerschaft ohne längere Diskussion und ohne Änderungen verabschiedet würde. (Bericht Kaisens über eine Besprechung mit Governor Dunn und Waterman am 19.3.1947, Protokoll über die Senatssitzung am 21.3.1947, StAB: 3/3).

<sup>184</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 167.

<sup>185</sup> Bei der Moskauer Außenministerkonferenz vom 10.3.–24.4.1947 stand auch die Frage der Bildung einer deutschen Zentralregierung auf der Tagesordnung. Obwohl zunächst eine Einigung auf ein Konzept möglich zu sein schien, das Grundzüge der Weimarer Verfassung mit stärker föderalistischen Elementen verband, zeigten sich bei der Konkretisierung unüberwindliche Gegensätze zwischen den Vier Mächten. Insbesondere waren das Verhältnis zentralistischer und föderalistischer Strukturen sowie die Kompetenzaufteilung zwischen der deutschen Zentralregierung und den alliierten Militärregierungen umstritten. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 9; Graml, Die Alliierten, S. 191; Andreas Hillgruber, Deutsche Geschichte 1945–1982. Die „deutsche Frage“ in der Weltpolitik, 4. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1983, S. 28f.).

<sup>186</sup> Kaisen sieht in seinen Memoiren den Hauptgrund für die häufigen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Schumacher darin, daß dieser im Blick auf seine großen politischen Ziele bei aktuellen Entscheidungen, z.B. über die Bildung der Länder, die Vereinigung der Zonen, die Entstehung der Bundesrepublik usw., immer wieder abwarten wollte, während Kaisen mit Rücksicht auf die notleidende Bevölkerung auch kleine, aber kurzfristig realisierbare Chancen wahrzunehmen versuchte. Weitere Spannungen ergaben sich aus unterschiedlichen Auffassungen über die Tätigkeit und die Kompetenzen der Ministerpräs. bzw. der Parteien. Vgl. Kaisen, Meine Arbeit mein Leben, S. 240f., 267–271; Renate Meyer-Braun, „Rebell“ Wilhelm Kaisen. Sein Verhältnis zum SPD-Vorstand im Spiegel eines Briefwechsels zwischen Alfred Faust und Fritz Heine aus den Jahren 1950 bis 1956. In: Bremisches Jahrbuch 67 (1989), S. 109–139.

*Sonntag, 23. März 1947*

[...]

*Montag, 24. März 1947*

Verfassungsentwurf zur Verteilung für Senat und Verfassungsdeputation fertig.

[...]

*Dienstag, 25. März 1947*

*Senat.* – Nachmittags] Fraktionssitzung.

Abends Parteiausschuß; Entnazifizierung und Wahlrecht; Bericht von Dr. Noltenius über die Vereinigung der liberalen und demokratischen Parteien in Rothenburg ob der Tauber; Gründung der Demokratischen Partei Deutschlands;<sup>187</sup> Anschluß der Brem[er] Dem[okratischen] Volkspartei.

*Mittwoch, 26. März 1947*

Präsidialgeschäfte, da Kaisen, wie so oft jetzt, für mehrere Tage verreist. Nachmittags Prof[essor] Boehringer (Göttinger Archäologe) für das akademische Hilfswerk in Göttingen. Bau der „Burse“ (Studentenwohnungen).<sup>188</sup>

[...]

*Donnerstag, 27. März 1947*

Amtlicher Hochbetrieb.

Nachmittags] 4 bis 7 Uhr Bürgerschaft; gute Rede Theils über Hochwasserkatastrophe.<sup>189</sup> – Wahl Aeevermanns zum Senator für Entnazifizierung.<sup>190</sup>

<sup>187</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 181.

<sup>188</sup> Dr. Erich Boehringer, 1897–1971, ordentlicher Professor für Archäologie (klassische Numismatik und Ikonographie) in Göttingen. Bzgl. der Neukonstituierung des Akademischen Hilfswerks in Göttingen und seiner Bemühungen, den Studenten in der aktuellen Ernährungs- und Wohnungsmisere zu helfen, vgl. Wiebke Fesefeldt, *Der Wiederbeginn des kommunalen Lebens in Göttingen. Die Stadt in den Jahren 1945 bis 1948*, Göttingen 1962, S. 146–149.

<sup>189</sup> Wie Theil berichtete (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 140–145), waren bei der Hochwasserkatastrophe in Bremen am 18.3. die Wehrbrücke, beide Befehlsbrücken, die Reste der Kaiserbrücke und viele Uferbefestigungen zerstört sowie die Eisenbahnbrücke beschädigt, aber keine Menschen getötet worden. Eine Sprengung der zwei treibenden Dampfer, die zur Zerstörung der Brücken beigetragen hatten, war nicht möglich gewesen, dem Gesuch, sie durch Beschuß zu versenken, von den US-Streitkräften zu spät entsprochen worden. Mit Unterstützung der Militärregierung sollte die Große Weserbrücke so schnell wie möglich wiederaufgebaut und außerdem eine zweite feste Brücke errichtet werden. Die Große Weserbrücke wurde am 29.11., die Stephani-Brücke am 31.12.1947 für den Verkehr freigegeben. (Schwarzwälder, *Weserbrücken*, S. 114f., 119f.).

<sup>190</sup> Damit endete die Kontroverse um die Wahlmodalitäten, vgl. Kap. 4, Anm. 177.

*Freitag, 28. März 1947*

Im *Senat* Verfassungsentwurf. Abfällige Kritik Nolting-Hauuffs; Paulmann für Entwurf der SPD; Kaisen rühmt meinen Entwurf. Er geht als Verhandlungsgrundlage an die Verf[assungs]deputation.<sup>191</sup>

3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr erneute Bemühungen der CDU auf Einigung des Bürgertums unter ihrer Flagge (Ahlers usw.).<sup>192</sup> Gegen 5 Uhr verließ ich die unfruchtbare Sitzung, in der nichts Neues vorgebracht wurde.

Abends in der Wittheit Vortrag Geilers über die völkerrechtliche Stellung Deutschlands;<sup>193</sup> nachher Essen im Gästehaus.

*Samstag/Sonntag, 29./30. März 1947*

[...]

*Montag, 31. März 1947*

Amtsbetrieb, daß ich das Gefühl habe, es geht über meine Kraft, besonders wegen der parteipolitischen Fragen und Treibereien, die die Beratungen der Verfassungsdeputation gefährden und beim Tauziehen CDU und BDV unangenehme Entscheidungen verlangen.

[...]

Morgens früh ohne Wasser. Abends 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Stunden ohne Licht.

[...]

Aevermann wurde von Stockhinger (SPD) vorgeschlagen und, da er nicht MdBü war, in Abwesenheit bei einigen Stimmenthaltungen gewählt. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 136).

<sup>191</sup> Die Verfassungsentwürfe Spittas, der SPD (Wilhelm Schmid, Annemarie und Werner Mevissen, Hans Warninghoff) vom 27.2.1947 und der KPD vom selben Tag sind abgedruckt bei: Pfetsch (Hrsg.), Verfassungsreden, S. 469–511, 613–628. Der Hrsg. beurteilt den SPD-Entwurf im Vgl. zu dem Spittas als „von zumindest gleichrangiger Bedeutung“ (S. 9). – Nolting-Hauff plädierte im Senat für eine schärfere Trennung von Gesetzgebung und Verwaltung. Er wandte sich dagegen, die Deputationen grundsätzlich zu Verwaltungsinstanzen zu machen; die Bestimmungen über die Finanzdeputation gehörten nach seiner Meinung in ein Deputationsgesetz statt in die Verfassung. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3). Zur Diskussion um die Verfassung vgl. auch Jansen/Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit, S. 118–133.

<sup>192</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 375.

<sup>193</sup> Der ehemalige Ministerprärs. von Groß-Hessen, Geiler, trat in diesem Vortrag der Auffassung entgegen, daß Deutschland völkerrechtlich untergegangen sei; seine Staatsgewalt sei nur suspendiert und werde von den vier Siegermächten ausgeübt, staatsrechtlich bestehe die Weimarer Verfassung weiter. Die Vertreibung von 14 Mio. Deutschen sei mit dem Völkerrecht unvereinbar und auch die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen sehr problematisch. (Weser-Kurier Nr. 25 v. 29.3.1947, S. 2).

*Dienstag, 1. April 1947*

Senat. – Besprechung mit Ehlers über die verschiedenen Verfassungsentwürfe; er möchte auch, daß mein Entwurf den Beratungen der Dep[utation] zugrunde gelegt wird.

[...]

*Mittwoch, 2. April 1947*

Besprechung über Verfassung und Parteisachen mit Wenhold. Mit Thielen<sup>194</sup> über R[ichard] Duckwitz und Behandlung der Verfassung. Kaisen hat Parteivorstand, Fraktionsführung usw. der SPD zusammengerufen, um sie zu bestimmen, meinen Entwurf der Beratung zugrunde zulegen. Nachm[ittags] 1½ Stunden Verfassungsdep[utation]. – Vorgeplänkel. Dep[utation] soll in einen reinen Bürgerschaftsausschuß verwandelt werden (Berufung auf Amerikaner); Ehlers und ich nur Referenten. Entscheidung darüber ausgesetzt. Ich referiere über den Entwurf.<sup>195</sup>

[...]

*Donnerstag, 3. April 1947*

Mit Kaisen und Theil Verfassungsfragen; beide wollen helfen, daß die Dep[utation] erhalten bleibt, ich jedenfalls Vorsitz behalte. Nachm[ittags] 2½ Uhr Eröffnung der amerik[anischen] Bibliothek in der Kunsthalle. Amerik[anische] und engl[ische] Literatur und Zeitschriften. Reden und Sandwiches.<sup>196</sup>

[...]

<sup>194</sup> Friedrich Thielen, geb. 1916. Kaufmann (Inhaber eines Sägewerks und einer Holzhandlung, 1944 Gründung des Bremer Betonwerks). 1946–1958 Vors. der CDU in Vegesack, 1947–1958 MdBü, 1958 Ausschuß aus der CDU, Übergang zur DP, deren Vors., 1963 Gründungsmd. der NPD, erster Bundesvors., Anfang 1967 Trennung von der NPD, Mitte des Jahres Gründung der Nationalen Volkspartei (NVP).

<sup>195</sup> Die Verfassungsdeputation bestand aus 15 bürgerschaftlichen Mitgliedern, zwei ständigen und einem beigeordneten Senatsvertreter. Die Parlamentarier waren von der Bürgerschaft nach dem Stärkeverhältnis der Parteien bei der Wahl am 13.10.1946 gewählt worden: sechs Abgeordnete der SPD, drei der CDU und je zwei der KPD, BDV und FDP. Bei dem „Vorgeplänkel“ ging es um den Versuch der SPD und KPD, das Gremium nicht als „Deputation“ unter dem Vorsitz des Senatsvertreters (Spittas), sondern als bürgerschaftlichen Ausschuß unter einem aus seiner Mitte gewählten Vors. tagen zu lassen. In diesem Fall hätten die Senatsvertreter als Referenten kein Stimmrecht gehabt. Auf Antrag Spittas wurde die Frage vertagt, um ihm die Information des Senats zu ermöglichen. Aufgrund eines Vermittlungsvorschlags von Hagedorn wählte die Verfassungsdeputation am 9.4.1947 die Senatsvertreter Spitta und Ehlers zum Vors. und stellvertr. Vors. und beauftragte den Senat, die Frage des Stimmrechts bei der Militärregierung zu klären. Es wurde ihnen nicht zugesprochen. (StAB, Lesesaal: Protokolle der Verfassungs-Deputation und ihrer Ausschüsse, 2.4. – 15.9.1947). Vgl. Kap. 4, Anm. 191.

<sup>196</sup> Bericht und Zusammenfassung der Ansprachen im Weser-Kurier v. 5.4.1947.

*Karfreitag–Ostermontag, 4.–7. April 1947*

[...]

*Dienstag, 8. April 1947*

Im *Senat* Plan, die Minensucher usw. der Amerikaner in *Fischereiboote* zu verwandeln. GmbH des bremischen Staates. 15 Millionen [RM] Umbaukosten.<sup>197</sup>

Nachm[ittags] 4 bis 5½ Uhr bei Präses Wilkens vertrauliche Besprechung über Parteiverhältnisse und CDU. Ich gegen Übertritt zur CDU und für freundschaftl[iche] Zusammenarbeit mit BDV. Apelt dem sofortigen Übertritt zur CDU geneigt. Wenhold, Harmssen, Bölken und Nolting-Hauff für Abwarten.

[...]

*Mittwoch, 9. April 1947*

7½ Uhr *Paula* nach der Weserfähre bei den Atlas-Werken gebracht; sie fährt nach Oldenburg. – Wenn man länger nicht im Westen der Stadt war, neue Erschütterung über die völlige Zerstörung dieser Stadtteile.

Bei Kaisen Besprechung mit SPD-Mitgliedern der Verf[assungs]dep[utation]. Verständigung über Vorsitz und Stimmrecht.<sup>198</sup> Nachm[ittags] 3 bis 6 Uhr Verf[assungs]dep[utation]. – Generaldebatte und zwei Artikel erledigt. Abends Vortrag [über „Geschichtliches und Grundsätzliches im Verfassungsrecht“ vor der Arbeitsgemeinschaft der Beamten in Etelsen] vorbereitet.

*Donnerstag, 10. April 1947*

[...]

<sup>197</sup> Nach dem Vorschlag der Militärregierung sollten beschlagnahmte Schiffe der ehemaligen Kriegsmarine auf Kosten einer vom Bremer Staat zu gründenden GmbH umgebaut und von dieser gechartert werden, aber im OMGUS-Besitz bleiben. Ein entsprechender Vorvertrag wurde am 26.4.1947 unterzeichnet. Differenzen über die Finanzierung der veranschlagten drei bis vier Mio. RM Umbaukosten verzögerten den Vertragsabschluß bis zum 20.8.1947. Die schließlich erzielte Vereinbarung sah vor, daß die Gesellschaft für Rüstungsgutverwertung und die staatliche Bremer Gesellschaft gemeinsam die Finanzierung übernehmen und Gesellschaftsanteile austauschen sollten. (Senatsprotokolle vom 8., 15., 22. und 29.4., 20.5., 10.6., 5. und 8.8.1947, StAB: 3/3).

<sup>198</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 195.

*Freitag, 11. April 1947*

Im *Senat* über Strafverfahren gegen die Judenmörder berichtet.<sup>199</sup> Fall Nawrath (der sich als Direktor des Völkerkunde-Museums unmöglich gemacht hat).<sup>200</sup> Nachm[ittags] Verfassungsdeputation. Unmögliche Anträge von bürgerlicher Seite (Dr. Lueken und Hollmann, die aus den Erfahrungen der Nazizeit her alle möglichen Straf- und Schutzbestimmungen in die Verfassung bringen wollen);<sup>201</sup> gute, sachliche Arbeit leisten einige Sozialdemokraten und Degener<sup>202</sup> von der CDU.

[...]

*Samstag, 12. April 1947*

Gehetzte Arbeit. – Bei Theil Konferenz über Gerichtsentscheidung, die dem Senat für die Zeit vor Ernennung einer Bürgerschaft nur das Recht zugestehen will, Notmaßnahmen und vorläufige Maßnahmen zu treffen, nicht endgültige, wie Enteignungen.

Mit Mester über Ernährung: Herabsetzung der schon so niedrigen Rationen erforderlich;<sup>203</sup> Ausbleiben der angekündigten Getreideschiffe; Brotkrise in vielen Gebieten, besonders der brit[ischen] Zone.

<sup>199</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 230. Die Prozesse wegen Mordes fanden ohne Geschworene statt. Erst Anfang Dez. 1947 tagten in Bremen wieder Schöffen- und Schwurgerichte, nachdem der Senat am 7.10.1947 eine entsprechende Ergänzung der Strafrechtspflegeordnung beschlossen hatte.

<sup>200</sup> Nawrath verzichtete am 23.5.1947 auf sein Amt, nachdem der Senat am 23.5.1947 seine Beurlaubung für 1947 und anschließende Pensionierung beschlossen hatte. (Senatsprotokolle vom 11.4., 13.5. und 23.5.1947, StAB: 3/3).

<sup>201</sup> Lueken und Hollmann waren von der BDV zur FDP übergetreten.

Heinrich Hollmann, 1898–1965. Weinhändler, 1946–1947 MdBü (BDV, dann Gründungsmd. der FDP in Bremen, seit Febr. 1947 deren Fraktionsvors. in der Bremer Bürgerschaft), Ende Jan. 1948 wegen Verbindungen zur KPD aus der Partei ausgeschlossen, Sept. 1947 bis Ende Jan. 1948 Hauptankläger beim Senator für die politische Befreiung.

<sup>202</sup> Johannes Degener, 1889–1959. Kaufmännische Lehre, Arbeit am Bau und in der Metallindustrie, 1919 ehrenamtlicher Mitarbeiter des Freiheitlich-Nationalen Gewerkschaftsbunds der Angestellten (Hirsch-Duncker), 1929–1933 im Bundesvorstand, lehnte 1933 die Weiterarbeit in der DAF ab, 1945 Mitbegründer der BDV, Febr. 1946–März 1947 erster Geschäftsführer der CDU in Bremen, 1947–1949 Vors. der CDU-Bürgerschaftsfraktion, gab 1949 sein Mandat und die Redaktion des Bremer CDU-Blattes „Bremer Echo“ ab, 1951–1958 Senator.

<sup>203</sup> Veranlaßt durch eine Mitteilung Paulmanns über den beängstigenden Gesundheitszustand der Schuljugend, berichtete Mester am 15.4.1947 im Senat über die „sehr ernste“ Lage bei der Lebensmittelversorgung: Für die laufende 100. Zuteilungsperiode mußte die Fettration von 200 g auf 137,5 g gekürzt und die ausgefallene Menge durch das doppelte Quantum Zucker ersetzt werden. In der folgenden Zuteilungsperiode sei die Ausgabe der vorgesehenen Fett-, Brot- und Fleischrationen auch bei der Ergänzung durch Pferdefleisch „fast unmöglich“, in der ersten Woche drohe eine Kürzung der Brotration von 2500 g auf 1000 g. Auch bei einer so drastischen Reduzierung sei die Versorgung Bremens nur für 14 Tage gesichert, danach völlig von Importen abhängig. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

Angenehme Mitarbeit Dr. Feines. Gemeinsame Leiden in der Verfassungsdeputation. Immerhin ist manches abgewendet, so: 1.) stenographische Aufnahme der ganzen Verhandlungen (Vorschlag Hagedorn SPD), 2.) Vorsitz nicht beim Senat, sondern bei einem gewählten Bürgerschaftler, 3.) „Jugendliche“ als Zuhörer (Antrag Hollmann), 4.) ständige Veröffentlichung von durchberatenen Abschnitten.<sup>204</sup>

Übertritt des angenehmen, sachlichen Friedr[ich] Schulze (Handelskammer) zur CDU – entgegen seiner Äußerung mir gegenüber, daß er sich der Entscheidung der Senatoren anschließen werde.

[...]

*Sonntag, 13. April 1947*

[...]

*Montag, 14. April 1947*

9 Uhr bei Militärregierung: mit Mr. Fletcher Wahlrechtsfragen. – 11 bis gegen 3 Uhr Verhandlung und Mittagessen mit den Niedersachsen über die Justiz in Wesermünde-Land.<sup>205</sup>

Staatssekretär Moericke,<sup>206</sup> Oberlandesgerichtspräs[ident] Freiherr von Hodenberg<sup>207</sup> und drei andere. Besonders angenehm von Hodenberg. In der Sache blieben die Niedersachsen dabei, Wesermünde-Land aus der bremischen Justiz auszugliedern, obgleich dadurch Kosten für Niedersachsen und Unbequemlichkeiten für die Bevölkerung entstehen. Neues Amtsgericht in Langen!

[...]

*Dienstag, 15. April 1947*

Im Senat (Kaisen in Stuttgart)<sup>208</sup> Ernährungsnot; *Herabsetzung der Rationen*.<sup>209</sup> – Erfreulich die Spende der Amerikaner in Textilien, „etwa die Menge, die Bremen in 10 Jahren von Minden bekommen würde“.<sup>210</sup>

Abends am Donandt-Buch gearbeitet.<sup>211</sup>

<sup>204</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 195.

<sup>205</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 440.

<sup>206</sup> Dr. jur. Dagobert Moericke, 1885–1961, 1926 Landgerichtsrat in Karlsruhe, 1928 Oberstaatsanwalt bei der Reichsanwaltschaft, 1936 Senatspräs. beim OLG Celle, 1945 Generalstaatsanwalt in Celle, 1947–1950 Staatssekretär im niedersächsischen Justizministerium, 1951 Senatspräs. beim Bundesgerichtshof.

<sup>207</sup> Dr. jur. Hodo Freiherr von Hodenberg, 1887–1962, seit 1913 Rechtsanwalt beim OLG Celle, 1924 Notar in Celle, 1945–1955 Präsident des OLG Celle. Vgl. auch: Röpcke, *Who's Who in Lower Saxony*, S. 280.

<sup>208</sup> 19. Tagung des Länderrats des amerikanischen Besatzungsgebiets.

<sup>209</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 203.

<sup>210</sup> Es handelte sich um Bekleidung aus US-Heeresbeständen, die sortiert und umgefärbt und dann seit Anfang Juni 1947 verteilt wurde.

<sup>211</sup> Theodor Spitta, Dr. Martin Donandt. Bürgermeister in Bremen. Ein bremini-

*Mittwoch, 16. April 1947*

Der Hamburger Senat hat Nachricht, daß das gemeinschaftliche Oberlandesgericht von den Besatzungsmächten abgelehnt sei;<sup>212</sup> neuer Versuch Hamburg; ich stimme für Bremen zu.

Nachmittags fast 3½ Stunden Verfassungsdeputation. Einiges abgewendet; Tendenz, die Bestimmungen breiter und konkreter zu machen, und so, daß die Schulkinder im Unterricht alles verstehen. Degener (CDU) wünscht „blumige“ Sprache der Bestimmungen.

Zur Erholung kurzer Bummel durch den Bürgerpark, wo endlich das Keimen und Treiben beginnt. Abends Donandt-Buch bearbeitet.

*Donnerstag, 17. April 1947*

Üblicher Arbeits-, Besuchs- und Telephonandrang.

*Abreise Walter Liscos nach Berlin*, schwer bepackt mit „Mitbringseln“. Unsere häusliche Ernährungslage ist durch die amerik[anischen] Pakete von Hermann und Liesa Lisco aus Chicago besser als die von Tausenden in Bremen, die solche Hilfe nicht haben. Dazu kommt Arnolds Mühlenprivileg, an dem wir teilhaben.

Auch in der Wohnung haben zahlreiche Ausgebombte oder Vertriebene es schlechter, wenn wir auch nicht überflüssigen Raum haben. Im ganzen müssen wir dankbar sein, soweit unser äußeres Dasein in Frage kommt.

[...]

*Freitag, 18. April 1947*

Im Senat Kaisers Bericht über Stuttgart und *General Clays Äußerungen über Moskau* („Wir können von den Russen jede Regierungsform usw. für Deutschland kaufen durch Erhöhung der Reparationen“).<sup>213</sup> – Meine Be-

sches Lebens- und Zeitbild. Bremen 1938 (Privatdruck). Spitta bereitete eine Neuauflage vor, die 1948 erschien.

<sup>212</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 440; Kap. 4, Anm. 163 und 168.

<sup>213</sup> In streng vertraulichen Ausführungen bei der üblichen „internen Besprechung“ mit den Ministerpräs. äußerte sich General Clay sehr pessimistisch über den Ausgang der Moskauer Außenministerkonferenz. Mit konkreten Ergebnissen sei nicht zu rechnen. Der Abschluß der Konferenz werde durch die Diskussion des Reparationsproblems verzögert. Zwar bestehe Bereitschaft, Deutschland eine erheblich höhere Industrie-Kapazität zuzubilligen, aber dieser Vorteil werde durch drastisch gesteigerte Reparationsforderungen aufgehoben. Im amtlichen, von Roßmann gezeichneten Protokoll hieß es darüber: „Nach seiner Ansicht könne sich Deutschland jede Regierungsform kaufen, je nach dem Preis, den es dafür zahlen wolle, aber Amerika sei nicht willens, dafür sein Geld einzusetzen.“ (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 325f., Zitat auf S. 326). Kaiser gab die Äußerung Clays in einer Aufzeichnung wieder: „Sie können in Moskau jede Regierungsform kaufen gegen Reparationen.“ (StAB: 3-R.1.m. Nr. 131 [5] Nr. 17).



richte in Justizsachen (Oberlandesgericht, Wesermünde-Land, Strafvollzug usw.).<sup>214</sup>

Der „Fall Wolters“<sup>215</sup> an mich zur Begutachtung abgegeben (waren seine Straftaten 1933 nur kriminell oder politisch?).

Widerwärtig die Benutzung solcher Dinge im parteipolitischen Kampfe. Verantwortung in menschlicher und politischer Beziehung (Senatskrise?).  
[...]

*Samstag, 19. April 1947*

Dr. Friese über das Lob meines Verfassungsentwurfs durch die Amerikaner. Wenn nur meine deutschen Landsleute ebenso entzückt davon wären!  
[...]

*Sonntag, 20. April 1947*

[...]

*Montag, 21. April 1947*

Nachmittags Verfassungsdeputation. Über 2½ Stunden zwei Artikel des Arbeitsrechts beraten (gleicher Lohn für Mann und Frau, freie Berufswahl).<sup>216</sup> – Nachher noch eine halbe Stunde mit Ehlers über Kompromiß in Schulfragen<sup>217</sup> und über Fall Wolters.<sup>218</sup>

[...]

Abends Verfassungsentwurf der CDU.

[...]

<sup>214</sup> Vgl. Eintragung vom 16.4.1947. Die Vertreter der niedersächsischen Justiz hatten es bei der Besprechung am 14.4.1947 „als unhaltbar“ abgelehnt, daß das Gerichtswesen im Landkreis Wesermünde „auf bremischem Gebiet ausgeübt“ werden solle, und dem nur für eine Übergangszeit bis zur Fertigstellung des Gerichtsgebäudes in Langen zugestimmt. – Spitta berichtete außerdem über die Forderung der Amerikaner, in der Justizverwaltung die Stelle eines „Direktors für das Gefängniswesen“ zu schaffen.

<sup>215</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

<sup>216</sup> Artikel 53 der Bremer Verfassung sichert Frauen und Jugendlichen Anspruch auf den gleichen Lohn zu, den Männer erhalten; außerdem haben Frauen bei gleicher Eignung das Recht auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz.

<sup>217</sup> Über den zweiten Abschnitt der Verfassung: „Erziehung und Unterricht“ gab es langwierige Auseinandersetzungen. Insbesondere bei den Artikeln 29 und 32 über die Errichtung von Privatschulen und den Religionsunterricht gingen die Entwürfe Spittas, der CDU, SPD und KPD weit auseinander. Nach schwierigen Verhandlungen wurde der Artikel 32 am 1.8.1947 in der Deputation nur mit den Stimmen von SPD und FDP in folgender Fassung verabschiedet: „Die allgemein bildenden öffentlichen Schulen sind Gemeinschaftsschulen mit bekenntnismäßig nicht gebundenem Unterricht in Biblischer Geschichte.“ Bis zur endgültigen Annahme der Verfassung in der Deputation und der Bürgerschaft am 15.9.1947 gelang es Spitta, die Hinzufügung der Worte: „... auf allgemein christlicher Grundlage“ durchzusetzen.

*Dienstag, 22. April 1947*

Im Senat Ernährungsnöte, Länderratssachen, Americana.

[...]

Nachmittags Fraktionssitzung; Verhältnis zur CDU, im Wahlkampfe Anstand, nach der Wahl Fraktionsgemeinschaft? Rückgang der CDU bei den Landtagswahlen der britischen Zone, Stärkung der SPD; Erfolg des Zentrums.<sup>219</sup>

Ablehnung der Gemeinschaft des Oberlandesgerichts durch die amerikanische Militär-Regierung in Berlin.<sup>220</sup>

[...]

*Mittwoch, 23. April 1947*

[...]

Nachmittags Verfassungsdeputation. 2½ Stunden über einen Artikel beraten (Lenkung der Wirtschaft).

[...]

*Donnerstag, 24. April 1947*

Verhandlung mit Sieveking<sup>221</sup> und Prieß aus Hamburg über Oberlandesgericht.<sup>222</sup> Nochmaliger, etwas veränderter Versuch verabredet. Nachmittags Bürgerschaft.

Bei Artikel 29 gab es wegen des grundsätzlichen Widerstands der SPD gegen bekenntnismäßig gebundene Schulen Schwierigkeiten. Bei Kaisen überwog jedoch das Bestreben, durch die Wiederzulassung der im Dritten Reich zerstörten katholischen Privatschulen nationalsozialistisches Unrecht wiedergutzumachen. Unter seinem Einfluß stimmte die SPD daher schließlich folgender Fassung des Artikels 29 zu: „Privatschulen können auf Grund staatlicher Genehmigung errichtet und unter Beobachtung der vom Gesetz gestellten Bedingungen betrieben werden. Das Nähere bestimmt das Gesetz unter Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten.“

<sup>218</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

<sup>219</sup> Die Landtagswahlen am 20.4.1947 führten zu folgenden Ergebnissen:

Niedersachsen: CDU 19,9%, Zentrum 4,1%, SPD 43,4%

Nordrhein-Westfalen: CDU 37,5%, Zentrum 9,8%, SPD 32,0%

Schleswig-Holstein: CDU 34,0%, Zentrum 0,1%, SPD 43,8%.

Bei den Land- und Stadtkreiswahlen am 13.10.1946 hatte die CDU in diesen Ländern 22,5%, 46,0% und 37,3% der Stimmen erhalten. (Richard Schachtner, Die deutschen Nachkriegswahlen, München 1956, S. 48, 52 und 64).

<sup>220</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 163 und 168.

<sup>221</sup> Dr. Kurt Sieveking, 1897–1986. Rechtsanwalt, seit 1935 Syndikus und Generalbevollmächtigter des Bankhauses M.M. Warburg (S. war 1929 Sekretär des Mitinhabers Carl Melchior im Finanzkomitee des Völkerbundes gewesen), seit Okt. 1945 Leiter der Senatskanzlei in Hamburg, 1951 Deutscher Gesandter in Stockholm, 1953–1957 Erster Bgm. in Hamburg; 1957–1962 MdBü, vor 1933 Md. der DVP, seit 1946 CDU.

<sup>222</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 163 und 168.

Nachher Handelskammer; Vortrag von Professor Müller (Münster)<sup>223</sup> über „Marktwirtschaft und Wirtschaftslenkung“; für „gesteuerte Marktwirtschaft“; die gelenkte Wirtschaft soll völlig versagt und den wirtschaftl[ichen] Zusammenbruch herbeigeführt haben. Wenig überzeugend. Hatten wir je eine sinnvoll gelenkte Wirtschaft?

[...]

*Freitag, 25. April 1947*

Im *Senat* traurige Wirtschaftslage Deutschlands; wir zehren die Substanz auf.

[...]

*Samstag, 26. April 1947*

[...]

Im amtlichen Leben die Verschlechterung der Wirtschaftslage und Ernährung. Dazu die *Ergebnislosigkeit der Moskauer Konferenz*.<sup>224</sup> Viel habe ich freilich davon nicht erwartet und bin auch überzeugt, daß es in nächster Zeit nicht zu einem neuen Weltkriege kommen wird, dazu ist Rußland zu sehr verwüstet und geschwächt. Aber Sorge, daß die allgemeine Lähmung zunehmen wird, es sei denn, daß England und Amerika ohne Rücksicht auf Rußland die deutsche Frage anpacken. Hoffnung in Clays Äußerung zu Kaisen.<sup>225</sup>

[...]

*Sonntag, 27. April 1947*

[...]

*Montag, 28. April 1947*

[...]

<sup>223</sup> Dr. rer. pol. Alfred Müller, geb. 1901, ordentl. Prof. f. Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Münster.

<sup>224</sup> Konferenz der Außenminister der vier Siegermächte vom 10.3. bis 24.4.1947.

<sup>225</sup> Bei der „internen Besprechung“ General Clays mit den Ministerpräsidenten in Stuttgart am 15.4.1947 hatte Kaisen auf die Notwendigkeit der Währungsreform als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau hingewiesen, General Clay daraufhin Klage geführt, daß ein amerikanischer 8-Millionen-Dollar-Kredit zur Förderung von Spezialexporten aus der US-Zone (Porzellan, Kameras und andere Qualitätserzeugnisse) nur zu einem ganz geringen Teil in Anspruch genommen worden sei, obwohl die Gewinne zum Kauf weiterer Rohmaterialien und zur Ankurbelung anderer Produktionsbereiche verwendet werden könnten. „Auf amerikanischer Seite sei man bereit, das Geld für jedes vernünftige Programm anzusetzen und den Gewinn der allgemeinen deutschen Wirtschaft zugute kommen zu lassen.“ (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 327).

Nachmittags dreistündige Sozialisierungsdebatte in der Verfassungsdeputation.<sup>226</sup>

[...]

*Dienstag, 29. April 1947*

Senat. Nachher mit Wolters seine Strafsachen durchgesprochen.<sup>227</sup> Er dankt mir für mein Verständnis.

[...]

*Mittwoch, 30. April 1947*

Mit Kaisen über Sozialisierung und Verfassung. Seine Klage über die Polizeiverhältnisse in Bremen. [Sozialisierung =] Entscheidender Punkt der Verfassungsberatungen.

[...]

*Donnerstag, 1. Mai 1947, Feiertag*

Besprechung mit Apelt über seine Krisis in der Häfendeputation und das Entlassungsgesuch von Agatz<sup>228</sup> ferner über die Sozialisierung in der Verfassung.

[...]

*Freitag, 2. Mai 1947*

Im Senat *Sozialisierungsfrage* beraten. Kaisens Vorschläge, die den Katalog der SPD ablehnen und Rücksicht auf übrige Länder zugestehen; manches noch unklar.<sup>229</sup>

[...]

<sup>226</sup> Wegen der gegensätzlichen Grundüberzeugungen der acht Sozialisten und sieben Bürgerlichen in der Verfassungsdeputation waren die Beratungen über den Artikel 42 (Sozialisierung) besonders schwierig, vgl. Kap. 4, Anm. 229.

<sup>227</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

<sup>228</sup> Dr. Ing. Arnold Agatz, 1891–1980. 1931–1945 ordentl. Prof. an der TH Berlin, Spezialgebiet: Verkehrswasserbau, seit 14.4.1947 beim Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr angestellt, bis 1954 Präs. der Hafenbauverwaltung, 1951 Ehrendoktor der TH Hannover, 1964 Stern zum Großen Bundesverdienstkreuz.

<sup>229</sup> Spitta schilderte dem Senat die Gegensätze in der Verfassungsdeputation bei der Beratung des „Sozialisierungsartikels“ (Art. 42). Spittas Vorlage und die Entwürfe der Parteien sahen sehr unterschiedliche Regelungen vor. Kaisen hielt trotzdem eine Einigung auf der Basis der von Spitta vorgeschlagenen Formulierung für möglich. Sie lautete (Art. 38, Absatz 2): „Ein Unternehmen oder ein Wirtschaftszweig kann in geeignetem Falle auf Grund eines Gesetzes gegen angemessene Entschädigung in Gemeineigentum überführt werden, wenn der Wirtschaftszweck besser in der Form des Gemeineigentums erreicht werden kann.“ In dem SPD-Entwurf hieß es dagegen präziser (Art. 44): „Unternehmen, die ihrer Größe oder Bedeutung nach politische oder wirtschaftliche Macht verkörpern, oder für das Allgemeinwohl

Erstes Urteil in d[en] bremischen Judenmordprozessen 9.11.[19]38: milde Urteile; nur wegen Totschlages.<sup>230</sup> Ich fürchte ungünstige Wirkung auf die Verfassung (Rechtspflege).

[...]

notwendig sind oder deren Wirtschaftszweck in gemeinwirtschaftlicher Form besser erreicht werden kann, sind in Gemeineigentum zu überführen. Gemeineigentum ist Eigentum des Volkes. Unternehmen im Sinne dieser Vorschrift sind vor allem: die Großindustrie und die ehemaligen Konzernbetriebe, die Großunternehmen des Schiffbaues, des Hafenumschlags, der privaten Kreditinstitute, der Energie- und Gasversorgung sowie die Großbetriebe der Ernährungswirtschaft und des allgemeinen öffentlichen Verkehrs des Landes.“ (Pfetsch [Hrsg.], Verfassungsreden, S. 474 und 497). Spitta plädierte im Senat für eine vorsichtige Sozialisierungspolitik und warnte, daß bei einer Annahme des SPD-Entwurfs Betriebe aus Bremen abwandern würden. Kaisen setzte sich dafür ein, die Kann-Bestimmung in Spittas Vorlage in eine Muß-Vorschrift umzuwandeln. Sein Katalog der zu sozialisierenden Betriebe entsprach dem SPD-Entwurf. Für die Betriebsform schlug er vor, daß Staatsvertreter neben den Vertretern der Belegschaften und der Betriebsleitungen in den Aufsichtsräten wirken sollten. Spittas Bedenken, daß eine einheitliche Wirtschaftsordnung für West-Deutschland zu erstreben sei, suchte er durch Berufung auf den Grundsatz: „Reichsrecht bricht Landesrecht“ auszuräumen. Der Senat beschloß, daß nach den Richtlinien Kaisens weiterverhandelt werden solle. (Senatsprotokoll 2.5.1947, StAB: 3/3). Die bürgerlichen Parteien und die SPD einigten sich, am 12.10.1947 ein Sonderreferendum über den „Sozialisierungsartikel“ durchzuführen; die SPD stimmte im Gegenzug dem Schulkompromiß zu (vgl. Kap. 4, Anm. 217). Das vorgesehene Gesetz zur Regelung der Einzelheiten wurde nie verabschiedet. Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes, das dem Bund die ausschließliche oder konkurrierende Gesetzgebung auf dem Gebiet von Arbeit und Recht vorbehielt, verlor der „Sozialisierungsartikel“ der Bremer Verfassung an Bedeutung. (Spitta, Kommentar, S. 92–97; zur Politik der SPD: Brandt, Antifaschismus, S. 233–235).

<sup>230</sup> In der Verhandlung wegen Mordes an dem jüdischen Produkthändler Rosenblum am 9.11.1938 wurden die Angeklagten, die Brüder Wilhelm und Ernst Behring, am 2.5.1947 von der Strafkammer des Landgerichts Bremen aufgrund medizinischer Gutachten nur wegen Totschlages zu acht und sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Beide Seiten kündigten sofort Revision an. In der Öffentlichkeit wurde das Urteil heftig kritisiert (Weser-Kurier v. 3., 7., 10. und 14.5.1947. Jansen/Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit, S. 139–141). Es erschien – nach den Fahnenflucht-Urteilen (vgl. Kap. 3, Anm. 376) – als weiterer Beweis dafür, daß aus der NS-Zeit belastete Richter aufgrund ihrer eigenen Verstrickung in das Unrecht zu falschen Entscheidungen kamen. Der Protest richtete sich deshalb insbesondere dagegen, daß an der Urteilsfindung keine Laienrichter (Geschworenen) beteiligt waren. Im Senat wurde das Urteil unterschiedlich bewertet; Einigkeit bestand aber darüber, daß solche Prozesse keinen politisch belasteten Richtern übertragen werden dürften und daß das Laienrichtertum wieder eingeführt werden sollte. Spitta wurde beauftragt, in einer Presseerklärung mitzuteilen, daß er den Oberstaatsanwalt bereits angewiesen habe, Revision gegen das Urteil einzulegen. (Vgl. Weser-Kurier v. 7.5.1947, S. 2; Senatsprotokoll 2.5.1947, StAB: 3/3). Auf Anordnung der Militärregierung fand die Revisionsverhandlung nicht in Hamburg, sondern vor dem OLG Bremen statt, das das Urteil am 18.9.1947 aufhob und den Fall an die Strafkammer des Landgerichts zurückverwies. Ein Schwurgericht verurteilte die Angeklagten am 20.9.1948 zu acht und zwölf Jahren Zuchthaus. Der Senat gab ihren Gnadengesuchen im März bzw. Dez. 1951 statt.

*Samstag, 3. Mai 1947*

Besprechung mit Ehlers über Verfassung. Fall Wolters<sup>231</sup> und Urteil im Judenmordprozeß; Ehlers findet das Urteil angemessen; man dürfe nicht Nazi-Methoden oder Nazi-Strafen anwenden. – Amerikanische Mil[itär]regierung spricht mit mir über Wolters, gegen den Anzeigen vorlägen; die Mil[itär]regierung wolle den Fall untersuchen.

Besprechung mit Kaisen; tom Moehlen soll Nazi gewesen sein (Vernehmung vor Special-Branch); Verfassung und Sozialisierung; die SPD-Fraktion für Kaisens Vorschläge; Mesters Behandlung des Erbhofgesetzes.<sup>232</sup>

[...]

Gegen 10 Uhr Feier mit Reden bei der Durchfahrt des ersten Zuges des „Alpen-Nordsee-Expreß“! Bequem für uns Bremer für Stuttgart-München; aber dafür solch ein Festesaufgebot!<sup>233</sup>

*Sonntag, 4. Mai 1947*

[...]

*Montag, 5. Mai 1947*

Sturm wegen des Judenmord-Urteils; Gewerkschaften und Parteien wollen öffentl[iche] Demonstration machen;<sup>234</sup> Rundfunkreden. – Nachm[ittags] Verfassungsdeputation; Sozialprogramm der SPD über Sozialisierung, Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftskammer.<sup>235</sup> Anschließend

<sup>231</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

<sup>232</sup> Das Reichserbhofgesetz vom 29.9.1933 wurde durch das Kontrollratsgesetz Nr. 45 vom 20.2.1947 aufgehoben und für Bremen durch das Bremische Höfegesetz in der Fassung vom 19.7.1948 ersetzt.

<sup>233</sup> Der Zug von Bremerhaven nach München durchlief alle Länder der US-Zone. Zivile Reisende benötigten für ihn besondere Zulassungskarten. Der erste Zug in Richtung München wurde am Abend des 3.5.1947 mit Ansprachen Kaisens und des Direktors des Railroad Branch der US-Militärregierung feierlich in Bremen verabschiedet. (Bericht im Weser-Kurier v. 7.5.1947).

<sup>234</sup> Auf Veranlassung der Betriebsräte legten ca. 50000 Bremer Arbeitnehmer am 7.5.1947 um 12.00 Uhr für fünf Minuten die Arbeit nieder, um gegen die Urteile im „Judenmord-Prozeß“ zu protestieren. Die SPD, die KPD, die KZ-Betreuungsstelle und die Israelitische Gemeinde veranstalteten am Nachmittag des 8.5. auf dem Domshof eine gemeinsame Kundgebung, an der Tausende von Bremern teilnahmen. (Weser-Kurier v. 10.5.1947, S. 3).

<sup>235</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

Bund für Kriegergräber (Theil und Frau Schepp).<sup>236</sup> Abend im Gästehaus. Staatsrat Ahlhorn<sup>237</sup> über Zusammenarbeit mit Theodor [Spitta].

*Dienstag, 6. Mai 1947*

Im *Senat* (Kaisen in Stuttgart)<sup>238</sup> mehrere, auch politisch wichtige Aussprachen. Wirtschaftliches; Kompensationsgeschäfte und Deputate.<sup>239</sup> Justiz: Urteil im Judenmordprozeß; Antrag Ewert, daß der Senat Urteil mißbilligen sollte, abgewehrt, (auch Ehlers und Wolters auf meiner Seite). Kleine Anfrage über Senator Wolters<sup>240</sup> von mir behandelt; mit kleinem Zusatz Vorschlag genehmigt. – Erst 2 1/2 Uhr Schluß der Sitzung.

Nachmittags Vortrag des in Minden abgesetzten Dr. Mueller<sup>241</sup> über „Entflechtung“ der Konzerne und Auflösung der Kartelle.

[...]

*Mittwoch, 7. Mai 1947*

Geburtstagsfrühstück [für Frau Spitta]. – Für mich stark belasteter Tag. Mr. Johnson lange bei mir; Frage des Oberlandesgerichts („nasty letter from OMGUS“);<sup>242</sup> Judenprozeß; Entlassung von 20 Gerichtsbeamten.

<sup>236</sup> Auguste Schepp-Merkel, 1886–1967, Sozialpolitikerin. Nach dem Tod ihres Ehemannes, des Rechtsanwalts Hans Schepp, im Ersten Weltkrieg (1918) Mitbegründerin und zweite Vors. der Vereinigung der Kriegshinterbliebenen, Beisitzerin im Reichsversorgungsgericht; 1919 Eintritt in die DDP, 1930–1933 MdBü, Vors. des Verbandes Norddeutscher Frauenvereine, nach 1945 im Volksbund für Kriegsgräberfürsorge und in der Jugendarbeit tätig. Vgl. Wedemeier (Hrsg.), *Unser Wilhelm Kaisen*, S. 8.

<sup>237</sup> Wilhelm Ahlhorn, 1873–1968. 1921 ORR, 1924–1933 Staatsrat in Oldenburg und erster stellvertretender Bevollmächtigter beim Reichsrat.

<sup>238</sup> Kaisen nahm an der 20. Sitzung des Länderrats des amerikanischen Besatzungsgebiets teil.

<sup>239</sup> Die Problematik der Kompensations- (Warentausch)geschäfte war am 2.5.1947 bei einer Tagung des Verwaltungsrats für Wirtschaft in Minden eingehend und kontrovers diskutiert und am Ende mit sieben gegen eine Stimme beschlossen worden, den Tauschverkehr außer bei Lebensmitteln in eng begrenztem Rahmen zuzulassen. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 388f.) Wolters schlug für Bremen eine Maximalquote von zehn Prozent vor, deren Einhaltung von den Betriebsräten kontrolliert werden sollte. Nolting-Hauff widersprach, weil damit das Geld nicht mehr als vollwertiges Zahlungsmittel anerkannt und die Steuerberechnung erschwert werde. Der Senat entschied sich für eine gesetzliche Regelung gemäß den Mindener Beschlüssen. (Senatsprotokoll 6.5.1947, StAB: 3/3). Nach Einsprüchen aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden die Bestimmungen über die prozentuale Begrenzung gestrichen und Kompensationsgeschäfte mit Lebensmitteln ausdrücklich verboten. Die Kontrollbefugnis der Betriebsräte stieß bei der Handelskammer auf heftigen Widerstand, der aber ausgeräumt werden konnte. (Senatsprotokoll 27.5. und 17.6.1947, ebenda). Die allgemeine Problematik behandelt an einem überregional bedeutsamen Fall: Wolfgang Benz, *Zwangswirtschaft und Industrie*, in: VfZ 32 (1984), S. 422–440.

<sup>240</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

<sup>241</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 104.

<sup>242</sup> OMGUS lehnte den Plan eines gemeinsamen OLG Hamburg-Bremen ab, vgl. Kap. 4, Anm. 163 und 168.

Nachmittags Fraktionssitzung; anschließend mit Apelt, Harmssen und Wenhold Sozialisierung.

[...]

*Donnerstag, 8. Mai 1947*

Amtlicher Hochbetrieb. Keine Zeit zu gründlicher Bearbeitung. Nachmittags Bürgerschaft. Aussprache über das Urteil im Judenprozeß. Ich muß durch eine Rede eingreifen und die Richter vor persönlichen Verunglimpfungen schützen.<sup>243</sup> Anschließend Demonstration auf d[em] Domshofe gegen das Urteil.<sup>244</sup> Besprechung mit Harmssen und Apelt über meine neuen Vorschläge zur Sozialisierung.<sup>245</sup>

[...]

*Freitag, 9. Mai 1947*

8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr übliche Konferenz mit Feine und Carstens bis 9<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr. 10 Uhr bis 1<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr *Senat*. Während der Senatssitzung Prieß aus Hamburg sowie Lahusen, Feine, Carstens; nachher noch einmal mit ihnen [über das gemeinsame Oberlandesgericht].

Abends 8 bis 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Fraktion über Verfassung (Sozialisierung). Zahlreiche andere Besprechungen, meist telephonisch, den ganzen Tag. Dabei die sachlich und politisch wichtigsten Fragen zu entscheiden.

Im *Senat* Entnazifizierungsgesetz und Durchführungsverordnung, Haushalt 1946, Judenmörder-Prozeß, amerikan[isches] Strafverfahren gegen Senatssyndikus tom Moehlen wegen angeblicher Fragebogenfälschung (Beurlaubung).<sup>246</sup> Kaisens Explosion gegen die Richter.<sup>247</sup>

Mit Prieß und den anderen Juristen Frage des gemeinsamen Hanseatischen Oberlandesgerichts; Prieß ist zu spät gekommen; vorläufig selbständiges „Hanseatisches O[ber][landes]g[ericht] in Bremen“;<sup>248</sup> „contact“ mit Hamburg.

Presseberichtigung im Judenprozeß, durch Kaisens Einstellung unmöglich geworden.

<sup>243</sup> Die Feststellung des KPD-Abgeordneten Schimmeck, daß der Vorsitzende Richter im Prozeß gegen die Brüder Behring seit 1933 verschiedenen NS-Organisationen und seit 1937 der NSDAP angehört habe, versuchte Spitta durch den Hinweis zu relativieren, daß er von der US-Militärregierung zugelassen worden sei. Der Forderung der SPD und KPD nach Wiederherstellung von Schöffengericht und Geschworenengericht stimmte er zu, widersprach aber der Behauptung Stockhingers (SPD), daß die Berufsrichter reaktionär seien. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 201–202).

<sup>244</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 234.

<sup>245</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

<sup>246</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 339.

<sup>247</sup> Kaisen forderte Maßnahmen gegen politisch belastete Richter. (Senatsprotokoll 9.5.1947, StAB: 3/3).

<sup>248</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 441; Kap. 3, Anm. 163 und 168.



Abends in der Fraktion Bedenken gegen Versuch einer Verständigung über Sozialisierung, schließlich mein neuer Vorschlag gebilligt.<sup>249</sup>

[...]

*Samstag, 10. Mai 1947*

[...]

Feine und Carstens erboten sich, mir alle laufende Arbeit abzunehmen, damit ich für die wichtigen Ausarbeitungen und Verhandlungen frei würde. Appell an mich, mich zu schonen.

Verhandlung mit Mr. Fletcher über den Judenmörder-Prozeß. Aufklärung der falschen Übersetzung („First degree murder, second degree murder, manslaughter“). Besprechung mit Kaisen über seine Rundfunkrede (Judenprozeß) und meine neuen Sozialisierungsvorschläge.

[...]

*Sonntag, 11. Mai 1947*

Neue Sommerzeit, nunmehr zwei Stunden Abweichung!<sup>250</sup> [...] Nachmittags und abends mit Paula im Blockland bei Sanders. Im Stadtwald erste Nachtigall. Wenig Wasservögel, keine Kiebitze.

*Montag, 12. Mai 1947*

Kaisen hat meine Sozialisierungsvorschläge *als seine* an SPD gegeben, um sie durchzudrücken.<sup>251</sup> In der Verfassungsdeputation zeigt sich, daß Kaisens alter Einfluß nicht mehr vorhanden; die SPD hält im wesentlichen an ihren eigenen Vorschlägen fest. Nach fruchtloser Aussprache von zweieinhalb Stunden kleiner Ausschuß aus je einem Vertreter der fünf Parteien und mir zur Verständigung und Klärung.

Eineinhalb Stunden mit Lahusen über Gerichtsfragen, auch Personelles des Oberlandesgerichts.<sup>252</sup> [...]

*Dienstag, 13. Mai 1947*

Zuerst fünfviertel Stunden mit Feine und Carstens. Dann Besprechung mit Kaisen über Sozialisierung und „Adjutant“. Kaisen sagt von seinen SPD-

<sup>249</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

<sup>250</sup> 1945 bis 1949 galt in Deutschland, wenn auch nicht in allen Orten, die Sommerzeit, teilweise sogar die doppelte Sommerzeit mit zweistündiger Zeitverschiebung. Trotz eines Protestes der Bürgerschaft am 8.5.1947 hatte der Senat einen erneuten Vorstoß bei der Militärregierung zur Reduzierung der Zeitverschiebung abgelehnt. Vgl. Breitenfeldt, Sommerzeit, S. 406f.

<sup>251</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

<sup>252</sup> Nach der Entscheidung der US-Militärregierung bzgl. der Errichtung eines selbständigen OLG Bremen mußte über die Stellenbesetzung entschieden werden.

Leuten: „Die leben ja auf dem Mond.“ Im *Senat* Oberlandesgericht, Beschluß der Bürgerschaft über Judenurteil usw.<sup>253</sup>

In Kaisens Abwesenheit seinen 60. Geburtstag besprochen.

[...]

Nachm[ittags] Theo[dora] Dalchau;<sup>254</sup> ihre Entlassung beim Special Branch. 6½ bis 9 Uhr mit Dr. Leist Dinner bei Miss Meads.

*Mittwoch, 14. Mai 1947*

Nachm[ittags] Sonderausschuß der Verfassungsdep[utation]; Versuch einer Verständigung über die Sozialisierung; nur teilweise geglückt.<sup>255</sup>

[...]

Abends kein Wasser. Solche Störungen sind jetzt seltener. Nur Gas gibt es nach der Brückenkatastrophe dieses Jahres<sup>256</sup> am rechten Weserufer wenig. Eisenbahnbrücke und Notbrücke bei der Wachtstraße sind aber wiederhergestellt.

*Donnerstag, 15. Mai 1947, Himmelfahrtstag*

[...]

*Freitag, 16. Mai 1947*

Kaisen grippekrank. – Ich arbeitsüberlastet. Kurzer Senat. Mit Wolters über die Anschuldigungen gegen ihn.<sup>257</sup>

[...]

*Samstag, 17. Mai 1947*

Bunkersprengungen. Versuch, sie zu verhindern. Sprengung beim Joseph-Stift (Erdbunker). Kein Schaden der Kleingärten darüber. Alt von der „Neuen Zeitung“ über Zweite Kammer in Bremen.<sup>258</sup>

[...]

<sup>253</sup> Spitta unterrichtete den Senat über die Anordnung der Militärregierungen in Hamburg und Bremen vom 5.5.1947, gemäß einer endgültigen Entscheidung aus Berlin die Trennung des OLG unverzüglich durchzuführen. – Der Forderung der Bürgerschaft nach Einsetzung von Laienrichtern wollte Spitta im Zusammenhang mit der Anpassung der Strafrechtspflegeordnung an die Regelungen in den süddeutschen Ländern schnell entsprechen (Senatsprotokoll 13.5.1947, StAB: 3/3).

<sup>254</sup> Theodora Dalchau, geb. Kippenberg, Patentochter Spittas, in den USA aufgewachsen, seit Juli 1946 beim Special Branch (Entnazifizierungsabteilung) der Bremer Militärregierung angestellt, anschließend bis 1952 im Büro des Land Commissioners für Bremen.

<sup>255</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

<sup>256</sup> Vgl. Eintragungen vom 18. und 19.3.1947; Kap. 4, Anm. 189.

<sup>257</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 151.

<sup>258</sup> Helmut Alt, Journalist, arbeitete 1947–1951 in Bremen für Die Neue Zeitung. Eine amerikanische Zeitung für die deutsche Bevölkerung. In ihr erschien am

*Sonntag, 18. Mai 1947*

[...]

*Montag, 19. Mai 1947*

[...]

Nachmittags] Verfassungsausschuß; Fortschritte in der Frage der Sozialisierung, da nur wenige anwesend, ich zunächst allein mit dem SPD-Vertreter Stockhinger.<sup>259</sup>

[...]

*Dienstag, 20. Mai 1947*

Eine Flut von Sachen, besonders aus Stuttgart [vom Länderrat], mit Feine und Carstens.

Kaisen wieder im *Senat*, aber [von seiner Grippeerkrankung] noch angegriffen.

Nachmittags Reden von Dunn und Kaisen im Rathaus;<sup>260</sup> offenbar hat Washington seine Governors angewiesen, die schlechte Stimmung, zum Teil auch Verzweiflung des deutschen Volkes, zu „besprechen“. Übrigens

19.5.1947 ein Artikel über das Zweikammer-System, das allein in der bayerischen Verfassung von 1946 vorgesehen war: Neben dem Landtag sollte ein 60köpfiger Senat aus Vertretern der verschiedenen Wirtschaftsbereiche, der Gewerkschaften und Wohlfahrtsorganisationen, der Wissenschaft und der Gemeinden gebildet werden, entgegen den ursprünglichen Plänen der CSU aber keine gesetzgeberische, sondern nur gutachterliche Funktion erhalten. Die bayerische Landesregierung legte im Mai 1947 den Entwurf eines Senatsgesetzes vor, wodurch die Diskussion neu belebt wurde. Spittas Stellungnahme wird in dem Artikel der Neuen Zeitung nicht erwähnt, sie war aber in bezug auf Bremen im Hinblick auf das bewährte Deputationssystem sicher negativ.

<sup>259</sup> Carl Stockhinger, 1894–1951. Schriftsetzer, Md. des Bundesvorstands des Deutschen Buchdruckerverbandes, seit 1914 Md. der SPD, 1920–1922 USPD, dann wieder SPD, seit 1931 SAP-Vors. in Bremen, 1933–1945 wiederholt verhaftet, 1945 Md. der KGF und SPD, 1946–1951 MdBü, Fraktionsvors.

<sup>260</sup> Der Direktor der Bremer Militärregierung, Thomas F. Dunn, sprach vor Vertretern des Senats, der Bürgerschaft und der Gewerkschaften über die Ernährungsprobleme, die noch einige Wochen bis zur Ankunft neuer Lieferungen aus den USA andauern würden. Er verwies auf die umfangreichen Lebensmittellieferungen der USA und Großbritanniens an Deutschland, anerkannte ausdrücklich die „ausgezeichnete Arbeit“ der Bremer Hafenarbeiter und Seeleute, die die Versorgung der britisch-amerikanischen Zone Deutschlands und Österreichs sichergestellt hätten, und übte scharfe Kritik an den deutschen landwirtschaftlichen Erzeugern, die einen Teil ihrer Produkte für Schwarzmarktgeschäfte zurückhielten. (Weser-Kurier Nr. 40 v. 21.5.1947).

bei den Wahlen der französ[ischen] Zone keine Stärkung der Kommunisten; die CDU hat etwas verloren, die SPD etwas gewonnen.<sup>261</sup>

[...]

*Mittwoch, 21. Mai 1947*

[...]

Besprechung bei Kaisen mit Dekan Ohrmann und Lübbers<sup>262</sup> über Schulfragen. Mühe und Schwierigkeiten in der Justiz; zwei Staatsanwälte als Fragebogenfälscher und Nazis enthüllt. Klage der Richter über Presseangriffe. Amtsmüdigkeit Lahusens.

[...]

*Donnerstag, 22. Mai 1947*

9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Glückwunsch des Senats [zum 60. Geburtstag] bei Kaisen. Meine Rede und der ganze Hergang wurde vom Rundfunk aufgenommen; so gibt es nichts Privates mehr!<sup>263</sup>

Nachmittags Bürgerschaft. Besprechung mit Stockhinger (SPD) über Sozialisierung; weitere Annäherung.

[...]

*Freitag, 23. Mai 1947*

[...]

Besprechung mit Feine und Carstens. Anschließend Senat. Zimmerfrage; ich gegen Präsidium und Kanzlei der Bürgerschaft im Rathaus. Nachmittags Verfassungsausschuß; *Verständigung in der Sozialisierungsfrage* (Entgegenkommen der SPD).<sup>264</sup>

In der Wittheit Vortrag Rud[olf] Al[exander] Schröders über Schillers Gedichte. Anschließend Abendessen im Essighaus.

<sup>261</sup> Am 18.5.1947 hatten in den drei Ländern der Französischen Zone Landtagswahlen und Volksabstimmungen über die demokratischen Verfassungen stattgefunden. Bei den Wahlen gewannen die Parteien die folgenden Mandate/prozentualen Stimmenanteile:

|         | Rheinland-Pfalz | Baden    | Württemberg-Hohenzollern |
|---------|-----------------|----------|--------------------------|
| CDU     | 48/47,2%        | 34/55,9% | 32/54,2%                 |
| SPD     | 34/34,3%        | 13/22,4% | 12/20,8%                 |
| DVP/LDP | 11/ 9,8%        | 9/14,3%  | 11/17,7%                 |
| KPD     | 8/ 8,7%         | 4/ 7,4%  | 5/ 7,3%                  |

(Ritter/Niehuss, Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, S. 129).

<sup>262</sup> Heinrich Ohrmann, 1885–1966. 1913 Priesterweihe, 1947–1961 Dechant der Katholischen Kirche Bremens, Propst von St. Johann. – Wilhelm Lübbers, 1911–1986. 1936–1947 Vikar, 1947–1958 Pastor in Bremen, St. Elisabeth.

<sup>263</sup> Bericht mit kurzer Inhaltsangabe der Rede Spittas im Weser-Kurier Nr. 41 v. 24.5.1947, S. 3.

<sup>264</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

*Samstag, 24. Mai 1947*

Wichtige Besprechungen mit Aeversmann, später mit Lahusen über Entnazifizierung, Besetzung der Spruchkammern,<sup>265</sup> Oberl[andes-]gericht.  
[...]

*Sonntag, 25. Mai 1947, Pfingsten*

Für mich Arbeitstag, da ich den Vortrag über Verfassungsfragen in der Volkshochschule vorbereiten muß.<sup>266</sup> Meine Absicht, im geschichtl[ichen] Gewande allgemeine Grundsätze, besonders auch über die Stellung der Richter, zu entwickeln.

*Pfingstmontag, 26. Mai 1947*

Arbeit für Vortrag. 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr im Haus des Reichs mit Amerikanern (Watterman und Fletcher) Luncheon und Verfassungsfragen.  
[...]

*Dienstag, 27. Mai 1947*

Mit Feine und Carstens. – Senat. – Vorschlag für d[as] Oberlandesgericht an Militär-Reg[ierung] (Johnson).<sup>267</sup> – Merkwürdige Vorschläge der süd[deutschen] Länder für eine (provisorische) deutsche Staatengemeinschaft; Gesetzgebungsbefugnisse mit allmächtigem Volksrat (aus Vertretern der Landtage).<sup>268</sup> – Karfreitagspredigt von Prof[essor] Thielicke in Stuttgart mit Anklagen gegen die Besatzungsmächte.<sup>269</sup> [...]

<sup>265</sup> Nach dem Inkrafttreten des „Befreiungsgesetzes“ in Bremen am 9.5.1947 (vgl. Kap. 3, Anm. 408) mußten die in ihm vorgesehenen Spruchkammern gebildet und besetzt werden.

<sup>266</sup> Das Manuskript dieses am 28.5.1947 gehaltenen Vortrags ist im NL Spitta nicht vorhanden; der Weser-Kurier berichtete in Nr. 43 v. 31.5.1947, S. 3 darüber.

<sup>267</sup> Vorschlag für die personelle Besetzung des selbständigen OLG Bremen.

<sup>268</sup> In Vorbereitung der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz am 6./7.6.1947 wurde im Büro für Friedensfragen (US-Zone) am 25.5.1947 ein Entwurf des hessischen Staatssekretärs Hermann L. Brill beraten, durch einen Vertrag der Länder der drei Westzonen und der West-Sektoren Berlins eine „Deutsche Staatengemeinschaft“ als Ersatz für einen deutschen Gesamtstaat zu bilden. Diese Staatengemeinschaft sollte auf den Gebieten der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und Ernährung, des Verkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, der Finanzen und der Arbeit gemeinsame Regelungen treffen und die Einzelstaaten gegenüber den Besatzungsmächten vertreten. Als Organe waren ein Verwaltungsrat (Staatenrat) und ein Volksrat vorgesehen, der von den Landtagen der Einzelstaaten gewählt und als oberstes Gremium der Staatengemeinschaft die gesetzgebende Gewalt ausüben sollte. Dem Staatenrat, bestehend aus Vertretern der Regierungen der Einzelstaaten, waren die Aufgaben der Exekutive zugedacht. Der Plan, der u.a. von der SPD unter Führung Schumachers scharf abgelehnt wurde, stand bei der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz nicht zur Debatte. Er blieb in der Öffentlichkeit weithin unbekannt und ohne Wirkung. Spitta lernte ihn durch die Bremer Vertreter (Schütte und

*Mittwoch, 28. Mai 1947*

Abends Vortrag in der Volkshochschule (Kaminsaal) über Verfassungsfragen (England, Amerika, Stellung der Richter).

*Donnerstag, 29. Mai 1947*

[...]

*Freitag, 30. Mai 1947*

Kaisen reist für 1½ Wochen nach Stuttgart und München.<sup>270</sup> Im Senat: Neuorganisation der amerik[anischen] und brit[ischen] Zone (Wirtschaftsrat);<sup>271</sup> Parlament und Staatenrat.<sup>272</sup>

Oberlandesgericht Bremen. – Nachm[ittags] Verfassungsdep[utation]: *Sozialisierungskompromiß genehmigt*. Kampf um die Wirtschaftskammer.<sup>273</sup>

Heinemann) kennen, die an der Beratung am 25.5.1947 teilnahmen. (Vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 437–443).

<sup>269</sup> Der Text und eine eingehende Analyse der Predigt findet sich bei: Andreas Richter-Böhne, Unbekannte Schuld. Politische Predigt unter alliierter Besatzung, Stuttgart 1989. Den Predigttext „Es muß ja Ärgernis kommen; doch wehe dem Menschen, durch welchen Ärgernis kommt!“ bezog Thielicke auf die Besatzungsmächte. Er warf ihnen vor, sie hätten von Menschenrechten, Demokratie und christlicher Gesittung gesprochen, aber Unrecht getan (S. V) durch ihre Behandlung der Internierten, Flüchtlinge und Kriegsgefangenen, durch die Vertreibung und die Entnazifizierung, die „Seelenmord“ und „Glaubensmord“ (S. VI) seien. Seine Erinnerung an die deutsche Schuld trat hinter diesen Anklagen zurück.

<sup>270</sup> Kaisen nahm an der 21. Tagung des Länderrats am 2./3.6.1947 in Stuttgart, an den Vorbesprechungen für die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz am 6./7.6.1947 und dann an dieser Konferenz teil.

<sup>271</sup> Am 29.5.1947 unterzeichneten Clay und Robertson ein Abkommen über die Neuorganisation der bizonalen Verwaltung. In ihm war die Bildung eines Wirtschaftsrats vorgesehen, dessen 54 (später 52) Mitglieder nach der Bevölkerungszahl der Länder von den Länderparlamenten gewählt werden sollten, und zwar entsprechend der Stärke der Parteien bei den letzten Landtagswahlen. In seine Kompetenz fielen alle wirtschaftlichen Fragen im weiten Sinne, im wesentlichen die Aufgaben der bereits bestehenden fünf bizonalen Verwaltungsämter. Er konnte mit einfacher Mehrheit entscheiden; von ihm beschlossene Gesetze und Verordnungen mußten aber von „Bipartite Board“ der britisch-amerikanischen Militärregierung genehmigt werden, bevor sie von den Ländern in Kraft gesetzt wurden. Ein Exekutivausschuß aus je einem Vertreter eines Landes sollte Gesetze vorschlagen, Ausführungsbestimmungen erlassen und die Durchführung überwachen, also in dem begrenzten Zuständigkeitsbereich die Funktionen einer Regierung wahrnehmen. Obwohl die amerikanische und die britische Militärregierung darauf bestanden, daß der Wirtschaftsrat kein politisches Gremium darstelle, hatten nun die Parteien die Chance, auf überzionaler Ebene Einfluß auszuüben (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 35f.).

<sup>272</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 268.

<sup>273</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 229. Der Artikel 46 der bremischen Verfassung über die Wirtschaftskammer erhielt schließlich folgende Fassung: „Zur Förderung der Wirt-

Abends in der Wittheit Vortrag Prof[essor] Kuskes (Köln)<sup>274</sup> über „Entwicklung der Weltwirtschaft Deutschlands“. Nachher im Gästehause, bis gegen 11 Uhr im Freien auf der Veranda.

*Samstag, 31. Mai 1947*

[...]

Besprechung mit Harmssen und Wenhold; bremische Vertreter im neuen bizonalen Wirtschaftsrat?<sup>275</sup> Gestaltung der bremischen Wirtschaftskammer?

Nachmittags Wilh[elm] Röpke: „Die deutsche Frage“ [gelesen].<sup>276</sup> Nach dem Abendessen in Rickmers Park; Rhododendron-Blüte. Kaum jemals ist die Natur im Mai so sommerlich gewesen: Akazien und Rosen blühen; in den Vorgärten duftet der Jasmin. Um 11 Uhr abends noch 22 Grad.

Bei dem Wasserbedürfnis die Einschränkungen und Absperrungen doppelt empfindlich. Ich entbehre auch sehr eine Badestube, zumal die öffentliche Badeanstalt seit Herbst aus Kohlenmangel geschlossen ist.

*Sonntag, 1. Juni 1947*

[...]

*Montag, 2. Juni 1947*

Besprechung mit Vizepräsident Koch<sup>277</sup> vom Zentraljustizamt über Carstens (Oldenburg), Oberlandesgericht der Hansestädte, Zentraljustizamt für beide Zonen.<sup>278</sup>

[...]

schaft und der Sozialpolitik wird eine Wirtschaftskammer errichtet. Sie ist paritätisch durch Vertreter der Unternehmer und Arbeitnehmer zu bilden und zu verwalten. Das Nähere regelt das Gesetz.“ Die in der Verfassung von 1920 vorgesehenen Kammern (Handels-, Gewerbe-, Landwirtschafts-, Kleinhandels-, Angestellten- und Arbeiterkammer) bestanden aufgrund von Sondergesetzen fort. (Vgl. Spitta, Kommentar, S. 105f.).

<sup>274</sup> Dr. phil., Dr. jur. h.c. Bruno Kuske, 1876–1964, seit 1917 ordentl. Professor für Nationalökonomie (Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsraumlehre) in Köln.

<sup>275</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 271.

<sup>276</sup> Dr. Wilhelm Röpke, 1899–1966, Nationalökonom, führender Vertreter des Neoliberalismus, seit 1924 Professor in Jena, Graz, Marburg, seit 1933 in Istanbul, 1937–1966 in Genf. – W.R., Die deutsche Frage, Erlenbach – Zürich 1945 (252 S.), 2. Aufl. 1946, 3. Aufl. 1948 (amerikanische Ausgabe 1944).

<sup>277</sup> Dr. jur. Ekhard Koch, geb. 1902. Neffe des früheren Reichsministers Erich Koch-Weser, seit 1929 Rechtsanwalt, 1945/46 OLG-Präs. in Oldenburg, 1.10.1946–31.3.1950 Vizepräs. des Zentral-Justizamts der Britischen Zone, 1950–1953 wieder Präs. des OLG Oldenburg, 1955–1959 Staatssekretär und Bevollmächtigter Niedersachsens beim Bund, 1960–1965 Präs. des OLG Celle. Zu Carstens vgl. Eintragung vom 4.6.1945, biographische Anmerkungen über ihn ließen sich nicht ermitteln.

<sup>278</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 142.

*Dienstag, 3. Juni 1947*

[...]

Senat. – Mit Paulmann Personenfrage des OLG. Paulmann erschöpft, überarbeitet, nervös, weil für keine gründliche Arbeit Zeit. Unser aller Los.

[...]

*Mittwoch, 4. Juni 1947*

Kaisers-Vertretung bringt oft wunderliche Sachen; die wunderlichsten Wünsche kommen an ihn; so soll er Frau Ludendorff<sup>279</sup> helfen! Nachm[it-tags] Verfassungsdep[utation]; SPD widerruft ihre Zustimmung zum Sozialisierungsgesetz<sup>280</sup> (Einfluß Oskar Schulzes). Gegensätze in der Wirtschaftskammerfrage. Ablehnung der Wünsche Fletchers auf Berichterstattung (dagegen Rundfunk und offizielle Mitteilung durch Feine).

[...]

*Donnerstag, 5. Juni 1947*

[...]

Meine Vertretung Kaisers macht mir noch klar[er], wie schlecht Mester das Ernährungsressort verwaltet und wie groß die Spannung mit der Kreisbauernschaft (Bölken) und dem Holzhandel (Hillmann) ist. Mesters Abhängigkeit von Wellenbrink.<sup>281</sup>

Mit Lahusen viel Justizverwaltung; Vertrauensverhältnis und große Hilfe durch ihn. Bedrohung der Justiz durch Entnazifizierung bei den Kanzleibeamten.

*Freitag, 6. Juni 1947*

Kaisers Vertretung macht viel Unruhe und Sorge. Dazu Entnazifizierung beim Gericht; Gefahr, Gerichtsabteilungen schließen zu müssen. Unterredung mit Aevermann. Im Senat Problem der Nordd[utschen] Hütte. (Zement- und Gas-Werk).<sup>282</sup>

<sup>279</sup> Dr. med. Mathilde Ludendorff, geb. v. Kemnitz, 1877–1966. Heiratete 1926 den ehemaligen Ersten Generalquartiermeister Erich L., der 1916–1918 über die 2. Oberste Heeresleitung großen politischen Einfluß ausübte, in der völkischen Bewegung der Weimarer Republik aber nur noch eine zweitrangige Rolle gespielt hatte. Das Ehepaar Ludendorff kämpfte mit seinem 1925 gegründeten Tannenbergbund gegen Freimaurer, Juden, Jesuiten und Marxisten, für eine rassistisch definierte „Deutsche Gotterkenntnis“, wobei es selbst fast kultische Verehrung beanspruchte.

<sup>280</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

<sup>281</sup> Heinrich Wellenbrink, geb. 1896. Landrat a.D., Kaufmann in Bremen, Vertreter des Landes Bremen im Ernährungs- und Landwirtschaftsrat in Stuttgart.

<sup>282</sup> Die Norddeutsche Hütte stand auf der Demontageliste. Die Bremer Militärregierung hatte aber zugesagt, sich im Interesse des Wohnungsbaus für den Erhalt des



*Abreise der ostdeutschen Ministerpräsidenten von München* vor Beginn der Verhandlungen.<sup>283</sup> Interview darüber – dürftig, da ich noch nichts Näheres weiß; nur Bedauern. Die eigentliche Sorge und Trauer konnte ich nicht aussprechen – die Sorge, daß sich die Kluft nach der russischen Zone vertieft, und die Trauer, daß diese Zerreißung Deutschlands durch die Deutschen selbst herbeigeführt wird.

[...]

*Samstag/Sonntag, 7./8. Juni 1947*

[...]

*Montag, 9. Juni 1947*

[...]

Längere Besprechung mit Kaisen; er erzählt von der Minister[präsidenten]konferenz in München. „Wenn unsere Enkel die Protokolle lesen, werden sie sagen: Was müssen das für Tölpel gewesen sein, daß sie sich nicht einigen konnten!“<sup>284</sup>

Zementwerks einsetzen zu wollen. Auch das Gaswerk wurde im Dez. 1947 für die Versorgung der Bevölkerung in Bremen, Oldenburg, Delmenhorst und Wilhelmshaven herangezogen. Vgl. Kap. 4, Anm. 315.

<sup>283</sup> Nach vorbereitenden Gesprächen mit Repräsentanten aller vier Zonen hatte der bayerische Ministerpräs., Hans Ehard, seine Kollegen für den 6./7.6.1947 zu einer Konferenz nach München eingeladen, um trotz des Scheiterns der Moskauer Außenministerkonferenz Möglichkeiten zu innerdeutscher Zusammenarbeit zu schaffen. Die Ministerpräs. der SBZ hatten eine Teilnahme zunächst abgelehnt, waren dann aber überraschend erschienen und nach den vorbereitenden Besprechungen am Vorabend der Konferenz wieder abgereist, weil sie sich mit ihrem Vorschlag für die Tagesordnung nicht durchsetzen konnten. Ihre Forderung, an erster Stelle über „die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates“ zu verhandeln, wirkte wie ein Sprengsatz, da die SPD die ihr angehörigen Ministerpräs. verpflichtet hatte, mit SED-Vertretern nur über die aktuellen Alltagsprobleme, nicht aber über weiterreichende Fragen der Verfassungspolitik zu sprechen, und da die französische Militärregierung ihren Ministerpräs. die Auflage gemacht hatte, primär über gemeinsame Wirtschaftsaufgaben zu beraten und bei politischen Diskussionen eine streng föderalistische Position zu vertreten. Über das Scheitern dieser letzten Vierzonenkonferenz gibt es eine umfangreiche Literatur, vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 37–44 mit den weiterführenden Literaturangaben; Overesch, Deutschland 1945–1949, S. 122–126.

<sup>284</sup> Das Protokoll der Vorbesprechung mit den Ministerpräs. der SBZ ist abgedruckt in: Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 485–510. Den Vorschlag der Ministerpräs. der „Ostzone“ für die Tagesordnung lehnte als erster Kaisen ab, da die Pläne zur Schaffung einer deutschen Zentralverwaltung mit einer politischen Spitze sowohl von den westlichen Besatzungsmächten als auch von den Parteien der „Westzone“ (!) abgelehnt wurden (S. 490).

Besprechung über Wirtschaftsrat; der junge Roßmann<sup>285</sup> für den Exekutiv-Ausschuß?<sup>286</sup> Ich bringe die Schwierigkeiten mit Mester zur Sprache.<sup>287</sup> – Ehlers an Tb erkrankt; ein großer Verlust amtlich und menschlich. – Mit Lahusen über die kritische Lage des Gerichts (Entnazifizierung).  
[...]

*Dienstag, 10. Juni 1947*

Bei den Amerikanern (General<sup>288</sup> Parkman) Verfassungsfragen. Angenehme Verhandlung. – Nachher Senat.  
[...]

*Mittwoch, 11. Juni 1947*

Vorm[ittags] amtlicher Hochbetrieb.

Nachm[ittags] dreistündige Verfassungsberatung; wesentliche Fortschritte in den Wirtschaftsfragen.

Abends Röpke „Die deutsche Frage“ beendet; offenbar beeinflusst Röpkes Rat und Ansehen die Besatzungsmächte bei ihrer Politik, die Länder möglichst autonom zu gestalten. Wirtschaft und Finanzen erfordern aber ein einheitliches Deutschland.

*Donnerstag, 12. Juni 1947*

Bei Militär-Reg[ierung] Verfassungsfragen; Termin für Wahl und Volksentscheid 12. Oktober [1947]. Das bedeutet Fertigstellung der Verfassung bis Anfang August.

<sup>285</sup> Lothar Roßmann, Sohn des Generalsekretärs des Länderrats der US-Zone, Erich Roßmann. Der Bremer Senat hatte ursprünglich den Leiter des Wirtschaftsamts, Mittendorff, als Vertreter Bremens im Exekutivrat vorgesehen, die Entscheidung aufgrund eines Anrufs Kaisers aus Stuttgart am 3.6.1947 aber zurückgestellt. Bei einer Tagung des SPD-Parteivorstands mit den SPD-Ministerpräs. in Frankfurt am 30.5./1.6.1947 war an Stelle Mittendorffs Lothar Roßmann ins Gespräch gebracht worden, den der Senat am 17.6.1947 auch nominierte. Wegen einer OMGUS-Direktive vom 19.6.1947, daß die Vertreter im Exekutivrat Einwohner des entsendenden Landes sein mußten, konnte der Beschluß jedoch nicht realisiert werden, und so wurde am 24.6.1947 Mittendorff mit dem Amt betraut (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 182f.).

<sup>286</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 271 und 298.

<sup>287</sup> Differenzen zwischen dem für Ernährung und Landwirtschaft zuständigen Senator, Mester, und Bölken, der als Vors. der Kreisbauernschaft immer noch öffentliche Aufgaben im Bereich der Lebensmittelversorgung wahrnahm. Mester warf der Kreisbauernschaft vor, mit fingierten Ablieferungszahlen zu operieren. Diese opponierte gegen eine Anfang Juni durchgeführte Neuorganisation der Ernährungs- und Landwirtschaftsverwaltung, durch die die Ablieferung von Nahrungsmitteln nicht verbessert werden könne. (Senatsprotokoll 3.6.1947, StAB: 3/3).

<sup>288</sup> Der Leiter der Civil Administration Division von OMGUS, Henry Parkman, war nach Ausweis seiner Unterschrift auf einem Dokument Zivilist; 1946 führte er allerdings noch den Titel „General“.

Nachmittags Bürgerschaft. Ausgezeichnete Rede Kaisens über Wirtschaftsrat und Wirtschaft.<sup>289</sup> Wahl Oskar Schulzes in den Wirtschaftsrat mit 52 Stimmen der Sozialisten gegen 27 nichtsozialistische Stimmen (für Martin Wilkens). – Unangenehmer Dringlichkeitsantrag der SPD wegen Personalien in den Strafanstalten.<sup>290</sup>

Sperren in Gas, Wasser und elektr[ischem] Strom sehr unangenehm.

[...]

#### *Freitag, 13. Juni 1947*

8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 9<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr mit Feine und Carstens. 10 bis 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Senat. Verfassungsfragen usw. Neue Beamtenentlassungen. Kurz vor Beginn des Spruchkammerverfahrens!<sup>291</sup> Einige Verwaltungen, auch Abteilungen der Gerichte, vor dem Erliegen. – Nachm[ittags] mit Bollinger Verhältnisse der Staatsanwaltschaft und des Strafvollzuges.

[...]

#### *Samstag, 14. Juni 1947*

Viel[e] Personalangelegenheiten. Wenig Ruhe zur Durcharbeit der Verfassung.

[...]

#### *Sonntag/Montag, 15./16. Juni 1947*

[...]

#### *Dienstag, 17. Juni 1947*

Im Senat Fragen des neuen Wirtschaftsrates und des Exekutivausschusses.<sup>292</sup> Roßmann Vertreter Bremens, Harmssen Vertreter des Senatspräsi-

<sup>289</sup> Auf Drängen der Militärregierung mußte der Bremer Vertreter im Wirtschaftsrat überraschend schon in dieser Sitzung gewählt werden. Kaisen übte in seiner Rede scharfe Kritik an dem am 26.3.1946 von den Alliierten verkündeten Industrieplan, der „nicht das Papier wert (sei), auf das er geschrieben ist“, und vom Wirtschaftsrat dringend revidiert werden müsse. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 213–217).

<sup>290</sup> Nach dem Dringlichkeitsantrag sollten die Personalangelegenheiten der ehemaligen Reichsbehörden, darunter der Justiz- und Gefängnisverwaltung, wie bei den übrigen Bremer Behörden zentral von der Regierungskanzlei erledigt werden. Der Antrag wurde angenommen. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 213, 219–220).

<sup>291</sup> Das in der US-Zone geltende „Gesetz über Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ war in Bremen erst zum 9.5.1947 in Kraft getreten und danach mit der schwierigen Bildung der Spruchkammern begonnen worden. Bis zum 12.7.1947 mußten die Fragebögen für die Spruchkammerverfahren eingereicht werden, die Ende Juli begannen. Im Land Bremen gingen 344000 Fragebögen ein, darunter 58000 aus Bremerhaven.

<sup>292</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 271, 285, 298.

dentem. Kaisen will Mitwirken der Kaufmannschaft, muß aber dem Druck nachgeben, ein SPD-Mitglied in den Exekutivausschuß zu schicken.

Nachmittags versucht Kaisen, in Besprechung mit Ehlers, Paulmann, Aevertmann und mir eine Verständigung für die Schulfragen in der Verfassung zu erreichen; es belaste sein Gewissen, das, was die Nazis den Katholiken abgezwungen, nicht wieder herzustellen;<sup>293</sup> man müsse die religiösen Gefühle achten, auch wenn man sie nicht teile oder verstehe. Paulmanns Kompromißvorschlag ging dahin, in den Gemeinschaftsschulen auch konfess[ionellen] Religionsunterricht zuzulassen. Ich bin für Gemeinschaftsschule, sträube mich aber dagegen, daß eine gegenwärtige Mehrheit auf diesem empfindlichen Gebiete die Minderheit durch die Verfassung vergewaltigt. Übergangsbestimmung? Zustand bis 1950 unverändert? Ich habe nach dieser Aussprache wenig Hoffnung, daß eine Verständigung erreicht werden kann. Dann ist eine Annahme der Verfassung nur mit geringer Mehrheit möglich.

[...]

*Mittwoch, 18. Juni 1947*

Mit Kaisen Ordnung des morgigen Festes; die alte Rathaushalle wiederhergestellt.

Nachmittags] mehrstündige Beratung der Verf[assungs]deputation über Erziehung und Unterricht. Noch keine Aussicht auf Verständigung.<sup>294</sup>

[...]

*Donnerstag, 19. Juni 1947*

Hundertjahrfeier der Ankunft der „Washington“ in Bremerhaven. 7.55 Uhr mit Extrazug nach Bremerhaven. Feier am Gedenkstein (Kubica). Reden Apelts, Heukelums und Dunns.<sup>295</sup> Auf der Rückfahrt mit Schiller (mein Gutachten über Trümmerbeseitigung auf Verkehrswegen usw.). Feier in der alten Rathaushalle mit Clay (kluges Auge und feiner Kopf).

<sup>293</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 217. Da die SPD-Abgeordneten sich schließlich bei der Frage der Privatschulen und die bürgerlichen Parteien bei Artikel 47 zu einem Kompromiß bereitfanden, wurde die Verfassung mit großer Mehrheit nur gegen die Stimmen der KPD verabschiedet.

<sup>294</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

<sup>295</sup> Mit der Ankunft der „Washington“ in Bremerhaven war am 19.6.1847 die erste Postdampferverbindung zwischen Amerika und dem europäischen Kontinent eröffnet worden. Zur Erinnerung daran wurde an der Alten Schleuse in Bremerhaven ein Gedenkstein des Bildhauers Herbert Kubica (1906–1972) enthüllt.

Reden Kaisens, Dunns und Clays.<sup>296</sup> Essen im Festsaal. M. Wilkens und Kubica.

[...]

*Freitag, 20. Juni 1947*

Im Senat Verfassung des künftigen „Bundes“ (Steuerfragen; nur Bremen und Süd-Württemberg für Stärkung des Reichs).<sup>297</sup> Vertreter Bremens im Exekutivausschuß; statt Roßmann Mittendorff.<sup>298</sup>

Nachmittags] zweieinhalb Stunden Verständigungsausschuß der Verfassungsdeputation. Ein Punkt der Mitbestimmung der Betriebsräte blieb streitig.<sup>299</sup> – Nachher Degener von der CDU; Parteiausschuß stimmte dem Kompromiß in der Sozialisierung nicht zu. Mein Entwurf in der Schulfrage das Äußerste für CDU. Gestern mit Stockhinger Schulfrage. Er erzählt von s[einer] religiösen Wandlung im Ersten Weltkrieg; Austritt aus der Kirche.

[...]

<sup>296</sup> Bei der Feier zur Erinnerung an die „Washington“-Ankunft wurde zum ersten Mal seit Kriegsende wieder die obere Halle des Alten Rathauses für einen solchen Zweck genutzt. Clay betonte in seiner Rede die Bedeutung eines freien Verkehrs für Frieden und Verständigung zwischen den Völkern. Kaisen hob das Bremer Engagement für die Dampferlinie und den Gewinn hervor, den die Stadt langfristig aus der Verbindung mit den USA gezogen hatte. Dunn beschäftigte sich mit der Rolle des Außenhandels für einen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland und der Bedeutung Bremens und Bremerhavens als Handelshäfen. (Bericht über die Feier und die Reden im Weser-Kurier Nr. 49 v. 21.6.1947).

<sup>297</sup> Der Bremer Vertreter, Dr. Schütte, hatte am 20.5.1947 bei der Beratung über die Bildung eines „Verbandes deutscher Länder“ (vgl. Kap. 4, Anm. 268) im Deutschen Büro für Friedensfragen einen Vorschlag über die Verteilung der Steuerhoheit zwischen dem „Reich“ und den Ländern unterbreitet. Während Bremen und Süd-württemberg dem „Reich“ die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Einkommensteuerrechts überlassen wollten und Hessen ein eigenes Konzept vorlegte, plädierte Bayern dafür, dem „Reich“ wie im Kaiserreich nur die Verbrauchssteuern und Zölle zuzubilligen und es im übrigen auf Matrikularbeiträge zu verweisen. (Akten Vorgesichte Bundesrepublik, Bd. 2, S. 439).

<sup>298</sup> Oswald Mittendorff, 1899–1987. Steuerbeamter, Kaufmann, Wirtschaftsprüfer, am 11.2.1947 zum Leiter des Wirtschaftsamts ernannt, seit 20.6.1947 ständiger Vertreter Bremens im Wirtschaftsverwaltungsrat und im Exekutivausschuß des Zweizonenwirtschaftsrats, seit 13.2.1948 Vertreter von Kaisen und Harmssen im Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, 1950–1964 Präs. des Rechnungshofes der FH Bremen. – Vgl. Kap. 4, Anm. 285.

<sup>299</sup> Die bürgerlichen Parteien wollten die Mitbestimmung auf „soziale“ Fragen beschränken, während SPD und KPD sie auch für die wirtschaftlichen und personellen Entscheidungen der Betriebsleitung wünschten; vgl. Kap. 4, Anm. 229.

*Samstag, 21. Juni 1947*

Früh mit Feine und Carstens; keiner von uns kommt durch die Arbeitsfülle hindurch, und tüchtige Hilfskräfte sind nicht zu haben. 10 bis 11<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr Ausschuß der Verfassungsdeputation. Staatsaufbau (Bürgerschaft).

[...]

*Sonntag, 22. Juni 1947*

Bei und nach dem Frühstück ernste außenpolitische Lage (Angelsachsen-Rußland) mit Onkel Walter besprochen. Wirtschaftl[iche] Einigung Europas (Marshall).<sup>300</sup> Ich glaube nicht an einen nahe bevorstehenden Krieg.

[...]

*Montag, 23. Juni 1947*

[...]

*Dienstag, 24. Juni 1947*

8<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr Feine und Carstens zum Vortrag.

Im Senat Ernährungsfrage; Kaisens Kritik an Mester.<sup>301</sup> Währungsre-

<sup>300</sup> Bei einer programmatischen Rede vor der Harvard-Universität am 5.6.1947 hatte der amerikanische Außenminister George C. Marshall die Entwicklung eines Plans zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und die tatkräftige Unterstützung der USA bei dessen Verwirklichung angekündigt. Die vom Krieg zerrütteten europäischen Staaten seien in den nächsten Jahren nicht in der Lage, ihre notwendigen Importe aus den Exporterlösen zu bezahlen, weshalb sie großzügige und gezielte Hilfe erhalten müßten. Die Schaffung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in den betroffenen Ländern und die Wiederherstellung einer funktionsfähigen Weltwirtschaft seien die Voraussetzung für politische Stabilität und dauerhaften Frieden. Der Gegensatz zur UdSSR wurde in der Warnung deutlich, alle zu positiver Mitarbeit bereiten Staaten können auf die USA rechnen; eine Regierung aber, die „den Wiederaufbau anderer Länder zu verhindern sucht“, „Parteien oder Gruppen, die das menschliche Elend verewigen wollten, um daraus politisch oder in anderer Weise Kapital zu schlagen“, würden auf den entschiedenen Widerstand der Vereinigten Staaten stoßen. Diese Rede markierte die Wendung der USA zum gezielten Wiederaufbau der westlichen Besatzungszonen Deutschlands im europäischen Kontext. Die ersten Gesetze im Rahmen des European Recovery Programs erließ der Kongreß im Frühjahr 1948. Bis 1952 brachten die USA dafür 13,9 Mrd. Dollar auf, an denen Deutschland mit 1,4 Mrd. Dollar beteiligt war. Keesing's Archiv 1946/47, S. 1106K; Knapp, Deutschland und der Marshallplan, in: Scharf/Schröder (Hrsg.), Politische und ökonomische Stabilisierung, S. 19–43; Charles P. Kindleberger, Marshall Plan Days, Boston 1987, S. 1–24; Werner Abelshauser, Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau, in: VfZ 37 (1989), S. 85–113.

<sup>301</sup> Aufgrund eines Beschwerdebriefs des Präs. der Landesbauernschaft und nach einer Besprechung zwischen Vertretern der niedersächsischen und der bremischen Landwirtschaftsverwaltung kam Kaisen zu dem Ergebnis, daß infolge schlechter Zusammenarbeit mit Niedersachsen und ungenügender Kontrolle in Bremen erhebli-

form.<sup>302</sup> Besuch von Mr. Weigert<sup>303</sup> vom OMGUS; Justizsachen besprochen. Nachher Luncheon mit Weigert, Johnson, Lahusen, Kestner [?].<sup>304</sup> Besprechung mit Nolting-Hauff (Bremerhaven, Lisco, Gesetz über die Genehmigungen gewerblicher Betriebe usw.).

[...]

*Mittwoch 25. Juni 1947*

[...]

*Donnerstag, 26. Juni 1947*

Carstens und Feine. – Mit Ulrich [Handels-] Kammerfragen.<sup>305</sup> Nachm[itags] Verfassungsausschuß über Staatsaufbau.

Abends Frank Thieß „Dämonen“.<sup>306</sup> – Schlechte Nacht; Verfassungsfabrik lief weiter.

*Freitag, 27. Juni 1947*

[...]

Kaisen abwesend.<sup>307</sup> Präsidialgeschäfte. Im Senat Wirtschaftsrat.<sup>308</sup> W. Lisco zum O[ber]l[andes]g[erichts]rat ernannt.<sup>309</sup>

che Defizite bei der Fleischversorgung entstanden waren. Er faßte seinen Eindruck über die unzulängliche Leitung der Bremer Behörde zusammen: „Auf Grund des Gesamt-Vorganges müsse erwogen werden, ob es nicht geboten sei, für das Gebiet der Ernährungswirtschaft einen anderen Senator einzusetzen.“ (Senatsprotokoll 24.6.1947, StAB: 3/3).

<sup>302</sup> Nachdem der Verwaltungsrat für Wirtschaft bei seiner Sitzung am 12./13.6.1947 eine sofortige Währungsreform für unbedingt erforderlich erklärt hatte, entwickelten die Finanzreferenten der Länder bei einer Tagung in Bremen am 16./17.6.1947 konkrete Vorschläge: Streichung der Geldwerte auf 10%, Belastung der Sachwerte mit einer Abgabe in Höhe von 90% (abzulösen durch 1% Tilgung bei 3% Verzinsung pro Jahr) und Herabsetzung der Reichsanleihen auf 10% ihres Nennwerts. (Bericht Nolting-Hauffs, Senatsprotokoll 24.6.1947, StAB: 3/3).

<sup>303</sup> Dr. Weigert, Leiter der Abtlg. Gerichte beim OMGUS.

<sup>304</sup> Name schwer lesbar.

<sup>305</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 120.

<sup>306</sup> Frank Thieß, *Das Reich der Dämonen. Der Roman eines Jahrtausends*. Hamburg 1946.

<sup>307</sup> Kaisen nahm als Vorstandsmitglied am SPD-Parteitag in Nürnberg vom 29.6. bis 2.7.1947 und an der Sitzung des Stuttgarter Länderrats am 30.6. und 1.7.1947 teil.

<sup>308</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 271. Harmssen berichtete über die Eröffnungssitzung des Wirtschaftsrats in Frankfurt/M. am 25.6.1947, die „ausgesprochen parlamentarischen Charakter“ hatte. (Senatsprotokoll 27.6.1947, StAB: 3/3).

<sup>309</sup> Spitta verließ wegen seiner Verwandtschaft mit Lisco vor der Beratung über seine Ernennung die Sitzung und überließ Nolting-Hauff die Vertretung des Antrags (ebenda).

Verfassungsausschuß; verhältnismäßig guter Fortschritt, mit Auslassungen, bis zum Ende. Mein Zusammenstoß mit Dr. Lueken.<sup>310</sup>

[...]

*Samstag, 28. Juni 1947*

Carstens und Feine. – Mit Lahusen Gerichtliches besprochen. – Verhandlungen mit dem Richterkollegium über die Übernahme des Vorsitzes in den Spruchkammern. Starke Bedenken (nulla poena sine lege).<sup>311</sup> Schließlich Bereitwilligkeit unter Bedingungen (Schutz vor Angriffen in der Presse, Lebensmittelzulagen usw.).

[...]

Wasserknappheit und Wassersperre bei der Wärme besonders unangenehm.

*Sonntag, 29. Juni 1947*

*Zeitumstellung um eine Stunde: „einfache Sommerzeit“.*<sup>312</sup> [...]

Gegen Abend auf d[em] Grundstück Kirchbachstraße 107,<sup>313</sup> Arnold zäunt mit Hilfe von W[alter] L[isco] und E. das Grundstück mit Stacheldraht ein, ein erster Schritt zum Schutz des als „herrenlos“ behandelten Besitzes.

[...]

*Montag, 30. Juni 1947*

In Kaisens Abwesenheit Präsidialgeschäfte.<sup>314</sup> Presseinterviews durchs Telefon über Verfassung.

Mit Nolting-Hauff Betriebsräte-Frage.

[...]

<sup>310</sup> Dr. Lueken setzte sich im Unterausschuß „Aufbau des Staates“ der Verfassungsdeputation für eine Änderung des in erster Lesung bereits beschlossenen Artikels 108 der Verfassung ein, was Spitta ablehnte. Er kündigte daraufhin an, auf diese und ähnliche Fragen bei der zweiten Lesung noch einmal zurückkommen zu wollen. (Protokoll der Sitzung am 27.6.1947, S. 1., im StAB, Lesesaal). Zum Antrag Lueken vgl. Glaue, Reform des öffentlichen Dienstes, S. 209f.

<sup>311</sup> Das „Befreiungsgesetz“ (vgl. Kap. 3, Anm. 408) wurde von den meisten Juristen als Strafgesetz verstanden und deshalb wegen des Verstoßes gegen den Rechtsgrundsatz, daß Strafandrohungen zur Zeit der Straftat gesetzlich fixiert sein müssen, kritisiert. Amerikanische Juristen sahen darin dagegen kein Rechtsproblem, weil es sich bei den strafrechtlich gefaßten Tatbeständen um Verstöße gegen allgemeine Grundsätze des Völkerrechts, der Menschlichkeit und der Moral handelte. (Vgl. Niethammer, Entnazifizierung, S. 328–332).

<sup>312</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 250.

<sup>313</sup> Dort befand sich das 1942 bei einem Bombenangriff völlig zerstörte Haus der Familie Spitta.

<sup>314</sup> Kaisen nahm an der 22. Tagung des Länderrats am 30.6./1.7.1947 in Stuttgart teil.



*Dienstag, 1. Juli 1947*

Im Senat Not der Stromversorgung Bremens. Nordd[utsche] Hütte auf Reparationskonto.<sup>315</sup> – Mit Paulmann Kompromiß in Schulfrage der Verfassung besprochen.<sup>316</sup>

Nachmittags mit Aeevermann Personen der Spruchkammern und Ankläger. Tom Moehlens Verfahren vom amerikan[ischen] Gericht eingestellt.<sup>317</sup>

[...]

*Mittwoch, 2. Juli 1947*

Karl Carstens geht auf Urlaub. – Verfassungsfragen. Paulmanns Versuch, seine Parteigenossen in der SPD für einen Schulkompromiß zu gewinnen, gescheitert. Vielleicht wirkte das Gerücht mit, daß die amerik[anische] Militär-Reg[ierung] die Sozialisierung der hessischen Verfassung fünf Jahre aussetzen wolle.<sup>318</sup>

[...]

*Donnerstag, 3. Juli 1947*

[...]

Senat; unangenehme Verhältnisse bei der Polizei; Dr. Jordans Vorstoß bei der Mil[itär]-Regierung.<sup>319</sup>

Nachmittags Redaktionsausschuß für die Verfassung; Menschenrechte erledigt.

<sup>315</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 282. Am 15.6.1947 begann die Demontage der Norddeutschen Hütte. Ein Teil ihrer Produktionsanlagen waren Frankreich und Indien als Reparationen zugesprochen worden. (Peters, Bremen 1945–1956, S. 87; vgl. den Überblick über die Demontage Bremer Betriebe bei Jansen/Meyer-Braun, Bremen in der Nachkriegszeit, S. 106–117).

<sup>316</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

<sup>317</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 339.

<sup>318</sup> Artikel 41 der hessischen Landesverfassung sah die Sozialisierung des Bergbaus, der eisen- und stahlerzeugenden Industrie, der Energiewirtschaft, des Bahnverkehrs, der Großbanken und Versicherungen vor. Bei der Entscheidung über die Verfassung am 1.12.1946 war über diesen Artikel auf Verlangen Clays gesondert abgestimmt worden. Obwohl 72% der Wähler für ihn votierten, setzte die Militärregierung ihn außer Kraft und verhinderte in der Folgezeit alle Versuche, ihn zu realisieren. Im Okt. 1950 kam der Artikel dadurch endgültig zu Fall, daß das notwendige Ausführungsgesetz im Landtag scheiterte. (Vgl. Gimbel, American Occupation, S. 117; Erwin Stein (Hrsg.), 30 Jahre hessische Verfassung 1946–1976, Wiesbaden 1976, S. 40f.).

<sup>319</sup> Der Justitiar der Polizeibehörde, ORR Dr. Jordan, hatte sich wegen der eingeleiteten Neuorganisation der Polizei mit einem Schreiben unter Umgehung des Senats direkt an die Militärregierung gewandt. Kaisen sah darin einen ausreichenden Grund für die sofortige Beurlaubung Jordans und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen ihn. (Senatsprotokoll 3.7.1947, StAB: 3/3).

Stockhinger über Parteitag;<sup>320</sup> alle Nationen vertreten; gerettete Fahnen! Mit Degener und Stockhinger über Pflicht aller Parteien, in der Regierung die Verantwortung zu übernehmen.

*Freitag, 4. Juli 1947*

Kaisen, nach einem Tag in Bremen, wieder abwesend.

Nachmittags] mehrstündige Sitzung des Verfassungsausschusses; da Hollmann und Lueken nicht da, gute Fortschritte mit Degener (CDU), Heldmann (BDV)<sup>321</sup> und Stockhinger (SPD). Leichte Gleichgewichtsstörungen, wohl Folge der Schwüle und Arbeitsüberlastung; mein Zimmer im Rathause sehr warm.

[...]

*Samstag, 5. Juli 1947*

Andauernde Besprechungen fast den ganzen Vormittag (Feine, Hagens, Lahusen, Damköhler,<sup>322</sup> Telephon Carstens-Berlin-OMGUS).

[...]

*Sonntag, 6. Juli 1947*

[...]

*Montag, 7. Juli 1947*

Kaisen wird bei Besprechung ohnmächtig. – Feine. – Verfassungsausschuß; rückläufige Beschlüsse oder Hemmungen in Justiz und Gemeinde-recht.

[...]

Unterernährung und Überarbeitung überall bei den Deutschen. Kaisens heutige Ohnmacht; Theil krank in Mittenwald. Ehlers tuberkulös und im Begriff, mit der gleichfalls tb-kranken Tochter Kaisens nach Davos zu fahren.

[...]

<sup>320</sup> Stockhinger hatte als einer von 15 Delegierten des Bezirks Bremen-Nordwest am 2. SPD-Parteitag nach dem Ende des Dritten Reichs vom 29.6. bis 2.7.1947 in Nürnberg teilgenommen. Als Gäste waren Vertreter der sozialdemokratischen Parteien in: Belgien, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Dänemark, Schweden, Österreich, Italien, Ungarn und den USA anwesend.

<sup>321</sup> Ehrhart Heldmann, 1908–1949. Drogist, 1933 wegen illegaler Betätigung für den Jungdeutschen Orden verhaftet, 1934 nach Freilassung Übersiedlung nach Bremen und Eröffnung einer eigenen Drogerie, 1945 Md. der BDV, 1946/47 Md. der ernannten und der gewählten Bürgerschaft, seit Jan. 1948 Senator für Ernährung und Landwirtschaft (FDP).

<sup>322</sup> Dr. Ernst Damköhler, 1885–1950, Oberamtsrichter.

*Dienstag, 8. Juli 1947*

[...]

*Mittwoch, 9. Juli 1947*

Mit Lahusen Schwierigkeiten bei Gericht.

[...]

Verfassungsausschuß (Redaktion): Staatsaufbau durchberaten. – Schlimmer Beschluß der SPD in der Schulfrage; kein Kompromiß, sondern Verschlechterung des ursprünglichen Vorschlages der SPD.<sup>323</sup>

*Donnerstag, 10. Juli 1947*

Mit amerikan[ischem] Legal Officer über OLG und „formality“ verhandelt. Eröffnungsfeier gewünscht.<sup>324</sup> Nachm[ittags] Bürgerschaft. Ich im Redegeft über § 218 StGB (Abtreibung);<sup>325</sup> die Sozialisten überstimmen die „Bürgerlichen“. Besprechung mit BDV-Vertretern über Schulfrage in der Verfassung.

[...]

*Freitag, 11. Juli 1947*

Mit Feine Konferenz.<sup>326</sup> – Mit Aeevermann Personalfragen der Entnazifizierungsbehörden; Dr. Bachmann [?]<sup>327</sup> als Generalankläger zugelassen,

<sup>323</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

<sup>324</sup> Die feierliche Eröffnung des OLG Bremen fand am 15. 7. 1947 statt.

<sup>325</sup> Die Debatte wurde ausgelöst durch einen Antrag Hollmanns (FDP), bis zur zentralen Neuregelung des § 218 StGB, längstens bis Ende 1947, keine Strafverfahren wegen Verstoßes gegen dieses Gesetz durchzuführen. Spitta hielt den Paragraphen zwar für reformbedürftig, sah aber keine Chance für eine Novellierung bis zum Ende des Jahres. Der Antrag Hollmanns ging ihm, da er nicht auf bestimmte Indikationen beschränkt war, zu weit; außerdem befürchtete er Rechtsunsicherheit, wenn ein Gesetz von einem Landesparlament für ein halbes Jahr außer Kraft gesetzt werde. Der § 153 StGB, nach dem „in milden Fällen“ von einer Strafverfolgung abgesehen werden konnte, schien ihm ausreichend. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 234–239). Der Senat machte sich diese Bedenken zu eigen und ersuchte die Bürgerschaft, ihre Zustimmung zum Antrag Hollmann zu überprüfen und in einem Ausschuß darüber zu beraten, wie der „gegenwärtigen Notlage vieler Frauen“ abgeholfen werden könne, ohne daß unvertretbare juristische und gesundheitliche Folgen entstünden. (Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft v. 8. 8. 1947, S. 100). Die Bürgerschaft beharrte in erneuter Verhandlung am 15. 9. 1947 auf ihrem Beschluß, setzte aber doch den gewünschten Ausschuß ein. Am 11. 12. 1947 beauftragte sie den Senat, die Frist für die Aussetzung von Strafverfahren nach § 218 bis zur grundsätzlichen Neufassung dieses Paragraphen zu verlängern. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 325 und 1948, S. 30–39). Vgl. auch: Renate Meyer-Braun, Diskussion über Abtreibung und Schwangerschaftsverhütung, in: Hoecker/Meyer-Braun, Bremerinnen bewältigten die Nachkriegszeit, S. 155–165.

<sup>326</sup> Näheres nicht zu ermitteln.

<sup>327</sup> Name schwer lesbar. Öffentlicher Hauptankläger wurde Heinrich Hollmann.

jetzt vom Special Branch beanstandet. Im *Senat* unter anderem Lage der Verfassungsberatungen vorgetragen; weitgehende Einigung; jetzt Gefährdung durch SPD-Beschluß in der Schulfrage. Auch künftige Regierungsbildung gefährdet.

[...]

*Samstag–Montag, 12.–14. Juli 1947*

[...]

*Dienstag, 15. Juli 1947*

8 Uhr Feines Vorträge, auch Carstens über Berlin (unsichere Lage und Rechtlosigkeit in der russ[ischen] Zone). 9 bis 9<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr mit Nolting-Hauff und Heukelum Bremerhavener Sachen. – 10 Uhr im Gerichtsgebäude Eröffnung des Oberlandesgerichts mit Reden von mir, Mr. Rockwell (Berlin), Präsident Stutzer, Generalstaatsanwalt Dr. Bollinger.<sup>328</sup> – 11 bis 12 Uhr im Senat. Dann Luncheon mit den Amerikanern im Ratskeller. – Nachm[ittags] Rathausarbeit.

[...]

*Mittwoch, 16. Juli 1947*

Nach arbeitsreichem Vormittag nachmittags von 4 bis 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr „Verständigungsausschuß“ der Verfassungsdep[utation] über die Schul- und Kirchenfragen. Durch die Sturheit des SPD-Lücke,<sup>329</sup> trotz entgegenkommender Haltung Paulmanns, der mich unterstützte, keine Verständigung in der

<sup>328</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 163. Das OLG Bremen wurde auf Vorschlag Spittas mit nur einem Zivil- und Strafsenat mit je drei Richtern bewußt klein gehalten. Nur zwei Richter waren ausschließlich am OLG tätig: Rechtsanwalt Hellmuth Stutzer, der mit der Wahrnehmung der Präsidialgeschäfte beauftragt war, und Spittas Schwager, Walter Lisco, als OLG-Rat. Die übrigen Richter arbeiteten hauptamtlich am Landgericht und beim Verwaltungsgerichtshof. Die genannten Redner waren: Aldin J. Rockwell, Leiter der Juristischen Abteilung von OMGUS Berlin, Oberstaatsanwalt Dr. Heino Bollinger, dem zu seinem bisherigen Amt die Geschäfte des Generalstaatsanwalts übertragen worden waren; Dr. Hellmuth Stutzer, 1890–1961. Rechtsanwalt, seit Juni 1947 Präs. des OLG Bremen, 1949–1955 zugleich Präs. des Staatsgerichtshofes. Über die Eröffnungsfeier berichtete der *Weser-Kurier* am 17.7.1947. Spitta appellierte an die Juristen des neuen OLG, enge geistige Fühlung mit den anderen deutschen Gerichten zu halten. Bollinger betonte die Unverzichtbarkeit unabhängiger Richter und Staatsanwälte im Rahmen einer „geläuterten Rechtsauffassung“. Stutzer plädierte für die Wahrung einer einheitlichen Rechtspflege in Bremen und Hamburg. (Redemanuskripte in: National Archives, RG 260/OMGUS 90-2/6 F 5, Kopien im Archiv des IfZ).

<sup>329</sup> Hermann Lücke, 1893–1976. Berufsschullehrer, 1933 aus dem Staatsdienst entlassen, 1934–1937 Vertreter des Leipziger Messeamtes für Nordwestdeutschland, 1939–1945 Geschäftsführer in einer Werkzeug- und Maschinengroßhandlung, 1945–1948 Redakteur beim *Weser-Kurier*, 1948–1959 Leiter der DGB-Bundes-

Frage des Charakters der Schulen und der Privatschulen.<sup>330</sup> Die Verfassung droht an diesem Punkte festzufahren.

[...]

*Donnerstag, 17. Juli 1947*

Besprechung mit Kaisen über Schulfrage der Verfassung; er will eingreifen.

Viell[e] Diktate für die letzte Bürgerschaftssitzung (Senatsvorlagen). – Nachmittags drei Stunden Verfassungsausschuß; Arbeit und Wirtschaft. In der Frage der Betriebsräte keine Einigung.<sup>331</sup>

[...]

*Freitag, 18. Juli 1947*

Kaisen verhandelt mit SPD über Schulfrage. Im Senat sachlicher Zusammenstoß mit Heukelum über Bremerhaven und die kommunalrechtliche Behandlung des dortigen Hafens.<sup>332</sup> Nachmittags Vortrag Prof. Röpkes (Genf) über deutsche Wirtschaft; s[eine] Betonung der freien Wirtschaft fand starken Beifall. Ich in manchem skeptisch. Ist nicht auch der Marshall-Plan<sup>333</sup> eine gelenkte Planwirtschaft? Nachher allzu üppiges Essen und Trinken in der Handelskammer. Anschließend wirtschaftl[iche] Aussprache.

*Samstag, 19. Juli 1947*

9 bis 9½ Uhr Plenum der Verfassungsdeputation. Menschenrechte und Staatsaufbau erledigt. Einiges Schlimme abgewendet; dafür Richter vor den Staatsgerichtshof zu ziehen, wenn Menschenrechte oder soziale Gerechtigkeit verletzt.<sup>334</sup>

Nachmittags Verfassungsarbeit.

[...]

schulen in Bremen und Hamburg; seit 1920 Md. der SPD, 1931 SAP, im Dritten Reich illegale Arbeit im ISK, 1½ Jahre Gefängnis und KZ, Vorstandsmd. der KGF, SPD, 1946–1951 MdBü, 1965 Ausschluß aus der SPD wegen Eintretens für die DFU.

<sup>330</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

<sup>331</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 229.

<sup>332</sup> Van Heukelum wünschte die Eingliederung des gemeinderechtlich zur Stadt Bremen gehörenden Hafengebiets von Bremerhaven in diese Stadt, während Spitta die bestehende Regelung beibehalten und die dort wohnende Bevölkerung nur „verwaltungsmäßig“ von Bremerhaven aus „betreuen“ lassen wollte. (Senatsprotokoll 18.7.1947, StAB: 3/3).

<sup>333</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 300.

<sup>334</sup> Im Artikel 136 der Bremer Verfassung heißt es: „Die rechtsgelehrten Richter werden auf Lebenszeit berufen, wenn sie [...] die Gewähr dafür bieten, daß sie ihr Amt im Geiste der Menschenrechte, wie sie in der Verfassung niedergelegt sind, und

*Sonntag, 20. Juli 1947*

[...]

*Montag, 21. Juli 1947*

Erste Lesung der Verfassung beendet. Streitig eigentlich nur Schulfrage; darin allerdings heftige Gegensätze und kaum Aussicht auf Verständigung. Nächste Besprechung über Schulfragen zuerst mit Degener (CDU), dann mit Stockhinger (SPD).<sup>335</sup>

[...]

Senator Theil aus Mittenwald erholt zurückgekehrt.

[...]

*Dienstag, 22. Juli 1947*

Mit Feine Verfassung. Ebenso im Senat Vortrag über Verfassung und drohende Krisis. – Nachher Feines Ladung nach Nürnberg als Zeuge im Prozeß gegen das Auswärtige Amt;<sup>336</sup> Abwesenheit von Wochen? Das wäre der Bankrott der Justizverwaltung. – Während der Senatssitzung Besprechung mit Degener über Schulkompromiß; kaum noch Hoffnung. Nachmittags Fraktionssitzung; Kompromißvorschläge in der Schulfrage und Stellung zu dem Betriebsräte-Artikel.

[...]

*Mittwoch, 23. Juli 1947*

Zweite Lesung der Verfassung; keine Einigung in den Fragen der Schule und der Betriebsräte. Annahme der Verf[assung] mit acht sozialistischen

der sozialen Gerechtigkeit ausüben werden. Erfüllt ein Richter nach seiner Berufung auf Lebenszeit diese Bedingung nicht, so kann ihn der Staatsgerichtshof auf Antrag der Bürgerschaft oder des Senats seines Amtes für verlustig erklären.“ (Spitta, Kommentar, S. 250). Die SPD hatte in ihrem Verfassungsentwurf vorgesehen, die Richter zunächst für sechs Jahre wählen zu lassen und bei vorsätzlicher oder grobfahrlässiger Pflichtverletzung ein Amtsenthebungsverfahren gegen sie vor dem Staatsgerichtshof durchzuführen. Die KPD wollte dem „Landtag“ das Recht zur Amtsenthebung der Richter geben. Spitta hatte keine Möglichkeit der Amtsenthebung der Richter vorgesehen. In seiner Verfassungsrede in der Bürgerschaft am 31.7.1947 distanzierte er sich von der Vereinbarung über Artikel 136 und plädierte für ein auf Lebenszeit berufenes, unabsetzbares Richtertum. (Vgl. Pfetsch (Hrsg.), Verfassungsreden, S. 212). Zum Status der Richter nach den neuen Landesverfassungen und zu den unterschiedlichen Bestrebungen der Parteien bei dieser Frage vgl. Wrobel, Verurteilt zur Demokratie, S. 269–281, über Bremen: S. 271f.

<sup>335</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

<sup>336</sup> Feine wurde am 18.9.1947 in Nürnberg als Zeuge über die Rolle von Beamten des Auswärtigen Amtes bei der Judendeportation aus Ungarn vernommen; im Wilhelmstraßen-Prozeß (6.1.1948–14.4.1949) selbst wurde er nicht als Zeuge gehört. (Protokoll seiner Vernehmung im Archiv des Ifz: ZS891).

Stimmen gegen fünf CDU und BDV; zwei FDP enthalten sich.<sup>337</sup> Nach 35 Sitzungen ein trauriges Ergebnis; allgemeine Niedergeschlagenheit, abgesehen von den Kommunisten, die den Bruch der SPD mit den sog[enann-]ten bürgerlichen Parteien wünschen.

[...]

*Donnerstag, 24. Juli 1947*

Drei Besprechungen über Verfassung: mit Kaisen, Heukelum, Paulmann. P. noch schwierig; Kaisen und Heukelum für Vorschläge der BDV. – De-  
genhardt von der CDU für Annahme der Anträge [der] BDV.

[...]

11 bis 21/2 Uhr Verhandlung und Essen mit Juristen aus Hamburg und Bremen. Richtergemeinschaft Hamburg – Bremen und anderes.

Nachmittags Bürgerschaft. Ich spreche mehrmals wegen der Polizei in Bremerhaven<sup>338</sup> (gefährliche Opposition Neumanns).<sup>339</sup>

Technisches des Drucks usw. der Verfassung. Bericht der Deputation. Auch zu Hause bis 10 Uhr gearbeitet.

<sup>337</sup> In dem ursprünglichen Verfassungsentwurf der SPD hieß es zur Kompetenz der Betriebsvertretungen, sie seien „dazu berufen, im Rahmen der Gesetze und Betriebsvereinbarungen in allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Fragen des Betriebes mitzubestimmen.“ Stockhinger hielt in dieser Deputationssitzung, unterstützt von Rafoth, an seiner weitergehenden Fassung fest: „Die Betriebsvertretungen sind dazu berufen, im Benehmen mit den Gewerkschaften gleichberechtigt mit den Unternehmern in allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Fragen des Betriebes mitzubestimmen.“ Bei der gesonderten Abstimmung der Deputation über den Verfassungsabschnitt „Arbeit und Wirtschaft“ wurde diese Fassung des Artikels mit acht (SPD/KPD) gegen sieben Stimmen angenommen. Bei der Schlußabstimmung der Bürgerschaft am 15.9.1947 wurde sie vorbehaltlich des Ergebnisses der Volksabstimmung (vgl. Kap. 4, Anm. 370) bestätigt und in die Verfassung aufgenommen. Die öffentliche Diskussion war damit jedoch nicht beendet, da ein Ausführungsgesetz zum Artikel 47 verabschiedet werden mußte. Die KPD legte im Nov. 1947 einen Entwurf vor („Der Schlüssel zur Gleichberechtigung“). Das Gesetz, das schließlich am 10.1.1949 in Kraft trat, wurde für den privatwirtschaftlichen Bereich durch das Betriebsverfassungsgesetz vom 11.10.1952 aufgehoben. Zu den Kontroversen um die Ausgestaltung der betrieblichen Mitbestimmung und der Arbeit der Betriebsvertretungen bis 1948 vgl. Brandt, Betriebsräte.

<sup>338</sup> Strittig war – wie schon bei dem Konflikt zwischen Spitta und Heukelum im Senat am 18.7.1947 (vgl. Kap. 4, Anm. 332) – die von Spitta verteidigte Zuständigkeit der Bremer Polizei für die Überseehäfen in Bremerhaven. Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Polizei wurde in der vom Senat vorgelegten Fassung verabschiedet. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 245–247).

<sup>339</sup> Dr. Dr. Walter Neumann, 1891–1968. Rechtsanwalt, Syndikus des Arbeitgeberverbandes Bremerhaven, Md. der DDP, in der NS-Zeit Berufsverbot wegen seiner Ehe mit einer jüdischen Frau, 1945 Md. des Beratungsausschusses (Advisory Committee) der Militärregierung in Bremerhaven, 1946–1947 Bgm. in Bremerhaven, 1947–1955 MdBü (FDP), 1955 Austritt aus der FDP.

*Freitag, 25. Juli 1947*

Im Senat Verfassung und Wirtschaftsrat [der Bi-Zone]. Im Wirtschaftsrat Parteibetrieb trauriger Art.

Nachmittags friedliche Verfassungsdeputation; Bericht und Wahlgesetz. Dankeserklärung Lückes (SPD) an die Leitung.

[...]

*Samstag, 26. Juli 1947*

Verfassungsbesprechungen. Kaisers Schreiben an die Fraktion der SPD [ist] ein staatsmännisches Dokument (dringende Empfehlung des Kompromisses). Mit Bote und Wenhold, die mit Paulmann gesprochen haben, Schulfrage erörtert. Ich gegen Nachgeben, da die SPD die Bürgerlichen spalten und BDV von CDU trennen will; bei Festbleiben vielleicht Aussicht auf Erfolg. Nachmittags Verfassungsarbeit.

[...]

*Sonntag, 27. Juli 1947*

[...]

*Montag, 28. Juli 1947*

8 bis 10 Uhr mit Presse Verfassung besprochen. Mit Kaiser Kompromiß in der Betriebsratsfrage; desgleichen mit Apelt. Rede für Verfassungsverhandlung [der Bürgerschaft] zum Teil diktiert.

[...]

*Dienstag, 29. Juli 1947*

Alle Fraktionen beraten im Rathaus die Verfassung; die meisten beginnen um 9 Uhr; BDV um 10 Uhr. Durchgesessen bis zum Abend mit gemeinsamem Eintopf in der alten Rathaushalle. Verschiedene interfraktionale Besprechungen zur Verständigung in der Schulfrage und in der Frage der Betriebsräte. Die SPD macht nur geringe Zugeständnisse. Einigung der BDV mit CDU und FDP. *Scheitern der Verständigung mit SPD.*

[...]

*Mittwoch, 30. Juli 1947*

[...]

Besprechung mit Kaiser über die Lage. Nachmittags und abends nochmals mit Kaiser; seine Gedanken über Verständigung (Volksentscheid über die streitigen Artikel?).

[...]



*Donnerstag, 31. Juli 1947*

*Verfassungsverhandlung in der Bürgerschaft* 9 Uhr bis 19<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr. Gemeinsames Mittagessen. – Einleitend meine Rede.<sup>340</sup> – Viele vergebliche Vergleichsverhandlungen. Generaldebatte und Teil der Spezialdebatte. – Nach der Bürgerschaftsverhandlung Paulmann mit s[einen] Kompromißvorschlägen bei mir. Ich nachher um 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends bei Bote. Bote will noch zu Rex (CDU)<sup>341</sup> gehen. Ich trete sehr für neuen Verständigungsversuch ein.

*Freitag, 1. August 1947*

Von 10 Uhr morgens bis 7 Uhr abends Bürgerschaft. Vorher und wiederholt während des Tages Sonderbesprechungen über Kompromiß in der Verfassung. CDU dafür gewonnen. SPD hat sich inzwischen an FDP und KPD angelehnt und lehnt nun unsere Vorschläge, die die SPD früher selbst angeboten, ab. – In der Verfassungsdeputation Auseinanderbrechen der SPD und KPD; die zwei Kommunisten enthalten sich der Stimme. Verfassung in der Deputation mit den sechs Stimmen der SPD und den zwei Stimmen der FDP angenommen. Im Plenum stimmen Kommunisten, BDV und CDU gegen die Verfassung.<sup>342</sup> Allgemeine Niedergeschlagenheit. Kaisen und Paulmann sind in ihrer SPD-Fraktion in der Minderheit geblieben. – Freundliche Dankesworte Hagedorns an mich. – Offensichtlich ist das Einlenken von BDV und CDU, das ich seit gestern abend betrieben, zu spät gekommen.

[...]

<sup>340</sup> Spitta ging in seiner Rede auf das intensive, zeitaufwendige Bemühen der Verfassungsdeputation ein, für alle Parteien tragbare Regelungen zu finden, und behandelte anschließend die drei Hauptteile der Verfassung. Besonderes Gewicht legte er auf die strittigen Artikel zur betrieblichen Mitbestimmung (Art. 47 Abs. 2) und zur Schulfrage (Art. 29 und 32). Er bezeichnete den Ausgang der Beratungen als „tief bedauerlich“ und kündigte neue Verständigungsversuche an. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 254–259).

<sup>341</sup> Emil Rex, 1889–1951, Ingenieur, Mitbegründer und 1946–1951 Landesvors. der Bremer CDU, 1946–1951 MdBü (1946/47 Vors. der CDU-Fraktion).

<sup>342</sup> In dieser Lesung wurde die Verfassung mit den SPD-Vorlagen für die Artikel über die Betriebsvertretung (Art. 47 Abs. 2), den Religionsunterricht (Art. 32) und das Privatschulwesen (Art. 29) nur mit den Stimmen von SPD und FDP verabschiedet. (Vgl. Kap. 4, Anm. 217 und 337; Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 296). Bis zum 15.9.1947 kam aber doch ein Kompromiß zustande, der vorsah, den umstrittenen Art. 47 Abs. 2 einem gesonderten Volksentscheid zu unterwerfen und die Schulartikel entsprechend den Vorschlägen der BDV zu ändern, d.h. festzulegen, daß der Unterricht in biblischer Geschichte auf „allgemein christlicher Grundlage“ basieren und das geplante Privatschulgesetz die „Berücksichtigung des Willens der Erziehungsberechtigten“ enthalten müsse. In dieser Form wurde die Verfassung am 15.9.1947 mit allen gegen die drei Stimmen der Kommunisten angenommen. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 322).

*Samstag, 2. August 1947*

Im *Senat* laufende Sachen. Kaisen im Rundfunk über Verfassungsfrage: Vorwurf an BDV wegen Ablehnung der Verfassung.

[...]

*Sonntag, 3. August 1947*

[...]

*Montag, 4. August 1947*

[...]

Viele Rückstände aufgearbeitet.

Essen bei den Amerikanern Fletcher, Flotow<sup>343</sup> und Waterman zur Besprechung der Verfassung. – Nachmittags mit Kaisen Lage besprochen. Kaisen über Pythagoras. General Parkman [OMGUS] fragte Kaisen über Militär-Reg[ierung] in Bremen!

[...]

*Dienstag–Donnerstag, 5.–7. August 1947*

[...]

*Freitag, 8. August 1947*

Mit Feine und Carstens Juristisches für die nächsten Wochen. Im *Senat* § 218 StGB; meine Mitteilung an Bürgerschaft genehmigt.<sup>344</sup>

[...]

*Samstag/Sonntag, 9./10. August 1947*

[...]

*11. August–8. September 1947*

[Urlaub in Söcking bei Kippenbergs<sup>345</sup> und in Goßfelden bei Margarete.]

<sup>343</sup> Dr. Flotow, Dolmetscher bei der Civil Administration Division.

<sup>344</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 325.

<sup>345</sup> Heinrich (Heinz) Kippenberg, Chemiker, Direktor einer Chemiefabrik in den USA, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs Übersiedlung nach Bayern, Jugendfreund Spittas, der ihn im Primaverein des Alten Gymnasiums kennengelernt hatte. (Vgl. Spitta, *Aus meinem Leben*, S. 63).

[Dienstag], 9. September 1947

Arbeitsüberhäufung. Verfassungsfrage wieder auf kritischem Punkte. (Entscheidung Clays).<sup>346</sup>

[...]

[Mittwoch], 10. September 1947

Brief an Wilh[elm] Kiesselbach zum 80. Geburtstag. [...]

Mit Kaisen politische Fragen. Versuch eines Verfassungskompromisses. CDU, anfangs geneigt, lehnt in der gemeinsamen Besprechung von BDV und CDU ab, einen Schritt zu unternehmen; auch im Vorstand der BDV Mehrheit gegen offizielle Schritte. Zugelassen, daß ich als Vorsitz der Verf[assungs]dep[utation] sondiere. – Plakate gegen den öffentl[ichen] Ankläger Hollmann von mir abgewendet; Schreiben der BDV. Partei an Senat und Veröffentlichung im „Roland“.<sup>347</sup> Ich bin durch den Parteibetrieb angewidert. Sitzung bis nach 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr abends.

[Donnerstag], 11. September 1947

Weitere Verhandlungen mit einzelnen (Heldmann, Stockhinger, Theil) über Verfassungskompromiß. *Stockhinger gegen kommunistische Vorschläge; will meine Vorschläge unterstützen.* Er nennt mich „den guten Geist der Verf[assungs]deputation“ und sagt, schon das Andenken an seine tiefreligiöse Mutter verbiete ihm, religiöse Gefühle zu mißachten. – Die SPD will also nicht nach links abschwanken.

<sup>346</sup> OMGUS hatte bei dem am 1.8.1947 von der Bürgerschaft angenommenen Verfassungsentwurf eine Reihe von Änderungen verlangt, die am 9.9. von der Verfassungsdeputation angenommen wurden. Die Zustimmung des Plenums war dagegen nach den vorausgegangenen schwierigen Beratungen fraglich, erfolgte aber am 15.9.1947. Clay gratulierte der Bremer Bürgerschaft bereits am 9.9.1947 in seiner Rede vor dem Länderrat zum Abschluß der Verfassungsberatungen. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 403).

<sup>347</sup> Hollmanns Ernennung zum Hauptankläger beim Senator für politische Befreiung (Sept. 1947 – Jan. 1948) stieß bei der BDV auf heftigen Widerspruch. Ein von ihr vorbereitetes diffamierendes Plakat gegen ihn durfte auf Weisung der Militärregierung jedoch nicht öffentlich ausgehängt werden (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft am 25.9.1947, S. 358–364; es erschien auch kein Artikel in der Parteizeitung „Bremer Roland“). In seinem Amt hatte Hollmann keine glückliche Hand. Sein Versuch, eine Wahlkampfreden Wenholds für die BDV zu verhindern, scheiterte am Einspruch Kaisens (vgl. Eintragung vom 20.9.1947). Durch sein Eingreifen in den Prozeß gegen Fritz Köster und andere (vgl. Kap. 2, Anm. 18) löste er einen Skandal aus, so daß er schließlich von seinem Amt zurücktreten mußte.

[Freitag], 12. September 1947

Im Senat Clays Vorschläge der Änderung des Entnazifizierungsgesetzes.<sup>348</sup>  
Mein Referat über die Verfassung.

Nachmittags Verfassungsdeputation; Ablehnung der KPD-Vorschläge; die SPD für meine Vorschläge; BDV und CDU müssen erst Fraktions-sitzung haben. CDU zweifelhaft (Kaum)<sup>349</sup>.

[Samstag], 13. September 1947

Besprechungen über Verfassung. BDV entscheidet sich für Annahme der Verfassung, wenn SPD meine Vorschläge annimmt. CDU will weitere Änderung des Artikels 32; Möglichkeit öffentlicher Konfessionsschulen. Damit steigert CDU ihre Ansprüche. BDV kann das nicht mitmachen. Darüber verschiedene Besprechungen, noch um 9 Uhr abends mit Bote.

Nachmittags Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus]. Reden von Frau Stiegler und mir.<sup>350</sup>

[...]

<sup>348</sup> Die Minister für politische Befreiung hatten aufgrund eines Auftrags des Länderrats vom 30.6.1947 bei einer Tagung in Heidenheim am 18.7.1947 über Maßnahmen beraten, um die Entnazifizierung bis zum 31.3.1948 zum Abschluß zu bringen. Ihre von den Länderregierungen genehmigten Vorschläge sahen vor, dem Öffentlichen Ankläger das Recht einzuräumen, die zwischen dem 30.1.1933 und dem 30.4.1937 eingetretenen NSDAP-Mitglieder, die aus den Jugendorganisationen überführten ehemaligen „Parteigenossen“ und die der NSDAP angehörenden Blockwalter der NSV ebenso wie die seit dem 1.5.1937 eingetretenen einfachen Parteimitglieder in Gruppe IV (Mitläufer) einzustufen und ihre Verfahren mit Sühnebescheiden ohne mündliche Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Außerdem sollten als Mitläufer eingestufte Angehörige qualifizierter Berufe schon vor der Spruchkammerentscheidung das Recht erhalten, auch andere als nur „gewöhnliche Arbeit“ aufzunehmen. Die Beamten der Entnazifizierungsabteilung von OMGUS und Clay reagierten zunächst verärgert. Nach Anweisung aus Washington, die Säuberung bis zum 1.4.1948 abzuschließen, machte Clay bei der Länderratssitzung am 9.9.1947 jedoch Konzessionen, die in einem Punkt sogar über die Heidenheimer Beschlüsse hinausgingen: Die zwingende Vorschrift, „Minderbelastete“ zwei bis drei Jahre lang nur mit gewöhnlicher Arbeit zu beschäftigen, sollte aufgehoben und die Verhängung dieser Sühnemaßnahme in das Ermessen der Spruchkammern gestellt werden. Im übrigen entsprachen Clays Vorschläge im wesentlichen den in Heidenheim formulierten Wünschen der Länderregierungen. Clay stellte ihnen anheim, ob sie seine Zugeständnisse durch Gesetzesänderungen in Kraft setzen wollten oder sie durch eine Proklamation der Militärregierung verwirklicht werden sollten. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 293f.; 418f.)

<sup>349</sup> Johannes Kaum, 1895–1963, Kaufmann, Mitbegründer der CDU in Bremen, 1946–1947 ihr Landesvorsitzender, 1946–1955 MdBü, 1945–1951 Md. des Kirchentages der BEK.

<sup>350</sup> Zum Abschluß einer zonenübergreifenden Gedenkwoche der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes fand am 13.9. eine Trauerfeier im Bremer Rathaus und am 14.9. ein Staatsakt auf dem Osterholzer Friedhof statt. Anna Stiegler ging in ihrer Rede auf das unvorstellbare Leiden der KZ-Opfer aus allen Ländern ein, die „im Glauben an eine wiedererstehende Gerechtigkeit“ die Torturen ertragen hat-

*Sonntag, 14. September 1947*

[...]

*[Montag], 15. September 1947*

Verfassung besprochen. Nachmittags *Verf[assungs]deputation*; CDU stimmt auch zu. *Annahme meiner Vorschläge mit allen Stimmen gegen Kommunisten. Ebenso im Plenum der Bürgerschaft.*<sup>351</sup> Also gutes Ende, ein großer Erfolg für die Zukunft Bremens.

[...]

*Dienstag/Mittwoch, 16./17. September 1947*

[...]

*[Donnerstag], 18. September 1947*

Dr. Feine seit Dienstag abend in Nürnberg.<sup>352</sup> Geschäftsbelastung und bremische Innenpolitik halten mich in Bremen fest. Daher gehe ich nicht auf den Juristentag in Bad Godesberg,<sup>353</sup> obgleich Mr. Johnson mir zusetzte, mit ihm zu fahren.

Vortragsanträge von Hamburg über Verfassung; einstweilen zurückzustellen. Die bremische Jugend möchte, daß ich in der Messehalle über Verfassung spreche; das hätte mir Freude gemacht und wäre wichtig gewesen; ich kann es mir aber nicht zumuten.

[...]

ten. Sie appellierte an die Bevölkerung, diese Probleme trotz der immensen Alltagsorgen nicht zu verdrängen. Spitta sprach den Angehörigen der Opfer das Mitgefühl des Senats und des „menschlich und sittlich empfindende[n]“ Teils der Bremer Bevölkerung aus und beklagte, daß die Nationalsozialisten nicht nur „Deutschland in den Abgrund gestürzt“, sondern – „noch schlimmer – den Ruf und das Ansehen des deutschen Volkes als eines Kulturvolkes untergraben, ja geschändet hätten“. Er forderte Gerechtigkeit bei der Bestrafung der Schuldigen, „denn wir wollen nicht die Methoden des Nationalsozialismus anwenden, nur mit umgekehrten Vorzeichen.“ (Weser-Kurier v. 16.9.1947, S. 3).

<sup>351</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 342.

<sup>352</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 336.

<sup>353</sup> An der Tagung in Bad Godesberg am 30.9. und 1.10.1947 nahmen auf Einladung des Präs. des Zentraljustizamts, Kiesselbach, Juristen aus den drei Westzonen, die für Justizfragen zuständigen Beamten der Militärregierungen und ausländische Rechtsexperten teil. Spitta ließ sich von Lahusen vertreten; außerdem war auch der Präs. des Bremer OLG, Stutzer, zugegen. Der Kongreß war als Möglichkeit zum Meinungsaustausch mit in- und ausländischen Kollegen und als Ersatz für den zuletzt 1931 abgehaltenen Deutschen Juristentag von Bedeutung; die Erwartungen bzgl. kritischer Aufarbeitung der Rolle der Justiz in der NS-Zeit und bewußter Neuorientierung wurden dagegen nicht erfüllt. (Wrobel, Verurteilt zur Demokratie, S. 258–268, 280f.; Texte in: Tagung deutscher Juristen Bad Godesberg, 30. September/1. Oktober [1947], hrsg. v. Zentral-Justizamt für die Britische Zone, Hamburg 1947).

[Samstag], 20. September 1947

Der „öffentliche Hauptankläger“ Hollmann, den Aevermann zum Erstaunen aller, die ihn kennen, berufen hat, befiehlt der Polizei, Wenhold Montag am Reden in der Wahlversammlung der BDV zu hindern, da er ihn als „Hauptschuldigen“ anklagen werde. Kaisen ordnet an, daß die Polizei diesen seltsamen „Befehl“ nicht zu beachten habe. Hollmann verlangt Einschreiten der Amerikaner gegen Wenholds Rede; stellt Vertrauensfrage und will alle „Ankläger“ veranlassen, sich solidarisch zu erklären. – Kaisen meint, Hollmann habe bald abgewirtschaftet.

[...]

Abends von 7<sup>1/2</sup> bis 10<sup>1/2</sup> Uhr Senatssitzung über „Industrieplan“ der Besatzungsmächte.<sup>354</sup> Vortrag von Harmssen und Dr. Jacobs.<sup>355</sup>

[Sonntag], 21. September 1947

[...]

Ich abends von 7 bis 12<sup>1/4</sup> Uhr in der Privatwohnung von Mr. Crabill und Frau zur Beratung über die Gründung einer *Internationalen Universität in Bremen*. Teilnehmer: Prof. Petersen (Jena), Senatoren Paulmann und Nolting-Hauff, Schulräte Böttcher und Berger.<sup>356</sup> Gewichtiges Abendessen. Crabill will helfen. Vahrer Kasernen? Amerikanische Stiftungen? Neuer Typ. Politische Bedeutung.<sup>357</sup>

<sup>354</sup> Nach dem Fehlschlag der Moskauer Außenministerkonferenz hatten die USA und Großbritannien sich zur Erhöhung des Industrieniveaus in ihren Besatzungszonen entschlossen. Clay und Robertson hatten sich bereits im Juli 1947 auf einen neuen Plan geeinigt, der aber mit Rücksicht auf bevorstehende Verhandlungen mit Frankreich erst am 27.8.1947 unter dem Titel: „Revidierter Plan für das Industrieniveau der britischen und amerikanischen Zone Deutschlands“ publik gemacht wurde. Der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets nahm am 4.9.1947 dazu Stellung. (Vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 487; Wörtliche Berichte und Drucksachen des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1947–1949, Bd. 2, S. 64–67). Ein Protokoll dieser Senatssitzung ließ sich nicht ermitteln.

<sup>355</sup> Dr. rer. pol. Alfred Jacobs, 1897–1975, 1947–1963 Leiter des Bremer Ausschusses für Wirtschaftsforschung, 1958 Lehrbeauftragter, 1961 Honorarprofessor an der TH Hannover.

<sup>356</sup> Dr. Peter Petersen, 1884–1952, bedeutender Reformpädagoge, 1920 Privatdozent in Hamburg, seit 1923 Professor in Jena. Klaus Böttcher, 1894–1958, Lehrer, vor 1933 Leiter der Versuchsschule an der Stader Straße, seit 1947 Schulrat in Bremen, vgl. Brem. Biogr., S. 64f. Wilhelm Berger, 1901–1974, Lehrer, 1947 Schulrat, 1955–1966 Oberschulrat in Bremen.

<sup>357</sup> Bei der Besprechung berichtete Prof. Petersen über seine Verhandlungen mit dem Leiter der Erziehungsabteilung (Education Division) von OMGUS über die Gründung einer Internationalen Universität. Crabill sagte seine Unterstützung zu. Über das Ergebnis der Unterredung am 21.9. berichteten Paulmann und Petersen am 1.10.1947 in einer Sondersitzung des Senats: Die Universität solle von „deutschem geistigen nationalen Wollen“ geprägt sein, „aber mit einem Blick auf das geistig Internationale“, um das nationalstaatliche Denken der Jugend zu überwinden

*[Montag], 22. September 1947*

Wahlversammlung mit Rede Wenholds für die BDV. Größter Teil der Versammlung Kommunisten. Starke Störungen. Gehässig-demagogische Rede des Kommunisten Meyer. Widerwärtiger Eindruck. Hat solche Rede-Versammlung einen Sinn? Wird irgendjemand bestimmt, anders zu stimmen, als er vorher beabsichtigte? Erinnerung an 1932. Sorge um die Demokratie.

[...]

*[Dienstag], 23. September 1947*

Kaisen im Senat gegen Mesters Unfähigkeit.<sup>358</sup>

Abends Gesandter Kroll<sup>359</sup> über Auswärtiges in CDU-Versammlung.

*[Mittwoch], 24. September 1947*

Unmögliche Personalverhältnisse in der Polizei. Besprechung darüber mit Kaisen.

[...]

(Paulmann). Inhaltlich sollte der Schwerpunkt bei den Gesellschaftswissenschaften liegen. Der Senat beschloß, sich trotz der zu erwartenden finanziellen Belastungen und der Raumprobleme für die Gründung der Internationalen Universität einzusetzen und damit Bestrebungen abzuweisen, eine der im ehemals deutschen Gebiet Polens beheimateten Universitäten in Bremen wiederzuerrichten. Aeversmann und Kaisen warnten im Hinblick auf die „außerordentlich großen“ Schwierigkeiten bei der Verwirklichung des Plans allerdings vor übertriebenem Optimismus (Senatsprotokoll 1.10.1947, StAB: 3/3). In der Öffentlichkeit bestehende Erwartungen, daß die Universität schon im Frühsommer 1948 mit ihren Vorlesungen beginnen könne (Weser-Kurier v. 4.10.1947), erfüllten sich nicht. Eine Senatskommission beauftragte Anfang 1948 den Geographen Prof. Dr. Erich Obst von der TH Hannover mit den Vorarbeiten für die Universitätsgründung. Die Bürgerschaft verabschiedete am 20.12.1948 ein „Gesetz über die Errichtung einer Internationalen Universität in Bremen“. Sie sollte sämtliche Fakultäten und ein spezielles „Auslandskundliches Institut“ besitzen, „besonderes Gewicht auf die Sozialwirtschaft und Sozialpädagogik“ legen und stets eine größere Zahl von Ausländern unter ihren Professoren und Studenten haben. Die Pläne ließen sich jedoch nicht realisieren, da es nicht gelang, geeignete Gebäude zur Verfügung zu stellen. Anfang Okt. 1949 legte Obst sein Amt nieder. (StAB: Akte 9, S9–7F. VIII. 1. e.)

<sup>358</sup> Konflikte zwischen Kaisen und Mester kamen im Senat seit Juni 1947 wiederholt zur Sprache. Nachdem am 24.6.1947 die schlechte Fleischversorgung Bremens kritisiert worden war, stand jetzt die Kartoffelversorgung zur Debatte. Während in Niedersachsen jeder Haushalt zwei Zentner zur Einkellerung erhielt, stand für die Bremer Bevölkerung nicht einmal die halbe Menge zur Verfügung. Wolters und Mester wurden mit direkten Verhandlungen mit den zuständigen niedersächsischen Stellen beauftragt (Senatsprotokoll 23.9.1947, StAB: 3/3). Sie hatten den Erfolg, daß auch den Bremer Haushaltungen die Ausgabe eines zweiten Zentners Kartoffeln zugesichert wurde. (Mester im Senat am 17.10.1947, ebenda).

<sup>359</sup> Dr. Hans Kroll, 1898–1967, Diplomat, 1947–1948 außenpolitischer Berater der nordrhein-westfälischen Landesregierung, 1955–1958 dt. Botschafter in Japan, 1958–1962 dt. Botschafter in der UdSSR.

[Donnerstag], 25. September 1947

Den ganzen Tag Haushaltsberatung; einstimmige Annahme. Peinliche Debatte über Wolters' Straftaten.<sup>360</sup>

[Freitag], 26. September 1947

[...]

Abends Zusammensein mit 13 Mitgliedern des amerik[anischen] Kongresses (Mr. Case usw.).<sup>361</sup> Enttäuschend. Vielfach primitiv.

Samstag–Dienstag, 27.–30. September 1947

[...]

[Mittwoch], 1. Oktober 1947

75 Jahr-Feier der Brem[er] Baumwollbörse mit Essen in der alten Rathaus-halle. Viele Reden. Ich spreche für den Senat. Abends *Senatssitzung über Universität*; Senat stimmt Weiterarbeit zu. Ausschuß: Paulmann, Nolting-H[auff], ego.<sup>362</sup>

Überlasteter Tag; Dienst von 8 bis 19 Uhr und 20 bis 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

[Donnerstag], 2. Oktober 1947

[...]

Apelt, Nolting-Hauff, Theil und ich in Bremerhaven. Verständigung mit Heukelum<sup>363</sup>

[...]

<sup>360</sup> Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 357–364. Die Bürger-schaft schloß sich in dieser Sitzung dem Mehrheitsvotum des parlamentarischen Un-tersuchungsausschusses an, daß die Urteile gegen Wolters nie rechtskräftig waren und er seine Strafe verbüßt habe. BDV und CDU zweifelten den politischen Charak-ter einer ihm vorgeworfenen Straftat an und verlangten von ihm die Amtsniederle-gung bis zur Klärung der Vorwürfe. Daraufhin sprachen SPD und KPD von „politi-scher Brunnenvergiftung“ und warfen den Bürgerlichen vor, „antifaschistische Kämpfer mit Dreck zu bewerfen“. Zum „Fall“ Wolters, vgl. Kap. 4, Anm. 151.

<sup>361</sup> Francis H. Case, 1896–1962, Journalist, republikanischer Politiker, 1936–1951 Kongreß-Abgeordneter, 1951–1962 Senator. Case bereiste als Vors. des „Presi-dent's Committee on Foreign Aid“ im Sept. 1947 mit einer Reihe von Kongreßabge-ordneten die US-Zone Deutschlands. In seinem Abschlußbericht trat das Komitee für eine Ausweitung der deutschen Stahl- und Maschinenproduktion, die rasche Bil-dung einer Zentralregierung in Westdeutschland und die Beendigung der Entnazifi-zierung (mit Ausnahme der ganz schweren Fälle) ein. (Gimbel, American Occupa-tion, S. 165f., 171).

<sup>362</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 357.

<sup>363</sup> Bei der Besprechung ging es um die Eigentumsrechte an dem ehemals preußi-schen Vermögen in Bremerhaven. Es wurde Einigkeit erzielt, daß der Fischereiha-fen und das Gesellschaftskapital der Seefischmarkt GmbH auf das Land Bremen



[Freitag], 3. Oktober 1947

125 Jahr-Feier des Prima-Vereins im Kaminsaal. Festrede Dr. Rud[olf] Alex[ander] Schröder. Aufführung: „Lohengrin“. Ansprachen von mir und anderen.<sup>364</sup>

[Samstag], 4. Oktober 1947

Prof. Brecht über Rilkes „Neunte Elegie“.<sup>365</sup>

[Sonntag], 5. Oktober 1947

Zunehmende, unangenehme *Furunkulose*. Im Bett geblieben.

[Montag], 6. Oktober 1947

Nachmittags zu Hause geblieben.

[...]

[Dienstag], 7. Oktober 1947

Vorsitz im Senat.<sup>366</sup> Nachm[ittags] im Bett. Gelesen und gearbeitet.

Mittwoch, 8. Oktober 1947

[...]

[Donnerstag], 9. Oktober 1947

Als Zeuge im Spruchkammerverfahren gegen Caspari. Meine Aussage über Freikorps Caspari<sup>367</sup> und März 1933; freier Senatsbeschluß, den

übergehen sollten, das im Gegenzug die ihm gehörenden, über das Bremerhavener Stadtgebiet verstreuten Grundstücke und Gebäude Bremerhaven übertragen würde. (Protokoll der Verhandlung am 2.10.1947, StAB: 3-B.10.a. Nr. 2 [1], Akte 2).

<sup>364</sup> Spitta war dem Prima-Verein des Alten Gymnasiums in Bremen als dessen ehemaliger Schüler sehr verbunden. (Aus meinem Leben, S. 58–62).

<sup>365</sup> Dr. Walther Brecht, 1876–1950, Literaturwissenschaftler, seit 1927 Professor in München.

<sup>366</sup> Kaisen nahm an der 25. Tagung des Länderrats in Stuttgart teil. In seiner Rede anlässlich des zweijährigen Bestehens des Länderrates würdigte der turnusmäßige Vors., der Ministerpräs. von Württemberg-Baden, Reinhold Maier, die Eingliederung Bremens in das amerikanische Besatzungsgebiet als „eines der wichtigsten Ereignisse des ablaufenden Jahres“ und betonte, daß trotz der räumlichen Distanz und der andersgearteten wirtschaftlichen Interessen, kein grundsätzlicher Nord-Süd-Gegensatz die Arbeit des Länderrats belastet hätte. Dieses sei wesentlich der Persönlichkeit Kaisens zu verdanken, „mit dem sachlich zu arbeiten und zufriedenstellende Ergebnisse herbeizuführen eine Freude für alle Beteiligten gewesen ist“. (Vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 568f.).

<sup>367</sup> Vgl. Kap. 3, Anm. 482.

Domshof den Nazis einzuräumen.<sup>368</sup> Kaisen sagt mir, er werde ungünstig aussagen. Nachher erfahre ich, daß Kaisen sehr heftig geworden, den Tod seines gefallenen Sohnes Caspari zugeschoben usw. – Urteil: Zwei Jahre Arbeit für Allgemeinheit, 80 Prozent Vermögen [eingezogen].

*[Freitag], 10. Oktober 1947*

In Kaisens Abwesenheit Senatssitzung. Dann wieder ins Bett. Abends 18.45 [Uhr] Rundfunkansprache über Verfassung.<sup>369</sup>

[...]

*Samstag, 11. Oktober 1947*

[...]

*[Sonntag], 12. Oktober 1947*

*Volksentscheid und Wahl.*

[...]

<sup>368</sup> Der Senat erteilte Kaisen und Spitta in seiner Sitzung am 10.10.1947 eine nachträgliche Aussagegenehmigung. Wolters widersprach in diesem Zusammenhang anhand der damaligen Senatsprotokolle der Einschätzung Spittas, daß es ein „freier Senatsbeschuß“ gewesen sei, den Domshof am 4.3.1933 für eine nationalsozialistische Massenveranstaltung freizugeben. Der Senat hatte entsprechende Anträge der NSDAP trotz Interventionen aus dem Reichsinnenministerium mehrmals abgelehnt, da der Platz mitten in der Bannmeile liege und die Zu- und Abgangswege zu eng seien. Erst bei einer Sondersitzung am 4.3. hatte er mit Stimmenmehrheit den Beschluß gefaßt, „den Domshof ausnahmsweise für die Übertragung der Rede des Reichskanzlers und die Beendigung des Fackelzuges der NSDAP freizugeben“, weil er aufgrund der Stellungnahme Casparis keine andere Wahl zu haben meinte. Polizeiobers Caspari hatte in der Sitzung erklärt, daß die Polizei den Domshof nur unter Einsatz der Schußwaffe abriegeln könne, und einen entsprechenden Befehl des Senats gefordert. Den Vorschlag, den Platz zu sperren und nur, wenn der Druck zu groß werde, freizugeben, hatte er im Hinblick auf das Ansehen der Polizei abgelehnt, ebenso die Verlegung der Kundgebung zum Grünen Kamp, da die Teilnehmer dort Gefahr liefen, aus den umliegenden Fabrikgebäuden beschossen zu werden. Kaisen hatte damals versucht, den Autoritätsverlust des Senats zu verhindern und ein Verbot der NSDAP-Zeitung gefordert, die in einer gezielten Fehlinformation den Domshof noch vor der Freigabe als Kundgebungsort genannt hatte. Sein Antrag war jedoch „mangels gesetzlicher Handhabe“ abgelehnt worden. Nach weiteren Zugeständnissen des Senats an die Nationalsozialisten waren die sozialdemokratischen Senatoren am 6.3.1933 von ihrem Amt zurückgetreten. (StAB: 3/3, Senatsprotokolle vom 3., 4. und 6.3.1933; Herbert Schwarzwälder, *Die Machtergreifung der NSDAP in Bremen 1933*, Bremen 1966). – Sympathiebekundungen für Ausführungen der Verteidigung im Spruchkammerverfahren gegen Caspari, z.B. bei der Feststellung, „daß die nationalsozialistische Regierung legal an die Macht gekommen sei“, veranlaßten Wolters und Ewert, eine Ausweiskontrolle der Zuhörer zu fordern. (Senatsprotokoll 10.10.1947, ebenda).

<sup>369</sup> Text der Ansprache im NL Spittas im StAB: 7,63–1/1.

[Montag], 13. Oktober 1947

Wahlergebnis: SPD 46, KPD 10, [zusammen] 56 [Sitze]; CDU 24, BDV 15, FDP 2, DP 3 [zusammen] 44. Koalitionsmöglichkeit: SPD + BDV = 61. Oder SPD, CDU, BDV = 85.<sup>370</sup> Besprechung mit Kaisen über die Lage. Sein Auto-Unfall (mit Dr. Friese). [...]

Befriedigend, daß die Brem[er] Bevölkerung trotz geschickter Propaganda nicht auf Hollmann und seine FDP hereingefallen ist. In der Stadt Bremen ist die FDP infolge der Fünfprozentklausel verschwunden.<sup>371</sup>

|        |       |     |       |        |       |        |      |
|--------|-------|-----|-------|--------|-------|--------|------|
| SPD    | 91229 | CDU | 48116 | BDV    | 30546 | Unabh. | 6824 |
| KPD    | 19189 | FDP | 12095 | DP     | 8441  | RSF    | 2411 |
| 110418 |       |     |       | 108433 |       |        |      |

Also nur knappe sozial[istische] Mehrheit, wenn alle Splitterparteien mitgerechnet werden. Schwache Wahlbeteiligung. (zwischen 55 und 70 Prozent).

[Dienstag], 14. Oktober 1947

Besprechung mit Kaisen, der Wolters ausscheiden möchte. Abschieben auf eine bizonale Stelle? – Mit Apelt, dem ich vorschlage, die drei Welfen (DP) und die zwei FDP [Abgeordneten] Bremerhavens als Hospitanten

<sup>370</sup> Die Wahl fand nach dem Verhältniswahlrecht statt mit gebundenen Listen in den beiden Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven, in denen achtzig bzw. zwanzig der hundert Bürgerschaftsabgeordneten gewählt wurden. Dabei kam die Fünfprozentklausel getrennt in Bremen und Bremerhaven zur Anwendung. Die von Spitta aufgelisteten absoluten Stimmergebnisse entsprechen in etwa den Angaben in den Statistischen Berichten. Prozentual ergab sich folgendes Bild: SPD 41,7%, CDU 22%, BDV 14%, DP 3,9%, KPD 8,8%, Unabhängige 3,1%, FDP (Hollmann – Grabau) 5,5%, Radikal-Soziale Freiheitspartei (RSF) 1%. Die Wahlbeteiligung war niedrig: Im Landesdurchschnitt betrug sie 67,8%, in Bremerhaven nur 55,1%; in der Stadt Bremen 71,1%. Die beiden gleichzeitig durchgeführten Volksabstimmungen brachten folgendes Ergebnis: Die Verfassung wurde mit der deutlichen Mehrheit von 152350 zu 57951 Stimmen (bei 18419 ungültigen Stimmen) angenommen. Der umstrittene Art. 47 zur betrieblichen Mitbestimmung wurde mit der knappen Mehrheit von 109430 zu 100708 Stimmen, bei 17972 ungültigen, gebilligt. (Roth, Parteien und Wahlen, S. 23–27). Spitta deutet in seinem Kommentar zur bremischen Verfassung, S. 20, die große Zahl ungültiger Stimmen als bewußte Stimmenthaltung. Die Bremer CDU begründete damit ihren Einspruch gegen die beiden Volksentscheide (Bremer Echo Nr. 11 v. 18.10.1947). Er wurde jedoch, ebenso wie ein Einspruch der FDP, vom Wahlprüfungsgericht als unbegründet abgewiesen (Senatsprotokolle 23. und 30.12.1947).

<sup>371</sup> In Bremerhaven wurden Hugo Lische und Dr. Walter Neumann für die FDP in die Bürgerschaft gewählt. Sie traten der BDV-Fraktion nicht als Hospitanten bei. Zur komplizierten Situation im liberalen Parteienspektrum Bremens vgl. Kap. 3, Anm. 545; Kap. 4, Anm. 181.

[zu] der BDV heranzuziehen.<sup>372</sup> Wie können Harmssen und Nolting-Hauff dem Senat erhalten bleiben?<sup>373</sup>

[Mittwoch], 15. Oktober 1947

Mit Bote über Senatsbildung und Erweiterung der BDV durch FDP und DP.

Donnerstag, 16. Oktober 1947

[...]

[Freitag–Sonntag], 17.–19. Oktober 1947

Meist im Bett. Vom Bett aus durch Feine und Carstens „regiert“.

[...]

[Montag], 20. Oktober 1947

Ein halber Tag im *Rathause wo geheizt ist*. Nachm[ittags] zu Hause gearbeitet. – Aug[ust] Kippenberg über *Fritz Schumacher*, der seit Monaten im hamburgischen Krankenhause liegt; seine Grüße an Apelt und mich wie Abschiedsgrüße.<sup>374</sup>

Der Herbst ist trocken und kühl: das Laub verfärbt sich und leuchtet in der Sonne.

<sup>372</sup> Die drei Abgeordneten der DP schlossen sich als Hospitanten der BDV-Fraktion an, während die beiden FDP-Abgeordneten selbständig blieben.

<sup>373</sup> Da der Senat von einer Parteienkoalition getragen wurde, Harmssen und Nolting-Hauff aber keiner Partei angehörten, war fraglich, ob sie für den Senat nominiert würden. Beide wurden am 22.1.1948 wieder in den Senat gewählt, Nolting-Hauff als Parteilooser.

<sup>374</sup> Prof. Dr. Fritz Schumacher, 1869–1947. Architekt, Städteplaner und Schriftsteller, gebürtiger Bremer, 1909–1933 Oberbaudirektor in Hamburg, wo er wichtige städtebauliche Akzente setzte, 1925–1930 führend an der Erarbeitung des Bremer Generalbebauungsplans beteiligt, lebte nach seiner Amtsentlassung durch die Nationalsozialisten zurückgezogen bei schriftstellerischer Arbeit. Vgl. Brem. Biogr., S. 457ff.

Schumacher, der am 5.11.1947 starb, war mit Spitta und Apelt befreundet. Apelt vertrat das Land Bremen bei der Trauerfeier für ihn am 10.11.1947, auch Spitta nahm teil. Am 31.5.1949 wurde in Bremen ein Reliefporträt Schumachers von Clara Rilke-Westhoff enthüllt, wobei Spitta als Senatsvertreter sprach (Redemanuskript im StAB: NL Spitta 7,63–1/1).

[Dienstag], 21. Oktober 1947

Senat. – Nachmittags Vorstand und Fraktion BDV über Senatsbildung. Einseitige Parteipolitik bekämpft. Ziel: Koalition der SPD, CDU und BDV; ohne KPD. – Erschwerung durch „Fall“ Wolters.<sup>375</sup> [...]

[Mittwoch], 22. Oktober 1947

Einen halben Tag Rathaus, einen halben Tag zu Hause gearbeitet. – Kaisen hat bei den „Bürgerlichen“ durch s[eine] temperamentvolle, subjektive Zeugenaussage im Spruchkammerverfahren Caspari verloren – was ich sehr bedauere.<sup>376</sup>

[Donnerstag], 23. Oktober 1947

Anhaltend schönes Herbstwetter. Unsere Winterkartoffeln kommen. Die Kartoffelernte hier im Nordwesten besser als geschätzt. Behörden- und Länderkampf um die Einkellerung eines zweiten Zentners?<sup>377</sup>

Erfreulich, wie wenig Zulauf die Kommunisten trotz der allgemeinen Not haben; bei den bremischen Wahlen Rückgang in der Stimmenzahl. Sie gelten als Wegbereiter Rußlands. – In Frankreich *der große Sieg de Gaulles*,<sup>378</sup> eine Reaktion auf das Treiben der Kommunisten. – Kaisen möchte

<sup>375</sup> Die Bremer CDU setzte ihre Angriffe gegen Wolters fort, obwohl der Untersuchungsausschuß der Bürgerschaft am 25.9.1947 seinen entlastenden Mehrheitsbericht und ein abweichendes Minderheitenvotum vorgelegt hatte (vgl. Kap. 4, Anm. 151). In der Senatsitzung am 10.10.1947 erwähnte Wolters einen Artikel im Bremer Echo, in dem Spitta vorgeworfen worden sei, der Staatsanwaltschaft die Anweisung zur Löschung von Wolters' Strafregister gegeben zu haben (StAB: 3/3). Ein solcher Artikel könnte im Bremer Echo Nr. 10 (1947) erschienen sein; diese Nr. fehlt im Bestand des StAB.

<sup>376</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 368.

<sup>377</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 358. Trotz seiner optimistischen Prognose vom 17.10.1947 mußte Mester am 11.11. im Senat eine 14tägige Kartoffelsperre verkünden, bezeichnete die Kartoffelversorgung aber weiterhin als relativ günstig. Nach Ablauf der Frist, als noch fast 2000 t Kartoffeln für Bremen ausstanden, ergaben sich bei den Verhandlungen mit Niedersachsen jedoch Probleme, da nach dortigen Unterlagen Bremen bereits mehr als das ihm zustehende Kontingent erhalten hatte. Verstärkte Schwarzmarktkontrollen in Bremen waren die Folge. (Senatsprotokolle 11. und 21.11.1947, StAB: 3/3). Vgl. Schlange-Schöningen (Hrsg.), Im Schatten des Hungers, S. 171–174.

<sup>378</sup> Nach seinem Rücktritt vom Amt des Regierungschefs am 20.1.1946 setzte de Gaulle seine Agitation gegen die Machtposition der Parteien fort. (Vgl. Kap. 3, Anm. 487). Am 14.4.1947 gründete er die „Rassemblement du Peuple Français“ (RPF), die bei den Gemeindewahlen am 19. und 26.10.1947 mehr als 35 Prozent der Stimmen erhielt und damit stärkste politische Kraft wurde. Als Reaktion auf den Wahlausgang nahm Ministerpräs. Ramadier am 23.10. eine Regierungsumbildung vor; am 19.11.1947 erklärte er seinen Rücktritt. Die innenpolitische Situation in Frankreich war von schweren sozialen Unruhen gekennzeichnet, ausgelöst durch die Lohn- und Wirtschaftspolitik der Regierung. Die Kommunisten gehörten ihr seit

den Kommunisten im Senat einen Sitz anbieten, lehnt aber eine „Arbeiterregierung“ ab.

*Freitag–Sonntag, 24.–26. Oktober 1947*

[...]

*[Montag], 27. Oktober 1947*

Abends im Gästehaus 80. Geburtstag von Senator Rhein;<sup>379</sup> die Frau des Reichspräsidenten Ebert als Gast. Ich konnte aufs neue ihre Klugheit, Anmut der Unterhaltung und prächtige Persönlichkeit erfahren.<sup>380</sup>

*[Dienstag], 28. Oktober 1947*

Deputationsgesetz im Senat, das erste der 27 Ausführungsgesetze zur Verfassung.<sup>381</sup>

[...]

dem 4.5.1947 nicht mehr an: Nachdem sie bei einem Vertrauensvotum in der Nationalversammlung gegen Ramadier gestimmt hatten, entließ er ihre Minister noch am selben Abend aus dem Kabinett.

<sup>379</sup> Hermann Rhein, 1867–1960. Schriftsetzer, seit 1894 Lokalredakteur des SPD-Organs Bremer Bürgerzeitung, seit 1905 Fraktionsvors. der SPD in der Bremer Bürgerschaft, Vorstandsmd. des Gewerkschaftskartells, 1919–1920 Senator für Armenwesen, 1928–1931 „halbamtlicher“ Senator für das Unterrichts- und Theaterwesen; 1900–1918 und 1920–1928 MdBü; 1921–1933 Verwaltungsdirektor der AOK in Bremen, Mai–Okt. 1945 Kommissarischer Direktor der AOK. (Brem. Biogr., S. 402f.).

<sup>380</sup> Louise Ebert, geb. Rump, 1873–1955, heiratete 1894 Friedrich Ebert, der damals in Bremen Vors. des Gewerkschaftskartells und Redakteur der Bremer Bürger-Zeitung, seit 1900 auch MdBü war.

<sup>381</sup> Nach Artikel 129 der Bremer Verfassung kann die Bürgerschaft für die verschiedenen Verwaltungszweige ständige Ausschüsse (Deputationen) einsetzen; die Einzelheiten sind durch Gesetz zu regeln. Der Senat eröffnete in dieser Sitzung mit der Erörterung grundsätzlicher Probleme die Beratung über das Deputationsgesetz vom 2.3.1948. Spitta erläuterte einleitend die Gründe, die eine Änderung des bestehenden Gesetzes notwendig machten: Anpassung von Zahl und Art der Deputationen an die Verwaltungserfordernisse, Vertretung der Bürger Bremerhavens in den Deputationen, Befugnisse der Finanzdeputation bei Beschlüssen über Ausgabenerhöhungen und -neubewilligungen. Bei diesem Punkt gab es Differenzen zwischen der SPD und der BDV. Der Senat akzeptierte schließlich Kaisens Vermittlungsvorschlag vom 31.10.1947, der Bürgerschaft die letzte Entscheidung zu überlassen, sie aber zu verpflichten, bei einem Einspruch der Finanzdeputation die Angelegenheit erneut zu beraten und ihren Beschluß mit einfacher Mehrheit zu bestätigen. Bei der weiteren Beratung im Verfassungsausschuß, den die Bürgerschaft am 30.10.1947 neu wählte, tauchte als ein anderer Streitpunkt die Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen Senat, Deputation und Bürgerschaft auf. Spitta und Kaisen verteidigten das Stimmrecht der Senatsvertreter in den Deputationen, die nicht zu bürgerschaftlichen Ausschüssen werden dürften, wenn sie ihrer Funktion gerecht werden sollten, „die Gesetzgebung und Verwaltung zusammenzubringen, um einen einheitlichen Staatswillen zu konstruieren“. (Kaisen in der Senatssitzung am 9.12.1947, Protokoll, S. 6f., StAB: 3/3). Vgl. Kap. 2, Anm. 58; Kap. 3, Anm. 559.

[Mittwoch], 29. Oktober 1947

Fraktionssitzung. Die Senatsbildung geht nur langsam vorwärts. Die SPD hat keine Eile.

[...]

Donnerstag, 30. Oktober 1947

[...]

[Freitag], 31. Oktober 1947

Kaisen vertraut mir an, daß Aeevermann amtsmüde sei; wer kann dieses dornenvolle Amt übernehmen? Lifschütz? – Abends in der Wittheit Smidt-Sitzung. Prof. Hahn (Göttingen),<sup>382</sup> Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, spricht über „Künstliche Uranumwandlungen und ihre Verwendung“. Starker Eindruck. Zusammenarbeit der Engl[änder], Franzosen, Italiener, Amerikaner und Deutschen. Sittliche Entscheidungsstunde der Menschheit. Abend mit Hahn im Gästehaus.

[Samstag], 1. November 1947

Mit Kaisen über Lifschütz und Wolters. Mittags auch mit Apelt. Die Verleumdung gegen Kaisen.<sup>383</sup>

[...]

Sonntag, 2. November 1947

[...]

[Montag], 3. November 1947

Wahlniederlage der Labour-Party bei den Gemeinde-Wahlen in England.<sup>384</sup> In dieser Absage an den Sozialismus liegt wohl zugleich ein Bekenntnis zum „Westen“, wie im Siege de Gaulles in Frankreich. – Rückwir-

<sup>382</sup> Dr. Otto Hahn, 1879–1968, Chemiker, 1910–1934 Professor in Berlin, 1928–1945 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, dann der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1948–1960 Präs. der Max-Planck-Gesellschaft. Für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Kernspaltung erhielt er den Nobelpreis des Jahres 1944.

<sup>383</sup> Der Anlaß ließ sich nicht klären, möglicherweise handelte es sich um Angriffe im Zusammenhang mit dem „Fall Wolters“, vgl. Kap. 4, Anm. 151.

<sup>384</sup> Bei den Gemeindewahlen in Großbritannien am 1.11.1947 wurde ein Drittel der Mandate in den Gemeinderäten neu vergeben. Die Labour Party verlor 643 Sitze, die Konservativen gewannen 617 Sitze hinzu. Churchill sah durch dieses Wahlergebnis die Labourregierung ihrer Legitimation beraubt, während der Generalsekretär der Labour Party zwar von einem enttäuschenden Wahlausgang sprach, sich gegen eine solche Schlußfolgerung aber zur Wehr setzte. (Vgl. Keesing's Archiv 1946/47, S. 1267K).

kung auf die Regierungsbildung in Bremen? Besprechung mit Wenhold über Senat; W. wie immer optimistisch, sieht den Senat mit CDU, BDV und SPD schon fertig. Ich skeptischer.

Historische Gesellschaft; Prof. Kirn<sup>385</sup> über d[en] mittelalterl[ichen] Menschen im Kampfe mit dem Hunger.

*[Dienstag], 4. November 1947*

Verlagsvertrag über Donandt-Buch mit Storm (Hermann).<sup>386</sup>

Senat und Parteiausschuß; die Parteisachen und die Ansichten über die Regierungsbildung wenig ergiebig, noch weniger erfreulich.

[...]

*[Mittwoch/Donnerstag], 5./6. November 1947*

Besprechung mit Kaisen über Regierungsbildung; er ist gereizt und unbillig, wirft der BDV vor, daß sie „den Sitz der Kommunisten für sich verlangen“ (weil sie einen dritten Sitz haben will [Harmssen!]), ist empört, daß durch Schuld der „Bürgerlichen“ kein gemeinsamer Aufruf der Parteien in der Entnazifizierung zustande gekommen sei,<sup>387</sup> will die Kommunisten in der Regierung haben usw.

Dagegen hat er meine Anregung, Lifschütz zum Entnazifizierungssenator zu machen, aufgegriffen, die Zustimmung der Militärregierung erwirkt und will nun mit den Fraktionsführern verhandeln.

[...]

*Freitag, 7. November 1947*

[...]

*[Samstag], 8. November 1947*

In der „Juristensitzung“ manches gefördert.

In Fraktionssitzung Regierungsbildung; falsche Pressenachrichten.<sup>388</sup> Durch diese Sitzung büßten Apelt und ich die erste Vorlesung Knittermey-

<sup>385</sup> Dr. Paul Kirn, 1890–1965. Historiker, Mediävist, seit 1935 Professor in Frankfurt a.M.

<sup>386</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 211.

<sup>387</sup> Wie Kaisen am 4.11.1947 im Senat berichtete, hatte er bei einer Besprechung mit dem Direktor der Bremer Militärregierung, Dunn, am 31.10. zugesagt, daß die Parteien innerhalb der nächsten 14 Tage 40 Vertreter für die Spruchkammern benennen und sich mit einem gemeinsamen Aufruf an die Bevölkerung wenden würden (StAB: 3/3).

<sup>388</sup> Der Weser-Kurier v. 8.11.1947 veröffentlichte ein Schreiben der CDU, in dem sie eine Koalition von SPD, BDV und CDU mit je sechs Senatssitzen für die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien (drei für die BDV und drei für die CDU) vorschlug, ferner das Antwortschreiben der SPD, die für eine Allparteienkoalition



ers über „Philosophie und (Glaube) Offenbarung“ (Erkenntnis und Glaube) ein.

[...]

Abends im Gästehaus mit Finanzdirektor Hartmann<sup>389</sup> vom Exekutiv-ausschuß. In schlafloser Nacht Wilh[elm] v[on] Humboldt über Geschichtsschreibung.

*Sonntag–Mittwoch, 9.–12. November 1947*

[...]

*[Donnerstag], 13. November 1947*

Selbstmordversuch Degener-Grischows nach ungünstiger Spruchkammer-Entscheidung.<sup>390</sup> Wie viele schon vor ihm!

[...]

*[Freitag], 14. November 1947*

Senat. – Karte an Heinz Kippenberg. – Fraktionssitzung. Regierungsbildungsschwierigkeiten durch Artikel 47 (Betriebsräte) und Schulgesetz.<sup>391</sup> Ich lese Schreiben des Generals Clay über Betriebsräte vor, hoffe, daß da-

eintrat, und einen Bericht über die interfraktionelle Besprechung beim Bürgerschaftspräsidenten, bei der sich die CDU angeblich mit der Regierungsbeteiligung der KPD einverstanden erklärte.

<sup>389</sup> Alfred Hartmann, 1894–1967. 1945–1947 Ministerialdirigent im bayerischen Finanzministerium, 1947–1949 Direktor der Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt a.M., 1949–1959 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

<sup>390</sup> Dr. Hans Degener-Grischow, 1879–1960. RA und Notar in Bremen, seit 1933 Md. der NSDAP und förderndes Md. der SS, seit 1937 im NSFK. (Vgl. Brem. Biogr., S. 102f.). Der Weser-Kurier veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 15.11.1947 die Spruchkammerentscheidung gegen Degener-Grischow: Zuordnung zu Gruppe III (Minderbelastete) statt der vom Klagevertreter geforderten Behandlung nach Gruppe II (Belastete), einjährige Bewährungsfrist, Vermögensabgabe in Höhe von 30%. Im Revisionsverfahren wurde D.-G. als „entlastet“ eingestuft, wie Spitta am 19.7.1948 in seinem Tagebuch vermerkte.

<sup>391</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 229, 337, 217. Auch im Senat kam die Behinderung der Koalitionsverhandlungen und der Regierungsbildung durch die Differenzen über das Ausführungsgesetz zu Artikel 47 der Bremer Verfassung zur Sprache. Kaisen hielt es für unmöglich, das Gesetz schnell fertigzustellen und bezeichnete entsprechende Forderungen der Parteien als „unbillig“. Spitta dagegen sah darin ein „berechtigtes Anliegen“ und wollte umgehend eine Einigung über die Grundzüge dieses Gesetzes und des Schulgesetzes erzielen. (Senatsprotokoll 14.11.1947, StAB: 3/3).

durch diese Streitfrage ausscheiden kann.<sup>392</sup> Über Schulfrage soll zunächst mit CDU verhandelt werden. – Frage des Staatsgerichtshofes.<sup>393</sup>  
[...]

*Samstag, 15. November 1947*

[Keine Eintragung]

*Sonntag, 16. November 1947*

[...]

*[Montag], 17. November 1947*

Kaisen über den in Bremen tagenden SPD-Parteivorstand und Parteiausschuß.<sup>394</sup> Berichte aus dem Osten. Russischer Plan eines öst[lichen] Vasallenstaates? [...]

<sup>392</sup> Wie Governor Dunn am 9.12.1947 im Gespräch mit Kaisen äußerte, hatte Clay in einem Schreiben auf Beschleunigung der Regierungsbildung gedrängt und festgestellt, daß „eine Durchführungsverordnung zum Artikel 47, welcher Art sie auch sein möge, doch nur den Charakter einer Geste haben könne“. Die Wünsche der Betriebsräte würden bei einer gesamtdeutschen oder bizonalen Regelung des Fragenkomplexes sicherlich erfüllt werden, weshalb sich die Parteien bei ihren Verhandlungen auf spezifisch Bremer Probleme konzentrieren sollten. (Kaisen am 12.12.1947 im Senat, StAB: 3/3). In einem früheren Schreiben vom 5.9.1947 zur Bestätigung der Bremer Verfassung hatte Clay bereits deutlich gemacht, daß er Ländergesetze zur Veränderung der Wirtschaftsverfassung und Arbeitsbeziehungen (erweiterte betriebliche Mitbestimmung, Arbeiterräte) nicht billigen werde. (Gimbel, *American Occupation*, S. 233).

<sup>393</sup> Das Gesetz über den Staatsgerichtshof wurde seit Jan. 1948 im Verfassungsausschuß beraten, am 29.4.1948 aber von der Bürgerschaft mit den Stimmen der BDV, CDU und KPD abgelehnt. Erst am 21.6.1949 wurde es verabschiedet. Am 22.9.1949 wählte die Bürgerschaft die Mitglieder des Staatsgerichtshofs, der am 16.1.1950 zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Vgl. Claudia Koch, *Landesverfassungsgerichtsbarkeit*, S. 38–45.

<sup>394</sup> Tagung am 14. und 15.11.1947 in Bremen. In einer Entschließung wandten sich die SPD-Gremien gegen eine Abtrennung des „seit langem vorbereiteten Oststaates“ und plädierten dafür, eine zentrale Regierung erst zu bilden, wenn nach einer Einigung der Sieger in allen Zonen „in völliger Freiheit unter den gleichen demokratischen Bedingungen und der gleichen Rechtssicherheit“ Wahlen durchgeführt werden könnten. (Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1947, S. 88). Kaisen gehörte bis 1950 dem erweiterten Parteivorstand der SPD an, zu seiner Abwahl vgl. Kurt Thomas Schmitz, *Deutsche Einheit und Europäische Integration*, Bonn 1978, S. 75; über die Auseinandersetzungen bei dieser Tagung und die grundsätzlichen Differenzen zwischen Kaisen und Schumacher: Thomas Stamm, Kurt Schumacher als Parteiführer in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 40 (1989), S. 257–277, insbes. S. 263–268.

*[Dienstag], 18. November 1947*

Formelle Schwierigkeit bez[üglich] Wählbarkeit von Lifschütz (Wohnung in Bremen!). – Im Senat dauernd Schwierigkeit durch Ewert.<sup>395</sup>

[...]

*Mittwoch, 19. November 1947, Bußtag*

[...]

*[Donnerstag], 20. November 1947*

Schwierigkeit der Senatsbildung; Besprechung mit Kaisen und Wenhold. Lifschütz-Verhandlung; Widerspruch der Kommunisten.

[...]

*[Freitag], 21. November 1947*

Mit Kaisen über Regierungsbildung; sein heftiger Ausbruch gegen die CDU, besonders gegen den harmlosen Friedr[ich] Schulze. – Schwierigkeiten mit Lifschütz' Wohnung überwunden. Er wird einstimmig gewählt.<sup>396</sup> – Im Senat meine Dankrede für den ausscheidenden Aevertmann. Abends bei Crabill über Universität; Fortschritte in der Planung.<sup>397</sup>

[...]

*Samstag–Mittwoch, 22. – 26. November 1947*

[...]

*[Donnerstag], 27. November 1947*

Mit Wenhold über Senatsbildung; sein Gespräch mit Theil.  
Abends mit Mutter bei Carstens.

<sup>395</sup> Spitta bezieht sich hier auf einen Konflikt zwischen Harmssen und Ewert. Harmssen plante die Ernennung eines Sachverständigenbeirates für das Außenhandelskontor, Ewert forderte die Einbeziehung der Arbeiter- und Angestelltenkammer in das Verfahren. (Senatsprotokoll, StAB: 3/3).

<sup>396</sup> Auf der Tagesordnung der Bürgerschaft für den 21.11.1947 stand die Senatswahl; sie mußte wegen der nicht abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen verschoben werden. Lediglich Lifschütz wurde als Nachfolger Aevertmanns mit allen Stimmen bei zwei Enthaltungen zum Entnazifizierungssenator gewählt, jedoch nicht sofort vereidigt. (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1947, S. 20).

<sup>397</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 357.

*[Freitag], 28. November 1947*

Besichtigung der Grohn-Kasernen für die internat[ionale] Universität.<sup>398</sup>  
Kaisen für den Plan gewonnen.

[...]

*Samstag–Mittwoch, 29. November–3. Dezember 1947*

[...]

*[Donnerstag], 4. Dezember 1947*

Für den erkrankten Kaisen mit Schlange-Schöningen im Gästehaus. Er will nächstes Jahr Gemüse freigeben, Kartoffelbewirtschaftung lockern; nach Ablieferung der auferlegten Menge freier Verkauf zu freien Preisen.<sup>399</sup>

*[Freitag], 5. Dezember 1947*

Kaisen wieder im Rathaus: Anfall in meiner Gegenwart. American Bar Association spendet CARE-Pakete für 22 bremische Richter und Staatsanwälte. [...]

Mit Bote über die festgefahrene Regierungsbildung: CDU will, daß jede Privatschule mit öffentlichen Mitteln betrieben werde. BDV dagegen.<sup>400</sup>

[...]

*[Samstag], 6. Dezember 1947*

Angespannter Tag: 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 10 Uhr Referenten, 10 bis 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr Dr. Becker,<sup>401</sup> 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> bis 11 Uhr Handelskammerpräses M[artin] Wilkens über Senatsbildung, anschließend bei Kaisen, dann mit Legationsrat Dr. Haas,<sup>402</sup> Kaisens neuem Mitarbeiter für auswärtige Angelegenheiten, und so fort.

<sup>398</sup> Vgl. ebenda.

<sup>399</sup> Unmittelbar nach der Währungsreform wurden am 25.6.1948 die Preise für Gemüse, Obst, Honig und einige andere Lebensmittel freigegeben. Die Grundnahrungsmittel wurden weiter bewirtschaftet. Für Kartoffeln wurde durch eine Verordnung vom 1.9.1948 die Ablieferungspflicht verlängert; die Rationierung konnte aber aufgrund der sehr guten Ernte im Okt. aufgehoben werden. Schlange-Schöningen (Hrsg.), *Im Schatten des Hungers*, S. 210–220.

<sup>400</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

<sup>401</sup> Vielleicht Dr. Kurt Becker-Glauch, Gerichtsarzt in Bremen.

<sup>402</sup> Dr. Wilhelm Haas, 1896–1981. Jurist, bis 1936 im diplomatischen Dienst, zuletzt als Botschaftssekretär in Tokio; entlassen, weil er die Scheidung von seiner jüdischen Frau ablehnte, 1938–1945 Wirtschaftsberater in China, 1947–1949 Staatsrat in Bremen und Leiter der Präsidialkanzlei, 1949–1951 Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, 1951–1954 Botschafter in Ankara, 1955–1958 erster deutscher Botschafter in Moskau nach dem Krieg, 1958–1961 Botschafter in Tokio.

CDU will an der Finanzfrage die Koalition scheitern lassen. BDV für Zuschuß bei den drei kathol[ischen] Schulen in Bremen; Wilkens' Vorschlag: Unterstützung auch der früheren öffentl[ichen] Bekenntnisschulen als Privatschulen in Hemelingen, Blumenthal und Wesermünde. Ich: Im Gesetz und in Koalitionsvereinbarung nur drei kathol[ische] Schulen; daneben Sondervereinbarung BDV und CDU, daß in dieser Wahlperiode Privatschulen, die sich als Ersatz der öffentl[ichen] Bekenntnisschulen bei den ehemals preußischen Teilen Bremens bilden, unterstützt werden sollen, d.h. daß BDV dafür stimmen wird. Zweifelhaft, ob dafür bei der BDV Mehrheit.

[...]

*Sonntag, 7. Dezember 1947*

[...]

*[Montag], 8. Dezember 1947*

Mit Wenhold über Senatsbildung. – Deputationsgesetz im Verfassungsausschuß; Kommunisten versuchen, das, was sie bei der Verfassung nicht erreicht [haben], auf dem Umwege durch dieses Gesetz zu erreichen. Degener (CDU) auch gegen Stimmrecht der Senatoren.<sup>403</sup>

[...]

*[Dienstag], 9. Dezember 1947*

Mit Nolting-Hauff über Finanzierung der Privatschulen. Abends in Fraktion Regierungsbildung. Ergebnis: Mündliche Verhandlung mit CDU über den ganzen Komplex (nicht nur Schule).

*[Mittwoch], 10. Dezember 1947*

Mit Martin Wilkens über Senatsbildung; ebenso mit Kaisen.

[...]

*[Donnerstag], 11. Dezember 1947*

Mit Kaisen Krisis in London besprochen.<sup>404</sup> Möglichkeit des Abbruchs.

<sup>403</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 381.

<sup>404</sup> Die Konferenz des Rates der Außenminister in London vom 25.11. bis 15.12.1947 war das vorletzte Treffen dieses Gremiums. Nach dem Debakel der Moskauer Konferenz (vgl. Kap. 4, Anm. 185) bereitete schon die Festlegung einer Tagesordnung erhebliche Probleme. Nachdem die Konferenz schon mehrmals vor dem Scheitern gestanden hatte, kam es am 15.12.1947 zum Abbruch, ohne daß ein neues Treffen vereinbart wurde. Von den Westmächten wie von der UdSSR wurden die Verhandlungen nur noch mit dem taktischen Ziel geführt, die Verantwortung für eine Teilung Deutschlands der Gegenseite zuzuschieben. Bereits seit Ende Aug. 1947

Am 20.12. alle Ministerprä[sidenten] der Bizone in Frankfurt. Westregierung?<sup>405</sup>

[...]

*[Freitag], 12. Dezember 1947*

Im Senat Gesetze und Verordn[ungen] durchgebracht (Richterwahl usw.).<sup>406</sup> Senator Theil, der so schwer im KZ gelitten, für Beendigung der Deklassierung und für großzügige Behandlung der Internierten (Weihnachtsurlaub).<sup>407</sup> – Apelt über Zerstörungen und Aufbau in den stadtbre-

hatten Briten und Amerikaner informell Pläne für eine politische Fusion ihrer Zonen erörtert. Diese konnten nach dem Scheitern des Londoner Treffens offen weiterverfolgt werden, auch mit der Perspektive eines Zusammenwachsens aller drei westlichen Zonen, denn in London hatte sich eine Annäherung der französischen und anglo-amerikanischen Standpunkte ergeben. (Vgl. Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 3, S. 40–43; Graml, Die Alliierten, S. 191–195).

<sup>405</sup> Mit Schreiben vom 5.12.1947 waren die Ministerprä[sidenten] für die am 20.12. endende Woche zu einer Konferenz über den Ausbau der Bi-Zone nach Frankfurt eingeladen worden. Die Zusammenkunft wurde auf den 7.1.1948 verschoben, weil die Militärgouverneure, Clay und Robertson, nach dem Scheitern der Außenministerkonferenz in London am 18. und 19.12. mit den Regierungen ihrer Länder über die endgültigen Direktiven für die Bildung eines „Weststaates“ verhandelten. Pläne dafür waren seit dem Sommer ausgearbeitet und auch den deutschen Politikern bekannt geworden. Bei der Tagung in Frankfurt, an der die Militärgouverneure, die Chefs der verschiedenen Abteilungen der Militärregierungen und der Länder-Militärregierungen, der Hauptausschuß des Wirtschaftsrats, der Exekutivrat und alle Ministerprä[sidenten] der Bi-Zone teilnahmen, wurden auf Betreiben der Amerikaner Voraussetzungen für die effektivere Verwaltung und Regierung der Doppelzone beschlossen: Ausbau des Wirtschaftsrats, Errichtung einer Länderkammer, Umwandlung des Exekutivrats in ein Gremium der Verwaltungsratsdirektoren, Ausstattung des Wirtschaftsrats mit der vollen Etat- und Finanzkompetenz, Gründung einer zentralen Bank der Länder. (Akten Vorgeschichte Bundesrepublik, Bd. 4, S. 11–18).

<sup>406</sup> Nach Artikel 136 der bremischen Verfassung sind die Richter von einem Ausschuß zu wählen und auf Lebenszeit zu berufen. Spitta schlug vor, zur Entlastung des Senats das Verfahren bei der Vereidigung der Wahlmänner und Richter zu vereinfachen. Diese Anregung stieß bei einigen Senatoren auf Widerspruch und wurde im „Gesetz über die Richterwahl“ vom 20.7.1948 nur teilweise verwirklicht. Auf Vorschlag Lifschütz' wurde in den von den Wahlmännern zu leistenden Eid die Verpflichtung aufgenommen, nur einen Richter zu wählen, der nach ihrer Überzeugung „sein Amt im Geiste der Menschenrechte“ ausüben werde. (Senatsprotokoll 12.12.1947, StAB: 3/3).

<sup>407</sup> Lifschütz berichtete über einen Antrag des Obmanns der aus politischen Gründen Internierten im Lager Parkallee, den als „Mitläufer“ eingestuft und den langfristige, seit 2½ Jahren, Inhaftierten Weihnachtsurlaub zu gewähren, soweit es sich nicht um „Hauptschuldige“ handelte. Der zuständige Bürgerschaftsausschuß hatte das Gesuch wegen Fluchtgefahr abgelehnt, und auch Lifschütz wollte so entscheiden. Theil trat für Bewilligung des Urlaubs ein, um ein Zeichen der Versöhnung zu setzen. „2½ Jahre Internierungshaft seien schon eine furchtbare Strafe.“ Der Senat folgte dem Vorschlag Spittas, daß der zuständige Senator nach Lage des Einzelfalls entscheiden solle (Senatsprotokoll 12.12.1947, StAB: 3/3).

mischen Häfen. Vor dem Kriege 250000 qm Speicherraum; nachher [?] Tausend; jetzt 40000. Vor dem Kriege 235 Kräne; nachher 18; jetzt etwa 100. Wiederaufbau: Kosten für Staat 100 Millionen, für Private 100 Millionen. Zeit: wahrscheinlich bis 1965, bestenfalls bis 1955.

Plan der Weserverlegung!<sup>408</sup>

Abends im Gästehaus Prälat Prof. Schreiber (Münster)<sup>409</sup> über die Ansprüche Hollands und Belgiens an Deutschland. Schlechte Lage Hollands nach dem Verlust Indonesiens. – Schwindelanfall.

*[Samstag], 13. Dezember 1947*

Besprechung über Universität; materielle Grundlage.<sup>410</sup> [...]

*Sonntag, 14. Dezember 1947*

[...]

*[Montag], 15. Dezember 1947*

Bei Kaisen mit Edzard über Wohnungsressort Ewerts. Unhaltbare Zustände.<sup>411</sup> – Nachmittags] Vortrag von Dr. Bungartz<sup>412</sup> über Wirtschaftliches, besonders die Bürokratie und Parteipolitik in Frankfurt. Abends mit Bungartz im Gästehaus. Nachher mit Kaisen und BDV Senatsbildung: ich soll

<sup>408</sup> Dem Senatsprotokoll sind keine Einzelheiten zu entnehmen. Auch im NL Apelts gibt es kein Manuskript dieses Berichts. In einem späteren Aufsatz nennt Apelt abweichende Zahlen: Bremens Häfen, Schifffahrt und Verkehr. Die Entwicklung nach dem Krieg bis 1960, in: Theodor Spitta (Hrsg.), Hermann Apelt. Reden und Schriften, Bremen 1962, S. 146f.

<sup>409</sup> Dr. Georg Schreiber, 1882–1963. Historiker und Theologe, 1917–1936, 1945–1951 Professor in Münster und Braunsberg (seit 1935), päpstlicher Hausprälat; 1920–1933 MdR (Zentrum), Experte für Kultur- und Wissenschaftspolitik.

Paulmann hatte den Vortrag arrangiert, um für Bremen schädlichen wirtschaftlichen Forderungen Hollands und Belgiens entgegenzutreten. (So seine Mitteilung im Senat am 7.10.1947, StAB: 3/3). Der Anlaß waren Vorstöße der beiden Staaten bei den Regierungen der USA und Großbritanniens, Transporte von und nach Deutschland verstärkt über die traditionellen Konkurrenzhäfen Bremens: Rotterdam und Antwerpen, abzuwickeln. Holland verlangte außerdem einige Grenzkorrekturen, die Insel Borkum und 40 bis 50 Jahre geltende Nutzungskonzessionen für Kohlengruben im Ruhrgebiet. (Keesing's Archiv 1946/47, S. 728 L, 831 G, 903 C, 917 G, 1040 C, 1062 E, 1167 F und 1233 B).

<sup>410</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 357.

<sup>411</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 415.

<sup>412</sup> Dr. Everhard Bungartz, geb. 1900. Physiker, bayerischer Industrieller, Mitbegründer der FDP in Bayern, Md. des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt a.M.

an Besprechung mit CDU teilnehmen. Nachmittags OMGUS-Vertreter wegen meiner holl[ändischen] Bücher.<sup>413</sup>

*[Dienstag], 16. Dezember 1947*

*London gescheitert.*<sup>414</sup> Russische Reparationsforderungen. Im Senat Zusammenstoß mit Ewert über Wohnungsbehörde und Achtung der Entscheidung des Verwaltungsgerichts.<sup>415</sup>

Besprechung mit Lifschütz, der Hollmann als öffentl[ichen] Hauptankläger absetzen will; Nachfolger?<sup>416</sup>

Nachmittags Vorstand der Goethe-Gesellschaft; ständige Zunahme der Mitgliederzahl (jetzt 1600); Filialen in Verden, Nordenham, Elsfleth und Bassum.

Abends bei Crabill mit Dr. Wells,<sup>417</sup> „cultural adviser to General Clay“. Universitätsfrage gefördert. Entscheidende materielle Frage des Grundstücks. Wells sagt, solch eine Univers[ität] gäbe es nirgends; ist sehr dafür.<sup>418</sup>

*[Mittwoch], 17. Dezember 1947*

Zeitungen und Rundfunk der Welt voll vom Scheitern der Londoner Verhandlungen; die Vertagung auf unbestimmte Zeit bedeutet ein Scheitern.<sup>419</sup> Ich nehme an, daß nun Westdeutschland von den Angelsachsen fester zusammengeschlossen und wirtschaftlich entwickelt wird. Europa unter dem Marshall-Plan. Vielleicht für Westdeutschland erträglich und besser als eine Viermächte-Regierung über das ganze Deutschland; aber die

<sup>413</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 180. Nach dem von Spitta ausgefüllten Fragebogen handelte es sich um Ausgaben deutscher Klassiker im Wert von einigen hundert Reichsmark und sechs Stühle, die er wie die Bücher 1942/43 in Bremen gekauft hatte. Schon am 22.3.1947 hatte Spitta in einem Schreiben an die Militärregierung geltend gemacht, daß er die Bücher regulär erworben habe und sie deshalb nicht unter die Rückgabepflicht fielen. (StAB: NL Spitta 7,63–19/4).

<sup>414</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 404.

<sup>415</sup> Zwischen Spitta und Ewert gab es seit langem latente Spannungen. In diesem Fall protestierte er gegen eine Entscheidung des Wohnungsamts, eine Familie trotz ihrer Klage beim Verwaltungsgericht und der Feststellung des Gerichts über die aufschiebende Wirkung dieser Klage aus ihrer Wohnung in eine Kellerwohnung einzuweisen. Das Wohnungsamt bestritt die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts. Obwohl diese Frage ungeklärt blieb, beschloß der Senat, das Amt anzuweisen, die aufschiebende Wirkung der Klage anzuerkennen. (Senatsprotokoll 16.12.1947, StAB: 3/3).

<sup>416</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 347.

<sup>417</sup> Dr. Roger H. Wells, Politologe, Leiter der Abteilung für Kommunalverwaltung bei OMGUS, 1947 OMGUS-Verbindungsoffizier für die Arbeiten an der Bremer Verfassung.

<sup>418</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 357.

<sup>419</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 404.



20 Millionen Deutschen in der russischen Zone! – Frankreich schwierig, macht Forderungen und Bedingungen.

Abends Ausstellung der Volkshochschule im Festsaal des Rathauses. Die Lehrer hoffnungsvoll über die deutsche Jugend.

Mit Walter L[isco] und Arnold [über die] politische Lage. Ist Molotow<sup>420</sup> durch den Abbruch der Verhandlungen bei diesem Punkt der russischen Reparationsforderung überrascht und von Marshall überspielt?

*[Donnerstag], 18. Dezember 1947*

Im Verfassungsausschuß Deputationsgesetz; CDU und KPD vereint gegen Stimmrecht des Senats; Versuch abgeschlagen durch SPD und BDV.<sup>421</sup>

Nachm[ittags] Verhandlung der BDV und CDU (etwa acht oder neun Personen) über Senatsbildung. Ich habe den Eindruck, daß einige von der CDU eine Koalition mit der SPD nicht wollen (Rex und Degener). In Schulfrage offen ausgesprochen, daß Adenauer Einspruch erhoben hat und von außen mitwirkt. Verlangen der CDU: Für jede Privatschule Zuschuß des Staats in Höhe seiner Ersparnisse. BDV nur für Einzelfall ohne Festlegung.<sup>422</sup> Ich weise auf allgemeine kritische Lage hin, Gestaltung des deutschen Schicksals, Wirtschaft, Finanzen, Selbständigkeit Bremens; in solcher Lage könnten wir den Senat nicht der SPD allein überlassen. Vorschlag Heldmann, ev[entuell] Senat ohne Koalitionsbindung zu bilden; „Personalsenat“. Fortsetzung der Verhandlung nach Befragen der Fraktionen (nach Weihnachten).

[...]

*Freitag/Samstag, 19./20. Dezember 1947*

[...]

*[Sonntag], 21. Dezember 1947, 4. Advent*

[...]

Weihnachtssingen der Schulkinder auf dem Markt im Regen; Mil[itär]-reg[ierung] und Kaisen sprechen vom Balkon des Rathauses.<sup>423</sup>

[...]

<sup>420</sup> Wjatscheslaw M. Molotow, 1890–1986. 1939–1949 und 1953–1956 Außenminister der UdSSR.

<sup>421</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 381.

<sup>422</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 217.

<sup>423</sup> In Anwesenheit des Direktors der Militärregierung, Dunn, sprachen Major Taxton und Bgm. Kaisen. (Bericht im Weser-Kurier Nr. 127 v. 23.12.1947).

*[Montag], 22. Dezember 1947*

Im Verfassungsausschuß Deputationsgesetz verabschiedet; Stimmrecht der Senatoren gegen KPD und CDU aufrechterhalten; dagegen finanzielle Schutzbestimmung gefallen.<sup>424</sup> [...]

Abends im Gästehaus Beratung des Senats über die verworrenen Verhältnisse beim Wirtschaftsrat in Frankfurt. Referat Mittendorffs.

*Dienstag–Sonntag, 23.–28. Dezember 1947*

[...]

*[Montag], 29. Dezember 1947*

Starker Amtsbetrieb. – Nachm[ittags] Fraktionssitzung BDV über Senatsbildung; verschiedene Auswege in der Schulfrage.

[...]

*[Dienstag], 30. Dezember 1947*

Senat bis gegen 2 Uhr. – Nachm[ittags] Verhandlung im Ausschuß mit CDU über Senat: Vorschlag CDU: ein Jahr Stillhalten beim Privatschulgesetz und beim Ausführungsgesetz zu Art[ikel] 47.<sup>425</sup> CDU will, daß auch BDV das zur Bedingung macht. BDV stimmt zu beim Privatschulgesetz; sieht Schwierigkeit mit SPD hinsichtlich der Betriebsräte. Versuch, mit SPD auf dieser Grundlage zu verhandeln. Telephonische Besprechung der CDU mit Köln (Adenauer) über Senatsbildung.

[...]

*[Mittwoch], 31. Dezember 1947*

Mit Kaisen über Senatsbildung; er sagt, die Zahl sechs zu sechs sei in der SPD-Fraktion mit Hallo! begrüßt und werde großen Widerstand finden;<sup>426</sup> Ausführungsgesetz zu Art[ikel] 47 im Rahmen des Kontrollratsgesetzes sei für SPD möglich. Nachm[ittags] kurze Zeit im Rathause.

[...]

<sup>424</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 381. Als „finanzielle Schutzbestimmung“ sah Spitta das erstrebte Vetorecht der Finanzdeputation an. Nach dem Deputationsgesetz vom 2.3.1948 war die Bürgerschaft lediglich verpflichtet, bei einer ablehnenden Stellungnahme der Finanzdeputation zu einer Ausgabenerhöhung oder -neubewilligung ihren Beschluß zu wiederholen (§ 17).

<sup>425</sup> Vgl. Kap. 4, Anm. 217 und 337.

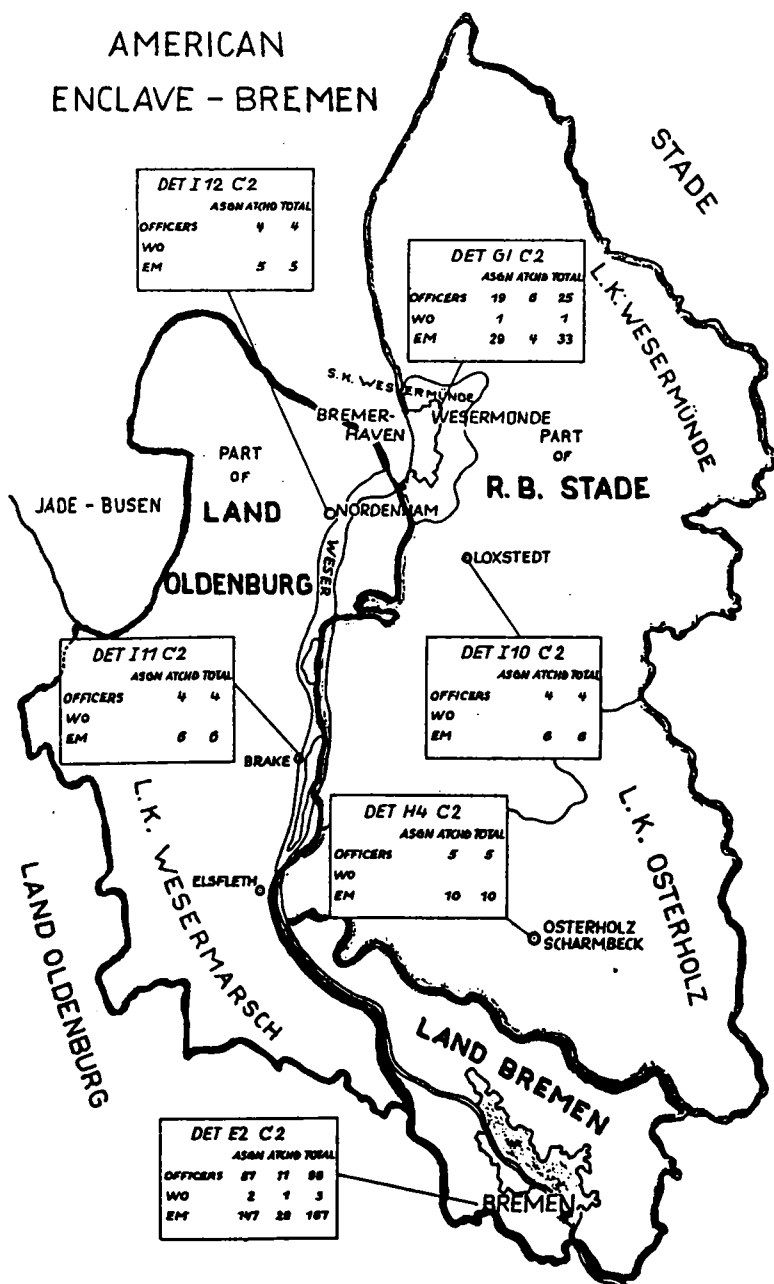
<sup>426</sup> Die Bürgerschaft wählte am 22.1.1948 den neuen Senat mit den Stimmen von SPD und BDV. Sieben Senatoren gehörten der SPD und vier der BDV an; zwei, Harmssen und Nolting-Hauff, waren parteilos (Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft 1948, S. 3). Harmssen schloß sich 1948 der BDV an.

*Donnerstag, 1. Januar 1948*

Was wird dies Jahr uns bringen? Politische Hochspannung in der Welt, doch glaube ich nicht, daß es jetzt zum Dritten Weltkrieg kommen wird, trotz der Kämpfe in China und Griechenland, wo die Kommunisten sehr rege. Ungewißheit des deutschen Schicksals; Zusammenfassung der westlichen Zonen? Noch stärkere Trennung vom deutschen Osten? Bremen krankt immer noch an dem ungelösten Problem der Regierungsbildung, Sorge über den Ausgang der Verhandlungen. – Ernährungsnot; Zunahme der Tb bei Kindern. – Geistiger Kampf zwischen Kollektivismus und Individualismus, Osten und Abendland. – [...]

Nachm[ittags] langer Tee mit Mutter und Paula, die „Existentielles“ zur Sprache bringt.

# AMERICAN ENCLAVE - BREMEN



Die Enklave Bremen vor dem 10.12.1945, aus: StAB 16,1/2-FHMG B.1./II

Det. = Detachment (d. am. Militärregierung), WO = Warrant Officer (Offiziersdiensttuender), EM = Enlisted Men (Mannschaftsdienstgrade)

# Veröffentlichungen Theodor Spittas

- Die geschichtliche Entwicklung des *foenus nauticum*. Dissertation, Erlangen 1896.
- Bürgermeister Smidt. Vortrag in der Hochschulwoche Unterweser am 5.10.1925. Göttingen 1926 (Sonderdruck aus den Mitteilungen des Universitätsbundes Göttingen).
- Rede bei der Vierhundertjahrfeier des Alten Gymnasiums in Bremen im Sept. 1928, in: Abhandlungen und Vorträge der Bremer Wissenschaftlichen Gesellschaft 2 (1927/28), S. 243–248.
- Ansprache an den Hansischen Geschichtsverein und den Verein für niederdeutsche Sprachforschung auf der Tagung zu Bremen am 26. Mai 1931, in: Hansische Geschichtsblätter 56 (1931), S. 1–4.
- Dr. Martin Donandt. Bürgermeister in Bremen. Ein bremisches Lebens- und Zeitbild. Bremen 1938 (Privatdruck) und Bremen 1948.
- Philipp Heinrich Behrens, in: Bremisches Jahrbuch 42 (1947), S. 218–222.
- Die bremische Schulreform, in: Der Kreis 2 (1949), Nr. 4, S. 4–9.
- Einige allgemeine Gedanken zum Verfassungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Bremischen Verfassung (Vortrag in Hamburg am 13.5.1948), in: Bremisches Jahrbuch 43 (1951), S. 1–30.
- Kommentar zur Bremischen Verfassung von 1947. Bremen 1960.
- Als Hrsg.: Hermann Apelt. Reden und Schriften. Bremen 1962.
- Aus meinem Leben. Bürger und Bürgermeister in Bremen. München 1969.

# Lektüreliste Theodor Spittas

## 24. Dezember 1944 bis 31. Dezember 1947

Die Daten in Klammern geben Monat und Jahr an, in denen Spitta mit der Lektüre begann. Aufgenommen wurden die bibliographisch nachweisbaren Titel.

Antike und Abendland. Beiträge zum Verständnis der Griechen und Römer und ihres Nachlebens. Hrsg. v. Bruno Snell. Bd. 1, Hamburg 1945 (März 1945)

Arendt, Hannah, Organisierte Schuld, in: dies., Sechs Essays, Heidelberg 1948, S. 33-47. (Dieser Essay wurde im November 1944 verfaßt, 1945 erschien eine englische Übersetzung) (September 1946)

Bacon, Francis, Essays, München 1939 (Januar 1947)

Barth, Karl, Die Deutschen und wir, Zürich 1945 (Dezember 1945)

ders., Wie können die Deutschen gesund werden? Zürich 1945 (Dezember 1945)

ders., Die christliche Verkündigung im heutigen Europa. Ein Vortrag, München 1946 (Dezember 1946)

Bauer, Josef Martin, Die Kraniche der Nogaia. Tagebuchblätter aus dem Feldzug im Osten, München 1942 (Januar 1945)

Bertram, Ernst, Goethe als Gestalter deutscher Geschichte und Former deutschen Wesens, in: Deutsche Gestalten, Leipzig 1934 (August 1946)

Beveridge, William Henry, Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft, Hamburg 1946, oder: ders., Soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung, Hamburg 1946 (Oktober 1946)

Die Bibel. Neues Testament (März 1945)

Bourgoing, Jean de, Vom Wiener Kongreß. Zeit- und Sittenbilder, Brünn/München/Wien 1943 (Januar 1945)

Brandi, Karl, Möser und wir, Osnabrück 1944 (Februar 1945)

Bremisches Jahrbuch. Hrsg. im Auftrage der Wittheit zu Bremen von der Historischen Gesellschaft zu Bremen, Jg. 42 (1947) (Juni 1947)

Brogie, Louis de, Licht und Materie. Ergebnisse der neuen Physik, Hamburg 1939 (Mai 1945)

Buchwald, Reinhard, Das Vermächtnis der deutschen Klassiker, Leipzig 1944 (Februar 1945)

Budde, Eugen, Gibt es noch eine deutsche Außenpolitik? Betrachtungen zur Politik und Diplomatie eines geschlagenen Staates, Hamburg 1947 (November 1947)

Bullitt, William Christian, The great globe itself. A preface to world affairs, New York 1946 (Dezember 1946)

Burckhardt, Carl Jacob, Gestalten und Mächte, München 1941 (März 1945)

ders., Briefe, Leipzig 1946 (August 1947)

Burckhardt, Jacob, Weltgeschichtliche Abhandlungen und Betrachtungen, Bern 1941 (Juli 1946)

Carossa, Hans, Abendländische Elegie, Wiesbaden 1946 (Januar 1947)

ders., Gedichte (März 1947)

Corti, Egon Caesar, Das Haus Rothschild in der Zeit seiner Blüte 1830–1871, Leipzig 1928 (Juni 1946)

Distelbarth, Paul, Franzosen und Deutsche. Bauern und Krieger, Stuttgart/Hamburg 1946 (Mai 1947)

Donovan, Dick [d.i. Joyce Emmerson Preston Muddock], The Trap, London 1929 (Dezember 1945)

Dostojewskij, Fjodor Michajlowitsch, Arme Leute, München/Leipzig 1910 (Mai 1946)

Eckermann, Johann Peter, Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens 1823–1832, Berlin/Leipzig/Wien/Stuttgart [1916] (Oktober 1947)

Eichendorff, Joseph von, Aus dem Leben eines Taugenichts, Leipzig [o.J.] (Mai 1945)

ders., Dichter und ihre Gesellen, Potsdam/Berlin 1943 (Januar 1945)

Ernst, Fritz, Vom Studieren, Heidelberg 1946 (August 1946)

Ernst, Paul, Das Schicksal, in: Erdachte Gespräche, München 1931, S. 234-248 (Dezember 1945)

Erskine, John, The private life of Helen of Troy, Hamburg 1936 (April 1946)

Ferger, Ernst [d.i. Friedlaender, Ernst], Deutsche Jugend! Fünf Reden, Zürich/Leipzig [1945] (Juni 1946)

Festschrift für Wilhelm Kiesselbach zu seinem 80. Geburtstag, Hamburg 1947 (September 1947)

Friedlaender, Ernst, Von der inneren Not, Hamburg 1947 (Juli 1947)

Frobenius, Leo, Indische Reise. Ein unphilosophisches Reisetagebuch aus Südindien und Ceylon, Berlin 1930 (Dezember 1944)

Göpel, Erhard, Die Normandie, Leipzig 1942 (Dezember 1944)

Goethe, Johann Wolfgang von,

- Achilleis (April 1947)
- Der ewige Jude (April 1947)
- Die Natur (August 1946)
- Faust (März 1945)
- Gedichte (April 1947)
- Geheimnisse. Gott und die Welt (Juli 1946)
- Hermann und Dorothea (April 1947)
- Das Märchen (Dezember 1945)
- Novelle (April 1947)
- Reineke Fuchs (Juni 1946)
- Vorspiel zur Eröffnung des Weimarischen Theaters am 19. September 1807 (Dezember 1944)

Gorsemann, Ernst, Vom Morgen zum Mittag. Jugenderinnerungen eines Bildhauers, Berlin 1949. (Dezember 1945)

(Spitta, der mit Gorsemann befreundet war, las im unveröffentlichten Manuskript).

Gotthelf, Jeremias, Die Käserei in der Vehfreude, Zürich 1945 (März 1946)

Guardini, Romano, Der Mensch und der Glaube, Versuche über religiöse Existenz in Dostojewskijs großen Romanen, Leipzig [1933] (Januar 1947)

ders., Der Engel in Dantes Göttlicher Komödie, Leipzig 1937 (Februar 1947)

Gunnarsson, Gunnar, Das Rätsel um Didrik Pining, Stuttgart 1939 (Oktober 1946)

Haase, Ernst, Die Seelenverfassung der Jugendlichen, Berlin 1926 (Mai 1946)

Haecker, Theodor, Tag- und Nachtbücher 1939 bis 1945, München 1947 (Oktober 1947)

Hagelstange, Rudolf, Venezianisches Credo, Wiesbaden 1946 (September 1947)

Hasseln, Wiegand von, Die Politik der Reichsstadt Bremen während des Spanischen Erbfolgekrieges und des Nordischen Krieges (1700 bis 1720), Würzburg 1933 (Februar 1945)

Hauff, Wilhelm, Jud Süß, Stuttgart 1905 (November 1945)

Hebbel, Friedrich, Gedichte (Februar 1947)

Heimpel, Hermann, Deutsches Mittelalter, Leipzig 1941 (August 1947)

Hesse, Hermann, Das Glasperlenspiel, Berlin 1946 (Februar 1947)

ders., Gedichte (Dezember 1946)

Hessen, Johann, Geistiger Wiederaufbau Deutschlands, Stuttgart 1946 (Januar 1947)

Heyer, Karl, Wenn die Götter den Tempel verlassen ... Wesen und Wollen des Nationalsozialismus und des deutschen Volkes, Freiburg 1947 (November 1947)



Hölderlin, Friedrich, Gedichte (Januar 1945)

Hoffmann, E.T.A., Alte und neue Kirchenmusik, in: E.T.A. Hoffmanns Werke in 15 Teilen. 14. Teil, Musikalische Schriften II, Berlin/Leipzig/Wien/Stuttgart [1912], S. 35–57 (Februar 1946)

Hofmannsthal, Hugo von, Der Schwierige, Berlin 1921 (September 1946)

Aus Hugo von Hofmannsthals Briefen, in: Corona, Zweimonatsschrift 10 (1943), H. 6, S. 768–802 (April 1947)

Huch, Ricarda, Luthers Glaube. Briefe an einen Freund, Wiesbaden 1946 (September 1947)

Humboldt, Alexander von, Über einen Versuch, den Gipfel des Chimborazo zu ersteigen, in: Ausgewählte Werke, Stuttgart 1874 (November 1945)

Humboldt, Wilhelm von, Über die Aufgaben des Geschichtsschreibers, Hamburg 1947 (November 1947)

Immermann, Karl, Der Oberhof, Leipzig [o.J.] (April 1946)

Jaspers, Karl, Die Schuldfrage. Ein Beitrag zur deutschen Frage, Heidelberg 1946 (September 1946)

ders., Vom lebendigen Geist der Universität, Heidelberg 1946 (August 1946)

Jünger, Ernst, Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt, Hamburg 1932 (Februar 1945)

ders., Auf den Marmorklippen, Hamburg 1939 (April 1945)

ders., Der Friede. Ein Wort an die Jugend Europas und an die Jugend der Welt, Hamburg [1945] (September 1945)

Jünger, Friedrich Georg, Die Perfektion der Technik, Frankfurt a.M. 1946 (Januar 1947)

Keller, Gottfried, Gedichte (Dezember 1944)

ders., Kleider machen Leute, Gütersloh 1943 (Januar 1946)

ders., Der Landvogt von Greifensee, Leipzig 1921 (Februar 1946)

ders., Das Tanzlegendchen. Die Jungfrau und die Nonne, in: Sieben Legenden, Hamburg 1927 (Januar 1946)

Kippenberg, Katharina, Rainer Maria Rilkes Duineser Elegien und Sonette an Orpheus, Leipzig 1946 (August 1947)

Kleist, Heinrich von, Der zerbrochene Krug, Weimar 1941 (Dezember 1947)

ders., Über das Marionettentheater, Mainz 1936 (Dezember 1945)

ders., Zweikampf, Jena 1945 (Dezember 1945)

Kluge, Kurt, *Der Herr Kortüm*, Stuttgart 1943 (Januar 1945)

Knittermeyer, Hinrich: Vortragszyklus Hölderlin, Kündler der Zukunft. Ders. hatte veröffentlicht: Hölderlin und der Auftrag des Wortes, in: *Blätter für deutsche Philosophie* 18 (1944), S. 94–137 (Januar 1945)

Lagerlöf, Selma, *Trolle und Menschen*, in: *Gesammelte Werke in 12 Bänden*, Bd. 9, München 1928 (Januar 1945)

Lao-tzu, *Führung und Kraft aus der Ewigkeit. Tao-te-ching*, Leipzig 1946 (März 1947)

Leskov, Nikolai Semenovich, Pawlin. Roman. Mit der Novelle *Figura*, Zürich 1945 (Dezember 1946)

Linker, Hans Willi, *Die Wiege. Erzählung*, Bremen/Hannover 1946 (Januar 1947)

Lonke, Alwin, *Römisches im Bremischen*, Bremen 1934 (Weihnachtsblatt der Historischen Gesellschaft) (Januar 1945)

ders., *Römer, Franken, Sachsen zwischen Ems und Elbe*, Gießen 1946 (April 1947)

Meinecke, Friedrich, *Vom geschichtlichen Sinn und vom Sinn der Geschichte*, Leipzig 1939 (September 1945)

ders., *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946 (März 1947)

Meyer, Conrad Ferdinand,  
– *Das Amulett* (Oktober 1946)  
– *Friede auf Erden* (Dezember 1944)  
– *Gedichte* (August 1947)  
– *Der Heilige* (April 1947)  
– *Der Schuß von der Kanzel* (April 1947)

Mörke, Eduard, *Der Spuk im Pfarrhause zu Cleversulzbach*, in: *Werke*, Leipzig 1938 (Februar 1946)

Moltke, Helmut, *Die beiden Freunde. Eine Erzählung*, Gütersloh 1943 (Oktober 1947)

Mommsen, Theodor, *Julius Caesar*, Berlin 1941 (Januar 1945)

Nolting-Hauff, Wilhelm, *IMI's. Chronik einer Verbannung*, Bremen 1946 (Oktober 1946)

Oeschey, Rudolf, *Montesquieu und die Verfassung des deutschen Frühkonstitutionalismus*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 104 (1943/44), S. 361–389. (Januar 1945)

Ortega y Gasset, José, *Der Aufstand der Massen*, Stuttgart 1940 (Mai 1946)

Overhoff, Julius, *Eine Familie aus Megara*, Berlin 1946 (Januar 1947)

Paton, William, Das Christentum im Ringen des Ostens. Frauenfeld 1938 (Dezember 1946)

Paul, Jean, Titan, in: Sämtliche Werke, Bd. 8, Weimar 1933 (Juli 1947)

Pavenstedt, Johann, Erinnerungen aus den Jahren 1810–1815, Bremen [o.J.] (Dezember 1947)

Pille, Hans, Sein letztes Gesicht. Grigorij. Novellen, Bremen/Hannover 1947 (Dezember 1947)

Plato, Das Gastmahl, Berlin 1943 (Mai 1945)

Rilke, Rainer Maria, Die Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge, Leipzig 1942 (März 1946)

ders., Gedichte (November 1945)

ders., Worpswede. Fritz Mackensen. Otto Modersohn. Fritz Overbeck. Hans am Ende. Heinrich Vogeler, Bielefeld/Leipzig 1910 (April 1946)

Röpke, Wilhelm, Die deutsche Frage. Erlenbach-Zürich 1945 (Mai 1947)

Ruprecht, Erich, Gerhard Hauptmann als Dichter der Menschlichkeit, Freiburg 1947 (Dezember 1947)

Schiller, Friedrich von, Anmut und Würde. Prosa und Strophen, Bern 1947 (Oktober 1947)

ders., Die Braut von Messina, Aarau 1945 (April 1945)

ders., Gedichte (Januar 1947)

Schlange-Schöningen, Hans [Hrsg.], Am Tage danach, Hamburg 1946 (Oktober 1946)

Schneider, Reinhold, Fahrt ins Reich. Ostland, in: Auf Wegen deutscher Geschichte, Leipzig 1934 (Dezember 1944)

ders., Die dunkle Nacht, Colmar 1943 (Januar 1945)

ders., Laß uns zur Stimme deiner Liebe werden. Worte an einen Gefallenen, Colmar 1943 (März 1945)

ders., Fausts Rettung, Baden-Baden 1946 (Dezember 1946)

ders., Heimkehr des deutschen Geistes, Baden-Baden 1946 (Dezember 1946)

Schwarz, Ernst, Vorbei. Rückschau und Ausblick, Heidelberg 1946 (August 1947)

ders., Weltbild und Weltgeschichte. Probleme der Philosophie am Beginn des Atomzeitalters, Stuttgart 1946 (Oktober 1947)

Seidel, Heinrich Wolfgang, Aus dem Tagebuch der Gedanken und Träume, München 1946 (Januar 1947)

Shakespeare, William,

- Hamlet (Dezember 1946)
- A Midsummer Night's Dream (Mai 1945)
- Sonette (Oktober 1946)
- Der Sturm (Dezember 1947)
- Venus und Adonis (Dezember 1947)

Sophocles, Die Spürhunde. Ein Satyrspiel, Berlin 1912 (April 1945)

Spee, Friedrich von, Cautio criminalis oder Rechtliches Bedenken wegen der Hexenprozesse, Weimar 1939 (Januar 1945)

Spemann, Hans, Experimentelle Beiträge zu einer Theorie der Entwicklung, Berlin 1936 (Juni 1945)

Spengler, Oswald, Der Mensch und die Technik. Beitrag einer Philosophie des Lebens, München 1931 (Januar 1947)

Spitteler, Karl, Olympischer Frühling, Jena 1941 (Juni 1946)

Spranger, Eduard, Goethes Weltanschauung, Wiesbaden 1946 (August 1946)

Steinbüchel, Theodor, Nietzsche. Eine christliche Besinnung, Stuttgart 1946 (November 1946)

Stieve, Friedrich, Deutsche Tat für Europa. Von Armin bis Hitler, Potsdam 1943 (Februar 1945)

Stifter, Adalbert, Brigitta, Basel 1944 (Juli 1945)

ders., Stephansturm, in: ders., Werke, Leipzig 1938 (Januar 1946)

Thiel, Rudolf, Ruhm und Leiden der Erfinder, Wien 1944 (März 1945)

Thieß, Frank, Das Reich der Dämonen. Der Roman eines Jahrtausends, Hamburg 1946 (Juni 1947)

Thomas de Aquino, Ordnung und Geheimnis, London 1946 (Januar 1947)

Thukydides, Geschichte des Peloponnesischen Krieges, Leipzig 1938 (Februar 1945)

Tideman, Wilhelm, Sonette eines Deutschen, Bremen 1946 (November 1946)

Tieck, Ludwig, Des Lebens Überfluß, Bern 1944 (Oktober 1945)

Tolstoi, Lew Nikolajewitsch, Das Kaffeehaus von Surate, Leipzig 1895 (März 1946)

Totzek, Wilhelm, Gemeindelehre und Gemeindesteuerlehre bei Friedrich List, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 104 (1943/44), S. 389-424. (Januar 1945)

Tümmler, Hans [Bearb.], Karl August Großherzog von Sachsen-Weimar. Politischer Briefwechsel, Leipzig 1945 (August 1946)

Valjavec, Fritz, Der Josephinismus. Zur geistigen Entwicklung Österreichs im 18. und 19. Jahrhundert, Brunn/München/Wien 1944 (Februar 1945)

Vermeil, Edmond, Revolutionäre Hintergründe in Goethes Faust, in: Lancelot 1947, H. 9, S. 16–38; H. 10, S. 11–21; H. 11, S. 21–53 (November 1947)

Weber, Alfred, Abschied von der bisherigen Geschichte. Überwindung des Nihilismus, Hamburg 1946 (September 1946)

Westphal, Otto, Das Reich. Aufgang und Vollendung. Bd. 1: Germanentum und Kaisertum, Stuttgart/Berlin 1943 (Januar 1945)

Wodehouse, Pelham Grenville, Money for nothing, Leipzig 1941 (Juni 1945)

Wolff, Emil, Gedanken über das Shakespeare-Problem, Hamburg 1946 (September 1946)

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## 1. Archivalien

### *Staatsarchiv Bremen*

#### *Senatsregistratur*

- 3/3            Protokolle der Senatssitzungen März 1933, 1945, 1946, 1947
- 3–A.5.        Advokaten, Rechtsanwälte
- 3–A.18.       Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
- 3–B.1.        Bürgerschaft
- 3–B.8.        Banken und Sparkassen
- 3–B.10.a.     Staatsrechtliche Stellung Bremens nach 1945
- 3–B.10.b.     Entnazifizierung
- 3–G.3.        Gerichtssachen
- 3–G.11.       Bremische Gesetzgebung und Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen
- 3–J.1.        Justizsachen
- 3–J.5.        Judenfrage
- 3–K.1.        Kirchensachen
- 3–M.2.        Militärsachen
- 3–P.5.        Presse
- 3–R.1.m.      Deutschland nach 1945
- 3–R.1.n.      Bundesstaatlicher Aufbau Westdeutschlands, Bundesrepublik
- 3–R.2.        Neuaufbau des Reichs unter NS-Herrschaft
- 3–R.9.        Revolution
- 3–S.1.d.      Die einzelnen Mitglieder des Senats
- 3–S.3.        Statistik
- 3–S.10.       Staatsanwaltschaft
- 3–V.2.        Vereine, Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, Versammlungen  
                  und Kongresse
- 3–W.11.       Wohnungs- und Siedlungswesen

#### *Nachlässe und Familienarchive*

- 7,35          Hermann Apelt
- 7,7            Richard Duckwitz
- 7,97          Wilhelm Kaisen
- 7,63          Theodor Spitta
- 7,29          Erich Vagts

#### *Verschiedenes*

- 4, 13/1       Senator für Inneres, Allgemeine Registratur
- 9, S 3        Sammler Personen
- 9, S 9–7      Senatspressestelle: Zeitungsausschnittsammlung 1914–1953

#### **Behrens, Philipp**

Bremen im Dritten Reich, Bd. 1, masch. Manuskript

Bremische Landesverfassung vom 21. Oktober 1947. Protokolle der Verfassungsdeputation und ihrer Ausschüsse (2.4.1947–15.9.1947)

Lernen heißt: lebendig sein.

Ein Leben in der Lehrerbildung, 1957–1985. Paula Bücking zum 65. Geburtstag. Hrsg. v. Wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis, Bremen 1986, masch. Manuskript

*Institut für Zeitgeschichte, München*

- Gb 11.06
- ZS 891
- National Archives of the United States
  - Record Group 208 / OMGUS 84–<sup>1</sup>/<sub>6</sub>; 86–<sup>3</sup>/<sub>6</sub>; 124–<sup>1</sup>/<sub>6</sub>.
  - Record Group 260 / OMGUS 17/199; 41–<sup>1</sup>/<sub>5</sub>; 83–<sup>3</sup>/<sub>6</sub>; 84–<sup>2</sup>/<sub>6</sub>; 86–<sup>3</sup>/<sub>6</sub>; 89–<sup>3</sup>/<sub>6</sub>;  
90–<sup>2</sup>/<sub>6</sub>; 91–<sup>1</sup>/<sub>6</sub>; 91–<sup>2</sup>/<sub>6</sub>; 91–<sup>3</sup>/<sub>6</sub>; 92–<sup>2</sup>/<sub>6</sub>; 109–<sup>2</sup>/<sub>6</sub>; 110–<sup>3</sup>/<sub>6</sub>; 124–<sup>2</sup>/<sub>6</sub>; 124–<sup>3</sup>/<sub>6</sub>;  
153–<sup>1</sup>/<sub>3</sub>; 348–<sup>1</sup>/<sub>5</sub>; AG 1945–46.
  - Record Group 260 / OMGBRE 89–<sup>1</sup>/<sub>6</sub>; 89–<sup>3</sup>/<sub>6</sub>; 90–<sup>2</sup>/<sub>6</sub>.

*Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg*

- 021 / 17      Functional History of Military Government  
Bremen Enclave, 27.4.1945–30.6.1946.
- 292–1      Zweiter Weltkrieg, Kriegsende, Berichte.
- 771–4      Kunst, Arnold, Chronik der Christlich-Demokratischen Union,  
Landesverband Bremen. Von der Gründung bis zur Gegenwart.
- 11 / B 24      NL Rudolf Beissel
- 11 / D 1      NL Alfred Diller
- 11 / K 21      NL Karl Kaufmann

*Staatsarchiv Hamburg*

Polizeibehörde II, Nr. 204

*Bundesarchiv Koblenz*

- NL 11      NL Erich Roßmann
- Z 1      Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes

## 2. Periodische Veröffentlichungen

Amtliche Mitteilungen der Freien Hansestadt Bremen. Hrsg. v. Regierenden Bürgermeister, Nr. 1–6 (1945)

Aufbau. Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus, Nr. 1–11 (1945/46)

Bremer Adreßbuch. 1942, 1948, 1950

Bremer Echo. Mitteilungsblatt der Christlich-Demokratischen Union, Landesverband Bremen, 1947

Bremer Roland. Monatsblatt der Bremer Demokratischen Volkspartei, 3 (1947)

Bremer Zeitung. Bremer Nachrichten. Parteiamtliche Tageszeitung der Nationalsozialisten Bremens, 14 (1944), 15 (1945)

Bremisches Jahrbuch. In Verbindung mit der Historischen Gesellschaft Bremen hrsg. vom Staatsarchiv Bremen, 42 (1947) – 70 (1991)

Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen, 1946, 1947

Keesing's Archiv der Gegenwart. 15 (1945), 16/17 (1946, 1947)

Statistische Mitteilungen, 1945 (H. 2,3), 1946 (H. 1–12), 1947 (H. 1–12), 1948 (H. 1–12)

Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft vom Jahre 1946, 1947, 1948

Verhandlungen zwischen dem Senate und der Bürgerschaft vom Jahre 1946, 1947

Weser Bote. Alliiertes Nachrichtenblatt, Nr. 1 (23.6.1945) – Nr. 13 (15.9.1945)

Weser-Kurier, 1 (1945), 2 (1946), 3 (1947)

### *3. Gedruckte Quellen, Nachschlagewerke und Literatur*

(Nur einmal genannte Titel sind in den Anmerkungen mit vollständigen bibliographischen Angaben aufgeführt)

Abel, Herbert, Zur Geschichte der Wittheit 1924 bis 1974, in: Jahrbuch der Wittheit zu Bremen 18 (1974), S. 9–59

Achtzehnhundertsiebenundachtzig bis neunzehnhundertzweiundsechzig. Wilhelm Kaisen 75 Jahre, [Bremen 1962]

Adamietz, Horst, Die fünfziger Jahre. Bremer Parlamentarier 1951–1959, Bremen 1978

ders., Das erste Kapitel, Bremen 1975

Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, bearb. von Ludwig Volk, Bd. 6 (1943–1945), Mainz 1985

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, Bd. 1 (September 1945 – Dezember 1946), München/Wien 1976, Bd. 2 (Januar – Juni 1947), München/Wien 1979, Bd. 3 (Juni – Dezember 1947), München/Wien 1982, Bd. 4 (Januar – Dezember 1948), München/Wien 1983



- Albeit, Peter; Wollenberg Jörg, Käthe Popall. Ein schwieriges politisches Leben, Fischerhude [1985/86]
- Benz, Wolfgang (Hrsg.), „Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen“. Zur Geschichte des Grundgesetzes. Entwürfe und Diskussionen 1941–1949, München 1979
- Blum, Klaus, Musikfreunde und Musici. Musikleben in Bremen seit der Aufklärung, Tutzing 1975
- Brandt, Peter, Betriebsräte, Neuordnungsdiskussion und betriebliche Mitbestimmung 1945–1948. Das Beispiel Bremen, in: IWK 20 (1984), S. 156–202
- ders., Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976
- ders., Die Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF) in Bremen, in: Niethammer, Lutz u.a. (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945. Wuppertal 1976, S. 386–414
- Breitenfeldt, Dorothea, Über die Einführung der Sommerzeit in Deutschland, in: Bremisches Jahrbuch 66 (1988), S. 401–408
- Bremische Biographie 1912–1962. Hrsg. von der Historischen Gesellschaft zu Bremen und dem Staatsarchiv Bremen, in Verbindung mit Fritz Peters und Karl H. Schwebel, bearb. von Wilhelm Lührs, Bremen 1969
- Bremische Bürgerschaft 1946–1971, Bremen 1971
- Die Bremischen Schulen 1945–1955. Zehn Jahre Wiederaufbau, [Bremen 1955]
- Brunswig, Hans, Feuersturm über Hamburg. Die Luftangriffe auf Hamburg im Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen, Stuttgart 1978
- Bruss, Regina, Mit Zuckersack und Heißgetränk. Leben und Überleben in der Nachkriegszeit. Bremen 1945–1949, Bremen [1990]
- dies., Die Bremer Juden unter dem Nationalsozialismus, Bremen 1983
- Bucher, Peter [Bearb.], Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 2: Der Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee, Boppard 1981
- Buchheim, Christoph, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990
- Butterwegge, Christoph, Friedenspolitik in Bremen nach dem Zweiten Weltkrieg, Bremen 1989
- Churchill, Winston S., Der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2 Stuttgart/Hamburg 1953, Bd. 6/1 Stuttgart 1954
- Dehnekamp, Willy, Von unten auf. Die sozialistische Arbeiterbewegung in Blumenthal-Vegesack (Bremen-Nord), Bonn 1986

- Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 2: Untergang, 2. Halbbd. (1941–1945), München 1965
- Dorn, Walter L., Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen aus dem Nachlaß übersetzt und hrsg. von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973
- Duckwitz, Richard, Aufstieg und Blüte einer Hansestadt, Bremen [1951]
- ders., Bremen zur Zeit der Demokratie und Diktatur. Erlebte Probleme und Lösungen, Bremen [1951]
- Durth, Werner; Gutschow, Niels [Hrsg.], Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950, Bd. 2 Städte, Braunschweig/Wiesbaden 1988 – darin: Bremen S. 331–382
- Eckhardt, Albrecht; Schmidt, Heinrich (Hrsg.), Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch, Oldenburg 1987
- Einhundertundzehn Jahre Bürgerschaftswahlen im Lande Bremen 1854 bis 1963, Bremen 1966, (Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Bremen, Sonderheft)
- Eschenburg, Theodor, Jahre der Besatzung 1945–1949, Stuttgart / Wiesbaden 1983, (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1)
- Faltus, Hermann, Vorhang auf, Bremen 1954
- Festschrift für Wilhelm Kiesselbach zu seinem 80. Geburtstag, hrsg. von seinen Mitarbeitern im Zentral-Justizamt für die Britische Zone, Hamburg 1947
- Feuchter, Georg W., Der Luftkrieg, Frankfurt a.M./Bonn 1964
- Fischer, Gerhard, Entstehung und Entwicklung von bremischen Kammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts. Dargestellt an der Handelskammer, der Gewerbekammer (Handwerkskammer), den Arbeiterkammern (Arbeiterkammer, Angestelltenkammer) und der Wirtschaftskammer. Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Rechte, Kiel 1974
- Foschepoth, Josef [Hrsg.], Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952, Göttingen/Zürich 1985
- Gebhardt, Hartwig, Zeitung und Journalismus in Bremen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Bremisches Jahrbuch 57 (1979), S. 183–246
- Gimbel, John, The American Occupation of Germany. Politics and the Military 1945–1949, Stanford 1968
- Glaue, Paul, Reform des öffentlichen Dienstes in Bremen nach 1945. Alliierte und deutsche Bemühungen und ihr Ausgang, in: Bremisches Jahrbuch 64 (1986), S. 205–228
- Glückwunsch für Wilhelm Kaisen. Reden und Briefe zum 90. Geburtstag, Bremen [1977]

Graml, Hermann, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt a.M. 1985

Gründler, Gerhard E.; Manikowsky, Arnim von, Das Gericht der Sieger. Der Prozeß gegen Göring, Heß, Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner u.a., Oldenburg/Hamburg 1967

Hamburg zwei Jahre unter englischer Herrschaft. Die Entwicklung der Hamburger Verwaltung. Unsere Tätigkeit in der Bürgerschaft. Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Hamburg [1947]

Handbuch Deutsche Presse, hrsg. v. Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Verein, Bielefeld 1947

Hansen, Reimer, Das Ende des Dritten Reichs. Die deutsche Kapitulation 1945, Stuttgart 1966

Harmssen, Gustav Wilhelm, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz, Bremen 1947

Hasenkamp, Holger G., Die Freie Hansestadt Bremen und das Reich 1928–1933. Eine Verfassungsgeschichtliche Untersuchung, Bremen 1981

Hein, Dieter, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945–1949, Düsseldorf 1985

Heinonen, Reijo E., Anpassung und Identität. Theologie und Kirchenpolitik der Bremer Deutschen Christen 1933–1945, Göttingen 1978

Hoecker, Beate; Meyer-Braun, Renate, Bremerinnen bewältigen die Nachkriegszeit. Frauenarbeit, Frauenalltag, Frauenpolitik. Bremen 1988

Hurwitz, Harold, Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945–1949, Köln 1972

Jacobmeyer, Wolfgang, Vom Zwangsarbeiter zum heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945–1951, Göttingen 1985

Jansen, Hans G.; Meyer-Braun, Renate, Bremen in der Nachkriegszeit 1945–1949. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bremen 1990

Jerchow, Friedrich, 1883–1983. Geschichte der Bremer Woll-Kämmerei zu Blumenthal. Ein Jahrhundert im Dienst der Textilwirtschaft, Bremen 1983

ders., Deutschland in der Weltwirtschaft 1944–1947. Alliierte Deutschland- und Reparationspolitik und die Anfänge der westdeutschen Außenwirtschaft, Düsseldorf 1978

Johr, Barbara; Roder, Hartmut, Der Bunker. Ein Beispiel nationalsozialistischen Wahns. Bremen-Farge 1943–1945, Bremen 1989

Kaden, Albrecht, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964

Kaisen, Wilhelm, *Meine Arbeit, mein Leben*. München 1967

ders., *Bereitschaft und Zuversicht. Reden von Bürgermeister Wilhelm Kaisen*, Bremen 1947

Kaisen-Anekdoten. Wilhelm Kaisen zum 90. Geburtstag am 22.5.1977, [Bremen, 1977]

Kloos, Werner, *Bremer Lexikon. Ein Schlüssel zu Bremen*, Bremen 1980

Koch, Claudia, *Die Landesverfassungsgerichtsbarkeit der Freien Hansestadt Bremen. Geschichte, Organisation, Zuständigkeit, Verfahren*. Berlin 1981

Koch, Diether, *Die Anfänge des Kirchenkampfs in St. Stephani*, in: *850 Jahre St. Stephani-Gemeinde*, Bremen 1990, S. 111–186

ders., *Christen in politischen Konflikten des 20. Jahrhunderts. Materialien zu einem Unterrichtsvorhaben*, Bremen/Göttingen 1985

König, Johann Günther, *Die streitbaren Bremerinnen*, Bremen 1981

Koschnick, Hans (Hrsg.), *Zuversicht und Beständigkeit. Wilhelm Kaisen. Eine Dokumentation*, Bremen 1977

Krieger, Wolfgang, *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*, Stuttgart 1987

*Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab)*, Bd. 4 (Zweiter Halbband): 1.1.1944–22.5.1945, eingeleitet und erläutert von Percy Ernst Schramm, Frankfurt a.M. 1961

Kurz, Karl, *Lebensverhältnisse der Nachkriegsjugend. Eine soziologische Studie*, Bremen 1949

Lange, Irmgard [Bearb.], *Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation*. Siegburg 1976

Latour, Conrad F.; Vogelsang, Thilo, *Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947*, Stuttgart 1973

*Leitende Männer der Wirtschaft und der zugehörigen Verwaltung. Ein wirtschaftliches „Who is who?“ . Nachschlagewerk über Vorstandsmitglieder, Aufsichtsräte usw.* 1951, Heppenheim [1951]

Lembcke, Rudolf, *100 Jahre Kreise an Elb- und Wesermündung, 1885–1985. Der Landkreis Cuxhaven und seine Rechtsvorgänger*, Cuxhaven 1985

Lüth, Erich, *Die Hamburger Bürgerschaft 1946–1971. Wiederaufbau und Neubau*, Hamburg 1971

Maier, Reinhold, *Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945–1947*, Tübingen 1964

Marßolek, Inge; Ott, René, *Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung*, Bremen 1986

- Mason, Herbert Molloy, *Die Luftwaffe. Aufbau, Aufstieg und Scheitern im Sieg*, Wien/Berlin 1973
- Meyer-Braun, Renate, Wilhelm Kaisen, in: Mühlhausen, Walter; Regin, Cornelia (Hrsg.), *Treuhänder des deutschen Volkes. Die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen nach den ersten freien Landtagswahlen. Politische Porträts*, Melsungen 1991, S. 163–180
- dies., „Rebell“ Wilhelm Kaisen. Sein Verhältnis zum SPD-Vorstand im Spiegel eines Briefwechsels zwischen Alfred Faust und Fritz Heine aus den Jahren 1950 bis 1956, in: *Bremisches Jahrbuch* 67 (1989), S. 109–139
- dies., *Die Bremer SPD 1949–1959. Eine lokal- und parteigeschichtliche Studie*, Frankfurt/New York 1982
- Meyer-Zollitsch, Almuth, *Nationalsozialismus und Evangelische Kirche in Bremen*, Bremen 1985
- Mevisen, Annemarie, *Erlebtes aus der Politik*, Bremen 1984
- Müller, Hartmut, „... for safekeeping“. Bremer Archivschutzmaßnahmen im Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen, in: *Bremisches Jahrbuch* 66 (1988), S. 409–422
- ders. [Hrsg.], *Begegnungen mit Wilhelm Kaisen*, Bremen 1980
- Müller-Benedict, Otto; Ammann, Hartwig, *Bremer Pfarrerbuch. Die Pastoren der Bremischen Evangelischen Kirche seit der Reformation*, Bd. 1: Pastoren nach Gemeinden, Ämtern und Einrichtungen, Bremen 1990
- Murawski, Erich, *Der deutsche Wehrmachtbericht 1939–1945. Ein Beitrag zur Untersuchung der geistigen Kriegführung. Mit einer Dokumentation der Wehrmachtberichte vom 1.7.1944 bis zum 9.5.1945*, Boppard 1962
- Naßmacher, Karl-Heinz, *Parteien im Abstieg. Wiederbegründung und Niedergang der Bauern- und Bürgerparteien in Niedersachsen*. Opladen 1989
- Niehaus, Werner, *Endkampf zwischen Rhein und Weser. Nordwestdeutschland 1945*, Stuttgart 1983
- Niethammer, Lutz, *Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung*, Frankfurt a.M. 1972
- Nolting-Hauff, Wilhelm, *IMI's. Chronik einer Verbannung*, Bremen 1946
- Oltmann, Joachim, *Kalter Krieg und Kommunale Integration. Arbeiterbewegung im Stadtteil Bremen-Vegesack 1945–1956*, Marburg 1987
- Overesch, Manfred, *Der historisch-politische Stellenwert der Bremer Interzonenkonferenz vom Oktober 1946*, in: *Bremisches Jahrbuch* 59 (1981), S. 57–84
- ders., *Deutschland 1945–1949. Vorgeschichte und Gründung der Bundesrepublik*, Königstein/Ts. 1979
- Patemann, Reinhard, *Bremische Chronik, 1957–1970*, Bremen 1973; *1971–1975*, Bremen 1979; *1976–1980*, Bremen 1988

Paulmann, Christian, Die Sozialdemokratie in Bremen 1864–1964, Bremen 1964

Peters, Fritz, Zwölf Jahre Bremen. Eine Chronik, 1921–1932, Bremen 1938; 1933–1945, Bremen 1951; 1945–1956, Bremen 1976

Petzina, Dietmar; Euchner, Walter [Hrsg.], Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949, Düsseldorf 1984

Pischke, Gudrun, Niedersachsen und Bremen 1933–1945, in: Geschichtlicher Handatlas von Niedersachsen, Neumünster 1989, S. 16, 41

Pfetsch, Frank R. [Hrsg.], Verfassungsreden und Verfassungsentwürfe. Länderverfassungen 1946–1953, Frankfurt a.M./Bern/New York 1986

Pfliegensdörfer, Dieter, Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede. Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1929 bis 1945, Bremen 1987

Reinken, Liselotte von, Rundfunk in Bremen 1924–1974. Eine Dokumentation, Bremen 1975

Reusch, Ulrich, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943–1947, Stuttgart 1985

Ritter, Gerhard A.; Niehus, Merith, Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundestags- und Landtagswahlen 1946–1987, München 1987

Röpcke, Andreas, Entstehung, Status und Verwaltung der amerikanischen Enklave Bremen, in: Bremisches Jahrbuch 66 (1988), S. 423–452

ders., Who's Who in Lower Saxony. Ein politisch-biographischer Leitfaden der britischen Besatzungsmacht 1948/49, in: Niedersächsisches Jahrbuch 55 (1983), S. 243–309

Roth, Reinhold, Parteien und Wahlen in Bremen 1945–1975, in: Etablierte Parteien im Wahlkampf. Studien zur Bremer Bürgerschaftswahl 1975, hrsg. von Reinhold Roth und Peter Seibt, Meisenheim a. Glan 1979, S. 9–64

Scharf, Claus; Schröder, Hans-Jürgen [Hrsg.], Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983

dies. [Hrsg.], Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten, Wiesbaden 1977

Scherpenberg, Jens van, Öffentliche Finanzwirtschaft in Westdeutschland 1944–1948, Frankfurt a.M. 1984

Schieder, Theodor, Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße, Bd. I/1, Wolfenbüttel [o.J.]

Schlange-Schöningen, Hans [Hrsg.], Im Schatten des Hungers. Dokumentarisches zur Ernährungspolitik und Ernährungswirtschaft in den Jahren 1945–1949, Hamburg/Berlin 1955

- Der Schlüssel zur Gleichberechtigung. [Hrsg. v. der KPD Bremen], [Bremen 1947]
- Schmidt, Georg, Als Bremen amerikanisch war. Zwischen Krieg und Wirtschaftswunder. Bilder von 1945 bis 1950, Bremen 1989
- ders., Bremen nach der Stunde Null. Bilddokumente aus den Jahren 1945–1960, Bremen 1983
- Schmidt, Ute, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987
- Schneider, Ullrich, Niedersachsen 1945. Kriegsende, Wiederaufbau, Landesgründung, Hannover 1985
- Schulze, Rainer, Unternehmerische Selbstverwaltung und Politik. Die Rolle der Industrie- und Handelskammern in Niedersachsen und Bremen als Vertretungen der Unternehmerinteressen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, Hildesheim 1988
- Schwarzwälder, Harry, Die Weserbrücken in Bremen. Schicksal von 1939 bis 1948, Bremen 1968
- Schwarzwälder, Herbert, Geschichte der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 2: Von der Franzosenzeit bis zum Ersten Weltkrieg (1810–1918), Bremen 1976; Bd. 3: Bremen in der Weimarer Republik (1918–1933), Hamburg 1983; Bd. 4: Bremen in der NS-Zeit (1933–1945), Hamburg 1985
- ders., Bremen und Nordwestdeutschland am Kriegsende 1945, Bd. 1: Die Vorbereitung auf den ‚Endkampf‘, Bremen 1972; Bd. 2: Der britische Vorstoß an die Weser, Bremen 1973; Bd. 3: Vom ‚Kampf um Bremen‘ bis zur Kapitulation, Bremen 1974
- ders., Das Ende an der Unterweser 1945. Bremerhaven (Wesermünde) und Umgebung am Kriegsende, Bremen 1974
- ders., Berühmte Bremer, München 1972
- ders., Die Machtergreifung der NSDAP in Bremen 1933, Bremen 1966
- Smith, Bradley F., Der Jahrhundert-Prozeß. Die Motive der Richter von Nürnberg – Anatomie einer Urteilsfindung, Frankfurt a.M. 1977
- Sommer, Karl-Ludwig [Hrsg.], Bremen in den fünfziger Jahren. Politik – Wirtschaft – Kultur, Bremen 1989
- Steinert, Marlis G., Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, Düsseldorf/Wien 1970
- Stöss, Richard [Hrsg.], Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Opladen, Bd. 1: 1983; Bd. 2: 1984
- Stoevesandt, Karl, Bekennende Gemeinden und deutschgläubige Bischofsdiktatur. Geschichte des Kirchenkampfes in Bremen 1933–1945, Göttingen 1961

- Storbeck, Anna Christine, Die Regierungen des Bundes und der Länder seit 1945, München/Wien 1970
- Stüber, Gabriele, Der Kampf gegen den Hunger 1945–1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neumünster 1984
- van der Wee, Hermann, Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum und Strukturwandel der Weltwirtschaft seit 1945, Frankfurt a.M. 1984
- Verfassung der Freien Hansestadt Bremen. Beschlossen durch die verfassungsgebende Bremische Nationalversammlung in zwei Lesungen am 7./8. und 11. Mai 1920, verkündet vom Bremischen Senat am 18. Mai 1920, Bremen 1921
- Vierhundertfünfzig Jahre Altes Gymnasium zu Bremen 1528–1978, hrsg. vom Initiativkreis ‚450-Jahr-Feier des Alten Gymnasiums zu Bremen‘, Bremen 1978
- Vogel, Walter, Westdeutschland 1945–1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil 1, Koblenz 1956; Teil 2, Boppard 1964; Teil 3, Boppard 1983
- Die Wahlen in der Sowjetzone. Hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1964
- Warntjen, Hans, Die Prediger des Herzogtums Oldenburg von der Reformation bis zur Gegenwart, Oldenburg 1980
- Wedemeier, Klaus [Hrsg.], Unser Wilhelm Kaisen, Bremen 1987
- ders., [Hrsg.], Gewollt und durchgesetzt. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion des Landes Bremen von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart, Opladen 1983
- Wegmann, Günter, Das Kriegsende zwischen Ems und Weser 1945, Osnabrück 1982
- Wenzlau, Joachim Reinhold, Der Wiederaufbau der Justiz in Nordwestdeutschland 1945–1949. Königstein 1979
- Wildt, Michael, Der Traum vom Sattwerden. Hunger und Protest, Schwarzmarkt und Selbsthilfe in Hamburg 1945–1948, Hamburg 1986
- Wrobel, Hans, Verurteilt zur Demokratie. Justiz und Justizpolitik in Deutschland 1945–1949, Heidelberg 1989
- Wulff, Hinrich, Schule und Lehrer in Bremen 1945–1965, Bremen 1966
- ders., Geschichte und Gesicht der bremischen Lehrerschaft, Bd. 2, Bremen 1950



# Abkürzungsverzeichnis

|                     |                                                                                                        |
|---------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>ADGB</b>         | <b>Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund</b>                                                         |
| <b>Anm.</b>         | <b>Anmerkung</b>                                                                                       |
| <b>AOK</b>          | <b>Allgemeine Ortskrankenkasse</b>                                                                     |
| <b>ARD</b>          | <b>Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland</b> |
| <b>BDM</b>          | <b>Bund Deutscher Mädel</b>                                                                            |
| <b>BDV</b>          | <b>Bremer Demokratische Volkspartei</b>                                                                |
| <b>BEK</b>          | <b>Bremische Evangelische Kirche</b>                                                                   |
| <b>Bgm.</b>         | <b>Bürgermeister</b>                                                                                   |
| <b>Brem. Biogr.</b> | <b>Bremische Biographie</b>                                                                            |
| <b>CARE</b>         | <b>Cooperative for American Remittances to Europe</b>                                                  |
| <b>CCG (BE)</b>     | <b>Control Commission for Germany (British Element)</b>                                                |
| <b>CDU</b>          | <b>Christlich Demokratische Union</b>                                                                  |
| <b>CDUD</b>         | <b>Christlich-Demokratische Union Deutschlands</b>                                                     |
| <b>CIC</b>          | <b>Counter Intelligence Corps</b>                                                                      |
| <b>CSU</b>          | <b>Christlich Soziale Union</b>                                                                        |
| <b>DAF</b>          | <b>Deutsche Arbeitsfront</b>                                                                           |
| <b>DAG</b>          | <b>Deutsche Angestellten-Gewerkschaft</b>                                                              |
| <b>DDP</b>          | <b>Deutsche Demokratische Partei</b>                                                                   |
| <b>DDR</b>          | <b>Deutsche Demokratische Republik</b>                                                                 |
| <b>DEK</b>          | <b>Deutsche Evangelische Kirche</b>                                                                    |
| <b>Deschimag</b>    | <b>Deutsche Schiff- und Maschinenbau AG</b>                                                            |
| <b>DFU</b>          | <b>Deutsche Friedens-Union</b>                                                                         |
| <b>DGB</b>          | <b>Deutscher Gewerkschaftsbund</b>                                                                     |
| <b>DIHT</b>         | <b>Deutscher Industrie- und Handelstag</b>                                                             |

|            |                                                                                              |
|------------|----------------------------------------------------------------------------------------------|
| Dipl. Ing. | Diplom-Ingenieur                                                                             |
| DMV        | Deutscher Metallarbeiter-Verband                                                             |
| DNVP       | Deutschnationale Volkspartei                                                                 |
| DP         | Deutsche Partei                                                                              |
| DPs        | Displaced Persons                                                                            |
| DStP       | Deutsche Staatspartei                                                                        |
| DUD        | Demokratische Union Deutschlands                                                             |
| DVP        | Deutsche Volkspartei                                                                         |
| DVP        | Demokratische Volkspartei                                                                    |
| EKD        | Evangelische Kirche in Deutschland                                                           |
| FDP        | Freie Demokratische Partei                                                                   |
| FH Bremen  | Freie Hansestadt Bremen                                                                      |
| Fst.       | Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg                       |
| GEAB       | German Economic Advisory Board                                                               |
| GIFAC      | German Interregional Food Allocation Committee                                               |
| HICOG      | US High Commissioner for Germany                                                             |
| HJ         | Hitler-Jugend                                                                                |
| HK         | Handelskammer                                                                                |
| HOLG       | Hanseatisches Oberlandesgericht                                                              |
| Hrsg.      | Herausgeber, Herausgeberin                                                                   |
| IfZ        | Institut für Zeitgeschichte, München                                                         |
| IG         | Industriegewerkschaft                                                                        |
| IHK        | Industrie- und Handelskammer                                                                 |
| ISK        | Internationaler Sozialistischer Kampfbund                                                    |
| IWK        | Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung |
| JCS        | Joint Chiefs of Staff                                                                        |
| JEIA       | Joint Export/Import Agency                                                                   |

|        |                                                |
|--------|------------------------------------------------|
| Kap.   | Kapitel                                        |
| KGF    | Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus         |
| KLV    | Kinderlandverschickung                         |
| KPD    | Kommunistische Partei Deutschlands             |
| KPO    | KPD-Opposition                                 |
| KZ     | Konzentrationslager                            |
| LDP    | Liberaldemokratische Partei                    |
| LDPD   | Liberaldemokratische Partei Deutschlands       |
| LWA    | Landeswirtschaftsamt                           |
| Md.    | Mitglied                                       |
| MdB    | Mitglied des Bundestags                        |
| MdBü   | Mitglied der Bürgerschaft                      |
| MdL    | Mitglied des Landtags                          |
| MdR    | Mitglied des Reichstags                        |
| Mio.   | Millionen                                      |
| Mrd.   | Milliarden                                     |
| NL     | Nachlaß                                        |
| NLP    | Niedersächsische Landespartei                  |
| NPD    | Nationaldemokratische Partei Deutschlands      |
| NSDAP  | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| NSFK   | Nationalsozialistisches Fliegerkorps           |
| NSKK   | Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps         |
| NSV    | Nationalsozialistische Volkswohlfahrt          |
| OKW    | Oberkommando der Wehrmacht                     |
| OLG    | Oberlandesgericht                              |
| OMGBRE | Office of Military Government Bremen           |
| OMGUS  | Office of Military Government for Germany (US) |

## 552      Abkürzungsverzeichnis

|             |                                                   |
|-------------|---------------------------------------------------|
| ORR         | Oberregierungsrat                                 |
| OSS         | Office of Strategic Services                      |
| Pg.         | Parteigenosse (der NSDAP)                         |
| Pol. Leiter | Politischer Leiter                                |
| Präs.       | Präsident, Präsidentin                            |
| RA          | Rechtsanwalt                                      |
| Reg. Bgm.   | Regierender Bürgermeister                         |
| RGBL.       | Reichsgesetzblatt                                 |
| RGO         | Revolutionäre Gewerkschaftsopposition             |
| RM          | Reichsmark                                        |
| RSF         | Radikal-Soziale Freiheitspartei                   |
| SA          | Sturmabteilung                                    |
| SAJ         | Sozialistische Arbeiter-Jugend                    |
| SAP         | Sozialistische Arbeiterpartei                     |
| SBZ         | Sowjetische Besatzungszone                        |
| Schupo      | Schutzpolizei                                     |
| SD          | Sicherheitsdienst                                 |
| SED         | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands        |
| SHAEF       | Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces |
| SPD         | Sozialdemokratische Partei Deutschlands           |
| SS          | Schutzstaffel                                     |
| StAB        | Staatsarchiv Bremen                               |
| Stapo       | Staatspolizei                                     |
| TH          | Technische Hochschule                             |
| UdSSR       | Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken        |
| USA         | United States of America                          |
| USGCC       | United States Group, Control Council              |

|       |                                                     |
|-------|-----------------------------------------------------|
| USPD  | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| USFET | United States Forces, European Theater              |
| VfZ   | Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte                |
| Vors. | Vorsitzender, Vorsitzende                           |
| ZAC   | Zonal Advisory Council                              |
| ZEL   | Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft         |

# Personenregister

Kurzbiographien finden sich auf den halbfett gesetzten Seiten.

- Abegg, Fritz **316**  
Ackemann, Wilhelm **189**  
Adcock, Clarence L. 117  
Adenauer, Konrad 345, 422, 427, 447, 526  
Aevermann, Friedrich 391, 414, **436**, 446, 452, 454, 462–463, 481, 488, 493, 495, 506–507, 515, 519  
Agartz, Viktor 272, 437, 442  
Agatz, Arnold **472**  
Ahlers, Richard **144**, 165, 171–172, 187, 198, 204, 224, 230, 240, 274, 316, 370–372, 376, 391, 446, 463  
Ahlhorn, Wilhelm **475**  
Albrecht, Johann **252**  
Albu, Austen H. 413, 416  
Alfken, Hans **285**  
Alt, Helmut **478**  
Amelunxen, Rudolf 355, 374, 419  
Andre, John A. **107**  
Apelt, Hermann **28**, 30, 50, 53, 55, 65, 75, 90, 93–94, 110–111, 113–115, 117, 119, 124–125, 128–129, 131–132, 135, 138, 142, 146–148, 151–153, 156, 160, 162, 164, 166, 168, 172, 175, 179–181, 184, 188–189, 193, 195–198, 200–201, 205, 213, 216, 220, 232, 243, 247, 258, 261, 268–269, 271, 278, 283, 294, 301, 304–306, 312, 314–315, 318, 322, 324, 342–343, 348, 351–352, 356, 358–359, 361–362, 366–367, 373, 379, 387, 389, 399, 401–403, 405, 408–409, 414, 421–422, 424, 428–429, 431, 437–438, 440, 444, 446–447, 457, 459, 465, 472, 476, 488, 500, 508, 511–512, 515–516, 522–523  
Apelt, Julie 93, 358, 361  
Apelt, Tita 50  
Appel, Arnold 140, **149**, 153, 156, 161, 183, 365  
Arendt, Hannah 388  
Arps, Ludwig 214  
Ashton 318–319  
Asmussen, Hans 116  
Attlee, Clement 209, 256  
Aubin, Hermann A. **422**  
Bachmann [?] 495  
Backhaus, Maria s. Heide-Backhaus, Maria  
Bäumer, Gertrud **411**–412, 415  
Ballof, Walter **446**  
Bard, Erwin W. **131**, 198, 202, 206, 208, 210–211, 224, 228–230, 232, 235, 240, 245, 251–253, 272–274, 278  
Barth, Karl 286  
Baudert, Hedwig **342**  
Bechtel, Harold Reimers **142**, 174  
Beck, Ludwig 260  
Becker, Fritz **85**, 316  
Becker-Glauch, Elisabeth 133  
Becker-Glauch, Kurt **133**, 140, 520  
Becker-Modersohn, Paula 133  
Bedge 359  
Beenken, Hermann **34**  
Behrens 141  
Behrens, Philipp **33**, 75, 107, 113–115, 117, 121, 124–126, 131, 133, 138, 148–151, 163, 166–167, 169, 179, 197, 214, 252–253, 255, 263, 270, 272, 294, 301, 311–312, 320, 327, 332, 340, 367–370, 384, 391–392  
Behring, Ernst 473, 476  
Behring, Wilhelm 473, 476  
Benz, Richard **383**  
Berg 221  
Berger, Wilhelm **506**  
Bernadotte, Folke Graf 99  
Bernhard, Otto **69**  
Berning, Wilhelm **241**–242  
Beveridge, William Henry Lord **410**  
Bevin, Ernest 274, 323  
Bischoff, Dietrich **337**  
Bismarck, Otto von 228, 326, 362  
Böhmcker, Johann-Heinrich 118, **342**  
Böhmert, Wilhelm **234**  
Boehringer, Erich **462**  
Bölken, Andrée **116**, 138, 146, 152, 159, 330–331, 338, 342, 356, 365–367, 378, 401, 404–405, 408, 414–415, 417–418, 421, 424, 430, 465, 484, 486  
Bömers, Heinz **440**  
Böttcher, Klaus **506**  
Bollinger, Heino **153**, 156, 161, 180,

- 197, 201, 224, 308, 333, 425, 455, 487, 496  
 Bollmeyer, Karl **127**, 133, 175, 184, 191  
 Borgner, Otto **437**  
 Bormann, Martin **56**, 81  
 Born, Max **425**  
 Bosew **208**  
 Bossong, Joseph **414**  
 Bote, Albert **109**, 132, 138–139, 146–147, 153, 336, 342, 359, 370, 395, 409, 414, 422, 450, 500–501, 504, 512, 520  
 Boyle **193**  
 Brabant, Carl Julius **123**, 174–175, 194, 233, 243, 245, 309  
 Brauer, Max **428**  
 Braun, Otto **204**, 242, 249  
 Braunschweig-Lüneburg, Christian zu **341**, 359  
 Braunschweig-Lüneburg, Ernst-August zu **341**, 359–360, 370  
 Brazier **317**, 320  
 Brecht, Walther **509**  
 Bredenkamp, Gustav **140**, 144, 153  
 Brill, Hermann **456**, 481  
 Broglie, Louis de **280**  
 Brown **436**, 456  
 Browning, Gordon **393**, 396, 400, 403, 405, 413–414, 416, 420  
 Bruhns, Julius **125**  
 Buchwald, Reinhard **52**, 382  
 Bücking, Eva s. Spitta, Eva  
 Bücking, Hans **34**, **47**, 152, 188, 237, 276, **315**, 396–397  
 Bücking, Jan **263**  
 Bücking, Klaus **34**, **35**, 36, 41–42, 47, 56, 58, 63, 76, 84–85, 89, 92–94, 101, 108, 135, 188, 263, 295, 358, 396  
 Bücking, Kurt **34**–**35**, **53**, 64, 66, 76, 94  
 Bücking, Lutz **34**, 59, 188, **237**, 295, 365, 396, 457  
 Bücking, Margarete s. Spitta, Margarete  
 Bücking, Marie **34**–**35**, 79, 140, 237, 295, 396  
 Bücking, Paula s. Spitta, Paula  
 Budde, Eugen **349**–**350**  
 Budde, Rudolf **201**  
 Bühl, Wilhelm **190**  
 Bultmann, Friedrich **34**, 244  
 Bultmann, Rudolf **34**, **59**  
 Bungartz, Everhard **523**  
 Burg, Ursula **238**  
 Busch, Ernst **68**, 77  
 Busch, Günter **375**  
 Byrnes, James Francis **387**  
 Campe, Carl von **419**  
 Carl, Liesel **177**  
 Carstens **150**, 483  
 Carstens, Karl **85**, 99, 117, 123–124, 153, 156, 163, 168, 171, 180, 185, 211, 227, 232, 237, 275, 306, 321, 340, 356, 358, 372, 378, 398, 410, 420, 423, 425, 430, 439, 441, 443, 446, 452–453, 455, 476–477, 479–481, 487, 490–494, 496, 502, 512, 519  
 Carstens, Wilhelm **53**  
 Carton **307**–**308**, 311  
 Case, Francis H. **508**  
 Caspari, Walter **345**, 509–510, 513  
 Churchill, Winston **99**, 112, 274, 277, 323, 515  
 Clay, Lucius D. **117**, 122, 198, 222–223, 229, 235, 258, 261, 266, 271, 308, 324, 351, 355, 398, 415, 420, 426, 433, 437–438, 450–451, 468, 471, 482, 488–489, 493, 503–504, 506, 517–518, 522, 524  
 Conbill s. Crabill, Harold H.  
 Crabill, Harold H. **265**, 374, 395, 400, 409, 426, 506, 519, 524  
 Daehne, Wilhelm **429**, **431**  
 Dalchau, Theodora **478**  
 Damköhler, Ernst **494**  
 Dawson, William W. **418**  
 Degener, Johannes **466**, 468, 489, 494, 498, 521, 525  
 Degener-Grischow, Hans **517**  
 Degenhardt, Ernst **414**, 458, 499  
 Dehning, Gustav **197**  
 Delhaes, Gretchen **367**  
 Delhaes, Jochen **50**, 276  
 Delhaes, Wolfgang **276**  
 Dettmar, Werner **109**, 221, 243, 252  
 Dettmers, Otto **185**  
 Dibelius, Otto **261**–**262**  
 Dietrich, Hermann **173**  
 Dietz, Carl **109**, 125–126, **167**  
 Diggs **413**  
 Dittrich, Anna Elisabeth **342**  
 Dodge, Joseph M. **351**  
 Dönitz, Karl **100**, 111  
 Donandt, Ferdinand **144**, 165  
 Donandt, Martin **144**, **167**  
 Dorn, Walter L. **117**, 124–126, 128,

- 131–132, 135, 137–138, 188, 191, 204, 261  
 Douglas, Sholto 420  
 Drewes, Fritz **146**  
 Drexelius, Wilhelm **302**  
 Dreyer, Gerhardt **189**, 232  
 Dronke, Kurt **233**, 372  
 Dronke, Wolfgang **233**, 235  
 Droß, Friedrich **35**  
 Duckwitz, Edmund **55**, 69, 93, 96, 99–100, 105–106, 108, 113, 157  
 Duckwitz, Magdalene 46, 130  
 Duckwitz, Richard **31**, 33, 35–36, 42–43, 45–46, 48–49, 55–56, 68, 72–73, 75–76, 93–94, 96–97, 109, 113, 115, 123, 129–131, 146, 151, 153, 196, 257, 267, 271, 274–275, 284, 323, 464  
 Düring, Herbert von 115–**116**, 138–139, 146–148, 245  
 Düsing, Ernst **141**  
 Dunn, Thomas F. **420**, 426, 430, 438, 443–444, 450–451, 454, 461, 479, 488–489, 516, 518, 525  
 Ebert, Friedrich 514  
 Ebert, Louise **514**  
 Edwards, E. L. 382, 386  
 Edzard, Hermann **144**, 165, 219, 439, 523  
 Ehard, Hans 485  
 Ehlers, Adolf 125, **213**, 215, 237, 252, 268, 279, 294, 303, 311, 318, 336, 343, 347–348, 363, 365, 392, 401–402, 413–414, 417, 435, 437, 442, 447–448, 451–452, 464, 469, 474–475, 486, 488, 494  
 Eisenhower, Dwight D. 123, 162, 240, 252, 258, 273  
 Elborg, Martin **220**  
 Enderle, August 339  
 Enderle, Irmgard **339–340**  
 Entholt, Fritz **174**, 317–318  
 Entholt, Hermann **375**, 403  
 Epp, Franz Ritter von 104  
 Erbe, Hans **400**  
 Erling, Hans **175**, 243, 245, 360, 364  
 Ernst, Else **361**  
 Ernst, Paul 361  
 Ewert, Willi **361**, 391, 402, 405, 417, 421, 428, 431, 434, 458–459, 475, 519, 523–524  
 Faulhaber, Michael von 313  
 Feine, Gerhart **344**, 350, 375, 384, 441–444, 446, 450, 452–454, 467, 476–477, 479–481, 484, 487, 490–492, 494–496, 498, 502, 505, 512  
 Ficke, Heinrich **136**, 142  
 Finger, Richard 212  
 Fischer, Eugen **343**  
 Fischer, Hans David **276**  
 Fischer, Hans-Joachim **118**  
 Fletcher, Robert A. **376**, 378, 467, 477, 481, 484, 502  
 Flex, Walter **228**  
 Flöter, Hans Hinrich **329**  
 Flothmeier, Familie 280  
 Flotow 502  
 Forck, Elisabeth **278**  
 Forck, Tusnelde **342**  
 Forrester, Ellis L. **278**  
 Fraedrich, Gustav **76**  
 Fraedrich, Maria 76, 263  
 Frankenfeld, Alfred **208**, 328  
 Freeden, Erich von **283**, 329, 426  
 Fricke, Paul **166**, 197  
 Fricken, D. M. 238  
 Friedrich, Carl Joachim **374**, 451–452  
 Friese, Curt **233**, 252, 263, 294, 304, 308, 314, 318, 359, 376, 382, 399, 426, 433, 438, 469  
 Fritsch, Theodor 28  
 Fritsch, Werner Freiherr von **343**  
 Fritsche, Hans 395  
 Fürst, George Albrecht **142**  
 Gaulle, Charles de 513, 515  
 Geiler, Karl 316–**317**, 324, 423, 463  
 Gerber, Alfred **126**  
 Giesler, Paul 104  
 Gildemeister, Otto **89**  
 Glässel, Ernst **134**, 190, 243  
 Goebbels, Joseph 88  
 Goerdeler, Carl 116, **260**, 349  
 Göring, Hermann 120, 343  
 Goethe, Johann Wolfgang von 30, 71, 101, 227, 329–330, 332, 383, 411  
 Gorsemann, Ernst **94**, 180, 227, 284, 310–311, 459  
 Grabau, Gustav **392**, 401, 404, 433, 511  
 Greiffenhagen, Gustav 342  
 Grey 425  
 Grimme, Adolf **382**  
 Gripp, Helmut **298**  
 Grobler, Franz **269**  
 Grohne, Ernst **139**  
 Groscurth, Helmuth G. 141



Groscurth, Reinhard **141**, 160, 166, 183, 189, 197

Groscurth, Reinhard G. 141

Gross, Heinrich **140**

Grotewohl, Otto 250

Guthrie, Robert Lee **149**, 165, 169, 177, 179, 183, 194, 202, 205, 211, 213–214, 217, 227, 244, 256, 258–259, 265, 274, 277

Haas, Wilhelm **520**

Habe, Hans 170

Hackenberger, Friedrich **109**

Hackländer, Emil **144**, 149, 376

Hackmack, Hans 209, **239**, 315

Häusler, Albert 339, **373**, 376

Hagedorn, August **408**, 410, 421, 464, 467, 501

Hagemann, Eberhard **205**

Hagens, Heinrich **51**, 133, 142, 151, 158, 197, 271, 439, 494

Hagewood, Marion A. 179, 191, 202–203, 206–207

Hahn, Hermann 228

Hahn, Otto **515**

Haider, Georg **275**, 333

Hakewell-Smith, Edmund 97, 111

Harmssen, Gustav Wilhelm 152, **159**, 164, 177, 179, 189, 210, 236–237, 243, 247, 268, 279, 306, 314, 318, 327–328, 330, 338–339, 341, 344, 347, 351, 365–366, 377, 384, 389–390, 394–396, 399, 401–402, 404–405, 407–409, 414–417, 420–421, 428, 437, 440, 442, 447–448, 452, 458, 465, 476, 483, 487, 489, 506, 512, 516, 519, 526

Harris 321

Hartmann, Alfred **517**

Hartmann, Nicolai **28**

Harvey 365

Hasenclever, Walter 330

Hasenkamp, Friedrich **141**

Hausmann, Manfred 326

Hayek, Friedrich von **377**

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 332

Heide-Backhaus, Maria 251, 367

Heidegger, Martin 227

Heider, Otto 143

Heimann-Trosien, Georg **264**

Heinemann, Ernst Friedrich 390, 482

Heitmüller, Hanfried 328

Heldmann, Ehrhart **494**, 503, 525

Hellmers, Hermann **185**

Helms, Hermann **116**, 126–127, 130, 146–147, 175, 194, 243

Herderhorst, Johann 211

Herrlein, Heinrich **36**, 42

Herwig, Hermann A. **439**–440, 446

Herzog, Alfred **136**, 230

Hessen, Johannes **436**

Heukelum, Gerhard van 413, **432**, 443–444, 446, 455, 488, 496–497, 499, 508

Heuss, Theodor 352, 460

Hicks, Ernest H. **285**

Hildebrand, Adolf von 228

Hildebrandt, Friedrich **166**, 197

Hill, Russell 164

Hillmann, Ludwig **138**, 146–147, 152, 159, 203, 226, 239–240, 242, 314, 331, 333–334, 348, 484

Himmler, Heinrich 28, 33, 37, 55, 68, 81, 94–95, 99, 104

Hindenburg, Paul von 43

Hinrichs, Carl 243

Hitler, Adolf 28, 33, 37–38, 41, 43–44, 52, 54–55, 65, 67, 73, 81, 86, 95, 99–105, 120, 125, 139, 160, 252, 260, 267, 271, 278, 286, 305, 311, 313, 326, 343, 362

Hodenberg, Hodo Freiherr von **467**

Hoegner, Wilhelm 261, 300, 317

Höpken, Heinrich **59**

Hoff, Richard von **36**, 39–40, 42, 45, 342

Hoffmann, Walther **301**, 320

Hollmann, Heinrich 458, **466**–467, 494–495, 503, 506, 511, 524

Hoover, Herbert Clark **445**–446

Hopf, Friedrich **75**

Hubatsch, Walther **425**

Hugelmann, Karl **309**

Humboldt, Wilhelm von 71, 517

Huston, Charles J. 284

Huth [?] 97

Hynd, John B. **394**

Iwasco, Eugene C. **353**

Jacobs, Alfred **506**

Jan [?] 140

Jansen 82

Janssen, Hermann **75**, 141, 149, 151, 153, 156, 170, 224, 259, 277, 299

Jantzen, Hermann M. 93, **230**, 429

Jaspers, Karl 227, 249

Jeep, Walter **211**

- Jellinek, Walter **265**, 284, 304, 439  
 Jodl, Alfred **112**  
 Johnson, Robert W. **398**, 436, 475, 481, 491, 505  
 Jordan, Franz **446**, 493  
 Jordan, Pascual **425**  
 Jüdefeind, Arno **35**–36, 42, 75, 109, 122–123, 141  
 Jünger, Ernst **230**
- Kaehler, Siegfried August **267**  
 Kaestner, Fritz **297**, 350  
 Kaisen, Wilhelm **33**, **116**–117, 126, 128, 131–132, 135, 138, 144, 151–152, 156, 159–161, 164, 166–167, 170–172, 175, 177, 179–182, 185, 188, 191–193, 195, 198, 200–208, 210, 212, 214–215, 218–219, 221, 224, 226, 228–230, 232, 235–236, 239, 241–245, 247–255, 257–259, 261, 263, 266–274, 277–285, 287–289, 291–299, 301–306, 310–311, 314–315, 317, 319, 321, 325–328, 330–334, 336–337, 339–340, 345–346, 348, 350–353, 355–368, 373–376, 378–381, 384–385, 389–394, 398–403, 405–411, 413–414, 416–419, 421, 424–425, 427–435, 438–455, 457–458, 460–465, 467–468, 470–473, 499–503, 506–507, 509–511, 513–521, 523, 525–526
- Kaiser, Jakob **349**  
 Kampffmeyer, Karl **342**  
 Kant, Immanuel 227, 267  
 Kappe, Gustav **206**, 219  
 Karkmeyer, Carsten 125–126, **129**  
 Katz, Carl **221**  
 Kaufmann, Karl **94**  
 Kaum, Johannes **504**  
 Kehrhahn, Heinrich **130**  
 Keitel, Wilhelm 81  
 Kellner, Ernst C. **327**, 345  
 Kellner, Fritz 176  
 Kennedy, E. Russell **142**, 149, 152, 178, 278  
 Kennedy, John F. 261  
 Kennedy, Joseph P. 349  
 Kern 357  
 Kestner[?] 491  
 Kiesselbach, Wilhelm **158**, 186, 218, 223, 266, 302, 307–308, 311, 333, 356, 366, 423, 428, 445, 503, 505  
 Kind, Friedrich **244**, 252, 429
- Kippenberg, Anton **69**, 176, 196  
 Kippenberg, August **69**, 139, 157, 327, 329, 512  
 Kippenberg, Heinrich (Heinz) **502**, 517  
 Kirn, Paul **516**  
 Klaas, Walter **218**, 308, 333  
 Kleinau, Willy A. 238  
 Klinge, Karl-August **350**  
 Kloppenburg, Heinz **57**, 59  
 Knittermeyer, Hinrich **28**, 34, 51, 80, 82, 98, 115, 119, 126–127, 131, 138, 148, 164, 184, 188, 201, 208, 212, 221, 227, 248, 267, 284, 357, 367, 389, 403–404, 411, 420, 516  
 Koch, Ekhard 356, **483**  
 Koch, Erich 81  
 Koch, Helmuth **148**, 187, 214, 266  
 Koch-Weser, Erich **483**  
 König, Josef **267**  
 Köster, Fritz **118**, 197, 503  
 Kohlrausch, Eduard **423**  
 Kopf, Hinrich Wilhelm **254**, 284, 413, 418–419  
 Korhammer, Kurt 350  
 Kröncke, Wilhelm **108**, 110–111, 113, 121, 135, 157  
 Krogmann, Carl Vincent 158  
 Kroll, Hans **507**  
 Krüger, Maria s. Fraedrich, Maria  
 Krug 432  
 Kruse, Hans 158, **244**  
 Kubica, Herbert **488**–489  
 Külz, Wilhelm 460  
 Kümmel, Carl **54**, 151  
 Kummer, Karl **197**  
 Kunstreich, Sibo **59**  
 Kurz, Karl **36**, 45, 51, 115, 122, 131, 133, 143, 148–149, 166–167, 187–188, 197–198, 201–202, 204, 207, 236, 334, 420  
 Kuske, Bruno **483**
- Lahusen, Diedrich Duncan **149**, 165, 171, 177, 183, 185, 189, 194, 206, 213, 223, 227, 248, 265, 275, 311, 333, 398, 422, 425, 453, 455, 457, 460, 476–477, 480–481, 484, 491–492, 494–495, 505  
 Landahl, Heinrich 158  
 Lange 214  
 Lange, Karl-Heinz **306**, 376, 378  
 Lange, Richard **423**  
 Lasch, Otto **81**  
 Laun, Rudolf **186**

- Lehr, Robert 328, 350, 355, 374, 393, **419**  
 Leist, Otto **147**, 153, 165, 314, 478  
 Lemmer, Ernst **340**  
 Lessing, Gotthold Ephraim 306  
 Liesche, Richard **188**, 318  
 Lifschütz, Alexander **107**, 146, **453**,  
     515–516, 519, 522, 524  
 Lingemann, Heinrich **419**  
 Lingham, John **292**, 296, 339, 356, 418  
 Lische, Hugo 511  
 Lisco, Hermann und Liesa 468  
 Lisco, Walter **199**, 215–216, 224–225,  
     227, 230, 232, 237, 239, 243, 249, 257,  
     262, 278, 281, 288, 301, 313, 337, 341,  
     343, 354, 363, 379, 384, 386–388, 395,  
     408, 411, 433, 435, 444, 453, 456, 460,  
     468, 490–492, 496, 525  
 Löbe, Paul **204**  
 Lösche 332  
 Loewenstein, Karl 223–**224**, 225, 227,  
     230  
 Löwenstein-Wertheim-Freudenberg,  
     Hubertus Prinz zu **430**  
 Ludendorff, Erich 484  
 Ludendorff, Mathilde **484**  
 Lübbers, Wilhelm **480**  
 Lücke, Hermann **496**–497, 500  
 Lueken, Emil **404**, 466, 492, 494  
 Lüpke, Oskar **96**, 176  
 Lürman, Arminius **232**  
 Lürßen, Elisabeth **411**  
 Lürßen, Johanna **188**, 283  
  
 Maas, Heinrich **247**, 269  
 Maier, Reinhold 316, 350, 509  
 Maltzan, Vollrath Freiherr von **424**, 444  
 Marahrens, August **326**  
 Marquardt, Heinrich **443**  
 Marshall, George **257**, 490, 525  
 Marx, Karl 404  
 McNarney, Joseph 420  
 McReady, Gordon **356**, 413  
 Meads 478  
 Meentzen, Paul **149**, 165  
 Mehne, Günther **219**, 248  
 Meinecke, Friedrich **137**  
 Meineke, Hans **359**  
 Melchior, Carl 470  
 Menke 455–457  
 Menzel 36  
 Meservey, Douglas W. 229, **248**–249,  
     251, 257, 262  
 Mester, Hermann **417**, 424, 430–431,  
     449, 458–459, 466, 474, 484, 486, 490,  
     507, 513  
 Mevissen, Annemarie 463  
 Mevissen, Werner 463  
 Meyer 507  
 Meyer, Carl-Eduard **144**  
 Meyer, Gustav **165**  
 Meyer, Hanns **134**, 148, 170, 172, 184,  
     204  
 Meyer, Otto **244**–245, 252  
 Milkowski, Fritz **406**, 413  
 Mittendorff, Oswald 486, **489**, 526  
 Moericke, Dagobert **467**  
 Mohr, Waldemar **158**  
 Molotow, Wjatscheslaw M. **525**  
 Moltke, Helmuth Graf von 228, 343  
 Montgomery, Bernard Law 109, 162  
 Müller, Alfred **471**  
 Müller, Josef **341**  
 Mueller, Rudolf **437**, 440, 442, 475  
 Müller-Jürgens, Georg **59**  
 Müller-Wille, Wilhelm **234**, 246  
 Mursell 268  
 Mussolini, Benito 100  
  
 Naumann, Friedrich 351–**352**  
 Nawrath, Alfred **131**, 134, 171–172,  
     175, 193, 201, 204–205, 207–208,  
     221, 228, 302, **466**  
 Nebel 267  
 Nebelthau, Friedrich 30, 50, 93, 196,  
     216, 230, 363, 389, 435, 458  
 Nelson, Leonard 200  
 Neumann, Walter **499**, 511  
 Neurath, Konstantin Freiherr von 395  
 Niemöller, Martin 261–**262**, 305, 326  
 Nietzsche, Friedrich 28, 98, 326  
 Noch, Franz **180**, 206, 385  
 Noltenius, Bernhard **140**, 422, 436, 462  
 Noltenius, Jules Eberhard **74**–75, 143,  
     243  
 Nolting–Hauff, Wilhelm **131**, 138, 152,  
     158, 168, 174, 176, 180, 182, 186, 189,  
     195, 197, 201, 210, 223, 232, 237–238,  
     250, 255, 264, 266, 271, 276, 294, 310,  
     321, 332, 335, 338, 347–348, 350, 357,  
     369, 397, 399, 401–403, 405, 408, 414,  
     416, 421, 431, 434–435, 441, 448, 450,  
     463, 465, 475, 491–492, 506, 508, 512,  
     521, 526  
  
 Obenauer, Hans Philipp **189**  
 Obst, Erich 507  
 Ohrmann, Heinrich **480**

- Oppermann 359  
 Oppermann, Anna 358  
 Oster, Hans 260  
 Osterloh, Hermann **459**  
 Osterloh, Johann **429**
- Papandreou, Georgios 48  
 Papen, Franz von 395  
 Parker 436  
 Parkman, Henry 389, **400**, 413, 416, **486**, 502  
 Patterson 328  
 Paulmann, Christian 115, **126**, 131, 138, 152, 173, 188, 204, 207, 229, 294, 318, 332, 354, 395, 401, 403–404, 417, 448, 451, 463, 466, 484, 488, 493, 496, 499–501, 506–508, 523  
 Peschken, Helmuth **183**  
 Peters 200  
 Petersen, Peter **506**  
 Petersen, Rudolf 158, 174, **186**, 207, 302, 355, 390, 394  
 Plate, Ludwig **115**–116, 160, 162, 431  
 Plate, Mathilde **36**, 43  
 Platow, Robert **328**  
 Platz, Bernhard **49**, 115, 148, 160, 166, 169, 197  
 Plischke, Hans **246**  
 Poll, Friedrich von **231**  
 Popall, Käthe **373**, 376–377, 413, 416, 421, 435  
 Popitz, Johannes **260**  
 Porter 318, 382  
 Prench 445  
 Prieß, Friedrich **425**, 456, 470, 476  
 Prützmann, Hans 73  
 Pünder, Hermann **422**  
 Pürschel, Richard **312**–313
- Rafoth, Rudolf 138, **361**, 389, 452, 458, 499  
 Rahm, Hermann **143**, 149, 370  
 Ramadier, Paul 513–514  
 Rangen, Fritz **360**  
 Rassow, Gustav **30**  
 Rassow, Ida Emma Martha **30**  
 Rathbone, J. F. W. **311**  
 Reichel, Heinrich 138  
 Renken, Diedrich 359  
 Rex, Emil **501**, 525  
 Rhein, Hermann **514**  
 Ribbentrop, Joachim von 290  
 Richter, Emil **142**, 146, 176  
 Riedel, Kurt **248**
- Rieger, Fritz **171**–172  
 Rilke-Westhoff, Clara 512  
 Rittelmeyer, Friedrich **119**  
 Rittershausen, Heinrich 272, 291  
 Robertson, Brian Hubert Sir 322, 387, **407**–408, 426, 437–438, 482, 506, 522  
 Rockwell, Aldin J. 496  
 Röpke, Wilhelm **483**, 486, 497  
 Romberg, Harold P. **362**, 366, 445  
 Roosevelt, Franklin D. 82, 113  
 Rosenberg, Albert G. **166**, 198  
 Rosenblum, Heinrich 473  
 Roßmann, Erich 258, **317**, 381, 451  
 Roßmann, Lothar **486**–487, 489  
 Rübberdt, Rudolf 312–**313**  
 Ruscheweyh, Herbert 356–**357**, 428, 445, 456  
 Rutenberg, Arnold **457**
- Sachse, Johannes **325**  
 Samhaber, Ernst **371**  
 Sander, Georg **64**, 72, 75, 78, 110, 129, 133, 141, 151, 339, 388, 429, 477  
 Sander, Irmgard 72, 429  
 Sands, William H. **171**  
 Schaal, Hans **79**  
 Schacht, Hjalmar 395  
 Schaefer, Hans Heinrich **403**–404, 418  
 Schepp, Hans 475  
 Schepp-Merkel, Auguste **475**  
 Schiffer, Eugen **423**  
 Schiffner 110  
 Schimmeck, Max **383**  
 Schlange-Schöningen, Hans 222, **346**, 373, 410, 520  
 Schloemer, Robert **152**, 178, 207  
 Schmidt, Albert **153**  
 Schmidt, Otto **418**  
 Schmincke, Henri **53**  
 Schnackenburg, Hellmut **171**–**172**, 426  
 Schönfelder, Adolph 158, **207**, 302, 380  
 Scholvin, Wilhelm **107**, 166, 197  
 Schramm, Franz **423**  
 Schramm, Robert **197**, 202, 252  
 Schreiber, Georg **523**  
 Schröder, Herbert 396  
 Schröder, Maria **342**  
 Schröder, Rudolf Alexander **393**, 480, 509  
 Schroers, Johannes **93**, 97–98, 130  
 Schubart, Walter **231**  
 Schumann, Max 66–**67**, 76  
 Schünemann, Carl 119, 161  
 Schüssler, Wilhelm **362**

- Schütte, Franz **147**  
 Schütte, Hermann G. **424**, 434, 481, 489  
 Schultz, Friedrich **48**, 99, 109, 122, 129, 147, 150  
 Schultz, Johannes **143**  
 Schulze, Friedrich **336**, 339, 408, 451, 460, 467, 519  
 Schulze, Oskar **361**, 364, 484, 487  
 Schulze-Smidt, Arthur **139**  
 Schulze-Smidt, Ernst **244**  
 Schumacher, Fritz **512**  
 Schumacher, Kurt 250, 350–**351**, **352**, 379–380, 461, 481, 518  
 Schwartz, Emil **201**  
 Schwerin-Krosigk, Ludwig Graf von 111–112  
 Scipio, Gustav **236**  
 Seidel, Waldemar **85**  
 Seldte, Franz **39**  
 Severing, Carl 249, 272  
 Seydlitz-Kurzbach, Walther von **204**  
 Seyss-Inquart, Arthur 38  
 Shamel, Joseph W. **294**, 297, 299, 310–311, 393, 425  
 Sheriff 333  
 Sieveking, Kurt **470**  
 Sioda, Roman **298**, 306, 330  
 Smend, Rudolf **246**, **418**  
 Smidt, Johann 139  
 Smith, Walter Bedell **190**, 193, 198  
 Sonnemann, Emil **220**  
 Speckmann, Edwin **138**  
 Speer, Albert 67, 160  
 Spence [?] 366  
 Spindler, Alfred **96**–97, 107, 109, 115, 131, 155  
 Spitta, Adolf 46, 162, 411  
 Spitta, Arnold **41**, 64, 70–72, 78, 90, 92–94, 96, 99–101, 108, 119, 134, 215, 227, 230, 232, 234–235, 244, 249, 263, 278, 298, 301, 307, 324, 336, 342, 354, 360, 388, 397, 420, 450, 453, 468, 492, 525  
 Spitta, Beatrice **41**, 302, 307, 336, 388, 420  
 Spitta, Christoph 237, 263  
 Spitta, Eva **35**–36, 40, 42–43, 45, 55–56, 58, 63, 79, 89–90, 92–93, 101, 122, 147, 237, 251, 283, 295, 303–304, 329, 358, 396  
 Spitta, Friedrich (Friedel) **29**, 60, 151, 199, 276, 287, 456  
 Spitta, Hermann **60**  
 Spitta, Irms **397**  
 Spitta, Lotte **27**, 56, 60, 227, 237, 311, 337  
 Spitta, Margarete 47, **237**–239, 249, 315, 367, 396  
 Spitta, Paula („Mutter“) 35, **62**–63, 99, 108, 112, 119, 135, 196, 227, 249, 251, 293, 330, 337, 341–342, 350, 425–426, 453, 527  
 Spitta, Paula **59**, 62, 76–78, 90, 99–101, 108, 147, 157, 177, 187, 234, 237, 246, 267, 305–306, 337, 350, 367, 379, 387–388, 395, 435, 456–457, 465, 477, 527  
 Spitta, Theodor (jun.) **276**, 278, 297, 301, 315, 403, 475  
 Spitta, Walter 27–28, **56**–57, 59–61, 276, 286, 304, 403  
 Spitta, Wilhelm **397**  
 Spreckelsen, Albert von 384  
 Spreine, Viktor **166**, 197  
 Stade, Carl Wilhelm 324, **335**, 413, 416  
 Stählin, Wilhelm **58**–59, 436  
 Stahlknecht, Detmar 126  
 Stalin, Josef W. 28, 121  
 Stapelfeldt, Franz 92, 116, 127, 133  
 Steengrafe, Otto **140**  
 Steltzer, Theodor 234, 355  
 Stephan, Werner 150, 279  
 Stiegler, Anna **298**, 408, 504  
 Stier 316  
 Stier tom Moehlen, Adolf s. tom Moehlen, Adolf Stier  
 Stieve, Friedrich **52**  
 Stinnes, Hugo **189**  
 Stockhinger, Carl 434, 463, 476, **479**–480, 498, 503  
 Stoevesandt, Karl **48**, 359  
 Strack 319  
 Strawinsky, Igor 426  
 Stresemann, Gustav 125, 344, 441  
 Strohmeyer, Johann Hinrich **141**, 146, 156, 259, 333, 425  
 Stuck, Robert 184–**185**  
 Stutzer, Hellmuth **496**, 505  
 Tantzen, Theodor **150**, 242, 269, 271, 299, 317–318, 322, 366–367, 386, 393, 435–436  
 Tantzen, Theodor J. (jun.) **150**, 183, 187, 205, 214, 242, 244, 246, 266, 271, 279, 297  
 Taxton 525  
 Tecklenborg, Fritz 171–**172**  
 Terboven, Josef 56

- Theil, Emil **115**–117, 126, 131, 138, 152, 163, 166–167, 219, 229, 255, 263, 283, 304, 350, 353, 401, 405, 419, 448, 459, 462, 464, 466, 475, 494, 498, 508, 519, 522
- Thielen, Friedrich **464**
- Thielicke, Helmut **240**–241, 481–482
- Thielke [?] **398**
- Thieß, Frank **335**, 354, 359, 491
- Thomas, Georg **260**
- Thomas, Michael A. 288
- Tietjen 378
- Tjaden, Hans **140**
- Toebelmann, Dierk **99**, 109
- tom Moehlen, Adolf Stier **301**, 322, 334, 350–351, 356, 359, 365, 370, 373–374, 380, 382, 385–386, 393, 418–419, 428, 436–437, 440, 443–444, 447, 474, 476, 493
- Topf, Erwin **328**
- Truman, Harry S. 82, 99
- Ulrich, Arthur **132**, 136, 243, 257, 440, 491
- Ulrich, Marie-Luise 367
- Unkraut, Henry Jules **234**
- Urban, Erich **144**, 149, 165
- Vagts, Erich **107**–108, 110–111, 113–117, 126–129, 132, 138–139, 143, 146–153, 156, 158, 160–162, 166–168, 171–172, 175, 178, 180–181, 183, 187–193, 197–198, 200, 202, 205, 208, 229, 248, 309, 395
- Vaughan, Harry B. **169**, 293, 299–300
- Velthuysen, Bernhard **174**
- Vietinghoff-Scheel, Heinrich von 109
- Völckers, Carl **38**
- Vogler, Reinhart **308**
- Voigt, Herbert **172**, 174
- Wagner, Ernst 55
- Wahl, Eduard **423**
- Waldmann, Emil **74**, 248
- Warneken, Emil **225**
- Warninghoff, Hans 463
- Waterman, Arthur John **318**, 331, 339–340, 344–345, 426, 430, 461, 481, 502
- Watson, James B. **213**, 247
- Weber, Wilhelm **37**
- Wegener, Paul **56**, 67–68, 75, 94
- Wegmann, August **317**
- Weidemann, Heinrich 140, 143–144
- Weigert 491
- Weisser, Gerhard 319, **322**
- Welker, Bion C. **97**, 108, 111, 117, 123, 128, 139, 142, 144, 149–152, 160–161, 166, 169, 178, 191, 193, 197–198, 200, 202–203, 207, 213, 215, 242, 247, 297, 314, 333, 339, 373, 375, 385, 393
- Wellenbrink, Heinrich **484**
- Wellmann, Otto **161**
- Wells, Roger H. **524**
- Wencke, Martin **343**
- Wenhold, Hermann **128**–129, 131, 135, 138, 142, 146, 152, 159, 167, 174–175, 185–186, 210, 215, 232, 236, 238, 247, 255, 272, 291–292, 294, 302, 304, 306, 309–310, 312, 314–315, 317, 319, 322, 330–331, 333–334, 348, 358–359, 365, 374–375, 377, 381, 385, 389, 391–392, 413, 436–437, 440, 449–450, 452, 460, 465, 476, 483, 500, 503, 506–507, 516, 519, 521
- Werkmeister, Karl 272
- Werra, Otto **152**, 180, 206
- Westphal, Otto **30**
- Wilken, Gustav **149**, 165, 281
- Wilkens, Martin-Heinrich 175, 190–**191**, 243, 368–370, 376, 378, 380, 385–388, 428, 437, 440, 446, 448, 465, 487, 489, 520–521
- Williams, Laurin C. 271, 425
- Winnig, August **342**, 359
- Wirth, Joseph 242
- Wisnioski, Stanley W. **169**, 171, 177, 265
- Wlassow, Andrej Andrejewitsch 37
- Wolf, Johannes **166**, 197
- Wolff, Karl 109
- Wolters, Hermann **125**, 128, 131–132, 138, 152, 164, 166, 170–171, 173, 175, 177, 179–181, 183, 185, 188, 191, 193–195, 197–198, 201–202, 205, 207, 215, 219, 225–226, 228, 239, 255, 258, 263, 268, 275, 281, 284, 309–311, 314–315, 327, 343, 347–349, 369, 392, 405, 417, 421, 424, 434, 437, 440, 442–443, 448, 458–459, 469, 472, 474–475, 478, 507–508, 510–511, 513, 515
- Wortmann, Wilhelm **115**, 160, 163, 197–198, 342
- Wurm, Theophil 261–**262**, 312, 326
- Yström, Helmut 281
- Zeigner, Erich **325**
- Zeppelin, Ferdinand Graf von 293
- Ziese, Wilhelm **197**, 202, 252
- Zinn, Georg-August **423**

# Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Band 64

Christian Jansen / Arno  
Weckbecker

## **Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40**

1992. 244 Seiten,  
DM 31,-  
ISBN 3-486-64564-1

Unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf Polen wurde in den besetzten Gebieten der „Volksdeutsche Selbstschutz“ gegründet. Er rekrutierte unter der Leitung von eigens aus dem Reich abkommandierten Stäben der SS binnen kürzester Zeit über 100000 „wehrfähige“ Angehörige der deutschen Minderheit.

Offiziell sollte der „Volksdeutsche Selbstschutz“ die deutsche Bevölkerung und deren Eigentum schützen sowie SS und Gestapo bei ihren „Aktionen“ unterstützen. Vielerorts ver- selbständigte er sich aber,



übte Rache für frühere Diskriminierungen und ging dazu über, in eigener Regie Angehörige der polnischen Eliten und der jüdischen Bevölkerung auszurotten.

Anhand von Strafprozeßakten zeichnen die Autoren die Tätigkeit des „Volksdeutschen Selbstschutzes“ erstmals detailliert nach. In der kurzen Zeit ihres Bestehens – regional unterschiedlich zwischen drei und zwölf Monate – fielen der deutschen Miliz in Polen nachweislich einige Tausend Menschen zum Opfer.

### **In Vorbereitung:**

Band 65

Arthur L. Smith  
**Die vermißte  
Million**

Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg  
1992. Ca. 220 Seiten,  
ca. DM 31,-  
ISBN 3-486-64565-X

### **Zuletzt erschienen:**

Band 63

Wolfgang Buschfort  
**Das Ostbüro der  
SPD**

Von der Gründung bis zur Berlin-Krise  
1991. 142 Seiten,  
DM 31,-  
ISBN 3-486-64563-3

## Oldenbourg

---

# Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 38  
Reinhold Brender  
**Kollaboration in  
Frankreich im  
Zweiten Weltkrieg**  
Marcel Déat und das  
Rassemblement national  
populaire  
1992. 338 Seiten,  
DM 78,-  
ISBN 3-486-55895-1

Als Frankreich im Zweiten Weltkrieg von deutschen Truppen besetzt war, forderten französische Parteien die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht und zugleich die ideologische Annäherung an den Sieger. Ihr Ziel war ein französischer Nationalsozialismus. Reinhold Brender hat die radikale Variante der Kollaboration am Beispiel des Rassemblement national populaire (RNP) von Marcel Déat untersucht. Déat, in den dreißiger Jahren ein prominenter Politiker der demokratischen

Linken, wandte sich nach dem deutschen Sieg im Sommer 1940 schrittweise dem Faschismus zu, blieb aber in vielem früheren Vorstellungen verhaftet. Auf breiter Quellengrundlage bietet der Autor eine Deutung der Kollaboration, die erstmals Sozial- und Ideengeschichte verbindet und das Beispiel Frankreich in die vergleichende europäische Perspektive rückt.

Band 39  
Jürgen Zarusky  
**Die deutschen  
Sozialdemokraten  
und das sowjetische  
Modell**  
Ideologische Herausforderung und außenpolitische Konzeptionen 1917-1933  
1992. 328 Seiten, DM 68,-  
ISBN 3-468-55928-1

1917 wurde in Rußland ein Staatswesen errichtet, das den Anspruch erhob, den Sozialismus zu verwirklichen. Die deutsche Sozialdemokratie sah damit ihre Identität in Frage gestellt, war sie doch bis zum Ersten Weltkrieg die

führende Kraft der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung gewesen.

Jürgen Zarusky beschreibt, wie die deutschen Sozialdemokraten von der Oktoberrevolution bis zum Ende der Weimarer Republik sowohl in der ideologischen Auseinandersetzung als auch auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen auf die „Herausforderung Sowjetunion“ reagierten.

---

## Oldenbourg